This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Ger. 9830.

Harvard College Library

BOUGHT WITH INCOME

FROM THE BEQUEST OF

HENRY LILLIE PIERCE,

OF BOSTON.

Under a vote of the President and Fellows,
October 24, 1898.

26 July, 1899.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

MITTELALTERLICHE

VERFASSUNGSGESCHICHTE

VON

ERNST MAYER.

LEIPZIG.
A. DEICHERT'SCHE VERLAGSBUCHHANDLG. NACHF.
(GEORG BÖHME).
1899.

C. KLINCKSIECK, PARIS, RUE DE LILLE 11.

Digitized by Google

DEUTSCHE UND FRANZÖSISCHE

VERFASSUNGSGESCHICHTE

VOM

9. BIS ZUM 14. JAHRHUNDERT

VON

ERNST MAYER.

I. BAND.

LEIPZIG.

A. DEICHERT'SCHE VERLAGSBUCHHANDLG. NACHF.
(GEORG BÖHME).

1899.

C. KLINCKSIECK, PARIS, RUE DE LILLE 11.

Digitized by Google

135.13.2.5
Ge 9830
HARVARD COLLEGE
JUL 26 1899
LIBRARY.
Pierce fund
I-II

Alle Rechte vorbehalten.

Druck der kgl. Universitätsdruckerei von H. Stürtz in Würzburg.

Digitized by Google

PROFESSOR DR. JULIUS BAUSCHINGER
IN BERLIN

UND

REGIERUNGSASSESSOR FRANZ BRAUNWART
IN ANSBACH

AUS

ALTER FREUNDSCHAFT.

Digitized by Google

Digitized by Google

Vorwort.

Die folgenden Untersuchungen benutzen eine bisher nicht gebrauchte Methode. Es ist der gewöhnliche Gang rechtsgeschichtlicher Forschung, dass man für die fränkische Zeit die Quellen der gesamten fränkischen Monarchie verwendet, für die späteren Jahrhunderte aber lediglich von den Nachrichten über Deutschland oder lediglich von denen über Frankreich ausgeht. Dabei endigen gerade die eindringendsten Untersuchungen vor der Zeit, aus der im Osten wie im Westen uns die Rechtsbücher überliefert sind und berauben sich dadurch desjenigen Erkenntnismittels, das an Zeugniskraft Geschichtsquellen und Urkunden weitaus übertrifft. Denn die Geschichtsquellen schildern zu allen Zeiten nicht das juristisch Relevante, sondern das thatsächlich Bewegende; so wenig z. B. ein moderner Historiker, der die Kämpfe um ein Gesetz beschreibt, die Rechtsformen dieses Kampfes genau zeichnen wird, so wenig — und bei dem klerikalen Sinn der alten Berichterstatter noch weniger — werden die alten Chroniken Anlass haben, das rechtliche Werden als solches darzustellen. Die Urkunden aber sind ein sehr einseitiges Erkenntnismittel: zum weitaus überwiegenden Teil Vergabungen der Grossen an die Kirche befassend, geben sie keinen Aufschluss über diejenigen Verhältnisse der staatlichen Gesellschaft, die mit solchen Vergabungen sich nicht berühren und sie sind ganz stumm über das Recht der geringern Freien, die keine Mittel und vor dem Aufkommen der Bettelorden vielleicht auch noch keine Stimmung zu kirchlichen Vergabungen haben. Die Litteratur der letzten Jahrzehnte leidet fast durchweg an einer eigentümlichen Überschätzung der Urkunden und ist dadurch oft zu schiefen Ergebnissen geraten. Unendlich wertvoller als Geschichtsschreibung und Urkunde sind für die Rechtserkenntnis die Rechtsbücher. Sie sprechen auch

Digitized by Google

Digitized by Google

Vorwort.

Die folgenden Untersuchungen benutzen eine bisher nicht gebrauchte Methode. Es ist der gewöhnliche Gang rechtsgeschichtlicher Forschung, dass man für die fränkische Zeit die Quellen der [illegible] fränkischen Monarchie verwendet, für die späteren Jahrhunderte aber lediglich von den Nachrichten über Deutschland oder [illegible] von denen über Frankreich ausgeht. Dabei endigen [illegible] eindringendsten Untersuchungen vor der Zeit, [illegible] wie im Westen uns die Rechtsbücher überliefert [illegible] sich dadurch desjenigen Erkenntnismittels, das an Zeugnissen Geschichtsquellen und Urkunden weitaus übertrifft. [illegible] schichtsquellen schildern zu allen Zeiten nicht [illegible] Relevante, sondern das thatsächlich Bewegende [illegible] ein moderner Historiker, der die Kämpfe um ein Gesetz [illegible] die Rechtsformen dieses Kampfes genau zeichnen wird [illegible] — und bei dem klerikalen Sinn der alten Berichterstatter [illegible] weniger — werden die alten Chroniken Anlass haben [illegible] Werden als solches darzustellen [illegible] sehr einseitiges Erkenntnismitt[illegible] Vergabungen [illegible] an [illegible] Aufschluss ü[illegible] die mit [illegible] gabun[illegible] [illegible] Recht [illegible] wird [illegible] Rechts- [illegible] den Kampf [illegible] wäre, sofort [illegible] regel abzuziehen, [illegible] Widerspruches [illegible] regel überhaupt zu

Digitized by Google

von den Seiten der Sache, die in den Urkunden nicht berührt werden, sie sind gezwungen, generell zu reden und damit die Verhältnisse juristisch aufzufassen. Vor allem aber besitzen die Verfasser — überwiegend weltliche Praktiker — weit mehr Sachkenntnis als die geistlichen Chronisten und Urkundenschreiber. — Freilich sind die Rechtsbücher jünger als die Urkunden; allein man verkennt die Zähigkeit der Rechtsformen ganz und gar, wenn man meint, deren ursprünglicher Grundstock sei in der fränkischen Zeit von den Königen willkürlich geschaffen und während des 9., 10. Jahrhunderts in der Masse zersetzt worden, so dass Neues gewachsen sei. Es wird sich in der Darstellung zeigen, dass da und dort Nachrichten des 16. und 17. Jahrhunderts mit Nutzen zur Erkenntnis der ältern Zeit gebraucht werden; noch viel mehr gilt das für die Rechtsbücher des 13. Jahrhunderts. — Vielfach fehlt es nun freilich an direkten Belegen für das Alter der Einrichtung, von der eine Quelle spricht. Urkunden und Historiker haben keinen Anlass, darüber auszusagen. Auf den unbestimmten Eindruck der Altertümlichkeit aber kann man sich nicht verlassen. Da tritt nun überall als ein fast sicheres Kriterium der Vergleich der deutschen und französischen Rechtsverhältnisse ein. Darf man ja nirgends die Möglichkeit einer blossen Parallelentwicklung ausser acht lassen, so wird eine solche doch da fast nicht in Betracht kommen, wo eine individuell geformte Einrichtung sich gleichmässig in Deutschland und Frankreich findet: Hier ist in der Regel kein anderer Schluss möglich, als der, dass die Erscheinungen aus einer gemeinsamen fränkischen oder vielleicht gar einer römischen Wurzel hervorgegangen sind.

Die zeitlichen Grenzen, die für die Darstellung gewählt worden sind, beruhen auf der Gestaltung der Überlieferung. In Deutschland ist bis in das Ende des 13. und den Anfang des 14. Jahrhunderts das geschichtliche Material mit geringen Ausnahmen gedruckt und in Frankreich ist wenigstens ein erheblicher Teil herausgegeben, wenn auch hier das Ungedruckte überwiegen mag. Die letzten Jahrhunderte des Mittelalters aber sind da wie dort aus den gedruckten Quellen noch nicht zu fassen. Ich habe mich freilich nicht mechanisch an die gewählten zeitlichen Schranken gehalten, habe auch spätere Nachrichten, namentlich die Weistümer verwendet, wo sie mir auf die Verhältnisse früherer Jahrhunderte ein Licht zu werfen schienen; aber stets ist das nur geschehen, um die Einrichtungen bis zu Ende des 13. Jahrhunderts zu er-

Digitized by Google

kennen; die spätere Gestaltung sollte aus den jüngeren Quellen nicht entnommen werden. — Umgekehrt bin ich da, wo ich der herrschenden Auffassung frühmittelalterlicher Verhältnisse nicht beipflichten konnte; auch auf die Verhältnisse der frühesten Zeit eingegangen, soweit sie auf die späteren Jahrhunderte nachwirken.

Die Landschaften, deren Recht zusammen dargestellt werden soll, sind Frankreich mit den Gebieten, die auf der iberischen Halbinsel zum westfränkischen Reich gehörten, Burgund und Deutschland. Es wäre nahe gelegen, auch Italien heranzuziehen. Allein ich habe mich am Ende zu einer selbständigen Darstellung entschlossen. Nicht nur, dass eben in Italien Faktoren mitspielen, welche in den übrigen Gebieten keine Geltung haben — der byzantinische und arabische —, und dass in der fränkischen Zeit die Einflüsse des fränkischen Rechts nicht so bedeutend gewesen sind, als man oft denkt; vor allem war es der Drang, mit einer mehr als zehnjährigen Arbeit fertig zu werden, welcher dazu führte, Italien von dieser Darstellung auszuschliessen.

Nicht behandelt sind die Rechtsverhältnisse derjenigen Elemente des Ost- und Westreichs, welche weder germanisch noch romanisch sind: also die baskischen und bretonischen Einrichtungen im Westen, die slavischen im Osten. Untersuchungen in dieser Richtung können mit Nutzen nur geführt werden, wenn man der Nationalsprache mächtig ist. —

Ebensowenig ist das Staatskirchenrecht und im Zusammenhang damit das Recht des Kaisertums dargestellt. Es scheint mir unthunlich, diese Verhältnisse, die sich durch ganz Europa, wenigstens für ihren einen Faktor, ganz gleichartig entwickelt haben, in die Schilderung eines landschaftlichen Rechts einzuzwängen. — Aus dem gleichen Gesichtspunkt ist auch die besondere, reiche und eigenartige Entwickelung der kirchlichen Privatherrschaften übergangen.

Das Ziel der Arbeit war eine juristische Darstellung des vergangenen Rechts. Zu allen Zeiten hat das Recht dieselbe Art, ist allgemeingültig und ausnahmslos. Zu allen Zeiten freilich wird auch die Geschichte immer wieder in Gegensatz gegen die Rechtsnormen treten; man darf ja die Staatengeschichte als den Kampf mit dem Staatsrecht betrachten. So fehlerhaft es nun wäre, sofort aus jeder thatsächlichen Erscheinung eine Rechtsregel abzuziehen, so fehlerhaft wäre es aber auch, wegen des bunten Widerspruches in den thatsächlichen Erscheinungen die Rechtsregel überhaupt zu

Digitized by Google

leugnen. Schliesslich wird eine Schilderung älteren Staatsrechts auf dasselbe Ziel hinstreben müssen, wie die Darstellung modernen Rechts, mögen auch dort die Erkenntnismittel weit schwieriger zu beschaffen sein: überall muss der thatsächliche Vorgang, müssen die politischen Gedanken und Phrasen vom rechtlichen Kern geschieden werden. — Ich habe mit Schärfe die beiden Faktoren der Verfassungsgeschichte zu trennen versucht, das öffentliche Recht und die Herrschaft. Unter öffentlichem Recht verstehe ich jede Form der Unterthänigkeit oder Herrschaft, welche von einem privaten Recht an der Person und dem Haus des Beherrschten unabhängig ist.

Über die äussere Gestaltung des Buches habe ich folgendes zu bemerken. Die Quellenstellen, auf die ich meine Ausführungen stütze, sind in möglichster Vollständigkeit vermerkt und wenn ihr Wortlaut entscheidend ist, oder wenn sie schwerer zugänglich sind, wiedergegeben. Die Abkürzungen der Titel häufiger gebrauchter Quellen und Darstellungen sind in einem besonderen Verzeichnis am Schluss des zweiten Bandes zusammengefasst. — Sparsamer sind die Litteraturnotizen. Ich glaube zwar, die vorhandene Litteratur gewissenhaft benutzt zu haben: allein die Richtung dieser Untersuchungen weicht vielfach von der bisher angenommenen derart ab, dass eine Zusammenstellung der Litteratur nur eine prahlerische Pedanterie gewesen wäre. Auch würde der an sich schon grosse Umfang des Buches durch breite Litteraturangaben unmässig angeschwellt worden sein. So bin ich nur da auf die vorhandene Litteratur eingegangen, wo ich mich mit derselben auseinanderzusetzen hatte, oder wo ich ausführlichere Citate dadurch ersparen konnte. Wenn ich des öfteren auf eigene ältere Untersuchungen, namentlich über Zoll, Kaufmannschaft und Markt zwischen Rhein und Loire (Germanische Abhandlungen zum 70. Geburtstag Konrad von Maurers S. 377 f.) mich bezogen habe, so geschah das nur aus den beiden genannten Gründen, nicht aus Autoreneitelkeit; ich habe da, wo ich zu anderer Anschauung gekommen bin, das redlich angegeben. Im übrigen haben wir ja für Deutschland in der Rechtsgeschichte von Schröder, für Frankreich in den institutions und dem manuel von Luchaire vortreffliche Litteraturnotizen. — Der Druck des Buches ist unter schwierigen Verhältnissen vor sich gegangen: die Nachwirkungen einer heftigen und langwierigen Erkrankung zusammen mit der gänzlichen Umwälzung des akademischen Unterrichtes durch das bürgerliche Gesetzbuch haben bewirkt, dass trotz aller Be-

Digitized by Google

mühungen von Verleger und Druckerei der Druck des ersten Bandes nicht so korrekt ist, als zu wünschen wäre; im zweiten Band, wo die Hinderungen zurücktraten, sind nur sehr wenig Verstösse zu erkennen. Vor Benutzung des ersten Bandes bitte ich deshalb von dem Druckfehlerverzeichnis Gebrauch zu machen, da die Fehler einigemal sinnstörend sind.

Nicht ohne Bewegung beendige ich eine Arbeit, die bald erfreulich, bald ermüdend ein zäher Begleiter durch viele Jahre gewesen ist und meine Gedanken richten sich auf diejenigen, die den Abschluss gefördert haben. Die Meister, nach deren Vorbild ich zu arbeiten hoffte, mag ich hier nicht nennen; soweit das Buch noch unter ihre Augen kommen kann, werden sie selber erkennen, wie viel von dem Richtigen, was das Buch hoffentlich in sich enthält, schliesslich auf ihre Anregung zurückgeht. Aber das ziemt sich, denen hier zu danken, welche durch die Beschaffung des Materials die Arbeit überhaupt erst möglich gemacht haben. An der Spitze steht da die Verwaltung der hiesigen Universitätsbibliothek. Jahrelang bin ich wohl der dringendste, lästigste Gast gewesen und all diese Jahre hindurch habe ich von der Bibliotheksleitung nur die freundlichste Förderung erfahren: Herrn Oberbibliothekar Dr. Kerler, der so oft auch sachlichen Rat gewährte, Herrn Bibliothekar Segner und Herrn Sekretär Dr. Freys sei auch hier der innigste Dank ausgesprochen. Daneben bin ich den Bibliotheken von Berlin, Göttingen, Groningen, Heidelberg, München, Strassburg, der Strassburger Stadtbibliothek, dann dem hiesigen historischen Verein verpflichtet. Trotz aller Bemühung und Unterstützung ist das gebrauchte Material doch noch sehr lückenhaft. Namentlich die französischen Quellen konnten bei weitem nicht alle beschafft werden, und es fehlen besonders die Zeitschriften der historischen Provinzialvereine Frankreichs. Konnte deshalb manche Untersuchung nicht zum erwünschten Ende geführt werden, so mag das auch den äusseren Verhältnissen zur Last gelegt werden.

Würzburg, 10. September 1898.

ERNST MAYER.

Digitized by Google

Inhaltsverzeichnis zu Bd. I.

I. Teil: Das öffentliche Recht.

Seite

I. Buch: Die Machtmittel des Staates . . . 1—138

I. Hauptstück: Unterthaneneid.

§ 1. Unterthaneneid . . . . . 1—9

1. Bedeutung des Unterthaneneids im allgemeinen S. 1. 2. Direkte Eidesleistung der höheren Klassen und der Gemeindebehörden an den Schwurherrn — Abnahme des Eids der niederen Leute durch die Gemeindebehörde 2. 3. Schwurherr der König oder Graf — in Deutschland Übergang des Unterthaneneids in den Landfriedenseid (besonders in Friesland) 4. 4. Eid des Schwurherrn; Verbindung des Eids mit der Wahl oder der Krönung — Begründung der öffentlichen Herrschaft auf den eidlichen Vertrag; Beseitigung des Herrn durch kirchliche Eidlösung, Wegfall der Herrschaft wegen Eidbruch 7. 5. Inhalt des Unterthaneneids. — Ausschliesslichkeit. — Hofrechtliche Abhängigkeit und Unterthaneneid 9.

II. Hauptstück: Die Abgaben und Regalien.

I. Kapitel: Die direkten Abgaben.

§ 2. Unbestimmte Bezeichnungen . . . . . 10—11

Focagium, Rauchsteuer, Herdsteuer — Pflugabgabe — Viehsteuern — Steuern nach dem Gegenstand der Leistung (avenagium, brenagium, furfuragium, multonagium, Schweineabgabe, Hühnerabgabe u. s. w.) — andere Bezeichnungen (gabalus — wisoede, wisat, weisat).

§ 3. Königszins . . . . . 11—47

I. Unterschied von Jahrbede und Notbede 11; Jahrbede = placitum (Botting; agri mutabiles) = tallia 12—15; Jahresbede gegenüber dem starren öffentlichen Zins (Schatz) 15. — II. Schatz oder Vogtrecht von den Vogtleuten 16—19. — III. Königszins (= Schatz) und Identisches 19—32. 1. Königssteuer (19).

Digitized by Google

Seite

2. Königszins 19—20; huslotha 20; homines dominici 21. 3. Grafenschatz, Grafenschuld 21. 4. census regius in fränkischer Zeit 22. 5. Öffentliche Genehmigung zur Veräusserung steuerbelasteter Grundstücke 22—26. 6. Handlohn (ruiminge, vorhure, bannus) wegen Genehmigung 26—28. 7. Gemeinde Erhebungseinheit (Hammerschuld) 28. 8. Betrag des Zinses (4, 2, 5 Denar) 28—31; Erwerb der Volksangehörigkeit durch Zahlung des Betrags 31, 32. — IV. Steuerpflicht 32—44. 1. Kopfzins — Grundzins 32, 33. 2. Freienzins 33. 3. Steuerfreiheit der Ritter 34—37. 4. Steuerfreiheit hängt nicht mit Nationalität zusammen 37, 38. 5. Steuerfrei franci 39, die sächsischen Erfexen (Schöffenbarfreie; Sedelgüter) 39—40. 6. Steuerpflichtig der freie Bauer: vilain, rusticus, roturier, torfaht eigen, coustumier, Bargilde, libertus (friling) 40—41. 7. Steuer, Besteuerung der mansus ingenuiles 42. 8. Besteuerung der unfreien Hofbesitzer (mansus serviles) 42—43. 9. Ursprung des Königszinses: römische und germanische Elemente 43—44. — V. Erhebung des Königszinses durch Königshöfe — durch Beamte der öffentlichen Verwaltung 44. — VI. Königszinspflichtige Grundstücke werden nicht als Volleigen der Inhaber angesehen (nulle terre sans segneur; Landesherrschaft) 44—47.

§ 4. Abgaben unterworfener Völker . . . . . 47—52
I. Barskalken 47—50. — II. Liten (= Bastarde) 50—51. — III. Konstruktion 52.

§ 5. Römische Steuerreste . . . . . 53—58
I. 1. Tertia 53—55; quarta 55; tertia ein terragium oder campipars 55, 56. 2. tasca 56. 3. Ursprung der tertia aus der Verpflegung Einquartierter 56, 57. — II. Überreste der römischen Grundsteuer 58. — III. Tertia aus Königszins 58.

§ 6. Öffentliche Frohnden und Bede . . . . . 59—77
I. Allgemeiner Begriff 59. — II. 1. Hostis (hostilicium); Höhe der Steuer 60; Anlass und Übergang zur Verpflegungsabgabe 61, 62. 2. Alberga. parata, mansionaticum, pascuarium, fodrum, marchfuter, marchrecht, Herbergen, Nachtselde 62—65. 3. Hostilicium und mansionaticum im Fränkischen 65—67. — III. Öffentliche Frohnden 67—72. 1. Burgwerk (balfart) und Burgverband 67—69. 2. Wache 69. 3. Brückenbau 69. 4. Deichlast 70. 5. Strassenbau 70. 6. Verallgemeinerung der Frohnden durch die Beamten (biduani, triduani, Dienst) 70—72. — IV. Geschenke 72, 73. — V. 1. Verschmelzung der Leistungen unter die Begriffe Bede, questa, empramentum 72—74. 2. Jahrbede — Notbede (aide) 74. 3. Steuerpflicht: Ausschluss der Ritter und der servi; allmähliche Einbeziehung 74—77.

§ 7. Creditio und Gewerbsteuer . . . . . 77—78
I. Creditio 77. — II. Gewerbsteuer 77, 78; foraticum 77, 78.

Digitized by Google

Seite

II. Kapitel: Umsatzsteuern.

§ 8. Allgemeines . . . . . 78—79
Römisch-germanische Form; feste Sätze — Ungeld, malatolta; Zollfreiheit.

§ 9. Zoll . . . . . 79—86
1. Strassen- und Brückenabgaben — Schiffahrtabgaben 79—82. 2. Umsatzsteuer: Betrag (Pfundzoll), Beziehung zu siliquaticum, Marktzwang 82—85 — Massabgabe 85, 86.

III. Kapitel: Regalien.

§ 10. Bannrechte und Münze. — Rechte an herrenlosen Gütern und Fremdenrecht . . . . . 86—110
I. 1. Wild- und Waldbann (garena); Rodung (Medem — jus tertii et dangerii; Waldrecht des Königs und Grafen; freie Jagd, Niederjagd des Adels; Schutz des Wildbanns 86—92. 2. Bergbaurecht (Salinen): als Almendnutzung, als königliches Recht 92—93. — 3. Münzrecht: Befugnis zur Münzprägung, Verleihung des Münzrechts. — Münzkontrolle (Verruf) 94—97. 4. Absatzbänne: Weinbann, Brauzwang, bannus venalium u. s. w.; öffentliche Natur dieser Bänne, Ursprung 97—101. — II. 1. Herrenlose Sache (épaves), Ödländereien (erema); Strandrecht (lagan), Walfischrecht; Grundruhrrecht; erblose Güter, Bastardise 101—105; Fremdlingsrecht (reichsausländische, reichsangehörige Fremde) 105—110.

III. Hauptstück: Die Militärhoheit des Landrechts.

§ 11. Die allgemeine Kriegspflicht . . . . . 110—136
I. Hostis (exercitus) — cavalcatio; das berittene Heer 110—117. — II. 1. Landwehr und Auszug 117, 118. 2. Dienstpflicht auf 40 Tage begrenzt 118 bis 119. — III. 1. Dienstpflichtige; freie — unfreie Hofbesitzer; ausschliesslich Auszugspflicht der Goten im Süden 119 bis 123. 2. Dienstpflicht radiziert 123. 3. jeder Hof einen Krieger 123, 124. — IV. Anlass und Geltendmachung der Dienstpflicht (Verbindung mit Castell) 124, 125. — V. Zurücktreten der offiziellen Dienstpflicht der Gemeinen in Deutschland, Fortdauer in Frankreich 125—127. — VI. Öffentliche Dienstpflicht der Panzerreiter 128—135. 1. Ausrüstung 128, 129. 2. 40tägige Dienstdauer auf eigene Kosten, dazu Anzug und Heimzug gerechnet auf 6 Wochen 129—131. 3. Dienst liegt auf Eigen, so gut als Lehen 131, 132. 4. Besitz-Minimum von 10—12 mansus 132, 133. 5. Kriegeherr, König oder Graf; in Frankreich Verbindung mit castellania; Kontingente 133—135. 6. Konstruktion 135. — VII. Seewehr 135, 136.

§ 12. Befestigungsrecht . . . . . 136—138
Bedeutung der Befestigung; öffentliche Konzession der Anlage; Befugnis des Königs und Grafen.

Digitized by Google

Seite

II. Buch: Rechtsprechung . . . . . 138—284

Vorbemerkung: Bedeutung der Rechtsprechung für den mittelalterlichen Staat . . . . . 138—140

I. Hauptstück: Die Strafarten.

I. Kapitel: Der Bann.

§ 13. Betrag des Banns . . . . . 140—150

I. Im westfränkischen Gebiet 60 sol. und 5 (7½) sol. 140—142. — II. Alamannien: 60 sol. (Frevel) und 3 sol. 142, 143. — III. Bayern 60 sol. und 6 (5) sol. 144. — IV. Sachsen 60 sol. und 2 (4) sol. 145. — V. Friesland 60 sol. (Verteilung) und 2 (4) sol. 146—147. — VI. Kleinere Wette von 2—7½ sol. Maximalstrafe (vom Königsbann abgesehen), nicht Mindeststrafe 147, 148. — VII. Verdoppelung der Ansätze wegen besonderen Friedens 149. — VIII. 30 sol. Königsbann gegen Grundholden 149, 150.

§ 14. Die rechtliche Natur des Banns . . . . . 150—161

I. Königsbann zuerst nur Heerbann; dann identisch mit dem fredus von Wergeld 150, 151. — II. Kleine emenda 1. gezahlt vom Kläger, vom Beklagten als Unterliegensstrafe; ein Teil Einsatz an den Richter (districtus, clamor) 151—154. 2. districtus = errement 154—156. 3. cathecium 156, 157. 4. Wette ist durch Pfand an den Richter gedecktes Beweisgelöbnis des Klägers und Beklagten; dilatura (cenuwerdonia, wirdera) 157 bis 160. 5. Kleinere Wette fällt ursprünglich dem Volksgericht zu 160—161.

II. Kapitel: Die Blutstrafen.

§ 15. Landfrieden und Gottesfrieden . . . . . 161 - 189

I. Handfrieden. 1. Friedensgebot 161—163. 2. Friedensschluss (treuga, pax, asseurement) — Wirkung auf die Paciszenten und das Geschlecht, Form (Überreichung des Schwerts, hominium zur Sühne) 163—166. 3. Bestrafung des Friedensbruches: im Süden Verdoppelung der emenda, im Norden kriminell 166, 167. 4. Schiedsmann beim Friedensschluss; Klage des Schiedsmanns; König als Schiedsmann 167, 168. — II. Landfrieden. 1. Eid gegen künftige Gewaltthat 168. 2. Eid bindet zunächst die Schwurgenossen 169. 3. Eidliche Befriedung der Werlosen 170, eidliche Befriedung der Ritterlichen (nicht überall) 171, 172; Frieden nur für bestimmte Jahre 172, 173; Folgen des Friedensbruchs im Süden Bussverdoppelung, im Norden Tod 173, 174; Delikte gegen den Frieden 174. — III. Gottesfrieden 1. pax, treuga 176. 177. 2. Friedensschwur 177—179. 3. Kirchliche und weltliche Strafe des Friedensbruchs 179, 180. 4. Friedensgericht 180, 181. — IV. Reaktion der Schwurgenossen 181, 182.

Digitized by Google

Seite

— V. Konstruktion und Ursprung. 1. Land- und Gottesfrieden, Friedensgelöbnis 182, 183. 2. Landfrieden und Unterthaneneid seit der fränkischen Zeit 183, 184. 3. Entwickelung der Kriminalität des Landfriedensbruchs 184, 185. 4. Entstehung des Gottesfriedens 185—187. — VI. Ausgang der Bewegung in Deutschland und Frankreich 187—189. Friedensgerichte 188 f. (Lüttich).

§ 16. Die übrigen Kriminalverbrechen . . . . . 189—195
1. Allgemeines. 2. Tötung, die nicht unter Landfriede fällt, dann Diebstahl, Notzucht, Brand unterliegt Todesstrafe 189—191. 3. Die gleichen Delikte in der karolingischen Zeit Bannfälle, weil mit Wergeld zu komponieren; fredus vom Wergeld = Königsbann 191—194. 4. Die Bannfälle in nachfränkischer Zeit 195.

§ 17. Die Ächtung und Konfiskation . . . . . 196—214
I. Stellung der Friedlosigkeit 196. — II. Friedlosigkeit auch bei kleinen Verletzungen; Friedlosigkeit subsidiär zur Exekution 197—198. — III. Hausungsverbot 198, 199. — IV. Wirkung auf die Rechtsfähigkeit 199, 200. — V. 1. Öffentlicher Zugriff auf den Ächter im allgemeinen 200, 201. 2. Zugriff auf die Person 201. 3. Zugriff auf das Vermögen; verschiedene Formen der Konfiskation (missio in bannum) 202—211. — VI. Grundgedanke: friedloslegen, utlagen, verzelen, verfesten, ächten 211, 212; Bann 212; vorläufige Friedloslegung durch Provinzialgericht, definitive Friedloslegung durch König oder königlichen Delegaten 212 bis 214.

II. Hauptstück: Strafverfahren.

§ 18. Die Privatklage im Dienst des Offizialprozesses . 215—221
I. Allgemeines. — II. Klagzwang und Klaganfall an die öffentliche Gewalt 215—217. — III. Gestaltungszwang (Verhaftung) gegen die Bezichtigten 217—221.

§ 19. Amtliches Einschreiten bei notorischem Delikt . . 222—228
Handhaftigkeit und Notorietät 222—226; Verfahren extrajudiziell 226; Ursprung im fränkischen Recht; kanonisches Recht Nachbildung 226, 227.

§ 20. Das Offizialeinschreiten bei Emendae . . . . . 228—233
I. Verhaftungsrecht des Königs oder Grafen für seine Forderungen, namentlich für emendae 228, 229. — II. Klage auf emenda 229, 230. Aussergerichtliches Verfahren 231—233.

§ 21. Inquisition und Rüge . . . . . 233—266
I. Rügung der Königsbannsachen 233—235. — II. Kriminalrüge. 1. deutschfränkisches Recht 235, 236; südfranzösisches Recht 236, 237; nordfranzösisches Recht: ausdrückliche Unterwerfung unter enquête nötig 238—240. 2. Kriminalrüge hängt z. T.

Digitized by Google

Seite

mit Landfrieden zusammen 240; in den deutschen Quellen gewöhnlich nicht, auch nicht im bayerischen Recht (Genannte) 241—243; hier Kriminalrüge altgermanisch 243, 244. — III. 1. Rüge auf Leumund, auf Wahrheit; Reinigung 244—246. 2. Fragestellung 246. An Allgemeinheit 246, 247. An Amtszeugen: Gemeindevorstand, jurati, Koratores 247—250. Vehmrüge 250. Rüge der franci homines 250, 251, der Schöffen 251, Ursprung 252. 3. Rügekommission wird Kriminalgericht (Holland; paciarii des südlichen Rechts) 252—254. — IV. Fragesteller bei Kriminalrüge 254; Fragesteller bei Bannrüge: Rügegericht des vicarius, Vogts, der Kirchspielschultheissen; Gestaltung im friesischen Recht 254—259. Verbindung der Rüge mit den echten Gerichten und doch Abscheidung 259—263. — V. Konstruktion 263—266.

§ 22. Verfahren gegen schädliche Leute . . . . . 266—284
I. Amtliches Einschreiten gegen Gewohnheitsverbrecher in Frankreich 266, 267. — II. Schädliche Leute und ihre Verbreitung in Deutschland 267—269. — III. Andere Rechtsnachteile der schädlichen Leute 269, 270. — IV. Das fränkische Verfahren gegen die latrones famosi 270—271. — V. Heimlichkeit des Verfahrens 271—275. — VI. 1. Der Schädliche im ordentlichen Verfahren 275, 276. 2. Detail (Beweisrecht, Parteirecht) 276—278. — VII. Besondere Kompetenz zum Verfahren gegen schädliche Leute 278—279. — VIII. Das Verfahren gegen die schädlichen Leute ergibt mit den übrigen Elementen des Offizialprozesses einen allgemeinen Inquisitionsprozess 280—281. — IX. Grundlagen des Verfahrens gegen die schädlichen Leute: Ähnlichkeit mit dem Verfahren gegen Ächter 281—284.

III. Buch: Die öffentlichen Verbände . . . 284—554

I. Hauptstück: Die römischen Elemente.

§ 23. Die Fortdauer römischer Kommunalverfassung. Grundlegung . . . . . 284—303
I. Einleitung 284, 285. — II. 1. Consules im Süden 285, 286. 2. Funktion 286, 287. 3. Grosser Rat 288. 4. Engeres Konsilium der consules 288, 289. 5. vicarius (judex) — maior (correarius) der Stadt 290. 6. 2 advocati 290. 7. Viererkolleg 290—294. 8. consules jährlich wechselnde Vertreter eines engen Verbandes 294. 9. Capitulum 295. — III. Fortdauer der römischen Kommunalverfassung in fränkischer Zeit 295, 296. — IV. Merkmale des Zusammenhangs der römischen und späteren Verfassung. 1. Das Viererkolleg in fränkischer und römischer Zeit 297. 2. Capitularii (delegierte Curialen) = Centenarii 297—303. 3. Drittelsrecht des comes 303.

Digitized by Google

Seite

§ 24. Fortdauer der römischen Kommunalverfassung. Einzelheiten . . . . . 304—324

I. Allgemeines (senatores, libertas Romana) 304, 305. — II. 1. sedentes die honorati 305, 306. 2. Grosser Rat (pares, Richerzeche) = curia 306. 3. Kommunalbeurkundung = Kurialbeurkundung 306, 307. 4. Schöffen- und honorati des r. K. 307—311. 5. Konsultitel 311, 312. — III. Stadtbehörden haben mittlere Gerichtsbarkeit und Verwaltung 312, 313. — IV. magistri civium und aediles (Marktmeister) 313—316. — V. 1. defensor = vicarius der Stadt 316. 2. pater vielleicht = clavarius 317. 3. Notariat; notarius curiae 317—320. — VI. Bischöfliche Stadtherrschaft 320—324.

§ 25. Klassen und Verbände innerhalb der Römerstadt 324—338

I. Römische Verhältnisse. 1. allgemeine. 2. possessores 324, 325. 3. Kaufleute und Handwerker 325—327. — II. Handwerkerverhältnisse des Mittelalters. 1. Südfrankreich (öffentliche confratriae, usatici) 328—330. 2. Norden: Handwerkerverbände öffentlichrechtlich, Handwerkerabgaben 330—336. 3. Konstruktion 336, 337. — III. Kaufleute und Hanse; Kaufleute und Curia; possessores 337, 338.

§ 26. Comes und judex civitatis . . . . . 338—348

I. comes, römischer Militärbefehlshaber für civitas; Verschmelzung von Civil- und Militärverwaltung im Norden 338—340. — II. judex civitatis steht neben Grafen 340—344; identische Ämter = judex ordinarius, judex seneschallie, justicia maior, vicarius civitatis 344, 345; = potestas 345, 346; = judex, praepositus, vicarius civitatis des gotischen Rechts 346; = loci servator des civilen rector provinciae für civitas 346, 347; = judex deputatus der l. Burg. 347—348.

§ 27. Vicarius, vicecomes, castellanus . . . . . 348—367

I. 1. vicaria 348. 2. vicarius locorum im Norden Mittelrichter (Königsbann und gegen Diebe Blutgerichtsbarkeit) 348—351. 3. Auch im Süden ursprünglich keine allgemeine Hochgerichtsbarkeit 351—353. 4. Andere Funktionen des vicarius 353. 5. vicarius und subvicarius 353—355. 6. vicarius und praepositus; amtliche Stellung 355. — II. 1. vicecomes des Nordens Mittelrichter mit Kompetenz wie vicarius, aber neben ihm 355—357. 2. Einzahl und Mehrzahl des vicecomes 358. 3. vicecomes des Südens Hochrichter 358 bis 360. 4. Konstruktion des vicecomitatus im Norden 360. — III. 1. castellanus (Burggraf) des öffentlichen Rechts allgemein. 2. castellania und vicecomitatus verbunden 360—362. 3. Sonstige castellani des öffentlichen Rechts 362, 363. — IV. 1. vicarii locorum abgeleitet von den vicarii numeri, die zur Räuberverfolgung detachiert 363—366. 2. castellanus = tribunus 366. 3. Ursprung des vicecomes undeutlich 367.

Digitized by Google

Seite

II. Hauptstück: Die germanischen Elemente.

§ 28. Die Vollgerichte . . . . . 368—383

I. Bezeichnungen (bes. thetmallus) 368. — II. 1. Gerichtsbarkeit in Blutsachen 368, 369. Von Fall zu Fall zusammenberufen der Gemeinde durch Schwert oder Aufsetzen des Kampfhuts 370, 371. 2. Ständige Vollgerichte von sechs Wochen zu sechs Wochen (contremand) 371—373, entstanden in Wanderzeit 373; Bezeichnungen (ungeboten Ding, Hemal, Lotting) 374; Gegenstand: Kriminalrüge, Immobiliargerichtsbarkeit 374, 375; Schuldgerichtsbarkeit; ist ausserhalb des Vollgerichts nur Kompromissgerichtsbarkeit 375—376. 3. Beseitigung dieser ständigen Vollgerichte neben den tria (4) placita des Amtsrechts 376—378. 4. Gerichtszeugen (homines judicarii, kornoten, wedmon, Achtesleute) 378—380. — III. 1. Gesetzgebung. Märzfeld der civitas und des Reichs; Grafschaftsgesetzgebung 380—383.

§ 29. Schöffen . . . . . 384—409

I. 1. Bestimmte Erwähnungen von scabini im Süden und Westen 384. 2. Übergang in das Mannengericht; Überreste im Schöffenmeister, pares 385—391. — II. 1. Schöffen in Nordfrankreich und im Deutschfränkischen; Grafschaftsschöffen (Berg) — Hundertschaftsschöffen 391—395. 2. Grafschaftsschöffen in Bayern und ihr Verschwinden; Rittergericht; Fürsprechen 395—398. 3. Schöffen (Stuhlfeste) in Schwaben 398. 4. Schöffen (Schöffenbare) in Sachsen 399—402. — IV. 1. Konstruktion 402—405. 2. Schöffenreform Karl des Grossen? 405, 406. 3. Standesverhältnis der Schöffen 406, 407. 4. Kompetenz der Schöffengerichte 407—409.

§ 30. Adel und Gemeinfreie . . . . . 409—434

I. 1. Steuerfreiheit 409, 410. 2. exercitales 410. 3. Bevorrechtung in der Mark (Erfexen, homines potestativi, Handgemal) 410—417. — II. Individualsuccession in das Stammhaus nach Adelsrecht 417—419; Erbfolgeordnung des Mutterrechts für Gemeinfreie 419—421. — III. Die Bevorrechteten (franci) sind die nobiles (leodes) des Volksrechts 421—423. — IV. 1. Die Häuptlinge über den Bevorrechteten 423. 2. Die Frilinge (minoflidi, gemeinfreie, Kerle) unter den Bevorrechteten 423, 424. — V. Teilweiser Übergang der ältern Nobilität in den Ritterstand 425, 426. — VI. Wergeld. Wergeld der Gemeinfreien 427; Wergeld Vornehmer 428, 429. Konstruktion 429—434.

§ 31. Hundertschaft . . . . . 434—471

I. Vorkommen der Hundertschaft 434, 435; friesisch-sächsischer Go = Hundertschaft 435, 436. — II. 1. Hundertschaft = Wirtschafts-Verband („Wald") 436, 437. 2. = Brückenbau, Burgbauverband etc. 437. — III. Hundertschaft (Landgericht, Gogericht, Veste) = Hochgerichtsverband 437—445. — IV. 1. Hundertschafts-

Digitized by Google

Seite

beamter (Hunne, Centgraf, Gograf, Obermärker) 445, 446. 2. Vierzehntagsgericht des Hundertschaftsbeamten 446, 447. 3. Alodiale Hundertschaftsherrschaften (freie Herren) 447–452. 4. Wirtschaftsvorstand der Hundertschaft (Wildbannrecht des fränkischen Königs; Forstpersonal) 452—454. — V. Unterwerfung der Hundertschaft unter das Reich. 1. Graf leitet statt des Hundertschaftsbeamten das Hochgericht in der Hundertschaft; Verhältnis dieser Gerichte zu den tria placita 454 bis 456; Verhältnisse in Sachsen (Schultheiss des Go) 456, 457; Bayern (Landgericht) und Schwaben 458, 459. Zusammenfassung (Hundertschaftsschöffen, nicht Grafschaftsschöffen) 459, 460. 2. Einsetzung von Schultheissen: Schultheissensprengel vielfach kleiner als Hundertschaft (Viertel in den Nordseeländern); Identität mit der Stellung des sagibaro 460 bis 463. 3. Ernennung der Centgrafen (Gografen) durch die Grafen (holsteinische Verhältnisse) und deshalb vielfach Verschmelzung der Schultheissen- und Centgrafenfunktion. Unabhängig gebliebene Hundertschaften 463—467. 4. Der Mittelrichter Vogt (Schwaben, Schweiz, Nordseeländer) 467–471.

§ 32. Höhere Verbände . . . . . 471—483

I. Völkerschaftsverbände in den Nordseelanden (Friesland. Drenthe u. s. w.) 471–476; Overbote in Holstein 476; Grafschaftsschultheiss in Sachsen 476; judex in Bayern 477. — II. 1. Grafschaftsassissen im fränkischen Hauptland neben den Hochgerichten, die der Graf in der Hundertschaft hält; dieses Grafengericht ausschliessliches Gericht über die nobiles 478 bis 480. 2. Vertretung und persönliche Gerichtsbarkeit des Grafen 480—482. 3. Zusammenfassung (tunginus) 482, 483. III. Sonstige höhere Verbände 483.

§ 33. Ortsgemeinde . . . . . 483—523

I. Quellenmaterial 483, 484. — II. Gemeindeschultheisse: öffentliche maiores in Frankreich; Schultheissen (Amann) in Holland, Drenthe, den übrigen Niederlanden 484, 485; im eigentlichen Deutschland Ortsschultheissen sehr spät (Schergen in Bayern) 486—489; Gemeindeschöffen 489; Ortsschultheissen werden autonome Gemeindebeamte 489, 490. — III. 1. Heimburger; autonome Gemeindebehörden, auch in Grundherrschaft 490 bis 492. 2. Heimraden (Rat) Gemeindebehörde 492. 3. Jurati 492, 493. 4. Koratores 493, 494. 5. Gemeindegrafen 494. 6. Weibel 494—496. 7. Bauermeister (Aldermänner) 496, 497. 8. Kirchspielorgane im allgemeinen 497, 498. 9. Kirchspielverhältnisse in Holland, Oberyssel 498; Drenthe (Rocht) 498—500; Ditmarschen 500; Hadeln 500–502; friesische Verhältnisse (asega) 502—507. 10. Gemeinde = decania 507—511. 11. Gemeindebeamter = Hunne: Einführung der Gemeindeverfassung auch in Grundherrschaften 511—514. 12. Alodiale Dorfherr-

Digitized by Google

Seite

schaften 514. — IV. Zusammenfassung 514, 515. — V. Gemeindethätigkeit 1. Wirtschaftliche Gemeindethätigkeit: Gemeindeversammlungen 515 bis 517. 2. Gemeindegericht (niederer Bann, Schuldgerichtsbarkeit) 517—519. 3. Friedensbürgschaft 519 bis 521. 4. Friedensbürgschaft gegenüber dem König 521. 5. Kontrolle der Ansässigmachung 521. — VI. Gemeinde in den Städten; die Stadt nie Hundertschaft, sondern nur ein Teil derselben 521—523.

§ 34. Bruderschaft . . . . . 524—554

I. Bruderschaften im allgemeinen (Südfrankreich) 524—526. — II. 1. Gemeinde (communio) = Bruderschaft, amicitia 526, 527, Kore 528. Friede unter den Schwurgenossen, Unterstützungspflicht, Rache für Verletzung 529—531; Beschränkung des Racherechts 531, 532. 2. Gemeinden = convivia, Gilde 532—534. 3. Bruderschaft und Unterthaneneid. In Frankreich Beziehung der Kommunio zum König 534—537. — III. 1. Gegensatz des Stadt- und Marktrechts und des Kommunalrechts; Umschmelzung der Städte in eidliche Kommunen 538, 539. 2. Detail in Nordfrankreich 539—543. 3. Der Osten (Worms, Strassburg, Speier, Basel, Würzburg, Trier, Aachen, Köln, Utrecht, Metz, Verdun, Lausanne, Luzern, Zürich, Augsburg) 543—548. 4. Durch das Kommunalracherecht Ausbildung einer selbständigen kommunalen Gerichtsbarkeit; Verhältnis zur öffentlichen Hochgerichtsbarkeit 548—550. 5. Führung der Kommune durch den Rat, da und dort auch durch scabini 550—553. — IV. Eidgenossenschaften grösserer Verbände 553, 554.

Druckfehler-Verzeichnis von Bd. I.

S. 70 N. 46 „grand. cout. 5 § 1" statt „grand. cout. 521".
„ 75 Z. 7 „allem" statt „allen".
„ 75 „ 20 „So hat der Franke die Freiheit" statt „So hat der Franke nicht die Freiheit".
„ 83 N. 19 „Waitz VIII. S. 289 und Inama II. S. 378" statt „Waitz VIII. S. 289 bei Inama II. S. 378".
„ 92 „ 32 „§ 41" statt „§ 29".
„ 135 „ 95 „§ 44 III" statt „§ 44 IV".
„ 148 „ 26 Z. 6 „Voyer" statt „Voger".
„ 152 „ 6 Z. 7 „septem solidos idem" statt „septem solidos; idem".
„ 155 Z. 3 „arramentum" statt „arrumentum".
„ 156 „ 8 „Recht" statt „Rechts".
„ 160 „ 11 „weiter an; vor allem" statt „weiter an, vor allem".

Digitized by Google

S. 191 N. 9 „§ 15 N 77, 78“ statt „§ 16 N. 79“.
„ 194 Z. 13 „verpflichten“ statt „verpflichtet“.
„ 198 „ 10 „Kriminalstrafe“ statt „Kriminalstrafen“.
„ 212 „ 8 v. u. „(Unter)scheidungen hervor“ statt „(Unter)scheidungen“.
„ 214 „ 10 „dass“ zu tilgen.
„ 232 N. 9 Z. 6 „§ 47 N. 1“ statt „§ 47 N. 7“.
„ 249 N. 54 Z. 18 „vorenomede“ statt „voremonede“.
„ 254 „ 68 Z. 17 „ihnen“ statt „ihm“.
„ 259 Z. 3 „Zentgericht“ statt „Zehntgericht“.
„ 263 „ 1 „V“ statt „1“.
„ 269 N. 17 „N. 11“ statt „12“.
„ 271 Z. 17 „Straffolgen“ statt „Straffolge“.
„ 319 „ 1 „curiae“ statt „curae“; Z. 15 „dem“ statt „den“; Z. 21 „notarius curiae“ statt „notarii curenarum“.
„ 320 Z. 11 „öfters“ statt „öftere“.
„ 323 N. 89 Z. 6 „Walengasse“ statt „Welfengasse“.
„ 336 Z. 14 „Wenn in einer Anzahl“ statt „wenn nun eine Angabe“.
„ 344 N. 19 Z. 2 „a. E.; dann das“ statt „a. E. das“.
„ 345 Z. 3 „Languedoc“ statt „Lenzewok“; N. 31 Z. 2 „libertatem“ statt „ibertatem“.
„ 356 N. 29 Z. 1 und Z. 2 „identisch: très anc. cout. Norm. LV § 1 ne vicecomites Ducis male egerint in baliis suis; Ant de Norm. XV. S. 129 1204“, statt „Ant. de Norm. XV . . . . 1204“.
„ 362 Z. 12 „Burgbau-“ statt „Burgbann“.
„ 365 „ 5 „tribuni anzusehen; das Amt“ statt „tribuni anzusehen. — Das Amt“; Z. 6 „centenarius.“ — statt „centenarius. Denn“; Z. 19 „den Gesetzen“ statt „die Gesetze“.
N. 68 Z. 3 „adäriert“ statt „adiciert“.
„ 369 „ 4 Z. 10 „N. 23“ statt „24“; Z. 15 „M. B.“ statt „M. 3“.
„ 370 Z. 5 „nun“ statt „nur“.
„ 372 N. 7 „N. 78“ statt „N. 72“.
„ 375 „ 18 „N. 68“ statt „N. 70“.
„ 379 „ 35 Z. 6 „O. V. R. Br.“ statt „O. V. B. B“.
„ 380 Z. 6 „III“ statt „III. 1“.
„ 382 „ 11 „wären“ statt „waren“.
„ 383 N. 53 Z. 4 „arg.“ statt „argc“.
„ 389 N. 19 Z. 4 „N. 17“ statt „vorige Note“.
„ 421 Z. 13 „der sächsischen nobiles“ statt „der nobiles“.
„ 430 „ 18 „altfriesisch“ statt „altfränkisch“.
„ 441 N. 20 Z. 8 „Heimale“ statt „Heumale“.
„ 443 „ 24 Z. 1 „N. 23“ statt „N. 24“.
„ 445 Z. 4 „eben“ statt „aber“; Z. 7 „die Erfexen; allein aus“ statt „die Erfexen allein, aus“.
„ 450 N. 44 Z. 20 „N. 53“ statt „N. 43“.
„ 457 „ 59 Z. 2 „ostfälischen“ statt „ostsalischen“.
„ 464 Z. 19 „Lottding“ statt „Botding“.
„ 478 N. 23 Z. 5 v. unt. „Posern-Klatt“ statt „v. Posern Blatt“.
„ 481 Z. 16 „abhängigen Go oder Centgerichten“ statt „abhängigen oder Centgerichten“. N. 39 Z. 3 „(§ 21 N. 68) das gleiche hat“ statt „(§ 21 N. 68)“.
„ 486 N. 5 Z. 7 „je“ statt „ja“.
„ 498 Z. 18 „Kirchspielschultheissen“ statt „Schultheissen“.
„ 502 „ 8 „die friesischen Quellen“ statt „die Quellen“.
N. 81 Z. 7 „Identität mit den Zwölfen der N. 82“ statt „Identität“.
„ 507 Z. 9 „ioria“ statt „ioraria“.
„ 516 N. 148 Z. 4 „Amira“ sfatt „Armira“.
„ 519 Z. 6 v. unt. „Bezeichnung“ statt „Beziehung“.
„ 521 „ 7 v. unt. „Zustimmung“ statt „Zusammenhang.“
„ 534 N. 32 „cap. 287“ statt „cap. 28“.

Digitized by Google

I. Teil.

Das öffentliche Recht.

I. Buch.

Die Machtmittel des Staates.

I. Hauptstück.

Unterthaneneid.

§ 1. 1. Die Unterthänigkeit unter das Königtum ist nichts Ursprüngliches gewesen: eine Zugehörigkeit zu den Verbänden der vorköniglichen Zeit geht ihr voraus. Und wie nun diese ältere Form öffentlicher Gebundenheit da, wo sie in der nachfränkischen Zeit noch hervortritt, auf den Eid begründet erscheinen wird, so beruht auch der Gehorsam gegen das Königtum auf dem Schwur. Den Eidgenossenschaften der volksrechtlichen Verbände steht der allgemeine Unterthaneneid gegenüber, den die fränkischen Könige und die Nachfolger in ihrer Macht, die Grafen und sonstigen Hochgerichtsherren, empfangen[1]).

---

[1]) Brunner II S. 58 ff. In den fränkischen Quellen ist die Folge der Verletzung des Unterthaneneids der Königsbann (§ 15, § 16). Nun wird sich später (§ 14 Nr. 1) zeigen, dass der Königsbann ursprünglich ein Heerbann ist. So muss ursprünglich der Unterthaneneid für den Heerzug geschworen sein (Genaueres § 14 Nr. 1). Über das Verhältnis des Unterthaneneides zum römischen Rechte will ich mich hier nicht genauer äussern, wenn sich auch meine Auffassung deutlich ergibt. Meines Erachtens handelt es sich im römischen Recht zum Teil um eine sehr natürliche Parallelentwicklung, zum Teil aber um einen der vielen germanischen Reflexe zunächst auf das römische Heerwesen.

Digitized by Google

2. Die Eidpflichtigen scheiden sich nach den Quellen in zwei Klassen. Die einen, die geringeren Leute leisten den Unterthaneneid dem Eidberechtigten nicht persönlich. Breit bezeugen dies die Stadtrechtsurkunden des mittleren und südlichen Frankreich; hier nehmen die consules der einzelnen Gemeinde[2]) den Eid an den Grafen ab; nur sie die consules selber leisten den Eid dem Grafen direkt. Deutlich äussert sich die Eidesleistung der Gemeindevorstände darin, dass sie überall, im Süden wie im Norden, als jurati bezeichnet werden, — wovon später zu reden ist.

---

[2]) Cabié: S. 99 § 8. — 1280: (Original leider nicht mitgeteilt): Plus que les consuls dud. lieu seroient tenu de prester annuellement le serement de fidélité auxd. s^rs abbé et religieux S. 102 § 2. — 1282: Plus que, led. s^r abbé ou sindic fairoient annuellement les consuls aud. lieu dans l'octave de Pâques, lesquels seroient tenus de prêter d'abord le serement de fidélité. S. 105 § 6. — 1296: Plus que lesd. consuls seroient tenus de prêter le serment de fidélité auxd. sgrs. et que les autres habitans feroient un semblable serment en présence desd. consuls; ebenso S. 109 § 10. — 1274, S. 134 f. § 16, § 17. 1270 (1276). — S. 134 § 16: Sane consules dictae villae jurabunt se defendere fideliter et servare corpus illustrissimi domini nostri comitis supradicti et membra, et etiam jura sua, et quod officium consulatus, quamdiu erunt in officio, fideliter exequentur [nec] munus aut servitium ratione officii ab aliquo capient per se vel per alium, nisi id quod de iure est concessum cuilibet in officio existenti. § 17: Communitas quidem dictae villae jurabit in praesentia consulum dicto domino comiti vel mandato ipsius dare ipsis consulibus bonum consilium et fideliter pro hoste suo, dum requisitus fuerit, salvo eorum dicto dom. comiti in omnibus jure suo. — Rev. hist. de droit X S. 148 § 4. 1270: E li meis IV proshomes juro ades aqui meis als senhors e als cavalers et als donzels e als proshomes del meis castel e de la honor que sio tugh vengutz aquel dia, sobre sans Evangelis, en las mas dels autres quels auran elegitz, que gardaran las drechuras dels senhors e gardaran e mentenran fielment las costumas del meis castel, e faran dregh al maior e al minor dels plaghs e dels negocis que seran devant lor, no gardat amic ni enemic, e que tendran leyalment lor offici del cossolat a bona fe. — E ades aqui meis, o dins VIII dias, que tugh li habitants en lo dich castel e en la honor vengo devant lo cosselh e jure lor que ls ajudaran e gardaran segon las presentz costumas e lor seran obedients cum a bos cosselhs et fiels e bos governadors en la profegh cominal del digh castel. — Nouv. Rev. hist. du droit XVI S. 74 § 15, § 16, eb. 1278. — Olim Delisle S. 459 § 908: fuit determinatum, quod — (consules Carcassone) nobis faciant fidelitatis juramentum, et insuper faciant juramentum illis, quibus prestare consueverunt de fideli administratione et de fideli compoto reddendo, prout alii consules villarum dicte seneschalie prestare et facere consueverunt. — Überall leisten hier die Einwohner den consules den Eid: wenn bei Cabié S. 134 § 16, § 17 die Boten des Grafen den Eid empfangen, so ist dem Eidesinhalt nach das doch ein Eid an die Konsuln, der — wohl zur Kontrolle der darin liegenden Eidgenossenschaft — eben in Gegenwart gräflicher

Digitized by Google

Umgekehrt findet sich in Deutschland ein direkter Schwur der höheren Klassen an den König oder in Frankreich an den Grafen.

In dem Recht von Bigorre[3]), der ältesten Quelle des nachfränkischen Landrechts, die wir neben den usatici Barcinonenses besitzen, geloben im allgemeinen nur die milites, in den Bergthälern die milites und pedites[4]) die fidelitas dem Grafen persönlich. —

Es sind das diejenigen Leute, die allein — gegenüber den censuales rustici vel liberi — dem gräflichen Aufgebote auch über die Landwehr hinaus folgen müssen[5]). Der mit dem Heerdienste belastete Grundbesitz heisst libertas[6]) oder francitas[7]): so sind die zum Unterthaneneid Pflichtigen diejenigen Freien (franci), die allein als Reiter oder Fussoldaten im Heerbann ausziehen. —

Etwas Ähnliches hat das Recht des französischen Burgund[8]). Hier wird der Unterthaneneid dem Grafen von allen geleistet, aber der Eid der Rittermässigen gilt mehr als der der anderen dem Grafen direkt.

Vertreter abgenommen wird. — Ebenso Castrum-novum in Tours. Teulet I. 371 (I S. 161a) — 1190. Dixerunt eciam viri jurati se audisse statutum fuisse ut duodecim homines de castro, pro se et pro aliis, facerent homagium comiti pro custodia corporum et rerum hominum de Castro-novo, salva fidelitate regis Francie et ecclesie: nach Teulet I. 306. 1181: [si vero aliqui in villa manencium vel in eadem villa tenementa habencium servare vel jurare noluerint id quod dicti burgenses disposuerunt X (hier noch 10 statt der späteren 12)] leisten die Einwohner und Forensen wieder ihrerseits der Gemeindebehörde den Gehorsamseid.

3) Giraud I S. 17.

4) ebenda c. 2.

5) ebenda c. 15, c. 16.

6) c. 8.

7) c. 36.

8) Quantin II n. 433. Hier wird für Chablis zu Ende des zwölften Jahrhunderts bestimmt: omnes homines, quotquot sunt apud Chableias, sive milites, sive filii militum, qui habent aetatem, cujuscunque sint conditionis, debent esse jurati comiti sub hac forma: ego juro quod ego ero fidelis comiti de cetero, et quod ego servabo membra ejus et honorem ejus . . . — Eine andere gleichzeitige Urkunde (Quantin II. 434) für Chablis sagt aber: omnes homines cujuscunque sint apud Chableias, tam clerici quam milites, et omnes alii laici, sunt jurati preposito (Vertreter einer dortigen kirchlichen Grundherrschaft) contra omnes viventes. Laici vero omnes, cujuscunque homines sint, sunt jurati domino Campaniae vel mandato ejus quisquis ille sit, salva fidelitate Beati-Martini (der Grundherrschaft).

Digitized by Google

Daraus gewinnt dann erst eine Nachricht[9]) des Wipo ihre Stellung. Auch nach diesem heben sich die Vornehmen von den Geringeren ab, leisten dem König persönlich den Eid. —

Dass dies nicht eine Bildung erst des 11. u. 12. Jahrhunderts ist, zeigt vielleicht eine Urkunde von 890[10]). Hier nimmt der vicecomes per auctoritatem regiam eine civilrechtliche Inquisition vor und versammelt zu dem Ende fast 200 Leute. Es werden nun aus der Gesamtheit nur die nobiliores befragt und 14 electi homines zur Vereidigung angehalten. Da der Inquisitionseid eine blosse Verwendung und Folge des Unterthaneneides ist, so kann man daraus indirekt schon für die spätfränkische Zeit schliessen, dass der König oder jetzt der Graf den Eid nur von den Vornehmen entgegennimmt. Die einzige deutlichere merovingische Nachricht[11]) über Unterthaneneid redet freilich von der allgemeinen Vereidigung, lässt aber nicht erkennen, ob dabei zwischen den Vornehmeren und Geringen unterschieden wird. Wichtig ist es, dass der Eid leodesamio, also die Pflicht der leudes in sich schliesst, die später als die besondere Klasse der kriegspflichtigen, freien Franken, erscheinen werden. So weist die Nachricht eben auf die Erstreckung der Kriegspflicht von den Leudes auf alle Unterthanen überhaupt, die in der Tat auch verfolgt werden kann.

3. Empfänger des Unterthaneneides ist in Frankreich der Graf und nicht der König, da ja der Graf dem König alle Hoheitsrechte abgenommen hat[12]). — In Deutschland gilt der Unterthaneneid noch dem König. Für die höheren Klassen ergiebt das

---

[9]) Wipo c. 4. S. S. XI S. 161 (vgl. Waitz VI S. 390) de fidelitate facta regi minus necessarium dicere puto, frequenti usu teste, quod omnes episcopi, duces et reliqui principes, milites primi, milites gregarii, quin ingenui omnes, si alicuius momenti sint, regibus fidem faciant. —

[10]) Vaissete V. 12. Auch die Nachricht von 854 über die Ableistung des Unterthaneneids (leg. I S. 429) fasse ich nicht mit Sohm R. u. G. V. S. 282 als ein Protokoll über die Vereidigung des gesamten Volks in der Vicariatsversammlung, sondern als Protokoll über die Vereidigung der Vornehmen (franci: 10 c. 13) in der Grafschaftsversammlung (ct. § 32 N. 24 fd.). Unter den Leuten werden 8 decani erwähnt, die ihre Dörfer vertreten.

[11]) Marculf I. 40; für das andere § 11 N. 35 fd. § 30, § 44.

[12]) Vaissete V. 429. 1107 Fidelitätseid der Leute von Carcassone an den vicecomes; Quantin II. 433. 434 in Chablis empfängt der Graf von Champagne den Unterthaneneid. Dann Recht von Bigorre (ob. N. 3), Martel (unt. N. 21) — Ol. I. S. 854. VIII. 1270 der königliche Seneschall von Périgord versuchte nach dem Tod des Grafen von Angoulême den Treueid abzunehmen, ward aber vom Parlament zurückgewiesen.

Digitized by Google

die Nachricht des Wipo. Soweit die Vornehmeren bei der Königswahl anwesend sind, empfängt der König den Unterthaneneid sofort: um den Treueid der Abwesenden zu gewinnen, reist er persönlich durch das Land[13]). Aber auch eine Vereidigung der Geringeren für den König kommt noch vor: Heinrich IV. lässt sich von den schwäbischen Bauern nach einer zeitgenössischen Quelle schwören[14]) und wenn ein Schriftsteller zu Ende des 12. Jahrhunderts vom Eid des populus Francorum an Heinrich IV. spricht, so ist das wohl auch ein Zeugnis für die Rechtsanschauung zu Ende des 12. Jahrhunderts[15]). Noch späteren Ursprungs — nach meiner Meinung wohl aus dem Anfang des 14. Jahrhunderts — sind friesische Nachrichten über einen allgemeinen Unterthaneneid an den König[16]).

Unsicher ist das spätere Recht in Deutschland. Es ist nicht anzunehmen, dass der Königseid hier allmählich in die Hand der Grafen kam: davon finde ich keine Spur: vielmehr erscheint in einer auch sonst wichtigen Stelle des Sw. Sp.[17]) die Inquisition, die ursprünglich eine Inquisition auf den Unterthaneneid war, als eine Inquisition auf den Landfrieden. Der Land-

---

13) Genaueres wird sich unten in der Darstellung des Königswahlrechts ergeben.

14) S. S. V S. 312 (Bertold).

15) Helmold I. c. 28 H. A.

16) Siehe die Zusammenstellung bei Heck in M. Ö. J. XVII S. 561 fd. Heck hat die Nachrichten des Schulzenrechts sehr früh gesetzt (11. Jahrhundert) — ohne eigentlichen Grund. Das ist nun kein Zweifel, dass die Quelle, so wie sie uns vorliegt, aus viel späterer Zeit stammt; es müsste wohl eine lateinische Form untergelegen haben, die verloren ist. Allein auch inhaltlich scheint die Quelle viel jünger; eine solche ausführliche, breitschildernde Darstellung des geltenden Rechts im 11. Jahrhundert ist ganz beispiellos. Dann bleibt aber nichts übrig, als an die Zeit zu denken, in der der Graf von Holland nach Unterwerfung der Westfriesen für etwa ein Menschenalter in einem ziemlich umfassenden Teil des westerlauwerischen Gebiets Fuss gefasst hatte (vgl. Telting het oudfriesche Stadtrecht S. 23 fd.) d. h. von 1292 bis etwa 1325: vgl. § 32 N. 1. Die etwa gleichzeitigen Rechte für Kennemmerland und Westfriesland wären dann Seitenstücke zu dem Schulzenrecht (v. d. Bergh II. 816, 1098) und in der That ist namentlich zwischen Schulzenrecht und der Kennemmerkeure eine Ähnlichkeit in der Behandlung des Grafengerichts nicht zu verkennen.

17) Sw. sp. 141. Ein iegelich phalzgrave vnd margrave hant si ioch niht fvrstenampt, die vragent doch die lvte wol mit rehte bi ir hvlden, so si an dem gerihte sitzent; ane so ein nivwer vride gesworn ist, so svln si vragen bi dem eide als der vride gesworen si.

Digitized by Google

friedenseid aber ist nach dieser, wie nach vielen anderen Stellen, ein Eid auf Zeit. Das lässt keine andere Deutung zu, als dass der allgemeine Unterthaneneid, der ja nicht auf Zeit geleistet wird, allmählich gefallen ist, und man nun genötigt war, die Inquisition an den Landfriedenseid zu knüpfen, der nur auf Zeit gilt. Es lässt sich dann auch ein Grund dieser Veränderung finden. Im 12. Jahrhundert verkündet der König unmittelbar nach seinem Regierungsantritt einen Landfrieden, der beschworen werden muss[18]): so kann der befristete Landfriedenseid sehr leicht den unbefristeten allgemeinen Unterthaneneid verdrängt haben, zumal beide im letzten Grund identisch sind. — Dass man in Friesland lange den Unterthaneneid gegenüber dem König festgehalten hat, erklärt sich vielleicht daraus, dass man hier im 13. und 14. Jahrhundert nach Reichsunmittelbarkeit strebte, vielleicht auch aus dem eigentümlichen Sinn von potestas regia im Norden[19]). — Wo sonst noch ein Unterthaneneid der gemeinen Leute vorkommt, mag dies entweder an Bildungen des vorköniglichen Rechtes überhaupt anknüpfen: so der Zenteid, den das altertümliche Lohrer Zentrecht aufbewahrt hat[20]), oder es mag sich um das Herüberdringen hofrechtlicher Formen handeln, wie ja der steuerpflichtige Freie überall allmählich als Hintersasse angesehen wird. — Dagegen findet sich noch bis in die zweite Hälfte des 13. Jahrhunderts eine Spur dafür, dass der Unterthaneneid des Ritters dem König geleistet wird[21]). Der Untergang der Sitte wird mit der Einschränkung der Königsreisen zusammenhängen.

---

18) Narratio de electione Lotharii c. 7. tandem compositis omnibus rex predictus sub regiae maiestatis obtentu pacem firmam in omni regno Theutonico usque ad nativitatem Domini et ab inde ad annum usquequaque indixit. (S. S. XII S. 512.) Ebenso hat Friedrich I. im ersten Jahr seiner Regierung einen Landfrieden beschwören lassen, vielleicht den uns überlieferten (das Material bei Weiland I. 140 Einl.).

19) unten § 60.

20) Grimm III S. 531. 1425. Item es sal auch ein itzlicher schultes vnd schepff, der in der zent gesessen ist, so sich ein junger in der Zenthe eliche verandert und zu hawss zewget, den vnd die selbichen einem zentgrafen, so man zent helt, furbrengen, das die sollichen geloben und zentpflicht thun, wie von alter herkomen ist —.

21) Arnold chronic. Slavor. III. c. 12 H. A. S. 98 für Ende des 12. Jahrhunderts: actum autem fuit clanculo cum illis, ut singuli per noctem venirent et regi sacramentum fidelitatis facerent (die nobiles des Kölner Gebiets) V. 27 H. A. (S. 203) nam principes celebrato colloquio hoc statuerunt, ut omnes regni primores ibi presentialiter fidem facerent imperatoris filio. Sw. sp. 121. I

Digitized by Google

4. Dem Unterthaneneid entspricht umgekehrt ein Eid auch des Schwurherrn, den derselbe bei Erwerbung seiner Würde leistet. Das bezeugen zunächst wieder die südfranzösischen Rechte[22]). Auf dasselbe führt aber der Eid des Herzogs der Normandie[23]) und der Eid des deutschen[24]) Königs; auch der des Königs von Frankreich und Jerusalem[25]) mag hieher gehören, wennschon hier das Gegenglied eines allgemeinen Unterthaneneides nicht nachweisbar ist.

Eine allgemeine Verbindung des königlichen Versprechens mit der Krönung hat das angeblich römische Formular für die Königskrönung[26]), während in einer Formel zu Ende der Karolingerzeit nur die Versprechungen gegen die Kirche an die Krönung geknüpft werden[27]). So wird wohl der S. Sp. Recht behalten, welcher den

---

(späterer Zusatz). Lehen on gericht mag nieman hon er sey dan semper freye ind daz er dem künig hulde schwert nach freies mannes recht und bey der hulden verpflage, wann man getzeuges an im zeuhet. Darüber Zallinger Ministeriales und milites S. 95.

22) Bigorre § 1 (Giraud I. S. 19). Comitis in Bigorra substituendi consuetudo talis debet teneri: si naturalis fuerit, antequam habitatorum terrae fidejussores accipiat, fide sua securos eos faciat ne extra consuetudines patrias vel eas in quibus eos invenerit aliquando educat; hoc autem sacramento et fide quatuor nobilium terrae faciat confirmari; item juratores duos dabit Levitanensibus et totidem Baraginensibus. Si vero quilibet adventicius uxorem accipiens in comitatum accesserit, fide et sacramento quod diximus firmabit et totidem ponet juratores; hoc idem de muliere extranea confirmamus, si post-obitum viri terram possederit. — Martel 1219. § 27 (Giraud I. S. 83). Item, quandocunque dominus vicecomes exegerit sacramentum fidelitatis ab hominibus ville Martelli, debet idem dominus vicecomes incontinenti jurare securitatem ville, et omnes consuetudines supra nominatas, ac omnes consuetudines suprascriptas. Ferner die Coutumes de Bayonne N. 28.

23) Très anc. cout. Norm. § 1: quando dux Normannie in ducem recipitur, sacramento tenetur ecclesiam Dei deservire et ea, quae ad eam pertinent, et bonam pacem tenere et legalem justitiam.

24) S. Sp. III. 54 § 2 als man den koning küset, so sal he deme rike hulde dun, unde sveren dat he recht sterke unde unrecht krenke unde it rike voresta an sime rechte, als he künne unde moge; seder ne sal he nümmer nenen eid dun.

25) Luchaire inst. I. S. 71. Jean d'Ibelin c. 193 der Krönungseid des Königs von Jerusalem muss geleistet werden, bevor ihm hommage geleistet wird; hier ist sehr deutlich, dass es sich nicht nur um die lehnrechtliche Hulde des Herrn handelt.

26) Waitz, Formeln des deutschen Königs- und der römischen Kaiserkrönung (Gött. Ges. Bd. XVIII S. 35).

27) M. G. leg. I. S. 543, 877.

Digitized by Google

königlichen Eid sofort an die Kur anschliesst; auch handelt es sich bei jenem Versprechen des Formulars nicht um ein eidliches Versprechen, also wohl nur um eidlose Wiederholung des früher unter Eid geleisteten Gelübdes. — Das zeitliche Verhältnis des Herreneides und des Unterthaneneides ist ein wechselndes. Aber immer führen die beiden zusammen auf die Vorstellung, dass die Herrschaft auf einem eidlich beschworenen Vertrag beruht. Und wenn auch der Gedanke früherer Jahrhunderte, dass eben nur der Unterthaneneid zur Treue verpflichtet, in der nachfränkischen Zeit wenigstens nicht mehr nachweisbar ist, so bleiben doch zwei andere wichtige Folgen. Die Kirche hat nämlich den Eid, wie so viel anderes Heidnische aufgenommen und als religiöses Institut gestaltet. So erlangte sie allmählich die Herrschaft über ihn und die Lösung des Unterthaneneids wird nicht ohne Kampf zur Rechtsform, in der die Absetzung des Herrschers durch den Papst erfolgt[28]). Auf der andern Seite steht die viel ursprünglichere weltliche Vorstellung, dass der Eidbruch des Herrschers, der das beschworene Recht verletzt, auch die Unterthanen von ihrer eidlichen Verpflichtung entbindet[29]).

---

[28]) Die Belege bei Waitz VI S. 399. Zuerst hat Gregor VII. das Recht gegen Heinrich IV. in Anspruch genommen: Gregor. regist. III. 10 (Jaffé II S. 224). Die kirchlichen gebildeten Kreise, die der päpstlichen Auffassung feind sind, reagieren entweder aus kirchlichen Motiven wie Waltram I. 4, I. 14 (H. A.), Wido von Osnabrück (Jaffé III S. 342) oder mit deutlicher Beziehung auf das römische Imperatorentum: so wohl schon die „häretischen" Kleriker des Berthold (S. S. V S. 296); dann deutlich Otto Frisingensis chron. VI. 35; vgl. auch Chronicon Ursperg. (H. A.) S. 6 ff. Neben dieser gelehrten Opposition steht dann auch das weltliche Recht, dem die Absetzung durch den Papst natürlich von Haus aus fremd war. Auf das letzte führt es zurück, wenn die Ursperger Chronik S. 7 die Wirkungslosigkeit päpstlicher Absetzung betont und wenn der S. Sp. III. 57 § 1 mit III. 58 § 3 allerdings wohl indirekt mit der Befugnis, den König zu exkommunizieren, auch das Absetzungsrecht des Papstes anerkennt, aber die Befugnis zur Exkommunikation sehr beschränkt. Eine genaue Untersuchung der Sache, die mit Nutzen nur für das ganze römische Europa geführt werden kann, ist hier nicht möglich. Vgl. für Deutschland die Ausführungen von Domeier: die Päpste als Richter über die deutschen Könige 1897. Für die spätere Entwicklung Schröder R. G. S. 467 und die dort citierten.

[29]) Die bei Lambert und anderen hervortretende Auffassung (Waitz VI S. 398. N. 2. S. 401 N. 2—4) steht durchaus mit den Rechtsquellen in Einklang, ist nicht Erfindung kirchlichen Naturrechtes. Von Jean d'Ibelin c. 221 ist das Recht des Widerstands speziell auf das Verhältnis zwischen Herrn und Vasall angewendet. Ferner Et S. Louis I. 53. Der Vasall kann den Lehnsherrn

Digitized by Google

5. Der Unterthaneneid verpflichtet zur Unterstützung des Schwurherrn gegen alle[30]) und daraus folgt, dass andere eidliche Verbindungen ohne Genehmigung des Schwurherrn nicht eingegangen werden konnten. Dieser Satz findet sich auch direkt ausgesprochen[31]).

Es ist keine wirkliche Ausnahme, wenn sich weitverbreitet auch ein Unterthaneneid des Hofrechts findet. Denn die Unfreien des Hofrechts gehören ursprünglich dem allgemeinen Unterthanenverband nicht an und haben so keinen Eid zu leisten. Freilich sind bereits in der karolingischen Zeit die Hintersassen, die einen eigenen Hof haben, ohne Rücksicht auf ihren Stand, dann auch die Unfreien, die höheren Hofdienst oder den Dienst eines Panzerreiters leisten, zum Unterthaneneid angehalten worden[32]), wie sie auch zu den positiven Unterthanenleistungen herangezogen werden[33]). Aber der Treueid dem Eigenherrn gegenüber, den man als etwas Ursprüngliches ansehen darf, wird dadurch nicht mehr berührt. Dagegen tritt der allgemeine Treueid in wirklichen Gegensatz zur Eidgenossenschaft und zum Eid der Gefolgsleute. Die Reibungen werden später zu besprechen sein.

---

gegen den König im Kriege unterstützen, wenn diesem Recht verweigert wird. — Coutume de Bayone II. 1. Die Völker unterwerfen sich dem Herrn zur Rechtspflege: En testimoniadge de la quoau cause lo seinhor deu prumer jurar a son poble que lo poble no fey a luys; et porte tant lo darder segrement que lo poble fey au seinhor, que si lo seinhor qui fey lo prumer segrement passe son segrement au poble, ja lo poble no sera a luys tingut de segrement per so quar assi lo seinhor comet faucetat contre son poble et no son poble contre luys. — Bergisches Landrecht 37. Die Ritterschaft ist bei Verletzung ihrer Freiheit zu Widerstand gegen den Landesherrn befugt. — Wenn Domeier a. a. O. S. 12 solche Theorien für Neuerungen ansieht, so fehlt es dafür an jedem Beleg.

30) Vaissete V. 429. 1107. Die Leute von Carcassone versprechen: wenn jemand den vicecomes schädigt, recti adjutores atque fideles vobis erimus, usque quo eam recuperatam habeatis. — Quantin II. 434. Die Leute von Chablis, die nun auch der kirchlichen Herrschaft d. h. deren praepositus den Fidelitätseid leisten, sind jurati praeposito contra omnes viventes. —

Die Form geht in die fränkische Zeit zurück (Brunner II S. 61 N. 22. 23).

31) Boutaric I. S. CCCXXIV. 1253: Item dicunt, quod non debent prestare aliter juramentum aliquod nisi de voluntate et assensu decani (der Hochgerichtsherr ist) et debent sibi juramentum fidelitatis.

32) Cap. 25 § 4. Fiscilini quoque et coloni et ecclesiastici adque servi qui honorati beneficia et ministeria tenent vel in basallitico honorati sunt.

33) § 40.

Digitized by Google

II. Hauptstück.

Die Abgaben und Regalien.

I. Kapitel: Die direkten Abgaben.

§ 2. Unbestimmte Bezeichnungen.

Viele Steuernamen in den Quellen gestatten zunächst keinen bestimmten Schluss auf die Natur der Abgabe. Hierher gehört der sehr weit verbreitete Ausdruck focagium, Rauchsteuer, Herdsteuer[1]), der eben nicht mehr sagt, als dass es sich um eine Besteuerung jeder selbständigen Wirtschaft handelt, — hierher die in Norddeutschland sehr übliche Pflugabgabe[2]), die auf eine Leistung des Vollbauern weist, — hierher die Viehsteuern, deren Betrag sich nach dem Viehbesitz richtet[3]).

Schlüsse auf den Rechtsgrund der Leistung sind auch da unmöglich, wo das Wort eben nur den Gegenstand, insbesondere die verschiedenen Formen der Naturalabgaben bezeichnet[4]).

---

1) z. B. Giraud II S. 11. 1235. Provence: Die ausserordentliche Steuer des Grafen wird derart erhoben, ut pro quolibet foco possit exigere et habere VI solidos. — Vaissete VIII. 493. 1261. focagium in der Grafschaft Toulouse. — Teulet I. 411, 977 Grand cout. Norm. 15 § 7, 52 § 5 und öfters in der Normandie. — Teulet I. 342 Périgord. — Drenther Landrecht v. 1412 § 24 (O. V. R. XVII n. 3) van schultmudden, van battinges penninge, van roecpenninge. — Grimm II S. 241. 1477. Herdpfennig.

2) Sloet 712. 713. plogbede 912 denariis aratorum. Sloet 421 duos solidos de aratro. — Westf. U. B. III. 1507 die Abgabe der annona missalis berechnet sich nach dem Pflug. — Bereits die alte Slavenabgabe ist eine Abgabe de aratro (Helmold I. c. 12). — Der Pflug ist das Zeichen der grossen bäuerlichen Wirtschaft gegenüber der Kate: Hodenberg Lüneb. U. B. S. Michael 146. 1293 bestimmt: de unaquaque domo de qua exit aratrum sex solidos denariorum hamburgensium et tres solidos eiusdem monete, de unaquaque domo, de qua exit hako. — Etstoel van Drenthe I S. 50. 1453: dar sol elch ploech tho gelden een krumstert ende elch koeter een haluen krumstert.

3) S. S. XXIV S. 57. 1302: Bavarie terre domini tunc imposuere pro capite talem steuram pecudum generalem: X bis bos et equus, pecus hoc, X datque iumentum. Nummos tres porcus dat, ovis, caper, ac simul agnus, sed non habens annum animal non dat preter agnum. — Hieher dann vielleicht auch: Lacomblet III. 921. 1387. Kogelt und schafgelt. — Seibertz I. 322 exactio vaccarum 1262. — Schleswig III. 67 koskat.

4) Hieher z. B. avenagium: Reims I S. 786, S. 794, S. 849. Westf. U. B. IV. 2488 avena comitie. — Brenagium oder furfuragium: Gallia

Digitized by Google

Eine erschöpfende Aufzählung dieser Benennungen ist unmöglich [5]).

§ 3. Königszins.

I. Um das Wesen des Königszinses zu erfassen, muss ein Umweg eingeschlagen werden.

Überall ist eine ordentliche Jahresabgabe bezeugt, weithin als Jahrbede zum Unterschied von der ausserordentlichen Notbede [1]).

Diese jährliche petitio wird zweimal — im Herbst und Mai

---

christ. XI. col. 156; Rot. scacc. S. 37a pro 21 min. avene de bernagio de Luxovino; Martene ampl. coll. I. col. 652; Ol. I. S. 160 III; Ord. I S. 17 § 15; Ol. I S. 532 XV wird es als focagium erhoben. Identität von brennus und furfur: nouv. rev. hist. du droit IX S. 540 § 13. domini de Veyneto volebant habere cocias de furfure seu brenno. Dass es sich beim brennagium speziell um eine Hundefütterung handelt, wie Ducange behauptet, ist durch die angegebenen Stellen nicht gerechtfertigt. Wohl aber weist das Objekt auf Futterabgabe überhaupt. furfuragium: Duchesne S. S. IV S. 360 B. — multonagium: Martene ampl. col. I. col. 1037. 1200. Abgabe an den Grafen von Lemans. Gall. christ. X. col. 295. 1100. arietes mit der Grafschaft Ponthieu verbunden. — Es ist für die Erklärung dieser in Nordfrankreich häufigen Steuer von Bedeutung, dass nach dem dialogus de scaccario I. c. 7 (Stubbs select charters S. 193) Wilhelm der Eroberer den Wert eines zu liefernden Hammels oder Schafes auf 4 Denar veranschlagt hat. —

Die zahlreichen anderen Tierabgaben: Dronke 722, 982 ein ganzes Dorf liefert dem Grafen 2 Ochsen. — Papon II. 12. 1119 der Graf von Forcalquier erhebt Ochsen, Esel, Maultiere, Schweine. — Savigny 916. 1127 der Vikar erhebt neben der annona eine Schweineabgabe. — Diese Viehabgaben sind schon in der fränkischen Zeit bezeugt (Waitz IV Seite 115) und bereits hier kommt Adärierung vor, so dass das Kuhgeld oder Schafgeld späterer Quellen (vgl. N. 3) sich leicht auch hierher beziehen kann. — Hühnerabgabe: Hoyer U. B. II. Abt. 5. 59. 1294. gohonre; v. d. Bergh II. 816.

[5]) Ich erwähne das unbestimmt bis in die fränkische Zeit zurückgehende Scot, den in Flandern und Henegau besonders häufigen gabalus (z. B. Guiman Arras S. 46; aber auch Gallia christ. XI. col. 71 Caen), das im angelsächsischen gafolgilda wiederkehrt — das weitverbreitete wisoede, wisat, weisat. (O. Oest. U. B. III. 19. Heiligenkreuz 206, Schotten 61; M. B. XXXVI S. 52, S. 53, S. 376, S. 377 etc. Lacomblet Arch. I S. 330, 331; Schultes Henneberg I S. 185, S. 226) in dem allerdings wohl wesentlich eine Verpflegungsabgabe steckt.

[1]) Gudenus II S. 193. 1274. Güter eines Kanonikers frei a precariis inconsuetis, que vulgariter Notbede dicuntur, bleiben aber unterworfen precariis consuetis que Jahrbede dicuntur. — v. d. Bergh II. 409. 1280. Graf befreit zur Belohnung ein Dorf von der üblichen annalis petitio. — Lacomblet II. 284. 1243. Bonn zahlt jährlich pro petitione.

Digitized by Google

— gezahlt [2]). Andererseits ist die petitio auf dem annale placitum zu leisten [3]) und erklären sich die Termine der Jahresbede daraus, dass sie ursprünglich auf den zwei oder drei placita legitima entrichtet werden.

So ist die Jahrbede gleichbedeutend mit der Herbst- und Maisteuer, dann stiura media, die besonders in Bayern vorkommt [4]).

Sie fällt weiter mit der ganz allgemein bezeugten Gerichtsteuer (placitum) zusammen [5]).

---

[2]) v. d. Bergh II. 301. Der Herr von Waterland bezieht jährlich duae petitiones. — Lacomblet II. 676. 1275. Der König bekommt als Vogt in Essen eine Herbst- und eine Maibede. — Für Berg drei Termine, für Jülich zwei (v. Below, die landständische Verfassung in Jülich und Berg III S. 50 und die dort erwähnten Belege). — Lacomblet II. 903. 1290 autumnalis precaria des Vogtes.

[3]) v. d. Bergh I. 587. 1253. I. § 16, § 17: sextus articulus est, quod precariam in placito Brugensi promissam Florentius cum ballivo dominae comitisse noluit intus agitare. § 17: Ad hoc respondent rex et Florentius, quod de placito Brugensi credit Florentius satisfecisse, quia misit Brugas castellanum Zelandie et milites de sua familia et suum notarium ad perficiendum omnia, quae spectant ad placitum annale, et vellet Florentius bona fide quod petitio, quae ibi data fuit, ut mos est persolveretur.

[4]) Oberbairisches Rechenbuch (hrg. v. Oefele Oberbair. Archiv XXV) S. 288 ff., S. 290 f., S. 300, dann die Belege bei Basch, die Steuer im Herzogtum Baiern S. 30 ff.; dann M. B. I S. 432. 1331 Herbststeuer; M. B. VI S. 271. 1409 und X S. 369. In der Auffassung der stiura dimidia stimme ich mit Basch a. a. O. gegen Riezler Geschichte Baierns II S. 180 N. 1 überein.

[5]) Ord. XI S. 233 § 24. 1184; Communalcharte für die Landgemeinden der Laonnais: homines autem de mansis mutabilibus, quotquot venire voluerint absque contradiccione recipientur; et si placita non solvent sicut alii homines Pacis qui placita sua debebant, sed si in terris avenam et censum debentibus mansiones habuerint, Dominis illis quibus jus erit, avenam et censum solvent. (Ebenso im wesentlichen die Charte für Bruyères Ord. XI S. 246 § 15. 1186, für Crépy: Ord. XI S. 236 § 15. 1184.) Die agri mutabiles (auch nach Ord. XI S. 277. 1196) sind deutlich die von Zins und avenagium freien Grundstücke, aber die Besitzer zahlen placitum. Solche Besitzer sollen unbeschränkt in die Kommune aufgenommen werden können; diejenigen Freien aber, die auf zinspflichtigem Boden ihr Domizil haben, nur unter Fortzahlung der bisherigen Zinsen. Ich habe bereits früher (Germanistische Abh. zum 70. Geburtstag Konrad von Maurers S. 443) auf diese ausserordentlich wichtigen Stellen aufmerksam gemacht. In der Communalcharte für Bruyères (Ord. XI S. 247 § 19) ist dann der Betrag des placitum fixiert: es sollen auf jedem der drei placita 4 Denar gezahlt werden (consuetudines autem tallie ita temporate sunt, ut unusquisque hominum qui manet super terras tallias debentes et qui advenerint et in terris tallias debentibus mansiones habebunt, tria placita per

Digitized by Google

Der Sinn dieses placitum erhellt am besten im späteren Recht von Drenthe[6]). Hier wird zwischen den drei Dingen im

annum solvent et per singula placita 4 denarios bone monete reddent. Der gleiche Betrag — nur nicht so klar — tritt in der Communalcharte von Laon (Ord. XI S. 187 § 18) hervor: offenbar wird jetzt die Steuer nach Muster des allgemeinen Königszinses (siehe unten) fixiert. —

Cart de Paris I. 489 Befreiung von tallia et placita generalia et culcitrarum atque capitalium pannorumque usus. — Ord. XII S. 348 §3, 1301. Chateau-Thierry: volumus et concedimus quod omnes domus Castri Theodorici, a quibus gentes nostrae levabant placita generalia, quae sunt pro quolibet foco domus ad festagium, duos solidos, et pro quolibet foco domus ad appenditium, duodecim denarios, sunt liberae a praedictis. Pérard S. 272. 1201. Dijon: hi autem sunt redditus, quos clericis ejusdem Ecclesiae in proprios usus in villa Divionensi assignavi, videlicet quidquid habebat Dux Divione, de ventis, et astalagium quod ei debebant panifici et carciamentorum constructores et placitum generale. — Castan, origines de la commune de Besançon 1858 S. 150. 1134 (der Erzbischof von Besançon): contuli . . . — predicte Ecclesie — placitum generale et consuetudinem et redditum quem ibi in dominicatu habebam super eorum terram, videlicet: solidos duos in manso Lamberti de Capitolio etc. — Beyer II S. 379: Hii autem sunt iurnales eiusdem allodii, de quibus censum sine placido persolvimus. — Bibliotheca Sebusiana II. 46. Der Graf von Genf muss die Veräusserung derjenigen allodia von ingenui genehmigen, die davon corvata und observatio placiti generalis leisten. — Suisse Romande XVIII S. 422. 1235: et servicia que debentur in placito generali debet recipere maior ad opus vicedomini (Wallis) — fontes rer. Bernens. II. 79. 1228. Graf von Neuenburg verzichtet auf totum ius, quod habemus in placito generali apud Champlum in honoribus sancte Marie Laus a valentia sextarii vini et infra. — Eher auf eine Geldabgabe geht auch font. rer. Bern. II. 172. 1238 grave Albrecht het mit den vrien lüten ze Ergöwe nüt ze tünne noch niene, da si in der Grafschefte sint ze Ergöwe, wan daz si sine lantage leisten sun. — M. B. XXXVI b. 1223 de tribus placitis in Alburch 4 libr. den. et 24 den. recipit judex in Strubing. — Grimm I S. 624 f. 1403 mit dem Besuch der Landveste von Altenwied ist auch die Bezahlung des Landrechts verbunden. — Grimm III S. 328. 14. Jhrh. Hessen: auf jedem der drei eingebotenen Dinge empfängt der Landgraf eine Abgabe. — Speier. U. B. 22. 1198: expressimus, quod infra terminos episcopatus illius a nullo judice ecclesiastico hoc, quod vulgo dincganc vel aliqua exactio de bonis civium Spirensium preter censum, si quis ex eis debetur exigatur. —

Auch auf den selbständigen Godingen wird von den Besuchern eine Abgabe gezahlt (Anhalt II 822).

Gemäss der Art der urkundlichen Überlieferung ist die Verbindung von placitum legitimum und Abgabe besonders häufig beim Advokaten mit Hochgerichtsbarkeit erwähnt; ich erwähne lediglich beispielsweise Sloet 174. Halberstadt I. 152. Gudenus I S. 349, 976.

6) Bericht über die Drenth'schen Rechtsverhältnisse von 1557 (O. V. R. XVII S. 70) c. 11., c. 12. tDing wordt genoempt van datt elker dorp edder buerschap

Digitized by Google

Dingspiel und den Gosprachen für dieselben Verbände unterschieden. Auf den ersteren, aber nur auf diesen zahlen die Bauern das Dinggeld, d. h. die Unkosten, die dem Hochgerichtsherrn aus der Abhaltung des Dings entstehen. Die Bauern kaufen sich darum von der Abhaltung öfters los. Für andere vom Hochgerichtsherrn zusammenberufene Versammlungen des Go trägt der Hochgerichtsherr selbst die Kosten seiner Anwesenheit. Es handelt sich also bei der Abgabe des placitum um die Verpflegung des Hochgerichtsherrn.

Da sich von den echten Dingen in niederdeutschen Gegenden später das Botting der Grafen abscheidet, das nicht jedes Jahr gehalten wird, sondern immer erst nach Verlauf mehrerer Jahre, so tritt auch für dieses natürlich kostspieligere Ding die besondere Abgabe des Botting auf[7]).

Mit der Bede oder dem placitum kommt endlich öfters die tallia überein. Freilich ist tallia gerade so wie Bede auch die ausserordentliche Steuer, bedeutet dann nicht bloss die öffentliche Abgabe, sondern auch die Leistungen der Unterthänigen an ihren Herrn. Aber einigemal, meint der Ausdruck zunächst gerade das placitum, die Jahrbede[8]).

---

onder den voirs. dingspill geleeghenn nae der sonnen omme, tdinggeldt, tweeten die onkostpenninck van den drosten op den dingdach geschiet, betaelen moeten; ende geschiet een yder dings spill des jaers dreewerff. — Als nu den drosten ding gelievet aff te koepen, soo holdt sijnn lyfften voirt dinggeldt goespraeke ende datt wordt yder dingspill dree, vyre offte vijff daeghe toevoiren angesacht. Alsdan moeten die buren gelijck op den dingdach voirs., oek koemen ende vertuygen den heren sijne broecke. Dan opter goespraekendach, daer doen offte gelden die buren nicht toe, meer dye droste moet des betaelen, all dat daer sijn lyfften met sijnen dienaren doett. Dittselve is datt onderscheydt tusschen datt woirt ding ende datt woirt goespraeke. Prozesse über Dinggeld Etstoel I S. 62. 1457. S. 135. 1482. S. 149. 1486 (vgl. Magnin, overz. van de besturen in Drenthe II, 2 S. 102 ff.)

[7]) v. d. Bergh II. 301. 1275 neben den zwei Jahresbeden alle sieben Jahr zweimal ein nun in der Höhe fixiertes Botting. Derselbe Termin für Botting v. d. Berg II. 151. Leiden II. 339; II. 816 Kenemmerland, wo das übrigens nicht ursprünglich. Mieris II S. 689 § 26. 1340 Rotterdam: bede ende bottingh ist hier durch eine feste Jahresabgabe abgelöst. Hierher auch die Bottingshaber der Grafschaft Stade (Hodenberg Bremer Gesch. G. II S. 100), dann auch die von Magnin a. a. O. II 2 S. 161 falsch gedeuteten battingspenningen des Drenther Landrechts v. 1412 (§ 2 N. 1).

[8]) Luchaire Louis VI le gros S. 377. 1129. Bruyères bei Laon. Similiter et de placitis sive talliis que vel ad presens ab hominibus qui in terris tallias debentibus manent persolvuntur vel ab illis persolventur qui in hanc pacem

Digitized by Google

Wechselt die Jahresbede nach Zeit und Ort naturgemäss in der Höhe, so steht ihr eine fest begrenzte öffentliche Abgabe gegenüber:

Am Niederrhein wird Schatz und Jahresbede auseinandergehalten; eine Anzahl Urkunden vermengen zwar beides, allein andere trennen Bede und Schatz, schätzung, „einletzige[9]) Schätzung". Natürlich bietet diese Reihe die ursprünglichere Auffassung.

Nach den Quellen des Laonnais sind auch solche Personen pflichtig zur Zahlung von placitum, welche mansus mutabiles haben, — Grundstücke, die dem Namen nach frei veräussert werden können, weil sie nicht mit einem census belastet sind[10]). Umgekehrt erscheint die Jahresbede oder das placitum auf einen engern Kreis beschränkt[11]), als die ausserordentliche Steuer.

---

venient et in terris tallias debentibus manebunt. — Wohl auch: Teulet 299. 1179. Communalcharte für Meaux a. E.: omnes homines meos-quietos et immunes a tallia et a placito — quod dicitur generale — concedo. — v. d. Bergh I. 566: ab omnibus petitionibus et expeditionibus que herevarde vulgariter nuncupantur seu talliis et exactionibus universis libere sint exemti. — Lacomblet II 51. 1215: nullus judex — talliam vel precariam in predictos cives aquenses faciat u. so ziemlich häufig in den Niederlanden.

So bildet der taillable in französischen Rechtsquellen den Gegensatz zu mainmortable, dem Hörigen (Champagne c. 6. c. 13. c. 17), andererseits aber auch gegenüber dem unbesteuerten Edelmann (Champagne c. 6. c. 13. c. 17 Et. S. Louis I. 99).

9) Lacomblet III. 826. 1378. Grundstücke, mit denen die Grafen von Berg bewidmet sind, sollen sein: „dyenstevry, schatvry ende geheyn richter sal auer sy richten noch bade gebayden". III. 834. Die halue scattinge ende bede van den alingen Lande van Gelre. III. 217 ein Beisitzer des Gerichtes Weeze — noch — beyden noch scatten enmach; III 585 bede und Schätzung getrennt; III. 655; III. 754. 1374. Das ehemalige Dorf Solingen, „dat vurmails summmenschetzungen dairbynnen plach zo gelden (dem Grafen)", erhält Stadtfreiheit und deshalb sollen die Bürger und ihr Gut „ledig und vry blyuen van eynletzunger schetzungen, also doch dat deselue burgere uns ind unsere nakomelingen alsucheyne heruestbede jairlichs betzalen sullen, also sy bysher haint gedayn". Im weiteren Verlauf werden diejenigen, welche die landesherrliche Schätzung bezahlen, als „vaitman" bezeichnet. III 1001. Düsseldorf ewig von Schätzung frei, Bede aber soll nach 25 Jahren erhoben werden.

10) Ob. N. 5.

11) Lacomblet III. 655. 1364 geht davon aus, dass die ausserordentliche Bede von allen Leuten im Lande erhoben werden kann, dagegen die „rechte Bede" nur von den „rechten" Bedeleuten.

Deutlicher ist Calmet II col. 267. 1121: mundiliones quoque annali placito debent interesse et nullum jus debent advocato persolvere; possessores vero mansorum debent annale placitum in tribus feriis. Es sind eben nur die Hof-

Digitized by Google

Ich breche damit vorläufig die Untersuchung über die Jahresbede ab: ins rechte Licht wird die Abgabe erst später treten und dann wird sie bis in die fränkische Zeit zu verfolgen sein. Das bisher Ermittelte genügt, um das Wesen des entgegenstehenden Königszinses klar zu legen.

II. Die mit „Schatz, Schätzung" belegten Leute werden am Niederrhein als Vogtleute bezeichnet [12]).

Die unsichere Spur vertieft sich in den Gebieten, welche die ältesten ausführlichen öffentlichen Steuerverzeichnisse geliefert haben, in Bayern und Schwaben. Hier wie dort wird neben der Jahressteuer das Vogtrecht erhoben [13]). In Baiern ist die dem Vogtrechte gegenüberstehende Jahressteuer deutlich eine Herbst- und Maisteuer. Anderemale freilich wächst das Vogtrecht mit der Herbst- und Maisteuer zusammen, wie am Rhein der Schatz mit der Jahresbede [14]).

Da, wie gesagt, auch am Rhein der mit dem Schatz belastete als Vogtmann bezeichnet wird, so ergiebt sich selbst sprachlich ein gleichartiger Zustand für die gesamte terra juris franconici.

---

besitzer dem Grafen oder an seiner Stelle dem Advokaten ursprünglich dingpflichtig und deshalb gehalten auch die Kosten des placitum zu decken.

12) Das beweisen die von Below, landständische Verfassung von Jülich und Berg III S. 5 N. 4a gesammelten Belege.

13) M. B. XI S. 282. 1340. Der Grundbesitz von Niederaltaich zahlt an den Herzog von Baiern jetzt 100 Pfd. zu Herbst- und Maisteuer, 100 Pfd „zu Vogtay"; ursprünglich das Doppelte. — Habsburger Urbar S. 291: ze Tagaltzs wand die vrien gebent von ir gutern ze vogtrechte 6 mut und 3 vierteil kernen Winterturer mes, 4 malter habern Zürich mes und 4 Pfd. und 17 s. d. Ez git jeder man ein vasnahthun. diu herrschaft hat da twing und ban und richtet diub und vrefel. Die selben vrien hant gegeben ze sture eines jahres bi dem meisten 15½ Pfd., bi dem minsten 13 Pfd. S. 225 die vorgnanden lite alle miteinander gebent jerlich nicht mer ze stiure mit Vogtstiure und pfenningzinsen die vor geschrieben sint denne 22 Pfd. d. — Auf den Gegensatz hat bereits F. v. Wyss (Zt. f. Schweiz. R. 18 S. 124 ff.), Schweizer in Jahrb. schweiz. Geschichte 8 S. 138 ff. aufmerksam gemacht und ihnen folgt Schulte M. Ö. I. VII S. 536 ff., während Basch, die Steuer im Herzogtum Bayern S. 18, ungegründeten Widerspruch erhebt. — Freilich ist dabei der — verhängnisvolle — Fehler gemacht worden, die dem Vogtrecht gegenüberstehende Steuer als „Vogtsteuer" zu bezeichnen, während sie im Urbar ledigl. „Steuer" heisst.

14) In oberbairischen Urkunden M. B. VIII S. 265. 1391 Diessen; XXII S. 324. 1352 bei Landsberg ist das Vogtrecht mit der Herbst- und Maisteuer verschmolzen, und auf das gleiche führen die Aufschreibungen im oberbairischen Rechenbuch: oberb. Archiv XXVI S. 281 ff. — In Schwaben steht die

Digitized by Google

Was ist nun die Bedeutung des Vogtrechts[15])?

Bereits andere haben darauf aufmerksam gemacht, dass im Habsburger Urbar das Vogtrecht „gesastes Vogtrecht", fester Steuersatz ist[16]), und das gleiche scheint der Ausdruck „einletzige Schätzung" am Niederrhein zu bedeuten[17]).

Ferner ist das Vogtrecht nicht eine Abgabe an einen herrschaftlichen Vogt, an den man zunächst denken möchte, sondern in Baiern, Schwaben und Rheinfranken eine Leistung an die öffentliche Gewalt vom Besitz Freier[18]).

Jahressteuer in Gegensatz zur Herbergsteuer (zuerst betont von Schulte M. Ö. I. VII S. 534), das ist nach späteren (§ 6 N. 20), wie es scheint, speziell die Pferdeverpflegung oder ihre Ablösung, und daraus erklärt sich wie Jahressteuer und Herberge nebeneinander vorkommen. Über Zusammenwachsen von Vogtrecht und Jahrsteuer N. 18.

15) Abzulehnen ist der Gedanke, dass allenfalls das Steuerobjekt einen Unterschied mache: denn sowohl beim Vogtrecht (z. B. Habsburger Urbar S. 91. Tetzelnheim S. 113, Wirnalingen, Ober-Endingen) wie bei der Steuer (z. B. S. 31) gehen Natural- und Geldleistungen nebeneinander her.

16) z. B. Habsburger Urbar S. 20. Vgl. die Note 13 erwähnten Schriftsteller.

17) So die Erklärung Lacomblets III. 754 N. 2.

18) Habsburger Urbar S. 33 X.: Die vrigen Lute ze Thomarkilch hant gegeben von Vogtrechte ze stûre S. 69 § Die vrigen lûte von Gerwilr und von Herswande — gent von altem und von gesastem Vogtrecht. § Dû Doerfer Hartelswende, Aliswende, Stritmatte, Wile, und ze Stadehusen gent von altem und gesastem Vogtrechte, want si vrige liute sind, nikt mere danne 14 ß § die vrigen Liute ze Rotzol gent von ir gute an altem und gesatztem Vogtrecht etc. S. 275—281, S. 297 ff.; wohl auch Sattler Geschichte des Herzogtums Württemberg 1. Forts. 14, 15. 1291, wo der Graf erst jetzt zum Vogt gewählt wird, aber ein Vogtrecht schon lange vorher erhoben worden ist. — M. B. XXXVIa S. 34, S. 56, S. 283, S. 394 und oft: eine grosse Zahl offenbar freier Dörfer zahlen Vogteiabgabe. — M. B. XXXVIb S. 184: im ganzen Gerichte Griesbach hat der Herzog Vogthaber. — Lori Geschichte des Lechrains II. 124. 1431 (S. 121): Sibenaich und Widergeltingen sind vogtpar gen Swabegk (das Grafschaft ist) und geben all Jar 80 Gulden zu Vogtey. — M. B. VII S. 407. 1359 Wessobrunn: das chainerley Vorderung von der Vogteye darouf leutt, nuwer allein ein Chasten Mutt Habern gen Landsperch auf dem Chasten. — M. B. VIII S. 265: Vogtrecht wird als Herbst- und Maisteuer gezahlt. — M. B. XXII S. 323. 1352: ein Laie hat „rechty Aigen", das denn auch auf der Reichsstrasse veräussert wird: es gibt aber das Gut „zu Vogtrecht" nach Landsberg Herbst- und Maisteuer. — Die letzten Stellen haben allerdings Vogtrecht mit der Herbst- und Maisteuer zusammengebracht, wie am Niederrhein die Schätzung die Bezeichnung der gesamten regelmässigen Steuer geworden ist. Aber immerhin ist gerade aus ihnen der deutliche Rückschluss möglich, dass es sich beim Vogtrecht wie der Jahresbede um eine Freiensteuer

Digitized by Google

Freilich nicht bloss der Freie, der an die öffentliche Gewalt Zins zahlt, ist Vogtmann, sondern auch der private Herr kann ausserhalb seiner Grundherrschaft Vogtleute haben[19]).

Aber stets stehen die Vogtleute den Eigenleuten gegenüber[20]): es sind mit einer festen Abgabe belastete Leute, die von anderen Unfreiheitsleistungen nicht getroffen werden, mögen es nun Steuerpflichtige des öffentlichen Rechts oder Abgabepflichtige einer Herrschaft sein.

Auch in Frankreich[21]) wie in Niederdeutschland[22]), wird die Herrschaft des öffentlichen Rechts als Vogtei, werden die Unterthanen als Vogtleute bezeichnet. Ursprünglich freilich ist advocatia die Vertretung der hofhörigen Leute im Prozess. — Für die gegenwärtige Untersuchung genügt es aber, dass auch die

---

handelt. — Steierm. U. B. II. 57. 1202: Herzog von Österreich und Steiermark verzichtet auf lantgericht, marchdinest, foytrecht an Klostereigentum. — M. B. XXVIIIb S. 375. 1253: Der Herzog von Österreich hält in Mautern placita provincialia; vorher heisst es: item cum officiales dictis Episcopi solvit domino Duci jus advocatie de possessionibus in Zeisenmauer et in Mautarn secundum consuetudines antiquas, ex tunc homines et possessiones ab omnibus exactionibus sint libere. — Remling 221. 1239: Der Markgraf von Baden verzichtet bei Gütern, die das Speyrer Kapitel soeben von einem Ritter erworben, auf jus advocatie, behält sich aber das jus comitie vor.

19) § 37.

20) Miräus I S. 413, S. 741. 1221: quod neutra potest vestigare et sequi servos, neque albinos, nec hominem Advocatiae, nec ancillam. — Mühlhauser Stadtr. (Mühlh. U. B.) S. 631: Sprichit he abir ia, he si eygen edir voytman. — Bair. Landfrieden v. 1300 (Q. u. E. bair. Gesch. VI. 217) § 20: Swem sin aigenmann, sein lehenman, oder sin vogtman in ein panstatenpfert etc. — Lori Lechrain II. 33. 1331: Die Schongauer sollen Fremde zu Bürgern aufnehmen können an allain unser aigen Leut und unser Vogtleut us unserm Land ze Baiern. — Hiezu Warnkönig flandr. R. G. II S. 38 ff. (Text), wo weitere Belege.

21) Et S. Louis II 31 namentlich S. 433: jemand, der sich als Sohn einer frenche famme bezeichet, will demorer en l'avoerie le roi. Es handelt sich also hier, wie im ganzen Kapitel, nicht um einen Unfreien des Königs, sondern um einen freien Unterthanen des Königs in dessen Hochgerichtsgebiet. Die avoerie ist die öffentliche Gewalt. — Viel früher ist Dudo de moribus — Normanniae ducum (Lair) S. 147, wo die Gesandten des Rollo diesen als senior et advocatus bezeichnen.

22) Bereits zu Ende des 8. Jahrhunderts wird aber von einem comes et advocatus Fresonum geredet (v. d. Bergh I. 9. u. 31) dazu N. 27 a. A. — In der Grafschaft Hoya werden die ausser Lands befindlichen Unterthanen des Grafen verzeichnet und dabei unterschieden die Eigenleute und die Vogtleute (Hoyer U. B. 1. Abt. Heft 5 S. 33, S. 34).

Digitized by Google

steuerpflichtigen Freien als homines advocaticii angesehen werden[23]).

III. Das Vogtrecht ist ein bestimmter Zins — im Gegensatz zu der an sich unbestimmten Jahrbede —, der von den Freien an den Inhaber der öffentlichen Gewalt, — den Habsburgischen Grafen, den Grafen von Baden, den Herzog von Baiern, weil er eben die Grafschaft hat, zu zahlen ist.

Dies führt in denselben Gebieten auf eine andere Namenreihe, ich meine die Ausdrücke „Königszins, Königssteuer, Grafenzins".

1. Am undeutlichsten ist die in der Passauer Gegend erwähnte Königssteuer, die ihrem Namen nach eine Leistung ursprünglich an den König ist und mit „Vogtei" zusammenhängt[24]).

2. Königszins ist deutlich eine Abgabe Freier[25]) und ist mit

---

23) Anders auch nicht das Reichsweistum v. 1282 (leg. II S. 439); wenn hier zwischen rustici vel rustice, qui liberi dicuntur, und homines advocaticii unterschieden wird, so muss man bedenken, dass das Weistum vom Grafen von Berg gefragt, also jedenfalls für Berg bestimmt ist. Hier steht über den Schatzleuten wirklich eine Klasse „Freier", die keine Steuern zahlen, ohne Ritter oder Kleriker zu sein (Below a. a. O. III. 1 S. 20). Anders Schröder R. G. S. 440.

24) M. B. XXXb S. 233. 1337 gibt auch einen äusserlichen Beleg für die Identität: Hier verkauft Chalhoch v. Falkenstein an Passau das von Passau rührende Lehen Rannarigel mit „Stokch und Stain, Zehent oder ander guet, Vogtey und Chunigstewer, Gericht und vreyung". Die Königssteuer ist bereits in dem Passauer Weistum von 1256 über Recht des Ilzgau (M. B. XXVIIIb S. 510) erwähnt. Hier ist die Königssteuer deutlich von der Nachtselde, der Wurzel der Jahrbede verschieden, ist mit der Grafschaft verbunden, liegt auf den Kirchenlehen der Grafen, Freiherren, Ministerialen, während sie sonst frei sind. Das erklärt sich wohl daraus, dass auf den ursprünglich steuerpflichtigen Kirchengütern die Steuer durch die Immunitätsurkunde an die Kirche gekommen ist und an diese zufällig auch fortgezahlt werden muss, wenn diese verlehnt sind; entbunden sind die Passauer Vasallen ihretwegen, dem Bischof auf der Reichsheerfahrt zu folgen oder dafür Heersteuer zu zahlen (pro predicto iure quod chunigsteura dicitur, non tenentur ire cum Domino Episcopo in negotiis Imperii nec dare steuras ad eandem expeditionem): also handelt es sich auch nicht um Heersteuer. Über den Betrag heisst es: item notandum, quod in Ilsgau de modio tritici dantur — pro chunigsteura V denarii. Da etwas später (Meichelbeck II S. 105. 1300) die Mutt Münchener Mass auf 12 sc. gerechnet wird, so ist allerdings wahrscheinlich, dass der Betrag der Steuer ein neu regulierter ist, und die Königssteuer wie das Vogtrecht die bewegliche Steuer an sich gezogen hat: aber in den 5 Denar klingt vielleicht noch der ursprüngliche Ansatz des census regius in Baiern durch, wie er nachher hervortreten wird.

25) Das beste bei Lindner die Veme S. 372 ff. Ausser seinen Belegen etwa noch folgende: Schleswig Holstein I. 74 Befreiung von fiscus regius

Digitized by Google

dem Freizins, der an den Grafen in niederfränkischen Gebieten entrichtet wird, zusammenzustellen[26]).

Im friesischen Recht heisst die huslotha[27]), welche an den Schultheissen als Königs- und Grafen-Vogt zu zahlen ist, auch Königsschuld.

Der Königszins kommt aber auch in Südfrankreich[28]) als eine Abgabe an den vicarius vor.

(1139). Stadt Lüneburg 251: Königszins aus einem Dorf, das ursprünglich dem Grafen von Dannenberg zusteht. Wormser U. B. I. 1. 23: stips regia. Würtemberg U. B. I. 213 (cfr. IV S. 328, 866) 1016 an Reichenau $^{1}/_{10}$ von tributum regale an Argau, Breisgau, Affagau verliehen. Mohr I S. 286, 287, 297, 298: census regius in den verschiedenen ministeria von Churrätien, der nun an den Bischof fällt. — Sloet 214. 1107 ecclesie eorum in Sutfenne dedi beneficium in perpetuum jure hereditario permansurum, ut quicunque liber vel libera se vel possessiones — illi ecclesie dare voluerint, licenter, regia freti autoritate, hoc faciant, nec sit alicuius momenti contradictio iudicis, in cuius terra manent, censu tamen regio ei cuius feodum est, non subtracto. si quidem censum solvit prius illa possessio. — Redon 136, 842 census regius von Eigentum.

[26]) Warnkönig II. 222 Vierämter 1242 § 1: liber census terre debetur comiti ex 4 officiis. Sloet 1086. 1285. Graf befreit ab exactione denariorum qui vulgariter dicuntur vrighelt.

[27]) Richthofen S. 414 § 6: Dine huuslage aegh di schelta to ontfaen in sine banne, hwant hi dis koninges foget is ende dis grewa. Dis koninges schielda deer ma huuslaga haet etc.: Dann besonders 9 küre (Richthofen S. 14 ff.). Zuerst erscheint die huslaga oder huslathe 948: K. U. I S. 181. 98 und ziemlich gleichzeitig im Utrechter Güterregister (v. d. Bergh I. 33 S. 25); vgl. auch Adam Bremensis III. 41 über den Tribut der Friesen an den Herzog von Sachsen 1058. In den Urkunden friesischer und anderer niederländischer Gegenden findet sich ein scholtkorn und ähnlich die Frohneschuld v. d. Bergh II. 649 frisisches Houtwouderambacht 1289 Mieris II S. 737. 1347 Waterland. — Schultmudde: Driessen M. Groningana S. 643. 1332. Drenther Landrecht v. 1412 § 20 (O. V. R. XVII S. 28). Ernst Limburg VI S. 178. 1212 skoltkorn. Man kann aber hier nie deutlich erkennen, ob es sich um die ganze Abgabe oder nur einen Anteil des Frohnen (Schulten) an der Abgabe handelt. — Es kann bereits die im 8. Jahrhundert auf den fuldischen Gütern in Friesland erwähnte Landsteuer (v. d. Bergh I. 9—32) hieher gehören, ohne dass man einen sicheren Beleg hätte.

[28]) Vaissete V. 175. 1018: In istorum supradictorum presentia venit Stephanus vicarius cum suos homines dominicos, que tenet pro feo in Monte-Canudo, qui ibidem manent in ipsa dominicaria et apetivit sive mallavit Sendredo et Guadamio de petias duas de terra, cum vinea qui ibidem est etc. Die Zeugen der Beklagten werden nun gefragt: si potuissent testificare, quod ullum censum vidissent exinde accipere ad illorum parentes, aut ullum vicarium, qui ipsa dominicheria de Monte-Canudo tenuissent pro feo etc. Die Zeugen sagen

Digitized by Google

Die der Abgabe Unterworfenen sind homines dominici[29]).

3. Gleichbedeutend mit Königszins ist dann weiter der Grafenschatz, die Grafenschuld[30]). Einmal tritt dieser Grafenschatz in scharfen Gegensatz zur Gerichtssteuer[31]).

---

aus: quod nos supradicti testes triginta annos et amplius vidimus predictas terras tenere pro illorum proprio alode, inter Amelio presbytero et Riculfo et illorum posteritate, per legitimum alodem sine ullum censum regalem et sine ullo adjutorio, quod exinde fecissent ad ipsos homines de Monte-Canudo, qui in ipsa domnicheria steterunt. — Hieher vielleicht auch S. Victor II. 1061. 1018: donavisset supra nominatus commis Jausfredus ad supra nominata Hodila totam partem commitalem, que ad commitem aut ad fisco commitale vel regale exigere debet de villa et de castro. — Die vicaria tritt im französischen Recht ziemlich häufig als Abgabe auf. Gallia christ. VIII col. 300 u. 301. 1048 bei Chartres: petitio, per quam a diversis exhibitionibus et exactione illa, quae vulgari nomine Vicaria vocatur, illum fiscum, cui Unigradus vocabulum est, liberum et quietum deinceps esse concederem. VIII col. 413. 1035. Blois: similiter servi et ancillae omnes ad eam pertinentes, hic et ubique degentes totaque burgi consuetudo, census et vicaria, teloneum quoque et pedagium. — Morice Bretagne I col. 394. 11. Jh.: totum hoc liberum ab omni consuetudine exactionis vel vicariae sive caeterorum vectigalium. — Piolin histoire de l'église de Mans, III S. 632. 1050 einer schenkt burgus cum vicaria deshalb omnem exactionem que exinde mihi reddi solet sive talleiam, sive aliusmodi servitium monachis dimitto. — Tardif 285. Berry 1067: ut nullus in ea habitans bannum vel teloneum, aut vicariam aliquam, nisi sancto Dionysio, persolvisset — besonders aber: Beaulieu 50. 971. Den vicarii, die unter die Dienstgewalt des Klosters gekommen in unoquoque manso, de tota vicaria sua, damus eis quatuor denarios, et unam gallinam, et tertiam partem de omnibus placitis et de vestionibus similiter.

[29]) So Vaissete V. 175 (N. 28). Der Ausdruck homines dominici, dominicatura, ist im Süden nicht selten. Vaissete V. 201. 1034: et ipsa dominigaduras comitales, quae Petrus Episcopus et Rodgarius comes habent de Pimaurent. V. 212. 1037: quod a comite debent facere vel a vicario ipsi fevales et ipsa parrochia tam de fevo quam de dominico. Die parrochia ist also identisch mit dem dominicum. — Marca col. 1261. 1126 col. 1277. 1134 dono tibi ipsos fervos de vicecomitatu Ceritaneae excepta tertia parte de ipsa dominicatura quam dimittis Gaucerando. — Besly S. 396. 1092: in einem Ort sollen alle sich ansiedeln dürfen, exceptis nostris dominicis et consuetudinariis hominibus (des urkundenden Hochgerichtsherrn). — So ist domanium regis (S. S. Rer. franc. XXIII S. 681) nichts anderes als das dem König kraft gräflicher Gewalt steuerpflichtige Gebiet.

[30]) Am bezeichnendsten ist Westf. U. B. II. 386. 1177: ein freier überträgt Grundstücke bei Merinchusen; Henricus cognomento Munzun eodem tempore apud eundem locum super liberos et liberorum agros comitia potitus, quidquid juris in prenotatis agris habebat, quod ad fiscum regium pertinebat, in manus nostras resignavit. Die Stelle ist bei Lindner Veme S. 374 nicht richtig erklärt: Die Urkunde Seibertz III. 1070 bezieht sich nicht auf den gleichen

Digitized by Google

4. Die Abgabe, welche also thatsächlich der Graf oder der Schultheiss oder Vikar einhebt, die aber in Deutschland wie in Frankreich als Königszins bezeichnet wird, kann nicht in nachfränkischer Zeit entstanden sein. Das folgt nicht nur aus den gleichartigen Namen in beiden Reichen, nicht nur daraus, dass in einzelnen Gegenden (Bretagne, Worms, Schwaben) die Abgabe wirklich in Urkunden der fränkischen Zeit auftritt, sondern vor allem aus der Erwägung, dass in Südfrankreich, wo während der nachfränkischen Zeit nicht die Spur eines königlichen Steuerrechtes zu bemerken ist, der Name schon dem Finanzrecht der fränkischen Periode entsprungen sein muss.

In der That kehrt der census regius in den Capitularien deutlich als eine allgemeine Abgabe wieder[32]), die von Freien entweder de capite oder von ihrem Vermögen gezahlt wird und die unter der Kontrolle der Grafen und Vikare steht.

5. In dem edictum Pistense[33]) ist auf Grund älteren Rechts bestimmt, dass dem zur Entrichtung des census regius Verpflichteten, der sich oder seine Sachen an Kirchen vergeben will, nur dann die Erlaubnis von den comites und vicarii gegeben werden soll, wenn der census regius an die öffentliche Gewalt fortbezahlt wird. Das edictum setzt also indirekt voraus, dass bei jeder Selbsttradition

---

Vorgang, sondern darauf, dass derselbe Veräusserer wie in Westf. U. B. II S. 386 gleichzeitig auch Güter in Frilenhusen überträgt, von denen diesmal der erzbischöfliche exactor (Schultheiss) Brunstein von Soest das jus regium bezieht. — Andere Erwähnungen z. B. Seibertz I. 118, I S. 601, I. 460, Hodenberg Bremer G. Qu. II S. 5, S. 28. Herz. Braunschweig I. 7, I. 19, I. 102. Goslar I. 499. 1225. Schleswig I. 387, 446, 704. Wenck II. 150. Gallia christ. I. S. 164 a: census comitatus in Armagnac. Fontes rer. Bernens. I. 62. 1011: die Grafschaft Waadt übertragen cum omnibus pertinentiis in stophariis.

31) Herz. Braunschweig I. 103. 1286: der Bischof von Bremen erklärt, dass ihm der Herzog von Braunschweig censum suum dictum vulgariter greuenscat verpfändet habe — exactionem vero vulgariter dictam thingethe quocumque etiam locorum, si quam fecerimus, Ducis solius totaliter permanebit.

32) Cap. 44 § 20; cap. 80 § 10, § 11; cap. 136 § 12; cap. 140 § 2. — Cap. 144 § 3 weist darauf hin, dass bisher durch den Domizilwechsel die Abgabepflicht am neuen Domizil entstand, und das spricht ziemlich deutlich für eine öffentliche.

Im ed. Pistense c. 28 c. 34 (cap. 273) erscheint der census regius als eine jedenfalls sehr weit verbreitete Abgabe der Franken und zwar wesentlich der ärmeren Franken teils de capite teils von ihrem Vermögen. — Der census regius ist dabei in der Hand der Grafen und Vikare.

33) c. 28 (cap. 273).

Digitized by Google

von Personen, deren Kopf mit census regius belegt und bei allen Traditionen von Grundvermögen die Genehmigung des Grafen oder Vikars erforderlich ist.

Dieser Satz wiederholt sich nun in den Urkunden für all die Abgaben, die Königszins und ähnlich heissen oder sachlich gleichbedeutend sind.

In Sachsen muss nur das mit Königszins belastete Gut unter Königsbann[34]) veräussert werden, während hier und nach der Urkunde anderer Landstriche das Gut der nobiles, d. h. der vollkommen Steuerfreien aussergerichtlich übertragen werden kann[35]).

Thatsächlich begegnet die Genehmigung des Grafen zu Veräusserung von Grundeigentum schon früh und nicht selten[36]).

---

34) Seibertz I. 177. 1225: omnique iuri quod in eo habuerant theodericus sub banno regio Rudolfo milite de eruethe auctoritate regia banno in volkelinchusen presidente, pro se et heredibus suis renunciaverunt. ibidem ecclesie sepe dicte proprietatem allodii predicti iterum recognoscentes, licet ex prima sui institutione fisco regio in nullo teneatur obnoxium.

35) Ausser der Urkunde in der vorigen Note noch Schöpflin historia Zaringo-Badensis V N. 55. 1160: emerunt autem a nobili viro Cunone de Horwin, qui liber, ut erat, libere eis contradidit. — Lacomblet I. 277. 1111 eine Vergabung, bei der von Gerichtlichkeit nichts erwähnt ist, ist legitima, cum essent liberi homines. II. 110. 1223: Die Übertragung eines Allods tam rami quam cespitis exhibitione, bei der von Gerichtlichkeit wieder nichts erwähnt wird (vgl. als Gegensatz I. 364), geschieht secundum consuetudinem nobilium.

36) Im allg. Heusler Inst. II S. 88 ff., für Westfalen die Belege bei Lindner S. 376; dann S. Gallen I. 49, 766: nos fratres filii Marculfi consentiente Cozperto comite, ante pagensis nostros omnem rem nostram et hereditatem paternam cummunis manibus tradidimus — et in ea ratione tradimus, ut sicut debuemus regi et comite servire, ita ipsam terram ad ipsum monasterium proserviamus. Nassauer U. B. I. 59. 842. Managolt una cum fratribus — consentiente praedicto Walahone comite ante pagensis nostros omnem rem nostram et hereditatem paternam — tradidimus et exfestucavimus in ea ratione, ut sicut deberemus regi et comiti servire, ita ipsam eandem terram et substantiam ad praedictum monasterium — proserviamus. Die fast gleichlautenden, zeitlich und örtlich weit auseinander liegenden Urkunden weisen auf eine allgemein gebrauchte Formel. — Meichelbeck I. 404 einer Vergabung muss der centenarius zustimmen (Brunner II S. 238 N. 28). — Cod. dipl. Saxoniae I. 2, 497. 1184: der Landgraf von Thüringen bestätigt die Vergabung von Leuten, die hier hinter den ministeriales stehen. Scheidt III S. 424. 1164: Herzog bestimmt, dass Freie ihr Grundstück an das Kloster ohne Hindernis des Grafen übertragen können. — Gall. christ. I col. 84 u. 85: Der Graf von Provence erlaubt der Kirche von Fréjus freien Erwerb. — Cluny IV. 3488: Der Graf von Maçon bestätigt, was das Kloster in seiner Grafschaft de

Digitized by Google

Hier entsteht nun aber eine schwierige Frage. Sehr häufig wird über veräusserte Grundstücke der Königsbann gewirkt. Liegt vielleicht in diesem Akt gerade die Erteilung der finanzrechtlichen Genehmigung[37])?

Für Westfalen, wo der Königsbann nur bei Königszinsgütern obligatorisch ist[38]), ist das allerdings zu bejahen und ebenso für Friesland und Niederfranken, wo die Besitzveränderungsgebühr bannum pacis heisst[39]). — Aber gegen die ursprüngliche Wesensgleichheit des Friedenswirkens und der finanzrechtlichen Genehmigung spricht folgende Überlegung. Es kommen in den Quellen Vergabungen vor der Gemeinde und dem Grafen oder, was an des letzteren Stelle getreten, nebeneinander vor[40]). Gewöhnlich erscheint dabei der Graf oder sein Stellvertreter lediglich als Solemnitätszeuge. Dass diese abgeblasste Form nicht das Wesen trifft, folgt schon daraus, dass der Graf ja den Königsbann wirkt[41]; er muss also irgendwie handeln, und ein Handeln oder Unterlassen setzt der Sachsenspiegel[42]) voraus, wenn er es für möglich hält, dass der Richter jemand an der Vergabung von Eigen hindert. Es ist nun wohl denkbar, dass das Wirken des Königsbanns dem des Gemeindebanns nachgebildet ist, und wie das fränkische Gemeinderecht durch dreimaliges Aufgebot den Verwandtenanspruch ausschliesst, so könnte es sich im Königsbann um eine blosse Übertragung des gleichen Gedankens auf das königliche Gericht handeln: in der That findet sich ja auch bei der missio in bannum das dreimalige Aufgebot[43]). Wer genauer zusieht, findet aber eine eigentümliche Differenz. In den niederfränkischen Quellen, wo offenbar die ursprüngliche Gestaltung

---

franchisia erworben hat. — S. Victor II. 687. 1057 Graf der Provence muss die Veräusserung von pagenses an das Kloster genehmigen. — Trémault Marmoutier S. 35. 1050: Der praepositus des Grafen und der Graf selber hat wegen Veräusserung eines mit census belasteten Grundstücks vendae. — Ol. II S. 132 X: Der vicecomes von Dourlans hat bei Veräusserungen vendae.

37) Anklänge bei Heusler Institt. II S. 85 ff.

38) N. N. 34.

39) N. 53 a. E.

40) Vgl. meine Ausf. in Zt. f. Geschichtswiss. N. F. I S. 216, wo Belege; dann die Stellen N. 45.

41) Es genügt hier auf die reiche Zusammenstellung von Sickel zur Geschichte des Bannes 1886 S. 27 ff. zu verweisen.

42) I. 34 § 3.

43) Sohm Zt. Savignyst. I S. 54.

Digitized by Google

gesucht werden darf, wird das allein anerkannte[44]) Verwandtenrecht des Retraktes schon durch die dreimalige Verkündigung der Verkaufsabsicht in der Gemeindekirche gebrochen, ohne dass es des Ablaufs von Jahr und Tag bedurfte. Die gerichtliche Vergabung dagegen wirkt erst nach Ablauf von Jahr und Tag, bricht dann aber jedes Recht eines Dritten[45]), bedarf aber dazu eben dieser viel längeren Frist.

Einige Stellen überliefern eine noch ursprünglichere Gestaltung und geben meines Erachtens den Aufschluss.

Eine westfälische Nachricht[46]) spricht davon, dass der Advokat eines Klosters und ein Freier Güter austauschen per manus thincgravii: dies führt schon darauf, dass der Richter formell ein vorübergehendes Recht an der Sache erlangt. — Viel deutlicher sind zwei Halberstädter Urkunden, wo dem Inhaber der Grafengewalt vom Veräusserer das Grundstück in dessen „tuitio" übertragen wird, wie es in der einen Urkunde heisst — und jener tradiert es dann erst an den Erwerber[47]). Auf zwei andere Urkunden der gleichen Art ist bereits von Sohm aufmerksam gemacht worden[48]). — Den Ausschlag gibt eine Fulder Urkunde[49]). Damit eine Vergabung besonders „fest" sei, schenkt ein vornehmer Mann nicht direkt an das bedachte Fulda, sondern an den Grafen und der Graf gibt an Fulda.

Es soll also der Durchgang durch die Hand des Königs oder seines Vertreters, des Grafen, dem Grundstücke eine andere rechtliche Qualität beilegen.

Man bedenke nun, dass nach dem deutschen wie französischen Landrecht die allgemeine Verjährungsfrist nicht Jahr und Tag, sondern höchstens 10 bis 20 Jahr oder 30 Jahr beträgt, während

---

44) Soweit es sich nicht um Ganerbschaft handelt.

45) Das tritt in voller Klarheit im Recht des Waesland auf (Warnkönig II. 220 § 30, § 31) und daraus Keure von Saffelaere (Warnkönig II. 166 § 21, § 22) Recht der Vierämter § 60 (Warnkönig II. 222).

Dass die rechte Gewere im fränkischen Recht das entgegenstehende Eigentum eines Dritten beseitigt und nicht nur die Verwandtenrechte, wie in Sachsen, hat zuerst Sohm Z. S. S. I S. 53 ff. angedeutet und Brunner Forschungen S. 739 ff. breiter ausgeführt. Die dortigen Belege liessen sich stark vermehren.

46) Westf. U. B. II. 249. 1143.

47) Halberst. I. 428, II. 825.

48) Zt. Savignyst. I S. 36.

49) Dronke 631, 889.

Digitized by Google

die Frist von Jahr und Tag dem Stadtrechte, d. h. dem Königsrechte angehört[50]) und nach der Form der fränkischen missio in bannum jeder Anspruch der dinglich Berechtigten an königlichen Besitz in Jahr und Tag untergeht. So handelt es sich wirklich nur darum, dass Privateigentum durch Übertragung an den Grafen in Königseigentum verwandelt wird. Dadurch dass der Graf formell weiter überträgt, treten die Verjährungsfristen bei Veräusserungen von Königsgut ein, und Beeinträchtigungen des Erwerbers unterliegen dem Königsbann. Obligatorisch ist aber der Durchgang durch die Hand des Königs nicht, sonst hätten sich eben nicht die landrechtlichen Verjährungsfristen erhalten, die erst sehr allmählich, in Baiern z. B. erst im 14. Jahrhundert, durch stadtrechtliche Einflüsse beseitigt worden sind. Dagegen ist die steuerrechtliche Genehmigung obligatorisch, hat aber auch keinen Einfluss auf die civilrechtlichen Verhältnisse. Nur in Nordwestdeutschland ist aus unbekannten Gründen die steuerrechtliche Genehmigung immer zugleich als Friedewirken, d. h. als Veräusserung an die königliche Gewalt als Mittelmann konstruiert worden, aber gerade hier ist dann die Präklusion der Drittberechtigten nach Jahr und Tag nur den Verwandten gegenüber durchgeführt[51]). So ist die steuerrechtliche Genehmigung von dem Übertragen durch den Grafen, dem Friedenwirken des Grafen, funktionell vollkommen verschieden.

Dagegen hängt es mit der obligatorischen steuerrechtlichen Genehmigung zusammen, wenn auf der Unterlassung gerichtlicher Veräusserung nicht bloss civilrechtliche Nachteile stehen, sondern deshalb direkt die Strafe des Königsbanns verhängt wird[52]). Das ist eben die Folge des altfränkischen Steuerrechtes, wonach man königszinspflichtige Grundstücke nur mit obrigkeitlicher Zustimmung veräussern darf.

6. Wie in der Grundherrschaft so ist im öffentlichen Recht

---

50) Unten § 54 N. 24.

51) Ich komme also auf die Auffassung Sohms (Zt. der Sav. St. I S. 55) hinaus (a. M. Brunner Forschungen S. 749). Der wesentliche Unterschied st nur der, dass Sohm in der rechten Gewere gemeines Landrecht wenigstens des Mittelalters sah, das dann auch in das Stadtrecht und Lehenrecht eingedrungen sei, während der Prozess in Wahrheit der umgekehrte ist.

52) Beaumanoir XXX § 38: qui entre en heritage par title de don ou de lais ou d'acat ou d'escange sans saisine de segneur il est a soixante saus d'amende s'il est hons de poeste.

Digitized by Google

aus der notwendigen obrigkeitlichen Genehmigung ein Handlohn an die Obrigkeit geworden, der verschiedene Namen führt.

Am unzweideutigsten ist der Handlohn im friesischen Recht[53]) überliefert.

In denselben Zusammenhang gehört die Ruiminge am Unterrhein, die nicht allenfalls einen Rottzins, sondern eine Besitzveränderungsgebühr[54]) bedeutet.

In Köln heisst der Handlohn für Genehmigung der Eigentumsübertragung Vorhure[55]): allerdings gehört hier die Erscheinung zunächst dem Burgrecht an.

---

[53]) Richthofen S. 419 westerlauwerische Aufzeichnung vom Wergeld § 36: Aller lyck deer faders lawa ende moders lawa ontfinsen habbe, dera aegh aller lyck ane penningh to iowane thi huislaga iefta alle gader dine mara, tre penningen uta huse: es wird also beim Erbgang vom Erwerber eine huislaga gezahlt (vgl. S. 414 § 5).

Es gehört ferner hieher, wenn in Küre 9 (Richthofen S. 14) die frethe peningar der huslotha gleichgestellt sind und 2 Denar betragen. Denn bannum pacis ist im gesamten niederländischen Recht die Besitzveränderungsgebühr. Darüber Fruin over de betekenis van bannus pacis (Versl. en Mededeel. Amsterd. Ak. Letterk. 2 reeks deel XII S. 99 ff.), dann Brunner Abh. S. 748 f.: vgl. auch bannus im Kölner Rechte N. 55.

Eine andere friesische Quelle, welche das öffentliche Gericht gewissen bevorrechteten Familien zuspricht, bestimmt, dass alle Gefälle fortgezahlt werden. Aufgehoben soll in Zukunft sein das „Tollen unses eghenen gudes, twe penninghe to besetten unde twe to untsetten (Driessen M. Groningana S. 731. 3191).

[54]) Sloet 370. 1187: de ruminga in Veluwe. Sloet 421, 712, 713: rueminge ist hier allemal eine Grafenabgabe. — Nun ist aber in den niederrheinischen Gegenden ruiminge technische Bezeichnung für Übertragen: Overysselscher Landbrief v. 1365 § 38 (Racer III S. 72): Besitz von 30 Jahr und Tag seit der ruiminge schafft unanfechtbares Recht; Verslag. ende mededeel. I S. 323 § 36 Middelburg; Liesegang Rees (Westdeutsche Zt. Erg. h. VI) S. 97 § 57; Lörsch Aachener Rechtsdenkmäler S. 108 § 39. So muss ruiminge als Steuer die Abgabe für die Besitzveränderung sein. — Eine andere Bedeutung hat wohl die ruiminge, die in Köln und Utrecht an den Burggrafen zu leisten ist: für Utrecht Jung Bentheim 18. 1210 und für Köln Quell. Köln. I. 102; Kölner Schreinsurk. II. 1 S. 302 5. Die bisherige Auffassung hat die Abgabe mit dem in Köln bezeugten Recht des Burggrafen, die Vorgezimmer zu brechen, zusammengebracht (Quell. Köln. II n. 166), und für die Richtigkeit dieser Auslegung spricht es, wenn in Utrecht von „ruyminge te bieden ende van-tymmeringe te verbieden" gesprochen wird (O. V. R. Br. III. 1 S. 265). Etwas Sicheres lässt sich nicht sagen.

[55]) Vorhure wird häufig erwähnt (z. B. Quell. Köln. I. 84. 1180) und ist einmal deutlich die Abgabe des Eigentümers: Schreinsurk. I S. 72. 10. Winand hat ein Haus zu Erbpacht von einem Frauenkloster und zahlt dafür

Digitized by Google

Endlich kennt das französische Recht eine allgemeine Besitzveränderungsgebühr an den Grafen oder an seine Beamten[56]).

Wichtig ist es, dass nach dem friesischen Rechte die Abgabe so viel wie der Jahreszins ausmacht, und das Gleiche liegt schon sprachlich in „Vorhure", d. h. „Heuer", dem Zins, der bei Handwechsel vorausgegeben wird.

7. Erhoben wird die Steuer zunächst vom Schultheiss oder vicarius für den König oder Grafen. Das haben schon die bisherigen Untersuchungen gezeigt[57]). Der untere Steuerverband aber ist die Gemeinde. In Südfrankreich erscheint die Steuerzahlung zunächst als adiutorium an eine Ortsgemeinde[58]); in Westfalen aber wird der Grafenschatz als „hammerschult", d. h. als Schuld des hammerik, der Markgemeinde, bezeichnet[59]). Es wird der Staatsverwaltung gegenüber die Steuer irgendwie als Last des gesamten Dorfs angesehen.

8. Den Betrag der Steuer kann man einigemal direkt nachweisen.

---

24 Sol.; das Kloster zahlt dafür jährlich an S. Martin den census fundi, d. h. die öffentliche Steuer: si quid autem Winando vel prefatis heredibus suis in censu fundi, quem abbatissa persolvere debet, vel in eo quod teutonice vurehure dicitur impedimenti occurrent, abatissa eum inde liberabit. Hier hängt die vorhure deutlich mit der Steuer des öffentlichen Rechts zusammen, und dazu stimmt es, wenn vorhure ein ganz fester allgemeiner Begriff ist (Schreinsurk. II. 1. S. 40. 3). — aquisiverunt hereditatem pro 6 den. omni anno; si vendunt, dimidiam vorhure solvent. Direkt als allgemeine Abgabe an den Bischof von allem Areal ist die Vorhure Quell. Köln. I. 94. 1180 bezeichnet. Natürlich kommt freilich der Ausdruck gerade so auch für die Besitzveränderungsgebühr des Hofrechts vor, und soweit hier die Kurmede als vorhure gegeben wird, können dann beide Ausdrücke gleich gebraucht werden. (Schreinsurk. II. 1. S. 27 n. 9 corimedem id est vorehure). — Gleichbedeutend ist ferner der bannus von 4 denar, der bei den Grundstücksveräusserungen im Kölner Niederich an den Grafen zu zahlen ist (Schreinsurk. II. 1 S. 32 unt. c. 5. 1300). Ich habe (Zoll etc. S. 426 N. 3) diese Bedeutung der Vorhure noch nicht erkannt.

56) Tres anc. cout. Norm. c. 47: allgemeines relevium in der Normandie. Giraud II S. 257. Salon in der Provence: laudimium vom Verkauf und der Vererbpachtung von res libera und franca durch personae populares. Dann die drei letzten Belege in N. 36. — In den französischen Coutumes des 16. Jahrhunderts erscheinen daher die lods et ventes als ganz allgemeine Abgabe (vgl. die Zusammenstellung bei Laurière glossaire S. 309).

57) N. 27, N. 28.

58) Vaissete V. 175.

59) Die Belege in meinem Aufsatz Zt. f. Geschichtswissensch. N. F. I S. 183.

Digitized by Google

In Frankreich sind vier Denar für den mansus oder für den Kopf[60]) zu zahlen.

In Friesland[61]) tritt ein niederer Betrag von zwei Denar auf, und auf das Gleiche weist eine Urkunde von S. Omer, wo die vicaria auf zwei Denar angesetzt ist[62]); allerdings zunächst als Besitzveränderungsgebühr. Allein nach dem vorher Bemerkten darf die einmalige Besitzveränderungsgebühr mit der Jahressteuer gleichgesetzt werden. Ebenso haben die Bauern in Drenthe jährlich zwei Rauchpfennige zu steuern[63]). Eine andere friesische Quelle hat ein Denar und drei Denar[64]).

Viel genaueren Einblick gewinnt man auf einem Umweg.

Vom 8. Jahrhundert ab wird eine Abgabe, die bisher an den König gegeben wurde, nunmehr an die Kirche weitergezahlt[65]).

---

60) Beaulieu 50. 971: von jedem Mansus an den Vikarius 4 Denar. — Gallia christ. II col. 61. 1138: 4 Denar werden von bäuerlichen Grundeigentümern gezahlt. Cart. de l'abbaye de S. Père de Chartres S. 347. 1101: ein Ritter verzichtet auf einen census von 4 Denar, den er von Klostergut, also wohl von Eigentum bezieht. S. 402: milites, die in einer kirchlichen Grundherrschaft die öffentliche Gerichtsbarkeit üben, beziehen von einem Haus 4 Denar. Vielleicht Mabillon de re diplom. S. 571 n. 139: von 3 mansus werden zusammen 12 Denar respectus gezahlt. Redon proleg. S. CCLXXXVI: in dort citierten altfranzösischen Romanen ist das capaticum 4 Denar. Bis auf einen obolus das gleiche ergibt cart. — de Chartres S. 351 Ende des 10. Jahrhunderts: ein sellarius zalt von einem sehr bedeutenden Grundbesitz in der Stadt, von dem er selbst $19^2/_3$ solidi Zins einnimmt, an den Grafen einen capitalis census von $3^1/_2$ Denar.

61) Küre 9 Richthofen S. 14 ff.

62) Giry S. Omer n. 86 § 2: et se uns estranges hom acate terre ou vent, il doit IId. de vigerie et II d. de tonlieu.

63) Drenther Landrecht v. 1412 vortmeer elc hues in den lande van Drenthe, daer rock uytgaed, uytgesproken dat Keerspel van Elde ende die leenguet holden van ons ende van onsen ghesticht van utrecht, die solen gheven der heerlicheit van Covorde (Schultheiss) jaerlik voir roechpenninge twe Groningsche. Vielleicht gehört auch der Betrag des friesischen Rechtes in N. 53 a. E. hierher, so dass jetzt missbräuchlich vom Erwerber und Veräusserer der Betrag gefordert wird.

64) Richthofen S. 414 § 5, S. 419 § 36.

65) So die N. 36 citierte S. Gallener und Nassauer Urkunde, die auf eine allgemeine Formel und damit auf einen allgemeinen Rechtssatz weisen; dann S. Gallen 720, 730 (901, 904): Der König hat Freie, die Zins zahlen, an Konstanz gegeben, die Freien tradieren aber solito more ihre hereditas an S. Gallen und leisten den census an dieses. Daraus entsteht nun ein Konflikt, der in der Urkunde gelöst wird. Hier ist deutlich, dass der Königszins infolge der Tradition an das Kloster gezahlt wird. — Auf das Gleiche weist ed. Pistense

Digitized by Google

Es soll eben an die Stelle der weltlichen Abhängigkeit die Zinspflicht an den himmlischen Herrn gesetzt werden, ein Gedanke, der sich im Mittelalter für mannigfache Bildungen fruchtbar erwiesen hat.

Die Selbsttradition eines freien Steuerzahlers oder die Tradition seines Besitzes hat reichsrechtlich direkt die Wirkung, dass nun dem Staat gegenüber die Kirche die Steuer trägt, der ehemals Steuerpflichtige also der Kirche gegenüber abgabenpflichtig wird[66]).

Innerhalb dieser kirchlichen tributarii oder censuales bilden dann allerdings die cerocensuales eine engere Klasse, die ihre Abgabe in Wachs entrichten, daneben allenfalls zum Zeichen der Unfreiheit eine Kurmede zahlen, die also dem Altar besonders gehören und deshalb derart im kirchlichen Mundium stehen, dass die Gerichtsbarkeit des Vogts ausgeschlossen ist[67]). Mit dieser engeren Klasse treffen die Freisätzen des späteren baierischen Rechts überein[68]). — Allein lediglich die Bestimmung der Abgabe verursacht eine solche Unterscheidung innerhalb der kirchlichen Zinspflichtigen. So darf man annehmen, dass der zum Altar gezahlte Betrag auch sonst von den der Kirche Zinspflichtigen gezahlt werden muss.

Dann ergibt sich aber ein Rückschluss von der Höhe der kirchlichen Abgabe auf den Königszins. In der That kehren nun überall so gleichmässig dieselben Beträge der kirchlichen Abgabe wieder, dass jede Zufälligkeit ausgeschlossen ist, und schon von hier aus eine gemeinsame staatliche Grundlage gefolgert werden müsste, da von einer gemeinsamen kirchlichen nichts bekannt ist.

In Frankreich, am Oberrhein und in Alemanien tritt ganz allgemein und ausnahmslos derselbe Satz von vier Denar auf, der in

---

c. 28: wenn ein mit census regius Belasteter sich selber oder seine Grundstücke an die Kirche tradiert, so kommt allemal, also auch im ersten Fall, die Kirche für die Abgabe auf. Vom Standpunkte der Steuerpflichtigen aus handelt es sich also mindestens um die Vertauschung kirchlicher mit staatlicher Abgabepflicht, wenn auch die gleiche Höhe beider Abgaben nicht so deutlich wie in den vorausgehenden Belegen erhellt. — M. B. VIII S. 363. 762: quicquid habui ad ipsam Ecclesiam tradidi — ut nos et fratres nostri ibidem habuissemus caput et tuitionem capitis.

66) So ed. Pistense c. 28 (cap. 273).

67) § 40 N. 14 fd.

68) M. B. XII S. 204: Freisätzen von den gewöhnlichen coloni unterschieden. M. B. XII S. 347. 1172, II S. 7. 1354: diejenigen, die 5 Denar zu zahlen haben, sind nun Freisassen. Bair. Landr. 146 unterscheidet Bauleute, Freisassen, Vogtleute.

Digitized by Google

den gleichen Gebieten als weltlicher Steuersatz bezeugt ist[69]). In Baiern und Ostfranken ist der Satz im ganzen fünf Denar[70]); am Niederrhein im ganzen zwei Denar, entsprechend dem dort belegten weltlichen Steuerbetrag[71]).

So ist für das fränkische Hauptland und Alemanien ein Königszins von vier Denar, für die belgischen Gebiete, den Niederrhein und Friesland ein geringerer Ansatz von gewöhnlich zwei Denar, in Baiern einer von fünf Denar[72]) gewonnen. Für Sachsen habe ich bestimmte Notizen nicht gefunden. — Was der Grund des Unterschiedes war, ist mit irgendwelcher Sicherheit nicht zu bestimmen, wenn auch an die örtlich verschiedene Kaufkraft des Geldes gedacht werden darf[73]).

Mit dem bisherigen stimmt eine andere Angabe, die jetzt erst richtig untergebracht werden kann. Nach dem lothringischen und

---

69) So ist in den Klosterherrschaften von S. Germain, S. Maur, S. Rémi ein capaticum von 4 Denar das normale: Guérard P. Irm. I S. 692; dann Salmon, le lévre des serfs de l'abbaye de Marmoutier 1845, 2, 3, 18, 19, 20, 22. cart. de l'abbaye de S. Père de Chartres S. 43. Redon 245. Schöpflin I. 63, I. 230, I. 275, I. 311. — Zeuss, traditiones Wicebergenses 77, 102, 166, 173, 192. — Ausserordentlich häufig in den S. Gallener Urkunden, wo „census" schlechtweg eben der census von 4 Denar ist (S. Gallen 168, 324, 751, 481. 1861); dieser Betrag wird solange gezahlt, als der kirchliche Hintersasse frei bleibt. — Die Belege liessen sich sehr stark vermehren. Vieles bei Waitz V S. 253 N. 2.

70) Baiern: Meichelbeck 1327. 1338; Qu. E. bair. Gesch. I S. 105—170, 110, 139, 140. Pez. anecd. I. 3 col. 92. Ried. ep. Ratisp. I. 287. 1186. M. B. XXVIII b S. 76, 192, 85 (hier werden die 5 Denar als fredus bezeichnet). M. B. I S. 12, S. 19 und öfters S. 131 f. III S. 5, 71—80, 237 ff. IV S. 114 f., V S. 107, S. 319 ff., VI S. 17, S. 41 ff., XII S. 36 ff., XIII S. 14 ff., XIV S. 189 ff. Redlich acta Tirol. 351, 415, 600. O. Öst. U. B. I S. 82. Göttweih S. 32 ff. Kleinmayrn S. 297 ff.; für Ostfranken: M. B. XXXVII 78: hiezu Waitz V S. 252 N. 10. — Der Zins von 3 Denar, der besonders noch in Baiern vorkommt (Meichelbeck I. 536. 1167: Waitz V S. 253 N. 3), ist als die Hälfte des Normalzinses von 5 Denar und häufig als Frauenzins aufzufassen.

71) Lacomblet I. 73, 84, 147. v. Lokeren I. 17, I. 60, I. 77 und sehr oft. Waitz V S. 253 N. 5, der die Bedeutung dieser Zahl zu sehr betont.

72) Beiläufig will ich bemerken, dass die Frauen wenigstens der Kirche gegenüber einen geringen Betrag, allenfalls die Hälfte, zahlen. N. 70.

73) Die Leistung ist für die damaligen Verhältnisse keine geringe. Man bedenke, dass Wilhelm der Eroberer nach dem dialogus de scaccario Schafe oder Widder auf diesen Betrag schätzt (oben § 2 N. 5) und ebenso fast gleichzeitig in Baiern Schafe oder Schweine für einen trimessis gerechnet werden (Pez anecd. I pars III col. 69, 71, 72, hier liegt wohl die Wurzel des multona-

Digitized by Google

französischen Recht erlangt der Fremde die volle Rechtsfähigkeit dadurch, dass er jährlich vier Denar an den Hochgerichtsherrn zahlt [74]). Dann ist er nicht mehr dem fremden Recht unterworfen, sein Nachlass fällt nicht an den Grafen, eine arbiträre Schätzung bei Lebzeiten ist ausgeschlossen [75]).

Durch die Bezahlung des Königszinses wird — modern gesprochen — die Staatsangehörigkeit erworben.

IV. Wer sind nun die Personen, welche Königszins oder, was dem gleich ist, Vogtrecht zahlen müssen?

1. Der Zins ist von Haus aus kein Grundzins, sondern Kopfzins; das ergiebt sich deutlich aus dem edictum Pistense und aus den gleichzeitigen und späteren Belegen, die ihn als capaticum bezeichnen [76]).

Damit stimmt es dann, dass auch die freien coloni Steuer zahlen müssen [77]). — Aber schon nach dem edictum Pistense hat sich eine Radizierung des census regius vollzogen, und damit

---

gium). In S. Gallen (332, 335, 355, 468, 475, 483, 523 und oft) wird ein Malter Korn auf 2 Denar gerechnet. Capitul. Saxon. c. 11 bewertet bekanntlich das jährige Rind auf 1 sol.; l. Ribuar. c. 36 § 11 auf 2 sol.

74) Recht von Toul v. 1069 (Calmet I col. 467) alienigenae id est Warganei, qui manserint in banno, dabunt comiti 4 denarios singulis annis, festo Sancti Remigii. Teulet 1604. 1232: quatuor denarios de singulis albanis hat der Hochgerichtsherr.

75) Et S. Louis I. 92: Se aucuns hom qui ne soit pas de la ville vient ester en chastelerie au baron et il ne face seignorage dedanz l'an et le jor, il seroit esploitables au baron; et se aventure estoit que il mourust et il n'aiist commandé à randre 4 d. au baron, tuit si mueble seroient au baron.

Auf dasselbe führt die Fortsetzung des Rechts von Toul in N. 74: et si inde alias negligens fuerit, reddet comiti capitale (vgl. Abh. für Maurer S. 465).

76) Cap. 273 c. 28 vgl. N. 60.

77) M. B. XXVIIIa 162. 985: ut liberi cuiuscumque conditionis sint qui destinantur coloni — et quicquid noster publicus fiscus ab illis exigere vel percipere poterit, hoc totum in cunctis advocato praefatae aecclesiae (von Passau) potestative exigendum — condonamus. Dronke 556. 849: concessimus cuidam fideli — Rudolfo — colonos, qui agros prefati monasterii colunt et ad regiam curiam censum persolvere debent ut omnem justitiam — ad ministerium memorati fratris Rudolfi persolvant. Die Fulder Immunitätsurkunde ist viel älter. — Schöpflin I. 267: Der Advokat, also der Inhaber der öffentlichen Gewalt, hebt den census capitis ein. — Scheswig-Holstein II. 117: Item quamlibet exactionem generalem que greuenscat dicitur omnibus episcopi colonis secundum privilegium ecclesie in perpetuum relaxamus Ich habe (Zeit. f. Geschichtswissensch. N. F. I S. 184) unrichtig angenommen, dass das sächsische Recht die Steuerpflicht des colonus nicht kennt.

Digitized by Google

stimmen die Nachrichten, nach welchen die Abgabe auf dem mansus liegt. Soweit eben der Steuerpflichtige eine Hufe hat, erscheint der Zins als Grundsteuer.

2. Der Königszins ist nach einer Auffassung lediglich Freienabgabe. Das folgt wieder deutlich aus dem edictum Pistense c. 28, c. 34 und zeigt sich dann auch in dem Freizins[78]) des niederdeutschen Rechts. Später aber ist zu besprechen, dass nach einer andern Rechtsschicht die unfreien selbständigen Bauern gleichfalls herangezogen werden[79]).

3. Nicht jeder Freie zahlt aber den Königszins. Schon die Kapitularien der fränkischen Zeit lassen eine weite Verbreitung, aber doch keine ausnahmslose Geltung der Steuer erkennen[80]). Im späteren Recht sind die Ritter stets steuerfrei, ein Privileg, welchem dann die Kleriker nachstreben. Der Ritter braucht auch von bisher steuerpflichtigen Gütern eine Abgabe nicht zu zahlen. Das Privileg ist also deutlich an die Person gebunden[81]).

78) Ob. N. 26.

79) Unten IV. 8.

80) Waitz IV S. 113 N. 3.

81) Vaissete II. 12. 795: ein Vornehmer, der sich dem König kommendiert hat, soll einen Ort besitzen absque ullum censum. Gall. christ. I S. 181 1 Gascogne 10. Jahrh.: milites sollen ihre Grundstücke verkaufen, wollen aber diesen locum francum et omni censu liberum nicht hergeben. v. d. Bergh II. 40 § 40 § 51, II. 152: die ignobiles sind die tributarii im Gegensatz zu den nobiles. Beaumanoir XXV. § 17: neporquant sor clers ne sor gentix homes par nostre coustume ne poent il metre asiete. Et. S. Louis I. 99: fällt eine heritage taillable an einen gentilhoms, so wird dieselbe steuerfrei, wenn der Edelmann sie in eigener Regie bewirtschaftet. Martene ampl. coll. I col. 1083: milites in der Normandie steuerfrei. Bergisches Landrecht c. 48: Ritterschaft schatzfrei. v. d. Bergh II. 816. 1292: wer seinen Adel nicht nachweisen kann, soll mit den Bauern Schoss zalen, „en ware, dat dien baeliu kenlic ware met goede lude, die hies betrouwede: dat dat hi edel ware". Mieris II S. 49 Kenemmerland: ende woude die Grave sweeren hy edel geboren waer, dat hy als dan geen scot metten bueren schuldich en waer te gelden. Landbr. von Twente (Racer overyss. gedenkst. III S. 29) c. 16 und Spaen Inleiding tot de historie van Gelderland IV app. S. 78. 1428 unterscheiden die Dienstmannen, die eben alle Ritter befassen, von den schossbaren. — Die Kirche als solche ist nach weltlichem Recht nicht steuerfrei: wie sie allmählich dazu gelangt ist, kann hier nicht geschildert werden. Die erste direkte staatliche Konzession ist wohl eine Bestimmung Ludwigs des Frommen, der allen claustra canonicorum Freiheit von der conditio census verlieh: cart. de S. Père de Chartres S. 15 (Urk. zu Ende des 9. Jahrh.): — imperator — consensu imperii sui obtimatum protulit edictum, ut universa canonicorum

Digitized by Google

Worauf beruht nun die Steuerfreiheit?

Einen Anhalt gibt eines der karolingischen Privilegien für die flüchtigen Spanier. Die in Südfrankreich angesiedelten Goten sind darnach — von einer Quartierleistung abgesehen — steuerfrei und haben dafür Kriegsdienst zu leisten[82]). Diese freien Goten werden den alii Franci gleichgestellt. So darf man vermuten, dass der Francus der Steuerfreie ist[83]). Diese Spur wird nun durch das spätere südliche Recht bestätigt.

Noch sehr lange sind im Bordelais nichtritterliche Bauern, welche mit den Ansiedelungen der Spanier unter Karl dem Grossen zusammengebracht werden, franci im technischen Sinn, d. h. steuerfrei, lediglich mit ursprünglichem Rossdienst belastet[84]).

---

claustra in regno suo consistentia absque census conditione deinceps absoluta permanerent.

[82]) Vaissete II. 20. 33 § 5, 119 § 2. — II. 20 tritt speziell die Freiheit vom Königszins auf: et dixerunt quod aliqui pagenses fiscum nostrum sibi alter alterius testificant ad eorum proprietatem — propterea — precepimus — ut neque vos neque iuniores vestri memoratos Ispanos nostros qui ad hanc fiduciam de Ispania venientes — erema loca sibi ad laboricandum propriserant, nullum censum super ponere permittatis. Das im Eingang erwähnte fiscum nostrum testificare seitens der pagenses ist also die Behauptung, die Güter seien königszinspflichtig.

[83]) Vaissete II. 119 § 9: noverint praeterea iidem Hispani sibi licentiam a nobis esse concessam, ut se in vassaticum comitis nostri sicut alii franci homines commendent.

[84]) Gallia christ. II col. 292. 1235: Item dixerunt, quod cum rex Karolus acquisivit terram a Sarracenis, duxit secum milites et alios nobiles ad soldatam. Minores autem secuti sunt exercitum ejus sine soldata; et ideo militibus quibus minus tenebatur, eo quod propter soldatam venerant, dedit possessiones quas habent sub certo servicio exercitus. Minoribus (vorher als agricolae bezeichnet) autem qui gratis venerant, et qui gaudebant de populatione terrae, liberas tradidit possessiones et eos francos il est liberos constituit, hoc solum injungens, quod iuvarent ipsum ad tuendam terram. Unde nec praedictas quadraginta libras (vorher ist von den agricolae eine quaesta von 40 libr. verlangt worden) ab initio tenuerunt, sed avus vel proavus Gallardi de la Landa tunc ballivus Regis petiit ab hominibus de Interduo-maria quod darent sibi equum quadraginta librarum et quaedam parochiarum dederunt sibi praedictum equum, aliae nihil voluerunt dare et ideo quaedam tributariae, aliae liberae remanserunt a praestatione 40 librarum, quas quilibet eis succedens bajulus voluit habere. — Es sind also die Bauern steuerfrei, hatten ursprünglich zum Krieg Pferde zu stellen, lösten aber diese Verpflichtung ab. Dass die 40 ℔ viel mehr als den Wert eines Pferdes ausmachen, ist sicher: in den consuetudines v. La Réole, deren Anfang in das 11. Jahrh. fällt, wird (Giraud II S. 511 § 1) ein Pferd auf 10 ℔ geschätzt; S. Victor I

Digitized by Google

Francus im Sinne von steuerfrei, francitas im Sinne von Steuerfreiheit hat auch das Recht von Bigorre, wo die censuales liberi nicht dem Heerbann folgen, die heerbannpflichtigen Grundstücke aber als libertates und francitates bezeichnet werden[85]). Nach dem jüngern katalanischen Recht stehen aloers francs im Gegensatz zu den mansionarii[86]); dieselbe Klasse der alodiarii tritt aber schon viel früher in den usatici auf, und hier handelt es sich um rustici oder milites[87]); selbst die milites aber haben noch nicht einmal das Wergeld des gemeinfreien Franken, sondern nur das der freien Goten[88]).

S. 377. 1038 ein Pferd 60 sol.; Cluny IV. 3333. 1050 ein gutes Pferd und ein gutes Maultier auf je 100 sol.; Vaissete V. 320 ein Maultier 60 sol. Justice et Plet XII. 8 § 1 hat als Durchschnittswert des roncin de service noch immer 60 sol. Diese Beträge, die etwa in die Zeit fallen müssen, die die Urkunde von 1235 für die Ablösung im Auge hat, ergeben sonach viel geringere Beträge. Es handelt sich eben bei den 40 ℔ um eine Ablösung der Gestellung mehrerer Pferde, während in La Réole (a. A.) das Kloster nur ein Pferd stellt. Die Pferdestellung aber ist eine etwas verkümmerte Cavalcatip. — Hierher gehört dann auch Barckhausen S. 75 n. 84: bei Alodien hat der König das Recht auf hereditas vacans, Konfiskation, Gerichtsbarkeit und: lo quart es-que hom fey homest per rason deus aloys — (andere Texte lesen richtiger que fey hom host).

85) Bigorre c. 15, c. 16, c, 2, c. 3, c. 8, c. 26. (Girsud I S. 19 fd.) vgl. § 11 N. 38 f.

86) Costumas de Catalunya c. 10: „Si dos o tres masoers o aloers francs". Diese Costumas sind abgedruckt in den constitutions y altres drets de Cathalunya 1588 S. 345 ff. (darüber Marichalar y Manrique Historia de la legislacion — de España VII S. 305) und stehen der grossen lehenrechtlichen Arbeit des Pere Albert (a. a. O. VII S. 294 ff.) voraus, werden also wie diese aus dem Anfange des 14. Jahrhunderts stammen.

87) Usatici c. 145; Marca col. 1038 (11. Jahrh.) spricht von franquetates, welche die Einwohner von Barcelona im comitatus haben (vollständig § 11 N. 41.)

88) Das Wergeld des miles beträgt in den usatici 12 Unzen Gold. Nach der viel jüngeren Münztafel (1 Unze = 14 solidi) c. 141 ergibt das 164 Silbersolidi. Nun darf man, da die Münztafel in c. 141 viel später ist, immerhin eine leichte Verschiebung annehmen. Legt man nur 12½ Silbersolidi für die Unze zu Grunde, so bekommt man für den miles 150 sol. — das Wergeld des Goten (Brunner I S. 227). Die Richtigkeit dieser Berechnung wird durch eine andere Erscheinung bestätigt. In einem sehr alten Stadtrecht der Gascogne für villa Severi von etwa 1100 (Martene thesaur. I col. 277 fd.) wird dem Abt über einen Burgort und die burgenses die Hochgerichtsbarkeit gegeben: d. h. er hat die besondere Gerichtsbarkeit, das Burgrecht (§ 41 N. 15 fd.; § 52 fd.). Das tritt besonders darin hervor, dass der burgensis wegen Tötung des Genossen, dann wegen Diebstahls in die potestas des Abts

Digitized by Google

Im spätern südfranzösischen Recht ist mit dieser francitas offenbar das feodum honoratum identisch: dasselbe wird als Alod angesehen, ist aber mit Ritterdienst belastet, und um dessentwegen muss der Eigentümer dem Kriegsherrn einen Eid — den alten Unterthaneneid — leisten, der nun als Vasalleneid aufgefasst wird[89]).

In denselben Zusammenhang gehören zwei Erscheinungen des Nordens. Im Laonnais, wo wir uns die Franken doch ziemlich zahlreich vorstellen dürfen, kommen, wie wir sahen, bäuerliche Anwesen vor, die zwar mit dem placitum, aber nicht mit census belastet sind, deshalb frei veräussert werden können und agri mutabiles heissen. Das placitum nun ist, wie später noch genauer dargelegt wird, aus einer Verpflegungsabgabe entstanden, die dem Herrn des öffentlichen Rechts auch von den vollkommen Freien geleistet werden kann; dass diese Abgabe auch auf den agri mutabiles liegt, ist daher sehr verständlich und widerspricht dem nicht, dass die agri mutabiles gar keinen Zins zu leisten haben, zum Unterschied von den mit Königszins, Grafenzins, vicaria belasteten Grundstücken, die aber deshalb auch nur mit obrigkeitlicher Genehmigung veräussert werden können, nicht mutabiles sind. Der Gegensatz tritt in denselben Gegenden auf, wo zwei bis drei Jahrhunderte[90]) früher einmal zwischen francus und dem gewöhnlichen ingenuus geschieden wird[91]). — Später

---

fällt (c. 2). In andern Stadtrechten wird nun allemal die schwere Verwundung als Bruch des Stadtfriedens angesehen und dieser wird mindestens mit Wergeld gestraft (§ 54 N. 18 fd.). Im südfranzösischen Recht aber sind die burgenses im Wergeld den fürstlichen valvassores oder den gewöhnlichen milites gleichgestellt (§ 52 N. 1 fd.) Nun muss nach dem Stadtrecht der villa S. Severi der Bürger, der einen anderen der wichtigen Glieder beraubt hat, 150 solidi an den Stadtherrn zahlen (c. 17). Das gibt dann ein Wergeld von 150 solidi für den miles.

89) Siehe die Belege bei Chénon étute zur l'histoire des alleux S. 88 fd. Dass von Alodien ein homagium und Ritterdienst zu leisten ist, kommt auch anderwärts in Frankreich vor (§ 11 VI. 3).

90) Polyptychum S. Remigii XVII § 40: Imeltrudis franca cum infantibus 3, Spaniis ingenua cum infantibus tres. —

91) Daher kann weiter Bibliotheka Sebusiana S. 325. 1090 gehören; die Bauern, die als ingenui auf alodis sitzen, consuetudinaliter mihi (dem Grafen von Graf) non debent ausser einer Frohnd und observatio generalis placiti. — Sind hier auch die terrae Francorum des burgundischen Rechts, die nach einer Urkunde von 1182 (Garnier, chartes de communes — en Bourgogne I S. 333) mit ius pargye belastet sind, einzureihen? Was das Recht ist, lässt sich

Digitized by Google

findet sich auch am Rheine eine unter den Rittern stehende Klasse von „Freien", deren Güter keinen Schatz, also keinen Königszins zu entrichten haben — dasselbe Phänomen wie in Südfrankreich und im Laonnais; auch darin stimmen die Nachrichten überein, dass von diesen Gütern Rossdienst geleistet werden muss[92]).

4. Auf den ersten Blick läge es nahe, die Zinsfreiheit aus der Zugehörigkeit zum erobernden Frankenstamm abzuleiten. Denn wie der francus der Zinsfreie ist, so ist der Betrag des Zinses im fränkischen Hauptland 4 Denar, also eine trimessis, d. h. der kleinste aureus und so wird man an die Sage gemahnt, wonach die Franken unter der angeblichen Herrschaft des Aegidius einen aureus zu zahlen hatten[93]); man könnte weiter die Nachricht aus dem Anfang des 8. Jahrhunderts heranziehen, dass der rückkehrende Childerich Abgaben nachliess[94]); ferner aber wird im 6. Jahrhundert von Kämpfen der Franken um ihre Steuerfreiheit berichtet[95]). So könnte man dem Schatz die gleiche Funktion beilegen, wie im nordischen Recht[96]). — Allein bei genauerer Zusicht erweist sich diese Auffassung als irrig. Es wird sich alsbald zeigen, dass im germanischen Süden die Unterjochung nicht bloss zu Zinspflicht, sondern geradewegs zu Unfreiheit führt[97]). Vor allem aber spricht die genauere Struktur des Königszinses selber gegen die Annahme. Denn auf der einen Seite gehören zu den Steuerpflichtigen auch zahlreiche Angehörige des herrschenden Stammes, wie umgekehrt

---

sprachlich nicht sagen — Garniers Erklärung „gewette für Tierdelikte" ist sicher falsch: jedenfalls handelt es sich um keinen census, denn die Abgabe wird erhoben, cum (der Herzog) Hierosolymam peteret. Es scheint also eine ausserordentliche Heersteuer. Die terrae Francorum sind in burgundischen Urkunden sehr häufig erwähnt (z. B. Cluny III. 1971, 2038, 2096, 2176, 2211, 2327, 2340, 2414, 2447 etc.).

92) Siehe die Ausführungen v. Below's die landständische Verfassung in Jülich und Berg III S. 20 fd.

93) Fredegar I c. 11 — ich fasse aureus nicht, wie man gewöhnlich thut, als solidus. Über Goldtriente jetzt besonders Heck, altfries. G. V. S. 272 ff.

94) Fredegar I c. 11: a Barensibus receptus est; eorum omnes reditus publicos pro initio receptionis consilio Wiomadi benigne concessit.

95) Siehe die Notizen bei Waitz II. 2 S. 274, aus denen aber alles eher folgt, als dass es gelungen wäre, eine Zinspflicht der Franken durchzusetzen. Auch das fränkische de caput suum bene ingenuus (Marculf I. 19) gehört hierher.

96) Siehe die Zusammenstellung in Norges gamle love V S. 562 f.

97) N. 110 und § 4.

Digitized by Google

Angehörige unterworfener Stämme steuerfrei, franci, sind[98]). Auf der anderen Seite greift die Steuer auch auf die unfreien mansionarii, die ja nicht als Glieder unterworfener Völker betrachtet werden können[99]). Es ist das zunächst im einzelnen zu begründen.

5. Steuerfrei sind die Franci. Dagegen die steuerpflichtigen Unterthanen sind belastet ohne Rücksicht auf ihre Nationalität. Der census regius ist im französischen Süden bezeugt, und Alamannen, Bayern, Sachsen zahlen ihn (= Vogtrecht, Königszins), aber ebenso findet er sich am Mittelrhein und Niederrhein, in Geldern, in Flandern, also im fränkischen Gebiet. Nicht die Stämme, die man ethnisch als Franken zu bezeichnen pflegt, und auch nicht die Salier im Ganzen sind frei. Damit steht der eigentümliche und sehr alte Sinn des Wortes Franke in Wechselwirkung. Franke heisst vielfach bis über das Mittelalter hinaus jeder, der eben nur von privater Herrschaft frei ist, auch wenn er eine öffentliche Abgabe zahlen muss[100]), und das Gleiche gilt für das Wort frei[101]). Weiterhin aber bedeutet frank[102]) oder frei[103]) den von jedem auch dem öffentlichen Zins Befreiten. Da nun thatsächlich gewöhnlich, wenn auch nicht immer, nur der Angehörige der Ritterklasse sich frank[104]) oder frei[105]) erhalten kann, so wird dann der Aus-

98) N. 100 f.

99) N. 118 f.

100) Dieser weiteste Begriff von Francus z. B. c. 32 § 4 (freie Hintersassen) ed. Pistense c. 34 cap. 273 de illis Francis hominibus, qui censum regium de suo capite sed et de suis rescellis debebant. — Cluny III. 2685, 1013; 2501, 2184; III. 2489; IV. 3061: Franci mit ihren Grundstücken verschenkt. — Gallia christ. XI col. 69. 1082: auf Jersey schenkt der Graf terram duorum francorum hominum. — Beaumanoir XLV § 30: franches homes de poesté; noch Loysel n. 90 (Laboulaye I S. 120) stellt den franc in Gegensatz zum serf.

101) Es genügt hier S. sp. z. B. I. 16; Sw. sp. 18: der gebure der vri ist und ander vrie luite, die niht ritter sint.

102) Für franc die Belege aus Südfrankreich ob. N. 83—87.

103) Für „frei" die Nachrichten vom Niederrhein, wo die „Freien" die Steuerfreien unterhalb der Ritter sind (N. 92).

104) Beaumanoir XXI § 9, § 11, wo franche persone = gentilhomme, und so oft z. B. Thierry IV S. 714 § 6: Ord. VII S. 690 § 5; vgl. auch unt. N. 112.

105) Die Belege sind unzählig. Vgl. namentlich Waitz V S. 436 ff., Lacomblet I. 302, Halberstadt I. 324, 328: liberi, ministeriales; Erfurt I. 19. 1133: comites — liberi — ministeriales; v. d. Bergh II. 816, Miraus I S. 658, S. 690 ob., Westf. U. B. I. 188, II. 208: ein liber erscheint später als nobilis. Besonders charakteristisch ist das holländische Recht v. d.

Digitized by Google

druck besonders als Bezeichnung der Vornehmen, der Ritterlichen verwendet. Irgend welche Stammesangehörigkeit liegt schon sehr früh nicht mehr im Worte „frank“ [106]) ausgedrückt. — Zum Teil wird die Steuerfreiheit durch direkte Konzessionen bewirkt: Die flüchtenden Goten werden von den praeceptiones als franci behandelt. In Sachsen aber zahlen nach den einen Quellen die Erfexen keine Steuer [107]); anderwärts werden die Schöffenbarfreien als steuerfrei bezeichnet [108]). Es sind dies, wie sich später ergeben wird, die alten, herrschenden Geschlechter jedes Go; wenn nach einer vollkommen unverdächtigen Nachricht [109]) bei dem Friedensschluss Karls des Grossen mit den sächsischen Nobiles ausgemacht wurde, dass kein census sondern nur die kirchlichen Zehnten gezahlt werden sollen, so bezog sich dies Privileg eben lediglich auf die sächsischen Nobiles. Freilich mag die Massregel nicht überall

---

Bergh II. 40 § 52 der scabinus, der (nach § 48) nobilis sein muss, hat libera praedia. — Es ist nur der Edle allein der Wohlgeborne, bene natus, vollgeborne: v. d. Bergh II. 40 § 48: nec scultetus nec scabinus debet esse nisi nobilis et bene natus, nisi scabini de aggere; v. d. Bergh II. 816: Die scoute sal wese vri ende volboren.

106) In einer bretonischen Urkunde des 9. Jahrhunderts legen 12 Franci, die dem Namen nach alle Bretonen sind, ein Zeugnis ab (Redon 124); die Goten werden in den praecepta Franci genannt (Vaissete II. 119 § 9: sicut alii Franci).

107) Oelrichs S. 597: item men schal ock den Erffexen und der Erffexen Meigere in den Stedinger Lande baven Recht olde Sede und Wonthe des Landes nicht beschatten. S. 596: umme bede willen der geschickeden Rede mines Gn. heren van Munster und Drosten tho Delmenhorst haben sie eine Abgabe von 100 fl. gegeben, aber deshalb schall dat Landt under ohren Ingesegell den gemenen Erffexen einen Breff wedder geben, dat sodanes umme bede willen, und nicht van Recht geschehen sy.

108) § 29 N. 60. Bruno de bello Saxonico c. 84 spricht von einer grossen sächsischen Versammlung, die nicht allenfalls nur die Fürsten enthält und deren bona bisher libera, nicht tributaria waren.

109) poeta Saxo IV v. 102 (Jaffé mon. Karol. S. 597): at vero censum Francorum regibus ullum (Königszins!) solvere ne penitus deberent atque tributum. Die herkömmliche Verwerfung der Angabe des poeta Saxo (Abel-Simson Karl d. Grosse II S. 590, Waitz III S. 316—318) ist auf keinen triftigen Grund gestützt (vgl. meine Bemerkungen krit. Viertelj. N. F. Bd. XII S. 170 fd.). Wenn Waitz betont, dass die Nachrichten über den Frieden von Salz den Wegführungen des Jahres 804 widersprechen, so übersieht er, dass nach l. Saxonum c. 64 die Wegführungen sich doch wesentlich gegen die Gemeinfreien richten, und auch nach den Angaben über den Stellingaaufstand die sächsische Aristokratie ihren Frieden mit Karl auf Kosten der Bauern gemacht hat.

Digitized by Google

gleichzeitig durchgeführt worden sein und ist vielleicht nur die allerdings verschärfte Wiederherstellung altsächsischer Verhältnisse[110]). Die steuerfreien Erfexen oder Schöffenbaren brauchen nicht notwendig in den Stand der Panzerreiter, des Adels im späteren Sinn, übergegangen zu sein, wenn dies auch oft der Fall ist. — In ganz Niederdeutschland werden freie Güter als Satelgüter, satelfreie Güter, bezeichnet, d. h. Sedelgüter, und auch das weist auf Adelsgüter[111]).

6. Sind demnach die Ritter gewöhnlich die Steuerfreien, wenn auch rechtlich sie nicht allein, dann erklärt es sich umgekehrt, wenn die steuerpflichtigen Kreise schon durch ihre Namen als Bauern zu erkennen sind.

So ist es mit dem französischen vilain oder rusticus, dem roturier, der sehr häufig im Gegensatz zum francs hons steht[112]), und den gleichen Sinn hat im sächsischen Recht die Bezeichnung des steuerpflichtigen Eigen als torslacht (torfaht) eigen; es ist das Eigen der „Dörfler“[113]).

110) Die Nachricht des Astronomus c. 24 (S. S. II S. 619), wonach die Sachsen und Friesen das jus paternae hereditatis, quod sub patre ob perfidiam legaliter perdiderunt, erhielten, kann in diesen Zusammenhang gehören, besonders wenn man die friesische allgemeine Küre 7 (Richthofen S. 10) dazunimmt; denn die Nachricht scheint sich nicht nur auf die Rückgängigmachung einzelner Konfiskationen zu beziehen: sie spricht von einem Privileg für das ganze Volk. Dann mag eben an Stelle der Verknechtung das frühere Eigentum unbelastet bei den Edeln, mit einem wohl erhöhten Königszins belastet bei den Unedeln anerkannt worden sein. Mehr als Vermutung ist das nicht.

111) Die Angaben bei Pufendorf IV obs. 243 zeigen, dass die Satelgüter oder satelfreien Güter stets steuerfrei sind, und das ist sogar für ausserordentliche Lasten im twentischen Landbrief von 1365 c. 66 (Racer III S. 66 ff.) bezeugt. Hier lautet die Form Sedelhof. — Im Osnabrückischen liegt die Urteilsfindung in Blutsachen auf den Sedelhöfen (Stüve Untersuchungen über die Gogerichte in Westfalen S. 65); dass nicht mehr der Gutsherr selber, sondern der Bauer, der für ihn auf dem Hof sitzt, das Amt ausübt, ist natürlich etwas späteres. Mit Sattel in dem Sinn, dass es sich um ein Zeichen des Rossdienstes handelt, hat Satelhof nichts zu thun.

112) z. B. Cart. Monast. S. Trinitatis bei Rouen (Cart. de France III S. 443) 11. Jahrh.: omnium virorum francorum scilicet et rusticorum; Pierre III 1, 2 X 3. franshons — vilain. Der roturier, der später so häufig vorkommt, ist der ruptarius, der Erdarbeiter.

113) Den ältesten Beleg ergibt bekanntlich das Soester Recht (Seibertz I. 42 § 27); andere bei Lindner S. 365, der allerdings irrigerweise auch Herrengut als torfhachteigen fasst. — Die Richtigkeit der Ableitung im Text zeigen zwei Handschriften des lateinischen lübischen Rechts c. 4,

Digitized by Google

Allgemeinere, nicht so plastische Bezeichnungen sind consuetudinarius (coustumier)[114]) dann Bargilde im Fränkischen, Friesischen und Sächsischen, und damit vollkommen gleichbedeutend Pfleghafter[115]).

Die Minderung des Freienrechts, die in der Steuer liegt, drückt in Sachsen das Wort libertus (friling)[116]) aus.

---

die statt torfhachteigen dorffhachteigen setzen. — Die gewöhnliche Ableitung (s. z. B. Schiller und Lübben IV S. 588) von Torf, Rasen, ist sinnlos; und es passt auch nicht, wenn man unter „Durchslechtig" vollkommenes Eigen versteht; denn torfhachteigen ist nicht das vollkommene, sondern das steuerbelastete Eigen. Wenn bei Niesert, Münsterisches U. B. S. 129. 1361 vridurslächtig und schultvriegut gleichgesetzt wird, so handelt es sich bei schultvrie um die Befreiung vom Schulten, der in westfälischen Urkunden der Hofschulte ist. Das schultvrie Gut ist das Gut, das nicht in einen grundherrlichen Hof gehört.

114) Perard S. 203. Das Kloster S. Benignus hat Grundstücke, die an den Grafen consuetudo zahlen. Cluny IV. 3322: consuetudinarii comitis. Teulet I. 1272: Graf erhebt tallia von homines costumales. Später ist coustumier sehr häufig.

115) Die Identität der Pfleghaften und Bargilden ergibt sehr deutlich S. sp. III. 73 § 1: wenn hier dem Schöffenbarfreien die Bargilden und Landsaten als die Vertreter der Gemeinfreien gegenüber stehen, so müssen die Pfleghaften in einer der beiden Kategorien stecken und dann natürlich in den Bargilden. Die einzige Urkunde, die die Pfleghaften erwähnt, zeigt sie als dem Grafen steuerpflichtig (Walkenried 83): Über Bargilden vgl. drei bayerische Traditionsbücher 1880 S. 159 ff. und meine Ausf. Ztschrft. f. Geschichtsw. I S. 182 ff. — Der von Schröder (S. 214 N. 31) vermisste sprachliche Beleg für bar = tributum findet sich direkt bei Lexer mhd. Wb. unter bern; hierher dann das Mainzer und Strassburger (Strassburger U. B. I. 616 § 55) bernbrot, das die Volksethymologie so sonderbar erklärt hat, berschilling bei Schöpflin I. 249a. A. 1120; urbar ist eine Ableitung vom gleichen Stamm, aber natürlich kommt bargildo nicht von urbar. — Wie unmöglich die ältere Ableitung des „bar" in Bargilde und Barschalk (vgl. § 4) von Bier ist, zeigt folgendes: es kommen allerdings Bierabgaben vor, aber gerade die Hausmänner und nicht die Barschalken (M. B. XXIXb S. 265) zahlen sie. Auch das gotische gabaur gehört hierher. — Der zweite Teil der Komposition (gildo) ist selber für den Steuerzahler (tributarius) technisch geworden; so das alamannische gilstrio (Waitz IV S. 342 N. 2) und dazu das gotische gilstr = Steuer.

116) Seibertz I. 460 ist libertino more possidere technisch der Besitz eines mit grascult belasteten Grundstücks. Dieselbe Bedeutung hat es, wenn Bremer U. B. I. 9 ein libertus sich kraft besonderen Vorrechts, also gegenüber dem allgemeinen Recht, ohne obrigkeitliche Erlaubnis zum Angehörigen (Jammundling oder Lite) machen kann. Undeutlichere Erwähnungen: Westf. U. B. IV. 606. 1256. freigraf ist comes libertinorum. Westf. U. B. IV. 1034. 1265; judicio quod frigedinch vulgo dicitur — coram scabinis et libertinis; ähnlich Hoyer U. B. II. 7. Abt. 35 (1254); 41 (1258). — Im Stader Recht § 4

Digitized by Google

7. Steuerpflichtig sind auch die mansus ingenuiles d. h. die mansus, welche entweder von der Römerzeit her erblich gebundenen coloni gehören, oder welche von steuerpflichtigen Gemeinfreien an einen Grundherrn aufgetragen sind[117]).

8. Schwierig und wichtig ist die Frage, wie weit der Unfreie in die staatliche Besteuerung — zunächst den Königszins — hereingezogen wurde. Wenn in Niederdeutschland der Königszins als Freienzins bezeichnet wird[118]), so schliesst das eine Besteuerung der Unfreien und Liten direkt aus. Auf dasselbe führt es, wenn im Güterverzeichnis von Prüm, dann auch in dem von Mauermünster die mansus fiscales den mansus serviles entgegengesetzt werden, denn fiscalis deutet, wie sich sofort ergeben wird, auf die Steuerpflicht an den fiscus, die durch den Grundherrn vermittelt ist[119]).

Dem steht nun aber eine ganz andere Reihe gegenüber. Nach ihr ist gerade die Bezeichnung für den unfreien mansionarius, der Besitzer des mansus servilis im Gegensatz zum Hausdiener ist, wie später genauer begründet wird, fiscalinus[120]). Diese Fiscalini zahlen nun nach dem Hofrecht des Bischofs Burchard vier Denar ad regale servitium neben einer Heersteuer[121]). Auch in den

---

(Gengler, Stadtrechte S. 455) steht dem ingenuus, d. h. dem Steuerfreien, der libertus und beide dem servus und censualis gegenüber. — Mit dieser Bedeutung von libertus, das natürlich dem friling (l. Saxonum 17, wo eine Handschrift bereits anstatt liber libertus hat) des 9. Jahrhunderts entspricht, widerlegen sich die Ausführungen Heck's (S. 298), die jetzt von Wittich die Grundherrschaft in Nordwestdeutschland S. 116 ff. übernommen sind.

117) Dass die mansus ingenuiles steuerpflichtig sind, ergibt sich direkt aus den Stellen, welche sie gegenüber den mansus serviles als fiscales bezeichnen (N. 119). Die ingenuiles sind nun jedenfalls weitgehend besetzt von erblich gebundenen Colonen (unten § 38). Man wird aber weiter annehmen dürfen, — wiewohl ich keinen direkten Beleg kenne — dass auch die mansus, die ein bisheriger Gemeinfreier einer Grundherrschaft zugefügt hat und die nach dem vorausgehenden (N. 65) den Königszins fortzahlen müssen, zu den mansus ingenuiles rechnen; denn zu den mansus serviles, den ursprünglich mit servi coloni besetzten selbständigen Bauernhöfer, können sie nicht gehören.

118) Oben N. 26.

119) Beyer I S. 163: est item in montini mansus indominicatus, ubi aspiciunt mansa VIII, fiscales VI et servilia II. Schöpflin I n. 249. S. 199; apud Snuresheim est curtis dominica cum ecclesia ceterisque edificiis, mansa dominice terre XVI, mansa fiscalia XVI, servilia XVII. Über fiscus N. 125.

120) § 36. N. 38.

121) Wormser U. B. I. 48 § 28: et si tale servitium (der bessere Dienst)

Digitized by Google

spätern Quellen tritt ähnliches hervor: nach französischem Recht bezieht sich die Steuerfreiheit des Edelmanns nur auf das, was er in eigener Regie bebaut, oder durch einen hoste, d. h. durch einen Zeitpächter betreibt: steuerpflichtig ist sonach nur der Erbpächter und der Zeitpächter, der ausserdem einen eigenen steuerbaren Grundbesitz hat[122]). Genau den gleichen Satz stellt das bergische Landrecht[123]) auf: hier ist der Halfe und der Kötter des Ritterguts steuerfrei, wenn er keine Schatzgüter besitzt, d. h. es sind steuerfrei die Zeitpächter eines ganzen Bauernhofes (Halfen) und die Zeitpächter von Parzellen (Kötter, die den hospites der lateinischen Quellen entsprechen)[124]). So sind weithin die ständigen aber unfreien Inhaber eines Bauernhofs steuerpflichtig, und daher erklärt sich dann auch der Name fiscalinus: denn fiscus im frühmittelalterlichen Latein ist die Abgabe[125]). — Das letztere System hat grosse Ähnlichkeit mit der staatlichen Besteuerung des servus colonus im römischen Recht, und ich nehme deshalb keinen Anstand, den fiscalinus mit dem servus colonus gleichzusetzen[125a]). —

9. Dass auch die selbständigen unfreien Hofbesitzer in die Steuer hereingezogen werden, ist nach dem Bisherigen ein Element, welches der Gestaltung der Steuer in den rein germanischen Gebieten fremd ist und sowohl auf das römische Recht zurückführt. Die römische Steuerform, die insoweit in Betracht kommt, ist die plebeia capitatio[126]). — Der ursprünglichen Anlage nach trifft der Königszins die Klasse der franci, Erfexen, Schöffenbarfreien

facere noluerit, quatuor denarios persolvat ad regale servitium et 6 ad expeditionem et tria iniussa placita quaerat in anno et serviat cuicumque voluerit.

122) Et. S. Louis I. 99: dass ostage die hostise bedeutet, hat Viollet IV S. 68 richtig betont. Der hoste aber ist der Zeitpächter (§ 38 N. 54). So ist unter louée ou afermée a home costumier zu verstehen die Übertragung an einen Pächter, der entweder auf eigenem Grund oder auf dem Grund des Herrn also als Erbpächter dauernd sitzt.

123) Bergisches Landrecht 48 u. 74; hiezu v. Below die landständische Verfassung von Jülich und Berg III S. 16.

124) § 38.

125) z. B. l. Romana Curiensis III. 1, 8; XII. 2, 1: curialis qui fiscum aut publicum actum exigunt. Dann oben N. 82.

125a) Genaueres § 38 N. 67 f.

126) Über die capitatio in Gallien C. Th. XIII. 10. 4.: die Männer über 25 Jahr und die Witwen, die sich nicht mehr verheiraten können, tragen in Gallien die plebeia capitatio. Es erinnert an die Ansätze des späteren Rechts (N. 70, 72), dass die Frau den halben Kopfzins des Mannes gilt (C. Th. XIII. 11. 2.).

Digitized by Google

nicht und belastet die übrigen Freien. Es wird sich später zeigen, dass jene Klasse mit den Ethelingen des ältesten Rechts zusammentrifft[127]). So wird es wahrscheinlich werden, dass der Königszins die Abgabe ist, die die geringeren Geschlechter den Herrschenden oder dem Führer der herrschenden Geschlechter, dem König, zu zahlen haben. Die Kämpfe um Steuerfreiheit, von denen in der frühfränkischen Zeit die Rede ist, sind auch dann verständlich, wenn man sie nur auf die herrschenden Familien, die franci, bezieht.

V. Die Erhebung des Königszinses erfolgt in letzter Instanz vielfach durch den Grafen und thatsächlich für diesen durch den Schultheissen oder den Vicarius: das ist namentlich die Form in Sachsen und Friesland, wie in Südfrankreich, beides Gebiete, in denen königliche Domänen nicht sehr zahlreich sind. Allein daneben ist auch noch etwas anderes angedeutet. In verschiedenen Teilen Deutschlands ist der Zins der Freien an ein officium, also die Domanialverwaltung, früher an eine königliche curtis zu zahlen[128]), und so etwas sieht vielleicht bereits das capitulare de villis vor[129]). Möglich, aber nicht beweisbar ist es, dass auch die praepositi des französischen Königs für den königlichen Hausbesitz die Einziehung des Königszinses gehabt haben[130]).

VI. 1. Die Schenkung des Tributs wurde schon in alamannischen Urkunden des 9. Jahrhunderts als Veräusserung des Tributpflichtigen behandelt[131]). Die Grundstücke aber, die mit der Steuer belastet sind, können, wie vorher ausgeführt, vom steuerpflichtigen Eigentümer nicht frei, sondern nur gegen Handlohn übertragen

127) § 30. IV. 2.

128) Seibertz I S. 601, S. 611: Ende des 13. Jahrh. im kölnischen Westfalen ist Grafschult u. Gografenhaber an die officia zu zahlen. Riedel I. 6. 248 (997). Züricher U. B. I. 68. 853: die functiones des pagellus Uri gehören zur königlichen curtis Zürich.

129) cap. 32 § 62: quid de liberis hominibus et centenis qui partibus fisci nostri deserviunt.

130) Es kann hierher gehören: Teulet I. 724. 1204: senescallus Pictavensis nihil capiet in dominicis redditibus nostris Pictavie et ducatus Aquitanie, set idem debet habere de prepositis et preposituris de singulis quinquaginta libris unam marcham argenti.

131) S. Gallen I. 312 (828): notum sit quod avus noster — liberos homines in pago Brisichaua — ad eundem monasterium concessisset; eo scilicet modo, ut idem liberi homines et posteritas eorum censum, quod ad fiscum persolvi solebant, parti praedicti monasterii exhiberent.

Digitized by Google

werden, wie hofhöriger Besitz. So ist es erklärlich, dass schon sehr früh solche steuerbelastete Höfe nicht als Eigentum des Steuerpflichtigen angesehen werden, sondern als Eigentum des Steuerempfängers.

Die ersten Belege sind, wie ich glaube, die burgundischen Urkunden, welche so häufig von der terra comitalis sprechen, dass an Grundherrschaft nicht zu denken ist[132]). Ein weiteres Anzeichen ist die Veräusserung ganzer Parochien durch den Grafen[133]). Vor allem aber bildet der allgemeine Satz, dass es in der Grafschaft grundsätzlich für den Gemeinfreien kein Alod gibt und so nulle terre sans seigneur ist, nur einen anderen Ausdruck für den gleichen Gedanken, der das deutsche Recht so gut wie das französische beherrscht[134]).

Der Inhaber der Grafengewalt ist der „Landesherr" geworden. Die Gedankenwendung bedeutet juristisch, dass jetzt der Inhaber

---

132) Savigny 720, 872; Ainay 66, 87, 111. — S. Andreas Viennensis (Coll. de cartul. Dauphinois I) app. 29 (S. 20) 965; Cluny III. 2705, III. 2821, V. 4277. Perard S. 244.

133) Vaissete V. 336, V. 417, VIII. 58 I.

134) Beaumanoir XXIV c. 5: Der Graf ist im Zweifel der seigneur. Ord. XI S. 184: Der freie Bauer hat doch kein Eigen; das gehört domino. Schwind 50 § 50 unten, § 52 (Österr. Landrecht); alles, was nicht Eigentum der Kirche und des Adels, ist Grafschaftseigen, der Bauer hat kein Eigen. Kl. Kaiserrecht S. 178, S. 179: Das dem Kaiserstuhl unterstellte Gut wird nicht als Eigen, sondern kaiserliches Erbe bezeichnet: das Rechtsbuch unterscheidet Erbe scharf von Eigen, S. 178: und ist ir gut dan nit eygen, wan ez ist ir erbe worden unde des riches eygen. Der S. sp. hält die Vorstellung fest und ebenso im Wort torfahteigen das westfälische Recht, dass der Biergelte Eigentum besitzt: aber später verfügt auch hier der Gerichtsherr als Eigentümer über die steuerbelasteten Grundstücke, allerdings mit Zustimmung des steuerpflichtigen Besitzers (Seibertz I. 460) und vergabt den Freien wiederum, natürlich mit seiner Zustimmung (Seibertz II. 657). Vielleicht ist es schon Beleg für diese spätere Auffassung, wenn ein hadeler Kirchspiel dem Inhaber der gräflichen Gewalt die Grafensteuer abkauft mit der Wirkung, ut tam ipsi quam etiam legitimi eorum heredes commoda et quieta possessione semper in vestra proprietate gaudere queant (Lünig collectio nova — der mittelbahren Ritterschaft I col. 1311 f. 1229). Möglich ist, dass im französischen Recht (Beaumanoir XXIV § 9, § 19, § 20) der Unterschied zwischen dem droit cens (Geldzins) und dem Naturalzins, wonach nur die Nichtzahlung des ersteren zur amende von 5 oder 7 ½ sol. führt, während sich bei dem Naturalzins der Gläubiger mit Fensteraushängen hilft, auch darauf beruht, dass wenigstens im Westen der Schatz vielfach Geldzins ist und die öffentliche Strafe wegen Steuerdefraudation auf alle Geldzinse übertragen wird. Mehr als Vermutung ist das nicht.

Digitized by Google

des Steuerrechts über die Grundstücke verfügen kann[135]); allerdings vermag er die Besitzer nicht zu exmittieren, und im westfälischen Recht wird direkt von Zustimmung der Besitzer zur Veräusserung gesprochen. Aber die letzte verliert sich natürlich leicht, und es bleibt dann lediglich mehr nach oben hin die Gebundenheit des Herrn als Lehenträgers der steuerbelasteten Sache. So gleicht sich der freie steuerpflichtige Bauer immer mehr dem Grundholden des Hofrechts an.

Am festesten hat die Vorstellung, dass der Steuerpflichtige Eigentümer ist, in Sachsen und Friesland, dann aber wieder in Südfrankreich nachgehalten[136]). Ich bringe das — vermutungsweise — damit in Zusammenhang, dass da wie dort der Beamte des öffentlichen Rechts, der Graf, Schultheiss, vicarius, die Abgabe erhebt, während diese z. B. in Alamannien von den königlichen Curtes vereinnahmt wird. Deshalb ist vielleicht in jenen Gebieten die Angleichung an die Stellung von Grundholden weniger rasch vor sich gegangen.

Weil das steuerbelastete Eigen aufgehört hat, Eigen zu sein, so wird Alod, was ursprünglich hereditas überhaupt bedeutet, nun zur Bezeichnung des steuerfreien Besitzes[137]). Nicht die Bedeutung

---

135) Vgl. die Note 134 erwähnte westfälische Urkunde, dann Wenck II. 107. 1226 venumdavimus (Grafen von Schwalenberg) quidquid proprietate vel iure comitie videbamur possidere, videlicet proprietatem bonorum Ekkehardi et fratrum suorum et Volperti et Gerhardi fratrum.

136) Für Sachsen N. 134; für Friesland z. B. Richthofen S. 539 § 21; Südfrankreich gehört im Ganzen zu den paix alodiaux, während in den homologierten Coutumes des Nordens das Prinzip der Alodialität da, wo es gilt, nur unter Widerstand des Adels, neueingeführt worden ist (Chénon étude sur l'histoire des alleux en France S. 106).

137) z. B. Lacomblet II. 105: alodium wird secundum consuetudinem nobilium übertragen; II. 273: Vergabung von agri censuales sive alodia. II. 821: Alod von der Staatssteuer frei, nicht aber von Gemeindeabgabe; Paweilhars c. 33: alod gegenüber censive. Westf. U. B. I. 190, 195: zwei Grafensöhne besitzen Cappenbergh jure alodii. Seibertz I 177: alodium der absolut unbelastete Besitz eines nobilis. Martene I col. 412. 1046, Lüttich: alodium eines liber homo steuerfrei. Vaissete V. 175: proprius alodis ist der nicht mit Königszins belastete Besitz. Beaumanoir XXIV c. 5. Im späteren französischen Recht ist franc aleu (Laurière s. v. aleu) allgemein das steuerfreie Gut, vgl. die Angaben bei Chénon étude sur l'histoire des alleux S. 102 fd. — Der in den Quellen nicht selten vorkommende alodiarius bedeutet den Eigentümer: so in Lüttich die aloers de S. Lambert (Patron c. 4, Recueil de Liège I S. 276), dann Ernst Limburg VI S. 35. 1283: gewisse Vasallen des Herrn von Falkenberg sind gleichzeitig homines alodiales terre nostre de Faconmont,

Digitized by Google

von Alod hat sich verändert, sondern nur die Anwendbarkeit des Begriffes sich beschränkt. — Es gehört weiter hierher, wenn das steuerfreie Adelsgut, das Handgemahl, praedium libertatis[138]) heisst und umgekehrt das Wort Handgemahl zur Bezeichnung steuerfreien Besitzes dient[139]).

§ 4. Abgaben unterworfener Völker.

I. Ist der Königszins wirklich eine Freienabgabe auch innerhalb des erobernden Stammes, so finden sich daneben verblasste Spuren von Abgaben unterworfener Völker.

Einmal zählen die bayerischen Barskalken (Barmannen)[1]) hierher.

Die Barskalken erscheinen als freie homines[2]); denn sie können sich selber in Kirchenhörigkeit tradieren, während dies bei den

und so auch die Erwähnung in Südfrankreich S. Victor I. 58, I. 96: alodiarii qui habuerunt alodem, I. 99. — Cart. de Lerins 307. 1040: dono duos mansos — et tres alodiarios führt eher zu der Annahme, dass hier die auf Alod Sitzenden Hintersassen die alodiarii sind. Beide Bedeutungen haben sich natürlich nebeneinander bilden können.

138) So in dem cod. Falkensteinensis (drei bayerische Traditionsbücher S. 3); erschöpfend Homeyer Abh. Berl. Ak. 1852 S. 17 ff.

139) Diesen entscheidenden Zug ergibt eine bisher übersehene Erwähnung in dem bayerischen Urbar v. 1280 (M. B. XXXVI a S. 235): Argoltzingen I feodum habet preco de Sneitse a duce pro Hantgemaehil. Secundum feodum servit XXII den. ratisponenses. — Es ist also das erste feodum steuerfrei, und deshalb wird es als hantgemahl des preco bezeichnet.

1) Vgl. Amira Recht (S. 88 S. A). Dass Barman = Barscalc, folgt z. B. aus M. B. VI S. 58 servorum — qui parmanni dicuntur.

2) Meichelbeck I. 481: isti sunt liberi homines qui dicuntur barscalci. M. B. I S. 21: sub libera parscalcorum conditione. Pez I p. 3 col. 67 ff.; hier steht der parscalcus gegenüber den grundherrlichen equites servitores, servi salici. — M. B. V S. 121. 1166: ein servus des Klosters heiratet eine de nostris qui dicuntur parscalci que hac de causa servituti debent subiacere; um dies zu verhindern, wird der servus freigelassen. Auch dass er zu dem „freisezzen" von 5 Denar in Gegensatz steht, der nach früherem ein kirchlich Unfreier mit Kopfzins ist, gegenüber dem Vogtmann, gehört hierher: M. B. VI S. 93, III S. 79. — Noch bei Ruprecht II. 104 untersteht der Barmann, welcher eine Freie heiratet, nicht dem Recht der Eigenleute, sondern die Söhne folgen im Stand dem Vater, die Töchter der Mutter (ich lege den Text der Handschrift von 1328 (Westenrieder, Beyträge zur vaterländischen Historie etc. VII S. 185) zu Grunde, der in der Handschrift von 1408 u. 1441 wiederkehrt; die bei Maurer gewählte Lesart „paumann" ist schon nach dem Zusammenhange falsch). — Ruprecht bezeichnet den Parmann als einen ursprünglich Freien, der sich zinshaft gemacht hat: das heisst wohl nichts anderes als ein Zinshafter, der aber trotzdem als Freier angesehen wird.

Digitized by Google

Unfreien durch den Herrn geschehen muss[3]). Sie vergaben Grundstücke[4]). Gewöhnlich treten in den Quellen die Barschalken als Hintersassen von Kirchengütern auf, wo sie im Besitz von ganzen Hufen[5]) sind. Es kommt aber doch auch vor, dass der Barschalk selber Grundstücke an die Kirche gibt und deshalb der Grundbesitzer sein muss[6]).

Weiter führt eine zweite Reihe. Nach den alten Salzburger Aufzeichnungen[7]) zerfällt die ganze Bevölkerung von Tittmoning in excercitales und barscalci. — Es lassen sich nun zwei Bedeutungen von exercitalis verfolgen oder vermuten. Einmal ist exercitalis der Freie überhaupt[8]), und es trifft umgekehrt der Barschalk deutlich mit dem tributalis zusammen[9]). — Anderemale aber tritt eine Beziehung gerade der zahlreichen nobiles[10]) zu Heerpflicht[11]) auf. Auch zeigt sich,

---

3) M. B. III S. 79. 1160.

4) Öfters, z. B. Kleinmayrn 94 c. 25, M. B. I S. 21.

5) M. B. VI S. 58, IX S. 359: Bischof tradiert houbas censuales, que vulgariter Parschalches houba dicuntur. — Solche Hintersassen auf Kirchengut sind die Baramter von Mauken und Kletheim (Grimm III S. 662 fd.), deren Grundherr die Freisinger Kirche ist. Letztere hat gegen Veräusserungen eines Baramter nur Retraktsrecht.

6) M. B. VI S. 93; vgl. N. 4.

7) Ind. Arnoni 7. 7: tradidit — dux — villa, que vocatur Titamaninga et in ea mansos LX inter vestitos et apsos et inter exercitales et barscalcos.

8) Brunner I S. 235. 32 fasst den exercitalis als den hiltischalc. Nach meiner Meinung trifft das nicht zu: Breves not. 4. 8, wo die Nachricht des Ind. Arnonis 7, 7 wiederholt ist, werden die exercitales deutlich den servi und tributales gegenübergestellt. In Ind. Arnonis 7. 2 ist exercitales viros nicht auf tradidit sondern auf inter zu beziehen; nach der vollständigeren Fassung im Breves notitiae 4. 2 ist zu lesen inter servos et exercitales und dem geht Ind. Arnonis 7. 10 parallel: inter servos et liberos. — Lediglich auf Freie überhaupt geht exercitalis in Ind. Arn. 7. 7: denn es ist natürlich nicht denkbar, dass die gesamte Bevölkerung Tittmonings aus Barschalken und nobiles bestanden und keine Gemeinfreien enthalten hätte.

9) Breves not. 4. 8 mit Ind. Arn. 7. 7: danach kann der barscalcus an sich nur mit dem servus und tributalis zusammentreffen; da aber der barscalcus nach früherem kein servus ist, so bleibt nur der tributalis übrig.

10) Nobiles werden ausserordentlich häufig erwähnt: z. B. Meichelbeck 120, 601, 633, 634, 650, 651, 694, 695, 697 f. M. B. VIII S. 126, S. 163. Es ist nicht denkbar, dass die fünf Adelsgeschlechter der l. Baiuv. all diese nobiles hätten aufnehmen können.

11) Cap. 112. c. 44: ut nullus de nobilibus neque abbas neque presbiter tonderi audeat, antequam in praesentia episcopi examinentur eius causa ad cuius dioecesim pertinet. Die Bestimmung ist erlassen im Interesse des Kriegsdienstes; die Kontrolle durch den Bischof wird so überall da eingetreten sein,

Digitized by Google

dass die Besitzungen der nobiles von diesen ohne herzoglichen Konsens vergabt werden können[12]); nach den Ergebnissen über den Königszins führt das zu dem Schluss, dass deshalb der Besitz der nobiles zinsfrei ist[13]). Damit trifft dann zusammen, dass liberi unterschieden werden potestatem non habentes, die zu ihren Vergabungen Genehmigung bedürfen[14]). Hebt sich demnach ein steuerfreier Grundbesitz der nobiles heraus, der nicht jedem liber zukommt, so wird von einer andern Seite als ein, wie es scheint, besonderer und bevorzugter Grundbesitz der in exercitu Bajovariorum erwähnt[15]). Damit schliesst sich der Kreis: wie der nobilis in besondere Beziehung zum Kriegsdienst gebracht wird und wie sein Grundbesitz durch Steuerfreiheit bevorrechtet ist, so gehört der bevorrechtete Grundbesitz dem exercitus Bajovariorum. — Das Vorausgehende hat ergeben, dass der Begriff exercitalis bald alle liberi, auch die steuerpflichtigen, bald nur die nobiles befasst; und später wird sich zeigen, dass man unter nobiles bald alle Steuerfreien, bald nur eine höhere Klasse derselben versteht. Für die rechtliche Natur der Barschalken ist es nun entscheidend, dass sie nicht bloss zu den exercitales im Sinn

---

wo ein Heerpflichtiger Kleriker wird, und deshalb muss der eingangs genannte nobilis und der ausgangs genannte Heerpflichtige zusammenfallen.

12) Die Masse der erhaltenen Schenkungskonsense erklärt sich, wie Brunner m. E. ausser Zweifel gesetzt hat (Forschungen S. 1 f.), daraus, dass der Herzog als Schenkgeber der Veräusserung des Beschenkten zustimmen muss. Davon hebt sich nun aber ein Verzeichnis in dem Codex traditionum von Niederaltaich ab (M. B. XI S. 14—17). Hier wird zuerst in einem längern Abschnitt (S. 14—16) von Vergabungen geredet, welche der Herzog selber macht oder genehmigt. Danach folgt: haec vero est traditio nobilium, quae subter inserta nectitur; in dem anschliessenden Verzeichnis ist nirgends von herzoglicher Genehmigung die Rede. Beides zusammen zwingt zum Schluss des Textes.

13) Es kann in diesen Zusammenhang gehören — ohne dass es als selbstständiges Beweismittel verwendet werden soll —, wenn es heisst: M. B. XI S. 15: locum qui vocatur Wilpach sunt mansos IV, quod tradiderunt tributales per licentiam Tassilonis: vielleicht handelt es sich hier um tributarii des öffentlichen Rechtes.

14) Dass der liber Zustimmung zur Vergabung bedarf, wenn er vom Herzog beschenkt ist oder wenn er zu den potestatem non habentes de se gehört, beweist Indic. Arnon. 6. 1 mit 6. 4. — Über den potestativus und nobilis unten § 30 N. 16.

15) Meichelbeck I. 629: talem proprietatem quam haberet in exercitis Bajowariorum in locis nominatis Tannara, Helidkereshusir, Chleninavva, Munninpah.

Digitized by Google

von nobiles, sondern zu den exercitales im Sinn von liberi überhaupt im Gegensatz stehen. Dass ihnen dabei eine selbständige steuerrechtliche Persönlichkeit zukommt, ist wenigstens für das kirchliche Zehntrecht zu erkennen[16]; die Urkunde, welche das Verhältnis erwähnt, heisst die Barschalken anscheinend fiscalini.

Den Schluss macht eine dritte Gruppe. Es wird einmal von Romani proselyti, quod nos parscalci dicimus[17], gesprochen, und in den Salzburger Registern des Arno erscheinen die Romanen dorfweise als tributarii[18].

Wenn nun die Romanen in kompakten Massen als Barschalken vorkommen und die Barschalken nicht zu den liberi des herrschenden Volkes gehören, so wird man unter den Barschalken eben die ältern Einwohner des eroberten Landes — Romanen, vielleicht auch Germanenstämme (Rugier?) — zu denken haben, welche die Bayern — die exercitales — schon als steuerpflichtig vorfanden oder abgabenpflichtig machten. Die bayerischen Ortsnamen weisen ja vielfach auf zusammenhängende Siedelungen der Wälschen. Die Barschalken sind Grundbesitzer und können in soweit als frei angesehen werden; sie sind aber auch unterworfen, nicht nur dem Herzog, sondern privaten Herren, und so sind sie Schälke. Einmal werden sie in einem bayerischen Urbar des 11. Jahrhunderts genau so neben den Inhabern der mansus, d. h. der mansus ingenuiles und den servi, welche auf der terra dominica sitzen, also den Inhabern der mansi serviles erwähnt, wie in den Güterverzeichnissen des Westens die Besitzer der mansus lidiles[19]. Wahrscheinlich zählt man in Bayern auch die Barschalken[20] zu den fiscalini, während im Fränkischen die Inhaber der mansi serviles als fiscalini bezeichnet werden. Das weist auf eine weiter nicht mehr zu ermittelnde direkte oder indirekte Steuer der Barskalken an die öffentliche Gewalt.

II. Was die bayerischen Quellen schon recht undurchsichtig auf-

---

16) Meichelbeck I. 120: hier wird zunächst gesprochen von einer Vergebung dreier Kirchen durch homines fiscalini und einer Kirche durch homines nobiles. Die Urkunde fährt dann fort: et quidquid de decimatione liberorum hominum vel barscalcorum pertinere deberet.

17) Q. E. bayer. Gesch. I S. 97.

18) Ind. Arn. I. 4—7; VII. 8; VII. 11. 12; breves not. II. 6—8.

19) Pez I p. 8 (col. 67 fd.).

20) Ob. N. 16.

Digitized by Google

zeigen, tritt in den anderen deutschen Rechten ebenfalls hervor, aber nur in ganz schattenhaften Umrissen.

Auch hier erscheinen als Abhängige, die nicht zu den Freien gerechnet werden, aber doch eine vollkommene Rechtsfähigkeit haben, selber klagen und verklagt werden können, die Liten[21]).

Noch am klarsten liegen die Verhältnisse in Sachsen. Hier hat der Lite $^9/_{10}$ des Wergeldes des Gemeinfreien[22]). Er wird direkt mit dem Königszins belastet und, wie später erörtert wird, zum Heer aufgeboten. Im öffentlichen Gericht ist er Partei[23]) und kann im Prozess als Zeuge dienen wie ein Freier[24]). Und wenn man auch die Nachricht des Hukbald[25]) über die Teilnahme der Liten an der Landsgemeinde nicht mehr direkt kontrollieren kann, so fehlt doch hinwiederum jeder Gegenbeweis.

Nimmt man nun die sehr alte Stammessage[26]) über die Entstehung der sächsischen Liten hinzu, so wird der Ursprung der Liten in Sachsen kein anderer gewesen sein als der der bayerischen Barschalken: das erobernde von Norden eindringende Volk hat eben eine früher angesessene germanische Völkerschaft zinsbar gemacht.

Die fränkischen Rechte deuten für die alten Sitze des fünften Jahrhunderts den gleichen Zustand an. Hier ist der Romane zum Liten geworden; denn der Romane hat nach der l. Salica Litenwergeld — und in der l. Ribuar. erscheint der Romanus direkt als abhängiger Mann[27]).

---

21) Brunner I S. 102 ff,

22) S. sp. III. 45 § 7. Amira, Recht S. 137. 138.

23) Das ist bei Seibertz I. 90. 1188 als selbstverständlich vorausgesetzt; durch Privileg können sie nun auch als Urteilsfinder im Freigrafengericht fungieren.

24) S. sp. I. 6 § 2; of he geinnert wirt — mit tven unde seventich mannen, de alle vrie scepenbare sin, oder echt borene late.

25) Waitz I S. 366.

26) Die Stellen bei Waitz I S. 157; jetzt auch Meitzen Siedelung und Agrarwesen II S. 26 fd.

27) Vgl. meine Ausführungen zur Entstehung der l. Ribuariorum S. 134. Irrig habe ich dort angenommen, dass der Romanus gerade der Kirche gehören müsse. Davon sagt l. Rib. nichts, aber immer muss der Romanus unter einem actor stehen: l. Rib. 65 § 2. — Merkwürdig ist Polyptych. Irmin. XIII. 65. wonach die Kinder eines servus und einer colona Liten werden. Da der colonus immerhin ein persönlich Freier ist, so wird eine Ehe im Rechtssinn zwischen servus und colona nicht möglich sein, und das drückt sich direkt darin aus, dass das Kind nicht der ärgeren Hand folgt. So wird das Kind wohl als uneheliches zu betrachten sein. Es ist nun höchst merkwürdig, dass

Digitized by Google

III. Gegenüber dem fränkischen Königszins tritt sofort ein Unterschied in den soeben besprochenen Abhängigkeitsverhältnissen hervor. Der Königszins wird an den König gezahlt, und die Abhängigkeit gilt gegenüber der öffentlichen Gewalt.

Dagegen ist nirgends eine Spur nachzuweisen, dass der Lite irgendwie gerade den König zum Herrn gehabt haben müsste. Überall, soweit man zurücksehen kann, hat der Lite einen privaten Herrn, und späterhin steht am Niederrhein das Privatgericht der Latenbank dem öffentlichen Gerichte entgegen[28]).

Der Kern ist also, dass der Zins des Liten an den privaten Herrn fällt — vielleicht neben einer Staatssteuer.

Den Königszins zahlt auch der geringere Angehörige des herrschenden Stammes. Dagegen sind Liten und Barschalken anscheinend die Angehörigen unterworfener Völker.

Aber nur Inhaber selbständiger Bauernwirtschaften, nicht vollkommen Verknechtete, im Haus des Herrn Lebende gehören hierher[29]) und nicht jedes Volk ist bei der Unterwerfung in den Litenstand getreten.

---

die Ét. St. Louis I. 103 (§ 5 N. 11, N. 14) denjenigen, der campipars zahlt, — nach dem folgenden (§ 5) den Romanus tributarius — als Bastard behandelt. Nimmt man beides zusammen, so scheint der litus als ein Unehelicher, d. h. als ein Nichtgeschlechteter angesehen worden zu sein, und darum wird dann auch das romanische Wort tributarius gebraucht, um nun umgekehrt den romanischen tributarius, der dem Liten entspricht, zu bezeichnen. Nicht Friling, wie Heck, die altfriesische Gerichtsverfassung S. 229 f., und andere nach ihm angenommen hat, ist also der ungesippte Mann, sondern Lite.

[28]) Lacomblet Archiv III S. 309 ff. — ein genaues Verzeichnis der Hofgerichte und Latenbänke im Herzogtum Jülich 1554, 1555.

[29]) Durch den Text gewinnt die Müllenhoff'sche Erklärung (Waitz, das alte Recht der salischen Franken S. 288) des litus als manens innere Wahrscheinlichkeit. Ob die aldiones, die nicht nur im bayerischen und langobardischen Recht, sondern auch in Burgund vorkommen (S. Andreas Viennensis app. 22. 937 eine curtis cum servis, cum aldionibus et aldianis; Cluny I. 417 ebenso) mit den Liten wirklich identisch sind, kann erst in der Darstellung der italienischen Verhältnisse entschieden werden.

Digitized by Google

§ 5. Römische Steuerreste.

I. 1. In Frankreich bis hoch in den Norden hinauf erscheint eine tertia, terzena[1]) als Abgabe an den Grafen oder Vicar.

Nach einigen Stellen ist diese tertia 1/3 des Jahresertrags[2]).

Weiter aber wird die tertia auch bei Besitzwechsel durch Verkauf[3]) und durch Erbgang erhoben, wobei sie sich im letzten

---

[1]) Méry, Marseille I S. 232. 1213; der vicecomes von Marseille verkauft an den Vertreter der Stadt: partem totius Dominii seu sennoriae, iurisdictiones Massilienses, ut census, ut tretzena, ut leide, ut quaecumque aliae dominationes seu sennoriae. — Giraud II S. 73 Provence: Item, statuimus quod quilibet vicarius seu bajulus et judex debeant de singulis condempnationibus, latis et trezenis — mittere quolibet trimestri tempore senescallo — quarternum sigillatum. — Marca coll. 820. 888: König Odo überträgt an das Bistum von Vic d'Auch 1/3 der Grafschaftsgefälle, darunter terrae tertiam partem. Deutlicher tritt die Bedeutung in einer späteren Bestätigung hervor: España sagr. XXVIII S. 283. 1038: das Bistum bestätigt mit, quae hactenus — habuit tertiam partem de redditibus ecclesiarum vel sylvarum, aut de pratis, aut eremis, sive rafigis, vel quos huius patriae vulgus Tertios absolute vocat. — (Lagrèze, histoire du droit dans les Pyrénées S. 449. 1447 c. 83: Item mes avem foo e costuma — que lo beguee no deu penherar ni prene son tertz sino que la asigne lo bayle?). — Savigny 916. 1127: Idcirco idem etiam sentiendum est de tertia et quarta parte: hoc est ut in tertia tertiam partem et quarta quartam partem porcorum et denariorum et annonarum. obtineat (der vicarius). — Perard S. 134: non solum plura donorum ipsius ab omni exactione et consuetudine, atque terciarum et decimarum redditione omnino libera erant. S. 138. 1171: ein ganzes finagium unterliegt den tertiis agriculturae. — Gall. christ. IV col. 162. 1129, Langres: eine besondere Konzession, wenn Klosterleute intra finagium de Sigestri für ihr Grundeigentum omnes labores eorum fructuum sine redditibus cujuslibet servitii ac sine his que vulgo tertiae nominantur perpetuo possiderent.

[2]) So die letzten beiden Beispiele in n. 1; dann ganz eigentümlich Garnier, charte de communes — en Bourgogne I S. 370 § 59. 1371: une grande partie du territoire de Chastillon est tiercables à Monseigneur de Lengres: c'est assavoir qui laboure en aucune de ses terres tiercables de quelque labour que ce soit, per espécial de blef, il doit au dit seigneur de onze gerbes une. An sich ist Chastillon (Garnier I S. 352 § 11) dem Herzog von Burgund steuerpflichtig, und die Abgabe an den Bischof wird eben der Zehnt sein. Es ist nun charakteristisch, dass auch für diese Rohertragsabgabe das Wort tiercer gebraucht wird, das dann eben, losgelöst von seinem sprachlichen Sinn — zur Bezeichnung für die Belastung des Rohertrags überhaupt geworden sein muss.

[3]) Méry, Marseille IV S. 72: Decernentes insuper quod nullus deinceps

Digitized by Google

Fall in ein Drittelsrecht auf den Mobiliarnachlass des Verstorbenen verwandelt[4]) — wie ja auch das kirchliche Spolienrecht, das nur eine Anwendung des advokatischen Regalienrechts ist, den Nachlass des Beliehenen als Ertrag auffasst. Dass aber die Jahresabgabe auch beim Besitzwechsel erhoben wird, ist ebenfalls eine allgemeine Erscheinung; denn geradeso wird der Königszins als Vorhure, Ruiminge bei Besitzwechsel gezahlt.

Am frühesten und schärfsten erhellt die Natur der tertia in den Usatici[4]); hier ist sie eine Abgabe aller Bauern, im Gegensatz zu den milites. Die Bauern aber haben das halbe Wergeld der milites, diese nach früheren Ausführungen wohl das Wergeld des Goten[4a]). So liegt die Vermutung sehr nahe, dass die rustici die Romanen sind und dass die gotischen geradeso wie die fränkischen Quellen ein in der revidierten lex Visigothorum getilgtes besonderes Romanenwergeld hatten, im halben Betrag des germanischen Freienwergeldes.

Auch im nördlichen Frankreich erscheint die tertia als eine

---

teneatur vel possit compelli ad dandum trezenum de aliqua re vel possessione vel eius occasione que data erit alicui vel legata in testamento vel aliquibus aliis ultimis voluntatibus vel que vendetur a modo vel alienabitur aliis simulate hoc est ad certum tempus; simulata autem intelligatur esse illa venditio vel alienacio quando de illa vendicione vel alienacione ad certum tempus rescindenda convenerit inter partes cum instrumento inde facto vel eciam sine instrumento. — Giraud II S. 36. 1894, Provence: possessiones et iura in comitatibus nostris Provinciae et Forcalquerii, et terris aliis covicinis nostro subjectis dominio constituta, quae non possunt titulo venditionis vel alio consimili, siue curiae nostrae vel consensu transferri, et pro quibus praestandum est trezenum seu laudimium curiae nostrae vel aliis.

4) So erstes Beispiel der vorigen Note; vor allem aber usatici Barcinonenses c. 138: de intestatis ab hoc seculo discessis, si reliquerint uxorem ac filios, tertiam partem assequantur seniores in facultatibus eorum; si reliquerint filias et non uxorem, assequantur medietatem prefati seniores: si uxores et non filios, habeant medietatem seniores iam dicti, aliam medietatem parentes defuncti. — Nun sind die unter den seniores stehenden die pagenses (c. 109), deren exorquiae (d. h. erblose Güter) an die seniores fallen; sie bilden den Gegensatz zu den Besitzern von alodia, den milites und burgenses, deren unbeerbter Besitz an den Grafen kommt (c. 69); nach c. 13 sind es die rustici, welche das halbe Wergeld des miles haben. Die Todfallsabgabe kann deshalb nur den Mobiliarnachlass befassen, denn das ist ja allein das Vermögen dessen, der keine alodia hat, — Die Abgabe wird noch Ende des 15. Jahrhunderts genannt und hat zu einem Bauernaufstand geführt (Helfferich, Entstehung und Geschichte des Westgotenrechts S. 408).

4a) § 3 N. 88.

Digitized by Google

öffentliche Abgabe, die grundsätzlich nicht die Ritter zu zahlen haben[5]).

Neben der Drittelsabgabe wird im Süden von Frankreich auch eine quarta erwähnt. Diese quarta ist wenigstens öfters eine öffentliche Steuer[6]). In Rhätien[7]), wo sie ebenfalls vorkommt, stehen die damit Belasteten den liberi homines gegenüber, aber die quarta ist doch mit dem comitatus von Chur verbunden und erscheint deshalb als ein öffentliches Gefäll.

Nach einer burgundischen Urkunde werden sowohl die tertiae wie die quartae vom vicarius eingetrieben[8]).

Die tertia fällt unter den Begriff des terragium[9]), das terragium aber und so auch die tertia ist identisch mit der campipars[10]).

Grundstücke, die terragium geben, stehen im Gegensatz zu dem mit anderen coustumes belasteten Land[11]), und wenn auch im 13. Jahrhundert der Herr den Bauern, welcher terragium oder campipars zahlt, legen kann[12]), so zeigt doch eine Angabe bei Beaumanoir, dass es sich um ursprüngliches Eigentum handelt: wenn nämlich

---

5) S. S. rer. franc. XVII S. 51. 1199: (Rigordus) aliud etiam addidit (Philipp August), quod totam Franciam turbavit: milites qui olim sua libertate gaudere consueverant, et homines ipsorum, tertiavit.

6) Vaissete V. 187. 1029: Graf von Urgel schenkt die zu einem Alod gehörigen quadros, quae vocant vicecomitales. VIII. 67. 1189: vicecomes von Béziers schenkt: riparias, usaticos et foriscapia, tasquas et quartas. — Wenn Vaissete V. 43. 918 Spanier einem Kloster gegenüber auf ein Dorf Anspruch machen, unde servicius debet exire circa et quarta et cavalcata, sicut alii Spanii debent facere de illorum aprisione, so ist das nicht dahin zu übersetzen, dass die Spanier circa et quarta zu leisten haben, sondern: ein Dorf, von dem die Spanier circa et quarta beziehen und für das sie Heerdienst leisten (ein ganz ähnlicher Fall Vaissete V. 187).

7) K. U. I S. 219, 951, S. 288. 960.

8) Savigny 916. 1127 ob. N. 1.

9) Teulet 2876. 1240, Champagne: de terragiis autem que vulgo tertie dicuntur.

10) Bouthors, coutumes d'Amiens I S. 293 § 14, § 15: terres — chargés — de droit de terrage ou champart; in § 15 ist daher einfach von terrage gesprochen.

11) Ét. S. Louis I. 103: se aucuns gentis hom est qui aiist homes qui tenissent terres à terrages de bastars, et il n'en rendissent autres costumes que les terrages, li sires les porroit bien prandre a son gueaignage mais il ne les porroit baillier à autre. Beaumanoir XXX § 70, § 71; vielleicht auch Cluny 4223: justicia, census, decimae, terragia.

12) Ét. S. Louis I. 103.

Digitized by Google

ein Unfreier eine Pachtung von einem Dritten (ostise) erwirbt, so kann sein Herr in diese Pachtung nur eintreten mit Willen des Eigentümers der ostise; wenn dagegen der Unfreie ein mit Zins oder mit champart belastetes Land erwarb, so fällt das Grundstück an den Herrn des Unfreien auch ohne Zustimmung des Zinsberechtigten[13]). Es ist überaus charakteristisch, dass derjenige, der terrage zahlt, einmal als bastars bezeichnet wird[14]).

2. Mit diesen Ausdrücken trifft dann wohl auch noch das sprachlich neutrale tasca[15]) zusammen.

In den späteren Quellen wird das Wort direkt für champart gebraucht[16]), in den älteren steht es gewöhnlich neben der quarta, ohne dass die tertia genannt wird[17]), und so darf man es wohl der letzteren gleichsetzen. Auch das stimmt, dass der Bezug der tasca mit der öffentlichen Gewalt verbunden ist[18]).

3. Untersucht man nun die Herleitung der Abgabe, so ergeben die Usatici Barcinonenses mit hoher Wahrscheinlichkeit, dass es sich um eine Romanensteuer handelt, und damit stimmt, wenn in den rhätischen Urkunden die quartani den liberi homines entgegenstehen. Es gehört wohl ferner hierher, wenn einmal die mit terrage belasteten Bauern als Bastarde bezeichnet werden. Das sind eben diejenigen, welche keiner germanischen Sippe angehören.

Die weitaus überwiegende Form der Leistung ist offenbar die tertia gewesen. Das gibt nun m. E. die Erklärung. Nach spätrömischem Quartierrecht erhält bekanntlich der einquartierte Soldat $^1/_3$ der zugewiesenen Besitzung zur Unterkunft. Die Ver-

---

13) Beaumanoir 45 § 20. — In dem Lehensregister Philipps August § 200 (S. S. rer. franc. XXIII S. 631) werden die homines liberi eines Herrn und die homines de corpore unterschieden. Die ersten haben anscheinend die terrae campipartiales; vielleicht gehört das hierher.

14) Ét. S. Louis I c. 103 in N. 11. Die französischen Erklärer (vgl. Viollet h. l.) haben, um die Schwierigkeit zu beseitigen, zu unmöglichen Erklärungen gegriffen. — Mein Erklärungsversuch § 4 N. 27.

15) Diez, Romanisches Wörterbuch II S. 417.

16) Laurière s. v. tachible, tasque.

17) Vaissete V. 572, I. VIII. 67: tasquas et quartas et totum aliud agrorum. — Giraud II S. 250, Salon in Provence: statuimus, quod quicumque habeat servitia censualia seu Tascas seu Cartonos.

18) S. Victor I. 135. 1010: In isto iam dicto castro tenet Gaufredus, nepos meus, ipsam castellaniam et ministraliam et ecclesiam et furnum et tascham. — Papon II. 13. 1119: Der Graf von Forcalquier erhebt neben andern öffentlichen Steuern tascam totius castri.

Digitized by Google

pflegung wird ihm theoretisch allerdings aus den Magazinen geliefert, aber thatsächlich[19]) ist schon im 4. Jahrhundert der Quartierwirt auch zur Verpflegung herangezogen worden. Im späteren byzantinischen Recht befasst der metatus geradewegs die Verpflegung[20]); der Verfall der Magazinenverpflegung muss dazu geführt haben. So wird die tertia nichts anderes sein als die Erstreckung des Drittels aus dem Quartierrecht auf die gesamten Gutseinkünfte. Immerhin wird nach den frühfranzösischen Quellen die Verpflegung nicht direkt dem einzelnen geleistet, sondern durch die öffentliche Gewalt erhoben, und das ist im westgotischen Recht, das ja hier den Übergang bildet, auch noch angedeutet[21]).

Nicht aller Romanenbesitz unterliegt der tertia. In Katalonien haben habitantes von Barcelona und sonstige burgenses steuerfreien Besitz wie die milites[22]), und dies bedeutet natürlich nicht nur Freiheit von Königszins, sondern auch Freiheit von der viel härtern tertia[23]). So gewinnt die Nachricht des Marius[24]) von Avenches, dass

---

19) Cod. Th. VII. 9. 1.

20) Besonders charakteristisch ist hier die Umbildung von l. 14. C. J. 4. 65 (sed hi qui a vobis redemerant frumentum et hordeum annonae inferendum, accepta pecunia fidem fefellerunt ex locato agere cum his protestis) — in Basil. XX 1. 76: (*ὁ ὀφείλων ἀποθρέψαι στρατιώτας καὶ φεύγων τὴν ὄχλησιν καὶ συμφωνήσας τινὶ δοῦναι νομίσματα ἵνα αὐτοὺς ἀναδέξηται τὴν τοιαύτην φροντίδα εἰς ἑαυτὸν καὶ παραβαθεὶς, τὴν ἐπὶ τῇ μισθώσει ἀγωγὴν κατ' αὐτοῦ κινεῖ*). — Dazu das Scholion: *ὁ ὀφείλων ἀποθρέψαι στρατιώτας: Σημείωσαι, ὅτι τῶν συνεχῶς γινομένων ἐστὶ τὸ φάκτον. πολλοὶ γὰρ ἐν ἐπι δημίᾳ στρατιωτῶν παρέχουσί τινι ποσότητα, ἵνα ἐκεῖνος δέξηται τὸ ὑπὲρ αὐτοῦ μίτατον.* Während im Urtext von annona die Rede ist, die für die militärische Verpflegung an die Zentralverwaltung abgeliefert werden muss, betrachten die Basilika und der Scholiast die Verpflegung als etwas, was der Steuerpflichtige dem Soldaten direkt gibt, und das Scholion fasst das Ganze als metatum.

21) l. Visigoth. Reccesw. (Zeumer) IX. 2. 6: hoc justum elegimus, ut per singulas civitates vel castella quicunque erogator annone fuerit constitutus, comes civitatis vel annone dispensator, annonam quam eis est daturus, ex integro in civitatem vel castello jubeat exiberi et ad integrum eis restituere non moretur. Quod si contigerit, ut ipse comes civitatis aut annonarius per necglegentiam suam, non habeat aut forsitan nolens, annonas eorum dare dissimulet, comiti exercitus sui querellam deponant, quod annonas eorum eis dispensatores tradere noluerint.

22) § 3 N. 87 und gegenwärtiger § N. 4.

23) Ob. N. 4.

24) M. G. chronica minora II S. 232. 456: eo anno Burgundiones partem Galliae occupaverunt terrasque cum Gallis senatoribus diviserunt.

Digitized by Google

die Burgundionen die Länder mit den gallischen Senatoren geteilt haben, eine andere Bedeutung, als man gewöhnlich annimmt.

II. Sind schon die Züge dieser auf den Quartierpflichtigen umgelegten Steuer verdunkelt, so gilt das noch mehr von dem römischen Grundsteuersystem. Davon, dass in der nachfränkischen Zeit irgend eine direkte Spur der römischen Grundsteuer sich nachweisen lasse, ist keine Rede; allein andererseits ist es nach der ganzen Entwicklung sehr unwahrscheinlich, dass die belasteten Grundstücke Steuerfreiheit erlangt hätten. So dürfte die starr gewordene Steuer unter dem agrarium, terragium stecken, das ja nicht nur die tertia bedeutet. Vielleicht gehört schon die besprochene quarta in diesen Zusammenhang, vielleicht auch andere Beträge, für deren exakte Prüfung mir aber die Quellen fehlen[25]).

Aber eines muss allerdings erwogen werden. Bis weit nach Nordfrankreich, in Franzien, in der Champagne ist von tertiae die Rede, und, dass die ältere römische Grundsteuer neben den tertiae fortbestanden hätte, daran ist wohl kaum zu denken[26]). So könnte man die Fortdauer nur strichweise erwarten.

III. Welches Verhältnis zwischen terragium und Königszins besteht, ist ebenfalls nicht deutlich. Vielleicht ist der Zins neben der tertia und im wesentlichen von den gleichen Personen erhoben worden[27]). Jedenfalls ergibt sich so ein ausserordentlicher Steuerdruck auf den französischen Bauernstand, der schon häufig im Mittelalter und zuletzt in der französischen Revolution zum gewaltsamen Ausbruch geführt hat. —

Wie weit in dem Königszins als ein Element die capitatio plebeia stecken kann, ist früher besprochen.

---

25) Ich halte so die Auffassung Schröders S. 189 nicht für unmöglich, wenn auch der Medem nicht herangezogen werden kann: denn schon sehr früh (Beyer I. 252) ist er in der Hand von Jägern und erscheint später allemal als Zins von Waldrodungen: vgl. die Zusammenstellung Schröders Forsch. XIX S. 152 ff. selber; Vilmar, hessisches Idiotikon S. 265, dann Würdtwein, monast. palat. I S. 283. 1245: cum pensione novalium quae dicitur Medeme.

26) Alles, was in der fränkischen Zeit von Grundbelastung erwähnt wird (Waitz II. 2, S. 258 ff.), kann gerade so auf die tertia gedeutet werden.

27) Vielleicht gehört es hierher, wenn in Lemans von demselben steuerpflichtigen Eigentum neben den inferendae das aurum pagense gezahlt wird (Waitz II. 2 S. 250), welch letzteres jedenfalls aus dem Königszins von einer Trimse sich sehr wohl erklären würde. — Vaissete II. 20, V. 175 wird der census regalis von den gewöhnlichen Bauern erhoben, die nach N. 4 in diesen Gegenden die tertia zahlen.

Digitized by Google

§ 6. Öffentliche Frohnden und Bede.

I. Neben dem Königszins und dem terragium treten sehr häufig Leistungen auf, welche nicht lediglich auf die Gestellung von Vorräten für die öffentliche Gewalt abzielen, sondern welche die unmittelbare Durchführung der staatlichen Verwaltung ermöglichen sollen.

Es handelt sich erstlich um den Kriegsdienst auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht: soweit er sich als Naturalleistung erhalten hat, wird davon in einem besonderen Abschnitt die Rede sein. Aber schon seit der fränkischen, vielleicht seit der römischen Zeit hat der Kriegsdienst die Neigung, sich in eine Abgabe zu verwandeln. In Verbindung mit dem Heerwesen steht dann weiter ein umfassender Komplex von Hand- und Spanndiensten. Aus dem Heerwesen und dem Beamtenrecht entspringt eine dehnbare Quartier- und Verpflegungslast. Weiter treten insbesondere für öffentliche Bauten eine Anzahl zum Teil drückender Frohnden auf, die auch wieder abgelöst werden. Endlich kommen wirkliche Geschenke in Betracht, welche die Unterthanen an den Beamten geben.

Der Rechtsgrund all dieser Leistungen ist ein mannigfaltiger, und ebenso gehen römische und germanische Elemente[1]) bunt durcheinander; aber eins gilt überall gleichmässig und hat zur Zusammenfassung unter einer Bezeichnung geführt: es handelt sich nicht um eine gesetzlich und fest abgegrenzte Abgabe, sondern um Leistungen auf Verwaltungsgebot hin, die in ihrer Höhe nicht allgemein bestimmt sind.

II. Öffentliche Frohnden und Verwaltungsleistungen oder ihre Äquivalente sind hostis und mansionatica.

1. Die Quellen bezeugen sehr oft eine Abgabe für hostis, Heerfahrt, expeditio, exercitus (hostilitium, aide de l'host) entweder ganz allgemein[2]) oder wegen königlichen Aufgebots[3]) oder

---

[1]) Brunner II S. 229 hat mit Recht das Ineinanderfliessen römischer und germanischer Elemente betont.

[2]) z. B. Hofrecht des Bischofs Burchard (Worms. U. B. I. 47 § 29); très anc. cout. Norm. c. 48 § 2; grand cout. Norm. 22 bis § 5 § 8; Wauters S. 35; Mieris I S. 75; v. d. Bergh I. 179: nach seeländischem Recht wegen expeditio die einzige petitio; 237, 334; Ol. I S. 882, II.

[3]) Calmet II S. 261; neben dem gewöhnlichen census der Bauern in

Digitized by Google

insbesondere wegen Aufgebots für den Römerzug[4]) oder Kreuzzug[5]).

Besonders häufig tritt das hostilitium in den Polyptychen des 9. Jahrhunderts als eine Belastung der mansus ingenuiles und, unter gewissen Voraussetzungen, der mansus serviles und lidiles auf: es handelt sich hier um eine jährliche Abgabe, die einigemal solvere de airbanno heisst[6]).

In Deutschland muss der Betrag der Steuer sehr lang ein und derselbe gewesen sein: in dem Güterverzeichnis von Mettlach und dem Wormser[7]) Hofrecht macht er 6 Denar für den Kopf, und der gleiche Ansatz kehrt in der Pflugsteuer wieder, die Philipp von Schwaben für einen Kreuzzug erheben wollte[8]); schon die westfränkische Normannensteuer im 9. Jahrhundert rechnet einmal mit derselben Leistung, während bei anderen Normannentributen der einzelne mansus noch immer 4 Denar gibt, also eben ein ausserordentlicher census regius erhoben wird[9]).

---

banno ducis, eine besondere Abgabe, wenn der Herzog vom König aufgeboten wird. — Gall. christ. XVI col. 107. 1178, Valence. Castan Besançon S. 164. 1180: Zug zur königlichen Curia. Trouillat I. 339. 1227: pro expeditione imperii.

4) Wauters S. 99/100, Brabant; Freiburg im Üchtland § 7 (Gaupp); Suisse Romande XVIII S. 426, Sitten.

5) Cluny V. 4239; Ol. II S. 714 § 64, Ypern (S. Dizier).

6) Polypt. d'Irmin. XXV. 20, dann Polypt. Fossatense (Polypt. d'Irmin. II S. 284. 6); v. d. Bergh I. 9, 32: in Friesland Heerbann Abgabe neben der Landessteuer.

7) Für ersteres unt. N. 10; letzteres Worms. U. B. I. 48 § 29.

8) Weiland II. 13. Einen ganz anderen Ansatz hat die constit. de exped. Romana c. 13 (Weiland I. 447), wo der mansionarius 4 sol. zahlen muss, also den zwölffachen Betrag. Es ist nicht möglich, dass dieser Ansatz wirklich neben dem im Text bezeichneten gegolten hätte. Die Bezeichnungen absarius, bunnarius weisen auf gutsherrliche Bauern, und da ja die Fälschung wahrscheinlich in Reichenau entstanden ist, so ist an das gedacht, was die Reichenauer Bauern zum Heerzug beizusteuern haben, und der Betrag im Interesse der Fälscher jedenfalls bedeutend übertrieben.

9) 6 Denar hat die Steuer von 866 (ann. Bertin. H. A. S. 81.), 4 Denar die von 864 (S. 67) und 877 (S. 135), cap. 271, cap. 280; in letzterer Nachricht handelt es sich um die Heranziehung des Grundbesitzes der steuerfreien Bischöfe und Vasallen. Daneben und darüber steht dann das in den ann. Bertin. mitgeteilte allgemeine Schema. Übrigens gewinnt man aus den Angaben der ann. Bertin. einen ganz überraschenden, einzigartigen Schluss auf die Grösse der damaligen fränkischen Bevölkerung. Nach der Schilderung der Annalen (S. 81) wird durchaus nicht der ganze eingegangene Steuerertrag an

Digitized by Google

Die Steuer führt nun auf einen mehrfachen Ausgangspunkt zurück. Einigemal ist sie ganz deutlich die Ablösung der bestehenden allgemeinen Wehrpflicht[10]).

Weiter handelt es sich um die Bezahlung der Summen, die unglückliche Kriegsführung notwendig machen. Die Sache ist schon vollkommen ausgeprägt in den Normannentributen der spätfränkischen Zeit; in der nachfränkischen Zeit wird sie gewöhnlich dahin formuliert, dass wegen Gefangennahme des Herrn eine Steuer zu entrichten ist[11]).

Anderemale aber ist die Steuer ein Äquivalent für die Kriegsleistungen, welche neben dem Kriegsdienst vorkommen, d. h. ein Äquivalent für die Gestellung von Tieren und Wägen (angaria)[12])

---

die Normannen abgeliefert, — [vgl. Kapitular von 861, wo derselbe auch zu Schiffsbauten verwendet war (cap. 271)] — sondern nur auf jeden mansus ingenuilis und servilis 1 Denar, und auch davon halten die Beamten gemäss ihres Drittelrechtes an den Abgaben 1/3 zurück, so dass auf jeden mansus nur 2/3 Denar fällt. Dies ist der Sinn von: inde — de unoquoque manso tam ingenuili et servili, unus denarius sumitur, et demum per duas vices, iuxta quod unusquisque regni primorum de honoribus habuit, coniectum tam in argento quam et in vino ad pensum quod ipsis Normannis pactum fuerat, persolvendum contulit. Da nun der Normannentribut 4000 ℔ beträgt, so ergibt das 4000 . 360 mansus d. i. 1440000 mansus, also eine Bevölkerung von 7—8 Millionen für Westfranken — damals noch mit Einschluss von Burgund.

10) So das karolingische Musterverzeichnis cap. 128: dant inter duos in hoste bovem, quando in hostem non pergunt — Polypt. d'Irmin. XXV § 20, besonders deutlich Polypt. Fossat. (Polypt. d'Irmin. II S. 284. 6): solvunt vestiti mansi hairbannum pro duobus bovibus solidos XX, pro homine ridimendo de oste solidos III. — Dann das Güterverzeichnis von Mettlach (Beyer II S. 340): in maio denarios VI, si non pergat in hostem (10.—12. Jahrh.), Ol. S. 918 LXXXVII, II S. 121 XLV. — Parloir aux bourgeois S. 149 unt. (Leroux de Lincy, histoire de la ville de Paris II) 1299: Die Pariser bieten ein quinquagesimale subsidium an, weil von der Heerfahrt entbunden. — Auch das solvere de airbanno führt auf den gleichen Ausgangspunkt (N. 6).

11) Cluny V. 4239. Wauters S. 35. 1280. Giraud I. S. 81 § 3. Miräus I S. 1013. 1312. Thierry III S. 639 § 6. 1208, IV. S. 13 § 32, S. 650 § 27.

12) Angaria, das aus dem römischen Recht heraus den öffentlichen Spanndienst bedeutet, hat diesen Sinn auch in unserer Zeit da und dort beibehalten, siehe die Beispiele bei Guérard, Polypt. d'Irmin. I S. 795—799; Ernst Limburg VI S. 290: angaria pecunaria vel vehicularia. — Aber die letzte Stelle weist darauf hin, dass auch die Ablösung als angaria bezeichnet wird, und so tritt die angaria ganz allgemein in dem Sinn von Abgabe auf (Waitz VIII S. 325 N. 6, S. 309 N. 10). Im übrigen für das im Text Gesagte folgende Belege: Baluzius misc. III S. 31: hostilense, id est, de bubus et

Digitized by Google

zum Transport, womit wohl auch die Botendienste zusammenhängen, für Einquartierung und Verpflegung[13]). Darum bedeutet dann das hostilitium ganz allgemein die Verpflegungsabgabe, Nachtselde.

2. Wenn derart das hostilitium auch als die Transport- und Verpflegungslast gefasst wird, so wächst es mit der Verpflichtung

---

coniecto ad carros construendos. Lockeren I. 198. 1122: wenn der Graf expeditio generalis gebietet, müssen die Klosterleute dem Advokaten 4 jumenta stellen. — Vaissete II. 119 § 7, V. 350: unde consuetum est ponere cavallos vel in arca publica functionem persolvere. Papon II. 16. 1150: unter den gräflichen Rechten die asinaria. Tardif 286. 1067: Pferdegestellung, wenn der Herr zum Krieg auszieht. Teulet II. 2032. 1229, Auxonne: li homes d' Auxone doivent au seigneur l'ost et la chevauchie et le charroy en la chevauchie; et, fors de la chevauchie li davent le charroy en telle menère que li sires non puest mener si loins que il ne puisse repairier le jour meismes en la ville. Es wird also die angaria im Krieg und ausserhalb desselben unterschieden: dort scheint sie zeitlich unbeschränkt, hier auf eine Tagreise eingeschränkt. Ol. I S. 918 LXXXVII: ein Dorf, das pro exercitu regis auszugspflichtig ist, muss auch Karren zum Transport der Waffen des Auszugs stellen. In dem Lehensregister Philipp Augusts c. 557. — c. 559 (S. S. Rer. franc. XXIII S. 722 ff., vgl. auch Boutaric in éc. des chart. s. 5 t. 2 S. 21 ff.) wird überall erwähnt, dass die aufgebotspflichtigen Kirchen und Kommunen neben der Mannschaft auch Karren stellen. — Walkenried 178. 1231: Graf erhebt die petitio equorum. Später heisst sie: exactio curruum vel equorum. — Abweichend von Brunners Auslegung des Cap. 155 c. 10, dass die Pferdegestellungslast eine besondere Reallast gewesen sei, fasse ich dasselbe gerade umgekehrt; die, welche als Zeugen der Inquisition über die Belastung dienen sollen, sind nicht die pagenses, sondern die von der Last Freien, d. h. eben die „Franken" und Spanier. Übrigens könnte manche Pferdegestellung ursprünglich die Berittenmachung eines Wehrpflichtigen durch einen Verband sein: so vielleicht Gall. christ. II col. 292 (vgl. § 3 N. 84). In den Quellen der fränkischen Zeit tritt offensichtlich auch das scaram facere als öffentliche Frohnd hervor (die Belege bei Waitz IV S. 26); bei den Freien am Vierwaldstättersee äussert sich diese in der Verpflichtung zu navigium facere (Schöpflin I. 98). Es ist wenigstens möglich — aber es mangelt der Beleg — einen Zusammenhang mit dem hostilitium anzunehmen.

[13]) Polypt. d'Irmin. XXII. 70. 97: solvunt ad hostem omni anno aut boves VIII aut solidos LXXX. Beyer I S. 145 N. 6: Hostilicium vulgariter appellatur natselde. Dominus abbas quando vult visitare curias sue ecclesie tenentur ei prefate curie currus ad ferenda necessaria de curia ad curiam procurare. — Boves, qui ad hostilicium dantur, in curiis mactari debent et commedi. Sed si dominus abbas exegerit redemptionem solvet quilibet mansus denarios V. Beyer II. 171: justicia 23 sol. quod dicitur nachtselde. Vgl. die genauen Angaben bei Guérard Polypt. d'Irmin. I S. 661 ff. — 677 für Einquartierung; Sloet 712. 1250: excepto, quod si in communi expeditione eorum predicta bona fuissent per exercitum eorum hospitata.

Digitized by Google

zusammen, den Herrn und seine Beamten auf seinen Reisen zu befördern und zu unterhalten[14]).

In den Quellen erscheint insbesondere die alberga, parata, das mansionaticum, gistum[15]); dann das pascuarium, fodrum, marchfuter, marchrecht[16]), d. h. Futter der Pferde und der anderen Tiere, namentlich der Hunde und Falken.

---

[14]) K. Lehmann Abhandlungen S. 78 ff.

[15]) Herbergsteuer in Bayern; Belege bei Basch, die Steuer im Herzogtum Bayern S. 49 ff.; O. Öst. U. B. I. 342: Freiheit von pernoctatio — in Alamannien: Schulte M. Ö. I. VII S. 531, aber schon Schöpflin I. 98. 840, wo das mansionaticum als Freienlast erscheint. Riedel I. 5, 17, 1207: Verzicht auf albergaria neben Grafding und Grafkorn. Sloet 712, 713 allgemeines Herbergerecht des Grafen neben der Steuer. Guiman Arras S. 45 ff.: S. Vaast hat bisher den Grafen und sein Gefolg bewirtet: nun wird die conradia mit einer Abgabe (gabalus) abgekauft. Tardif 552. 1157: der König verzichtet für sich und für seine Ministerialen auf correde vel giste. Ol. I S. 384. I: gistum regis. Besonders breit entwickelt ist die Abgabe im Süden, Giraud I S. 21 § 14 (Bigorre): Liberi pacem habeant et ter in anno in karali comitali vadant. Villa liberorum de carne non amplius quam quinque solidos aut porcos quinque solidorum donet; si vero una persolvere non poterit, juncta secundum antiquitatem caeteris partem sibi contingentem persolvat. In villa liberorum semel in anno comes comedat, si tamen villa pati poterit; si vero placitum cum terrae convicaneis habuerit, nec ad propria hac necessitate compulsus redire poterit, aut rediens de exercitu iterum apud eos hospitabitur; cujus victus sola nocte sufficientia dabitur. Civatam bis in anno liberi militibus vicini conferent. Vaissete V. 77, 125, 316, 336. III. 367. IV. 387, 426: alberga ist Abgabe, die der Graf zu fordern hat, die (Vaissete V. 387) mit hoher Gerichtsbarkeit verbunden ist; V. 387 wird alberga ad civatam und ad herbam unterschieden, V. 246 von albergas de ipsos caballos de festas e de concilios e de sobras sine civada et sine manjar gesprochen. — Papon Provence II. 21: Nizza zahlt pro alberga an den Grafen 2000 sol. Giraud II. S. 10 f. 1235: in der Provence erhebt der Graf jährlich alberga. S. Victor 944. 1156 wird die alberga als boaje d. h. Rinderabgabe bezeichnet. Menestrier Lyon S. XXXVIII a. 971: mansionaticae und parata erscheinen als die hauptsächlichsten Belastungen. — Baluze, histoire d'Auvergne II S. 48, 11. Jahrhundert: der Graf bezeichnet seine Hoheitsrechte als arbergarias scilicet, et omnem districtum et malas captiones.

[16]) Schon in einigen Urkunden über alberga ist von der Verpflegung der Menschen die der Pferde getrennt. Auf das Gleiche führt namentlich in Südfrankreich die pastio, pascuarium, z. B. Marca col. 772/773. 834: pastio in Katalonien die allgemeine Grafschaftsabgabe; col. 779, col. 820, col. 828, col. 920. In Vaissete II. 119 § 2 werden die pascuaria als ecclesiarum census bezeichnet; dies erklärt sich daraus, dass in Katalonien 1/3 des pascuarium an die Bistümer abgetreten wurde (Marca col. 780); dass die Goten von dem pascuarium des Grafen frei waren, ergab sich schon aus c. 1. — Redon 126.

Digitized by Google

Im Westen löst sich von der alberga als besondere Leistung häufig die Gestellung von Matratzen (culcitra) ab[17]).

Diese wie andere Nebenformen kann man übergehen. Dagegen ist es von grösserer Bedeutung, das Verhältnis des fodrum zur alberga zu ermitteln. Schon in einigen südfranzösischen Urkunden wird zwischen der alberga ad herbam und ad civatam unterschieden oder von einer alberga de ipsos cavallos sine manjar gesprochen. Auf dasselbe führt, wenn in Bayern „von der Grafschaft wegen" Nachtseldhaber erhoben wird, wenn im bayerischen Landfrieden allgemein von pernoctatio gesprochen ist, diese aber auf die Pferdeweide sich bezieht, endlich wenn mehrfach in den bayerischen Urbarien eine Herberge vorkommt, die deutlich mit dem Wiesenertrag zusammenhängt[18]). In all diesen Fällen bezieht sich die mit der Einquartierung zusammenhängende Verpflegung nur auf die Gestellung des Pferdefutters.

---

204. Lobineau II col. 237: comitis esum — fodrum, Marchfutter, Marchrecht, Cart. de S. Bertin S. 83 (835), Miräus II S. 1137. 1085: Graf verzichtet auf Fodermalt. S. Victor II. 1076: in Nevers ist fodrum die hauptsächlichste Belastung. Meichelbeck II Text S. 99. 1298: zur Grafschaft Werdenfels gehört Grafenfuder. Q. E. bayer. Gesch. V. 36 § 49: der Graf oder der Judex haben dreimal im Jahr Futterrecht, das im bayer. Landrecht 267 aufgehoben ist. M. B. XXXI. 229. 1189. Meichelbeck II. 145. Ob. Öster. U. B. II. 340. Steiermärkisches U. B. II. 57. Schwind 32: Marchfutter oder Marchrecht ist neben den Landpfennigen die Hauptabgabe an den Herzog. — Irrig hält Brunner (W. A. 47 S. 343) das Marchrecht für eine der Mark eigentümliche Abgabe, wenn er auch das Wort zutreffend als Pferdefutter übersetzt. Waitz VIII S. 392 N. 2 hat dann ohne weitere Begründung die Ableitung von Marh, Märe, überhaupt fallen lassen und (sprachlich unmöglich) das Wort von Mark abgeleitet, und ihm folgt jetzt Dopsch in M. Ö. I. XVIII S. 238. Im Westen gehört die marescalcia hierher, die einmal ganz deutlich Futterrecht ist: cart. de l'abbaye de S. Père de Chartres S. 685. 1229; jus quod vocatur mareschaucia: scilicet quod ego capiebam et capi faciebam herbam et fenum existens in dictis pratis ad usus meos, quotiens veniebam Thevusium.

17) z. B. Gall. christ. XI col. 71. Ol. I S. 428. XVII. Giselbert. H. A. S. 98. Cart. de Paris 489. — Ord. XI S. 304. 1213.

18) Für Südfrankreich N. 15. — Im übrigen M. B. V S. 247; bayer. Landfrieden v. 1244 (Q. E. bayer. Gesch. V 36 § 49): item nullus comes vel judex in suo judicio sepius preter voluntatem inhabitantium, nisi ter in anno, semel in hieme, bis in estate, ita ut in villicatione duo et in molendino duo in huba unus equus pabuletur; si magis, pacem violat. — M. B. XXXVIa S. 98: zwa herberge ainu bi dem haeu, diu ander bi deme graze. S. 135: pro duabus herbergis, que recipi debent tempore graminis et feni, solvuntur II librae.

Digitized by Google

Ein andermal freilich befasst die Herberge, die hier neben dem Vogtrecht steht, die volle Verpflegung [19]).

So wird die Menschenverpflegung meist von dem Futterrecht für die Tiere getrennt und für sich auf einen festen Ansatz gebracht; umgekehrt wird dann auch das Futterrecht als besondere Leistung angesehen [20]).

Von einer andern Seite zeigt das Recht des Ilzgaus von 1256 die Sache [21]). Hier wird dem Bischof da, wo er die Grafschaft hat, Nachtselde gewährt; wo er nur Vogtei hat, erhält er nur den Vogthaber. Vogtei kann hier nur die Mittelgerichtsbarkeit bedeuten, wie im Schwäbischen: so ist also die Unterkunft nur dem Grafen zu gewähren.

Auch sonst lässt sich die grundsätzliche Gestaltung der Abgabe am besten in Bayern verfolgen. Dass die Nachtselde in Bayern dem Grafen oder dem Judex dreimal zusteht, und dass die Herberge zweimal im Jahr erhoben wird [22]), weist schon auf den Zusammenhang mit den 2 oder 3 placita legitima, und ganz deutlich ist die Nachtselde mit der Abhaltung des Grafengerichts im Rechte des Ilzgaus verbunden.

3. Das hostilense, wie das mansionaticum in seinen verschiedenen Formen kehrt schon in der fränkischen Zeit wieder. Das ist an der Ablösung des Aufgebots ganz deutlich zu erkennen;

---

19) M. B. XXXVIa S. 34: daz schergampt ze Risen. Risen von der vegetaie git man zwene mutt waeitzen und niuonzehn mutt habern und aein halben und zwaeinzic scheffine frischinge (Lämmer). Von aeiner herberge ze Risen git man zwene mutte waitzen, zwene mutte rocken, sechs mutte habern, aein sauom winis, aein sauom biers, zwene und drizic kaese, und zwene und zwaeinzic huonre und zwe frischinge, oder 60 pfenninge.

20) Wahrscheinlich ist es, dass unter diesen Gesichtspunkt auch die Herbergsteuer in den elsässischen Teilen des Habsburger Urbars gehört. Denn, wo zwischen gesetztem Vogtrecht und Steuer nicht unterschieden wird, scheint die „Steuer von den Vogtleuten" beides zu befassen, weil der Steuerertrag ein wechselnder ist (S. 1 ff.). Damit ist dann die Verpflegungsabgabe unter das Vogtrecht aufgenommen, und dann ist die davon getrennte Herberge wohl wie im bayerischen Recht aufzufassen; denn wie Schulte M. Ö. I. VII S. 534 bereits mit Recht betont, ist die Abgabe eine Haferabgabe; die von Schulte gezogenen Folgerungen sind freilich irrig.

21) M. B. XXVIIIb S. 510 (auch Grimm VI S. 112 fd.): Item notandum, quod ubicumque dominus Episcopus judicium habuerit, ita, quod ad eum immediate pertineat, ibi poterit recipere nahtsedele, quoad comitiam, non quoad advocatiam, quia pro eadem solvitur voithaber.

22) N. 18 a. E. Basch a. a. O. S. 51.

Digitized by Google

denn hier liegen die Wurzeln im karolingischen adiutorium. Aber auch die Naturaldienste für Transport und Verpflegung des Heeres sind fränkisch. Es wird sich zwar später zeigen, dass der Pflichtige selber für den Feldzug sich zu verpflegen hat. Für die Fahrt bis zur Grenze ist eine solche Verpflichtung nicht bezeugt, aber es ist nicht einzusehen, warum für diese Zeit anderes gegolten haben sollte; nur Wasser, Feuer, Viehfutter darf der Mann auf der Heerfahrt von den Unterthanen requirieren[23]). So könnte man schliessen, dass jedenfalls eine Verpflegungsabgabe über die Leistung von Pferdefutter hinaus nicht bestanden hat. Allein nach bisherigem ist wiederholt in karolingischen Quellen, namentlich auch in den Polypthychen, die Leistung von Lebensmitteln gerade als Kriegsleistung aufgefasst, und eine Nachricht aus dem 9.! Jahrhundert spricht davon, dass die zuerst von Karl dem Grossen, dann von Ludwig dem Frommen versuchte Aufhebung des fodrum die Aufhebung der annona militaris, also wohl der Lebensmittelgestellung für das Heer bedeutet[24]). Man hat natürlich von dem, was die einzelnen Pflichtigen mitbringen sollten, die Verproviantierung der Heerscharen nicht abhängig machen können, und die Verbote gegen Requisitionen der einzelnen schliessen eine geordnete, im Detail freilich undurchsichtige Beschaffung des Proviantes durch die öffentliche Gewalt nicht aus. Wenn einmal nach einem Capitularium der Graf $^2/_3$ des Wieslands zur Heerverpflegung bannen soll, so schliesst das andere Verpflegungsabgaben nicht aus[25]).

Etwas anders liegt die Sache mit dem Quartier und der Verpflegung des reisenden Beamten. Hier haben die königlichen missi einen Anspruch nicht bloss auf Quartier, sondern auch auf eine sehr bedeutende Verpflegung, die formelmässig durch die tractoriae geregelt ist[26]) und womöglich auf die Unterthanen gelegt ist, während das Königsgut nur auf Grund speziellen königlichen Befehls herangezogen[27]) werden darf; die Immunität schützt auch sonstige grossen Güter wider diese Belastung. Dagegen scheinen die Grafen an sich auf das allgemeine Herbergerecht jedes Reisenden verwiesen, welches Quartier und Anspruch auf Pferdefutter gibt, und das freilich in der Hand eines Herrn mit

---

23) Waitz IV S. 539, wo der Beleg.
24) vita Hludovici c. 7 (S. S. II S. 610); Waitz IV S. 16.
25) Cap. 77 § 10.
26) Brunner II S. 230 ff., Waitz IV S. 20 ff.
27) Cap. 32 § 27.

Digitized by Google

grossem Gefolge seine Art von selbst verändert. Das folgt teils direkt aus den Capitularien[28]), teils daraus, dass in sehr alten katalonischen Quellen das pascuarium die einzige Verpflegungsabgabe ist[29]).

Wenn dann später eine allgemeine Verpflegungsabgabe sich ausbildet, so mag das vielleicht nicht nur aus einer rein thatsächlichen Verbreitung der Quartierlast folgen, sondern es wird das allgemeine Einrücken des Grafen in die Stellung der missi, das sich in Frankreich vollzogen hat, in Betracht kommen[30]). Dass die volle Verpflegung viel häufiger in Frankreich als in Deutschland bezeugt ist, kann damit zusammenhängen.

III. Eine andere Gruppe staatlicher Frohnden bezieht sich auf die öffentlichen Bauten.

1. Am hervorstechendsten ist das Burgwerk. Die Burgbaupflicht, wie sie im angelsächsischen Recht[31]) bezeugt ist, gehört gerade so dem festländischen Sachsenrecht an[32]) und tritt hier naturgemäss besonders an der Slavengrenze hervor.

---

28) Cap. 57 c. 1: ut infra regna Christo propitio nostra omnibus iterantibus nullus hospitium deneget mansionem et focum tantum; similiter pastum nullus contendere faciat, excepto pratum et messem. — c. 2: Ut liberi homines nullum obsequium comitibus faciant, nec vicariis neque in prato neque in messe neque in aratura aut vinea et coniectum ullum vel residuum eis resolvant, excepto servitio quod ad regem pertinet et ad haribannitores vel his qui legationem ducunt. In Cap. 865 (M. L. I S. 302) c. 11 erscheint nur der caballi pastus als allgemeine Unterthanenlast.

29) Ob. N. 16.

30) Cap. 141 c. 26 gibt den comites, welche missi sind, den höchsten Verpflegssatz.

31) Stubbs const. hist. I S. 76 N. 4. Schmid Ges. der Angelsachsen s. v. burhbot und trinoda necessitas.

32) K. U. I S. 416. 965: König verleiht an das Bistum Magdeburg bannum nostre regie vel imperatorie dignitatis in urbe Magadaburg et opus construende urbis a circummanentibus illarum partium incolis. Hodenberg, Lüneburg. U. B. S. Michael 23a. 1170: ceterum volumus ut predicti coloni iuxta consuetudinem terre placita nostra, que marthinc vocantur, observent et expeditiones sequantur et burchwerc operentur. Anhalt I 638. 1184: unum mansum in prato, quod fuit domine Ode, cum burchwerck et petitionibus et expeditionibus. Riedel I. 8 S. 112. 1179: ab omni servicio nostro et exactione et indebitis angariis — liberos dimittimus, excepta communi edificatione urbis Brandeburg et iusto bello pro patria. Cod. dipl. Saxoniae I. 2. 175. 1144: omnes autem ville Misinensis ecclesieque in provincia Nisan siti sunt, ab edificatione castrorum marchionis et publicis vigiliis absolute sint. In provincia vero Milste ville episcopi et fratrum tres stupas in castro Budesin construant

Digitized by Google

Allein auch im übrigen Deutschland und in Frankreich ist die Sache bekannt[33]) und zwar schon in der Karolingerzeit[34]).

In Flandern hängt die Abgabe des balfart mit dem Burgwerk zusammen[35]).

Die Dörfer, denen der Bau einer Feste überwälzt ist, bilden Verbände, die bis in das 9. und 10. Jahrhundert hinauf bezeugt werden[36]).

---

et publicas vigilias secundum morem terre faciant. In provincia autem Zagost ville episcopi ab edificatione castrorum marchionis absolute publicas tantum faciant vigilias. Schleswig-Holstein. U. B. I. 73, 74, 103, 288, 387, II. 506 (hier unrichtig Burgwere), 618. Westf. U. B. IV. 1587.

33) Beyer II. 171. 1197: Der Graf von Hochstaden verzichtet auf annali exactione et omni opere, quod dicitur burchwerk. M. B. IX S. 566. 1164, Österreich: excepta nuda iusticia, illa videlicet que dicitur Marchmutte, et illo servicio, qui vocatur Purchwerch. — Steiermark. U. B. I. 693. — v. Lockeren I. 116. 1034: opera (?) vero de villa ibunt ad servitium comitis ad castrum Valentianas ad fossatum faciendum ad mensuram eorum antiquitus statutum; I. 133. 1056: operarii, id est homines de eadem (villa) operentur tribus vicibus, id est tribus hebdomadibus per annum ad castrum Lensis (das nach I. 958. 962 gräflich). Gall. christ. II col. 380, Wilhelm IV. von Aquitanien: insuper et omnes coloni, qui eas terras incolunt, ita sint ab omnibus negotiis publicis soluti, ut nec ad castella facienda vel in hostem ire, vel biduanum aliquid reddere, vel ipsi, vel boves eorum (?); II col. 417. 11. Jahrh., zwischen Nantes und Rochelle: homines S. Crucis non submoneantur — ut eant homines occidere, vel terras Christianorum praedare atque devastare, neque castellum neque vallum facere, neque in quoquam sint angariati. — Cart. de l'abbaye S. Père de Chartres S. 230. 1102: sed sit ipse locus liberrimus ab omni exactione et consuetudine preter unam rem id est munitionem prefati castri. — Ol. II S. 438 XX, Normandie.

34) Cap. 273 c. 27 (ed. Pist.): ad civitates novas — operentur. Worms. U. B. III S. 223 ff.

35) Warnkönig II. 160 § 66: praeterea nos Thomas et Johanna comitissa praedicti Balphardum nostrum in terra Furnensi perpetuo quittamus — hoc solum nobis retento, quod si forteretias novas facere vellemus in terra Furnensi, vel veteres reparare, illi nobis facere tenerentur qui Balphardum solvere consueverant. — Stallaert glossarium s. v. balfaert bringt denn auch die Abgabe direkt mit bergvriet zusammen, was mir doch recht bedenklich ist: da die Abgabe anscheinend neben den direkten Handdiensten steht, könnte es wohl eher paraveredus, also Spanndienst, bezw. die Ablösung desselben sein.

36) Frankfurt: Thomas, der Oberhof zu Frankfurt am Main S. 162 fd.; vgl. auch Bücher, die Bevölkerung von Frankfurt S. 470 ff. — Aachen: Lörsch S. 64 § 15. 1349: et quod inhabitatores earundem villarum proportionaliter portent onus civitatis Aquensis, custodias et vigilias ac communes munitiones, prout ipsi cives Aquenses faciunt. — Mainz: Bodmann, Rheingauische Altertümer S. 23. 1200: notum sit — quorum locorum homines murum et villam mogontinae civitatis renovare et penitus confirmare debeant,

Digitized by Google

In Sachsen entsprechen dem die Burgwardien[37]). Das gleichmässige Vorkommen der Burgbaupflicht im sächsischen und angelsächsischen Recht weist auf eine germanische Wurzel. Daneben aber erscheint die Burgbaupflicht bereits im spätrömischen Recht[38]) — eine der vielen Parallelbildungen.

2. Mit dem Burgwerk steht die Wachepflicht in Verbindung[39]), die sich freilich auch mit der Landwehr kombiniert.

3. Eine gleichartige gemeine Last ist dann die Brückenbaupflicht, die in der fränkischen Zeit[40]) erwähnt und hier bald durch die kleine volksrechtliche Wette, bald durch Königsbann gedeckt wird[41]).

Auch später kommt sie vor[42]) und wird von umfassenden Verbänden getragen[43]), die möglicherweise vom Königsrecht unabhängig sind[44]).

---

eo scilicet tenore, ut liceat eis sine dispendio theolonei emere ac vendere in eiusdem urbis munimine. Nomina autem locorum infra scripta sunt. Triburium curia regis, et ville, que illuc pertinent, habeant XXX pinnas; nun folgen über 30 Dörfer, die je eine bestimmte Zahl pinnae zu leisten haben. Lüttich: Paweilhars c. 3. — Das früheste Beispiel gibt die Mauerbauordnung von Worms (Worms U. B. III S. 223), die jedenfalls der karolingischen Zeit naheliegt.

37) Dies folgt daraus, dass 965 (K. U. I S. 416) der König dem Bischof von Magdeburg bannum in urbe M. et opus construende urbis a circummanentibus illarum partium incolis verleiht und um 978 der Erzbischof im territorium oder municipium von Magdeburg, quod nos burgwardium habemus, die öffentliche Gewalt hat (K. U. II S. 39).

38) C. Th. XV. 1, 34, 49, 51; nov. Valent. X § 3.

39) vgl. die Beispiele N. 32, 36; Cap. 273 c. 27. Dazu § 11 N. 25

40) Cap. 148 c. 11; c. 192 c. 11; 275 c. 27: ut illi qui in hostem pergere non potuerint, iuxta antiquam et aliarum gentium consuetudinem ad civitates novas et pontes ac transitus paludium operentur et in civitate atque in marcha wactas faciant. Metz U. B. IV S. 16. 775: Illud addi placuit scribendum, ut de tribus causis: de hoste publico — et wacta vel pontos componendum illi homines bene ingenui, qui de suo capite bene ingenui immunes esse videntur, qui super terras ipsius Ecclesiae, vel ipsius Pontificis aut abbatibus suis commanere noscuntur. Si in aliquo exinde de istis tribus causis negligentes apparuerint, exinde cum iudicibus nostris deducant rationes. Westf. U. B. I. 39. 889: Kirche von Osnabrück frei von pontem restaurare.

41) L. Chamav. 39 — Cap. 141 § 17.

42) Ol. II S. 438 XXX.

43) Hameler U. B. I. 253. Anhang 1 n. 186. — Bremer U. B. I. 247. — Im Fränkischen findet sich ein solcher Brückenbauverband bei Trier: Lacomblet Archiv I S. 266 fd.

44) Hameler U. B. Einl. S. III.

Digitized by Google

4. An der See spielt Deichlast und Deichverband die gleiche Rolle. Doch greift diese Einrichtung zu wenig in die allgemeinen Verhältnisse ein; das verfassungsgeschichtlich Interessante liegt nach einer anderen Seite: es soll erst später davon die Rede sein.

5. Durchschnittlich wichtiger ist die Verpflichtung zum Strassenbau: wie eine solche in der fränkischen Zeit bezeugt ist, ohne dass die Umrisse scharf hervortreten[45]), kommt sie auch nachher vor[46]).

6. So ergiebt sich ein Komplex von Dienstleistungen, die alle zur Disposition der Grafen stehen. Pflichtig zu diesen Dienstleistungen sind (im ed. Pist.) die geringen Leute, die nicht mehr ausziehen, d. h. also nach der thatsächlichen Entwickelung schliesslich im ganzen alle die, welche keine Reiterdienste leisten[47]).

In späteren Quellen ist nun aus den Dienstleistungen, die ursprünglich nach ihrem Zweck genau begrenzt sind, ein sachlich unbegrenztes, nur zeitlich bestimmtes Recht des Grafen auf Frohnden der Gemeinfreien geworden.

In Frankreich gehören die weitverbreiteten biduani hieher[48]), bei denen einigemal die Frohnde noch direkt für den Festungsbau, daneben allerdings auch für Transporte bestimmt ist[49]), während

---

45) Waitz IV S. 29—32; dann auch ed. Pistense (cap. 273) c. 27: ac transitus paludum operentur (M. l. I S. 495).

46) Bigorre c. 14: liberi pacem habeant et ter in anno in karali comitali vadant (Giraud I S. 21); Vierämter (Warnkönig II. 222 § 64): qui dikinghe slusen Waterganc, Herstraten, huutseten, inzeten non fecerit — solvet illud opus duplum praeconi. — In der Normandie (grand cout. 521) gehört der Wegebau zum vicecomitatus.

47) Cap. 273 § 27.

48) Gall. christ. II col. 322 unt. f. 1201, Bordelais: vicecomes Castellionis — homines quoque, qui ad ipsam spectant abbatiam, ex omni dominio meo liberos feci, scilicet ut in exercitu non eant, vel bianum faciant, nec aliquam exactionem ad me pertinentem exsolvant. — Gall. christ. II col. 412: vicecomes Toarcensis — concessit — talletam de hominibus nostris, bianum, et omnem aliam consuetudinem malam. — Wenn im Cap. 21 die höhere Klasse in einer Landesnot zwei Tage fasten musste und dies auch als biduanas facere bezeichnet wird, so kann darin der Gedanke liegen, dass jetzt die Vornehmen Gott gegenüber frohnen sollen, wie die Geringen dem König gegenüber; gerade so müssen die Vornehmen trotz ihrer Steuerfreiheit Gott ein bestimmtes Almosen geben.

49) Polypt. d'Irm. II S. 364. 1085: retinuit biannium rusticorum ad castrum claudendum, sicut fecerant antecessores: retinuit conducendi annonas inde unde antecessores sui conduxerunt, et ad diem natalis Domini quatuor karratas de ligna et si aliquis villanus de ipso bianno remanserit, minime

Digitized by Google

ein andermal jede Zweckbestimmung weggefallen scheint[50]). Anderswo beträgt die Frohnd 3 Tage[51]) oder noch mehr[52]).

Öfters endlich wird allgemein von corvata oder vom Dienst der Gemeinfreien an den Grafen gesprochen[53]). Dadurch wird es ermöglicht, dass der Gewalthaber die Frohnd des Freien für die eigene Wirtschaft verwendet. Schon in der fränkischen Zeit

---

dabit suum gatgium. Teulet I. 1159: de palitio remanent maiores et tota terra Ligolientis quiti in liberi et perpetuum. Biennum habebit dominus Locharum in denariis tantum annuatim.

50) Gall. christ. II col. 380 (ob. N. 33).

51) Hieher schon die 3 Tage des Rechts von Bigorre (ob. N. 46). Wenigstens möglich ist ferner, dass hieher die weitverbreiteten triduani gehören: die dreitägige Frohnd (Waitz V S. 311), so wie sie in den Quellen vorkommt, erscheint allerdings als Frohnd an den Grundherrn, aber sie ist eine Frohnd gerade der freien Familie (Calmet II col. 267. 1121): libera etiam familia ecclesiae tres dies singulis annis debet aracare, foenumque ad horreum ducere; in der Maine eine Frohnd der fiscalini und ecclesiastici (cap. 31), die ja gerade in Bezug auf ihren Zins, wenn auch nicht in Bezug auf ihren Stand den Freien gleichstehen, und es mag dann die gleiche Bedeutung haben, wenn unter den Hofbauern auf fuldischen Gütern die triduani als besondere Klasse zwischen lidi und liberi stehen (Dronke 323 (816) 764, ferner Waitz a. a. O.). Es handelt sich vielleicht um die Übertragung der Freienbelastung.

52) Bibliotheca Sebusiana S. 325. 1090: concedo (Graf von Genf) Ecclesiae S. Eugendi cui Venerabilis Abbas Unaldus praesse videtur Alodos illos quos ab ingenuis hominibus in Potestate Seyssiacensi Monachi praefatae Ecclesiae hactenus obtinuerint, et a modo obtenturi sunt; ab illis videlicet ingenuis, qui dies consuetudinales, quos esse XII tradunt et alia debita exceptis aratura boum in corvata et observatione placiti generalis consuetudinaliter mihi non debent.

53) Spon, histoire de Genève II S. 5. 1124: Hospilitatem placitum generale, forationes vini et totum rippale, corvatam et mutationes domorum; si dominus mortuus fuerit, debet ut dominus possidere (der Graf). — Teulet I. 15. 1027: Et hee sunt consuetudines quas integre perdono (Graf von Anjou) videlicet: bannum, carruacum, corvatas, forragium; et omnem vicariam, cum omni consuetudine. — Teulet I. 72. 1140: et ipsi in perpetuum permaneant ab omni videlicet viatura banno sanguine, corveia, prepositi exactione furis captione, incendio, tallia, seu qualibet alia consuetudine penitus quieti. Lacomblet III. 991. 1394 dat in den hoff ter Borch geslagen syn twe guede, die hebben veyrtich morgen artlandes, dat syn gherichtzguede, schatguede ind dienstguede onss lieuen genedigen heren (Erzbischof von Köln). Lacomblet IV. 234. 1434: soelangh sie dair wonen, schatvry, dienstvry ende tynsvry. Hier sind dieselben Güter schatz- und dienstfrei; andererseits gehören alle schatz- und dienstpflichtigen Güter zu den Gerichtsgütern, die Pflicht ist also aus dem öffentlichen Recht entsprungen. — v. d. Bergh I. 418: per servitium vero ad meam expeditionem liberi ab omni servicio communi quod dicitur hofdienst permanebunt immunes.

Digitized by Google

tritt das deutlich hervor[54]), wenn es auch noch nicht recht zugelassen wird, und ist natürlich später nicht verschwunden.

IV. Eine dritte Wurzel zu den späteren Bildungen sind die Geschenke. Früh und allgemein empfängt der Graf Gaben zu den grossen Festen seines Hauses, d. h. der Wehrhaftmachung des Sohnes und der Verheiratung der Tochter[55]).

Schon in der l. Romana Curiensis ist die Sache — allerdings als verbotener Missbrauch — bezeugt[56]).

Nach dem Recht von Bigorre leisten in weiterer Anwendung des gleichen Grundsatzes Bauern dem Grafen zu den grossen Jahresfesten eine kleine Hühner- oder Lämmerspende[57]).

Auf einen wesentlich höheren Lebenskreis bezieht es sich, wenn die Goten den Grafen Geschenke machen können, aber nicht zu solchen Gaben verpflichtet sind[58]).

Auch hier sind germanische Gebräuche und römische Verwaltungssitten zusammengeflossen, wie ja solche „Geschenke" auf bestimmten Kulturstufen durchgängig vorkommen. Vielleicht hat die altgermanische Gabe an den Fürsten, die jedenfalls an die Jahresversammlung gebunden war[59]), sich bei Bildung der zusammengesetzten Staaten in der Art erhalten, dass nun der königliche Beamte das Geschenk entgegennimmt.

---

54) S. Gallen 226. 817: an einer Anzahl von Grundstücken lässt der König die Leistungen nach, die an den Grafen zu machen sind, behält sich aber sein palatium vor. Darum befiehlt er den Grafen: nullum censum aut tributum aut opera vel araturas aut alias quaslibet functiones exigere aut exactare praesumatis. cap. 57 § 2 wird den Grafen und Vicaren verboten, den Freien Frohnden in messe, in aratura, in vinea aufzulegen, die Sache muss also doch schon vorgekommen sein. Nach cap. 143. c. 4 ist die Frohnd Freier zur Einhegung von königlichen Wildparken verwendet worden.

55) Wauters S. 35 S. 53. — v. d. Bergh I. 235, II. 185. — Thierry III S. 639 § 6, S. 659; IV S. 13 § 32, S. 618, S. 650 § 21. — Giraud I S. 81 § 8, II S. 11. — Cluny V. 4239. — Très anc. cout. Norm. XLVIII. — Ol. I S. 732 XXII, S. 832 XLIII. — Ol. II S. 245 XVIII.

56) l. Curiensis VIII. 4 (Zeumer): quando aliqua publica gaudia nuncian-tur, hoc est aut elevatio regis, aut nuptias aut barbatoria aut aliqua alia gaudia, quod ad iudices pertinet, nihil invidum ad populum, nec dona nec nulla expendia exsequantur.

57) c. 14: nunquam poscat ab eis comes agnos vel gallinas, nisi festivitatem paschalem aut natalis Domini ipse vel uxor sua fecerit: tunc unusquisquam gallinam in natali, agnum vero, si habuerit, mittat in festivitate paschali; si autem non habuerit agnum, gallinam (Giraud I S. 22).

58) Vaissete II c. 119 § 7.

59) Germania c. 15.

Digitized by Google

Die Abgabe des placitum mag zum Teil auf solche Schenkungen hinausgehen, zum andern Teil kommt der Gesichtspunkt der Verpflegung in Betracht.

V. 1. Die bisher geschilderten Leistungen sind, wie schon betont, vollkommen ungleichartig in ihrem Rechtsgrund und ihrer Abstammung; eine genaue Ausscheidung nach der letzten Richtung kann in der gegenwärtigen Untersuchung nicht vorgenommen werden. Die reinen Hand- und Spanndienste, Quartierlasten u. s. w. stehen dabei den Abgaben gegenüber. —

Aber überall verflüchtigt sich der Verwaltungszweck der Leistung. Was so entsteht, wird dann gleichförmig trotz des verschiedenartigen Ursprungs. Überall ist die Last relativ unbestimmt, sie ist gegenüber dem starren Königszins oder dem campipars veränderungsfähig, und darum hat an ihr das Steuerrecht sich fortgebildet. Sie beruht nicht eigentlich auf einer Norm, sondern dem Geheiss der Verwaltung.

Und da nun die Beamten auch bei den Geschenken, die sie empfangen, eben doch heischen, und dabei gerade so die relative Unbestimmtheit der Leistung wiederkehrt, so sind die abgelösten Verwaltungsfrohnden und die Geschenke zusammen als ein Ding unter die gleiche Bezeichnung gebracht worden: das deutsche Bede, das südfranzösische questa[60]), empramentum (adimperamentum)[61]) drücken den gleichen Gedanken aus.

---

[60]) Questa ist im Süden sehr häufig, z. B. Vaissete V. 77, V. 246, V. 417, 426, VIII. 157: Graf hat quistas burgensium et rusticorum, et servitia tam militum quam aliorum. Teulet I. 86 a. A., questa hier Neuforderung. Papon II. 86 ebenso: item statuit, ut nullus de dictis hominibus solvat in quista aliqua, nisi praedictus dominus — castrum emeret, vel nisi dictus dominus vel haeredes sui capitus esset et se redimeret. Öfters (vor. Note) steht es neben adempramentum; andermal neben tolda (Vaissete V. 426, 627 I.) Das kann tautologisch sein; es kann aber auch questa die Jahrsteuer im Gegensatz zur ausserordentlichen Steuer bedeuten. Auf dasselbe führt es, wenn in einer Anzahl der citierten Stellen quista neben alberga erwähnt ist. Die Belasteten treten als homines questales öfters hervor (Barckhausen Bordeaux S. 105 n. 130, S. 145 n. 1891; Gall. christ. II col. 292).

[61]) Vaissete VIII. 382: questis et azempriis. Papon Provence II. 82. 1272 ausserordentliche Steuer: taliam vel quistam vel mutuum vel aliquid adempre; III. 2: quistis, adempris; ebenso Marca col. 825: concedo illi et omni suae provinciae adempramenta. Usatici § 120: Der Beamte — habere — debet — moderatum adempramentum, scilicet de herbis et de paleis et de ortis et fructibus arborum. Hier ist adempramentum direkt die Futterabgabe. — Anderemale bedeutet es das Gebiet: Marca col. 1023: sunt praeterea alii lon-

Digitized by Google

2. Wo die Quellen innerhalb des Komplexes unterscheiden, handelt es sich um den Gegensatz der ordentlichen und der aussergewöhnlichen Leistung. Notbede[62]) heisst die Abgabe gegenüber der Jahrbede, und der gleiche Sinn der ungewöhnlichen Hilfe liegt im französischen aide[63]).

Die Jahresabgabe aber ist wesentlich mit der Gerichtshaltung verbunden; da wo zufällig von Jahr zu Jahr Krieg geführt wird und wo die jährlichen Baufrohnden abgelöst sind, haben sich auch andere Jahresabgaben gebildet, wie der Balfart.

3. Die Unbestimmtheit des ganzen Komplexes äussert sich auch in der Abgrenzung der Steuerpflicht nach oben und unten[64]).

Nach oben hin kommt folgendes in Betracht: Die öffentlichen Frohnden werden der Rechtsstellung der homines franci von Haus aus nicht widerstrebt haben, anders als der Königszins. So erklärt es sich, wenn sich thatsächlich bäuerliche Alodien finden, die gar keinen Zins zahlen, aber mit einer Frohnd belastet sind[65]).

Ebenso müssen die theoretisch freiwilligen Gaben, die aus alten germanischen Verhältnissen heraus mit dem Jahrgericht verbunden sein mögen, und die Gastung, soweit sie germanisch ist, gerade auch die homines franci getroffen haben. Daraus erkläre ich mir die früher[66]) besprochene Erscheinung, dass das placitum auf agri mutabiles liegt. —

Andererseits aber erscheinen die öffentlichen Frohnden schon in der karolingischen Zeit als Leistungen der geringeren Freien, die nicht zum Krieg ausziehen können. Es ist umgekehrt sehr erklärlich, dass die Verwandlung des Geschenkes in eine Abgabe sich bei den geringen Leuten damals, wie selbst auch heute —

---

giores termini de adempramento ipsarum villarum — oder die Herrschaft: Marca col. 1340 unt.: senioraticum vel adempramentum. Das passt alles zur ursprünglichen Bedeutung: Gebot. Bann.

62) Ob. § 3 N. 1.

63) Z. B. Et. de S. Quentin § 46. Tailliar S. 100 § 59. Häufig ist aide die ausserordentliche Hilfe, die der Vasall seinem Herrn leistet.

64) Die Begrenzung, die im folgenden gesucht wird, bedarf noch einer genauen Nachprüfung, die allerdings vielleicht erspriesslicher wäre als manche berühmte Kontroverse mittelalterlicher Verfassungsgeschichte.

65) N. 52. „aratura boum in corvata".

66) § 3 N. 5.

Digitized by Google

man denke an die Geschichte der Pfarrreichnisse — leichter vollzieht, als bei den vornehmen.

Endlich darf man annehmen, dass diejenigen Leistungen und Abgaben, welche römischen Ursprungs sind, wie Quartier und angariae, durch die Verwaltungspraxis auf die zinsfreien Germanen nicht ohne weiteres ausgedehnt werden konnten.

Aus allen erkläre ich die Rechtsstellung, welche nach den praecepta pro Hispanis[67]) den Goten wie auch den Franken zukommt. Die Franken im Süden sind königszinsfrei, sind naturgemäss nur Ansiedler aus den höheren Klassen „Gutsbesitzer", und bleiben deshalb auszugfähig. Die öffentlichen Frohnden der geringeren Freien und das adiutorium treffen sie deshalb nicht. Die Transportleistungen haben sie schon deshalb nicht berührt, weil sie römischen Ursprungs sind. Möglich, dass auch die Freiheit vom mansionaticum denselben Anlass hat; ist aber das gräfliche mansionaticum nur das allgemeine Quartierrecht des Reisenden, so lag vielleicht gerade in der sozialen Stellung des „Gutsbesitzers" der thatsächliche Schutz gegen die Zumutung der Quartierlast. Die Geschenke endlich sind Geschenke geblieben. — So hat der Franke nicht die Freiheit vom Königszins und unterliegt auch der thatsächlich fast wichtigeren, unbestimmten „Bede" nicht, wird überhaupt von keiner öffentlichen Abgabe getroffen. Oder anders ausgedrückt: auch von dem Gesamtkomplex der öffentlichen Bede ist der Ritter frei, dem der Kleriker gleichzustehen sucht[68]).

Nach unten hin ist die Abgrenzung noch unsicherer. Die Ablösung der Kriegspflicht kann ja an sich, wie die Kriegspflicht selber, nur die Freien und die Unfreien treffen, die einen selbstständigen Hof besitzen, wenn auch vielleicht durch die Radizierung der Last auf bestimmte Grundstücke sich anderes ergeben haben mag.

---

[67]) Vaissete II. 119 § 1, § 2, § 7.

[68]) Die Freiheit von den Frohnden und der Bede steckt natürlich in den Sätzen, welche die Ritterschaft allgemein für abgabenfrei erklären. Eine Freiheit von den gerade besprochenen Leistungen findet sich etwa im bergischen Landrecht c. 48 (der Ridderschaft halven und huiskoetter sullen schatzfreye syn, die uff der Ridderschaft guider wohnen und aller Dienst fry syn. (Lacomblet Arch. I S. 99). Giraud II S. 12: item statuimus, ut milites et filii militum et nepotes militis, scilicet filii filiorum militum, sint liberi et immunes ab omni guista et exactione.

Digitized by Google

Ebenso sind Geschenke, die mit der Gerichtshaltung zusammenfallen, naturgemäss eine Freienlast, weil eben ursprünglich nur die Freien allein im Gerichte erscheinen. Aber auch bei den übrigen Leistungen, zu denen da und dort vereinzelt Unfreie herangezogen werden[69]), bleiben sie im ganzen doch ausgeschlossen.

Am deutlichsten ist das mit dem hostilitium. So durchgängig, dass hier offenbar eine Regel zu Grunde liegen muss, bezieht sich das hostilitium nur auf die mansus ingenuiles und lidiles der grossen Güter[70]). Die mansus ingenuiles sind die ehemaligen Güter heerpflichtiger Freier; die Belastung der lidiles aber gegenüber den serviles kann man wiederum dadurch sehr gut erklären, dass die lidiles des Nordens eben die Höfe der Galloromanen sind, deren Verpflichtung zu angariae nicht durch die fränkische Eroberung beseitigt ist. — Der servus dagegen ist auch soweit nicht als selbstständiges Rechtssubjekt aufgefasst worden, und die Frage nach seiner Besteuerung wurde zur Frage nach der Besteuerung seines Herrn.

Fasse ich zusammen, so erscheint nach obenhin der Vornehme, der homo francus, nach unten der servus den Verwaltungsleistungen und Abgaben entzogen: Da die franci im wesentlichen die Eigentümer der servi sind, so fallen schliesslich beide Gesichtspunkte zusammen. Die Kirche, die ursprünglich überhaupt keine Steuerfreiheit besass, hat in einem mühseligen Kampf das frühe Mittelalter hindurch allmählich das Recht der homines franci errungen; die Sache geht über die gegenwärtigen Untersuchungen hinaus.

Die Erweiterung des ausserordentlichen Besteuerungsrechtes auch auf andere Fälle als die bisher angeführten und die Hereinziehung auch des ritterlichen und kirchlichen Besitzes ist der Inhalt der Steuergeschichte seit dem Ende des 13. Jahrhunderts.

Die Einbeziehung der Ritter wird dabei durch Abgaben vermittelt, die freilich nicht dem öffentlichen Recht, sondern dem Lehen- und Hofrecht angehören. Sehr wichtig war im französischen Recht der rachat, d. i. die Gebühr für die Zulassung der Seitenverwandtschaft zur Erbfolge. Deutsch und französisch ist die

---

69) Durch die Normannentribute werden auch die mansus serviles belastet. Worms. U. B. III S. 224: die Familie S. Leodegarii ist auch burgbaupflichtig. — In Mainz (ob. N. 36) ist der Fiskus Tribur baupflichtig.

70) Nachgewiesen von Guérard Polypt. d'Irm. I S. 671.

Digitized by Google

Heergewete, das roncin de service, das der Vasall zu leisten hat. Von beiden wird in einem späteren Zusammenhang gesprochen[71]). Ebenso fast nur dem französischen Recht gehört es an, wenn der Vasall in dem Falle, wo landrechtlich Notbede verfällt, dem Herrn beizustehen hat[72]). Endlich hat sich vereinzelt besonders im normannischen Recht eine Ablösung des Reiterdienstes gebildet[73]).

§ 7. Creditio und Gewerbsteuer.

I. In den romanischen Quellen ist dem Gerichtsherrn häufig das Recht gegeben, seine Bedürfnisse dem Markt gegen Stundung des Kaufpreises zu entnehmen (creditio rerum venalium)[1]). Die Kommunalcharten wenden sich vielfach gegen dieses Recht. Seine Wurzeln mögen in der comparatio (*ξυνωνή*) des römischen Rechts liegen, und damit hängt wohl auch die Verbreitung wesentlich im romanischen Gebiet zusammen.

II. In Römerstädten und von da in den mittelalterlichen Städten begegnen Handwerker- und Kaufmannsabgaben — eine Gewerbesteuer in unserem Sinn. Es ist das nichts anderes, als die alten Abgaben der collegiati. Die Sache kann genauer erst erörtert werden, wenn auf die Fortdauer der römischen Zunftverfassung eingegangen wird[2]).

Eine Detailsteuer vom Schank des Weins und dem Verkauf

---

71) § 44, § 45.

72) Et. S. Louis I. 46 47. Jean d'Ibelin c. 249. Grand cout. de Norm. 33 § 1, § 2, § 5; 32 § 8 und über die aide d'ost auch Delisle in éc. des chartes sér. III t. 3 S. 124 ff. Martène I ampl. coll. col. 1117. 1214. — Für späteres cout. d. Anjou glosé 39 (Beautemps-Beaupré I S. 230 f.) — Loysel 605. Laurière s. v. aide. — In Deutschland finde ich die Sache nur in dem österreichischen Recht vor, das durch das Dienstmannenrecht bestimmt ist: Schwind 34 § 45.

73) Grand cout. de Norm. 43 § 5. Das deutsche Recht kennt diese Möglichkeit für den Römerzug: const. de exp. Romana § 12 (Weiland I. 447) S. sp. Lnr. 4 § 3; Sw. sp. Lnr. c. 8; dann auch das Recht des Ilzgau v. 1256 (ob. § 3. N. 24).

1) z. B. Raynal Berry I S. 484. 1100: credentia ciborum. Menestrier Lyon S. 36a. 1167. Besly, Poitou S. 330 bis S. Angely. Wauters S. 58, S. 78. Ol. II S. 348 XXXIV. Quantin I. u. 247 (S. 396) 1145 Auxerre. Flammermont Senlis S. 165 Ord. V S. 161 § 17 (Peronne). — Suisse Romande VI S. 264, S. 427 (Lausanne).

2) § 25 N. 27 fd.

Digitized by Google

anderer in Fässer gefasster Gegenstände ist das foraticum, das beim Anzapfen zu leisten: daher die Bezeichnung[3]).

II. Kapitel: Die Umsatzsteuern.

§ 8. Allgemeines[1]).

In den Verkehrsabgaben lösen sich die beiden Elemente, das germanische und das romanische, deutlich von einander ab. Das germanische operiert damit, dass der reisende Kaufmann durch Zahlung des Königszinses in die tuitio, das Geleite des Königs oder dessen, der an Königsstelle steht, tritt.

Im römischen Einflussbereich aber ist eine direkte Besteuerung des Verkehres auf den Durchfuhrstrassen und eine Belastung der grösseren Umsätze zu unterscheiden. Jedenfalls gehen die beiden Systeme nebeneinander her, sowohl im Norden von Frankreich als im Süden.

Die Zollsätze sind etwas Starres, und deshalb werden neugebildete indirekte Steuern als Ungelt[2]), malatolta[3]) bezeichnet.

---

[3]) Ich habe („Zoll, Kaufmannschaft etc." S. 406 fd.) früher, wo ich die Fortdauer der römischen Gewerbeabgaben noch nicht erkannt hatte, das foraticum als Bezeichnung einer allgemeinen Detailhandelsteuer angesehen. Allein fast regelmässig trifft die Steuer den Weinzapf [vgl. ausser den dortigen Beispielen auch Hugo von Flavigny (ich citiere nach Labbé) nova bibl. I S. 113): decimam foratici nostrae civitatis de vino; Spon Genève II S. 5 (§ 6 N. 53)], und wenn ausnahmsweise noch andere Steuerobjekte vorkommen, so sind es Flüssigkeiten oder Fische, die wie Häringe in Tonnen verpackt werden. — So kommt sehr früh die Bezeichnung perforagium vor (S. 408 n. 4). Das ganze geht doch nur auf forare = durchbohren, zapfen, eröffnen zurück.

[1]) Das quellenreichste Gebiet, das für diese Materie in Betracht kommt, habe ich in („Zoll, Kaufmannschaft etc." S. 378 ff. dargestellt und beschränke mich hier auf zusammenfassende Wiederholung, Berichtigung und Ergänzung aus den Nachbargebieten.

[2]) Z. B. Trouillat I. 314. 1218 teloneum quod vulgo appellatur ungelt. Worms. U. B. I. 204: Ungelt auf dem Rhein erhoben. Beyer III. 1475: teloneum quod dicitur ungelt. M. B. XVII S. 36. 1302: novum teloneum, quod dicitur ungelt.

[3]) Die Litteratur bringt den Ausdruck fälschlich mit der Steuergesetzgebung Philipps des Schönen in Zusammenhang; er ist aber viel älter, wie ich a. a. O. S. 417 N. 2 belegt habe, und mit dem deutschen Ungelt sinngleich. — Hiezu noch Antiquaires de Normandie XV S. 117b, Anfang des 13. Jahrh. Thierry IV S. 21. 1210.

Digitized by Google

In dem Wort assisia, das zu Akzyse, Zise verändert auch in den späteren deutschen Quellen gebraucht und dem Ungelt gleichgestellt wird[4]), liegt nur die neue „Auflage".

Zollfrei ist nach den praecepta pro Hispanis[5]) wiederum der Franke. Damit stimmt es, wenn in den folgenden Quellen der Ritter durchweg zollfrei ist, — eine Stellung, welche dann auch die Kirche anstrebt und erreicht[6]).

Im folgenden werden vorläufig nur die aus dem römischen Recht stammenden öffentlichen Abgaben besprochen werden. Das Schutzgeld, das dem Recht der Privatherrschaft entstammt, wird erst später in seinem systematischen Zusammenhang erörtert[7]).

§ 9. Zoll.

Es treten in den Quellen zwei Abgabeformen scharf auseinander, eine Abgabe von den Verkehrsmitteln und eine Abgabe vom Umsatz.

1. Die Abgabe von den Verkehrsmitteln ist zu einem Teil eine Abgabe von den Strassen und Brücken, also anders angesehen, eine

---

[4]) Lacomblet II. 824: quod ipsi vina sua — sine — exactione assisie seu ungelti possint vendere. — Roisin S. 287. 1235: assissie in Lille. — Giry bans de S. Omer 850 ff. (S. 585) 949 ff. (S. 590 ff.): assissia nur Umsatzsteuer.

[5]) Vaissete II. 119 § 7.

[6]) Et. St. Louis I c. 63: nuns gentis hom ne rant ne costumes ne paages de riens que il achate, ne qu'il vande, se il n'achate por revandre. Boileau II. 12 § 4. Beaumanoir XXX § 69: voirs est que clers ne gentix hons ne doivent point de travers. Ord. I S. 16 § 7: nullus homo participationem habens cum Clerico, sive Milite, pro re ad participationem pertinente, totam reddat consuetudinem (was wegen der Zollfreiheit des anderen Teils nahe läge), sed tantum partem quae ipsum contigerit. Patron S. 319: Kleriker und hons de fief sind zollfrei. S. Victor I S. LXXXV § 12: exceptis bestiis militum et filiorum et etiam nobilium vel illorum de progenie — quia illi sunt liberi. Clerici omnes solvunt (provenzalischer Zolltarif des 13. Jahrh.). S. sp. II. 27 § 2: papen unde riddere unde ir gesinde solen wesen toln vri. Bergisches Landrecht c. 49 (Lacomblets Archiv I S. 99): der Ridderschafft gewaess, dat sy wyn ader korn, dat sall tzollfry syn, also lange als et yr iss ind yr dranckwyn; yr perdesfuhr ind holtz ind yr kolen sullen alle tzollfry syn. Twentischer Landbrief § 43 (Racer III S. 80): zoelen Ridders ende Knapen, Manne ende dienstmanne, ende hoer eyghen lude wonachtich binen Twenthe oft hoer gued gheenen tollen gheven weder ende voert binnen onsen landen. Schwind § 34, § 68: es ensol dhain edel man dhain maut nicht geben weder auf wasser noch auf land.

[7]) § 49.

Digitized by Google

Abgabe von den Wagen, Saumtieren, da und dort auch Lastträgern. Die Gebühr selbst ist überall ihrem Wesen nach dieselbe, aber die Namen wechseln mannigfaltig: rotaticum[1]) (rouage), pedagium[2]), viagium, transversum[3]), mutaticum[4]) (Maut), pulveraticum[5]).

Gleichbedeutend ist ferner der südfranzösische Ausdruck statio, statica[6]), der selber wiederum stark auf die römische Benennung statio hinweist. Wahrscheinlich gehört weiter rafica hierher[7]); temonaticum kann auch eine Schiffsabgabe sein[8]).

---

[1]) a. a. O. S. 389. Besonders bezeichnend ist das Baseler Recht, Trouillat II. 81: Der Bischof hat sin zol ze Basil der stat also, der soum einen pfenning, daz rat einen, zwei zwene, vier reder viere.

[2]) a. a. O. S. 386. Bei Perreciot de l'état civil des personnes III n. 15. 1117 wird auch eine Schiffahrtsabgabe als pedaticum bezeichnet.

[3]) a. a. O. S. 386.

[4]) a. a. O. S. 382. M. B. XXXa 36. 837: nullum theloneum neque quod linqua theodisca muta vocatur.

[5]) a. a. O. S. 385, eine späte Nachricht über pulveraticum, das hier zu Unrecht von Waren, die zu Markt gebracht werden, erhoben wird, in cart. de l'église Notredame de Paris I S. 292. 1075.

[6]) Marca col. 1154. 1070: cum omnibus ipsis fortedis et dominicaturis, villis, et census et redditus et usaticos et monetis et alberges et staticas et placitis; col. 1170. 1072: (Graf von Impurias) dono Domino Deo et sanctae Mariae coenobii Rodis et Deusdedit Abbati et monachis sub sua protectione degentibus ipsam meam stationem et usaticum quod ego facio et parentibus meis fecerunt iniuste infra portas praedicti monasterii. Marca col. 1231. 1107: Graf von Besalu veräussert seine Grafschaft cum omnibus comitatibus mihi subjectis, scilicet Bisulunensi et Rivipollensi et Valle Speriensi, et Funolletensi et Perapertusensi, et cum omnibus castris intra hos comitatus positis, et cum omnibus abbatiis et Ecclesiis et dominiis et stationibus et adempramentis et petris et montibus et vallibus. — Marca col. 1389 § 12 (Landfrieden v. 1198): statica nostra et penones atque alia regalia nostra firmiter observari et custodiri sub hac pace et securitate iubemus. Daher hat Marca col. 1402 § 6: item guidatica et pennones et omnia regalia firmiter observari — jubemus. Also ist statio hier mit guidaticum gleichbedeutend, weil eben die Geleitsabgaben und die Strassenabgaben zusammengewachsen sind. Vaissete V. 281. 1067: Die Hälfte der Grafschaft Carcassone wird übertragen exceptus de ipsos homines et faeminas qui stant vel steterint in praedicta civitate Carcassona per staticam.

[7]) Vaissete V. 13. 890: concedimus medietatem salinarum, telonei, portatici, et raficae, atque paschuarii, seu classis naufragiorum. V. 24 ebenso 899. — Marca col. 830: addimus etiam medietatem telonei et raficae et ex mercato similiter atque pascuarii. — Marca col. 1067. 1038: sive rafigis vel monetis aut teloneis, vel piscatoriis stagnis, aut salinariis locis, vel maritimis piscariis, et navium mercimoniis, sive naufragiis.

[8]) Temo bedeutet allerdings die Deichsel und temonaticum ist einmal in Reims Abgabe vom Landverkehr (a. a. O. S. 383); dass es hier nur mit

Digitized by Google

Einmal redet das französische Recht von Abgaben in den Strassenwirtshäusern[9]), und diese öffentlich rechtliche Seite der tabernae, die vielleicht von der Römerzeit her mit den Zollstellen zusammenhingen, tritt dann vielleicht auch in dem alten Gebiete von Vindelicien und Noricum hervor[10]). Zu den Strassenabgaben kommen dann noch die Schiffahrtsabgaben[11]). Einigemal lässt sich neben der Transitabgabe des öffentlichen Rechts ein Strassenzoll des Gemeinderechts nachweisen. Davon ist später zu reden. —

---

emenda von 7½ sol. gedeckt ist, kann man aus der allgemeinen Bussveränderung der französischen Kommunalrechte erklären. In Teulet I. 178 wird für den Zoll unterschieden, ob das Pferd inter temones geht, d. h. der Wagen nur ein Einspänner ist oder ob er mit mehreren Pferden bespannt ist. Im Ottonischen Stadtrecht von Braunschweig § 47 (Stadt Braunschweig 2: vereth en man dhor de stat mit vollem vodhere unde leget he eine disle neder he gift halven toln. Ne leget he nicht neder, he ne gift nenen) ist die freie Deichsel das Zeichen des Ausspannens dem blossen Transit gegenüber, und Ähnliches tritt in einer französischen Quelle auf (a. a. O. S. 383 N. 3). Aber anderwärts ist temo der Mast, und es kommt eine Abgabe nach der Zahl der Masten vor: Speier. U. B. 36. 1224: unaqueque magna navis habens antennam vel hoc quod vulgariter stuindre vocatur, Spirensis monete dapsilis tunc temporis et probate solveret 13 nummos. Méry et Guindon Marseille I S. 344: naus doni V sous — barquetta pauca que porti timon doni 12 deniers. — Capmany Memorias — sobre la marina de Barcelona II S. 27 § 14. 1258: ordinamus quod qulibet dominus navis vel ligni, cuiuscumque generis sit, expediat suam navim vel lignum et temones de omnibus avariis in quacunque duana vel dominio fuerit.

[9]) a. a. O. S. 380 N. 5. 1145.

[10]) Mohr Graubünden I S. 298 11. Jahrh.: im grossen Churrhätien 6 tabernarii offenbar mit Beamtencharakter: quorum unusquisque reddit libram I id est libras VI extra his quae ad dominicis rebus adquirere possunt. — In Schwyz sind später die Wirte allein neben den Ratsleuten zum Leiten, d. h. zur Rüge verpflichtet. Kothing, das Landbuch von Schwyz S. 9 (1409) S. 12 (1384) S. 278 (1414); auch sind sie zum Friedgebot berechtigt, S. 11 f. (1401) und S. 150 zur Beherbergung verpflichtet. — In Bayern können Tafernen nur mit Genehmigung des Landrichters, also des öffentlichen Beamten, errichtet werden: unbestimmt Q. E. bair. Gesch. V.: 36 § 34 nullus vinum vel alium potum nisi in legitima taberna vendat, alioquin pacem violat; deutlich Hirschberger Landrecht a. 13 (Rockinger Denkmäler S. 92): darnach das nymant dheine new purgk paw, dhein müle von newen dingen stifte, noch dhein nuwe tafern on des landrichters wille und wort. Bayer. Landr. c. 271 lässt auf dem Land nur Ehetafernen zu. M. B. IX S. 170. 1334: alliu diu Recht, die uns von des Hertzogtums wegen ze Bayrn angehoren ze Inchenhoven in dem Dorff, das sin Panschilling von Tafern. Freilich kann man das alles auch aus Bannrecht erklären unt. § 10 I. 4.

[11]) a. a. O. S. 390.

Digitized by Google

Die frühesten genaueren Aufzeichnungen der Ansätze betreffen die Brückenzölle; danach werden diese bald für die Fahrt ohne Rücksicht auf die Beschaffenheit des Objekts, bald beeinflusst durch das letztere[12]) erhoben. Später kommen namentlich die grossen Aufzeichnungen über die provenzalischen pedagia[13]), dann die bayerischen Zölle[14]) in Betracht.

2. Die Umsatzabgaben zerfallen selber wieder in den eigentlichen Verkaufszoll und dann in die Massabgabe.

Der Verkaufszoll tritt unter der Bezeichnung teloneum auf, das zwar an sich jede „Gebühr", sogar Gerichtsgefälle, aber mit Vorliebe gerade die Verkaufsabgabe[15]) bezeichnet; im Süden wird das Wort ventae[16]) oder compra[17]) gebraucht und besonders das allgemeinere leida, lesda[18]) (laudaticum) verwendet, das freilich ähnlich wie theloneum auch den Transitzoll bedeuten kann.

---

12) Teulet I. 178. 1162: Brückenzoll von Saumur, ein Beispiel der ersten Art. M. B. XXII S. 4. Augsb. Stadtr. X § 15, § 16; hiezu Inama II S. 490, S. 494.

13) S. Victor I S. LXXIII C.; auch Vaissete VIII. 123. 1204: Transitzölle in Toulouse.

14) M. B. XXXVI S. 191—212.

15) Zahlreiche Belege in meinen Ausf. a. a. O. S. 378 ff.: das wird ohne selbstständige Quellenkenntnis bestritten von Rietschel Markt und Stadt S. 21.

16) Suisse Romande XXVII S. 18 § 4, § 6. 1285 Moudon: vendae deutlich die Marktabgabe. Besly S. 368. 1077: concedo quoque monachis sepefati Monasterii per totam terram meam vendas et pedagia de rebus suis. Pérard S. 109. 1135: duno aeternaliter eo inrefragabiliter Canonicis S. Stephani Divionensis, consuetudinarias ventas, et pedagia. Gall. christ. II col. 380: pro teloneo id est pro venda. Die von mir a. a. O. S. 414 angenommene Beschränkung trifft nicht zu.

17) Vaissete V. 246, V. 461: medietatem lesdarum, quas vulgo dicunt comparas.

18) Lesda ist zwar, weil es eben das allgemeine laudaticum bedeutet, jeder Zoll (Vaissete VIII. 123. S. Victor I S. LXXIX § 3, I S. XCVIII § 40; Capmany II. 3 = Transitzoll), aber regelmässig bedeutet es doch die Marktabgabe. Vaissete V. 379. 1090: non dent leddam de hoc quod in domos suas nutrierint; quod si comparaverint vel vendiderint, leddam donent; V. 590 I: omnes usaticos et leddas, que in mercato vel propter mercatum civitatis Nemausensis habetis. S. Victor II. 1105. 1160: dummodo lezdas seu forenses prestationes — conferant. Grenoble S. 165: in mercato de Grenoble lesdas de coriis. Gall. christ. XVI col. 231. 1208: emens et vendens zahlt leudam. Guimann Arras S. 166: de pannis et majoribus mercaturis theloneum de singulis viginti solidatis 4 denar et de 5, vel de 4 sol. 1 den. — Giry S. Omer 93 § 25: si quis emerit vel vendiderit mel infra villam, de quibuslibet Vque solidatis dat ad theloneum I d., de XIIcim nummatis, o si minus nihil.

Digitized by Google

Der Verkaufszoll ist eine Abgabe vom Grosshandel; durch das ganze oberdeutsche Gebiet kommt seit der karolingischen Zeit eine Steuer von 1 Denar auf 5 Sol. oder 4 Denar auf je 1 ℔ verkauften Wertes vor[19]), und im späteren Augsburger Stadtrecht tritt dafür die technische Bezeichnung Pfundzoll[20]) auf: überwiegend und ursprünglich scheint dabei der Minimalansatz von 4 Denar auf 1 ℔ zu sein. Allein der gleiche Ansatz findet sich auch im Norden des romanischen Gebiets; er entstammt wohl dem römischen siliquaticum[21]). Der Betrag muss, wie beim siliquaticum zweifach — vom Käufer und vom Verkäufer — gezahlt werden, wenn nicht der eine oder der andere Steuerfreiheit besitzt[22]). Wie weit der Satz in den Süden herabgreift, vermag ich nicht zu ermitteln; denn hier ist der Zoll gewöhnlich ein fester Geldbetrag, der auf dem Objekt liegt ohne Rücksicht auf dessen Wert[23]), und nur ganz vereinzelt wird er als Wertbruchteil berechnet, dann auf ein Zwanzigstel des Wertes. Die Belege sind aber noch zu gering, um sichere Schlüsse zu gestatten. — Um der Umsatzsteuer willen ist der Grosshandel an den Markt gebunden[24]), aber eben nur der Grosshandel. Daraus erklärt es

19) Vgl. die Zusammenstellung Waitz VIII S. 289 bei Inama II S. 378 (Zürich [Wyss, Geschichte der Abtei Zürich U. B. n. 40], Augsburg, Strassburg [Strassb. U. B. I. 616 § 52], Passau, Freiburg): auch in den bayerischen Zollrechten M. B. XXXVIb S. 191–212 schimmert es noch durch.

20) Augsb. Stadtrecht a X § 1: Swelch gast sin gut hie in der stat verkauffet der sol ze phunt zolle gaeben vier phenninge nach genaden. § 2: kaufent aber zwene geste mit einander einen kauf an dem andern, der muz ietwederre sinen phuntzoll geben, vier phenninge von dem phunde nah gnaden,

21) Metz IV S. 172: Et tous autres avoirs de poix, queil, qu'il soit, poyvres et commins, doit pour livre 4 den. Arras u. S. Omer in N. 18. Das siliquaticum beträgt nach der nov. Theodosii XXVII $^1/_3$ siliqua auf den Käufer $^1/_3$ auf den Verkäufer. Nun ist in der ersten Hälfte des 5. Jahrhunderts der Wert der siliqua ungefähr $^1/_{30}$ solidus (Soetbeer in Forsch. zur deutsch. Geschichte I S. 273 fd. Inama I S. 186 N. 3); so ergiebt sich also eine Belastung jedes Kontrahenten mit $^1/_{60}$ des Werts, gerade wie bei dem Pfundzoll, dessen Herkunft von dem im weströmischen Reich sehr bedeutend gewordenen siliquaticum (Cassiodori variae II. 26; III. 25; IV. 19; V. 31; XII. 17) damit erwiesen ist.

22) Augsb. R. N. 16, Recht von S. Omer N. 18.

23) So z. B. Et. Boileau II. 9 ff.; Capmany Barcelona II. 3. 1221.

24) Die Belege für das im Text Gesagte sind in meiner Abhandlung a. a. O. S. 396 f. gegeben, und ich habe keinen Anlass gegenüber den allgemein gehaltenen Einwendungen von Below (Gött. gel. Anz. 1895 S. 214 ff.) etwas zurückzunehmen. Auch die Interpretation von Lacomblet I. 412 halte ich vollkommen aufrecht; wenn die jura der älteren Märkte in der Nähe nicht

Digitized by Google

sich, warum doch neben den Märkten unter Marktregal zahlreiche andere Märkte auftauchen, bei denen königliche Genehmigung nicht nachgewiesen werden kann[25]). Denn das Minimum von 5 Sol. oder gar von 1 £ Wert, von dem erst die Abgabe erhoben werden kann, und das zweifellos bis auf die karolingische Zeit führt, setzt bereits einen Handel voraus, der weit über das Geschäft, wie es sich im heutigen Laden oder auf dem Viktualienmarkt vollzieht, hinausgeht; den Preistaxen der lex Ribuariorum und lex Saxonum nach sind 7—10 Rinder erst eine libra wert[26]). Da ist es sehr erklärlich, wenn solcher Handel an bestimmte Orte und Zeiten gebunden wird, um die Umsatzsteuer sicher hereinzubringen; auch die moderne Steuertechnik muss da, wo sie nicht mit Stempeln operiert, aus dem gleichen Grund den Verkehr lokalisieren. — Etwas besonderes

gehindert werden sollen durch die neu vom König errichteten Aachener Märkte, so kann das nur bedeuten, dass die alten Märkte während der Aachener Messen fungieren dürfen, und ist nichts selbstverständliches, sonst wäre es nicht ausdrücklich festgesetzt. — Es wird sich nachher (N. 27) schon in der Römerzeit der Satz ergeben, dass der Kaufmann in der civitas wohnen muss, um den Eingang der Marktsteuer kontrollieren zu können. Da ist denn die Bindung des Grosshandels an den Markt nur eine selbstverständliche Konsequenz. — Ein deutliches Beispiel des Marktbanns ist es, wenn nach den Bans de S. Omer § 42 die Weinhändler Wein — ein Hauptobjekt des Grosshandels — nur in den villes de loy, also den Marktstädten (§ 42 N. 7) aufkaufen dürfen.

25) Diesen Punkt habe ich in der erwähnten Abhandlung übersehen (S. 403) und bin dadurch zu schiefen Ergebnissen gekommen. — Damit erledigen sich auch die Bedenken S. Rietschels in seiner Arbeit „Markt und Stadt" S. 31. Wenn Rietschel meint, dass der Marktzwang in Deutschland und Frankreich erst in der nachfränkischen Zeit entstanden sei, so spricht dagegen schon die gleichmässige Ausbildung in beiden Gebieten. Es tritt die Sache aber auch ganz deutlich in der fränkischen Zeit und zwar nicht erst im edict. Pistense c. 19 (cap. 273) hervor; wenn es im cap. 143 § 1 heisst: si aliquis constituta mercata fugiens, ne teloneum solvere cogatur et extra praedicta loca aliquid emere voluerit, et huiusmodi inventus fuerit, constringatur et debitum telonem persolvere cogatur, so gehört eine sonderbare Auslegungskunst dazu, zu sagen, das beziehe sich nur auf die Zeit, wo die Märkte abgehalten werden; die Stelle selbst spricht davon kein Wort. — Ebenso ist die Auslegung, welche Rietschel der nov. Theodosii t. XXVII § 5 gibt (S. 31) ganz irrig: es heisst hier, dass in den Provinzen wegen des Siliquatikum, das von edem Kauf erhoben wird, aufgestellt werden soll: dispositio certo loco ac tempore emendis atque vendendis rebus. Das heisst nicht, was nach dem folgenden Satz für sich allein möglich wäre, dass zur Marktzeit nur am Marktort verkauft werden kann, sondern dass nur zur Marktzeit und am Marktort verkauft werden kann. Was Rietschel über die Urkunden von S. Denis bemerkt (S. 9 fd.) ist Phantasie.

26) L. Ribuar. 36 § 11; l. Saxon. t. 66.

Digitized by Google

und drückendes liegt in der Bindung nicht da ja schon in der Römerzeit der Kaufmann an den Marktorten wohnen soll[27]). — Freilich ist sehr häufig der Marktzwang nur mehr in der Marktzeit betont. Durch das Recht der Königskaufmannschaft sind die Einwohner des Marktortes von dem Zoll und damit dem Marktzwang entbunden, und der Marktzwang wird dann für alle Verkäufer nur am Markttag aufrecht erhalten, den von der Römerzeit her die fremden Händler und die Landbewohner zu besuchen pflegen. Davon ist später zu reden.

Neben der Verkaufsabgabe steht allenthalben eine Gebühr[28]) für Benützung der öffentlichen Wage und der sonstigen Masse, welch letztere auch aus Römerzeiten herstammte. Dem Charakter der Gebühr entsprechend muss sie auch von einem gänzlich Zollfreien gezahlt werden[29]). Auch die Massabgabe trifft nur den Grosshandel und zwar öfters nur den allergrössten Grosshandel[30]); gedeckt ist sie an den Marktorten durch Königsbann[31]). Die gleiche Stelle, die das letzte berichtet, teilt mit, dass in den Marktorten, also den Orten, die dem Grossverkehr dienen, die Massgeräte das Zeichen des Herrn tragen, und die richtige Verwendung dieses Masses ist durch Königsbann gedeckt. Schon die fränkische Zeit kennt eine Mass-

---

27) Nov. Valent. XXIII. Der Kaiser geht davon aus, dass die Ansiedelung von Kaufleuten in vici und portus ausserhalb der urbes zum Nachteil der öffentlichen Steuer wirkt. Deshalb sollen solche Kaufleute festgehalten und arbiträr besteuert werden; niemand darf sie dagegen schützen; c. Th. XIII. 5. 12: die navicularii, also die vornehmste Kaufmannsklasse, sind für das onus navicularium einem bestimmten forum adskribiert und müssen also dort ihren Geschäftsbetrieb haben.

28) Genauere Begründung a. a. O. S. 393 ff. — Vgl. auch Küntzel über die Verwaltung des Mass- und Gewichtswesens in Deutschland.

29) z. B. Lacomblet I. 424. 1166: quod ab omni theloneo solvendo in civitate et terra Traiectensi praedicti burgenses de Duisburch omnino sint liberi — hoc solo reservato — quod de mensura, si indiguerint unum denarium in Traiecto exhibeant. — Warnkönig II. 1 S. 23 § 19: die Genter Bürger sind in Gent zollfrei, zahlen aber doch eine Abgabe an den ponderarius (S. 22 § 22—24).

30) In Rouen (cout. de la vicomté de l'eau 76) wie Paris (Ol. I S. 330. XVII; II S. 279. I) beginnt der Wägzwang erst mit 24 ℔ Gewicht, also von einer Quantität ab, deren Wert in der Masse der wertvollen Waren ein sehr bedeutender ist.

31) Beaumanoir XXVI § 14: en aucunes viles est il que une n'i pot avoir mesures a grein, s'ele n'est seignié au saing du segneur; et s'il font mesures qui n'i segniés soit et il y vendent ou acatent, en ces viles ou ceste coustumes cort, il quieent en l'amende de segneur de soixante sons. Et ceste coustume est generalment en toutes les villes ou marquies queurt.

Digitized by Google

kontrolle des Grafen, die man nicht mit gemeindlicher Kontrolle der Masse auf den kleinen Lebensmittelmärkten verwechseln darf[32]).

III. Kapitel: Die Regalien.

§ 10. Bannrechte und Münze — Rechte an herrenlosen Gütern und Fremdenrecht.

I. 1. Unter den Bannrechten steht in jeder Beziehung — nach der Ursprünglichkeit der Konstruktion wie nach dem Einfluss auf die Allgemeinheit — das Wild- und Waldbannrecht voran[1]); das Objekt desselben ist erstlich die Hochjagd, besonders Hirsch- und Saujagd, seltener die Jagd auf Rehe, daneben die grosse Fischerei[2]); weiter ist dann aber auch die Rodung[3]) von der Zustimmung des

32) Für die öffentliche Natur des Massrechts in Nordfrankreich und die Rheinlande habe ich a. a. O. reichliche Belege beigebracht. — Andere Belege sind: Strassb. U. B. I. 616 § 56: tellonarius hat das Mass; § 57 nur die Bürger sind vom Masszwang frei, müssen aber obrigkeitlich gezeichnetes Mass haben; ebenso Freiburger Rodel § 15—20 (Gaupp II S. 30). Ruprecht II. 62—64: die Gewichte sollen überall nach der Frohnwage reguliert sein bei 65 (60) und III L. den darüber unt. § 13 N. 1, ebenso die Elle. M. B. XXVIII b. S. 312. 1225, Passau: Si quis olei seu lane vel rei alterius libram seu aliam aliquam mensuram, que non conceditur sibi a judice presumpserit habere judici componet 5 talenta. Si quis autem receptam a judice minorabit punietur tamquam falsarius pena que furi debetur. Q. E. bayer. Gesch. V. 36 § 72: auf falsches Mass 60 sol. — Vaissete V. 275, 549, 619, 652, 664: Abgabe für Benutzung der obrigkeitlichen corda und des quintale. Giraud I S. 73 § 126: dominus Carcassonae suam habet mensuram scilicet eminam per duos dies mercatales in Carcassona et omnes habitatores Carcassonae suam possent habere eminam ad talum eminae curiae in domo sua, cum qua possint vendere et suum bladum mensurare et etiam emere sine consilio domini ita tamen quod ipsam eminam non debent extraneis accomodare.

1) Hierher die sorgfältigen Ausführungen von Sickel zur Geschichte des Bannes S. 41 fd.

2) Siehe die erschöpfenden Belege bei Waitz VII S. 262. — Gehört forestis nicht auch sprachlich hierher? Die übliche Ableitung vom lateinischen foris — für ein sehr germanisches Ding — ist sehr wenig ansprechend. Man denkt sogar oft an einen geschlossenen, eingezäunten Wildpark — wiewohl man nicht recht weiss, wie man von da auf foris kommt. Allein der Forst ist in der alten Zeit sowenig als heutzutage ein Park gewesen. Und wenn der Forst nur das rechtlich vom Allgemeingebrauch Ausgenommene sein soll, — Sundere — so ist gerade so wenig zu verstehen, wie man das mit foris bezeichnet — von sachlichen Bedenken abgesehen. — Vielleicht ist das Wort mit dem nordischen forad zusammen zu bringen, das zunächst das Ungeheuer, das grosse Tier, bedeutet? forestis wäre dann die Hochjagd.

3) Waitz VIII S. 263 N. 5; D. Z. f. Geschichts-Wissensch. N. F. I

Digitized by Google

Bannherrn abhängig gemacht, Zeidlerei ohne dessen Genehmigung ist verboten[4]); um des Fischereibanns willen ist auch die Anlage von Mühlen ohne Erlaubnis untersagt[5]).

Sucht man nun die Berechtigten zu begrenzen, so kommt eben in Betracht, dass uns die ersten Nachrichten über das Institut in den Wildbannprivilegien überliefert sind und diese den Wildbann bereits in die Hand der Kirchen oder vornehmer Laien[6]) übertragen. Allein einigemal ist davon die Rede, dass der König seinen Wildbann „überträgt“[7]).

Damit trifft nun noch eine weitere Beobachtung überein. Im altfränkischen Gebiet kommt die vielbesprochene Abgabe des Medem vor, die wohl ein Rottzins ist[8]); man kann nun freilich

S. 200. N. 3, dazu Beyer I. 406. 1103: Si abbas in dominicatu suo silvam ubi advocatus bannum super bestias non habet ad novalia dederit, nichil advocatus inde habebit. — Lacomblet II. 31: dedimus ipsi ecclesie ius cedendi ligna in silva Bonvorst. — Lacomblet IV. 645. 1302: Cum enim idem monasterium possideret silvam curti sue que uocatur Bůrge adiacentem et attinentem, venerabilis abbas — preces nobis porrexit ut liceret eis eandem siluam incidere et in sartum culte terre redigere, quod fieri sine nostra permissione nequaquam licuit, cum bannum ferarum ipsius siluae ad nos pertinere dinosceretur. Das spätere Reichsrecht (Vitriarius illustr. III S. 1424 ff.) nimmt ganz allgemein an, dass der Wildbannberechtigte die Rodung verbieten kann. — Marchegay. Anjou S. 473. 1066: inter quas etiam, propter venationem suam, interdixit (Graf von Anjou) ne boschus qui omnino nostri juris erat, de parechiis Sancti Lamberti et Sancti Martini de Platea, ad agros aut ad prata facienda extyrparetur.

4) Beyer II S. 401: omnes apes et mel quod infra hunc ambitum invenitur in alta silva magistro forestariorum medietas eorum exhibeatur.

5) Beyer II S. 402: infra predictum bannum nulli licet sine permissione archiepiscopi molendinum extruere. S. 425: während bestimmter Zeit ist das Mahlen verboten, damit der Fischgang nicht gestört wird. S. 402 unt.: zu dieser Zeit kann auch das Mühlenwehr durchbrochen werden. — Lacomblet II. 225: Die Waldgrafen können alle Hindernisse des Fischsteigens beseitigen.

6) Vgl. die Belege bei Waitz VIII S. 257 f.: Besonders grossartig waren die Wildbannverleihungen an Würzburg (D. Z. f. Geschichts-Wissensch. N. F. I S. 190).

7) Gallia christ. III col. 149. 1008, Lüttich: bannum nostrum bestiarum, Baldrico, sanctae Leodiensis ecclesiae praesuli, necnon Baldrico comiti, super eorum proprias sylvas — per hanc nostram praeceptalem paginam concedimus atque largimur, et de nostro jure, in eorum jus ac dominium transfundimus. Ähnlich, aber unbestimmter, schon Gall. christ. III col. 147. 915. — Lacomblet I. 205: addimus insuper cum banno nostro praedictae ecclesiae forestum unum. — Walkenried I. 2. 1132.

8) Vgl. die Zusammenstellung bei Schröder Z Sav. St. II S. 68 ff. und oben § 5 N. 25, der dort behauptete Zusammenhang mit dem französischen

Digitized by Google

nicht behaupten, dass jeder Medem gerade ein Rottzins an den König war, aber jedenfalls erscheint der Medem noch zu Ende der fränkischen Zeit als ein allgemeines königliches Recht, das der Graf ausübt, und später wird im Hessischen der Medem direkt mit dem gräflichen Wildbann in Zusammenhang gebracht[9]). Es liegt vielleicht in der gleichen Linie, wenn einmal in karolingischer Zeit der Graf die Verletzung des Wildbanns bestraft[10]).

So ist der Wildbann zunächst als ein Recht des Königs zu betrachten, das dann aber von diesem vergeben wurde. Soweit es dem König noch selber zusteht, ist es — sehr natürlich — mit bestimmten Königshöfen verbunden, ohne dass man es deshalb aus einer Grundherrschaft des Königs ableiten müsste[11]).

Das ausschliessliche Recht auf Hochjagd oder auf Rodung begegnet nun aber auch im gesamten französischen Recht.

Die Privilegien für die Spanier zeigen, dass in den Pyrenäen der König die Rodungen zu genehmigen hat; das gerodete Land wird als Geschenk (beneficium) des Königs angesehen[12]).

Im Normannenstaat, wo die Waldhoheit von den Herzogen am durchgreifendsten geübt wird, und dann in andern nordfranzösischen Gebieten durfte der Wald nur mit Genehmigung des Herzogs und gegen eine sehr bedeutende Abgabe ausgehauen werden (jus tertii et dangerii); auch in andern nord- und mittelfranzösischen Gebieten kommt dasselbe vor[13]).

---

champart ist unerweislich, und das dafür herangezogene Recht von Beaumont en Arg. (Bouvalot S. 99) c. 4 (in terra quae iam culta est de duodecim gerbis duos habebimus; in terra vero quae in nemore extirpabitur de quatuordecim gerbis tantum duas accipiemus) sagt gerade das Gegenteil: von dem höheren normalen Zins wird der geringere Rottzins unterschieden.

9) Schröder a. a. O. S. 71. S. 68 N. 3.

10) Einharti epist. 36 (Jaffé mon. Karol. S. 466).

11) Cap. 281 § 32: Hier sind die nordfranzösischen palatia erwähnt; mit allen ist Jagd, sind forestae verbunden. Bremer U. B. I. 21: zu einer curtis regia gehört forestum cum banno regali per totum pagum Wimodi. Remling I. 43. 1056: der Lusshardt gehört zur curtis Bruchsal; andererseits ist bei dem letzteren nicht nur Belehnung durch das Reich.

12) Die Stelle bei Waitz IV S. 186 N. 1.

13) Das Normannenrecht in England straft Rodungen in eigenen Wäldern arbiträr (dial. de scacc. I. 13: excessus [gemeint ist nach dem vorausgehenden Rodung] autem talis etiam in propriis cuiusque nemoribus factus, adeo gravis dicitur, ut nunquam inde per sessionem scaccarii liberari debeat). — In der Normandie kann der Wald verkauft werden, aber nur gegen die Zahlung von 1/3 des Erlöses (jus tertii et dangerium): Ol. I S. 179, V. VI, S. 184 XVIII,

Digitized by Google

In Frankreich begegnet später überall eine garenna ad grossam bestiam, häufig auch ad minutam bestiam, — Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden[14]).

Dieses Jagdrecht ist gedeckt durch Königsbann[15]).

Die Befugnis zur Errichtung der garenna, d. h. zur Bannung der Jagd ist mit der Baronie, vielleicht sogar mit der Kastellanie verbunden[16]); im unmittelbar königlichen Territorium bannt der König die Jagd, und wenn hier ein Grundherr eine garenna erlangen will, so bedarf er königlicher Verleihung[17]).

Bereits in der fränkischen Zeit verleiht der König Rodungsprivilegien mit gräflicher Genehmigung[18]), und etwas später wirken umgekehrt die Grafen selber Wildbänne — offenbar in Vollstreckung eines königlichen Auftrages[19]). Im nachfränkischen Deutschland übt deshalb der Graf den Wildbann für die ganze Grafschaft[20]); umgekehrt zeigen aber doch die Wildbannprivilegien bis herein in das 12. Jahrhundert, dass der König die Bannung ausübt. Nach dem Ausgangspunkt, den das karolingische Recht

S. 186 IV, S. 188 I, S. 189 II, S. 212 II, S. 307 XXII, S. 378 VI, S. 747 XXI. Die Abgabe gilt für das ganze Gebiet, in dem der Herzog Hochgerichtsbarkeit hat (Ol. I S. 605 X). Zur Kontrolle der Abgabe ist eine eigene Behörde, die venditores memorum, angestellt (Ol. I. S. 429 XX). — Die Abgabe erscheint im Anfang des 12. Jahrhunderts auch in Chartres (Delisle éc. des chart. s. III t. 1 S. 450) und Ponthieu (Ol. I S. 747. XXI; I S. 902 LIV); für später Laurière s. v. danger.

14) Vgl. die Ol. I S. 1073 s. v. garennae angeführten Stellen, z. B. Ol. I S. 368 XII, Ol. I S. 835 XLIX.

15) Unten N. 31.

16) Ol. I S. 83. XVI: gegen Johanes de Moy Klage super eo quod idem Johanes volebat habere garennam per vim suam in vineis, bladis et jardinis eorum, licet non habeat baroniam vel castellaniam in villa predicta. Ol. I S. 348 I: in Ponthieu kann der Graf auch im fremden Wald die Jagd in Anspruch nehmen. — Ol. I S. 313 XVII, S. 331 XXI führen die Sache anscheinend auf Kastellanie zurück. — Vgl. dann die alte angevinische Urkunde N. 3 a. E.

17) Ord. XVII S. 207 f. 1469; vgl. auch Ord. XII S. 451. 1321. Die Prozesse in den Olim betreffen zum grossen Teil garennes, die behauptet werden, ohne dass eine königliche Verleihung nachgewiesen werden kann.

18) Waitz IV S. 136 N. 1 erste Urk.

19) Cap. 141 § 22: de forestibus nostris, ut, ubicumque fuerint, diligentissime inquirant, quomodo salvae sint et defensae, et ut comitibus denuntient, ne ullam forestem noviter instituant; et ubi noviter institutas sine nostra iussione invenerint, dimittere praecipiant.

20) Lacomblet II. 128: der Graf von Berg. — Indirekt gehört es wohl schon hieher, wenn (Bremer U. B. I. 21) 1062 von dem Wildbann im ganzen

Digitized by Google

erkennen lässt, darf man das alles dahin konstruieren, dass das Wildbannrecht des Grafen in seiner Grafschaft[21]) durch ein konkurrierendes, ursprünglich kontrollierendes Recht des Königs beschränkt war. Nach Ausweis der Urkunden ist dann dieses Königsrecht im 12. Jahrhundert eingeschlafen. In Frankreich dagegen ist das Wildrecht in die Hand der Barone, vielleicht auch noch weiter, herabgekommen.

Die beiden wesentlichsten Befugnisse, welche der König und der Hochgerichtsherr am Wald hat, sind die Hochjagd und die Entscheidung über Rodungen. In den deutschen Quellen ist nun Jagdrecht und Rodung immer in Verbindung miteinander gebracht, und man könnte daraus schliessen, dass die Rodungspolizei lediglich ein natürlicher Ausfluss des Jagdrechts wäre, das durch Rodungen behemmt wird. Die Gestaltung in den französischen Quellen führt auf anderes. Das normannische jus tertii et dangerium hängt mit garenna gar nicht zusammen, in den Pyrenäen aber, wo ein allgemeines Recht des Königs oder des Hochgerichtsherrn an den erema begegnet[22]), hat nach dem alten Recht von Bigorre jeder Waffenfähige das Jagdrecht[23]).

Das obrigkeitliche Waldrecht ist nicht überall durchgedrungen; wie im Süden da und dort dem Grundeigentümer freies Jagdrecht garantiert war[24]), so haben sich bereits in Deutschland eine grosse Anzahl unabhängiger — meist aristokratischer — Markgenossenschaften erhalten; der Sachsenspiegel widerspricht direkt jedem Wildbannrecht[25]). In welcher Weise allmählich auch diese autonom gebliebenen Bildungen der gräflichen Gewalt unterworfen und so

Gau Wigmodi gesprochen wird. — Im 15. Jahrhundert ist in einigen alamannischen Landgrafschaften mit der Grafschaft der Wildbann über das ganze Gebiet verbunden so Wegelin II. 133. 1417 Turgau; Franck die Landgrafschaften S. 74 fde. Nellenburg 1415.

21) Wenn Verleihung von Wildbann an Grafen vorkommt (M. B. XXVIIIa 201. 1003; Fickler Qu. u. Forsch. zur Gesch. Schwabens 9. 1066), so handelt es sich beidemal um Wildbänne in fremden Grafschaften, das einemal über die eigenen Güter des Privilegierten.

22) Ob. N. 12. Unt. N. 81.

23) Giraud I S. 23 u. 26: venationes, piscationes, tabernas, nisum et accipitrem omnibus prohibemus, exceptis monasteriis et militibus in exercitum euntibus et placitum et curtem servantibus.

24) Giraud II S. 163 § 55 Apt: item avem carta que cascun pot cassar en sas possessions proprias; dann Bigorre (vorige Note); möglicherweise entspringen diese gleichartigen Normen ganz verschiedenartigen Rechtskreisen.

25) S. sp. II. 61.

Digitized by Google

die Masse des Waldes unter die staatliche Hoheit oder gar in das staatliche Eigentum gezogen wurde, ist ein Vorgang, der über die Zeitgrenze dieser Untersuchungen hinausliegt[26]).

Die Jagdberechtigung weiterer Kreise, die nun aber neben oder statt des königlichen Wildbannrechts besteht, ist eigentümlich begrenzt. In dem öfters erwähnten Recht von Bigorre sind diejenigen, welche zum hostis ausziehen, allein jagdberechtigt; das sind aber die Besitzer der francitates, die homines franci im Rechtssinn[27]). In Deutschland aber sind es wenige vornehme Leute, mit denen man sich bei Errichtung eines Wildbanns auseinander setzen muss[28]).

Weiter gehört das spätere Jagdrecht des Adels, d. h. der Ritter hierher, welches in den Wildbännen allerdings auf die Niederjagd eingeschränkt ist, insoweit aber unmöglich durch eine Verleihung des Landesherrn geschaffen sein kann, wie man sich oft vorstellt[29]). Später werde ich auf diese Begrenzung der weiteren Jagdberechtigung zurückkommen. —

Der strafrechtliche Schutz des Jagdrechts ist nicht immer derselbe. Das Merowingerrecht behandelt den Wilddiebstahl in königlichen Wäldern nicht anders als den Jagdfrevel im gemeindlichen Forst; es werden 15 Sol. — also das, was man gewöhnlichen Grafenbann nennt — erhoben[30]). Später steht auf dem Delikt der

---

26) G. L. v. Maurer, Geschichte der Markenverfassung S. 428 ff.

27) N. 23.

28) M. B. XXIXa 365. 1048: der Errichtung eines Wildbannes im grossen bevölkerten Pusterthal stimmen 28 mit Namen Genannte zu. Beyer I (298) 299. 1023: die principes, d. h. nobiles der Trierer Diözese fühlen sich durch die Verleihung des Wildbannes an den Bischof von Trier verletzt, und letzterer muss sich mit ihnen auseinandersetzen.

29) Die Niederjagd des Adels ist allgemein anerkannt, z. B. in Bayern: Erklärte Landesfreiheit III.a 14—18; Österreich (Roth, Geschichte des Forst- und Jagdwesens in Deutschland § 185); Bergisches Landrecht § 34 (Lacomblet, Archiv I S. 93); Grimm II S. 291 (Moselland). — Allerdings ist bezeugt, dass der Herr seinen Ministeralen die Jagd erlaubt [Lacomblet IV. 646: castellanis quoque venari quod vulgo dicitur pifen et birsen zu dem blade (also keine Treib- und Hetzjagd) licebit], und auch sonst wird das vorgekommen sein (so z. B. schon in dem Wildbannprivileg von 944, K. U. I S. 144); aber ein allgemeines Recht des Adels, der ja gar nicht zum Wildbannberechtigten im vasallitischen Verhältnis zu stehen braucht, kann daraus gar nicht entstanden sein, um so mehr als die Wildbannsprivilegien eben nur die Hochjagd reservieren und nur in Bezug auf diese eine Erlaubnis erforderlich war.

30) l. Ribuar. 76: Si quis Ribuarius in silva commune seu reges sive

Digitized by Google

Königsbann[31]), soweit dasselbe nicht gar unter die Majestätsverbrechen gerechnet wird[32]).

2. Ein zweites Bannrecht betrifft die Fossilien. Einigemal werden die Bodenschätze deutlich als Marknutzung angesehen wie die Waldnutzung[33]).

Trotzdem findet sich in Deutschland wie in Frankreich gleichmässig ein Bergregal. In Deutschland verleiht noch im 13. Jahrhundert der König oder mit Erlaubnis des Königs der Graf die Edelmetallbergwerke; später auch der Graf allein[34]).

In Frankreich gehören die Silbergruben dem Hochgerichtsherrn[35]).

---

alienius locadam materiamen vel ligna finata abstulerit 15 sol. culpabilis iudicetur, sicut de venationibus vel de piscationibus quia non res possessa sed de ligna agitur. Aut si negaverit, cum iurit.

31) K. U. I S. 282. 959: venationibus aquis aquarumque decursibus piscationibus, prout ante regali potestate in panno erant. Et. S. Louis I. 158: 60 sol. wider den: qui chace en sa (des seigneur) garanne, ou qui pesche en son estant. Beaumanoir XXX § 105.

32) § 29.

33) Lacomblet I. 305 (vgl. Waitz VIII S. 269 N. 2); dann Lacomblet III. 27: Steinkohlen unterstehen demselben Recht wie der Wald. Dann unt. N. 39.

34) Die älteren Belege bei Waitz VIII S. 269. Die ganze Regierung Friedrichs II. hindurch werden auch den mächtigsten Reichsfürsten Silbergruben vom Kaiser ausdrücklich verliehen, auch in solchem Grund, der ihnen bereits zu Eigentum gehört: Gudenus I S. 465. 1219 Mainz, M. B. XXXIa 645. 1219 Bayern; M. B. XXXa 308. 1244 Bamberg. Die Urkunde in U. B. der Vögte von Plauen I. 58 (Thüring. G. Qu. II). 1232 soll unecht sein. — Auch der Herzog von Steiermark (Zahn I. 619), der das Silberbergrecht weiter verleiht, beruft sich auf kaiserliche Genehmigung; Trouillat I. 336. 1225, verleiht der Graf von Pfirt das Bergbaurecht mit kaiserlicher Genehmigung. Damit stimmt dann, dass der S. sp. I. 35 § 1 von der Regalität des Schatzes spricht, der — er gehört zur „königlichen Gewalt" — tiefer, als ein Pflug geht, in der Erde beschlossen ist. Das Rechtsbuch denkt hier offenbar an Edelmetall. — Dagegen 1300 gewährt der Graf von Anhalt die Berechtigung, ohne den Kaiser zu erwähnen (Anhalt II. 888). Die Geschichte des Übergangs des Bergregals vom König an die Landesherrn ist noch zu schreiben; einiges bei Berchtold, die Landeshoheit Österreichs S. 193. Bergzehnten (Waitz VIII S. 270; Goslarer U. B. I. 544. 1235 und dazu Neuburg Goslars Bergbau S. 27 f., S. 32 f., S. 59 fd.; M. B. XXXIa. 308. 1244; Lacomblet III. 100), begegnen in Deutschland seit dem 13. Jahrhundert — sind sie wirklich erst so jungen Ursprungs? Die angebliche Urkunde Lothars für Riechenberg (Goslar U. B. I. 177), die in einer Fassung von decimare spricht, ist zweifellos gefälscht (vgl. das Goslarer U. B. I S. 212 ff. Angegebene; a. M. noch Waitz VIII. 269. 4 und die dort citierten).

35 Vaissete V. 661. 1164, Béziers: et omnes argentarias vel minarias,

Digitized by Google

Dabei bringt das französische Recht Edelmetallfunde unter den Gesichtspunkt des Schatzes[36]), und daraus erklärt sich wohl, warum öfters dem Grundeigentümer oder dem Finder die Hälfte zukommt, die andere Hälfte an den Hochgerichtsherrn fällt[37]); man hat eben eine verblasste Erinnerung an das römische Schatzrecht[38]), das Finder und Grundeigentümer je zur Hälfte bedenkt und beachtet das Recht des einen oder andern trotz der Regalität.

In Deutschland — im Harz — hängt einmal das Bergregal mit dem Wildbann zusammen und steht deshalb dem Bergbaurecht der Erfexen gerade so gegenüber, wie der Wildbann dem Jagdrecht derselben[39]).

Ähnliche Verhältnisse wie für die Edelmetallbergwerke haben, wie es scheint, für die Salinen gegolten[40]).

---

quae modo sunt et in antea inventa fuerunt infra praedictos terminos — habeant simul Raymundus Trencavel et Hermengarda vicecomitissa, ita scilicet ut ipsi accipiant medietatem totius redditus qui ad dominum spectat et aliam medietatem habeat dominus vel domini in cujus vel quorum solo argentariae sunt. VIII. 54. 1184: der Graf gibt dem Grundherrn die Hälfte des Ertrags der mineria. Et. S. Louis I. 94: die Hochgerichtsherren haben das Recht auf das Silber (der König auf das Gold). Vaissete VIII. 159. 1212: argent fodinae et ferri fodinae sind Teile der Grafschaft.

36) Et I. 94 de fortune trover.

37) Beispiele in N. 35; dann eines bei Viollet Et. IV S. 12: si Santonis fuerit inventum aurum vel argentum, aut fortuna, comes habet inde medietatem, et qui invenerit aliam.

38) Inst. II. 1 § 39.

39) Goslarer U. B. II. 169. 1271: in dieser Bergordnung erscheint der Förster als Vorstand der drei Berggerichte (§ 1, § 2) und es wird (§ 20) das Jagdrecht der Erfexen geregelt (vgl. Einleitung zu Goslarer U. B. I S. 54 ff., II S. 6 ff.). Diese Erfexen sind also identisch mit den silvani, die in Goslar als eine selbstständige entscheidende Klasse, neben den consules, mercatores und fraternitates stehen (Goslarer U. B. II. 403, I. 412; dazu Goslarer U. B. II S. 49 fd., Neuburg Goslars Bergbau S. 286 f.), und die nach dem Privileg von 1219 bergbauberechtigt sind (Gosl. U. B. I. 401 § 49) s. der Regalherr hat sich irgend wie mit den Erfexen auseinandergesetzt, ohne dass (wie Neuburg Goslars Bergbau S. 25 fd. meint) das Recht der letztern ursprünglich auf Belehnung zurückging.

40) Für die Salinen hat sich ebenfalls ein obrigkeitliches Recht ausgebildet, welches das bayerische Recht einmal in interessanter Kollision mit einem allgemeinen Nutzungsrecht zeigt (Q. E. bayerisch. Gesch. V. 36 c. 68: item non sepius, quam bis in anno, nisi duobus in curru equis fontes solis accedant, et non amplius grani, quam suum ponderare currum et theloneis et expensis bene respondere secum deferant). Ein ausschliessliches Salinenrecht des Grafen tritt in Frankreich (etwa Teulet I. 86: die vicecomites haben Salzmonopol; Vaissete V. 13:

Digitized by Google

3. Dem rechtlichen Ursprung nach gänzlich vom bisherigen verschieden ist das Münzregal[41]). Die Rechtsform desselben ist durch zwei Gesichtspunkte bestimmt. Auf der einen Seite steht die ausschliessliche Befugnis zur Münzprägung, auf der andern Seite die Kontrolle der umlaufenden Münzen durch die öffentliche Gewalt.

Die Befugnis zur Münzprägung hat ursprünglich der König ausschliesslich; Karl der Kahle hat noch einmal — wohl ohne Erfolg — diese Münzprägung auf den Königshof und einige grosse Städte zu beschränken gesucht[42]); in Deutschland war in dieser Zeit die Zahl der Münzstätten eine sehr geringe[43]). Die Aufsicht über die bestehenden Münzstätten übt schon in der fränkischen Zeit der Graf[44]). So ist es sehr erklärlich, wenn im nachkarolingischen Frankreich, soweit man sehen kann, der Graf das Münzrecht hat[45]). Mit der Baronie als solcher scheint das Münzrecht

---

salinae neben anderen Grafschaftsrechten genannt) nicht deutlich hervor, und auch in Deutschland sind die Belege für das königliche Regal nicht ganz scharf, aber sprechen doch schon in der Zeit Heinrichs IV. von einem Regal des Königs: so die ausgezeichnete Abhandlung Böhlaus, de regalium notione S. 9—11. Wichtig ist, dass die decimae salinarum schon für die Mitte des 12. Jahrhunderts bezeugt sind (vita Chunradi I. arch. c. 21 S. S. XI S. 75; dazu Waitz VIII S. 274), aber so, dass sie vom Volk als etwas neues, offenbar ungehöriges aufgefasst werden. — Im sächsischen Recht wenigstens ist das Siederecht weithin in der Hand einer Korporation, die einesteils ganz deutlich auf Burschaft zurückgeführt wird — so die Salzbeerbten von Sassendorf (Seibertz II. 720), — andernteils doch als eine aristokratische vor den gemeinen Leuten hervortritt: so die Sülfmeister in Lüneburg (vgl. Hegel, Städte und Gilden II S. 426), die Pfänner in Halle (ebenda S. 445), die Erbsälzer in Werl (Seibertz II. 891; III. 930. 1933; 1054). Es ist die Stellung, in der man die Erfexen findet.

41) Das folgende ist im Ganzen lediglich eine kurze Zusammenfassung fremder Untersuchungen: vor allem Waitz VIII S. 327 fd.; Inama II. S. 392 fd.; dann Eheberg, Über das ältere Münzwesen und die Hausgenossenschaften; Brussel, usage des fiefs I S. 192 fd.; Luchaire Manuel § 145, § 321 und die dort citierten.

42) ed. Pistense c. 12 cap. 273.

43) Inama II S. 394.

44) Cap. 147; ed. Pistense c. 14. (Cap. 273); Perard S. 49. 863: dem Bischof von Langres wird die Münze von Langres geschenkt und er vom jus comitum eximiert.

45) Baluze, histoire d'Auvergne II S. 46. 1044: der Graf überträgt an die Stiftskirche von Clermont moneta und monetarii. Ebenso hat in Nevers der Graf das freie Münzrecht, das aber durch die Bischöfe, Äbte und Barone der Grafschaft kontrolliert wird; ein Vertrag, der in soweit zu stande gekommen ist, wird vom König bestätigt; eine königliche Kontrolle der Provinzialmünzen

Digitized by Google

nicht verknüpft. Schenkungen von Münzen an Bischöfe und Kirchen kommen im Westen seit der karolingischen Zeit vor, sind aber nicht sehr häufig; vielleicht, dass das Münzrecht mancher Bischöfe gar nicht von Schenkungen, sondern von der bischöflichen Stadtherrschaft herrührt[46]).

In Deutschland wird bis in das 13. und 14. Jahrhundert daran festgehalten, dass der König allein Münzrecht verleiht[47]); in derselben Linie liegt es, dass er auch nach Belieben für sich eigene Münzstätten zu errichten vermag[48]).

Diese königliche Befugnis wird nun aber dadurch gekreuzt, dass thatsächlich die Masse der Münzstätten im Besitze geistlicher oder weltlicher Herrn ist. Zum Teil führt das sicher auf die zahlreichen Münzverleihungen zurück, von denen natürlich weitaus überwiegend solche an Kirchen, da und dort aber doch auch Bewidmungen von Grafen erhalten sind[49]). Man kann aber zweifeln, ob lediglich diese allerdings zahlreichen Münzverleihungen zur Erklärung der Erscheinung genügen. Jedenfalls muss zu Anfang des 13. Jahrhunderts der Inhaber der Grafschaft der Münzerrichtung durch den König zustimmen oder umgekehrt, erfolgt die Münzerrichtung durch den Inhaber der Grafschaft[50]), und es ist so nichts vollkommen neues, wenn das Statutum in favorum principum dem König die Anlage neuer Münzen untersagt, welche die bestehenden Münzen des Fürsten schädigen[51]). Freilich redet das Privileg nur von Münzen der Fürsten, und auch anderwärts hat es den Anschein, als ob nicht überall dem Grafen, sondern nur dem Herzog Münzrecht zugeschrieben wurde[52]). Die Herzoge aber münzen seit Beginn der deutschen Zeit[53]). So darf

---

kann man aber daraus noch nicht ableiten: Quantin cart. de l'Yone II. 374. 1188. Andere Beispiele gräflicher Münzrechte bei Luchaire Manuel § 145.

46) Einiges bei Brussel I S. 192 fd.

47) S. sp. II. 26 § 4 Sw. sp. 192, 364.

48) Lacomblet I. 524. 1190: ist für die Kölner Diözese diese Befugnis durch Vertrag beschränkt.

49) Besonders Waitz VIII S. 318 fd., S. 323.

50) Das erste S. sp. II. 26 § 4, für das zweite Trouillat I. 336. 1223: der Graf von Pfirt verleiht dem Kloster Lucelle mit Genehmigung des Königs Münzrecht.

51) Weiland II. 171 § 17.

52) Dem Grafen von Berg, der längst münzt (Waitz VIII S. 324: dazu Lacomblet II. 665), wird nach Lacomblet II. 733 das Münzrecht zu Gunsten des Erzbischofs von Köln abgesprochen.

53) Eheberg S. 24 f., Waitz VIII S. 322, Inama II S. 397.

Digitized by Google

man wohl annehmen, dass auch in Deutschland aus der karolingischen Kontrolle des Grafen oder Missus über die Münze sich ein Recht des Grafen oder wenigstens des Herzogs an der Münze erhalten hat, das aber freilich das königliche Recht der Münzerrichtung — im Gegensatz zu Frankreich — zunächst noch nicht in den Hintergrund zu drängen vermochte. — Auch nach einer anderen Seite tritt das königliche Recht an der Münze noch hervor: besonders in den weit schwächeren geistlichen Territorien hat sich der König das Recht erhalten, wenn anwesend, die Münzstätte des Gebietes zu eigenem Bedarf zu verwenden; im 13. Jahrhundert wird das auf die Anwesenheit gelegentlich eines Hoftages beschränkt [54]).

Die Kontrolle der umlaufenden Münzen äussert sich in dem Verruf der Münzen. Bereits in der karolingischen Zeit werden die Münzverrufe, die der König anordnet, von den Grafen und Missi ausgeführt [55]), und es liegt ganz in der allgemeinen Entwickelung, wenn später sowohl in Deutschland wie in Frankreich das Recht des Münzverrufes und damit die Befugnis, dem Geld Zwangskurs beizulegen, mit dem Herzogtum oder der Grafschaft verbunden ist [56], in Bischofsstädten, wo der Bischof die Hochgerichtsbarkeit hat, auch mit dem Bistum [57]). In Frankreich richtete sich

---

54) S. sp. III. 60 § 2 spricht davon, dass dem König in jeder „stat des rikes", in die er kommt, Münze und Zoll ledig wird, während ihm das Gericht in jedem Land ledig ist. Liegt darin eine Beschränkung auf die „Reichsstadt" im späteren Sinn? Auf den Fall des Reichstags ist das Recht nicht eingeengt. Letzteres gilt dann auch für die Erwähnung im Wormser Münzrecht (Worms. U. B. I. 80). — Dagegen wird die Befugnis des Königs auf den Fall des Reichstags beschränkt in der confederatio cum principibus ecclesiasticis § 10 (Weiland II. 73) und im Weistum von 1238 (Weiland II. 212). Ist die Angabe des S. sp. im Sinn der späteren Quellen zu fassen, so ist die Befugnis des Königs eine Wirkung des Marktrechts; gerade so hat sich der König auch das Steuerrecht in den Marktstädten der geistlichen Gebiete bewahrt (unten § 53 gegen Ende).

55) Cap. 150 c. 20.

56) Miräus III S. 348. 1176: si comes (des Hennegau) per totum comitatum suum bannum generalem super vini venditione et brassandi prohibitione et monetae suae adfirmatione imposuerit; unbestimmter S. sp. II. 26 § 6. Für Frankreich das Beispiel bei Brussel I S. 199. Die Verrufungen, die ja wirtschaftlich sehr schädlich wirkten, sind öfters durch eine eigene Heerdsteuer (focagium), ein monetagium, abgelöst worden: es genügt hier der Hinweis auf Brussel II S. 212 fd.

57) Eheberg S. 70.

Digitized by Google

der Münzbann, der im Recht der Verrufung steckt, auch gegen den König, und erst allmählich seit Ludwig dem Frommen erlangt die königliche Münze Zwangskurs im ganzen Königreich[58]). Auch in Deutschland finden sich Ansätze einer solchen Ausschliessung des Königs[59]); deren Entfaltung gehört aber späteren Zeiten an. — Der Münzbann ist für das Münzrecht entscheidend gewesen. Denn durch ihn ward die Münzhoheit ein Teil des Herzogtums und der Grafschaft. Den zahlreichen Münzberechtigten, die den Münzbann nicht hatten, fehlte die ausschliessliche Seite des Rechtes; — sie haben — modern gesprochen — nur ein Lizenzrecht.

4. Ein ausgedehnter Komplex von Bannrechten betrifft die Betriebe, wie sie zunächst von den grossen Grundherrschaften ausgeübt werden. Weitaus am häufigsten bezeugt ist der Weinbann, der den Absatz des vom Bannberechtigten produzierten Weines irgendwie gegenüber dem Verkauf des kleineren Besitzers bevorzugt[60]); nicht selten nützt der Bannberechtigte seine vorteilhafte

---

58) Brussel II S. 202 f.: Luchaire manuel § 321.

59) Lacomblet II. 524.

60) Die Stellen bei Waitz S. 278, S. 279; für Frankreich mein Zoll u. s. w. S. 392 N. 1. Dann Strassb. U. B. I. 74. 1119: eine bestimmte Zeit im Jahr darf Wein nur gegen eine Abgabe an den Bischof verkauft werden. Fontes rer. Bern. II. 3 (Berner Handveste): praeterea vobis regia benignitate concedimus, ut annonam, vinum et omnes res alias libere vendatis et ematis, quandocumque vobis placuerit sine omni gravamine et banno. Matile I. 62: Stadtherr hat den Weinbann beschränkt auf den Absatz des eigenen Produkts. Beyer II S. 426: bannum vendendi vinum habet villicus monasterii 15 dies ante festum S. Martini, 15 inter natale domini et festum purif. S. Marie et 15 dies inter pascha et rogationes et bonum vinum vendi faciat; et si bonum fuerit carius uno levi denario vendi faciet quartale quam reliquum vendatur. Beyer III. 1492. 1259: Item quocunque tempore anni voluerimus preter nundinas annuales V karradas vini quod dicitur banwyn, Kirchperg ponemus ad vendendum, sextarium tali venditione dantes, quali melius vinum venditur; ita tamen quod diebus septem perficiatur. Quicunque vero infra venditionem dicti vini vina sua vendere presumserit talentum denariorum Trevirensium dare tenetur. — Perard S. 190. 1054: Die Mönche von S. Benignus sollen im allgemeinen frei Wein verkaufen dürfen; si autem ipsi a venditione cessaverint et ante triduum compererint banni mei edictum obediant banno meo per tres anni terminos quindecim dierum spatio quatuor scilicet septimanas pro ducatu et quindecim dies pro Divionensi comitatu quod tunc tenebam in manu mea. Teulet I. 380. 1190 Issoudun: Iterum concessit eis, quod nullus dominus Exolduni aliquod vinum pro banno vendat nisi propriarum vinearum suarum; et illud pulsatum non sit sed eo pretio quod cetera vina vendentur; et si vinum prius intabernatum fuerit, non cessabit a vendi-

Digitized by Google

Position auch zum Verschleiss fremden Weines aus. Ein anderer Ausdruck für das Bannrecht ist die Befugnis, ausschliesslich eine Taberna (bufetaria) halten zu dürfen[61]).

Neben dem Weinbann kommt dann weiter in den nördlichen bierbrauenden Ländern recht früh der Brauzwang (Grutrecht) oder besser der Zwang, die Maische vom Bannherrn zu beziehen, zur Anwendung[62]). Öfters ist das Bannrecht oder stagnum[63]), wie es in den französischen Quellen heisst, auch auf Getreide ausgedehnt, oder es wird noch allgemeiner vom bannus venalium — wohl dem Lebensmittelbann überhaupt — gesprochen[64]). Andermal begegnet der Zwang, ein herrschaftliches Backhaus benützen zu müssen, be-

---

tione pro banno. Interea quoque vinum tornatum vendere possunt. Ord. XI S. 188 § 2. 1137 Étampes: universis etiam militibus et burgensibus Stamparum concedimus, ut nullus homo de omnibus Stampanis bannum ibi aliquod habeat, nec ullo modo alicujus vinum, excepto nostro proprio Stampis per bannum vendantur. S. 218 § 7. 1174: dictum est etiam et concessum, quod ego comes bannum meum de vino vendendo habebo Tornodori per duas menses in anno. Morice I col. 803: in Nantes hat der Bischof und der Graf Weinbann. Guigue cart. municipal de la ville de Lyon S. 20. 1328: Papst bestätigte den Erzbischöfen das Recht, quod nullus in civitate Lugdunensi de mense Augusto vinum venderet seu vendat, nisi archiepiscopus Lugdunensis qui esset pro tempore vel illis quibus hoc ducere concedendum; andere können verkaufen aber gegen Abgabe von 1/13 des erlösten Preises an den Bannherrn. Vaissete V. 525. 1134: adhuc iterum jamdictus Arnallus recognovit predicto episcopo vetitum vini in unoquoque anno per unum mensem in tota villa Elne, sine omni interdicto; per alium autem mensem habeat ipsum vetitum vini in honore ipsius Arnalli sicuti habuerit in aliis casis jamdicte Elne.

61) Cabié S. 20 § 1: der Herr hat im Zusammenhang mit dem Weinbann eine taberna: que taberna erat et durabat per unum mensem quolibet anno, ita quod dum ipse vinum suum vendi faciebat, nullus alius ejusdem ville tabernam vini apperiebat nisi tantummodo peregrini; dann bereits das Recht von Bigorre ob. N. 23. — In Bayern sind gewisse Tafernen mit dem Herzogtum verbunden; Errichtung von Tafernen ist nur mit Genehmigung des Landrichters gestattet; freilich ist zweifelhaft, ob das hierher gehört: die Belege § 9 N. 10. — Ol. I S. 600. II: bufetaria.

62) Die Belege in musterhafter Vollständigkeit bei Waitz VIII S. 276 N. 3.

63) Et. de Rouen II. 27 § 1 Cognac: et si esteit aventure que nous ou noz hers ou noz successeors ou noz balis ou les lour des ore en avant asseyoient ou asseyavant a fere estanc de vin ou de blé ou en autre maniere que no per ceu toute la gent de la ville chascuns en per sey ne laissast que ne peust vendre et achapter delivrement sans meffere et sans mesprendre u. s. w.; Besly S. 329: stagnum de blado et vino, si quotiens voluerint, facient — der Absatz ist „eingedämmt": daher stagnum.

64) Thierry IV S. 659 § 14. 1210: bannus venalium ville meum est, excepto banno panis.

Digitized by Google

sonders häufig der Mühlenbann, dann der Kelterbann, Metzgereibann u. s. w.[65]).

Es ist nun kein Zweifel, dass manche Bannrechte aus dem Rechte des Grundherrn gegen seine abhängigen Leute erklärt werden müssen[66]). Das wird namentlich dann gelten, wenn sich der Bann nur gegen die Einheimischen richtet und der Herr gegen Handel Auswärtiger ohnmächtig ist[67]). Allein für die Regel reicht diese Erklärung nicht hin. Vielleicht wird bereits zu Ende des 10. Jahrhunderts das Grutrecht als ein öffentliches Recht betrachtet[68]). Ganz deutlich ist im 11. Jahrhundert das Bannrecht in Burgund ein mit dem Dukat und mit dem Komitat zusammenhängendes Recht[69]). Im 12. Jahrhundert behauptet der Graf von Hennegau einen allgemeinen Bann über Weinverkauf, Bierbrauerei und Münze[70]). Im 13. Jahrhundert kommen vielleicht die bayrischen Quellen in Betracht, wonach der Herzog oder Graf über die Neuerrichtung von Tabernae entscheidet — freilich ist der Beleg

---

65) Waitz VIII S. 275 f. N. 5. Et. S. Louis I. 111: se aucuns ait molin qui ait vaarie en sa terre et il ait homes estagiers, il doivent moudre a son molin tuit cil qui seront en sa banlieue; I. 113: nuns vavasors ne puet avoir four ou vilenage ou il puisse cuire ses homes se il n'a bourc ou partie en sa bourc. Me se il a bourc ou partie en bourc il puet bien avoir four, s'il a vaarie. Et i doient si home cuire. Ein Kelterbann z. B. Garnier II. 370 § 4: bannum trullorum; die Neueinführung eines Kelterbanns in der histor. episc. Autissiod. c. 57 (Labbé nova bibl. manuscr. I S. 466): in primis enim torcularia in jus suum redigere tentavit, ita quod in tota urbe nulli liceret torcular habere nisi sub tributo çomiti annutim reddendo. Ein Metzgereibann z. B. Garnier III. 538.

66) so Beyer II S. 426 (ob. N. 60).

67) so der südfranzösische Fall in N. 61.

68) v. d. Bergh I. 72: concessimus districtum super villam Bommele et super cuncta quae ad eandem villam pertinent, videlicet publice rei subjecta. Teloneum vero, monetam, et negocium generale fermentatae cerevisiae quod vulgo grwt nuncupatur imo quidquid in iam dicta villa ad publicum bannum sive districtum pertinere visum est — tradidimus. Es scheint, als ob der Kirche die öffentlichen Rechte, die in Bommel ausgeübt werden, übertragen werden sollten. Freilich könnte publicus auch auf königliches Domänialrecht gehen.

69) Perard S. 190 ob. N. 60.

70) Miräus III S. 348. 1176: Si comes per totum comitatum suum bannum generalem super vini venditione et brassandi prohibitione et monetae suae adfirmatione imposuerit, idem bannus in villa debet praecepto praepositi Ecclesiae una tamen camba in usus ecclesiae si expedierit retenta firmiter observari.

Digitized by Google

in seiner Deutung unsicher[71]). Dass in einigen französischen Urkunden das Bannrecht mit der vicaria verbunden ist, gehört allerdings eher nicht in diesen Zusammenhang[72]).

Stimmt soweit der Gewerbebann mit dem Wildbann überein, so gehen beide darin vollständig auseinander, dass der Wildbann zuerst ein ausschliessliches Recht des Königs ist, während von einer königlichen Verleihung des Gewerbebannes nirgends geredet wird. Daraus erklärt es sich dann auch, dass der Gewerbebann, der eben nur auf die gräfliche, vielleicht auf eine geringere Gewalt zurückgeht, ganz machtlos ist gegen den Rechtsgrundsatz des freien Verkehrs, welcher für die vom König unter seinen Schutz gestellten Jahrmärkte gilt; auf dem Jahrmarkt oder Freimarkt fällt jedes Bannrecht weg[73]).

Immerhin muss ein öffentliches Gebotsrecht zu gunsten der privaten Wirtschaft der Gebietenden verwendet worden sein, ähnlich wie die Frohnd des öffentlichen Rechts vom Grafen für Privatzwecke ausgenützt wird. Dabei kann dieses Gebotsrecht gegen die vornehmeren Leute, die selbst Grundherrn sind und gegen ihre Grundholden aus der Grundherrschaft heraus Bann ausüben, nicht gut durchdringen; aus diesem Gesichtspunkte mag es sich erklären, wenn in Südfrankreich der Ritter eine taberna[74]) oder in Mittelfrankreich der Burgherr Backofenzwang hat[75]).

Woher stammt nun aber dieses gewerbliche Bannrecht. Dass es nur die Anwendung eines ganz allgemeinen, in der Norm unbegrenzten und nur im Strafgesetz bestimmten Gebotsrechts des Königs gewesen wäre, ist nicht anzunehmen. Denn ein solches Gebotsrecht ist entgegen einer verbreiteten Meinung nirgends zu

---

71) N. 61.

72) Et S. Louis I. 111, 113 ob. N. 65; dann Savigny 916: vicarius macht den Weinbau geltend — die Deutung unter N. 75.

73) so Beyer III. 1491 (ob. N. 58), dann Ol. II S. 730 § 29 (die Weistümer von Ypern für S. Dizier): ad ce respont li dis Jehans Noelz qui est choze vraie — que toutes les foirez de Saint-Dizier sont franches depuys le midy de la voille des dictes foires jusque au midi dou lundemain des dictes foires enssuivant; et per ce que chose qu'il ait fait en ce n'at riens mesfait, pour ce que tout ausi bien comme l'en puet vin abrocher et vendre sens congié de nulz le dessus dit temps durant pueent uns chascunz de Saint-Dizier per le dit temps peser lainne a quelque poix qu'il luy plait. Der Gedanke begegnet noch öfters.

74) ob. N. 23.

75) ob. N. 65.

Digitized by Google

entdecken[76]). Nun erlässt aber der Graf, wie auch der König in Sachen der Lebensmittelversorgung Gebote im öffentlichen Interesse[77]). So wird der Bann zu gunsten der eigenen Grundherrschaft eine missbräuchliche Anwendung dieses speziellen Gebotsrechts sein. Das hat dann sein Gegenspiel darin, dass auch die Gemeinden die Befugnis zur Regelung der Lebensmittelversorgung und der ländlichen Gewerbebetriebe besitzen[78]). Vor allem aber ist es entscheidend, dass einmal im altsalischen Land die Erteilung der Wirtsgerechtsame von der Kore des Landes, d. h. von dem autonomen Organ der Hundertschaft abhängt[79]).

II. 1. Im deutschen wie im französischen Recht fallen herrenlose Sachen (épaves) an den Inhaber der Hochgerichtsbarkeit[80]). Auch

---

[76]) Der Königsbann selber ist nur entstanden aus dem Zusammentreffen des Heerbanns mit dem fredus bei Wergeldern (unt. § 14. I).

[77]) so Walteri vita Karoli c. 11 (S. S. XII S. 544) — plerumque necessarias cerevisiarum confectiones et potationes prorsus ad tempus interdicendo — necessariam universis vite sustentationem procuravit. Vita Engelberti (ed. Gelen) I c. 8: Erzbischof verbietet wegen Teuerung Bier zu brauen. Ried I. 681. 1293. Ol. I S. 522. XII. Ol. I S. 904. LIX ähnlich.

[78]) Natürlicherweise tritt das in den Quellen nur ganz spät hervor; wir haben ja vor dem 15. Jahrhundert wenig Nachrichten über die an sich uralten Gemeindeverhältnisse. Cart. de l'église Notredame de Paris II S. 171. 1259: Der Dekan und das Kapitel — communitati ville — concesserant, ut in domo quadam — in terra et justicia ipsorum decani et capituli — construerent et edificarent furnum quemdam communem ad communitatem totius ville. — In Bayern bilden Tafernen, die Schmieden, Mühlen und Bäder die Ehehaften (Erklärte Landesfreiheit III c. 5) und ihre Kontrolle untersteht den Dorfgerichten (II c. 12). — Warnkönig II. 232 § 13: possunt etiam scabini advocatis senioribus facere bannum in mercibus venalibus et cibariis secundum quod viderint expedire villae. — Stadt Halberst. 4: ut per omnem hanc villam in illorum potestate et arbitrio sicut antea consistat omnis censura et mensura stipendiorum carnalium vendendo et emendo et quod iuxta rusticitatem vel vulgaritatem lingue burmal vocant, ipsi diligenter observent, pondus et mensuram equam faciant. — S. sp. II. 13 § 3: das Burmeistergericht — also das Dorfgericht — urteilt wie über unrecht Mass und Gewicht, so auch über „valschen kop". Zu der gemeindlichen Kontrolle von Mass und Gewicht, die eben mit der Lebensmittelkontrolle in untrennbarem Zusammenhang steht, hat Below, Ursprung der deutschen Stadtverfassung S. 61 N. 2 noch andere Belege beigebracht. — In Bayrisch-Franken sind noch jetzt die Kommunbrauereien weitverbreitet.

[79]) Warnkönig II. 160 § 47: qui extra oppidum Furnense tabernam habuerit emendabit comiti tres libras et domus ejus comburetur. Nec potest justiciarius dare licentiam de taberna tenenda nisi per coratores.

[80]) z. B. Beaumanoir 25 § 19—21, 58 § 4; Richebourg III S. 233

Digitized by Google

für herrenlose Immobilien, die ja natürlich viel seltener vorkommen, gilt der gleiche Satz; im deutschen Recht ist dabei ursprünglich eine ausschliessliche Bevorrechtung des Herzogs angedeutet, später bildet das Recht auf Oedländereien, neu entstandene Inseln und Ähnliches einen Teil der Landeshoheit[81]).

Es ist lediglich eine Anwendung des Bisherigen, wenn in Frankreich das Strandrecht (lagan) dem Inhaber der Hochgerichtsbarkeit gehört[82]), während in Deutschland zu Beginn des 12. Jahrhunderts

---

§ 4 (Champagne 1315); grand cout. de Normand. 18; Ol. 1 S. 277. VI. 313. XVII. — S. sp. IX. 37; Kl. Kaiserrecht II. 40.

81) z. T. kann bereits die Behandlung der erema im südfranzösischen Recht hierher gehören: Vaissete V. 280 II. 1067: die Grafschaft verkauft cum — totis aliis honoribus et usaticis et totum eremum vel condirectum et pujos et rochas et sylvas u. s. w. V. 525 in Elne Streit zwischen dem Bischof und dem Arnaldus de Turri über die Ausübung der Hochgerichtsbarkeit: iterum Arnaldus praedictus recognovit domino suo prenominato omnes carrebras, hermas et condirectas in tota villa Elna. Marca col. 925. (981): die eremi der Pyrenäen stehen noch im Recht des Königs: notum esse volumus (König) —, quod quidam Dux nomine Goifredus misit ad nostram clementiam obnixe deprecans, quatenus res sitas in pago Rosolionensi ei praecepto nostrae auctoritatis concederemus quod et fecimus, terras videlicet eremas sitas super litus maris etc. — Freilich ist das Recht an den erema und das Waldrecht schwer auseinanderzuhalten. Grand. cout. de Norm. 32 § 4 — § 6 unterscheidet unter den terre, que publice non subjacent culture die bosci u. lande saltuese, diese aber von den terre silvestres. Von beiden ist an den Herzog ein relevium zu zahlen. — In Deutschland werden die neuentstandenen Inseln in den Flüssen ursprünglich von den Inhabern der herzoglichen Gewalt beansprucht: Lacomblet I. 511. 1188: sciant igitur fideles, quod quandam insulam inter Resam oppidum et Wisolam villam in alveo rheni coniectam, quia intra nostri episcopatus terminos iure synodali et nostre potestatis ducatus jure forensi consederat nostre ditioni addicari et per quendam nostrum fidelem ministerialem circumsigniri precepimus. Quod comes Theodericus de Cliva quia tam in sue cometie quam in predecessorum suorum et suo allodio contigerat, contradixit. Ähnlich auch der Pfalzgraf bei Rhein: Hertling de regalibus palatinis S. 63 fd. Später ist dann der Streit durch Reichsweistum (leg. II S. 401) v. 1294 c. 1 zu gunsten des reichsunmittelbaren Grafen entschieden; die Erklärung von Schröder N. Heidelberger Jahrbücher I S. 37 f. ist unzutreffend: es handelt sich nicht um die Verleihung eines besondern comitatus über den Fluss, sondern darum, dass der vom Reich mit der Grafschaft belehnte Graf — es ist an die niederrheinischen Grafen zu denken, die Reichsunmittelbarkeit behaupteten — mit der Grafschaft auch das Recht auf die Flussinsel hat. In der spätern Reichszeit gehören die verlassenen Grundstücke dem Landesherren d. h. also dem Inhaber der Hochgerichtsbarkeit: siehe die genauen Angaben bei Kreittmayr Anmerk. zum bayer. Landr. II. 1 § 7 u. 5.

82) Thierry I S. 115 fd. 1191. IV S. 21. 1210; Giry S. Omer 29. 1206;

Digitized by Google

noch die Beziehung auf den König oder Herzog erwähnt wird[83]); eine besondere Form des Strandrechts aber ist das ausschliessliche Recht der Hochgerichtsherren auf angetriebene Walfische oder auf Walfischfang, das sich an der atlantischen Küste verfolgen lässt[84]).

Das Grundruhrrecht in Flüssen und auf dem trockenen Land, das auch in diesen Zusammenhang gehört, ist nach seinem Bau nicht deutlich genug, um hier weiter erörtert zu werden[85]).

Weiter folgt aus dem Bisherigen auch das Recht des Hochgerichtsherren an den erblosen Gütern. Da weitaus der häufigste Anlass der Erblosigkeit die uneheliche Geburt des Erblassers ist, so findet sich der Gedanke überall in der Form, dass die Güter des Unehelichen an die öffentliche Gewalt kommen, in Frankreich dem Inhaber der Hochgerichtsbarkeit[86]) zufallen; in Deutschland

---

Cheruel Rouen I S. 260 f. 1204. — Très anc. cout. Norm. 67. Grand cout. Norm. 16. bes. § 4. Balasque Bayonne I. 15. 1190: in den englischen Besitzungen von Südfrankreich hat der englische König, also der Inhaber der herzoglichen Gewalt, das Strandrecht, auf das er jetzt verzichtet. — Vaissete V. 13. 890: neben salinae, teloneum, portaticum, rafica, pascuarium, werden die naufragia classis als öffentliche Einkommen genannt. Marca col. 832. 899 als gräfliches Recht. Vaissete V. 444. 1112 ähnlich — jetzt beseitigt. — In der Bretagne (Teulet II. 2417) 1235 behaupten die Grundherrn dem Grafen gegenüber das Recht auf veriscus.

83) Waitz VIII S. 275 N. 3: später gehört hierher der Streit zwischen dem Grafen von Flandern, als dem Lehensherrn der Grafschaft Seeland und dem Grafen von Holland als dem Inhaber darüber, wem die iactus maris zukommen: v. d. Bergh I. 514 § 1.

84) Très anc. cout. Norm. 68 § 1: der Fisch über 50 ℔ Wert gehört dem Herzog, der darunter den Normannischen Baronen; ebenso Ol. I S. 379 VIII. Ol. I S. 848 § 26: hier wird das Recht aus der Hochgerichtsbarkeit abgeleitet. — Roles d'Oléron 46—52 (Pardessus coll. des lois maritimes I S. 351 fd.) ähnlich dem normannischen Recht. — Balasque Bayonne I. 19. 1199: der König von England gibt das Recht jährlich 2 Walfische zu fangen.

85) Ol. I S. 445 XX: in Vermendois darf bei Königsbann der umgefallene Wagen nur mit Genehmigung des Grundherrn aufgehoben werden. Hameler U. B. I. 79. 1277: Judex von Hameln hat bisher Grundruhrrecht geübt (bei Unfällen zu Land und zu Wasser). Hannover U. B. 46. 1282: Verzicht des Herzogs auf Grundruhringe: hier speziell für Unfälle auf Brücken. Breisacher Stadtrecht § 21: das rheinfallige Gut gehört der Stadt (Gengler, Stadtrechte S. 34). Strassb. U. B. I. 246. 1236: Strassburger Kaufleute dagegen geschützt.

86) Et S. Louis II. 31: Se aucuns aubains ou batarz muert sanz oir ou sanz lignage li rois est oirs ou le sires souz cui il est, s'il muert ou cuer de son chastel. — Beaumanoir § 4 (N. 101). — Ol. I. S. 346: ballivus asserebat quod ad dominum regem Franciae pertinebat justicia bastardorum, albanorum,

Digitized by Google

zieht ursprünglich der König den Nachlass ein, später tritt der Graf als der dazu Berechtigte hervor[87]).

Aber auch sonst gehören in Frankreich erblose Güter den Inhabern der Hochgerichtsbarkeit[88]). In Deutschland wird im 11. und 12. Jahrhundert das Recht des Königs betont[89]); wenn dann im sächsischen Stadtrecht des 12. und 13. Jahrhunderts von einem Anfall an „die königliche Gewalt" gesprochen wird, so ist das für sich allein kein Beweis für ein Fortbestehen des Heimfallrechts an den König[90]). Allein auch Rechtsbücher des Land-

---

incendii, raptus multis et aliorum ad altam iusticiam spectantium. Ol. S. 668 X mit der Grafschaft verbunden. Ol. II S. 456 f. mit der Baronie.

87) Vita Meinwerci c. 205 (S. S. XI S. 155) quod (im südlichsten Westfalen) ideo hereditario iure in imperialem potestatem successit, quia idem comes Bernhardus spurius, quod vulgo wanburtich dicunt, fuit; dies noch deutlicher als die Urkunde über den Fall in Westf. U. B. I. 117. Noch viel später — allerdings für Stadtrecht — spricht die Blume von Magdeburg II. 1. 71 von Anfall an die königliche Gewalt, was aber mit Anfall an den König nicht gleichbedeutend ist (N. 90). Gewöhnlich übte der Graf das Recht; so Sloet 504. 1227: hier verleiht der Graf den Eltern gegen eine Keurmede Erbrecht am Nachlass ihrer ausserehelichen Kinder; Miraus I S. 203. 1247: der Herzog von Brabant bestimmt, ut in bonis illorum qui vulgariter Havescoot spurii dicuntur, si de terra nostra nati fuerint, et proximi habeant, succedant in dictis bonis proscimiores. Späteres bei Stobbe § 296 N. 4.

88) Laurière s. v. desherance; Viollet précis I S. 734. Mir fehlen hier die Belege.

89) Muller, Utrecht S. 71. 1002: episcopus deprecatus est nostram imperialem clementiam, ut res presbyterorum advenarum, quas teutisca lingua overmerke nominamus post obitum eorum relictas nostre (der königlichen) dicioni supranominate ecclesie concederemus; 1025 S. 77 wiederholt. — Bremer U. B. I. 56. 1181: Das Vermögen eines erblosen Kolonisten fällt ad regiam manum (hiezu N. 90).

90) Magdeburg-Breslauer Recht v. 1261 § 41 (Laband Magdeburger Rechtsquellen S. 19), und die daraus abgeleiteten Rechtsquellen. — Lübecker U. B. I. 7. 1188: si vero intra tempus istud nullus proximorum suorum venerit quecumque hereditavit, regie potestati solvantur; dazu Lübisches Recht cod. 1. 19; cod. 2. 26; zum bisherigen Tomaschek, das Heimfallsrecht S. 12 fd. Man kann nun aber daraus nichts schliessen: nicht nur, dass im vierzehnten Jahrhundert als königliche Gewalt der vom König unmittelbar mit der Hochgerichtsbarkeit Belehnte oder der Hochgerichtsherr überhaupt (N. 93) angesehen wird; sondern bereits im schweriner Recht des zwölften Jahrhunderts § 2 wird davon gesprochen, dass der Königsbann wegen Verwendung fällt in partem regie potestatis (Gengler, Stadtrechte S. 432): es ist ganz unmöglich, (wie Hegel, Entstehung des deutschen Städtewesens S. 169 fd. meint), dass in dem entlegenen Schwerin zu Ende des 12. Jahrhunderts der König je den Königsbann bezogen haben sollte; vielmehr will die Quelle mit der Bezeich-

Digitized by Google

rechts erwähnen noch im 13. Jahrhundert das königliche Recht[91]), während andere dem Landesherrn das Heimfallrecht geben[92]). Eine Quelle des 14. Jahrhunderts schreibt in sehr bezeichnender Weise die königliche Gewalt, an welcher der Heimfall stattfindet, demjenigen zu, der vom König unmittelbar mit dem Hochgericht belehnt ist[93]). Dies trifft genau mit dem Reichsweistum von 1294 überein, wonach das Recht an neuen Inseln dem vom Reich belehnten Grafen zusteht[94]).

Die thatsächlich wichtigste Form des obrigkeitlichen Rechtes an herrenlosen Gütern — die Konfiskation des Vermögens von Ächtern und Hingerichteten — soll anderwärts betrachtet werden[95]). Da wird sich dann auch zeigen, dass neben dem Recht des Königs und seiner Beamten ein Einziehungsrecht der Volksgemeinde bestand, und dieses Volksrecht kehrt dann noch beim Strandrecht wieder[96]).

2. Eine herrenlose Sache, keine Person im Rechtssinn ist auch der Fremdling. Noch spät bezeichnet eine altertümliche Quelle Friedlosigkeit und Friedloslegung als die Versetzung in den Stand des Fremden[97]). Deshalb teilt der Fremdling das Schicksal der

---

nung lediglich den Hochgerichtsherrn dem städtischen Gericht gegenüberstellen (vgl. dazu das lübische Privileg v. 1188, Lüb. U. B. I. 7, 12), wie denn auch die deutsche Übersetzung für regia potestas den Ausdruck herschop gebraucht. Ob regia potestas ursprünglich auf den Grafen von Schwerin oder Heinrich den Löwen, den Herzog, geht, steht dahin, die spätere deutsche Übersetzung jedenfalls bezieht die Sache auf den Grafen von Schwerin.

91) S. sp. III. 80 § 1; es besteht gar kein Grund, der berechtigte, die detaillierte Angabe mit Schröder S. 5. 16. N. 63 als eine nicht aus dem Leben gegriffene zu bezeichnen. Kl. Kaiserrecht II. 98. — Die erblosen Mobilien fallen nach dem S. sp. I. 28. bereits an den Richter.

92) Sw. sp. 155.

93) Rechtsbuch nach Distinktionen I. 20. 2. Nicht so präzis ist die Glosse zum Weichbildrecht a. 58 (Ausgabe von Daniels col. 380 fd.), die unter der königlichen Gewalt den Inhaber der Hochgerichtsbarkeit überhaupt versteht.

94) N. 81.

95) § 17 V. 3.

96) Noch in dem Reichsweistum von 1255 (Weiland II. 370), welches das Strandrecht zu beseitigen sucht, wird dieses von der patria geübt.

97) Status de la cité de Liège v. 1328 § 9 (Recueil Liège I S. 497): item qui home ocirat s'ilh est tenus il serat mors, et s'il n'est tenus il serat albains tantoist de son fait meismes et puet chascuns siwre le malfaitour de chaut fait et prendre; vgl. auch paix de Tongres von 1403 § 4 (Recueil Liège II S. 92 f.).

Digitized by Google

übrigen herrenlosen Sachen. In fränkischer Zeit gehören die Fremdlinge dem König[98]), und Spuren dieser Rechtsauffassung finden sich dann später in Deutschland[99]); gewöhnlicher aber und zwar nach sehr frühen Urkunden gehören auch in Deutschland und Burgund die Fremdlinge dem Grafen[100]).

---

98) Miräus I S. 248 f. 803: der König schenkt auf Bitten der Grafen der Kirche von Cambray advenas eo loco commorantes atque monetae officinam simili modo.

99) So die Utrechter Urkunde von 1002 (N. 89); dann aber vor allem die späten Bezeichnungen der Fremden als Königsleute oder Reichsleute nach Pfälzer Wildfangsrecht: K. Brunner, der pfälzische Wildfangsstreit S. 6.

100) Duvivier Hainaut ancien S. 440. 1084: concedo (Graf v. Hennegau) Normanos, qui in eadem villa deguerint ea conditione, ut si anno et una die ibi manserint, postea ibi et ubicumque in comitatu meo abbas et monachi jure sempiterno possideant. Si vero ad annum vel diem non pervenerint, solum dum ibi habebuntur sub ditione abbatis et monachorum erunt. Albanios etiam similiter trado; S. 462. 1094: der Graf von Hennegau schenkt der Abtei S. Crespin alle dort wohnenden Teutonici hoc est Flandrenses Miräus I S. 203. 1247 Brabant: si vero fuerint adventicii, bona talium secundum legem terrae huc usque servatam nostra sin tet successorum nostrorum. Lacomblet II. 191. 1233, Recht von Emmerich: Si qui vero advene fuerint inhabitantes cuiuscumque sint conditionis, de quibus ignoratur a civibus, an dominos habeant an parentes, si decesserint, nec comes nec judex nec aliquis talem hereditatem, sed scabini inter se occupatam detinebunt ad annum et sex menses; quod si infra annum vel dominus vel heres comparuerit, scabini sibi omnem justitiam facient; si vero nullus talis comparuerit, qui justitiam habeat in tali hereditate, iudex ex parte comitis et prepositi ex tunc se intromittet. Ganz ähnlich ist die Bestimmung im Stadtrecht von Cleve v. 1242 (Lacomblet II. 265): nur steht hier statt 6 menses sex septimanis, und wahrscheinlich ist auch im Emmericher Recht so zu lesen. Lacomblet II. 233. 1238, notum esse cupimus (Graf von Berg) quod nos cum liberis nostris indulsimus fratribus de veteri monte, qui ad consilium nostrum grangias suas secularibus — colendas exponere coguntur, ut si eas hominibus nostris exponant, nos ab eisdem hominibus nullus penitus petitiones exigamus —; si vero adventiciis hominibus exponant, nos similiter ab eisdem advenis nullas petitiones vel servitium exigemus occasione eorundem bonorum, nec eos post mortem ipsorum ad ius, quod vulgo dicitur Ervedel, nec omnino ad aliquod ius cogemus. Lacomblet II. 658. 1273: (Graf von Berg) que nobis iure advenarum quod inkomen dicitur, attinebant. Grimm II S. 7 Saarbrückner Recht von 1321: dem Grafen gehören Kawertine, Lamperter, Juden. Lacomblet IV. 664. 1244, Graf von Loon: Item reservavimus nobis, si qui homines nostri cuiuscumqne essent conditionis vel homines extranei vel de nostris advocaticius in terris prenotati feodi — manerent. Miräus I S. 413. 1223: die Herrin von Termonde schliesst mit der Gräfin von Flandern einen Vertrag dahin, quod neutra potest vestigare et sequi servos neque albinos nec hominem advocatiae nec ancillam de uno dominio in aeternum. Seibertz I. 42 § 13 (Soester Recht): praeterea

Digitized by Google

In Frankreich aber ist das albanagium ständig mit der Hochgerichtsbarkeit verknüpft[101]).

Aber allerdings kommt es vor, dass der König das Recht auf Fremde (wie Bastarde) auch in Herrschaften mit Hochgerichtsbarkeit besitzt[102]). So wird nicht jede Hochgerichtsbarkeit, sondern wohl nur die aus der Grafschaft entspringende das Albanagium gegeben haben.

Grundlegend für das nachfränkische Fremdlingsrecht ist es nun, dass nicht nur und nicht einmal vorzüglich der Reichsfremde

---

iuris advocati est hereditatem accipere Frisonum et Gallorum. Westf. U. B. III. 229: omnes illi Frysones qui manserint in cometiis comitis Lodewici, illos habebit; reliquos omnes habebit comes Otto qui venerint de sua Frisia ab alia parte (zweifelhaft, ob hierher gehörig). Hildesheimer U. B. 548 § 25: sterft ein tokomen man, sin gut scal me behalden ganz up der selven voghedige jar unde dach; en kumpt bi dere tit sin rechte erve nicht, mit deme gude en scal de voghet nicht don ane des rades willen noch de rat ane de voghedes willen. Suisse Romande XVIII S. 424 f.: in Sitten werden Fremde nach Jahr und Tag bischöflich propter Regaliam. Spon Genève II. 1. 1124: der Bischof und nicht der Graf hat die adventicios, ex quo per annum et diem Gebennis moram fecerint. Franck, die Landgrafschaften des heiligen römischen Reichs S. 67. 1322 unt. hant behaupt (der Inhaber der Grafschaft Heiligenberg), dass wa ain herkommen mann kumpt in unser graveschafft dass der durch recht an kainen herrn soll nemmen dan uns.

101) Gall. christ. XIV col. 73: im allgemeinen hat der Graf das Recht am Nachlass des verstorbenen Fremden. Warnkönig III. 5. 1249: nos Margaretha Flandriae et Hainonie comitissa notum facimus — quod nos P. (Namen) a conditione servili seu aubanitate omnimodo deliberamus. Warnkönig III. 36. 1212: ubicumque aubanos habebam (der Herr von Audenarde), nihil juris se habere cognovit (der villicus). Bourquelot Provins II S. 398: die französischen albani bleiben dem Grafen. Teulet I. 1159. 1215—1226: der Herr von Loches, der Hochgerichtsbarkeit behauptet und jedenfalls das militärische Aufgebot sich bewahrt hat, während sonst die Hochgerichtsbarkeit an den Grundherrn übergegangen ist, hat albanagium. Teulet II. 1604. 1223: declaratum est per iudicium apud Salmurium quod dominus rex habet in tota terra regalis abbatie raptum, multium et quatuor denaris de singulis albanis et exercitum et equitationem. Beaumanoir 58 § 4. les cozes trouvees et les espaves, qui n'ont point de suite et ce qui vient des bastars as signeurs, par le reson de ce qu'il n'ont point de lignage et ce qui esquiet de gens estranges, quant uns de lignage ne se tret avant, toutes tex cozes doivent estre au segneur qui a le haute justice et nient a cie qui a le basse. Et S. Louis II. 31 (N. 78). Ol. I S. 346; Ol. I S. 402. VI. — Eigenartig ist Champagne 58: quant aucuns albains vient demorer en la justice daucuns Seigneurs et li Sires desoubz qui il vient ne prent le service dedens lan et le jour, se les gens le Roy le savent, il en preignent le service et est acquis au roy.

102) Ol. II S. 456. IX.

Digitized by Google

als Fremder angesehen wird. Es scheint ja allerdings, als ob das fränkische Reichsrecht nur den, der nicht zum Reich gehört, als Fremden betrachtet hätte[103]), und die im Westen weitverbreitete Sitte, den Fremden als albanus zu bezeichnen, setzt diesen Gedanken ursprünglich voraus. In der nachfränkischen Zeit aber wird eben jeder, der von auswärts kommt, der am Ort nicht ansässig ist, als albanus angesehen[104]); da und dort versucht man genauere Begrenzung: Fremde sind die Angehörigen einer fremden Grafschaft oder einer fremden Diözese[105]). Damit wird nun ein Element eingeführt, welches die ursprüngliche Konstruktion ganz verändert: ursprünglich muss wohl der Fremde sofort Eigentum des Königs geworden sein, wenn dieser auf ihn greift. Auch in den späteren Quellen wird daran festgehalten, dass der König oder Hochgerichtsherr das Recht an Fremden erst durch eine besondere Okkupation erwirbt[106]); allein dieser Okkupation schiebt sich weithin

---

103) Bereits das ed. Chilper. § 1 beziehe ich nicht auf die Herstellung eines gleichartigen zivilen Erbrechts — an so etwas hat man damals gewiss nicht gedacht — sondern auf die Herstellung eines allgemeinen erblichen Commercium und damit die Beseitigung des Fremdenrechts für die Reichsangehörigen im Reich des Chilperich. — In cap. 25 § 4 wird der Aufenthalt in einer anderen, als der angeborenen Grafschaft doch nur auf ein besonderes Dienstverhältnis (de illis qui aliunde in bassalitico commendati sunt) zurückgeführt. Das mag der Übergang zu späterem sein. Das edictum Pistense § 31 (cap. 273) spricht bereits von einem census, der von fliehenden Franken anderwärts erhoben wird.

104) Ganz allgemein ist der Begriff der albani in einer Urkunde aus der Maine (1055—1067) bei Flach, les origines de l'ancienne France I S. 160 bestimmt: Iudicavit igitur omnis curia quod nullus alius albanius esset dicendus nisi is qui per terram ibat et in ea nec parentem nec amicum nec hospicium ullo modo habebat, nec in illa terra nisi transeundo habitabat. Hier kommt es also gar nicht darauf an, dass der albanus reichsfremd ist. Geradeso unterwirft aber das Soester Recht die Friesen (N. 100) also Reichsangehörige dem Fremdenrecht.

105) Die Diözese ist in einigen späteren französischen Zentrums massgebend: siehe Laurière s. v. aubain (S. 47); gerade so wird aber der Begriff in einer Bremer Urkunde gefasst: Oelrichs S. 412. 1339: advene et de aliis dyecesibus venientes. — Bei Giraud I S. 68. § 99 sind keine extranei die Leute aus der Grafschaft, zu der Montpellier gehört.

106) So sehr früh und deutlich nach dem Zollrecht von Arras v. 1036 (s. Guimann S. 172) Homo si de ultra sylva arida gamantia se tradere voluerit, si castellanus eum prius acceperit Albannis erit nec amplius se donare poterit; dann nach Pfälzer Wildfangsrecht; (K. Brunner S. 5); dann Champagne 58 (N. 101); Miräus I S. 413.

Digitized by Google

eine Frist von Jahr und Tag vor[107]). Während dieser Zeit ist der Fremdling frei; er hat die Möglichkeit, sich irgend einem Herrn zu kommendieren oder sich dauernd frei zu erhalten, dadurch dass er dem Grafen den allgemeinen Freienzins von 4 Denar entrichtet[108]). So wird eben zunächst der Auswärtige, der aber kein Reichsfremder ist, nur als das Objekt künftigen königlichen oder gräflichen Rechts angesehen: macht er sich ansässig und zahlt die Freiensteuer, so tritt das Recht gar nie ein. Lässt er dagegen ohne solche Ansässigmachung Jahr und Tag, d. h. die Ersitzungsfrist, verstreichen, die für Königsgut gilt, so ist sein früherer Status gebrochen, und er wird nun als königliches oder obrigkeitliches Eigentum angesehen.

Entfernt nicht allgemein ist die Erstreckung des Fremdlingsrechts auf den auswärtigen Reichsangehörigen durchgedrungen; es sind nur bestimmte Gebiete, wo die Ansiedelung den Fremden nach Jahr und Tag in Unfreiheit versetzt[109]), wo die Luft jeden Anziehenden eigen macht. Weit verbreitet ist aber die Einrichtung und, da natürlich auswärtige Reichsangehörige viel zahlreicher als auswärtige Reichsfremde sind, so haben eben die für die erste Klasse geltenden Normen das sofortige Aneignungsrecht der Obrigkeit überhaupt verdrängt. — Möglich, aber ganz unerweislich ist es, dass die Behandlung auswärtiger Reichsangehöriger als Reichs-

---

107) So nach Pfälzer Wildfangsrecht Brunner S. 5; Champagne 58; Beaumanoir XLV § 19: et encore y a il de tix terres, quant uns frans hons, qui n'est pas gentix hon's de lignage y va manoir et il y est residens un an et un jour qu'il devient soit hons soit feme sers au segneur desoz qui il veut estre residens. Ol. S. 627. XXII. Spon Genève II. 1 (N. 100). Lacomblet II. 265 (N. 100); vgl. auch Hildesheimer U. B. 548 § 5 (N. 100) Goslar U. B. I. 1219. Item advocatus civitatis nullius hereditatem debet accipere praeter quam histrionum, ioculatorum et advenarum. Sed hereditatem advenae per unius anni circulum in manu alicuius burgensis salvam faciet observari; infra quod tempus si nemo venerit qui eam petat, tunc demum ipsam haereditatem advocatus sibi retinebit.

108) § 3. N. 73, N. 74.

109) Beaumanoir 45 § 19 (N. 99). — Ganz unklar ist es freilich, wenn Stobbe § 42 meint, dass das Wildfangsrecht nicht aus der Rechtlosigkeit des Fremden, sondern daraus sich erkläre, dass an bestimmten Orten die Luft eigen macht. Da das keine physikalische Eigenschaft irgend einer „Luft" ist, so bedeutet das Sprichwort eben nichts anderes, als dass in vielen Gegenden jeder Ankömmling, nicht bloss der Reichsfremde, unfrei ist. — Dass das italienische Gesetz Friedrichs II. von 1220 § 9 (Weiland II. 85) irgend einen Einfluss auf das deutsche Fremdlingsrecht geübt hätte (so Stobbe I S. 315 und daraus Schröder S. 515), ist unerweislich und mehr als unwahrscheinlich.

Digitized by Google

fremder eine Nachwirkung des ältesten Rechts mit seinen vielen kleinen Völkerschaften ist; sie hätte dann hier das entgegenstehende Reichsrecht überdauert. Der Fremdling wird ursprünglich zum Eigentum des Königs. Dafür haben wir keinen Anhalt, dass er an sich in den besondern Schutz eintrat, der dem königlichen Gesinde zukommt[110]). Es wird eben dazu die besondere Kommendation erforderlich sein. Die Unfreiheit des Fremden äussert sich besonders darin, dass sein Nachlass an die öffentliche Gewalt fällt, wie der Nachlass des Unfreien an den Herrn. Wie aber vom letzteren sehr häufig nur ein Anteil eingezogen wird, so begegnet früh auch ein blosser Erbteil des Grafen am Nachlass des Fremden[111]). Das ist der einfache Ursprung der Gabella hereditaria[112]). — Wie durch Staatsvertrag und Sitte das Fremdlingsrecht allmählich beschränkt worden ist, geht über die zeitlichen Rahmen dieser Untersuchungen weit hinaus.

III. Hauptstück.

Die Militärhoheit des Landrechts.

§ 11. Die allgemeine Kriegspflicht.

I. Die französischen Quellen, welche die allgemeine Wehrpflicht am deutlichsten bewahrt haben, sprechen davon, dass der coustumier zu hostis (exercitus) oder cavalcatio verbunden ist[1]).

110) Das einzige, was man dafür anführen könnte, sind die 600 sol. Komposition, die der wargengus der l. Chamavor. hat (c. 9). Allein auch der Frankus hat 600 sol., und später (§ 30. VII) wird sich zeigen, dass dieser Betrag wahrscheinlich nicht mit einer besonderen Beziehung zum König zusammenhängt, sondern damit, dass die vornehmeren Leute fortdauernd die Bezahlung der Komposition in schwererem Geld verlangten. Auch der Fiskus, dem das Wergeld des wargengus zu entrichten ist, hat dies nach cap. 39 § 9 jedenfalls bis 803 getan, und so kann das anscheinend erhöhte Wergeld des wargengus auch schon lediglich daraus erklärt werden, dass der Fremde dem König gehört und die Busse für seine Beschädigung in besserem Geld verlangt wird.

111) Lacomblet II. 233. 1238 (ob. N. 100).

112) Mit dem italienischen Gesetz von 1220 § 9 (N. 109) hat die Sache gar nichts zu thun; anders Stobbe I S. 315.

1) Et. S. Louis I. 65; se li bers fait semondre ses homes qu'il li amaignent lor homes costumiers à aler en l'host le roi, lor prevoz les doit amener de chascun ostel I au commandement au seignor ou cors dou chastel: et quant il les averont amené au commandement au seignor, il s'en doivent retorner. Nule

Digitized by Google

Trotz des anscheinenden Gegensatzes wird dabei die cavalcatio auch als hostis angesehen[2]).

---

fame à costumier ne doit ne ost, ne chevauchiée ne li fornier ne li monier, qui gardent les fourz et les molins. Et se nus de ceus qui sunt semont remanoit, et li bers le poïst savoir, il en paieroit LX s. de gages. Et li prevoz au baron si doit mener les homes jusques au prevost le roi au chastel dont li home sunt dou resort; et puis si s'en doit retorner ariere. — Li home costumier des chasteleries si doivent as barons lor chevauchiées; et li prevoz as vavasors si les doit mener ou cors dou chastel au commandement au baron. Et li bers ne les doit mie mener en leu dont il ne puissent revenir au soir; et cil qui remandroit si en feroit LX s. d'amande: Et se li bers les valoit mener si loing qu'il ne s'en poïssent revenir au soir, il n'i iroient mie, se il ne voloient, ne n'an feroent ja droit, ne nule amande. Später: Et li home coustumier ne doivent estre en l'ost le roi que XL jors et XL nuiz, et se il s'en venoient avant les XL jors et les XL nuiz, et il en fussent prové, la joutise le roi en porroit bien lever LX s. d'amende par droit. Es ist also hier deutlich unterschieden das Aufgebot des Königs, das durch den Baron nur vermittelt wird und zu einem Kriegsdienst von 6 Wochen verpflichtet, und das selbständige Aufgebot des Barons, das nur zu einem Dienst verpflichtet, von dem man jeden Abend zurückkehren kann, d. h. zur Landwehr. Beidemal aber ist der gemeine Mann auch zu chevauchié verhalten. — Beachten muss man, dass in dem Gebiet, für das die Etablissements schreiben, der König die Herzogsgewalt hat. — Vaissete V. 277. 1067, Moissac: sed neque in hostem vel expeditionem pedistrem homines ibi manentes pergere cogerent. — Vaissete VIII. 157. 1212: Simon von Montfort verleiht mit einem castrum et vasallos, et fidelitates militum et aliorum, et hominia omnium hominum, et vias et stratas, et omnia jura, et usatica predictorum castrorum realia et personalia, et ost et cavalgada hominum, retentis tamen militibus a nobis in exercitu generali, et quistas burgensium et rusticorum, et servicia tam militum quam aliorum, et laudimia et consilia domorum et terrarum et vinearum et mandamenta hominum, militum et aliorum hominum et albergas et omnes servitutes rerum et personarum, et generaliter omnia jura, que umquam vicecomes Biterrensis et ego habuimus. — Teulet I. 92, Vendôme 1146: ut nullus deinceps prepositorum vel servientium nostrorum in omnibus superius enumeratis nec talliatam aut questam, nec jacere, nec procurationem, nec exercitum vel equitatum habeat. — Teulet I. 371. 1190 Tours: comes non debet homines de Castro-novo ducere in exercitum sive in equitacionem contra aliquem, nisi forte causa et nomine belli, ita tamen quod vexillum Beati Martini precedat. Contra vero regem Francorum nullo modo potest eos ducere. — Teulet II. 1592—1223, Auxèrre: Dicti vero cives mei exercitum et equitationem michi debent, ita tamen quod ipsi in propriis personis ibunt vel mittent sufficienter pro se convenientes personas. — Teulet II. 1604. 1223: Hochgerichtsherr hat exercitum et equitationem. — Teulet II. 2032. 1229 Auxonne: li hommes d'Auxone doivent au seigneur l'ost et la chevauchie et le charroy en la chevauchie; II 2075. 1230, Provence: J'aurai mon ost et ma chevauchiée, si com ge avoie devant, fors tant que hom de 60 ans ou de plus n'i ira pas. — II. 2142. 1231. Nevers: nos — omnes consuetudines qualescumque. quas nos et predecessores nostri in villa Nivernensi habebamus

Digitized by Google

Wie hat man sich nun diese cavalcatio vorzustellen? Dass sie nicht der Dienst des schwergepanzerten Ritters ist, versteht sich von selbst. Aber haben die Leute des allgemeinen Aufgebots doch zu Pferd gekämpft? Das Wort cavalcatio zwingt nicht dazu, das anzunehmen, denn man kann sich sehr wohl denken, dass auch diejenigen, welche zu Pferd auszogen, zu Fuss stritten, und in der That zeigen die wenigen Fälle, in denen die taktische Gestaltung des allgemeinen Aufgebots hervortritt, dass die gewöhnliche cavalcatio mehr Beförderungsform als Kampfform ist[3]).

---

aut solebamus habere, et nominatim chevaucheyam nostram et exercitum nostrum, eisdem burgensibus — quittavimus. — Papon II. 44. 1227: Item concesserunt eidem domino Comiti quod totum commune Grassae faciat dicto domino Comiti Cavalcatas circa Grassam per octo leucas. Alias vero, ubi ipsi necessarium erit, de centum peditibus vel de decem militibus cum equis armatis usque ad Rhodanum, quod magis de illis duabus placuerit probis hominibus de Grassa. — Giraud II S. 8 und ff. 1238 sind die equites und pedites aufgezählt, die jedes castrum dem Grafen der Provence zu stellen hat: S. 8 ob.: item, statuimus ut milites semel in anno tantum predictas cavalcatas 40 dierum facere teneantur, et etiam pedites qui cum praedictis militibus pro cavalcatis sunt infra scripti. — Giraud I S. 66 § 88. 1204, Montpellier: host et cavalcadam habet dominus Montispessulani in hominibus eiusdem ville etc. — Bayonne 85 § 2: religios cum es fray menor, prediquedor ni autre religios. assi manmortz et mendicans cum aquetz no seran ni prims ni torners de nulh heretadge apres le mort dauguns; car si lo serin, lo seinhor ne perderi sons debertz, cum es dost et de cabeugade et dautres debertz que hom lo deu far per areson de son heretadge. — Baluze misc. VII S. 337. 1218, Puy en Velay: quod si illi qui pacem iuraverint nollent ire pro vindicta dictorum forisfactorum, vel si pax forte non esset iurata, Episcopus bona fide submoneret omnes illos qui debent ei exercitus et cavalcatas. Früher ist die Meinung vertreten worden, es sei hostis das Aufgebot des Königs, chevauchie das Aufgebot zu einem Privatkrieg; schon Boutaric éc. des chartes sér. V t. 2 S. 151 hat das zurückgewiesen; aber auch seine eigene Auffassung, dass ostis den grossen Krieg, cavalcatio die kleinere Streife bedeutet, die er ohne Quellenbeleg aufstellt, erweist sich durch die hier beigebrachten Stellen als irrig.

2) So schon Vaissete II. 209. 954: Et si ego vicecomiti de Urgellitano jamdicto non sum in istas cavalcadas jamdictas sives in hostes, kavallarios ipsos jamdictos de vicechomitatu faciant ipsas hostes vel kavalkades. Für später besonders Et. S. Louis I. 67 in N. 1.

3) So löse ich mir die Nachrichten über das sächsische Aufgebot, welche nicht bloss die doch etwas unbestimmten Geschichtsquellen (bei Baltzer, zur Geschichte des deutschen Kriegswesens S. 3) ergeben, sondern auch die Gestaltung der sächsischen Heerwede, wie sie Nitzsch mit ausgezeichnetem Scharfsinn verfolgt hat (das sächsische Heergewede und die holsteinisch-ditmarsische Bauernrüstung: Jahrbücher für die Landeskunde der Herzogtümer Schleswig-Holstein und Lauenburg I S. 335 ff.). Beides führt auf Reiterdienst,

Digitized by Google

Bereits in der karolingischen Zeit muss ein grosser Teil des Heeres beritten, kann aber nicht gepanzert gewesen sein, während die Nichtberittenen wesentlich zur Landwehr verwendet werden. Abgesehen von allgemeinen Erwägungen aus der räumlichen Ausdehnung der Feldzüge[4]) und der auf 40 Tage beschränkten Kriegspflicht[5]), könnte dafür schon die Analogie des langobardischen Rechts sprechen; nach diesem[6]) zieht der Besitzer von 40 Joch und darüber zu Pferd aus; mit der lorica bekleidet ist freilich auch hier nur der Allerreichste. Vor allem aber muss das Gleiche aus den fränkischen Quellen selbst gefolgert werden. Zunächst kommt ein indirekter Schluss in Betracht: nach späteren Ergebnissen[7]), die ich hier vorausnehme, liegt in der französischen Zeit die allgemeine Wehrpflicht auf dem einzelnen Hof, also für die Masse der Besitzer höchstens auf dem mansus. In der karolingischen Zeit dagegen treten bekanntlich die Bauern, welche nicht mindestens 3 mansus haben, zur gemeinsamen Ausrüstung eines Kriegers zusammen. Erst die Besitzer von 3 (4) mansus und darüber ziehen selbständig aus[8]). Die Wehrpflicht wird also im Grund genommen immer erst von 3 mansus geleistet; hat nun irgend welche Kontinuität zwischen fränkischer und nachfränkischer Entwickelung bestanden, dann muss dieser Dienst von 3 mansus mehr sein, als das, was der gewöhnliche Bauer von seinem Hof leistet; so kommt man auf den Auszug zu Pferd gegenüber dem Fussdienst. Das ist vorläufig nur eine Vermutung; sie wird aber durch ein friesisches Kapitular zur Gewissheit erhoben[9]). Danach sollen sechs pauperiores den siebten ausrüsten; die Vermögenderen aber sollen als caballarii ausziehen[10]).

---

aber nicht Panzerreiterdienst. Andererseits kämpfen die sächsischen Bauern in der Schlacht an der Unstrut als vulgus pedestre (Baltzer a. a. O. S. 4. N. 11). — Auf das Gleiche führt die Nachricht bei Dudo II. 22: nachdem Rollo die fränkischen Vasallenheere besiegt hat, tritt ihm der allgemeine Heerbann (rustici — congregantes incomprehensibilem numero multitudinem) entgegen. Rollo spottet: populus peditum nescio an equitum nos sequitur.

4) Waitz IV S. 543. Brunner Forsch. S. 48.

5) unt. N. 26.

6) Brunner Forsch. S. 63.

7) unt. N. 46.

8) Cap. 48, Cap. 50.

9) Cap. 49 § 3.

10) Über friesische Pferdezucht v. d. Bergh I. 9. 31: tertius census ad herbam solvendam 30 den. quod est apud Fresones rosbannare id est ut equi commune pabulum habeant in prato post abscisionem feni.

Digitized by Google

Wer als Vermöglicher angesehen wird, steht dahin; wollte man jeden hierher rechnen, der nicht mit 6 anderen einen Gestellungsverband bildet, so käme man unter Heranziehung der allgemeinen Norm darauf, dass pauperior nur der Besitzer eines halben mansus ist, während der Besitzer von mehr zu den Vermöglicheren zält. Allein das ist unmöglich: während nach den allgemeinen Kapitularien eine ganz allmähliche Stufenreihe eingeführt ist, alle Besitzer unter 3 (4) mansus in Verbände zusammengelegt sind, die im Verhältnis zum fallenden Besitz umfangreicher werden, bis schliesslich erst 6 Besitzer von $^1/_2$ mansus einen Einzelnen stellen, würde sich hier an den Gestellungsverband von 7 Leuten, der den weitesten Gestellungsverband der allgemeinen Kapitularien an Ausdehnung noch übertrifft, sofort ohne jede Vermittelung durch kleinere Verbände der selbstständige Dienst der Vermögenden anschliessen. Das wäre eine so ausserordentliche und unproportionierte Mehrbelastung, dass daran nicht gedacht werden kann. So bleibt die Grenze der pauperiores ungewiss; möglich, dass sie auch in Friesland zu den Besitzern von 3—4 mansus hinaufreicht. Das Entscheidende ist nun, dass jedenfalls alle Vermögenden, alle, die nicht durch einen Verband gestellt sind, als caballarii dienen. Die Nachricht fasst dies nicht als etwas Besonderes oder als Neuerung etwa für Friesland, sondern als selbstverständlich. Die caballarii aber bilden in der fränkischen Zeit den Gegensatz zu den Panzerreitern, den Vasallen[11]). Auch später wird das — zunächst allerdings für die Kreise der Ministerialen — hervortreten[12]); natürlich hat aber für diese Kreise kein anderer Begriff des caballarius gegolten als im allgemeinen bürgerlichen Leben. Freilich sind auch die Panzerreiter caballarii; aber nicht alle caballarii sind Panzerreiter, und so heissen nach dem allgemeinen Gesetz der Standesbezeichnung, das uns einigemal begegnen wird, die geringen caballarii, die eben nichts als caballarii sind, eben die caballarii schlechtweg. Besonders deutlich treten die caballarii der allgemeinen Wehrpflicht im französischen Süden auf. Hier werden die Spanier allein als die homines hostolenses bezeichnet und erscheinen anderseits als Reiter, aber nicht notwendig als Vasallen d. h. als Panzer-

11) Dass dem caballarius die lorica fehlt, ergiebt sehr deutlich cap. 77; dazu Nitzsch Ministerialität und Bürgertum S. 25, dessen Aufstellungen oft angegriffen, nie widerlegt wurden. Cluny IV. 3409. 1066: castellum Aggeri cum militibus, cavallariis, hominibus, mancipiis.

12) § 48.

Digitized by Google

reiter[13]). Ein andermal wird von hostis oder der cavalcada der cavallarii de vicecomitatu gesprochen[14]), und cavalleriae erwähnt, die ein gewisses zu Reiterdienst verpflichtendes Besitzmass darstellen: es ist wenigstens sehr leicht möglich, dass hier nicht an Panzerreiter gedacht ist[15]).

Nach einer Angabe aus dem Bordelais sind die Besitzer von Alodien überhaupt verhalten zum hostis auszuziehen[16]); nach einer anderen Nachricht aus demselben Gebiet, die fast gleichzeitig ist, werden die bäuerlichen Besitzer der Alodien zur Landwehr verwendet, und lediglich die ritterlichen Besitzer ziehen aus — natürlich zu Pferd; die Bauern aber haben eine Pferdeabgabe zu leisten, und deren Form weist darauf hin, dass auch die zu einem Verband zusammengelegten ärmeren Leute früher einen Reiter stellten[17]). Wahrscheinlich gehören dann weiter auch die in Flandern genannten Landridder hierher[18]).

---

[13]) Vaissete V. 43. 918: et cavalcata, sicut alii Spanii debent facere de illorum aprisione. — Vaissete V. 3. 881: Si vero infra istas villas homines Hostolenses vel Hispani fuerint, quidquid jus fisci inde exigere debet (es ist an die Geldstrafen zu denken) totum ad opus sanctae matris ecclesiae Narbonensis iure perpetuo concedimus obtinendum. V. 13, V. 20, V. 28, 46 ebso. Marca col. 832—899, Elne: si vero infra istas villas aut Ecclesias superius nominatas homines Hostolenses vel Ispani fuerint. Vaissete V. 187. 1029: ein alodium, das francum ist, wird als hostilitas bezeichnet. — Dass die Spanier dabei nicht vasalli sind, ergiebt Vaissete II. 119 § 9.

[14]) Vaissete II 209. 954: ob. N. 2.

[15]) Usat. 23: omnes homines debent formare directum senioribus suis — miles vero per X (uncias) per unamquamque cavalleriam terre. — Vaissete V. 425: commendant namque praenominati Berengarius et uxor ejus Rosdors cum suis terminis et pertenentiis praelocuto Berengario-Fulconis ac donant ei per fevum in eodem Rosdors cavallarias duas, sicut tenuit Bernard-Ermenmiri, unam scilicet cum cavallario, alteram in dominicum (d. h. zu Zinsland). — Marca col. 1190. 1091: Graf von Urgel schenkt unam cavellariam de omnibus pariis quae datae erunt ex omnibus partibus ad praelibatum castrum Girbi, donec opitulante summo Deo capta sit civitas Balagarii. Et in ipsis cavalgadis, quae erunt factis, de praedicto castro Girbi similiter habeat unam cavellariam.

[16]) Barckhausen Bordeaux S. 55 n. 84: costuma es que nostre senhor lo rey d'Anglatarra duc de Guiayna, a quatre dreytz ens aloys. — lo quart es que hom fey homest (andere Handschriften fey hom host) per rason deus aloys.

[17]) Gall. christ. II col. 292 (ob. § 3 N. 84).

[18]) Warnkönig II. 178. 1107: cum vero milites villae in expeditionem comitis moniti proficisci deberent. — Warnkönig II. 184. 1190: Sciendum amen, quod in praedicta villa de Popringhem debet comes habere equites, quit

Digitized by Google

Fasst man alles zusammen, so ist cavalcatio der Kriegsdienst, den der vermögendere Besitzer zu Pferde leistet: für die Frage, an welches Besitzmass dieser Dienst geknüpft ist, dürfen die Berichte über städtische Verhältnisse nicht ohne weiteres zu Grunde gelegt werden[19]). Die einzige spätere landrechtliche Angabe[20]) führt aber doch wieder auf den Besitz von 3 mansus, und auch ohne das darf man auf die fränkischen Verhältnisse zurückgehen und danach muss der Besitzer mehrerer mansus, also eines kleineren Gütchens, selbstständig Rossdienst leisten. Die kleineren Besitzer werden nach der karolingischen Gesetzgebung zu Verbänden zusammengelegt, die anscheinend einen Reiter zu stellen haben, und da und dort finden sich Spuren solcher Verbände[21]). Häufig kommen sie nicht vor und so werden die armen Leute, schon weil sie nicht reiten können, gewöhnlich nicht zu cavalcatio sondern zu expeditio pedestris ausziehen, soweit sie überhaupt zum hostis und nicht bloss wie ge-

---

Landridders vocantur. Miräus II S. 1137. 1085: Graf von Flandern schenkt terram apud Houtkerka, et excepto equitatu equitum, totum servitium infra Patriam et totum Fodermalt ejusdem Villae.

19) Et. de Rouen II. 4. 1208, Rochelle: mandamus etiam vobis rogantes, quod quilibet vestrum qui potest sine gravamine habeat equum aptum ad servicium nostrum. Strassburg U. B. IV. 2. Hälfte 3. c. 22: es sol ouch mengelich von sime guote hengest und pferde ziehen sie sient jung oder alt, die ir eigen gut hant und sullent alle constofler und antwerks meistere ir verfaren noch den haben. Oelrichs, S. 52. c. 19: So welic man coren wert in then rat the scal binnen them ersten manethe that he coret wert tughen en perd van dhren marken. Seibertz II. 749. 1358: Sonst unde wei ses mark in dem schotten steit, dey sal hailden enen hengest van XV mark en jaar u. s. w.

20) Lediglich das westerlauwerische Schulzenrecht § 21 (R. Q. S. 390) hat einen Ansatz: danach muss der Pferde gestellen, der 30 ℳ besitzt. Da nun im Schulzenrecht offenbar nach dem grossen kölnischen Pfund gerechnet wird, so ist der Rossdienst an ein Vermögen von 600 sol. geknüpft. Wenn man nun bedenkt, dass Wergeld und Wert des mansus vielleicht identisch ist (Brunner I S. 198), so würde das den Besitz von 3 mansus bedeuten, wenn man das gemeinfränkische Wergeld von 200 sol. und nicht das friesische zu Grunde legt. Das ist aber sehr wohl zulässig: denn das Minimum für den Rossdienst ist sehr leicht nicht durch das friesische Partikularrecht bestimmt.

21) so die societas der fiscalini in Worms (Worms. U. B. I. 27; genauer unt. N. 34). Statuta Berengarii Provence 1235 (Giraud II S. 7 ff.): Item, statuimus ut circa locum, vel castrum, vel villam, vel civitatem quam dominus comes obsessum vel obsessam teneret vel talaret, praeter supra dictas cavalcatas quae inferius continentur, teneantur pedites esse C cum domino comite vel ejus bajulo in cavalcatis; pro sex focis unus pedes. Dazu der Fall aus dem Bordelais § 3 N. 84.

Digitized by Google

wöhnlich zur Landwehr verwendet werden. Denn im ganzen wird das Aufgebot der Unberittenen nur bei Belagerungen oder im Gebirge[22]) gebraucht.

Der Wehrpflichtige muss zum Auszug die nötigen Waffen bereit halten; die Erfüllung dieser Verpflichtung wird nicht selten durch eine Waffenschau kontrolliert[23]).

II. Die Quellen unterscheiden die blosse Landwehr und den Auszug in eine grössere Entfernung.

1. Die Landwehrpflicht wird sehr häufig in die Formel gefasst, dass der Pflichtige nicht weiter als eine oder zwei Tagreisen von seinem Wohnort wegzuziehen braucht. Öfters war auch der Umkreis, für welchen die Heerpflicht allein gilt, genau abgegrenzt[24]).

---

[22]) Statuta Bereng. (Giraud II S. 7 f.) vorige N.; für den Gebirgskrieg die pedites de vallibus im Recht von Bigorre § 2 (Giraud I S. 20).

[23]) z. B. Lacomblet II. 802 a. E., Teulet II. 2075, Jostice et Plet IV. 6 § 2; Ol. II S. 354 VII; Matile Neuchâtel I. 62. 1214: Stadtrecht für Neuchâtel nach dem Muster des Rechts von Besançon.

[24]) Et S. Louis I. 65 ob. N. 1; Teulet II. 2455. 1236: Cadarossa in der Provence: homines vero Cadarosse, semel in anno tantum, nobis et successoribus nostris cavalguadam, expensis ipsorum hominum Cadarose, facere teneantur et nos sequi tantum in cavalguada longe per duas dietas exercitus in Imperio et in regno longe per unam dietam exercitus, et non longius; et per mensem tantum, semel in anno, nobiscum vel cum bajulis nostris esse debeant in cavalguada, et non spacio vel tempore longiori. Et. de S. Quentin § 7: enssement nous avons juré que le pueble de ychelle quemune en ost ne assemblée pour le seigneur ne yra que dedens le jour au bourc ne reviegnent, se n'estoit par l'amour et par la proiere et pour le grant proufit du segneur de le quemune, mais que che ne fust mie acoustumé, vgl. auch Charte von S. Quentin § 31: infra diem submonitionis (Ord. XI S. 273). Bonvalot charte de Beaumont en Argonne S. 109 c. 56 mit seiner ausgebreiteten Rechtsgruppe: burgenses in exercitum archiepiscopi ibunt, ita quod infra die crastina ad Bellummontem redibunt. Lorris c. 3 (Nouv. rev. hist. du droit 8 S. 447) mit seiner grossen Familie: nullus eorum in expeditionem nec equitacionem eat nisi eadem die ad domum suam, si voluerit, reveniat. Westerlauwerisches Schulzenrecht § 2 (R. Q. S. 388): dit is riucht, dat dy frya Fresa oen nen heerferd thoer fora fara, dan mitta ebba ut ende mitta floed op. Kâre 10 (R. Q. S. 18): versus austrum non remotius quam possint in vespere redire. Es ist eine beginnende Einschränkung, wenn in der pax Alsatiensis (Weiland I. 429 § 8) die vom Kaiser zum Ausritt Aufgebotenen sich nur für 3 Tage verpflegen müssen. Freiburger Rodel (Gaupp St. R. II S. 39) § 63: burgenses non tenentur ire cum domino in expeditione, nisi iter unius diei, ita tamen ut unusquisque sequenti nocte possit ad propria remeare. Im grand cout. de Norm. 22 § 3 ist der retrobannus als allgemeine Unterthanenlast erwähnt, aber hier dauert er noch 40 Tage d. h. das, was dem eigentlich schlagfertigen Teil des

Digitized by Google

Man wird die früh und oft hervortretende Wachtpflicht, die in den Städten auf die einzelnen Zünfte verteilt ist, als einen Anwendungsfall der Landwehr betrachten dürfen[25]).

2. Nicht bloss die Landwehrpflicht, sondern auch die Auszugspflicht ist überall zeitlich und zwar auf 40 Tage beschränkt[26]).

Dieselbe zeitliche Begrenzung wird sich später für das Aufgebot der Panzerreiter ergeben und dann zeigen[27]), dass diese

Heeres den Panzerreitern nachzieht, ist noch nicht zur blossen Landwehr in der nächsten Umgebung herabgesunken. — Fälle geographischer Abgrenzung bei Boutaric a. a. O. S. 15 f.

[25]) so ed. Pistense c. 27 (cap. 273 B.) ut illi qui in hostem pergere non potuerint iuxta antiquam et aliarum consuetudinem ad civitates novas et pontes et transitus paludium operentur et in civitate atque in marcha wachas faciant. Auch das Metzer Privileg (Metz IV S. 16 n. 775), das die wacta neben dem hostis publicus als allgemeine Freienlast ansieht, geht auf das Gleiche zurück; ebenso Vaissete V. 321. 1075: Sunt in ipsa villa tres mansi donantes decimam et quaestionem de omnibus rebus et tres censuales et in anno tria servitia de unoquoque et placita (an den Grafen) et facit exercitum contra paganos aut Christianos et custodiam castelli cum suo (des Kastells) conductu (Bezirk); España sagr. XXIX S. 452. 844: eo videlicet modo, ut sicut ceteri Franci homines cum comite suo in exercitum pergant et in marcha nostra iuxta rationabilem ejusdem civitatis ordinationem — exploraciones et excubias, quas usitato vocabalo quaytas dicunt, facere non negligunt. Mohr I. 69. 988: et sicut homines ipsius totius provinciae censuales ac liberi debitores sunt cum aedificiis in muro et assiduis vigiliis et custodiis intus et foris; 74. 1005: in Chur Verpflichtung aller censuales und liberi zu wachen. — Die Verteilung der Wache (eschangetes — excubiae) auf die einzelnen Zünfte z. B. in Tours: Et. Rouen II. 20 § 8, § 9, § 12; in Paris: vgl. die Zusammenstellungen der Einleitung zu Boileau S. CXLI fd., Orleans: Luchaire Louis VII. 394; für Deutschland z. B. Seibertz I. 211. 1238; dann oben § 6 III. 2.

[26]) Et. S. Louis I. 65 ob. N. 1; Garnier I. 5 § 33, Dijon (unter N. 61); Ol. I S. 980 LXXXVII: se dictos trecentes servientes debere qui debent (pro exercitu regis) quadraginta dies servire. Giraud II S. 8 stat. Berengarii 1235: Item, statuimus, ut milites semel in anno tantum predictas cavalcatas XL dierum facere teneantur, et etiam pedites, qui cum predictis militibus pro cavalcatis sunt infra scripti (später folgt Aufzählung, wieviel jeder Bezirk zu stellen hat). Teulet II. 3522. 1246 Aiguesmortes: non teneantur in toto anno uno stare in cavalcata, nisi tantum quadraginta diebus. Barckhausen S. 219: Li ciutadans et li borses d'Agen divo far ost de 40 dias continuables al Senhor, una vetz l'an, per tot l'avesquat d'Agenes et deforas l'avescat, sil Senhor ops o a, aissi que la meissa nois que seran issit en ost, posco tornar en Agenes, en aital maneira quel Senhor, si om lo fa tort en Agenes, o deforos lo meis abesquat, deu mandar et far cridar la ost generalment per tot Agenes, et deu far saber a Agen sobre cuy volra cavalguar o metre seti. Recht von Cadarossa (Teulet II. 2455) hat die Frist auf 1 Monat abgekürzt.

[27]) unter N. 68 fd.

Digitized by Google

Frist bereits eine fränkische ist, die während 40 Tage den Dienst vor dem Feinde, befasst; zu ihr kommt der Marsch an den Grenzort, wo sich das Heer versammelt, und die Rückkehr in die Heimat hinzu.

III. 1. Die Heerpflicht ist in fränkischen Quellen eine Last jedes Freien; kriegspflichtig sind die Bargilden[28]), das heisst die gemeinfreien Grundeigentümer; kriegspflichtig sind aber in der fränkischen Zeit auch die freien Hintersassen[29]) und Besitzer von Benefizien[30]). Genauer zugesehen treten aber Ungleichartigkeiten auf.

Das Metzer Privileg von 775[30]) fasst den Heerdienst noch als etwas, was nur den Freien obliegt, und in den Güterverzeichnissen des 9.! Jahrhunderts ist die allgemeine Wehrpflicht so durchgängig die Belastung der mansus ingenuiles und so wenig die der mansus serviles, dass man nicht an Zufall glauben kann[31]). Dagegen erwähnt das Güterverzeichnis des Irmino ein hostilitium für die mansus lidilis, das so gross ist, wie das hostilitium der Freien[32]),

---

28) Das allerdings italienische Cap. 162 § 3 — Cap. 186 § 7, 188 § 5, 193 § 7: im Interesse der Heerpflicht soll eine Statistik der Freien stattfinden.

29) Metz IV S. 16. 775: de hoste publico, hoc est de banno nostro, quando publiciter promovetur et wacta vel pontos componendum illi homines bene ingenui, qui de suo capite bene ingenui immunes esse videntur, qui super terras ipsius Ecclesiae — commanere noscuntur. Schöpflin I. 98. 840: die fünf ingenui auf dem Gut des Klosters von Luzern sind von Haus pflichtig zum iter exercitale.

30) Die Pflicht den hostis auch vom beneficium zu leisten hat bereits Cap. 50 § 1: ut omnis liber homo quatuor mansos vestitos de proprio suo sive de alicuius beneficio habet per se in hostem pergat.

31) Direkt wird der persönliche, jetzt ablösbare Kriegsdienst nur als eine Last der mansus ingenuiles bezeichnet im Musterverzeichnis des cap. 128 c. 8; desgleichen ist im Güterverzeichnis des S. Remigius bis auf zwei Ausnahmen (XX § 16; XXII § 9) nur der mansus ingenuilis pflichtig (VI. 9; XI. 8; XII. 4 f. XIV. 3; XV. 12 f.; XVII. 22 f.); die gegenteilige Bemerkung Guérards (Polyptyque de l'abbaye de Saint-Remi pref. S. XVII) ist unzutreffend. Im Güterverzeichnis des Irmino ist ebenfalls das hostilitium normal nur die Last des mansus ingenuilis (IV. 26 f.; VI. 37, VII. 62 f.; VIII. 28 f. IX. 212 fd.) In einigen Fällen wird aber doch von dem Besitzer des mansus servilis das hostilitium gezahlt (IX. 236; XIII. 64 f. 77. 88). Allein der Betrag ist unverhältnismässig kleiner als das hostilitium, das die Freien zu leisten haben. Da nun hostilitium den ganzen Steuerapparat bezeichnet, der durch den Krieg notwendig geworden ist, so wird das hostilitium des servus nur seinen Beitrag zur Verflegungsabgabe darstellen, welche seine Grundherrschaft zahlt.

32) Polypt. Irminonis IX § 39 fd.

Digitized by Google

und das ribuarische Recht redet schon früher von einer Wehrpflicht auch des unfreien Hintersassen, der ein selbständiges Anwesen hat[33]).

In den späteren Quellen sind alle Hofbesitzer kriegspflichtig[34]) ohne Rücksicht auf Eigentum und persönliche Freiheit.

Doch wird einmal daran festgehalten, dass vom fiez lige[35]) kein öffentlicher Kriegsdienst zu leisten ist. Gemeint ist damit das Lehen derjenigen Panzerreiter, bei denen die Zugehörigkeit zum Haus eines Herrn länger festgehalten wird, die rechtlich kein eigenes Anwesen haben, sondern zum Haus des Herrn gehören.

In Bayern ist der tributalis nicht homo exercitalis, aber ein

---

33) l. Ribuar. 65 § 1 § 2: der Romanus ecclesiasticus vel regius muss folgen, si legibus in utilitatem regis sive in hoste seu reliquam utilitatem bannitus fuerit. — Wenn von den fiscalini, coloni, ecclesiastici und den reisigen Knechten Unterthaneneid (cap. 25 § 4) verlangt wird, so kann das wenigstens mit der allgemeinen Heerpflicht zusammenhängen.

34) An der Grenze der fränkischen und nachfränkischen Zeit steht Worms. U. B. I. 27: nostros fiscalinos servos, qui regie potestati parafridos debita submissione in expeditione reddere consueverunt: die fiscalini bilden einen Verband (Societas), der für expeditio ein Pferd stellt. Die Pferdegestellung ist nichts anderes als hostilitium d. h. Wehrpflicht (z. B. § 3 N. 84), die von einem Verband wie sonst auch zu leisten ist (ob. N. 21). Piolin Histoire de l'eglise de Mans III S. 631 10 Jahrh.: talem libertatem siquidem Ecclesie et canonicis concedo, ut homines sui non eant in exercitum sive in expeditionem meam, nisi prius decanus vel precentor Ecclesie inde a senescallo meo ore ad os submoneatur. Tardif 369. 1118: Ego igitur Ludovicus, Dei gratia Francorum rex — quasdam consuetudines, quasdam exactiones, quas in terra Beate Marie apud Balneolum villam diu habueram, scilicet talliam super hospites, ammonitiones hospitum in exercitu etc. condono. Miräus III S. 348. 1176, Haspre in Hennegau: si comitem pro terrae suae tuitione vel alicujus sui rebellis expugnatione infra terminos Comitatus sui in expeditionem ire vel equitationem facere contigerit, mandat per Praepositum suum Praeposito Ecclesiae ut homines villae in eandem expeditionem vel equitationem faciat submoneri. Coliette Vermandois II S. 419. 1191: Homines Viriaci debent mihi tales exercitus, et equitationes, quales homines alii Viromandiae, qui sunt in advocatiis meis. Teulet I. 1159. 1215: Alias vero consuetudines, videlicet frecenagium, exercitum et equitatum habebit idem dominus Locharum per manum decani vel servientium ejus. S. Victor II. 942. 1191: In dem castrum Ceserista, das dem Kloster S. Viktor gehört, behält sich der vicecomes vor: cavalguatas et justiciam de criminibus commissis. Grenoble S. 243. 1140: Streit de tultis et cavalcatis de Vennone, einem bischöflichen Dorf. Vor allem gehört hierher, dass nach den Et. S. Louis I. 65 jedes Haus belastet ist.

35) Jostice et Plet XII. 8 § 4: nul fiez liges ne doit service

Digitized by Google

bereits erwähnter Zusatz zur l. Baiuvariorum spricht dann doch auch davon, dass der fiscalinus den hostis mitmacht[36]).

Bei den Sachsen werden ebenfalls die Liten herangezogen[37]).

Für Schwaben fehlt es an Spuren, wie ja überhaupt von der Gestalt der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland nur wenige Nachrichten auf uns gekommen sind.

Eigenartige Bildungen ergeben sich in Südfrankreich. Hier sind anscheinend nur diejenigen zur Herrfahrt verhalten, die auf Alod sitzen; so sind im Rechte von Bigorre nur die Besitzer von francitates auszugspflichtig, und nur diese Leute leisten dem Grafen direkt den Eid[38]); noch im Recht des Bordelais im 13. Jahrhundert erscheint der Auszug auf das Alod gelegt[39]). Nun sind thatsächlich die hostolenses[40]), also die Inhaber der francitates die hispani, denen ja die franci homines gleichstehen; anderseits haben auch die Bewohner grösserer Städte francitates[41]) und sie leisten

---

36) Für den homo exercitalis § 4 N. 8 f. — für das zweite l. Baiuv. extravagantes I § 1 (leg. III S. 450): ille servus fiscalinus qui hostem facit pro freto 40 sol. ut alii liberi componat. — Über die mögliche Gleichheit von fiscalinus und Barskalk in Bayern § 4 N. 19.

37) Westf. U. B. I. 6: Sed ut relatione Warini venerabili ejusdem monasterii abbatis cognovimus, quidam comites memoratum praeceptum nostrum infringere et convellere velint, in eo videlicet quod homines tam liberos quam et latos, qui super terram eiusdem monasterii consistunt, in hostem ire compellant et distringere iudiciario more velint. I. 28: sed et ex integro ab omnibus puplicae exactionis officiis et expeditione hostili tam de litis quam de ingenuis hominibus terram eius incolentibus absolutionem promeruit.

38) Giraud I S. 21. c. 8: usus autem est ut si monasteria quamlibet terram de libertatibus aut adquisiverint aut emerint, in legalibus exercitibus faciant servitium unius legalis militis, et terra valeat monasteriis. Auszugspflichtig sind ausser den milites die pedites de vallibus (c. 16 mit c. 2). — Über den Eid oben § 1 N. 4 fd.

39) Ob. § 3 N. 84.

40) Ob. N. 13. Dagegen c. 15: censuales rustici vel liberi non in expeditione comitem sequantur, nisi forte exercitus extraneus in terram insurrexerit, vel suum obsessum castrum excutere voluerit, aut ad nominatum bellum abierit.

41) Marca col. 1038. 1025: Der Graf von Barcelona wendet sich zu vobis omnibus habitantibus Barchinonam civitatem sive ejus suburbium et omnem Barchinonensem commitatum tam religiosis quam laicis, quotquot per vocem franquitatem aliquid in supradictis locis possidetis sive possessuri fueritis — von diesem heisst es: qui jurejurando nobis fidelitatem et adjutorium firmaveritis — also auch hier ist wieder direkte fidelitas an den Grafen mit Kriegspflicht verknüpft und beides auf die francitas gelegt. Vaissete V. 636. 1160:

Digitized by Google

davon dem Grafen Dienst. Natürlich ist mit dieser francitas, von der Treueid und Kriegsdienst an den Grafen zu leisten ist, das feodum honoratum des 13. und 14. Jahrhunderts identisch, das Alod ist und auf dem die gleichen Verpflichtungen liegen[42]). Anderseits trifft im Süden den liber censualis doch die Landwehr[43]).

Fasst man zusammen, so ist zuerst in Bayern und fortdauernd in Südfrankreich eine Verpflichtung nur der herrschenden Germanen, dem Aufgebot über die Grenze zu folgen, erkennbar. Die Romanen ziehen so wenig zu einer Heerfahrt aus, als in der spätrömischen Zeit oder unter der gotischen Herrschaft. — Umgekehrt begegnet eine Wehrpflicht der hörigen Romani, der selbständigen, unfreien Bauern der königlichen Domänen und der Cerocensualen am Rhein, der fiscalini (Barschalke oder unfreien selbständigen Bauern) später in Bayern, der Liten in Nordfrankreich und Sachsen, der Coloni d. h. der Besitzer der mansus ingenuiles in Nordfrankreich, der liberi censuales in Südfrankreich. In letzterem Fall handelt es sich deutlich nur um Landwehrpflicht.

Es sind drei Erklärungen denkbar. Während es ganz zweifellos ist, dass nach gotischem und bayerischem Recht nur die Germanen homines exercitales (hostolenses), also harimanni waren, könnten die Franken von jeher ein anderes Prinzip verfolgt und von jeher die Romanen und Liten zum Kriege zugezogen haben. — Man könnte aber auch für die Franken die gleiche Gestaltung wie für Goten und Bayern annehmen und die Heranziehung des Romanen und Liten und unfreien Hofbesitzers aus der Auferlegung einer — ursprünglich vielleicht romanischen — Landwehrpflicht erklären, die sich allmählich zum Auszug gesteigert hat, aber ungleichmässig durchgedrungen ist. — Die letzte Möglichkeit aber geht dahin, innerhalb des Frankengebietes zu unterscheiden und gerade so,

---

Castres: retineo autem in ipsa villa et in hominibus in ipsa villa habitantibus meas cavalgatas, quas mihi facere debent in Albiensi pago et in Tolosano; de aliis locis non debeo illos cogere ut mihi cavalgatam faciant, nisi corpore meo ipse voluero pugnare. Vaissete VIII. 55 II. 1188 Toulouse: Item cum exieritis in exercitu nostro, debetis exire cum ferramentis vestris. Vaissete VIII. 503. 1266, Albi.

42) § 3 N. 89.

43) Bigorre § 15 (Giraud I S. 22): censuales rustici vel liberi non in expeditione comitem sequantur, nisi forte exercitus extraneus in terram insurrexerit, vel suum obsessum castrum excutere voluerit, aut ad nominatum bellum abievit.

Digitized by Google

wie im bayerischen und gotischen Nebenland, auch am Rhein, ursprünglich nur eine Auszugspflicht der Franken anzunehmen, dagegen im Gebiet zwischen Seine und Loire eine allgemeine Wehrpflicht auch der Römer festzuhalten. Die letzte Erklärung scheint mir nicht nur wahrscheinlich, weil das Güterverzeichnis des Irmino das hostilicium der mansus ingenuilis als etwas radiziertes, also schon längst überkommenes erscheinen lässt, sondern auch wegen der bekannten Nachricht Prokops[44]), der von den *κατάλογοι* der Römer im Frankenheere spricht, und das auf den Vertrag des Chlodwig mit den Armorikern zurückführt.

2. Die einmal bestehende Heerpflicht hat sich sehr bald radiziert. Wenn auf den mansus ingenuiles einer kirchlichen Grundherrschaft das hostilitium liegt, ohne Rücksicht darauf, ob der Grundhold frei oder unfrei ist[45]), so belastet jetzt die Kriegspflicht eben den Hof, und den gleichen Satz hat das Recht von Bigorre für die francitas ausgesprochen. Der Grundherr, der mehrere belastete Höfe besitzt, muss eben dann, allenfalls aus seinen abhängigen Leuten, für die nötigen Mannschaften sorgen.

3. Mit dieser Bedingung hängt es dann zusammen, dass aus dem einzelnen Hofe nur ein Krieger und nicht allenfalls jeder Bewohner gestellt werden muss[46]).

---

44) Procop, de bello Gothico I. 12. (Dindorf).

45) Oft, z. B. Polypt. Irminonis III § 15 mit § 2.

46) Et. S. Louis I. 65 ob. N. 1. Teulet I. 380. 1190, Issoudun: omnes (habitantes) in expeditionem ibunt aut clientem idoneum pro se mitent. — Quantin II. 450. 1194 Nevers ebso. Pérard S. 312, Bessy: si dominus villae expeditionem fecerit, unaquaeque domus unum hominem mittet. Teulet II. 3522 Recht von Aiguesmortes: Et de qualibet domo sufficiat unam ire personam. Garnier II S. 267 § 22: Et en tel manière, que se je ou my hoir seigneur de Saux, avons guerre ouverte, — que d'un chascun hostel ou il auroiit personne masle, qui peut porter armes, celle dite personne d'un chascun hostel de Saux — seroit tenue de gésir au bourc de Saux. Perreciot III. 62 (1274) § 1: allgemeine ost und chevauchié auf Kosten der Pflichtigen; frei ist hons qui not oncques femme, hons qui ne tient hostel. Baluze misc. VII S. 338. 1218, Puy en Velay: vel mittere quilibet eorum focum habens unum servientem sufficientem pro se, si personaliter ire noluerit. Barckhausen S. 220: Et la ost diu estre atals quel senher del ostal diu anar en ost, o y diu trametre, per sin, son filh, e son frayre, o son nebot, o son cosin german, o son cunhat, si n'a en sa maio que tengua a son pa et son vi. Schwind 34 § 45: österr. Landrecht: wenn ain landesherre hervart gebeut durch des landes not, so sol ain iegleich man varen mit seinem herren, des behauster man er ist. — form Andegav. 37, die mit dem Grundsatz des

Digitized by Google

Deshalb sind auch die Dienstboten des Hauses dienstfrei[47]) und so auch das, was rechtlich zu den Dienstboten gehört, die ligii[48]).

IV. Öfters wird vom Krieg die blosse Fehde des Kriegsherrn getrennt und gesagt, dass die Unterthanen sich dazu nicht aufbieten lassen müssen[49]).

Anderemale wird dann ausdrücklich die Wehrpflicht auch auf Fehde bezogen[50]) und das sogar auf Turniere angewendet[51]).

Auszug wie Landwehr sind in den französischen Quellen an das castrum gebunden, so dass der Hochgerichtsherr für das castrum über die Landwehr selbständig verfügt, während das Aufgebot zum Auszug von ihm zwar vermittelt wird, aber nur für den Inhaber der Grafengewalt[52]).

---

späteren Rechts übereinstimmt, ist also keine Ausnahme, wie Brunner II S. 203 annimmt; man kann sich doch keinen Fall eines Aufgebots denken, das den waffenpflichtigen Haussohn ausgeschlossen hätte; wohl aber versteht man alles, wenn die Kriegspflicht Hoflast ist. Eine Besonderheit, die sich aus dem Kriegszustand erklärt, ist es, wenn nach den Statuten Simons von Montfort für das Albigeois (in der Fassung bei Martène thesaurus I col. 836 c. 19, bei Vaissete VIII. 163 c. 21 fehlt die Stelle) die Nichtritterlichen für jedes Haus zwei Leute stellen müssen. Immerhin ist auch hier das Haus die Gestellungseinheit.

47) Et. de S. Quentin § 23: Le sergant du clere ou du chevalier ou du bourgois n'ira en ost, mais les maisons a leurs seigneurs et leurs choses garderont.

48) So oben N. 35; über die ligii unten § 42.

49) Hierher offenbar Teulet I. 371, wenn der Graf nur nomine belli ausfahren soll.

50) Warnkönig II. 21 § 5: propriis vero guerris nostris, vel amicorum nostrorum, quibus de jure deesse non possumus, similiter tenentur quotiescumque opus habebimus, excluso torneamento, personaliter interesse.

51) Das ergiebt sich aus dem Verbot in N. 50; ebenso Quantin II. 450. 1194, Auxerre: ad torneamentum predictos homines ducere non potero, nisi ad Chablejam, Joviniacum et Rubeum-montem. Aus der Schilderung des Turniers von 1175 bei Giselbert (H. A. S. 109), wonach der Graf von Hennegau mit 200 Rittern und 1200 Fussgängern erscheint, versteht man diesen Satz.

52) Am schärfsten tritt das im Text Gesagte auf in Et. S. Louis I. 65 ob. N. 1. Hier wird unterschieden zwischen dem Aufgebot zum host le roi und dem selbständigen Aufgebot des Barons; auch das erstere vermittelt der Baron, soll aber dann die gesammelten Scharen den königlichen Beamten zuführen; dem selbständigen Aufgebot des Barons müssen die Kriegspflichtigen nur eine Tagreise folgen. Der Baron der Et. S. Louis (vgl. § 43 N. 19) ist derjenige Inhaber einer castellania, der in derselben die Hochgerichtsbarkeit hat; die königliche Gewalt aber in den Et. S. Louis ist gleichbedeutend mit der

Digitized by Google

Wenn dann nach einer französischen Nachricht der Herr seine Hintersassen dem Grafen zuführen muss[53]), so ist das nichts anderes als der Satz des fränkischen Rechts, dass der Senior das Aufgebot vermittelt.

V. Der volksrechtliche Auszug tritt in Deutschland sehr bald vollkommen zurück[54]), soweit er nicht durch Panzerreiter geleistet wird.

In der Zeit Heinrichs IV. wird er im ganzen zum letztenmal angewandt[55]) und dauert nur in den Grenzgebieten länger fort[56]).

---

gräflich-herzoglichen Gewalt, die der König an der mittleren Loire hat. Nach Beaumanoir 59 § 21 sind dem segneur neben seinen Lehensleuten und neben seinen Unfreien kriegspflichtig auch li hoste qui tiennent d'eus ostises: nach 32 § 20 ist aber diese Kriegspflicht gerade der hostes nur Landwehrpflicht. Da nun nach 10 § 2 die Herrn von Beauvoisis sogar Hochgerichtsbarkeit haben, so ist eben hier nur wie die übrige staatliche Jurisdiktion so auch das Landwehraufgebot an die segneurs übergegangen. Varin I S. 452. 1203, Grafschaft Rethel: Sciendum est insuper, quod cum comes, cum aliis hominibus terre sue, homines B. Remigii ad propria negotia sua in armis submoverit, ad defendendam terram suam infra comitatum suum, omnes ire tenebuntur; si vero extra comitatum suum eos ducere voluerit, homines castellanorum suorum in castellis suis conservandis relinquet, et homines S. Remigii cum hominibus de castellania illa cui fuerint appendentes, ubicumque comes voluerit, in armis proficiscentur. Tasnaium, Pombairs et Bairons Altomonti sunt appendentes. potestas Vici S. Remigii, Givereium, et Alanduisium, Registesti, Johannisvilla, Castellulo, Porra, Burgo est appendens. Vaissete VIII. 157. 1212: mit dem castrum Pezenas ist verbunden ost et cavalguada hominum und an sich auch der exercitus generalis militum. Pere Albert c. 16 (Const. de Cathalunya S. 356): si alguns aloers, axi cavallers com pagesos, com encara altres seran en terme dalgun castell, havents aqui masos, o casas. o fortaleas ab homens, o sens homens qui sien alous, aytals aloers, e lurs homens qui aqui han son tenguts deffendre el castell.

53) Beaumanoir 32 § 20: s'il n'est ainsi que li quens semongne ses homes et qu'il lor commant qu'il aient lor ostes en certain liu, dedens le conté, car en ce cas ne se poent escuser li hoste le conte, ne li ostes des sougès qu'il ni voisent; auch Et. S. Louis I. 65.

54) In den deutschen Schriftstellern des 10. Jahrhunderts erscheint das Aufgebot als eine ziemlich wertlose Miliz (Baltzer a. a. O. S. 2 N. 2). In der Urkunde von 992 (K. U. II S. 516) überträgt der König dem Bischof von Halberstadt die königlichen Rechte und gibt regalem heribannum super milites liberos et servos eiusdem ecclesiae; von dem bäuerlichen Dienst ist anscheinend nicht mehr die Rede.

55) S. S. V S. 312: rusticisque quos per comitatus sibi adiuratos in auxilium undique coegerant .... Insuper comprovinciales rusticos undique per omnes illarum partium centenarias adversum se coniuratos et armis militaribus instructos ad duodecim fere milia pugnacissimos et infestissimos sibi,

Digitized by Google

In den friesischen Aufzeichnungen wird ausdrücklich eine weitere als die Landwehrpflicht abgelehnt[57]).

Warum das allgemeine Aufgebot in Deutschland vollständiger als in Frankreich verschwand, darüber geben die Quellen keinen direkten Aufschluss. Allein eine Andeutung findet sich doch: in der Halberstädterschen Urkunde von 992 ist der Heerbann noch regalis[58]), und noch im 13. Jahrhundert ist auch das Aufgebot der Panzerreiter, das sich bald nachher als Anwendung des allgemeinen Aufgebots erweisen wird, königlich. So dürften in Deutschland im Gegensatz zu Frankreich die Grafen — abgesehen vielleicht von den Markgrafen — nicht in den Besitz des Heerbanns gekommen sein, für den deutschen König aber, der im Gegensatz zum französischen König meist ausser Landes, in Italien kämpft, hat der Kriegsdienst der gemeinen Leute, auch wenn sie zu Pferde ausziehen, keinen Wert.

In Frankreich, wo die lokalen Kriege die Regel sind, haben die Grafen cavalcatio und exercitus erworben und für ihre Kriege ausgenützt. Allerdings begegnet auch hier das Bestreben, die Heerpflicht lediglich auf die Landwehr zu beschränken[59]), aber nicht nur die Etabl. de S. Louis[60]) halten an dem allgemeinen Aufgebot fest, sondern es haben auch die wichtigsten Kommunalrechte dasselbe bewahrt[61]). In der französischen Kriegsgeschichte des 12. und

---

e vicino sustinebant. Dann die Kämpfe an der Unstrut, vgl. Baltzer a. a. O. S. 4.

56) U. B. Bistum Lübeck I. 8. 1170: ceterum volumus ut predicti coloni iuxta consuetudinem terre placita nostra que marthinc vocantur observent et expeditiones sequantur et burchwerc operentur. Riedel I. 17. 1. 1184: cum burchwerk et petitionibus et expeditionibus, cum advocatia et cum omni justitia, que spectat ad marchiam. Schleswig I. 415. 1224. Öster. Landr. § 45 (Schwind 34). Es könnte sich ja das wohl daraus erklären, dass an der Grenze Landwehr und Auszug ineinanderfliesst; vielleicht hat aber auch der Markgraf ein selbständiges Aufgebotsrecht über die Markleute gehabt (Helmold I c. 67, a. E.); Sicheres fehlt.

57) Küre 10 (R. Q. S. 18), Schulzenrecht 2 (R. Q. S. 388) Magnus Küre 5 (R. Q. S. 441).

58) N. 54

59) Die Belege von N. 24.

60) Et. S. Louis I. 65: der Baron kann freilich das Aufgebot nur zur Landwehr verwenden.

61) So constit. de Soissons § 11 (Garnier chartes de communes en Bourgogne I S. 16; auch bei Labande histoire de Beauvais S. 275): Si Rex in exercitum communiam invitat, omnes de communia, cuiuscumque dominii sint, per

Digitized by Google

beginnenden 13. Jahrhunderts hat es keine unbedeutende, wenn auch natürlich nicht die erste Rolle gespielt[62]).

Majorem ibunt nisi Major et iurati eos detinuerint. Aus der grossen Gruppe des Rechts von Beauvais-Soissons besonders Dijon (Garnier I S. 11) § 33: Si ego communiam submovero pro exercitu meo, ibunt mecum, vel cum senescallo meo, vel connestabulo meo infra regnum Francie, secundum posse suum rationabiliter, et mecum erunt XL diebus. Si vero aliquod castrum infra Ducatum meum obsedero, tunc mecum erunt pro voluntate mea; et sciendum quod homines communie famulos receptabiles pro se exercitum meum mittere possunt. Et. Rouen II. 1 § 29: Major Rothomagi ad mandatum domini regis communiam debet submovere et in exercitum ducere. Tournay § 34 (Tailliar S. 499): propter hoc autem quotiescumque servientes communiarum nostrarum in nostrum mittemus servitium homines de Tornaco mittent in nostrum servitium trecentos pedites bene armatos. Bray § 28 (Ord. XI S. 297): supradictis quoque duximus adjugendum, quod Nos dictis Burgensibus nostris concedimus, quod neque in exercitum neque in equitationem nostram ibunt, nisi forte Nos submonitionem nostram faceremus, nomine belli, vel propter Christianitatem, et tunc etiam non transirent metas constitutas, Remos et Katalanum ex una parte, Tornacum ex alia, et Parisios de illa parte, sicut Sequana se comportat. Chambli § 29, Beaumont. s. Oise § 19 (Ord. XII S. 305, S. 309): unbeschränkte equitatio. Morice I col. 803. 1206, Nantes: De banno exercitus, dixit quod comes facit clamare bannum de exercitu super murum, expresso solo nomine suo, et post mittit ad Episcopum vel Ballivum Episcopi mandans, quod homines Episcopi veniant ad exercitum ad certam diem: et die statuta submonitor Domini Comitis suos submonet, et submonitor Episcopi suos, ita quod submonitorum alter in terram alterius non intrat; et cum exierint ad exercitum, homines Comitis suam habent baneriam, et homines Episcopi suam, et utrique suum habent Ballivum. Quando negotium proprium Comitis est, et homines Episcopi cum Comite vadunt in exercitum, tunc exercitus nuncupatur; et quando negotium proprium est Episcopi, tunc Episcopus Ballivum Comitis requirit de hominibus Comitis sibi in auxilium transmittendis, qui per suum submonitorem homines Comitis submonet ad auxilium, Domino Episcopo impendendum, et tunc dicitur harella. Teulet II. 1988: Die Bürger von Maçon sollten bei der Belagerung von Avignon erscheinen. Grand. cout. de Norm. 22 bis § 1 a. E.: omnia enim feoda lorice ad servicium ducatus instituta hoc debent servitium adimplere. 4: comitatus et baronie similiter et omnes ville communiam habentes.

62) Bekannt sind die Kämpfe des flandrischen Heerbanns um Brügge nach der Ermordung Karls des Guten. Weiter kommt die Nachricht des Ordericus Vitalis (IV S. 285) in Betracht: tunc ergo communitas in Francia popularis statuta est a praesulibus, ut presbyteri communales comitarentur regi ad obsidionem vel pugnam cum vexillis et parochianis omnibus. In dem Lehensregister Philipp Augusts (S. S. rer. franc. XXIII S. 722) werden die Mannschaften der Kommunen aufgezählt und (S. 684) werden die einzelnen Kommunen neben die königlichen Vasallen gestellt. An der Schlacht von Bouvines nehmen Kommunen einen, wenn auch nicht sehr rühmlichen Anteil

Digitized by Google

VI. 1. Das Bisherige hat mit Sicherheit ergeben, dass seit der Karolingischen Zeit von 3—4 mansus Reiterdienst geleistet wird und zwar im Feld während 40 Tage. Die entscheidende Frage ist nun, wie die Reiter des allgemeinen Aufgebots sich zu den Panzerreitern verhalten.

Die Waffen der Schwergerüsteten sind vor allem die Brünne, dann der schwere Schild, Spata und Lanze[63]).

Wenn in den Kriegen Friedrichs I. einmal davon gesprochen wird, dass ein strator, also ein Leichtbewaffneter, einen Schild führt[64]), so ist darunter wohl nicht der grosse schwere Schild, sondern der kleinere Handschild gemeint, den allein ein Fussgänger verwenden konnte[65]).

Die schwere Rüstung erfordert für jeden einzelnen Schwergepanzerten drei Pferde und zwei scutarii[66]).

(Luchaire, les communes françaises S. 186). Dass die Kommunen aber doch nicht als wertlos angesehen worden sind, zeigt die Nachricht des Alberich von Troisfontaines (S. S. XXIII S. 929): comes Campanie communias burgensium et rusticorum fecit, in quibus magis confidebat quam in militibus suis. — Luchaire a. a. O. S. 184 ff. ist in dem richtigen Bestreben, die frühere Überschätzung des kommunalen Aufgebots zu vermeiden, wohl in das andere Extrem geraten.

63) Beaulieu 59. 971: Et si per omnes curtes sive villas imponimus iudices servos in tali convenientia, ut nullus ex illis neque de posteris eorum efficiatur miles, neque ullus portet scutum, neque spatam, neque ulla arma, nisi tantum lanceam et unum speronem. Grand. cout. de Norm. 85 § 10: si enim fuerit contra militem in hujusmodi querela convictus, ei debet emendare per plena arma scilicet per equum, loricam, scutum ensem et galeam. Si vero miles non fuerit nec habens feodum lorice passus miseriam sed per plena arma feodum suum deserviat per roncinum videlicet et gambesum, capellum et lanceam per ista debet ei satisfieri de emenda. Lehensverzeichnis der Kirche non Bayeux (S. S. rerum franc. XIII S. 701 § 446): omnes vero vavassores episcopi qui tenent libere quinquaginta acras terrae vel sexaginta aut eo amplius debent servitio domino Normanniae in exercitibus suis submonitis, nomine prelii, cum equis et planis armis; videlicet, lancis, scutis et ensibus. omnes autem praescripti milites debent episcopo servitium de omnibus feodis qui de eo tenent si necessitatem de servitiis eorum habuerit. — In der Normandie heissen die Ritterlehen die feoda lorice, z. B. très anc. cout. VIII u. öft.

64) Otto Fris. gest. Frid. II. 23.

65) Über die Schildformen Böheim, Handbuch der Waffenkunde S. 169 fd. Schulz, das höfische Leben II. S. 83 fd.

66) Die const. de exped. Romana § 4 (Weiland I. 447) rechnet auf die Brünne des freien Vasallen 2 scutarii. Jacques d'Ibelin c. 2: der service de corps (persönlicher Dienst) der chevaliers wird geleistet as armes d'un cheval et d'autre deus chevaucheures.

Digitized by Google

Lediglich derjenige, der die lorica trägt, ist nach vielen Rechten miles[67]). Nach den südfranzösischen Quellen kann der Panzerreiter nicht mit der gleichen Bestimmtheit vom leichten Reiter geschieden werden und miles sowie caballarius, wiewohl sich beides manchmal gegenübersteht und dann caballarius den leichten Reiter bedeutet, scheint dann doch wieder für jeden Reiter überhaupt gebraucht. Näheres vermag ich mit meinem Material nicht zu finden.

2. Die Panzerreiter müssen wiederum auf 40 Tage in das Feld ziehen[68]).

---

67) So in der Normandie, wo der miles und nur er feodum lorice hat; dann überall da, wo dem miles der vavassor entgegensteht.

68) Et. S. Louis I c. 65: Li baron et li home le roi le doivent sigre en son ost, quant il les en semondra, et le doivent servir au lor, XL jorz et XL nuiz, o itant de chevaliers come uns chascuns li doit. Et cest servise il li doivent, se il les en semont et il en est mestiers. Et se li rois les voloit plus tenir de XL jorz et de XL nuiz au lor, il ne remaindroient pas se il ne voloient; et se li rois les voloit tenir au sien por le roiaume deffandant, il devroiont bien remaindre par droit; mais se li rois les voloit mener hors dou roiaume, il n'i iroient mie, se il ne vueloient puisqu'il avroient fez lor XL jorz et lor XL nuiz. Grand. cout. de Norm. 22 bis § 1: exercitus autem servicium est principi cum armis faciendum, prout in feodis vel villis fuerit institutum. Et hoc servicium per XL dies ad subsidium terre vel ad principis necessitatem, cum in aliquam proficiscitur expeditionem, debent facere et tenentur illi qui tenent feoda; nachher freilich eine Abschwächung, die nicht ursprünglich sein kann. § 3: completis autem in servicio principis quadraginta diebus si necessitas principis requisierit, ad dictum principis prout ratio requisierit, in suo servicio remanebunt. Das Gleiche tritt schon in der enquête von etwa 1133 über den Ritterdienst, der von den Besitzungen der Kathedrale in Bayeux zu leisten ist, hervor. S. S. rer. franc. XXIII S. 699 § 438: isti jurati dixerunt quod episcopus baiocensis debebat Domino Normanniae decem milites ad servitium regis francorum, et quod decem milites episcopatus faciebant hoc servitium per unum militem per quadraginta dies. Dixerunt etiam quod idem Episcopus debebat servitium viginti militum in marchis Normanniae per quadraginta dies ubicumque rex vellet. — Hominum ad exercitum Fuxensem vocatorum index tertius (S. S. rer. franc. XXIII) S. 767: comes Pontivi dicit quod debet domino regi servicium quinque militum per 40 dies, und öfters; S. 769: Johanes de Manchecort pro se debet servicium per 40 dies, und so fast immer. Statuta Berengarii (Giraud II P. 7, ob. N. 24). — S. sp. Lnr. 4 § 1: des rikes denst dat dem mane geboden wert mit ordelen ses weken vor deme dage er he varen sole, unde ime dat gekündiget wert dar't tvene man des heren horen, dar sal he denen bi plicht binnen düdischer tungen die deme romeschen rike underdan is. Alle die aver in osterhalf der sale belent sin, die solen dienen to weneden unde to polenen unde to behemen. Ses weken sal die man dienen sime herren mit sines selves kost, unde ses weken vore unde ses weken na

Digitized by Google

Genauer zugesehen, geschieht der Dienst von 40 Tagen in Feindesland[69]); voraus und nachher folgt eine „Schachtruhe" von je 6 Wochen; die nachfolgende Schachtruhe wird auch in den Kapitularien bezeugt: das ist wohl die Zeit, welche für den Zug von und zu den Grenzen in Anschlag kommt[70]).

Der Dienst ist auf eigene Kosten des Pflichtigen zu leisten[71]).

Will man eine längere Dienstzeit erzielen, so stellen mehrere milites für je 40 Tage aus ihrer Mitte immer einen und denselben Mann[72]); man sieht also, wie scharf an der Begrenzung der Dienstzeit festgehalten wird. Von den beiden Fristen der Schachtruhe, welche in der nachfränkischen Zeit gerade für die Mannen erwähnt werden, ist in fränkischer Zeit die eine als allgemeine Frist bezeugt. Weiter aber kommt die Angabe der karolingischen Quellen in Betracht, dass für die Truppen Verpflegung auf

---

sal he des rikes vrede hebben unde schacht rowe, so dat ime nen sin herre to lenrechte degedingen ne mach noch des rikes dienst gebieden.

69) So Et. S. Louis I. 65: mais se li rois les voloit mener hors dou roiaume il n'i iroient mie, se il ne voloient puisqu'il avroient fez lor XL jorz et lor XL nuiz. Dem Auszug in das Feindesland braucht man nicht mehr zu folgen, wenn man 40 Tage den Dienst geleistet hat; d. h. der Dienst muss eben schon in das Ausland fallen. Ebenso fasst S. sp. Lnr. 4 § 1 den Dienst, der östlich der Saale Gesessenen als einen Dienst in den Slavenländern, also im Ausland.

70) Schachtruhe in S. sp. Lnr. 4; Schaftlage in Cap. 192 § 13. Cap. 273 c. 33 (Brunner II S. 216). Ich fasse die Schaftlage nicht als den Moment, wo der einzelne Heerpflichtige in die Heimat zu ziehen anfängt, sondern wo die Heimkehr des ganzen Contingents beginnt, (Cap. 192 c. 13: postquam comes et pagenses) die Waffen in die Heerwägen gelegt werden. Nur dieser Moment eignet sich als Anfang einer allgemeinen Prozessfrist. Umgekehrt fasse ich als Beginn des Feldzuges den Augenblick, wo das an der Grenze anberaumte placitum generale oder fränkisch gesprochen März- oder Maifeld (unten § 28 N. 51 fd.) stattfindet: Cap. 75; das Görlitzer Rechtsbuch vet. Lehnr. c. 2. (Homeyer II. 2 S. 79) übersetzt das ante diem expeditionis des auct. I. 9 mit vor der samenunge. Die von Otto Fris. gest. Frider. II. 12 (Waitz VI S. 32) geschilderte Sitte zeigt, dass man sich den Anfang der expeditio im Feindesland denkt. Umgekehrt zeigt Otto Fris. gest. Frider. II c. 38 ([S. S. XX S. 408] igitur, signo dato cunctis ad patriam licentia repedandi conceditur. Intrabant alii naves per Adriaticum equor etc.), dass die Entlassung unmittelbar nach der Beendigung des Feldzuges im Feindesland erfolgt.

71) Dass der Vasall auf eigene Kosten 6 Wochen dienen muss, sagt Et. S. Louis I. 65, und ebenso S. sp. Lnr. 4 § 1, Görlitzer Lehnr. c. 3 (Homeyer II. 2 S. 79). Die abweichende Lesart des vet. auct. l. 9 ist korrupt (Homeyer II. 2 S. 379).

72) Register v. Bayeux ob. N. 63.

Digitized by Google

3 Monate — gerechnet von der Erreichung des allgemeinen Treffpunktes ab — mitgenommen werden soll[73]); der Proviant wird demnach für die expeditio und den Rückzug reichen. So kommt man einerseits nach unseren Zahlen auf 80 oder genauer 84 Tage (6 Wochen expeditio, 6 Wochen für Rückkehr, gemäss der Dauer der Schachtruhe) und das trifft dann mit den 3 Monaten fast vollkommen zusammen, besonders wenn man die Monate als Mondmonate fasst. Darf man sich die germanischen Mondmonate ursprünglich als periodische denken[74]), dann ist die Identität eine vollständige.

3. Das Aufgebot des Panzerreiters trifft nicht nur Lehen, sondern geradeso Alod. Deutlich tritt der Satz im gesamten Frankreich auf, namentlich in den Quellen, welche den Heerdienst des miles oder caballarius auf Alod legen; denn wenn auch nicht jeder miles ein Panzerreiter sein wird, so gehört der Panzerreiter jedenfalls zu den milites[75]), und es ist deshalb nicht aus den besonderen Verhältnissen des Kirchenguts zu erklären, wenn von demselben, das eben doch stets volles Eigentum ist, Ritter gestellt werden müssen[76]). Freilich liegt die Verpflichtung auch auf dem

---

73) Dem Wortlaut der fränkischen Quellen nach muss die Verpflegung vom Pflichtigen mitgenommen werden (Cap. 50 § 1 mit 74 § 8); freilich wird dann der Proviant in den allgemeinen Heerwägen fortgeführt (Cap. 75). Keinen Aufschluss geben die Quellen über die Verproviantierung bis zur Grenze; nur negativ sind im 8. Jahrhundert Requisitionen der Einzelnen verboten, die aber thatsächlich gewiss vorkommen (Brunner II S. 204).

74) Tacitus Germ. c. 11: cum aut inchoatur luna.

75) Das letzte im Recht von Bigorre ob. N. 38, des Bordelais (N. 16), dann jedenfalls die Usatici § 9: miles vero si cavallariam dimittat, dum eam tenere possit, nullo modo judicetur nec emendetur sicut miles; cavallariam satis dimittit, qui cavallum et arma non habet, nec fevum de milite tenet, et in hostes et cavalcatos non vadit, neque ad placitos et curias sicut miles, nisi senectus eum detinuerit; später die feuda honorata des südfranzösischen Rechts (§ 3 N. 89), welche unzweifelhaftes Eigentum sind, aber zu Eid und Reiterdienst verpflichten. Sicher gehört in diesen Zusammenhang Très anc. cout. de Normandie 66: Dux Normannie debet habere custodiam filiorum hominum suorum, qui de ipso tenebant jure hereditario serjanteriam, vel alodia, vel feoda; dies ist nur dann verständlich, wenn auf dem Alod dieselbe Last ruht wie auf dem feodum, d. h. Ritterdienst.

76) z. B. S. S. rer. franc. XXIII S. 703 § 453. 1154: abbas montis debet septem milites cum loricis ad servitium Regis, tres in Abrincantino, et tres in Constantino, septimum in Bajocasino. Gallia christ. I col. 74, 835, Apt: hoc est abbatiam S. Martini cum mansis equitum et pagensium.

Digitized by Google

Lehen, gerade wie die Verpflichtung zum Auszug in leichter Rüstung[77]).

4. Für den Panzerreiterdienst ist ein gewisses Besitzminimum vorausgesetzt. So müssen die feoda lorice des normannischen Rechts eine bestimmte Grösse gehabt haben, die freilich nicht zu ermitteln ist, und anderwärts verpflichtet das Mehrfache dieses Masses zu mehrfacher Gestellung von Reitern[78]).

Auf eine bestimmte Zahl führt zunächst die const. de exped. Rom., wonach wegen je zehn mansus beneficium ein Reiter zu stellen[79]) ist. Dass das nicht bloss in Bezug auf Reichslehen gilt, zeigt die Strassburger Fälschung von angeblich 622, wonach auf dem Strassburger Kirchengut unusquisque loricatus vir decem mansus possideat[80]). Sprechen die bisherigen Stellen freilich zunächst nur vom Kriegsdienst wegen Lehen, so weist es direkt auf das Eigentum, wenn 1258 in Seeland der Stand des nobilis, der damals natürlich die Ritter befasst, an einen Minimalbesitz von zehn mensurae (mansus) steuerfreien Landes gebunden ist[81]). Die Weissenburger Reichsdienstmannen aber haben nach einer Fälschung des 12. Jahrhunderts ein beneficium von drei Königshufen, also, die Königshufe zu 120 Jugera gerechnet, von zwölf gewöhnlichen mansus[82]).

So darf man es als gemeinen Satz des deutschen Rechts betrachten, dass von zehn bis zwölf mansus ein Panzerreiter dienen muss. Das stimmt nun fast genau mit dem bekannten karolingischen Kapitular, welches auf zwölf mansus eine Brünne fordert[83]), überein.

---

77) ob. N. 30.

78) Et. S. Louis I. 65: Et nule dame ne doit ne ost, ne chevauchiée de soi, mais se ele est fame le roi, ele doit bien envoier tant de chevaliers come ses fiez doit. Nach den Usatici § 23 kann ein miles mehrere cavallariae haben: das führt auf den gleichen Gedanken; vgl. auch § 4 der const. de exped. Romana.

79) Weiland I. 447 § 4.

80) Strassb. U. B. I. 1, Brunner, Forsch. S. 64.

81) v. d. Bergh II. 40 § 48: nec scultetus nec scabinus debet esse nisi nobilis et bene natus, nisi scabini de aggere. § 52: quilibet scabinus decem mensuras terre ad minus tenetur habere liberas

82) Weiland I. 451: Über die Grösse der Königshufe im altfränkischen Gebiet die Belege bei Lamprecht I S. 348 fd.

83) Cap. 44 § 6: De armatura in exercitu, sicut antea in alio capitulare commendavimus, ita servetur, et insuper omnis homo de duodecim mansis bruneam habeat; qui vero bruniam habens et eam secum non tullerit, omne beneficium cum brunia pariter perdat.

Digitized by Google

Auch der Grund für den Betrag gerade von zehn oder zwölf mansus lässt sich ermitteln. Wie wir sahen, setzt der Dienst des loricatus stets die Gestellung von drei Pferden voraus. Da nun die Auszugspflicht — und zwar, wie ich glaube, die zu Pferd — nach einem Kapitular auf vier mansus liegt, so passt dann der Ansatz von zwölf mansus direkt zu dem Pferdebetrag, der für einen miles notwendig ist. Der Ansatz von zehn mansus aber entspricht bis auf einen kleinen Zuschlag einem Besitzminimum von drei mansus für die gewöhnliche cavalcatio.

Der Besitz mehrerer cavallariae (feoda lorice) verpflichtet zu mehrfacher Stellung von Panzerreitern. Die Leute nimmt der Besitzer etwa aus den eigenen Unfreien; auch das ist denkbar, dass er Freie durch Sold gewinnt. Es ist wohl hieher zu beziehen, wenn nach den Usatici der miles andere milites oder locati oder einen de familia (Unfreien) unter sich hat[84]). Die wichtigste Form der Gewinnung von Panzerreitern ist die Aufnahme in die Gefolgschaft. Da aber dazu, wie später zu erörtern ist, ursprünglich nur die königlichen Vasallen, später auch deren Vasallen befugt waren, so scheidet das Mittel wenigstens ursprünglich gerade für die geringeren Panzerreiter, die aber doch mehrere „Rittergüter" haben, aus.

5. Der Kriegsherr des öffentlichen Wehrdienstes ist nach deutschem Recht der König und nur der König. Wie in der Halberstädter Urkunde von 992[85]) der heribannus über die milites noch ein heribannus regalis ist, so zeigt auch Sachsenspiegel und Schwabenspiegel[86]) dass nur der König das Aufgebot zum Auszug hat.

In Frankreich dagegen ist allenthalben das Aufgebot an den Grafen übergegangen. Freilich wird gerade in dem Recht eines der unabhängigsten Gebiete, der Normandie, neben dem Aufgebot des Herzogs noch ein Aufgebotsrecht des Königs hervorgehoben[87]); dann treten aber beide Aufgebote neben einander, und natürlich hat der König kein direktes Aufgebotsrecht, sondern dasselbe wird durch

---

84) Usatici § 7: miles vero qui habuerit duos milites aut (so Helfferich S. 433) homines locatos de suo honore et tenuerit unum de familia sua, tota illa compositio supradicta sit ei.

85) Ob. N. 54: auch der Elsässer Landfrieden § 8 (Weiland I. 429) betrachtet den Heerzug als publica imperatoris expeditio.

86) Homeyer II. 2 S. 375.

87) Register von Bayeux: S. S. rer. franc. XXIII S. 699 § 438 ob. N. 68; dann S. 670 § 439.

Digitized by Google

den Grafen vermittelt. Letzterer bietet gemäss seiner Lehenspflicht auf. Ob auch der Baron im Sinn der Et. de S. Louis, d. h. der Inhaber einer castellania mit voller Hochgerichtsbarkeit das Aufgebot erworben hat, kann ich nicht sicher beurteilen, innerlich ist es wenig wahrscheinlich[88]; aber es fehlen die Belege.

Die Wehrpflicht des Ritters erscheint in den französischen Rechtsbüchern an die castellania gebunden, in der Art, dass die Lehen zur castellania gehören und dass das Lehenrecht nach Kastellanien differiert[89]. Ebenso sind in den Lehensregistern Philipp Augusts die gewöhnlichen milites an die einzelnen castellaniae gewiesen[90]. Ein selbständiges Aufgebotsrecht des castellanus folgt natürlich aus dem allen noch nicht. In Deutschland kommen keine Spuren von dieser Kontingentierung der Panzerreiter vor.

Soweit der Kriegspflichtige der Mann eines andern ist, vermittelt überall der Herr das Aufgebot[91], wie er es schon in der fränkischen Zeit thut: ursprünglich mag das freilich nur gegolten haben, wenn der Herr königlicher Vasall war; in den Quellen finde ich die Beschränkung aber nicht. Die Bedeutung des Satzes ist in der Litteratur bei weitem überschätzt worden.

Die besondern Kontingente, die sich dermassen bilden, stehen unter einer Fahne; damit hängt es offenbar zusammen, wenn nach deutschem Recht der Fürst, d. h. eben der königliche Baron mit einer Fahne belehnt wird. — Die milites bannerias (bannerets) habentes des französischen Rechts dagegen gehören nicht hierher. Im Lehensregister Philipp Augusts sind das milites, die nicht nur unter den barones, sondern auch unter den castellani stehen und nur über die gewöhnlichen milites sich erheben[92]; der französische Schwabenspiegel[93] nennt neben einander die dienstmännischen

---

88) Dem Baron fehlt nach Et. S. Louis I. 65 das Aufgebot der Nichtritterlichen zum Auszug; er hat es auch nur zur Landwehr, und das gilt wohl auch für die Ritter.

89) Beaumanoir c. 47 § 13, Pierre 21 § 25, Stat. Bereng. (Giraud II S. 8), Ol. I S. 62 XXII.

90) S. S. rer. franc. XXIII S. 686 ff.

91) Vet. auct. I. 9: regis justum servitium, a domino suo sententialiter praeceptum — serviat. — Sw. sp. Lnr. 129. — Échiquier 380: die milites schulden dem König Dienst per manus episcoporum vel baronum.

92) S. S. Rer. franc. XXIII S. 684; so auch das spätere französische Recht (Laurière s. v. banneret); Jähns Geschichte des Kriegswesens S. 573.

93) c. 3.

Digitized by Google

chastelains, banières und vavassors. Es handelt sich eben um die Führer kleiner Abteilungen (10—25 Ritter), der späteren Fähnlein. Die Quellen unserer Zeit geben keinen genaueren Aufschluss.

6. Das Bisherige gestattet nun die Konstruktion des gesamten Verhältnisses. Zweifellos ist die Wehrpflicht des Panzerreiters identisch mit der allgemeinen Wehrpflicht und dient zur Illustrierung derselben. Hier wie dort die Kriegfahrt von 6 Wochen, wozu dann noch 6 Wochen für den Zug zur Grenze und 6 Wochen für die Heimfahrt kommt: eine solche Begrenzung kann nur in den beschränkten Verhältnissen germanischer Kleinstaaten entstanden sein und ist von da in das fränkische Grossreich übernommen. Nicht bloss für den Panzerreiter, sondern auch den sonst Wehrpflichtigen ruht der Heerdienst auf einem Besitzmass. Derjenige, der ein mehrfaches dieses Masses hat, muss mehrfachen Kriegsdienst stellen; es hat sich der Kriegsdienst auf einen bestimmten Grundbesitz radiziert. Das Mass beträgt 3—4 mansus für den gewöhnlichen Reiter und so 10 mansus für den Panzerreiter, weil dieser zwei scutarii, d. h. zwei leichte Reiter mit sich nehmen muss. Soweit ist der Dienst des loricatus nur die Anwendung des öffentlichen Dienstes überhaupt. Lediglich auf öffentlichem Recht und nicht auf Lehensrecht beruht es endlich, wenn im Recht von Bigorre auch der miles wegen Missachtung des gräflichen Aufgebots lediglich den Heerbann von 65 sol. zahlt[94]). Worauf aber die Verpflichtung der grösseren Besitzer, gerade einen Panzer zu tragen, zurückgehen mag, wird später besprochen werden[95]).

Neben dem Panzerreiterdienst des öffentlichen Rechts, der zeitlich begrenzt ist, steht der ursprünglich unbeschränkte Vasallendienst[96]). Je mehr freilich die grösseren Besitzer sich kommendieren, um so mehr verliert sich der Gegensatz von öffentlichem und privatem Heerdienst. Aber immerhin hat, wie später zu besprechen ist, die öffentliche Pflicht des Gefolgsmanns häufig derart auf die private eingewirkt, dass sein unbegrenzter Heerdienst verschwunden und nur der auf 40 Tage begrenzte öffentliche übrig geblieben ist.

VII. Eine besondere Kriegspflicht tragen die Küstenländer, wo

---

94) c. 34 (Giraud I S. 24): si cui militum preceptum fuerit in expeditionem legitimam ire et non iverit, aut 65 sol. comiti persolvat aut similia super inimicos operetur que et comes et 5 sol. persolvat.

95) § 44. IV.

96) Genaueres § 43.

Digitized by Google

die Einwohner Schiffe zu stellen und auf ihnen auszuziehen haben. Genaueres vermag ich über das Verhältnis, das ja auch im germanischen Norden wiederkehrt, nicht zu ermitteln[97]).

§ 12. Befestigungsrecht.

In der Römerzeit wie unter der Frankenherrschaft, besonders aber seit den Normannen- und Ungarneinfällen tritt die Bedeutung der Burg entscheidend hervor. Bereits im 9.! Jahrhundert bestehen Befestigungsanlagen auf Königsland[1]). Im 10. Jahrhundert aber hat der deutsche König Heinrich I.[2]), dann Hugo Capet den Burgenbau in grossem Stil betrieben[3]). Die langen und erbitterten Kämpfe, die um die Türme von Amiens, Brügge, Monthleri ausgefochten wurden, zeigen die Bedeutung des Burgenkrieges im Westen; aber auch im Osten tritt dieselbe hervor[4]).

---

97) Warnkönig II 222 § 2, 230 § 2; v. d. Bergh I. 455, I. 550 (vgl. auch I. 110 justicia in bellicis navibus); Ol. I S. 632 IV.

1) Vielleicht hierher Cap. 297 § 14 (iudices villarum regiarum) aedificent villas nostras moderatis casticiis. Sicher Cap. 281 § 26: ut castellum de compendio a nobis coeptum pro nostro amore et vestro honore perficiatur in testimonium dilectionis vestrae erga nostram benignitatem. § 27: de civitate Parisius et de castellis super Sequanam et super Ligerim, qualiter et a quibus instaurentur, specialiter etiam de castello sancti Dionysii.

2) Hierher gehört die vielbesprochene Angabe Widukinds I. 35; hiezu Köpke, Widukind von Korvey S. 156 f.; Waitz, Heinrich I S. 231; Richter und Kohl Annalen [illegible] S. 8 fd.; die milites agrarii, von denen der zehnte Mann in den Befestigungen angesiedelt wird, müssen, wie dies öfters bemerkt wurde, schon deshalb Ministerialen sein, weil sie alle untereinander confamiliares sind. Der Ausdruck passt nur auf das Gesinde. Die Ausführungen Rodenbergs in M. Ö. I. XVI S. 161 verwechseln mit den von Widukind geschilderten Verhältnissen die Landwehr- und Wachpflicht des öffentlichen Rechts.

3) Hariulf III. 27 (H. A. S. 162): sed et reges Francorum circa haec tempora nobis magna abstulerunt praedia, quae fossatis ambientes et muris circumdantes, castella effecerunt; IV. 12 (S. 205): Hugo vero, primo dux postea rex eo tempore propter barbarorum cavendos incursus Abbatisvillam nobis auferens castrum effecit eique Hugonem praeposuit militem; IV c. 21 (S. 229): quo primum igitur tempore Pontiva patriola munitionibus aucta est ablatis monasterio Centulo tribus oppidis, Abbatisvilla, Sancto Medardo et Incre et his castellis effectis, in eorumque stipendia multis aliis Sancti Richarii villis et reditibus ab Hugone rege praerogatis, nostra haec provincia non comite utebatur, sed regiis militibus hinc inde praepositis conservabatur.

4) Lamprecht I S. 1306 f.; Hegel, die Entstehung des deutschen Städtewesens S. 30 fd.

Digitized by Google

Der Unterthan bedarf in fränkischer Zeit zur Errichtung von Burgen der königlichen Genehmigung[5]). Die Kontrolle mussten natürlich die äusseren Behörden üben, und so ist es erklärlich, wenn später in Frankreich und Deutschland zur Errichtung von Festungen die Genehmigung des Hochgerichtsherrn oder sogar des Castellanus verlangt wird[6]).

Bereits für die zweite Hälfte des 12. Jahrhunderts wird deshalb auch in Deutschland vorausgesetzt, dass der Graf ohne jede Genehmigung einer übergeordneten Gewalt Burgen errichten kann[7]). In anderen Quellen freilich wird noch länger davon geredet, dass über die Burgenerrichtung nicht der Graf als solcher, sondern der Herzog oder der Inhaber einer herzogsähnlichen Gewalt entscheidet[8]). Es fehlt uns an Angaben über den Widerstreit des

---

5) Cap. 273 c. 1; M. B. XXVIIIa 110. 918: dem Bischof von Eichstädt die Befugnis gewährt, aliquas munitiones contra Paganorum incursus moliri.

6) So schon Kleinmayrn 58. 898: comes terminalis entscheidet über Festungsbau. Remling I. 221. 1239: Markgraf von Baden verbietet kraft seiner comitia die Errichtung einer Festung. Mohr I. 229. 1256: Graf von Tirol genehmigt die Errichtung einer Burg im Engadin. S. sp. III. 66 § 2: zur Errichtung von Befestigungen die Zustimmung des Landrichters erforderlich. Ebenso die Hirschberger Landesordnung a. 13 (Rockinger Denkmäler S. 82). Reichsweistum v. 1279 (leg. II S. 423): keine Burg darf ohne Genehmigung des Grafen errichtet werden. Schwind 34 § 58 (österr. Landrecht): niemand soll eine Burg ohne Genehmigung des Landesherrn anlegen. Anwendungen des Satzes bereits für den Beginn des 11. Jahrhunderts in der vita Balderici c. 7 (S. S. IV S. 727); später bei Giselbert (H. A. S. 52); Ol. I S. 227. XVII: der castellanus hat die Anlage einer Burg innerhalb der castellania verboten. Usatici § 73, § 99: keine Errichtung von Festungen ohne Genehmigung des princeps. Marca col. 1382. 1191: ein vicecomes genehmigt die Anlage einer Festung. S. Victor II. 902. 1177: Graf von Provence gestattet der Abtei auf ihrem Gebiet die Anlage von Castella. Vaissete VIII. 165 § 23: Item nullus in terra comitis qui subest ditioni ac potestati sue atemptet firmare de novo aut reedificare forciam que diruta est sine assensu comitis.

7) Weistum von 1184 (Weiland II. 297).

8) Lacomblet III. 98. 1311, Erich von Sachsen: vestra a nobis inquiri fecit dominatio, quod, quantum et qualiter cum ponte versatili, muris et fossatis absque ducis licentia infra ducatum aliquid edificari possit. Hiis itaque per sententiam a nostris fidelibus exquisitis vobis duximus rescribendum, quod in ducatu nostro nulli prorsus quidquam edificare licet absque nostra licentia speciali cum ponte versatili, muris, fossatis sine vallis (= Seibertz II. 541). Lacomblet III. 827. 1379: der Erzbischof hat einem Ritter vergeben, dat ich (der Ritter) buyssen synen ind syns gestichtz urloff eynen burchlichen buw ind huys begriffen ind gemachet han zu Anroichte yme hertzochdume vun

Digitized by Google

herzoglichen (fürstlichen) und gräflichen Rechts; nach der Reichsgesetzgebung zu Ende des 13. Jahrhunderts scheint aber im ganzen das letztere durchgeschlagen zu haben.

Neben der herzoglichen oder gräflichen Zuständigkeit lässt sich aber in Deutschland ursprünglich noch eine selbständige königliche Genehmigung verfolgen, die jetzt wohl die Bedeutung hat, dass dadurch die herzogliche oder gräfliche Genehmigung überflüssig wird[9]). Hand in Hand damit geht ein selbständiges Befestigungsrecht des Königs[10]). Auf dieses konkurrierende Recht hat Friedrich II. in allerdings sehr verklausulierter Weise verzichtet[11]), und so ist ein sehr wichtiger Teil der Militärhoheit ausschliesslich an die Territorialherrn gekommen. Diese aber nützen ihre Befugnis nun in der Weise aus, dass sie die Genehmigung zur Burgenerrichtung nur geben, wenn ihnen der Burgherr das Besatzungsrecht einräumt, das Haus zum Offenhaus macht[12]).

II. Buch.

Die Rechtsprechung.

Vorbemerkung.

Verschaffen Steuerpflicht und Kriegspflicht dem König die Machtmittel zu herrschen, so ist das Ziel der mittelalterlichen Herr-

---

Westfalen, des ich mit rechte nyt dun enmochte; deshalb macht er nun die Burg zum Offenhaus des Erzbischofs. Anhalt II. 181: in ganz Thüringen ist die Burgenerrichtung von der Genehmigung des Landgrafen abhängig. — Auch Weiland II. 306. 1231, wo nicht dem Grafen, sondern dem princeps oder Bischof das Befestigungsrecht gegeben wird, gehört in den Zusammenhang.

9) Die Stellen bei Waitz VIII S. 203; dann besonders Wilmans K. U. 220. 1150—1151: der König erlaubt dem Grafen von Arnsberg überall im regnum auf seinem patrimonium und beneficium (also auch ausserhalb des comitatus) Türme zu errichten.

10) Waitz VIII S. 205.

11) Die confederatio von 1220 (Weiland II. 73) § 10 spricht natürlich nur von Burgen auf Kirchengut; die ursprüngliche Fassung des statutum in favorem principum (Weiland II. 304 § 1) verspricht, dass überhaupt keine Burg zu Nachteil eines Fürsten errichtet wird. Dagegen in der spätern Formulierung (Weiland II. 171 § 1) wird wiederum nur von Burgerrichtung auf Kichengut geredet.

12) z. B. Lacomblet III. 827; Mohr I. 229.

Digitized by Google

schaft die Rechtsprechung, und zwar vor allem die Strafgerichtsbarkeit.

Man kann die Ausbildung eines strengen Strafrechts geradezu als die staatliche Arbeit des Mittelalters bezeichnen. Während die Urzeit die schwersten Gewaltthätigkeitsverbrechen als büssbar ansieht, bestraft sie das spätere Recht mit Tod; und so wird die Masse der schweren Verbrechen todeswürdige Verbrechen. Die Aufklärungszeit, welche die Nachteile solcher harten Rechtspflege zu spüren begann, die Vorteile derselben als etwas selbstverständliches hinnahm, hat das Ideal der milden, bessernden Strafen aufgestellt. Den Vorfahren war der rechte Richter ein strenger Richter und musste es wohl auch sein[1]). Die Carolina ist soweit nur die reifste Frucht des mittelalterlichen Rechtes. Vollzogen hat sich diese Kriminalisierung des Strafrechts vor allem durch die Landfrieden.

Die Beeinflussung des persönlichen Gedeihens durch den Staat, die wir unter der Verwaltung befassen, war im Mittelalter dem Königsstaat fremd, und was an Wohlfahrtsverwaltung vorkommt, wird von den Gemeinden und der Kirche geübt.

Die staatliche Rechtssprechung hat aber dann freilich auch ein anderes Gepräge als heutzutage. Mit einem ungeschriebenen Recht arbeitend, von Richtern gehandhabt, die nicht lesen und schreiben konnten, ist sie nicht blosse Rechtsanwendung, sondern direkt Rechtsschöpfung. Vom Gericht gehen die Weistümer und Gesamturteile, die allgemeinen Fixierungen des geltenden Gewohnheitsrechtes aus. Einen guten Teil von dem, was unserer heutigen Gesetzgebung zukommt — Kodifikation jeder Art — versah damals das Gericht, freilich in eigenartiger Form.

Die Gerichtsbarkeit bewirkt eine vielgestaltige Unterwürfigkeit der Beherrschten, und das rechtfertigt es, von ihr sofort nach der Steuer- und Heerlast zu reden; denn den Grad der Unterthänigkeit kann man erst dann voll ermessen, wenn man die Eingriffe des Gerichts in den Rechtskreis des einzelnen vor Augen hat. — An eine vollständige Schilderung des Objektes ist freilich nicht zu denken.

Zwar gibt es kaum ein feineres, empfindlicheres Mass für das Erstarken staatlicher Gewalt, wie das allmähliche Anwachsen

---

[1]) Z. B. die Erzählung des Hermann von Tournay c. 23, c. 24 (S. S. XIV S. 283 fd.).

Digitized by Google

der Prozessleitung, das Ausscheiden einer besonderen Vermögensvollstreckung aus dem allgemeinen Zwangsmittel der Friedlosigkeit und das Zurücktreten der Selbsthilfe im Zivilrecht. Doch all das ist mehr nur ein Anzeichen als ein Mittel des Fortschrittes in der Verfassung.

Was aber eine eingehende Darstellung verlangt, ist die staatliche Reaktion gegen das Kriminalunrecht. In dem ganzen Apparat dieser Reaktion lösen sich wieder verschiedene Schichten von einander ab.

Dem Komplex der Blutgerichtsbarkeit oder, um mittelalterlich zu reden, der eigentlichen Kriminalgerichtsbarkeit steht der Bann im engeren Sinne gegenüber.

Hinter beides schiebt sich dann noch eine dritte Art der Gerichtsbarkeit, die trotz ihrer Wichtigkeit wenig Beachtung gefunden hat: das Strafsystem, das an die Verletzung der Mund des höchsten Gewalthabers anknüpft — die Palastgerichtsbarkeit. Freilich kann dieser Rechtskreis erst viel später beschrieben werden.

Dagegen ist sofort im gegenwärtigen Zusammenhang auch auf das Strafverfahren, das für die Verfassungsbildung entscheidend geworden, einzugehen.

I. Hauptstück.

Die Strafarten.

I. Kapitel: Der Bann.

§ 13. Der Betrag des Banns.

I. In dem Rechtsgebiet westlich des Rheins unterliegt der Gemeinfreie nur zwei Geldstrafen an die öffentliche Gewalt, nämlich einer von 60 und einer anderen von 5 oder $7^1/_2$ solidi[1]). Durch

---

1) Beaumanoir XXX § 42: Se gentix hons tient vilenage et il meffet de ce qui appartient au vilenage, les amendes sont d'autele condition, comme s'il estoit hons de poeste, c'est à dire qu'il se passe par petites amendes par cinq saus, des grans amendes par soixante saus; et se c'estoit fief, il paieroit dix sous et des grans soixante livres. Jostice et Plet XVIII 24 § 7: qui fet contre establissement de prince, il doit soixante sols de paine; im folgenden wechseln dann emende von 60 und von 5 sous. Et. S. Louis hat ebenfalls 60 und 5 sol.; vgl. die Zusammenstellung bei Viollet I S. 245. Ebenso

Digitized by Google

Kombination der kleineren Strafe mit der grösseren entsteht dann allenfalls noch eine solche von 65 oder 67½ sol.[2]).

Ursprünglich wird auch bei den schwersten Delikten nur die

Champagne c. 35. Teulet I. 109. 1179, Kommunalcharte von Meaux. Teulet I. 380. 1190 Issoudun: si quis accusatus fuerit de hiis injuriis, que satisfactionis sexaginta solidos exigunt, si duobus legitimis testibus et cognitis devinci poterit, satisfactionem persolvet. Guigue, Cart. municipal de Lyon S. 103. 1206: die höchste emende 60 sol., für Schlag 7 sol. S. Victor II. 1031. 1244: et ille justicie exigantur secundum illam formam que constituta est in terra domini de Castellana, que talis est: quod, si aliquis in rixa seu prelio vel ex industria in castro de villa Crosa alteri sanguinis effusionem fecerit, quoquo modo sanguis emanet, justitia non possit excedere summam 60 solidorum et unius denarii raymundensium: si vero aliquis de cultello vel alio gladio, lapide vel fuste atrociter alium vulneraverit, ita quod pocius de morte quam de vita speretur, tunc captus detineatur, vulnerator quousque appareat de morte seu vita vulnerati; et, si vixerit, sit vulnerator in misericordia seu dispositione domini de Castellana et prioris de Villa Crosa; si vero vulneratus moriatur, secundum statutum domini Bonifacii judicetur. — Giraud I S. 80 § 1, Martel in Südfrankreich: imprimis in omnibus clamoribus Martelli, de quibus aliud malum non exisset, neque percussus esset aliquis, aut plaga facta, vel cicatrix, septem solidis teneantur et clamantibus jus facere. De illis vero qui alteri plagam aut citatricem facerent, aut sanguinem excuterent, aut etiam aliquem ad lites vel ad seditiones arma traherent, LX solidos vicecomiti pro justitia darent, et jus clamanti. Qui vero armis ictum facerent, totum posse suum voluntati vicecomitis est. Vaissete VIII. 452. 1255, Toulouse: asserunt, quod dominus comes in civitate Tholose solum habet et habere debet de simplici clamore V solidos, de ictu usque ad effusionem sanguinis 60 solidos et in magnis criminibus incursum. — Über die Gestaltung in Brabant vgl. N. 21. — In Katalonien wird nur den höheren Klassen gegenüber ein Bann von 60 sol. erwähnt; gegenüber den geringeren ein solcher von 20 sol. (Marca col. 1365 c. 9). Da man nun doch den Ansatz gegenüber den geringern als das Normale ansehen muss, so kommt man zur Vermutung, dass in Katalonien nur das gräfliche Drittel am Königsbann fortdauernd erhoben wurde, die königlichen zwei Drittel aber hier an den Grafen nicht übergingen.

[2]) Bigorre § 22 (Giraud I. S. 23): nemo quamlibet mulierem violenter rapiat; quod si quis fecerit, LXV solidos comiti persolvat, et legem conquerenti; ebenso § 10 § 21. — Giraud II S. 512 § 7, la Réole angeblich Ende des 10. Jahrhunderts: Verletzung des Zollrechts 65 sol. — Barckhausen Bordeaux S. 24. 1: Don es assaber que — los stablimentz — volen que si una persona que sia borgues bat am ferrament aucuna autra persona que sia borgues, se guatga LXV soudz. E, ssi y a plagua que no sia fecta am ferrament esmolud, se guatga VI livras et X soudz. etc.; S. 165 n. 215. — Charte von Dijon bei Garnier chartes de communes — en Bourigogne I. 5. — Teulet II. 2032. 1229, Auxonne. — éc. des chart. 2 sér. t. 1 S. 66 § 6, Méru in Beaumont 1191. — Wauters S. 231. 1275, Valenciennes.

Digitized by Google

emenda von 60 (65) sol. erhoben[3]). Da nun aber bei Todesstrafe auch Vermögenskonfiskation eintritt, so hat sich hieraus namentlich da, wo durch die Gnade des Gerichtsherrn von der vollen Konfiskation abgesehen wird, eine weitere unorganische Reihe von höheren Geldstrafen[4]) gebildet[5]).

II. Derselbe Betrag von 60 sol. wird im alamannischen und deutschburgundischen Recht[6]) für jedes schwerere Delikt gezahlt, das nicht mit Todesstrafe belegt ist. Die Vergehungen, welche hierher gehören, werden unter temeritas (Frevel) zusammengefasst[7]).

---

[3]) Das Recht von Bigorre (N. 2) gibt selbst wegen des schweren raptus nur 65 sol.; noch im 14. Jahrhundert, sagt das Landrecht von Berg § 6: Die hoichste broiche iss dat Lyff, ind die hoichste geltbroich iss funff mark colsch, die ander broiche iss VIII schilling. — Sodann Valois I c. 7 (Richebourg II S. 796): Es chastellenies et Prevostes de Crespy et la Ferté-Milon, les amendes ordinaires sont de soixante sols nerets, — et de sept sols six deniers nerets — pour la petite amende des recleins, defauts et arrames et du cens non payé. Ebenso in den übrigen chatelenies von Valois, die nun aufgezählt werden. Douay et Orchies I c. 22 (Richebourg II S. 972): aussy un seigneur ayant haute justice ou de vicomte ne peut avoir amende excedante soixante sols. Espinal I § 5 (Richebourg II S. 1127): la plus haulte amende pecuniaire est de soixante souls.

[4]) So stellt (N. 1) das Recht von Toulouse über den Königsbann sofort die Konfiskation, die N. 1 angeführte provenzalische Quelle die misericordia des Hochgerichtsherrn; das Recht von Bordeaux (N. 2) setzt erhöhte Beträge.

[5]) Wenn Beaumanoir c. 35 § 5 sagt: li aucun dient que par le coustume hons de poeste ne pot estre en amende de plus de soissante saus ou de cors perdre, et li gentix hons de plus de soissante livres mais c'est gas si comme voz verrés apertement en plusors cas qui seront cha avant devisé — so stellt die von ihm bekämpfte Auffassung offenbar das ursprüngliche Recht dar; Beaumanoir hat aber die im Text erklärten Abweichungen im Auge.

[6]) Zu unbestimmt Osenbrüggen alemannisches Strafrecht S. 199 ff.

[7]) Trouillat I. 296. 1210: omnia tam maiora vadia quam minora veniunt in manum praepositi. Minora praepositus habet pro se: de majoribus vero quae sunt LX solidorum, pro injuriis, quae vocantur fravail, duas partes habet praepositus, et tertiam advocatus. Murtner Rodel § 19 (Gaupp II S. 155): praeterea si aliquis in dicta villa forefactum fecerit quod vulgo dicitur fravalli, vocandus est incontinenter ad judicium, et si venerit et confessus fuerit vel convictus, tenetur sculteto in LX solidis et passo iniuriam in sexaginta. Stadtrecht von Winterthur von 1297 § 10 (Gaupp I S. 140): Swer och under inen aine freuenli tuot die man rihten sol anne die hie vorgesriben sint, der sol der stat herren geben drii pfunt. Besonders interessant ist eine Nachricht aus der Grafschaft Hochberg im Schwarzwald: die „freien" d. h. die freien Hintersassen, und die

Digitized by Google

Die kleinere Wette beläuft sich hier auf 3 sol.[8]) und ist gleichbedeutend mit dem Bann, der zusammen mit dem Getwing (Zwing und Bann) dem Frevel und Diebstahl gegenübersteht[9]).

Eigenleute eines Klosters büssen im Landgericht für Frevel die geringen Sätze von 9 und 5 sol., dagegen der „volgfriman" 60 sol. (Grimm I S. 366 vor 1341). Suisse romande XXIX S. 286. 1230, Oberwallis: de querelis illis de quibus debentur LX sol., ut sunt banna freuerie et huiusmodi, postquam sibi (der Gerichtsherr) fuerit satisfactum de illis LX sol., ipse et curia debent esse contenti. Dass Frevel die unter den schwersten Delikten stehenden mittleren Delikte und deshalb namentlich schwerere Schlägereien befasst, zeigt folgendes: Augsburg. Stadtr. von 1104 (Meyer S. 310 ff.) II § 3: tercia pars bannorum, satisfactio temeritatum. III § 13: praeterea omnis satisfactio in civitate bonis redimenda ad episcopi iustitiam pertinet, excepta temeritate et injusticia et his etiam exceptis, qui morte plectendi sunt vel truncandi; also die temeritas ist nicht mit Leibes- oder Lebensstrafen belegt. Nach V § 1 richtet der Advokat auch über temeritas, iniustitia, monomachia. Augsb. Stadtr. von 1276 § 6: Die Vögte des flachen Landes richten „wunden, haimsuche, diupstal, vraefel unde allen gewalt". Würtemb. U. B. III. 923. 1238: Ruoggerus nichil iuris sibi vendicabit in predio prefati monasterii, quod Stetin dicitur, preter iudicium furti et temeritatis, que vulgariter vraueli norminatur. Temeritatem vero utraque pars communi consensu sic est interpretata, ut nichil dicatur temeritas nisi sanguinis maliciosa effusio, vel etiam cum pugno vel ligno intentione ledendi, percussio, gladii quoque sive cultelli iracunda evaginatio. Würtemb. U. B. III. 1162. 1251. Hier (infolge Bussherabsetzung) für „Unrechte" 3 sol., für „Frevel" 5 sol. — Diessenhofener Stadtrecht (Schauberg Ztschr. f. ungedruckte schweizerische Rechtsquellen II S. 11) c. 50: der Schulthais mag klage han umb frëueli än totschlag und wundaten an mins herren dez hertzogen stat. Appenzeller Landbuch 99 a. E. 16. Jahrhundert: Frevel im Gegensatz zu Friedbruch. Friedbruch mit Tod bestraft, Frevel mit 5 ℔ Busse. Der Sprachgebrauch kommt auch sonst in Süddeutschland vor; Gudenus I S. 649. 1254: der Centgraf richtet über Blut und Frevel; Speier. U. B. n. 44. 1230: die Nichtzahlung einer Schuld wird hier bisher als Frevel angesehen und deshalb bestraft. M. B. XXXVII 318. 1252: Heidingsfeld bei Würzburg: Item freuela est nostra in villa et in campis exceptis, que fiunt in bonis vronehoue attinentibus. Si autem aliquis de eisdem bonis vrevelam fecerit, judex noster deponet querimoniam in curia, et ipse satisfaciet secundum ius curie illius Si vero aliquem occiderit, vel lemedam fecerit, nobis satisfaciet ad gratiam nostram.

[8]) Trouillat II. 81, sog. Baseler Dienstmannenrecht: die cleinen Buzen, die drige schillinge sint dez sculteizzen; fontes rer. Bern. II. 143. 1235: si quis etiam predictorum hominum antedicto preposito violentiam aliquam emendaverit, tenetur Solodorensi causidico, si non de jure tamen de consuetudine, tres solidos emendare. Suisse Romande VI S. 263. 1221 Waadt: pro sanguine excusso infra cimiterium vel in portu debentur LX solidi, extra loca ista III solidi. Ebenso müssen nach dem Freiburger Rodel § 47, § 48 (Gaupp II S. 34) für Schlägereien ausserhalb der Stadt 3 sol., Schlägereien

Digitized by Google

III. In Bayern ist die ältere Schichtung durch die Landfriedensbewegung gestört; denn durch diese wurde ja für die schwersten Gewaltthätigkeiten Tod und Leibesstrafe oder an Stelle dessen Kopf- oder Handlösung eingeführt[10]). Allein immerhin kommt deutlich ein älterer Ansatz vor, der mit dem Königsbann von 60 sol. identisch ist; auch da, wo sich schliesslich eine Kriminalstrafe gebildet hat, bleibt der Ansatz als Nebenstrafe stehen[11]). Darunter wird als kleinere Strafe die von 6 sol. (5 sol.)[12]) erhoben.

---

in der Stadt 60 sol. Strafe gezahlt werden. Noch in den Landbüchern (Landbuch von Glarus 77 (Zt. für schweiz. Recht V S. 160); Landbuch von Appenzell 43, 46, 47, 49, 51) kommt die 3 sc. Strafe vor, namentlich gerade bei Agrardelikten.

9) Zwing und Bann steht sehr häufig Dübe und Frevel gegenüber: so durchweg im Habsburger Urbar; es wird hier unterschieden die Grafengerichtsbarkeit und „Dübe und Frevel". S. 28, ob. ist es streitig, ob die Herrschaft, die ja die Gerichtsbarkeit besitzt, auch über Dübe und Frevel richtet. So bleibt für die 3 sc. Busse nichts als die Bezeichnung Zwing und Bann, die in der That die niedere Dorfgerichtsbarkeit bedeutet.

10) In dem Landfrieden von 1244 (Q. E. bayer. Gesch. V. 36) treten als die gewöhnlichen Strafen bei schwereren Delikten die von 5 ℔ und die von 10 ℔ auf; erstere ist nach § 62 die Handlösung, die zweite das Wergeld von 200 sol., das ja auch in Bayern zur Anwendung kommt. Die späteren Landfrieden lassen dann diese 5 ℔ Busse nur bei Lähmung und Heimsuchung zu, also gerade den minderen Verletzungen des Landfriedens (die Zusammenstellung bei Rockinger, Denkmäler S. 63).

11) Bayer. Landr. c. 164. 165: kennt bei Verwundung eine Zahlung von „sechzig und 3 pfunt pfennig" an das Gericht. Bei Rupprecht II c. 41 fd. kommt die Bezeichnung 60 und 5 ℔ formelhaft vor und es ist hier, wo es sich oft nur um kleine Delikte handelt, ganz undenkbar, dass 65 ℔ oder 63 ℔, eine ganz exorbitante Busse, zu lesen ist. Die Aufklärung gibt Landfriede von 1244 § 72 und namentlich Landfriede von 1281 § 3 (Qu. E. bayer. Gesch. V. 140): danach handelt es sich um 60 d. und 3 ℔ d., oder 60 d. und 5 ℔ d. So ist die Busse von 3 ℔ und 60 d. bei der schwereren Verwundung, soweit diese nicht zu Lähmung führt, gleichbedeutend mit dem Königsbann und dem Zuschlag der kleineren Busse, wie das ja auch im Westen häufig bezeugt ist.

12) Die Busse von 6 sol. (72 den.) ist die Normalbusse bei allen Agrardelikten (Überackern, Überweiden, Viehschäden, Fischen, Vogelfangen): Landfrieden von 1244 § 71, § 73 — dann bei geringen Schlägereien (§ 66). Es kann nun die Busse bis zu dieser Höhe auch im Dorfgericht erhoben werden; an das Dorfgericht verfällt dann 1 sol., und es verbleibt für den Herzog 5 sol.: bayer. Landr. c. 139 und die richtige Erklärung bei Rosenthal, Geschichte des Gerichtswesens und der Verwaltungsorganisation Bayerns S. 206 ff. Es fällt ferner, wenn der herzogliche Richter die Sache selbst verfolgt, von den 6 s. einer an den Schergen (bayer. Landr. c. 264); so verbleibt dann eine Busse

Digitized by Google

IV. In Sachsen ist der Königsbann ebenfalls rezipiert[13]). Die geringere Wette ist keine einheitliche, geht aber allemal auf den Ansatz zurück, der in der Karolingerzeit bezeugt ist und dann ein oder zweimal verdoppelt wird (2 oder 4 sc.). Auch das halbsächsisch halbfränkische Chamavenrecht gehört dieser Gruppe an[14]).

---

von 5 sol., und da wo die staatlichen Bussen allein zusammengestellt werden, wird deshalb von 3 oder 5 ℔ und 60 d gesprochen: z. B. der Landfriede von 1281 § 3 (Q. E. bayer. Gesch. V. 140). — Für Verwundung mit der Waffe hat das bayerische Recht die Verdoppelung der kleineren emenda eingeführt (bayer. Landrecht c. 164); der Ansatz im Landfrieden von 1244 § 66 (Q. E. bayer. Gesch. V. 36) ist offenbar eine nochmalige Verdoppelung mit Rücksicht auf den vorübergehenden Landfrieden. Genau dieselben Beträge hat das österreichische Recht, und das beweist deren Ursprünglichkeit: Schwind 50 § 90 so sol auch niemant in dem lantgericht hocher wandl geben dann dem lantrichter LX d. und seim waltpoten, ob der iemant pfant geantwurtet oder guts gewaltig machet, XII d.; tuot aber iemant ain frevel oder ain gewalt, so sol er VI s. ze wandl geben.

[13]) Es genügt der Hinweis auf Cap. 27 § 1; S. sp. II. 61 § 4 zt.

[14]) Weitverbreitet ist die kleinere Wette von 4 sc.: Dortmunder Statuten (Frensdorff) I. 36: Item si quis percutit palum absque licentia in stratam regiam, vadiabit superiori iudici 60 solidos, et qui percutit palum in viam que vulgo dicitur jucweg vadiabit quatuor solidos, iudici duos et civitati duos. Hoyer U.B. II. 5. Abteil. 1. 1171, Recht der holländischen Ansiedelungen: summa compositio ipsorum ante secularem iudicem non faciet nisi quatuor solidos nummorum. Verdener G. Q. II. 74. 1259, Recht von Verden: Item si aliquis obligaverit vel impediverit aliquem iniuste cum precone pro debitis pro tali excessu vadiabit quatuor solidos. Bremer U. B. I. 299. 1259: So ein man an unses heren gerichte den anderen spreke to nahe, dat schal he den richtebeteren mit veer schilling, und den to nahe gespraken is, dat mach he achterfolgen vor unses gnedigen heren gerichte edder an de ratmanne, des mach de vaget by den richte beschlaen by 4 schilling, by 8 schilling, by 60 schilling, alse schal dar in gan als en recht is. — So ene edder mer in dem richte to tugen geropen worden, de schölen den kleger helpen tugen, na des se binnen 4 bencken begrepen sint; willen se dat nicht tugen, so mögen se sick des vagedes wedde trösten mit 4 schilling. Oelrichs S. 99. LVI: So wellic man beclaghet wert binnen ver benken, dhat he hebbe sproken dhem anderen an sine ere; wert he dhes vortughet edher bekennet he dhes, dhes voghedes wedde is ver scillinge; vgl. S. 118. LXXXIX. Hildesheimer U. B. I. 49: Si percusserit quis alium, ut fundatur sanguis, penam incidet IIII solidorum advocato solvendam. I. 122: pro omni violenta manuum injectione majus vadium erit quatuor solidi, qui cedent advocato. — Minus vadium est sex denarii. I. 269 § 27: Siquis de aliquo facit querimoniam pro debitis sub excommunicatione regali et ille recognoscit se esse debitorem, si non solvit infra XIIII noctes ipse pro neclecto die, vadiabit advocato IIII solidos. Westf. U. B. IV. 1642, Herford 1281. Westf. Archiv II S. 28 § 20 (Herforder Rechtsbuch): We mit ghewelde wat dede de breke ver schillinghe hoghe ne kan men to heruorde

Digitized by Google

V. Geradeso kennen die friesischen Quellen den Königsbann. In den Küren wird er auf 3 ℔ angesetzt; damit sind ursprünglich jedenfalls wie allerorts 60 sol. gemeint[15]). Nun tritt aber im Zusatz zu diesen Küren und in den späteren Quellen eine andere Berechnung auf. Die westerlauwerischen Rechtsbücher, welche wohl unter direktem Einfluss der holländischen Grafen entstanden sind, geben dem Grafen eine Busse von 2 ℔, die einmal Königsbann, ein andermal Friedensgeld heisst[16]). Dass Friedensgeld und Königsbann im späteren Recht gleichbedeutend sind, ist bekannt und wird später genauer besprochen. Eine dritte Reihe erwähnt einen Königsbann von 21 sc., also rund 1 ℔, der an den Schultheissen zu zahlen ist[17]): allein genauer zugesehen wird in den meisten Fällen der Königsbann auf 3 ℔ angegeben, und dass 21 sc. Königsbann gezahlt werden soll, ist in Form einer Glosse hinzugefügt, oder es heisst noch bezeichnender: durch (wegen) den Königsbann hat der Schultheiss 21 sc. Damit ist eine sehr einfache Lösung möglich: rechnet man den Bann, den nach westerlauwerischem Recht der Graf erhält, und den Betrag des Schultheissen zusammen, so kommt man auf 60 sc. Nun bezieht sehr häufig der untere Beamte gerade so ein Drittel vom Gefäll seines Dienstherrn[19]),

---

nicht in dat richte breken. — Anderemale tritt dagegen der verdoppelte Ansatz von 8 sol. auf. So schon einmal Bremer U. B. I. 299; dann vielleicht Brem. U. B. I. 92. 1201: pro banno judicis secularis dabuntur octo nummi. S. sp. III. 64 § 8: deme scultheiten weddet man achte schillinge sine biergelden. Dithmarsches Landrecht von 1449 § 213: efft he den beschedenen unde vtgetekeden dach vorsete vnd vorsümede, so vaken he dat deyt, so schal he doche to isliker tidt nicht mer breken jegen dat sworne richte vmme sine vorsüminge, alse achte lüb. schilling. Bordesholmische Amtsgebräuche c. 4 (S. 10): Die Wedde auf dem Lotting ist 8 sc. u. 4 d. — Cap. 27 § 5 hat als Wedde wegen Gerichtsversäumnis für die nobiliores 4, die ingenui 2, die liti 1 solid.; der Ansatz von 4 sol. kehrt auch überall in der l. Chamav. für den fredus dominicus wieder.

15) Soweit auch Heck a. a. O. S. 279 N. 106. Direkt bezeugt ist der „Königsbann" von 62 (60 sol.) im Rudolfsbuch § 5 (Richthofen S. 426).

16) Schulzenrecht § 54 (R. S. 396): ende da grewa twe pond to ferda Wergeld § 2 (R. S. 413): soe aegh hi dis koninges ban tve betane mit twam ponden; über das Alter § 1 N. 16.

17) 17 Küren § 2, § 9, § 11 (H_1); 24 Landrechte § 13 (H_1), § 19 (E), § 23 (H_2).

18) z. B. 24 Landr. § 19 (besonders auch in der westerlauwerischen Fassung).

19) z. B. Ol. II S. 232. XV: vicarius hat 1/3 an der emenda; Savigny 916. 1127: vicarius hat 1/3 an quarta und tertia.

Digitized by Google

wie der Graf in der fränkischen Zeit 1/3 der Staatsgefälle bezog, und da die friesische Häuptlingschaft wenigstens zum Teil an das Schultheissentum anknüpft, so wird eben diese Gefällquote stehen geblieben sein, auch nachdem die Grafenherrschaft beseitigt war. In dem westerlauwerischen Recht aber macht dann der Graf wieder den Anspruch auf den ihm effektiv zukommenden Betrag geltend[20]).

Ähnliches liegt vielleicht auch Ansätzen im niederfränkischen Recht zu Grunde[21]).

Die kleinere Busse macht in Friesland weithin 2 sc. aus und ist teils an den Schultheissen, teils an den redieva zu zahlen[22]), und einmal erscheint sie auf 4 sc. erhöht. So stimmt der Betrag wesentlich mit dem überein, was das naheverwandte sächsiche und chamavische Recht überliefert.

VI. Die Strafe von 3—5 (7 1/2) sol. ist nicht die Mindeststrafe. Der Sachsenspiegel kennt ein Gewette des Gografen und Burmeisters von 1/2 bis 3 sc.[23]), und in einer Anzahl von Quellen erscheint ein Gewette des in causis cotidianis richtenden preco im Betrag von gewöhnlich 6 Denar[24]). Die französischen Kommunal-

---

20) Natürlich liegt im Wegfall des gräflichen Anteils eine Erleichterung, und von dieser reden auch die Quellen; man braucht so nicht zu der von Heck (S. 279 N.) behaupteten, höchst unwahrscheinlichen abermaligen Bussreduktion zu greifen.

21) In Brabant werden nach den Keuren von Incourt und von La Hulpe (Willems Jean de Klerk I n. 25. 1226; 28. 1230) 45 sc. erhoben wegen Bruch des Bannes, soweit er das Gericht beschäftigt; ich fasse das als die 2/3 des Grafen und den Zuschlag der niederen emenda von 5 (7 1/2). Wegen Verletzung des Zolles verfällt der volle Königsbann; hier hat sich eben kein Drittelrecht des Zöllners ausgebildet.

22) Für die Bezüge des Schulzen Heck S. 40; für den redieva Brokmerbrief § 48, § 57, § 60, § 106, § 145; 4 sc. in § 143. — Der höhere Betrag von 1 M. geht einmal sicher auf Verdreifachung wegen dreifachen Friedens zurück (§ 68) und so wohl auch anderemale § 42, § 47.

23) S. sp. III. 64 § 10.

24) Westf. U. B. IV. 1642, Herford: alias de causis quotidianis, que geruntur coram bedello civitatis, sex ipsi tantum denarii vadiantur; cfr. Herforder Rechtsbuch § 21 (Westf. Arch. II S. 28). Lübeck cod. I § 56: preco de sex denariis judex erit et non amplius, sed nuncius est civitatis et iudici etiam subditus erit. — Dortmunder Statuten V § 9: Eyn vrone en sal nicht hoger richten dan 5 1/2 dn. — Auch im Breyssiger Gericht (Lacomblet III. 636) richtet der herrschaftliche Richter, d. h. der Schultheiss, bis 6 Denar.

Digitized by Google

rechte weisen auf eine Busse von 1 sol.[25]); ein noch niedrigerer Betrag von 4 Denar scheint lediglich Einsatz bei der Arrestierung zu sein[26]). Auch in Bayern ist im Gemeindegericht eine Wette von 1 sol. angedeutet[27]).

Dies, so unvollständig es ist, beweist, dass die Wedde von 3—5 sc. nicht die niederste Strafe darstellt. Dagegen ist sie überall, vom Königsbann abgesehen, grundsätzlich die höchste gewesen. Abgesehen von den zahlreichen Belegen, die bereits vorgekommen sind, ergiebt sich das aus dem eigentümlichen Sprung, der überall sofort von jenem kleinen Betrag zu dem grossen Königsbann gemacht wird. Der Grafenbann, wenn er je in bedeutendem Mass bestanden hat, ist durch den Königsbann des Grafen überdeckt worden.

---

25) Denn überall wird in den Kommunalrechten, wie der Königsbann auf die 5 sc. Strafe, so diese auf eine 1 sc. Strafe herabgesetzt (§ 34 N. 59).

26) Die 4 Denar treten im französischen Recht als Einsatz bei der Verfolgung gestohlenen Guts hervor. Et. S. Louis II. 13: Se aucuns acuse aucune persone de larrecin — doit nomer le larrecin, se ce est chevaus, ou robe, ou gages d'argent — et doit mettre IIII deniers dessus la chose. — Brussel usage des fiefs II S. 741 f. § 3 (Weistum über das Recht des vicarius von Paris): Derechief il appartient a icelui Voger, que de toutes les autres choses qui sont emblées, se cellui à qui elles sont emblées vient devant la Justice et les entre pour emblées, il convient que devant la Justice il mette IIII deniers dessus. Hier handelt es sich schon um einen Einsatz für die vorläufige Beschlagnahme der Sache durch den Bestohlenen. Noch deutlicher ist das in einem Recht von Amiens: Thierry I S. 146 § 76: Derechief, se il avenoit chose que hons ou feme ou qui que che soit venist avant et trueve sor aucune âme aucune chose que il die que ele ait esté emblée et mal tolue; chil sor qui on le claime puet traire se borsse à warant, et juerra que il ne l'a mie à essient achaté à larron et s'il pert le catel que il i a mis, ensi em puet passer et demorer em pais; et chil qui le chose claime paie 4 deniers de l'arester. § 77 redet von dem Fall, dass ein notorischer Räuber im Besitz ist: et s'il avient chose que aucuns claime aucune chose, qui li ait esté emblée, et il trueve le larron saisi, por tant qu'il s'en fache créables, il a le sien sans paier enterchement. Ebenso Jostice et Plet 19. 35 § 1, § 2: Se aucuns baille aucune chose en gages, et ele soit emblée; et cil qui la chose est l'antierce por emblée, et meste quatre deners d'entierz: il aura à proves de prodes homes, que la chose fust soe. § 2: Et se li autres dit que la chose li fust vendue, et que cil qui l'antierce por emblée la li vendist, qu'an sera? En tex choses a gage de larrecin. Zuerst wird das interciamentum von 4 Denar gezahlt, und erst, wenn der Besitzer dagegen eine Einrede erhebt, kommt es zum Prozess mit gage.

27) Ob. N. 12.

Digitized by Google

VII. Öfters kommt eine Verdoppelung der gewöhnlichen Ansätze vor; so im Gebiet des fränkischen Rechtes[28]), besonders häufig aber im Schwäbischen[29]). Einmal ist mit dieser Verdoppelung des Geweddes die allgemeine Verdoppelung[30]) der Komposition, die für Delikte im erhöhten Frieden zu entrichten ist, verbunden.

Ein erhöhter Frieden eines ganzen Landes entsteht nur dann, wenn das Land eine Eidgenossenschaft ist, einen Landfrieden beschworen hat[31]), und so wird die Verdoppelung des Königsbanns in der Schweiz eine Folge der dortigen Eidgenossenschaft sein.

VIII. Umgekehrt bezeugen wiederum die schwäbischen Quellen einen Bann von 30 sol.[32]) wegen Frevel; einmal wird das als

---

28) Cout. d'Anjou glossé c. 59 (Beautemps Beaupré I S. 256); in der Maine beträgt der Heerbann 120 sol., in Anjou nur 60; ebenso ist in der Maine die Wette von 7½ sol., verdoppelt; ebendort c. 45 (I S. 237). — Frank v. Brügge § 25 § 27 (Warnkönig II. 45) gibt bei schwereren Körperverletzungen, die aber noch nicht kriminell sind, 6 ℔, also doppelten Königsbann; gleichzeitig aber wird (§ 26) als Komposition für kleinere Körperverletzung das Doppelte von dem gezahlt, was sich als gemein vlämischer Ansatz ermitteln lässt: darüber meine Ausführungen in Abhandlungen für Maurer S. 477 ff.; dann Warnkönig II. 220 § 45, Waesland.

29) Hier tritt allgemein eine Wedde von 6 ℔ auf (Blumer, Staats- und Rechtsgeschichte der Schweizer Demokratien I S. 159): z. B. Zeitschrift für Schweizer Recht II S. 32 § 26, S. 68 § 2.

30) Ich habe zuerst in den Abhandlungen für Maurer auf diese Verdoppelung aufmerksam gemacht (S. 478 f.) Die Erscheinung ist sehr verbreitet. Weitere Belege sind z. B. Sw. sp. 11: Doppelte Busse bei Delikten gegen den Richter. Drenther Landrecht von 1412 § 46; an den vier hohen Festzeiten verdoppelte Busse; gegen andere Verdoppelungen wehrt sich das Gesetz. Warnkönig II. 160 § 57: Tötung auf der Heerstrasse. II. 209 § 3: Delikt auf dem Markte oder der Königsstrasse. § 114: Delikt während der Nacht. II. 220 § 26: Delikt während der Nacht (Verdoppelung des Geweddes). S. sp. I. 8: Die Busse des Frohnboten doppelt. — Ditmarsches Landrecht von 1447 § 70: Tötung im Marktfrieden. § 71: bei einem Gelage. Barckhausen, Bordeaux S. 24 n. 2, S. 33 n. 19, S. 294: Verbrechen in der Nacht, im Haus.

31) So im friesischen Recht Küre 11: et illis duplicem compositionem, qui devoverunt bella et arma propter pacem et propter gratiam. Im Ditmarschen Recht tritt im Landfrieden gegenüber dem Marktfrieden die Verdoppelung nicht ein (Landr. v. 1447 § 70 cfr. § 251): allein es fragt sich, ob hier unter Landfrieden nicht lediglich der Friede auf dem Land im Gegensatz zum Marktfrieden gemeint ist.

32) Strassb. U. B. I. 716 § 33: omnis autem composito, que pro frevela fit, ascendit ad triginta solidos; vielleicht hierher auch Memminger Recht XXIII. 3. Abh. (Freyberg V S. 277).

Digitized by Google

eine Herabsetzung des allgemeinen Bannrechtes für Kirchenleute bezeichnet[33]), und es beträgt einmal im vlämischen Recht die grosse Wette für die Kirchenleute die Hälfte von dem, was sie für Freie ausmacht[34]).

Offenbar ist das der gleiche Satz, der in der l. Ribuariorum zu dem Bann von 30 sc. gegen den regius Romanus aut ecclesiasticus führt[35]); der Bann von 30 solidi kehrt dann auch in den Markgrafschaften wieder[36]).

§ 14. Die rechtliche Natur des Banns.

I. Die Wedde von 60 sol. ist natürlich der fränkische Königsbann.

Weiter unten wird sich zeigen, dass allmählich der fredus des Wergelds mit dem Königsbann identifiziert worden ist. In vielen ursprünglichen Immunitätsurkunden aber — mögen sie echt oder alten echten Originalen nachgebildet sein — wird dem Immunitätsherrn die Einziehung des heribannus und des fredus gewährt, während von einer Einziehung des Königsbanns keine Rede ist. Trotzdem hat die Immunität gerade die Wirkung, dass dadurch der gesamte Königsbann an den Immunitätsherrn übertragen wird. Fasst man das zusammen, so bleibt nichts übrig als anzunehmen, dass der Königsbann ursprünglich nur Heerbann ist und dem Heerrecht entspringt, sowie dass der Unterthaneneid, der den Königsbann deckt, zunächst zum Kriegszug geleistet wird. Nachdem aber der fredus bei den schwereren Delikten die ungefähre Höhe des Königsbanns erreicht hat, ist er dann auch als Königsbann angesehen worden[1]). Damit knüpft das fränkische Königtum direkt an die

---

33) Strassb. U. B. I. 1: si quis horum pro maxima culpetur culpa, si culpabilis sit, in maximo banno triginta solidos emendet. Dagegen ist die emenda von 7½ beibehalten. — In dem Weistum für den herrschaftlichen Dinghof Sundhofen wird durchweg mit einem Gewette von 30 sol. gearbeitet (Grimm IV S. 152 fd.).

34) Warnkönig II. 45 § 25.

35) l. Rib. c. 65 § 3. — Ferner Cap. Child. (cap. 7) § 14; hier zahlt der Franke eine emenda von 15 sol., der Romane von 7½.

36) § 44 N. 60.

1) Die Assimilierung von bannus und fredus unten § 16. — Die Befreiung von fredus und heribannus z. B. Speier. U. B. 2 (Fälschung aus sehr alter Vorlage) Schöpflin I. 8 ebenso. — cap. 74 c. 2 (Sickel, zur Geschichte des Bannes S. 3) ist heribannus direkt für jede Form des Königsbannes gebraucht. — Über

Digitized by Google

Anführerschaft in Kriegen, wie sie Caesar schildert[2]) und wie sie im nordischen Seekönigtum hervortritt.

II. Um die Bedeutung der kleineren Emenda zu bestimmen, muss man weiter ausgreifen. Das reichlichste und auch das eigenartigste Material bietet das fränkische Stammesgebiet.

1. Die Quellen[3]) reden von einem Gewette von 7½ oder abgekürzt 7 sol., das der Kläger bei der Klageerhebung zu verbürgen, und wenn er unterliegt, zu zahlen hat[4]). Andererseits wird der gleiche Betrag vom unterliegenden Beklagten gezahlt[5]). Der Betrag von 7½ sol. zerfällt aber gewöhnlich in einen von 5 sol. und von 2½ sol. (letztere häufig abgerundet auf 2 oder 3 sol.)[6]). —

den Königsbann in den Immunitäten § 40 N. 21 fd. — Dass der Unterthaneneid durch Königsbann gedeckt ist darüber § 15 § 16.

[2]) Caesar de bello gall. VI. 23.

[3]) Paweilhars c. 242: Et aussi, se nulz bourgeois fait vogier un aultre, il se doit obligier de sept solz; se ly homs fait sa loy (Unschuldseid), ly bourgeois est attains de sept solz. — Assises de la court des bourgeois c. 293: bien sachés que c'il avient que un home se claime d'un autre home en la cort et seluy qui se clama pert son plait, si deit douner à la justice VIII sols et demy, et les det aver paié en l'espace de sept jors; c'il ne les peut erraument paier, es selui dé quei l'on se clama chiet dou claim de se dont l'on l'a apellé, si det auci douner à la cort, VII sos et demy, et les det aver paiés en sept jors; vgl. auch Recht von Trazégnies N. 6.

[4]) Der im Folgenden besprochene Gegenstand, der für das gesamte Prozessrecht und das Verfassungsrecht von grundlegender Bedeutung ist, ist zum erstenmal in meiner Abhandlung über Zoll, Kaufmannschaft und Markt S. 429 ff. berührt und auch zum grösseren Teil richtig gedeutet. Zu einer vollkommen abschliessenden, klaren Auseinandersetzung bin ich damals noch nicht gekommen, da mein Material noch nicht reichlich genug war. Der Fehler der früheren Darstellung liegt darin, dass ich die 5 sol. als Komposition, nicht als emenda (Wette) fasste.

[5]) Paweilhars c. 58: Et sachiez se uns hons demande debte à une aultre homme pardevant justiche et chis n'y reponde à la demande et li maire le mette en warde li partye s'en deplainde, chis at attendé sa debte, qu'ilhe li arat demandeit et la justice VII sous. — c. 185: Le avint que ly maire et ly eschevins de Maloine seyoient en justiche; uns homs afforains vient par devant enuz; uns hons, qui bourgeois estoit de lieu, demandat par loy argent alle afforains, ly afforains respondit encontre et selonc ce qu'il respondit, ly esquevin rapportont qu'il devoit payer la debte et avecque ce une amende de VII solz. — Assisses de la cour des bourgeois c. 293 (N. 3). — Comp. de usibus Andegaviae c. 8: Il est usage que se I home apele la marchandise d'un autre fause, il en doit amende fere de diz sols au marcheant, et VII et demi à jusfiche.

[6]) Guimann S. 257: qui vadem dederit, V sol. de lege dabit, XXX den.

Digitized by Google

Der eine Teil von 2 1/2 (2, 3) sol., der manchmal noch weitergehend entstellt ist, hat nun eine ziemlich deutliche Kontur. Schon nach dem Bisherigen kommen die 2 1/2 sol. von dem unterliegenden Beklagten durch die Hand des Richters an den Kläger, und auch sonst ist eine solche Zahlung an den Kläger bezeugt [7]). Andererseits verbleibt der Betrag in der Hand des Richters [8]). — Weitere Aufklärung ergeben die Namen. Eine verbreitete Bezeichnung des

de fredo, et hujus fredi due partes erunt prepositi, tertiam vero partem habebit maior placiti. — Calmet I col. 283, Pfalz; jedenfalls sehr alte Fälschung: damus autem — curtem indominicatam — cum banno, et omni rectitudine ad sylvam pertinente. Si quis bannum infregerit, dabit ad curtem quinque solidos, et advocato triginta denarios. Piot cart. de S.-Trond I n. 93. 1175, c. 5, Brustheim: de nulla satisfactione quam aliquis judici offeret et in manum ejus ponet, nihil amplius quam septem solidos; idem bannum et legem solvet, nisi fuerit de falsa mensura aut furto aut pace infracta. Et de illis septem solidis habebit judex quinque solidos, ille autem qui clamorem fecerit reliquos duos. Et si forte iudex ipse clamorem de illo fecerit, illos septem solidos solus habebit. — Wauters S. 80, Trazégnies in Hennegau 1220: Item si quis querimoniam de quacunque re de alio ad majorem detulerit, isque convinci constituitur in septem solidos, exhibitis duobus adversario et quinque domino, condemnetur. Postquam querimonia facta fuerit, lex domino persolvatur. — Stadtfrieden von Valenciennes (S. S. XXI S. 607): Si quis furto de die abstulerit ab aliquo blada, fenum aut herbas aut consimilia, et cum dicto facinore comprehendatur, si damnificatus possit per duos testes latronem convincere, latro restituet damnum et duos solidos ultra iuxta legem, iterum solvet 5 solidos pro servicio comitis et cancellarii pacis. — Jostice et Plet I. 18: l'ofice au meor si est tex que il doit fere les semonses au seignors, et puet tenir toz petits plez, où il n'a que V sols d'amende et XX deners de clamor, lesquex V sols et XX deniers sunt siens.

[7]) Recht von Brustheim — von Trazégnies in N. 6. — Warnkönig II. 75. 1116: si autem jurare non poterit: aut in juramento judicio scabinorum defecerit, Comes, aut qui in loco ejus fuerit tres libras habebit (wegen des erhöhten Friedens statt 5 solidi) et inclamatori sua cum duobus solidis restituat. — Warnkönig III. 165 § 25: qui tales emerit res (res furtivas), reddet eas illi, qui eas per legem potuerit obtinere, et tres solidos domino dabit. — Thierry I. 171 § 74: Dérekief, cascuns puet oster les huis ou les fenestres, ou prendre le carue ou les besques ou les faus en l'yretage seur quoi il ara sen chens, s'il n'en est paiés, sans lui meffaire et sans justiche apeler; et ara, s'il veut, deux sols pour l'amende. — Vielleicht auch Pierre X § 1. — Vaissete VIII. 80. 1194, Toulouse: quod ullus homo — de clamore comitale non det justiciam nisi II solidos si inculpabitur.

[8]) So in der Quelle bei Guimann (N. 6); dann Calmet I col. 283, (ob. N. 6). — Teulet I. 86, S. Antonin: et vigerius noster de illis que in presencia sua placitaverint non habeat aliquid nisi II solidos pro iusticia sua. — Vaissete VIII. 80. 1194: clamor comitale. — Cabié Gascogne Toulousaine S. 116 § 2: de clam comial deu aver lo senhor dous sol. sies denies tolosans

Digitized by Google

Betrages ist districtus[9]), dann aber clamor[10]). Districtus wird in einer Stelle[11]), die freilich nicht mehr den ursprünglichen Betrag hat, als Klageinsatz angesehen. Der Ausdruck clamor und anderes weisen deutlich auf eine Leistung des Klägers hin[12]) — ein teloneum de clamore[13]), wie einmal gesagt wird.

---

justesia. — Ord. XI S. 301 § 31: Idem Johannes et heres ejus etiam Maior, est Justiciarius clamoris qui fuerit per Scabinos super mobilia et hereditagia et habet tertium clamoris scilicet, de villano X denarios, de gentili-homine XL denarios, residuum vero nostrum est. Der gesamte Betrag ist also für den Gemeinfreien 30 Denar. — Weistum über die voirie von Paris (Brussel usage des fiefs II S. 742 § 5): de rechief il appartient au Voyer, que quant gaiges de bastailles son donnez à Paris, le Voyer a de chacune partie II s. VI d. Et quant la voirie est donnée, il a de chacune partie VII s. VI den. parisis. — v. d. Bergh I. 412. 1245, Haarlem: si res furtiva ab aliquo, qui legitimus est, fuerit deprehensa et verus possessor rem illam per testes obtinuerit, vir ille poterit se tertio excusare; ita tamen quod vir ille de cetero iuramentum in aliquo casu prestare non poterit, et is qui rem suam obtinuit, duos solidos et quatuor denarios conferet preconi. Die 4 Denar betrachte ich als das interciamentum, das zum abgerundeten Betrag von 2 sol. hinzugekommen ist. § 13 N. 26.

9) Varin I S. 307. 1143: emendabunt ei scabini qui moniti fuerint omnes una lege, scilicet quinque solidorum. Abbas vero, quia dominus est ville, pro districto suo duos solidos et dimidium habebit.

10) Ob. N. 6 a. E.; N. 7; N. 11. In N. 6 a E. ist aus 30 den. 20 den. geworden; derselbe Ansatz in der Urk. bei Viollet IV S. 304. 1209: de minore etiam justitia intelliguntur viginti denarii qui capiuntur a praeposito ecclesiae et a Capitulo Magdunensi pro clamoribus. — Quantin cart. de l'Yonne II. 434. Ende des 12. Jahrhunderts: et si fuerit planus clamor, videlicet usque ad valentiam trium solidorum, totus clamor est praepositi ita quod viarius nihil ibi habet. Vgl. auch Privileg von Mezières von 1235 § 5 (Laurent, statuts et coutumes de l'échevinage de Mezières S. 2): volo etiam sciri quod ego habebo de illo qui pro clamore inciderit duos solidos et dimidium pro emenda.

11) Coutumier de la vicomté de l'Eau de Rouen (ed. Beaurepaire 1856) c. 55 (S. 344): Item l'en doit savoir, que nul des citéens ne dez jurez Rothom. compleignant sei d'aucun coustumier, ne doit paier destreis; mès il doit ballier plèges de sieurre sa compleinte; c. 77 (S. 363): Se c'est chose que ung home coustumier se plaigne d'aultre et se plaigne que il lui doye deniers, l'omme qui se clamera paiera de chascun XII d., I d. de destrois, selon la somme que il demandera; c. 61: se le compleignant qui ara paié les destreis desus dis aura voulu donner aucune chose au sergant par sa courtoisie — le sergant le porra bien prendre don soufisant.

12) Thierry IV S. 622 § 30, Doullens im Ponthieu 1202: si quis de falso clamore convictus fuerit, per triginta denarios emendabit. ebenso Thierry IV S. 699 § 25, Gamaches S. 716 § 17, S. Valery: Tailliar S. 438 § 128 a. E. (Rechtsbuch von Hénin) mais ki claimer veut si claime

Digitized by Google

Fasst man das alles zusammen, so wird der clamor vom Kläger bei Klagbeginn an die Obrigkeit gezahlt und bleibt verloren, wenn Kläger unterliegt; umgekehrt wird es vom Beklagten ersetzt; darum ist der Betrag je nach dem Standpunkt eine Leistung des Klägers oder des Beklagten oder eine Gebühr des Richters.

Der Teil von 5 sol. heisst häufig lex[14]). In Mittelfrankreich wurde der Ausdruck gage de loy[15]) für eine amende von 5 sol. ständig gebraucht. Bannus dient sowohl zur Bezeichnung des clamor als des höheren Betrages[16]).

Auch districtus, der, wie oben gesagt, gewöhnlich die Busse von 2 1/2 sol. darstellt, befasst ein andermal deutlich die ganze emenda von 7 1/2 sol. [17]).

2. Mit districtus wesenseins[18]) ist das in den französischen Rechtsdenkmälern so ausserordentlich häufige Wort errement oder arrement[19]). Arrement (errement) bedeutet in den Quellen des

---

purement de chou, con li doit et nient plus et autrement li claims ne vauroit nient et i seroit a II s. de faus claim chieus u cele ki ensi clameroit, se li justice le demandoit. — Teulet II. 2967 (S. 469a), Champagne: cil ki fera fausse clamor de chateus, il paiera III sols, et de fausse clamor d'éritage V sols. — Guigue cart. municipal de Lyon S. 103. 1206: de ictu surdo debent 7 solidos; de clamore III solidos 6 denarios.

13) Usages de Ham § 19 (Giry étude sur les origines de la commune de Saint Quentin S. 81): nullus de communia teloneum tribuat neque de clamore neque de vestitu suo.

14) Ob. N. 6, N. 9.

15) Et. S. Louis I. 51. 104, 105, 149, 167, 169.

16) Metz IV S. 180. 1216: Et qui duellum ponere voluerit — debet mandare septem solidos et dimidium ad bannum et districtum. Hier ist wegen districtus bannus wohl der kleinere Teil. — Guigue cart. municipal de Lyon S. 103. 1206, ob. N. 12 a. E. Dagegen S. 117. 1320: item in civitate Lugduni taxate sunt emende modo qui sequitur: Pro banno tres solidi sex denarii sortium novorum. Die Erhöhung auf 3 sol. 6 den. mag entstanden sein, um eine anscheinend glättere Relation zu der Busse von 7 sol. zu gewinnen.

17) Urk. von Noyon aus der Wende des 11. und 12. Jahrhunderts; abgedruckt unten § 20 N. 3.

18) Et. I c. 7 heisst es: Se aucuns viaut fauser jugement en pais là où faussemenz de jugement afiert, il n'i avra point de bataille, mais li clains et li respons et li autre errement dou plait seront raporté en nostre cort. In dem Text, der in Ord. I S. 91 § 8 abgedruckt ist, steht statt li autre errement: les autres destrains.

19) Arrement statt des häufigeren errement z. B. Ol. I S. 202. II: secundum omnia arramenta super contencionibus motis inter ipsos; dann durchweg im Stylus curiae Parlamenti z. B. c. 8, c. 14 (Molinaei op. II S. 849, 864) und noch später Cout. de Valois I c. 7 (§ 13 N. 3).

Digitized by Google

13. Jahrhunderts die Parteihandlungen des Klägers wie des Beklagten und danach den ganzen Prozess überhaupt[20]).

Nun stammt arrumentum zweifellos von arramire (adhramire), das auch in den nachfränkischen Quellen häufig vorkommt; überall bedeutet es das Sichverpflichten zu einer Prozesshandlung[21]).

Diese Verpflichtung geschieht gegenüber der anderen Partei[22]). Die Handlung ist aber ein wadiare, d. h. eine Verpflichtung durch Pfandbestellung[23]) und zwar nimmt der Richter das Pfand zur Handen[24]).

---

[20]) Beaumanoir 6 § 15: Et si baille on toz les erremens du plet et copie du dit as tesmoins. 39 § 6: s'en recorde esrement de querele. 40 § 31: Se l'enqueste est portée en jugement, ou autres erremens de plet, li quel ne determinent pas par enqueste, mais toutes voies il furent baillié des parties en escrit. 50 § 1, 61 § 72: hier ausgeschlossen gage de bataille und nur zugelassen errement de plaid. So oft Beaumanoir 67 § 23, § 30. Et. I. 3. 7, ll. 20, 32. Pierre 9 § 4; 12 § 7; 21 § 29; 22 § 16.

[21]) Verpflichtung zu Eid: Cluny I. 29. 887: tunc judicatum est, quod deffendere se debuissent Aimoinus cum sua querimonia et cum sua lege. Et esse arramivit adjurare illa molino cum sua lege et fidem facere Petrus ad sacramentum jurare Aimoino. — (Petrus Bürge.) Ord. XI. S. 219 § 3, Soissons: si quis sacramentum alicui facere debuerit et ante arramitionem sacramenti se in negotium iterum dixerit. Gall. christ. VIII col. 331. 1148: duellis vel sacramentis que in curia corum seu manu prepositorum — insumpta vel arremissa fuissent. Abregé Champenois c. 3: (Viollet III S. 144) se il viant jurer sor sainz que ce est voirs que il mest an sa plainte ou an sa demande, il arramira le sairemant; et se cil à qui l'an demande ne reçoit le sairement dou demandeor, l'an le fera joir de sa demande le demandeor ainz le contredit et arramist por autant, il fera le sairement ans 7 nius, et li demanderoes l'amandera aussi come ci le à qui l'an demande feist. — Gottesurteil: Salmon le livre des serfs 109 (1023—1064): arramivit Rainerius portare judicium. — Zweikampf: vorher; dann Trémault cart. de Marmoutier S. 14. 11. Jahrh.: pro his rebus quietandis arramivimus bellum S. 227. 1032. 1084: arramivit bellum. Salmon le livre des serfs 11: arramivit de hac re bellum. Thierry I S. 138 N., Kampfrecht von Amiens: s'aucuns demande catel — et chil a qui le dete est demandes, le fornie et die qu'il n'ora nul tesmoing, fors par loi de bataille, il convient que chil qui le demande l'aramisse a prover et qu'il perche seu wage en le main du prevost. — Zeugenbeweis: Gall. christ. X col. 367. 1064, Noyon: post quorum iudicium octo dierum petivit inducias, in quibus meditatus aut suos, quod vera fateretur adramiret testes vel meorum, unde probare vellent testimonium reciperet. — Thierry III S. 659: qui clamorem fecerant, de quo testes arramii producti non fuerint. — Urkunde: Vaissete V. 43: et ordinaverunt Suniario mandatorium, ut arramiret suas scripturas — et arramivit eas ad placitum constitutum.

[22]) Abr. Champ. 3 (vorige N.).

[23]) Wo es sonst heisst arramivit jurare, heisst es Trémault cart. de Marmoutier S. 230. 1071: guadiavit — jurare. Besonders klar tritt diese Pfand-

Digitized by Google

So ist die arramitio ein durch einen Pfandeinsatz gedecktes Versprechen unter den Parteien. Den Pfandeinsatz verwahrt der Richter. Jede der beiden Parteien kann sich zum Versprechen erbieten; aber den Vorrang in der Beweisführung hat der Beklagte, und so wird in einer jüngeren Quelle[25]) das arramir des Klägers durch das arramir des Beklagten wirkungslos gemacht. Was verspricht nun die Partei, und wozu stellen sie das Pfand? Die älteste Urkunde des gegenwärtigen Rechts[26]) redet von einem adramire cum sua lege; vorher ist die gleiche Handlung ein deffendere cum sua querimonia et lege genannt. Es muss also die lex den Gegenstand des Versprechens bedeuten; die Partei verspricht die lex, genauer die querimonia und lex. Querimoni ist natürlich identisch mit dem vorher erwähnten clamor.

Damit ist auf einem andern Weg genau das Gleiche erwiesen, was sich vorher ergeben hat: Der Beklagte verpflichtet sich querimonia (clamor) und lex zu zahlen; diesem Anerbieten geht aber ein gleiches Anerbieten des Klägers voraus. Beide Gelöbnisse werden durch Pfandeinsatz gedeckt.

3. Den Abschluss macht der Frieden von Valenciennes: danach erlegt der Kläger zunächst cathecium; daraufhin verpflichtet sich der Beklagte pfandlich in der Höhe von cathecium und lex zur Antwort; auf das hin muss der Kläger noch Sicherheit stellen für die prosecutio legis, d. h. der Kläger zahlt unter allen Umständen cathecium; dann verhaftet sich der Beklagte zu cathecium und lex, der Beklagte zu lex; beide geloben cathecium und lex, von denen der Richter das cathecium erhalten hat. In einer französischen Übersetzung aus dem 13. Jahrhundert wird cathecium mit arrhes, lex mit amende gegeben[27]). Da nun die Bedeutung

---

bestellung im Zweikampf auf: Ord. XII S. 304 § 11 (Chambli): Duella vero nostra sunt: de datis vadiis habebimus quindecim solidos; de obsidibus propter hoc datis triginta solidos; de duello victo sexaginta septem solidos et dimidium, si duellum fuerit de fundo terrae vel pecunia. Vaissete V. 180. 1023: die eingesetzten Kampfpfänder sind hier 500 sol. wert. Beaumanoir 61 § 5: adont li juges doit peure les gages de l'apeleur et de l'apelés.

24) So das Recht von Amiens N. 1; vgl. auch Beaumanoir 61 § 5.

25) Abr. Champ. 3 (N. 25).

26) Cluny I. 29.

27) S. S. XXI S. 606, 607: si vir approximatus fuerit ab aliquo, quod pacem infregerit aut violaverit et ille ad placita comparuerit reddendo cathecium iuxta legem, ipse debet dare sufficiens vadium aut sufficiens respondendum

Digitized by Google

von lex feststeht, lex oder lex und cathecium durch Prozessgelöbnis von den Parteien versprochen werden, so muss cathecium mit dem clamor, querimonia, districtus zusammentreffen, und in der That weist darauf auch die Worterklärung: cathecium ist wohl lediglich das altfränkische gīþig[28]), Geheiss, Verlangen, wohl im Sinne von districtus.

4. Wenn man nunmehr den Schluss zieht, so ist überall ein durch Pfand gedecktes Beweisgelöbnis des Klägers und des Beklagten bezeugt. Beide Parteien versprechen eine Konventionalstrafe zu Gunsten des Gerichtes; der Beklagte geht aber im Beweis vor: siegt er, so ist das Gelöbnis des Klägers verwirkt, weil dieser eben jetzt nicht mehr beweisen kann; unterliegt der Beklagte, so ist sein Gelöbnis verwirkt, weil er nicht erfüllt hat. Wenn der Beklagte nach der Klagerhebung das Gelöbnis nicht leistet und auch das des Klägers nicht annimmt, dann gewinnt der Kläger den Prozess, ohne dass dann der Kläger zum Beweisgelöbnis gezwungen wäre[29]). Offenbar tritt dann aber bei solch passivem Verhalten des Beklagten auch keine Prozesstrafe, wenigstens nicht die lex (amende) ein; anders ausgedrückt: die Prozesstrafe fällt weg, wenn der Beklagte nicht leugnet und es deshalb zu keinem Beweis kommt; das ist wirklich auch bezeugt[30]). — Die Unterliegensstrafe, die sonach entsteht, beläuft sich normal auf 7 1/2 sol., wie das zahlreiche Belege ergeben haben. Bei schwerem Zweikampf tritt der Königsbann als Unterliegensstrafe ein, soweit nicht in Kriminalprozessen Tod oder arbiträre Strafe auf der prozessualen Succumbenz steht[31]). Ganz konsequent haben denn hier auch die Prozesseinsätze viel höheren Wert[32]).

---

de legibus et cathecio; et si legem recipiat faciat etiam cautionem de prosequutione legis. Französische Übersetzung von 1275 in Note 8.

28) So Abhandlungen für Maurer S. 432 N. 2.

29) Abr. Champ. 3. lässt den Kläger joir de sa demande (d. h. obsiegen; so später l'an feroit la joutise joir), wenn der Beklagte das Beweisgelöbnis nicht leistet und auch nicht das des Klägers annimmt. — Auch nach dem Recht von Valenciennes muss der Kläger nur dann die lex verwetten, wenn der Beklagte vorher lex und cathecium verwettet hat.

30) Warnkönig III. 24. 1122: si aliquis de advocatia alium de advocatia de fustibus sive pugnis verberaverit sine sanguine et conquestus homo advocato fuerit, justitiam per villam abbatis et scabinos ejus accipiat. Si homo convictus fuerit hujus forisfacti, 3 sol. habebit advocatus, de sanguine 5 sol., si vero negaverit et praeterea 7 sol. Neben der wechselnden Emende aus dem Delikt verfällt also die emenda von 7 (7 1/2) sol., wenn geleugnet wird.

31) Beaumanoir 61 § 13: se bataille est en le cort d'aucun des hommes

Digitized by Google

Die an Wette geknüpfte Unterliegensbusse entspricht der dilatura des alten Rechts[33]). Auch diese verfällt nur, wenn der Beklagte leugnet und überführt ist, für die dilatura haften auch die Erben, wie sie eben auch allein für die gewettete Schuld haften. Sprachlich weist dilatura ganz zweifellos auf eine mit der Klagerhebung zusammenhängende Prozesstrafe[34]), auf Klagegeld. — Mit dilatura ist wirdira und das nur etwas anders abgeleitete cenuwerdonia[35]) identisch. Die letztere Gleichung ergiebt dann noch, dass die dilatura etwas ist, worüber der Beklagte verfügen kann. Das scheint auf den ersten Blick dem zu widersprechen, dass die dilatura sonst als eine Leistung des Beklagten an den Kläger erscheint, erklärt sich aber vollkommen aus dem Bisherigen und gibt den Abschluss[36]). Ist dilatura wirklich der Klageinsatz an den

---

le conte, por mueble ou por heritage, entre personnes de poeste, li vaincus pert le querele por quoi li gage furent; et si est l'amende au signeur en qui cort la bataille est, et est l'amende de soissante saus. — Dann Recht von Chambli (N. 23). Thierry I S. 142 Kampfrecht: von Amiens.

32) Belege in N. 23.

33) Vgl. die Belege zum folgend. bei Brunner II S. 624 fd., dessen Deutung ich freilich nicht für zutreffend halte.

34) Dafür nicht nur das meldfeoh der vetus versio (Brunner II S. 624 N. 31), sondern auch S. Gallen III. 820. 1014—1022 (peciit de precio duarum librarum pro delatura ut hec patefaceret), wo dilatura deutlich die Klage ist. — Auch die Glosse laiscat (Brunner II S. 624) erklärt sich vielleicht aus leiten = klagen, das durch das ganze Mittelalter hindurch bis in die Gegenwart im alamannischen bodenständig ist.

35) Die Identität von wirdira mit dilatura ist direkt belegt (Brunner II S. 624, N. 2); die Identität der cenuwerdonia folgt daraus, dass in der l. Ribuar. das legis beneficium mit der Komposition (bei Diebstählen texaga) identisch ist (S. 72 § 2, § 3, § 4), und sonach in S. 72 § 3 bei capitale et dilatura cum texaga seu cenuwerdonia vel legis benificium die dilatura mit cenuwerdonia gleich stehen muss. — Der erste Teil von cenuwerdonia ist, wie ich früher, Abhandlung für Maurer S. 434 N. 3, bemerkte, mit dem angelsächsischen caenn Reinigung zusammenzubringen: es ist nicht (so meine frühe Auffassung) die Verhinderung, der Ausschluss der Reinigung, sondern die Hinderung der (durch die) Reinigung, d. h. die Verzögerung durch die Reinigung, welche vom Beklagten verwettet wird.

36) l. Rib. 72 § 6, § 7 geht davon aus, dass der Auctor des Beklagten, der in den Prozess eintritt und deshalb der richtige Beklagte ist, dem ursprünglich Beklagten den vollen Wert des Objektes ersetzen muss. Ist das Objekt gestorben, so für die Haut mindestens 1 sol. (l. Rib. 72 § 6, § 7), ist es beschädigt, so den wirklichen Wert nach der Beschädigung. Sicher in den letzten beiden Fällen, wahrscheinlich im ersten soll der Auctor de cenuwerdonia zahlen und zwar 1 sol. für die Haut. — Dass sofort mit dem Eintritt des

Digitized by Google

Richter, so muss der unterliegende Beklagte gemäss seines Gelöbnisses dem Kläger diesen Klageinsatz ersetzen, und er muss sich am Beginn des Prozesses zu diesem Ersatz pfandlich verpflichten. Siegt der Beklagte, so muss er das Pfand herausbekommen; immer aber bleibt dem Richter definitiv der Klageeinsatz. So ist die dilatura einesteils Strafe an die öffentliche Gewalt, nicht Busse, andererseits zahlt aber doch der Beklagte die dilatura an den Kläger oder bekommt sie wieder herausbezahlt.

Bedeutet nun die wirdira oder dilatura den gesamten Betrag von 7 1/2 sol., districtus und lex zusammen, oder nur einen Teil? Es scheint auf das erstere zu führen, dass in einem Text der lex Salica eine dilatura von 7 (7 1/2) sol. erwähnt wird[37]). Allein nach einer Glosse[38]) ist dilatura so viel als fredus, und das weist auf ein Drittelsrecht.

Noch undeutlicher ist das Verhalten der l. Chamavorum. Bei kleinen Hausdiebstählen ist die wirdira nur 1/3 des Sachwertes, bei grösseren eine Busse, öfters von 7 sol., manchmal von weniger. Die Ansätze bei den kleinen Diebstählen sind unverhältnismässig niederer als die bei den grossen und nach einem anderen Prinzip berechnet. Bei anderen Diebstählen beträgt die wirdira 3 sol. 4 denar.; dazu kommt dann noch der fredus von 4 sol., so dass neben der Komposition eine Busse von 7 sol. 4 denar. gezahlt wird[39]). — Klingen nun auch die Gesamtbeträge vielfach an die dilatura des salischen Rechtes an, so bedeutet jedenfalls der fredus etwas anderes als im salischen Recht; von der Tötung abgesehen ist er die niedere Busse von 4 sol.; so ist es unmöglich, das zu Grunde liegende Prinzip sicher zu erfassen. Die Behandlung der kleinen Diebstähle weist aber wieder darauf, dass ursprünglich die wirdira das Drittelsrecht ist; sie wird hier wohl vom Sachwert erhoben, weil nach chamavischem Recht die prozessuale Verwettung

---

auctor die Zahlung eintritt, ist nicht gesagt; man wird dieselbe am Ende des Prozesses zu denken haben: das Gesetz denkt an das Obsiegen des Auctors. Dann kann eben der siegende Autor von der cenuwerdonia, die er herausbekommt, an den ursprünglich beklagten Besitzer zahlen.

37) l. Salica Herold S. 79 § 3: de furtis vero aliis 7 solidos; da Diebstähle nicht vorausgehen, so könnte man lesen de furtibus vero et aliis; allein auch wenn man Brunners (II S. 625 n. 10) Vermutung nicht teilt, so lässt sich der ganze Titel, der offenbar entstellt ist, immerhin auf besondere Diebstähle beziehen, etwa nach l. Chamav. 25.

38) Brunner II S. 624, N. 2.

39) l. Chamav. 25—27.

Digitized by Google

nur auf den Sachwert, nicht auf eine lex von 5 sol. sich bezieht. Bei schwereren Diebstählen sind dann noch andere Bussbeträge zugewachsen. Nach welchem Prinzip, lässt sich nicht sagen.

Wenn so das Detail sich nicht mehr ganz übersehen lässt, so wird man allerdings doch lex und districtus zusammen in seiner Funktion der dilatura oder wirdira vollkommen gleich setzen müssen. Der letzte Sinn der ganzen Verwettung wird erst später hervortreten[40]).

5. Für den gegenwärtigen Zweck kommt es nun auf die prozessuale Funktion der dilatura, der lex und des districtus nicht weiter an, vor allem die weitere Untersuchung; auch der frappanten Ähnlichkeit mit dem römischen Legisaktionenprozess (legisactio per sacramentum) muss ausgesetzt bleiben.

Verfassungsgeschichtlich ist folgendes von Bedeutung. Die Busse von 7 1/2 sol. ist Unterliegensstrafe, d. h. sie ist die Normalstrafe an die öffentliche Gewalt, die aber nur verwirkt wird, wenn der Beklagte es zur Beweisführung hat kommen lassen. Nun scheidet sich aber diese Strafe ganz bestimmt in zwei Teile: in die Strafe von 5 sol., die als lex oder emende im eigentlichen Sinn angesehen wird und in einen Betrag von 2 1/2 sol. Sachlich ist dieser letztere ein fredus und wird in sehr alten Quellen ein paar Mal auch direkt so genannt[41]). Der fredus wird aber nicht wie gewöhnlich von einer Komposition, sondern einem Strafgeld erhoben; auch darf man sich darunter nicht etwa die Quote des Beamten am öffentlichen Gefäll denken, sondern dieser hat an den 2 1/2 sol. wieder nur 1/3[42]). So muss der Betrag als königlicher Anteil an einem Strafgeld aufgefasst werden, das nicht an den König, aber auch nicht wie die Komposition an den Gegner fällt. An allem, was vor Gericht gelobt wird, hat der König Drittelsrecht, an der Compositio wie der Unterliegensbusse. Fällt aber dann die 5 sol.-Strafe nicht an die königliche Gewalt, so ist sie nichts anderes als die Strafe, die an das Volksgericht zu zahlen ist. Wie anderes Volksrecht ist auch sie frühzeitig vom Königtum annektiert worden, aber der Gegensatz von lex und districtus weist noch auf das ursprüngliche.

---

40) § 28 N. 22 fd.

41) Guimann S. 257 ob. N. 6; dann auch Glosse fredus für dilatura. Brunner II S. 624 N. 2.

42) Guimann S. 257 (N. 6); dann Ord. XI S. 301 § 31 ob. N.

Digitized by Google

Jedenfalls hängt der Übergang der volksrechtlichen Strafe — der lex — an das Königtum mit der Einsetzung der sculteti und maiores zusammen, ist eine Folge derselben. Wann er stattgefunden, lässt sich nicht ganz genau sagen; immerhin erscheint in der l. Chamavorum die entsprechende Strafe von 4 sol. durchweg bereits als fredus dominicus, also als königliches Gefäll.

II. Kapitel: Die Blutstrafen.

§ 15. Landfrieden und Gottesfrieden.

I. Der Schilderung des Land- und Gottesfriedens muss die Untersuchung des Handfriedens vorausgehen.

1. Die Quellen berichten insbesondere von denjenigen Friedensschlüssen, welchen ein obrigkeitliches Friedgebot vorausgegangen ist, aber auch die ungebotenen Friedensschlüsse haben ursprünglich keine geringere Kraft[1]).

Das Gebot, welches den Frieden vermittelt, kann von der königlichen Gewalt oder der Kommunalgewalt erlassen werden. Das auf königlicher Gewalt beruhende Gebot kann nur vom bailli ausgehen[2]), also dem Vertreter des Grafen, wie in der fränkischen Zeit vom Grafen[3]).

Das Gebot wird bei handhafter That von Amtswegen gesetzt, sonst auf Ansuchen der Parteien[4]).

---

[1]) Beaumanoir LXIII § 8: Car s'il avoient doné les trives ou l'asseurement l'un à l'autre, de lor volenté, sans venir par devant nul segneur, et li uns le brisoit après, il ne porteroit jà menre paine que se li trive avoit esté donée, ou li asseuremens, de par le Roi. Car trives ou asseuremens se poent fere entre parties par paroles, tout sans justice. Warnkönig II. 222 § 37 (Vierämter): Cum inter aliquos discordia orta fuerit, reconciliari potest per amicos et vicinos suos, salvo jure comitis et castellani.

[2]) Beaumanoir LVIII § 7: Trives brisiés et asseurement brisé sunt bien cas de haute justice, et por ce doivent eles estre données quant eles sunt requises et li asseurement fet par cil qui a le haute justice, et non pas par cix qui ont le basse. — Ol. II S. 113. X: Majore et juratis Peronensibus facientibus in villa Peronensi pacem creantari ad tempus, et volentibus se intromittere de assecuramentis capiendis; visa carta communie, dictum fuit quod dicti major et jurati facient pacem creantari sine termino; set si qui voluerint habere assecuramentum, adeant ballivum vel justiciam domini Regis. Jostice et Plet I. 17 § 5: Prévolz doit quenoistre des communes injures; mès il ne puet pas fere pez, se droit ne s'i acorde.

[3]) Cap. 139 § 13.

[4]) Beaumanoir LX § 18: Es hat ein Streit stattgefunden. Noz (der bailli) seusmes le fet, si les preismes et vausismes qu'il feist droit asseurement.

Digitized by Google

Zwangsmittel sind Königsbann oder statt dessen Gefängnis oder Verbannung[5]).

Wenn auch ursprünglich Friedensschlüsse ohne gräfliches Gebot stattfinden können, so hat sich doch aus der thatsächlich häufigen Verbindung von Friedgebot und Friedensschluss da und dort die Meinung entwickelt, dass nur ein Frieden, der vor dem Grafen gelobt ist, als kriminell bindender Friede zu betrachten sei[6]).

Häufig wird ein Friedensgebot der Kommunalbehörde erwähnt[7]); anscheinend wirkt es innerhalb der ersten 40 Tage[8]). Nach Lütticher Recht gebietet der Hochgerichtsherr während der Quarantaine den Verwandten des Todschlägers Frieden[9]).

In den vlämischen Städten und vereinzelt auch anderwärts sind besondere Behörden (paiseurs) eingesetzt, welche lediglich den Frieden vermitteln und allenfalls das vorausgehende Friedensgebot

---

Et çascunne partie proposa qu'ele ne l'estoit pas tenue à fere quant partie ne le requerroit, et noz requirent que noz lor feissons droit; et noz, à lor requeste, meismes en jugement à savoir mon se asseurement se devoit fere entr'eus. Il fu jugié que noz, de nostre office, quant noz savions le fet aparant, poyons et devions tenir les parties onprisonés, dusqu'à tant que asseuremens fust fes, ou pes bone et certaine de l'asseurement des parties. LX § 2: Il est coustume, en le castelerie de Clermont, que se gent de poeste ont meffet l'un à l'autre de fet aparant, et l'une des parties demande trives de l'autre, par devant justice, il ne l'ara pas, ains fera le justice fere plain asseurement, se pes ne se fet; car gens de poeste, par le coustume, ne poent guerre demener; et entre gens qui ne poent guerroier, nule trives n'i apartient.

5) Warnkönig II. 220 § 25 (Waesland): Si quis Ballivo vel nuntio comitis treugas, id est, pacem denegaverit, dabit comiti tres libras et hoc totiens, quotiens denegaverit, et si ter negaverit, poterit teneri. — Warnkönig II. 160 § 29, § 30, 209 § 12. — Beaumanoir LX § 9.

6) Grand cout. Norm. LXXI § 1: sequela autem, que fit de treuga fracta sciendum est, quod fieri non potest, nisi prius treuga data fuerit in curia, ex qua recordatio valeat reportari, vgl. Warnkönig II. 160 § 29.

7) z. B. Thierry I S. 132—134 Amiens. Ol. II S. 113. X Peronne (N. 7); Willems Jean de Klerk I. 25 a. E. 1220.

8) Warnkönig II. 160 § 29. 1240: quicumque per judicium coratorum in obsidium veniunt, debent jacere per tres quadragenas in domo comitis, vel ubi ponuntur. — Et si interim non fecerint pacem, non poterunt reconciliari, nisi per comitem. Nach dem Recht der amicitia von Aire (Ord. XII S. 563 § 4) haben die Mitglieder der Gemeinde (amici) ipso iure vierzig Tage lang einen Schutz gegen Rache; dies gilt hier sogar für den Todschläger selber. Dann tritt das Racherecht ein. Es knüpft daran wohl die im ganzen fränkischen Recht verbreitete Quarantaine an.

9) Patron c. 19 (Recueil de Liège I S. 326 fd.).

Digitized by Google

handhaben; dagegen urteilen sie nicht über den Bruch des geschlossenen besonderen oder allgemeinen Friedens[10]), sind also nicht mit den Friedensgerichten, die öfters einen ähnlich klingenden Namen tragen, zu verwechseln.

Vielleicht ist es Ausfluss kommunaler Berechtigung, wenn einigemal in Ermangelung obrigkeitlichen Friedgebots dazu jedem Privaten das Recht gegeben wird[11]).

2. Vor der Behörde, die den Zwang ausübt, wird der Frieden von den Parteien geschlossen[12]).

Die Quellen unterscheiden treuga und pax; ersteres ist dann stets der Waffenstillstand[13]) und kann nur unter Rittern vorkommen, da die Nichtritterlichen nicht fehdeberechtigt sind; so muss unter den Nichtritterlichen sofort dauernder Friede entstehen[14]). Die pax ist der dauernde Friede[15]).

Schwankend ist der Sinn von asseurement. Manchmal bedeutet es den durch das Gericht vermittelten dauernden[16]), manchmal den vorübergehenden Frieden[17]). Das Gemeinsame von beiden scheint der durch das Gericht vermittelte Friede zu sein. Das Gelöbnis geschieht zwischen dem Missethäter und dem Nächstverletzten und bezieht sich auf das ganze Geschlecht beider Kontrahenten[18]), soweit nicht bestimmte Personen ausgenommen sind.

---

10) In Henin-Liétard haben die apeiseurs die Friedensvermittlung nur in den geringeren Fällen, die nicht zu Todschlag geführt haben, erzwingen aber hier den Friedensschluss durch emenda: Tailliar 254 § 17; 255. — In Douay haben sie die Vermittlung auch bei Todschlag und zwingen durch emenda: Tailliar 139, 199; allein über den Friedensbruch urteilen die Schöffen 139 § 8. — In Lille (Roisin S. 106 f., S. 133. XV, S. 238 unt. f.) scheinen sie nicht einmal das Gebotsrecht zu haben und lediglich Vermittlungsbehörde zu sein. — Ähnlich wird in Braunschweig (Braunschweiger U. B. I. 24) etwa 1320 eine Kommission von 8 Schiedsleuten eingesetzt.

11) Warnkönig III. 166 § 50: Simili modo quilibet homo habens hereditatem in Saffelaere et potest accipere treugas, et contradicens est in poena XX solidorum. II. 220 § 35. 1241: et in qualibet discordia poterit quilibet vir probus in absentia Ballivi treugas accipere, salvo jure comitis.

12) Beaumanoir LX pass. z. B. § 9: il fianceront l'asseurement ou le trive.

13) z. B. Beaumanoir LVIII § 8, LX § 2.

14) Beaumanoir LX § 2.

15) Beaumanoir LX § 2; Ol. II S. 113 f.

16) Beaumanoir LX § 2.

17) Ol. II S. 113. X. Champagne c. 33.

18) Beaumanoir LIX § 11: Se pes se fet entre les parties qui sunt en

Digitized by Google

Durch den Vertrag werden die beiden Paciszenten zu dauerndem, ausnahmslosem Frieden verbunden. Die Geschlechtsgenossen müssen nur Feindseligkeiten unterlassen, die mit der alten Fehde in Zusammenhang stehen [19]). Damit hängt es wohl zusammen, wenn in deutschen und französischen Quellen der Friede als „Freund werden", reformation d'amour, bezeichnet wird [20]), und wenn im Süden die amicia per fidem comprehensa überhaupt jede zwischen den Parteien bestehende Klage beseitigt [21]).

Die Entstehung dieser Freundschaft ist in einem weiten Kreis französischer und deutscher Quellen in eine eigentümliche Rechtsform gebracht; es wird der Missethäter Mann des Verletzten und überreicht dabei ein Schwert [22]), dieselbe Form, durch die ander-

---

guerre, il ne convient pas que toz li lignages de l'une partie et de l'autre soient à le pes fere, ne creanter, ançois souffist assés, s'ele est fete et creantée par cix qui sunt quief de le guerre; § 12, § 14. LX § 10: quant aucuns fes est aparans entre gentix hommes, qui poent guerroier, s'il y a mort, les trives ou li asseuremens doit estre demandés au plus prochain du mort. Wauters S. 232 unt.: Et chil qui la truiwe aroit fianchie, pierderoit XXXIII libres, s'il n'avoit esté au fait. Et s'il avoit esté au fait, il seroit tenus pour mourdreur. Ol. II S. 125. LVI: Galcherus de Thorota, miles, castellanus Noviomensis assecuravit in pleno pallamento de se et suis magistrum Bertaudum, succentorem Noviomensem, et suos; et e contra similiter dictus succentor, predictum castellanum. Dictus vero castellanus excepit ab ista assecuracione Mattheum de Bello-Videre, armigerum, quam cito erit bannitus. — Thierry I S. 132 § 31: Et li I et li autre feront asseurement plainement d'aus et des lors à chiax et as lors. — Suisse Romande VI S. 226. 1227: Die Fehdehäupter schliessen Frieden de se et omnibus sibi pertinentibus. Von dem Frieden können nach Beaumanoir ausgenommen werden: Abwesende, Verbannte, Bastarde (LX § 5, § 7, § 8). Die Wirkung des Friedens auf das Geschlecht tritt nach Beaumanoir, der die Verhältnisse bei weitem am genauesten schildert, nur bei dauerndem Abschluss, nicht bei treuga ein (Beaumanoir LIX § 4).

[19]) Beaumanoir LX § 16: Die Geschlechtsgenossen dürfen nur solche Feindseligkeiten nicht begehen, welche mit dem durch den Frieden beendeten Streit in Zusammenhang stehen. LX § 17: Che que noz avons dit des nouviax fes qui avienent entre cix qui sunt en trives ou en asseurement, noz entendons entre les persones du lignage de l'une partie et de l'autre, qui ne fiancerent pas le trive ou l'asseurement. Car se cil qui droitement donnerent trive ou l'asseurement se mellent puis ensanlle, il ne se poent puis escuser que che soit de novel fet.

[20]) Sw. sp. 290: ist aber er fruint worden. — Coutumier de Picardie S. 29: XL lib. parisis, liquel leur estoient deu, si comme il disoient, pour le réformation d'amour et de une paiz faite.

[21]) Usatici c. 92 (ebenso bei hominaticum und sacramentum fidelitatis).

[22]) Usatici c. 6: si solummodo captus et custoditus, et nullam calum-

Digitized by Google

wärts die Frau unter die Gewalt des Mannes gebracht wird[23]). Dabei besteht aber zwischen den südlichen und nördlicheren Quellen

---

niam vel contumeliam passus, ne longo tempore retentus, emendetur per aliscaram (vel) et per homiaticum, aut per talionem, si videtur sibi esse militis similis. Et si major est ille qui ceperit, quam qui captus fuit, liberet ei militem de suo valore, qui faciat ei aliscarum et hominaticum aut recipiat talionem. — Vaissete V. 508. 1139. Der Graf von Foix und von Beziers nehmen sich gegenseitig in fide mea et in casimento. — Pere Albert c. 35 (const. de Cathalunya S. 364): car o fa homenatge per esmena dalcun exces, com es, per haver ocis lo pare daquell a qui ha fet homenatge. — Gauffredus Vosiensis (Labbé nova bibl. manuscr. t. II) S. 301 fecit numquam miles (der Todschläger) rustico hominium. — Cout. de Bourgogne 27: Se ce est de murdre, que il li ha mort son peire ou son frère ou son parent, si devièngne ses hons et li doit iurez feauté; cap. 29 pr. und § 1 ist von demselben die Rede; dem Wortlaut nach muss nur der, welcher das Wergeld nicht zahlen kann, diese Mannschaft leisten (ore vient on à effaitement qui est tex par l'us de Borgoigne et à droit, que il doit rendre à celui, se il en ha le pooir, C' sols et 1 denier pour havoir pais. Et se il n'en ha le pooir, on le doit mener selonc son pooir et si doit devenir ses hons). — Grand cout. Norm. XXVII § 5 ut quando aliquis sequitur alium de aliqua actione criminali et pax inter ipsos reformatur. Ita quod sequutus facit ei homagium. — Bans de S. Omer § 791: Et se cose fust k'on ferist un homme à mort-chil ki kievetains seroit par le communitei des amis de porteir l'espeie, convenroit doneir le seurtei de XXIIII lib. — Et quant il venist à le païs, cil ki l'espeie aporteroit le devroit faire si belement et si humelement kome on a tousjours fait et usei teiles acordes. Et si plus prochain ami doivent tousjours aleir le plus prochain de lui; et si doit chil, quant il l'espeie aroit rendue, et aroit baisié, si devroit il dire: „Sire, je sui devenus vos hom, ore vous pri jou ke vous me doneis IIII pseudommes soufisans, les queus ke mieus vous plaira, à jureir le pais à tenir etc." — Roisin S. 108 ob.: chou sunt les parolles que on doit dire à faire les hommages quant on fait les pais: „Chi devenes-vous hom à chest homme qui chi est (si nommera — on chelui à cui on fait l'ommage), que vous foit et loialté li porteres des ore en avant, à Dieu foit et à le voe, si comme de hommage de pais?" Voire, dira chuis, qui fait l'ommage. — Et ensi vous le recheves? dira — ou à chelui qui rechoit l'ommage? — et il doit dire: voire. Warnkönig II. 2 § 6. 1178: nullus hominem habeat in Gandavo, nisi de faida vel de feodo. S. sp. Ler. 54, c. 2: Doch n'is des mannes herschilt dar mede nicht genedert, of he sines genotes man wert unde san gut von ime untveit durch dotslach, deste die manscap nicht geerft ne werde. — Westf. U. B. III. 293. 1231: Comes Otto de Tekeneburg comites iam dictos absolvit ab hominio quod ei fecerant in prima compositione.

[23]) Ich meine die bekannte schwäbische Heiratsformel (M. G. leg. III S. 150 n. 82). Diese und die Angabe des Tacitus, Germania c. 18: (et scutum cum framea gladioque) erhalten durch die obigen Stellen, nach denen man sich durch Überreichung eines Schwertes in die Gewalt begibt, erst ihre volle Beleuchtung.

Digitized by Google

ein wichtiger Gegensatz. In den nördlicheren Quellen ist das hominaticum, das zur Sühne geleistet wird, ein notwendiger Bestandteil der Sühne; die katalonischen Usatici dagegen[24]) kennen eine amicitia per fidem comprehensa neben dem hominaticum.

Dass das hominaticum in dieser Gestalt direkt an die Vasallität anknüpft, ist nicht denkbar; denn dass der Mann die Waffen gibt, ist etwas der Gefolgschaft Fremdes, und so muss man das Ganze als eine selbständige Form der Unterwerfung unter den Kläger betrachten, die im nördlichen Recht integrierender Teil der Sühne geworden ist.

3. Dem Gegensatz in der Form entspricht nun auch eine ganz ungleichartige Bestrafung des Friedensbruches, die scharf von der Strafe für Missachtung des Friedgebots zu scheiden ist. Im Norden ist das Handeln wider den geschlossenen Frieden, sofern es durch die Kontrahenten selbst erfolgt, Mord, proditio, und deshalb todeswürdig[25]).

Für den Bruch durch einen Geschlechtsgenossen, der ja nur dann vorliegt, wenn der neue Konflikt aus dem gesühnten hervorgegangen ist, haftet nach einer Quelle der Geschlechtsgenosse mit Tod, während der Kontrahent anscheinend nach allgemeinem Recht das Wergeld verliert[26]).

---

[24]) In Usat. c. 92 steht das hominaticum und die amicitia per fidem comprehensa nebeneinander.

[25]) Beaumanoir XXX § 5: nus murdres n'est sans traïson, mes traïson est bien sans murdre en moult de cas, car murdres n'est pas sans mort d'omme, mais traïsons est bien por batre on por afoler en trives ou en asseurement. Jostice et Plet XIX, 5 § 3: trive anfrete est traïson. Et. S. Louis I. 41. Warnkönig II. 233 § 1. Patron S. 272. Wauters S. 231. 1275 Valenciennes: Et se chil arriestés avoit truiwe brisiéon en feroit comme de mourdre. S. sp. III. 9 § 2: Brict aver en man den vrede, den he vor sik selven lovet, it gat ime an den hals. Bayer. Landfriede von 1244 § 1 in Q. E. bayer. Gesch. V. 36: Sic de treugis manualibus est constitutum, ut, si aliquis treugas manuales inter duos inimicos fecerit, et unus illorum eas violet, ille, qui treugas fecit, si tercius violationem probaverit, violator exlex iudicetur.

[26]) S. sp. III. 9 § 2: tu dirre selven wis (mit Wergeld) sal man den vrede beteren, den en man vor den anderen lovet. Wauters S. 232 unt. Valenciennes: et bien sachent tout que lois est telle que chil qui la truiwe briseroit ou arreroit, et che fust pour l'ocquison dou fait dont li truiwe aroit estet prise, on le tenroit pour mourdreur. Et chil qui la truiwe aroit fianchie, pierderoit 33 libres.

Digitized by Google

Im Süden dagegen führt die Verletzung des Friedens nur zu Verdoppelung der emenda[27]).

4. Wie in den nordgermanischen Quellen wird der Frieden durch Schiedsmannen vermittelt und diesen der Eid seitens der unterliegenden Partei geleistet[28]).

Nach den süd- und westdeutschen Quellen kann der Schiedsmann mit zwei anderen Zeugen den Friedbrecher überführen; nach bayr. Recht hat er sogar die Klage[29]).

Im französischen Recht aber wird der Bruch des Friedens, der vor dem König oder seinen Vertretern geschlossen ist, als

---

27) Usatici c. 99: treuga data tam inter amicos quam inter inimicos sine engan sit observata et custodita; si vero, quod absit, in aliquo fuerit fracta, in duplum sit directa. Katalonischer Landfriede von 1251 (Marca col. 1438) c. 1: Volentes etiam omnem malitiam et omnem occasionem infidelitatis inter nostros subjectos penitus exulare, decernendo consilio omnium praedictorum duximus statuendum quod quicunque cum alio habuerit treugas adiatas, sive fuerit longum tempus sive breve, medio tempore non posset reddere treugas, nec possint malum facere alteri, nec treugas aliquo modo infringere nec ratione pignorationis nec aliqua occasione. c. 2: et quicumque infra treugas vel tenentias adiatas fecerit illi cum quo eas habuerit pignorationes, illas et damnum quodcunque intulit in duplo emendat.

28) So deutlich Bans. de S. Omer 791 (Forts. der Stelle in N. 21). Die 4 dort Genannten nehmen den Eid des Thäters entgegen und überwachen die Verteilung des Wergeldes. Landfrieden von 1235 c. 3 (Weiland II. 196): firmiter igitur et districte praecipimus, ut si is, in quo treuge violate sunt, cum eo, in cuius manum promisse fuerunt, et duobus aliis synodalibus viris integri status de violatione treugarum coram iudice suo per sacramenta probaverit, violator proscribatur. Daraus Landfrieden Ottokars 1256—1261 (Weiland II. 440). Bayer. Landfriede von 1244 (Q. E. bayer. Gesch. V. 36) § 1: Ob. N. 24; die Stelle fährt fort: Si vero factor treugarum violatorem causa dilectionis quietum dimittere conatur, iudex vel comes, in cuius est comitia, ipsum qui treugas fecit, inpetens ad XIIII dies citet. Deinde etiam, si se die assignata iudicio non presentaverit vel legitimum impedimentum non probaverit, eidem pene teneatur, cui etiam is, qui pacem violavit. Noch deutlicher Landfrieden von 1255 § 1 (Q. E. bayr. Gesch. V. 59): Swer zwischen zwein vinden einen hantfrid machet und der von ir eintwederem zerbrochen wirt iener, der den frid gemachet hat, der hat den gewalt, ienen anzesprechen, der in zerbrochen hat.

29) Vorige Note. — In Westfalen ist die Überführung durch die Sunleute später in einem vom kölnischen Erzbischof veranlassten Gemeinurteil eingeführt (Westf. U. B. IV. 2135. 1290). Man kann darin um so mehr fränkisches Recht sehen, als der S. sp. von einer Überführung des Friedbrechers nichts weiss.

Digitized by Google

Verletzung des königlichen Mundiums und deshalb als Gegenstand der besonderen königlichen Gerichtsbarkeit betrachtet[30]).

II. Es ist nunmehr Zeit, die Struktur des Landfriedens zu untersuchen.

1. Im Süden wie im Norden kommt ein durch Eid gedeckter Friede vor, der sich nicht gegen eine einmalige schon begangene Rechtsverletzung richtet, sondern gegen alle künftigen Gewaltthätigkeiten[31]).

---

30) Ol. I S. 737 XXXI: Ex adverso respondit dictus Flastredus quod ad curiam ipsius non debebat comes Guinensis remitti, cum ageretur de fraccione assecuracionis facte per regem; in quo casu ad ipsum regem et non alium cognicio pertinebat. Judicatum fuit, cum de fraccione assecurationis sue pertineat ad dominum regem solum cognicio, dictus comes Attrebatensis suam curiam non haberet. Et. S. Loüis II. 29: Se aucuns done asseurement en la cort le roi à aucun plaintif, et, puis l'aseurement, ait trive anfrainte ou l'asseurement brisié, et il en soit semons par devant la gent le roi, il en respondra par devant aus, tout soit il couchanz et levanz en autre seignorie, tout ait li sires tele haute joutise en sa terre.

31) Marca col. 1404 § 22 (1214): Item statuimus atque jubemus, ut omnes milites et cives et homines villarum a 14 annis et supra paces istas iurent ut eas teneant atque defendant fideliter sine fraude. Der in dem Konzil von Montpellier von 1214 c. 32 ff. (Mansi XIX S. 947) geforderte allgemeine Friedensschwur bezieht sich wohl auch auf den Landfrieden, wiewohl ihn hier die Bischöfe verlangen (vgl. c. 39). Weiland I. 432: Quellen für den flandrischen Frieden. S. S. rer. franc. X S. 172: constituit ergo pro redintegranda seu firmanda pace Concilium Episcoporum ac multorum tam Nobilium quam plebeiorum innumerare multitudinis in Comitatu, quem gubernabat, Cabillonense in loco qui Viridunus dicitur (1020). Jvonis epistolae n. 253 (Migne patr. lat. 162): decet enim regiam majestatem vestram ut pactum pacis quod Deo inspirante in regno vestro confirmari fecistis, nulla lenocinante amicitia vel fallente desidia violare permittatis. S. S. rer. franc. XIV S. 388. 1155 Soissons: Der König von Frankreich setzt einen Frieden für ecclesiae, agricolae, mercatores, Strassen: in pacem istam iuraverunt Dux Burgundiae, comes Flandriae, Comes Henricus, Comes Nivernensis et Comes Suessionensis et reliqua baronia quae aderat. Die älteste deutsche Angabe bezieht die Vereidigung bereits auf zweierlei: auf Haltung des Friedens u. auf Unterlassung von Räubereien. S. S. IV S. 694. 1004 (Athalbold, der hier Thietmar gegenüber selbständig): In loco ergo, qui Turegium dicitur rex colloquium tenuit omnesque pro pace tuenda, pro latrociniis non consentiendis a minimo usque ad maximum iurare compulit. Sic tota Alemannia sub pacis quiete statuta in Alsatiam venit (hiezu die allerdings unjuristischen Ausführungen von Göcke, Die Anfänge der Landfriedensaufrichtung in Deutschland S. 11). Vielleicht auch die unbestimmten Angaben über einen Frieden Konrad II. (Wipo c. 6 a. E.: quo transitu regna pacis foedere et regia tuitione firmissime cingebat) und Heinrich III. (darüber die Zusammenstellung bei

Digitized by Google

2. Dieser Frieden ist ursprünglich nur für die verbindlich, die ihn beschworen haben[32]).

Die Eidgenossenschaft, welche aus dem Landfrieden entspringt,

---

Steindorff, Heinrich III. 1 S. 448 ff., die ebenfalls an dem soeben gerügten Fehler leidet). Deutlich tritt aber Ende des 11. Jahrhunderts der Schutz gerade gegen Tötung und Verwundung hervor. Lambert S. 74. 1079 H. A.: Die Thüringer erklären iam pridem se sacramento obstrictos obligatosque fuisse, ut raptores et praedatores inultos non sinerent. Weiland I. 426; I. 427 § 1. 1094: Omnibus aecclesiis earumque atriis, monachis, clericis, conversis, mercatoribus — pacem iuravimus et his qui etiam eandem pacem nobis iurant vel iuraverunt vel juraturi sunt. I. 74. 1103 iuraverunt — pacem ecclesiis, clericis, monachis, laicis, mercatoribus, mulieribus ne vi rapiantur, Iudaeis. I. 429 § 3. I. 430 § 5. Historia Welforum S. 25 (H. A.) 1126, Heinrich der Schwarze: pacem firmissimam omnibus annuntiavit et iuramento confirmari precepit. Weiland II. 280, c. 22—24 Sachsen II. 426 § 15 Brixen. M. B. XXXIa. 285: si — pax eo tempore non esset in civitate jurata, sola se manu expurgabit. Bayer. Landfr. von 1244 § 45 (Q. E. bayer. Gesch. V. 36): Item qui pacem iurare noluerit, nemo ei iustitiam exhibeat et ipse cuicunque respondere compellatur. S. sp. II. 71 § 2: binnen gesvoreneme vrede ne sal man nene wapene vüren. Sw. sp. 81: unde, ist ein vride bi den ziten gesworen; c. 141 ähnlich. c. 253: der rihter mag wol gebieten allen denen die den vride gesworn hant ize varn swar ez not ist in sinem gerihte, und allen den die zir iaren komen sint der swert gefueren mag. Westf. U. B. IV. 1458. 1277: Item omnes in ecclesiis, civitatibus, opidis, et dominiis nostris commorantes, ministeriales, milites et famuli, videlicet, fidem dabunt et fide data promittent, burgenses vero et domorum hospites et omnes, qui vulgariter silfmunnich dicuntur — iurabunt predictam confederationem. Landfrieden von 1287 c. 39 (M. leg. II S. 451): swer den landfriden nicht enswert in einim mande nach dem so ez gekundet wirt, offenliche in dem bischtume da er sizzet, swaz deme geschiht daz sol nieman richten weder mit geistlich oder wertlich gerichte. Strassb. U. B. II. 284 § 14 (1310): swer diesen friden nuit swert iederman vor sime rihttere, in den nehesten zweien manaden, so dirre fride gekuindet wirt von stetten zuo stetten, von burgen zuo burgen, von doerfern zuo doerfern, den sol man danach nimme emphahen in diesen frieden. Anhalt V (Nachtrag zu III) 803a (S. 337). 1346: de armen und de riken sollen ok den vhride schweren, itlik siner herschop, und de gemeinen borger orme rade, unde scholen dat betugen ein ieder man selff dredde uff den heiligen umbesprokener lude.

32) So deutlich in den deutschen Quellen: bayer. Friede § 1 (Weiland I. 427) s. vor. Note. Elsässer Friede I. 429 § 3: quicunque autem in prenominatis diebus et temporibus aliquem suum coniuratorem — invaserit — aut aliquem ad sanguinis effusionem temere percusserit, liber capitali sententia puniatur. I. 173 (1158) Brixener Heerfriede, § 14: si quis aliquem leserit, imponens ei quod pacem non iuraverit, non erit reus violatae pacis, nisi ille probare possit duobus ydoneis testibus, quod pacem iuraverit.

Digitized by Google

hat dann freilich zu einer Rache des Verbandes gegen Aussenstehende geführt; es ist dies später zu betrachten.

3. Der Eid berührt zunächst die Gewaltthätigkeiten auch gegen die Personen und Klassen, welche die schwereren ritterlichen Waffen nicht führen (Kleriker, Frauen, Kaufleute, Bauern). Hier ist der Frieden stets ein dauernder d. h. nicht auf bestimmte Wochentage und Jahreszeiten beschränkt[33]).

---

33) Usatici c. 61. Item statuerunt, ut omnes homines nobiles et ignobiles, quamvis graves sint inimici, omni tempore sint securi per omnes dies et noctes, et habeant sinceram treugam et veram pacem a monte Catani usque ad Castrum Felix et ad collum de Finestrellis usque ad collem de Gavarra, et a colle de Carolla et de Valle Vitriaria usque infra mare duodecim legues. Die späteren katalonischen Landfrieden enthalten ein Friedensgebot lediglich für die nichtritterlichen Klassen. Marca col. 1363 ff. 1177, 1388. — 1198, 1390 ff. — 1200. Noch im Frieden von 1200 § 23 (Marca col. 1393) sind die guerrae zwischen den milites ausdrücklich nicht als Bruch des Friedens aufgefasst und 1214 (col. 1402) u. 1225 (col. 1406), 1228 (col. 1412; die Bedeutung von c. 14 folgt aus col. 1429 c. 4), 1234 (col. 1428 ff.) sind die milites unter einander noch nicht befriedet, sondern nur die von ihnen abhängigen Leute und Besitzungen, und wegen der letzteren wird auch von den milites der Friedenseid verlangt. 1207 (Marca col. 1395) findet sich ein Beispiel dieses Zwanges. très anc. cout. Norm. 37 § 1: comites, vel barones, et singuli homines sacramento tenentur pacem Ducis servare et ejus legalem justiciam. 31: nullus hominum audeat versus alium guerram facere, sed de iniuria sibi allata Duci, vel eius iustitiae, conqueratur: quod malefactum, vel iniuriam, per catallorum ammissionis periculum in civili causa, per membrorum amissionem in criminali causa, faciant emendari. Frieden von Soissons v. 1155 ob. N. 29. Hennegauischer Landfrieden von 1200 (Weiland II. 425) c. 1: de hominibus igitur, qui milites vel filii militum non fuerint, mortuum pro mortuo, menbrum pro menbro; schon früher ist in Hennegau von einer dauernden pax terrae die Rede: Miräus III S. 352. 1176: domus autem occisoris et hereditas universa habeant in domibus et in quolibet aedificio et in curiis etiam infra legitimas areas domuum, quas houestete vulgo vocamus, sive sint septae seu nulla sepe sint circumdatae. Mulieres nullius violentiam paciantur. Mercatores et agricolae pacem habeant. Nullus omnino pro sola causa pecuniae capiatur. Hiezu die Nachricht Giselberts (H. A. S. 99) über den Landfrieden von 1171. Bayerischer Frieden § 1 (Weiland I. 427) omnibus aecclesiis earumque atriis, monachis, clericis, conversis, mercatoribus — pacem iuravimus. Pax Alsatiensis (Weiland I. 429) § 1: pacem vero praecipue et semper et ubique omnibus ecclesiis et earum atriis, pacem clericis omnibus et feminis, mercatoribus, venatoribus et causa orationis transeuntibus et agricolis, dum operantur in agris, vel ad agrum exeuntibus vel redeuntibus. Alamannischer Friede § 1 (Weiland I. 430): clerici et ecclesiae et cimiteria et dotes aecclesiarum pacem habeant; similiter omnes homines pacem habeant in domibus et in quolibet aedificio et in curiis etiam infra legitimas areas domuum

Digitized by Google

Zum andern Teil kommt eine eidliche Befriedung der Ritter vor. Diese ist aber viel schwächer entwickelt. In Katalonien, wo sich zuerst ein allgemein lautendes Friedgebot findet, ist später bis ins 13. Jahrhundert der Krieg zwischen den milites zugelassen[34]).

Ebensowenig hat in Frankreich und den Nachbargebieten der Friedenseid, den der Vornehme leistet, eine über den Kreis der Nichtritterlichen hinausgehende Bedeutung gehabt[35]). Die späteren Rechtsquellen sprechen alle von einem unbeschränkten Fehderecht der Ritterlichen und schliessen den Privatkrieg nur für die Steuerpflichtigen aus[36]). Selbst die Gewaltthaten in der Gottesfriedenszeit werden nur ausnahmsweise durch das staatliche Friedensgesetz berührt[37]).

---

quas hovestete vulgo vocamus sive sint septae seu nulla sepe sint circumdatae (merkwürdig der Gleichklang mit der erwähnten brabantischen Urkunde Miräus III S. 352). Mulieres nullius violentiam paciantur. Mercatores et agricolae pacem habeant. Sächsischer Landfrieden des 13. Jahrhunderts § 1 (Weiland II. 280): clerici, monachi, mulieres, moniales, agricolae, justi venatores, piscatores, judei omni die et tempore firmam pacem habebunt in personis et in rebus; ebenso S. sp. II. 66 § 1 und der angebliche Friede von 1224 § 1 (Weiland II. 284); R. Lönings und Weilands Annahme (vgl. Weiland II. 284), der letzte Friede habe das Verfahren bei infamia que loimunt dicitur aus der Gesetzgebung Innocenz' III. entnommen und danach sei das Gesetz zu datieren, ist irrig: Das Verfahren ist, wie unten nachgewiesen wird, längst vor Innocenz III. im fränkischen Reichsrecht bodenständig gewesen.

34) s. vorige Note. Sogar die Gottesfriedenszeit finde ich in das weltliche Gesetz erst 1228 (Marca col. 1414 c. 26) eingeschoben.

35) Der Friede von Soissons N. 33 ist zwar von den Baronen beschworen, schützt aber nur die Nichtritterlichen.

36) Beaumanoir LIX § 5: guerre par nostre coustume ne pot queir entre gens de poeste, ne entre borgois cf. 59 § 6. Ebenso das Recht der schon zu Deutschland gehörenden Grafschaft Bar v. 1255 (nouv. rev. hist. du droit XIX S. 661) c. 20: nulle morteil faite ne sera entre bourgeois ne sergans ne homme taillables. Hennegauischer Landfrieden c. 1 (N. 33) wendet sich ebenfalls nur gegen die Nichtritterlichen und so auch Faider I S. 18. 1276.

37) Hierher gehört vielleicht die Nachricht des Radulfus Glaber V. 15 (Prou S. 126): contigit vero ipso in tempore, inspirante divina gratia primitus in partibus Aquitanicis, deinde paulatim per universum Galliarum territorium firmari pactum, propter timorem Dei pariter et amorem, taliter ut nemo mortalium a ferie quarte vespere usque ad secundam feriam incipiente luce ausu temerario praesumeret quippiam alicui hominum per vim auferre, neque ultionis vindictam a quocumque inimico exigere, nec etiam a fideiussore vadimonium sumere. Quod si ab aliquo fieri contigisset contra hoc decretum publicum, aut de vita componeret, aut a cristianorum consortio expulsus patria pelleretur. Hoc insuper placuit universis, veluti vulgo dicitur, ut treuga domini vocaretur. Dann der katalonische Landfrieden von 1228 (N. 33).

Digitized by Google

Dieser geringen Macht des Königtums und der französischen Fürsten über das Rittertum, welche zum Teil durch das Eingreifen der Kirche ausgeglichen worden ist, stehen die Verhältnisse in der straff organisierten Normandie und in Flandern, dann aber dem gesamten Deutschen Reich gegenüber: Hier wie anderwärts sieht man eben, wie sehr das deutsche Königtum und das normannische Herzogtum des frühern Mittelalters dem französischen Königtum an Machtmitteln überlegen war. In der Normandie wie in Flandern besteht im 11. und 12. Jahrh. ein Frieden für alle[38]).

In Deutschland werden zunächst Fehden der Ritterlichen während der Gottesfriedenszeit als strafbar angesehen[39]), seit Friedrich I. aber unterliegen die Ritter gerade so, wie die gemeinen Leute, dem Frieden ohne zeitliche Grenze[40]); freilich seit dem Landfrieden von 1235 wieder mit der entscheidenden Abschwächung, dass die Fehde erlaubt ist, wenn man das Gericht erfolglos angegangen hat. —

Mag nun der Eid alle Klassen dauernd binden, oder nur die geringeren dauernd, die höheren lediglich für die Gottesfriedenszeit am Ende der Woche, so bleibt der Frieden doch nur eine auf Zeit — allerdings längere Zeit — eingegangene Vereinigung; solche rein persönlichen Verhältnisse sind ja nicht vererblich. Ganz deutlich verwendet das deutsche Recht diese zeitliche Begrenzung und zwar bis in die späte Zeit hinein. Die Quellen reden von Zeiten, in denen ein Friede nicht geschworen ist: Gewaltthätigkeiten werden in diesen Zeiten nicht kriminell gestraft[41]).

---

38) S. S. rer. franc. XI S. 389 Flandern: et post mortem patris sui utrumque Comitatum in tanta pace gubernavit, ut nemo auderet vel dignaretur arma portare, nec ostium noctu propter latrones claudere, nec vomeres et ligones ab aratris ablatos domum portare — die frühmittelalterliche Formel zur Bezeichnung tiefen Friedens. Für die Normandie die Stelle aus très anc. cout. 37 § 1 (N. 33).

39) Das der Inhalt des Köln-Lütticher Friedens und seiner Abzweigungen (Weiland I. 424, 425, 426). — Neben dem allgemeinen Frieden für die gemeinen Leute steht der Frieden der Gottesfriedenszeit in dem elsässischen Frieden (Weiland I. 429) und dem rheinfränkischen Landfrieden (Weiland I. 277) 1179, die vielleicht — unter staufischer Herrschaft — genauer zusammenhängen.

40) Frieden v. 1152 (Weiland I. 140); dann Frieden v. 1234 (Weiland II. 319 § 4), v. 1235 (Weiland II. 196 § 5).

41) M. B. XXXI a. 285 Sw. sp. 81: ob. N. 31; Sw. sp. 108: unde ist kein vride gesworen, er sol den gotesvride sweren; Sw. sp. 81 unde underwindet er sich dez gûtes ane gerihte unde ist ein vride bi den ziten gesworen,

Digitized by Google

Wenn ein Landfrieden auf eine bestimmte Zahl von Jahren[42]) geschlossen wird, so fällt eben nach Ablauf des erhöhten Friedens auch der erhöhte Rechtsschutz weg.

Der Frieden ist in den südlichsten Quellen gewöhnlich durch Verdoppelung der Komposition, daneben nur durch Königsbann[43])

---

so ist er ein vridebrecher unde ez gat im an die hant. Ist aber kein vride gesworen, so buzze er mit phenningen nach guoter gewonheit.

42) Sehr häufig in Deutschland z. B. bayer. Frieden § 1 (Weiland I. 427). In Frankreich ist der Friede von Soissons auf 10 Jahre erlassen (S. S. rer. franc. XIV. S. 388), ebenso gilt der katalonische Friede von 1234 c. 21 (Marca col. 1431) nur auf Zeit.

43) Recht von Bigorre (Giraud I S. 22 ff. § 21): postquam comes, cum terre proceribus pacem laudaverit et confirmaverit, si quis eorum quae in pace posita sunt reus inventus fuerit, et ad rationem positus se purgare nequiverit, LXV solidos comiti persolvat — dazu § 10, § 11, § 22. — Katalonischer Landfrieden v. 1173 (Marca col. 1365) § 9: Si quis contra hujusmodi constitutionem commiserit, damnum componat illi cui malum fecerit infra XV. dies simplum, post XV. dies duplum; praestandis insuper LX solidis Episcopo et mihi, ad quos querimonia fractae pacis et treugae dinoscitur pertinere. Si milites fuerint vel eorum filii et nobiles, bajuli, vel homines villarum, tententur poena pacis et treugae, si eam fregerint. Rustici vero et omnes alii homines poenam praestent viginti solidorum und ähnlich Katalonischer Frieden von 1214 § 16 (Marca col. 1403), von 1225 § 20. § 27 (Marca col. 1408), 1228 § 20 (Marca col. 1414). — Die nach 14 Tagen eintretende Verdoppelung wird nach dem katalonischen Landfrieden von 1173 c. 11 derart verteilt, dass der Verletzte 1/2, der König (Graf) und der Bischof je 1/4 der ganzen Entschädigung d. h. wohl der Komposition erhält. Man darf diesen Verteilungsmassstab bereits auf das Konzil zu Tulujes (1041) (Vaissete V. 220) anwenden. So handelt es dann um nichts anderes als den fredus (1/2 der an den Verletzten zu zahlenden Summe), den nun nicht bloss der Graf, sondern auch der Bischof von der verdoppelten Komposition bezieht. Dieselbe Berechnung findet sich bereits in der karolingischen Zeit bei Verletzungen in der Kirche, also in diesem ursprünglichsten kirchlichen Frieden (cap. 139 c. 2, wo die Kirche den fredus der Komposition bezieht, die öffentliche Gewalt den bannus). — Die Usatici 61 (N. 33) führen den Frieden auch auf bandum des Grafen zurück, aber die Strafe ist allerdings höher d. h. 100 unciae. Sind Goldunzen gemeint, so handelt es sich um einen sehr hohen Betrag, nach der späteren Münztafel in usatici 141, wo eine Goldunze = 14 Silbersolidi ist, wären es 1400 sol. Nun hat sich aber früher (§ 3 N. 88) gezeigt, dass man in usat. c. 5 wahrscheinlich den Goldwert etwas geringer ansetzen muss, etwa 1 : 12 1/2. Nimmt man 1 : 12 an, so kommt man auf 1200 sol. d. h. 60 ℒ, den Betrag, der in ganz Frankreich auf Missachtung des Fürsten steht. Es hätte danach der Graf einmal versucht, das Landfriedensgebot mit seinem Mundium zu decken; der Versuch ist aber anscheinend nicht mehr wiederholt worden.

Digitized by Google

gedeckt; da ja schon das Gelöbnis des Friedens mit der gleichen Strafe erzwungen wird, so kann der Zweck des Friedens überhaupt nicht in einer Erhöhung der öffentlichen Strafe, sondern lediglich in Verdoppelung der Komposition und in der Auslösung des eidgenossenschaftlichen Racherechts liegen. Dagegen weiter gegen den Norden und in ganz Deutschland liegt auf dem Bruch des Landfriedens die Todesstrafe[44]).

Unter den Delikten, gegen die sich der Frieden richtet, wird gerade in den ältesten geschichtlichen Belegen noch die Räuberei genannt[45]); aber von jeher steht daneben ein besonderes Vergehen des Friedbruchs; in den überlieferten Friedenstexten erscheint als der eigentliche Friedensbruch jede Gewaltthat während des Friedens, sogar die Selbsthilfe des Civilrechts, nicht bloss Tötung oder schwere Verwundung. Manchmal freilich wird unblutige Gewalt mit der Kopf- oder Handlösung ausgeglichen[46]).

---

44) Für Frankreich, wo die Quellen spärlich fliessen, weil hier ja nur der allgemeine Friede der unteren Klassen durchgedrungen ist: Jostice et Plet XVIII. 24 § 39 (Recht von Orléans): qui fet contre le roi en fesant contre la pès dou pueple, doit estre ars. Das gleiche folgt für das übrige kapetingische Frankreich daraus, dass allerwärts auf Tötung Todesstrafe steht, soweit sie nicht von einem Ritter in erlaubter Fehde geschehen ist: Beaumanoir 30 § 2, § 6, § 103. Et. S. Louis I c. 30. très anc. cout. Norm. c. 31 (N. 33). — Für Flandern ergibt sich die Todesstrafe jedenfalls aus der Erzählung bei Galbertus c. 1 (S. S. XII. S. 562: Tandem videns gratiam pacis omnibus iucundam, indixit per terminos regni, ut sub quiete et securitate absque armorum usu communiter degerent, quicumque aut in foro aut infra castra manerent et conversarentur, alioquin ipsis plecterentur armis quae ferrent), wenn man nicht schon den sehr wahrscheinlichen Nachrichten des Marchantius Glauben schenken will. (Weiland I. 432 N.) Hennegauischer Landfrieden v. 1200 c. 1 (Weiland II. 425): De hominibus igitur, qui milites vel filii militum non fuerint, mortuum pro mortuo, membrum pro membro. — Von den übrigen deutschen Frieden hat der Lüttich-Kölner Gottesfrieden noch nicht die Todesstrafe, sondern nur Exil (Weiland I. 424 § 6), wohl aber schon der Mainzer Frieden von 1103 (Weiland I. 74: wenigstens ist Handverlust bereits auf den Angriff gesetzt), juramentum pacis § 2 (Weiland I. 426 § 2), Elsässer Friede § 3 (Weiland I. 429), alamannischer Friede § 6 (Weiland I. 430) und so nun alle folgenden z. B. Weiland I. 277 § 5.

45) Es gehört vielleicht schon Dudo II. 31 hierher; dann die Nachricht über den Züricher und den Thüringer Frieden. N. 31. Weiter Schannat, tradit. Fuldenses p. 256. — 1058: factus est conventus fidelium principum de pace facienda et sedanda latronum tyrannide et raptorum compescenda seditione.

46) Einiges in meinen Ausf. in Zeitschr. für Geschichtswissenschaft

Digitized by Google

Der volle Umfang der Reaktion gegen die Friedbrecher lässt sich freilich erst übersehen, wenn man die Wirkung der Eidgenossenschaft kennt, die hinter dem Landfrieden steht. Bevor aber dieser Punkt untersucht werden kann, sollen die Umrisse des Gottesfriedens, der sich gleichfalls auf die Eidgenossenschaft stützt, freigelegt werden.

III. Seit dem Ende des 10. Jahrhunderts sind Bestrebungen der Kirche, ihrerseits einen Frieden gegen Gewaltthat durch Eidgelöbnis herzustellen, in weiterem Masse bezeugt.

1. Deutlich werden zwei Friedenskreise unterschieden, pax und treuga[47]).

N. F. I S. 218 N. 5; dann schon die Nachricht des Athalbold über den alamannischen Frieden v. 1004 (N. 31); vielleicht die Notiz über den südfranzösischen Frieden bei Radulfus Glaber (N. 37); sicher Weiland I. 424 § 6: Si liber vel nobilis eam (pacem) violaverit, id est si homicidium fecerit aut aliquem vulneraverit vel quolibet alio modo defectaverit. Sw. sp. 81. Selbsthilfe in Vermögenssachen während des geschworenen Friedens mit Handverlust gestraft. — Der Landfrieden von 1152 § 4 straft wegen unblutiger Gewaltthat mit Wergeld oder Handlösung (Weiland I. 140). — Dieselbe Urkunde c. 8, c. 9 knüpft — höchst charakteristisch für die Entstehung der Besitzklagen überhaupt — an den Landfrieden einen Schutz wegen Besitzentsetzung. Auch im französischen Recht (vgl. Brunner, Die Entstehung der Schwurgerichte S. 345 f., der die Sache freilich wesentlich für das Beweisrecht untersucht) steht der Besitzesschutz ausserhalb des Normalrechts und hängt anscheinend mit dem Frieden zusammen. Nach Jean d'Ibelin c. 248 erfolgt bei nouvelle dissaizine die Wiedereinsetzung des Entsetzten ohne Klage, auf Grund des Gesuches, das bei dem Herrn eingebracht wird; dieser inquiriert: Hier ist das Verwaltungsverfahren deutlich. In den très anc. cout. c. 53 aber gehört die dissaizina zusammen mit dem insultus pacis, der infractio domus und insultatio carruce zu den placita ensis, die nur dem Herzog zustehen. In den Rechtsbüchern der königlichen Domaine tritt die Sache nur mehr sehr undeutlich hervor (über Jostice et Plet Brunner a. a. O. S. 348); in Et. S. Louis I. 69 handelt es sich um einen gewöhnlichen Parteiprozess; die reichen Ausführungen des Beaumanoir aber mögen auf der Reform Philipp III. beruhen (unt. N. 94).

[47]) So Vaissete V. 220 i. J. 1041 und besonders deutlich das Konzilium von Narbonne (Mansi conc. coll. XIX S. 827 ff.) von 1054, wo die capitula de treuga von den capitula de pace unterschieden werden. Bei Mabillon de re dipl. N. 144 wird, wenn die Überschrift de treuga et pace ursprünglich ist, das Wort treuga noch auf das Verhältnis angewendet, das später ausschliesslich mit pax bezeichnet wird; wenn Ademar Cabannensis III, 35. 994 (S. S. IV S. 132) sagt: pactumque pacis et iustitia a duce et principibus vicissim foederata est, so bezieht sich die Vereinbarung wohl gerade auch auf Fehden. Es ist sehr erklärlich, dass erst mit der Entstehung der Gottesfriedenszeit

Digitized by Google

Die pax schützt die gesamte nichtkriegerische Bevölkerung, vor allem die Kirche und die Kleriker, dann Frauen, Kaufleute, Bauern gegen Gewaltthat, insbesondere Plünderung; die Tötung wird nicht erwähnt[48]).

Die treuga aber trifft die Gewaltthaten wider das Leben und damit wesentlich die Fehde unter den Rittern.

Im ersten Aufschwnng wird von einem dauernden Fehdeverbot gesprochen[49]), aber bald (1041) versteht man sich zu einem Kompromiss und schränkt das Verbot auf die nächste Zeit um den Sonntag und die grossen Feiertage ein. Das Wort treuga, womit ja von vornherein wesentlich der Waffenstillstand ausgedrückt wird[50]), bezeichnet nun diesen temporären Frieden, der

---

letztere als treuga — vorübergehender Friede — sich scharf von der dauernden pax scheidet.

48) So das Konzil von Charroux; Mansi XIX S. 90 (988 oder 989): carta de treuga et pace bei Mabillon de re dipl. 144 aus ungefähr derselben Zeit. Etwas später die pax concilii Verdunensis bei Castan origines de la commune de Besançon S. 42 f. in Übersetzung; Chifflet lettre touchant Beatrix de Chalon p. 187—190, wo das Original steht, war mir nicht zugänglich; dann das sacramentum pacis für die Diözese Beauvais von 1023 Ch. Pfister: Etudes sur le règne de Robert le Pieux S. LX f. Vaissete II. 220 1041 im ersten von der pax handelnden Teil. Mansi XIX S. 827 ff. im zweiten Teil (capitula de pace); später namentlich die pax von Béziers (Vaissete VIII. 6. 1170).

49) Radulfus Glaber IV. 16: quibus universi tanto ardore accensi, ut per manus episcoporum baculum ad celum elevarent ipsique palmis extensis ad Deum: „Pax! pax! pax!" unanimiter clamarent, ut esset videlicet signum perpetui pacti de hoc quod spoponderant inter se et Deum. Gesta epis. Camerac. III 52 (S. S. VII S. 485): istiusmodi decretum a Franciae episcopis datum est servari subiectis sibi populis. Unus eorum celitus sibi delatas dixit esse literas, quae pacem monerent renovandam in terra. Quam rem mandavit ceteris, et haec tradenda dedit populis: arma quisquam non ferret, direpta non repeteret; sui sanguinis vel cuiuslibet proximi, ultor minime existens percussoribus cogeretur indulgere; ieiunium in pane et aqua omni sexta feria observarent, et in sabbato a carne et pinguamine; soloque hoc contenti ieiunio in omnium peccatorum satisfactione nullam se scirent ab eis aliam addicendam poenitentiam. Et haec sacramento se servare firmarent: quod qui nollet, christianitate privaretur, et exeuntem de saeculo nullus visitaret nec sepulturae traderet. Alia quoque inportabilia quam plurima dederunt mandata.

50) Ob. N. 13. Vgl. auch Bernardus Papiensis summa decretalium I. 24 § 1 treuga est securitas praestita personis et rebus discordia non finita, pax vero est discordiae finis. Abweichende Bedeutungen im Nordischen kommen hier nicht in Betracht.

Digitized by Google

im allgemeinen den zweiten Teil der Woche, in besonders ursprünglichen Bildungen aber nur den Sonntag selbst und die heiligsten Zeiten befasst[51]).

Dieser ist seit Mitte des 11. Jahrhunderts in das Recht der allgemeinen Kirche übergegangen und dadurch zu einer dauernden Einrichtung geworden[52]), die hier von jeder Beeidigung losgelöst ist[53]).

2. Der ursprünglichen Gestaltung nach beruht aber der von der Kirche gesetzte Friede ebenfalls auf einem einigemal er-

---

51) Radulfus Glaber V. 15: siehe Note 37. Burgundische treuga von 1037. 1041 § 2 (Weiland I. 419), wo es deutlich ist, dass es sich noch um etwas Neues handelt; burgundische treuga von 1041 (Weiland I. 421); flandrische und normannische von 1063 (Weiland I. 422); pax in Suessionensi concilio von etwa 1091 (ed. Wasserschleben Zt. Sav. St. XII S. 113 ff.), flandrischer Friede aus dem Anfang des 12. Jahrhunderts (Wasserschleben a. a. O. S. 115); in den letzten 3 Frieden, besonders dem dritten (c. 1), ist der allgemeine Friede der Nichtritterlichen neben der treuga aufgenommen. Im deutschen Reich wird die Einrichtung, die zuerst Bedenken begegnet (gesta ep. Camer. III. 27; III. 52; N. 49. 54) über Lüttich in Köln recipiert und erscheint bereits Anfang des 12. Jahrhunderts (Weiland I n. 424 ff.). Spätere Erwähnung z. B. Gall. christ. I col. 162. 1148—1170 (Gascogne), wo neben der besonderen treuga der allgemeine Friede für die nicht ritterlichen Klassen steht; Wenck, hessische Landesgeschichte II. 139, I. 1239 Wetter. — Erste Anfänge eines Friedens, der an die Fastenzeit anknüpft, enthält die pax von Beauvais v. 1023, die auch für den Ritter die Fehde während der Fastenzeit untersagt (Pfister, Robert le pieux S. LXI), dann das erste Konzil von Tulujes (Mansi XIX S. 483 ff.) von 1027, wo eine treuga für den Sonntag eingesetzt ist. Das katalonische Recht hat noch lange nur diese Befriedung festgehalten: Friede von 1173 c. 19 (Marca col. 1367), erst spät 1240 (Marca col. 1432) finde ich die längere allgemeine kirchliche Friedenszeit übernommen; vgl. auch Quellen Köln II S. 393 ob. 1258: de bellis autem, que diebus festivis vel in emunitatibus fiunt — dicimus cognoscere debere tam Judicem Ecclesiasticum quam secularem.

52) Darüber Kluckhohn Geschichte des Gottesfriedens S. 93 ff.; Huberti Studien zur Rechtsgeschichte des Gottes- und Landfriedens S. 468 ff.

53) Causa XXIV quaest. III c. 25. 1059 behandelt bereits den Frieden für Kleriker, Frauen und pauperes als allgemeinen kirchlichen Frieden; für die pax illa quam treugam dicimus wird auf die Statuten der Erzbischöfe und Bischöfe verwiesen; später ist auch sie allgemein kirchliches Institut: so bes. c. 1. c. 2 X. 1. 34; so gibt in deutschen Rechtsquellen der Gottesfriede gegenüber dem Landfrieden zu allen Zeiten Schutz: Sw. sp. 108; Matile I. 62. 1214: in sanguine infra treucam Dei facto LX solidos; in sanguine extra treugam Dei facto novem solidos. Quell. Köln I S. 181: ind wart an yem gebrochen der goitz vrede, burchvrede, kur.

Digitized by Google

zwungenen Schwur, und zwar manchmal einem Schwur aller [54]), häufiger einem Schwur der Vornehmen [55]).

Zugleich mit dem Schwur werden nach der Schilderung des Glaber [56]) Stäbe zum Himmel erhoben; m. E. zum Zeichen dafür, dass der Friedensvertrag mit Gott als dem Schiedsmann geschlossen ist; Gott gegenüber wird auf die Fehde durch exfestu-

---

54) Gest. episc. Camer. III c. 27 (S. S. VII S. 474): Hii nimirum totius auctoritatis expertes, commune decretum fecerunt, ut tam sese quam omnes homines sub sacramento constringerent, pacem videlicet et iustitiam servaturos. Vaissete V col. 15 (975) Puy en Velay: pontificali igitur cathedra sublimatus, cogitans assidue de tenenda pace, de rebus ecclesiae, quas vi abstulerant raptores hujus terrae, jussit ut omnes milites ac rustici de episcopatu suo convenirent in unum, auditurus ab eis quale sibi de regenda pace darent consilium. Ipse vero apud Brivatensem vicum nepotibus suis mandans congregare exercitum, omnibus de pontificatu suo coadunatis in unum in prata Sancti Germani, quae sunt prope Podium, quaesiyit ab eis ut pacem firmarent, res pauperum et ecclesiarum non opprimerent, ablata redderent. Vaissete VIII. 6 Beziers 1170: Quapropter ex officio nostro vobis injungimus, parrochianos vestros pacem iurare usque ad proximam dominicam ante ascensionem Domini moneatis. — Et si quis dominus castri hanc pacem iurare usque ad dictam dominicam contempserit, nullum divinum officium in tota parrochia celebretur, donec ad juramentum accedat. Alii omnes a XV annis nisi jurare voluerint ab ecclesia abjiciantur. — Vaissete VIII. 310. 1234: Item mandamus quod omnes homines a XIV annis supra, tam civitatis quam burgi renovent sacramentum pacis et jurent servare et sequi pacem ad monitionem nostram. — Besonders deutlich treten dann aber die durch die Bischöfe gebildeten allgemeinen Schwurgenossenschaften noch weiter im Norden hervor: in Berry verlangt der Bischof von Bourges von sämtlichen Einwohnern über 15 Jahre einen Friedenseid (Miracula S. Bened. V c. 2 ed. de Certain S. 192 ff.) und noch zu Ende des 13. Jahrhunderts wird das Recht des Bischofs anerkannt (Ol. I S. 564 XX), juramentum treugae et communie von den Einwohnern zu fordern; andere Angaben bei Raynal, histoire du Berry II S. 315 N. 2. 1224; S. 317 N. 1. 1228. Konzil von Rouen von 1096 (Ordericus Vitalis III S. 471) c. 3: statuit etiam, ut omnes homines a XII annis et supra, jurent hanc constitutionem treviae Dei.

55) So die pax von Beauvais von 1023 (Pfister, Robert le pieux S. LX), die pax von Soissons c. 5 (Zt. Sav. St. XII S. 114): hoc item statuimus, ut omnes domini civitatum et castellorum et munitionum hanc constitutam pacem per sacramentum vel per dextrae dationem in manu episcopi sui confirment. Baluze misc. VII S. 337. 1218: quod si illi qui pacem juraverint nollent ire pro vindicta dictorum forisfactorum vel si pax forte non esset jurata, Episcopus bona fide submoneret omnes illos qui debent ei (als Hochgerichtsherr) exercitus et cavalcadas.

56) IV. 16.

Digitized by Google

catio verzichtet[57]). Sonst ist diese volle und bezeichnende Form nirgends mehr erwähnt.

3. Gegen den Bruch der treuga reagiert wiederum der dahinter stehende Schwurverband mit seinem genossenschaftlichen Zwang.

Davon soll nachher die Rede sein; jetzt kommt zunächst die Strafe, die auf dem Bruch des Gottesfriedens steht, in Frage. Selten in Frankreich, allgemein in Deutschland[58]) wird der Bruch des gelobten Gottesfriedens direkt mit der weltlichen Kriminalstrafe geahndet.

Die Kirche selbst greift mit ihren kirchlichen Strafmitteln und zwar zunächst mit der Auflage einer ewigen Pilgrimschaft, also dauerndem Exil[59]) ein.

In der ältesten Schicht der deutschen Gottesfrieden, welche

---

[57]) Bei Verträgen mit Gott wird das Vertragssymbol zum Himmel gehoben: Beyer I. 465 b.: montem summo deo creatori et gubernatori omnium beatissimeque dei genitrici Marie libere contradidit cirotheca in altum quasi ad deum proiecta. — Chans. de Roland 2373: Roland bittet Gott um Verzeihung, d. h. er schliesst mit ihm einen Sühnevertrag und deshalb: Sun destre guant en ad vers Deu tendut. Der Stab, die festuca (Halm), aber wird anderwärts zum Zeichen des geschlossenen Sühnevertrags verwendet: Warnkönig I. 16: exfestucatione hinc inde solemniter facta, inter cives colonienses et nuncios flandrenses, quicumque erga alios osculo pacis reconciliati sunt. — Warnkönig III S. 114: Int zoendinc dat Gillis — dede van der doot van Janne van Branteghem, alias Gheerds, gaf de vorscreven Gillis Joose Gheerds t'halmken in de hand zonder cussen.

[58]) Ob. N. 37, N. 39.

[59]) II. Konzil von Tulujes (Vaissete V. 220): si quis autem intra hanc treugam voluntarie hominem occiderit, ex consensu hominum christianorum definitum est, ut omnibus diebus vitae suae exilio damnetur. — Konzil von Narbonne von 1054 c. 5 (Mansi XIX S. 828 f.): si quis autem voluntarie aut scienter hominem occiderit in hac treuga aut apprehenderit aut castrum cuiuslibet tulerit aut destruxerit aut in indictam treugam insidiando aut aguitando facere volens comprobatus fuerit: ab omni coetu christianorum definitum est in omni vita sua damnetur exilio. — Frieden von Arles (Weiland I. 419) § 5: videlicet si quis in ipsis diebus treuvae Dei homicidium fecerit, exul factus atque a propria patria eiectus Jerusalem tendens longinquum illic patiatur exilium. — Frieden von Térouanne (Weiland I. 422) § 2: quodsi aliquis, quod absit, illam, non tenendo que precipimus, infregerit, si non XXX annorum penitenciam in exilio fecerit, antequam ab episcopatu exeat, quicquid fecerit contra pacem emendaverit, a domino Deo sit excommunicatus et a tota christianitate separatus. — Friede von Soissons von 1091 (Zt. Sav. St. XII S. 114) c. 11: quodsi quis in hac pace homicidium perpetraverit, penitentiam sibi injunctum extra patriam faciat; ebenso der zweite flandrische Gottesfriede c. 10 (ebenda S. 116).

Digitized by Google

für den Bruch derselben die Todesstrafe noch nicht verwenden, wird der Bruch ebenfalls durch Exil geahndet, freilich war dieses hier schon als weltliche Strafe aufgefasst [60]).

Das Exil wird kirchlich durch Exkommunikation erzwungen [61]), daneben sekundiert ein Zwang der Eidgenossen. Die Pönitenz ist aber in Nordfrankreich sehr früh durch eine Geldstrafe von 9 ℔ an den Bischof abgelöst worden [62]).

4. Soweit das kirchliche Friedgebot und Friedensgelöbnis verletzt ist, judiziert natürlich das geistliche Gericht [63]), d. h. der Bischof [64]).

Allerdings wird überall hervorgehoben, dass der Bischof die Sache auch anderen Klerikern delegieren kann [65]); allein davon ist

---

60) Weiland I. 424 § 6, I. 425 § 6; eine Anwendung in Ostfranken M. B. XXXVII n. 72. 1103.

61) Z. B. zweiter flandrischer Friede c. 6 (Zt. Sav. St. XII S. 116). S. S. rer. franc. XV S. 185. 1097. Varin I. S. 283 f. 1129.

62) Friede von Soissons c. 12 (Zt. Sav. St. XII S. 114): si quis vero pacem infregerit et eam emendare voluerit, post episcopi sui vel legati eius admonitionem episcopo pro infracta pace IX libras persolvat et ei cui iniuriam intulerit sua restituat et secundum legem patriae justitiam faciat; ebenso der flandrische Gottesfriede c. 9 (ebenda S. 116, statt noluerit muss voluerit gelesen werden). — Très anc. cout. Norm. 71. 1135. Teulet I. 785. 1205.

63) Ob alternativ (so Quellen Köln II S. 393 ob. vgl. N. 52 a. E.) oder ob kumulativ (so très anc. cout. Norm. 71) ist nicht immer deutlich zu ersehen; im ganzen wird man wohl an kumulative Ahndung zu denken haben.

64) Vaissete V. 220. Konzil von Tulujes (col. 444): emendet ad judicium episcopi et canonicorum ejus. Zweiter flandrischer Friede c. 6 (Zt. Sav. St. XII S. 116): ut quicunque pacem infregerit et amonitus ab episcopo vel legatis ejus non satisfecerit. Conc. Narbonnense v. 1054 (Mansi XIX S. 829 c. 6): si quis autem aliter alicui aliquam iniuriam fecerit aut damnum in judicio proprii episcopi aut clericorum ejusdem quibus idem episcopus commiserit, secundum modum culpae directionem faciat per judicium aquae frigidae aut per exilium sicut statutum est.

65) Vorige Note; dann Teulet I. 22 (Konzil von Lillebonne) § 27: si presbiteri, preter trevie Dei infractores et latrones, aliquos sine licentia episcopi excommunicaverint, so sind sie strafbar. — Auf solche Kommittierung beziehe ich es auch, wenn Ivo 86, 275 (Migne) von judicium und judices pacis spricht; in n. 86 ist von denselben als von einer kirchlichen Einrichtung geredet (arg.: quam contra vos tenere non possumus); in n. 275 wird der Graf von Champagne vor den „judices ecclesiastici" beklagt; er wundert sich, dass der König seine weltliche Gerichtsbarkeit über ihn nicht ausübt, d. h. ihn nicht vor das Mannengericht stellt, unterwirft sich aber doch den judices pacis. Hier sind offenbar judices pacis und judices ecclesiastici gleichbedeutend: a. M. Kluckhohn S. 119 f.

Digitized by Google

nicht die Rede, dass allenfalls eine aus Geistlichen und Laien gemischte Kommission über das kirchliche Delikt entschieden hätte[66]).

IV. Sowohl hinter dem Landfrieden wie dem Gottesfrieden steht nicht bloss die staatliche und die kirchliche Gewalt, sondern die autonome Reaktion der Eidgenossen.

Die Reaktion geschieht negativ dadurch, dass der Friedbrecher aus dem Frieden ausgestossen wird, und so den Frieden nicht teilt[67]); positiv aber werden die Eidgenossen zur Rache gegen den Missethäter geführt. Insoweit greift dann der Friede in seiner Wirkung über den Kreis der Schwurgenossen hinaus; die genossenschaftliche Rache kann sich auch gegen einen, der nicht geschworen hat, richten. Der Führer der Eidgenossen ist der Bischof[68]) oder der weltliche

---

66) Wenn im Konzil von Montpellier v. 1214 c. 32 ff. (Mansi XXII S. 949 f.) von paciarii gesprochen wird, so sind dies die Rügezeugen des weltlichen Richters, die allerdings allmählich richterliche Funktion erhalten haben

67) Katalonischer Landfrieden v. 1198 c. 13 (Marca col. 1389): quicunque ergo hanc pacem suprascriptam infregerit aut contraiecerit, infra XX dies per nos vel vicarium nostrum sive nuntium vel per Episcopum locorum idem temerator commonitus damnum non emendaverit — exinde ipse temerator — atque consiliatores sui ab Episcopo excommunicentur, et postea a praedicta pace et treuga eiciantur, ita quod malum quod propter hoc fuerit eis illatum non requiratur pro pace et treuga fracta. Landfrieden von 1200 c. 13 (Marca col. 1392) und 1214 c. 16 (Marca col. 1403). — Bayer. Friede von 1244 c. 45 (Q. E. bayer. Gesch. V. 36): Item qui pacem iurare noluerit, nemo ei iustitiam exhibeat et ipse cuicunque respondere compellatur; Friede von 1255 c. 76 (Q. E. bayer. Gesch. V. 79).

68) So sehr deutlich die unter dem Bischof von Bourges stehende treuga et communia N. 54. Der Eid, der dem Bischof von Bourges geleistet werden muss, lautet: quod rebelles suos in Bituricensi dioecesi ... donec ad eius mandatum redeant, suis sumptibus impugnaret (Raynal, Berry II S. 314 N. 3). — Ebenso die Eidesformel des Konzils von Rouen von 1096 c. 3 (Ordericus III S. 471): hoc audiatis, vos, N., quod ego amodo in antea hanc constitutionem treviae Dei, sicut hic determinata est, fideliter custodiam, et contra omnes, qui hanc jurare contempserint, vel hanc constitutionem servare noluerint, episcopi vel archidiacono meo auxilium feram. — Konzil von Soissons c. 6. 1091 (Zt. Sav. St. XII S. 114): statuimus item, ut si episcopus ex consilio bonorum virorum super excommunicatum illum, qui pacem non confirmaverit vel confirmatam infregerit, exercitum ducere decreverit, omnes parochiani ejus ad defensionem pacis eum unanimiter adjuvent et ipse episcopus secundum modum laborum penitentiae eorum modum imponat. Wie in dem Berry, so werden auch anderwärts die von den Bischöfen gesammelten Eidgenossenschaften als communiae angesehen; so die bekannte Stelle bei Ordericus IV S. 285: tunc ergo communitas in Francia popularis statuta est a praesulibus, ut presbyteri comitarentur regi ad obsidionem vel pugnam cum vexillis et parochianis

Digitized by Google

Herr[69]), dem zu Handen der Friedenseid geleistet ist; freilich treten die bischöflichen Aufgebote viel häufiger hervor und sie haben in der französischen Geschichte zeitweise keine unbedeutende Rolle gespielt; wie das deutsche Königtum des 10. und 11. Jahrhunderts den Bischöfen Grafschaften in die Hand spielte, so hat das französische Königtum des 12. Jahrhunderts sich auf die Gottesfriedensverbände gestützt.

Auch Heinrich IV. hat einmal ähnlich wie in Frankreich Bauern durch die Bischöfe für sich vereidigen lassen[70]). — Das Racherecht der Schwurgenossen des Friedensverbandes ist in Deutschland ebenfalls bezeugt[71]).

V. 1. Fasst man nun alles Bisherige zusammen, so beruht Landfriede wie Gottesfriede geradeso auf einem eidlichen Gelöbnis, wie der Handfriede; für den Gottesfrieden wird einmal sogar die

---

omnibus. Ein Beispiel ihrer Anwendung im Normannenkrieg bei Ordericus III S. 415: igitur, Quadragesimali tempore, rex Franciae et dux Normanniae Brehervallum obsederunt, ibique fere duobus mensibus laboraverunt. Illuc presbyteri cum parochianis suis vexilla tulerunt, et abbates cum hominibus suis coacti convenerunt. — Ein anderes Beispiel einer allgemeinen kirchlichen Eidgenossenschaft mit scharf ausgeprägtem Racherecht gibt die Vereinigung des agnus dei in Puy en Velay 1182 (S. S. rer. franc. XVIII S. 219 Gauffredus Vosiensis): qui pacem iurat, confitetur peccata prius, juratque legitime. Postea omni anno in Pentecosten sex denarios in confratria dabit; in hoste cum confratribus, cum iussus fuerit, perget. — Wo nur die milites den Eid leisten, da besteht die Eidgenossenschaft allein aus ihnen; so ziehen später im Puy en Velay deutlich die milites als diejenigen aus, welche geschworen haben, während die gemeinen Leute auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht hostis und cavalcada leisten (Baluze misc. VII S. 337. 1218), und auch im Berry werden ja von der Commune diejenigen getrennt, welche treuga leisten, und es treten milites paciferi hervor (S. S. rer. franc. XVIII S. 219. 1182, Gauffredus Vosiensis): Haec postquam gesta sunt, vastatores terrarum, qui Palearii appellabantur, in Bituricensem pagum arctati sunt a militibus qui Paciferi appellabantur, eo quod pacem facere juravissent.

69) Katalonischer Landfrieden v. 1214 c. 22 (Marca col. 1404): item statuimus atque jubemus, ut omnes milites et cives et homines villarum a XIV annis et supra paces istas jurent, ut eas teneant et defendant fideliter sine fraude. Katalonischer Landfriede von 1225 c. 27 (Marca col. 1409): Et deinde vicarius eiaciat eum a pace et treuga, et cum tota pace — in malefactorem et res suas insurgat.

70) S. S. V S. 312 (Bertold).

71) Lambert S. 74. 1069: Die Thüringer erklären sich iam pridem de sacramento obstrictos obligatosque fuisse, ut raptores et praedatores inultos non sinerent. Sw. sp. 253: der rihter mag wol gebieten allen den die den vride gesworn hant ze varn swar ez not ist in sinem gerihte.

Digitized by Google

festuca des Handfriedens verwendet. Im Süden, wo der Handfriede nicht mit Kriminalstrafe, sondern nur durch Verdoppelung der Komposition gedeckt ist, steht auch auf dem Bruch des Landfriedens nur der Königsbann und Verdoppelung der Busse. Wo dagegen, wie im ganzen mittleren und nördlichen Frankreich und in Deutschland derjenige, der einen Sühnevertrag gebrochen, den Tod erleidet, da gilt das Gleiche für den Landfriedensbrecher. Insoweit ist es also deutlich, dass man auf den Friedenseid gegen künftige Gewaltthat die Analogie des Handfriedens angewendet hat. Etwas Ursprüngliches kann dies nicht sein; nicht nur, dass davon in der fränkischen Zeit noch keine Rede ist, auch die Friedenseide, die dem Bischof geleistet wurden, haben eben doch nur in Deutschland die Schwörenden kriminell gebunden, und auch in Deutschland kennen die ersten Gottesfrieden nur die Reaktion des Exils, nicht der Todesstrafe.

2. Die Frage ist nun zunächst, woran diese Friedenseide anknüpfen; schon oben[72]) ist auseinandergesetzt worden, dass der Schwabenspiegel den Unterthaneneid als Landfriedenseid angesehen hat. Im karolingischen Frankenreich aber enthält der Unterthaneneid das Versprechen, gegen alle zu helfen[73]), also gerade das, was auch die eine Seite des Friedenseides ausmacht. — So ist es schon deshalb wahrscheinlich, dass der Friedenseid wie an den Handfrieden, so auch an den Unterthaneneid anknüpft. In der That sind bereits in der fränkischen Zeit nicht nur die Kirchen, sondern auch die minus potentes durch den Königsbann geschützt[74]), und dieser Schutz heisst pax[75]) und folgt aus dem Unterthaneneid[76]). Es ist die Heerung oder Plünderung bei Königsbann allgemein verboten[77]), und in der Mitte des 9. Jahrhunderts werden die Franci direkt auf Unterlassung von scach vel tesceia — also von jeder Art Diebstahl und auf die Anzeige dieser Delikte an die

72) § 1 N. 17. Damit stimmt auch Sw. sp. 253 (vorige Note), der die Verpflichtung der Unterthanen zur Verfolgung des Friedensbrechers von der Ablegung des Friedenseides abhängig macht.

73) Quantin II. 434: Omnes homines cuiuscunque sint apud Chableias, tam clerici quam milites, et omnes alii laici, sunt jurati praeposito contra omnes viventes.

74) Cap. 27. 1; cap. 34 § 18; cap. 110; cap. 267 § 2 § 3.

75) Cap. 27 § 1; cap. 68 § 1; cap. 69 § 3; cap. 72 § 2, § 3; cap. 98 § 2.

76) Cap. 33 § 5.

77) Cap. 27 § 1; cap. 110 § 5, § 6.

Digitized by Google

missi vereidigt[78]). Der Friede, der so auf Unterthaneneid beruht, wird schon im 9. Jahrhundert durch ausdrückliche eidliche Erneuerung wiederholt gesetzt[79]). So geht der zeitlich unbeschränkte Unterthaneneid in den zeitlich begrenzten Landfriedenseid über[80]). Wie aber Königsbann und Unterthaneneid die gröbere Gewalt erfasst, soll im nächsten § untersucht werden.

3. Öffentliche Strafe des Friedensbruches ist in der karolingischen Zeit der Königsbann, wiewohl auf das periurium bereits die Strafe des Handverlustes gesetzt wird[81]). Nur das sächsische Recht hat bereits den Übergang zur Kriminalstrafe vollzogen[82]). Während der nachfränkischen Zeit hat das südfranzösische Recht den Standpunkt der Kapitularien festgehalten, das nördliche ist abgegangen. Nun hat sich der Friede für künftige Delikte dem Frieden für die einzelne verübte Gewaltthat nach Form und Wirkung gleich erwiesen. — In Südfrankreich ist aber der Friedensschluss nur fakultativ, nicht notwendig durch Ergebung in die Mannschaft erfolgt; in Burgund ist das nur im Fall der Insolvenz, weiter nördlich ganz allgemein geschehen. Wie und warum sich diese letztere Änderung vollzogen hat, ist eine Frage für sich[83]).

---

[78]) Cap. 260 jurament. nach § 13.

[79]) Cap. 273 B 3: ut lex et iustitia unicuique in suo ordine omnibus conservetur, et pacem quam proxime teste Deo propriis manibus communi consensu confirmavimus, quando hic placitum nostrum habuimus, sic omnes — observare procuret.

[80]) Oben § 1 N. 17. — Die friedwirkende Bedeutung des Unterthaneneides tritt noch in den Usatici c. 92 scharf hervor; nicht nur die amicitia per fidem comprehensa und das hominaticum, sondern auch das sacramentum fidelitatis tilgen jeden Streit zwischen dem Gelobenden und dem Empfänger des Gelöbnisses.

[81]) Brunner II S. 682.

[82]) Cap. 70 § 6: et insuper bannum dominicum solvat, et manum perdat pro eo quod inoboediens fuit contra praeceptum domni imperatoris, quod ipse pro pace statuere iussit.

[83]) Ohne auf die Frage genau eingehen zu können, möchte ich folgende Erklärung vorschlagen. Bereits das altfränkische Recht übergibt den Todschläger, der insolvent ist, der Rache des Geschlechtes (l. Salica tit. 61 de chrenechruda: Derjenige, der den Insolventen ausbietet, ist offenbar der Kläger, und da er ihn ausbietet zur Lösung von der Tötung, so muss er auch die Tötung verhängen). In den späteren fränkischen Quellen aber muss sich der Missethäter in die Gewalt des Geschlechts begeben (Warnkönig III. 166 c. 28: de homicidio voluntario convictus, parentibus, vel cognatis occisi tradetur occidendus, et bona ejus domini erunt). Nun findet im burgundischen Recht das hominium nur bei Insolvenz statt, nach den nördlichen Rechten dagegen

Digitized by Google

Allein das ist sicher, dass der Bruch des durch hominaticum gedeckten Sühnefriedens kriminell war; denn die Herrentötung ist von jeher todeswürdige Unthat gewesen. Und so ist es auch mehr als wahrscheinlich, dass der Bruch des allgemeinen Schwurfriedens durch die Veränderung in der Gestalt des Sühnefriedens kriminell wird.

4. Das karolingische Recht sichert die Kirchen und geringen Leute; Verheerung und Plünderung derselben ist überhaupt ausgeschlossen gewesen und dies alles durch einen allgemeinen Eid der Unterthanen. Dagegen ist durch das Bisherige die Gewaltthat gegen Vornehme, d. h. also wesentlich die Fehde der Vornehmeren untereinander nicht berührt; nur indirekt greift das ganz allgemeine Verbot, Waffen infra patriam zu tragen, ein, das im späteren französischen wie deutschen Recht gleichmässig wiederkehrt[84]), wenn es nicht, wie öfters auf die Nichtritterlichen eingeschränkt ist; vor allem aber wirkt das Friedgebot, das im einzelnen Streitfall der Graf zwischen Streitteilen erlassen kann[85]). In der assecuratio der nachfolgenden Zeit ist dieses Friedgebot aufbewahrt.

Diese Lücke, welche die karolingische Gesetzgebung und Verwaltungspraxis gelassen hatte, wird nun zunächst durch die Kirche ausgefüllt. Schon Karl der Grosse und seine Nachfolger verlangen ein Einschreiten der Bischöfe gegen Gewaltthat[86]).

Das ganz Neue des Gottesfriedens, der von den Zeitgenossen direkt als eine Art Erfindung angesehen wurde[87]) und nach Auffassung eines Bischofs des deutschen Reiches ein Übergriff in das

---

ohne diese Einschränkung. So ist zu vermuten, dass das hominium nichts anderes ist als die Übergabe an den Blutkläger, die nun nicht mehr bloss bei Insolvenz wie in der l. Salica stattfindet. Die Veränderung mag vielleicht durch den im Norden bis in das 11. Jahrhundert fortschreitenden Mangel an Metallgeld und der damit steigenden Unerschwinglichkeit der Komposition — trotz der karolingischen Münzreform — verursacht sein, und damit gewinnt man eine Erklärung für die abweichende Stellung des Südens, der schon viel früher geldreich ist.

84) Cap. 44 § 5: de armis infra patria non portandis, id est scutis et lanceis et loricis. Für später z. B. Beaumanoir 58 § 14: Waffenverbot für Ritter wie Nichtritter; Gesetz des Grafen von Bar von 1255 c. 21 (nouv. rev. hist. du droit 19 S. 661); Waffenverbot nur für die Nichtritterlichen Warnkönig II. 160 § 19, § 51. Für Deutschland Planck: Waffenverbot und Reichsacht im Sachsenspiegel (S. Ber. Münch. Ak. 1884) S. 102 ff.

85) Brunner II S. 530.

86) Vgl. die Belege bei Hinschius K. R. V S. 186 N. 4; dann cap. 267 § 3.

87) Radulfus Glaber V. 15 N. 37; burgundische treuga Weiland I. 419.

Digitized by Google

weltliche Gebiet war[88]), liegt in der Erzwingung des allgemeinen Eides durch die Kirche; es hat eben die Kirche hier das Recht des Königs auf den Unterthanen- und Friedenseid, welchen alle Leute über 15 Jahre zu leisten haben, an sich gezogen, und wenn die Steuer für den Friedensverband[89]) einmal gerade die Höhe staatlicher Kriegssteuer hat[90]), so ist die Angleichung noch deutlicher.

Die Bewegung richtet sich in ihrem ersten Enthusiasmus wider jede Art der Gewaltthat, auch gegen die Fehde der Ritter. Aber rasch tritt eine Abschwächung ein. In Anknüpfung an den Sonntagsfrieden, der schon nach karolingischer Verwaltungspraxis die Fehde ausschloss[91]), wird der kirchliche Friede auf die Tage unmittelbar um den Sonntag und die Festzeiten beschränkt. In dieser Form ist dann der Gottesfriede vom weltlichen Recht recipiert worden und war in Deutschland, der Normandie und Flandern der Vorläufer eines allgemeinen weltlichen Friedens auch für die Ritter. — Warum gerade in Frankreich und Burgund der Gottesfriede entstand, darüber kann man sich wohl Gedanken machen, aber man gelangt nicht zu ganz bestimmten Sätzen; auf der einen Seite mag die viel geringere Gewalt des französischen und burgundischen Königtums und dadurch die Zersplitterung in eine grössere Zahl von Herrschaften, die dann natürlich den mächtigsten Unterthanen selber nicht recht gewachsen waren, mitgespielt haben. Auf der anderen Seite mag man auch die zweifellos höhere französische Kultur, welche die Friedensstörung natürlich viel schwerer empfindet, und den Auf-

88) Bischof Gerhard von Cambray nach den gest. episc. Camer. III. 52 (S. S. VII S. 485).

89) Belege bei Kluckhohn S. 125 ff. (commune pacis, pezada, compensum).

90) S. S. rer. franc. XVIII S. 219: 6 denar.

91) Hier einiges Zutreffende bei Huberti, S. 245 ff.: besonders prägnant Cap. 79 § 2: ut inquiratur diligenter de faidosis hominibus, qui solent incongruas commotiones facere tam in dominicis diebus quamque et aliis solemnitatibus sicuti et in feriaticis diebus; vielleicht kommt in Betracht, dass bei Verletzungen in der Kirche die Kirche den fredus oder nach späterem (§ 16) bei fränkischem Wergeld den Königsbann neben dem König bezieht und noch das spätere katalonische Recht einen Anspruch der Kirche auf den fredus bei Delikten in der Gottesfriedenszeit hat (N. 43). Da der Königsbann auf Unterthaneneid beruht, so wird man eben wegen des an die Kirche fallenden Königsbanns auch dem Unterthaneneid eine kirchliche Richtung gegeben und das nicht bloss auf den besonders befriedeten Ort, sondern auf die besonders befriedete Zeit bezogen haben.

Digitized by Google

schwung des religiös-sittlichen Bewusstseins bedenken, der eben auch auf Frankreich, auf die Cluniacenser zurückgeht.

VI. Nur kurz soll der Ausgang der Friedensbewegung berührt werden: In Frankreich wendet sich seit Philipp August die königliche Gesetzgebung[92]) und Verwaltung gegen die Selbsthilfe. Zunächst knüpft man dabei noch — wie die Karolinger — an das einzelne Delikt an, gewährt den Verwandten den Schutz der Quarantaine — jetzt durch Königsrecht[93]). Es wird dann wohl zu gleicher Zeit den baillis geboten, von Amtswegen assecurationes vorzunehmen[94]). Ein generelles Einschreiten gegen einzelne Formen der Selbsthilfe aber lag im Verbote der nouvelle dissaisine, des gerichtlichen Zweikampfes, des Tourniers[95]). Das erste allgemeine Verbot der Fehde, das sich erhalten hat, stammt von Philipp dem Schönen[96]). Es ist aber wohl möglich, dass schon Ludwig IX. ein solches Verbot erliess[97]). Im 14. und 15. Jahrhundert sind dann zahlreiche Wiederholungen nötig gewesen.

In Deutschland aber wird seit dem Untergang der Hohenstaufen das föderalistische Element immer stärker. Seitdem handelt es sich bei den Landfrieden nicht mehr um die Kriminalisierung des Friedensbruches — die steht längs fest —, sondern um die Schaffung neuer Organe für die Durchführung der Strafe, da die bisherige öffentliche Gewalt sich dazu als unzureichend, namentlich zu parti-

---

92) Huberti S. 549 ff.; vgl. auch Kluckhohn S. 133 f.

93) Ord. I S. 56 ff. 1245. Beaumanoir 60 § 13. Es ist bestritten, ob dieser Satz auf Ludwig IX. zurückgeht und von Philipp III. wiederholt ist, oder ob er schon von Philipp August erlassen und von Ludwig IX. wiederholt ist. Der Wortlaut der Ordonnanz spricht für das Erstere.

94) Beaumanoir LX § 12 erwähnt diese Verordnung als geltendes Recht, aber in LX, c. 18 (N. 9) tritt noch eine entgegengesetzte Praxis hervor. Philipp III. arbeitet noch wesentlich mit der assecuratio (Langlois, Philippe III S. 201 ff.).

95) Das sehr einschneidende durch emende gedeckte Verbot der nouvelle dissaisine (vgl. N. 46), wie es in dem späteren französischen Recht hervortritt und zuerst bei Beaumanoir geschildert ist (Beaum. c. XXXII), geht wahrscheinlich auf Philipp III. zurück (Beugnot zu Beaumanoir I S. 466). Der gerichtliche Zweikampf ist zunächst für die kgl. Domaine durch Ludwig IX. abgeschafft (Et. S. Louis I c. 1 ff.). Gegen Tourniere ist Ludwig IX. und Philipp III. vorgegangen (Langlois, Philippe III S. 195 ff).

96) Ord. von 1303 (Ord. I S. 390 ff.).

97) Nicht nur der Erlass an die Einwohner von Puy en Velay von 1257 (Ord. I S. 84) spricht dafür; auch die Ordonnanz von 1303 (Ord. I S. 390) beruft sich auf ein Gesetz Ludwigs IX.

Digitized by Google

kulär erweist. Die Kontrahenten sind jetzt nicht mehr die Unterthanen selber, sondern die einzelnen Herren und Städte, die allerdings möglicherweise in ihrem Gebiet eine Vereidigung der Unterthanen durchführen. Besondere Friedensmannschaften, besondere Friedensgerichte, d. h. gemeinsame Gerichte der Kontrahenten für Friedensbruchsachen, allenfalls auch Kommissäre des Königs, werden aufgestellt[98]).

[98]) Das erste Friedensgericht ist das des rheinischen Landfriedens von 1254 (Weiland II. 428 § 4). Von da ab werden solche Gerichte häufig (Wyneken, Die Landfrieden in Deutschland von Rudolf von Habsburg bis Heinrich III. S. 21 ff., S. 66 ff., S. 77, S. 81). — Kein weltliches Friedensgericht ist das judicium pacis von Lüttich seinem Ursprung nach; später ist es allerdings zu einem solchen geworden. Nach dem Patron c. 3 (Recueil Liège I S. 272) gehört vor das Friedensgericht murdre, robe, dishéritanche: en laqueil murtres sont comprieses et enclouses arsiens fais sains werre et sains defianches, biestes spetées nuternament de fait celers arbes portant fruis stepers ou viergues stepées de fait céleis et cas semblans, triwes et quarantaines brisyes et paix brisye; mains de simple homecide on ne puet appeller. — So befasst das Gericht den Friedensbruch durch Tötung, Plünderung, Besitzentsetzung, dagegen nicht die Tötung ausserhalb des Friedens. Das Friedensgericht ist nicht das ordentliche höchste Gericht über die Grafschaften der Lütticher Kirche, sondern hier geht der Rekurs an das Palastgericht (anneal de palais): Patron c. 4 (a. a. O. S. 275 f.). Die von Wohlwill, Die Anfänge der landständischen Verfassung im Bistum Lüttich S 35 fd. und von Poullet, droit criminel de Liège (Mem. cour. Acad. 1879) S. 102 benützte positio pro iustificatione judicis pacis ist m. W. noch nicht gedruckt und mir nicht zugänglich. — Das judicium pacis, das in dieser Weise als ein Sondergericht gekennzeichnet ist, operiert mit Inquisition (Patron c. 3 a. E., c. 4 a. A. S. 274) und mit Zweikampf (Poullet a. a. O. S. 105), so dass einmal direkt von duellum sive judicium pacis (Willems, Jean de Klerk I. 200. 1349) die Rede ist. — Der Zweikampf, der also später für das Verfahren vor dem Friedensgericht charakteristisch wurde, ist nun nichts Ursprüngliches. Nach Gilles d'Orval III. 17 (S. S. XXV S. 94) ist derselbe und vielleicht auch die Verhängung von Todesstrafen unter Bischof Otbert erst eingeführt worden: Et quoniam primus fuit episcopus Obertus, ante cuius conspectum factum fuit duellum pacis nec parcebatur ... uti nobili sicut ignobili vindicta; quin decolaretur et proscriberetur, a matribus uxoribus, filiisve atque amicis victorum dictum est hoc vulgare. Hau episcopi Otberti, quam mala pax hic habetur. Otbert war seit 1091 Bischof, also lange nachdem der Lütticher Frieden (Wohlwill S. 36) zustande gekommen war. Man kann nun natürlich nicht wissen, ob die Nachricht des viel späteren Gilles d'Orval richtig ist, aber immerhin beweist sie, dass nach der Auffassung des 13. Jahrhunderts der Friede ursprünglich nichts mit Zweikampf, vielleicht auch nichts mit Todesstrafe zu thun hatte. In der That verhängt nun noch zu Ende des 12. Jahrhunderts der Bischof im Gericht der pax die Exkommunikation: C. R. H. 4 ser. t. I. S. 124. 1197. Der Bischof entscheidet den Streit zwischen der Kirche und einem Ritter: pacem eidem de cetero

Digitized by Google

Es ist nicht möglich, diese Erscheinung, die im Verlauf der Zeit sich immer stärker entwickelt und schliesslich zur dauernden Föderalisierung der Reichen führt, hier genauer zu verfolgen. Hier setzen eben die Elemente der späteren deutschen Verfassungsgeschichte ein.

§ 16. Die übrigen Kriminalverbrechen.

1. Der Landfriede, soweit er bisher betrachtet worden ist, schliesst die Gewaltthat unter Schwurgenossen aus. Allein noch ist nicht ermittelt, wie denn die schwereren Gewaltthätigkeitsdelikte unter den Königsbann kommen, der ja zuerst als Heerbann erscheint. Die Antwort lässt sich aber nicht bloss für die Gewaltthätigkeitsdelikte geben, sondern man muss auch die übrigen Delikte heranziehen. Weiter entsteht die zweite Frage, wie auch die übrigen schweren Vergehen allmählich mit Blutstrafe belegt, allmählich kriminalisiert wurden.

2. Zunächst kommt der Todschlag in Betracht. Die Land- und Gottesfrieden richten sich gegen jede Gewalt und damit natürlich auch die Tötung, selbst da, wo sie als Tötung in der Fehde erlaubt ist. Die unerlaubte Tötung aber wird von der Friedensbewegung in zwei Punkten nicht getroffen, nämlich da, wo der Friedenseid nur von den Ritterlichen geleistet, der Todschlag aber von einem Nichtritterlichen an einem Nichtritterlichen begangen wird, und da, wo umgekehrt die Ritterlichen ihren Standesgenossen keinen Friedenseid geleistet haben, wie dies in Frankreich und zuerst auch in Deutschland geschah. Hätte man für diese Punkte an das ältere karolingische Recht anknüpfen müssen, so wäre man nicht zur Todesstrafe gekommen; denn das karolingische Recht geht eben doch von der Komposition der Tötung aus[1]). Nun begegnet aber in den Quellen ganz allgemein die Todesstrafe für die

super hoc indiximus auctoritate dei et nostra, fructus medio tempore perceptos restitui per sententiam precepimus et omnes qui super dote ista de cetero in detrimentum ecclesie laborarent excommunicationis vinculo cum sederemus in iustitia pacis solempniter et publica innodavimus. — So befasst das Friedensgericht zunächst die geistliche Gerichtsbarkeit, die der Bischof über den weitgreifenden, auch Brabant (Wohlwill S. 36) umfassenden Gottesfriedensbund ausübt. Allein allmählich hat — offenbar weil der Bischof Inhaber so vieler Grafschaften war — das Gericht mit weltlichen Beweismitteln und weltlichen Strafen operiert und ist so zu einem rein weltlichen Gericht geworden. Sonst ragt kein besonderes öffentliches Friedensgericht in die ältere Zeit hinein.

[1]) Brunner II S. 631.

Digitized by Google

Tötung[2]). Beaumanoir, der die Fehde gestattet, unterwirft auch den Edelmann, der zuerst unbefugt getötet hat, der Kriminalstrafe[3]). — Ebenso wird zwar nicht selten, wie in fränkischer Zeit[4]), schwerer Diebstahl nur dann mit dem Tode gestraft, wenn er handhaft ist, und sonst gegen ihn lediglich mit dem Königsbann eingeschritten[5]). Überwiegend steht aber doch auf jedem schweren Diebstahl der Tod[6]). —

[2]) Z. B. Warnkönig I. 13 § 1. 1178: primo qui hominem occiderit, caput pro capite dabit (für ganz Flandern). Miräus III S. 352. 1187: Si igitur in Villa Hasprensi, vel infra allodium Villae, vel in toto Comitatu Comitis Haynoniensis ab homine Hasprensi hominem affolari contingerit, qui hoc fecerit membrum pro membro perdet. Si autem occidi; qui occiderit, et ipse occidetur.

[3]) Beaumanoir LIX § 7: car se uns gentix hons tue ou mehaigne un autre gentil home, sans guerre, qui fust aouverte entr' eus, et li lignages d'une partie et d'autre voelent torner le fet en guerre, sans traire à justice, por ce ne doit pas le justice laissier qu'ele ne face tout son pooir de penre les malfeteurs et de justicier selonc le meffet.

[4]) Brunner II S. 642.

[5]) Warnkönig II. 45 § 28 Franc von Brügge: de furibus. Qui aliquem ceperit pro fure, et jurare possit, se septimo, ita ut illorum sex haereditas scabinis satis cognita sit, quod illum utpote furem cum provenza ceperit, fur suspendetur. Dum veritas accipitur de furibus, qui protractus fuerit (der gerügte Dieb im Gegensatz zu dem auf handhafter That betroffenen) dabit illi, cui suum abstulit, aestimationem rerum suarum ablatarum et comiti et castellano tres libras. II. 232 § 19 Ecloo und Caprike (im franc inklaviert): qui rapinam fecerit, ipsi cui rapina facta fuerit, reddet rapinam cum duplicio et tres libras et tres libras Domino. v. d. Bergh II. 747 § 72: Om neghen scellinghen men eenen dief mach hanghen metter verscher daet. Thierry recueil I S. 22. 1092 Amiens: si autem de furto legitime convictus fuerit, pecuniam quam furatus est clamatori restituat, et libras III tantum vicecomiti. — Eine noch weiter gehende Abschwächung ist es, wenn in der Kommunalcharte von Dijon § 24 (Garnier, chartes de commune de Bourgogne I. 5) auch der auf handhafter That betroffene Dieb nur 65 sol. zahlen muss. — Im französischen Süden scheint die Todesstrafe für Diebstahl, die ja dem römischen Recht nicht entspricht, nicht überall durchgedrungen zu sein (Giraud II S. 195 c. 22 Arles; S. Victor II. 899 III ff.; Ménard Nîmes I n. 26; Barckhausen, Bordeaux S. 32 n. 17.). Ein sehr früher Beleg des Königsbanns wegen Diebstahls ist Trémault Marmoutier S. 53. 1066—1075: ein Müller wird wegen Korndiebstahls beklagt und der Richter fecit emendare furtum III libras denariorum.

[6]) Am frühesten tritt die allgemeine Kriminalität des Diebstahls auch ohne handhafte That in der interessanten Erzählung des Dudo II c. 31, c. 32 (Lair) hervor, die wenigstens für die Zeit des Dudo, also für den Anfang des 11. Jahrhunderts, zu verwenden ist: denique in terra suae ditionis bannum (id est interdictum), misit, quod est prohibitio, ut nullus fur vel latro esset, neque quis assensum malae voluntatis ei praeberet. Ein Dieb an der eigenen Sache wird

Digitized by Google

Weiter ist die Notzucht und Frauenraub — beides zusammen als raptus bezeichnet — ein todeswürdiges Verbrechen[7]). — Das Gleiche gilt allerdings mit Einschränkung für die Brandstiftung[8]).

3. Der Diebstahl[9]), der vom Raub durchaus nicht scharf geschieden war, Notzucht und Entführung, Brandstiftung[10]) stehen nun sämtlich unter den Bannfällen des karolingischen Rechts; die Delikte gehen nach der karolingischen Auffassung gegen den Frieden, und auch die ältesten deutschen Nachrichten über den Frieden sprechen vom Einschreiten gegen die Räuber[11]).

Das Gleiche ergiebt sich aber auch für die Tötung. Der fredus von 66⅔ sol., der nach fränkischem Recht zu zahlen war, ist dem Betrag nach wenig verschieden von dem Königsbann, besonders wenn man den kleinen Bann von 5 oder 7½, wie so oft in den späteren Quellen, dazu rechnet. In der That tritt einmal der fredus

---

nun durch amtliche Inquisition ermittelt und gehängt. Nachher z. B. pax v. Valenciennes (S. S. XXI S. 607): Si aliquis extraneus a pace per furtum receperit rem valentem precise 5 solidos; si convincatur per duos testes pacis abscidetur sibi auricula aut consignabitur in maxilla ferro candenti. Si vero ultra 5 solidos valuerit et convictus fuerit, suspendetur. — Waesland § 22 (Warnkönig II. 220): Si quis homicidium, vel incendium vel furtum ultra quinque solidos perpetraverit, vel aliquem depraedaverit, vel mulierem opresserit violenter, vel treugas infregerit et super hoc per scabinos convictus fuerit, de corpore et omni possessione sit in potestate comitis. — Vierämter § 50 (Warnkönig II. 222): Qui furtum commiserit, in potestate comitis et castellani erit, de corpore et de omni possessione sua. — Beaumanoir 30 § 10 § 80 (heimlicher Felddiebstahl in der Nacht wird als larrecin bezeichnet). Et. S. Louis I. 33: Tötung bei Raub grosser Tiere. — Sw. sp. II, 13 § 1: den dief sal man hengen; geschiet aver in me dorpe des dages en düve, die min den drier schilllinge wert is, dat mut die burmeister wol richten des selven dages to hut unde to hare. — Bayer. Landr. c. 35, c. 36, c. 37. — Die östlichen Quellen unterscheiden dabei noch manchmal zwischen Dieb und Räuber (z. B. Rupprecht II. 31), während in Frankreich larrecin gewöhnlich auch den Diebstahl bedeutet.

7) z. B. Waesland § 22 (Warnkönig II. 220); Vierämter § 49 (Warnkönig II. 222); Warnkönig II. 232 § 26. II. 235 § 20. Beaumanoir 30 § 2, § 7. Et. S. Louis I. 27. v. d. Bergh II. 40 § 18 (erste seeländische Keure). S. sp. III. 1. Bayer. Landfriede v. 1244 § 52 (M. Wittelsb. V. 36). Augsburg. Stadtr. v. 1276 a. 31.

8) Const. contra incendiarios v. 1186 (Weiland I. 318); Warnkönig II. 190 § 23. II. 160 § 11: Nachtbrand. Beaumanoir 30 § 9. Seibertz II. 719 § 30 (Soester Schrae).

9) § 16 N. 79.

10) Brunner II S. 41.

11) § 16 N. 31.

Digitized by Google

des Wergelds in der Höhe von 60 sol. auf[12]), und es ist bekannt, dass bereits in den karolingischen Quellen fredus und bannus als gleichbedeutend vorkommen[13]). Nur da ist natürlich von einer Gleichstellung des fredus und des bannus die Rede, wo das fränkische Wergeld von 200 solidi zu Grunde gelegt wird, wie schliesslich fast in allen Gebieten der fränkischen Monarchie. Wo dagegen, wie im katalonischen Recht, der viel niedere Wergeldsansatz des gotischen Rechts beibehalten wird, da ist freilich das öffentliche Drittelsrecht an der Komposition vom Königsbann fortdauernd zu unterscheiden, welch letzterer aus dem fränkischen Recht als selbständige Deliktsfolge herüberkam und neben dieses Drittelsrecht tritt[14]). — Die Gleichsetzung des fredus, zunächst dessen, der vom Wergeld erhoben wird, und des bannus macht sich aber auch in einer anderen Beziehung geltend. Überall reden die späteren Quellen auch der altfränkischen Gebiete von einem Wergeld von 200 sol. oder 600 sol., das im vollen Betrag der Familie des Verletzten zufällt[15]); kein Abzug wird davon zu Gunsten des Fiskus gemacht. Was noch in der l. Ribuariorum[16]) hervortritt, dass der Wergeldempfänger einen Teil an den iudex fiscalis abführt, davon ist keine Rede mehr. Gerade die l. Ribu-

---

12) L. Chamav. c. 47.

13) Sohm R. u. G. V. I. S. 111 ff.: es gehört wohl auch hierher Tardif 250: der König schenkt bannum hominis vulnerati et interfecti. Es gehört weiter hierher, wenn die Fälschung in cap. 176 von banni episcopales redet, während im gleichen Fall das cap. 139 § 2 noch von fredus, der an den Bischof fällt, spricht.

14) Usatici c. 102: de omnibus hominibus, exceptis militibus, scilicet et burgensibus, et de bajulis atque rusticis constituerunt sepedicti principes, habere de esmenda tertiam partem seniores eorum, in quorum honore steterint, quando interfecti fuerint, vel quando aliquod malum, vel contumeliam in corpore, vel in honore, sive in avere prendiderint. Dann die katalonischen Landfrieden in § 15 N. 43 und das dort Bemerkte; das Wergeld des miles beträgt nach den usatici ungefähr 150 solidi (oben § 3 N. 88), also 1/4 vom späteren Wergeld der Franci, das des rusticus beträgt etwa 75 (Usatici c. 13) solidi.

15) Vgl. § 30 N. 71 fd., 103, so besonders deutlich Vierämter § 40 (Warnkönig II. 222): Si quis homicidium perpetraverit et super hoc convictus fuerit, in potestate comitis et castellani erit de corpore et de omni possessione sua. Consanguinei illius, qui causa homicidii bannitus est, reconcilientur consanguineis hominis occisi cum decem libris. Roisin Lille S. 106 c. 2: Das halbe Wergeld wegen affolatio fällt ganz an den Verletzten; deshalb kann auch von dem ganzen Wergeld in c. 3 kein Abzug gemacht sein.

16) tit. 89.

Digitized by Google

ariorum lässt nun aber auch die Wurzeln der späteren Entwickelung erkennen. Es muss die verbotene Praxis bestanden haben, den fredus selbständig, ohne Rücksicht auf die Komposition einzuheben Das Chamaven-Recht geht offenbar von dieser Form aus und ebenso die ostrheinischen Volksrechte[17]). — Es mag nun bei solch selbständiger Einhebung des fredus zunächst doch nur der ursprüngliche Kompositionsbetrag an den Verletzten abgeführt worden sein[18]); allein nach dem späteren Recht, das ganz allgemein — von den Goten und Friesen abgesehen — der verletzten Familie ein Wergeld von 200 sol. gewährt, muss auch eine entgegengesetzte Praxis bestanden haben, die dem Kläger das volle Wergeld belässt, das er ja schon ursprünglich formell empfing, und den Teil des Fiskus direkt beim Missethäter eintrieb — eine Übung, die eine Straferhöhung um den Betrag des Königsbanns in sich schliesst. Dem Wortlaute der l. Chamavorum nach scheint es eher, dass dieses Gesetz bereits den letzteren Weg eingeschlagen hat[19]). So wird hier der fredus zu einem selbständigen Betrag, auch in der Erhebungsform von dem Heerbann gar nicht unterschieden. In der That sind in einer Urkunde des 10. Jahrhunderts homicidium, raptus, incendium als Bannfälle aufgezählt[20]).

Auf diese Weise stehen von selbst alle Delikte, die mit Wergeld belegt sind, unter Königsbann, und es ist nun voll erklärlich, warum in den Bannfällen, die offenbar die Neuerungen und nicht das Selbstverständliche zusammenfassen, gerade nur von Notzucht,

---

17) L. Thuring. c. 40 mit c. 2: l. Alam. 5. 2. 3.

18) Diese Berechnung hält noch das Cap. 39 § 7 fest; sie findet sich dann natürlich noch in den Usatici c. 102, wo von der emenda der burgenses und rustici 1/3 an die seniores fällt.

19) L. Chamav. c. 47 hat doch eine Zahlung von 200 sol. und daneben von 60 sol.; c. 6 kann in dem einen oder anderen Sinne verstanden werden. Wahrscheinlich gehört auch Cap. 192 c. 15 (829) hierher: der Centenar zahlt seine lex und den fredus; die lex aber ist wohl die gesamte Komposition.

20) Morice I col. 351—990: Si aliquis de his habitantibus infra istas villas homicidium fecerit aut effusionem sanguinis aut latrocinium aut praeterierit hostem aut equitatum, sit bannum Principis Michaëlis et monachorum suorum. Sed si aliquis deforis homicidium fecerit super habitantes aut ipsi super alios, sit Comiti bannum, aut raptum aut incendium aut inventam fortunam aut silvaticas bestias captus, aut si sit celatum sit Comiti bannum.

Digitized by Google

Brandstiftung, später Diebstahl die Rede ist, Delikten, die in den Volksrechten ja viel geringer gestraft wurden. Deshalb verschwindet der Name fredus in der nachfränkischen Zeit fast ganz und wird unverständlich[21]), nachdem einmal die besondere Form der Erhebung beim Wergeldempfänger weggefallen ist; denn ein fredus von den geringeren Kompositionen ist durch die Unterstellung der mittleren und schwereren Delikte — Diebstahl, Notzucht, Brandstiftung, Gewaltthat — unter das Wergeld in Wegfall gekommen[22]).

Die Voraussetzung der ganzen bisherigen Ausführung ist freilich, dass diejenigen Delikte, für welche später ein Königsbann an die öffentliche Gewalt zu zahlen ist, gleichzeitig zu einem Wergeld an den Verletzten verpflichtet. Das lässt sich nun in der That aus den jüngern fränkischen Quellen nachweisen[23]).

4. So verpflichten die schwereren Delikte dem Verletzten

---

21) Ich habe ihn in den Quellen — von nachgeschleppten Immunitätsformeln abgesehen — höchst selten getroffen: in M. B. XXVIII b. S. 85 (ea namque lege quo per unumquemque posthac annum V. denarios det in fredum ad servitium fratrum) und Würtemb. U. B. V. S. 392 (.. Cella: dantur pro fretra CLXX maltra avene etc.) fassen die Urkundenschreiber den ihnen aus den Immunitätsurkunden bekannten fredus als Steuer.

22) Vgl. Brunner II S. 39 n. 33, der zuerst auf die Erscheinung aufmerksam gemacht hat, wenn auch seine Erklärung nicht ganz auf die im Text gegebene hinauskommt.

23) Cap. 7 § 4, das bereits die Todesstrafe auf raptus legt, setzt mindestens die Komponierung mit Wergeld als die Strafe des bisherigen Rechts voraus und diese begegnet in der That im jüngeren fränkischen Recht (l. Ribuar. u. l. Thuring.): Brunner II S. 668 N. 23, 24. Ebenso hat bereits der Landfrieden des Chlotar und Childebert die Bestrafung des Diebstahls mit Wergeld an den Verletzten (cap. 3 § 1), und das ribuarische Recht, das aus der l. Salica die zahlreichen Ansätze über Diebstahl nicht übernommen hat, steht auf dem Standpunkt, dass bei allen schwereren Diebstählen mit Wergeld komponiert werden muss, während bei handhaftem Diebstahl die Todesstrafe verhängt wird (so meine Entstehung der l. Ribuar. S. 116 fd.). Die von Brunner II S. 643 N. 42 beigebrachten Stellen beweisen nicht mehr und sollen wohl auch nicht mehr beweisen, als dass der nicht handhafte Diebstahl komponiert werden kann. Über die Höhe der Komposition sagen sie nichts. — Aus l. Ribuar. t. 17, wo der Nachtbrand unter dreifachem Wergeld steht, darf wohl gefolgert werden, dass der Tagbrand mit einfachem Wergeld bestraft wurde; eine Tötung durch Brand (so Brunner II S. 656) ist in der l. Ribuar. nicht gemeint, sondern dass jemand bei Nacht „einen Menschen brennt", ihm das Haus über dem Kopf anzündet (Mordbrand). — Die l. Chamavor. vertritt, wie auch sonst, noch die ältere mildere Bestrafung.

Digitized by Google

gegenüber zu Wergeld; der fredus dieses Wergelds aber ist abgelöst und selbständig erhoben worden und darum mit dem Königsbann, dem Heerbann, verschmolzen. Deshalb entsteht die Vorstellung, dass der Unterthaneneid, durch den ursprünglich der Heerbann gedeckt wird, ebenso zur Unterlassung der schwereren Delikte verpflichtet, wegen deren eine dem Heerbann entsprechende öffentliche Strafe erhoben wird[24]). — Durch eine weitere Entwickelung, die der Gottes- und Landfrieden herbeiführte, ist der Bruch dieser Fidelitas durch Gewaltthat zum Kriminaldelikt erhoben worden. Es lag aber nahe, dass man dann auch die übrigen unter Königsbann stehenden Delikte dieser Kriminalisierung unterwarf; das gilt um so mehr, als das Verfahren zur Erhebung des Königsbanns, wie bald zu ersehen, durchweg dasselbe war.

Die Ausdehnung ist natürlich nicht überall gleichmässig eingetreten und es hat namentlich eines besonderen Reichsgesetzes bedurft, um die Kriminalität des Tagbrandes durchzuführen. Anderseits sind die Forstfrevel, auf denen ja ebenfalls Königsbann steht, vielfach zu Kriminalverbrechen geworden[25]). Auch haben die Quellen empfunden, dass die Kriminaldelikte, die man in solcher Weise schuf, doch keine eigentlichen Friedensbrüche waren[26]). Allein den Ausgangspunkt für die fortschreitende Kriminalisierung bildet doch stets der Landfrieden.

---

[24]) Die bekannte Aufzählung der Pflichten aus der Fidelitas in Cap. 33 §§ 3—9 geht noch von der Vorstellung aus, dass der Unterthaneneid zu der Befolgung der königlichen Gebote verpflichtet, des Aufgebots und dessen, was sich daran allmählich angeschlossen. — Dagegen im 9. Jahrhundert verpflichtet die Fidelitas bereits allgemein zur Wahrung der pax, auch zur Unterlassung von Räuberei (§ 15 N. 77 fd.).

[25]) So Rupprecht II. 41, wo sie in charakteristischer Weise mit Handverlust gestraft werden. Dann die normannischen Verhältnisse, die man freilich nur aus der angeblichen charta de forestis des Knut, also aus englisch-normannischem Recht ermitteln kann. (Über charta de forestis Stubbs constitutional history I S. 200 N. 1.)

[26]) Vgl. meine Ausführungen in Ztschr. f. Geschichtsw. N. F. I. 218 ff., w Belege.

Digitized by Google

§ 17. Die Ächtung und Konfiskation[1]).

I. Königsbann und Todesstrafe sind bereits vollkommen differenzierte Strafen. Das ursprünglichste und das allgemeinste Straf- und gleichzeitig Vollstreckungsmittel aber bildet die Friedlosigkeit (Acht, Vervestung, Bann). Todesstrafe und Wedde haben sich von dieser primitivsten Strafform in der hier besprochenen Zeit längst abgelöst. Aber da, wo jene positiveren Strafen versagen, steht auch jetzt die Friedlosigkeit im Hintergrund, und dazu beruht auf ihr noch immer die verfassungsrechtlich so überaus wichtige Wirkung der Todesstrafe auf das Vermögen.

II. Bann, Acht, Vervestung, Friedlosigkeit tritt noch in der nachfränkischen Zeit nicht nur wegen schwerer Verbrechen ein, sondern geradeso wegen kleinerer Delikte, in denen Geldstrafen verfallen, und wegen der Nichterfüllung vermögensrechtlicher, besonders aber obligatorischer Ansprüche[2]).

---

1) Vor allem Brunner, Forschungen S. 444 fd.; einiges bei Bennecke, Zur Geschichte des deutschen Strafprozesses S. 42 fd. Meine Darstellung beschränkt sich auf die Verwertung der Quellen des fränkischen Reichs. Ein vollkommen abgeschlossenes Bild kann sich aber freilich erst durch Hereinziehung der übrigen, namentlich der nordischen Quellen ergeben.

2) Fränkisches Gebiet: Recht der Vierämter (Warnkönig II. 222 § 24—29: § 24 Verbannung wegen schwerer Delikte, § 25 Verbannung wegen minores causae, § 27 Verbannung super debito pecuniae. — Warnkönig II. 232 § 3, § 4. — Warnkönig II. 40 § 45 (franc von Brügge) der bannitus in praetorio kann den Bann mit 4 sol. lösen; § 5 der bannitus ad lapidem kann nur mehr durch die Verwandten gelöst werden. § 11: Jeder bannitus bedarf, um im Gericht als Partei auftreten zu können, des conductus. — Warnkönig I. 13. § 6. 1178 Gesetz für ganz Flandern: item qui bannitum de pecunia receptaverit eadem lege de pecunia tenebitur, qua bannitus; et si fuerit capite bannitus, qui receptatus est, tunc receptans tenebitur de forisfacto LX lib. — Warnkönig II. 65 § 23, § 25 ebenso für Brügge 1304. — v. d. Bergh II. 747 § 61 die grave of siin burchgrave of siin baeliu moghen alle weghen in riden met III ghezwoorne om ghesommeerde scout voer die ghezwoorne ende die si kennen met haren brieven ende si sullen in riden om haer beriit dier ambochts heeren bote, die si niet en moghen panden met scepenen. — Jostice et Plet III. 6: es wird die Frage aufgeworfen, wann forbanissement zu verhängen ist; zweifellos ist die Antwort bei schweren Delikten (§ 5); geleugnet wird das forbanissement bei den geringeren Delikten, auf denen dann nur Königsbann steht (§ 4); bei Schulden ist nach der loi (römisches Recht) die Verbannung ausgeschlossen, nach der Coutume muss aber der Zahlungsunfähige nach Ablauf der quarantaine die Stadt verschworen; d. h. er wird verbannt (§ 2). Hier ist das Verblassen der forbanitio ausserhalb der Kriminaldelikte deutlich zu verfolgen. — Pierre

Digitized by Google

In Schuldsachen und bei Geldstrafen ist dann freilich die Friedlosigkeit durch die Ausbildung einer besonderen Vermögensexekution verdrängt worden; es wird die Friedlosigkeit allenfalls nur mehr da gebraucht, wo die Exekution unmöglich geworden ist[3]).

XVII § 8 unterscheidet banitio wegen vilain cas u. (N. 19) anderer nicht krimineller Fälle. — In Lyon versuchte der französische Richter eine banitio auch in anderen als Kriminalsachen durchzuführen; es wird das aber abgelehnt, weil er im Widerspruch mit dem besonderen Recht von Lyon steht (Guigue cart. municipal de la ville de Lyon S. 109. 1277 S. 61. 1319). — In Lüttich tritt besonders stark auch in Vermögensstreitigkeiten das Comander sur honneur durch das Gericht hervor; honneur aber ist die Zugehörigkeit zum Rechtsverband; der die honeur verloren hat, ist friedlos (Paweilhars c. 8, c. 26, c. 119; c. 121; c. 192; c. 206; c. 241; c. 252; Patron c. 4 (recueil de Liège I) S. 275; c. 7. (S. 297 S. 298); Paix de Tongres v. 1403 § 30 § 31. (recueil de Liège II S. 99 fd.). — v. d. Bergh I. 412 (S. 221. Sp. 1): nach dem Recht von Harlem verfällt der auswärtige Schuldner eines Privaten, der auf dreimalige Ladung nicht erscheint, dem Bann, nec unquam a banno absolvetur, donec solverit mihi (dem Grafen) tres libras.

Sachsen: Oelrichs Bremen S. 113 LXXX so wan en unse burghere binnen dhesser stat vredhelos gheleget wert umbe enen broke, sines godes dhes ne scal sic dhe koninclike wolt nicht unterwinden, wante he dhen broke darmede hevet vuldan, dat he is vredhelos gheleget. — Seibertz II. 719 § 59; 540 § 70 Recht von Rüden 1310: were dat also, dat we wen wolde vredelos legghen umme lovede efthe umme scult effte umme wat sake dat et were, de eyme an syn lif nycht en ghyne — dann dreimal beschreien in dem Recht; ist der Beklagte auch im dritten Termin nicht da, so legt ihn der Richter friedlos. Hierher wohl auch die Soester Schrae (Seibertz II. 719) § 59: wer vredeloys ys, wen bei deme cleghere vul duyt so sal hey deme Rayde burgen setten vor sestich Schilling vor des landes hulde. — Hildesheimer U. B. I. 548 § 55. Dadurch, dass der Gläubiger den Schuldner, der kein Haus hat, beschreit, kann er ihn in die Verfestung bringen. — Hierher gehört dann auch die Overhöre des Goslarer Rechts (genaueres bei Planck G. V. II S. 275 fd.).

Bayern: Passauer Recht v. 1225 (Gengler, Deutsche Stadtrechte S. 348) § 33. quicumque rei alicuius debitor est alteri et debitum reddere contradicit, si super hoc citatus legitime comparere noluerit in iudicio, judex de rebus debitoris illius reddet idem debitum creditori. Sed si forsitan debitor ille res non habet ei civitas interdicetur a judice et quicumque tunc interdictum illum colligere seu servare presumpserit, debitum solvere pro ipso tenetur. Sed et si quis postea interdictum eundem offenderit in persona vel rebus pacem civitatis per hoc violabit nullo modo, nec alicui super hoc nullatenus respondebit. —

Alamannien und Burgund: Handveste von Freiburg im Üchtland. § 19. § 49 (Gaupp): ein Fremder, der seine Schulden nicht zahlen kann, oder einen Bürger beleidigt, wird vom Richter verboten, darf nicht gehört werden. Sw. sp. 107 lehnt die Ächtung wegen Gut ab (muss sie also doch kennen), beschränkt sie auf Kriminaldelikte.

3) Einiges N. 2; dann der metebann des ostsächsischen Stadtrechts: Planck II S. 250.

Digitized by Google

Aber immerhin weist noch eine breite Masse von Rechtsquellen die ursprüngliche Struktur auf.

III. Die Friedlosigkeit enthält zunächst ein Verkehrsverbot[4]), das in Anwendung auf die Speisung als Metebann bezeichnet wird[5]).

In den fränkischen Quellen, die zufällig nur von der Beherbergung solcher Friedloser berichten, die durch die That friedlos oder durch die Grafen gebannt wurden, steht auf der Beherbergung 15 sol.; in einer fränkischen und überall in den nachfränkischen Quellen droht entweder der Königsbann, bei Hausung von Kriminalverbrechern aber sehr allgemein die Kriminalstrafen selber[6]). Dieses Verkehrs-

[4]) Für Kriminaldelikte ist eine breitere Beweisführung unnötig: z. B. Sw. sp. III. 23; Weiland II. 69. Warnkönig I. 13 § 6 (ob. N. 2). Beaumanoir 34 § 32 — car qui fait ayde au banni du segneur ne se recete, il quiet en l'amende du segneur a se volonté. — Verbot der Beherbergung derer, die in Schuldsachen verbannt sind: Warnkönig I. 13 § 6 1178 (ob. N. 2); Warnkönig II. 65 § 25 voort so wie die balling van peninkboeten wetende en willende entfanghet in sine heerberge ende dermede bevonden wordt binnen siere herberghe metten here ende met scepen sal syn ghehouden van alsulker boete alse die balling ghebannen sal syn. Warnkönig II. 234. (S. 224) arg.: ende so wie eenen ghebannen over en groet mesdoen of cleene na dat hi bereden es, in sine herberge ontfanct. v. d. Bergh I. 590. (S. 311 zweite Spalte) 1254 Middelburg: so wat manne te Middelburghe te banne word ghedaen omme gheseckerte schoud of omme roef, wie sone hust of hoft of houd bin sinen ambochte — he sal boeten den here X M., der port 1 M ende ghelden des banlinghs schuld etc. Oelrichs S. 40 VIII. Ganz abgeschwächt im Münchener Stadtrecht c. 266.

[5]) cap. 62 § 11: für späteres Planck II S. 250; Brunner Forsch. S. 453.

[6]) L. Sal. t. 55 § 2: I. cap. zu l. Salica § 2: beidemal bei sehr schweren Delikten 15 sol.; cap. 62 § 11 der Mezebann ist allgemein durch 15 sol. gedeckt; später steht auf Beherbergung des Ächters Königsbann: cap. 26 § 24 z. B. Recht des Waeslands § 28 (Warnkönig II. 220). Im Recht der Vierämter ist von 5 ℔ geredet (Warnkönig II. 222 § 29); ist das nicht ein Textfehler. — Noch häufiger ist Verwirkung von Leib und Vermögen, so dass der Wirt in gratia des Hochgerichtsherrn ist: très anc. cout. Norm. 37 § 3 auf Beherbergung des Ächters mindestens Verlust der Mobilien, vielleicht aber Lebensstrafe; Beaumanoir 30 § 36 wer einen banni sor le host (der Verbannte ist unter Androhung des Galgens, wenn er zurückkommt) beherbergt, der ist a la volonté du signeur; v. d. Bergh II. 40 § 41 auf Beherbergung des Ächters gratia comitis. Da die Strafe von 60 ℔ auch eine Form der arbiträren misericordia ist, so gehört auch Warnkönig I. 13 § 6 hierher. Wenn dann das deutsche Reichsrecht auf die Beherbergung des verkündeten Ächters die Strafe setzt, welche den Ächter selber trifft, so sagt auch das nichts anderes, als dass wegen Hausung eines kriminellen Ächters Kriminalstrafe eintreten soll (Weiland II. 69).

Digitized by Google

verbot beginnt bei Kriminaldelikten — ähnlich wie im nordischen Recht — wohl schon bevor der Verbrecher verurteilt ist, allenfalls nachdem die That durch Klage bekannt wurde[7]). Andermals genügt nicht einmal die gerichtliche Verhängung der Acht, sondern sie muss auch noch besonders und ausdrücklich verkündigt werden: jedenfalls findet aber eine solche Verkündigung allgemein statt, um die Einrede abzuschneiden, dass man von der Friedlosigkeit nichts weiss[8]).

IV. Die eingetretene Friedlosigkeit mindert in einem nicht überall gleichen Masse den Rechtsschutz. Darin stimmen alle Rechte überein, dass der Ächter gefangen genommen werden kann wie einer, der auf handhafter That betroffen ist, und dass er als Gefangener die prozessuale Reinigung verliert; selbst nach den Rechten, die ihn am besten stellen, muss er sich einen Überführungsbeweis gefallen lassen[9]). Dagegen gehen die Quellen in der Auffassung der sonstigen Stellung des Ächters weit auseinander. Nach den einen fehlte ihm seit der Ächtung jede Rechtspersönlichkeit, er entbehrt des Reinigungsrechtes vollkommen, und kann sich dasselbe auch nicht dadurch bewahren, dass er sich freiwillig nach den Grundsätzen des Bezichtverfahrens dem Gerichte zur Reinigung stellt. Der Gebannte kann busslos erschlagen werden[10]).

---

7) So v. d. Bergh II. 40 § 9, § 19; II. 747 § 67.

8) Verkündigung (denunciatio) der Acht verlangt das Reichsweistum v. 1219 (Weiland II. 69); dann z. B. Recht von Efferding (M. B. XXIX b. 15) 1222: ut omnes advenientes accipiantur atque serventur ibidem preter eos tantum qui manifeste furtum secum afferunt seu rapinam neque ibi eiciendus aliquis est proscriptus nisi interdicatur ibi primitus vel ipsius proscriptio publice nuncietur. — Wenn nun nach Grand. cout. Norm. 22 § 13 dem forisbannitus, der ein Haus hat, dasselbe verbrannt, dagegen zum Ersatz gegen den Hauslosen mit der öffentlichen Verkündigung der damnatio vorgegangen wird, so liegt offenbar auch im letzten ein Hausungsverbot.

9) Das Günstigere hat S. sp. u. einige ostfälische Rechte. Andere Rechte der gleichen Gruppe unterwerfen den ergriffenen Ächter ohne weiteres dem Tod: die Belege bei Planck II S. 301, dann z. B. Passauer Recht v. 1221 § 25 fur si fuerit pro furto proscriptus atque deprehensus suspendetur similiter (Gengler S. 347).

10) v. d. Bergh II. 747 § 85 elc man mach komen tot sinen rechte sonder die in den diebsbrief es, eer hi ghewoest ballinc es ghemaect bi brande. Beaumanoir 59 § 5 unterwirft den banni sor le hart (Kriminalverbrecher) einem aussergerichtlichen Tötungsrecht, schränkt dasselbe aber jetzt ein; er soll in dem Fall, von dem gehandelt wird — Tötung eines Nichtritterlichen durch den Nichtritterlichen — nur dem Verwandten zu-

Digitized by Google

Nach einer anderen Nachricht verliert er das Recht nur durch die vom König ausgesprochene Acht; die Friedloslegung des untern Gerichts berührt das Recht des Verurteilten nicht. Stellt er sich dem Gerichte ungefangen, so kann er sich jederzeit reinigen: Angriffe auf seine Person müssen komponiert werden[11]).

V. 1. Die negativen Wirkungen der Friedlosigkeit erschöpfen dieselbe nicht, sondern es kommt noch ein positiver Angriff der öffentlichen Gewalt auf Person und Vermögen des Friedlosen hinzu. Besonders deutlich ist dieser Angriff in der öffentlichen Bereitung zu verfolgen, die das niederdeutsche Recht kennt[12]). Es handelt sich um einen vom Grafen oder dessen Unterbeamten geführten Zug, dem die Unterthanen beiwohnen müssen[13]). Im

---

stehen. Das Fehderecht, das sonst dem Bauern verloren gegangen ist, hat sich erhalten, gegen den banni sor le hart. Warnkönig II. 160 § 61 qui bannitum fugat vel interficit cum armis defensis nisi cum canipulo vel torcoisa liber erit a forisfacto. Warnkönig I. 12 § 5 si quis occidit aliquem bannitum, in hoc nullum facit forisfactum. Warnkönig II. 65 § 21 voort so wie ghebannen wordt van boeten von zeztich lib., so waer of dat si, sal syn wettelos. Passauer Recht v. 1225 § 25 (N. 9) fährt fort: et qui semel proscribetur pro furto deinceps nunquam pro qualicunque causa in judicio standi personam habebit. — In den meisten Quellen sind diese Rechtsfolgen nur gegen Kriminalverbrecher gedroht; allein v. d. Bergh II. 747 § 85 redet allgemeiner und damit stimmt es, dass (Warnkönig II. 45 § 11) jeder bannitus, der im Gericht irgend einen Prozess führen will, des conductus, also einer Begnadigung bedarf. — Ganz eigenartig ist das friesische Rudolfsbuch § 6 (Richthofen S. 426). Dasselbe verhängt gegen den Hausbesitzer Hausbruch, wenn er einer Ladung nicht folgt; ist der Ungehorsame hauslos, so legt der Richter (greetmann) im Vollgericht (liodwerf) friedlos und nun ist der friedlos Gelegte und sein Vermögen busslos; er behält aber sein Vermögen noch ein Jahr. Nach Ablauf eines Jahres wird es zur königlichen Were eingezogen. — Dass der Friedlose der Reinigung beraubt ist, sagt auch der bayerische Landfriede v. 1244 § 1. (Q. E. V. 36) violator exlex judicetur, ut sententia nec expurgatio eius deinceps super aliquo admittatur.

11) Diesen Satz stellt S. sp. I. 38 mit III. 63 § 3 auf. In den Sw. sp. ist die entscheidende Stelle, dass die blosse Vervestung zwar dem in der Verfestung ergriffenen Mann das Leben kosten kann, dass sie ihm aber nicht das Recht nimmt (III. 63 § 2), nicht übergegangen. Über die Stellung des Vervesteten nach Sachsenrecht vor allem Planck G. V. II S. 204 fd. S. 300 fd.

12) Bereitung im flandrischen Recht z. B. Warnkönig II. 5 § 7; v. d. Bergh II. 40 § 67, 747 § 85; Westerlauwerisches Schulzenrecht § 22 (Richthofen S. 390) so moet hi deir rida ende ban leda.

13) v. d. Bergh II 40 § 42 omnes infra choram manentes cum comite vel ejus castellano ibunt pro bannitis subigendis si ad hoc moniti fuerint. Das Aufgebot der Allgemeinheit tritt auch sonst in ähnlicher Weise hervor. La-

Digitized by Google

friesischen Recht ist bei diesem wie bei allen Auszügen des Volkes der Anführer durch den Hut ausgezeichnet[14]).

2. Der Zugriff wendet sich gegen die Person des Ächters[15]). Ist ein Kriminalverbrecher gefangen, so erleidet er den Tod[16]), nach mehreren Quellen freilich nur dann, wenn die gegnerische Partei ihn gefangen vorführt, d. h. als Gegenpartei die definitive Verurteilung formell beantragt. Ist die Verbannung für Schuld (Emende wie rein civilrechtliche Schuld) erfolgt, so wird der Gefangene festgenommen, d. h. da wo eine öffentliche Strafe nicht gezahlt wird, tritt dann an Stelle der Zahlung das öffentliche Gefängnis[17]), das sonst nicht Straf-, sondern nur Untersuchungsgefängnis ist. Nicht selten freilich kommt es vor, dass man den Ergriffenen fliehen lässt, namentlich wenn er sich in ein Asyl gerettet hat, ihn aber eidlich verpflichtet, binnen bestimmter Zeit nicht zurückzukehren[17a]). Wie dadurch an einzelnen Orten die Verbannung zu einem besonderen Strafmittel sich gestaltete, kann hier übergangen werden.

---

comblet III. 217 Verpflichtung auf Glockenschlag zu erscheinen, ist eine Verpflichtung gegenüber dem obersten Gerichtsherrn. Lacomblet III. 366. Bergisches Landrecht 63 bei jeder Landwehr Glockenschlag. Warnkönig I. 13 § 8 Verpflichtung der ganzen communitas beim Hausbruch anwesend zu sein.

14) Brokmerbrief § 148 (Richthofen S. 171) and thi redia skel thene hod up steta.

15) Warnkönig II. 234 S. 224 so wie omme sine mesdaet daer hi thoeft om sculdich ware te verliesene, — wort gebannen ende op hem beridinghe wort gedaen op dat hi gevangen wort. Mieris I S. 542. ob. 1292 Recht v. Stavoren: soo salmen leggen vredeloes ende vaen machmen ende dar over rechten.

16) So im sächsischen Recht: Planck II S. 300 f.: Hierher gehört auch Beaumanoir 59 § 5 car en tel cas est donés congiés au lignage de penre tix qui lor ont meffet apres ce qu'il sunt bani ou mors ou vis; et s'il les prendent vis, il les doivent rendre au seigneur por justicier selon le bannissement.

17) v. d Bergh II. 747 § 50 so wie ghedaghet wort om des tsgraven claghe, hi mach hem recht doen sonder ghiselinghen voert beriit, laet hi hem te banne doen men salne beriden ende doen upt ghiselhuns ende des ander daghes sal hem recht doen bi vonnisse der ghezwoorne, of hi sal quite gaen van den stene § 58 so wie den andern doet daghen voer den grave of voer den burchgrave of voer die baeliu ende te banne wort ghedaen of bereden, hi sal int ghiselhuus gaen.

17a) z. B. très anc. cout. Norm. 80; 8 § 3: dem forisbannitus ist in der Rechtslosigkeit gleichgestellt, qui abjuraverit terram; grand cout. Norm. 22 § 2; vel per patrie abjurationem ut de illis, qui aliquo crimine fugitivi vel

Digitized by Google

3. Daneben wird aber auch das Vermögen des Ächters erfasst. — Zunächst sollen die verschiedenen Formen des Vorgangs beschrieben, und erst später die Verbindung gesucht werden.

In einer grossen Zahl westfränkischer Quellen wird bei Todesstrafe wie bei Verbannung das gesamte Vermögen des Getöteten oder Verbannten eingezogen. Bei Verbrechen geht dieser Konfiskation eine Beschlagnahme voraus, die sofort mit der That verhängt werden kann[18]).

vinculis mancipati vel carceribus detrusi, si forte ad ecclesiam confugerint vel crucem amplexati fuerint, si patriam abjuraverint, que possident forisfaciunt universa § 8 si autem se tenere voluerit ecclesie patriam forisjurabit in hac forma —: hoc audiant omnes assistentes quod tu de cetero in Normaniam non intrabis; sic Deus et sancrosancta te adjuvent; ebenso 81 pass.

[18]) Beyer I. 225. 966, König schenkt: quidquid praedii Megingaldus et Reginzo fratres antequam ob latrocinia et malefacta eorum in publicum regni vel imperii nostri ius et fiscum adiudicatum est, hereditarium habere visi sunt, tertia tantum parte excepta, quae fratri eorum maiori Cantberto accessit. — Warnkönig III. 166 § 26: si condemnatus pro furto uxoratus fuerit, medietas omnium rerum, quae eius fuerunt propriae, tam mobilium quam immobilium, ad dominum devolvetur, et alia medietas uxori relinquetur. Si autem non fuerit uxoratus, tota substantia eius in jus domini cedet. Besonders charakteristisch die lex Godefredi für Cambray v. 1227 § 8 (Tailliar S. 510): das Haus soll verbrannt werden, die Mobilien an den Bischof fallen; nach Jahr und Tag kann der Bischof über die area verfügen, wie er will, nur nicht denjenigen leihen, die mit dem Missethäter bis zu 4 Grad verwandt sind. Ord. XII S. 303 § 6 Chambli: quod si malefactor, qui sanguinem effuderit intra Banleugam vel extra Banleugam effugerit. quicquid habuerit capiemus, preter domum ejus que remanebit Paribus Communie Chambliaci. Et. S. Louis II. 36: se aucuns hom fait murtre ou homicide ou aucun autre meffait, por quoi il doie perdre cors et avoir et heritage; später: li sires avra les muebles et les heritages, qui sont soz lui. Beaumanoir 12 § 45. 30 § 2: quiconques est pris en cas de crieme et atains du cas si comme de murdre ou de traïson, d'omicide ou de feme efforcier, il doit estre trainés et pendus; et si meffet tout le sien quanques il a vaillant; 51 § 4 bei schweren Delikten Beschlagnahme sofort mit der That; 61 § 11 hier wird das Einziehen als demener bezeichnet, ein Ausdruck, der dann im Recht von Lüttich häufig ist. Patron. c. 4 (Recueil de Liège I S. 275) der kriminell Verurteilte verliert seine honeur und seine Güter und ist en la chache du seigneur. Champagne 49: costume est encor en Champaigne que se uns homs mesfait, parquoy il perde le sien, cil qui a la grant justice, emporte quanques il trueve en sa justice soient muebles, ou heritages. Bergisches Landrecht c. 32 (bei dem Todschlag durch einen Ritterbürtigen) mochte der Lanthere syn guith und lyff angrypen und syne erven sollen dem heren nith erfallen seyn. — Eigenartig ist die Konfiskation im seeländischen und friesischen Recht: das seeländische Recht kennt eine Konfiskation wie die bisherigen Quellen; diese ist aber z. T. daran gebunden, dass die Bereitung mit Brand stattgefunden hat: v. d. Bergh II. 40 § 91: bona

Digitized by Google

Erfolgt der Bann aus andern, weniger schwerwiegenden Gründen (in Schuldsachen und Wettesachen), so wird nach der einen Quelle das Vermögen überhaupt nicht verwirkt, sondern nur beschlagnahmt [19]), nach andern erst, wenn der Busspflichtige eine bestimmte Frist hat verstreichen, wenn er es zur Bereitung hat kommen lassen [20]).

---

bannitorum non possunt venire in gratiam comitis nisi fuerint circumequitati woestballinge per incendium, nisi tantus sit excessus hominis, quod per hoc bona hominis in gratiam comitis devolvantur, sicut chora testatur de homicidio et aliis factis. Im friesischen Recht findet ebenfalls eine Frohnung statt und zwar dadurch, dass das Königskreuz mit der Fahne 40 Tage auf das Haus gesetzt wird. Fivelgoer Busstaxen (Richthofen S. 307): sa thi bistridige tofara to ban den was, tha nimmt thi fogeta thes keninges krus and bant ther to enen fona en settet uppa thes monnes hws to fiortega degum. Solange die Fahne auf dem Haus ist, kann noch komponiert werden, aber freilich nicht mehr durch Bürgenstellung, sondern durch sofortige Zahlung (Wergeld § 2 a. E., Richthofen S. 413). Dann aber wird das Gut mit Beschlag belegt to heerna ende to lyodena hand (Schulzenrecht § 55, Richthofen S. 396, Wergeld § 2 a. E.), fällt an Koninghes were (Rudolfsbuch § 6, Richthofen S. 426). Wenn dann binnen Jahr und Tag keine Komposition erfolgt, so aegen heren ende da lyoed mitta eerwe to dwaen, deer hiara wille se. Nach dem Rudolfsbuch § 6 werden diese Folgen durch Urteil des liodwerf, also des Vollgerichts ausgesprochen. Wie in Seeland erfolgt nun aber die Beschlagnahme für den Fall des Ungehorsams erst mit der Heerung und der definitive Verfall ein Jahr nach der Heerung (Schulzenrecht § 55, Rudolfsbuch § 6). — Auch in Südfrankreich ist die Konfiskation bezeugt: Vaissete VIII. 268 S. 875: item si aliquis fur sive latro nocturnus vel amputator vinearum, arborum vel segetum captus fuerit — corpus eius et bona sua venient dominis in commissum. — Hier ist der Ausdruck für verwirken incurrere. So Vaissete VIII. 297. 1231: item petebat omnia incurrimenta honorum, qui ab ecclesia ad censum annuum tenebantur. VIII. 344: medietatem leidarum, pedagiorum et justiciarum civilium et criminalium et incurrimentorum mobilium duntaxat bonorum. VIII. 452, Graf klagt: consules (von Toulouse) non permittunt, quod vicarius intersit inquisitionibus, quas ipsi faciunt super criminibus, cum bona delinquentium domino comiti debent incidere in incursum, et sic privatur plerumque dominus comes iure suo. Teulet I. 86: incurrere corpus et omnia mobilia et immobilia, honores atque possessiones. Giraud I S. 74 § 127: caupones vel alii habitatores Carcassone qui vinum vendiderint non habentes mensuram rectam, vas cum omni vino quod ibi invenietur, est sub incursione domini ad voluntatem eius.

19) Pierre 17 § 8: wird einer wegen Kriminaldelikt verbannt, so verwirkt er binnen Jahr und Tag all sein Recht. Bei Verbannung aus andern Gründen kommen zwar seine Güter auch in die Hand der Obrigkeit; es tritt aber keine Verwirkung ein; also handelt es sich lediglich um Beschlagnahme.

20) Warnkönig II. 45 § 53 quicunque in praetorio fuerit bannitus, poterit emendare bannum suum de quatuor solidis et uno denario infra septem diebus, si non venerit extra legem erit. Coutume du Franc de Bruges II S. 92 § 63.

Digitized by Google

Die übrigen Quellen, darunter einige des fränkischen Stammesgebietes, schliessen den Anfall der Immobilien oder allenfalls des ganzen Vermögens an den König oder Grafen aus[21]); das normannische Recht hat diese Auffassung ebenfalls übernommen[22]), sie wird bereits von der karolingischen Gesetzgebung bei solchen Leuten angewendet, die zum Tod verurteilt werden, aber freilich noch nicht bei solchen, die wegen schwerer Verbrechen verbannt sind[23]).

1330 quiconques sera banniz par amende pecuniaire se il nen fait assez dedenz les quarante jours ensuivant, il sera exlex, jusque a tant quil ait satisfei a nous et a partie. v. d. Bergh II. 40 § 91 bona bannitorum non possunt venire in gratiam comitis, nisi fuerint circumequitati woestballinge per incendium, nisi tantus sit excessus hominis, quod per hoc bona hominis in gratiam comitis devolvantur, sicut chora testatur de homicidio et aliis enormibus factis. v. d. Berg II. 747 § 95 sagt undeutlicher: die grave mach doen sinen wille met elc ballincx goede: nach dem Vorausgehenden ist hier wohl Bereitung die Voraussetzung. Warnkönig II. 222 § 27 et de omni catallo sive pecunia quantacunque fuerit, de qua quis fuerit bannitus potest reconcialiari comiti et castellano tribus libris et non pluribus. Sed illa reconciliatio debet fieri ante equitationem bani.

21) S. sp. II. 31 § 1 Sve von gerichtes halven sinen lief vorlüset, oder dut he ime selven den dot, sin negeste gedeling nimt sin erve. Über das westfälische Recht: Lindner, Veme S. 533 f. S. 565, 601. Sw. sp. 198: Swer von gerihte sinen lip verlviret; sin nehsten erben erben sin gvot. Bayer. Landrecht c. 51: swaz auch der anchlager und sein erben muegen bereden mit irem ayde, daz er dez schadens hat genomen an seinem leip oder an seinem guot, dez selben schadens sol der anchlager von erst gewert werten von dez fridprechers (Hausfriede) hab, und swas er hat varentz guotz, dez sol sich der richter underziehen, aber aigen und lehen ist iens erben; ebenso c. 57 (Notzucht); c. 165 (Todschlag). Auch Rupprecht II. 2 fasst die Sache so, dass die Erben in das Vermögen des um Todschlag Hingerichteten eintreten, aber das Wergeld zu zahlen haben.

22) Zwar heisst es in très anc. cout. 36 § 7: omnis enim homicida, licet pacem Ducis habuerit, hereditatem suam non habebit, nec ipse nec heredes sui, quam propter homicidium perdiderit sed eam habebit dominus fundi. Simile est de singulis fugitivis; ebenso grand cout. Norm. 22 § 9. Allein es zeigt sich sofort, dass nur die Descendenten, die ex sanguine dampnato procreati, nicht eintreten können und deshalb nach Jahr und Tag an Stelle des Verurteilten und seiner Descendenz der Seitenverwandte (prim im südlichen Recht) succediert. So grand cout. 22 § 9, § 10, § 11 und cout. de Bayonne 103 § 18 a. E.

23) cap. 82 c. 6 für den wegen Räuberei zum Tod Verurteilten. cap. 139 c. 1 für den wegen Tötung in der Kirche Hingerichteten. — Dagegen die missio in bannum wegen eines Crimen, welche stattfindet, wenn der Beklagte sich nicht stellt (so deutlich cap. 41 c. 6, auch c. 134 c. 5), führt zum Anfall des gesamten Vermögens an den Fiskus (cap. 134 c. 5 cap. 139 § 11).

Digitized by Google

Auch da, wo das Vermögen nicht an König oder Graf fällt, ist der Friedlose thatsächlich von der Benutzung ausgeschlossen: denn ist er durch den amtlichen Angriff nicht gefangen, so muss er eben geflohen sein. Die Rechtslage, die daraus entsteht, wird aber von den Quellen nicht gleichmässig aufgefasst.

Nach einer Anzahl von Rechten treten die Erben entweder sofort ein[24]), oder das Gut bleibt ein Jahr lang mit seinen Nutzungen in der Hand der Obrigkeit und wird dann an die Erben zurückgegeben[25]). — Nach einer andern Reihe deutscher Quellen behält der Ächter sein Vermögensrecht sowie seine Rechtsfähigkeit überhaupt, und erst die Reichsacht bricht sein Vermögensrecht und überträgt seine Güter auf das Reich, aber so dass sie binnen eines Jahres von den Erben zurückgefordert werden können[26]). Wenn einmal in einer frühen Quelle der Hochrichter die Grundstücke des Ächters auf Lebenszeit beschlagnahmt und nutzt[27]), so gehört das unter den gleichen Gesichtspunkt: der Ächter verliert durch die Ächtung noch nicht sein Caput, und deshalb treten die Erben nicht an seine Stelle; aber anderseits ist er flüchtig, kann seine

---

24) So der Lüttich-Kölner Frieden und seine Übertragungen auf das Reich und Süddeutschland, dann der Landfriede Friedrich I.: die Belege in der ausgezeichneten Untersuchung Plancks Waffenverbot und Reichsacht im Sachsenspiegel (Münchener Sitzungsbericht 1884 S. 159 fd.). Auch ist auf die wichtige Würzburger Urkunde von 1103 (M. B. XXXVII. 72) aufmerksam gemacht: darüber Z. f. G. W. N. F. I. S. 213 fd. — Weiter gehören die Achturteile gegen Otto v. Wittelsbach u. Friedrich v. Isenburg (Franklin, Das Reichshofgericht im Mittelalter I S. 104 N. 2, S. 107 N. 1 N. 2.) hierher. — Cout. de Bordeaux (Burckhausen S. 34) c. 21: die Mobilien des Mörders fallen an den Herrn, die Immobilien an die Erben.

25) So das normannische Recht in N. 22; dann Hennegauer Landfriede v. 1200 § 7 (Weiland II. 425): homicide, qui fugerit et illius hominis, qui alii membrum abstulerit et aufugerit dominus, in cuius iustitia manserit, mobilia omnia ubicumque fuerint in comitatu Hainoense et fructus terre unius anni habebit. Fugitivi quidem vel banniti hominis terram ultra annum dominus terre tenere non potest, sed transacto anno propinquus heres illius hereditatem et terram eius habebit, si eum abiuraverit; Cout. de Picardie S. 51 König (Graf) hat ein Jahr lang das Recht an den Früchten, dann fällt die Sache an den Lehnsherrn.

26) S. sp. III. 63 § 3 unt. I. 38 § 1. — Mühlhäuser Rechtsbuch (Mühlhauser U. B. S. 614): svaz he (der Ächter) dan sines gutes hinder ime lesit, da ensal un niman ane hindern, weder schultheze noch anders nieman. — Der rheinfränkische Landfrieden knüpft den Vermögensverlust ebenfalls erst an die Reichsacht an (Weiland I. 277 § 10).

27) Pax Alamannica (Weiland I. 430 § 8).

Digitized by Google

Güter nicht gebrauchen und deshalb dauert die obrigkeitliche Beschlagnahme während des ganzen Lebens des Ächters. —

Vielfach erscheint der Vermögenszugriff als Plünderung. Ganz deutlich begegnet diese in einigen französischen Nachrichten, wo sie — ein scharfer Rechtsbegriff — neben der Vermögenseinziehung zur Wahl steht[28]); aber gerade so kommt sie in den deutschen Quellen vor[29]).

Gewöhnlicher als allgemeine Plünderung ist die Zerstörung gerade des Hauses erwähnt; da nun aber die Fahrnis des Ächters wesentlich in seinem Haus sich befinden wird, so schliesst die Zerstörung des Hauses ursprünglich auch die Vernichtung der beweglichen Habe in sich[30]). Die Hauszerstörung selber ist häufig erwähnt[31]). — Veranlasst ist sie auf der einen Seite durch schwerere

---

[28]) Et. S. Louis II. 36: Et est en la volonté des seigneurs de tenir comme lor propre domoine ou de faire revage c'est a savoir les vignes estreper et les maisons abatre et les arbres cerner. — Très anc. cout. Norm. 37 § 2, 88 § 1: neben der Konfiskation der Mobilien der Friedlosen werden dessen virgulta und dessen Haus zerstört.

[29]) Vita Meinwerci c. 101 (S. S. XI. S. 128): Anfang des 11. Jahrh. quidam viri de Scerve — hominem quendam — casu fortuitu occiderunt et ne publice proscriberentur et res eorum diriperentur, se cum omni substantia sua ad dominium Patherbrunensis ecclesiae in proprium tradiderunt. — Soester Recht § 20 (Seibertz I. 42): quod si ille qui maleficium perpetravit aufugerit domus ejus et quidquid habet secundum nostri jurisdictionem destruetur et ipse proscribetur, quod vulgo frethelos dicitur. — Landfrieden Friedrich I. § 2 (Weiland I. 140) si vero violator pacis a facie iudicis fugerit, res eius mobiles a iudice in populum publicentur; die Immobilien fallen an die Erben. — Bayer. Landr. v. 1244. a. 13 (Q. E. Bayer. Gesch. V. 36) wenn ein proscriptus (Landfrieden v. 1256 übersetzt: swer in die aechte cumt) nicht in 14 Tagen zu Recht kommt, so soll ihn der preco verkündigen (denunciare) et cuncte eius possessiones comburantur (der Landfrieden von 1256 übersetzt: dar nach sol man sin hus und allez sin gut brennen). — Nicht bloss auf Verbrennen des Hauses, sondern des ganzen Besitzes weist die Bezeichnung „Wüsten": v. d. Bergh II. 40 § 91 nisi fuerint circumequitati woestballinge per incendium.

[30]) So ist es eine spätere Erleichterung im Lütticher Recht, die aber noch auf die ursprüngliche Gestaltung deutet, dass die Verwandten (der Ächter ist eben nicht anwesend) die Mobilien herausnehmen dürfen, bevor das Brandrecht ausgeübt wird. Patron. c. 5 (Recueil de Liège S. 283—284).

[31]) Belege aus niederdeutschen Quellen bei Brunner I S. 169 f.; besonders reichlich in den friesischen Quellen: vgl. oben N. 18, dann z. B. Brokmerbrief § 9, § 24—30, § 47. § 59, § 106, § 127, § 148, § 159, § 178, § 179. Warnkönig I. 13 § 8. Die Zerstörung des Hauses soll auf Befehl des ballivus vorgenommen werden a communione villae. Cart. de Paris I. 169 in Paris nimmt der königliche Beamte die Hauszerstörung vor. Metz IV S. 177.

Digitized by Google

Delikte, auf der andern durch prozessualen Ungehorsam[32]), und im letztern Falle wird sie da und dort schon vor der definitiven Verurteilung angewandt[33]). — Anderseits geht der Wüstung eine Beschlagnahme des Objekts voraus und in der Zwischenzeit bis zum thatsächlichen Zugriff kann das Objekt durch Komposition dem Angriff entzogen werden[34]). —

Allemal wird die Wüstung durch das gesamte Gerichtsvolk ausgeführt[35]); die Leitung des Auszuges freilich nimmt der obrigkeitliche Beamte in die Hand[36]).

1212—1220 das Haus des entronnenen Todschlägers wird zerstört Ord. XII S. 303 fd. § 6, § 13, § 15. Im ganzen fällt das Vermögen des flüchtigen Kriminalverbrechers an den König, das Haus an die Kommune. Beaumanoir 30 § 36 das Haus dessen, der einen banni sor le hart aufnimmt, wird zerstört. 52 § 17: quant aucuns est proves de murdre ou d'omecide ou de traison ou d'empoisonement ou de fame efforcier por les quix cas le maison doit estre arse ou abatue. Patron. c. 5 (Recueil de Liège S. 283 f.) bei notorischem Todschlag hat der Herr Brandrecht. Lacomblet III. 904 (S. 801). 1386 nach Deutzer Recht bei Todschlag Wüstung. — Landbuch von Schwyz (Kothing) S. 80 (1365) „undd soll man inen (den Brenner) ouch brennen an alle urteill, wann er sinen todt hiemit woll verschult hat": die Brandstrafe wird nicht allenfalls aus dem Gesichtspunkt der Talion verhängt, sondern weil der Brenner seinen Tod verschuldet hat. Strassburger U. B. I. 617 § 11 gegen flüchtige Kriminalverbrecher Hauszerstörung; Freiburger Stadtrodel § 45 gegen den Todschläger und denjenigen, der schwere Verwundungen beigebracht hat. Stadtrecht v. Steier v. 1287 § 3 (Winter, Urkundliche Beiträge zur Rechtsgeschichte ober- und niederösterreichischer Städte S. 41): jetzt das Wegtragen der Mobilien durch den Richter und das Verbrennen des Hauses beseitigt. So ist durch diese Belege und die in N. 29 die Wüstung als allgemein deutsches, nicht allenfalls als niederdeutsches Institut erwiesen.

32) Für das erste ist es besonders charakteristisch, dass im Brokmerbrief der Hausverlust zwar bei Tötung, nicht aber bei Verwundung eintritt (§ 68, Richthofen S. 161). — Die Brandstrafe wegen Kontumaz bereits cap. 27 § 8 (cap. de part. Saxoniae), dann z. B. v. d. Bergh II. 40 § 91; westerlauwerisches Schulzenrecht § 55, Rudolfsbuch § 6 (N. 18).

33) Cout. de Picardie c. 54 (Marnier S. 46) gibt den Hausbrand gegen den des Mords Verdächtigen, der im ersten Termin nicht erscheint, während das bannissement sor le hart im dritten Termin geschieht. — Den Bürgern von Reims wird zugesichert, dass ihre Häuser nicht gebrochen werden sollen, solange sie sich im Gericht stellen (Varin I S. 393. 1182). Im friesischen Recht erfolgte die Wirkung schon vor der definitiven Frohnung (ob. N. 18).

34) So deutlich das friesische Rechtsbuch vom Wergeld § 2 (ob. N. 18).

35) So cap. 27 § 8; Warnkönig I. 13 § 8 und in vielen schon gebrachten Belegen.

36) Der Graf oder der castellanus im Seeland und im Franc (v. d. Bergh

Digitized by Google

Da ist es nun entscheidend, dass in den friesischen Quellen das Haus des Ächters als Haus des Volkes[37]) bezeichnet wird und dass nach dem Landfrieden Friedrich I. die Mobilien des Ächters an das Volk fallen[38]). —

In der Wüstung laufen zwei Gedanken nebeneinander: auf der einen Seite soll das Haus des Verbrechers oder der Verbrecher unter allen Umständen gebrochen werden: niemand darf sich Teile des Hauses aneignen. Das lässt sich schliesslich nur auf religiöse Momente zurückführen; das Haus ist irgendwie entheiligt[39]). Nebenher aber geht eine Plünderung durch das Volk, das sich die übrige Habe gerade recht aneignet, allmählich wird auch das Haus selber als Objekt dieser Okkupation aufgefasst.

Jetzt ist es möglich zu einem Abschluss zu kommen.

Isoliert für sich steht der Hausbruch durch die Gesamtheit, der auf religiöse Momente zurückgeht und sich darum erhalten hat, auch nachdem obrigkeitliche Beschlagnahme an Stelle der Plünderung durch die Gesamtheit getreten ist. —

Im übrigen vollzieht sich der Zugriff auf das Vermögen in doppelter Form: entweder handelt es sich um eine blosse Plünderung, dem entspricht es, wenn dem Ächter an und für sich, wie sein übriges Caput auch sein Vermögensrecht verbleibt. In geordneten Verhältnissen bildet sich dann entweder die Plünderung unter Führung der Obrigkeit zu einer Beschlagnahme durch die Obrigkeit um, die solange als die Acht dauert, oder sie fällt ganz weg[40]).

II. 40 § 41. Warnkönig II. 65 § 64. Beidemale kann der Accent hier darauf liegen, dass eine selbständige Heerfahrt der Landschaft ausgeschlossen sein soll. — Um Ausschluss der Unterrichter handelt es sich, wenn très anc. cout. Norm. 54 nur den Herzog über fugitivi richten lässt.

37) So häufig der Brokmerbrief, z. B. § 59, § 68 thet hus thera liude.

38) Weiland I. 140 § 2 res mobiles a iudice in populum publicentur et dispensentur.

39) Dies schon die Auffassung von Wilda, Strafrecht S. 293, die auch Brunner (I S. 169) und Amira S. 147 übernommen hat. Sowohl der sächsischen (S. sp. III. 1. § 1) wie der friesischen (Richthofen S. 34, 35) Bestrafung der Notzucht liegen allerdings solche Gedanken unter; hier wird das Haus, wo die Notzucht stattgefunden, mit allem Lebendigen verbrannt, auch dann, wenn es dem Notzüchter nicht gehört. — Es führt auf dasselbe, wenn nach westfriesischem Recht das Stadthaus abgerissen und dann zum Verbrennen ausserhalb der Stadt getragen werden muss (Stadtrecht von Stavoren v. 1292 Mieris I S. 544) und wenn es im Brokmerbrief verboten wird, von dem Brand ausgesetzten Haus irgend etwas wegzunehmen (Brokmerbrief § 24 fd. Richthofen S. 155).

Digitized by Google

Die zweite Form aber ist die Einziehung des Vermögens und zwar ursprünglich zu Gunsten des Königs; die Einziehung zu Gunsten des Volkes in friesischen Freistaaten ist etwas Sekundäres[41]). Bereits die l. Salica kennt die obrigkeitliche Vermögenseinziehung; dieselbe tritt gegen Hingerichtete offenbar bereits auf Grund eines Urteils des Provinzialgerichts ein, während bei prozessualem Ungehorsam ein Urteil des Königsgerichts erfordert wird[42]). In der karolingischen Zeit ist dann dem Grafen die Missio in bannum gegeben, d. h. er ist für den Fall prozessualen Ungehorsams zur Frohnung befugt; die Voraussetzung ist lediglich prozessualer Ungehorsam, es braucht sich durchaus nicht notwendig um Kriminaldelikte zu handeln[43]). — Aus dieser Delegation erklärt es sich, wenn nach zahlreichen Rechten der nachfränkischen Zeit das Provinzialgericht die Vermögenskonfiskation verhängt[44]). Dagegen sprechen andere Quellen dem Provinzialgerichte diese Befugnis ab. Jedenfalls gehören alle diejenigen Nachrichten hierher, welche positiv erst durch ein Urteil des Königsgerichts die Rechtsfähigkeit des Ächters untergehn und erst durch

40) Die Plünderung als Zwangsmittel hat noch das sächsische Recht des 11. Jahrhunderts (N. 29). Im alamannischen Recht (N. 27) hat sich dies in Beschlagnahme auf Lebzeiten des Ächters verwandelt. — Der S. sp. kennt keins von beiden mehr, sondern nur den Satz, dass die blosse Verfestung das Caput noch nicht nimmt

41) In den Belegen der N. 18 ist schon äusserlich das Ursprüngliche die Frohnung zu Gunsten des Königs.

42) I. cap. l. Sal. c. 5 § 1; l. Sal. t. 56.

43) Siehe die Stellen bei Brunner II S. 458 f., der freilich die karolingische Missio in bannum als etwas Neues ansieht, während nach meiner Meinung Befugnisse an den Grafen delegiert sind, die in älterer Zeit dem König zustanden. Nicht um die Schaffung einer Immobiliarexekution handelt es sich, sondern darum, dass seit dem Anfang des 9.! Jahrhunderts bei der Frohnung die Ansprüche der Gläubiger des Ächters und deshalb auch des Klägers berücksichtigt werden, so auch später z. B. Thierry I S. 173 LXXXII. Es geht dem eine Berücksichtigung auch der Erbenrechte parallel. — Bei Vaissete V. 7 ist Konfiskation die missio in bannum.

44) Belege in N. 18; dann Pez I p. 3 col. 51. 961 in pago Nortgouwe in comitatu Bertoldi comitis nostrae regiae potestati judicio scabineorum cum omnibus, quae ipsius iuris erunt pro suo commissu judicatum. — Andere Fälle, in denen nach Schöffenurteil Vermögen an den König fällt (Ernst Limburg VI S. 101. 1040; Nassauisch. U. B. I. 92. 960; Halberst. U. B. I. 73. 1043), brauchen nicht hierher zu gehören; es kann sich auch um den Anfall erbloser Güter, allenfalls den Besitz unehrlicher handeln; z. B. vita Meinwerci c. 205 (S. S. XI. S. 155).

Digitized by Google

solches Urteil oder den Tod die Güter an den Erben übergehen lassen, also der Sachsenspiegel, der rheinfränkische Landfriede und früher der alamannische Friede. Aber auch die Quellen, welche sofort oder nach Jahr und Tag den Erben zulassen, brauchen wenigstens nicht zum entgegengesetzten System zu gehören: denn ob dieser als Eigentümer eintritt oder nur als eine Person, die vorläufig die mit Niessbrauch verbundene Verwaltung über das Vermögen der Abwesenden hat[44a]), ist nirgends gesagt. Wenigstens im sächsischen Gebiet ist noch nichts von einer Konfiskation bei der Todesstrafe bekannt[45]).

Das heisst nichts anderes, als dass in vielen, vielleicht den meisten Gegenden Deutschlands den ordentlichen Gerichten die Befugnis zur Konfiskation genommen ist: nur soweit der König selber richtet, ist sie vorhanden.

Die Frohnung durch den König oder das Provinzialgericht bewirkt immer einen Eigentumsübergang an den König[46]). —

Allein weitgehend kann dieser Eigentumsübergang durch das Erbenrecht gebrochen werden. Der Erbe kann binnen Jahr und Tag oder anderwärts nach Ablauf von Jahr und Tag namentlich die Immobilien an sich ziehen: das gilt nicht nur in Sachsen, sondern ähnlich in den meisten deutschen Gebieten gegenüber der Reichsacht, und vielfach auch in Frankreich gegenüber der Ächtung durch König oder Graf. Diese Rücksicht auf die Erben, welche schon die Kapitularien aus dem Anfang des 9. Jahrhunderts nehmen, darf nicht mit der partikularrechtlichen Unzuständigkeit

---

44a) Vgl. die trefflichen Ausführungen bei Böhlau mecklenburgisches Privatrecht II. 324 f., Huber Geschichte des schweizerischen Privatrechts IV S. 285 N. 8.

45) z. B. allenfalls Soester Schrae (Seibertz II. 719) § 16 der Todschläger in und ausser der Stadt „hevet vor buret sin lyf unde nicht sin ghut". — Wenn in einigen sächsischen Stadtrechten offenbar als ein Privileg erwähnt ist, dass wegen Kriminaldelikts keine Verfestung (proscriptio) des Vermögens stattfinden soll, sondern die Erben eintreten, so richtet sich das eben gegen die Plünderung, besonders gegen die in der Stadt sehr harte Hauszerstörung: so deutlich das Recht von Hamm (Westf. U. B. II. 526) v. 1193; Hildesheim. U. B. I. 122. 1232.

46) Siehe die Belege N. 18 und dann S. sp. I. 38. Durch die Reichsacht wird das Eigen in die königliche Gewalt verteilt, die Erben können es aber binnen Jahr und Tag lösen. Ebenso noch das Urteil v. 1309 (leg. II S. 497); es ist nicht notwendig, an politische Erwägungen oder neue Rechtsbildungen zu denken (anklingend Franklin II S. 373).

Digitized by Google

des Provinzialgerichts zur Frohnung verwechselt werden. — Ausnahmslos durchgedrungen ist sie nicht. Vielfach wird an der Frohnung ohne Beachtung des Erben festgehalten. Auch da, wo das Erbenrecht anerkannt ist, wird es dann nicht realisiert worden sein, wenn die Erben thatsächlich eben auch in Friedlosigkeit gefallen sind; so ist es keine Phrase, dass Quellen, die das Erbenrecht anerkennen, doch von einem Anfall an den König reden.

VI. Die Friedlosigkeit hat nach dem Bisherigen eine negative Seite, die Entziehung des Rechtsschutzes und des erlaubten Verkehrs, und die positive Wirkung, dass die Obrigkeit oder Gesamtheit die Person und Vermögen des Friedlosen angreift. Die negative Seite tritt an sich mit der verbrecherischen That ein. Dagegen erfordert die positive natürlich eine obrigkeitliche Erklärung, und diese hat dann auch die Nebenwirkung, die eingetretene Friedlosigkeit mit ihren gesetzlichen Folgen, namentlich dem Hausungsverbot, allgemein bekannt zu machen. Wo die Friedlosigkeit lediglich die Folge prozessualen Ungehorsams ist, kann sie überhaupt erst durch die gerichtliche Erklärung entstehen. —

Die obrigkeitliche Erklärung nun erscheint unter verschiedenen Bezeichnungen. Lediglich auf die Wirkung gehen die Ausdrücke wie friedlos legen, utlagen und m. E. auch verzelen, das nur das „Verreden", die Ausstossung aus der „Rede", dem friedlichen Verkehr, bedeutet[47]). Weithin werden aber auch die Ausdrücke gewählt, welche Gericht und gerichtliche Überlegung überhaupt bedeuten: Veste[48]) oder Acht. Dann ist an die Willenserklärung der Allgemeinheit gedacht, die den einzelnen aus ihrem Frieden stösst. Im Altsächsischen heisst das Strafgeld, das der Missethäter an das Volksgericht zu zahlen hat, wargida; das fränkische Recht aber gibt neben der dilatura, die nur gezahlt wird, wenn ein besonderer Beweis nötig ist, von jeder Komposition einen fredus an

47) Frensdorffs (Aufsätze für Waitz S. 475) Erklärung des verzelen mit denunciare scheint mir gegenüber dem extra sermonem suum ponere der l. Salica unmöglich; sermo ist die Anrede, „Ansprache", die der König dem Friedlosen verweigert (z. B. Waitz gesammelte Abhandlungen I S. 372 fd. Genauere Begründung ist hier unnötig.

48) Die Auslegung von Frensdorff a. a. O. S. 474 ist irrig. Natürlich hängt Vervesten mit dem in Niedersachsen wie Niederfranken verbreiteten Veste-Gericht zusammen. Ebensowenig kann man mit Kluge Wörterbuch s. h. v. Acht im Sinn der Friedloslegung von der Acht im Sinn von Erwägung, gerichtlicher Erwägung trennen.

Digitized by Google

die öffentliche Gewalt; beide Ausdrücke sind nur erklärlich, wenn von Haus aus jede rechtswidrige That zum Friedlosen (vargus) macht, zum Einkauf in den Frieden zwingt. Damit stimmt es dann auch, wenn die Worte vervesten und ächten, an sich so allgemeinen Sinnes wie unser verurteilen, als technische Ausdrücke für die Erklärung der Friedlosigkeit gebraucht werden. Denn jedes Endurteil ist Friedloslegung, sei es, weil es die durch das Delikt eingetretene Friedlosigkeit feststellt, sei es, weil es den Eintritt der Friedlosigkeit deklariert wegen Ungehorsam. Jeder Ungehorsam aber, auch der aus Unvermögen, führt nach altem Recht zur Friedlosigkeit[49]), und so wird auch später weithin in Schuldsachen geächtet. —

Einen ganz andern Sinn hat das Wort Bann, welches das fränkische Recht mit Vorliebe gebraucht. Von der Erwägung der Gerichtsgemeinde kann das nicht genommen sein; denn Bann bedeutet einen Befehl des Beamten. Es ist hier zunächst an das Aufgebot des Beamten gegen den Ungehorsamen oder Missethäter zu denken, durch welches dieser ergriffen oder in die Flucht geschlagen — verbannt —, seine Habe der Plünderung preisgegeben wird. Wenn dann aber eine bayerische Quelle den Angriff gerade dadurch herbeiführt, dass der preco den Friedlosen verbietet (denunciare)[49a]), so darf man wohl vermuten, dass das Aufgebot auch die feierliche Deklaration in sich aufgenommen hat, es sei jemand nach dem Urteile der Gerichtsgemeinde friedlos geworden. Wo die Friedloslegung durch banire bezeichnet wird, da hat eben der Beamte des Volkes in irgend einer Weise die Deklaration der Friedlosigkeit an sich gebracht.

Dabei treten nun aber in die Quellen wichtige Unterscheidungen. In der l. Salica ist da, wo die Friedlosigkeit offenbar nur durch Urteil des Provinzialgerichts oder die That selbst eingetreten ist, das Hausungsverbot nur durch die Strafe von 15 sol. gedeckt, und ebenso beträgt noch in karolingischen Quellen der meteban des Grafen nur 15 sol. Später aber steht auf der Beherbergung des Ächters in den westlichen Gerichten Königsbann oder Lebensstrafe (Friedlosigkeit)[50]). Der volksrechtliche Zugriff auf das Vermögen ist nicht bloss in den Gebieten, welche

49) So bekanntlich l. Sal. t. 56.
49a) Ob. N. 29.
50) Ob. N. 6.

Digitized by Google

sich der missio in bannum verschlossen haben, von der Konfiskation unterschieden. Auch im Westen kann die Wüstung schon in früheren Stadien prozessualen Ungehorsams verhängt werden, die Konfiskation tritt erst auf das Endurteil ein[51]). Der Zugriff auf die Person ist ebenfalls von ungleicher Stärke, wenn man die Urteile des Königsgerichts überhaupt und der Provinzialgerichte im Westen, dann wieder die Urteile der Provinzialgerichte im Osten vergleicht[52]). — So muss zwischen einer bloss provisorischen Friedloslegung, welche nur ungünstiger stellt, aber das Recht noch nicht zerstört, und der definitiven Ausstossung aus dem Frieden unterschieden werden, die jedes Recht nimmt. Die letztere Befugnis hat bereits in der l. Salica der König sich reserviert[53]). Die erstere ist der Provinzialgewalt geblieben. In der karolingischen Zeit hat dann der König seine ausschliessliche Befugnis den Grafen delegiert: zunächst tritt dies in Bezug auf die Konfiskation hervor, aber auch andere Eigentümlichkeiten des königlichen Banns werden[54]) in den westfränkischen Quellen der Bannung durch die Grafen beigelegt. — Der Osten hat dieser Delegation, durch die die Gefahr der Konfiskation viel näher gerückt war, widerstanden. Aber auch im Westen ist der ältere Zustand, dass die Volksgemeinde — vielleicht ohne jede Aufforderung des Beamten — über den Angriff auf den Ächter beschliesst, nicht sofort beseitigt. Es hat sich dieser Angriff neben der missio in bannum von Person und Vermögen in Trümmern erhalten; etwa so, dass beide Formen der Vollstreckung nebeneinander stehen oder so, dass die missio in bannum sich mit der Wüstung kombiniert oder so, dass die Wüstung schon als provisorisches Zwangsmittel, die Friedloslegung als definitive Strafe wirkt. —

In den deutschen Landfrieden ist einigemal ausdrücklich gesagt[55]), dass die Acht eines Provinzialgerichts behandelt werden

51) Ob. N. 32.

52) Ob. N. 9 fd.

53) l. Sal. t. 56; ed. Chilperici c. 9 a. E.

54) cap. 273 B § 6 a. E. wirkt die Verbannung durch den einen Grafen auch im Gericht des andern, während im deutschen Recht (unt. N. 58) das nicht der Fall ist.

55) So deutlich const. contra incendiarios § 1—3 (Weiland I. 318), wahrscheinlich aber auch der rheinfränkische Landfrieden und die treuga Henrici c. 9 (Weiland II. 284), die ebenfalls schon auf Grund des Urteils des Provinzialgerichts eine Konfiskation eintreten lässt § 17 (Weiland l. 277; vgl. die Ausführungen von Planck Waffenverbot S. 165 fd.).

Digitized by Google

soll, wie wenn sie der König verhängt hätte, und einmal verleiht der König den Achturteilen eines der bergischen Gerichte das Gewicht der Reichsacht[56]). Die Wirkung solcher Bestimmung ist einmal die, dass nur der König das Urteil aufheben kann[57]), und dass der Geächtete für das ganze Reich geächtet ist; der provinzialen Ächtung, die ja der Ausspruch einer ursprünglich selbständigen, souveränen Gerichtsgemeinde ist, kommt wenigstens in Deutschland diese Wirkung über das Gerichtsgebiet nicht zu[58]). Weiter folgt aus solchen Bestimmungen vor allem, dass dem Provinzialgericht, dass durch die Landfriedensgesetzgebung oder besondere Privilegien die Verhängung der vollständigen Friedlosigkeit und damit die Konfiskation wegen Ungehorsams übertragen wurde. So erklärt sich, warum von da ab die Konfiskation ein Teil der Landeshoheit geworden ist, während früher mit Bestimmtheit das Recht des Königs zu erkennen ist; und wenn in dem bergischen Landrecht des 14. Jahrhunderts der Landesherr das Gut des Todschlägers konfiszieren kann[59]), so mag er das dem kaiserlichen Privileg verdanken, das ein paar Menschenalter früher ergangen. — Erst die Landfrieden des 12. Jahrhunderts haben also in Deutschland die absolute Friedloslegung an die Provinzialgerichte übertragen. In Frankreich ist das schon durch die karolingische Gesetzgebung geschehen.

Ein Aufgebot ist eigentlich nur notwendig gegen den Ungehorsamen. Darum können die Provinzialgerichte Todesstrafen — die ja die Anwesenheit des Missethäters voraussetzen — fällen und mit diesen eine Vermögenseinziehung verbinden, auch da, wo den Grafen die missio in bannum des Ungehorsamen nicht delegiert ist. Zwar findet auch hier, wie es scheint, vor der Hinrichtung eine Friedloslegung statt[60]); aber eines Aufgebots durch den Beamten bedarf es nicht mehr.

56) Lacomblet II. 963. 1296.

57) Weiland I. 318 § 2.

58) Belege bei Planck G. V. II S. 297.

59) Ob. N. 18.

60) S. sp. III. 54 § 4 (Brunner I S. 174). Auch das Stabbrechen hat Brunner II S. 467 N. 29 mit Recht hierher bezogen. Ich bin allerdings auch nicht im stand ältere Belege zu geben. Allein mir scheint die bereits von Grimm Rechtsaltertümer S. 136 angeführte Beziehung zu den Stäben schlagend, die beim Austritt aus dem Geschlecht gebrochen werden (l. Sal. 60). Später heisst der Austritt aus dem Geschlecht forisjurare, gerade so aber das Ausstossen. Die Friedloslegung ist aber nur ein forisjurare.

Digitized by Google

II. Hauptstück.

Strafverfahren.

§ 18. Die Privatklage im Dienst des Offizialprozesses.

I. In den Quellen stehen zwei Arten des Verfahrens nebeneinander: der Parteiprozess und der Offizialprozess. Der Parteiprozess muss hier im ganzen ausser Betracht bleiben. Aber über eine Gestaltung in ihm kann eine Darstellung der Verfassungsgeschichte nicht hinweggehen. Ich meine die Beeinflussung der Privatklage durch die Obrigkeit. Das System des eigentlichen Offizialprozesses, dessen bedeutender Umfang nachher zu besprechen ist, hat aber doch nicht überall genügt, da nämlich nicht, wo zwar ein Verdacht vorlag, aber weder Handhaftigkeit oder Notorietät noch die That eines Gewohnheitsverbrechers gegeben war. Für diese Fälle sucht man nun den Parteiprozess dem öffentlichen Interesse dienstbar zu machen.

II. Zunächst gehört die öffentliche Beeinflussung der Klagerhebung hierher.

Freilich ist es kein öffentliches Moment, wenn in Privatherrschaften der Herr oder dessen Advokatus das Wergeld des Unfreien einklagt[1]).

Dagegen ist an folgendes zu denken. Einmal muss es häufig genug vorgekommen sein, dass der Privatkläger in arbiträrer Weise zur Klagerhebung gezwungen wurde; die Quellen schliessen zwar oft die Sache aus, aber bezeugen gerade dadurch eine entgegengesetzte Praxis, und diese ist einigemale direkt belegt[2]).

---

[1]) Worms. U. B. I. 37. 1000: Que potestas talis fuit, ut si ullus censualium hominum interficeretur, ministeriales nostri wiregeldum ad cameram nostram exigerent. Beyer I, 406. 1103: et de occiso intus vel foris s. salvatoris homine, si per se abbas weregeldum acquirit, nil advocatus habeat inde. Beyer II S. 23. 1095 ähnlich. Metz IV S. 101. 1095: De leuda hominis interfecti solus villicus placitabit, accipiens ad opus Abbatis leudam. — Scheidt orig. Guelf. II S. 525. 1135: Si autem ab aliquo extraneo occisus fuerit servus Ecclesiae, Advocatus de Wergelde quartam partem accipiat, Abbati tres remaneant. — Luchaire Louis VII. 368. 1156–1157 Soissons: nos quoque concedimus jure perpetuo scilicet, mortuam manum et sanguinem et letum et licentiam accipiendi uxores in hominibus beati Crispini extra castrum Bestisiaci manentibus — Cluny I. 669 (945). — S. Victor II. 834. 1058: (Fredulus de Barris): Donamus etiam mansum de Casteneto, quem accepimus in emenda pro Gausselmo, nostro caballario, qui fuit occisus.

[2]) S. sp. I. 62. § 1: man ne sal niemanne dvingen to nener klage, der he nicht begunt ne hevet. — Freiburger Rodel § 37 (Gaupp): Si burgen-

Digitized by Google

Dann fällt namentlich im fränkischen Rechtsgebiet die Klage, die der Verletzte nicht erhebt, dem Gericht wie eine herrenlose Sache zu[3]).

Es ist schwer, das Phänomen scharf abzugrenzen. Ursprünglich scheint nur da die Klage an die öffentliche Gewalt gekommen zu sein, wo überhaupt kein Kläger vorhanden ist, während da, wo der vorhandene Kläger nicht klagen will, man sich mit dem vorher

---

ses inter se rixati fuerint, non sunt cogendi ad faciendum querimoniam, nec dominus vel judex civitatis debet ullo modo super hoc movere questionem. — Bayer. Landrecht c. 1: dez ersten seczen wir und gepieten vestiklichen, daz dhain richter noch amptmann in unserm land ze Bayrn nieman twingen noch noeten sol zuo dhainer chlage, er hab fuer geboten oder nicht; er welle dann gern chlagen, und gee mit dem vorsprechen fuer gericht, und pit gerichtz umb welcherlay sache und ansprach daz waer, an umb fliezzent pogwunden, die mit scharffem ort geschechent, und an todsleg, notnunft und offenbar haimsuochen, die mit gewaffenter hand geschicht, und offenbar Diepstal, die ainer auf den Diep wol erzeugen mag, alz dez landez recht ist: der sol chlagen, aber im selb an schaden, daz er sein dhain entgeltnuezz hab gen dem richter, und auch gen dem, den er angechlagt hat; ez waer dann, daz ain arm man mit seinem uebergenozzen icht ze schaffen hiet, den er vor vorchten nicht beschlagen getörft, den sol der richter haizzen chlagen, und sol im dez rechten helffen, ob der arm man gern chlagen will und dem richter darumb pitet. Recht des franc von Brügge (Warnkönig II. 45) § 50: Quicumque citatus fuerit ad exhibendum querelam suam. Bremer U. B. I. 234. 1246: De omni lesione, vulnere vel violentia manifesta, si lesus nollet vel non auderet prosequi causam suam, advocatus actorem ad persequendum querelam suam compellat secundum justiciam.

3) Assisses de la cour des bourgeois c. 274: Bien sachés que s'il avient, per aucune aventure, que uns hom soit osis ou une feme soit ocize, et l'on mete celuy murtre sor aucun home; et celuy qui est mors si n'en a nul parent, ni parente, ni amis, ny amie, qui sa mort demande de celui qui l'a ocis, la raison juge que le roy, ou le seignor de le terre, ou la dame de la vile, si est à celuy son dreit heir, et est tenus de demander sa mort, par dreit et par l'assisse; et de metre champion, ce mestier est, se celuy née celuy maufait. Jostice et Plet 19. 45 § 1: Come tex hom com li morz ait enfanz, ou nevoz ou parans prucheins, et aient poer de vengier leur ami, la demande est leur, non pas au seigneur; mès se li hons, ou la feme qui ocise sera, n'a paranz ne ami qui l'en puisse vengier, li rois puet demander et metre en poine, c'est, segont ce qu'il aprandra son dampnement dou corps. Lütticher loi mué von 1287 § 28 (Recueil Liège I S. 413): Et se cil que ons avoit ochis n'avoit ens elle pays proisme ou a Liège ne femme, ly maire et ly esquevins puelent et doient le forfait enquerre, et le fait enquis en doient aller tout ensi come plainte en fuist faite. — Hierher gehört es endlich, wenn der Richter wegen Verletzung Fremder klagt: Mieris II S. 668. 1342 Amsterdam: ende worde eenige ellendige man dootgeslagen. daer soude die Baelieu, of dien hy't

Digitized by Google

erwähnten Klagzwang hilft. Erst hinterher ist der Obrigkeit subsidiäres Klagerecht gegeben worden[4]).

Im süddeutschen Recht konnte der Richter die Verletzung des geschworenen Landfriedens durch Klage verfolgen[5]), wie im selben Gebiet der Schiedsmann des geschlossenen Handfriedens die Friedbruchsklage erhebt[6]).

III. Sachlich wichtiger und zeitlich früher nachweisbar ist der öffentliche Zwang, der auf den vermutlichen Thäter geübt wird, sich dem Gericht zu stellen.

Nach einer Anzahl von Quellen wird der Thäter verhaftet, auf mehreren Gerichten zur Klage ausgeboten, so dass die Dauer der

---

beval van onsen wegen mede klagen, ende die Schepen daer af wysen dat recht is. Rupprecht II. 19. Und kümbt ein gast in ains wirts haus ze herbergnn und wirt darjnn verlornn und ermörtt — den wirt sol man vahen und dy purger sullen jn ansprechen oder der richter. Das alte Recht von Lüneburg ed. Kraut 1846 S. 76 c. 95 dath em elende mhan worden doeth geslagen und wörde der mörder dur nha begrepen, de vageth schall up ehme klagen. — Für den magdeburgischen Quellenkreis namentlich Planck I S. 148 f.

[4]) So z. B. Recht des Frank § 50 (Warnkönig II. 45): Quicumque citatus fuerit ad exhibendum querelam suam, et non venerit, ipse super hoc non amplius justificabitur. Nihilominus tamen comes et castellanus querelam illam veritate scabinorum persequentur. — Recht der Vierämter § 74 (Warnkönig II. 222): Laesus autem perpetrato forefacto citari potest a comite et a castellano, ut querimoniam suam prosequatur, qui si non venerit et querimoniam suam prosecutus fuerit, querimoniam suam amittet, nisi se excusaverit legitime; et comes et castellanus poterunt infra annum querimoniam suam facere, si voluerint de malefactore.

[5]) Sw. sp. 97: wir sprechen also, ez moge ein iegelich man sinen schaden verswigen ob er wil. Daz gerihte hat aber sine vorderunge hin ze ienem, der den vride gebrochen hat, dar nach und diu schulde ist (der letzte Satz eine dem S. sp. gegenüber selbständige Angabe des Sw. sp.). — Wiener Stadtrecht von 1221 (Wiener U. B. 5): dass in § 1 bei handfester That der Richter klagt, braucht nach dem folgenden nicht hierher zu gehören; wohl aber § 10: Item statuimus, quod iudex non iudicet quemquam, nisi ille sit presens, qui deponat querimoniam super illum, vel nisi iudex testibus probare possit talibus, qui non sint homines vel subditi sui, quod aliquis antea deposuerit ei querimoniam super illum. Eine richtige Klage des Parteiprozesses kann das letzte nicht sein; denn die könnte in Abwesenheit des Klägers nicht entschieden werden; es muss sich um Denunziation handeln, die dann zum Einschreiten des Richters führt; ganz deutlich ist das gleiche im Bayer. Landrecht c. 1 (N. 2), wo in Friedbruchsachen Klagzwang besteht, aber ohne dass der Kläger die Unterliegensfolgen zu fürchten hätte; es ist blosse Denunziation.

[6]) § 15 N. 28, 29.

Digitized by Google

Gefangensetzung sich auf 40 oder 4 mal 40 Tage beläuft, und, wenn kein Kläger auftritt, durch Urteil freigesprochen[7]).

Eine andere Quelle spricht von einer Verhaftung und Gefangensetzung des der That Verdächtigen für im ganzen 4 quarantaines; die Freilassung bedeutet nicht Freisprechung, sondern es kann noch immer im Lauf des Jahres die Kriminalklage angestellt werden[8]).

---

[7]) Am bestimmtesten in der Abgrenzung ist Beaumanoir 30 § 90: er trennt den Fall des blossen Verdachtes von dem des notorischen Verbrechens ab, wo von Amtswegen die Strafe verhängt wird, und ebenso (1 § 35) vom Einschreiten gegen den Gewohnheitsverbrecher. Für den Fall des blossen Verbrechensverdachtes ist Verhaftung zulässig, und der Verhaftete wird zuerst 6 Wochen, dann, je nachdem er Edelmann oder Gemeiner ist, noch einmal 18 Wochen oder 6 Wochen gefangen gehalten und auf 3 assisses — so der Edelmann — oder auf 1 assisse öffentlich zur Klagestellung ausgeboten. Erfolgt keine Klagestellung, so muss er durch Urteil freigesprochen werden (li emprisonnés doit estre delivrés par jugement, ne ne l'en pot nus puis la delivrance acuser). Bei Beaumanoir tritt die Reinigung nicht mehr deutlich hervor. — Ebenso ist es in dem Hennegauischen Landfrieden von 1321 (Faider I S. 20) § 3: Item, est il de coustume en ledite comté que puis que li homs pris est et amenez à loy, li sires ne se puet faire justice et convient que chilz qui est à loy mis, se plainge au plus proisme au mort à se quinzaine enthière, et se ly adjournez ne vient dire sour le malfaitteur devens III quinzaines, li malfaitiers en va quittes et délivrés, et sil vient dire sour lui, il quiet au jugement des hommes. — Varin Reims II S. 34. 1303: Que la coustume de Rains estoit teile, que quant aucuns estoit soupesseneiz de la mort de I homme, et il estoit crieiz as droiz l'arcevesque par III quinzaines, et la quarte d'abondant, en la mennière qu'il avoient esteit crieit, il devoit estre délivré, par droit, dou tout, quant nuns ne venoit avant. — Die 40 tägige Verhaftung des mutmasslichen Thäters findet sich auch in Zülpich: Lacomblet, Archiv I S. 253; es handelt sich hier um vorläufige Festnahme des Thäters bei offenen Wunden auf 40 Tage; das weitere Verfahren ist nicht geschildert. — Ähnlich ist es im Recht von Albi (Giraud I S. 94) § 3. 1268: Se en autra manieira sia contra pausatz crim que pena de sanc porta, per lo baile del avesque o per so loctenen poira esser pres; mar se assegurara de estar adrech per fiansas, abastans segon la qualitat del forfach, no sera retengutz sel crim non era notoris o manifest o per aquo fos fugitius. Mar se es greumen diffamatz, sobre aisso, poira esser detengutz entro ad VIII. dias; e se adonx no sera convengutz del crim empausat à lui, sera delaissatz sotz cautio de fiansas si coma es dich.

[8]) Jostice et Plet 19. 26 § 12: nus ne doit estre pris de cinq fez don li cors est dampnables por cause de sopeçon, se la cause dou sopeçon nest aperte ou resonable. Et se aucuns est pris por cause de sopeçon, l'en le puet tenir quarante jorz. Et se dedanz quarante jorz nus ne vient avant por lui acusier, l'en le doit recroire à plége, cors por cors. Et cele recréance durra

Digitized by Google

Dieser Satz knüpft an die Fristen der vorausgehenden Gruppe an; es ist aber die absolutorische Wirkung der Entlassung, wie sie dort auftritt, aufgegeben. —

Etwas abweichend ist das normannische und das französisch-orientalische Recht: Die Übereinstimmung beider Quellen und der Umstand, dass bereits der très ancien coutumier Gleiches sagt, weist auf einen sehr frühen Ausgangspunkt[9]). Es wird danach der angebliche Missethäter ein Jahr lang gefangen gehalten; wird er binnen eines Jahres nicht verklagt, so darf er nicht weiter strafrechtlich verfolgt werden. Aber schon im Lauf des Jahres kann er sich der Verfolgung dadurch entziehen, dass er sich zur Reinigung erbietet, oder sich der Inquisition unterwirft.

Es ist nun sofort klar, warum nach Jahr und Tag die strafrechtliche Verfolgung ausgeschlossen ist; mindestens in dieser Frist verjähren nach fränkischem Recht alle Delikte[10]). Nun tritt aber

---

trois quarantoines. Se nus ne vient por lui acusier, si plége seront délivré, jà soit ce que se aucuns vient avant por lui acusier dedanz l'an et dedanz le ior, il sera oïz; et enprès l'an, non.

[9]) Assisse de la cour des bourgeois c. 265: wenn jemand auf handfester That ergriffen und vorgeführt ist, so soll er den Tod erleiden, wenn auch noch auf der Folter ein Geständnis erzwungen werden kann. Wenn er aber auf der Folter nicht gesteht, si det estre puis mis en prison un an et un jor, por veyr ce dedens celuy termine il en vora porter nul juise, ou ce nul venra avant, qui le veille prover de celuy murtre. Et ce nul n'i vient dedens l'an et le jor, ne il n'en vost traire juyse, si deit hors de la prison estre trait, et det estre atant quite de celuy murtre, sans mais respondre nient à nuli qui appeler le vosist. Grand cout. Normand. 5 § 1: Officium autem Vicecomitis est — de malefactoribus et seditiosis et multris et arsionibus et defloratioribus virginum violentis et ceteris actibus criminosis diligenter et secreto inquirere. Et quos super hoc facto secreto scrutinio per sacramentum plurimorum virorum fide dignorum nec suspectorum invenerit culpabiles eos tamdiu tenere debet carceri mancipatos quousque se subiiciant publice inquisitioni vel quousque per legem fuerint liberati. 76 § 1: Dum tamen sit notorium, ipsas imposito crimine esse culpabiles, sub gravi prisonia usque ad diem et annum, eo modo quo de viris dictum est superius, debent custodiri. Eine Anwendung ist 79 § 1. Très anc. cout. 51 § 1: Omne vero malefactum, in quo infamia laboraverit, ponit malefactorem in prisione per iusticiam, licet aliquis super eum non moveat questionem, ita quod tamdiu erit in prisione, quod aque judicio se purgabit.

[10]) Warnkönig II. 222 § 74: Item si aliquis in aliquo forefecerit et infra annum et diem clamor super eum coram scabinis factus non fuerit; nec comes vel ballivus ejus nec laesus anno transacto et die, quo dictum forefactum fuerit perpetratum, poterunt de caetero clamorem suum facere. — Grand

Digitized by Google

in demselben Gebiet auch eine noch kürzere Frist von 40 Tagen ein, innerhalb welcher Gewaltthaten durch Klage verfolgt sein müssen[11]). Offenbar geht darauf die Dauer der Untersuchungshaft bei Beaumanoir und seiner Gruppe zurück. — Es wird eben der mutmassliche Missethäter solange gefangen gehalten, als sein Delikt nicht verjährt ist.

Nun kann aber nach der normannischen Gruppe, die zeitlich die ältere ist, der Verhaftete seine Verhaftung abkürzen entweder dadurch, dass er sich der Inquisition unterwirft oder dadurch, dass er sich durch Gottesurteil reinigt. Die erstere Möglichkeit, die eine spätere Bildung ist, soll nachher besprochen werden. Die zweite aber hängt mit dem gemeinfränkischen Inzichtsverfahren[12]) zusammen, wonach der Verdächtigte sich dadurch definitiv von jeder Klage reinigt, dass er sich vor Gericht auch in Abwesenheit des Gegners zum Beweis seiner Unschuld erbietet und denselben, soweit möglich, leistet.

---

cout. Norm. 75 § 9: Notandum insuper est, quod nullus potest sequi de maleficio, quod justiciario infra annum et diem non fuerit demonstratum eidem super hoc clamore exposito prout debet. — Jostice et Plet 19. 29: Enten que se aucuns demende à autre de murtre, de rat, de larrecin, de traïson, d'omecide, de membre tolu, et li anz et li jorz passe avant, qu'il face sa demende, l'en ne doit pas estre oïz. Mès dedanz l'an et dedanz le jor, l'en li en doit respondre.

11) I. Coutume von Amiens § 8 (Thierry I S. 129): Derechief quiconques de lait dit, ou de laide ouevre, ou de férir, ou de forfait de mellée, d'autrui se clamera, se dedens les 40 jors que che aura esté fait ne se claime, cil n'en respondera, se mort ou mésheignié ne l'a. — Patron c. 19 (Recueil de Liège S. 327) et de tous cas criminaz queilconques on soy doit plaindre dedens quarente jours après le fait advenut, en cas ou ly plus proisme seroix en pays; ou s'ilh estoit absens, dedens quarente jours après sa revenuire.

12) Für Deutschland: Bayer. Landrecht c. 30; Aufzeichnung des Ludwig von Eyb § 19 für das Nürnberger Landgericht (Vogel, des Ritters Ludwig von Eyb — Aufzeichnung etc. S. 71); für das Würzburger Recht des 15. Jahrh. sind die Stellen von mir zusammengestellt in D. Zt. f. G. W. N. F. I S. 209 N. 4; Bamberger Recht, vgl. Brunnenmeister, die Quellen der Bambergensis S. 182, 244. Das Inzichtsverfahren kehrt aber in den französischen Quellen wieder: Somme rural S. 225. S. 227 Marnier, Pikardie S. 47. S. 56. Artois 47 § 1. Der Grundzug ist hier allemal der, dass der freiwillig Erscheinende sich das Recht des Reinigungseides bewahrt, und zwar muss er sich dem Richter für eine Gerichtsfrist — also für vierzig Tagen (Artois 47 § 1; Marnier S. 35; Bayer. Landr. c. 30) — zur Verfügung stellen. Erscheint ein Gegner, dann kommt es zum ordentlichen Prozess, also in späteren Quellen doch noch zum Überführungsbeweis. — Unrichtiges bei Brunnenmeister S. 45 f. — Das Inzichtsverfahren

Digitized by Google

Dieses Reinigungsrecht ist auch dem Verhafteten nicht genommen; weil er verhaftet ist, kann er sich aber nur durch Gottesurteil reinigen. So stellt sich die Verhaftung als indirekter Zwang zur Reinigung dar, ein Zwang, der um so einschneidender wirken musste, als in den damaligen Gefängnissen der Aufenthalt auch nur von 40 Tagen, geschweige denn von einem Jahre, geradezu wie eine Tortur gewirkt haben mag. Und offenbar ist die Verhaftung der Hebel in dem Mechanismus gewesen, durch welchen die ursprüngliche freiwillige Unterwerfung unter die Inquisition zur rechtlich notwendigen geworden ist.—

Die Verhaftung dessen, der einer konkreten That verdächtig ist, lässt sich nun in die fränkische Zeit, aber allerdings nur in der westfränkischen Gesetzgebung, zurückverfolgen und so ist es vielleicht kein Zufall, wenn ich die gleiche Sache doch wesentlich in den französischen Quellen gefunden habe. Der Ausgangspunkt, den ich meine, ist das Kapitular von 873[13]). Nachdem in der Einleitung ganz kurz das Verfahren gegen die Gewohnheitsverbrecher gestreift wird, kommt das Gesetz auf diejenigen, welche eines Verbrechens nur verdächtig sind. Das Gesetz gestattet die Verhaftung und Vorführung derselben vor Gericht; aber auch hier geht das Reinigungsrecht nicht verloren, wenn keine Anklage erhoben wird. — Als Delikte, bei denen dieses Verfahren möglich ist, werden Diebstahl, Raub, assultura und infidelitas überhaupt genannt[14]).

Auch im bayerischen Recht erfolgt in allerdings undeutlicher Weise eine Verhaftung wegen Inzicht[15]).

---

bezieht sich übrigens nicht bloss auf den Leumund als Räuber, sondern auch sonst als Verbrecher. Der erste mir bekannte Beleg des Inzichtsverfahrens geht in die fränkische Zeit: Die der ehelichen Untreue verdächtige Kaiserin Judith stellt sich vor das iudicium Francorum (die Reichsversammlung), um sich gegen etwaige Klagen zu reinigen: cumque nullus inventus esset, qui quodlibet illi malum inferret purificavit se secundam iudicium Francorum de omnibus quibus accusata fuerat (annales Bertiniani S. 3 [S. 2] H. A.).

13) Cap. 278 § 3.

14) Auch im Konzil von Trier (Regino de synodalibus causis II. 303) wird der Räuber als infidelis bezeichnet.

15) Passauer Stadtrecht von 1300 § 40 (M. B. XXVIII b. S. 514) schliesst bei Inzicht die Verhaftung des Bürgers aus; dieselbe ist nur bei „Hanthaft oder ware Tat" (Notorium) gestattet; nach allgemeinem Landrecht scheint also wegen Inzicht Verhaftung möglich. Recht von Tuln § 2 (Winter, Beiträge zur Rechtsgeschichte ober- und niederösterreichischer Städte, Märkte und Dörfer S. 22 f.) lässt bei Inzicht eine Verhaftung des Missethäters zu, gestattet aber dem Bürger, dass er ungefesselt in den Gewahrsam anderer Bürger übergeben wird.

Digitized by Google

§ 19. Amtliches Einschreiten bei notorischem Delikt.

In Frankreich und der deutschen terra juris franconici wird nach den Aufzeichnungen des 13. und 14. Jahrhunderts das handhafte oder das notorische Verbrechen von Amtswegen ohne „geordnetes Verfahren", d. h. ohne kontradiktorischen Prozess verfolgt und mit dem Tode bestraft[1]).

---

[1]) Et. S. Louis II. 17: Et se il treuve par anqueste qu'il soit corpables d'aucun fait où il ait poine de sanc, il ne le doit pas dampner à mort — quant il n'a esté pris en nul presant fait. — Beaumanoir unterscheidet zwischen dem Einschreiten bei Verbrechensverdacht, wo bloss eine Verhaftung, aber keine Verurteilung stattfinden kann — hierüber (§ 18 III) — und dem fet notoire. Hier kann der Richter ohne plet ordené sofort mit der Kriminalstrafe einschreiten. Die Thatsache der Notorietät wird durch eine amtliche Untersuchung (aprise) festgestellt, die von der enqueste scharf geschieden ist. (Hierher Guilhermoz enquêtes et procés S. 92 fd.). Einer Klage bedarf es bei dem fet notoire nicht, sondern lediglich einer Denunziation (Beaumanoir 6 § 12, 39 § 12, 43 § 43, 61 § 20, 63 § 2). — Gerade wie nach Beaumanoir brauchen nach flandrischem Recht bei delicta manifesta die tria placita generalia, d. h. das normale Rügegericht nicht abgewartet zu werden: Gheldolf histoire de la Flandre V S. 462: Si casu aliquo contingente, homicidium vel crimen aliud manifestum acciderit propter quod tria placita generalia non soleant vel debeant exoptari, comes vel ille qui erit ex parte comitis habebit exequi iusticiam. Artois 49 c. 3: mais toutes voies, se ce n'est criemes notoires ançois soit publiques, li ordenes de droit est a garder, c'est qu'il soit adjournés avant qu'il soit debouté. Also bei crime notoire kein plet ordené. — Bouteiller Somme rural S. 222: por present meffait peux et dois scavoir que le Juge se peut et doit mouvoir à cause d'office contre le delinquant, et luy imposer le fait et calenger de peine capitalle de son office tant seulement sans autre denonciation n'information precedente: et si le deliquant le confesse, la punition en doit estre jugée selon le cas: comme cy apres sera dit en la rubrice subsequente. S'il le nie, et le cas soit leger à prouver, le Juge ou Procureur d'office le doit offrir à prouver, et ce prouve, punition s'en doit ensuivir. Et si preuves n'y sont bien appertes, puis que le cas est de present meffait, le Juge le peut et doit monstrer à question à atteindre la verité, et riens espargner pour iustice ateindre, et le mal punir. — Bayonne c. 23 § 1 (Balasque II. 4): Lo seinhor no ha praue sober son sosmes mas de les causes qui seren passades per davant luy en cort, los partz presentz, o en horde, contre aquetz qui seran atens fugen o en maleffici. — Castan Besançon S. 181: Item que justise desuis dite ne puist demander senz escussor, se n'est de grime notoire ou de arme amoluie por ferir ou por faire ayme du ferir. — Bayerisches Landrecht c. 65: Item haven unse alderen ouch vur eine alde gewonheit, dat der lantherre yre gheynen en sall gryffen noch aen laissen tasten an yre lyff noch an yre guyt, he en have inne erst erfoulgt ind verschreven als van alders gewonlichen ist — Uyssgescheiden vier punten, den der here daer oever

Digitized by Google

Denselben Standpunkt haben bereits die Landfrieden Friedrich I. angenommen, die das süddeutsche Recht ihrer Zeit wiedergaben[2]) und in auseinanderliegenden alten niederfränkischen Urkunden ist gesagt, dass der Richter bei handhaften oder offenbaren Verbrechen ohne die Schöffen richtet[3]); das ist nur ein anderer Ausdruck für den Ge-

---

krege, dat were: myns heren straissen geschynt ader mord, dyeffte ind entschakinge, den man dan up blykender daet vonde, den mach der here an laissen tasten. Wenn das Bayer. Landr. c. 1 bei offenbarem Kriminaldelikt eine Stellung das „Klägers" zulässt, bei der ihn keine Unterliegensstrafe trifft, so ist damit offenbar Denunziation und damit das von Beaumanoir geschilderte Verfahren gemeint. Auch im Wiener U. B. 5 § 1. 1221: (Si autem homicida deprehensus fuerit in ipsa actione i. e. an der hanthaft, cum sanguinolento gladio, et si judex hoc probare poterit cum XII viris honestis et credibilibus qui dixerint, eum homicidium hoc perpetrasse — capite puniatur) wird, da der Richter klagt, offenbar wegen handhaften Todschlags ex officio eingeschritten. — Zahlreiche Stellen, in denen nur Verhaftung und Inquisition wegen Notorietät berührt ist, übergehe ich und will bloss die interessantesten erwähnen. Nach dem Recht von Lyon ist eine inquisitio nur in tribus casibus videlicet super homicidio, furto et proditione, contra hominem alias diffamatum möglich: Guigue cart. municipal de la ville de Lyon S. 108. 1296. Auf das gleiche bezieht sich nun eine Rechtsbelehrung königlicher Kommissäre (Guigue a. a. O. S. 61) v. 1319: Noveritis quod nos inhibuimus senescallo Lugdunensi quod nullas inquestas super aliquibus criminibus, nisi super homicidio, furto vel proditione, faciat notoriis criminibus et presentibus forefactis cum premissis criminibus superius duntaxat exceptis.

[2]) Landfriede von 1152 § 1 (Weiland I. 140): Si autem omnibus manifestum sit, quod non necessario, sed voluntate illum occiderit, tunc neque per duellum neque quolibet alio modo se excusabit, quin capitali damnetur sententia. Deutlicher Const. contra incendiarios § 13 (Weiland I. 318): Item si incendiarius captus fuerit et coram judice negare voluerit incendium commississe, nisi forte notorium per provinciam fuerit, judex si possit cum VII idoneis testibus convincere, capite plectatur. Sed si notorium est, nullius requirendum est testimonium, sed statim decollandus.

[3]) Miräus III S. 348. 1176 Hennegau: Si vero latro aliunde veniens — cum furto manifeste deprehensus fuerit, tunc ipse cum rebus illis, non expectato Scabinorum judicio, quia manifesto judicatus est latrocinio, cedet in partem Comitis et eius Praepositi. Varin Reims I. 261 (Teulet I. 313). 1182: Ad hec si quis bannalium archiepiscopi furtum, vel murtrum, vel proditionem commiserit, et forisfactum manifestum fuerit, ipse et res ipsius in voluntate archiepiscopi erunt. Et si dubium fuerit, et ille super hoc impetatur, bonos obsides dabit, si de banno archiepiscopi fuerit, quod judicio scabinorum stabit. Tailliar 41. 1238 § 61 (Recht von Marquion bei Cambray): Item, ly bourgois pour fourfait que il faiche en celle meme ville par le seigneur ne par aultruy ne porra en nulle maniere sauf les fourfais devant dis, estre aggreves sans jugement des eschevins fors de murdre ou de chose congnotte

Digitized by Google

danken der späteren Rechtsbücher, dass hier das geordnete Verfahren ausgeschlossen ist.

Natürlich wird es nun nur in den seltensten Fällen vorkommen, dass die That für den urteilenden Hofrichter unmittelbar handhaft ist[4]).

Um das Offizialeinschreiten zu ermöglichen, wird daher bestimmt, dass der von andern auf der That betroffene Missethäter dem Richter ausgeliefert werden muss, mag er von der Partei selber ergriffen worden sein[5]), mag ihn ein Beamter oder die Gesamtheit, die Hundertschaft betreten und festgenommen haben[6]).

---

notoirement ou de homme occhis ou de larchin ou du sergant au seigneur. — Warnkönig II. 209 § 13 (Renaix). Et sil avenoit k'aucuns larrencius u murdres u ras u occisions d'omme u arsins u triwe brisie fust fait en le ville de Rosnays, de toutes ches choses ne se pueent ne doiuent Eschevins meller, se li fais est appers sour cheaus et de cheaus, ke chou aroient fait. Wenn z. B. v. d. Bergh I. 417 (S. 5) auch bei der handhaften That die Gemeindeschöffen zuzieht, so ist das eben eine Konzession an die Kommunalbehörde, die sich früh und oft findet (Worms. U. B. I. 42; Lacomblet I. 261).

[4]) Bei Delikten unmittelbar vor dem Richter erfolgt Offizialeinschreiten, z. B. Warnkönig II. 160 § 38. Paweilhars c. 6.

[5]) Assisses de la cour des bourgeois c. 245: Bien deivent tous homes saver que se uns hons prent un larron sur ces choses emblant, ou en quelque part qu'il le preigne sur ses biens, la raison juge qu'il est tenus de mener le à la cort, ce cest que il à la justise le deit rendre o tot ce qu'il a pris. — v. d. Bergh I. 412 S. 221. 1245 Haarlem: Si quis autem furem in domo sua deprehenderit eum si poterit tenebit, et septem de vicinis suis advocabit, et furem ligatum tamdiu cum vicinis suis tenebit, quod eum die clara judici representet, re quam furatus fuerit in dorso furis ligata et tunc judex in judicio furem conveniat et eum iuxta scabinorum tractet iudicium. Schwind 4. 1180: Si vero contigerit, quod fur in ipso districtu cum furto deprehensus fuerit, furtum quibus ablatum est, sicut ius est et consensus abbatis exegerit, reddatur et fur nullatenus iudicio provinciali plectendus tradatur. Sed sicut ipsum cingulus suus continet, procul a districto Wiltinensi pellatur, ne super hoc propter ora loquentium iniqua, si provinciali traderetur potestati, Wiltinensis libertas notabilis haberetur: also normal die Verpflichtung, den handhaften Dieb an das Hochgericht auszuliefern.

[6]) Paweilhars c. 6. Sachiez que alle loy Charlemagne, s'ilhe avient uns hons fier aultruy sans sanc ilhe doit estre bannis fours delle justiche un an, se justice le voit ou le cognoist ou soit pris a centine. — Auch in dem ganz entlegenen Recht von Bayonne findet sich etwas, das damit verglichen werden könnte. c. 103 § 18. Der Blutkläger soll den Todschläger anklagen: mas pero si lo clamant no vie accusar lo pres en centeye, quent lo mayre manat lagaue, lo mayre et le centeye deuyan pausar sotz mayre en son loc en deffaute de laccusedor, et ed accusera lo pres; et quent lo pres sera a le

Digitized by Google

Dabei muss auch die Ergreifung durch die Gesamtheit auf handhafter That erfolgen; nur so nimmt die obrigkeitliche Ergreifung dem Thäter den Reinigungseid[7]).

Allein gerade die Vorführung des Missethäters durch das Volk muss natürlich von selbst zu amtlichem Einschreiten wegen blosser Notorietät ausgeschlagen sein[8]); freilich durchaus nicht überall ist das geschehen[9]).

---

vesiau per dabant los cent partz et lo perbost deu rey quiu deura darer judyiar, deura estar desligat. etc. Man könnte das auf eine Gefangenschaft durch die centena beziehen; aber gerade so gut kann das en centeye mit accusar verbunden werden, und das ist in der That das Richtige. Die centeye sind nur die centum pares, welche Bayonne bekanntlich mit Rouen gemein hat. § 23 N. 21.

7) Paweilhars c. 71: Et sachiez s'ilhe avient que uns hons leirz soit pris a centine et la centine de lieu l'amaine pardevant la justiche atout le larrecin sour son coul et la centine die ensi à la justiche: nous vous livrons cesti por teil qu'il est; sachiez sour teilz paroles li esquevins nelle jugeront nient a mort par loy, se li leirz ne conissoit le larchin avoir fait après ce pardevant le mayeur et les esquevins; car ben sachiez que chouse que li hons connoist tant qu'il est dispostueit de son cors ne ly doit grever par loy; mais bien sachiez que s'ilhe avenoit que li centene livroist l'omme a la justiche si que larron pris a larrchin et atout le larrcin sour son coul adont le jugeront li esquevins par loy a pende. — Damit stimmt die Nachricht bei Hocsem II c. 5 (Chapeauville II S. 378): erat namque lex quaedam per abusum longis temporibus observata, quae lex Caroli dicitur, inter caetera continens, quod si quis hominem interficeret etiam videntibus villico et Scabinis, nisi villicus factum hoc verbaliter poneret in custodia Scabinorum, etiamsi malefactor caput interfecti sub veste sua portaret, ad judicium accusatus, nullis probationibus convinci poterat, sed suo se juramento purgans absolutus recedebat impune. Auch das Recht von Besançon gehört noch halb hierher. Castan S. 185. 1290: Item quod nullus judex civitatis predicte nullum quid potest petere a civibus predictis — nec ad aliquam inquisitionem descendere, si legitimus non appareat accusator, nisi judex vel ejus nuncius ipsum malefactorem caperet in proprio delicto illud notorie perpetrando vel etiam perpetrato notorie. Die Verhaftung erfolgt hier auch schon in crimine notorie perpetrato, nicht bloss auf handhafter That; aber nur dann ist der Richter zum Offizialeinschreiten befugt, wenn die Verhaftung durch seinen nuntius erfolgt, gerade wie in Lüttich die Verhaftung durch den maior des Dorfes (centena) stattfindet. — Damit stimmt vortrefflich der von Brunner II S. 486 ff. gefundene Unterschied.

8) Deutlich in Besançon (vorletzte Note).

9) Nicht bloss das Lütticher Recht hat sich hiegegen gewehrt; hierher gehört auch das normannische Recht, wo selbst bei Notorium lediglich Gefangensetzung auf ein Jahr erfolgt grand cout. Normand. 5 § 1 (§ 18 N. 9) und daraus auch Ol. I S. 562 XII: Quedam prava consuetudo erat apud

Digitized by Google

Charakteristisch ist es für das tumultuose ausser dem Gericht liegende Verfahren, dass sowohl in Deutschland wie in Frankreich gegen den notorischen Verbrecher die Folter angewendet wird[10]), dann dass die Appellation ausgeschlossen ist[11]).

Von einem Reinigungsrecht des handhaften Verbrechers ist natürlich nirgends eine Rede, während es da vorkommt, wo der bloss notorische Thäter dem handhaften noch nicht gleichgestellt ist[12]).

Die ganze Prozessform geht bereits auf die fränkische Zeit zurück. Schon hier darf man den Verbrecher nicht selber töten, sondern muss ihn dem Richter zur Verurteilung ausliefern[13]). Also

---

Vernolium, videlicet quod, quando aliquis facit melleyam manifestam et apertam in ipsa villa, licet factum sit notorium, tamen malefactor purgabat se per juramentum suum, se sexto.

10) Vielleicht schon Lacomblet II. 190. 1233: Item qui quicquid delinquunt famuli vel nuntii canonicorum vel spiritualium hominum, omne judicium cedet decano et capitulo, et in nullo se intromittet iudex secularis, exceptis hiis casibus, in quibus magni criminis rei existant, quod nulla possit tergiversatione celari, sed pluribus et bonis notorium sit et manifestum, videlicet si quemquam fortassis sponte occiderint, aut membro mutilaverint, vel raptum pudoris mulierum fecerint violentum, quod notmunde vulgo appellatur, vel rapinam vel furtum fecerint magne rei pro quibus vel tortura vel suspendio digni sint. Sicher aber Bouteiller S. 222 ob. N. 1, dann schon früher assisses de la cour des bourgeois c. 265 (ob. § 18 N. 9).

11) Beaumanoir 61 § 62: cil qui est pris por cas de crieme, c'on quide souspechoneus, — s'il est condampnés par jugement, il ne pot tel jugement rapeler. Der Satz bezieht sich nicht bloss auf den notorischen Verbrecher, aber natürlich auf ihn mit. Ordonnanz von 1286 c. 1 (Ol. II S. 38): ordinatum fuit quod reciperentur appellaciones in causis criminalibus, tam super contempnacione quam super absolucione; set ubi confessus fuerit de crimine et condempnatus, vel ubi erit captus in ipso maleficio, poterit sentencia condempnacionis mandari execucioni, et in causa appellacionis excusabitur iudex a quo erit appellatum, si probet aliquem casuum predictorum; d. h. also wenn der Richter gegen einen Missethäter die Todesstrafe vollzieht, der bekannt hat oder auf handhafter That ergriffen ist, so braucht er später bei einer Anfechtung des Urteils in höherer Instanz (natürlich durch die Verwandten) nur zu beweisen, dass Bekenntnis oder handhafte That vorliege, d. h. es gibt keine eigentliche Appellation in diesem Fall.

12) Ob. N. 9.

13) Neben der l. Ribuar. und l. Chamar., auf die bereits Brunner hingewiesen hat (II S. 485), kommt namentlich cap. 52 § 2 in Betracht: de latronibus, ut melius distringantur. Et ut nullus hominem pendere praesumat, nisi per iudicium.

Digitized by Google

lässt der Richter auf die Vorführung in handhafter That die Todesstrafe verhängen.

Die Umbildung der handhaften That in die blosse Notorietät aber ist bereits im decretum Childeberti vollzogen; es scheint, als ob der notorische Dieb, Frauenräuber und Todschläger in einem tumultuarischen Verfahren ex officio getötet wurde[14]). Dadurch hat das fränkische Recht mit seiner intensiven Auffassung von der staatlichen Gewalt, die ihm durch ganz Europa zum Sieg verholfen, dem königlichen Richter das zugesprochen, was ursprünglich der Rache des einzelnen und dem Zugriff der Gesamtheit überlassen war.

Natürlich wurde das fränkische Prinzip nicht überall durchgesetzt. Das sächsische Recht des Mittelalters hat niemals ein staatliches Offizialverfahren auf handhafter That oder bei notorium gekannt[15]), während sich auch hier und noch anderwärts Spuren eines Zugreifens des ganzen Volkes auf den handhaften Verbrecher finden. Wenn nach dem Sachsenspiegel die Bauern zum Gericht über handhaften Diebstahl oder Raub einen Gografen wählen, so bedeutet das ein vom königlichen Beamten unabhängiges Einschreiten der Bauernschaft gegen den Dieb[16]), und das Gleiche blickt auch in denjenigen Quellen hervor, welche den Landfriedensgeschworenen das Recht geben, ohne Zuziehung des ordentlichen Gerichts den auf handhafter That Betroffenen zu töten[17]).

---

14) Cap. 7 § 4, § 5, § 7, § 8.

15) Görlitzer Landr. 46 § 8 c. (Homeyer S. sp. II. 2). Ob ein man gevangin wirt umbe eine vriske tat, unde jenir obir in nicht ne clagit deme er den schadin getan hat; so ne sol man durch recht ubir den gevangin ne hein gerichte irteilen, wan daz er deme richtere wette.

16) S. sp. I. 55 § 2. I. 57.

17) Ganz deutlich ist das in der zweiten seeländischen Keure (v. d. Bergh II. 747) § 71. 1290: die enen dief of enen rovere vaet metter verscher daet, es hi so machtich, dat hine mach hanghen metten ghezwoorne, hi salne hanghen tusschen twe sonne schine, maer mach hiis niet doen, hi sallen leveren den scoutate, ende hine salne hanghen metten lieden van den ambochte. Auf das gleiche führt aber das spätere westfälische Recht, wo die Freischöffen, d. h. ursprünglich die Friedensgeschworenen den auf handhafter That Betroffenen töten können: die Stellen bei Lindner, Vehme S. 531 f., wo bereits auf die Analogie des S. sp. I. 55 § 2, I. 57 hingewiesen ist. Die seeländische Quelle kommt der Sache noch näher.

Digitized by Google

Allein in Frankreich und in der deutschen terra juris franconici ist der Offizialprozess bei notorium zur Herrschaft gekommen und ist dann im 16. Jahrhundert durch die Carolina gemeindeutsches Recht geworden. —

Das Bisherige schliesst aus, dass die Quellen des 12. und 13. Jahrhunderts an das kanonische Recht anknüpfen[18]). Es ist schon an sich unglaublich, dass die weltliche Gerichtspraxis bereits im 12. Jahrhundert so starken kirchlichen Einflüssen ausgesetzt gewesen wäre. Ganz unmöglich wird aber die Ableitung, wenn man bedenkt, dass die amtliche Verfolgung der handhaften That der Ausgangspunkt[19]) der ganzen Entwickelung ist und diese schon in der frühfränkischen Zeit beginnt.

Das kanonische Recht[20]) hat eben das, wie alle Teile seines Strafprozesses aus dem weltlichen Recht übernommen.

§ 20. Das Offizialeinschreiten bei Emendae.

I. Die emendae d. h. die Bannfälle begründen Forderungen des Königs oder Inhabers der Grafengerichtsbarkeit. Nun gilt in Frankreich der Satz[1]), dass der König für seine Forderungen

---

18) Die im Text bekämpfte Ansicht ist neuerdings von R. Löning, Der Reinigungseid bei Ungerichtsklagen S. 237 f. vertreten; auch Zallinger, Das Verfahren gegen die landschädlichen Leute S. 25 hat sie übernommen. Für das hier Behauptete Wetzell, Civilprozess, 3. Aufl. S. 181 ff.

19) Der Übergang der handhaften That in das notorium tritt sehr früh in den friesischen Wenden zur 17. Küre (Richthofen S. 34 ff.) auf, ohne dass hier deutlich (vgl. aber die zweite Wende) von einem Offizialeinschreiten die Rede wäre.

20) Causa II. qu. 1 c. 14 dict. Gratiani; Summa Paucapaleae S. 58 und daraus die späteren Summen.

1) Et. S. Louis II. 22: mes sires li roi est en saisine et en possession generaument de prandre et de tenir por sa dete quentie et provée cors et avoirs et heritages, selonc l'usage de cort laie; ebenso abrégé Champenois c. 86. — Grand cout. Normand. 6 § 8: Preter hoc autem sciendum est, quod pro debito principis, elapso termino solutioni deputato, solet in debitores iusticiacio fieri corporis, licet pro nullo alio debito debeat corpus hominis iusticiari. — Beaumanoir 24 § 12: Selonc le coustume, nus cors d'omme n'est pris por dette, s'il n'a par letres son cors obligié à tenir et à metre en prison, se che n'est por le dete le roi ou le conte; 34 § 27: Et encore, ne avant ne après, s'il ne s'i est obligiés, je ne puis tenir le cors en prison por dete, se ce n'est por le dete le roi ou le conte, s'il n'est mes sers. — Jostice et Plet 19 c. 26 § 8: Li rois puet prandre, por sa dete, cors et avoir, et por son forfet; mes plus beau seroit qu'il prist les choses à celui. — autre sires ne le puet pas fere,

Digitized by Google

sowohl die Person wie das Vermögen sofort arrestieren kann; dieser Satz ist in Anwendung auf die öffentlichen Strafgelder über die Grenze von Frankreich hinaus bezeugt[2]).

So wird der eigenartige Satz noch aus der Zeit des vereinigten Reiches stammen, hier aber anscheinend eben nur dem fränkischen Recht angehören. Auf ihm beruht die Verhängung von Gefängnis statt Geldstrafe, falls der Schuldige unvermögend ist.

II. Die Geltendmachung des Anspruchs auf das Strafgeld wird als eine Klage bezeichnet, und kann deshalb jedenfalls auch im ordentlichen Gericht geschehen; dabei werden verschiedenartige Beweismittel angewendet. Zunächst kann sich der Beklagte auch hier durch Eid reinigen, wird aber gerade in altertümlichen Quellen davon sehr häufig durch eine Herausforderung zum Zweikampf, welche der klagende Beamte stellt, abgedrängt. Privilegienweise ist dann diese letztere Möglichkeit öfters beseitigt[3]).

---

fors del forfet queneu dou l'en deist perdre le cors, ou se l'en li viaut atendre apertement. — Ordonnanz Ludwig IX. von 1254 § 19 (Ord. I. S. 72): Ne vero Senescalli nostri, et inferiores Ballivi contra iustitiam subditos nostros gravent, inhibemus eisdem, ne pro quocunque debito nostro preter nostrum capiant, vel captum, detineant, aliquem subditorum. Vgl. noch Loysel 908: toutes dettes du roy sont payables par corps. Die Quellen des königl. Gebietes (Jostice) verweigern anderen Herren als dem König dieses Recht; dagegen zeigt sich aus den anderen Quellen, dass es doch auch die sonstigen Inhaber der Grafengewalt haben, die in der domaine royale eben dem König gehört. Ob die blossen Barone das Recht besitzen, ist undeutlich. — Waesland § 12 (Warnkönig II. 220): Ballivus nullum molestare potest pro aliquo fore facto quod non probatum fuerit per duos probos viros, vel cognitum per scabinos quod evenerit. Et si habuerit ille qui impetitur, tantum in bonis per dictum scabinorum, quod sufficiat ad emendam quae exigitur, arrestari non potest, alioquin teneri potest, si non dederit plegios, si vero ex defectu plegiorum aliquis tentus fuerit, non debet extra Wasiam in captivitate teneri, nisi pro aliqua causa ex sex arduis quae inferius exprimentur. —

[2]) Erste Keure von Seeland von 1258 § 3 (v. d. Bergh II c. 40): Quicumque fuerit citatus ante comitem pro querela comitis, debet fieri obses ad veritatem comitis rei sibi imposite, et intrabit domum obsidum lapideam, et proxima die fiet ei veritas comitis, vel liber abibit aperta janua. Freilich ist hier flandrische Einwirkung möglich.

[3]) Besonders deutlich in der interessanten angevinischen Urkunde des 11. Jahrhunderts bei Flach, les origines de l'ancienne France I S. 271: Audiendum est qualiter confundant et opprimant viarii de Mosterolo pauperes homines Sancti Albani de Mairono. Venit latro viarius ad aliquem de villanis et mittit ei supra quod olim vel sanguinem alicujus fudit, vel furtum fecit, vel canis ejus leporem cepit, et celavit (aus dem letzteren wird ganz deutlich,

Digitized by Google

Auch die Reinigung durch Gottesurteil kommt vor[4]).
Wenn Zeugen verlangt werden, so ist das wohl eine Neuerung[5]).

---

dass es sich um Königsbannsachen handelt). Villanus audiens revera quod non fecit negat; vicarius contra, quod mendaciter finxit affirmat. Villanus, impatiens mandati supra se missi et fidens in recto suo, destinat se probare per sacramentum quia quod vicarius ei supramittit non fecit. Latro audiens sacramensum, quasi tandem invento quod querebat, calumpniatur ei illud per bellum, cum ille quod villano supramittit nec viderit, nec verum esse sciat, nec testem, qui vel sciat vel viderit, habeat. Miser homo, audito bello, sicut nescius pugne, pavescit et quasi fecerit, quod non fecit, dat guagium latroni; qui sumpto guagio exinde tanquam si teneat villanum in carcere vel in vinculis, ut revera facit ita, dampnat eum de substantia sua, affligit et opprimit. Offenbar auf Bannsachen bezieht sich dann auch noch Warnkönig III. 155 (nachdem vorher von Gefällen die Rede war): sciendum quoque, quod non interpellabit quemquam ad campum de hominibus ecclesiae; sed ille, contra quem aget, judicio Scabinorum, cum sacramento, sola manu se purgabit. — Die Übung des Zweikampfs selbst wegen der kleinen emenda von 7½ sol. folgt aus der interessanten Urkunde bei Lefranc, histoire de la ville de Noyon app. n. 4, 1098—1113: Et quoniam, causa districti eidem ville pertinentis, hominibus et bestiis de Suisio plures ex parte castellani adjuventicias occasiones pretendere solebant, atque in messibus vel alibi, quo eis licitum non erat sepissime cepisse dicentes, ad vadimonium vel ad duellum homines pro se vel pro bestiis acceptis taliter provocare temptabant, ab eodem Guidone (dem Kastellan) concessum fuit, qualiscumque bestiis vel hominibus occasio pretenderetur, non vadimonii vel duelli lege diffineretur, sed homo de tertio pro se juramento, pastor vero sive bestiarum possessor, bestias hac lege deliberare voluerit approbator juramento confirmet quod protulit, et tunc pro emendatione consequente occasionis castellanus vel ejus minister VII solidos et dimidium habebit. — Direkt ausgeschlossen ist jedes andere Beweismittel als der Reinigungseid im S. sp. III. 91 § 2: die richtere ne mach nemanne anspreken, mit vormünden noch ane vormünden, sunder den klegere to kampe wart, noch hogere den to siner unscult; Ord. XI. S. 272 § 15. S. Quentin: Nos vero, nec aliquis serviens quem habeamus, hominem de communia per vadia appellare possumus; vgl. auch Et. de S. Quentin § 12. Durch die Landfriedensbewegung ist das obrigkeitliche Recht der Klage wegen emenda in eine Kriminalklage ex officio verwandelt worden; gegen Zweikampf in diesem Falle richtete sich die friesische Kure 8 (Richthofen S. 12): non oportet privatum cum rege et contra regem pugilem ducere; hiezu Richthofen, Untersuchungen I S. 110. Über den Reinigungseid im Zollrecht: Beaumanoir XXX § 68. Jostice et Plet XII. 12; Abhandlungen für Maurer S. 419.

[4]) Trierer Forstrecht zu Anfang des 13. Jahrh. (Beyer II S. 401): Qui autem nouale fecerit aliter aut piscaturus aut venaturus fuerit aut mel totum detinuerit III libras et obolum archiepiscopo componet ad pondus Karoli, scilicet VI marcas, si ibi deprehensus fuerit. Si autem inde in die evaserit et a forestariis accusatus fuerit aut III libras ut dictum est componet aut ipse iudicium aque frigide subibit. — Castan, Besançon S. 143. 1102: Haymo

Digitized by Google

Die ganze Gestaltung des Beweisrechtes führt nun sehr deutlich auf ein Verfahren, das ausserhalb des Gerichtes liegt. An Stelle des Reinigungseides, der im Prozess die normale Verteidigungsform ist[6]), steht öfters — in auffälliger Form — die Behauptung des Beamten, der also in einer Person die Forderung geltend macht und beweist[7]).

Das heisst eben doch nichts anderes, als dass der Beschluss des Beamten, die verwirkte emenda einzuheben, für sich allein schon die Zahlungspflicht bewirkt, ohne dass es eines gerichtlichen Beweises bedarf; und in der That tritt in nachfränkischer Zeit eine selbständige Gerichtsbarkeit für den Bann des Zollrechts[8]) und den Wildbann hervor[9]).

---

custos nemoris quod appellatur Chalots, cuidam mansuario ejusdem mansi, scilicet Roberto Bernardi filio, calumpniatus est predicti nemoris usum, id est ne usu illius uteretur sine sui licencia. Cujus calumpnia ab eodem Roberto ferventis aque judicio enervata est, teste predicto archiepiscopo et Petro ejus villico et aliis pluribus.

[5]) Warnkönig II. 167 § 8: Justiciario non licet aliquem opidanum implacitare; nisi cum hominibus legitimis, et ad domum suam non pertinentibus; et oportet, ut scabini eos legitimos dicant. Ord. XI S. 224 § 9 Noyon: Si episcopus (Inhaber der Grafschaft) implacitaverit aliquem de Communione pro aliqua forisfactura vel pro banno, non poterit convinci vel appellari per aliquem servientum ejus, nisi alium approbatorem adduxerit; quod si defuerit, sacramento se purgabit.

[6]) Ich kann natürlich hier nicht auf die Kontroverse über die Beweisrolle im germanischen Recht eingehen. Schon das Bisherige hat aber einiges zur Bestätigung der herrschenden Lehre (Brunner II S. 369 ff.) beigetragen, und im folgenden wird sich ergeben, dass die Fälle des Überführungsbeweises, von handhafter That und Überführung des Ächters abgesehen, z. T. dem Rügeverfahren, z. T. dem Rechte der Unfreiheit ihre Entstehung verdanken.

[7]) So als ursprüngliches Recht in der Urkunde von Noyon N. 5. Dann auch noch très anc. cout. Normand. 40 § 3: Forestarii vero non producent testem super forisfacto foreste, nec parcarii in parcariis, nec prepositi in prepositura sua, nec hujusmodie servientes in serfanteria sua. Das steht im Gegensatz zu dem allgemeinen Grundsatz des Normannenrechts, dass für jeden Anspruch ein Voreid nötig ist (40 § 1).

[8]) W. Sickel, Zum ältesten Zollstrafrecht in Zt. f. gesamte Strafrechtswissenschaft VII S. 518 f.; auch meine Bemerkungen in Abhandlungen für Maurer S. 418 Nr. 2, wo ich noch unentschieden war.

[9]) Westf. U. B. II. 284. 1152: Habet etiam Monasteriensis ecclesia forestum in nemore quod dicitur Lisnere, — ita tamen, ut — omnes quoque querelas per forestarios ad ipsum delatas corrigeret, et compositiones, LX videlicet solidos, in proprios usus susciperet, et si qua sunt alia jura forestariorum.

Digitized by Google

Dieses aussergerichtliche Einschreiten kann nun genauer begrenzt werden; im Forstrecht trat dasselbe ursprünglich doch nur da ein, wo der Delinquent auf handhafter That ergriffen und ihm deshalb wenigstens ein Pfand abgenommen wurde[10]).

So knüpft das aussergerichtliche Verfahren wenigstens hier an das Pfändungsrecht an, das dem Privaten und auch der Markgenossenschaft zusteht, und ist auf den Inhaber des Königsbannes, d. h. also ursprünglich den König, nur übertragen. Allerdings hat nun dieses aussergerichtliche Verfahren in manchen Königsbannfällen von dem Erfordernis der Handhaftigkeit abgesehen; so vor allem im Heerrecht, wo von Handhaftigkeit ja überhaupt nicht die Rede sein kann und der Heerbann in fränkischer Zeit an-

---

Lacomblet II. 225. 1237: Et in eadem curia dictus magister foresti de eisdem vadiis cum forestariis placitabit. Et de omni lucro ibidem adepto curia duas partes habebit foresti vero magister tertiam retinebit; de quolibet autem vadio secundum sententiam forestariorum solventur LX solidi. M. B. IX. S. 498. 1143 spricht von iurisdictio venationis. Die Urkunde ist mit Unrecht angefochten; vgl. unt. § 47 Nr. 7.

10) Das Trierer Forstrecht Nr. 4; dann Lacomblet II. 225 Nr. 9. Champagne c. 25: Encore use len en Champaigne, que se aucuns homs a aucuns forez ou bois, dont la justice ou Seignorie soit soie, et il y a forestiers jurez et establis, se il y a aucuns usagiers, li forestiers est creuz sour eux, se il les prent en aucune forfaicture, ou il ayent lor usage, et seront à 60 sols, s'il nont amende tauxee, par point de chartre. Et se il avient chose, quil y preigne aucuns, qui ny ayent nulz usage, ne qui ne soient justiciables a celi qui li bois est, ou qui ne soient de la communite de la ville, il nen est pas creuz par son serment, se cil le vuelt contredire: ains doit avoir sa recreance, se il la requiert. — Der eigentümliche Satz zeigt deutlich, dass ursprünglich an ein markgenossenschaftliches Pfändungsrecht angeknüpft ist, das nur gegenüber den Angehörigen der Markgenossenschaft besteht; da aber in der Champagne die Mark herrschaftlich geworden ist (Champagne c. 24), so hat jetzt der Herr das Pfändungsrecht; weil ferner auf die Grundherren die Vicariatsgerichtsbarkeit übergegangen ist, so hat er das Pfändungsrecht von 60 sol. — Rupprecht II. 41: wer mit wissenn vërt in ains fürstenn holtz da des fürstenn pan auf leit begreufft jn der holtzhüetter darjnn unnd pfenntt jn unnd pringtt dy pfanntt für den richter unnd chlagtt nach dem pfannt, so verleust er LX unnd V. dn. oder dy hannt, dy es genommen hat — ist aber das man von dem stam kümpt unnd der holtzhüetter nicht kümpt als verr untz aus dem vorst, da pan jnnen ist gelegtt, so mag jn der vorster nicht mer pfenndnn unnd ist des schades ledig. — Schon Lacomblet I. 164. 1028: (— si quis autem absque eorum concessione aliquid in illa silva presumpserit et forestarius abbatis de brunwilre hoc deprehendens pro pignore detinuerit, utrique abbates ex equo parcientur) kann hieher gezogen werden.

Digitized by Google

scheinend aussergerichtlich eingehoben wird[11]); ebenso im Zollrecht. Da und dort erscheint auch die Gerichtsbarkeit über Forstfrevel vollkommen von der ordentlichen Gerichtsbarkeit gelöst[12]). Das Recht des Königs, für seine Forderungen die Personen zu arrestieren, mag zu dieser Entwickelung beigetragen haben; wie der auf handhafter That Ergriffene aussergerichtlich gebüsst wird, so wird nun eben jeder wegen Emenda Arrestierte behandelt.

Daneben aber hat sich doch der Satz eine ausgebreitete Geltung bewahrt, dass der Bannberechtigte die Wedde vor dem ordentlichen Gericht einklagen muss[13]). Dann bildet allerdings der Reinigungseid und das Gottesurteil das normale Verteidigungsmittel, das durch Zweikampf überboten wird.

§ 21. Inquisition und Rüge.

Ein wesentliches Glied im Apparat des Offizialprozesses bildet die Inquisition (Rüge). Hier soll zunächst die Rüge des einzelnen Delikts untersucht und erst später in einer selbständigen Erörterung auf die Inquisition gegen den Gewohnheitsverbrecher eingegangen werden.

I. Das erste und klarste Ziel der Rüge bildet die Ermittelung der Königsbannsachen.

Schon in der fränkischen Zeit sind die Unterthanen zur Aussage in Königsbannsachen verpflichtet; die Nachbildung dieses Instituts im kirchlichen Recht beweist, dass es im weltlichen Recht

---

11) Die Haribannitores (Waitz IV S. 577 Nr. 3), die den Heerbann in karolingischer Zeit einhoben, sind keine Richter.

12) Dialogus de scaccario I. 11 (Stubbs select charters S. 205 f.): Sane forestarum ratio, poena quoque vel absolutio delinquentium in eas, sive pecuniaria fuerit sive corporalis, seorsum ab aliis regni iudiciis secernitur, et solius regis arbitrio vel cujuslibet familiaris ad hoc specialiter deputati subjicitur. Da in England importiertes normannisches Jagdrecht gilt (Freeman history of the Norman conquest IV. S. 606 f., S. 810 f.), so kann die Stelle auch für das kontinentale Normannenrecht verwendet werden. — Lacomblet II. 225: Neben dem Gericht der forestarii, in den Fällen, wo vadia genommen sind, wird in Forstsachen nur noch ein dreimaliges Rügegericht unter den forestarii unterschieden.

13) Am frühesten Form. Sangall. 10 (Zeumer S. 403): Si autem quis sine permissione praefecti vel procuratoris regis aut venationem ibi exercere vel ligna aut materiem cedere convictus fuerit, iuxta decretum senatorum provinciae componat. Dann ob. Nr. 3, Nr. 4.

Digitized by Google

längst formiert war[1]). Die erste nachfränkische Erwähnung bietet eine bretonische Urkunde[2]). Danach müssen die sämtlichen vorgekommenen Königsbannfälle (unter ihnen auch die Beherbergung von Ächtern) gerügt werden; selbst die Verheimlichung dieser Fälle als solcher ist anzuzeigen. — Späterhin werden in dem Landrecht von Furnes jährlich 3 durchgehende Wahrheiten über die Königsbannfälle gehalten; die protractores 3 librarum machen ihre schriftlichen Mitteilungen an den ballivus, und dieser verhandelt über diese Anzeigen mit den coratores; eine definitive Entscheidung können aber die coratores nicht fällen, sondern wenn der Bezichtigte sich nicht beruhigen will, so urteilt das ordentliche Gericht, die coratores dienen in demselben als veritas[3]). — Im Kenemmerland können die während des Jahrs verwirkten Brüchten nur auf dem Jahrgericht geltend gemacht werden[4]). — In dem Recht der Freien bei Brügge stehen neben dem einen jährlichen Gauding zwei Weddinge[5]). — Am

---

[1]) Brunner II S. 490 ff.

[2]) Morice I col. 351. 990; ob. § 16. N. 20.

[3]) Warnkönig II. 160. c. 46: Tres veritates generales, i. e. dorghinga, debent quolibet anno fieri de omnibus forefactis trium librarum. Praeterea quolibet anno fiet veritas libera, si comes vult habere, de omnibus forefactis; c. 24: Protractores III librarum antequam breve suum reddant ballivo, ostendant ballivo breve suum, et ballivus ostendet similiter breve suum protractoribus per coratores, et si quid corrigendum fuerit, corrigatur. Quod si quis per coratores corrigere se noluerit, per legem producatur. c. 23: nulla veritas potest accipi nisi per coratores de his, quae spectant ad coram.

[4]) v. d. Bergh II. 816. Ende es dat wi dat graefghedinghe niet en dinghen toet desen voerghenoemden daghen so sullen wi ten open daghen na Pinster ons ghewedde boeten, die men pleghet te houden in tgraefghedinghe, inpanden, of si verwonnen waren. Voerd so staen die koeren an ons, weder wi hebben willen die hondert of die onghewedde boeten, die int graefghedinghe gehouden sien of daer in ghevallen ist, dat wiet dingen. Ende kiese wi die hondert pond so sien die onghewedde boeten quite, die men plecht te houdene int graefghedinc, ende die hondert pond sal men ons ghelden als mense plach te gheldene in tgraefghedinghe. — Ende die rechter en sal en ghenen man panden om onghewedde boeten die van dien ghedinghe comet of roeret, maer men sal se beyden toet in dat graefgedinghe ende daer verwinnen als recht es. Also die im Jahr verfallene Gewette kann nicht unter dem Jahr eingetrieben werden, soweit sie nicht schon geweddet, d. h. ihre Zahlung gelobt ist, sondern es muss zum Jahrgeding gewartet werden. Die ursprünglich unabhängigen Kenemmer haben aber anstatt diesen auf dem Jahrgericht zu erhebenden Geldstrafen dem Grafen wahlweis eine Pauschalabfindung garantiert.

[5]) Warnkönig II. 45 § 7. Wedding kommt natürlich von Wed., Wedde (irrige Auslegung bei Warnkönig III S. 334).

Digitized by Google

klarsten ist das westerlauwerische Schulzenrecht. Nach diesem rügt die Königsbannfälle vor dem Grafen allein der Schultheiss[6]).

Ein Beispiel für den thatsächlichen Vorgang gibt eine spätflandrische Quelle über couche verité, welche von Jagdfrevel redet[7]), und ein noch viel späteres Verzeichnis aus dem Land der Freien bei Brügge, welches eine Reihe von Bannfällen (Gewaltthätigkeiten, Beherbergung Verbannter, Jagddelikte und sonstige Polizeivergehen) jetzt von der durchgehenden Wahrheit eximiert[8]).

Weil auf der Beherbergung von Ächtern der Königsbann steht, so bezieht sich von jeher gerade auch die Rügung auf die Beherbergung von Ächtern[9]). Die handhaften Bannfälle bedürfen natürlich der Rügung nicht[10]).

II. 1. Neben dieser Rügung der Bannfälle steht eine Rügung auch der Kriminaldelikte, welche, wenn erfolgreich, mit der Tötung des Bezichtigten endet. Sehr breit sprechen die ostrheinischen, namentlich die deutschfränkischen Quellen von der Kriminalrüge[11]); in den

---

[6]) Richthofen S. 389 § 16: dit is riucht, dat di fria Fresa ne thoer bi des greuua ban an stride toeienst him staen, hit ne se datter him syn schelta wrtioga. Die Überschrift drückt diesen Satz noch unmissverständlicher aus: Nen Fresa thoer greuua ban tielda buta scelta wroegingha. Heck in Zt. für deutsche Philologie 24. S. 437 bezieht das unrichtig auf Ungehorsamsverfahren.

[7]) Warnkönig III. 54.

[8]) Warnkönig III. 55b.

[9]) So schon die bretonische Urkunde von 990 (§ 16 N. 20); später z. B. Warnkönig II. 51. 1233. Land der Freien.

[10]) Warnkönig II. 160 § 54: qui in alterius aqua captus fuerit piscando, emendabit comiti tres libras, et debet conduci ad justitiam et retia et omnia instrumenta eius erunt illius, qui eum cepit: et inde debet fieri veritas in communi veritate de hiis, qui capti non fuerint.

[11]) Kl. Kaiserrecht I. 13: Ein iglich mensche sal wiszen, daz der keiser hat geboten vn gesatzt, daz ein iglich mensche sal vur den keiser bringen, waz im geschiet; und en tete ers nit, der keiser sente in mit recht in sin vinsternisse, und ist schuldig dieselben buzze, die iener schuldig ist, der dez keisers fride an im gebrochen hat. II. 119 a. E.: wan wer kumers oder gerichtes bedarff. ez sy warumb daz sy, ane vmb des hoffes gut, der sal ez zu dem fordern, der die ruge vm die vnfuge, vn vm den zubrochen friede tun sal vor des keisers stul. Die Rüge erfolgt also durch den niederen Richter. Lacomblet II. 683. Die Bewohner von drei Orten sollen jährlich dreimal vor dem castellanus erscheinen und dort post tertiam collocutionem que vulgariter ahtin appellatur Anklage erheben. Jhrb. d. histor. Vereins z. Bamberg XXII S. 83. 1285: Nulla violentia a nostris iudicibus et preconibus hominibus et colonis dictae ecclesiae inferatur, nec aliud quidpiam accusandum in nostris centis vel iudiciis compellantur, praeterquam de furtis, homicidiis et Nothnunft. — Würz-

Digitized by Google

Niederlanden bezieht sich die „commune verité“ auch auf Kriminalverbrechen[12]).

Die katalonischen usatici geben an, dass vor ihrer Entstehungs-

burger Centordnung v. 1447 § 3 (Schneidt, thes. jur. franc. II. Abschn. S. 584): darzu soll man an den Centen nicht ferner richten noch ruegen, denn um Mord, Dieberey, Nothzüchtigung, fliessende Wunden und was Halss und Hand, Stein und Rein antrifft. Grimm III S. 530, 531: Rügung von Dipstal, mordtgeschrey, flissende wunden. S. 892: ein diep am seyl, ein lygend mord, ein nachtbrannd vnnd ein notzzucht wird gerügt. — Ebenso ursprünglich in Bayern. M. B. XV S. 30. 1299 Niederbayern: undt haben euch in di genaden geton, das die Richter dreu ehaftigen taidnich sollen haben in den Jahr — undt sol man da nicht riegen, dann dreu dinch, deu am den Dodt geant, Notnunft, Totschlag, und Deufe. — M. B. I S. 446. 1344. Közting: und da sollen sie rugen in ehehaften dingen drei sachen, die an den Tod gahen. — Rupprecht II. 99. a. E. eine Rügung um Ketzerey oder umb mord oder ander. In Oberbayern ist bekanntlich die Rügung durch die Gesetze beseitigt worden: zuerst im Landfrieden v. 1300 § 100 (Q. E. bayer. Gesch. VI. 217): Wir setzen avch daz alle rvegvng ab si, dann vmb di dri sach, die zv dem tot ziehent, daz ist divf, notnvmft vnd totsleg. Doch sveln alle die div ehaften taidinch svchen dristvnt in dem iar, di si emaln ze reht gesvhet haben. Später wird die Sache total beseitigt: Bayer. Landrecht 266. — Kärntnische Landesordnung von 1338 (Schwind 94): Ez sullen ouch alle leut in unserm lande ze Chern den ze gemainen taegen gen dri stund in dem iar in allen unsern lantgerichten und sagen bei dem ayde, den si da sweren muezzen, ob icht schedliches oder ungerichttes sei in dem lande. — S. sp. I. 2 § 4.

[12]) Drenther Landrecht v. 1412 c. 28 (O. V. R. Br. 17 S. 30): woerde enich man vertuget van den bueren voir een gheluet off voir een gheruchte van ieniger sake, die mach sijn onschult doen mit twelff sinen maghen bynnen dreen weken na der vertuginge, in denselven dinxspel daer hij vertuget is. Frensdorff, Dortmunder Statuten S. 266 (Wesel): Inquisicio dicti heymael suprascripti: Primo iurabunt dicere veritatem de inquirendis. Item de officio judicis justo vel injusto. Item de precone justo vel iniusto. Item de sentenciis false latis vel falso testimonio perhibito. Item de communitate occupata vel publica via arta et aliena terra occupata. Item de rebus advenis judicio non occupatis. Item de secreto latrocinio furto homicidio et rapto peractis. Item de adherentibus faventibus hospitantibus et celantibus premissu. Item de non obedientibus judicibus districtuum in quibus habitant. Besonders deutlich ist das flandrische Recht (einiges bei Bennecke, Zur Geschichte des deutschen Strafprozesses S. 24 ff.; Lameere, les communes verités, Festvortrag vor dem Genter Appellgericht 1882). Hier ist die veritas eine Rügung, eine Aussage auf eidliche Befragung. Die veritas wird durch eidliche Befragung der Gerichtseingesessenen gewonnen, die bei Königsbann zur Aussage verpflichtet sind; die Verhörenden bringen (protrahere) dann das Resultat des Verhörs in das Gericht als Zeugnis ein, so deutlich Warnkönig II. 69 § 8 a. E., § 1. Wauters S. 142. Willems Jean van Helu S. 545 ff. Brabantische Landkeuren 1292: als Untersuchungsrichter werden die Schöffen eingesetzt, die nun das ganze Dorf zur Wahrheit

Digitized by Google

zeit Reinigung oder Zweikampf die einzigen Beweismittel bei Delikten waren[13]).

In den späteren südfranzösischen Quellen erfolgt aber die Überführung des Verbrechers durch die inquisitio veritatis d. h. durch eidliches Zeugenverhör[14]). Auch in Nordfrankreich kommt die Rügung in Kriminalfällen weitverbreitet[14a]) vor.

---

laden. Solche veritas wird nun auch auf schwere Verbrechen angewandt, z. B. Warnkönig II. 160 c. 14; homicidi durch veritas comitis überführt; II. 190 § 23: abbas autem ter in anno et non amplius debet habere veritatem in Poperinghem de minoribus forefactis; de magnis vero scilicet de furtis, rapinis, incendiis, mordat et huiusmodi habebit semel in anno, si voluerit veritatem. Die erste seeländische Keure hat Überführung durch veritas nicht nur bei Diebstahl (v. d. Bergh II. 40 § 19, § 21), sondern auch bei hinterlistiger Tötung (II. 40 § 115); die zweite (II. 747 § 4, § 37) hat alle schwereren Verletzungen der Wahrheit unterstellt.

13) Usatici c. 1: Antequam usatici fuerint missi solebant judices judicare ut cuncta malefacta fuissent omni tempore emendata, si non potuerint esse neglecta, per sacramentum et per batayam, vel per aquam frigidam sive calidam.

14) Vaissete VIII. 439. 1254: dicimus etiam quod baillivi sub senescallo, cum eis aliquorum crimina delata fuerint, de quibus sit secundum usum terre et curiarum consuetudinem inquirendum, habito proborum bono consilio, servato more laudabili regionis, veritatem inquirant. Teulet II. 3522. — Consuet. Tolosan. c. 50: Noverint, etc. quod usus sive consuetudo est Tholose quod super crimine furti, latrocinii et falsi, puta supra falsis mensuris et ponderibus, Consules Tholose inquirunt et possunt inquirere ex officio suo cum ipsis denunciatum fuerit vel relatum. — Barckhausen, Bordeaux S. 31. c. 16.

14a) Ec. des chartes 2 sér. I S. 65 § 3 (Méru in Beaumont) 1191: Omnes illi, quibus hec censa et libertas donatur, singuli annis jurabunt, quod forifacta nec iura nostra celaverint, quin nobis vel justiciario nostro notificent, et si scire possent quod iusticiarius forifacta non caperet, nobis dicerent. — Beseitigt aber offenbar bis dahin geltend ist die Rügung in S. Quentin, Et. S. Quentin § 12: il est deffendu par ben que, ne le conte, ne autre seigneur, a nul qui soit de le quemune ne porra clamer honte ne vilenie ne conchelement sus bourgois. — Dreimal jährliche Rügung und Befragung auf den Eid kommt auch im Gericht des nordfranzösischen vicecomes vor. Thierry IV S. 659 § 19. 1216 Rue tria sacramenta imponet vicecomes per annum unicuique, de suo tonliu, et de pudore sui corporis et famulorum suorum. Deutlich ist die allgemeine jährliche Rügung in der Normandie: très anc. cout. Normand. 40 § 1 spricht von der Notwendigkeit eines Klagezeugnisses, damit der Beklagte zum Eid getrieben wird, § 2 fährt fort: Ita contingit de vicino in vicinum; sed non est iuxta inter dominum et hominem, quia dominus semel in anno juramentum sui hominis habebit sine teste d. h. einmal im Jahr kann der Herr die Unterthanen zum Eid treiben. Im letzten

Digitized by Google

Bei den notorischen Delikten unterscheidet Beaumanoir die kurze amtliche Ermittelung sehr bestimmt von der enqueste[15]), die enqueste – identisch mit der verite dou pays[16]) — wird an die assissia, also das periodische placitum generale[17]) gebunden, während die aprise sofort stattfindet. Dieser enqueste unterliegt man aber in Kriminalsachen nur durch ausdrückliche Unterwerfung[17a]). — Ebenso hängt nach einigen holländischen Quellen die Anwendung der Inquisition in Kriminalsachen vom Belieben des Bezichtigten ab: eine sehr charakteristische Ausnahme ist freilich für Mord und Mordbrand gemacht[18]). — Einigemale sind wenigstens die ritter-

---

Fall, wie in dem Recht von S. Quentin muss gerade auch der Missethäter selbst eidlich befragt werden können. Denn offenbar ist conchelement auf verborgene fremde Delikte, honte und vilainie auf eigene Delikte zu beziehen.

15) § 19 N. 1.

16) So Artois 48 § 1, § 3; die coutume von Courtray (Richebourg I S. 1030 I. 1) stellt veritez und assisses gleich, welch letztere mit enqueste zusammentreffen. So N. 17.

17) Im französischen Recht bezeichnet assisse das Vollgericht, dann aber auch die Frist von 40 Tagen, weil eben das Vollgericht alle 40 Tage stattfindet (Belege unter § 28 N. 8), geradeso wie in sächsischen Quellen Goding oder echtes Ding auch die Frist von 40 Tagen bezeichnet: § 20 N. 8; es ist also Goding oder echtes ding jeweils das nach 6 Wochen von einem beliebigen Anfangstermin ab stattfindende Gericht. Im Sinn der Frist von 40 Tagen wird aber auch enqueste gebraucht: comp. de usibus Andegaviae c. 71: il est usage et droiz que se li rois et son baillif apele aucun sien home lige d'aucun service que il li doie, dum il ait meffet vers li, que li hons lige doit avoir enqueste de 40 jours, se il la demande. Das ist offenbar nur möglich, weil die assisse an die enqueste gebunden ist.

17a) Beaumanoir 39 § 12: Der eines Verbrechens Bezichtigte wird gefragt und kann wählen, ob er sich der enquête unterwerfen will oder nicht. Grand cout. Normand. 68 § 4: de maleficio autem vivorum non potest fieri inquisitio, nisi de consensu partis utriusque. Solet autem a multis concordari, quod si quis ad morte malium appellaret et defensor inquisitionem patrie forma predicta voluerit sustinere, super hoc ipsam debet facere.

18) Nach der Keure von Dordrecht v. 1303 (Mieris II S. 28 ff.; die bessere Ausgabe von de Wall, handvesten — der stad Dordrecht ist mir nicht zugänglich) wird in den Blutsachen, auch wenn ex officio geklagt wird, die Wahrheit nur mit Genehmigung des Beklagten verwendet; das folgt aus folgender allerdings verderbter Stelle (S. 30): Item, van allen hooghen recht, dat eenen man aen syn lyf gaen mach, soo wie de waerheyt begeert, dat hy die hebben sal als haer comen is: Dat's te verstaen, dat hem die Baeliu eenen dach van recht leggen sal, in wat ambocht dat die misdaet gevallen is, ende daer sal hem die Baeliu of aenspreken, met eenen kamp met schilde, met clippel, ende met synen opghebonden vilt blootshoofts, ende met eenen ghew-

Digitized by Google

lichen Klassen auch in Kriminalfällen von der Inquisition ausgenommen[19]).

In der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts reden freilich einige Quellen von einer Inquisition ex officio auch ohne Willen der Partei[20]). Allein im Norden ist das auch nachher noch nicht

---

ronghen hantschoen. Dagegen findet einmal im Jahr eine stille Wahrheit gegen den Dieb statt. S. 30/31: Item, in elcken ambocht sal die Baeliu een stille waerheyt besitten, eens 's jaers ende niet meer, ende dan sal die Baeliu VII. goeder knapen eeden, dat sy selver niet stelen en sullen, noch geen dieft helen en sullen, sy en sullent melden ende betraghen voor den Baeliu, ende voor ses welgeboren mannen, ende die waerheyt salmen bezegelen met des Baeljuus segel, ende metter ses mannen segelen, daer't bedrach voor aenghebrocht is. Dan soo sal die Baeliu zeer pooghen ende erbeyden, om den genen te vanghen, dier bedraghen is. Maer ter eerster openre vierschaer, die men ten hove maeckt, soo salmen die waerheydt op doen, ende openbaerlick laten luyden, ende is die dief ghevanghen, soo salmen hanghen, ende is hy niet ghevanghen, soo salmen uyt laghens landts legghen. — Zweite Küre von Kenemmerland (Mieris II S. 710) v. 1346: Item, voort en sullen wy, ofte niemant van onsent wegen, stille waerheid besitten binnen onse landen voorsz. van geene saecken, het en waer dat hen eenigerhande luiden onderlinge of tegens ons verwillekeurden ter waerheit te blyven — uitgeseit moort. en moort brande.

19) Artois c. 45 § 4: Se li sires ne veut delivrer par loy le gentil komme qui sera venus a l'ajornement qui fais li sera sor le cas desusdit, au quarantisme jour, car plus ne le puet il tenir par le coustume et par loy, puisqu'il n'est qu'il le sieut, for cil qui est justice et le voel constraindre a ce qu'il se mete en s'enqueste ou en sa prise, li gentix hom se puet deffendre, et doit, si li plaist et par loy, dire qu'il ne s'i metera mie. Car par le coustume d'Artois, nus gentix hom ne se met en enqueste don fait de l'onneur et sen corps, ne enqueste qui faite en soit ne li puet de riens nuire, s'il ne s'i met. — So auch Somme rurale S. 224.

20) Es gehört wohl die Ordonnanz Philipps III. von 1280 für die Gascogne hieher (Ord. I. S. 310); beseitigt werden: Quaedam consuetudines, videlicet quod in murtris et maleficiis, pro quibus poena mortis, vel membri mutilatio convictis deberet infligi, inculpatus, accusatus, seu denuntiatus de maleficio, cum sacramento, quod faciat supra corpus sancti Severini, vel alterius sancti, vel sanctae, quod non est culpabilis, sive reus, maleficii, de quo inculpatur, absolvitur et evadit, nisi fuerit in ipso maleficio vel in fuga deprehensus, vel confessus, vel primo per duos, aut plures testes, et praeterea per duellum convictus, vel citatus, propter dictum maleficium permiserit se banniri licet per alias probationes idoneas possit convinci. Gemeint ist, dass eine Überführung des auf handhafter That Betroffenen, „des Ächters", möglich ist, dann Überführung durch Zweikampf, wobei ja der Kläger einen Kampfzeugen zu stellen hat. R. Lönings Erklärung (Reinigungseid in Ungerichtsklagen S. 247) kann ich nicht beipflichten; von der Zulässigkeit des Zeugenbeweises ist keine Rede; das

Digitized by Google

das formelle Recht. Das ist um so bedeutungsvoller, als das Verhaftungsrecht des Gerichtsherrn gegen den eines Kriminalverbrechens Verdächtigen einen ausserordentlich wirksamen Zwang zur freiwilligen Unterwerfung unter die inquisitio abgab.

2. Worauf geht nun die Inquisition in Kriminalsachen zurück? Ich sehe hier zunächst von der Rügung der Gewohnheitsverbrecher ab. Der Gedanke läge sehr nahe, dass die Rüge, die thatsächlich bei den Königsbannfällen bestanden hat, auch fortdauerte, nachdem die Landfrieden die Bannfälle in Kriminalfälle verwandelt hatten. In der That wird ein paarmal die Rüge oder Inquisition in Kriminalsachen direkt an den Friedensbruch angeknüpft[21]). So mag wirklich die Veränderung des Beweisrechtes nicht bloss in Südfrankreich[22]), sondern auch in Nordfrankreich weitgehend auf den soeben angedeuteten Grund zurückführen. Weil aber die Erstreckung nichts Ursprüngliches war, so wird ausdrücklich die Unterwerfung verlangt.

---

primo per testes convictus gehört zu praeterea per duellum convictus; beides zusammen bildet eine Beweishandlung; die aliae probationes sind nicht „Indizien", sondern wohl einfach die Inquisition. — Die Unterwerfung auch der Ritter unter die inquisitio beklagt ein Lied des 13. Jahrhunderts (Warnkönig, Französische Rechtsgeschichte III. S. 576 Nr. 4).

21) So Kl. Kaiserrecht II. 119 a. E.: die kärntnische Urkunde von 1279 bei Zallinger. Das Verfahren gegen die schädlichen Leute S. 89, dann aber namentlich das Recht von Hennegau: schon nach der Schilderung des Gislebert (S. S. XXI S. 521) ist in Landfriedensbruchsachen die lex ausgeschlossen und wird alles per veritatem behandelt, und damit stimmt der Friede von 1200 c. 12 (Weiland II. 425): hec omnia per bonam veritatem comprobanda sunt, si vero veritas non comparuerit, ille, qui alterum inculpaverit, iuret solus, quod ille eum leserit etc. Die Sache findet sich aber auch schon in dem Recht von Haspre (Miräus III S. 352. 1184): Illud etiam prospectum est, ut quotiens affolationis vel homicidii vel eorum quae praedicta sunt casus emerserint si talium auctores fugerint, pro convictis habebuntur. Si autem rei veritas latuerit per homines Abbatis tres viros nobiles, fide ab eis accepta vel adjuratione apposita districte veritas inquiretur, et veritate diligenter inquisita et ad liquidum patefacta, omnia et ordine quo dictum est complebuntur.

22) Freilich kommt in den Stadtrechten von Südfrankreich auch zur Erwägung, dass die germanische Reinigung dem römischen Recht nicht entsprach. Teulet I. 86. 1144. S. Antonin (S. 58b): Duellum vel judicium ferri candentis, vel aque bullientis vel aliarum causarum in decretis et in legibus contradictarum, nullo modo in curia S. Antonini sint firma; ebenso das Recht von Montpellier § 62 (Carcassone): Giraud I S. 63. Aber für das Landrecht entscheiden die Angaben der Usatici, dass ursprünglich die germanische Reinigung bestanden hat.

Digitized by Google

Allein andermal schliessen die Landfrieden direkt die Überführung aus und behalten die Reinigung bei[23]). —

Die bayerischen Quellen fordern allerdings bei Friedensbruch eine Reinigung mit denominati; es sind das Personen, die der Partei vom Richter aus gewählt werden und aus denen sie dann ihre Eideshelfer nimmt[24]). — Dieselbe Einrichtung hat dann auch

---

[23]) So der Lütticher Friede nach der Schilderung des Gilles d'Orval (S. S. XXV S. 90): Quod si culpati fuerint contra pactionem hanc, liber juretur cum duodecim. Qui vero liber non est judicio se purget, si tamen signa fuerint manifesta; alioquin cum septem se immunem esse probet. Damit stimmt das spätere Recht § 19 N. 7. — Dann die Quellen der deutsch sprechenden Gebiete: Weiland I. 424 § 6; 426 § 5; 429 § 6; 430 § 5; 140 § 10, § 11; 173 § 2, § 3; 277 § 6; II. 280 § 16, § 17; 284 § 14, § 15. Ferner die bayerischen Landfrieden 1244 § 77 (Q. E. bayer. Gesch. V 32): Item quicumque alium impulsaverit, pretendens pacis violationem, pro quacumque re, si VI solidos excessit, vel secundum formam statutam emendet vel expurget. Si supra VI solidos fuerit, tercius se expurgabit vel dampnum decuplo restituat. Nach den Landfrieden von 1255 § 56 (Q. E. bayer. Gesch. V. 59) und 1281 § 58 (Q. E. bayer. Gesch. V. 140) ist in 1244 § 77 der erste Satz korrekt und es ist kein non vor excesserit zu ergänzen, wie Q. E. bayer. Gesch. V S. 89 N. 3 und auch Rockinger S. 48 annimmt; dagegen muss im zweiten für supra infra gelesen werden. Besonders charakteristisch ist die Regensburger Stadtrechtsurkunde von 1207 (M. B. XXIX a 586): Item quicunque civium in iudicio pulsatus fuerit super eo quod vel in domo sua homicidium commissum sit vel quod proscriptum aliquem in domo sua collegerit seu quodcunque aliud crimen in domo sua commissum sit quod destructionem ipsius domus in iure videatur inducere, is qui super hoc pulsatus fuerit, si nulla tunc forma pacis statuta fuerit, sola manu sua prestito sacramento se expurgabit; si vero aliqua pacis forma statuta fuerit, reus tertia manu denominatorum se expurgabit vel examine frigide aque innocentiam suam probabit. Wiener Stadtrecht von 1221 § 2 (Wiener U. B. 5), besonders aber von 1278 § 2 (Wiener U. B. 15): Pacem itaque instituimus civitatis taliter, quod contra quemcumque propter incusationis notam querimonia oriatur, et ab actore impetitur secundum pacem id est nach dem friede, et hoc fiat sive pro homicidio, sive pro vulnere sive pro quibuscumque excessibus aliis violentis, illi judex civitatis viginti personas honestas denominabit, quorum decem sint pro sua professione seu de suis idoneis convicinis, et ex hiis personis quatuor assumat, et tunc per juramentum suum et illarum suam probet innocentiam et ostendat. Österr. Landr. § 5 (Schwind 34): So sol auch der landesherre noch dhain richter auf dhainen unbesprochen man nicht erzeugen, was im gen seinen leben oder gen seinen eren gee. Man sol im nennen ain und zwainzig seiner genossen und seiner übergenossen, und sol sich daraus bereden nach landes gewonhait als recht ist.

[24]) Ausser den Stellen in der vorigen Note noch M. B. XXVIII b. S. 311. 1225: Quicunque pro homicidio, sive pro volneribus ab eo factis impetitur et ille impetitus se super hoc postulat ad expurgationem admitti, huic judex XX viros

Digitized by Google

die treuga Henrici, also wohl das mainfränkische Recht[25]), und in der That treten die Genannten in Bamberg hervor[26]). — Die Genannten sind vom Richter entweder dauernd[27]) oder für den einzelnen Prozess aufgestellt[28]). — Die Beweisform wird vom bayerischen Recht auch im Civilprozess verwendet, und dann erfolgt die Ernennung durch die Gegenpartei[29]). — Es sind also die Genannten des süddeutschen Rechts identisch mit den schon in der fränkischen Zeit vom Beweisgegner designierten electi oder denominati[30]). — Das Eigenartige in der Stellung der Landfrieden zu den denominati ist darum nicht aus der Einführung des Institutes überhaupt zu erklären, sondern das Besondere ist hier die Auswahl der denominati durch den Richter, während anderwärts die Gegenpartei wählt. Das ist dann wieder dadurch zu erklären, dass nach süddeutschem Recht der Richter[31]) wegen der Friedensbrüche als Kläger auftreten kann. Die Ernennung der beklagtischen Eideshelfer steht dem Richter als der Klagspartei zu[32]). Deshalb

---

denominabit ydoneos sine utriusque partis insidiis et si ex hiis XX sibi denominatis VII tantum obtinere poterit ad perhibendum sue innocencie testimonium sub prestito iuramento ipse innocens judicabitur et inmunis. — Q. E. bayer. Gesch. VI, 197 München 1294 § 26: swer angesprochen wirt umb ein manslaht oder umb ein ander grozz ungetat, diu bi der naht geschehen ist, wil er sich der bereden, daz sol er tûn mit den genanten, mit den nähsten und mit den besten also, daz der scherig vor geriht uf ste und mit lauter stimme nenne ainen und zwainzick an gevaerd und er uz den ainem und zwaenzigen drei zû im nem also, daz er selb vierd geriht, daz er der getat unschuldick si (ebenso Münchener Stadtr. c. 248).

25) Weiland II. 284 § 15: Concedetur ieo expurgatio manu VII^ma^ eorum tamen, qui ad hoc in singulis provinciis sunt electi.

26) Zoepfl, das alte Bamberger Recht S. 67.

27) So sicher in Bamberg (N. 26) und wohl auch nach der treuga Henrici (N. 27), dann in Wien (Luschin, Geschichte des älteren Gerichtswesens in Österreich S. 211 f., S. 227 f.), Eger (Gaupp I S. 190 § 4).

28) So N. 23, N. 24.

29) Rupprecht II. 94: Und kommenn zwen gegnn einannder auf das rechtt unnd kriegnn umb ein guet, es sey frau oder man, der ain spricht es sey sein lehenn und der annder spricht es sey sein aigenn und sitzt er des guets bey nutz unnd bey gewer, man sol jn XXI nennen zu unnd dar aus sol er sibnn zeugnn nemenn etc. Bayer. Landr. 188, umb aigen. Die Angaben sind verworren, aber zeigen, dass jedenfalls nicht der Richter die 21 ernennt, sondern die Partei, nach dem kaum richtigen Text von 188 allerdings die beweisführende Partei, die dann auch 7 auswählt.

30) Darüber Brunner II S. 383 f.

31) § 18 N. 5.

Digitized by Google

zeigt eben die Verbreitung der Genannten, dass man in Süddeutschland den Landfriedensbruch durch Inquisition nicht beweisen konnte.

Schliessen so die deutschsprechenden Gebiete die Inquisition in Friedbruchssachen aus, so weisen gerade sie eine Rügung der Kriminaldelikte mit der Folge auf, dass der mit Recht Gerügte der Todesstrafe unterliegt[32a]). Nun muss man bedenken, dass die Rügung durchaus kein blosses Institut des Königsrechts ist; in denjenigen Materien, welche zweifellos vom Königsrecht ganz unabhängig sind und dem Gemeinderecht zugehören, tritt sie geradeso auf[33]). Sie ist eben die einzige Form, in der unentwickelte staatliche Gebilde den Beweis für das Offizialeinschreiten sammeln. Rügungen kommen auch in den sächsischen Godingen vor, wiewohl diese später als unabhängige Volksgerichte sich erweisen werden[34]).

Nun hat das altgermanische und geradeso das mittelalterliche Recht doch stets bei einer Anzahl von Delikten mit Todesstrafe von Amtswegen eingegriffen[35]), wenn auch die Abgrenzung im einzelnen nicht sicher ist, und man könnte von vornherein vermuten, dass eben wegen solcher Delikte von jeher eine Rügepflicht bestanden hat. Wirklich besitzen wir auch Belege dafür, die freilich verblasst genug sind. Das Recht der Kenemmer, die sich ja wie die meisten Nordseestämme lange von den Grafen unabhängig gehalten haben, schloss den Beweis durch die Wahrheit im allgemeinen aus, liess ihn aber doch für Mord und Mordbrand[36]), also gerade diejenigen Delikte zu, die von jeher als todeswürdig betrachtet wurden. Auch das mag hieher gehören, dass im bayerischen Recht zwar

---

32) Die Litteratur über die Genannten bei Gengler, Beiträge zur bayer. Rechtsgeschichte III S. 83. Seine eigene Auffassung, dass es sich hier um eine ältere Behörde handelt, ist unmöglich, man kann noch im 13. Jahrhundert den Fortschritt von der vorübergehenden zur dauernden Ernennung deutlich verfolgen. Zutreffender Gfrörer Verfassungsgeschichte von Regensburg S. 72 f.

32a) Ob. N. 11.

33) Maurer, Geschichte der Markenverfassung in Deutschland S. 349; Lamprecht S. 313. — Besonders bezeichnend ist die Rügung am Weseler Heimal (ob. N. 12), wo neben Kriminalrügung auch Rügen wegen Verletzung des Allmendrechts eingebracht werden.

34) S. sp. III. 91 § 1. S. sp. I. 58 § 1. — Vgl. unt. § 31 N. 42.

35) Brunner I S. 175 und das dort angegebene; v. Amira, Grundriss des germ. Rechts (S. A. 2. Aufl.) S. 147 f.

36) Ob. N. 18.

Digitized by Google

für Friedensbruch die Überführung ganz deutlich abgelehnt wird, aber dann bei anderen Delikten doch von der Überführung mit dem Landesgewissen die Rede ist[37]).

So steht neben der Inquisition in Friedensbruchsachen, die an die Rüge in Königsbannsachen anknüpfen muss, aber durchaus nicht überall durchgedrungen ist, eine ältere Rüge der todeswürdigen Vergehen, die den Volksrechten geradeso angehört, wie die Rüge der Vergehen gegen das Allmendrecht. Die Rügung der Königsbannfälle bedeutet nur, wie so oft, die Verwendung eines volksrechtlichen Instituts für das Königtum. Die Abgrenzung jener älteren volksrechtlichen Kriminalrüge ist im einzelnen keine sichere. Im französischen Recht ist dieselbe deshalb nicht übernommen, weil auch das Hundertschaftsgericht als Vollgericht in Kriminalsachen nicht übernommen wurde, und hier das Grafengericht allein als Vollgericht für Kriminalsachen diente; die Kriminalrüge des deutschen Rechtes aber ist Centrüge.

III. Das Rügeverfahren gestaltet sich folgendermassen:

1. Die deutschen Quellen unterscheiden zwischen Rüge auf Wahrheit und Rüge auf Gerücht (Leumund)[38]). Wo der leumunt gerügt wird, muss natürlich den Bezichtigten die Möglichkeit der Reinigung belassen worden sein, und das tritt in der That öfters hervor[39]).

---

37) Die Belege bei Zallinger, Das Verfahren gegen die landschädlichen Leute S. 99 ff.

38) Grimm III S. 530 fd. (Lohrer Weistum): item der mehrteil der schopffen haben uff den obgenandten montag zu recht geweist, als die zentleut schwern an das zentgericht zu rugen ein warheit für ein warheit, ein lewmat für ein lewmat, was des gerügt werde, das die ere ader glimpf antreffe, das sol niregents anders gerügt werden, wan an dem zentgericht. Item diese vier nachvolgende artickel sal ein yeder zenthschopffe an die zent brengen unnd rugen, ein warheyt für ein warheit, ein lewmat für ein lewmat, nemlich dipstal, mordtgeschrey, flissende wunden, und das ere und glimpff andreffe unnd beruren möge. III S. 893. 1523 Mellrichstadt. Item was mit leumund unnd warer rüge reyn fur gericht kompt, das weyss man nymands. VI. S 391 § 2 (1387 bei Aschaffenburg): darnach gebot der egenannte schultheiss den scheffen, daz si rugeten waz rugber were, eine warheid für eine warheid, einen lumunt für einen lumunt. — Andere Belege bei Siegel, Das pflichtmässige Rügen auf den Jahrdingen und sein Verfahren S. 16 ff. (W. Ak. 125).

39) Sog. Speierer Zollweistum (Speierer U. B. 489): Si femina in causam tracta fuerit causa debiti vel causa commissi, tantum sola manu suam innocentiam expurgabit, nisi in homicidio vel adulterio vel periurio accusata a iurato, in quibus casibus iudicio candentis ferri se expurgabit. — Drenther

Digitized by Google

Da wo man die Wahrheit rügt, reinigt sich der Beklagte auch durch Gottesurteil[40]).

Allein oft dient die durch amtliche Frage ermittelte veritas geradewegs als Überführungsbeweis, und von einer Reinigung ist keine Rede[41]).

Der Bezeichnung „Wahrheit" nach muss es sich auch hier um Rügen handeln, die auf „Wahrheit" gehen, und man könnte denken, dass sonach vielerorts die Rüge auf Wahrheit vollkommene Beweiskraft hat. Allein wie schon gesagt, entgeht man der Überführung durch veritas nach einer Bestimmung im Recht des franc dadurch,

---

Landrecht von 1412 c. 28 ob. N. 12. — In den Sendgerichten, die ja den weltlichen Rügegerichten nur nachgebildet sind, tritt die Erscheinung bis herein in die karolingische Zeit auf (Hinschius V. S. 431 und das dort Citierte).

[40]) Hierher gehört schon das Recht des franc von Brügge § 31 (Warnkönig II. 45): Qui de palingis impetitur, si ad judicium ardentis ferri venire noluerit, veritatem comitis qualem melius super hoc inveniri poterit accipiet; jedenfalls entgeht er der veritas durch Ableistung des Ordals. Grimm I S. 465 bei Jagdfrevel: wär es auch das ein hübner rüget uf die warheit, und das man wolte leucken, so Probe des kalten Wassers; vgl. Siegel a. a. O. S. 46.

[41]) Quellen des Stadtrechts schliesse ich absichtlich aus, da hier die veritas auf einen anderen Gesichtspunkt zurückgehen kann. — Hierher z. B. Hennegauer Landfriede von 1200 § 12 (Weiland II. 425): hec omnia per bonam veritatem comprobanda sunt, si vero veritas non comparuerit, ille, qui alterum inculpaverit, iuret solus, quod ille eum leserit aut percusserit vel capillaverit, alter vero se tercio iuret quod inde culpabilis non sit, et per hoc pacem debet habere. Warnkönig II. 34 § 20: wert ooc eenich mesdoen scepenen gheopenbaert, dat so bedectelike es ghedaen, dat, diet dede, bi scepenen niet mach zyn verwonnen (kein Notorietätsbeweis möglich) daer of mach de Bailliu IV scepenen nemen van eenre vierscaren ende drie van der andre vierscaren ende die VII schepenen sullen ondersoeken die waerhede, van hem allen die wonen binnen scependomme. Ende alse de waerhede dan es ondersocht, die selve VII scepenen sullen hebben raet metten andren VII scepenen. Ende dan sullen zy voortgaen also zy sculdich zyn. Ende dus daen waerhede ne sal maer zyn van VI groeten sticken. Recht des franc von Brügge, (Warnkönig II. 40) § 10, § 13, § 19, § 29; Recht des Landes von Furnes § 14, § 34 (Warnkönig II. 160). — Recht von Poperinghen (Warnkönig II. 188) §§ 10—16. — Seeländische Keure: v. d. Bergh II. 40 § 19, § 26, § 27, § 28, § 105: Quicumque alium cum insidiis interfecerit, solvet quadruplum homicidium, et ipse et non alter solvet, vel si plures interfuerunt ipse et non alii solvent, et si qui negaverint se interfuisse, nec comes potest eos convincere per suam veritatem, potius debent se purgare suo juramento quam aliquis eorum convincetur. — Dann alle diejenigen Stellen, wo von enqueste als Beweismittel in Strafsachen die Rede ist, z. B. N. 14, N. 19.

Digitized by Google

dass man sich zum Gottesurteil erbietet[42]), und diese Bestimmung ist um so entscheidender, als daneben andere Stellen der gleichen Quelle schlechthin von Überführung durch veritas reden, und so doch wohl die breitere Fassung der ersteren Stelle[43]) auch anderwärts unterzulegen ist. Die Rügung auf Wahrheit kann danach nichts anderes als eine Erschwerung der Reinigung — statt Eid Kesselfang — zur Folge gehabt haben; damit stimmt es, wenn nach einem Kapitular[44]) die famosi latrones, die freilich durch ein besonderes Rügeverfahren famosi sind, doch noch sich durch Gottesurteil reinigen können. Dass der Kesselfang zurücktrat, mag nicht nur daraus sich erklären, dass das Gottesurteil zu schmerzhaft und gefährlich war[45]). Manche Quellen gehen nämlich davon aus, dass die veritas sich normal gegen Abwesende richtet[46]): den Anwesenden gegenüber wird man aber nicht lange mit der Rüge gewartet, sondern sie durch das Verhaftungsrecht zur Reinigung oder die Unterwerfung unter amtliche Untersuchung gezwungen haben. Gegen Abwesende aber kann natürlich nur ein Überführungsbeweis durch die Rügezeugen geführt werden und es kommt zu keiner Reinigung.

2. Die Wahrheit, inquisitio, Rüge (protrahere, bedragen)[47]) setzt eine obrigkeitliche Fragestellung voraus; nicht bloss die ausserordentliche Rügung des bayerisch-österreichischen Rechtes, sondern auch die Jahresrüge trägt die Bezeichnung Frage[48]). — Diese Frage richtet sich nun allerdings grundsätzlich an die Allgemeinheit. Der Geschädigte ist selber zur Rügung verpflichtet[49]) und

---

42) N. 40.

43) N. 41.

44) Cap. 82 § 2.

45) Zur Illustration die charakteristische Stelle aus Sunesens Skaanelagen c. 87 bei Brunner, Forschungen S. 453.

46) Recht von Arles § 55 (Warnkönig III. 166): de criminalibus vero causis, quae faciunt ad poenam capitis et in judicium non venerit, habebit abbas semel in anno si voluerit veritatem per francos homines Ecclesiae examinandam.

47) Warnkönig III S. 111, aber schon oft in den älteren Quellen z. B. Warnkönig II. 160 § 24 ob. N. 3; 188 § 11 — § 15 etc.).

48) Warnkönig III S. 110. Zahlreiche Belege bei Siegel a. a. O. S. 34 N. 4.

49) So Kl. Kaiserrecht I. 13 (ob. N. 11). Dann wohl auch Et. S. Quentin § 12. Thierry IV S. 659 § 19 (ob. N. 14a), wo honte, pudor wohl gerade die Kränkung des Rügepflichtigen bedeutet. Besonders interessant ist die

Digitized by Google

die Verpflichtung, keinen Königsbannfall zu verschweigen, trifft jeden, der von einem solchen hört. Allein neben dieser allgemeinen Zeugnispflicht steht die Anzeige durch Amtszeugen. Die weitverbreitetste Form ist es, dass die Vorstände oder Vertreter der Ortsgemeinde diese Funktion bekleiden. So etwas ist überall im deutschfränkischen und im sächsischen Rechte zu finden[50]).

Auch den jurati des nordfranzösischen und niederländischen Gemeinderechts, welche anderseits als Vorstände der gemeindlichen Eidgenossenschaft erscheinen, ist die Rüge auferlegt[51]).

Braunschweiger Vehmordnung (Braunschweiger U. B. I. 21 a. E.; Anfang des 14. Jahrh.): die Vehmkommission fragt hier den Bestohlenen auf seinen Eid, ob er den Dieb weiss.

[50]) Kl. Kaiserrecht II. 119, S. 180. Ob. N. 11: Der Richter in Schuldsachen d. h. der Dorfrichter (§ 33 N. 158) rügt in Kriminalsachen. Grimm III S. 412. 1354: Altenhaslau in der Wetterau: darnach fraget der centgräff einen schöffen wie er erfahren soll umb raufen, schlagen und schaden, so in der mark geschehen? so weiset man, das die heymberge sollen ausgehen und sollen rügen umb den zugefügten frevel, und der förster umb den frevel, die in der markh geschehen. Grimm II S. 332 (Mosel): Item wyst der zender myt synen gesellen abe sache were, das die hoegerichts herren honnelgedinge helten, und der zender und die eynichslude gemaent wurden uff ir eyde, das sy alles das ghene ructen, was dae rubar were, das sy billich schuldich und phlichtig sind, sulchs zu done. Grimm VI S. 621 § 2 Pellenz: Der Heimburger gelobt unter anderem: item alles was widder den landhern und ruchpar ist, das solstu an gepurlichen orten und enden vorprengen. § 5: Er waltpot, uf die gethane maenungh wilt ir hoeren, was sich bei meinem heimadal ergangen hait: ich bin innen worden, oder Heintz hait geklaicht, wie Peter jenen geschlagen oder gearchwillichet hab; dieweil derselbig sulchen frevel begangen oder gethan, hait er gesprochen den freden m. gn. h. erzbeischoifen zu Trier und churfürsten und des landes, und rugen das vor unrecht. — S. sp. I. 2 § 4: Dar (im Gografending) unde in iewelkem vogetdinge sal iewelk burmester wrügen alle de to dinge nicht ne komet, de dar phlichlich sint to komene, unde dat rücht unde minschen bludende wunden, de eme en ander hevet gedan, unde getogene svert up enes anderen mannes scaden, unde al ungerichte dat in den lif oder in de hant gat, of it mit klage vor gerichte nicht begrepen is, anderes ne darf he nicht wrügen.

[51]) Dass die jurati die Vorstände der Communia oder der pax ville sind, wird unten genauer darzustellen sein. Dass sie auch eine Zeugenfunktion haben, folgt daraus, dass sie als verejurati bezeichnet werden. Gallia christ. III S. 47. 1153 Tournay: signum — Hugonis Albi, Hermanni de Monticlo scabinorum — Johannis, Raineri verjuratorum. — Wauters S. 18. 1142 vom hennegauischen Soigmar stehen neben dem scabini die verejurati. — Roisin, Lille 238: Quando vero dominus terre fecerit scabinos — scabini debent capere quatuor veros juratos et respectorem amicicie. Einigemal tritt die Be-

Digitized by Google

Ebenso ist es mit den Koratores, die im Flandrischen vorkommen, sie sind Rügezeugen nicht für das schwerste Kriminalunrecht, wohl aber für den Bruch des Landfriedens und für Königsbannfälle [52]) und wiederum zugleich die Leiter der lokalen oder grösseren eidlichen Kommunen [53]).

---

ziehung der jurati zur öffentlichen Rüge direkt hervor. Warnkönig II. 80. 1225. Für die Grundherrschaft der Templer in Ypern werden zehn Leute vereidigt, die wie die Gemeindebehörde die Vollstreckungen vorzunehmen haben und possunt testimonium perhibere scabinis de Ypra de omnibus rebus, quos viderint et audierint per sacramentum suum.

52) a) Nach dem Recht von Furnes (Warnkönig II. 160 § 3) und nach der Keure von Arkes § 21 (Warnkönig III. 166) gehört nicht zur Kore, durch die alle in eine veritas gewonnen werden kann (§ 23), vor allem der Mord und Leichenraub, dann die Delikte, die eine direkte Verletzung des gräflichen Mundiums darstellen (malum quod fit in praesentia sua und wohl auch vis facta in ecclesiis), dann noch der Tagbrand. — Nach einer viel älteren Urkunde gehört auch der Diebstahl nicht zur Kore. (Warnkönig II. 179. 1110), und ein andermal wird die Kore als pax quem coniuraverunt bezeichnet (Warnkönig II. 180. 1147). So bezieht sich die Kore ursprünglich auf die Friedbrüche; so auch die Keure von Arkes § 2 (Warnkönig III. 166): Scabini judicent de his, quae pertinent ad Scabinatum; Choremanni de pace tractent, et de utilitate communitatis villae, et de forisfactorum emendatione. Das Zeugnis der Koratores vollzieht sich nach der Keure von Poperinghen (Warnkönig II. 190. 1233 § 8) dadurch, dass die Majorität der Choremanni (fünf von neun) auf schuldig oder nichtschuldig erkennt; nur wenn alle zusammen erklären, sie wüssten nichts Bestimmtes, und das Delikt ist doch manifestum, so wird dann der Bezichtigte noch zum Reinigungseid getrieben. In der anderen Stelle des gleichen Kreises tritt derselbe Gedanke in der Form hervor, dass von purgare oder convincere per quinque coratores gesprochen wird; hier wird nicht die Verhandlung vor den coratores, sondern die Aussage dieser coratores im Prozess auf Grund der gewonnenen Überzeugung in das Auge gefasst (Warnkönig II. 160 § 3, § 11, § 12, § 34. II. 174 § 2. III. 166 § 24). Die Überführung durch eine fünfköpfige Inquisitionskommission tritt auch anderwärts auf (Warnkönig II. 223). — b) Die coratores verhandeln über die Anzeige von Königsbannfällen; erst wenn sich die Partei bei der Entscheidung nicht beruhigen will, entscheidet das ordentliche Gericht. N. 3. — c) Auch da, wo nicht die Schöffen, sondern die franci homines das zuständige Gericht sind, findet die materielle Verhandlung nach einer Quelle vor den coratores statt (Keure v. Arkes § 21. Warnkönig III. 166).

53) Warnkönig II. 188 § 19. 1208: Cora debet de iure disponere utilitati villae in cotidianis. II. 190 § 21; ebenso III. 166 § 14: nullus de extraneis in villam veniens communi pasturae participare potest nisi prius Choram iuraverit. § 15: De communi pastura disponant Choremanni consilio Praepositi. — Warnkönig II. 165 (1290) die coratores von Furnes üben das Besteuerungsrecht des Landes Furnes aus.

Digitized by Google

Das Zeugnis durch die Gemeindevertreter ist nichts anderes als das Gemeindezeugnis, das ja auch der bürgerliche Prozess des deutschen Rechts namentlich in Grenzsachen, d. h. in den mit der Markgenossenschaft zusammenhängenden Sachen verwendet[54]). Nicht bloss für die Kriminalrüge des Volksrechts sind die

---

[54]) Weithin ist Cuntschaft so viel als die Gemeinde und dann das Gemeindezeugnis: Würtemb. U. B. V. 1302: Melioribus illis qui dicuntur kuntschapt; VI. 1613: exponentes eis scrutinium per nos factum prelibate vicinie que kuntscapft dicitur. — Hänselmann, Diplomatischer Beweis n. 61: Modo vero per sententiam cognicionis, seu per cursum vulgi qui Cuntschaft dicitur, predicto cenobio et sanctimonialibus adjudicati. Bayer. Landr. c. 137 bei Almendestreitigkeiten: sol man ainer chuntschaft dar auf gebieten den eltisten und den pesten, und swen si fronboten pedenthalben lazzent wizzen, der sol in dar auf gebieten, und weder tail noch gemain daran habent, und die suellen ez beschawen, und dar nach sol die chuntschaft pedenthalben lazze wizzen, wie verr si ez auz zaigen oder gen wellent; daeucht dann ieman, daz man im ze machen (offenbar „nachen") gen wolt, der mag dar auf sten, und mag ez verantwurten alz ain man sein aigen guot oder lehen ze recht verantwurten sol; wolt aber ietweder tail fuer daz sein nicht sten, so sol die chuntschaft sagen, dez si ir gewizzen weist, und sol auch dez swern, und wem si ez gebent pey in ayde oder der merer tail, der mag ez fuerbaz wol haben an notred. Oelrichs S. 185 § 50: Also dat her luder unde borghart ume dat voremonede got scolen comen upe dat got in de cuntscap unde aldar recht nemen unde geven. S. 242 § 187: mach des berner sillef dridde vullenkomen in der kumscop mit sinen buren bovene unde benedene umbesproken eres rechtes.

Im nordfranzösischen Gebiet trifft damit direkt die feaulté zusammen: Bonvalot in nouv. revue hist. du droit XIII S. 235 ff., wo Material, aber unzutreffende Erklärungen. S. 247: En chacune des villes et villages du comté Vandémont — y a une certaine justice foncière estublie, communément appelée la Feaulté, composée de 7 personnes, le mayeur du lieu, son sergent ou eschevin non comprins, laquelle prend connoissance des biens, limites et confins des hauts chemins, héritages particuliers qui sont contentieux en chascun lieu, et ne sera loisible à personne de décliner cette jurisdiction. — Anderwärts tritt als Kompetenz dieser Dorfgerichte wesentlich die Weisung über die Grenzen hervor (S. 239 ff.), und dieses Grenzweistum wird als cherche de feaulté bezeichnet (S. 251 f.). Diese cherche ist nun gleichbedeutend mit cerquement (Charondas le Caron zu Somme rurale S. 211 unt.: Il use de l'ancien terme cerquement, qui signifie bornage, duquel on usoit quelque fois en faisant veuë, et les mesureurs et arpenteurs appellez cerquemaneurs mettoient bornes) oder mit cerquemanement (Somme rurale t. 57: des bournes et cerquemanemens s'il aduient qu'aucun meuue contend sur bournage contre son voisin et par cerquemanage, ou par jugement de tesmoins; cout. de Hainaut c. 103 (Richebourg II S. 34); Lille c. 21 (a. a. O. II S. 949); Mons c. 30 (II S. 177); Cambray 25 § 28—33 (II S. 299). Einmal wird direkt von franc cer-

Digitized by Google

Gemeindevertreter das selbstverständliche Organ; sondern wie das Königtum sich dieses Zeugnis in sonstigen Streitigkeiten, wo der König, dann auch ein Schützling des Königs Partei ist, angeeignet und daraus im westlichen Recht allmählich die civilprozessuale Inquisition gebildet hat[55]), so wird die Gemeinderüge auch für die Busse verwendet, die der König bezieht.

Nicht so bestimmt kann das Geschwornenamt des seeländischen Rechts auf eine gemeindliche Funktion zurückgeführt werden[56]), und das Gleiche gilt dann auch für die Vehmenoten des sächsischen Rechts, die ebenfalls nichts anderes als eine Rügekommission zur Vorbereitung der gerichtlichen Entscheidung sind[57]). — Die Be-

---

quemanemens gesprochen. — Das Gemeindezeugnis über Grenze ist bereits in einer Lothringischen Urkunde von 1298 derart gestaltet (reformiert?), dass nun über die feaulté der einzelnen Dörfer eine grande feaulté für den Bezirk des placitum generale gesetzt wird; es ist das ein vom bailli aufgebotenes Nachbarzeugnis über die Grenzverhältnisse, an das man von dem Zeugnis des Gemeindegerichts reklamieren kann.

Im niederdeutschen Gebiete erscheint der thy als Gemeinde. Soester Recht § 37 (Seibertz I. 42), und damit stimmt es vollkommen, wenn anderwärts gewisse Wiesen — eben die Gemeinweide als thie bezeichnet werden. Halberst. U. B. II. 1426: Bischof schenkt den Zehnten nove culture prati quod thi vocatur in Tweleven. Ilsenburger U. B. in 315, 471 und öfters (cf. Index). Im Rechte der Wurstfriesen erscheint die vollere Form thiad: Pufendorf obs. III. S. 86 § 21: Döth is ock fresche recht, dat dar nhen auerherich mhan offt eigenn mhan mach nhen Eedt schweren offt wheren, wenthe de eigen Man hefft nenen frede tho dyngen offt tho tyade: und es mag an den Satz der Edda erinnert werden: þiod eru þrir tigir (Vigfusson s. v. þiod). Ich halte es nun für eine sehr glückliche Vermutung Wichts, Ostfriesisches Landrecht S. 149 ff., mit thiad den dedeth der friesischen Quellen zusammenzubringen; Richthofens Ableitung von Tateid ist unmöglich. — In den Ditmarschen Quellen wird das Gemeindezeugnis häufig verwendet. Belege bei Michelsen über die Genesis der Jury S. 116 ff.

55) Es ist nicht notwendig auf diese Materie, die für die Verfassungsgeschichte unseres Gebiets von geringer Bedeutung ist, einzugehen; sie ist längst von Meisterhand beschrieben.

56) v. d. Bergh II. 747 § 4: So siin gheset 43 ghezwoornen bewester Scelt, ende 23 bi Oester Scelt in Zeelant, daermen alle waerheiden bi nemen sal ende vonnisse sal sceiden, ende alle dinc berechten voer den grave of voer den baeliu, ende alle dinc sal behoeren tot haerre waerheit sonder eyghendom van erven, die sal staen scependomme.

57) Die älteste Quelle für das Vehmrecht ist die, soweit ich sehe, noch wenig benützte Braunschweiger Vehmordnung (Braunschweiger U. B. I. 21). Hier wird nach einer Vorbereitung durch den Rat das gesamte

Digitized by Google

ziehung zu den einzelnen Gemeinden ist auch da abgestreift, wo das Zeugnis der vornehmen Leute in der Gerichtsgemeinde — der franci homines — vernommen wird[58]). — Sehr häufig werden dann die Schöffen selber um die veritas befragt[59]); es erscheint das geradewegs als ein Zugeständnis an das Schöffentum[60]). Auch im westfälischen Recht ist das Amt der Rügezeugen an die Urteilsfinder übergegangen[61]).

Volk zusammengerufen und muss den Vehmenoten mitteilen, was es von vorgekommenen Diebstählen weiss, die nicht unter 4 sc. sind; die Vehmenoten übermitteln dann die Aussagen dem Stadtschreiber. Erst nachdem diese Untersuchung abgeschlossen ist, hegt der Vehmgraf ein Ding, und hier wird dann das vom Schreiber nach den Aussagen der Vehmenoten hergestellte Verzeichnis präsentiert und nunmehr die Bestohlenen zur Bezichtigung des Diebes aufgefordert. — Dieser kommt je nach dem Leumund zur Reinigung mit Eineid, Siebenereid, Gottesurteil. Hier sieht man deutlich, wie die Vehmenoten die dem Gericht vorausgehende Inquisitio herstellen. In Westfalen treten sie ursprünglich getrennt von den Schöffen auf (die Stellen bei Lindner, Vema S. 309 ff.).

58) Z. B. Warnkönig III. 166 § 55: De criminalibus vero causis, quae faciunt ad poenam capitis, et in judicium non venerit, habebit Abbas semel in anno si voluerit, veritatem per francos homines Ecclesiae examinandam. Warnkönig II. 160 § 46 (ob. N. 3). Warnkönig II. 34 § 54: Binnen desen scependomme sal men ne gheene stille waerhede doen, voor s'graven man, voorwaert meer. Warnkönig III. 62 (S. 129): ende als de mannen de waerhede gaen besitten maendt de baillin de mannen: dat zy vraghen zullen naer alle zaken, daer myns heeren recht an cleeft. Hennegauische Urkunde von 1184 N. 21. — Im seeländischen Grafengericht wird die gewonnene veritas vom Grafen und 3 seiner Mannen in das Gericht eingebracht (v. d. Bergh II. 40 § 26).

59) Roisin S. 5 ff. Der rewars des gekränkten Bürgers soll, wenn dieser nicht klagt, vor den Schöffen klagen. Diese stellen eine Kommission von 2 scabini und 2 jurati auf, pour enquerre la verité. Das Ergebnis wird dann dem gesamten Kolleg vorgebracht. — Warnkönig II. 34 § 20 (ob. N. 41). Warnkönig III. 45 § 15. Warnkönig I. 13 § 4: Die inquisitiones veritatis vel proctractiones durch die Schöffen sind geschieden von den iudicia. — v. d. Bergh I. 261: Ubicumque tres legales homines aliquid viderint, et juramento ammoniti fuerint, hoc scabini testabuntur; de causis, que in nocte evenerint, per scrutationem testabuntur. Also die Schöffen treten im Prozess über das als Zeugen auf, was sie durch mehr oder weniger eingehende amtliche Ermittelung erfahren haben.

60) So in Furnes § 1 (Warnkönig II. 160): ordinatum est imprimis quod qui scabini erunt, erunt et coratores, et illos iam instituit comes usque ad voluntatem suam, eos facit iurare scabinagium et coram. Wauters S. 118. 1231: volumus et concedimus, quod scabini de nova villa et de loco Sancti

Digitized by Google

Die älteste Spur einer Inquisitionskommission begegnet bereits in der Karolingerzeit, wo zu einer Untersuchung allerdings in Civilsachen eine grosse Zahl Leute versammelt, aber nur die nobiliores befragt und zur Vereidigung angehalten werden[62]), und schon zu Ausgang der fränkischen Zeit spiegelt sich die Einrichtung der späteren Quellen in den testes synodales der geistlichen Rügegerichte.

3. Materiell liegt die Entscheidung bei der Rügekommission, nicht bei dem erkennenden Gericht, zumal die Rügekommission das Recht hat, die Allgemeinheit zu verhören[62a]); so erklärt es sich, dass vielfach die Kommission geradezu ein Gericht geworden ist. Hierher gehört es sicher, wenn in Seeland die Geschworenen richten[63]). In Holland haben die grossen Städte dadurch die hohe Gerichtsbarkeit erworben, dass die Ortsbehörden vom Grafen zu besonderen veritates benutzt werden[64]). Die Kore des flandrischen Rechts ist

---

Amandi sint scabini et jurati. Warnkönig II. 222 § 16, § 17 die chora ist den scabini zugewiesen.

61) Rupprechtsche Fragen c. 28 (Seibertz III. 904); vgl. Lindner S. 369, S. 567. Eine ähnliche Kombination mag im Bodthing des Stader Grafengerichts vorliegen, wo neben dem Grafen als Urteilsfinder Swaren fungieren (Hodenberg, Vörder Register S. 89).

62) § 1 N. 10.

62a) So oben N. 12 (die flandrischen Quellen); dann Keure von Arkes (Warnkönig III. 166) § 54; auch Grimm VI S. 621 § 5, oben N. 51.

63) N. 56.

64) Die Behörden der grossen Städte (Schultheiss und Schöffen) haben an sich noch im 13. Jahrhundert nicht die Hochgerichtsbarkeit, sondern der Graf hat sich dieselbe reserviert. v. d Bergh I. 590 Middelburgh und seine grosse Familie: So wat mesdade die loept ant vierendeel van enen man of darboven dat sal de here berechten of deghene die rechtere es over al Zeland, of de ghemene rechter es Bewesterscheld. Mieris II S. 639. 1340 § 17: van vredebrake, van berufter dieften, die men dryven, nogh draghen en konde, van moorden, van kraften, van vrouwen, van aller overdaet ende feyten, houden wy aen ons selven, of wien wyt bevelen, die waeheyt daer af te besittenen mitten Schepenen. Allein als Rügezeugen für die veritas sollen die Schöffen oder besonderen Rügezeugen dienen; v. d. Bergh I. 261, Middelburgh: Omnia que in Kora evenerint, que iustitiarius et scabinis emendare non poterunt, et si querela ante comitem pervenerit, ipse comes per veritatem suam emendabit, et illa per scabinos de Middelburgh perscrutabitur; I. 451. Zierikzee: wie soe wert verwonnen met der waerheyd van drien scepenen van moertbrande, hi zal verliesen sijn hovet; I. 421 § 12. 1246. Grafenzand; I. 412. Haarlem (Leiden 1266 v. d. Bergh II. 151): Si aliquis opidanorum homicidii, rapine, vel furti, vel cuiuscumque gravis alterius modi infamia respersus

Digitized by Google

in noch viel späterer Zeit einfach das Strafgericht in Blutsachen[65]). Auch die paciarii des südfranzösischen Rechts[66]), die später die Kriminalgerichtsbarkeit haben, sind ursprünglich Rügezeugen. Vor

---

fuerit, iuxta qualitatem criminis, si a juratis opidi convictus fuerit, vel in ipso facinore deprehensus, mortis sententia punietur. So nehmen dann die Stadtbehörden auch auf eigene Faust Wahrheiten vor: v. d. Bergh II. 669. 1289 Dordrecht: ende gheven onsen lieven poorteren van Dordrecht als dat scepenen ende raetsmannen waerheide van quadyen besitten moghen ende die correngieren na haren goetdencken. Darum erscheinen später die grossen Städte im Besitz der Blutgerichtsbarkeit; so Dordrecht: O. V. R. Br. IV. 1. S. 3 ff., S. 101 ff. Amsterdam: Mieris II S. 668. 1342.

65) So in dem interessanten Recht des Pays de l'Angle von 1586 (Richebourg I S. 298 f.). Nach c. 4 richten acht Schöffen; c. 5: Item par ladite coustume y a huit Cuerheers qui semblablement se renouvellent chascun an par lesdits Commissaires, lesquelz ont accoutumé de cognoistre de tous cas de crime, d'injures, delicts, malefices, et faits énormes, sauf des cas privilegiez, en les determinant à la conjure dudit Bourch-grave selon leurs Keures, et statuts anciens. Et si est on accoutumé de tenir plaids, pour lesdits cas, de trois en trois jours. Freilich hat hier zur Entwickelung der Hochgerichtsbarkeit das Racherecht der Eidgenossenschaft beigetragen, das in diesen Gegenden eine so grosse Rolle spielt.

66) Nîmes (Vaissete VIII. 443, II. 1254: Judicem vero et notarium, quamdiu nobis placuerit, annales esse volumus et juratos. Porro inquisiciones, que secundum terre morem in criminibus fiunt, per iudices iuratos mandamus fieri. Diese judices jurati müssen mit den bei Vaissete VIII. 144. III für Nîmes genannten paciarii identisch sein, die den consules entgegenstehen und sich als ein Organ der gräflichen Hochgerichtsbarkeit erweisen. Die paciarii erscheinen nun im Süden als Friedensrichter, was ja ihr Name andeutet. So der katalonische Landfriede von 1225 c. 14 (Marca col. 1407) und das Konzil von Montpellier von 1215 c. 33 (ob. § 16 N. 67). — Besonders klar tritt das Amt in der carta de la paeria von Tortosa hervor (Oliver, historia del derecho en Cataluña IV S. 497): Offici empero dels Paers esta e s'esten en aquestes coses qu'es seguexen; ço es a saber, que en aquels cases en los quals deu esser feyta inquisicio en la Ciutat de Tortosa — aquels Paers ensemps ab lo Veguer facen les inquisicions be e feelment, e inquiren. S. 498: Encara volgueren e atorgaren que tots los cituadans e habitadors de Tortosa e del terme juren al Veguer e als Paers, que saluu lo dret e la feeltat de la Senyoria, be e feelment ajuden a els Veguer e Paers que en lur offici com per els ne seran requests, e demanats, e defenen aquels per tots temps. Nachher erscheinen die paciarii als Blutrichter des Ortes; so in Lerida (Capmanny IV. 2. 1259); dann Mallorka, Barcelona, Valencia (Oliver a. a. O. I S. 110 ff.). Es ist dabei charakteristisch, dass in Valencia die paciarii als jurati vorkommen. Um die ganze Entwickelung zu verstehen, muss man sich erinnern, dass in Südfrankreich bis in das 13. Jahrhundert der Landfriede mit Königsbann gedeckt ist. — Mit den paiseurs des nordfranzösischen Rechts (§ 16 N. 10) hat die Sache nichts zu thun; anders Oliver I S. 111.

Digitized by Google

allem kann die Entwickelung der scabini zu Urteilsfindern in Blutsachen auch darauf zurückgehen, dass sie als Rügezeugen fungiert haben[67]).

IV. Welcher Beamte ist nun befugt, die Rügefrage zu stellen, und an welche Versammlung richtet sich die Frage. Klar liegen die Verhältnisse für die Kriminalrüge. Da diese eine Funktion des Vollgerichts ist, so kann sie nicht ausserhalb desselben stattfinden und der Richter des kriminellen Vollgerichts, also der Graf oder sein Vertreter fragt.

Wechselnder werden die Bannfälle behandelt. Es soll dabei das Material zuerst geordnet und dann erst konstruiert werden.

Viele Quellen[68]) der nachfränkischen Zeit zeigen, dass die Einhebung des Königsbanns nicht durch den Grafen und noch viel

---

67) § 29 N. 101.

68) a) Für die tria placita und Immobiliargerichtsbarkeit des Mittelrichters folgendes: Thierry I S. 114 § 47, Amiens 1190: de omnibus tenementis ville justitia exhibebitur per prepositum nostrum ter in anno, in placito generali videlicet in natali Domini, in Pascha et in Penthecoste. — Teulet I. 1336. 1218—1219: Preterea prepositus Meldensis poterit submonere omnes homines episcopi mercatores, Meldis manentes, generaliter ter in anno, quando submonebit homines aliarum ecclesiarum (prepositus hat nach anderen nur mittlere Gerichtsbarkeit). — Ec. des chart. 4 ser. 1. 1. S. 528 f. N. 3 Vernon in der Normandie: et in tribus festis annualibus, si dominus curiam teneat; der Herr ist castellanus, der in der Normandie wieder nur mittlere Gerichtsbarkeit hat. — Das Gleiche gilt für den vicecomes bei Thierry IV S. 659 § 19 (ob. N. 14a). — Guernesey (Ec. des chart. 39 S. 200 § 9) 13. Jahrh. empres il (der König) a ses chiez plais trois fez en lan, cest a Noel e a Pasques e a la seint Michiel, e ses plez deritages de quinzaine en quinzaine; da nun hier die Immobiliargerichtsbarkeit an die 14 Taggerichte gekommen ist, so sind die dortigen drei generalia placita von jeder Gerichtsbarkeit entleert (ebda S. 31); Kriminalgerichtsbarkeit kommt ihm nicht zu; in Jersey sind dagegen bis in das 18. Jahrhundert die chefs plaids soviel als assisses d'heritages. — Teulet I. 371 Tours: viarii civitatis bis in anno veniunt in castrum ad justiciam suam castri tenendam; vorher: infra burgum Sancti-Petri-puellarum comes Andegavensis nullam prorsus iustitiam habet, nisi in duobus temporibus infra determinandis: quando, scilicet, viarii comitis sunt in castro novo. — Generalia placita, die nurmehr Immobiliargericht, nicht mehr Blutgericht sind, bezeugen auch folgende Stellen: Warnkönig II. 222 § 17: Et de cetero cessabit omne Goudhinge et Campdinghe, de re pecuniaria vel hereditate. Paweilhars c. 181: Sachiez que ly plais generauls sont as villes champaistres trois fois l'an, sans frankes villes; le premier est le jour de S. Remy ly autre le lendemain delle Treyme et le darein le lundy delle enclose Pasques; et tant que li tiers deminement est demourez sous les hiretaiges que en fait deminer par

Digitized by Google

weniger durch eine höhere Gewalt, sondern durch den niederen Beamten erfolgt. In ganz Frankreich hält der vicarius (prepositus, vicecomes), in Alamannien und Bayern der Vogt drei placita generalia, auf denen in Immobiliarklagen geurteilt wird und die emenda von

---

les plaix generauls ou le doit forjuger a celle darein jour mesme et adjugier l'iretaige en le main de celui qui fait l'ara demineir. v. d. Bergh I. 412, Haarlem: Praeterea in eodem oppido constituta sunt tria judicia annualia; primum proxima feria post Epiphaniam; secundum post octavam Pasche secunda feria; tertium feria secunda post festum Johannis Baptiste. Que ad hoc sunt instituta, ut quilibet oppidanus existens in possessione alicujus hereditatis, in quolibet predictorum judiciorum compareat, et ibidem super hereditate, si sit qui impetat, conveniatur; si vero non conveniatur, ipse postmodum iuxta sententiam scabinorum quiete hereditatem suam possideat, et dicta judicia in ecclesia sunt iudicenda: quieta vero hereditatis possessio non poterit confirmari et probari nisi per scabinos vel iuratos. — In den homologierten Coutumes befasst nun die mittlere Gerichtsbarkeit auch die emenda von 60 sol. Artois I. 9 (Richebourg I S. 244); Amiens c. 110 (a. a. O. I S. 136); Valois I. 4 (a. a. O. II S. 796); Melun c. 16 (a. a. O. III S. 435); Maine c. 43 ff. (a. a. O. IV S. 469); Touraine II c. 10 (a. a. O. IV S. 603); Poitou c. 9 (a. a. O. IV S. 744); Bar in Lothringen c. 3 (a. a. O. II S. 1022), die noch jetzt deutlich die höchste emende ist (ob. § 13 N. 3), und hier hält nun der Inhaber dieser mittleren Gerichtsbarkeit viermal im Jahre assisses (Touraine c. 39 a. a. O. IV S. 646; Lodunois I. c. 1 a. a. O. IV S. 711). — Ingleichen tritt aber in den Quellen des 13. und 14. Jahrhunderts hervor, dass die Gerichtsbarkeit des vicarius und des nordfranzösischen vicecomes neben dem Einschreiten gegen den latro den Königsbann befasst; so für den vicarius, dem der prepositus gleichsteht: Giry. Et. Rouen II S. 133 § 4. 1352. Angoulême: Volumus autem quod predicti habitatores et ipsorum communitas habeant jurisdicionem seu vigeriam mulctandi illos de communitate sua, dumtaxat usque ad sexaginta solidos et unum denarium, in casibus in quibus consuetudo patrie hoc requirit. Ol. II S. 232, XV. 1283: pro Jacquelino Troussel, viario Bitturensi, judicatum fuit quod in emendis, pro transgressione banni monetarum, usque ad sexaginta solidos et infra, terciam partem habebit, sicut habet in aliis emendis. Coustume glosée d'Anjou c. 35 (Beautemps — Beaupré I S. 225): mais je n'entens pas ici à dire de celle voierie basse; aincois di de haulte voerie qui porte LX s. en Anjou, et ou Maine VI libres. Für den Vicecomes: Thierry I S. 22 Somme rural S. 902. Hierher gehört es dann auch, dass in Lothringen die placita bannalia, denen die ganze Bevölkerung einer mairie beiwohnen muss, vom herzoglichen Beamten gehalten werden (Documents inédits de l'histoire des Vosges I S. 236), nach den Angaben Bonvalots, histoire de droit de la Lorraine (S. 290) durch den herzoglichen prevôt; vergleiche nouv. revue droit XIII S. 249 ff. 1298, wo nunmehr der über den einzelnen Gemeinden stehenden grande feaulté, d. h. einem Inquisitionszeugenkolleg (unt. N. 70) die Abhaltung der placita annalia übertragen wird.

b) In Alamannien befasst die Vogtgerichtsbarkeit die Bannfälle von 60 sol. also den Frevel (vgl. § 13 N. 7) und die Gerichtsbarkeit über Diebstahl — also das-

Digitized by Google

60 sol. geltend gemacht wird; dass dabei der Mittelrichter im Rahmen seiner Gerichtsbarkeit inquirieren kann, ist ausdrücklich bezeugt[69]). In den spätern niederländischen Nachrichten geht der Königsbann und gleichzeitig die Immobiliargerichtsbarkeit an die Gerichte über, welche für die einzelnen Kirchspiele oder Gemeinden vom herrschaft-

---

selbe, was im Westen die Vicariatsgerichtsbarkeit ist: Für die Schweiz Blumer I S. 108 ff.; für das übrige Schwaben Württemb. U. B. I. 277: nullum autem aliud servicii jus aut beneficii sibi pro hoc concedi recognoscat, nisi tertium bannum et consuetudinariam iustitiam et legem quam ceteri advocati in aliis liberis monasteriis habent super fures, proterviam et censuales. Württemb. U. B. I. 215. 1100: Ad ipsum autem advocatum tantum de furtis et violentiis, et de prediis familiarum ecclesie pertineat agere. — Augsb. Stadtr. a. 6: die vogte uf dem lande die hant niht ze rihtenne hinze der burger gute noch hinz ir luten die druffe sitzent, wan ze zwain ziten in dem iare, ze maien unde ze herbeste, umbe gulte, anders so rihtent si durch daz iar wunden. haimsuche, diupstal, vraefel unde allen gewalt; unde swem ez zem libe stat den suln si antwurten in die stat dem vogte unde der sol ez rihten. Die Vogte sind nun nicht nur Herren über Unfreie, sondern sie haben im alamannischen Recht gerade die Gerichtsbarkeit über die grundbesitzenden Freien; das folgt schon aus dem Augsburger Rechtsbuch, tritt aber dann auch in der Schweiz hervor. Züricher U. B: I. 340. 1185: Herr von Eschenbach concessit etiam, si quis de familia sua ad conversionem ibidem venire voluerit, cum substantia libere veniat. Concessit adhuc si quis de advocatia sua ibidem venire voluerit vel alodium vel predium vel aliud ibi dare, libere faciat. Es wird also die familia des Herrn von Eschenbach von den Leuten der Advokatie getrennt und letztere haben Alodium. Der Advokatus kann ein Alodialherr sein. So schenkt Welf an Friedrich I. nobile patrimonium praediis necnon advocaticiis et ministerialibus (Historia Welforum Weingartensis H. A. S. 54). Es kann aber der Advokatus auch der Unterbeamte des Grafen sein. Württemb. U. B. III. 671. 1224: Graf von Kalw ordnet an, ut nullus unquam advocatus, vel scultetus eiusdem ville Walheim aliquid a bonis prefatis prefatis Dominici sepulchri exigat. — Nun zeigt sich in der Vogtei Berkon, die ursprünglich einem weltlichen Herrn gehörte (Rocholz, Aargauische Weistümer S. 20 f., Grimm IV S. 394 f.), dass der Vogt die Jahrgerichte über Eigen und Erb hält, ausserdem die Strafgerichtsbarkeit, soweit sie nicht Blutgerichtsbarkeit ist, hat, also die gleiche Erscheinung, wie bei dem Vicar des französischen Rechts.

c) Auch in der Passauischen Grafschaft Ilzgau wird unter dem comitatus als öffentliche Gerichtsbarkeit die advocatia unterschieden, so dass man wenigstens dieselben Verhältnisse wie in Alamannien mutmassen kann (M. B. XXVIII b. S. 500).

69) Thierry IV S. 659 § 19 ob. N. 14a; Artois 13 § 4 uns vavaseurs — no puet faire enqueste, qui apartiegne a si grant justice. Später cout. de Lille I. 19 (Richebourg II S. 893), wonach auch die seigneurs vicomtiers eine enqueste halten können.

Digitized by Google

lichen Beamten gehalten werden[70]). In Drenthe aber leitet der Kirchspielschultheiss das Rügegericht[70a]). — Gemäss einer Nachricht aus dem westerlauwerischen Gebiet, deren Alter mit Sicherheit freilich nicht angegeben werden kann, darf dem Grafen

---

70) So Warnkönig III. 62; Verzeichnis der Wahrheiten, in welche die souveräne Wahrheit von Aelst zerfällt. — Willlems Jean de Klerk I. 25 Incourt 1226: Item in villa praedicta sint in anno tres generales placiti, et per istos sunt omnes alii enbanniti I. 28. 1230 La Hulpe: In villa de Hulpe nemo habet placita generalia nisi dominus dux: horum habet tria. I. 76: Et est à savoir ke nous devons et sommes tenu de paier droitures, ke li dis Jehans et Alis sa femme devoient as escevins de Wavre, pour les plays généraux. Später hält in der Gegend von Brüssel der Ammann von Brüssel für jedes einzelne Dorf zwei placita generalia: Wauters, le duc Jean I. S. 306 (Memoires couronnés de l'Ac. Belg. 13). Nach der joyeuse entrée des 15. Jahrhunderts (Poullet, memoire sur l'ancienne constitution Brabançonne. Mem. Cour. XXXVI. 1863 S. 284) sollen diese lokalen Wahrheiten zweimal im Jahre abgehalten werden. — In Lüttich erscheinen die placita generalia als Gerichte der einzelnen Orte (Paweilhars c. 181, N. 147). — Nach der südholländischen Keure, die allerdings hier gerade verstümmelt ist, muss die veritas über Mord in dem Amt gehalten werden, wo der Mord begangen ist (ob. N. 18). — Noch viel allgemeiner lautet die amstelländische Keure von 1387 (Mieris III S. 486): Voort, so en sal die Baeliu, noch Rechter, niemandt daghen van breucken uyt der stede of dorpe, daer die breucke geschiet zyn, maer daer berechten nae vonnisse der Schepenen. Die ganze Gerichtsbarkeit übt also hier der Vertreter des Grafen mit den Schöffen der einzelnen Dörfer aus. — In der flandrischen Chatelenie Kassel wird 4 mal im Jahr für eine Anzahl Dörfer Gauding gehalten, das jetzt nurmehr als Immobiliargericht fungiert. Durch widerspruchslose Übertragung auf diesem Gauding wird sofort jedes Retraktsrecht beseitigt (Richebourg I S. 713 S. 721 c. 221, 358, 369). Auch die cout. von S. Omer c. 46 (Richebourg I S. 286) geht anscheinend von einer starken Zerteilung der veritas aus. — In Lothringen aber ist nach der für mich unkontrollierbaren Schilderung von Bonvalot, histoire du droit de la Lorraine S. 290 in späteren Zeiten das plaid bannal vom herzoglichen prevôt für jedes einzelne Dorf gehalten worden. Einen Übergang zu diesem Verhältnisse ergibt das Weistum des Banns von Vagney: Doc. Vosges II S. 221 fd. 1345 an der Spitze des Banns, der 22 Dörfer und noch mehrerer Weiler befasst, steht ein — ernannter — grant maire, der in seiner Funktion freilich durch den herzoglichen prevôt und den prevôt der Kirche von Remiremont, die an den Hoheitsrechten teilhat, verdrängt zu werden beginnt. Diesem grant maire müssen die maires der einzelnen Dörfer zweimal im Jahr die erwachsenen amendes anzeigen. Ausserdem hält aber der grant maire selber zweimal im Jahr parjuries, also eidliche Befragungen, der Bussfälle wegen; von den ermittelten gehören die Bussen bis 5 sol. dem grant maire, was darüber ist, dem Hochgerichtsherrn. — Hier ist die Rügung der Bussfälle noch mit dem mittleren Verband verknüpft; daneben steht aber die Gemeinderüge.

70a) § 33 N. 61.

Digitized by Google

gegenüber nur von den Schultheissen gerügt werden; die Schultheissen aber halten, um diese ihre Rüge vorzubereiten, für ihren eigenen Amtsbezirk allgemeine Rügegerichte, zu welchen der Graf ihnen den Königsbann leiht; was sie auf diesen Gerichten erfahren, bringen sie in das Gericht des Grafen ein. Auch in den östlicheren friesischen Gebieten ist eine Vorbereitung eines allgemeinen Gerichts durch Lokalgerichte bezeugt[71]). Die Regel ist aber auch im westerlauwerischen Rechte, dass jährlich der Schultheiss den Königsbann selbständig geltend macht. —

---

[71]) In dem westerlauwerischen Schulzenrecht ist einmal eine fortlaufende Gerichtsbarkeit des gräflichen Hofgerichtes (§ 55), dann ein alle 4 Jahre stattfindendes Bodthing erwähnt (Richthofen S. 390 f. § 24). Für das letztere erhalten die Schultheissen für 7 Wochen vom Grafen den Königsbann und setzen nach 6 Wochen für ihre Bezirke Dinge an, die jeder besuchen muss; insoweit stimme ich vollkommen mit der Auslegung von Heck (Zt. f. deutsche Philologie 24 S. 435 ff.) überein. In der siebenten Woche hält dann der Graf bis Donnerstag ein Gericht, das vom Dienstag ab als Fimelthing bezeichnet ist und wo die Klagen gerichtet werden, die auf dem einzelnen Bodthing des Schultheissen nicht beendet worden sind. Am Montag oder Dienstag dieses Gerichtes erscheinen die Schultheissen, und es gehört sich, dat da schelten — dis koninges ban op ia da grewa al deer hya et ontfinghen. Was bedeutet nun das Bannleihen an die Schultheissen durch den Grafen und die Zurückgabe an denselben? Das kann nicht die Meinung sein, dass nur ausnahmsweis der Schultheiss den Königsbann hat. Denn wir wissen aus allen friesischen Quellen, dass im normalen Verlauf der Schultheiss den Königsbann handhabte (oben § 13 N. 15 fd.), und auch das Schulzenrecht setzt eine jährliche Geltendmachung des Königsbanns voraus (§ 29), die nach dem ganzen Zusammenhang nicht durch Grafen erfolgt. — Hier greift die Aufzeichnung über Asegarecht ein (Richthofen, U. II S. 487 § 3). Danach hat der vom Schulzen verkündete Grafenbann wesentlich den Sinn, die Gerichtsgemeinde zur Rüge der Busse zu veranlassen, die an das Land und an die Vertreter der gräflichen Obrigkeit fällt. Thes grewa bonne bon ic vr alle mine berieldan, als den to lastene sa thi asega heth to riuchte deled; and hebben allera monna ek mene with sine sele, thet di riuchte tichtan to ware brenge, and thet vnt-helande se, ther on tha liude falle an on thene frana. Liegt das auch dem westerlauwerischen Recht zu Grunde, so sind eben die Bodthinge die veritates generales, welche dann die Rügung der Bannfälle durch den Schultheiss vor dem Grafen vorbereiten sollen. Der Graf aber kann nur jedes vierte Jahr Bodthing halten. Das stimmt mit ganz ähnlichen Ansätzen holländischer und westfriesischer Quellen, wonach der Graf nur alle 3 Jahr die Abgabe für das Botting erhebt (v. d. Bergh II. 151. 1266 Leiden; v. d. Bergh II. 816. 1292 Kennemerland; v. d. Bergh II. 301: Der Herr von Westerland erhebt alle 7 Jahre 2 mal Botting). Botding hat aber den Sinn von Rügegericht und zwar in Bussfällen — im Gegensatz zum Lotting — auch in den niederländischen Kolonien der Mark (Kühns, Geschichte der Gerichts-

Digitized by Google

Grundsätzlich scheint jede Rüge an die echten Dinge des Volksrechts gebunden. Es drückt sich das darin aus, dass in Deutschfranken auf dem Zehntgericht gerügt wird und in Frankreich assisiae und inquestae gleichbedeutend sind[72]). Allein genauer zugesehen gilt das nur für die Kriminalrüge. Die Rüge der Bannfälle dagegen ist nach sicheren Spuren etwas den allgemeinen Gerichtsversammlungen ursprünglich Fremdes, erst hinterher Zugesetztes. Es gehört schon hierher, wenn im niederländischen Recht zwischen der veritas per francos homines in Kriminalsachen, die man einmal im Jahr hält[73]), und der „durch-

verfassung und des Prozesses in der Mark Brandenburg II S. 79 fd., wo die Belege). — So ist der Sinn eben der, dass der Graf für sich nur alle 4 Jahre die Königsbannfälle durch Rüge einheben kann. — Die Schultheissen geben den Königsbann am Montag und Dienstag an den Grafen auf, Dienstag bis Donnerstag erfolgt dann das Gericht, das Fimelthing heisst. Heck nimmt an, dass das Fimelthing zur Friedloslegung für die in den einzelnen Bodthingen der Schultheisse geführten Prozesse gedient habe. Will man nun auch wirklich zugeben, dass nach dem westerlauwerischen Quellenkreis die Friedloslegung nur durch das Grafengericht erfolgt (Schulzenrecht § 15, Wergeld § 2), so sagen die Stellen doch gar nichts von diesem Zweck, sprechen vielmehr von der Erledigung von Parteistreitigkeiten. In der That fungiert auch anderwärts das Rügegericht als Gericht für den Parteiprozess. Daneben aber geben die Schultheissen dem Grafen den Königsbann auf: da sie ihn doch das ganze Jahr besitzen, so kann das nicht als Verzicht auf den Königsbann ausgelegt werden, sondern ist gleichbedeutend mit der Angabe der Bannfälle im Schulzenrecht § 16. Da aber materiell das gesamte Rügeverfahren schon in den einzelnen Botdingen der Schulzen erledigt ist, so tritt jetzt besonders die Zuständigkeit für Parteiprozesse hervor. — Das Wort fimelting selber weist auf Rüge, denn es ist wohl mit Veme zusammenzustellen. Veme als Bezeichnung für das Gericht hat mit der Bezeichnung veme für das Mastschwein (vgl. die Stellen bei Schiller und Lübben s. v. veme) nicht das entfernteste zu thun; a. M. Jostes bei Lindner S. 304 ff.; denn die ursprüngliche Form für Vemschwein, die bis in das 15. Jahrhundert vorkommt, ist vedemschwin (cod. Traditionum Westfal. I S. 162, Ende des 14. Jahrh.: 1 swyn unde 1 vedemswyn; II S. 181, S. 183, S. 185). Veme als Gerichtsbezeichnung hat bereits Heck und Siebs a. a. O. S. 437 mit fimelting zusammengebracht. — Das Ganze passt für das zu Beginn des 14. Jahrhunderts dem Grafen oberflächlich unterworfene Westfriesland. — Die Einrichtung, dass einem placitum generale (truchtingath) Lokalgerichte zur Vorbereitung vorausgehen, hat auch der Brokmerbrief § 122—§ 124. Die allgemeine Dingpflicht bezieht sich hier auf das truchtingath, dessen Name an die durchgehende Wahrheit des flandrischen Rechts anknüpft.

72) Auch im Kennemerland ist die Geltendmachung der Wette an das Jahrgericht gebunden.

73) Ganz deutlich ist Warnkönig III. 166 § 55 (N. 58) mit II. 190 § 23

Digitized by Google

gehenden Wahrheit", die dreimal allenfalls mit den Schöffen über Königsbannfälle abgehört wird[74]), geschieden wird. Nur die Kriminalrüge, die „souveräne Wahrheit" gehört zum alten Vollgericht, auf dem auch die Vornehmen erscheinen. In der späteren Entwickelung freilich versuchen die Schöffengerichte diese franca veritas zu beseitigen, oder besser die Rügebefugnis in Kriminalsachen für sich selber zu erwerben[75]). Umgekehrt werden dann auch die francae veritates von Dorf zu Dorf abgehalten, und dadurch wird dann der Ausdruck „souveräne Wahrheit", der wohl zuerst die franca veritas bezeichnete, der Name

---

(N. 12), das dem gleichen Quellenkreis angehört. — Warnkönig II. 160 § 46 tres veritates generales i. c. dorghinga debent quolibet anno fieri de omnibus forefactis trium librarum. Praeterea quolibet anno fit veritas libera, si comes vult habere de omnibus forefactis. — Patron c. 3 (Rec. de Liège I S. 274): ne ly officiens de seignor ne puelent faire enqueste en plat pays de nul cas de haulteur, dont esquevins n'ont a jugier se ce n'est par les hommes desseurdis; et avecque ce, pour faire plus deyutemerent, y appellent ilh souvent fois le justiche de lieu, ou ly exces est avenus ou le plus prochaine. Butkens, trophees de Brabant pr. S. 89. 1247 im allgemeinen: ballivi nostri terram nostram regere debeant, secundum judicium et sententiam Scabinorum, aut aliorum hominum nostrorum, ad quos pertinet super huiusmodi sententias dare aut judicare; aber: nisi forsitan aliquod enorme acciderit, sicut incendium, violentia, vel homicidium, aut aliquid aliud simile, in quo casu, excessus huiusmodi de voluntate nostra et per consilium hominum nostrorum corrigentur. In den Landkeuren von 1292 (Willems Jean van Heelu 184) wird nur Abhaltung der Wahrheit durch Mannen oder Schöffen erwähnt.

74) So das Recht von Furnes in der vorigen Note; dann noch Warnkönig III. 55 B, wo die durchgehende Wahrheit sich fortwährend auf Königsbannfälle bezieht. Spätere Kore von Ardenburg §§ 109—124 (O. V. R. Br. XV. S. 108 fd.), wo die durchgehende Wahrheit sich auf lauter Polizeidelikte bezieht; der ältere Entwurf der Keure § 38 (S. 42) ist nicht so deutlich. — Der Ausdruck durchgehende Wahrheit scheint dabei eben gerade die Inquisition, die von Dorf zu Dorf fortschreitet, zu bedeuten. Ist das richtig, dann stellt das Recht des franc noch einen Übergangstypus dar. Zwei der allgemeinen Dinge des Landes (der Hundertschaft) sind noch Weddinge, oder umgekehrt zwei Weddinge sind noch mit dem Hundertschaftsgericht verbunden, aber die dritte Inquisition im Jahr wird als durchgehende, d. h. von Dorf zu Dorf, vorgenommen (ob. N. 5, unt. N. 77).

75) Warnkönig II. 220 § 22 (Waesland); II. 34 § 54 (Sleidinghe in d. Chatelenie v. Gent). Besonders deutlich II. 205 § 17: Item nous approvons et confermons que nous poons et devons chascun tenir et faire une franche verité dedans nostre ville de Courtray par nos diz eschevins de tous faiz. Auch die Verordnung der Gräfin Margaretha von 1261 gegen die Brenner setzt eine veritas der Schöffen ein (Warnkönig II. 223).

Digitized by Google

für die Inquisition überhaupt[76]). — Ein gewisser Gegensatz zwischen dem Kriminalrecht und der Rügung der Strafgelder leuchtet auch aus der Unterscheidung zwischen dem einen jährlichen Gauding für den franc und den 2 wedding hervor. Auf dem erstern müssen sogar die vornehmen Seeländer erscheinen[77]). — Noch schärfer hebt sich die Sonderstellung der Bannrüge da hervor, wo sie zwar mit dem allgemeinen öffentlichen Gerichte in Verbindung gebracht ist, aber so, dass sie formell nicht mehr zur „Sitzung" gehört, oder so, dass sie überhaupt in einem Nachgericht behandelt wird. Hierher zählt es, wenn im Groninger Gorecht[78]) neben den 3 Hauptdingen 3 Springdinge unterschieden werden, auf denen die Rügung der Brüchten stattfindet. Besonders bestimmt ist eine Angabe des Kenemmerrechts. Nach dem ersten Kennemerrecht sollen auf dem Jahrding zunächst die Offizialanklagen vom Richter sitzend erledigt und dann erst darf e officio vom Richter geklagt werden, wohl auf

---

76) Das erste Warnkönig III. 62; das zweite III. 56 a. 118; hiezu § 22 N. 37 fd.

77) Ob. N. 5. Da ausserdem auch an eine equitatio im Jahr eine durchgehende Wahrheit sich anschliesst, so kommt man zu der gewöhnlichen Zahl von 3 durchgehenden Wahrheiten, wenn auch die Weddinge solche sind. Daneben steht das Gauding, zweifellos das placitum annale von Brügge, das auch die vornehmen Seeländer besuchen (v. d. Bergh I. 587 I § 17—21).

78) Genootschap te Groningen pro excol. jure patrio VI S. 638. 1571: Item in den Gerichte van Selwart is gebrueckelick, dat daer yaerlikx worden geholden dre springdingen: toe weten tusschen dre hoevetdingen, daer voer van geschreven is, wort tusschen elck twe hoevetdingen geholden een springdinck. Item up die dre springdingen moet een yeder buerschap in dem Gerichte van Selwart voer den Amptman openbaeren, vertuegen, und gerichtlick laten antekenen alle t'gene daer den Amptmann vant ene springdinck tot het ander enige broke an vervallen is, und daertoe sint die buiren in een yeder kaspel by hoeren eedt verpflichtet. — Item ofte enich buerschap bevonden worde, die eenige heren broecke verswege ofte nicht recht getuiget hadde, so breckt elk huis in dat sulue buerschap 15 marck. Item als up en springdach die buertuich geschiet is, wat gebroken is een yeder kaspel, soe moet die gemeente uyt een yeder kaspel ofte buerschap vulmachtigen wthmaken, umb mit den andern by sententie tho verclaren, wes den Amptmann van een yeder saecke, vertuiget und angegeven is verbroken mach syn. Hierher gehört dann noch das Seelwerder Landrecht von 1529 S. 622 (a. a. O.). Item die meente des Gerichtes van Selwert moeten jaerlicks tot dren dingen den Amptmann von wegen des oeversten Hern sweren ten, hilligen, dat sie mynes Gen. H. broecke willen recht vertugen und verwysen na Landtrechte. Da die Rügung hier nur auf 3 Gerichten stattfindet, und von den 6 allgemeinen Dingen des Gerichts die 3 Springdinge sicher Rügedinge sind, so muss sich die zweite ältere Bestimmung ebenfalls auf die Springdinge beziehen.

Digitized by Google

Grund erfolgter Rüge[79]). Vielleicht kommt der Ausdruck Springgericht des Groninger Gorechts und die Springrocht, die später im drenthischen Recht hervortreten wird[80]), davon, dass das Gericht jetzt nicht mehr sitzt, dass es aufgesprungen ist. Im Wormser Recht ist ebenfalls eine Rügung durch die Heimburgen der Wormser Gemeinden bezeugt, die nicht auf den 3 ungebotenen Dingen, sondern auf einem 14 Tage nachher folgenden Gericht stattfindet[81]). Vielleicht gehört auch noch eine friesische Nachricht hierher[82]).

---

79) v. d. Bergh II. 816 S. 375 b.: alle jare mach men ghedinge dinghen, ende also langhe als die rechter sittet te rechtene so en mach hi niement beclaghen, noch over niemant rechten sonder clagher.

80) § 33 N. 63.

81) So das vielbesprochene Wormser Weistum, Worms. U. B. III S. 226 ff.: Der Camerarius hat den Vorsitz auf 3 Dingen, auf denen die Heimburger rügen und die jedenfalls im Gegensatz zu den 3 ungebotenen Dingen stehen. Da am ganzen Rhein das ungebotene Ding mit dem echten Ding zusammenfällt, so ist jedenfalls die Auffassung von Arnold (Freistädte I S. 295 ff.) unrichtig, dass es sich um den Vorsitz in den echten Dingen gehandelt hätte. Die 3 „Dinge" stehen nun aber zu dem ungebotenen Ding in einem zeitlichen Verhältnis: Et quodlibet placitum sequitur aliud post quatuordecim dies, quod vocatur ungeboden dingk. Est autem eorum terminus feria tercia prima post epiphaniam domini; item feria tercia prima post octavam paschi; item prima feria tercia post nativitatem Johannis Baptiste. Ad ista placita prima et sequentia parabunt illi sedecim iurati heimburgere sedes in curia camerario, sculteto, iudicibus et scabinis desuper residentibus. Es könnte nun an und für sich gerade so gut gelesen werden: Die 3 Ding folgen auf die 3 ungebotenen Dinge, als umgekehrt die 3 ungebotenen Dinge folgen auf die 3 gebotenen Dinge, wenn auch das unbestimmte Sprachgefühl der ersten Übersetzung den Vorzug geben mag. Den Zeitangaben ist gleichfalls nichts zu entnehmen; beziehen sie sich im ersten Kapitel auf das Ungebodending, dann muss das Ding vorausgehen; denn nach c. 2 findet das letztere im Januar, April, Juni statt. Umgekehrt können aber die Angaben in c. 1 auch auf das Ding bezogen werden und treffen dann mit denen in c. 2 zusammen. Anderes ist aber entscheidend. Der Camerarius hat nur den Vorsitz in den 3 Dingen und nur auf diese bezieht sich die Rüge der Heimburger; das ergibt sich deutlich aus 1, 2, 4 des Weistums. Über das, was nun auf dem Ding gerügt wird, lässt der Kämmerer innerhalb 6 Wochen die Schöffen urteilen; würden die Ungebodendinge dem Ding nachfolgen, so wäre eine Angabe darüber nicht zu vermeiden gewesen, ob auch auf den Ungebodending eine Verhandlung möglich gewesen ist. Ganz unmöglich ist die Auslegung von Koehne, Ursprung der Stadtverfassung S. 176 ff.

82) Brokmerbrief § 149 (R. Qu. S. 172) eetta thruchthingathe ne motma na nenne mon baria and nene werde lede, efter tham ther tichtega thingad is.

Digitized by Google

1. Die Untersuchung ist nunmehr weit genug geführt, um eine endgültige Konstruktion zu gestatten.

In den meisten Gebieten, in denen eine Bannrüge bezeugt ist, erfolgt die Einhebung des Bannes für das Mittelgericht und durch den Mittelrichter oder da, wo Kirchspielschultheissen ernannt werden für das Kirchspiel, vielleicht sogar durch den Kirchspielschultheissen.

Anderwärts wird der Königsbann vom Grafen und darum im Vollgericht geltend gemacht: namentlich Sachsen gehört hierher, wo sich überhaupt eine Bannrüge nicht findet[83]), und zwar berichtet bereits ein Kapitular von dieser Funktion des Grafen[84]). Wenn man nun die Gestaltung des Verhältnisses in den übrigen deutschen wie französischen Gebieten erwägt, dann kann das nicht etwa die Übertragung erhöhter Befugnisse gerade an die sächsischen Grafen bedeuten. Denn nicht nur in Sachsen, sondern im ganzen Frankreich unterstehen alle schwereren Delikte (causae maiores) in der karolingischen Zeit dem Königsbann[85]). Da kann dann dieser nicht durch besondere königliche Kommissare, wie etwa zeitweis der Heerbann, eingetrieben worden sein, ohne dass wir von diesen Beamten Nachrichten überkommen hätten. Vielmehr muss auch da, wo später der Mittelrichter den Königsbann eintreibt, höchstens der Graf, vielleicht aber schon der Unterbeamte in der karolingischen Zeit im Auftrag des Grafen die Erhebung des Königsbanns besorgt haben[86]). Jetzt wird es verständlich, warum noch in der nachfränkischen Zeit die Verleihung des Königsbanns die Form der Amtsverleihung an den Grafen bildet[87]). Die Ein-

---

83) In Sachsen hat der Schultheiss, der dem staatlichen Mittelgericht vorsteht (mit § 31 N. 59), nur 8 sc. Wette (S. sp. III. 64 § 8), und umgekehrt ist es sicher, dass jede Art von Königsbann dem Grafen zusteht (S. sp. III. 64 § 5) und zwar gerade auf dem echten Ding allein geltend gemacht werden kann, denn nur das echte Ding wird unter Königsbann gehalten (S. sp. I. 59). Weiter gehört hierher das Kennemerrecht (N. 4), wo allein auf dem Jahrgericht in Anwesenheit des Grafen die Wetten geltend gemacht werden (N. 4); halbwegs gehört auch noch der franc von Brügge hierher, wo von den 3 Jahrdingen 2 weddinge sind (N. 5).

84) Capitulatio de partibus Saxoniae c. 31 (cap. 26).

85) § 16.

86) Die herrschende Lehre (Sohm, Fränkische Reichs- und Gerichtsverfassung S. 173 fd.; Brunner II S. 167) scheidet den Erlass neuer Normen bei Königsbann und die Einhebung des Königsbanns auf Grund bestehender Normen nicht scharf. Dass zu ersterem der Graf in der fränkischen Zeit nicht befugt war, ist allerdings anzunehmen. Das gestattet aber keinen Schluss auf das zweite.

87) unt. § 60.

Digitized by Google

treibung der Brüchten und damit allmählich insbesondere des Königsbanns ist vom Standpunkt des Königs aus eben ursprünglich die hauptsächlichste Aufgabe des Grafen gewesen. — Die Brücke von der sächsischen zur oberdeutschen und französischen Gestaltung gibt das friesische Recht ab. — Der Graf bedarf zur Geltendmachung der Bannfälle natürlich der Unterorgane, die ihm die vorgekommenen Delikte mitteilen. Das gilt auch da und natürlich erst recht da, wo eine allgemeine Rügepflicht nicht eingeführt ist. Solche Anzeige ist die Funktion des Schultheissen[88]), der davon seinen Namen hat; auch der Name sagibaro[89]) wird hierher gehören. — Im friesischen Recht wird nun dem Schultheissen der Königsbann gegeben, um in allgemeinen Versammlungen seines Amtsbezirks das Material zu seinen Aussagen zu sammeln und diese Form wird — ein Zeichen der altertümlichen Einrichtung — noch beibehalten, nachdem die Geltendmachung des Königsbanns vollständig an den Schultheissen übergegangen war. Sie zeigt, dass ursprünglich der Graf allein den Königsbann geltend machen, einklagen konnte.

So stehen sich drei Typen gegenüber. Das Altertümlichste ist die Geltendmachung des Königsbanns durch den Grafen und deshalb allenfalls die Vornahme einer Inquisition durch ihn. Dann folgt die Geltendmachung durch den Grafen, aber die Abnahme der Rüge durch das Unterorgan. Zuletzt lässt man die formelle Geltendmachung durch den Grafen fallen und das Unterorgan wird zum

---

88) Ganz deutlich tritt das in folgendem hervor. Ekkehard Casus 67 bezeichnet die circatores des Klosters als exactores (exactoribus, quos circatores vocamus); er will also das Klosteramt mit einem weltlichen Amt vergleichen, und da nun exactor mit scultheiss gleichbedeutend ist, gerade für Alamannien (Brunner II S. 184), so steht circator dem Schultheiss gleich. Die amtliche Aufgabe der circatores ist aber nach Ekkehard c. 67 das culpas eorum magistro rememorare (eine Übersetzung von Schultheiss), die dann der magister straft. Genaueres über den Schultheissen N. 68 fd.

89) Dass trotz häufiger Schreibung sucebaro stets sagibaro gelesen werden darf, hat schon Kögel (Zeitschrift für deutsches Altertum XXXIII. S. 13 f.) betont. Dann ist aber die Ableitung von „sagen", die bereits Grimm (Rechtsaltertümer S. 783) aufgestellt hat, die nächstliegende, aber freilich nicht so, dass das Wort den rechtsagenden bedeutet; denn das entscheidende Wort Recht wäre dann aus der Komposition geschwunden und das indifferentere „sagen" geblieben, während zwar aus løgsøgumaðr ein lagmaðr, aber nicht ein søgumaðr geworden ist, und „rechtschaffen" niemals zu „schaffen" sich abkürzen kann. Vielmehr ist der sagibaro der Mann, der „ansagt", anzeigt.

Digitized by Google

Richter über die Bannfälle, die vor ihm gerügt werden. Jedenfalls erlangte das Unterorgan dadurch Kompetenz zu der Abhaltung der placita generalia. Da, wo es ausserhalb der Gerichtsverfassung neben einem Vollgericht des Volksrechts steht, ist es dadurch vielleicht zum Richter im Vollgericht geworden und da, wo es unterhalb des volksrechtlichen Vollgerichts steht, schliesst sich nun an seine Person ein neues Vollgericht an, das als solches auch die Rechtsprechung in den Parteistreitigkeiten erlangt — von Blutgerichtsbarkeit, die dem Grafen reserviert ist, abgesehen. Im Detail wird diese Entwicklung sich erst später verfolgen lassen. Soweit aber die Rüge mit einem volksrechtlichen Volksgericht sich verbindet, hebt sie sich dann vereinzelt doch als „Springgericht" oder sonstwie als fremdes, zugefügtes Element ab. — Die sachlich jüngste Form hat erklärlicherweise zuerst das fränkische Hauptland entwickelt, während in später unterworfenen Gebieten, wie Sachsen und Friesland, die importierte Einhebung königlicher Strafgelder die ältere Gestalt bewahrte.

Nicht überall ist die Bannrüge aufgenommen. Wenn freilich in Bayern später die Rüge überhaupt beseitigt wird, so ist das eine jüngere Bildung, welche aber das ursprüngliche Vorhandensein der Kriminal- wie der Bannrüge deutlich erkennen lässt. — Anders ist es in Sachsen. Die Vemrüge in Westfalen scheint lediglich Kriminal- und Genossenschaftsrüge. In Ostsachsen wird im Gogericht, vielleicht auch im Schultheissengericht, gerügt; aber das ist ausschliesslich Kriminalrüge des Volksrechts[90]). Die Bannrüge ist hier geradewegs ausgeschlossen. Bedenkt man nun, dass nach fränkischem Recht die Rüge auf Wahrheit jedenfalls vom Unschuldseid ab- und vielleicht dem Gottesurteil zudrängt, so ist es nur ein anderer Ausdruck für das Fehlen der Bannrüge, wenn der Richter d. h. der Graf und sein Vertreter durch seine Klage, also durch die Klage auf Wette den Beklagten

---

90) S. sp. I. 2 § 2 „unde al ungeribt, dat in den lif oder in de hant gat of it mit Klage vor gerichte nicht begrepen is; anders dorf he nicht rugen; hiezu S. sp. I. 58. N. 6a. — In S. sp. I. 2 § 4 kann das dar sich nicht nur auf den Grafen, sondern auch auf den vorher erwähnten Schultheiss beziehen. Sicher ist das nicht; aber jedenfalls kann bei der Stellung des Gogerichts, das vom Grafen unabhängig ist (§ 31 N. 42), nicht angenommen werden (anders Planck G. V. I. S. 156), dass das im Grafengericht gesammelte Material dem Grafen zur Geltendmachung vorgelegt wird.

Digitized by Google

nur zur Unschuld mit Eineid treiben kann, oder wenn die Reinigung durch Eineid auch bei wissentlicher That ein Grundrecht des Sachsen gegenüber dem Franken ist.

§ 22. Verfahren gegen die schädlichen Leute.

I. Die letzte Form des mittelalterlichen Offizialverfahrens ist das amtliche Einschreiten gegen denjenigen, welcher wegen seiner ganzen verbrecherischen Lebensweise in übelm Ruf steht[1]).

Nach vielen französischen Quellen wird, wie oben ausgeführt, jeder, der eines konkreten Verbrechens verdächtig ist, verhaftet[2]). Diese Verhaftung ist im allgemeinen nur eine zeitweilige, und wenn der Verdächtige sich nicht der enqueste unterwirft, so muss er freigelassen werden.

Anders gestaltet sich das Verfahren gegen diejenigen, welche allgemein als Gewohnheitsverbrecher berüchtigt sind. Ihnen gegenüber wird mit einer Verdachtsstrafe eingeschritten, nicht mit der Kriminalstrafe, die auf dem einzelnen Delikt steht, sondern mit dauerndem Gefängnis oder mit Verbannung[3]). Schon in der

---

[1]) Die im Text besprochene Materie hat Zallinger in seinem ausgezeichneten Buch „das Verfahren gegen die landschädlichen Leute in Süddeutschland" entdeckt; dass die folgenden Untersuchungen Zallingers Resultate im wesentlichen bestätigen, gereicht mir zur lebhaften Genugthuung. Im Detail freilich ergeben sich viele Abweichungen. Vor allem erweist sich die Unterscheidung, die Zallinger (S. 93) zwischen der stillen Frage des deutschen und der stillen Wahrheit des flandrischen Rechts macht — offenbar durch Warnkönigs Darstellung bestimmt — als irrig.

[2]) Ob. § 18 III.

[3]) Et. S. Louis II. 17 (Artois 48 § 5 § 6): Se aucuns est mauvaisement renomez par cri ou par renomée, la joutise le doit prandre, et si doit anquerre de son fait et de sa vie, et là où il demeure. Et se il treuve par anqueste qu'il soit corpables d'aucun fait où il ait poine de sanc, il ne le doit pas condampner à mort, quant nus ne l'accuse, ne quant il n'a esté pris en nul presant fait, ne en nulle quenoissance; ne quant il ne s'est mis en enqueste. Mais s'il ne se viaut metre en enqueste, lors le puet bien la joutise et doit faire forsbannir hors dou roiaume. — Jostice et Plet 19. 44 § 12: Li rois puet fere par inquisicion de mauveise renomée, issint de cex qui tiennent les bordeaus, de robeors, de péceors, de mellis, et de cex qui sunt costumiers de fere autres injures; et de mestre en poines à sa volonté, sanz dampnement de cors; car bone foi ne suefre pas. — Beaumanoir 1 § 35: Aucun malfeteur sont des quix li meffet ne sont pas si provez ne notoire, c'on les ose jugier à mort: à ciaus doit demander li baillix, s'il voelent atendre loial

Digitized by Google

Communalcharte von Peronne von 1207, die aber viel älter und 1207 nur neu bestätigt ist, wird der infamierte Dieb im Gegensatz zu dem auf handhafter That Betroffenen und Überführten lediglich verbannt[4]). Später lässt eine Lyoneser Urkunde, welche — von notorischen Delikten abgesehen — an sich die Inquisition ausschliesst, dieselben gegen alias difamati zu[5]).

Es ist also seit dem 12. Jahrhundert ein amtliches Einschreiten gegen Gewohnheitsverbrecher möglich. Dasselbe operiert mit Inquisition und nach einer älteren Nachricht, die man wohl hierher ziehen muss, wenn sie nicht zum notorischen Delikt gehört[6]), mit Folter. Das Einschreiten führt aber nun nicht zur Todesstrafe, sondern zu Verbannung oder Gefängnis.

II. Den Verbrecherkategorien, welche das französische Recht solcher Bestrafung unterwirft, entsprechen die schädlichen Leute des deutschen Rechts. Dass diese jedenfalls im Gegensatz zu den eines konkreten Delikts Bezichtigten stehen, ist eines der sicheren Ergebnisse aus den Untersuchungen Zallingers[7]).

Es ist bezeichnend, dass mehrere Rechtsquellen deutlich den schädlichen Mann dem Todschläger oder Friedbrecher gegenüber setzen und mit dem Dieb zusammenstellen[8]).

---

enqueste; et s'il ne voelent, tiengne les li baillis en sa prison sans issir, se malvese renommée labore contre eus.

4) Ord. V S. 160 § 13: Si aliquis cum latrocinio, infra Banleugam captus fuerit, Majori et Juratis reddi debet. Major vero et Jurati per testes eum judicare debent, et convictum in Pilorico poni facient: deinde Justiciario nostro vel Justiciario Castellani, coram Scabinis, depositum reddent, et per hoc, Major et Jurati de fure liberi existent. Qui vero per veram famam accusatus fuerit de latrocinio, per tres annos bannitus, Banleugam relinquet.

5) Ob. § 19 N. 1 a. E.

6) Jncerti auctoris ordo judiciarius (ed. Gross 1870) I. 13 § 6: ... quartus est de hylenarchis. Hylenarchae sunt illi principes, qui custodes ponuntur in terminis regnorum, qui alio nomine marchiones dicuntur. Isti si aliquem latronem ceperint, non statim punire debent, immo subponere tormentis, donec socios ostendat contra quos et testificabitur et accusabit, quamvis ejusdem criminis reus fuerit. — Das Rechtsbuch ist in Nordfrankreich vor 1180 entstanden (Gross S. 34 ff.).

7) S. 1 ff., wo die Belege.

8) Bayer. Landr. II. tit. furtorum, wo die schädlichen Leute abgehandelt werden, mit III titulus violantium pacem et treugam cum pena eorundem. Memminger Recht c. 30 (Freyberg V S. 289): wer des gerichtz botten dem Burgermaister oder wer an siner stat ist, dem ammann oder dem gebuettel

Digitized by Google

Auf der andern Seite freilich kann man bis in das 13. Jahrhundert einen Sprachgebrauch verfolgen, der überhaupt das Kriminaldelikt als schädliche Sache, den Kriminalverbrecher als schädlichen Mann ansieht[9]). Dieser Sprachgebrauch setzt voraus, dass der Gewohnheitsverbrecher und derjenige, der ein konkretes Kriminalverbrechen begangen hat, derselben Behandlung unterliegen. In der That tritt das in den Quellen hervor. Der schwere Verbrecher wird geächtet und darf nicht gehaust werden (ist verboten), jedenfalls nachdem die Acht verkündigt (denunciare) ist[10]). Ebenso sind die Gewohnheitsverbrecher „verboten", und es wird deshalb ihre Beherbergung untersagt[11]). — Natürlich ist der Gewohnheitsverbrecher ein Übelbeleumundeter[12]), aber ist jeder Übelbeleumundete ein verbotener Mann? Es lassen sich hier zwei Schichten unterscheiden: In der einen erscheint der Übelbeleumundete, speziell der Gewohnheitsdieb und was dem ähnlich ist, wirklich ipso jure verboten[13]). — Nach anderen und zwar alten Quellen wird

---

weyret, manschleg oder schädlich luet ze fachent etc. Überlinger Stadtrecht 1364 (Zt. f. Gesch. d. Oberrheins 29 S. 306): doch ist mit namen vssgesetzt vmb schaedlich luet als ob ieman den andern wundeti oder erschluege, dem sol man nachloffen in hueser.

9) Augsburger Stadtr. 23 § 1: Ein ieglich vogt — hat daz reht an der sturmgloggen, daz er die luten sol, swenne er ir bedarf, so er rihten wil uber diebe, uber rauber, uber morder. — Bayer. Landrecht c. 31: Wo daz waer daz ainer gezigen wurd schedlicher sache die im an den leip oder an sein ere gieng und chuemt er darumb fuer daz gericht ungepunden und ungevangen und wil daz gerichten daz er dez unschuldig ist, dez sol im der richter stat tun wan dhain schedlich sache hincz dem andern mit zwaien nieman erzeugen sol.

10) § 17. III.

11) Am deutlichsten der Salzburger Friede von 1328 (Gesellsch. f. Salzburger Landeskunde V S. 162): wir verbietten alle Holtzgeer und all Lanndtwinger, als schedlich lewt, Lannden vnd lewtten vnd gebietten das man in nachschrey vnd nachuolge als schedlichen lewtten; dann bayer. Landfriede von 1281 (Q. E. bayer. Gesch. V. 140) § 10: wir setzen für daz, daz der frid geschündet wirt, daz nieman dheinen schedlichen man behalt; jedenfalls bezieht sich das letzte mit auf den Gewohnheitsverbrecher.

12) So besonders deutlich der Landfriede von 1235 a. 29 (Weiland II. 196): idem scribet nomina eorum, qui accusantur vel denunciantur tanquam nocivi terre, et infamiam et eorum nomina, quando a suspitione absolvuntur, delebit.

13) So bereits das Recht von Efferding (§ 17 N. 8), der Salzburger Landfriede (ob. N. 11), der bayer. Landfriede von 1281 (N. 11).

Digitized by Google

von einem ausdrücklichen denunciare geredet, dem offenbar eine Verhandlung vorausgeht[14]), und das auch durch einen Gegenbeweis rückgängig gemacht werden kann[15]). Der Mainzer Landfriede kennt ein Register des Hofrichters über die denunciati. Diese Aufschreibung tritt nun in den niederfränkischen Quellen als carta furum in einer Ursprünglichkeit auf, die an einen Einfluss des Landfriedens von 1235 nicht denken lässt[16]), zumal die Quellen z. T. dem französischen Rechtsgebiet angehören.

So kann sie keine Schöpfung nur des Landfriedens sein.

III. Die Gefahr, ausdrücklich verbannt, verboten zu werden oder durch die That in Verbietung zu geraten, ist nicht der einzige Nachteil, den der infamis erfährt.

Ein anderer liegt darin, dass er gefangen werden kann und muss. Das haben die französischen Quellen deutlich ergeben und das gleiche sagt in Deutschland mit aller Bestimmtheit der Salzburger Landfriede[17]). Mit der Gefangennahme geht dann auch das Recht der Appellation verloren[18]).

Endlich ist die Zurücksetzung im Beweisrecht zu erwägen; hier

---

14) So der Mainzer Landfriede (N. 12); dann der bayer. Landfriede von 1244 c. 37 (Q. E. bayer. Gesch. V. 36): Item infamis persona et aliquando denunciata et postmodum absoluta, de quacunque re ille postea impetitur, cum VII se denominatis testibus mundabit. Möglich ist es, dass die treuga Henrici § 16 (Weiland II. 284) mit ihrem Beweis der infamia dieses selbständige Verwaltungsverfahren meint; möglicherweise handelt es sich aber um den Beweis der ipso iure eingetretenen infamia.

15) Im bayer. Landfrieden von 1244 § 36 (unt. N. 44) kann sich von späteren Bezichtigungen die infamis persona et aliquando denunciata et postmodum absoluta reinigen, aber nicht wie der homo bone fame mit fünf, sondern nur wie der ohne bona fama mit sieben Eideshelfern. Dagegen geht der Mainzer Landfriede davon aus, dass der denunciatus sich vom Verdacht überhaupt ganz reinigen kann. Es ist unmöglich, diese Differenz mit Bestimmtheit zu erklären, da wir über die ganze Schädlichkündung zu wenig wissen.

16) Warnkönig II. 232. 1240 Eecloo und Caprike § 21 (französisches Rechtsgebiet): Qui de furto convictus fuerit, scribetur in carta furum; et si voluerit, poterit dare duos fidejussores de sex libris, quod de cetero non furabitur et sic erit absolutus a banno. — v. d. Bergh II. 747 § 85 (Seeland): Elc man mach comen tot sinen rechte, sonder die in den diefbrief es, eer hi ghewoest ballinc es ghemaeckt bi brande.

17) N. 12.

18) Vgl. ob. § 19 N. 11; dann Bourgogne 29 § 2: Se loiaul hons n'est, ne diras-tu mie à retraire del jugement. Ebenso ist (unt. N. 31) bei der couche verité das Recht der Appellation genommen.

Digitized by Google

ist wieder zweierlei zu unterscheiden: Alte oder altertümliche Quellen geben dem Übelbeleumundeten nicht das Recht des Reinigungseides, lassen ihm aber das Recht des Kesselfangs[19]). Andere Quellen sprechen dem Gefangenen oder dem in Diebescharte Eingetragenen das Recht des Unschuldseides ab, ohne sich über den Ersatz zu äussern. Die erste Gruppe knüpft unmittelbar an die Quellen der letzten fränkischen Zeit an[20]).

IV. Die gleichmässige Gestaltung des deutschen und französischen Rechts führt natürlich auf eine fränkische Wurzel. Nun richtet sich das ganze Verfahren doch wesentlich nur gegen den Dieb und das mit ihm zusammenhängende Gelichter. In den niederfränkischen Quellen erscheint das Verzeichnis der famosi als carta furum, in den bayerischen Landrechten noch des 14. Jahrhunderts wird der schädliche Mann mit dem Dieb zusammengegestellt.

So darf man an das karolingische Verfahren gegen die latrones famosi anknüpfen. Zunächst kommt die Nachricht eines Kapitulars v. 810[21]), in Betracht, wonach der latro, qui magnam habet blasphemiam, von jedermann und so auch von der Behörde verhaftet werden kann.

Entscheidend aber ist das capitulare de latronibus von 804 bis 813[22]). Dass es sich bei dem dort geschilderten Verfahren nicht nur um den gewaltthätigen Raub, sondern gerade so um den Diebstahl handelt, zeigt das Kapitular von 873[23]).

Das capitulare de latronibus spricht von einem reprobatus inventus oder genauer von postquam reprobatus fuerit inventus

---

19) So die Hirschberger Landgerichtsordnung (Rockinger, Denkmäler des bayer. Landrechts S. 92): Darnach wes man den man zeihet, des mage er vor gerichte mit sein eines ayde laugen, die weil er er ungepunden und ungefangen ist. on umb notnunfte; dann die zweite seeländische Keure ob. N. 16; Keure v. S. Omer. v. 1168 § 42 (Giry n. 14): quicunque latro captus in furte fuerit citius morte dampnabitur. Si vero quisquam antiquo latrocinio calumniatus est et noviter a vicinis suis de alio incusatus purget se iudicio ignis vel aque. — Bourgogne c. 14, c. 18 gibt dem Besitzer einer gestohlenen Sache den Reinigungseid, wenn er aber nicht homme loial ist, nur Gottesurteil.

20) Brunner II S. 391 N. 90.

21) Cap. 61 § 11.

22) Cap. 82.

23) cap. 278 c. 3: de illis liberis hominibus qui infames vel clamodici sunt, de tesceiis vel latrociniis.

Digitized by Google

und stellt einem solchen den dictus latro et non comprehensus gegenüber. Es muss also der reprobatus und der dictus (übersagen des deutschen Rechts!) identisch sein. Nun kann sich der reprobatus, der ohne Zwang in dem Gericht erscheint, reinigen, wobei allerdings der Richter ihm nach Belieben statt des Reinigungseides das Gottesurteil auflegen kann. Wenn anderseits der dictus (= reprobatus) nicht gefunden wird, d. h. wenn er sich im Prozess nicht stellt, so soll er überführt werden, die blosse Bezichtigung eines einzelnen ohne Beweis genügt nicht. Für die Behandlung des reprobatus comprehensus wird auf älteres Recht verwiesen. Die reprobatio, von der das Kapitular spricht, liegt nach dem Kapitular deutlich vor der Überführung der im Prozess nicht Erscheinenden und der Reinigung. Reprobatio ist aber nicht nur der rein thatsächliche üble Ruf, sondern eine „Verleumdung", die durch Überführungsbeweis hergestellt werden muss[24]); ihrer Wirkung kann man sich durch Gottesurteil entziehen, und an diese reprobatio knüpft das Gesetz schon Straffolge an: disciplina und Beraubung des Vermögens. So gewinnen wir ein selbständiges Leumundsverfahren vor den missi. — Dieses Verfahren steht dann freilich auch in einer gewissen Verbindung mit dem Kriminalverfahren vor dem ordentlichen Gericht. Wenn von Überführung des Nichterschienenen, von Reinigung des erschienenen Räubers die Rede ist, so bezieht sich das eben auf die Verhandlung im ordentlichen Gericht, welche der reprobatio folgt. Hier kann derjenige, der sich nicht stellt, überführt werden, während derjenige, der sich freiwillig stellt, sich noch zu reinigen vermag. Wie der behandelt wird, der gefangen vorgeführt wird, ist nicht gesagt; aber nach dem Zusammenhang wird er mindestens nicht besser behandelt als derjenige, der sich nicht stellt, d. h. er kann überführt werden[25]).

V. Das Verfahren, wie es das capitulare de latronibus schildert, wiederholt unter den nachfränkischen Quellen deutlich die Keure

---

24) Cap. 82 c. 4.

25) Im Kapitular von 873 (cap. 278 c. 3) wird zunächst von infames de testeiis vel latrociniis et rapacitatibus et assalturis vel de infidelitate nostra gesprochen, die deshalb schon einmal zum Tod verurteilt und begnadigt waren; dann von solchen, die noch nicht zum Tod verurteilt waren, sondern revicti sind. Dann geht der Text auf eine andere Kategorie über. Die revicti werden wohl identisch sein mit den reprobati des Kapitulars von 803.

Digitized by Google

für Südholland[26]). Auch hier findet zunächst ein (geheimes) Verfahren ausserhalb des Gerichtes statt, durch welches die vorhandenen Diebe konstatiert werden, dann erst wird der Dieb gefangen und endlich der gefangene Dieb vor das nächste ordentliche Gericht gebracht; hier wird noch einmal die durch die 7 Männer gefundene Wahrheit vor dem Gerichte offen verkündet und dann die Todesstrafe vollzogen. Ähnliches gilt für das bayerisch-österreichische Recht, wo die stille Frage nach Räubern praktisch das Todesurteil gegen dieselben bedeutet, aber formell doch eine öffentliche Bezichtigung folgt[27]). Ebenso unterscheidet die Braunschweiger Vemordnung eine Befragung des gesamten Volkes durch die Vemenoten auf die vorgekommenen Diebstähle nach den Artikeln, welche die Ratskommission heimlich zusammengestellt hat. Dann erst wird ein öffentliches Gericht gehalten, in dem der Beschädigte nun die Anklage erhebt. Wenn dann auch das Verfahren manches Besondere hat, so ist doch hier gleichfalls die Trennung einer vorbereitenden Frage vom Hauptverfahren zu erkennen[28]).

In allen drei Fällen ist die Frage, welche dem Hauptverfahren vorausgeht, ganz oder teilweis eine heimliche. — Vielfach ist nun die Heimlichkeit das Merkmal des Kriminalverfahrens überhaupt geworden[29]) und einmal eine direkte Strafe auf die

---

26) Abgedruckt § 21 N. 18.

27) Die Belege für die bayerisch-österreichische Frage bei Zallinger S. 84 ff. In Bayern ist die Untersuchung eine heimliche und das gleiche (Geräune) tritt in Österreich seit dem 14. Jahrhundert auf. Dagegen spricht das österreichische Landrecht c. 16 davon, dass die „sag" öffentlich sein solle; bei der Übereinstimmung des bayerischen und des späteren österreichischen Rechts, sowie der Wiederkehr der geheimen Diebsrüge im fränkischen wie sächsischen Stammesgebiet, ist es undenkbar, dass in Österreich das Geräune wirklich erst im 14. Jahrhundert entstanden sein soll. Vielmehr ist eben die „sage" die öffentliche Wiederholung der Aussage im öffentlichen Gericht.

28) § 21 N. 57.

29) Grand cout. Normand. 5: officium autem Vicecomitis est — de malefactoribus et seditiosis et multris et defloratoribus virginum violentis et ceteris actibus criminosis diligenter et secreto inquirere. 67 § 11: Der des Mords publice infamatus ist, soll ein Jahr lang eingesperrt werden, nisi interim super hoc inquisitionem patrie se offerat sustinere. Quam si sustinere voluerit, sollicitudo iusticiarii debet procurare, quod omnes illos, quos de multro aliquid scire presumpserit — faciat convenire et hoc subito et inopinate et causa, propter quam eos faciat submoneri, celetur, ne parentes criminosi eorum prece vel precio corrumpant eorum sacramentum. Strassb. U. B. IV. 2 N. 3 § 97.

Digitized by Google

Veröffentlichung der Untersuchung gesetzt[30]). In den westfälischen Gerichten begegnet seit dem 13. Jahrhundert der Unterschied zwischen dem stillen und öffentlichen Ding, wenn es auch schwer ist, die genaueren Formen der Erscheinung zu verfolgen[31]).

Nun zeigt sich aber, dass die Heimlichkeit zunächst gar nicht allgemein gebraucht und noch in Flandern zu Ende des 13. Jahrhunderts couche verité gegen Kriminalverbrechen überhaupt als ein schwerer Eingriff empfunden wird[32]). In der oft erwähnten südholländischen Keure kehrt sich die stille Wahrheit nur gegen die Diebe, und ebenso spricht die älteste geheime Vemordnung, die wir kennen, die braunschweigische nur von diesen. So muss das heimliche Verfahren eben ein Merkmal zunächst des Leumundsverfahrens gegen den Dieb gewesen sein; es ist ein höchst charakteristisches Zeichen von der Ausdehnung des Leumundsprozesses, wenn in der Keure des Waeslandes nun auf einmal die Schöffen wegen jeden Kriminaldeliktes die stille Frage stellen[33]). Eine Urkunde, welche dem gleichen Gebiet und der gleichen Zeit an-

---

1322: In disen artickeln allen sol ussgenomen sin mort, verrätrige, valsch, diebstal, notzog; darumb mag man wol heimlich gezugniss hören und richten, als harkomen und recht ist. Warnkönig II. 65 § 17: Die Schöffen sollen die über Tötung aufgenommene Wahrheit geheim halten.

30) v. d. Bergh II. 40 § 28: Quicumque veritatem comitis manifestaverit, priusquam comes, emendabit ei X lib.

31) Lindner, Die Vehme S. 477 ff. S. 538 ff. Die Abgrenzung in dem Protokoll von 1490 (Wigand, Das Femgericht Westphalens S. 264) ist zu spät und unsicher.

32) Ol. II S. 28 f. 1296: Die Brügger beschweren sich über novam legem, que — contineat hunc errorem, videlicet quod in criminibus ubi majus versatur periculum, absque citacionis edicto, nec partis defensione audita, indifferenter processum intolerabilem, coye verite vulgariter nuncupatum, recipit et admittit — addicientes quod per hoc appellacionis remedium gravatis adimitur. Es scheint ein Doppeltes von der Beschwerde berührt: die Anwendung der couche verité überhaupt (§ 54 N. 9), dann die Anwendung für alle Verbrechen: davon hier.

33) Warnkönig II. 220 § 22: Si quis homicidium, vel incendium, vel furtum ultra quinque solidos perpetraverit, vel aliquem depraedaverit, vel mulierem oppresserit violenter, vel treugas infregerit et super hoc per scabinos convictus fuerit, de corpore et omni possessione sit in potestate comitis. Si autem scelus aliquod scabinis legitime notum factum fuerit, omnibus vel majori parti eorum, ita tamen occulte fuerit perpetratum, ut reus per scabinos convinci non possit (das aus der handhaften That erweiterte Notorium liegt nicht vor) tacita veritas debitomodo inquiratur et sceleratus juste judicetur. Occulta autem veritas tantummodo debet inquiri de hiis sex causis et non de aliis.

Digitized by Google

gehört, behandelt die öffentliche Inquisition in Hochgerichtsfällen noch als das Gesetzliche[34]).

Wie sich das Leumundsverfahren verbreitet hat, lassen die Quellen aber auch deutlich genug erkennen. In dem österreichischen Recht ist vielleicht bereits die stille Frage und die Kriminalrüge auf den 3 placita legitima zusammengeworfen[35]). Sicher ist so etwas zu Beginn des 14. Jahrhunderts in Kärnten eingetreten[36]), und noch allgemeiner gilt das für den Westen. Hier erscheinen in den späteren Quellen durchweg vier placita generalia (assisses, gaudinge); etwas Ursprüngliches kann das nicht sein, denn im fränkischen und im deutschen Recht ist die Maximalzahl der

34) Cart. de l'abbaye d'Eename (ed. Piot 1881) n. 243. 1241: Graf von Flandern vergleicht sich mit dem Kloster über ein Alod. Dieses soll dem Kloster gehören exclusis 4 altis iustitiis que sunt nominate inferius et divise, quorum iustitiarum prima est roba in publica strata facta, quam iustitiam non habebimus, si facta fuerit extra stratam; secunda iustitia est incendium nocturnum; tertia raptus mulierum; quarta et ultima murticidium. Has vero tres iustitias ultimo nominatas habebimus et iusticiabimus, qnocumque loco evenerint super ipsum allodium prescriptum. Et si aliquid de istis 4 iusticiis super ipsum allodium eveniat manifeste nos eam iusticiabimus, prout de iure fuerit justicianda. Et si forte ibidem tacite iustitia eveniret ballivus noster antequam facit iustitiam suam, exinde veniret in allodium aut in curtem quam habeat ecclesia Eihamensis apud Boussutt et ibidem inquerit veritatem; quam inquisitam cum maiore vel nuntio ecclesie jam praedicte monstrabit vel publicabit. Et si per eandem veritatem sicut dictum est publicatam invenitur quod illa iustitia sit de altis quatuor iustitiis nominatis, ballivus noster eam ex parte nostra iusticiabit. — Ferner Recht von Dordrecht § 21 N. 18; andere Stellen bei Warnkönig III § 40 (S. 332 ff.), der nicht richtig unterscheidet.

35) Österr. Landr. § 17 (Schwind 34) sagt: Es sol auch die frag uber niemant geschehen nur auf strasraub und auf mort und auf diep und auf die ding, das poes ding haissent und die auf laugen steent. Was aber der man offenleich tuot und des an laugen steet, das sol man in der schrann richten nach gewonhait des landes als recht ist. Die Stelle: was aber der man offenleich tuot und des an laugen steet fehlt in der Lübecker Handschrift; legt man diesen kürzeren Text zu Grunde, so gehört vor die stille Frage das, was unleugbar ist; was geleugnet werden kann, richtet das gewöhnliche Gericht. Verwirft man aber auch die erwähnte Lesart, die mir sinngemässer erscheint als die gewöhnliche, und nimmt den Zusatz der übrigen Handschriften herein, so wird in der stillen Frage doch auch über Mord gerichtet, der eigentlich der Hauptgegenstand der Rüge in den 3 placita legitima war.

36) Kärnthnische Landesordnung v. 1338 (Schwind 94): Ez sullen ouch alle leut in unserm lande ze Chernden ze gemeinen tagen gen dri stund in dem iar in allen unsern lantgerichten und sagen bei dem ayde, den si da sweren muezzen, ob icht schedliches oder ungerichttes sei in dem lande; und ob icht sei, daz dem gericht ze pezzern ist.

Digitized by Google

echten Dinge, welche der Graf zu halten hat, drei. In der That zeigt nun das Recht des franc von Brügge, dass sich an die drei Jahrgerichte des Landes eine vierte veritas ansetzt, die mit der jährlichen equitatio banitorum in Verbindung steht[37]). Stellt man nun dem Ächter den Gewohnheitsverbrecher gleich, — und das wird das Ergebnis unserer Untersuchung sein, — dann richtet sich diese vierte veritas eben gerade auch gegen Gewohnheitsverbrecher; damit stimmt dann genau die südholländische Quelle, welche nur einmal im Jahr stille Wahrheit gegen die Diebe zulässt[38]). — Nach der gleichen Nachricht wird ferner diese Wahrheit zwar durch das 7 Zeugnis beliebiger „guter Knaben" gesammelt; aber in das Gericht eingebracht wird sie durch Zeugnis des balliu und 6 Mannen. Es handelt sich also um eine franca veritas. Auch nach einer flandrischen Quelle wird die stille Wahrheit ursprünglich vor den Mannen des Grafen abgegeben[39]). Nun haben aber die franci homines überhaupt die Kriminalgerichtsbarkeit bei Kriminalrügen. So ist die Kriminalgerichtsbarkeit der franci homines in den übrigen Sachen mit der stillen Frage, die sie stellen, zusammengewachsen, und in der That lokalisiert sich in den spätern Quellen die souveräne Wahrheit für die einzelnen Dörfer, die ursprünglich mit dem Jahrgericht für das ganze Land identisch sein muss. Es hat eben die stille Frage, die von vornherein nur durchgehende Wahrheit ist[40]), die ganze Kriminalgerichtsbarkeit der franci homines in sich aufgenommen[41]). Diese Form hat sich dann auch da erhalten, wo nun die ganze Kriminalgerichtsbarkeit von den franci homines auf die Schöffen überging, wie in den Keuren des Waeslands.

VI. 1. Das Bisherige hat eine heimliche Inquisition des gesamten Volks auf Gewohnheitsverbrecher ergeben. Der Gewohn-

---

37) Warnkönig II. 45 § 7, § 58 fd.

38) § 21 N. 18.

39) Warnkönig II. 34 § 54. Binnen desen scependumme sal men ne gheene stille warheden don voor s'graven man, voorwaert meer.

40) Warnkönig II. 45 § 7.

41) Es gehört auch hierher, wenn im Lokalgericht von Ukle bei Brüssel, wo (§ 21 N. 70) ein besonderes Gauding stattfindet, doch nicht in den Dingen, die zur Wahrheit gehören, stille Wahrheit stattfinden darf: Wauters, histoire des environs de Bruxelles III S. 617 (15. Jahrh.) op dat met waerheden toecompt en wystmen t'Uccle geen vonnisse dat me stilre waerheden es gedaen. Das Dorf hat sich gegen die Kriminalgerichtsbarkeit durch lokalisierte stille Wahrheit aufgelehnt.

Digitized by Google

heitsverbrecher kann dann gefangen oder verbannt werden. Dieses Einschreiten geschieht von Amtswegen. Von ihm scheidet sich aber die Verurteilung des Verleumdeten zu krimineller Strafe. Schon das Kapitular gegen die latrones famosi setzt diese dem vorausgehenden Verwaltungsverfahren gegenüber, wie wir gesehen haben; ob die Verurteilung zur Kriminalstrafe durch Parteiklage oder von Amtswegen herbeigeführt wird, ist in der Quelle nicht zu erkennen. Die decretio Childeberti aber geht davon aus, dass der criminosus latro von 5—7 überführt werden kann, und dass der Richter ihn von Amtswegen fangen kann; ob die Überführung des gefangenen Diebes sich gerade von Amtswegen vollzieht, ist wieder nicht gesagt[42]).

2. Die späteren deutschen Quellen kennen weithin die Übersiebnung des gefangenen schädlichen Mannes[43]). — In der südholländischen Keure wird der in der stillen Wahrheit des Diebstahls Bezichtigte vor dem öffentlichen Gericht gefangen gestellt und formell hier noch einmal durch ein Siebenerzeugnis des balliu und der Edelleute überführt; auch im Parteiprozess kann dann das gleiche Klagezeugnis gebraucht werden. Lediglich dann, wenn der Beklagte im Besitz der gestohlenen Sachen betroffen wird, genügt die Überführung mit 6 beliebigen Eideshelfern (ses goeden knapen); das ist eben der Beweis auf handhafter That[44]). — Der bayerische Landfriede von 1244 gewährt dem infamis ein allerdings erschwertes Reinigungsrecht, schliesst dasselbe aber vollkommen aus, wenn der infamis gefangen vorgeführt wird[45]).

---

42) Cap. 7, § 7, § 8.

43) Die Belege bei Zallinger S. 143 ff.; die Gegenbemerkungen von Knapp (das alte Nürnberger Kriminalrecht S. X) haben mich nicht zu überzeugen vermocht.

44) Der § 21 N. 18 mitgeteilten Stelle geht voraus: van dieff te berechten. Item men sul alle dieff berechten als haer comen is; dats te verstaen, men en sal nemant dieft ansegghen, men sallem dief of diegene diet hem ansegt moet selver een dief blyven; ende dat salmen berechten metten baeliu ende metten welgeboornen mannen ende so wie met ses mannen vun hem beyden betüycht wordt die salmen hanghen. Maer so wie eenen dryvende of draghende vonde ende een goet knap coomt ende sweert ten Heylighet met opgerechten vingheren, hy voer ende ses knapen na, dat dat goet syn was, doen hy 't lest sach, die man sal syn goet weder hebben ende diep salmen met vonnis der mannen doen hanghen. (Mieris II S. 30.)

45) Q. E. bayer. Gesch. V. 36 § 36: Si autem aliquis impetitur super rapina, si est homo bone fame, cum V denominatis testibus, si non, cum VII

Digitized by Google

Über die Parteirolle, von der in den bisher erwähnten Stellen nichts gesagt ist, ergibt sich folgendes: Handelt es sich um Delikte des schädlichen Mannes gegen den Landfrieden, die ja nach süddeutschem Recht von Amtswegen verfolgt werden, dann allerdings kommt der Richter direkt zur Offizialklage und zur definitiven Übersiebnung[46]).

Nach anderen Quellen wird dagegen die Kriminalstrafe nur verhängt, wenn eine Privatklage und Überführung eingetreten ist. Vielleicht gehört eine vielbesprochene Nachricht des Nürnberger Rechts hierher[47]): In dem Privileg für Nürnberg von 1323 ist einem städtischen Beamten das Recht gegeben, an Stelle des Schultheiss auf schädliche Leute zu klagen; er soll fortan diese als die der Stadt schädlichen Leute, nicht bloss mehr als seine eigenen schädlichen Leute verklagen können. Offenbar soll jetzt die städtische Offizialklage an Stelle der Privatklage treten, welche man fiktiverweise verwendet hatte, auch da wo der städtische Vertreter gar nicht der Geschädigte war. Allein für die Frage nach der ursprünglichen Gestaltung der Offizialverfolgung gewinnt man daraus doch keinen Aufschluss; denn dem Zusammenhang nach kann es sich auch darum handeln, dass der städtische Beamte jetzt die Befugnis des Reichsschultheissen gegenüber schädlichen Leuten haben soll, und deshalb der städtische Beamte statt der bisher gebrauchten fiktiven Privatklage die Offizialklage anstellt.

---

denominatis se expurgabit, ita tamen si captivus iudicio non est oblatus. Si captivus, LXXII testes ipsum non purgabunt.

46) So erklärt sich m. E. bereits die const. contra incend. c. 13 (Weiland I. 318), wo der Richter den bezichtigten Brenner übersiebnet; dieser wird als schädlicher Mann behandelt, der aber als Landfriedensbrecher vom Richter ex officio beklagt wird.

47) Wölkerns hist. dipl. Norimb. 80: Wir Ludwig — verjehen oeffentlich an diesem brief, dass wir unsern lieben getreuen Burgern zu Nuermberg die genad gethan haben, ob das wer, dass der Schulthaiss von der Stadt über schedlich leut nicht richten wolt oder moecht, wenn das geschech oder geschicht, dass dann Albrecht der Resch allen den Gewalt und alle die Recht haben soll, die der Schulthaiss hat, ueber schedlich leut zu richten, und sie ansprechen mag und anklagen von Recht, wenn wir je den bann darzu verliehen haben, und den gewalt geben, wann er auch darzu komm, dass er ueber einen oder mehr schedlich leut richten solt oder sie ansprechen, so mag er klagen ueber des Reichs, des Lands und der Stadt schedlichen Mann, und nicht sonderlich ueber seinen schedlichen Mann, und soll und mag mit der ansprach je nach Recht ueberwinden.

Digitized by Google

Dann würde die Stelle gerade einen Beweis dafür bilden, dass ein Richter, der wie der Reichsschultheiss den Blutbann hat, von jeher von Amtswegen gegen den schädlichen Mann klagen kann. —

Klar sind die Angaben des französischen Rechts[48]). Hier kann der gefangene Gauner, auch wenn durch eine enqueste ihm eine todeswürdige That nachgewiesen wird, zum Tode verurteilt werden, nur wenn er entweder von einem privaten Kläger verfolgt wird, oder wenn er sich der enqueste unterworfen hat.

In den gleichen Zusammenhang gehören die Quellen des Bamberger Rechts, die jetzt in eine neue Beleuchtung treten. Wenn eine Parteiklage gegen einen schädlichen Mann erhoben wird, genügt die Übersiebnung, von einem Reinigungsrecht des Beklagten ist keine Rede[49]). Wenn aber eine solche Klage nicht vorliegt, so scheint man für das Einschreiten von Amtswegen auf die Folter verwiesen, d. h. die Überführung genügt nicht[50]). Noch in der Bambergensis mögen Erinnerungen an dieses Verhältnis vorkommen[51]).

VII. In den fränkischen Quellen werden zum Offizialverfahren gegen die latrones famosi nur die missi delegiert[52]). In dem Kapitular von Carisiacum sind bereits die Grafen zuständig[53]).

Später begegnet diese besondere Gerichtsbarkeit in der Normandie. Wie in ganz Frankreich lag auch hier die Blutgerichtsbarkeit über den Dieb in der Hand des Mittelrichters; allein das Einschreiten gegen die infamati latrones und — wahrschein-

---

48) Ét. S. Louis II. 17 (ob. N. 3); hiernach Artois 8 § 5; auch die übrigen Stellen in Nr. 3 gehören wohl hierher.

49) Zöpfl, Das alte Bamberger Recht · U. B. S. 148 (nach dem Text [S. 144] v. 1314).

50) Bamberger Stadtr. § 186 (Zöpfl a. a. O. S. 53); dazu Zöpfl, Text S. 144.

51) Wenn Bamberg c. 29 die Verurteilung wegen blosser Inzicht ausschliesst, so könnte (Brunnenmeister, Die Quellen der Bambergensis S. 29) dagegen erwidert werden, dass danach ja bei Beweisung das Todesurteil möglich ist. Dagegen gehört es hierher, wenn c. 14, das den Offizialprozess dem Anklageprozess gleichstellt, diese Gleichstellung auch auf die „Erkundigung zur Erfindung der Wahrheit" bezogen wird.

52) Cap. 82 § 8. Cap. 260 c. 4, c. 7.

53) Cap. 278 c. 3.

Digitized by Google

lich dadurch attrahiert — auch gegen den handhaften latro obliegt dem Herzog[54]).

Auch in Deutschland wird eine besondere Gerichtsbarkeit des Herzogs gegen latrones erwähnt[55]), also eine Gerichtsbarkeit, die entsprechend der älteren karolingischen Zeit sich sogar über die Zuständigkeit der Grafen hält.

Im 13. Jahrhundert verlieren sich diese Spuren. Immerhin wird noch in der alten Nürnberger Halsgerichtsordnung zum Kriminalverfahren gegen schädliche Leute der Bann des Reiches verlangt[56]). Freilich kann das vielleicht auch nicht mehr heissen, als dass der Richter Blutbann haben soll[57]), der dann in Nürnberg natürlich vom Reich rührt.

Aber jedenfalls bezeugen die Leumundbriefe, dass die Gerichtsbarkeit über die schädlichen Leute losgelöst von der allgemeinen Blutgerichtsbarkeit und oft früher als diese verliehen wird[58]), und so ist es denkbar, dass der Bann gegen Räuber (schädliche Leute) als ein besonderer vom König verliehener Komplex noch jetzt aufgefasst wird. Über blosse Vermutungen komme ich aber insoweit nicht hinaus.

---

54) Très anc. cout. Normand. 82 § 11: Domini eciam habent curiam suam de hominibus suis, qui accusati fuerint de latrocinio usque ad abjurationem. § 12: De diffamatis autem et fugientibus et de illis, qui capti sunt in latrocinio, pertinet ad Regem. — Es gehört hierher wohl auch die Nachricht von incerti auctoris ordo judiciarius (N. 6).

55) Ruotgeri vita Brunonis c. 34: Similiter in eo, quod nefarios quosdam patriae civiumque praedones de regno, ubi quieti et pacifici esse noluerunt, quasi pestem bonorum expulit et exulari coegit, ipsis, licet, nescientibus, profecto consuluit. — M. B. XXIX a 515. 1168, Privileg für das Würzburger Bistum: Omnem jurisdictionem seu plenam potestatem faciendi iusticiam per totum episcopatum et ducatum Wirzeburgensem et per omnes cometias in eodem episcopatu vel ducatu sitas de rapinis et incendiis de alodiis et beneficiis (vgl. hierher meine Ausführungen in der D. Zt. f. G. W. N. F. I S. 217 ff.). — Arnold chronica Slavor. (S. 10 H. A.): unter dem Herzogtume Heinrichs des Löwen prohibita sunt furta et latrocinia terra marique. — In sehr undeutlicher Weise ist das Gleiche für den Pfalzgrafen bezeugt (vgl. die Angaben bei Crollius von den Landpfalzen (Abh. der churfürst. bayer. Akad. IV) S. 85). — In Österreich erscheint die Landfrage gegen schädliche Leute als ein spezieller Ausfluss der herzoglichen Gerichtsbarkeit: Zallinger S. 94 f.

56) Zt. f. Strafrechtswissenschaft XII S. 245: Ain ieclich Rihter der über ainen mentschen rihten wil oder sol, der sol sich fürsehen vnd sich warnen also daz er vor den pan habe. Der pan get von dem Reiche.

57) Sw. sp. 92.

58) Zallinger S. 214 f., wo Belege.

Digitized by Google

VIII. Das Verfahren gegen die schädlichen Leute, in das die Kriminalrügung aufging, ist dann noch mit anderen Elementen zusammengeschmolzen.

In der Stadt hat sich aus dem Marktrecht heraus ebenfalls der Überführungsbeweis entwickelt, im Landrecht aber liegen sehr kräftige Ansätze zu der amtlichen Überführung in dem Verhaftungsrecht bei schweren Delikten überhaupt und der amtlichen Verfolgung bei dem handhaften Delikt, das schon bald als notorisches aufgefasst wird. So tritt — im Westen früher[59]) — ein allgemeiner Inquisitionsprozess ein.

In einer französischen Rechtsquelle ist unter den Begriff des home de maus renomez auch der omecide, traïtor, murtrier, aforceors de femmes gerechnet worden[60]). In Lüttich entstehen noch im 14. Jahrhundert schwere Konflikte zwischen der Regierung und den Vornehmen, weil diese das alte Recht auf den Reinigungseid geltend machen, dagegen der Bischof ex alto dominio die Inquisition gegen Verbrecher anwendet[61]); schon jetzt kommt aber dem Bischof das Offizialeinschreiten mit Inquisition gegen die Geringeren zu und später begegnet ein allgemeines Recht des Bischofs zur chace gegen ardeurs, robeurs, murdreurs, qui ravissent femme[62]). In Utrecht ist noch etwas früher ein Offizialeinschreiten gegen die gleichen Kategorien bezeugt[63]). Das Entscheidende ist, dass

---

59) In Jostice et Plet 19. 44, wo alle Gründe der enqueste aufgezählt werden, heisst es § 14: Genz qui sont pris à présan forfet, et amené présantement à jotice, vet par enqueste, s'il le nie.

60) Jostice et Plet III. 1 t. XIX. 49. Die Titel sind Dig. III. 2 nachgebildet, aber gerade für das im Text Genannte selbständig.

61) Der § 19 N. 7 abgedruckten Stelle folgt bei Hocsem II. 5: Contra quam legem Episcopi ex alto Dominio contra maleficos introducta rationabili consuetudine inquisitione facta per testes excessus secundum facti merita puniebant; sed hac solum contra miseros utebantur, nam quoties potens in terra deliquerat, Carolinae legis auxilium implorabat, et sic delicta plurima frequenter impunita manebant.

62) Patron c. 5 (Recueil de Liège I S. 283).

63) Wstinc, statuta ecclesie Trajectensis XV. 4 Landrecht: episcopus ex officio suo potest punire fures, latrones, pacis violatores, virginum et mulierum violentos corruptores, raptores, dominium suum temporale usurpantes, homines captivantes vel captivos tenentes, quibus hoc racione jurisdiccionis non competit, incendiarios, ecclesiarum effractores, et in casibus similibus, qui ondaet vulgo dicuntur, eciamsi nullus conqueratur, secundum sentenciam ministerialium terre, ad hoc convocatorum, non secundum arbitrium proprium (O. V. R. Br. XVIII S. 59).

Digitized by Google

die heimliche Inquisition, wie dies schon in der Keure des Waesland hervortritt, jetzt nicht mehr nur an ein jährliches placitum generale gebunden ist, sondern bei jedem schweren Delikt sofort stattfinden darf. Wie sehr diese westlichen Quellen von dem Prozess gegen den schädlichen Mann ausgegangen sein müssen, zeigt die Vergleichung mit der lyonesischen Urkunde[64]), die ausser gegen notorii die Inquisition nur gegen alias diffamati zulässt.

In Deutschland setzt die Entwicklung erst im 14. und 15. Jahrhundert voller ein und ist in der Karolina zum formellen Abschluss gekommen. Wenn dann der Prozess zu Ende des 15. und 16. Jahrhunderts mit der Folter operiert, wenn schon seit dem 14. Jahrhundert dem peinlich Verklagten das Recht der Appellation fehlt[65]), so sind das eben die wichtigsten Folgerungen daraus, dass der peinliche Prozess jetzt durch das Verfahren gegen den gefangenen notorischen Verbrecher und den Gewohnheitsverbrecher bestimmt ist. Weil die Übersiebnung im öffentlichen Verfahren mit den Leuten geschieht, welche zur Ermittelung im stillen Verfahren gedient haben, und in dieser geheimen Voruntersuchung weniger die konkrete That, als die allgemeine Verleumdung untersucht wird, so spricht auch das Beweisthema im Hauptverfahren häufig nicht von der konkreten That, sondern nur von der allgemeinen Schädlichkeit[66]). Später wird dann überhaupt das Beweisergebnis, so wie es in dem Vorverfahren geliefert wird, statt der formellen Übersiebnung in das Hauptverfahren herübergenommen[67]) und damit die Bildung des späteren Inquisitionsprozesses abgeschlossen. Das Detail dieser Vorgänge, die über die hier behandelte Periode hinausliegen, bedarf noch eingehender Untersuchung.

IX. Der famosus kann wie der Ächter festgehalten werden und unterliegt einem obrigkeitlichen Zugriff, der zur Gefangensetzung oder zur Verbannung führt. Wird er gefangen vor das ordentliche Gericht gebracht, so fehlt ihm das Reinigungsrecht; auch die Folterung und die Unfähigkeit zur Urteilsschelte darf man als eine Folge dessen ansehen, dass der famosus eben das Recht verloren hat. Erscheint der famosus freiwillig vor Gericht, dann bewahrt

---

64) § 19 N. 1 a. E. u. ob. N. 5.

65) Belege in D. Z. f. G. W. N. F. I S. 211.

66) Zallinger S. 170 f., S. 214 f.

67) Belege bei Zallinger S. 194 fd., der allerdings den im Text angegebenen Zusammenhang nicht annimmt.

Digitized by Google

er sich freilich den Reinigungseid. Gerade für den Verleumdeten hat das Inzichtsverfahren grosse Bedeutung. — Zu einer kriminellen Verurteilung kann es nur kommen, wenn im ordentlichen Gericht die Klage erhoben und vom Überführungsbeweis Gebrauch gemacht ist. Als Kläger kann ursprünglich nur der Beschädigte auftreten; im Zusammenhang mit der Landfriedensbewegung, die dem süddeutschen Richter die Offizialklage gibt, kommt daneben dann auch die amtliche Klage auf.

Fasst man das alles zusammen, so steht der Famosus geradeso wie der Ächter, freilich nicht wie derjenige, der vom König oder seinem Delegaten definitiv ausser Frieden gesetzt ist, sondern wie der Vervestete im Sinn des Sachsenspiegels. Der Famosus unterliegt eben den Verbrechensfolgen, die unmittelbar mit der That eintreten und durch die volksgerichtliche Verfestung konstatiert werden.

Dass das die richtige Ableitung ist, zeigt die Terminologie. Schon im 5. Jahrhundert ist vargus, also Ächter, die technische Bezeichnung für den Räuber[68]), und in einer bayerischen Quelle wird das Wort Holzgeher, das im Nordischen und anderwärts technisch für den Ächter ist, für den schädlichen Mann gebraucht[69]), geradeso wie viele Jahrhunderte vorher im Edikt des Chilperich[70]). —

Ursprünglich kann nun diese Friedlosigkeit durch einen Angriff geltend gemacht werden, der auf den Gegner oder die Obrigkeit zurückgeht. Aber aus dem Recht ausgestossen ist der Räuber nicht und muss deshalb vom König geächtet werden. Das ist der Standpunkt des altfränkischen Rechts[71]). — Das Neue und Entscheidende, was da die karolingische Zeit gebracht hat, ist ein amtliches Ermittelungsverfahren gegen die latrones famosi. Schon das austrasische Recht zu Ende des 6. Jahrhunderts verlangt, dass der Richter von Amtswegen den famosus gefangen nimmt. In welcher Weise er sich das Beweismaterial sammelt, ist aber nicht gesagt und doch wird darin der wunde Punkt des Ganzen gelegen haben. Denn zu allen Zeiten, in rohen natürlich am meisten, gilt die Regel, dass der ruhige Unterthan gegen den

---

68) So die bekannte Stelle aus Sidonius (Brunner I S. 168).

69) So der salzb. Landfr. in N. 11; über die ähnlichen Bezeichnungen im Nordischen, Angelsächsischen v. Amira, Recht S. 195 (S. 145).

70) ed. Chilperici c. 9; hierzu Amira a. a. O.

71) Nicht nur das ed. Childeberti gehört hierher (N. 41), sondern auch das ed. Chilperici c. 9, wo vor dem König gegen die Waldgänger geklagt wird, damit der König sie friedlos legt.

Digitized by Google

Gewohnheitsverbrecher mit dem Zeugnis nicht gern herausgeht; es ist das eben zu gefährlich — die heutigen Verhältnisse in Süditalien zeigen sehr deutlich, wie sehr das Banditentum auf dem Schweigen der übrigen Bevölkerung beruht.

Hier setzt nun Karl der Grosse ein: die Angaben der Kapitularien sind zu ungenügend, um die Tragweite seiner Reform zu verstehen, aber aus den späteren Quellen darf man mit Sicherheit schliessen, dass es sich um eine allgemeine Frage, aber eine heimliche Frage handelt. Auf Grund des gesammelten Materials erfolgt dann die Verhaftung, und wenn sich ein Kläger gegen den Räuber findet, die Verurteilung zur Todesstrafe, sonst nur disciplina d. h. Verbannung oder Gefängnis. — Die volksrechtlichen Wirkungen des bösen Leumunds sind dadurch nicht beseitigt, und so erklärt es sich, wenn das Verbot den schädlichen Mann zu hausen, wie das Verhaftungs- und Überführungsrecht von der Feststellung des Leumunds im Verwaltungsverfahren vielfach unabhängig ist. Anderwärts dagegen reflektiert das Verwaltungsverfahren und dann kann nur der verkundete schädliche Mann festgenommen und nur er darf nicht beherbergt werden.

Das Verwaltungsverfahren ist so ein Teil des Kriminalverfahrens geworden. Es hat sich daraus die heimliche Voruntersuchung bei allen Kriminaldelikten gebildet. —

Damit hat die fränkische Gesetzgebung nach jeder Richtung ein ausserordentliches intensives, staatliches Einschreiten gegen die Delikte entwickelt — weit über das hinaus, was das sächsische Recht und was das nordische Recht kennt.

Die ungeordnete Reaktion der einzelnen und der nichtstaatlichen Verbände hat das Königtum in seine Hand genommen; neben die vorhandene Kriminal- und Kommunalrüge setzte es die Rüge der Brüchten, besonders der Königsbannfälle und die Rüge der Famosität. Nichts lässt deutlicher als diese Thatsache die Kraft des fränkischen Regiments verstehen. Die Entwicklung ist geradeso im fränkischen Italien vor sich gegangen und wurde seit der karolingischen Zeit auch in das kirchliche Strafrecht übernommen, das in allen Beziehungen nur eine Kopie des weltlichen Strafrechts ist. Die Formulierung, die dann das Phänomen in Italien durch Legisten und Kanonisten erhielt, hat mit der Zeit auf das Recht Frankreichs und Deutschlands eingewirkt, dort schon seit dem 13. Jahrhundert, hier seit dem 15. Jahrhundert, besonders durch die Karolina. Aber die Sache selbst ist längst vor dem Inquisitions-

Digitized by Google

prozess der Kirche und der Legisten im Norden vorhanden gewesen. Im fränkischen und nicht im kirchlichen Recht liegt die Wurzel zu einer umfassenden amtlichen Verfolgung und Überführung der Verbrecher. Wie aus germanischer Wurzel heraus sich allmählich ein ausserordentlich umfassendes System der Kriminaldelikte gebildet hat, so ist auch die Inquisition germanisch[71]).

III. Buch.

Die öffentlichen Verbände.

I. Hauptstück.

Die römischen Elemente.

§ 23. Die Fortdauer der römischen Kommunalverfassung. Grundlegung.

I. Seit den Untersuchungen Hegels über die italienische Städteverfassung ist es zu einem Dogma geworden, dass die römische Städteverfassung im fränkischen Reich verschwunden und an Stelle dessen die fränkische Schöffenverfassung getreten sei. Man hat sich dann gewöhnlich darauf beschränkt, immer wieder die paar Römerstädte in Deutschland zu besprechen und fand natürlich dort keine Belege für die Fortdauer der römischen Ver-

71) Der Beweis für das im Text Gesagte ist nach der negativen Seite hin — Unabhängigkeit der deutsch-französischen Inquisition vom kirchlichen Einflusse — durch den Text geliefert. Es ist natürlich undenkbar, dass die veritates generales des 13. Jahrhunderts, dass das schon in der fränkischen Zeit bezeugte amtliche Einschreiten gegen den handhaften Verbrecher, die ebenfalls schon hier bezeugte Rüge der Königsbannfälle und famosi auf der Gesetzgebung Innozenz' III. beruhen. Der genaue Beweis für die positive Seite — Abhängigkeit der kanonisch legistischen Inquisition vom fränkischen Recht — kann nur in einer eingehenden italienischen Verfassungsgeschichte geliefert werden.

1) z. B. jüngst Rietschel, Die civitas S. 91 ff.; Hegel, Die Entstehung des deutschen Städtewesens S. 17.

2) So hat man auch die weitaus beste Untersuchung über diese Verhältnisse — Clos, le régime municipal dans le midi de la France (Ac. des inscr. s. 2 t. 3. S. 229 ff.) — soweit ich übersehen kann, vollständig vernachlässigt. — Die Schrift Kuntzes, Die deutschen Städtegründungen, welche zuletzt die Fortdauer der römischen Gemeindeverfassung behauptete, hat freilich niemand überzeugen können, da hier jede Detailuntersuchung fehlt.

Digitized by Google

fassung[1]); an die Prüfung des viel reicheren Materials, das der Westen bietet, ist man bei uns in Deutschland nie geschritten[2]), sondern hat die Unsicherheit des eigenen Standpunktes damit zu verdecken gesucht, dass man ihn als den selbstverständlichen, den von vorneherein wissenschaftlichen ausgab. Statt der Beweise hat man die Namen derer gehäuft, welche die gleiche Auffassung teilten.

Ich will zunächst die Zustände, wie sie die nachfränkischen Quellen ergeben, darlegen und dann die Verbindung zur fränkischen Zeit hinüber gewinnen. Es handelt sich dabei nicht um die Alternative, römische oder germanische Verfassung, sondern wie die Germanen sich in und an den Mauern der alten Römerstädte angesiedelt haben, so kann Germanisches und Römisches sehr gut neben einander wurzeln und in einander wachsen.

II. 1. Im südlichen Frankreich sind die allgemeine Kommunalbehörde bekanntlich die consules.

Die consules erscheinen als Behörde nicht bloss in den grossen Städten, den civitates, sondern gerade so auch in den einzelnen kleinen Landorten.

In dem alten Recht von Lourdes, das spätestens in den Anfang des 12. Jahrhunderts zurückgeht, regieren die consules oder judices von Lourdes für das territorium oder das decimarium[3]), wie denn auch anderwärts territorium und parochia decimaria gleichbedeutend ist[4]); in späteren Quellen fungieren die consules für den dex, was soviel als decimarium ist[5]).

In zahlreichen Urkunden des 13. und 14. Jahrhunderts, die für neue Ortschaften (bastidas) gegeben sind, hat jede dieser bastidas ihre besonderen consules[6]); so ein ganz kleiner Ort, der jetzt etwa 130 Einwohner zählt[7]). Doch finden sich auch wieder

---

[3]) Lacrèze, histoire du droit dans les Pyrénées S. 482 c. 1.

[4]) Vaissete V. 582. 1150: civitatem Agathem cum omni territorio, sicut parochia decimaria sua determinatum est.

[5]) z. B. Cabié S. 88 § 24. 1246: Et dex sunt et tenent tantum quantum tenet territorium de Tilio et de Brez, videlicet usque ad gutam de Ausaco versus Castellare, et usque ad rivum de Longafitem versus Leviniacum et per alias partes tantum quantum tenet territorium de Tillio et de Brez et de Monteastrugo.

[6]) So die zahlreichen Rechte bei Cabié, die nachher im einzelnen benutzt werden; dann z. B. Recht der bastide von Laperouse (Ord. XII. S. 876 ff. 1308).

[7]) Nouv. rev. hist. de droit V S. 536 § 8 unt. S. 517.

Digitized by Google

Bastiden ohne besondere consules[8]), und das stimmt vollkommen damit, dass schon seit der fränkischen Zeit das territorium in Südfrankreich mehrere Ansiedelungen enthalten kann[9]). Es haben eben nicht alle Ortschaften die Konsulatsverfassung angenommen, wohl aber die Orte, welche eine besondere Parochie bilden, und dann häufig auch die Neugründungen in den Parochien.

2. Die consules sind deutlich eine Behörde des öffentlichen Rechts gegenüber der Grundherrschaft[10]). — Ihre Stellung im öffentlichen Recht ist aber eine doppelte: zunächst haben sie rein kommunale Funktionen: sie haben die Aufsicht über die Wege, die Quellen, urteilen über Flurschäden, kontrollieren Fleisch und Wein und erheben Steuern[11]) — dieselben Aufgaben, wie sie auch die Gemeindebeamten des älteren deutschen Rechtes und

8) Cabié S. 71 § 3: sepelliantur de bonis suis mobilibus cognitione consulum castri cujus fuerit et bajuli, sive fuerit de Tilio vel de Brez.

9) Vaissete II. 172.

10) So der Streit in Moyssac zwischen dem Grafen von Toulouse und dem Abt von Moyssak; Teulet II. 2033. 1229: Esters aisso, l'abas demanda que la vila de Moyssac sia senes cossols, e que no i aia jugges mor d'aquells que el y metra; ni costuma non aia mor d'aquelas que el y metra, e aquelas que i isso que sio revocadas. Lo coms respon que a Moyssac a cossols e a aguds C. ans a o plus, e que au costumas e teno las cals au agudas e tengudas ab lo senhor comte e ab sos ancesors e ab meihs l'abad e ab sos ancesors. — Der Abt behauptet grundherrliche Gerichtsbarkeit und will deshalb die consules beseitigt haben. Der Graf dagegen, der die öffentliche Gerichtsbarkeit behauptet, hält die consules.

11) Cabié S. 103 § 4 (1282. 1296): Plus que lesd. baile et consuls, du consentement du sindic de lad. abbaye, pourroient changer et faire réparer les chemins publics, fossez, mauvais passages et clostures dud. lieu. S. 145 § 47 (1270. 1276): Item consules qui pro tempore fuerint potestatem habeant vias publicas et mala passagia reparandi; ebenso S. 158. 1286; nouv. revue hist. de droit XVI. S. 74 § 17. 1278: Et ly dich cossol auron poder de reparer las carreras et las vias publicas et las fons els pons et de culhir per sol et per liura ab cosselh de nos et de nostre bayle et dels autres proshomes deldich castel, las messios et las despessas dels habitans deldit castel que per reparamen de las avandichas causas seron fachas ou per las autras cochas (?) ou negocis necessaris ou tornatz en proffech comunal deldich castel. — Cabié S. 41 § 9 S. 130 § 4: Et quaelibet bestia quae ibi inventa fuerit paguet unum denarium Tholosanum consulibus; si aves fuerint vel avis consimilis vel porcus unum denarium caturcensem, et dominus cujus fuerit avis vel bestia dampnum tenebitur emendare. Denarios vero quos de huiusmodi emendis consules habuerint, mittent impositum dictae villae, videlicet ad reparationem itinerum, malorum passagiorum et viarum publicarum. Lacrèze S. 459 § 23: Item, que los maseres sian tengutz de bene bonas carns et sufficientas à lastimation deus cossos. § 24 ebenso für Wein.

Digitized by Google

schliesslich die Ortsvorstände aller Zeiten zu erfüllen haben. — Als Gemeindevertreter erscheinen sie auch, wenn sie dem Herrn für die Gemeinde den Unterthaneneid leisten[12]) und damit stimmt es, dass sie als Inquisitionszeugen, namentlich in Strafsachen, verwendet werden[13]). Da und dort werden Behörden, welche die kommunalen Funktionen der consules haben und notwendig als Inquisitionsbehörde dienen, als jurati bezeichnet[14]). Wie ja auch sonst aus der Inquisitionskommission — den paciarii im Süden — sich ein Hochgericht gebildet hat, so werden dann die consules Hochrichter — wenn sich nicht wie in den grösseren Städten die Rügezeugen als besondere paciarii von den consules ablösen[15]). — Neben diesen kommunalen Aufgaben, die freilich sehr

12) § 1 N. 2.

13) Hierher Cabié S. 74 § 13: Et de omnibus istis quando clamor factus fuerit inquirantur testes per dominum et per consules castri, si rogati nolint veritati testimonium perhibere. Dann schon das alte Recht von Lourdes § 9 (Lacrèze S. 483 f.): Item damus et concedimus predictis habitatoribus Lorde, quod dominus, sive locumtenens, non possit capere hominem extraneum in villa Lorde: nisi esset latro, vel predo manifestus vel tale crimen commiserit, vel de eodem accusatus fuerit, propter quod debeat detineri; de aliis autem, qui non sunt latrones, vel predones manifesti, vel aliis predictis casibus, debent judices, vel custodes, inquirere, et quod faciant de eius jus sicut debent.

14) Nouv. rev. hist. de droit XIV S. 906 § 43: Item, e los juratz ayan poder de sober las careras et las bias publicas et las fons e ayan poder de tier las messios e las despacis feytas per arason de las sobreditas causas e per arason de las comunals messios que son e que poden benir ad honor e a profieyt del dit loc e asso que fassan li jurat ab coselh de XII prohomes del dit loc eligitz per lo poble comunalment del medis loc. S. 908 § 51: Item, e los juratz del mesis loc poden enquerre cominalment ab lo senhor de tota mala feyta — lo senhor no pot ni deu far inquisition senes los juratz ne los juratz senes lo senhor o de son cosselh; et si clam ne rencura no era feyta que isament los juratz ab lo senhor poscan far enquesta ab los prohomes del mesis loce poscan punir, la causa proada.

15) So schon in Lourdes N. 13. — So erklärt es sich, wenn ganz kleine Orte die Hochgerichtsbarkeit besitzen: nouv. revue hist. de droit V S. 536 c. 8. Die Grafen haben sich manchmal gegen diesen Übergang der Hochgerichtsbarkeit an die Gemeindebehörde gesträubt: nouv. rev. hist. de droit IX S. 663. 1248 Embrun. Der Delphinus wehrt sich gegenüber der Kommunalbehörde: Praeterea concesserunt (consules) eidem domino Guigoni dalphino judicem suum in dicta civitate et inquisitionem futurorum (!) talarum et cognitionem de jure homicidorum, furarum atque punitionem. — Über paciarii oben § 21 N. 66. Danach sind manchmal die paciari von den consulus verschieden; aber es ist sehr möglich, dass anderemal gerade die consules zu paciarii genommen wurden; so in Barcelona, wo 4 paciarii neben 8 (4) consiliarii geradeso erscheinen, wie sonst 4 consules neben einer gleichen Zahl consiliarii.

Digitized by Google

stark in das staatliche Recht hinübergreifen, üben die consules grosser Städte direkt die Rechtsprechung auch in Parteisachen[16]).

3. Neben den consules stehen aber Räte. Auf der einen Seite fungiert ein grosser Rat: in Barcelona hat er 100, später 200[17]), in Arles 120[18]), in Marseille 83 Mitglieder[19]). Das Gleiche zeigt sich dann in Rouen, wo die regierende Behörde im weitesten Sinne aus 100 pares besteht, und in Bayonne, wo ja allerdings die Erscheinung aus Rouen entlehnt sein kann[20]). In Toulouse gibt es ein grosses, zahlenmässig nicht begrenzbares commune consilium, und Ähnliches gilt für Avignon[21]).

4. Daneben kommt aber auch ein engerer Rat in Betracht, den die consules sich selber erwählen[22]); in Toulouse stellen ihn

---

Marichalar y Manrique, Historia de la legislacion de Espana VII S. 379; Oliver, historia del derecho en Cataluña I S. 110; in Valencia und Mallorka 4 jurati: Oliver a. a. O. I. S. 110.

16) So ganz deutlich die consules in Toulouse: Eines der ältesten Urteile derselben bezieht sich auf die Auslegung einer pariage zwischen zwei vornehmen Herren: éc. des chart. sér. 5. t. 2. S, 380 ff. 1182; dann Vaissete VIII. 24.

17) Vgl. die Angaben bei Marichalar y Manrique: historia de la legislacion de España VII S. 383 f. und bei Schaube, Das Konsulat des Meeres in Pisa S. 248.

18) Giraud II S. 229 c. 125: Item statuimus quod consules Arelatis habeant sex viginti consiliarios singulis annis, sexaginta milites et sexaginta probos homines.

19) Méry II S. 165: ordinavimus observandum quod deinceps — eligantur et creentur LXXXIII consiliarii in Massilia inter quos sint et esse debeant tres juris periti.

20) Für Rouen: Et. de Rouen 2 (Giry II n. 1): de centum vero paribus eligentur viginti quatuor, assensu centum parium, qui singulis annis removebuntur; quorum duodecim eschevini vocabuntur, et alii duodecim, consultores. — Für Bayonne: nicht bloss die Übersetzung dieser Urkunde, sondern auch die cout. 103 § 18 (ob. § 19 N. 6), welche zeigt, dass die Einrichtung wirklich in Bayonne in Geltung war.

21) Vaissete VIII. 44, 46 (1181, 1182). — Recht von Avignon c. 1 c. 2 c. 59—61 (nouv. revue hist. de droit I); Teulet II. 2874 consilii generalis et parlamenti ipsius civitatis Avinionensis.

22) Teulet I. 288. 1178. S. Gilles: Ad augmentum justicie et ejus exaltionem, ex auctoritate domini R. comitis, a Bertrando Riperto, ejus existente vicario et quibusdam probatis viris, a consulibus et curia Sancti Egidii electis, existentibus consiliariis — folgen drei Namen — in villa Sancti Egidii ut cambiatores ejusdem ville per quinquennium legitime cambient cum romeis etc. Vaissete VIII. 201. 1218: curabo quod omnes consules et consiliarii Avenionis et Tarasconis, Bellicadri et Vallabricae, cum toto posse suo, vos et

Digitized by Google

6 capitularii dar, neben den 4 judices und 2 advocati, die auch als capitularii bezeichnet werden[23]).

Damit geht eine Erscheinung im Norden parallel: in Rouen stehen den 12 scabini innerhalb der 100 pares 12 consiliarii gegenüber, in Beauvais werden neben den 13 (12) pares diejenigen erwähnt, qui consilium juraverint, ebenso in Köln neben den Schöffen die Schöffenbrüder, in den niederländischen Städten neben den Schöffen ein gleich starker von ihnen ernannter Rat[24]).

civetatem vestram mecum manutenebunt. 218. I. (Avignon): Facta fuit predicta donatio in aula nova domini episcopi, presentibus omnibus consulibus et judice supradictis, et presente jurato consilio generali. — Vaissete VIII. 317. II.: consules burgi v. Narbonne: et nos consules burgi prefati consilio et voluntate consiliariorum nostrorum ad speciale colloquium convocatorum etc. Vaissete VIII. 444. 1254: Et nos consules Montispessuli, omnes et singuli, et syndici superius nominati, convocatis consiliariis nostris et consulibus officiorum (Montpellier). Ménard, Nîmes I S. 98. 1272: ordinavimus quod omnes consules qui nunc sunt castri scilicet et civitatis, simul et comuniter, infra quindecim dies ab hodie numerandos, ad consulendum sufficientes et ydoneos novem consiliarios, de novem officiis, ministeriis, sive scalis assumant. Giraud II. 444. — Teulet II. 3522. S. 619a. 1246. Aiguesmortes: Item, liceat communitati ville predicte habere consules quatuor vel pauciores; et illi habeant consilium juratum, quod elegerint. — Giraud II S. 134 § 5: Apt. — Item, habeant (die consules) jus eligere consiliarios in concilio generali aut secreto et ad consilium prebendum eos astringere juramento, si contra fieret ab aliquo ad hoc vocato, et punire secundum quod consuetum est. — Giraud I S. 92 § 6. Albi: Quant cossols e li acosseilhadors de lor seran creadors, ajustat parlamen, si coma es de costuma, li homes de cadauna gacha de la ciutat eligeran dos baros prohomes en cossols, et autres dos en accosseilhadors: offenbar allen anderen Stellen gegenüber eine demokratische Neuerung. — Nouv. revue hist. de droit I S. 600 c. 141 Avignon: Item statuimus quod rector vel rectores civitatis (potestas oder consules) teneantur eligere et levare consiliarios consilii generali omnes infra mensem a tempore sui regiminis. — Für Barcelona ob. N. 15.

[23]) N. 28.

[24]) Für Rouen vgl. N. 20, für Beauvais die Charte v. 1182 § 18 (z. B. Labande, histoire de Beauvais S. 270). — Qu. Köln I. 74. 1159 I. 76; Schreinsurk. II S. 304. 8 tritt die fraternitas auf. Warnkönig II. 18. 1228: die oberste Behörde von Gent zerfällt in 13 scabini, 13 consiliarii und 13 vacui; stirbt einer der scabini, consiliarii oder vacui, so wird der Platz durch die Wahl der Schöffen besetzt. Ähnlich in Henin (Tailliar 254 § 3), Brügge (Warnkönig II. 55. 1180: Vort beghert die meente, alse meneghe scepenen als die here maect en also meneghe man, als scepenen van haren rade maken), Bans de S. Omer § 466 (Giry S. 536): Che sunt li commandement au tans seigneur Jehan de Sainte Audegonde et seigneur Hue Bollard, maieurs et eskevins et leur compaignons. Lüttich Patron c. 7 (recueil de Liège I S. 292, 294, 298).

Digitized by Google

5. Neben diesem Kollegium kommen dann vicarius (judex) und correarius (maior) in Betracht[25]), die eben mit dem Vicar oder maior (retrovicarius) der Landgebiete zusammenzustellen sind, wenn auch da und dort der ortsangesessene maior (correarius) über den judex hinausgewachsen ist. In grossen Orten treten die beiden Beamten neben einander auf, weil eben der Ort der Amtssitz eines wirklichen vicarius ist; in kleineren findet sich nur einer, weil es sich hier um einen retrovicarius, eine bassa vicaria handelt[26]).

6. In Hauptstädten findet man endlich noch Rechtsbeistände der Gemeinde, advocati, syndici und zwar, soweit man sehen kann, zwei[27]).

7. Durch das Vorausgehende ist soviel freigelegt, dass die entscheidenden Züge in der Konsulatsverfassung ermittelt werden können. Zunächst handelt es sich um die Zahl.

Da ist in einer langen Reihe von Urkunden überall die entscheidende Behörde ein Viererkolleg[28]). Dieses Viererkolleg

25) Vaissete V. 663. 1164 vicarius unter den capitularii von Toulouse. Lacrèzé S. 482, Recht von Lourdes (Wende des 11. und 12. Jahrhunderts) vicarius neben den consules. — Cabié S. 23. 1254 ebenso. — Champollion I S. 500. 1222: a vos lo major et al cosel de la ciutad d'Agen. — Vaissete VIII. 251 nos mager e coselhs e tota la aniversitads d'Agen. — Correarius in Valence: Olivier, essai historique sur la ville de Valence S. 81, S. 252 § 17. — Judex und maior neben einander im Gericht von Arles bereits in der Urkunde v. 967 (S. Victor I. 290); sie gehören zu den vassi dominici, d. h. zu den Vasallen des Grafen der Provence. — Méry, Marseille II. S. 116 vicarius und subvicarius. — judex und correarius neben einander in Lyon; Guigue, cartulaire municip. S. 14. 1274: ut ipse archiepiscopus rectorem et directorem ipsius curie, correarium sive prepositum vel aliter, prout ipse voluerit nominandum, ac judicem sive judices necnon et sigilliferum instituat. Dann S. 33/32. 1298; Menestrier Lyon S. 339 ff.

26) § 27 Nr. 19 fd.

27) Méry I S. 297: et vobis Guillelmo Vivaudo Moscheto et Symoni Bernardo, syndicis communis Massiliensis. — II S. 183 ff. passim; es sind 2 syndici zu wählen, die dann die Gemeinde im Prozess zu vertreten haben. — Vaissete V. 595. 1152 Toulouse: et Guillelmus Raynaldi et Arnaldus Siguarius, qui tunc erant advocati. — V. 596 ebenso.

28) Toulouse hat zuerst 4 judices, daneben auch die 2 advocati und 6 andere capitularii (Vaissete V. 595. 596, 1152). Vaissete VIII. 65. 1189: es entscheiden in einem Civilprozess der vicarius und eine curia jurata aus 4 Leuten. — Marseille hat 4 consules und daneben stehen noch 2 socii consules: Germain: histoire de la commune de Montpellier II S. 457. 1229: Pateat

Digitized by Google

als Gemeindebehörde lässt sich weit in den Norden hinauf (Paris) verfolgen[29]) und tritt überraschend häufig, bereits — seit der fränkischen

cunctis hominibus presentibus et futuris quod nos Bertrandus Brunus, Andreas Anglicus, Guillelmus de Ultramari, Guillelmus Anglicus, consules civitatis Massilie, nomine nostro et nomine Guillelmi de Rochafolio et Bernardi Nicetii, sociorum nostrorum consulum, absentium a civitate Massilii, et ego Ugo de Venerihone, syndicus communis Massilie — promittimus. In einer andern Urkunde des gleichen Jahres (Méry I S. 398) heisst es: Cedant ex causa composicionis absolute in perpetuum dicto Guillelmo de Rocafolio consuli et syndico civitatis vice comitalis Massiliensis et aliis consulibus scilicet Bertrando Bruni, Bernardo Nisecy, Andreae Anglico, Guillelmo de mari, Guillelmo Anglico; nun ist nach S. 403 G. de Rocafolio der vicarius und als solcher der Vertreter der Stadt. Unter dem anderen kann man den subvicarius denken. So ist es wenigstens möglich, einen Grundstock von 4 consules anzunehmen, an den der vicarius, subvicarius und die syndici sich anschliessen. Dieser Grundstock erscheint nun in der That in den Verhandlungen von 1214 an der Spitze von Marseille (Méry I S. 250) und 1213 ebenso an der Spitze der confraria S. Spiritus, welche Marseille leitet (Méry I S. 232). Wenn dann in etwas späteren Urkunden von 1218, 1219 acht oder mit dem vicarius neun rectores vorkommen (Méry I S. 272, Papon II. 40: Teulet I. 1352. 1219 sind nur 7 erwähnt, einer neu, 3 andere nicht; es muss irgend wie eine nicht weiter nachweisbare Veränderung stattgefunden haben), so ist das kein Widerspruch gegen das Vorige, sondern erklärt sich daraus, dass neben den eigentlichen entscheidenden vier rectores die confratria noch weitere rectores enthält. So erwähnt die Urkunde von 1213 (Méry I S. 232) neben vicarius und den 4 rectores noch unbenannte correctores. Die Marseiller Verhältnisse könnten natürlich für sich allein keinen sichern Beweis für das Viererkolleg ergeben; aber jedenfalls können sie mit dem Bestehen eines solchen wohl vereinigt werden. — Grasse: Papon II. 23. 1179: itaque nos Petrus Galcus et Gauseraudus Rolandi, et Raymundus Grajoli, atque Bareria Dei gratia Consules Grassae. — Nîmes: Vaissete VIII. 98. 1198: Die vom Grafen eingesetzten Wähler eligant 4 consules ad commodum et utilitatem nostram et communem totius civitatis. 1207 hat sich aus den beiden Orten der civitas und dem castrum Avenarum von Nîmes ein gemeinsames Konsulat gebildet, 4 milites als consules für die Burg, 4 cives als consules für die civitas (Ménard, Nimes 34; Vaissete VIII. 144). — Digne: Guichard, essai historique sur le comminalat dans la ville de Digne 1847 II S. 44. 1260: item quod tres probi homines et unus miles quolibet anno ponantur et poni debeant communes seu communales, qui habeant potestatem dividendi quistas et talhas et eas extrahendi seu exigendi et terras limitandi et questiones parietum et andronarum et viarum publicarum et ductu aque dirimendi; qui tres probi homines et unus miles eligantur et ponantur ad predicta omnia et singula facienda ad requisitionem et voluntatem proborum hominum castri seu civitatis Dignensis. Davon, dass erst 1260 der Comminalat eingeführt worden sei, wie Guichard I S. 60 meint, ist keine Rede; das communes seu cominales zeigt, dass es sich um einen eingelebten Begriff handelt. In der Folgezeit kommt dann öfters nur eine Dreizahl von cominales vor, weil eben der miles ausgeschieden ist

Digitized by Google

kischen Zeit — auch in den deutsch-römischen Gebieten — weithin als Dorfvierer — auf; später hat man da und dort aus den

(Guichard II S. 92, S. 120, S. 133). Den cominales stehen die 2 syndici gegenüber (II S. 77, 78, 64, 109); ausserdem gibt es neben den cominales ein Kolleg von consiliarii, mindestens 7 an der Zahl. — Souillac: Boutaric I S. CCCXXIV: dicunt decanus et conventus Soliacenses domini ville Soliacensi quod in ipsa villa modo debent esse quatuor homines ad tractandum negocia ville. — Laroque-Timbaud (revue hist. de droit X S. 147) § 4: 4 cosselhs und 4 proshommes. Praissas (revue hist. de droit VI S. 135 ff.): 4 Mitglieder des conselh aus den castlans, 2 vom Herrn gesetzt. Clermont an der Garonne (nouv. revue hist. de droit V S. 53): c. 7: 4 consules aus den prudentes homines, 2 consules aus den Rittern. — Aigues mortes N. 22. — Avignon: hier kommen 8 consules vor, vielleicht aus einer Vereinigung der Burg und der civitas wie in Nîmes, vielleicht aus einer Einbeziehung des engsten consilium. Gall. christ. S. 143. 1198; Statuten von Avignon c. 6 (nouv. revue hist. de droit I S. 330). — Sicher ist das in Arles, das aus mehreren Orten zusammengesetzt ist. Hier sind consules aus der Burg, 2 (wohl duumviri) de mercati, 2 de Borriano, 4 sind milites (Gall. christ. I S. 99. 1163). — Ebenso herrscht das Viererkolleg in den katalanischen Städten (N. 15).

[29]) Teulet II. 2032 Auxonne: et li lois des anfans, quelque forfait il facent, sera jugier au regart des quatre prodomes, qui doivent estre esleuz chascum an par les prodomes de la ville. Teulet II. 2142, 1231 Nevers: ad quam diem quatuor burgenses, qui a communitate ville annis singulis eligentur ad hec et alia negotia ville tractando et procurando, et ad hec jurati, vocabunt quos voluerint de ceteris burgensibus ville ad judicandum querelam et forisfacti emendam. Perréciot III. 62 § 10. 1274: apres nous outroions et voulons que li communalz de la ville (Dôle in der Franchecomté) puissent elire de lour quatre jurez pour les affaires de la ville gouverner et ordener et que il les puisent chacun au changier; III. 119. 1324 Gray in der Franchecomté § 46: volons — que — li comunals des prodomes — eslisent — chascun an — quatre prodomes eschevins pour toutes les besoignes et toutes les affaires du communal de lad. ville. Garnier I S. 397 § 137 „4 maires" in Chaumont de Chatillon. Richebourg III S. 1019. 1265: quatuor jurati in Châteauneuf en Cher. — In Paris judiziert in allen Entscheidungen des parloir dou bourgeois der prévôt des marchands mit 4 scabini. Leroux de Lincy, histoire de l'Hôtel de ville II S. 118. 1293; S. 121. 1293; S. 125. 1293; S. 130. 1295; S. 132. 1296; S. 133. 1296; S. 136. 1297; S. 143. 1298 etc. Der prévôt de marchand hat eine allgemeine niedere Gerichtsbarkeit, die sich nicht, wie man dem Namen nach meinen könnte, auf Handelssachen beschränkt; besonders häufig sind Entscheidungen über Erbrecht und Familiengüterrecht. — In Chalons s. M. stehen neben den scabini die 4 gouverneurs: E. de Barthélemy, Histoire de la ville de Chalons s. M. S. 27. — Wahrscheinlich gehört hierher das sog. Testament Philipp Augusts, Ord. I S. 19 § 1: In primis igitur praecipimus, ut Baillivi nostri, per singulos Praepositos, in potestatibus nostris, ponant quatuor homines prudentes — sine quorum, vel duorum ex eis ad minus, consilio, negotia villae non tractentur. Es wird eben die Institution von den älteren Städten auf die königlichen potestates übertragen. — Weiter sind noch die vier gou-

Digitized by Google

Dorfvierern missverständlich Dorfführer gemacht[30]). In Nachbildung der politischen Gemeinde stehen dann, was später zu erörtern ist, auch die gewerblichen Vereinigungen unter vier Leitern. Die Verdoppelung des Viererkollegs, die im Süden öfters vorkommt, zeigt sich schon im Anfang des 11. Jahrhunderts in Koblenz[30a]).

Da und dort beschliesst nun dieser engste Kreis von 4 Leuten die consules; andere Male kommen aber auch die Bezeichnungen

---

verneurs oder jurez von Epinal in diesen Zusammenhang zu rechnen (Docum. Vosges III S. 90, S. 93). — Vermutlich gehört es auch hierher, dass die in Lille herrschende amicitia vom reward und 4 verejurati dirigiert wird (Roisin S. 236—239, 1235).

30) Schwaben und zwar Ostschweiz: Grimm I S. 29, 94, 111, 130, 132, 211—215. IV S. 299 § 6, S. 365 § 3, S. 382 § 7. V S. 183 § 2. Bayerisch Schwaben: in Augsburg begegnen in den Quellen des 13. Jahrhunderts die 4 vom Rat, neben ihnen 2 Pfleger (Augsb. Rats- und Gerichtsordnung etwa von 1291 § 4). Meyer S. 237, Zusatz zu Stadtr. von 1276a. 20 (S. 60). — Esslingen: neben dem Schultheiss 4 iudices (Württemb. U. B. III. 953. 1157, 1177). Kleinere Orte: Grimm VI S. 211, S. 214, 220, 225 § 15, 242—248, 263 f., 271 f., 276, 282 § 26, 287 f., 310. Elsass: Grimm IV S. 288 § 15. — Deutschburgund: Grimm I S. 177, 179. IV S. 395. — Bayern: Grimm III S. 615 und dazu Gengler, die altbayerischen Ehehaftrechte S. 51 f.; Gengler a. a. O. S. 87 f.; M. B. I S. 447. 1344 Kötzting: das es dan fuorbas stehe an den viern, die des rats sein. Grimm III S. 662. Österreich: Grimm III S. 690, S. 692. — Franken: In Mainz finden sich ständig neben dem scultetus oder camerarius 4 Richter. Gudenus II S. 439. 1229 S. 446. 1294, S. 449. 1303. In Speier judizieren die monatlich wechselnden Richter als Viererkolleg (Speierer U. B. 453). Der kleine Ort Breissig hat neben dem Hochgericht und dem grundherrlichen Baugericht noch ein selbstständiges Gemeindegericht unter einem geschworenen, der Herrschaft vereidigten Richter und vier Märker (Lacomblet III. 630). In Worms sind die 16 Heimberger, welche die Stadt gerade in Allmendsachen vertreten und, wo sonst die Gemeindeorgane rügen, für 4 Parochien gewählt; das ergäbe für jede Parochie als Kommunalorgan 4 Heimberger (Worms. U. B. I. 429. S. 280, II. 203, II. 298, 326, III S. 228 fd.). Mit dem rheinischen Recht ist dann das Vierrichterkolleg auch nach Goslar übertragen worden; Gosl. U. B. I. 1219 ius est quod a burgensibus quatuor iudices eligantur, pro quo sunt daturi sex marcas advocato. Hierzu Wolfstieg, Verfg. von Goslar S. 40 fd. Pfalz: Grimm IV S. 601 § 11. — Der Übergang in Führer z. B. schon Grimm III S. 662, S. 692. IV S. 436; dann die spätere bayerische Rechtssprache, z. B. Kreittmayr: V. 28 § 1. — Erwähnt sind die Vierer (und Zweier) bereits bei Walafrid de exordiis rerum § 32: unter den Dekani (den Ortsvorständen, die hier gesetzt scheinen) stehen quaterniones et duumviri. Sie werden — an die Kurialeigenschaft mahnend — auch als collectarii bezeichnet.

30a) Beyer I. 409. 1104: pro hoc autem dabunt theloneario et VIII senatoribus bonum pastum.

Digitized by Google

Schöffen (Paris), Heimberger (Worms), Rat (Augsburg) vor; dem engsten Kreis werden die syndici und consiliarii zugefügt, so dass nun je 6 consules oder 12 auftreten. Dabei wird der weitere Kreis auf die Zahl 12 öfters gerade in grossen Städten begrenzt, andere Male findet sich die Zehnzahl[31]).

8. Die consules oder was dem gleich steht, werden in den Quellen des 13. Jahrhunderts als die Häupter einer oligarchischen Bruderschaft angesehen, welche der übrigen Bevölkerung gegenübersteht[32]); dabei wechseln die consules das Amt jährlich[33]).

Diese Jahreswahl der consules tritt nun in einer ganz unverdächtigen Nachricht schon zu Anfang des 10. Jahrhunderts, also an der Grenze der Karolingerzeit, hervor[34]).

---

31) In Toulouse werden (Vaissete VIII. 246) capitularii als Richter erwähnt, identisch mit der curia jurata oder den 4 judices (N. 28), offenbar sind also die 2 advocati dazu gezogen; alle zusammen heissen (so Vaissete VIII. 24) consules, wobei sich zwei Gerichte für die urbs und für das suburbium vereinigt haben. Daneben stehen nach Vaissete V. 595, 596 6 andere, die auch capitularii heissen, aber eben nicht judices sind. Bei der Vereinigung der beiden Stadtteile müssen 12 vorhanden sein. In Vaissete VIII. 48, 52 werden nun 21—23 consules genannt, d. h. ungefähr die 2 Viererkollegien, die 4 Advokaten, 12 consiliarii, — 12 Leute, consules, hat Montpellier (Teulet I. 1015; II. 3465), Agen (Vaissete VIII. 217), Embrun (nouv. revue hist. de droit S. 662—1219). In Montauban werden einmal 8 Leute (Vaissete VIII. 214), ein andermal (Vaissete VIII. 143) 10 erwähnt. — Ord. XI S. 221, Chateauneuf bei Tours: aus den cives werden jährlich 10 probi homines gewählt, denen die übrigen den Unterthaneneid zu leisten haben.

32) Nizza: Germain Montpellier II. 26. 1225: Paganus de Cucurno judex ordinarius, comunis Nicie, et vicarius domini Willelmi Embri, potestatis Nicie, voluntate et consilio rectorum confratriae Nicie et omnium consiliatorum Nicie. — Méry, Marseille I S. 232. 1213: vobis Petro de Sancto Jacobo, vicario confrerjae Sancti spiritus Massiliensis, Guillelmo Vivaldo, Johanni Sardo, Simoni Bardo, Raimundo Sarracenae Rectoribus confreriae Sancti Spiritus Massiliae, recipientibus et stipulantibus pro vobis et pro ceteris correctoribus vestris et pro tota universitate communitatis Massiliae. S. Victor II. 929. — Weiter ist eine confratria in Avignon erwähnt (nouv. revue hist. de droit II S. 582. 1215; vgl. nouv. revue hist. de droit I S. 183). Für den Norden vgl. Lille (N. 29).

33) So deutlich in Marseille. Méry I S. 272 (1218); Papon II. 40; Teulet I. 1352 (1219); S. Victor II. 929. 1220. Für Toulouse vgl. Vaissete VII S. 228 ff.

34) In einem Nekrolog von Castres, der mit den sonst vorhandenen Nachrichten über Castres (Dachery, specil. III S. 570 f., hiezu Vaissete IV S. 433) genau zusammentrifft, heisst es für 920: 3 cal. Junii, obiit Joan. Genebrosa, habitator de Castris, ter factus Consul. Fundavit capellam S. Mauri

Digitized by Google

9. Eine verbreitete Bezeichnung für den Stadtvorstand ist das Wort capitulum; die Mitglieder sind capitularii[35]). Es ist eine abgeleitete Bedeutung, die aber für das hohe Alter des ursprünglichen Sinnes spricht, wenn das Wort capitularius dann auch bald auf den Geschäftsführer eines Kaufmanns, den Prokuristen unseres Handelsrechts, übertragen worden ist[36]).

Es mag gleich hier erwähnt werden, dass in der ältesten Urkunde für die gilda mercatoria des nordfranzösischen S. Omer (aus dem Anfang des 12. Jahrhunderts) die Gildeversammlung ebenfalls als capitulum angesprochen wird[37]).

III. Führt die Nachricht von Castres den Konsulat fast bis in die fränkische Zeit hinein, so wird in der fränkischen Zeit die curia fortdauernd erwähnt, freilich nur als Beurkundungsbehörde: aber es sind uns eben überhaupt andere Urkunden und Formeln

---

in ecclesia sancti Benedicti; ejus frater Stephanus Genebrosa erat prior hoc anno, et Aymericus Guillem, de prosapia illustri des Guillems, erat abbas (Clos a. a. O. S. 280). Die letzte Nachricht wird durch den erhaltenen Abtkatalog und ein Epitaphium bestätigt. — Auch bei Ekkehard casus cap. 127 (also im 11. Jahrhundert) wird der jährliche Wechsel der Ämter als mos Romanus bezeichnet; es ist wenigstens möglich, dass Ekkehard an die weltlichen Verhältnisse im Romanenland dachte, das ja unmittelbar an das S. Gallische Gebiet stiess.

35) Toulouse: Hier werden in den ältesten Urkunden 6 capitularii unterschieden neben den 4 judices, die aber selber wieder als capitularii erscheinen (N. 31); es sind also die capitularii mit Richterbefugnis von den capitularii ohne Richterbefugnis unterschieden. In den Toulouse nachgebildeten Rechten befasst dann das capitulum (capitol) die gesamte regierende Behörde (Cabié S. 21 § 2, S. 23; S. 87 § 1). — Montauban: Vaissete VIII. 143. 1208: Das Capitol von Montauban, aus 10 Köpfen bestehend, entscheidet über eine Notzuchtsklage. — Marseille: Teulet I. 1352. S. Victor II. 929: capitulum rectorum.

36) So die Stelle aus Vitalis von Huesca bei Ducange II S. 151 s. v. capitularius (Anfang des 13. Jahrh.); Statuten von Montpellier c. 83. (Giraud I S. 65: Teulet I. 721); bei Ducange II S. 151 ist die Stelle in einer etwas anderen Fassung abgedruckt, auf die ich später (§ 25 N. 62) eingehe; Capmany II. 5. 1230. — In Italien werden sehr früh auch die Vorstände der Zünfte als capitularii bezeichnet (Hartmann, Urkunde einer römischen Gärtnergenossenschaft vom Jahre 1030 S. 11; derselbe in Zeitschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte III S. 115 fd.), wie in unserem Gebiet umgekehrt dafür die Bezeichnung consul gebraucht wird (§ 25 N. 40).

37) Gross, the gild merchant I S. 291: si quis ad capitulum suum prima pulsante non venerit, XII. d. dabit.

Digitized by Google

als solche über Vergabungen aus dieser Zeit sehr selten erhalten[38]). Dass die Bezeichnungen in Urkunden und Formeln lediglich mechanisch aus römischer Zeit herübergeschleppt wären, scheint mir ganz undenkbar; ein missverständliches Fortleben einer Formel wie stipulatione subnixa ist leicht erklärlich; dass man aber die Parteien zur Beurkundung an Behörden gewiesen hätte[39]), welche gar nicht existierten, ist gerade so unsinnig, als wenn moderne Notariatsformulare von den alten Centgerichten reden wollten.

Was man aus dem Material gewinnen kann, ist die Existenz des defensor, des curator, eines städtischen magister militum, der principales, des professor oder notarius curiae. Die Kuriaten tragen den vieldeutigen Namen senatores[40]). Dabei ist es wichtig, dass die letzte Urkunde der Reihe die neben dem „defensator" stehenden Personen als „judices" bezeichnet[41]).

---

38) Die Belege sind zusammengestellt bei Brunner II S. 198 N. 1. Daneben kommt aber noch das testamentum Ephibii (Bréquigny-Pardessus II. 439) für Vienne in Betracht; seit Bréquigny wird die Urkunde als unecht angesehen, weil in ihr ein Bischof Cadoldus oder Edoldus erwähnt ist, von denen der erste unter Dagobert II., Edoldus unter Theoderich III. gelebt haben soll; die Subskription aber lautet anno II gloriosi Childeberti regis (Savigny, Geschichte des römischen Rechts I S. 312; sehr kategorisch Hegel, Ital. Städteverf. II S. 351 N. 3). Allein es ist jetzt von Hauréau nachgewiesen (Gallia christ. XVI col. 35), dass Edoldus gerade unter Childebert III. lebte und deshalb die Urkunde vollkommen unverdächtig ist.

39) z. B. Hegel II S. 356. Nirgends drückt sich besser aus, wie fremd oft der Forschung solche juristische Dinge gewesen sind, als in der Vorstellung, man habe Notariatsformulare für Beurkundung vor nicht existierenden Behörden aufgestellt, oder es hätten die Kurien ein „Scheinleben" fortgeführt, wie eine andere Phrase lautet.

40) Brunner II S. 199 N. 8 nimmt bezüglich des magister militum an, es handle sich nur um ein Missverständnis; allein bereits in C. Th. VII. 16. 3 tritt ein Offizier (ducianus, protector) neben dem defensor, gerade in Beziehung zu den acta curiae auf, er ist eben Platzkommandant. C. J. I. 4. 30 wird die Bestellung eines Vormunds vorgenommen *παρὰ τῷ τῆς πόλεως ἐκείνης ἐκδίκῳ ἢ στρατηγῷ*. Auch ist mit der Stadt von Amtswegen ein armamentum verbunden, zu dem balistarii kommandiert sind und das unter der Aufsicht des pater civitatis steht (nov. Justiniani 85). In den spätrömischen und byzantinischen Quellen wird von *στρατηγοὶ πόλεων* gesprochen. Epanagoge 38 § 10 (ed. Zachariae): *οἱ στρατηγοὶ πάντες ἐπιτρόπους διδόασιν, ἀλλὰ μόνους τοὺς ὄντας ἐκ τῶν πόλεων αὐτῶν ἢ τῶν ἐπ' αὐταῖς ἀγρῶν*. Basil. XXIV. 10. 35: *στρατηγοὶ πόλεως οὐχὶ στρατοπέδων*, wo der Urtext magistratus hat. Basil. XL. 1. 25; *στρατηγοὶ πόλεως* an Stelle von duumviri. — Für Senatores das Testament des Ephibius ob. N. 38.

41) Germer-Durand: cart. de Notre-Dame de Nîmes N. 32. 928.

Digitized by Google

IV. Es hat von vorneherein eine gewisse Wahrscheinlichkeit für sich, dass die beiden bisher geschilderten Reihen zusammenhängen. Die erste Erwähnung des consul liegt früher als die letzte Erwähnung des defensor und seiner judices. Zur Gewissheit wird das durch folgende Thatsachen erhoben:

1. Das Viererkolleg neben dem Vicarius und allenfalls dem Subvicarius tritt bereits nach der berühmten Urkunde von 780 in den scabini civitatis für Digne hervor[42]), wo es Jahrhunderte später in den Quellen als Comminalat wieder begegnet[43]).

In Carcassone urteilt 883 der Bischof mit vier judices[44]).

Nun stehen allenthalben die römischen Kolonien und Munizipien unter vier Leuten, mögen diese in die beiden Kollegien der duoviri jure dicundo und der duoviri aediles zerteilt sein oder mögen sie ein Kolleg bilden, sodass zwei der quatuorviri iure dicundo, die beiden anderen quatuorviri aediles sind[45]).

So gewinnt man hier einen unmittelbaren Zusammenhang. Das mittelalterliche Viererkolleg, stammt aus der römischen Munizipalverfassung, auch da, wo ihm deutsche Namen, wie scabini, Heimbürger, Rat, gegeben werden[46]).

2. Eine weitere Verbindung schafft der Ausdruck capitularis.

Eine savoysche Urkunde des 8. Jahrhunderts erwähnt als Vorsteher eines Landbezirkes den capitularius[47]).

Allein bis auf die römische Zeit ist Wort und Sache zurückzuführen. Hier sind capitularii als Munizipalbeamte bezeugt und zwar

---

42) S. Victor I. 31: cum in Digna civitate publice residerent missi domni nostri Karoli, regis Francorum et Langobardorum, seu et patricii Romanorum, id est Viennarius et Arimodus, una cum rationes = burgiis dominicis, Marcellino, Iheronimo, Gedeon, Regnarico, Corbino scabinas lites scabinos ipsius civitatis. Nach dem Schluss ist nun Marcellinus comes, und so verbleiben als scabini civitatis nur die 4 folgenden.

43) Ob. N. 28.

44) Vaissete V. 5.

45) Zumpt. comment. epigraph. vol. (I) S. 161 fd.; Marquardt I S. 152.

46) Es liegt ausser dem Plan dieses Buches auf die italienischen Verhältnisse einzugehen: immerhin sei darauf hingewiesen, dass auch hier die Vierzahl oder ihre Verdoppelung häufig und sehr frühe begegnet. (Pertile: storia del diritto Italiano II. 1. S. 29. N. 2, S. 36. N. 20.)

47) Grenoble A. 22 (S. 38). 735: infra ipsa valle Briantina et Aquisiana quem de Vuidegunde conquesivimus unde Bardinus capitolarius est — in valle Aquisiana — unde Vitalis capitularius est.

Digitized by Google

als exactores oder turmarii[48]). Es hat also der capitularius neben einander exactio und Rekrutengestellung; da anderwärts das onus capituli oder die functio capitularia im Gegensatz zur kommunalen Rekrutengestellung steht (temo)[49]), so wird man unter dem capitulum zunächst die Eintreibung von Gefällen zu sehen haben. Zweifelhaft ist die Herleitung des Wortes; allein da daneben capitularium noch das Eintrittsgeld in ein Kolleg bedeutet, capitulum für die beschliessende Versammlung einer kirchlichen Korporation schwerlich von den Kapiteln der Ordensregel hergeleitet ist, wie die gewöhnliche Deutung, so geht alles zusammen wohl auf capitulum im Sinn von Haupt, Hauptinhalt zurück; capitulum ist die leitende Versammlung, capitularii die Vorstandsmitglieder, capitularium die Zahlung, die man an den Vorstand macht[50]). Die exactio muss der Kurie vor der Rekrutengestellung übertragen worden sein, und deshalb ist sie dann das onus capituli schlechtweg.

Den Sinn des capitularius in der Urkunde von Grenoble ergibt nun aber folgendes. Es ist thatsächlich in den grossen civitates der Kurie die Rekrutengestellung gerade so wie die Erhebung der

---

48) C. Th. VI. 35 c. 3: Palastoffizialen sollen nicht zur curia vel honores vel onera vel munera municipalia gezogen werden. Dieser Gedanke wird nun genau im folgenden definiert: quibus omnibus condonamus, ne exactorum vel turmariorum, quos capitularios vocant, curam subeant, vel obsequium temonariorum vel prototypiae.

49) C. Th. XI. 16; 14, 15, 18. Gewöhnlich identifiziert man beides, aber offenbar mit Unrecht.

50) Über capitularium für Eintrittsgeld: Liebenam, Zur Geschichte und Organisation des rheinischen Vereinswesens S. 170; über die gewöhnliche Ableitung des capitulum von dem Ort, wo die Regel verlesen wird — eine Ableitung, die seit dem 11. Jahrhundert die gewöhnliche ist (Ducange h. v.) — vgl. Hinschius K. R. II S. 54 N. 2. Die Regel Chrodegangs c. 8 (Holstenius codex regularum monasticarum et canonicarum II S. 99) könnte allerdings auf den ersten Blick so verstanden werden; allein genauer wird hier das capitulum als Versammlungsort und das capitulum der vorzulesenden Schrift unterschieden und nicht gesagt, dass die beiden Sachen in Beziehung stehen. Es ist nun wohl kein Zweifel, dass capitularium für Eintrittsgeld wie capitulum, onus capitularium in irgend einer Verbindung stehen muss, und damit ist wohl auch die Ableitung des letzteren Worts von capitus (Fourage) ausgeschlossen, an das man denken könnte, da sich die kommunale exactio auf militärische Fourage bezieht. Dann aber muss capitulum irgendwie die leitende Versammlung einer Vereinigung — das Haupt — bedeuten, und die kirchlichen capitula werden wohl auch kaum einen andern Sinn haben. Capitularius ist der Vorstand.

Digitized by Google

Staatseinkünfte übertragen. Zu dem Ende wird das Gebiet der civitas in territoria zerlegt und jedem territorium einer der Decurionen vorgesetzt[51]). Dabei ergibt sich ein Gegensatz zwischen der unmittelbaren Umgebung der Stadt und den übrigen Bezirken (territoria), die allenfalls von einem Kastell aus geleitet werden[52]). Neben den territoria stehen als selbständige Verbände die possessiones, d. h. die selbständigen Gutsbezirke[53]). — Örtlich dislocierte curiales sind später auch noch in Rhätien bezeugt, und zwar werden sie unter den milites genannt, sind also durchaus keine geringen Leute[54]).

Natürlich muss man nun die capitularii der Landbezirke mit den zur Steuereintreibung detachierten Kurialen[55]), den exactores im technischen Sinn, identifizieren.

Damit trifft nun noch eine dritte Erscheinung zusammen. Eine spätrömische Quelle[56]) zeigt ganz deutlich, dass die exactores identisch mit den judices locorum sind. Andere Stellen haben die Bezeichnung praefectus (praepositus) pagi vel vici oder praefectus pacis, was danach offenbar gleichbedeutend sein muss[57]), und zwar sind diese praefecti selber wieder gleichzeitig Steuerbeamte[58]), prae-

51) C. Th. XI. 7, 2. Britannien: unusquisque decurio pro ea portione conveniatur, in qua vel ipse vel colonus vel tributarius eius convenitur et colligit; neque omnino pro alio decurione vel territorio conveniatur. Zuerst hat auf diese Stelle und auf die Sache, soviel ich weiss, Max Weber in seiner ausgezeichneten römischen Agrargeschichte S. 265 ff. aufmerksam gemacht. — Dann C. Th. XII. 1. 186: legatio proconsularis provinciae per Bubulcum — curiales pro aliis, qui in eodem territorio possident, deflevit adstringi. — Jubemus neminem curialem pro alieni territorii debitis attineri, sed tantum municipem pro gleba propria conveniri. Nov. Majorani II § 2: iubemus, ut — universa fiscalia, quae de provinciis speranda sunt, per locorum iudices inferantur.

52) Nov. Majorani VII § 3: collegiatis — extra territorium civitatis suae habitare non liceat. C. Th. VII. 15 § 2: quicunque castellorum loca quocunque titulo possident, cedant ac deserant, quia ab his tantum fas est possideri castellorum territoria, quibus adscripta sunt.

53) Unt. § 38 N. 52.

54) Mohr I. 9 a. E.

55) So besonders deutlich C. Th. XVI p. 2, wo der Text von den munera spricht, während die Interpretation exactores allecti setzt.

56) Nov. Majorani II (N. 52).

57) C. Th. II. 30. 1: (mit der interpretatio) hat praefectus pacis C. J. VIII. 16 § 7: praefectus pagi vel vici, ebenso C. Th. VII. 4. 1.

58) C. Th. VII. 4. 1: praepositi pagorum et horreorum. C. Th. XII. 6. 8 ebenso.

Digitized by Google

positi horreorum. Das Amt der praepositi pacis gehört unter die munera der Curia[59]). — Im Orient wird vom εἰρηνάρχης gesprochen, der in den Quellen ein von den Kurialen gewählter, vom Stadthalter bestätigter Beamter ist[60]). In den westgotischen Rechtsquellen wird dafür assertor pacis[61]) gebraucht, womit man unbedenklich den praepositus pacis gleichsetzen darf[62]).

Die praepositi pacis oder capitularii oder detachierten curiales gehören zu den judices mediocres, wie sie in der westgotischen Interpretatio, also zu Anfang des 6. Jahrhunderts, genannt werden[63]).

Die Urkunde von Grenoble beweist die Fortdauer des Amtes im Anfang des 8. Jahrhunderts. — Das Gleiche besagt die lex Romana Curiensis; hier stehen die alii curiales unter dem judex publicus[64]). Der judex ist also selber ein curialis. In derselben Quelle erscheinen die curiales noch ziemlich häufig als die Beamten, welche die Steuern eintreiben[65]). Offenbar sind die curiales identisch mit den neben den privati actores[66]) erwähnten publici actores, welche für ungerechte Amtsführung auch von den cives gestraft werden[67]). An einer Stelle tritt direkt die Wahl durch die Standesgenossen hervor[68]). — Aus einem anderen Gebiet gehören die mit den vicariae identischen conditae hierher[69]). Es ist nicht gut

---

59) C. Th. XII. 1. 49 § 2: Si praepositi horreorum hique, qui suscepturi sunt magistratum, praepositi etiam pacis seu susceptores diversarum specierum ad ecclesiam crediderint adspirandum etc.

60) Die Stellen bei Brunner II S. 285 N. 45. — Bemerkenswert ist in C. Th. X. 1. 17 die Zusammenstellung mit den in den Militärmagazinen beschäftigten optiones.

61) So C. Th. 12. 14 in der Umbildung des C. J. X. 77. — Anders vielleicht noch die spätere C. Th. VIII. 7. 21.

62) Brunner II S. 285; dass in C. Visigoth. II. 1. 16 von einer Ernennung der assertores gesprochen wird, verträgt sich sehr wohl mit dem Wahlprinzip, denn auch C. J. X. 77 sieht eine Bestätigung durch den rector provinciae vor.

63) C. Th. II. 1. 8.

64) XII. 1. 1.

65) z. B. III. 1. 8: quicumque curiales, qui fiscum dare debet etc.

66) IX. 22.

67) I. 6. 4.

68) XII. 2. 1.

69) Belege bei Sohm S. 192 f.; dann Martène thesaurus I col. 32. 843: in pago Blesinse in condita Cabrinacensi. Trémault S. 274: in pago

Digitized by Google

möglich, dieselben vom Keltischen abzuleiten; denn der Ausdruck begegnet in Landstrichen, die von der bretonischen Invasion gar nie berührt worden sind, findet sich dort auch vor dem Vordringen der Bretonen im 9. Jahrhundert, kann also jedenfalls nicht durch diese Rückwanderung in das Land gebracht worden sein. Eine Fortdauer der Bezeichnung aus altkeltischen Verhältnissen heraus aber ist höchst unwahrscheinlich; denn bekanntlich ist in den letzten Jahrhunderten vor der fränkischen Invasion in Gallien kein Keltisch mehr gesprochen worden. Dagegen stimmt es vollkommen mit dem Bisherigen, wenn man in condita den Speicher und deshalb die Einnehmerei[70]) des detachierten Kurialen, des praepositus horrei, sieht.

Die letzte Beobachtung führt wieder um einen Schritt weiter zu den abschliessenden Urkunden von Angers v. 804[71]), die man gewöhnlich als wichtigsten Beleg für den Untergang der römischen Provinzialverfassung verwendet, die aber in der That ein entscheidender Beleg für deren Fortdauer sind. Im Text der einen Urkunde wird von defensor und curia gesprochen; nach der Unterschrift aber ist der defensor mit dem vicedominus identisch, und es folgen dann zwei centenarii. Das heisst gar nichts anderes, als was das Bisherige auch schon ergeben hat: die Kurialen sind zum Teil Beamte des Landbezirkes der civitas, centenarii; umgekehrt ausgedrückt, die centenarii gehören noch zu der curia, zu den senatores der civitas. — Genau das Gleiche wird in Rhätien gegolten haben, wo den örtlich verteilten Kurialen oder actores eine centena zusteht, neben welcher der Amtsbezirk des minister scultetus in Betracht kommt[72]), allenfalls mit der centena territorial zusammentreffend.

---

vindocinense, in condita Navoliense. Martène ampl. coll. I col. 26. 751: in pago Cinomannico, in condita Labrocinse.

70) Condita für Magazin kommt in der römischen Rechtssprache vor. Die Belege bei Courson, Cartulaire de Redon S. LXXXVI f., der die im Text aufgenommene Ansicht nach einer gelegentlichen Äusserung von Ducange genauer begründet hat. Bei uns ist diese Ausführung übersehen worden.

71) Martène ampl. coll. I c. 54—59; z. T. bei Beyer I. 42.

72) In dem wichtigen Urbar des 11. Jahrhunderts zerfällt Rhätien in ministeria oder scultatiae (Mohr I. 193); nach Mohr I. 56 ist die scultatia und die centena von Chur identisch. Damit ist in I. 9 (J. Claudii de curia curialis) zu vergleichen und der Gegensatz zwischen dem iudex und dem scultetus in den capitula Remedii c. 3 (II. 192) heranzuziehen, der in I. 9 wiederkehrt.

Digitized by Google

Man kann nun aber noch genauer anknüpfen. In der Urkunde von Lemans sind die centenarii Kurialen. Nun ist aber gerade in Mittelfrankreich noch im 9. und 10. Jahrhundert einigemal die vicaria und centena territorial geschieden[73]); im ganzen freilich brauchen die karolingischen Quellen centenarius und vicarius schon als gleiche Bezeichnungen, und so wird auch in den nachfränkischen Quellen des Westens einigemal der Centurio als ein ritterlicher Unterbeamter des Grafen erwähnt, ja nicht zu verwechseln mit einem blossen bäuerlichen Gemeindevorstand[74]). — Ursprünglich aber muss ein Gegensatz zwischen vicarius und centenarius vorliegen, der etwa in der karolingischen Zeit überwunden wird. Der vicarius ist in der merovingischen Zeit ein vom Grafen ernannter Beamter[75]). Dagegen bedeutet in der Merovingerzeit und später centenarius den gewählten Beamten, und so ist dann die Bezeichnung, wie später erörtert wird, auf den Gemeindevorstand übertragen, für den sie sprachlich gar nicht passt. Demnach wird auch im Süden der centenarius ein irgendwie von der Curia, d. h. von den vornehmen Grundbesitzern der civitas, designierter Grund-

---

73) Die Belege bei Sohm R. u. G. V. S. 200. Dann bei Deloche, Cartulaire de l'abbaye de Beaulieu introd. S. CLXXV fd.; Cluny II. 1542. 980: in pago Biturigo, in vicaria Borbones, in centena Novientense, in villa Curtilas.

74) Vaissete V. 339 Namen, dann: ac alii centuriones et illustres viri ac nobiles. In anderen Urkunden dieser Gegend stehen vicarii an gleicher Stelle — Ordericus Vitalis II S. 218 in England macht König Wilhelm arme Normannen zu tribunos et centuriones ditissimos: Ordericus Vitalis III. S. 346: mandavit (der König) Stephano comiti, et Gerardo de Gornaco, aliisque tribunis et centurionibus, qui praeerant in Normannia familiis ejus (familia bedeutet hier nicht die Unfreien, sondern die Unterthanen des königlichen Teils gegenüber dem herzoglichen Teil). V S. 67. 1136: Grosse von Anjou, Poitou und den angrenzenden Ländern vereinigen sich mit Gottfried von Anjou: hi nimirum aliique plures tribuni ac centuriones cum viribus suis Andegavensibus associati sunt. Die centenaria erscheint als bedeutender Landbezirk in Gall. christ. XI col. 156. 1108: videlicet burgum et villam quae dicitur ad sanctum Petrum supra Divam, cum omnibus appenditiciis et redditibus suis totumque centenarium quod eidem villae adiacet, et quidquid infra ipsum centenarium continetur scilicet a Diva fluvio usque ad alium fluvium, Vicia dicitur, in ecclesiis, in decimis, in bosco et plano, in molendinis et pratis, in hominibus, redditibus et servitiis eorum, et in aliis quibuslibet rebus extra centenarium.

75) Cap. 5 S. 12: non vicarios aut quoscunque de latere suo per regionem sibi commissam instituere vel destinare praesumant qui — iniqua — spolia inferre praesumant; vgl. Brunner II S. 176 n. 16.

Digitized by Google

besitzer sein[76]). — In Rhätien ist so etwas unklar zu erkennen; direkt aber tritt die Wahl der tribuni und reliqui notabiles in dem benachbarten Istrien, das freilich über unser Gebiet hinausliegt, auf[77]).

Nachher verdrängt der vicarius den capitularius (centenarius), wie der Schultheiss häufig den Zentgrafen verdrängte, oder der centenarius verwandelte sich allmählich zu einem von der Regierung abhängigen vicarius. Belege für den Vorgang sind — natürlicherweise — nicht vorhanden.

3. Eine viel zu wenig beachtete Grundlage der fränkischen Verfassung bildet der Satz, dass der comes civitatis $^1/_3$ der Gefälle einbehält, $^2/_3$ der Zentralverwaltung abliefert[78]). Dieser Satz kommt nun schon in den römischen Quellen vor, so zwar, dass $^2/_3$ der Einkünfte, welche in der civitas anfallen, an die Zentralverwaltung weitergegeben werden müssen, $^1/_3$ von der civitas für die eigenen Zwecke verwendet werden darf[79]).

---

76) Als eine blosse Möglichkeit — nicht als mehr — soll es hingestellt werden, dass das c. 12 des ed. Chlotahari (cap. 9), das ja mit dem der sanctio pragmatica Justinians für Italien c. 12 nahe Verwandtschaft hat, gerade auch dieses Wahlrecht (de aliis regionibus neben de aliis provinciis) schützen will.

77) Ob. N. 72; für Istrien Waitz III S. 406 N. 1.

78) Auch in den germanischen Teilen des Reiches bezeugt: Schöpflin I. 98. 840. S. Gallen I. 49, 226. Collectio Sangall. ad. 3. Nassauisch. U. B. I. 59.

79) C. Th. IV. 12. 7 (aus Gallien datiert). C. Th. V. 13. 35 (hier für die Zölle noch nicht anerkannt). C. Th. 15. 1. 18. C. Th. 15. 1. 32, 33; C. J. XI. 70. 3. In anderen Stellen (C. Th. XV. 1. 48, XIV. 27. 2. C. J. IV. 60 § 13) ist auch das Zolldrittel allgemein übertragen.

Digitized by Google

§ 24. Die Fortdauer der römischen Kommunalverfassung. Einzelheiten.

I. Das Bisherige hat mit voller Sicherheit die Fortdauer der römischen Kommunalverfassung ergeben. Die civitas hat nicht nur geographisch die Grundlage für das fränkische Reich gebildet, sondern ist auch rechtlich die Basis desselben geworden. Der comes ist eben nichts anderes als der königliche Vorstand und Kommandant der civitas, die, weil sie kein Institut des Reichsrechts war, auch in den Stürmen des 5. Jahrhunderts ihre Struktur bewahrte. Die Unterbeamten sind die zur Kurie gehörigen detachierten Kurialen. Für das territorium der einzelnen civitas aber und für die unendlich zahlreicheren blossen Munizipien bildet das Viererkolleg die Verwaltungsbehörde. Das Viererkolleg findet sich nicht bloss auf romanischem Boden, sondern auch in den germanischen Ländern links des Rheins und südlich der Donau. Dass dabei in breitem Mass eine Nachbildung städtischer Institutionen durch die Landgemeinden stattgefunden hat, spiegelt sich auch in der Verbreitung des Ausdruckes Bürgermeister, der natürlich nicht auf dem Land gewachsen sein kann[1]). Römischer Einfluss wirkt vielleicht dann mit, wenn noch ziemlich oft auch in fränkischer und nachfränkischer Zeit von senatores der einzelnen Städte geredet wird; freilich auch die Barone des Königs führen diese Bezeichnung[2]). Es kann ferner wenigstens eine Erinnerung an Römisches sein, wenn eine curia im Sinn einer Gemeindebehörde erwähnt ist[3]), beides Erscheinungen, die für sich allein freilich nichts beweisen würden. Selbst die vielbesprochene Nachricht, wonach das elsässische Selz als Stadt sub libertate Romana errichtet wird, legt nunmehr eine Erklärung nahe, die von der jetzt herrschenden abweicht[4]).

---

[1]) Siehe die von Schröder bei Grimm Weistümer Index s. v. Bürgermeister gesammelten Stellen.

[2]) Stellen bei Hegel II S. 348; dass es sich nicht stets um Reichssenatoren handelt, wie Hegel, It. St. V. II S. 351 meint, zeigt das Testament des Ephibius; der Ausdruck senator curiae z. B. C. Th. XII. 1. 85. Andere Stellen für senatores einer Stadt z. B. Salmon app. 5: ville senatoris. — Q. E. bayer. Geschichte I S. 40 n. 91. 1070. 1075: senatores in Regensburg.

[3]) z. B. S. Gilles § 23 N. 17.

[4]) S. S. IV S. 641 Odilonis epit. Adeheidis c. 10: ante duodecimum circiter obitus sui annum, in loco qui dicitur Salsa urbem decrevit fieri sub

Digitized by Google

Es ist jetzt möglich, das ganze Detail der Kommunalverfassung auf sein Verhältnis zum römischen Recht zu prüfen. Natürlicherweise werden Beziehungen, die für sich allein genommen undeutlich und unsicher wären, eine ganz andere Festigkeit gewinnnen, nachdem einmal der Zusammenhang in den Hauptpunkten festgestellt wird.

II. 1. In der römischen Kurialverfassung ist es charakteristisch, dass diejenigen Kurialen die ersten sind und die Ehre des Sitzens im Konzilium haben, die die Kurialämter bereits versahen[5]).

Genau der gleiche Gedanke tritt bekanntlich in Köln auf; hier hat die Richerzeche die gesamte Verwaltung unter sich[6]),

---

libertate Romana. Die jetzt herrschende Annahme der unbequemen Stelle ist dass es sich um das mit libertas Romana bewidmete Kloster handle (so Hegel in Kieler Monatsschrift 1854 S. 696 ff., Waitz VII S. 221). In der That scheint das Kloster damals mit der libertas Romana bewidmet worden zu sein, die bis dahin in Deutschland sehr selten war (K. U. I S. 123) und erst unter den salischen Königen häufiger wird, während sie in Südfrankreich seit der Karolingerzeit vorkommt (Vaissete II. 23; V. 69; Ménard, Nîmes I. 2; Gall. christ. XVI col. 185). Allein so wie Odilo in der Biographie berichtet, liegt die Sache anders; es wird unterschieden zwischen der Errichtung der urbs sub libertate Romana und der des Klosters. In den meisten Handschriften wird die eine Nachricht mit der anderen durch etiam verbunden, und hier ist der Gegensatz dann augenfällig; eine Handschrift hat allerdings enim; aber es ist nach meinem Wissen ganz beispiellos, dass die Erbauung eines monasterium als Errichtung einer urbs angesehen wird, und die Form findet sich unter zehn Texten nur in dem jüngsten, einer Handschrift des 15. Jahrhunderts. Hält man an der Lesart aller älteren Handschriften fest, so ist die libertas Romana deutlich auf die Gründung der Stadt bezogen. Dass nun Odilo von Cluny nicht gewusst haben sollte, was die in Südfrankreich übliche libertas Romana in den Klöstern bedeutet, ist schwer denkbar; gerade die Cluniacenserbewegung hat die Institution so stark verbreitet; die Annahme eines Missverständnisses scheint mir ausgeschlossen und die Stelle wirklich zu bezeugen, dass die Errichtung eines ummauerten Ortes wenigstens nach der Auffassung des Burgunders eine libertas Romana bedeutet.

[5]) C. Th. XII. 1. 4 an den comes von Spanien: hi, qui honoris indebiti arripere insignia voluerunt, cum in consilium primates municipesque coguntur, assistunt, sedentibus his, quibus emeritis omnis honor iure meritoque debetur. Ideoque sublimitas tua nullum omnino faciet praesidatus praerogativa laetari, nisi qui cunctos in patria gradus egressus per ordinem venerit; ita ut illi etiam, qui praesidatum ante tempus reportarunt, post expletos honores civicos honestamentis praestitis potiantur. — Die gleiche Bedeutung hat honoratus in den römischen Kollegien: Liebenam, Zur Geschichte und Organisation des römischen Vereinswesens S. 183, wo Belege.

[6]) Vgl. die Zusammenstellung in Abhandlungen für Maurer S. 454

Digitized by Google

soweit sie nicht Rechtspflege ist. In der Richerzeche sind aber gerade so wie in der römischen Kurie diejenigen Amtsleute die entscheidenden, die ihr Amt verdient haben[7]).

2. Die Gesamtzahl der curiales hat 100 betragen[8]), und damit stimmt die Zahl der pares in Rouen und Bayonne — vielleicht auch Barcelona — genau, in den anderen Römerstädten tritt wenigstens ein Rat von ähnlichen Dimensionen auf. Die Richerzeche selber scheint hieher zu gehören, wie das die alte Schule ja längst angenommen hatte.

3. Sind in dieser Weise die Kurialbehörden übernommen, so wird man dann in der öffentlichen Beurkundung, wie sie im 12. Jahr-

---

N. 4; hiezu die eingehende Urkunde aus dem Jahr 1180, die die Richerzeche genau in den gleichen Kompetenzen zeigt, wie sie später besitzt (Knipping in Westdeutsch. Ztschr. XI, Korrespondenzblatt S. 116 f.; hiezu Höniger in Festschrift für Mevissen S. 253 ff., dessen sachliche Erklärung ich allerdings für unrichtig halte). Dass die Urkunde für die Bettziehenweber von 1149 (Q. I S. 329) nicht von Richerzeche spricht, sondern lediglich von regierenden cives (senatores), ist natürlich kein Beweis dafür, dass die Richerzeche noch nicht existiert hat; denn eine amtliche Bezeichnung ist der Ausdruck Richerzeche ja nicht gewesen und braucht deshalb in einem amtlichen Aktenstück nicht von Anfang an zu stehen. Nirgends ist gesagt, wie man gewöhnlich annimmt, z. B. Hegel, Köln S. XLI, dass die senatores nur die scabini befassen. Qu. Köln I. 65 stehen 24 optimates, R. I. 87. 23 senatores, Qu. Köln I. 74 werden von 12 senatores, die offenbar einen engeren Kreis bilden, andere senatores unterschieden, und ebenso stehen Qu. Köln I. 91 12 scabini. Auch in der Urkunde von 1180 (Q. I. 94) sind die hinter scabini civitatis folgenden durchaus nicht notwendig alle scabini. So muss man in der ältesten Zeit, innerhalb der etwa 24 senatores (auch die Urkunde von 1149 gibt annähernd die gleiche Zahl, wenn man die comites, advocati, teleonarii abrechnet), annehmen, dass ein engerer Ausschuss von 12 scabini bestanden habe, die natürlich auch senatores sind. Wenn im 13. Jahrhundert aber mehr Schöffen erscheinen und zwar anscheinend 24 (nach dem Protokoll von 1235—1237 in Festschrift für Mevissen S. 129 sind es 23; nach Qu. Köln II. 402. 24), so ist eben damals der Niederich längst mit der Stadt vereinigt, der selber vorher und nachher 12 scabini zählt (Schreins U. II. 1, S. 52), und aus dem Protokoll von 1235—1237 (Festschrift für Mevissen S. 129 — Theodericus de Niderig) folgt, dass aus ihm wirklich Schöffen in das Gesamtkollegium genommen wurden. Die senatores, welche im 12. Jahrhundert nicht zu den 12 scabini gehören, kann man sehr wohl als die mit den Schöffen vereinigte Richerzeche auffassen. — Der Rat von 24 kehrt auch in Mainz (Gudenus I S. 581 § 8. 1244), Wien (Wiener U. B. 5) und öfters wieder.

[7]) Die Belege bei Kruse in Zt. Sav. St. 9 S. 168 ff.

[8]) Marquardt I S. 184.

Digitized by Google

hundert in Köln und Metz[9]) entgegentritt, nur den Überrest der Allegation zu den Kurialakten zu sehen haben.

4. Jetzt kann auch das Verhältnis des Schöffenwesens zu der römischen Grundlage untersucht werden. Dazu muss ich die Ergebnisse vorwegnehmen, die unten[10]) für das Schöffentum gewonnen werden. Nach ihnen ist zwischen den Grafschaftsschöffen, den Hundertschaftsschöffen und den Gemeindeschöffen zu unterscheiden. Im Begriff des Wortes Schöffe liegt nichts weiter als die Bedeutung des ständigen Urteilsfinders gegenüber dem Urteilsfinder, der für den einzelnen Fall aus der gesamten Gerichtsgemeinde auftritt. Weder die Lebenslänglichkeit noch die Ernennung durch die Obrigkeit ist das Entscheidende, das Amt kann auch vorübergehend auf Grund einer Wahl bekleidet werden; das letzte gilt für die Hundertschaftsschöffen und Gemeindeschöffen. Dagegen ist vielleicht — nicht sicher — eine äusserliche Beziehung für den Begriff entscheidend: möglich, dass die Schöffen sprachlich die „stulfesten", die „sitzenden" (rachinburgi sedentes) sind. — So beweist es noch gar nichts für eine Beeinflussung, wenn ganz vereinzelt im Süden und häufig im Norden das Wort scabini auch auf die regierende Behörde in den Römerstädten angewandt wird. In Digne und Paris sind die scabini direkt die quatuorviri des Munizipiums, während in Worms die Bezeichnung Heimberger, in Augsburg der Name Rat für das Viermännerkolleg gebraucht wird — ein deutlicher Beleg dafür, wie wenig diese Bezeichnungen technisch geworden sind.

Aber äussert sich vielleicht der Einfluss des germanischen Instituts darin, dass in den Römerstädten die Gemeindebehörden ernannt und nicht mehr gewählt werden? Allgemein betrachtet, ist das wenig wahrscheinlich; da auch die Hundertschaftsschöffen und Gemeindeschöffen gewählt und nicht ernannt werden, so ist eine Änderung der bisherigen Verhältnisse in den Römerorten nicht zu vermuten. — Immerhin wäre es aber doch denkbar, dass indirekt eine solche Beeinflussung stattgefunden hätte. In der fränkischen Zeit werden die Kurialbeamten zu den missalischen Gerichten als Urteilsfinder mit zugezogen, und so ist zu vermuten, dass sie auch von den Grafen unter den anderen Grafschaftsschöffen verwendet wurden. Wirklich findet sich späterhin in Bourges ein Hofgericht,

---

[9]) Metz IV S. 164. 1197.
[10]) § 29.

Digitized by Google

in dem die milites der Umgegend und die Bürger zusammen die Urteilsfinder bilden[11]). Man könnte nun deshalb eine Ernennung der Gemeindebeamten folgern, weil die Grafschaftsschöffen in der That ernannt wurden und diese Ernennung dann auch auf das Gemeinderecht reflektierte. — Allein thatsächlich ist nirgends in den Römerstädten eine Ernennung deutlich nachzuweisen. In den flandrischen Städten allerdings kommt sie vor; allein das sind keine Römerstädte, sondern Marktstädte, für welche die Ernennung durch die Obrigkeit sehr gut passt[12]). Verbreitet ist ferner im Norden eine Einwirkung des Bischofs auf die Wahl[13]); allein gerade diese Einwirkung kann sich sehr wohl aus der bischöflichen Stadtherrschaft erklären, die selber, wie bald zu sehen ist, gerade auf den römischen Verhältnissen beruht — Umgekehrt werden in mehreren Städten die scabini direkt kooptiert[14]) und einmal in Metz[15]) ist als das Ursprüngliche noch die Wahl durch das Volk bezeugt, und man kann hier in geschichtlicher Zeit die Umbildung des Volkswahlrechtes in ein bischöfliches Ernennungsrecht verfolgen. Der Süden aber kennt die Wahl der

---

11) Ol. I S. 544. I; in der Urkunde von 1145 (Ol. I S. 10 § 9) wird von barones civitatis gesprochen.

12) Das hindert dann nicht, dass doch Details aus der Verfassung der Römerstädte nachgeahmt wurden. § 23 N. 24.

13) Vgl. die Belege in Abhandlungen für Maurer: Zoll, Markt etc. S. 438 N. 1. Dazu noch Ol. I S. 752. IV: Die Schöffen von Laon leisten lediglich dem Bischofe fidelitas; die Spuren eines bischöflichen Bestätigungsrechtes in der Wilhelmina von 1182 für Rheims (Varin I S. 392 ff.).

14) So vor allem in Köln nach dem angeblichen Weistum von 1169 (Qu. Köln I S. 557) scabinos a scabinis electos. Auf Kooptation weist die Schöffengilde in Arras, Guimann S. 180. 1111: vorher die Namen der Schöffen dann Hugo maior, maior de gilda eorum. In Paris werden nach allerdings späten Quellen die scabini ebenfalls nicht ernannt, sondern kooptiert (Leroux de Lincy Histoire de l'hôtel de ville de Paris I S. 174 ff.).

15) Hier hat bis 1180 der Klerus und das Volk die Wahl des Schöffenmeisters, der noch nachher die übrigen Schöffen kooptiert; erst von da ab ernennt der Bischof den Schöffenmeister, der jetzt nurmehr von den Vorständen der 6 grossen Kirchen vorgeschlagen wird (so die Urkunde bei Klippfel Metz cité épiscopale et impériale S. 392 f.); vgl. Döring, Beiträge zur ältesten Geschichte des Bistums Metz S. 76 ff. — Auch in Amiens tritt eine Wahl der Schöffen hervor, jedoch so spät und in solchen Formen, dass dies aus der Kommunalbewegung erklärt werden kann (Thierry I S. 159 § 15 mit § 13); Ähnliches gilt für Beauvais, wo die zwölf pares sicher nicht gesetzt sind (Varin I S. 596. 1235), später aber (Labande, histoire de Beauvais S. 117 fd.) deutlich von der Bürgerschaft gewollt werden.

Digitized by Google

consules schon im Anfang des 10. Jahrhunderts. So fehlt es an jedem Beleg für die Ernennung der scabini in den civitates. —

Einschneidender ist eine andere Erwägung. Die Schöffen oder was man dem gleichstellen könnte treten häufig in der Zahl von 12 auf, unter Umständen neben dem Viererkolleg[16]). Das scheint allerdings darauf zu weisen, dass neben dem Kolleg des Munizipalrechts doch das fränkische Schöffenkolleg eingefügt ist. Damit könnte man noch die Zahl von 14 oder 16 Schöffen oder Ratsleuten kombinieren, die hier einigemal vorkommen; den 12 Schöffen könnten hier die quatuorviri oder duumviri zugefügt sein[17]). — Allein auch für das alles findet sich ein römisches Vorbild. In den römischen Quellen werden eben diejenigen als die sedentes im consilium angesehen, die die Kurialämter bereits verdient haben und die nicht mehr duumviri oder quatuorviri sind. Diese honorati sind aber die entscheidenden Personen in der Kurie[18]). Nun hat der defensor, der ja im Gegensatz zu der durch die quatuorviri oder die duumviri juredicundo vertretene Lokalaristokratie aufgekommen, die quatuorviri oder duumviri vielfach verdrängt[19]) oder wenigstens eine Jurisdiktion neben diesem älteren,

---

16) 12 scabini in Rouen Et. Rouen § 2; ebenso nach meiner Meinung in Köln (N. 6); 12 (3) pares, die nicht als franci homines angesehen werden können, in Beauvais (Ord. VII S. 622 § 3, 4, 5, 7. 1144; Varin I S. 590; Ol. I S. 95. IX, S. 445. XXII S. 467. I S. 590. XIV; Ol. II. 207. XIII; hierzu Labande histoire de Beauvais S. 111 fd.). Ebenso geht Jostice et Plet I. 3 § 6 von einer Urteilsfindung durch 12 pares aus, deren Zahl das Volk reduziert und die deshalb nicht wohl vom König ernannt sein können. Pares als bürgerliche Behörde ohne Angabe ihrer Zahl werden genannt in Chambli mit seiner Gruppe (Ord. XI S. 303 § 3; XII S. 307 § 2, XII S. 312 § 2), in Mantes und seiner Gruppe (Ord. XI S. 197 § 9), in Senlis (Gall. christ. X col. 455 ob.), in Sens (Ol. I S. 547 XII). In Senlis ergibt sich direkt die Identität von pares mit den eschevins: in Flammermont Senlis S. 11 steht maior, pares, iurati, in Ord. V S. 333 maior, pares, eschevins. Die Zwölfzahl hat auch der Strassburger Rat (Strassburger U. B. I. 617 § 1); dann der Augsburger Rat, der neben den Vierern des Rats steht und der die Urteilsfindung in einem vom Bischof präsidierten Gericht in Zivilsachen hat (Augsb. U. B. 219. 374).

17) Trier: Schoop in Westdeutsch. Zeitschr. Ergänzungsheft I S. 117 ff. Regensburg: Gengler, Regensburg S. 84 N. 9. In der berühmten Urkunde des Ratherius Romanus (Pez I p. 3. col. 220) erfolgt die Vergebung vor dem subvicarius und 12 Leuten; Cambray lex Godefridi § 1 (Reinecke a. a. O. S. 269).

18) z. B. Nov. Theod. XXVII § 5: Bestimmung der Markttage durch honorati und ordines.

19) C. J. VIII. 53. 30: in aliis vero civitatibus, sive absens sive praesens

Digitized by Google

fortbestehenden Kolleg erworben[20]), und diese defensores handeln in den Quellen zusammen mit den principales oder primates[21]) gerade so, wie sie in den Quellen der fränkischen Zeit zusammen mit den honorati oder principales die Beurkundungen entgegennehmen. Es liegt nun nahe genug, in den umfassenderen Schöffenkollegien der nordfranzösischen und rheinischen Städte, dann aber auch wieder in den 12 consules von Carcassone und Montpellier, dem Rat von Strassburg und Regensburg diese primates zu sehen. Sind die Schöffen wirklich die Stuhlfesten, so würde sich auch sprachlich die Gleichstellung von scabini und honorati sedentes sehr gut erklären. — Die Zwölfzahl der scabini freilich kann in den germanischen Gebieten mit der germanischen Siebenzahl für die Urteilsfindung und der Zwölfzahl des Urteilsfinderkollegs[22]) zusammenhängen. Das ist besonders in Köln denkbar, wo die 12 scabini sich aus einem vielleicht doppelt so starken Senatorenkolleg als die urteilsfindende Behörde abheben, während alle Senatoren zusammen oder später diejenigen Senatoren, die nicht Schöffen sind (m. E. die verdienten Meister der Richerzeche), die eigentlichen Verwaltungsgeschäfte führen[23]). Geradeso hat das Recht von Rouen 12 jurati, die von den 100 pares, nicht von den 12 scabini gewählt werden, neben 12 scabini[24]), und in den flandrischen Städten mag man die 12 scabini und 12 vacui als eine Nachbildung solcher Einrichtungen ansehen[25]). In den südlichen und nördlichen Quellen sind dann noch consiliarii der Schöffen oder Schöffenbrüder genannt, und es läge nahe, auch diese mit den römischen honorati zusammenzubringen. Aber soweit man im Zwielicht der dürftigen Nachrichten sehen kann, scheint es sich wenigstens vielfach um die Nachfolger der gegenwärtig Regierenden zu handeln, und dann stünde die

---

rector provinciae sit, sive eadem civitas habeat magistratus sive non habeat et defensor tantummodo sit. C. J. III. 1. 18: Die Anfechtung eines Spezialrichters als suspectus kann auch vor dem defensor oder den duumviri erfolgen. C. Th. XII. 1. 177: Gerichtsbarkeit durch die duumviri oder den defensor.

20) Vgl. auch Chénon nouv. revue de droit XIII S. 541 ff. gegen Fustel.

21) C. Th. XII. 19. 3; C. Th. XIII. 11. 10; vgl. über die primates oder principales Gothofredus im paratitlon zu C. Th. XII. 1 (t. IV. S. 356 f.).

22) Man denke schon an die l. Salica 57.

23) Ob. N. 6.

24) § 23 N. 21.

25) Ob. § 23 N. 23.

Digitized by Google

Einrichtung im schärfsten Gegensatz zu den honorati, die „verdiente Amtleute“ sind, und entspränge dem Gildegedanken, der ja allmählich die Schöffen korporativ von den übrigen Optimaten abscheidet. In Köln wenigstens stehen im 12. Jahrhundert die Schöffenbrüder neben der Gesamtheit der senatores, im 13. Jahrhundert neben der Richerzeche[26]); in den flandrischen Städten stehen neben den vacui die 12 von den gegenwärtigen Schöffen gewählten Nachfolger. — Vielleicht aber lässt sich auch da und dort die Zwölfzahl ganz anders erklären. In Toulouse[27]) begegnet auch die Zwölfzahl des regierenden Kollegs; diesem gehören neben den 4 judices — also den quatuorviri und den 2 syndici 6 andere capitularii an; hier kann man nicht an honorati, die man als Schöffen betrachtete, denken; denn — von der Zahl abgesehen — sind die sechs capitularii keine Richter, und es ist so die Vermutung wenigstens nicht von der Hand zu weisen, dass diese Leute die in der späteren Römerzeit sehr einflussreichen seviri Augastules sind[28]).

5. In Südfrankreich wie ausserhalb des hier behandelten Gebietes, in Italien, später auch im Norden, führt die regierende Behörde der Stadt die Bezeichnung consul. Man vermag das nicht, wie es gewöhnlich geschieht, aus einer Entwertung des alten Konsultitels zu erklären, die nach meiner Meinung gar nie in besonders starkem Mass eingetreten ist; noch in der Mitte des 8. Jahrhunderts stehen die consules unmittelbar hinter den patricii und werden vom Kaiser bei Erlass eines Gesetzes befragt[29]). Vor allem aber kann ich mir nicht vorstellen, wie eine byzantinische Entwickelung, die, wenn überhaupt, so ehestens im 8. Jahrhundert anhebt, auf das Franken- und Langobardenreich irgend einen Einfluss hätte üben können. Zwei Erklärungen sind so vorzuziehen. Nicht bloss in Italien, sondern auch in Bayern und Südfrankreich[30]) ist die Datierung der Urkunde nach dem consul[31]) im frühen Mittelalter formelhaft beibehalten worden. Es lag nun bei der kommunalen

---

26) Quellen Köln I. 107, 114; II. 394.

27) § 23 N. 31.

28) Marquardt I S. 197 f.

29) Ecloga prooem. (S. 11): *μεταλαλεσάμενοι τούς τε ἐνδοξοτάτους ἡμῶν πατρικίους, τὸν ἐνδοξότατον κοιαίστωρα, καὶ τοὺς ἐνδοξοτάτους ὑπάτους.* Es sind also die *ὕπατοι* noch illustres.

30) Form. Arvern. 1 (form. extravagantes 22).

31) Hierher Bresslau, Urkundenlehre S. 828 ff.

Digitized by Google

Beurkundung sehr nahe, diese Bezeichnung auf die gerade amtierenden Kommunalbeamten zu beziehen. — Die andere mögliche Erklärung ist folgende. Es ist ganz sicher, dass im Norden die consules nach einer sehr naheliegenden Volksetymologie so viel als consiliarii sind; das gilt schon für die consiliarii am karolingischen Hof und später einigemal für die Räte von Fürsten und Grafen[32]). So ist es möglich, dass die Bezeichnung auch auf die ältesten Ratgeber des Königs, die Grafen und die sonstigen königlichen Barone sich bezieht[33]), und dass andererseits die Mitglieder des deutschen Gemeinderates ebenfalls als consules bezeichnet werden[34]).

III. Im römischen Recht ist die Gerichtsbarkeit der Munizipalbehörden nur eine niedere gewesen[35]). Das Gleiche muss dann auch für die spätere Zeit angenommen werden. In der That hat in einigen Römerstädten die Kommunalbehörde nachweislich sehr lange die hohe Gerichtsbarkeit nicht besessen. So in Paris, wo die hohe Gerichtsbarkeit im Châtelet ausgeübt wird, in Augsburg, wo der Reichsvogt die hohe Gerichtsbarkeit besitzt[36]), in Regensburg, wo das Friedgericht noch lange dem Herzog gehört[37]), in Rheims[38]), in Lyon[39]), Cahors[40]), Nîmes[41]). — Im ganzen aber sind die Spuren dadurch überdeckt, dass durch das Marktrecht die

32) Waitz III S. 532 N. — M. B. XXIX b. S. 186. 1262 die fürstlichen Räte in Bayern sind consules. Sloet 677: Die Mannen der Grafen von Geldern, d. h. was sonst consilium ist, heissen consules (cum consilio nostrorum fidelium ac consulum).

33) Unt. § 43 N. 58 f.

34) § 33.

35) z. B. Brunner, Forschungen S. 666. — Die Sache bedarf noch eingehenderer Untersuchung.

36) Augsburger Stadtr. a. 28 ff.

37) M. B. XXXI. 285. 1230. Ried I. 589.

38) Noch im Anfang des 16. Jahrhunderts fehlt den Schöffen die eigentliche Hochgerichtsbarkeit (Varin I S. 484 ff.).

39) Menestrier S. 36. 1167: puniendi corpore ante Archiepiscopum (vorher werden seine homines als seine Richter bezeichnet) iudicentur presente Comite tamen, vel ejus hominibus.

40) Delisle Olim 842: die consules von Cahors haben nicht das Recht der Todesstrafe, sondern nur der Bischof; dieser ist nach Vaissete VIII. 160 mit der Grafschaft belehnt.

41) Ménard I. 26. 1161: der vicarius richtet consilio proborum hominum bis herauf zum Räuber; die sonstigen Todesstrafen werden vom vicecomes verhängt. In dem Rechte von S. Antonin (Teulet I. 86. 1144) verspricht der Graf bereits die Kriminaldelikte nach dem laudamentum hominum dicte ville zu richten.

Digitized by Google

Stadt ein besonderer Hochgerichtsbezirk geworden ist und von der Eidgenossenschaft und der Inquisition her die Kommunalbehörden selber die Hochgerichtsbarkeit erlangt haben. —

Nicht Gerichtsbarkeit allein ist aber die Aufgabe der regierenden Behörde in den Römerorten, sie ist vorwiegend Kommunalverwaltung. Wie in Paris die vier Schöffen mit dem prévot des marchands die Verwaltung der Stadt führen[42]), wie in den nordfranzösischen Städten, wo pares vorkommen, diese die Verwaltung haben[43]), so sind die Trierer[44]) Schöffen zugleich die oberste Verwaltungsbehörde. Ebenso führen aber die consules des Südens die Stadtverwaltung[45]). —

Durch eine Revolution in der Stadt sind dann freilich die Kommunalorgane des römischen Rechts häufig dieser Rechte zu Gunsten der Kommune beraubt worden. —

IV. In Köln amtieren zuerst zwei magistri civium[46]), und diese Zweizahl der Stadtvorstände kehrt in vielen anderen Römerorten Deutschlands und des nördlichen Frankreichs wieder[47]), und es ist

42) Leroux de Lincy I S. 90 ff.

43) z. B. Ol. I S. 590. XIV haben maior und pares die Aufsicht über die Mauern. Ol. III S. 325. LXXXIV haben sie die Gewerbskontrolle.

44) Schoop in Westf. Ztschr. Erg.-Heft 1 S. 118 f.

45) Dies ergibt sich sehr deutlich z. B. aus dem Recht von Avignon: nouv. rev. hist. de droit I S. 325 f., 465 f., 557 f.; II S. 367, 581; von Arles: Giraud II S. 185 ff., von Marseille: (Méry I—IV pass.). In Bourges verfügt das Gericht über die Mauer, ordnet das Gewerberecht (Ord. XI S. 223 § 9, § 13).

46) Westdeutsche Zeitschrift XI, Korrespondenzblatt S. 117.

47) Valenciennes: Duvivier le Hainaut ancien S. 585. 1255. S. Guerrici Willeberti, S. Reimundi prepositorum. — Tournay, Urkunde von 1187 (Tailliar 263): 2 prepositi neben dem maior. — Cambray: C. R. H. 4 sér. t. 13 S. 180. 1197 in nomine Domine R. et G. praepositi cum scabinis et juratis — am Schluss ist davon getrennt noch ein maior als ein homo episcopi erwähnt. — Beauvais: Ord. VII S. 625 § 18 — Wahl von zwei oder einem maior. Dass die 2 maiores hier ursprünglich, darüber Labande, histoire de Beauvais S. 112 f. — Amiens (Recueil I. N. 12). 1159 zwei maiores communie. Anderwärts wird ein maior der Kommune und einer des Herrn bezeugt, so St. Quentin (Giry Et. S. Quentin S. 35); hier hat die Kommunalbewegung eingegriffen (vgl. auch Luchaire, les communes françaises, S. 161; Reinecke, Geschichte der Stadt Cambray, S. 176). — Auch Regensburg, wo praepositi neben den concives erwähnt werden, scheint hieher zu gehören (Q. E. bayer. Gesch. I S. 77. 1135). In Augsburg (§ 24 N. 30) stehen 2 Pfleger allerdings neben 4 Ratsleuten. — Mainz hat 2 magistri civium (Gudenus III S. 192. 1321); ebenso Strassburg (Strassburg 2, Stadtr. § 1, Strassb. U. B. I 617). — Speier:

Digitized by Google

etwas Sekundäres, wenn an die Stelle der beiden Beamten nur einer vorkommt[48]); vielleicht, dass eine besondere Kompetenz dem einen ein Übergewicht über den andern gegeben hat[49]). In Köln ist es deutlich, dass der Bürgermeister vor allem die Gewerbeschau hat und dass er deshalb vielleicht mit dem im 12. Jahrhundert genannten magister inquisitionis identisch ist[50]). Das Gleiche gilt für den Baseler Oberzunftmeister, der im Vergleich mit den anderen Städten als einer der beiden Bürgermeister zu fassen ist[51]).

Worauf soll man nun das Amt der Bürgermeister reduzieren? An eine nur zufällige spätere Entstehung zu denken, macht die durch ein weites Gebiet wiederkehrende Zweizahl unmöglich, und da ja auch die übrigen Verfassungsgrundlagen römisch sind, so darf man nach einer römischen Wurzel suchen. In der That treten unter den vier Regenten der Munizipien und Kolonien die beiden Ädilen genau mit der gleichen Kompetenz entgegen, wie sie der Kölner Bürgermeister hat[52]). Der Ädil ist bekanntlich das Organ, das den Marktverkehr und die damit zusammenhängende

---

Speier U. B. 163. 1289 und oft. — Worms: Wormser U. B. I. 136. 1226 (man kann sich fragen, ob die 2 officiarii oder judices [Wormser U. B. III S. 231] nicht mit den zwei Bürgermeistern identisch sind, die noch nach Wormser U. B. I. 163 von König und Bischof gesetzt werden sollen). Besonders interessant ist Basel, wo neben einem magister civium ein patrizischer Oberzunftmeister für alle Zünfte steht (Heusler, Verf.-Geschichte der Stadt Basel, S. 156); hier tritt in der Hand eines der beiden Stadthäupter die Beziehung zur Gewerbekontrolle besonders deutlich hervor. — In allen Städten steht das Amt im scharfen Gegensatz zum Schultheiss und seinem Gericht.

[48]) So später in Köln; in Cambray: Reinecke a. a. O. S. 177; in Beauvais: Labande a. a. O. S. 113.

[49]) Es ist eine Möglichkeit — nicht mehr —, dass dieses Übergewicht in Köln in der inquisitio bestand, wenn, wie ich glaube, der magister inquisitionis der Kölner Schreinsurkunde mit dem magister civium identisch ist (Abhandlungen für Maurer S. 454).

[50]) Abhandlungen für Maurer S. 454. In dem Text des grossen Schieds bei Lacomblet II. 452 (S. 246. 26, S. 250 ad 26) wird von einem inquirere des Bürgermeisters über ungeworde gesprochen, während Ennen und Eckertz ungewoinde haben; ist die erste Lesung richtig — und Lacomblet kann man mehr trauen —, so handelt es sich wieder um inquisitio wegen ungeworht (schlechter Arbeit), die ohne Antrag erfolgt. (Die Bemerkungen von Zallinger, Das Verfahren gegen die schädlichen Leute S. 36 treffen nicht den Kern.)

[51]) N. 47.

[52]) Marquardt I S. 152 f.

Digitized by Google

Marktgerichtsbarkeit unter sich hat. Nun findet sich noch im 6. Jahrhundert als eines der wesentlichsten Kurialämter die *ἀγορανομία* (und *λογιστία*), die deutlich mit der Ädilität identisch ist[53]). — Es ist natürlich kein Widerspruch, wenn allenfalls noch unter dem Bürgermeister ein besonderes Unterorgan für die Kontrolle des Viktualienmarktes vorkam[54]). — So nehme ich, nachdem die Fortdauer der römischen Verhältnisse einmal bewiesen ist, keinen Anstand, das ursprünglich immer zweifach besetzte Amt des Bürgermeisters auf die Ädilen zurückzuführen. Das eine wie das andere Amt wird durch Wahl der Kurie besetzt[55]). — Das Amt des Bürgermeisters, das schon dem Namen nach auf die „Burgstädte", die Römerstädte, weist, hat sich dann freilich weithin über das Land verbreitet. —

Sehr zweifelhaft ist es, ob man auch die Bezeichnung Marktmeister[56]) in diesen Zusammenhang bringen soll, die in einigen römischen und nachrömischen Orten Deutschlands auftritt; der

---

53) C. J. X. 56 (Krüger): *οἱ πληρώσαντες στρατείαν ἢ συνηγορίαν πρὸς τοῖς ὑπάρχουσιν αὐτοῖς προνομίοις μήτε σιτωνίαν ἢ ἐλαιωνίαν ἢ ἐποψίαν ἔργων ἢ λογοθέσιον ἢ ἐκδικίαν ἢ πατερίαν ἢ λογιστίαν ἢ ἀγορανομίαν ποιείτωσαν.* Krüger übersetzt *ἀγορανομία* unrichtig mit annonae cura; *ἀγορανομία* ist aber die Übersetzung von Ädilität, und vielleicht hat auch *λογιστία* diese Bedeutung; z. B. Pape, Wörterbuch s. v. *ἀγορανομία, ἀγορανόμος.*

54) So Mainz: Archiv für hessische Geschichte XV, S. 190 ff.; eine ähnliche geringe Kompetenz hat wohl der magister fori in Kaiserswert: Lacomblet II. 707.

55) Ich bemerke beiläufig, dass zu der Benennung der Ädilen als praepositi auch die von Fustel de Coulanges (Monarchie S. 197 N. 3) citierte Stelle aus Salvian de gub. dei III. 9 passt, wo praepositus offenbar mit judex municipalis identisch ist. Eben hierher kann dann der praepositus der Form. Andeg. 16, 24 bezogen werden.

56) Beyer III. 231. 684: mehrere magistri fori und Marktamt in Boppard, das der Landgraf von Thüringen vom Reich ankauft. Erfurter U. B. I. 13. 1120: der Erfurter Arealzins wird vom magister fori erhoben. Walkenried 77. 1210: magister fori ist Ministeriale des Grafen von Rotenburg-Anhalt; II. 93. 1228 ebenso: der Marktmeister von Halberstadt, der nach dem Schultheissen und vor dem Münzer steht. Anhalt III. 81, 82. 1304: der magister fori von Aschersleben richtet über Handwerker wegen der excessus, quos invicem habuerunt. Mit dem Bauermeister des sächsischen Rechts hat die Sache nichts zu thun. — Schwind 21. 1188—1204: prefectus forensis des neuen Marktes Innsbruck. M. B. VIII S. 251. 1362 Diesson: iudex vero forensis debet recipere iura sua sive penas de civibus in foro. — Wauters S. 158. 1245: custos nundinorum von Mastricht. Anderwärts wird die niedere Gerichtsbarkeit des Marktmeisters durch den Titel voier de la franche feste bezeichnet. Prarond, Abbeville avant la guerre de cent ans. S. 161. 1275.

Digitized by Google

Marktmeister gehört da zu den entscheidenden Stadtorganen und hat die niedere Gerichtsbarkeit. Man könnte das Ganze freilich für ein herrschaftliches Amt des Marktrechts halten; aber denkbar wäre es auch, dass ein Marktmeister dem Bürgermeister der Römerstädte mit seiner gewerbepolizeilichen Kompetenz nachgebildet wäre. Ich enthalte mich, so wie die Quellen liegen, der Entscheidung.

V. Dass die auswärts detachierten Kurialen in die Vikarie übergegangen sind, ist oben ausgeführt worden. Es bleibt die Frage, was mit dem defensor und curator (pater) geschehen ist, der ja nicht überall, aber vielfach vorkam.

1. Der defensor wird in der letzten römischen Zeit als der Richter für dasjenige territorium der civitas anzusehen sein, das nicht unter eigenen detachierten Richtern stand. Die römischen Quellen sprechen von einer Wahl der defensores und des pater civitatis durch die honorati[57]). Dann aber zeigt sich auf der anderen Seite, dass die Wahl nur ein Vorschlag ist, die Ernennung durch den rector provinciae entscheidet und der defensor ein *τοποτηρητής*, d. h. ein Vicar, wird[58]). Gerade in Gallien ist nun durch die westgotische Interpretatio für den Anfang des 6. Jahrhunderts dieser obrigkeitliche Einfluss allerdings zusammen mit dem Wahlprinzip nachzuweisen[59]). So wird eben vielfach der defensor zum obrigkeitlichen Vicar für das Territorium der Stadt — wohl zu unterscheiden von den nachher erwähnten vicarii der ganzen civitas — geworden sein[60]). Dabei weist eine ganz verblasste unsichere Spur auch darauf hin, dass diese vicarii mit den in den gotischen Quellen erwähnten priores identisch sein könnten[61]).

---

57) Vgl. die Zusammenstellung von Chénon nouv. revue hist. de droit XIII S. 337, für den pater 128 c. 16.

58) Nov. Iust. 15 pr.: *οἷς γὰρ οὐκ ἔστι τροφὴ καὶ βίος αὐτάρκης, οὗτοι τὰς τῶν ἐκδίκων ἐρανιζόμενοι χειροτονίας ἐπὶ τοῦτο παρίασι τὸ φρόντισμα, καὶ ἀντ' ἄλλου τινὸς παιγνίου ταῖς τῶν ἀρχόντων ἔκκεινται γνώμαις. ἀμέλει παύουσί τε αὐτοὺς — ἄλλους τε εἰς τὴν ἐκείνων ἐμβιβάζουσι τάξιν, τοποτηρητὰς δῆθεν αὐτοὺς ἐκδίκων ποιοῦντες.*

59) Interpr. C. Th. I. 10 c. 1 (I. 29. 6).

60) Direkt ergibt sich das daraus, dass der defensor Fredelo in Nîmes in einer anderen Urkunde als vassus des Grafen erscheint (Germer-Durand Notre-Dame de Nîmes 32 mit 16); vgl. auch S. Victor I. 290, wo der judex und der maior von Arles gräfliche Vasallen sind.

61) Über den gotischen prior civitatis die Belege bei Gaudenzi, una

Digitized by Google

2. Der pater wurde nicht von oben ernannt; hat sein Amt fortgedauert, so wird es reines kommunales Wahlamt geblieben sein. Ich möchte an den clavarius oder claviger besonders des süd-französischen Rechtes denken, der ein hoher Kommunalbeamter ist, verschieden von preco; wie der pater ist er einerseits der Vermögensverwalter und hat anderseits die Aufsicht über die Kriegsgeräte, über das Masswesen, die Sicherheitspolizei[62]).

3. Gewisse Zusammenhänge, die freilich schwer genug zu erfassen sind, bestehen auch zwischen den Berufsgerichten und Schreibern der römischen und nachrömischen Zeit. Die legisdocti sind einmal lokale proceres[63]) und im französischen Süden[64]), aber auch einmal in einem Römerort des Rheinlands[65]) ist von syndici

---

antica compilazione di diritto Romano e Visigotho S. 113 ff. Dieser prior findet sich anscheinend als weltlicher Beamter mit mittlerer Gerichtsbarkeit in dem Recht von la Réole von 977 (Giraud II S. 511 ff.), und vielleicht gehört auch der prior in § 23 N. 34 hieher.

62) Giraud II S. 213 (Arles) c. 73, 74 (Vermögensverwaltung, Masswesen); II S. 246 Salon: der clavarius unter den 4 nobiles der curia weit über den preco. II. S. 512 la Réole: § 9, § 10—19: prior oder claviger erhebt Zoll; § 25 erhebt für den Grafen eine Abgabe (977). Nouv. revue hist. de droit I S. 337 f. c. 13, c. 14 Avignon: clavarii die städtischen Vermögensverwalter. Méry, Marseille S. 357: der clavarius kontrolliert die Wurfmaschinen auf den Schiffen. S. 360: er ist der zweithöchst besoldete Beamte in Marseille II S. 189 ff. (auch I S. 280). Ménard, Nîmes I. 71 S. 99: clavarius von Nîmes Vermögensverwalter. — In Nordfrankreich gehören vielleicht ganz unsichere Nachrichten aus Chartres und Lemans hierher. Einmal schon im 10. Jahrhundert wird in Chartres als ein weltlicher Würdenträger — unsicher freilich ob als ein kommunaler — der archiclavus erwähnt: Cart. de l'abbaye S. Père de Chartres S. 74. 986; in Lemans wird wenig später von einem thesaurarius Cenomanensis gesprochen, der der Stellung nach ein weltlicher Würdenträger und nicht der kirchliche thesaurarius zu sein scheint; ihm folgt ein legis doctus: ebenda S. 118. 1020. Sind natürlich in Ermangelung anderer Belege schon diese Ämter nicht recht zu bestimmen, so gilt das Gleiche noch mehr für den einigemal erwähnten prefectus urbis von Chartres: ebenda S. 270. 1115—1140; S. 294. 1101—1129; S. 447. 1119—1128: nur eines ist sicher. Der prefectus urbis steht hinter dem monetarius und teleonarius und unmittelbar neben Gewerbsmeistern: so handelt es sich um ein kommunales Amt: möglich, dass es die Kompetenz des clavarius befasst, vielleicht aber auch die der Bürgermeister. Irgend etwas Sicheres ist nicht zu ermitteln.

63) So in Lemans (62).

64) § 23 N. 27.

65) So in dem Römerort Boppard ein notarius imperii: Beyer III. 360. 1228. Es ist das natürlich nicht ein kaiserlicher Notar im gewöhnlichen Sinn

Digitized by Google

(advocati) oder notarii der Ortsgemeinde die Rede. — Im südfranzösischen Stadtrechte treten die beiden — römischen — Zünfte[66]) der Notare (tabelliones) und der advocati auf, welche ähnlich wie im byzantinischen Recht in gewissem thatsächlichen Zusammenhang stehen[67]). Die Bestellung zum notarius und wohl auch zum advocatus ist in Südfrankreich eine Sache der kommunalen und der zünftigen Verwaltung[68]). —

Allein auch hier, wo die römischen Verhältnisse am deutlichsten nachgewirkt haben, ist eine Kontrolle des Grafen, der ja aber überhaupt in die Verhältnisse der civitas eingreift, und öfters eine staatliche Konzessionierung der Notare zu erkennen[69]). Dieser Einfluss, der sich ja freilich schon aus der Stellung der comes zur civitas erklärt, wird jedenfalls verstärkt dadurch, dass der comes den Notar für sein Gericht in der civitas ernennt. Ich will die Erscheinung, die eigentlich erst bei der Darstellung der Komitatsverfassung zu besprechen wäre, gleich hier erledigen.

In den französischen Quellen wird von den übrigen Notaren der

---

des spätern Rechts, sondern der notarius des Reiches (fiscus) Boppard: vgl. Beyer III. 62. 1216 die scabini imperii von Boppard.

66) So deutlich Teulet II. 1563 Montpellier passim. — Das Amtsgeheimnis der Notare ist in dem Recht von Montpellier und Carcassone (Giraud I S. 69 § 102) und gleichmässig in der älteren Überlieferung der Rechtsquelle aus Saint Antonin en Rovergne (Teulet I. 86. 1144) geschützt. — Amtseid der advocati: Recht von Montpellier § 122 (Giraud I S. 72). — Barckhausen, Bordeaux S. 47 c. 42: der notarius (cartularius) von der Kommune eingesetzt. — In Beziers hat nicht der Inhaber der hohen Gerichtsbarkeit, sondern der Bischof, der Kommunalherr die Ernennung zum tabellio, wovon hier ein Beispiel überliefert ist (Vaissete VIII. 18. 1174; VIII. 39. 1180).

67) Hier diente dieselbe Rechtsschule zur Vorbereitung beider Klassen: Nicole *Τὸ ἐπαρχικὸν βίβλιον* S. 82 fd.

68) So deutlich Teulet II. 1593.

69) Vaissete VIII. 128. 1204 zum gräflichen Recht gehören justiciae et reditus notariorum et instrumentorum. Giraud I S. 97 § 19: der Bischof von Albi (Hochgerichtsherr) setzt den amtlichen Notar der Stadt und die übrigen Notare mit Zuziehung der Kommunalbehörde ein. Vaissete VIII. 484: Item quod dictus dominus Amalricus, ut verus dominus et vicecomes Narbone creat notarios publicos in omnibus contractibus et ab ipso tenent notariam Narbone et totius terre et districtus ejusdem et habet recognitionem et punctionem delinquentium in suo officio quaqua fulgeant dignitate. Delisle Olim 506 Ernennung von Notaren ist ein Teil der hohen Gerichtsbarkeit. Giraud II S. 48 f. Ernennung der Notare in der Provence durch die Grafen.

Digitized by Google

Notarius curae geschieden[70]). So begegnet nun auch für das Grafschaftsgericht ein besonderer, natürlich vom Grafen ernannter notarius[71]), und dem entspricht in fränkischer Zeit der vom Grafen ernannte cancellarius, dessen Ernennung im Einverständnis mit der pagenses loci, d. h. mit den kommunalen Organen, erfolgen soll[72]). Es ist jedenfalls nicht recht wahrscheinlich, dass das eine germanische[73]) Einrichtung ist: in den reingermanischen Gegenden findet sich aus begreiflichen Gründen nirgends weder ein Grafschaftsschreiber noch allenfalls ein Einfluss der Vollgemeinde auf die Ernennung. Dagegen bietet aber das römische Recht einen bestimmten Anhalt. Die Interpretatio nämlich erwähnt diesen cancellarius bereits, und zwar muss ihn der Amtsvorstand — im Gegensatz zur Vorlage, die von einem Vorschlag des officium spricht — auslesen civium electione[74]). Damit ist gesagt, dass der cancellarius nicht den Provinzialoffizium, das mit der provincia zu Grunde ging, sondern dem Offizium der civitas angehört. Dann aber ist er offenbar mit dem cartularius identisch, welchen der rector provinciae dem defensor civitatis zuwies und der mit der Übernahme der Civitatsverwaltung durch den comes oder vicarius civitatis dessen Schreiber geworden sein wird[75]).

Den Standpunkt, dass der Grafschaftsnotar (notarii curenarum) und die Notare überhaupt unter dem Inhaber der Hochgerichtsbarkeit stehen, hält auch das nordfranzösische Recht fest[76]). Deshalb nimmt in der königlichen Domäne der König dieses Recht in Anspruch, das er zunächst durch die Seneschalle oder die ballivi übt; seit dem Ende des 13.! Jahrhunderts aber behält er sich die Ernennung selber vor; die vom König ernannten Notare können dann auch ausserhalb der königlichen Domäne fungieren[77]).

So hat sich im romanischen Westen das juristische Gewerbe der

---

70) Giraud I S. 72 § 122. Montpellier; Teulet II. 1593..

71) Vaissete VIII. 119. I (1203): Rogerius vicarius et Saumarius notarius domini comitis; VIII. 324 a. E.: notarius publicus domini comitis — Besonders deutlich die Ordonnanz von 1270 (Vaissete VIII. 541 § 1—4).

72) Die Belege Brunner II S. 185 fd. Sickel M. Ö. J. Erg. Bd. III S. 469.

73) Etwa eine ribuarische: so Brunner II S. 185

74) L. Romana Visig. C. Th. I. 11. 2.

75) Nov. Iust. 15. 3 § 1; nov. Iust. 8 ed. 1.

76) So stehen die sehr zahlreichen Pariser Notare unter dem Chatelet: Ord. I S. 336. 1300. Hier wird eine grosse Zahl von Notaren zu gerichtlichen Geschäften herangezogen.

77) Die Belege bei Luchaire manuel S. 595 fd.

Digitized by Google

Notare und Advokaten erhalten, so wie man es aus der römischen Zeit überkam[78]). In Deutschland ist davon keine Rede; erst im 14. Jahrhundert hat man dann in den italienischen Notariaten Elemente des römischen Tabellionats übernommen.

VI. Der Führer der Gemeindewähler[78a]), wie überhaupt die höchste unabhängige Lokalautorität ist bereits in der Römerzeit der Bischof. Er greift nach allen Richtungen stark in die Gemeindeverwaltung ein. Es wäre nun von vornherein die Vermutung nahe gelegen, dass der Bischof auch in der nachrömischen Zeit seinen Einfluss auf die Kommune sich bewahrte — eine schon öftere geäusserte Vermutung[79]). In der That sind die Spuren nicht zu verkennen.

Neben einer unbestimmteren Stadtherrschaft in nachfränkischer Zeit[80]) kommt das bereits erwähnte Recht des Bischofes zur Ernennung der Schöffen in Betracht. Es ist weiter wichtig, dass noch in fränkischer Zeit der Bischof von Carcassone mit den vier Richtern von Carcassone judiziert[81]). Ferner ernennt in vielen Bischofsstädten der Bischof den scultetus oder castellanus[82]). In Paris wird dem

---

78) Auch cap. 81 § 13, das dem Priester den Notariat verbietet, zeugt für ein Fortleben des weltlichen Notariats.

78a) C. J. I. 55. 8 nov. 128 c. 16.

79) So für den Einfluss des Bischofs auf die Wahl des defensor die Zusammenstellung bei Chénon in nouv. hist. revue de droit XIII S. 559 ff.

80) z. B. Basel (Basler U. B. I. 49). — Soissons: Hier sind die jurati Urteilsfinder im Gericht des Bischofs von Soissons (Ord. XI S. 221 § 20); daneben kommt aber doch ein Graf von Soissons vor (Gall. christ. XI col. 154. 1108; IX col. 114. 1139 und öfters). — In Beauvais (S. S. rer. franc. X S. 597. XXV) wird eine Übertragung des comitatus nur im suburbium erwähnt, und doch erscheint der Bischof ganz allgemein als der Stadtherr. — In Arles erscheint der Bischof als Stadtherr (Gall. christ. I S. 98b) 1163, nachdem noch im Anfang des 11. Jahrhunderts der Graf dort mit den Vornehmen gerichtet hat (S. Victor I. 290).

81) Vaissete V. 5: in judicio Wileranni, sedis Carcassonna episcopo, necnon Aquifredo comite, Sicfredo vicecomite, Sunifredo abbate, Miro abbate, Gulsino, Australdo, Autano et Wilisco judicum. Nach dieser Fassung ist es unmöglich, an einen blossen Ehrenvorsitz zu denken.

82) In Köln ernennt der Bischof den advocatus, der mit dem scultetus identisch ist. So der angebliche Schied von 1169 (Qu. Köln I. 76); in den Schreinsurkunden ist die Gewalt des advocatus mit vronegewelde übersetzt (Schreinsurk. I S. 223. 5; S. 239. 3. 7) und ihm der Vorsitz bei Vergebungen im Schöffengericht übertragen (Schreinsurk. I S. 14 N. 7). Vom Bischof rührt dann auch die Burggrafschaft. — In Strassburg hat der Bischof die Ernennung des Vogtes (mit Zustimmung der Kanoniker, Ministerialen,

Digitized by Google

Bischof die vicaria zugeschrieben[83]). — In den meisten deutschen Römerstädten ist dann freilich auch der Inhaber der Hochgerichtsbarkeit — der Vogt (Augsburg, Strassburg, Basel, Trier) oder der Burggraf (Mainz, Köln) Vasall des Bischofs geworden; nur in Regensburg ist eine solche Entwickelung nicht eingetreten. Allein die Verhältnisse in den französischen Städten zeigen, dass das nichts Ursprüngliches ist, sondern nur ein Anwendungsfall der von den deutschen Königen des 10. und 11. Jahrhunderts geübten Praxis: ich meine der Übertragung des comitatus an Kirchen. Vorbereitet wird das durch die Übertragung des Burg- und Marktrechts auf den deutschen Bischof. — Was sonach aus dem Vergleich des deutschen und französischen Rechts als das Ursprüngliche zu Grunde gelegt werden darf, ist, dass der Bischof die Gerichtsbarkeit mit Ausschluss der Blutgerichtsbarkeit in der Hand hat. Die Träger derselben sind vom Bischof abhängig; im allgemeinen handelt es sich nur

---

Burgensen: Strassb. U. B. I 616 § 43), dann des scultetus (Strassb. U. B. I. 616 § 8, § 10, § 39, § 40). Daneben steht der Burggraf (I. 616 § 44 f.), der ebenfalls bischöflicher Ministeriale ist (z. B. I. 137. 1199), und noch ein vicedominus des Bischofs. — Trier: der vicedominus oder praefectus et advocatus ecclesie (wie Köln) oder camerarius ist bischöflicher Ministeriale (Schoop in Westd. Zeitschr. Erg. H. I S. 96). In Augsburg wird der Burggraf vom Bischof petitione ministerialium ac totius populi ernannt (vgl. auch M. B. XXXIII b. 209), ebenso wie der Münzer (Augsburger Stadtrecht von 1104 a 3 § 2). Auch die Vogtei rührt vom Bischof: Chron. Ursperg (H. A. S. 49) 1168. — Noyon: Der Bischof ernennt den castellanus (Lefranc S. 106), der als vicedominus oder advocatus entscheidet. Der Castellanus hat nicht die hohe Gerichtsbarkeit; so deutlich der Vertrag von 1237 bei Lefranc N. 39. — Amiens: Der Graf von Amiens hat hier die Gerichtsbarkeit. Gall. christ. IX. 311. 1087. Thierry I N. 1. 17. I. 4. Der Bischof aber übt eine niedere Verwaltungsbefugnis aus auch ausserhalb des bischöflichen Gebiets: z. B. II cout. § 66 (Thierry I S. 169 f.); der vicedominus des Bischofs hat hier das Massrecht (Thierry I S. 75). — Genf: Spon II. 24. 1290: Graf von Savoyen wird vom Bischof mit dem vicedominatus belehnt. — Dijon: Garnier I. 45; hier hat die Abtei S. Benignus den vicecomitatus im Ort, der Herzog bezieht aber das placitum generale (Perard S. 272. 1201), hat es also offenbar gehalten.

83) In Paris beansprucht der Bischof noch im 14. Jahrhundert die Stellung des vicecomes: Cast. de Notredame de Paris III S. 272 le dit évesque est viconte de Paris et de la viconté; oder was in Nordfrankreich das gleiche ist, er behauptet die voirie: ebenda S. 274 le dit évesque a à Paris toute voierie; dazu bereits cart. de Paris I. 156 (1110). Man muss sich denken, dass der Bischof diese Kompetenz zusammen mit dem Viererkolleg übte, aber wegen des Kaufmannsrechtes im Vorsitz durch den prepositus mercatorum verdrängt wurde.

Digitized by Google

um eine Person; in Strassburg stehen der scultetus und der Burggraf nebeneinander, und dann kann man an den Gegensatz von defensor und curator denken, welches letzteren Zuständigkeit der des Strassburger Burggrafen so ziemlich entspricht.

Es finden sich nun wirklich Übergangsglieder von der bischöflichen Stadtherrschaft des 11. Jahrhunderts und der späteren Jahrhunderte zu der Römerzeit: nicht nur, dass in den fränkischen Quellen eine weiter nicht fassbare Stadtherrschaft des Bischofs bezeugt ist[84]), sondern es ist auch in der besprochenen Urkunde für Lemans[85]) der defensor identisch mit dem vicedominus, der wenigstens meist als bischöflicher Beamter erscheint. Ein andermal wird für dasselbe Lemans von einem defensor gesprochen, der fidelis des Bischofs ist[86]); freilich kann das auch ein defensor von Kirchengütern sein[87]). — Eine ganz besonders charakteristische Gestaltung hat in Südfrankreich, aber auch in Paris der bischöfliche Einfluss angenommen. Hier wird ein Drittel der öffentlichen Gefälle aus der civitas, auch aus dem Landgebiet, das sonst dem Grafen zukommt, vom Bischof einbehalten[88]); zwar wird das einigemal auf königliche

84) Vgl. namentlich Fustel de Coulanges, La monarchie franque S. 569 ff. Dann Hegel, Die Entstehung des deutschen Städtewesens S. 14 f. Am bestimmtesten führt es an die Sache heran, wenn nach einem Pippinischen Kapitular der Bischof Markt und Mass kontrollieren soll (Cap. 12 § 6). Für später vgl. dann auch die Stadtherrschaft des Bischofs von Laon zu Ende des 10. Jahrhunderts (Richer IV. 15).

85) § 23 N. 71.

86) Pardessus-Brequigny II S. 70. 642, Testament des Bischofs von Lemans: villa Lastemarico, quam ipse fideli Caddoni defensori nostro concessimus.

87) Brunner II S. 303 ff.

88) Vaissete II. 115. 860: praeterea concedimus eidem sanctae sedi (Urgel), ut sicut aliae ecclesiae Septimaniae ita quoque eadem et rectores ejus semper habeant tertiam partem telonei de omnibus illius parochiae mercatis; vielleicht eine Anwendung in Vaissete II. 165. — Marca col. 779. 843: dixit pascario et teloneo quod domnus Imperator quondam Lodovicus bonae memoriae perdonavit et cessit de isto comitatu Impuritano et Petralatense tam de mare quam de terris tertiam partem ab omni integritate. — Gall. christ. IV. col. 268. 862 Maçon: Breidingus detulit praesentiae nostrae praeceptum — Hludovici — in quo continebatur qualiter ad eodem genitore nostro tertia pars telonei ejusdem civitatis atque totius pagi — sit concessa. — In Paris tritt das Gleiche in einer Rechtsaufzeichnung des 14. Jahrhunderts hervor: cart. de l'église notredame de Paris III S. 273: Item, que par la noblesse de ladite fondacion ledit évesque a en la ville de Paris la tierce partie; et

Digitized by Google

Konzession reduziert, aber die Erscheinung ist so allgemein, dass es sich höchstens um königliche Bestätigung einer bestehenden allgemeinen Übung handelt.

Fasst man das alles zusammen, so wird die schon oft ausgesprochene Vermutung zur Gewissheit, dass der Bischof aus römischem Recht heraus vielerorten zum Herrn über die mit der civitas verbundenen Behörden und Machtmittel geworden ist. Nur die hohe Gerichtsbarkeit hat er nicht erlangt, weil diese eben auch den Behörden der civitas nicht zusteht.

Das Recht des Bischofs stammt nicht aus einer Übertragung durch den König — ist des Bischofs Eigentum — und daraus erklärt es sich, dass die Erweiterung des Rechtes zur Hochgerichtsbarkeit gerade so unter dem Gesichtspunkte der Immunität betrachtet wird, wie die Verleihung der Hochgerichtsbarkeit an eine kirchliche Grundherrschaft. —

Auch die Einwohner der Römerstadt scheinen da und dort als Grundholden des Bichofs betrachtet worden zu sein: so etwas ist in Regensburg[89]) zu erkennen, wo das kirchliche Gebiet die Altstadt befasst und das bischöfliche Propsteigericht anscheinend auf die

---

bien il appert que dedenz le Chastellet de Paris et partout ailleurs a Paris où les boistes sont a recevoir les coustumes, ledit évesque met gent de par lui qui reçoivent ou nom de par lui et pour lui lez proffiz et émolumens de la tierce sepmaine. — Chronicon Namnetense (ed. Merlet S. 95) c. 31 berichtet, dass dem Bischof der Zoll ursprünglich zur Hälfte, seit der Mitte des 10. Jahrhunderts nur mehr zu einem Drittel zustand. Die Nachricht kann also hier nicht verwendet werden.

[89]) S. S. XI. S. 353: der pagus cleri liegt in der römischen Altstadt. — Eine Urkunde des 9. Jahrhunderts berichtet von Romanen in Regensburg: Pez I p. 3 col. 220: Traditio Ratharii cujusdam Romani; bemerkenswert ist, dass dieser Romane einen deutschen Namen hat. Spätere Urkunden erwähnen als einen Stadtteil das inter latinos (Q. E. bayer. Geschichte I S. 97 N. 1), wo die vornehmsten Bürger wohnen — die spätere Welfengasse. Im 13. Jahrhundert wird nun ein praepositus inter latinos erwähnt: Freyberg V S. 92. 1243: Judicibus in iudicio consedentibus, Levtwino videlicet apud capellam tunc temporis Sculteto, Hanrico preposito inter Latinos et alliis duobus Judicibus. Anderwärts erscheint als ein bischöflicher Ministerial ein praepositus: Ried I. 323 mit 309, und es gibt ein besonderes bischöfliches Propsteigericht, zu dem die Regensburger Kirchenleute gehören: Gengler, Regensburg, S. 52 ff. und das dort Angegebene; vgl. Freyberg V S. 44. — So scheint eben der bischöfliche Teil von Regensburg (S. S. XI S. 353) mit der alten Römerstadt zusammenzutreffen; das jüngere Bistum hat irgendwie — vielleicht durch eine untergegangene ältere Bildung — die Herrschaft über die Römerstadt erlangt.

Digitized by Google

Latini sich bezieht; in Worms aber scheint der Prozess sogar soweit gegangen zu sein, dass die Cives der Römerstadt als bischöfliche fiscalini, also wie Unfreie angesehen wurden. Deshalb sind denn auch diese fiscalini doch wieder so frei gestellt, wie das Hofrecht des Bischof Burchard darthut. Spuren des gleichen Gedanken kommen in nordfranzösischen Städten vor[90]). In Köln dagegen wird auch noch im 12. und 13. Jahrhundert der städtische Grundbesitz als proprietas des Inhabers betrachtet.

§ 25. Die Klassen und Verbände innerhalb der Römerstadt.

I. 1. Wenn die grossen und deshalb der Zerstörung eher ausgesetzten Verfassungsformen der civitas in das spätere Mittelalter herein fortgedauert haben, so darf man noch viel mehr vermuten, dass die feineren Schichtungen der städtischen Gesellschaft fortdauerten; direkte Berührungen mit den neuen Staatsgewalten haben sie ja nicht gehabt, und so fehlt es an jedem Interesse zu bewusster Veränderung.

2. Zum Verständnis des Spätern mögen die Stände, in welche die Städte des ausgehenden Römerreichs zerfallen, skizziert werden.

Die regierende Klasse in der civitas sind die possessores, d. h. nicht die kleinen, sondern die grossen Besitzer[1]). Die eigenen grossen Güter derselben sind von der Gerichtsbarkeit der Kurie eximiert[2]); aber umgekehrt sind es gerade die possessores,

90) Das Hofrecht des Bischof Burchard c. 22 geht davon aus, dass über den Status des Fiscalinus die scabini entscheiden. C. 26 spricht von der Einziehung der haereditates derjenigen concives, welche den census verweigern. Derselbe Thatbestand ist in c. 2 angedeutet, wenn von dem Anfall von haereditates an den Bischof iudicio iudicum gesprochen wird. Im letzteren Fall ist kein Zweifel, dass es sich um die Verhältnisse der Familie, zunächst der fiscalini handelt, und so auch im ersten nicht. Das Hofrecht ist sonach Wormser Stadtrecht; so mit Recht auch Hegel, Die Entstehung des deutschen Städtewesens S. 147 ff. — Es kann weiter hierher zählen, wenn die ganze civitas von Arras an das Stift S. Vaast gehört, das hier an Stelle des Bischofs getreten sein muss, als Grundeigentum von S. Vaast aufgefasst wird (Guimann S. 239). — Ebenso gehören in Sens über 200 Familienhäupter dem Bischof und nicht zur königlichen Kommune: vielleicht ist das hierher zu rechnen: Quantin II. 449. 1193.

1) So mit Recht Zachariae in Petersburger Akademie sér. VII, t. VI, N. 9, S. 3 fd. dazu unt. § 38 Grundherrschaft N. 52. Dass die possessores hinter den curiales stehen und eigentlich zu den plebei gehören (so Karlowa S. 902 f.), ist da, wo possessor zur technischen Bezeichnung geworden, unzutreffend.

2) § 38 N. 52.

Digitized by Google

welche die Ämter des defensor und pater zusammen mit der Geistlichkeit aus ihrer Mitte besetzen.

3. Die Kaufleute sind Kurialen nur wenn sie Grundbesitz erwerben[3]), was aber nicht als die Regel angesehen wird. Gewöhnlich gehören sie also noch nicht zur herrschenden Klasse; sie sind noch immer collegiati und zwar bilden sie eine Mehrzahl von Kollegien mit einer jeweils beschränkten Gewerbebefugnis[4]). Die negociatores tragen schwere öffentliche Lasten. Wegen der Besteuerung sollen sie grundsätzlich nur an den grösseren Orten wohnen[5]) — ein Satz, von dem aus dann das Marktregal etwas ganz Selbstverständliches ist. Im übrigen aber haben sie für den Staat aufzukaufen[6]). Die höchststehende Klasse unter ihnen, die naviculari, welche sich von den übrigen Kaufleuten ablösen[7]), sind zur Gestellung ihrer Schiffe verpflichtet[8]). Zunächst zur Umlegung der öffentlichen Lasten, dann aber auch zu sonstiger autonomer Verwaltung, bilden die Kaufleute, wie schon berührt, Korporationen[9]), deren Gewalt sich wenigstens in Steuerangelegenheiten auch auf die Kaufleute in den grossen Grundherrschaften erstreckt[10]). Über die Korporationsmitglieder wird eine Matrikel geführt[11]). Die starke Beschränkung der persönlichen Freiheit, welcher Kaufleute unterliegen, hat dazu geführt, dass sie schon im 6. Jahrhundert wie ein Unfreier einer Grundherrschaft durch die Behörde zugewiesen werden[12]). Zu den plebei zählt man sie aber doch noch nicht[13]).

Den untersten Rang der Gewerbetreibenden nehmen die überaus zahlreichen Klassen der Handwerker ein. Handwerker kommen nicht nur in der Stadt vor; die grösseren Güter haben

---

3) C. Th. 12. 1. 50, 72; vgl. C. Th. 7. 21. 3.

4) Das wird am deutlichsten im ἐπαρχικὸν βιβλίον aus dem Ende des 9. Jahrhunderts passim (ed. Nicole).

5) Nov. Valent. 23 (ob. § 9 N. 27).

6) Sanctio fragm. c. 26 (M. leg. V S. 174 f.); Cassiodori variae 7. 14 (negotiatorum operas consuetas nec nimias exigas nec venalitate derelinquas); vgl. c. Th. 16. 2. 14. nov. Maior. 7 § 14 a. E.

7) C. Th. 13. 5. 16.

8) Karlowa S. 914 f.; für die Flussschiffe z. B. C. Th. 14. 21.

9) z. B. C. Th. 13. 1. 9.

10) C. Th. 13. 1. 5. 6. 10. 15. 21; ein Fall Cassiod. variae II. 30.

11) C. Th. 16. 2. 15 § 1.

12) Cassiod. var. II. 30.

13) C. Th. 16. 5. 52. pr. vgl. auch C. J. IV. 63. 3.

Digitized by Google

gerade so ihre Handwerker, wie sie ihre Aufkäufer und Verkäufer anstellen, und die Tendenz der Landherren geht dahin, die Güter von den Städten möglichst unabhängig zu stellen[14]). Die Handwerker der Städte aber sind in collegia (*συστήματα*) zusammengefasst und wie die Kaufleute an die Stadt gebunden[15]), da sie ebenfalls schwere gewerbliche Dienste und Abgaben an die Obrigkeit zu leisten haben[16]). Immerhin werden sie aber doch als persönlich frei angesehen, und diese Auffassung ist bemerkenswert genug von der Interpretatio und deren fränkischen Bearbeitungen gerade so festgehalten, wie umgekehrt der Satz von der Gebundenheit der collegiati an die Stadt[17]). Von einer Konzessionierung des einzelnen Gewerbebetriebs durch die Regierung ist wenigstens nichts erwähnt; wohl aber zeigt sich, dass die Regierung über die Abgaben der collegiati verfügt[18]). Neben der Abhängigkeit von der Regierung kommt eine korporative Abhängigkeit in Betracht; die Handwerker müssen notwendig schon wegen der Handwerkerabgaben einem corpus angehören. An der Spitze eines solchen corpus stehen praepositi[19]) zusammen mit primates[20]). Welche Stellung die decani haben, ist genau nicht zu sagen; so wie sie in den Quellen vorkommen, sind es die aus den collegia gestellten Leichenträger[21]). Die Stellung der decani in der regula S. Benedicti, die hier jedenfalls nur weltliche Verhältnisse nach-

---

14) Weber, Römische Agrargeschichte S. 274; dazu z. B. nov. Just. 43 pr. 159 pr.; nov. Tiberii 12 c. 3 (Zachariae jus graeco-roman. III S. 27) *ἐργαστήρια* in Domänen.

15) C. Th. 12. 19 passim.

16) Vgl. Karlowa S. 917. Die Bäcker haben das Brot für die staatlichen Bedürfnisse zu liefern, die Metzger Fleisch, die Fischer Fische C. Th. XIV. 20.

17) C. Th. 14. 7. 1 (l. Romana Visigoth. 14. 1).

18) C. J. I. 2. 4. 9. nov. 43 pr. Hierzu Hartmann, Urkunde einer römischen Gärtnergenossenschaft vom Jahr 1030 S. 4.

19) C. Th. 7. 4. 28 pr.: praepositi pistorum nehmen die Brotverteilung an Soldaten und officia in den Provinzen vor; anderes bei Hartmann a. a. O. S. 5. N. 9. Nov. Iust. 43 c. 1 pr.: *πρόσταται τῶν συστημάτων*, was bereits die Authentica mit praepositi übersetzt. Öfters kommen *πρόσταται* oder *προτώστασται*, auch *ἔξαρχοι* im *ἐπαρχικὸν βίβλιον* vor: die Stellen bei Nicole S. 87 fd. — Offenbar hat die regula S. Benedicti c. 21. a. E., die man noch als Quelle der spätrömischen Zeit ansehen kann, diese praepositi den weltlichen Korporationen nachgebildet (Holsten cod. regul. I S. 123).

20) C. J. I. 2. 9. C. J. IV. 59. 2 § 3.

21) C. J. l. 2. 4. C. J. I. 2. 9. XI. 18; nov. 43.

Digitized by Google

bildet, weist aber darauf hin, dass die decani in der spätrömischen Zeit die Vorstände von Abteilungen der grösseren Verbände gewesen sind[22]). In welcher Beziehung sie insoweit zu den decaniae des Sklavenrechts stehen[23]), entzieht sich genauerer Untersuchung. Bereits in der Verfassung der älteren römischen Kollegien werden die Vorstände als magistri bezeichnet[24]). — Ein Einfluss der Regierung auf die Ernennung begegnet im byzantinischen Recht[25]). — Schon die römischen Zünfte, die sich als fraternitates betrachten, bestärken ihre Anordnungen durch Eid; diese Anordnungen bezwecken allenfalls Preistaxen oder Monopole[26]). Das setzt aber Zunftzwang voraus. Ein anderes Mal kontrollieren sie die Kontrakte, die der Zunftgenosse mit seinem Auftraggeber abschliesst, und schützen den ersten gegenüber dem letzteren[27]). — In dem späteren byzantinischen Recht, das ja lediglich aus römischen Elementen aufgebaut ist, tritt der Zunftzwang für Kaufmanns- wie Handwerksgenossenschaften ganz deutlich hervor[28]). —

Von den freien Handwerkervereinigungen sind die erblichen Verbände der unfreien Arbeiter der Staatsfabriken (condicionales) zu scheiden; eine Zwischenstellung nehmen die Bäcker ein, die als frei, aber als erblich gebunden (ascripti) betrachtet werden[29]).

---

22) Regula S. Bened. c. 21: si maior fuerit congregatio, eligantur de ipsis fratres boni testimonii et sanctae conversationis et constituantur decani qui solicitudinem gerent super decanias suas (Holsten, cod. regular. I S. 123). — Wenn später Hincmar de ordine palatii c. 17 die juniores d. h. die Unterbeamten am Königshof als decani bezeichnet, so ist das wohl nur eine Anwendung des kirchlichen Sprachgebrauchs.

23) Über diese Fustel de Coulanges l'aleu S. 45 N. 10.

24) Liebenam, Zur Geschichte und Organisation des römischen Vereinswesens S. 203 f.

25) Ἐπαρχικὸν βίβλιον V § 1. XIV § 2.

26) C. J. IV. 59. 2. VIII. 10. 12 § 9a; dass die Sache hier für ein paar Kollegien als Missbrauch bezeichnet wird, ändert natürlich nichts an der thatsächlichen Übung. — Über die Bezeichnung fratres für die Mitglieder von Kollegien, auch gewerbliche Kollegien die Angaben Liebenam a. a. O. S. 185.

27) Nov. Iust. 64.

28) So das Ἐπαρχικὸν βίβλιον passim.

29) Zu den erblich gebundenen Unfreien gehören die Münzer: C. Th. X. 20. 10 auf die Ehe eines Münzers mit einer Freien findet das S. C. Claudianum Anwendung; der Münzer ist also unfrei. C. Th. X. 20; ein Münzer kann nicht durch Erwerb staatlicher Würden aus seiner conditio treten. C. Th. X. 20. 16 der Austritt aus dem corpus der Münzer kann nur mit Genehmigung des comes sacrorum largitionum geschehen. — Metallarii (Bergleute): sie gehören erblich dem fiscus (C. Th. X. 19. 15). — Die Arbeiter in den staat-

Digitized by Google

II. 1. Aus der späteren Zeit sollen zunächst die Handwerkerverhältnisse in das Auge gefasst werden, und zwar am ersten diejenigen Südfrankreichs. Denn auch der, welcher sich von der Bedeutung des germanischen Elements im Mittelalter die überschwänglichen Vorstellungen macht, wird im Ernst nicht annehmen, dass die Handwerkerverhältnisse von Toulouse oder Barcelona oder Marseille durch das Germanentum auch nur berührt worden sind. Es kann sich da nur um römische Einrichtungen oder um Neubildungen handeln, keinesfalls aber um germanische Institute.

Die gewerblichen Betriebsstätten sind nun im Süden vom Grafen abhängig. Der Graf überträgt die operatoria ganzer Stadtteile[30]) und hat die einzelnen Handwerksmeister einzusetzen[31]). Die Handwerker haben an den Inhaber der öffentlichen Gewalt gewerbliche Dienste[32]) oder an Stelle dessen eine Abgabe zu leisten, für welche insbesondere

---

lichen Textilfabriken (gynaecarii, lintearii, murileguli): C. Th. X. 20. 1, 2 3, 6, 8, 16. C. Th. VII. 14. — Die Arbeiter in den staatlichen Waffenfabriken: C. Th. X. 22; Nov. Theod. 6; C. J. VI. 1. 8; dabei ist — was sehr bemerkenswert — die private Waffenfabrikation verboten: nov. Just. 85 c. 1, c. 3—5. — Die erbliche Zugehörigkeit dieser Leute wird als ascriptio bezeichnet (C. Th. X. 20. 17) gerade so wie die erbliche Gebundenheit der coloni. — Der pistor ist wegen der öffentlichen Brotversorgung und der Proviantlieferung an das Heer ebenfalls erblich an ein Kolleg gebunden: C. Th. XIV. 3. 13. 20, aber erscheint doch als Freier: C. Th. VI. 37.

30) Marca col. 1260. 1125 (Barcelona): item addo vobis et dono omnibus operatoriis quos habeo iuxta praenominatas domos et operatorios ab oriente in callo quod pergit de foro super hospitalem ad ipsam, à meridie in callo ubi operit januam Arnallus Adals, à circii in callo vadit de palatio ad ipsum paradisum, ab occiduo in callo unde Guillermus Bernardi mercader pergit ad ipsam sedem. — Vaissete V. 619. 1157 (Nîmes): concedimus (der Graf) — episcopo — tertiam partem omnium tabularum.

31) Recht von Lourdes § 39 (Lacrèze S. 489 f.): item damus et concedimus antedictis habitatoribus Lorde, quod iudices et custodes seu gardie ville predicte de Lorda, in absentia domini et ejus locumtenentis, per se habeant potestatem faciendi et creandi puissonarios, macellarios, pacossarios, mercerios goneterios et messegarios ac quoscumque alios ad generalia ville predicte destinari consuetos et eosdem, casu quo deliquerint super suis venditionibus panis, vini, carnium et aliarum mercaturarum, vel in eorum officio, corrigendi et puniendi ad eorum arbitrium et iuxta conditionem seu genus delicti.

32) Vaissete V. 277. 1067: Graf von Toulouse verzichtet in Moissac darauf exactionem ex coriis sutorum facere. — Teulet II. 2130. 1231: et pro his omnibus que predicta sunt, omnes jam dicti naute et piscatores, dum fuerint naute et piscatores, debent facere domino comiti et ejus successoribus omnia ejus carrigia per iam dictas aquas.

Digitized by Google

der Ausdruck usatici gebraucht wird[33]) und die eine Abgabe der Zunft ist. — Diese Zünfte selber aber treten deutlich hervor[34]), häufig unter der Bezeichnung ministerium oder scala, Ausdrücke, die zunächst den einzelnen Betrieb bezeichnen, von denen aber jedenfalls ministerium bereits in der Römerzeit auch das gesamte Gewerbe befasst[35]). Sie sind confratriae[36]), stehen unter capita ministeriorum, die als septimanarii, d. h. also für eine Woche fungieren[37]) oder unter praepositi[38]) oder baiuli[39]) oder unter consules officiorum[40]). Nur

---

33) Vaissete V. 377. 1090: dasusaticum in der Gegend von Montpellier hat der Bischof von Magelone für sich allein, während an der lesda, dem teloneum und den Gerichtsgefällen der Herr von Montpellier 1/3 Anteil hat. Vaissete V. 590: concedo tibi — omnes usaticos et leddas, que in mercato vel propter mercatum civitatis Nemausensis in presentia habetis. Vaissete VIII. 18. I. 1172: dono similiter eis in omni regno meo et in omni terra mea omnes usaticos in venditione et emptione. — Aus den bisherigen Stellen (vgl. auch § 9 N. 6) ergibt sich, dass die usatici eine öffentliche Abgabe sind, von der Verkaufsabgabe getrennt, aber dann doch wieder mit derselben verschmolzen. Genauer angesehen erweisen sich dann aber die usatici als eine Abgabe von den einzelnen Gewerben. Vaissete V. 246. 1056. Béziers: es verspricht der vom Stadtherrn, dem Bischof von Béziers, Belehnte, quod non mittat alios usaticos in ipsos macellarios, neque in ipsos piscatores que in ipsos burgos suprascriptos steterint sine consilio de episcopo. Teulet II. 3377 S. 582: item de usaticis que idem abbas et conventus petebant a coyratariis ejusdem ville. — Dicimus tamen volumus — si forte coyratarii voluerint dare XI milia solidorum Caturcensis monete abbati et conventui — ex tunc nichil abbas et conventus petant ac levent a coyratariis, qui sunt in villa aut erunt in futurum, nomine usaticorum predictorum. Etwas Ähnliches ist dann für die usatici der macellarii bestimmt.

34) Über die Zünfte in Barcelona die Darstellung von Capmany I p. 8.

35) z. B. Ménard Nîmes I. 71. 1272: porro ministeria sive scalas sic duximus distinguenda: prima scala erit campsorum, et apothecariorum, et pebererionum, et aliorum qui ponderant cum balansa; secunda erit draperiorum, cannabasseriorum, peilleriorum, et sartorum. Giraud I S. 67 § 94. 1204. Montpellier und Carcassone: Die zwei Vorstände jeder scala sollen 14 Leute zur Steuereinschätzung aufstellen. — Als Gesamtbezeichnung für das Gewerbe einer Stadt steht ministerium schon in C. Th. 12. 19. 1., scala (die Treppenstufe am Hafen) in Nov. Iust. 159 pr. (S. 738 Z. 7).

36) Vaissete VIII. 50. 1184: confratria der macellarii in Toulouse.

37) Méry I S. 324. 1226 (Avignon), II S. 131 (Marseille), vel contra justicia que septimanarii capitum ministeriorum. — Papon II N. 70. 1248. Arles: consilio tam generale quam capitum mysteriorum congregato. — Nouv. revue hist. de droit II S. 589 f. N. 11. 1226. Avignon.

38) So schon 1001 in Castres: ac. des inscr. II. ser. t. 3 S. 281: nonis Februarii anno 1001, obiit Petrus de Manso, praepositus lanificii de Castris.

39) Vaissete VIII. 50.

40) Vaissete VIII. 444 Montpellier.

Digitized by Google

die Angehörigen der Zunft sind zum Betrieb des zünftigen Gewerbes befugt[41]).

Die bisherigen Notizen, wenn sie auch dürftig sind und gewiss an Ort und Stelle durch reichliches Material ergänzt werden könnten, lassen immerhin den Zusammenhang mit den römischen Verhältnissen deutlich erkennen; nicht nur, dass die Bezeichnungen „ministerium, scala, praepositus" übernommen werden, sondern es ist auch die Rechtslage die gleiche, und darauf ist viel mehr Gewicht zu legen. Da wie dort ein freies, kein herrschaftliches Gewerbe, da wie dort die Unterstellung der einzelnen Handwerker unter die öffentliche Gewalt zu schweren Gewerbsabgaben und Diensten, da wie dort die Zusammenfassung des Gewerbes in Eidgenossenschaften (Bruderschaften) mit einem Vorstand der Bruderschaft, beidemale Zunftzwang und autonome Regulierung der gewerblichen Verhältnisse. Wenn eine Konzessionierung des einzelnen Gewerbes durch die Obrigkeit erwähnt wird, so widerspricht das den römischen Verhältnissen nicht, wo zwar so etwas meines Wissens nicht direkt nachweisbar ist, aber aus der obrigkeitlichen Verfügung über die corpora sich leicht entwickelt haben kann.

2. Es ist nun Zeit, mit diesen im Süden gewonnenen Resultaten die Verhältnisse des Nordens zu vergleichen.

Auch im Norden begegnen die beiden entscheidenden Züge: Unterstellung des Handwerks unter die öffentliche Gewalt und autonome Zusammenfassung in Bruderschaften.

Die Beziehung zu dem Inhaber der öffentlichen Gewalt äussert sich in Abgaben, welche alle Meister eines Gewerbes dem Grafen oder dem anderen Inhaber der Stadtherrschaft, dem Bischof zu entrichten haben[42]). Auch verfügt der Inhaber der

---

41) Teulet I. 1541. 1222. Toulouse: tali pacto dedit eis hoc feodum jam dictus dominus comes quod ullus banquus de carne non possit esse ullo tempore in civitate Tolose, nisi isti predicti banqui, et banqui de Dalbata, et banqui qui fuerunt iuxta domum Petri Urseti qui fuit, et quod nemo possit carnes in istis predictis banquis majoribus scedere, nisi fuerit de eorum genere, et illi qui uxores habuerint de eorum genere, et illi qui exierint de illis mulieribus.

42) In Paris treten solche Gewerbsabgaben der Handwerker an den König (Inhaber der Grafschaft) hervor, z. T. in natura, z. T. adäriert (Einleitung zu Boileau CXXXVII). — Luchaire, Louis VII. 463. 1162—1163. Die Bäcker von Pontoise, die ja noch jetzt in den fränkischen Gegenden die Weinhändler sind,

Digitized by Google

öffentlichen Gewalt über die Handwerker geradeso wie im Süden[43]).

---

leisten dem König jeder jährlich einen modius Wein; dafür erkennt dieser den Zunftzwang an. Die Urkunde sagt nicht, dass Zunftzwang und Weinabgabe erst durch jene königliche Anerkennung eingeführt sei. Im selben Jahr bestätigt Ludwig VII. den Pariser Metzgern die antiquae consuetudines; zu Ende des 13. Jahrhunderts wird das als die Anerkennung des Zunftzwangs aufgefasst: siehe die Erörterung bei Eberstadt, magisterium und fraternitas S. 28—34. Ein späteres Privileg spricht von einem census, der von den Bäckern von Pontoise für den König erhoben wird (Ord. XI S. 308. 1217). — Gewerbsabgaben der Kürschner, Bogner, Wachszieher, Gerber, Krämer sind in Étampes erwähnt (Ord. XI S. 212. 1179). — Das Augsburger Stadtrecht von 1104 a. 6 § 3 — § 8 kennt Abgaben der Bäcker, Metzger, Wurstler, Wirte an den Bischof oder Burggrafen. Noch breiter und deutlicher treten diese Gewerbsabgaben im Augsburger Recht von 1276 hervor (c. 114—123). — Das älteste Strassburger Recht hat umfassende gewerbliche Leistungen an den Bischof (Strassburger U. B. I. 616. § 102 ff.). — In Koblenz haben die Schuster und Kürschner unentgeltlich — nur gegen Stellung des Materials und des Essens — die Herstellung des Lederzeugs für die bischöfliche Heerfahrt (Beyer II S. 415 ff.). — Sehr bestimmt sind dann die Gewerbsabgaben in Trier bezeugt (Lacomblet, Archiv I S. 268 ff.). Es ist hier besonders bezeichnend, dass unter den pellifices sechs unterschieden werden, die unter einem magister stehend zur Camera des Bischofs gehören, und die nötigen Pelzarbeiten für den Erzbischof liefern; der magister selber kauft dazu auf fremden Märkten ein; ihnen gegenüber stehen die sieben übrigen pellifices der Stadt, die aber, wenn nötig, auch zu gewerblichen Arbeiten für den Stadtherrn herangezogen werden (Beyer II S. 400). Hier hat man den Gegensatz der hofrechtlichen und der selbständigen Gewerbetreibenden. Von da aus erklärt sich dann auch die vielbesprochene Stelle im ersten Strassburger Stadtrecht § 102 (Strassburger U. B. I. 616). Die officiales, die unter einem magister stehen, der für den bischöflichen Hof die Geschäftsreisen macht, entsprechen den sechs pellifices des Trierer Rechts. — Später begegnen die Abgaben in Mainz: Kämmereiweistum in Archiv f. hessische Geschichte 15 S. 170 ff.; sehr früh (1128) für die Schusterzunft in Würzburg (Gramich, Verf. und Verw. der Stadt Würzburg S. 68).

[43]) Labande, histoire de Beauvais S. 262. 1114 notum facio (der König) — quia dominus Guaffridus Belvacensis episcopus, ecclesie et canonicis beati Petri dedit sex bolengarios de burgo Belvacensi; quod donum ego concedo et in posterum ecclesie et canonicis habendis confirmo ita scilicet ut, sicut in molendinis episcopi ipsi bolengarii molebant, solebant, sic in molendinis canonicorum, ubi ipsis canonicis placuerit annonas suas molant. Quod si quis de sex bolengariis vel morte vel paupertate vel quolibet alio casu a molendo defecerit, ministri canonicorum ad prepositum episcopi venient et ei nominabunt tres de bolengariis episcopi, et unum de tribus recipient ab ipso preposito ad eum restituendum qui a molendo cessaverit. Freilich sind gerade die Bäcker schon von der Römerzeit her erblich gebunden (ob. N. 29).

Digitized by Google

Neben der Abhängigkeit von den Behörden der öffentlichen Gewalt steht aber der Zusammenschluss in eine Handwerkerkorporation. Diese ist überall eine fraternitas[44]) oder Einung (Innung) oder Gilde oder Zunft, was allemal dasselbe bedeutet, nur dass die einen Ausdrücke lediglich in abgeblasster Weise die erfolgte Übereinkunft ausdrücken (Einung, Zunft), die andern farbiger den Bruderschaftsgedanken hervorheben. —

Untersucht man aber die Handwerkerkorporation genauer, so zeigt sich sofort, dass das autonome Element nicht das einzige in der Struktur dieser Korporation ist. Nach der ersten neutralen Erwähnung[45]) ist öfters zu erkennen, dass der Handwerkerverband von der Obrigkeit nicht bloss genehmigt, sondern gesetzt ist. Jeder, der das Gewerbe treiben will, muss der Innung angehören. Das kann natürlich durch autonome Zunftsatzung nicht bewirkt worden sein[46]). Auch der Vorstand (magister), den der Verband hat, ist

44) Fraternitates der Handwerker in Arras Guiman S. 191: Verum sunt quedam in ecclesiis beneficia et consuetudines que proprie ac specialiter caritatis nomen retinent, ut sunt ille, que dicuntur ministerialium quibus de sua devotione obligant caritates, quia singulis debent annis sancto Vedasto de sua caritate et confraternitate parmentarii quatuor solidos, sutores decem, qui utrique suum debitum solempniter ad altare sancti Vedasti deferunt. — Confrérie sehr häufig bei Ét. Boileau, vgl. Index s. h. v.; Westf. U. B. IV. 1419. 1276 Höxter: dedimus unam fraternitatem que vulgari nomine gelde nuncupatur; Basler U. B. I. 221. 1248: ad usus confraternie eorum, que vulgariter dicitur zunft.

45) Hierher die Weber von Mainz, denen 1099 eine Banlast auferlegt aber dafür die Übernahme des Heimburgenamts nachgelassen wird (Joannis rer. mog. lib. II S. 519); dann die sutores von Koblenz, die 1104 ein geschlossener öffentlicher Verband sein müssen, wenn ihnen die Zollerhebung übertragen werden kann (Beyer I. 409); die sutores von Würzburg v. 1128 (Gramich, Verfass. und Verw. von Würzburg).

46) In Köln werden die fraternitates von dem Senat oder der Richerzeche verliehen; so schon der Zunftbrief der Bettziehenweber von 1149, wo jedenfalls der Charakter dieser Innung als Zwangsinnung auf die obrigkeitliche Verleihung zurückgeht Quellen Köln I S. 329 (Hegel, Die Entstehung des deutschen Städtewesens S. 121 folgert aus dem Wortlaut pia spe perhenis vite, dass es sich um eine religiöse Vereinigung gehandelt habe; so hätte die öffentliche Behörde die sämtlichen Bettziehenweber gezwungen, einer kirchlichen Vereinigung beizutreten. In der Urkunde steht von dieser juristischen Unmöglichkeit kein Wort); deutlich der neugefundene Zunftbrief der carpentarii von 1180 (Westd. Zt. XI. Corresp. Bl. col. 117 ff.): fraternitatem condere decreverunt; ebenso der Brief der Huter (Qu. Köln I S. 330) 1225. Die Vorstände der fraternitates erscheinen schon in der bekannten Urkunde von 1159 als Beamte, deren Amtsdauer von oben bestimmt wird (Qu. Köln I. 73). — In Worms 1102 wird die

Digitized by Google

ihm vielfach von oben gesetzt[47]), während freilich andermal das Wahlprinzip durchdringt. Die Bezeichnung der Zunftvorstände als Jurati und Aldermänner weist wohl auf gewählte Beamte hin entsprechend den gewählten Beamten der politischen Gemeinde; möglich, dass auch das Wort decanus den gleichen Gedanken aus-

---

Fischerzunft durch den Bischof errichtet (Wormser U. B. I. 58), sie hat Prohibitionsrecht gegen fremde Fischer. Ebenso beruht das Pariser Zunftrecht, so lange man sehen kann, auf der Zwangsinnung; vgl. Boileau I. 50 § 12. I. 54 § 1 und 6. I. 81 § 3. II. 8 § 19. Ol. II S. 462. V—VII S. 465 X. u. oben N. 42; ebenso das Recht der Bäcker von Pontoise von 1163 (ob. N. 42).

[47]) Cart. de Paris I 417—1160: concessimus — Thecie — magisterium tanatorum baudreorum, sutorum, mesgeicorum et bursiorum, in villa nostra Parisiensi; für späteres Einleitung zu Boileau S. CXIX: und jetzt Eberstadt magisterium u. fraternitas S. 24 fd. Wenn in dem Privileg Philipp Augusts für die Metzgerei von 1182 (Ord. III S. 29; Einleitung zu Boileau S. VI) es (§ 3) heisst: in octavis Pasche et sancti Dionysii tredecim denarios illi, qui id a nobis tenet in feodum — so wird das bereits ein Hinweis auf das später stark hervortretende magisterium der Pariser Metzger sein. Luchaire, Louis VII. N. 463: Den Bäckern von Pontoise wird der magister vom König ernannt. Basler U. B. 199. 1248: ad hec omnia unum ex ministerialibus ecclesie nostre concedimus annuatim, ut omnia sicut prescripta sunt per ipsum iusto moderamine statuantur et si necesse fuerit corrigantur. I. 221. 1248 ebso. Hagenau § 23. 1164 (Gaupp I S. 100): sculteto locandi magistratum super panifices potestatem permittimus, ut prefixo eis magistro iuxta consuetudinem Hochveldensium et Swinderadensium panem quantitate precii et valetudinis vendant. Schreiber, Freiburger U. B. I. 1 S. 152. 1300: wir (der Graf) suln ouch iergelich zuo dem vorgenanten zile jegelicher zünfte einen zunftmeister geben, nach der zünfte willen oder des meren teiles under ir. Eine besondere Konzession (honor) ist es, wenn in Magdeburg die Schuster ihren magister selber ernennen können (Magdeburger U. B. I. 62. 1152—1192). — Unsicher ist, ob Hildesheimer U. B. I. 96. 1226 hierher gehört: liberum etiam preposito sit in eadem civitate ordinare officia in mechanicis et aliis professionibus et magistros officiorum instituere. Es ist sehr zweifelhaft, ob hier magister in dem Sinne des Zunftvorstands gemeint ist, oder in dem Sinn Handwerksmeister. — Dagegen ist der magister in § 44 des ersten Strassburger Stadtrechts (Strassburger U. B. I. 616) ein gesetzter Zunftvorstand: ad officium burcgravii pertinet ponere magistros omnium officiorum fere in urbe, scilicet sellariorum, pellificum, cyrothecariorum, sutorum, fabrorum, molendinariorum et eorum, qui faciunt vasa vinaria et picarios, et qui purgant gladios, et qui vendunt poma, et cauponum, et de eisdem habet potestatem iudicandi, si quid deliquerint in officiis suis; dass magister in dieser Quelle den Vorstand einer Handwerkervereinigung bedeutet, zeigt § 102. — Auf einen gesetzten Zunftvorstand weist auch der maior in der zweiten Coutume von Amiens § 13 (Thierry I S. 159). — Über die magistri in Chartres: Eberstadt magisterium und fraternitas S. 119 fd.

Digitized by Google

drückt; nur ist schwer zu entscheiden, ob das Wort aus der Zehntschaft der deutschen Gemeinde oder aus der römischen decania herübergenommen ist[48]). Ganz deutlich ist aber die Nachbildung der politischen Gemeinde da zu erkennen, wo die gewählten Vorstände der Zunft — die allenfalls neben dem magister stehen, 4 an der Zahl sind — also dem Viermännerkolleg des Munizípiums entsprechen, oder zwei — entsprechend den Bürgermeistern — oder zwölf, wie das Schöffenkolleg, zählen[49]).

Sucht man nun die einzelnen Bestandteile der Bildung zu scheiden, so wird sich folgendes ergeben: Den Zwangscharakter hat die Innung in den ältesten Belegen auf Grund obrigkeitlicher Verleihung. Diese verliehene Ausschliesslichkeit ist etwas so sehr der Innung Eigentümliches, dass weithin Innung oder Gilde die Befugnis zum Gewerbebetrieb oder, was natürlich praktisch auf das Gleiche hinauskommt, zum Verkauf bedeutet[50]).

---

48) z. B. die vielfach gewählten jurati der Pariser Zünfte (Einl. zu Boileau S. CXIX). Decani: Gheldolf, histoire de la Flandre IV S. 252 § 2: deken van haren ambocht; Wauters S. 265. 1248 unt. Andere Belege bei Sickel M. Ö. J. Erg. B. III S. 557 N. 4. — Aldermann z. B. Ölrichs, Bremen S. 398 § 2: de veer oldermans des copmans unde de veer oldermans der ammete. Halberst. U. B. I. 78. 1251: per magistrum suum (der Schusterzunft) et seniorem, qui ipsorum aldermann dicitur.

49) Vier Männer: in Paris stehen vier jurati der Metzger und Weber (Eberstadt S. 41, S. 59); in Etampes an der Spitze der Weber vier gewählte ministeriales (= Handwerker): Ord. XI. S. 287 § 4, § 5. In Köln (Quell. Köln I S. 329) stehen 1149 an der Spitze der Bettzieherweberzunft vier Leute; Ähnliches für die Tüncherzunft in Dinant, in Hasselt: v. d. Linden les gildes marchandes S. 77 ff. Für Bremen ob. N. 48. — Zwölf Männer: so die Pariser Bäckerzunft (Boileau I. 1). Zwei Männer: so z. B. in Chalons s. M.: Barthélemy, Histoire de la ville de Chalons s. M. S. 153 ff., S. 156.

50) Braunschweig. U. B. I. 2. § 55. I. 4: inninge ist gratia vendendi (über diese Stelle Eberstadt S. 182 ff., wo die ältere Litteratur). Stadt Halberstadt I. 26. 1230: cum calcifices civitatis nostre Halb. a prima civitatis ejusdem institutione jus illud, quod inninge dicitur, habuissent — ita quod nulli extraneo ejusdem officii licitum esset in civitate illa idem officium exercere, non communi eorum licentia impetrata. — Wenck II. 139. I. Wetter 1239: item de articulis Institorum, qui Innige vocantur: item quicunque vult exercere mercaturam sive meccanicam, debet acquirere a sculteto et consulibus. — Magdeburger U. B. I. 62: constituimus, ne alienigene opus suum operatum ad forum non deferant, nisi cum omnium eorum voluntate, qui iuri illo, quod inninge appellatur, participes existunt. — Hameler U. B. 22. 79. 1277: item omnes officiales vel operarii manuales habebunt officia sua, que vocantur inninge, a consulibus. — Westf. U. B. IV. 1597. 1280. Höxter: dedimus ghildam sive facultatem eo iure vendicionis et empcionis quo antiquitus habuerunt.

Digitized by Google

Weiter aber gehört die durch die magistri geübte gewerbliche Aufsicht dem obrigkeitlichen Recht an; überall ist die Ernennung der magistri das Primäre und die Wahl etwas Späteres. Die Aufsicht, welche in den einen Gebieten den einzelnen Zunftmeistern zusteht, gehört in anderen Quellen dem Burggrafen zu[51]). In Köln aber ist die Gewerbeschau, welche anderwärts zunächst die Zunftmeister üben, in die Hand der magistri burgensium gelegt[52]). So erweist sich auch in diesen Quellen die Gewerbeschau als eine öffentlich-rechtliche Funktion; nur treten hier keine besonderen magistri als Unterbeamte hervor, sondern die Sachen liegen bei der höheren kommunalen Verwaltungsbehörde. — Freilich kombiniert sich nun diese Gewerbegerichtsbarkeit mit anderem, besonders der Gerichtsbarkeit über die geringeren Delikte der Zunftleute untereinander[53]); einmal ist es gerade diese Gerichtsbarkeit, zu deren Ausübung der Marktmeister der Morgensprache beiwohnen muss[54]).

Es ist wohl denkbar, dass die Zuständigkeit zur Schlichtung der Rechtshändel der Handwerker untereinander eine Folge der Eidgenossenschaft (Bruderschaft) ist, als welche die Zunft überall auftritt. Jedenfalls aber ist es das eidgenossenschaftliche Prinzip gewesen, welches allmählich den Zünften die Wahl der Zunftvorstände gewann. Wie weit die Zunftordnungen, welche so individuell und intensiv das mittelalterliche Handwerk geregelt haben, der obrigkeitlichen Gewerbekontrolle oder dem autonomen Statut ihre Entstehung verdanken, wird im einzelnen schwer auseinanderzuhalten sein.

Zu diesen Elementen, welche dem öffentlichen Recht entstammen, kommen dann aber auch noch herrschaftliche Einflüsse hinzu, und wiederum ist es nicht möglich, vollkommen zu trennen. In den seltensten Fällen wird ein ganzes Gewerbe ausschliesslich

---

51) So in Strassburg (N. 47) und Augsburg, Stadtrecht von 1104 a. 6 § 1, § 2. Stadtrecht von 1276 a. 114 ff.

52) Belege in Abhandlungen für Maurer S. 454, N. 4.

53) So z. B. in Paris die Gerichtsbarkeit über Schmiede und Tändler (N. 57 a. E.).

54) Anhalt III. 81. 1304: protestamur, quod fabris universis civitatis nostre Ascharie libertatem, que a vulgo dicitur inninghe, dedimus in hunc modum, videlicet ut tribus vicibus in anno in ipsorum matutinali colloquio, quod vulgariter vocatur morghensprake, compareant coram magistro nostro fori, qui dicitur marketmeyster, cui excessus, quos in invicem habuerint, emendabunt.

Digitized by Google

als ein herrschaftliches bezeichnet[55]). Häufiger ist das Organ eines ganzen Gewerbes der Hofverwaltung unterstellt[56]). Da aber die Handwerkerabgaben an den Hof zu liefern sind, so gestattet das an sich keinen bestimmten Schluss. Mit grösserer Sicherheit kann man es aber auf Herrschaft zurückführen, wenn die gesetzten magistri der Handwerkerverbände oder die über ihnen stehenden Hofbeamten nicht bloss Gewerbegerichtsbarkeit oder Gerichtsbarkeit über Streitigkeiten der Zunftgenossen untereinander haben, sondern wenn sie auch die Klagen Auswärtiger gegen die Zunftgenossen bescheiden[57]). Auch dann ist es freilich möglich, dass solche Handwerker ursprünglich frei waren und sich allmählich einem engeren, herrschaftlichen Verband angeschlossen haben — Hoflieferanten geworden sind[58]). Hofrechtlichen Ursprungs ist auch die Bezeichnung des Handwerks als Amt; wenn nun eine Angabe von Pariser Gewerben die Gewerbebefugnis durch Gnade des Königs erworben oder von achater le mestier du roy gesprochen wird[59]), so sind das dieselben Gewerbe, die unter königlichen magistri stehen.

3. Überblickt man die Gestaltung des Handwerkerrechts im Norden und Osten, so weicht dasselbe nicht wesentlich von den südlichen Formen ab. Da wie dort sind die Handwerker der Römerstädte in Zwangsverbände gegliedert und den Behörden der römischen Stadtverfassung unterstellt. Da wie dort unterliegen

---

55) So die Weberei sarazenischer Teppiche: Boileau I. 51 § 16: car leur, mestier n'apartient que aus yglises et aus gentis homes et aus hauz homes come au Roy et a contes.

56) So unterstehen die Bäcker, Schmiede, Fripiers (wozu auch Pelzhändler) Handschuhmacher, Schuster von Paris dem Hofbäcker, Marschall, Kämmerer. In Trier stehen die carnifices, pellifices, sutores, fabri, monetarii Juden unter dem camerarius des Erzbischofs (Beyer II S. 400).

57) So in Trier der camerarius für die vorher (N. 56) genannten Gewerbe, er judiziert über alles, ausser über Friedbruch; in Paris hat der magister der Metzger allgemeine Gerichtsbarkeit: Ord. VI S. 594 § 14 und dazu Eberstadt S. 35 fd.; ebenso hat der obere magister der Bäcker über seine Handwerker die niedere Gerichtsbarkeit (Boileau I. 1. § 21; 15 § 13). — Dagegen hat der Marschall über die Schmiede, der Kämmerer über die Tändler nur dann Gerichtsbarkeit, wenn ein Zunftgenosse den andern verklagt (Boileau I. 15 § 13; I. 76 § 9 u. 15). Hier handelt es sich also deutlich um blosse Genossenschaftsgerichtsbarkeit.

58) So in Trier, wo zwar alle pellifices unter dem camerarius stehen (N. 56), aber doch nur ein engerer Kreis wirklich am Herrenhof arbeitet; ähnlich dann wohl auch in Strassburg: ob. N. 42 a. E.

59) Die Belege in Abhandlungen für Maurer S. 400 N. 4.

Digitized by Google

die Handwerker besonderen Gewerbsabgaben und Frohnden an die öffentliche Gewalt. Da wie dort sind aber die Verbände auch Eidgenossenschaften, und damit besitzen sie eine Autonomie, die sie im Lauf der Zeit immer mehr erweitern. So müssen sich eben auch im Norden die römischen Kollegien erhalten haben. Manches Römische, wie die obrigkeitliche Bildung des Kollegs, oder das Amt des magister (prepositus) tritt, wenigstens bei unserem Stand der Quellenkenntnis sogar deutlicher als im Süden hervor. Wenn dann während des 12. und 13. Jahrhunderts in den Elbgebieten ebenfalls solche Kollegien vorkommen, so sind das Kopien, wie ja das ganze dortige Städtewesen dem rheinischen nachgebildet ist[60]). Es wurde damit das freie Handwerk, das man seit der Römerzeit nur als ein organisiertes kannte, auf den Osten übertragen, wo zunächst lediglich ein unfreies Handwerkertum zu vermuten ist.

III. Haben sich die Handwerkerverbände in den civitates unberührt erhalten, so sind dagegen die negociatores und die possessores, welche der höheren Schicht der mittelalterlichen Gesellschaft angehören, in neue Rechtsverhältnisse übergetreten. —

Der Kaufmann schloss sich der hansa[61]), dem Gesinde des Königs, an. Die Kaufmannsgenossenschaft freilich geht noch jetzt auf römisches Recht zurück. Der Kaufmannsstand aber gehört dem neueren Recht an. Die possessores gehen ihrerseits in die Vasallität über, werden Ritter. —

Dabei zeigt dann einmal ein südfranzösisches Stadtrecht, dass die Curia bereits aus lauter Personen besteht, welche Grosshandelsgeschäfte treiben; in anderen südfranzösischen Städten dagegen nehmen die milites noch an dem grossen Konsilium, das ich mit der alten Curia zusammenstelle, teil[62]), oder sie sind eben erst

60) Deutlich ist das in Magdeburg, wo in der Mitte des 12. Jahrhunderts der Bischof zuerst uniones institorum, panicidarum errichtete; die Stellen bei Eberstadt a. a. O. S. 151, dessen Schlüssen in Bezug auf den Schusterbrief ich freilich nicht zu folgen vermag.

61) § 52. II.

62) Dass die curia zugleich die Kaufmannsgenossenschaft ist, folgt aus der Fassung des Rechts von Montpellier und Carcassone c. 82 (Giraud, S. 65) in der Fassung bei Ducange s. v. captalarius (II. S. 151). Der capitularius d. h. ein Geschäftsführer hat Zoll zu zahlen pro ea parte, pro qua pertinet ad eum lucrum jam curiae adquisitum; der gemeinsame Einkauf der Grosskaufleute, den in Montpellier und Carcassone auch das Teilrecht der Kaufleute widerspiegelt (§ 52 N. 29), ist ein gemeinsamer Einkauf für die Curia.

Digitized by Google

ihres Einflusses auf die Kommunalverwaltung beraubt worden[63]). Vielleicht kann es noch hierher gerechnet werden, wenn einmal in einer deutschen Römerstadt neben den burgenses auch die ministeriales, also ritterliche Leute, über die Stadtmark verfügen[64]). Es ist ja wenigstens denkbar, dass manche der römischen possessores in die Ministerialität des Bischofs übergegangen sind. — So ist also die Spur von der Zugehörigkeit der Grossgrundbesitzer zur Kurie nicht ganz verwischt; aber andere Male scheinen diese vollkommen verdrängt durch die Kaufleute, die in der Römerzeit nur ausnahmsweise der Kurie angehörten. Wie die Kaufleute in der städtischen Verwaltung, die nun freilich nicht mehr die ganze civitas befasst, aufsteigen, entzieht sich vorläufig vollkommen der genauen Untersuchung.

§ 26. Comes und judex civitatis.

I. Die civitas der nachfränkischen Zeit steht zu der Zentralverwaltung genau in demselben finanziellen Verhältnis, wie die civitas der römischen Quellen: der Verwalter der civitas behält $^1/_3$ von den Gefällen der civitas zurück. Der Verwalter aber ist jetzt der comes. Noch die ganze merovingische Zeit hat man zwischen comites und graviones geschieden[1]), und damit ist eben gesagt, dass das Amt des comes nicht das auf den Süden übertragene Grafenamt ist[2]). Ebensowenig kann der comes mit dem römischen rector provinciae zusammengebracht werden: denn er ist Vorstand der civitas, während der rector provinciae die viel grössere Provinz leitet. Vor allem aber vereinigt der comes — vom äussersten Süden abgesehen — Civil- und Militärgewalt, während der rector nur Civilgewalt hat. — So bleibt nichts anderes übrig, als den fränkischen comes für den direkten Nachfolger des militärischen comes

— Dagegen in Arles (§ 23 N. 19) besteht das grosse consilium zur Hälfte aus milites und zur Hälfte aus burgenses.

63) Nouv. rev. hist. de droit II S. 381. XI. 1226.

64) Beyer II. 174. 1198. Koblenz.

1) Waitz II. 2 S. 25 N. 1.

2) Auch Brunner II S. 164 nimmt an, dass das Amt des comes „das des Grafen ist". Ein Beleg dafür ist nicht beigebracht, und es gibt auch keinen. Freilich ist das Amt des Grafen und des comes ähnlich: es handelt sich um die hohen Beamten für ein grosses Gebiet. Allein die bewusste Trennung in merovingischen Urkunden ist ganz unverständlich, wenn die comites Grafen waren.

Digitized by Google

civitatis anzusehen, der im 5. Jahrhundert zweimal bezeugt ist[3]) und dessen Existenz man auf eine bewusste Reorganisation Galliens oder des Westens überhaupt unter Julian zurückführen darf[4]). Die Vereinigung der Militär- und Civilgewalt widerspricht ja allerdings dem allgemeinen Verwaltungsgrundsatze seit Diokletian und offenbar auch der Ordnung Galliens durch Julian. Allein in den östlichen Grenzgebieten ist sie im 6. Jahrhundert doch sehr häufig nötig geworden[5]) und das Gleiche mag sich für die zweite Hälfte des 5. Jahrhunderts in Mittel- und Nordgallien ergeben haben: hier führt der magister militum[6]) Aegidius und später sein Sohn Syagrius die Herrschaft, und schon damit ist wenigstens in der Spitze ein Vorherrschen der Militärgewalt über die Civilgewalt angedeutet. Rectores provinciae, die noch 445 in Gallien erwähnt werden[7]), dürften in dem Teilreich kaum mehr vorgekommen sein; denn die Zentralverwaltung[8]), welche solche rectores entsenden musste, hatte die Verbindung mit dem mittelgallischen Römergebiet schon vor dem Untergang des weströmischen Reichs verloren. Die westgotische Verfassung dagegen, die noch in der Zeit voller römischer Souveränität entstanden ist, hat die Trennung von Civil- und Militärbehörde beibehalten; noch in der Interpretation, also im Anfang des 6. Jahrhunderts, wird vom rector provinciae geredet[9]); und Ähnliches mag für das burgundische Recht gegolten haben.

So ist zu vermuten, dass im Reich des Syagrius die Civilgewalt an den Truppenbefehlshaber — die comites civitatis — übergegangen und diese einheitliche Behördenorganisation dann von den Franken übernommen ist. Auch die Franken, die in Mittelfrankreich leben, sind den comites unterstellt; aber freilich

---

3) Brunner II S. 163. N. 12.

4) Zosimus III. 10 (ed. Mendelssohn S. 125): Julian verlässt Gallien, *καταστήσας ταῖς πόλεσι καὶ ταῖς ἐσχατιαῖς πολιτικούς τε καὶ στρατιωτικοὺς ἡγεμόνας.*

5) Die Belege bei Karlowa I S. 863 N. 1.

6) Gregor Tur. hist. II. 11, 12.

7) Nov. Valentiniani 16 § 3: per moderatorem provinciae.

8) Karlowa I S. 854.

9) So besonders deutlich in Cod. Theod. III. 11, wo der Text von ordinaria vel qualibet praeditus potestate spricht, während die Interpretatio dies erklärt als de his iudicibus, qui provincias administrant, vel etiam his, quibus civitates vel loca commissa sunt; dann die Ausführung bei Dahn, die Könige der Germanen VI S. 321 ff.

Digitized by Google

nicht, ohne dass dann der salische teotmallus[10]) bis an die Loire verpflanzt worden wäre.

Freilich hat sich dann schon im Lauf des 8. Jahrhunderts eine Gleichstellung von Graf und comes vollzogen: beide sind die Inhaber der Hochgerichtsbarkeit, des militärischen Aufgebots und der Finanzgewalt für das grösste ordentliche Verwaltungsgebiet, und so ist für die Folgezeit die germanische und die römische Institution nicht mehr zu scheiden.

II. In der spanischen Mark nimmt unter dem comes für die einzelne civitas der judex eine eigenartige Stellung ein. Der comes oder der vicecomes ist im Gerichte anwesend und neben ihm eine Anzahl Vornehmer, gerade so wie im Grafengericht des Nordens. Die Prozessleitung aber hat der judex[11]): es handelt sich also nicht

---

10) § 28 N. 2.

11) Vaissete V. 158. 1000: dum resideret venerabilis Berengarius, gratia dei sedis Helenensis episcopus in pago Rossilionense in vico Elna una cum multitudine clericorum suorum katerva scilicet presbyterorum et ordine levitarum — folgen nun die Namen von Klerikern — laicorum Sonifredus vicecomes Cerdaniense, Bernardus Segovinus, id est Bernardus Ganzbertus, Durundus, Rigulfus, Finardus et aliorum multorum hominum, qui ibidem aderant simul et cum judice, qui iussus est judicare, causas dirimere et legibus definire id est Guillelmus. Es wird nun ein Urkundenbeweis angetreten: et jussit eam predictus judex, ut eandem scripturam in suam presentiam exhibere, sicuti et fecerunt. Et predictus judex audivit eam legentem et relegentem et invenit eam (die Urkunde) mendacem — et pro hac causa interrogavit predictus iudex iamdicto Elderico, si se audebat presumere ad dei judicium; endlich folgt Geständnis. Der Bischof von Elne ist der Sohn der verwitweten Gräfin von Roussillon und übt mit dieser das Grafenrecht aus: so Marca col. 948 ff. 994. — Vaissete V. 168. 1010. in iudicio dompno Wifredo comite et Sendredo judice et in presentia Pontii Olibani, Willelmi Rodolfi Sajoni, et aliorum bonorum hominum, qui ibidem aderant, venit homo nomine Witardus vicarius de Villa Foliano und klagt seine Vicariatsrechte über Kirchengut ein. Unde me Witardi predictus judex, me interrogavit diligenter, si potuebam probare aut ullum judicium veritatis habere, unde alius vicarius tenuisset aut certum abuisset aut non. Vaissete V. 175. 1018 in einem ähnlichen Streit: dederunt (die Parteien) exinde fideiussores in castro Bisulduno ante Bernardo comite. Im Verfolg dieses Prozessgelöbnisses kommen sie ante predicto iudice. — Dieser ordnet nun, wie der Anfang der Urkunde ergibt, einen Eid an: conditiones sacramentorum. ad quas ex ordinatione Sonifrede judici sive in presentia Arnalli et filio suo Arnallo, Mirone et filios suos Adalberto et Odo et Gansfred de Lercio et Ganceberto de Bosonciano et aliorum multorum bonorum hominum, qui ibidem aderant. Marca col. 1015. 1019 im Gericht des Grafen von Barcelona und in dessen und zahlreicher Edlen Gegenwart: nos creati udices Guillelmus, Guiffredus atque Bonusfilius per omnes auctoritates legum,

Digitized by Google

bloss um eine Vertretung des abwesenden Grafen, sondern um ein Handeln in Gegenwart des Grafen; freilich kommen auch ganz selbständige Prozesse vor dem judex vor[12]). Andere Male wird der judex als derjenige bezeichnet, der nach weltlichem Recht die Entscheidung hat[13]). Sehr häufig — auch da, wo der Graf als der Leiter der Verhandlung oder der Disponent erscheint — wird die Urkunde vom judex geschrieben oder die Handlung irgendwie sonst von ihm bestätigt[14]).

---

quae ad hanc rem pertinent consignamus et contradimus in potestate atque jure Ermessendis Comitissae — suprascriptum alodem de Vlastredo. Vaissete V. 233. 1052 sub presentia Gancberti Guillelmi vicecomitis et Udalgarii archidiaconi et Bernardi Geralli de Villanort de Roter et Remundi ostendi de Malloles et Amelii Olovigi de Mallole et Guillelmi Mironis Cireteto et Aldebrandi Bernardi de Tugurio et Poncii Segedii de Elne. — In iamdictorum presentia vel in judicio Petri Widelmi judici testificaverunt testes his nominibus. Vaissete V. 194. 1030 conditiones sacramentorum, ad quorum exordinatione residebat judex Guillelmi Marchus sive in presentia Gaucefredus comes, Wilelmi Adalberti vicecomiti, Amil Petre, Guillelmi Guitardi, Arnallus Sella, Bernardus Wadalli, Witardo Vuitardo, Remundo Adalberti, Seniofredi. Oliba presbiter et aliorum multorum, bonorum hominum, qui ibidem aderant. Testificant testes probati quas profert Udalgarius archipresbiter in faciem de supradicto iudice ad comprobandum volumptatem de cunctam Petri presbyteri. Marca col. 1085. 1044 querelaverunt se coram principibus illorum Poncio scilicet et Gauzfredo et coram iudice illorum Guillermo Marchi et in presentia aliorum multorum bonorum hominum subterius adnotatorum, deferentes magnam querimoniam, dicentes coram praedictis comitibus et judice. Marca col. 1219. 1100. Raymundus Guillelmi Impuritanae sive Petrulatensis atque Rossilionensis regionis judex praecepto rogatuque iamdicti comitis Guilaberti judicium sibi sumens secundum Goticam legem juste et inrefragabiliter — decrevit comitem Guilabertum nihil recti in iis omnibus quae quaerebat habere. — Marca col. 1453. 1018. Der Prozess spielt in iudicio Domini Raimundi comitis conjugisque ejus Ermesindis comitissae residentibus primatibus palatii Borrello Episcopo Ausonensi, Ugone Cervilionensi, Seniofredo Riorubensi, Bernardo sancti Vicentii, Guillelmo Castrovetulensi, Mirone Ostalensi, Gitardo Abbate sancti Cucuphati et aliorum nobilium sive ceterorum virorum ibidem assistentium. — Unde judices Gifredus et Bonusfilius Marchi dederunt judicium confirmantibus iam scriptis proceribus.

12) Z. B. Marca col. 1045 ff. (1030).

13) Marca col. 948. 994 dum residebat nobilis matrona Ermengardis comitissa in comitatu in Valle Asperi in Castronuovo una cum filio suo Berengario Episcopo sanctae sedis Eulaliae Elenensis ecclesiae necnon et cum nuru sua Tolade comitissa et cum suos proceres, qui in predicto commanent comitatu, id est Oliba vicecomes et Miro, Segario, Guillelmo, Fraudulone, Adalberto, Lobatone, et Salomone sajone seu iudices qui iussi sunt negotias seculares dirimire et legibus diffinire, id est Guillelmo et Sonifredo judices.

Digitized by Google

Überall ist der judex für eine Grafschaft (civitas) eingesetzt, und wenn im Gericht eines Grafen mehrere iudices vorkommen, so erklärt sich dies eben daraus, dass der Graf über mehrere Grafschaften herrscht[15]). So kann der judex nicht mit den vicarii

---

14) Marca col. 942. 988 Cerdagne Ervigius presbyter cognomento Marco qui et judex, qui haec scripsit et subscripsit. Col. 966. 1007 diesmal in einer Urkunde des Grafen von Barcelona: Ervigius cognomento Marcho qui et judex, qui haec scripsi die et anno quod supra. — Marca col. 959 ff. 1004 Urgel: antiquitus enim sancitum est et in praecedentium patrum sententiis reperimus scriptum, ut judex de re discussa iudicia conscribat suaque manu roboret, ne fortasse quaelibet in futurum ex hoc intentio moveatur. Quapropter ego Sonifredus judex et Willelmus et Senderedus judices imperante Bernardo gratia dei comite scripturae notitiae statuimus. Marca col. 1049. 1030 Urgel: Arnallus judex, qui hoc anno, laudo, atque corroboro. Marca col. 1105 ff. 1056 Schenkung des Grafen von Barcelona an seine Frau: Willelmus sacerdos et judex, qui haec confirmat col. 1198. 1097. Schenkung des Grafen von Cerdagne an eine Kirche: Berengarius judex atque sacrista qui haec legibus confirmat. — Usatici c. 4: neben den Grossen der Grafschaft stimmen auch die judices Bonifilius Marci und Guillelmus Borelli dem Erlass der usatici zu.

15) Ein Richter in der Grafschaft: Vaissete V. 158; V. 194; V. 233. Marca col. 1046—1049; col. 1106. — Mehrere judices unter einem Grafen: Marca col. 1013. 1019: auf einem von dem Grafen von Barcelona gehaltenen Gerichtstag erscheinen die judices Guillelmus Gerundensis, Gifredus Ausonensis, Bonifilius (Pontius) Barchinonensis; dieselben und Vivas erscheinen in einem anderen judicium des Grafen von Barcelona von 1018 (Marca col. 1453 f.). — Die Richter sind iudices der Grafschaften, die unter dem Grafen von Barcelona stehen (vgl. die Aufzählung von comitatus bei Marca col. 850 [938]), richten in comitatu Barchinonensi, Impuritanensi, Petrulatensi, Gerundensi, Bisuldunensi, Ausonensi, Orgellitanensi, Cerdaninensi, Confluentensi, Rossilionensi vel in pago Bergitano. — Im Gericht des Grafen Hugo von Impurias erscheinen 2 judices (Marca col. 1192. 1091): in der That hat Ugo den comitatus Impuritanus und den comitatus Petralatensis (Marca col. 1176 fd. 1085). — Das gleiche gilt für Gerichtssitzungen des Grafen Bernard von Besalu: auch hier treten zwei judices auf (Marca col. 961 fd. 1004), der Graf besitzt aber auch die beiden Grafschaften Besalu und Fenouilledes (Vaissete IV S. 143, dazu III S. 144 ff.). — Der Graf Raimund von Cerdagne judiziert mit 3 Richtern (Marca col. 1092. 1047). In der That hat der Vater Raymunds die drei Grafschaften Ceritania, Confluens und Bergitanum besessen (Duchery III S. 392. 1135 Testament des Wifred: in primis volo atque praecipio, ut comitatus Ceritaniae cum Castro-Sono et cum ipsa terra quem teneo de Redes et comitatus Confluente cum ipsa terra quem teneo de Rossilione, sit filio meo Reimundo — volo etiam ut comitatus Bergitano simul cum ipsa marchia quae est et debet esse de Bergitano — veniat in manu filii mei Bernardi). Raymund beherrscht nach dem eben erwähnten Testament nur Cerdagne und Confluens, allein er hat auch für 12 Jahre, also gerade bis 1047, die Vormundschaft über seinen Bruder Bernard und deshalb sämtliche Grafschaften in der Hand. Nirgends

Digitized by Google

in den Unterbezirken der Grafschaft zusammengebracht werden und auch vom vicecomes hebt er sich, wie erwähnt, ab. Man darf ihn aber auch nicht allenfalls als den primus scabinio betrachten: denn während dem Grafen als Urteilsfinder die weltlichen nobiles dienen, ist der judex durchweg ein Kleriker[16]) und deshalb gerade zur Abfassung von Urkunden befähigt; ein Schöffe aber, der seine Urteilsfindung allenfalls mit dem Schwert vertreten müsste, kann der Kleriker nicht sein. Einigemal tritt wirklich die Urteilsfindung der nobiles deutlich der Urteilsfindung und Prozessleitung durch den judex gegenüber[17]). Die klerikalen Richter haben aber nicht notwendig die höheren Weihen, wie sie auch manchmal direkt als levitae oder sacristae bezeichnet werden; denn sie sind verheiratet, haben

---

tritt aber später in den Urkunden dieser Bernard hervor, der ihm substituierte Berengarius aber ist Bischof von Gerona (Vaissete III S. 287), und später (Vaissete III S. 631) ist das ganze Gebiet des Wifred in der Hand der Grafen von Cedagne vereinigt, die 1117 ihr Land an die Grafen von Barcelona vererben. So muss Bernard irgendwie weggefallen und müssen die 3 Grafschaften vereinigt geblieben sein. — Marca col. 948. 994 erwähnt 2 judices; auch hiefür bietet sich eine Lösung: in Roussillon sind 3 Grafschaften Valesper, Confluens und Roussillon im engeren Sinn (Marca col. 253). Die letzte ist nun schon seit der Mitte des 9. Jahrhunderts (Vaissete III S. 67 mit N. 31) in Besitz einer Nebenlinie des barcinonesischen Hauses und wird erst 1178 wieder durch Erbgang mit Katalonien vereinigt. Dagegen sind Confluens-Valespir in der Hand des Oliba Cabreta, des Gemahls der in Marca col. 948 genannten Ermengardis. Diese muss gemäss der erwähnten Urkunde noch eine Zeitlang die Regierung fortgeführt haben, nachdem ihr Gemahl gestorben, oder wenigstens schon in ein Kloster gegangen war (Vaissete III S. 140); später kommt das Gebiet an Wifred, den Sohn ihres Gemahls. So können die beiden Richter aus Valespir und Confluens genommen sein. Allein Vaissete V. 158. 1000 gibt noch eine andere Möglichkeit an die Hand: hier erscheint gerade für die engere Grafschaft Roussillon der judex Wilhelmus; das Gericht wird vom Bischof Berengarius gehalten, der irgendwie den Grafen vorübergehend verdrängt haben muss. Dieser Berengarius ist aber der Sohn der Ermengard, erscheint auf dem Gericht bei Marca col. 948 (994) und der eine der beiden Richter heisst Willelmus: so hat vielleicht der Bischof den Wilhelm von Roussillon als seinen Richter mitgebracht. Ich ziehe die zweite Auslegung vor.

16) Martene ampl. coll. I col. 340. 986 Ermengardus sacerdoset judex; dann Marca col. 942. 988. 966. 1007 (N. 14); Marca col. 1952. 1032. Wifredus Levita, qui et judex, Vivus Levita sacerdos et judex; Marca col. 1454 1018. Pontius cognomento Bonusfilius clericus et judex. Seniofredus Guifridus Levita, qui et judex, Vivas sacerdos atque judex Marca col. 1198. 1097 (N. 14).

17) Belege in N. 11, N. 13.

Digitized by Google

Söhne, und einmal vererbt das Amt des judex[18]). Die judices bleiben nicht immer in derselben Grafschaft, sondern werden — offenbar der Seltenheit ihrer Kenntnisse wegen — von einer Grafschaft in die andere berufen[19]). Ihr sozialer Rang ist hoch: sie sind mit dem herrschenden Geschlechte verwandt[20]), gehören zu den optimates[21]), wenn sie auch von ihnen wegen ihrer geistlichen Stellung gewöhnlich geschieden werden. — Die besondere Beziehung des judex zum Grafen wird durch den Namen judex palatii, judex de palatio ausgedrückt[22]). Eine andere Bezeichnung ist praepositus des Gebiets einer ganzen civitas[23]).

Der judex der Grafschaft tritt auch später hervor. Offenbar ist er identisch mit dem judex ordinarius, der zu Ende des 14. Jahrhunderts für Conflans und Capcir fungiert und mit dem judex der Languedok, der im späteren Mittelalter für eine Seneschallie thätig ist[24]). Vor allem hat sich das Amt in dem eigentümlichen justicia major[25]) von Arragonien erhalten, dessen Gewalt im 14. und 15. Jahrhundert dem Königtum fast gleich kam.

---

18) Marca col. 942 (988), col. 966 (1007) (N. 141) kommt zuerst in Cerdagne, dann in Barcelona der judex Ervigius presbyter cognomento Marco vor. Marca col. 1013 (1019) mit 1453 f. (1018) ist der judex von Barcelona Pontius cognomento Bonifilius genannt Marci, also der Sohn des Markus; ebenso Marca col. 1052 (1032) S. Poncii Bonifilii Marci praepositi et judicis Barchinonensis.

19) So das — freilich nicht ganz sichere — Beispiel des Wilhelm von Roussillon N. 15 a. E. das Folgende: Sendredus ist bald judex der Cerdagne bald von Besalu Vaissete V. 168. 1010. Marca 1057. 1058. 1034. 1. — Der judex Marchus Guillelmi bei Vaissete V. 194. 1030 im Gericht des alten Grafen von Roussillon wird (Marca col. 1085. 1044) noch von den beiden Söhnen, die die Grafschaften geteilt haben, verwendet.

20) Marca col. 947 (993) erscheint ein judex Guischafredus als Verwandter des Bischofs Berengar von Elne, der selber ein Sohn des Grafen Oliba Cabreta ist.

21) Marca col. 1046 unt. 1030 der judex Arnallus steht zu Ende einer Aufzählung der Optimaten des Grafen von Urgel.

22) Marca col 1045. 1030 ego Bonus filius Marci judex palatii. Marca col. 1373. 1179 judex de palatio. Marca col 1374. 1179 ebenso.

23) Marca col. 1052 (1032) Pontii Bonifilii Marci praepositi et judicis Barchinonensis.

24) Revue hist. de droit X S. 261. 1371 — ego Bernardus de Junceto judex ordinarius Confluentis et Capcirii. — Über die judices in Languedok Boutarie Saint Louis et Alfonse de Poitiers S. 352 f. und das dort Bemerkte, das (auch S. 160 fd.) den Zusammenhang nicht erkannte. — Auch der vicarius von Gerona (España sagr. 44 S. 301 f. 1302), der vicarius des Königs für den ganzen episcopatus ist, wird hierher gehören.

25) Marichalary Manrique historia de la legislacion — de España VI S. 264 fd.

Digitized by Google

Sucht man aber nach älteren Anknüpfungen, so begegnet die Sache wieder in den vicarii oder judices für einen ganzen comitatus oder eine ganze civitas[26]), wie sie im Recht der Lenzewok vorkommen; vielleicht dass bereits der Vicar von Toulouse, der im 9. Jahrhundert eine hohe Geldstrafe über den Bischof verhängt, hierher gehört[27]).

Eine andere Gleichung ergeben die Usatici. Hier ist Vertreter des Grafen in der Hochgerichtsbarkeit und derjenige, dem der Unterthaneneid des Vornehmeren geleistet werden muss, der potestas[28]), dessen Namen schon die Vertreterschaft ausdrückt; weder mit den vicecomites und noch weniger mit den lokalen vicarii kann er identifiziert werden, und so bleibt nichts anderes übrig, als ihn dem judex gleichzustellen. Potestates fungieren wiederum in der Provence[29]), wo früher auch judices getrennt von vicarii vorkommen[30]). Freilich ist hier eine Übertragung aus Catalonien nicht unmöglich; denn es regiert eine Nebenlinie des Hauses von Barcelona. Dann aber gehören die potestates vor allem dem Recht Italiens an, wo sie in scharfem Gegensatz zu den Consules stehen[31]). Genauer die Spur zu

26) Vaissete VIII. 338. II. 1241 vicarius Rosilionis. VIII. 446. 1254 10 jurabunt etiam judices et locorum vicarii singulorum, quod nec ipsis senescallis vel eorum uxoribus etc. quidquid dabunt. 11: vicarios autem, quos senescalli quandoque per se substituunt, volumus ab ipsis institui, nisi prius sub forma predicta prestiterint juramentum. Vaissete X. 57. 1288 item vicario Biterris, item vicario Minerbesii, item vicario Albie et Albigesii, item vicario Fenoledesii. — Als judex dem senescallus für die ganze Grafschaft subordiniert und den vicarii (ballivi) der einzelnen Unterbezirke übergeordnet erscheint der Beamte in Vaissete VIII. 439 bei sine consilio et consensu senescalli et judicis. — Auch Teulet I. 288. 1178 — ex auctoritate domini R. comitis a Bertrando Riperto, ejus existente vicario — gehört wahrscheinlich hierher.

27) Vaissete II. 117. 844.

28) Usatici § 48, § 10, § 94, § 95. Hier ist von mehreren potestates die Rede; das katalonische Gebiet befasst eben mehrere Grafschaften. § 97 potestates kontrollieren den öffentlichen Frieden, § 94 sie haben die Kriminalgerichtsbarkeit gegen Kriminalverbrechen, § 124 sind die ordentlichen Grossrichter mit grosser familia; an ihrer öffentlichen Mahlzeit nimmt alles teil; § 48 das juramentum fidelitatis der milites nimmt der potestas ab.

29) Arles: Germain Montpellier II. 32. 1237. Papon II. 47. 1228; II. 48. 1230; II. 50. 1231; II. 70. 1248; Marseille und Avignon. Méry I. S 324. 1226.

30) S. Victor II. 1061 Anfang des 11. Jahrh.: cunctis ministerialibus rempublicam ordinantibus, cunctis civilibus Arelatensis audientibus ducibus, vis commitibus, scavinos, judices et vicarios seu vavussuris.

31) So die bekannte Stelle bei Otto Fris. gesta Frederici II. 13 denique ibertatem tantopere affectant, ut potestatis insolentiam fugiendo consulum

Digitized by Google

verfolgen ist ohne ein Eingehen auf die italienische Städteverfassung unmöglich.

Der judex, praepositus oder vicarius des comitatus oder der civitas, der bis in das 10. Jahrhundert hinaufgeführt werden kann, ist weiterhin zweifellos mit dem westgotischen judex, praepositus vicarius[32]) identisch, und die Frage ist nur, worauf dieser judex civitatis des westgotischen Rechts zurückgeht. Undenkbar ist es, dass das Amt, welches im 10. und 11. Jahrhundert einen derart unkriegerischen Charakter besitzt, dass der Inhaber die niederen Weihen hat, ein Amt der Gotenkrieger war. Es muss der Sphäre der Civilgewalt, den Behörden über die Romanen, entstammen. Nun trifft man den judex civitatis ganz deutlich in der interpretatio der l. Romana Visigothorum wieder und zwar eigentlich schon als den normalen Richter[33]), aber immerhin noch unter den judices provinciae. — Im Osten entsprechen diese vicarii oder judices civitatum den *τοποτηρηταί*, welche die Provinzialstatthalter für die civitas (*πολις*) einsetzen[34]). Die Zentralregierung sucht die-

potius quam imperantium regantur arbitrio. Über die italienischen Belege für potestas: Ficker, Forschungen zur Reichs- und Rechtsgeschichte Italiens II S. 181 fd., Pertile storia del diritto Italiano II S. 79 fd., deren Ableitung ich freilich nicht zustimmen kann.

32) l. Visigoth. II. 1. 29; V. 6. 3; VII. 4. 2; IX. 1. 6 (Zeumer). Dahn (Könige der Germanen VI S. 341 N. 10) leugnet die Identität von iudex civitatis und vicarius. Allein der Beleg, auf den er sich beruft (l. Visigoth. II. 1. 29), hat nicht den von ihm behaupteten Inhalt: es wird der judex nicht vor dem vicarius, sondern dem comes civitatis oder ante eos, quos ad suam personam comes elegerit verklagt. Im übrigen aber muss der judex civitatis ganz notwendig mit dem vicarius identisch sein: so l. Visigoth. III. 6. 1, wo als die drei Richter, welche gegen rechtswidrige Ehescheidung einschreiten, der comes civitatis vel vicarius aut territorii judex genannt ist: da der judex territorii mit dem detachierten Kurialrichter (unrichtig Dahn VI S. 342 N. 6) identisch ist, muss der vicarius mit dem judex civitatis zusammentreffen, der ja der ordentliche Richter der civitas ist und nicht übergangen werden konnte. — Das Gleiche gilt für die Aufzählung ducibus vel comitibus, thiuphadis atque vicariis (l. Visigoth. V. 1. 6. IX. 2. 8. 9 [Walter]) oder comes, vicarius, villicus, praepositus, actor aut procurator (VIII. 1. 5 [Zeumer]).

33) C. Th. III. 11. (ob. N. 9); C. Th. 16. 1. 3: hier ist das ab ordinariis extraordinariisque judicibus mit judicis in civitate wiedergegeben. Paulus receptae sententiae I. 7 § 2: wo die Vorlage von einer in integrum restitutio durch den praetor spricht, redet die Interpretatio von einer in integrum restitutio durch die iudices civitatum.

34) Nov. Iust. 8 c. 4. *ἐκπέμπειν ἐν ταῖς πόλεσιν τῆς ἐπαρχίας τοὺς καλουμένους τοποτηρητάς*; 15 pr. c. neben und statt des *ἔκδικος* (defensor) — also für die *πόλις* — werden missbräuchlich von den Provinzialstatthaltern *τοπο-*

Digitized by Google

selben allerdings zu beseitigen, wohl um den Bischof und der Lokalaristokratie den Einfluss auf die Verwaltung der civitas zu sichern: beide Faktoren treten ja auch im Ostreich immer stärker hervor. Jedenfalls zeigt die häufige Wiederholung des Verbotes, wie eingewurzelt das Institut war. — Im Westen aber sind die Civilbeamten, die die Reichsgewalt für die civitas einsetzt, in dem Bericht zu erkennen, der uns über Julians Verwaltungsorganisation in Gallien überliefert ist; die civilen Beamten für die ganze *πόλις* stehen neben den militärischen [35]). — So hat sich der ganze Apparat der römischen Civilverwaltung für das westgotische Recht in dem römischen judex civitatis konzentriert. Der rector provinciae, weil er durch die römische Zentralgewalt ernannt wurde, ist mit derselben weggefallen; sein Vertreter für die einzelne civitas aber ist geblieben. Der comes der Germanen und die vornehmen Germanen wohnen zwar wohl auch dem Gericht des judex bei, oder umgekehrt. Aber dann zeigt sich immer, dass der judex der eigentliche Richter ist und die anwesenden vornehmen Krieger ein fremdes Element ausmachen [36]). — In dieser Weise hat sich im Gotischen die allmähliche Vereinigung des militärischen und civilen Beamtenwesens vollzogen, und die erfolgte Kombination haben dann die Franken für das westgotische Gebiet übernommen. — In Mittel- und Nordfrankreich — dem Reich des Syagrius — fehlt es an jedem analogen Amt — ein Beweis mehr dafür, dass hier lediglich eben eine einheitliche — militärische Verwaltung zur Zeit der Unterwerfung unter die Franken bestanden hat [37]). — Dagegen entspricht der judex deputatus des burgundischen Rechts, von dessen Gericht der Rechtszug unmittelbar an den König geht und der

τηρηταί ernannt; 17 c. 10. *τοὺς γὰρ δὴ καλουμένους τοποτηρητὰς διδόναι τοὺς ἄρχοντας ἐν ταῖς πόλεσι τῆς ἐπαρχίας — ἀπογορεύομεν.* 28 c. 4; 29 c. 2; 30 § 7; 128 c. 20.

35) Ob. N. 4.

36) Sehr klar und früh tritt das im Recht von Bigorre § 28 (Giraud I S. 23) hervor: nunquam judex sit comes aut episcopus nisi episcopus de solvendis animabus.

37) Beiläufig will ich darauf hinweisen, welche Bedeutung für die Geschichte des römischen Rechts im Mittelalter diese romanischen judices civitatis und dann die advocati oder syndici der grossen Kommunalverwaltungen des Südens gehabt haben müssen. Man ist fast versucht, die exceptiones Petri, deren Zusammenhang mit der katalonischen Gesetzgebung ja feststeht (Ficker M. Ö. J. Erg. Bd. II S. 240 fd.), auf einen Petrus zu beziehen, der unter den katalonischen judices zu Anfang des 11. Jahrhunderts einigemal erwähnt wird. Ich kann hier die Sache nicht weiter verfolgen.

Digitized by Google

offenbar Hochgerichtsbarkeit hat, dessen Amtsbezirk dem des comes entspricht, aber dessen Amt dem des comes gegenübersteht [38]), vollkommen dem judex der gotischen und französischen Quellen.

§ 27. Vicarius, Vicecomes und Castellanus.

I. 1. Die Civitas, das Amtsgebiet von comes und judex, ist in territoria zerlegt. Es ist nun im vorigen bereits die kommunale Verwaltung dieser territoria durch die Civitas untersucht worden [1]). Wo man besonders präzis sein will, wird das Wahlamt und sein Bezirk durch die Bezeichnungen centena, centenarius von der obrigkeitlichen vicaria, dem vicarius geschieden. Da auf der anderen Seite die Kompetenzen vollkommen identisch sind, wirft man schon in der fränkischen Zeit beides zusammen. So entsteht die Frage nach der Rechtsstellung des vicarius, in dessen Reihen häufig auch der defensor überging.

2. Im ganzen französischen Gebiet ist der vicarius, viarius, viator [2]) der Richter einer Unterabteilung der Grafschaft. Besonders deutlich sind die Verhältnisse im Norden. Hier befasst die vicaria die mittlere Gerichtsbarkeit [3]). Will man genauer sein,

---

38) l. Burgund. praef. c. 5, c. 12.

1) Ob. § 23 N. 74 f.

2). Martene ampl. coll. I col. 420. 421. 1050 zuerst wird Wilhelmus vicarius genannt, später in der Unterschrift heisst es, S. Normanni viatoris regis S. Hamelini fratris Wilhelmi vicarii, S. Ganfridi filii Wilhelmi viatoris. Mit via hat sonach die Sache gar nichts zu thun. — Dagegen ist es wohl möglich, dass die häufige Form voerie für vaarie sich mit der romanischen Bezeichnung für advocatio berührt hat, da ja die advocatio in der Gerichtsgewalt häufig mit der vicaria zusammentrifft (§ 40 N. 28).

3) S. S. rer. franc. XI S. 594. 1057 Soissons. omnem autem justiciam scilicet infacturam (jedenfalls infracturam) („Friedensbruch"), vicariam et omnia ad justitiam pertinentia predictus locus sancte Marie Suessonensis puellarum ecclesie sine banno habeat. Gall. christ. XIV col. 83. 1127 Touraine: donamus — vicariam, forisfactum sanguinis, glandem nemoris. Teulet I. 16. 1040 Vendome: Graf überträgt in castro Vindociniensi terram ad burgum faciendum cum rapto et furto et incendio, vicaria et banleuga et consuetudinibus universis. Teulet I. 72 aus 1140 bannum similiter et sanguinem et vicariam cum omnibus justitiis. Teulet I. 284. 1177 Poitou: vicariam etiam ejusdem partis cum omnibus libertatibus et liberis consuetudinibus ad comitem Andegavensem pertinentibus concedo eis et confirmo. De furto autem et sanguine et raptu et de aliis omnibus forefactis concedo eis justitiam et omnem questum retentu mihi per ballivos meos exsecutione justicie de vita et membris. Ec. des chartes 2 sér. t. 1. S. 68. 1191 § 14 Merue bei Beaumont: de terris autem quas jurati nostri habent in viaria nostra — viatorem vel justiciam nostram

Digitized by Google

so wird zwischen der alta und bassa vicaria unterschieden: die erstere umschliesst dann als selbständige Blutgerichtsbarkeit die justitia latronis und den Königsbann, während die bassa viaria Blutgerichtsbarkeit nicht enthält und nur mit der kleinen Emende von 7 1/2 Sol. operiert[4]). Im übrigen haben zwar die vicarii

requirent; dem nun folgenden Zusammenhang nach urteilt der viator nur über die niederen Delikte, während die schweren der misericordia des Grafen vorbehalten bleiben. Varin I S. 366. 1171 donavimus venerabili domino et patri nostro Henrico Remorum archiepiscopo bannum et justitiam, viatoriam et sanguinem Ol. I S. 776. XVI. raptum multrum vel alia ad altam justitiam pertinentia setzt das Gericht der viaria entgegen Ol. I S. 768. Paris. König schenkt viariam, sanguinem, furtum. Ol. I. S. 792 VI. Conquirentibus hominibus de castris Subtus montem Letherici de Petro de Castris, armigero, quod cum nullam in eos haberet justitiam preter vicariam — ipse Petrus de omnimodo justicia — justiciabat eosdem. Urteil: Petrum — fuisse in saisina iusticiandi ibidem — de multro et alta justicia sicut et de bassa.

[4]) Trémault Marmoutier S. 53. 1066—1075. Deinde (Nithardus) movit aliam calumniam dicens vicariam molini suam esse; quod Guismundus (der Besitzer der Mühle) ita falsum esse probavit, ut habuerit ibi quendam Audaldum hominem, qui fuit molinarius ipsius molini, qui cum furtum fecisset de annona ejusdem molini, constrinxit eum Guismandus coram Gisleberto patre Nithardi et fecit eum emendare furtum 3 libras denariorum. Ol. I. S. 363. V. questio erat — super justicia viarie apud Karolivannum, quia quilibet eorum dicit ad se pertinere predictam justiciam viarie — später wird entschieden: quod ecclesia S. Germani — remaneat in saisina justicie bufe, conviciorum et aliarum huiusmodi levium injuriarum, item justicie trefundi, mobilium et catallorum. Item quod ecclesia S. Dionysii remanet in saisina justicie meslecarum atrocium citra occisionem et justicie latronis in domibus dicte ville et pertinentiis domorum. — Ol. I. S. 758. XV. priore Sancti — Eligii Parisiensis petente sibi reddi Theobaldum Marie hospitem suum de Messia, detentum a ballivo Stampens pro suspicione latrocinii, non tamen captum ad presens forisfactum, ostendente etiam cartam regis Philippi in qua continebatur quod dictus prioratus Sancti-Eligii in dicta villa de Messia et per totum territorium et per totum honorem Feritatis Aelesie habet viariam: visa dicta carta usuque dicti prioris super hoc intellecto pronunciatum fuit et ballivo preceptum quod dictum Theobaldum redderet ipsi priori. Ol. I S. 655 XIV. audito — per ipsum ballivum, quod abbas habet justiciam latronis et bassam viariam. Et. S. Louis I. 42 tuit gentil home qui ont vaarie en lor terre, pandent larrons de quelque larrecin qu'il onques aient fait en lor terre; hiezu die Glosse v. 1385 (Beautemps I S. 224 f.): aucuns sont qui ont simple voerie; quant ilz prennent larron en lor fié, ilz le rendent au souverain pour en faire justice — mes je n'entens pas ici a dire de cette voerie basse, aincois di de haulte voerie, qui porte 60 sous en Anjou et en Maine 6 livres. — Die Befugnis zur Erhebung des Königsbanns schon Ol. II S. 232 XV. Bourges: pro Jacquelino Trussel viario Bituricensi judicatum fuit, quod in emendis pro transgressione monetarum usque ad sexaginta sol. et infra tertiam partem habebit, sicut habet in aliis

Digitized by Google

auch die übrigen Kriminalverbrecher zu verhaften und hinzurichten, und soweit auch einen Anteil an den Gerichtsgefällen (Konfiskation), der selbst als vicaria bezeichnet wird, aber die hohe Gerichtsbarkeit geht ihnen ab[5]). Ueberall hat der vicarius

---

emendis. Giry Et. de Rouen II S. 133 § 4. 1352 volumus, quod predicti habitatores et ipsorum communitas habeant jurisdictionem seu vigeriam mulctandi illos de communitate sua, dumtaxat usque ad sexaginta solidos et unum denarium in casibus, in quibus consuetudo patrie hoc requirit. — Ganz deutlich sind dann die homologierten coutumes: hier ist die grande voerie mit der justiche moyenne identisch: Richebourg IV S. 602, Touraine v. 1507 II § 1 le signeur qui a moyenne justice appellée grand voerie peut cognoistre à ses assisses toutes causes réeles et personelles dont l'amende n'excede soixante solz, es choses concernans ladite moyenne justice, IV S. 646 Touraine 1559 c. 39 ebenso: IV S. 469 Maine c. 43, c. 44 III S. 1049. Blois c. 21. Zur moyenne justice aber gehört die Blutgerichtsbarkeit über die latrones und der Königsbann von 60 sol: Richebourg II S. 711 Senlis c. 26 sous le nom de moyenne justice ledit prevost a et peut avoir cognoissance de larcin commis en furt III S. 1049 Blois c. 23 IV S. 469 Maine c. 44; mit der letzten Fassung ist dann auch der grand coutumier de France 4 c. 9 zu vergleichen — II S. 796 Valois c. 4; III S. 430 Melun c. 16; IV S. 469 Maine c. 43; IV S. 603 Touraine v. 1507 cap. II a. 10 IV S. 744 Poitou c. 9. — Umgekehrt ist die basse voerie nur auf die emenda von 7½ sol. beschränkt: Richebourg III S. 1049 Blois c. III a. 27 le bas justicier qu'on appelle simple voyer a cognoissance sur ses subjects et estagers de toutes actions personelles civiles dont les amendes n'excedent point la somme de sept sols dix deniers tournois.

[5]) Arbois I. 26. 978 Saumur: decrevimus, ut nullus fidelium nostrorum, cui castri Salmurii concesserimus provisionem in omni parte S. Florentis ullam exactionem praesumant inferre — nisi solummodo de incendio vel furto seu raptu aut etiam homicidio externorum hominum; quae si fuerint reperta a praeposito ipsius potestatis judiciariae districtioni tradantur nec hac occasione vicarius potestatem ingrediatur. Ch. de Roland v. 3952: li reis cumandet un son veier Basbrun: „Va si's pent tuz à l'arbre de mal fust". Martene ampl. coll. I col. 544/545. Lemans, Ende des 11. Jahrhunderts: si quis vero exstraneus aut in latrocinio aut in aliquo crimine ibi deprehensus fuerit ablatis rebus omnibus, bene flagellatus corpus nudum ad justitiam corporalem faciendam, quam monachi pro Deo et pro suo ordine facere nolunt, vicariis meis reddatur. Gall. christ. II col. 332 11. Jahrh. De quatuor autem causis raptum, furtum, homicidium, incendium (?), medictatem vicarii accipiant, aliam dimidiam monachi habeant. Omnem autem clamorem quiscunque hominem se clamaverit de intus in terra S. Maxentii, monachi rectum faciant sine ullo homine pertinente. Et si foras terram S. Maxentii vicarii clamum habuerint, ipsi districtum accipiant. Dachery III S. 378. 1166 concedimus quoque eisdem monachis ut nulla in eorum terra vicaricia dominetur potestas nisi de furto aut homicidio seu incendio. — Direkt als ein Bezug von den Gefällen der Blutgerichtsbarkeit tritt die vigaria in folgendem auf: Gallia christ. II col. 481. 1047 consuetudinem etiam illam que vigeria dicitur scilicet de homicidio, de furto, raptu,

Digitized by Google

die Immobiliargerichtsbarkeit[6]; nur die Blutgerichtsbarkeit — wieder abgesehen von der Bestrafung der Räuber — ist ihm, wie gesagt, entzogen. Er hält auch die placita legitima (assisses)[7].

3. Dieselbe mittlere Gerichtsbarkeit, die dem vicarius in den Quellen des Nordens und der Mitte zukommt, besitzt er auch im Süden. Der vicarius locorum — von diesem ist jetzt die Rede — hebt sich — allenfalls unter dem vieldeutigen Namen ballivus — scharf von dem vicarius oder judex der ganzen Grafschaft ab, der vorher besprochen worden ist[8], tritt dagegen in der zweiten

---

incendio Deo et B. Mariae sinimus; dann in einer südlichen Quelle. die gleich hier erwähnt werden mag: Brussel, usage des fiefs II S. 726 Montpellier 1103 sed si de militibus Montispessulani vel de uxoribus illorum ego Willelmus dominus Montispessulani averum habuero propter placita Montispessulan, habeas inde vicariam tuam: hier ist die vigaria deutlich ein Anteil am konfiszierten Vermögen. — Am Königsbann hat der vicarius 1/3 (Ol. II S. 232 XV); wie gross der Anteil am konfiszierten Vermögen war, lässt sich nicht sagen. — Lot (nouv. revue hist. de droit XVII S. 281 fd.) hat diese und ähnliche Stellen missverstanden und eine Hochgerichtsbarkeit des vicarius behauptet, die allem, was wir sonst wissen, widerstreiten würde: in Wirklichkeit handelt es sich in keinem der Belege um anderes als Verhaftung, Vollstreckung des Todesurteils oder Anteil an den Gefällen.

[6]) Schon öfters im Bisherigen z. B. Ol. I S. 363. V (N. 4), wo die justicia trefundi zur vicaria gerechnet wird; dann die Urkunde bei Violet IV S. 304, 1208, wo auch das latrocinium zur alta vicaria gezählt wird, dagegen die quaestio de fundo terrae wie die de debitis zur minor iustitia gehört; dann durchweg in den homologierten Coutumes.

[7]) Der mir zugänglichen Belege über die tria placita in Frankreich sind wenige, wenn sie auch die Existenz des Instituts in Frankreich bezeugen, und von diesen wenigen Belegen sprechen die meisten von der Abhaltung der tria placita durch den prepositus, der den vicarius verdrängt hat; aus der alten Zeit kann herangezogen werden Teulet I. 371. 1190: vicarii civitatis bis in anno veniunt in castrum ad justiciam castri tenendam — vorher comes Andegavensis nullam prorsus justiciam habet nisi in duobus temporibus infra determinandis, quando scilicet viarii comitis sint in castronovo et tunc eandem habent consuetudinem ibi quam alibi in Castronovo. — Später sind die quatre assisses der mittleren Gerichtsbarkeit in den homologierten Coutumes bezeugt: Richebourg IV S. 646, Touraine 1559 § 39 et sera tenu ledit moyen justicier faire tenir ses assisses quatres fois l'an.

[8]) Vaissete VIII. 446. 10. 11 (abgedr. § 26 N. 26). — Vaissete VIII. 446. 25: eos sane qui baillivias nostras tenuerint aliis easdem defendere prohibemus. Sedt etsi plures emptores fuerint, unus tantum jurisdictionem exerceat et immunitate gaudeat in cavalcatis, talliis seu collectis et aliis honoribus publicis, qua vicarii consueverunt gaudere; Vaissete VIII. 439.

Digitized by Google

Hälfte des 13. Jahrhunderts unter der vieldeutigen Bezeichnung vicarius auf.

In manchen Quellen des 13. Jahrhunderts hat er freilich schon eine allgemeine Blutgerichtsbarkeit[9]). Allein auch dann fehlt einiges zur vollen Hochgerichtsbarkeit: das katalonische Recht verweigert den vicarii die Befugnis zur selbständigen Folterung ohne Genehmigung des Königs oder des judex[10]); nach einem Gesetz der Grafschaft Toulouse von 1254 haben sie zwar die Inquisition und Kriminalgerichtsbarkeit, können aber Kompositionen nicht ohne Genehmigung des Seneschalls oder des judex der Grafschaft annehmen[11]).

Anders stellt sich nun aber das Bild in älteren Urkunden. In einer Auseinandersetzung zwischen dem vicecomes und dem vicarius von Nîmes ist dem letztern die Blutgerichtsbarkeit nicht zugeschrieben[12]). Ähnlich haben in St. Antonin (1147) die vicecomites die hohe Gerichtsbarkeit und die vicarii nur einen Anteil an dem konfiszierten Vermögen[13]). In Montpellier verfügte der Stadtherr 1103 unbedenklich über die vicaria[14]), und doch hat ihm noch kurz vorher der Graf von Substantio die Gerichtsbarkeit in Blutsachen bestritten[15]).

So ergibt sich auch hier bis tief in das zwölfte Jahrhundert herein die Unzuständigkeit des vicarius in Kriminalfällen. Die Kompetenz des späteren Rechtes aber wurde nach meiner

---

9) Gall. christ. II col. 292. 1236 bei Bordeaux: ipse tamen dominus rex, sicut credimus dedit postea vicarias suas paucis quibusdam militibus suis, qui sanguinis justitiam vice ipsius exercent in toto vel in parte. — Ebenso sind in der Provence im Anfang des 14. Jahrhunderts die vicarii Hochrichter und der senescallus nur judex appellationum (Giraud II S. 74).

10) Marca col. 1416 (1228) c. 13 denique inviolabili constitutione sancimus, quod vicarii nostri inquirere non incipiant a quaestionibus vel a tormentis sine cognitione judicis vel praecepto principis.

11) Vaissete VIII. 439

12) Menard. Nîmes I. 26. 1161: latronum custodia et cohertio minor id est vincire, verberare, tondere, in custello ponere ad vicarium pertinent; maior autem asperitas sive vindicta, ut est membrorum truncatio ad vicecomitem.

13) Teulet I. 86.

14) Vaissete V. 415: Hierher gehört dann die bei Brussel II S. 726 N. 5 abgedruckte Urkunde.

15) Vaissete V. 346. 1080 de ipsas cogocias et de ipsos raptus et de ipsis homicidiis: über die Zuständigkeit dieses Grafen auch die series episcop. Magalonae Insulae bei Labbé nova bibl. manuscr. I S. 799—801.

Digitized by Google

Auffassung durch die Landfriedensgesetzgebung, die im Süden zunächst an den Königsbann anknüpft, veranlasst; diesen aber erhebt der vicarius. Im 13. Jahrhundert ist ja die Kriminalstrafe an Setlle des Banns getreten. Freilich wird man für ganz bestimmte Behauptungen reicheres Material besitzen müssen, als mir zu Gebote steht[16]).

4. Ausser mit der Gerichtsbarkeit hängt das Amt des Vicars deutlich mit dem Königszins zusammen[17]), der direkt als vicaria bezeichnet wird. — Ferner hat der Vicar die Aufsicht über die Strasse. Die letztere ist aber auch da geblieben, wo die sonstige Zuständigkeit des Vicars vom praepositus annektiert worden ist, so dass nun das Amt wesentlich in Strassenpolizei umschlägt. Diese Verdrängung des Vicars durch den praepositus, einen Patrimonialbeamten, wird später ausführlich geschildert werden[18]). Im Süden ist sie nicht eingetreten; hier bleibt der Vegüer der Mittelrichter. —

In den letzten Jahrhunderten des Mittelalters ist freilich auch der praepositus des Nordens in die Hochgerichtsbarkeit hineingewachsen; aber das ist ein Prozess, der jenseits der zeitlichen Grenzen meiner Erörterung liegt.

5. Das Vorausgehende hat nun aber eine Scheidung der hohen und der niederen vicaria ergeben. Die erstere befasst die Kriminalverfolgung der Diebe und die Erhebung des Königsbanns, die letztere handhabt lediglich die emenda von 7 1/2 sol.

Nun werden zunächst in kirchlichen Herrschaften vicarii für einzelne geschlossene Dörfer erwähnt[19]): es handelt sich also

16) Die Bemerkungen von Boutaric (éc. des chart. 4 s. t. 1. S. 207) sind unzureichend.

17) § 3 N. 28.

18) § 57 N. 34.

19) Cart. de Beaulieu 50. 971. Für die einzelnen gutsherrlichen Dörfer werden servi vicarii eingesetzt; sie beziehen von jedem mansus vier Denar. Gall. christ. VIII col. 480, angeblich aus der Karolingerzeit: in Belsia quoque concessimus villam unam quae Balebrici villa dicitur, cum terris arabilibus et omnibus ad eamdem villam pertinentibus, justitiam quoque ipsius potestatis id est vicariam. Vaissete V. 646. I. 1162. Jemand bekennt, quod vicariam de Portis et quidquid habeo in tota villa teneo a sancto Petro de Silvo et a te Ugone priore. — Guigue, cartulaire Lyonnais I. 212. 1225 der villicus der bischöflichen Kirche in Coindreu wird im Verlauf des Textes als vicarius bezeichnet. — Damit steht es im Zusammenhang, wenn servi der Grundherrschaft als vicarii vorkommen: Besly Poitou S. 329 bis 1048: concedimus, ut omnes prepositi eorum (der Grundherrschaft) et vicarii et sutores etc.; Salmon livre des serfs 43. 1053—1064: quendam sui juris colibertum

Digitized by Google

um Dorfvorstände. Einigemal aber ist diese vicaria von einem Träger der öffentlichen Gewalt deutlich an die Kirche übertragen[20]), und das weist schon darauf hin, dass ursprünglich für das Dorf eine öffentliche vicaria bestanden hat.

In der That kennen die Urkunden öffentliche subvicarii[21]) unter den vicarii. Nach einer katalanischen Quelle setzt sie der vicarius für die einzelnen villae oder parochiae ein[22]); die exceptiones Petri aber fassen den subvicarius als ordentlichen Instanzrichter unter dem vicarius[23]). So erkennt man die Existenz eines königlichen Beamten für die einzelnen Orte. — Damit stimmt das nordfranzösische und zum Teil auch das niederländische Recht überein, wo für die einzelnen Orte ein obrigkeitlich ernannter maior vorkommt; dieser hat die Emenda von 7½ sol. und die justitia de catallis[24]). Da nun in Mittelfrankreich der bassa viaria dieselbe emenda zugeschrieben wird und in ganz Südfrankreich die emenda

---

Petrum nomine cognomento Bonardinum filium Gauzberti vicarii de Monte Laudiaco.

[20]) Trémault S. 213. 1060: ein Rainardus miles schenkt Grundstücke an das Kloster: quamdiu ergo qui illum dederat advixerit Rainardus, solidam ac quietam et absque ullius calumnia eam habuimus; sed eo defuncto, Hilduino quoque nostro monacho illiusque terre preposito similiter defuncto, Fulcodius (Sohn des Rainardus) supradictus eam nobis inquietare cepit et calumniari mentiens monachum illum nostrum terre illius fuisse vicarium ideoque iustum fuisse, ut relevaretur quandoquidem esset defunctus. S. 85. 1070 notum sit, quod manum firmam dedit nobis Otbertus moriens apud Vindocinum, calumniatus est nobis Gaufridus de Turniaco dicens nos devere relevamentum dare secundum pretium terre et habere vicarium in ea. — Direkt tritt die Vergabung der vicaria auf. Cluny IV. 3486: ein castellanus schenkt neben Grundstücken vicariam. Si vero vicarius eam habere voluerit, habeat per manum abbatis.

[21]) Vaissete V. 568. II. 1147. Confirmamus cum vicariis et retrovicariis: Ord. I S. 2. 1051 in Orleans viarius und subviarius unter prepositus; Oliver Historia del derecho de Cataluña II S. 128: unter dem vicarius von Tortosa ein subvicarius; Méry Marseille II S. 137 hat vicarius und subvicarius.

[22]) Marca col. 1416 (1228) § 10 item dignum est et firma observantia teneatur, quod vicarius non audeat sibi subvicarium ponere per villas vel per parrochias suae vicariae nisi ab antiquo habere forsitan consuevit.

[23]) Exceptiones Petri (Savigny, Geschichte des römischen Rechts im Mittelalter II S. 403). 4. 1. verbi gratia si subvicarius judicat, sicuti Rotgerius et ejus sententia fuerit provocata, recurrendum est ad vicarium, sicut ad Odilonem.

[24]) § 33 N. 2 ff.

Digitized by Google

von 7½ sol. wiederkehrt[25]), so darf man annehmen, dass der subvicarius in seiner Stellung vollkommen dem nordfranzösischen maior entspricht. Die Emenda, die der Beamte besitzt, ist die emenda des deutschen Gemein- und Hundertschaftsrechts, welche das Königtum sich angeeignet hat. — Wann genauer die Schaffung abhängiger Ortsvorstände, die noch heute das französische Recht charakterisiert, vor sich ging, lässt sich nicht sagen; jedenfalls gehört sie aber bereits der fränkischen Zeit an und ist vielleicht das deutlichste Merkmal für die Intensität der fränkischen Königsherrschaft. In Deutschland ist man, wie später erörtert wird, erst im 15. und 16. Jahrhundert unter schweren Konvulsionen zu gleichen Ergebnissen gekommen.

6. Der Vorstand der grösseren Unterabteilung in der civitas[26]) ist also — solange er nicht vom praepositus verdrängt wurde — der vicarius; er hat Königsbann und die Blutgerichtsbarkeit über die Diebe, hält die placita generalia und entscheidet im Immobiliarprozess.

Dieser vicarius hat manchmal sein Amt vom Grafen zu Lehen[27]), manchmal ist er Beamter im modernen Sinn, über dessen Gefälle der Graf[28]) beliebig verfügt. Immer aber rührte in der nachfränkischen Zeit die vicaria vom Grafen, hat nichts von einem Wahlamt oder einem alodialen Amt an sich.

II. 1. In einem umfassenden Teil von Nordfrankreich ist Unterbeamter nur für einen Teil der Grafschaft[29]) der vicecomes.

25) § 13 I.

26) Genauer untersucht ist der territoriale Umfang dieser vicaria für die Auvergne: Doniol cartulaire de Brioude S. 10 ff. — In der Bretagne liegen mehrere tribus in einer vicaria (Morice I col. 177); ein andermal (Morice I col. 410. 11. Jahrhundert) enthält die als villicatio bezeichnete viatura neun Parochien. — In der Normandie werden 1100 (Martène thesaurus I col. 123 ff.) zwei vicariae aufgezählt mit 31 und 47 Orten.

27) Baluze misc. VII S. 241. 1117. noverint igitur patres et filii — tempore Ganfridi Martelli comitis terram sancti Juliani de Campania graviter inquietatum a vicariis fuisse abbatemque Richerium de hac re ipsi comiti apud sanctum Anianum clamorem fecisse, comitemque Herbertum suum prepositum qui medietati vicariae preerat et Lisoium qui aliam de comite habebat et Hugonem et Guarinum et Evrardum et Guinabertum et Rambertum, qui de Lisoio tenebant, ad se mandasse; Quantin II. 433. 434 der dominus Noerie hat die viaria vom Grafen von der Champagne.

28) Tardif 434. 1137. Deinde praecepit ipse vicecomes Girberto suo vicario, ut redderet unum arietem.

29) Mehrere vicecomites der Grafschaft Amiens: Thierry I. 4. 1091. In der Normandie sind vor der französischen Zeit und zu ihrem Beginn mit den

Digitized by Google

In der Normandie wird der vicecomitatus zu Ende des 12. Jahrhunderts von einem bailli verwaltet; seit der französischen Zeit ändert freilich sich die Bedeutung des bailli, der nun dem Stellvertreter des Grafen in der gräflichen Hochgerichtsbarkeit, wie er in Franzien vorkommt, entspricht, und deshalb tritt zur Bezeichnung des Beamten, der den vicecomitatus inne hat, wieder regelmässig das Wort vicecomes auf[30]).

Der vicecomes hat nun in ganz Nordfrankreich eine ähnliche Kompetenz wie der vicarius: wiederum ist ihm die volle Kriminalgerichtsbarkeit nur über Diebe (und Räuber) gegeben: die Mittelgerichtsbarkeit wird geradezu als justice vicomtière bezeichnet, oder es wird vicecomitatus und vicaria gleichgesetzt[31]).

---

mit den vicecomites die baillivi identisch: Ant. de Norm. XV très anc. cout. Norm. LV § 1. ne vice comites Ducis male egerint in baliis suis S. 129. 1204 sciatis quod volumus quod Willelmus de Pratellis teneat baillivam de Levin salvis nobis placitis de spata et aliis, quae ad vicecomitem non pertinent; dann wohl auch die durch das normannische Recht stark beeinflussten assisses de la cour des bourgeois. c. 4. Überschr.: ici ores, que homme le roi doit faire bailly ou vesconte; auch die ballivi der normannischen Inseln (éc. des chart. 39 S. 198 f.) gehören hieher. Nun gibt es aber in der Normandie mindestens 30, wahrscheinlich aber noch viel mehr Amtsbezirke von baillis (cf. die Aufzählung von Delisle éc. des chartes 2. sér. t. 5 S. 260 fd.); das übersteigt aber bei weitem die Grafschaften, aus denen die Normandie zusammengesetzt ist.

30) Genaueres § 58 N. 44 fd.

31) Thierry I S. 22. 1091: die vicecomites verhängen den Königsbann wegen Diebstahl, dann wegen Verheimlichung von Schätzen IV S. 10 § 4, § 5: vicecomes hat die Civilgerichtsbarkeit; § 2: richtet über die Diebe. — Quantin I. 281. 1147 in terra Sancti Germani ejusdem potestatis habet vicecomes latronem et falsam mensuram et inventa excepta curia Sancti Germani. Varin I S. 306. 1143 vicecomitis sunt latro, falsa mensura, et inventio pecunie. Martène ampl. coll. I. col. 710. 1131 bei Lüttich: in his locis et vicis praescriptis possidet ecclesia bannum et justitiam, impetum et burinam, ictus et sanguinem, rupturam et pirgum regium, fora telonea, vicecomitatum. Ord. XI S. 272 § 26 (S. Quentin) et sciendum est quod nullus ex parte nostra de latrocinio, de murdro, de raptu, de homicidio, de incendio — de corpore et de rebus suis super aliquem de Communia clamare poterit nisi nos, quia nostra sunt. De omnibus autem aliis querelis homines de Communia coram vicecomite nostro, judicio scabinorum tractabuntur sicut in tempore comitis Radulphi. Cart. de l'église notre dame de Paris II S. 154. 1186 (bei Paris) unt. N. 35. Et. de Rouen II. 1 § 45: wo der Text für Rouen vicecomes hat, hat der für Bayonne beguer (vicarius). Grand cout. Norm 5. 53 § 8: in placitis autem vicecomitalibus tenetur curia de simplicibus querelis, de defectibus assisiarum emendandis et generaliter de omnibus querelis, que dignoscuntur 15 dierum spacium retinere. Cart. Normand. 664 § 7. 1260 der vicecomes verurteilt latrones. — Thierry IV S. 638 § 6 et se aucuns des bourgeois ou gens de le dite commune estoit

Digitized by Google

Allein in einem Punkt tritt doch eine auffällige Differenz entgegen. Der vicecomes hat die Kriminalgerichtsbarkeit über alle handhaften Delikte, d. h. über alle Delikte, über welche der Graf ohne Vollgericht und Schöffen urteilen kann[32]). Dass die Ämter nicht identisch sind, ergibt sich dann auch wohl daraus, dass in diesen Gebieten vicecomes und vicarius nebeneinander vorkommen[33]). — Auf der anderen Seite sind die vicariae und vicarii in weiten Gebieten, besonders der Normandie, wo sie ursprünglich vorhanden waren[34]), verschwunden, der vicecomes ist der normale Mittelrichter überhaupt[35]) geworden, und hier muss dann angenommen werden, dass das Amt des vicecomes sich mit dem des vicarius kombiniert hat[36]). Daraus erklärt sich die grosse Zahl der vicecomitatus in der Normandie.

---

accusés soupechonnés ou renommés de larrechin ou de aultre cas criminel appartenant à vicomte u. s. w.: später et de tous aultres cas crimineulx tant de haute justice comme de vicomté. Marnier Picardie S. 83 seur che que Jehans de Bours estoit accusés de che qu'il avoit proposé en plaine court que il avoit toute justice en 1 lieu certain dont debas estoit a quel il n'avoit fors viconté. Bouthors I S. 504 justice moyenne que on dit vicomtière. Somme rurale S. 902 der vicecomes hat die justice moyenne mit Kriminalgerichtsbarkeit über die Diebe und Königsbann, aber ohne sonstige Kriminalgerichtsbarkeit. Richebourg II S. 892 Lille c. 6 segneur vicomtier hat Gerichtsbarkeit über die Räuber; I S. 244 Artois c. 9 les seigneurs fonciers et viscontiers pour l'infraction de leur justice de leur seigneurie ont amende de soixante sols.

32) Teulet I. 511. 1199: (Auseinandersetzung über die Rechte des vicecomes von La Ferté s. Aube und des gräflichen praepositus — eine ganz einzigartige Urkunde): vicecomes quando vadit per vicecomitatum in omnibus forisfactis, que invenerit in presenti faciendo, justiciam faciet.

33) Arbois I. 26. 978 Urkunde des Grafen von Chartres: im Text wird der vicarius erwähnt, in den Unterschriften aber ein vicecomes; vor allem das Recht von Auxerre von 1194 (Quantin II. 450): statutum est etiam et concessum, quod Iterius de Tociaco vicecomes Autisiodorensis et viator Autisiodorensis supradictis burgensibus omne jus, quod habebant in omnibus forefactis meorum hominum qui sunt de hac censiva quitaverunt impertuum; freilich ist man nicht sicher, wie weit es sich hier um subvicaris handelt.

34) So in der Normandie: Polypt. Jrmin. XII. 25. Martène thesaur. I col. 123. 1100 sind 2 vicariae aufgezählt mit 31 und 47 Orten, 15 und 17 Kirchen.

35) So ausser in der Normandie im Ponthieu (Ol. I S. 663 VI, II S. 69. VI, S. 97 I, S. 139 XXXI) und andern Gebieten, aus denen die Belege von N. 31 stammen. Ein direkter Beleg dafür cart. de l'église Notredame de Paris II S. 154. 1186: Ego Galterus Tirel notum facio presentibus quod cum Radulphus miles de feodum teneret a me in feodo medietatem totius vicecomitatus sive viarie que est in valle Andresiaci (bei Versailles) u. s. w.; so im Verlauf der Urkunde noch einmal.

36) So mit Recht Brunner II S. 173 N. 79, N. 80.

Digitized by Google

2. Diese Mehrzahl von vicecomitatus in einer Grafschaft ist nichts Ursprüngliches. Das karolingische Recht geht von der Einzahl der missi comitis oder vicecomites oder vicedomini für die Grafschaft aus[36]), und dasselbe tritt dann auch im Süden[37]) für die Folgezeit häufig hervor, in demselben Gebiet, in dem sich das Amt des Vicars allgemein erhalten hat. Doch scheinen namentlich gegen die Mitte Frankreichs hin für grosse Gaue mehrere vicecomites angestellt worden zu sein[38]).

3. Auch die Kompetenz des südlichen vicecomes ist eine andere als die des nördlichen. Allerdings ist auch im Süden der vicecomes ein Beamter des Grafen. Da wo der vicecomes eine Inquisition unter Königsbann abhält, wird einmal gesagt, dass er dies als Vertreter des Grafen thut[39]). In der Provence muss der Graf Verfügungen des vicecomes bestätigen[40]). Ein andermal wird der vicecomes gleich dem vicarius als fiscalis bezeichnet[41]). In Angoulème bezieht er einmal 1/3 eines Zolles, während der Graf 2/3 hat[42]). Die Eigenartigkeit des Amtes gegenüber dem Norden äussert sich in der Gerichtsbarkeit. — In Katalonien[43]) sitzt der vicecomes nicht selten dem gräflichen Gericht vor, aber zu einer ständigen Hochgerichtsbarkeit des vicecomes ist es in diesem straff regierten Gebiet niemals gekommen[44]). Dagegen im übrigen Südfrankreich hat der vicecomes die volle Hochgerichtsbarkeit[45])

37) Vaissete II. 160, V. 17, V. 77. Gall. christ. I S. 165. Marca col. 934. Barcelona col. 1048. Urgel; 1062 Cerdagne; 1248 Gerona; hiezu Sohm R. u. G. V S. 521 fd. und namentlich Sickel M. Ö. J. Erg. B. III S. 118.

38) Die Belege bei Sohm R. u. G. V S. 522 fd., die freilich zum Teil auch anderer Deutung fähig sind.

39) Vaissete V. 18. 897. ad hanc inquisitionem vicecomitis et ad illud bannum, quod de parte regis atque comitis hac de sua omnibus misit, ut veritatem si sciebant, omnibus manifestarent.

40) S. Victor I. 24. 1045. I. 34. (I. 32) 1044.

41) S. Victor II. 659 commonemus ac precipimus vicecomitibus vicariis, fidelibus, sive omnibus fiscalibus nostris.

42) Gall. christ. II col. 444. III. 12. Jahrh. Willelmus comes beatissimo Petro — tribuit ante festivitatem duas partes de venda, sicut olim tertiam partem id est vicecomitalem ipsa sedes habere videbatur.

43) Marca col. 934 in presentia Geriberti Vicecomitis et judicis Andesyndo monacho. Vaissete V. 233. 1052 in Roussillon hält der judex Gericht in praesentia vicecomitis.

44) Vgl. auch Molinier bei Vaissete VII S. 193.

45) So der vicecomes von Albi (z. B. Vaissete V. 280. I), Nîmes (Menard I. 26), S. Antonin (Teulet I. 86), Turenne (Giraud I S. 81 § 5, § 6 und Teulet II. 2457). Weiter gehören die vicecomitès in Aquitanien

Digitized by Google

erworben. Die Inhaber der herzoglichen Gewalt führen hier sehr häufig den Titel comes[46]), und offenbar im Zusammenhang damit berichtet eine deutsche Quelle, dass im Arelat nur die Inhaber der herzoglichen Gewalt den Namen comes haben[47]). Eine vollkommene Bestätigung dafür ist es, wenn eine burgundische Urkunde in einer Aufzählung der möglichen Würdenträger sofort den duces die vicecomites folgen lässt: es sind eben comites und duces identisch, werden bald so oder so genannt[48]). Man könnte nun aus all dem schliessen, dass in Südfrankreich die früheren comites dem Titel nach zu den vicecomites herabgedrückt worden seien und dass sich daraus die Hochgerichtsbarkeit gewisser vicecomites erklärt. Allein der Schluss ist falsch. Gerade die mächtigsten vicecomites, welche Hochgerichtsbarkeit haben, die vicecomites von Nîmes und Albi, lassen sich bis zu Anfang des 10. Jahrhunderts als wirkliche vicecomites oder missi der Grafen von Toulouse verfolgen[49]), und eine aquitanische Urkunde zeigt direkt, dass auch da, wo der Träger der herzoglichen Gewalt sich comes nennt, ein wahrer, blosser comes doch seinen Titel fortführt und unter diesem comes ein vicecomes steht[50]). So sind die vicecomites mit Hochgerichtsbarkeit dem Ursprung nach vicecomites; ihre Gewalt erklärt sich daraus, dass im Süden eine grosse Zahl von Grafschaften[51]) in einer Hand ver-

---

hierher, die unmittelbar unter dem dux stehen: Gallia christ. II. col. 275. XII. 1088, col. 330. VI. VII.; auch der vicecomes von Bordeaux hat die höchste Gewalt (Gall. christ. II. col. 323/324). Im Geaudan verfügt der vicecomes, der gleichzeitig comes von Bigorre ist, über den Zoll der ganzen Grafschaft: Gall. christ. I. col. 165. 118. Selbst in Berry ist mit dem vicecomitatus noch die Hochgerichtsbarkeit verbunden. Der König erwirbt hier die Hochgerichtsbarkeit mit dem vicecomitatus von Bourges. Ebenso ist es in Limoges: vgl. die Chronica Gauffredi Vosiensis (Labbé nova bibl. manuscr. II S. 280 ff.) passim.

46) So der Markgraf von Barcelona, von Toulouse; auch der Herzog von Aquitanien und von Gascogne; der Graf der Provence.

47) Thietmar VIII c. 30 et in hiis partibus nullus vocatur comes nisi is, qui ducis honorem possidet.

48) S. Victor II. 1061 ob. § 26 N. 30.

49) So die prächtige Untersuchung bei Vaissete IV S. 104 ff.; z. B. Molinier in Vaissete VII S. 193.

50) Gall. christ. I S. 166. II. unter dem dux et comes Aquitanorum et Guasconum steht der comes von Armagnak und darunter wieder vicecomites (Mitte des 11. Jahrhunderts).

51) So vereinigt im 9. Jahrhundert der Graf von Barcelona alle Grafschaften der spanischen Mark in seiner Hand (Vaissete III S. 144 ff., S. 67

Digitized by Google

einigt sind und darum eine Vertretung des Grafen in seiner Hochgerichtsbarkeit nötig ward, die nun dem vicecomes zufiel.

Nicht überall ist der Prozess eingetreten; namentlich nicht in Katalonien, wohl, weil hier der Graf seine Gewalt mit bewusster Kraft festgehalten hat. Aber jedenfalls zeigt der Vorgang, dass im Süden kein rechtliches Hindernis bestand, dem vicecomes die Hochgerichtsbarkeit zu übertragen. —

Anders ist es im Norden: hier ist der vicecomes durchweg von derjenigen Hochgerichtsbarkeit ausgeschlossen, die auf den Vollgerichten geübt wird, d. h. wie im deutschen Gebiet, so kann auch in Nordfrankreich der Graf nur in eigener Person das Vollgericht halten.

4. So ist der vicecomes ein Vertreter des comes in seiner persönlichen Gerichtsbarkeit, und so weit steht er dem lokalen vicarius gegenüber und besitzt auch eine etwas abweichende Kompetenz: er hat die Gerichtsbarkeit in handhaften Kriminalsachen. Allein, da ihm die Macht der Kriminalgerichtsbarkeit entzogen ist, so verwächst dann sein Amt leicht mit der Vicarie. — Das Amt hat sich dabei fest abgeschlossen, bevor eine dauernde Vertretung des Grafen in der Hochgerichtsbarkeit möglich war, und deshalb ist im Norden nicht der vicecomes dieser Vertreter geworden, sondern der bailli der Grundherrschaft.

III. 1. In der Burg treffen zwei ganz verschiedene Rechtskreise zusammen. Auf der einen Seite handelt es sich um das feste Haus eines Herrn, der über die Hausgenossen, sowohl über die Besatzung, wie die übrigen burgenses herrschaftliche Gewalt ausübt; hat der Herr mehrere Burgen, so ernennt er für die einzelnen einen Kommandanten, der wohl als Burggraf, castellanus, bezeichnet wird. Von dieser Art des Burgrechts wird später die Rede sein[52]). Daneben aber sind möglicherweise die Burgkommandanten Beamte des öffentlichen Rechts. Nur die letztere Beziehung soll hier untersucht werden.

2. Häufig ist der vicarius Inhaber eines castrum oder einer castellania[53]), oder der vicecomitatus der nördlichen Gebiete

mit N. 3); ebenso der Markgraf der Provence: Vaissete IV S. 57 ff.; der Graf von Toulouse: Vaissete IV S. 24 ff.

[52]) § 41 N. 15 fd.

[53]) Brüssel II S. 729 § 15. 1103 unus de filiis suis habeat vicariam cum castello. S. Victor I. 537. 1055 vicarius castri Calars. Vaissete V. 162. 1002: cum ipsa castlania et cum ipsas vigarias quae ad ipsum castellum per-

Digitized by Google

wird mit der castellania verbunden[54]). Es stimmt damit, wenn wenn in einer normannischen castellania der dominus castellaniae die Gerichtsbarkeit bis zum latro residens besitzt, während der König das placitum ensis ausübt[55]): ersteres ist eben die Mittelgerichtsbarkeit, wie sie dem vicarius oder vicecomes zusteht. Weil vicaria und vicecomitatus häufig die castellania bildet, so ist die castellania weithin die allgemeine Einteilung des Landes[56]). Auch steht in homologierten Coutumes dem Chatelain die Abhaltung von vier assisses deshalb zu, weil er die vicaria oder den vicecomitatus hat[57]). — Wenn einmal im selben Orte zwischen castellania und praefectura geschieden wird, wiewohl beide in einer Hand vereinigt sind, so mag die erstere Bezeichnung die öffent-

tinent. Marca col. 1232/1233 vicarii castri Olerdulae, Bertrandi etiam Suniarii seu Henrici Fulchonis castellanorum ejusdem castri. Et. S. Louis I. 113: mais se il a bourc ou partie en bourc il puet bien avoir four, s'il a vuarie.

54) Thierry I. 19. 1069 die potestas vicecomitis ist an das castellum conteiense gebunden. Ol. I S. 5 XI an der Spitze der castellania von Meudon ein vicecomes. In der Normandie trifft durchweg der Amtsbezirk der baillivi oder vicecomites mit der castellania zusammen (Delisle in ét. des chart. 2. sér. t. 5 S. 260 fd.). Der zum castellanus von Brügge Ernannte bezeichnet seine Würde als vicecomitatus (S. S. XII. S. 589 c. 54, S. 593 c. 60; vgl. auch Giry S. Omer S. 93 N. 1); andere flandrische Belege bei Warnkönig I S. 285.

55) cart. Normand. 201.

56) Et. S. Louis I. 20, I. 34, 51; Ol. I S. 343 XIV, I. 392. XV, I S. 468. IV; Ol. I. 832. XXXXIII. Ebenso das Lehenregister Philipp Augusts (S. rer. franc. XXIII S. 680 fd.). Am frühesten ist die Zerlegung des Landes in castellaniae für das Ponthieu angedeutet: vgl. oben § 12 N. 3. Ebenso ist Flandern durchweg in castellaniae geteilt (Warnkönig I § 26), deren Bezirke mit den grossen Hundertschaftsverbänden zusammentreffen: Miräus I S. 523. 1121 quod vero prefatus comes Balduinus instituit, scilicet ut infra septa seu ambitum predictae ecclesiae vel curtium quae ad eamdem ecclesiam pertinent, nulla comitis vel castellani vel cujuslibet potestatis violentia irrogetur etc. Auch der Hennegau zerfällt in castellaniae oder praeposituree, je nachdem eben der Amtssitz ein Schloss ist oder nicht; Rec. de Hainaut I S. 27 § 14 item que tous li exces qui escheront en une prouvostet ou castellerie soit d'appaissement de fourfaitures dont droitures escheront, li prouvotz ou castellains du lieu ou chou eschera, recevera tous cis droix u. s. w. S. 42 se c'est hors de le prouvostet ou castellerie ou chiux sergans demoura. — Sehr deutlich ist die castellanie der Lütticher Stadt Convin: sie befasst neun Dörfer (Bormans cart. de la commune de Convin 5 § 1 1301).

57) So sehr charakteristisch die Coutumes v. Angoumais c. 7 c. 8 (Richebourg IV S. 841 nur derjenige, der droit de chatelene hat, hält 4 assisses; ein anderer, selbst wenn er hohe Gerichtsbarkeit besitzt, braucht seine assisses nur einmal im Jahr zu halten (wohl zur Rügung der schädlichen Leute).

Digitized by Google

lichen, die andere die herrschaftlichen Berechtigungen des Beamten betreffen[58]).

Eine Eigentümlichkeit der französischen castellania ist es, dass die Lehen zu den einzelnen castellaniae gehören[59]). Ich bin nicht sicher, ob das aus den öffentlich-rechtlichen Befugnissen des castellanus, seiner Stellung als vicarius oder vicecomes oder aus seinem herrschaftlichen Amt als Burgkommandant fliesst.

3. Der Name castellanus, praefectus oder die deutsche Bezeichnung Burggraf ist eine so allgemeine, dass damit auch andere öffentliche Beamte bezeichnet werden, welche zu einer Burg, also möglicherweise zu einer Römerstadt in Beziehung stehen. Zunächst tritt in Deutschland wie in Frankreich ein besonderer Burgbannverband[60]) (Burgward) hervor, der zweifellos dem öffentlichen Recht angehört. — Auf der anderen Seite begegnet in den deutschen Römerstädten und anderen grossen Orten — vielleicht in allen civitates — ein Burggraf[61]), der öfters nicht bloss für die Burgstadt selbst, sondern auch für die nähere Umgebung der Stadt öffentliche Gerichtsbarkeit übt[62]). In Strassburg wie in Augsburg

---

58) Ord. XI S. 184. 1126 S. Riquier: praeterea Robertus de Milo Burgo et fratris sui prefectura et vicecomitatu et omni potestate perpetuo privabuntur. — Dass anderwärts die praefectura mit der castellania identisch ist, beweist Gall. christ. XI col. 163 fd. 1149 — eine Urkunde, die gerade vom Grafen von Ponthieu ausgestellt ist —, der Graf von Ponthieu hat in der Normandie die praefectura Sagiensis geknüpft an das castellum sagiense, er kann nun die Gerichtsbarkeit bis zum latro verschenken, darüber hinaus steht das jus regium; es hat also der praefectus die Mittelgerichtsbarkeit des vicecomes; col. 78. 1138 ist von einer praefectura von Caen die Rede, während sonst (éc. des chart. 25 t. 5 S. 261) eine castellania oder baillivia hervortritt. Gall. christ. XI col. 59. 1066 schenkt der Graf in mehreren Orten den Zehnten de theloneo et praefectura. Hier muss die praefectura mit dem vicecomitatus zusammentreffen.

59) Beaumanoir 47 § 13 wenn jemand in mehreren Chatelainien Lehen hat, so muss für die Lehen jeder Chatelainie ein besonderes hommage geleistet werden. Pierre 21 § 25 fief de la chastelerie. Ol. I S. 72 XXII. Das Lehenrecht wechselt nach castellaniae. — Auch in der Provence ist die Gestellung der milites auf die castra umgelegt: Giraud II S. 8/9.

60) § 6 N. 31 fd.

61) Zum folgenden Waitz VII S. 41 ff.; doch kann man bezweifeln, ob doch alle dort angeführten Beispiele hierher gehören. Dass jede civitas einen Burggrafen (praefectus) hat, scheint die bekannte Stelle aus Beyer I. 234 (aliisque imperii nostri civitatibus vel prefecturis) anzudeuten.

62) Nach dem bekannten Weistum von angeblich 1169 hat der Burggraf von Köln die Hochgerichtsbarkeit und Immobiliargerichtsbarkeit auf den

Digitized by Google

fehlt dem Burggrafen die Hochgerichtsbarkeit, die hier und in Basel durch einen Vogt versehen wird. In den beiden ersten Orten hat dabei der Burggraf gleichmässig eine Gewalt über die Zünfte, die sich in Einsetzung der magistri, Gewerbepolizei, Bezug der Handwerkerabgaben äussert[63]). Sonst tritt am Strassburger Amt noch die militärische Kontrolle der Festungswerke, am Augsburger Amt eine allgemeine Gerichtsbarkeit in Schuldsachen entgegen[64]).

IV. 1. Lassen sich nun die bisher besprochenen Ämter auf ältere Rechtsbegriffe zurückführen?

Ich beginne mit dem vicarius locorum. Manche Merkmale helfen auch hier nicht weiter und weisen einfach darauf hin, dass es sich um einen Unterbeamten, einen Agenten handelt: so vor allem die Bezeichnung aicis[65]), die im Süden oft der Amtsbezirk dieses vicarius ist und nichts anderes als Amtsbezirk eines agens, eines actor publicus bedeutet[66]). -- An und für sich scheint nun auch das Wort vicarius selber so unbestimmt, dass sich sichere Schlüsse verbieten. Allein dagegen spricht folgende Erwägung. Die Bezeichnung Vicarius wird als technischer Ausdruck im Gegen-

Wizzetdinc d. h. den placita legitima (Quell. Köln I. 78). Als Ortschaften, auf die sich der Bezirk des Kölner öffentlichen Gerichts erstreckt, erscheinen Morsdorp (Quell. Köln I. 74. 1159), Niederich (Schreinsurk. II. 1 S. 51 ff.). — In Mainz (Gudenus II S. 443. 1277) erstrecken sich die termini comitiae Moguntinensis über die Stadt hinaus; der Burggraf ist ursprünglich der Vorsitzende im Ungebodending (Gudenus II S. 453, S. 454). — In Würzburg hält der Burggraf das echte Ding der Cent, zu dem Würzburg gehört: D. Z. f. G. W. N. F. I S. 208, S. 211. — Der Burggraf von Regensburg judiziert über Grundstücke, welche ausserhalb der Stadt liegen, und hält in Regensburg mallum generale (Pez, anec. I p. 3 col. 169/170. 1188; col. 181). — Worms: Worms. U. B. I. 64 ein Dorf in comitatu praefecturae civitatis nostrae situm. — In Augsburg, Strassburg und Basel hat ein Vogt dieselbe Stellung wie die bisher erwähnten Hochgerichtsburggrafen: Augsburger Recht von 1104 II § 2 V; Augsburger Stadtrecht von 1276 a. O. Trouillat I. 247, I. 339. Strassburg. U. B. I. 616 § 11, § 42, § 43.

63) Strassburg. U. B. I. 616 § 44—48, Augsburg. Recht von 1104 a. VI und besonders Rechtsbuch von 1276 a. 114—123. —

64) Strassburg. U. B. I. 616 § 80 ff. Augsburger Rechtsbuch von 1276 a. 125 ff.

65) Sohms Auffassung (R. u. G. V. S. 211), dass aicis mit vicaria zusammenfällt — anders Waitz II. 1 S. 402 Nr. 1 — trifft zu: zu den Belegen Sohms noch cart. de Notredame de Nîmes 55; Cluny II. 2472. -- Einigemal scheint allerdings aicis über vicaria zu stehen: Cluny II. 1048, 1149, 1180, und dann kann man vielleicht an den Amtsbezirk eines vicecomes denken.

66) So deutlich cart. de Notredame de Nîmes 14, 21, 29, 55, wo von agice gesprochen wird; 80 noch deutlicher, in pago Nemausensi, in agentiis

Digitized by Google

satz zum centenarius, also wohl dem detachierten Kurialen gebraucht. Dabei befasst sie zwei ganz verschiedenartige Ämter: einmal im Süden das des lociservator (judex, potestas), welchen der rector provinciae für die civitas ernennt, dann das des judex locorum. Da der judex civitatis die Hochgerichtsbarkeit hat, so passt die Bezeichnung vicarius für ihn vollkommen; der Beamte ist wirklich Stellvertreter des rector provinciae. Es ist nun kaum glaublich, dass der vicarius locorum, der durch den ganzen Westen vorkommt und nicht die Stellvertretung des Hochrichters hat, derselben Beamtenhierarchie entstammt wie der vicarius civitatis: eine solche Unbestimmtheit und gleichzeitige Unrichtigkeit des Ausdruckes innerhalb derselben Hierarchie ist nicht recht denkbar. Nun kennt das spätrömische Recht neben den detachierten Kurialen Offiziere, welche von der höchsten Militärbehörde zur Räuberverfolgung eingesetzt werden. Die Nachrichten gehen freilich nur auf den Osten, aber für den Westen fehlen uns überhaupt Angaben seit der Mitte des 5. Jahrhunderts[67]). Offenbar stehen diese militärischen Polizeibeamten in Konkurrenz mit den von den Kurien gewählten, gerade so wie im Militärverpflegungswesen militärische und kommunale Erhebungsformen mit einander ringen. Einmal werden sie auch als *τοποτηρηταί*, also als vicarii, ein andermal als tribuni bezeichnet. In der That ist vicarius — auch im Griechischen — die technische Bezeichnung für den unter dem Tribunat stehenden Offizier, den „Oberstlieutenant“[68]),

---

Nemausensis (3). — Perard S. 142. 841 hat direkt in pago Divionense vel in acto Oscarinense; anderwärts (Perard S. 12) wird von centena Oscarinensis gesprochen. — Es ist eben der Bezirk (actio) des agens (form. Andegav. 28).

[67]) Eunapii fragm. 80 (Dindorf histor. graeci minores I S. 264) sagen vom *στραιηγὸς τῆς ἀνατολῆς: ὃς τοὺς λῃστὰς ῥᾳδίως συνεῖλεν, ὥστε μικροῦ καὶ τὸ ὄνομα τῆς λῃστείας ἐκ τῆς μνείας τῶν ἀνθρώπων ἐκπεσεῖν.* In nov. Just. 145 wird der dux einiger kleinasiatischer Provinzen selber als *βιοκωλήτης* bezeichnet. Viel deutlicher nov. Just. 134 c. 1 *πρὸς τούτοις κελεύομεν, ὥστε μήτε στρατηλάτας μήτε δοῦκας ἐν αἷς ἄρχειν ἐκελεύσθησαν ἔχειν τοποτηρητὰς ἢ βιωκωλύτας ἢ λῃστοδιώκτους.* — Nov. Just. 8c. 12 § 1: zu gunsten einer einheitlichen Gewalt des rector provinciae werden ihm die Soldaten in der Provinz unterstellt und deshalb verboten die Einsetzung von *λῃστοδιῶκται, βιοκωλῦται* und *ἀφοπλισταί.* In nov. Just. 128 c. 21 werden als solche verbotene Spezialbehörden genannt: die *λῃστοδιῶκται, βιοκωλῦται* und *τριβοῦνοι.*

[68]) C. J. I. 42 § 2 *μόνος ὁ τριβοῦνος ἢ ὁ τὴν τάξιν αὐτοῦ πληρῶν βικάριος μετὰ τοῦ δομεστίκου καὶ τοῦ ἀκτουαρίου καὶ τῶν ὀπτιόνων καὶ τοῦ νουμεραρίου ἤτοι τοῦ βοηθοῦ* (also das militärische officium, das dadurch ausgezeichnet ist, dass es doch noch einen domesticus enthält, so dass man sich

Digitized by Google

und einmal sind es tribuni und vicarii, denen gerade in Gallien, allerdings gegen den Willen der Zentralgewalt, die Exekution von Urteilen der Civilbehörden übertragen ist[69]). So hat man wohl auch den vicarius der nachrömischen Zeit als Militärbefehlshaber, als den vom comes ernannten vicarius tribuni anzusehen. — Das Amt des vicarius verschmolz allmählich mit dem des centenarius. Denn damit stimmt eine andere Beobachtung. Für die Oberoffiziere eines numerus, also den praepositus oder tribunus und den vicarius, tritt einmal — im Griechischen — die Bezeichnung prior als technische hervor. Später aber begegnet im Westen ein prior, der anscheinend die Vicariatsgerichtsbarkeit hat[70]). Das Argument für sich allein würde kaum etwas beweisen: im Zusammenhang mit anderen stützt es. — Die bisherigen Vermutungen werden aber durch eine Beobachtung zur vollen Gewissheit erhoben. Der vicarius hat die Blutgerichtsbarkeit über die Räuber. Das widerspricht nicht nur der Auffassung des germanischen Rechts, welche Bluturteile nur im Vollgericht zulässt — soweit nicht das private Recht auf handhafter That genommen werden soll, sondern auch die Gesetze Karls des Grossen, die dem vicarius wie dem centenarius alle Hochgerichtsbarkeit absprechen[71]). Bedenkt man nun, dass der römische militärische vicarius als *ληστοδιώκτης* zu fassen ist, so hat sich eben das römische Recht gegenüber dem Einflusse des germanischen Rechts und des Reichsrechts gehalten. Als

---

den Rang des tribunus oder vicarius nicht nieder denken darf) *τὰ τετραμηναῖα βρέβια ὑπογράφων — ἐκπεμπέτω*. C. J. XII. 37, 19 pr. die Annona von Soldaten, die nicht im Dienst sind, soll adiciert werden: deshalb (offenbar wegen der Zahl der Dienstfreien) soll ein Eid geleistet werden *παρὰ τε τῶν τριβούνων καὶ τῶν βικαρίων κατ τῶν δομεστίκων καὶ ὑπομνηματοφυλάκων καὶ ὀπτιόνων*. C. J. XII. 42. 1. Ne cui liceat praepositorum vel tribunorum cohortium vel vicariorum et familiarium eorum tempora expeditionis — commeatum dare. Das zu Grunde liegende C. Th. VII. 12, 1 hat den vicarius noch nicht (323). Dazu Mommsen im Hermes Bd. 24 S. 270 N. 5, wo auch aus einer Kölner Inschrift ein vicarius erwähnt ist.

69) C. J. III. 13. 5.

70) Nov. Iust. 117 c. 11. *πρὸς τοὺς πρίορας τοῦ ἀριθμοῦ καὶ τοὺς καρτουλαρίνους*; dann auch Cassiodor VIII. 26, wo der prior deutlich ein Beamter der Goten, also ein militärischer Befehlshaber ist — über das spätere Vorkommen oben § 24 N. 61.

71) Über die Räubergerichtsbarkeit des vicarius ob. N. 3, über die Kompetenz des Vollgerichts im deutschen Recht § 31; über die karolingischen Bestimmungen Brunner II S. 178 N. 29.

Digitized by Google

Militärbefehlshaber aber steht dann der vicarius auch in Beziehung zum Königsbann, der ja zuerst Heerbann ist.

2. Lässt sich der vicarius locorum der fränkischen Verfassung fast mit Sicherheit auf den vicarius numeri des römischen Militärrechts zurückführen, so gilt etwas Ähnliches für den castellanus (praefectus, Burggrafen). In einer normannischen Quelle der nachfränkischen Zeit wird öfters von tribuni, welche über den centuriones stehen, gesprochen; die tribuni können dabei gar nichts anderes als castellani, allenfalls also vicecomites sein[72]). Damit stimmen dann auch fränkische Nachrichten[73]). Der tribunus der älteren Quellen ist der castellanus der jüngeren Quellen; die Unbestimmtheit der Bedeutung eignet beiden Ausdrücken. In den römischen Quellen nun wird allerdings da und dort zwischen tribunus und dem praefectus eines Kastells geschieden[74]). Aber das Unterscheidende ist nicht allenfalls, dass der tribunus ausserhalb einer Befestigung garnisoniert[75]), sondern dass er allein einen vollen numerus kommandiert[76]). So ist es sehr erklärlich, wenn der tribunus, der Kommandant der wichtigen befestigten Orte, überhaupt mit dem castellanus identisch wird. — Wie auch der tribunus bereits in der Römerzeit in die Civilverwaltung übergreift, ist bereits berührt[77]).

---

72) Ordericus Vitalis II S. 218 Wilhelm von England ex intimis Normannorum clientibus tribunis et centuriones ditissimos erexit; III S. 346 (ob. § 23 N. 75) aliisque tribunis et centurionibus; dann III S. 44 tribunus von Valenciennes; III S. 297 tribuni von Lemans; V S. 50 tribuni nach den comites, wie sonst castellani.

73) Vgl. im Ganzen die ausgezeichneten Untersuchungen W. Sickels (M. Ö. J. Ergb. III S. 491 fd.), dessen Ergebnis ich allerdings nicht zustimmen kann. Direkt passt der vielbesprochene tribunus Arbonensis der vita S. Galli c. 21 (ed. Meyer v. Knonau) hierher; denn Arbo ist (c. 21, c. 38) castrum. Auch dass ein tribunus fisci erwähnt wird (Sickel a. a. O. S. 495), passt; denn der fiscus ist eben (§ 12 N. 1) schon in fränkischer Zeit ein Schloss, ein Kastell. Endlich erklärt sich daraus sehr wohl seine Stellung zum Gefängniswesen; die Burgen sind natürlich die Gefängnisse. — Dass im fränkischen Reich ein Gefängnisbeamter existierte und zu der relativ hohen Stellung des tribunus aufgestiegen wäre, wie Sickel annimmt, kann ich nicht glauben.

74) Mommsen a. a. O. S. 270.

75) z. B. C. Th. X. 20. 11. Im Ende der 4. und im 5. Jahrhundert wird der Ausdruck, der ursprünglich nur den Kommandanten gewisser Truppenkörper (Mommsen a. a. O. S. 268 f.) bedeutet, auf alle Kommandanten ausgedehnt (Mommsen S. 270 N. 3).

76) C. Th. VII. 1. 10; Epanagoge 21. 7 (*τριβοῦνους τοῦ ἀριθμοῦ*).

77) Nov. Just. 128 c. 21 (ob. N. 68; C. J. III. 13. 5 (ob. N. 69).

Digitized by Google

3. Der Amtssprengel des tribunus ist ein wechselnder, er kann sich auch auf eine ganze civitas[78]) erstrecken. Das trifft damit zusammen, dass castellanus bald der vicarius, bald der vicecomes ist. Es ist wenigstens möglich, in dem vicecomes den tribunus civitatis oder denjenigen, der für einen grossen Teil der civitas eingesetzt ist, zu sehen; damit aber bekommt die Auffassung eine gewisse Stütze, welche annimmt, dass der vicecomes ursprünglich mit Genehmigung des Königs ernannt wurde[79]); auch im römischen Recht können die Befehlshaber — hier werden allerdings die duces genannt — Stellvertreter nur mit Genehmigung von oben einsetzen[80]). Zu sicheren Schlüssen reichen die Quellen nicht aus. — In der fränkischen Zeit erscheinen dann bereits praefecti unter den königlichen Gefolgsleuten, und ebenso gehören auch unter die Barone des französischen Königs gewisse castellani[81]), gerade so wie auch deutsche Burggrafen unter die principes zu rechnen sind[82]). Jedenfalls hängt damit die Hochgerichtsbarkeit gewisser Burggrafen zusammen; in Frankreich ist der königliche Baron stets Hochrichter[83]). Ob das dann aber bereits auf römische Einrichtungen zurückgeht, ob die Immunität der königlichen Barone die Hochgerichtsbarkeit erst herbeigeführt hat, weil man dann den öffentlichen Gerichtsbezirk des Castellanus, der Baron ist, als Objekt der Immunität betrachtete, bleibt hier dahingestellt. Die Burggrafen, die die Hochgerichtsbarkeit nicht erworben haben, bleiben dann einem Hochgerichtsherrn untergeordnet: so der Burggraf in Strassburg und in Augsburg. — In Strassburg wie Augsburg, wo der Burggraf die Gewerbepolizei und — in Augsburg — Civilgerichtsbarkeit hat, mag das Amt überdies die Befugnisse des defensor oder curator an sich gezogen haben. — Wo die burggräfliche Gewalt Hochgerichtsbarkeit nur innerhalb der Befestigung verleiht, hängt dies dagegen mit dem besonderen Burggericht zusammen[84]).

---

78) Sickel a. a. O. S. 493.

79) Die bekannte Stelle des Venantius VII. 16, 17 spricht von einer Ernennung des tribunus durch den König; dazu die Belege zur Ernennung des vicecomes durch den König bei Sohm S. 521, der selber daraus keine Schlüsse für die Allgemeingültigkeit des Verhältnisses zieht; Sickel a. a. O. S. 461. N. 1 bezweifelt überhaupt die Beweiskraft.

80) Nov. Iust. 134. c. 1.

81) § 43 N. 19 f.

82) Ficker, Reichsfürstenstand § 56.

83) § 43 N. 15.

84) Genaueres § 41 N. 16 fd.

Digitized by Google

II. Hauptstück.

Die germanischen Elemente.

§ 28. Die Vollgerichte.

I. Im germanischen Norden wird die Staatsgewalt von Versammlungen geübt, die für die grossen oder kleinen Landesteile zusammentreten. Solche Versammlungen kennt der germanische Süden gleichfalls, und die Worte Ding (Taiding), Mal, Sprache, Warf, Mot, Mat[1]) drücken entweder die Thätigkeit einer solchen Vereinigung oder den Ort, wo man tagt, aus. Dass das ganze Volk einer solchen Beredung beiwohnt, kommt namentlich in der Bezeichnung tetmallus, timallus, d. h. theotmallus zum Ausdruck, die bis hinab an die Loire in spätfränkischer und nachfränkischer Zeit[2]), aber ebenso in der lex Salica[3]) sich findet und für gewisse Ortsnamen wie Dietmalle, Dietmold, Detmold die Erklärung gibt.

II. 1. Unter den Gegenständen, über die verhandelt wird, steht in erster Linie die Gerichtsbarkeit. Freilich kommen daneben auch andere, namentlich wirtschaftliche Funktionen in Betracht; aber in der Natur unserer Überlieferung, die wesentlich von Handlungen vor und im Gerichte spricht, liegt es, dass in ihr die Rechtsprechung am klarsten zu erkennen ist. Zuerst muss untersucht werden,

---

[1]) Mot (Mat) kommt — vom Angelsächsischen abgesehen — auch im Groninger Gorecht vor (pro excol. jure patrio VI S. 630 N.) —. Für die übrigen Bezeichnungen sind hier Belege überflüssig.

[2]) Champollion I S. 477. 875 data est huius cessionis auctoritas XI. kal. junii Turonis in publico tetmalo, quod tenuit Adruldus vicecomes; dann besonders in der Gegend von Lille, wo timal mit plaid general identisch ist: Leuridan les chatelains de Lille 1872 S. 577 ff.; die dort citierte Arbeit desselben Verfassers Franches vérités, plaids généraux et timaux dans la châtellenie de Lille habe ich mir nicht verschaffen können.

[3]) So in der bekannten Stelle der I. Sal. t. 46, wo das in mallo publico legitimo mit in mallobergo ante teoda aut thunginum übersetzt wird („hoc est"), teoda, dessen Bedeutung durch tetmallus vollkommen feststeht, kann auch sprachlich nicht der Akkusativ von einem nicht belegten theod = König sein (so Kern bei Hessels § 227 und nach ihm viele: z. B. die Citate in der neuen Ausgabe von Behrend S. 98), sondern ist der oft bezeugte Accusativ. sing. von thioda (Diute); mein Lösungsversuch (Abhandlungen für Konrad Maurer S. 436 N. 1) ist irrig.

Digitized by Google

worin die Vollgemeinde Recht spricht, ohne dass vorläufig ein Unterschied zwischen den verschiedenen Arten der Vollgemeinde gemacht wird.

Hier kommt es nun auf einen bisher übersehenen Punkt an. Überall haben ursprünglich die Schöffen weder in Blutsachen noch wohl auch in Immobiliarsachen zu richten, sondern die Entscheidung bleibt der gesamten Gerichtsgemeinde vorbehalten[4]).

[4]) Dass die Schöffen Bluturteile nicht fällen können, sagt direkt Kl. Kaiserrecht I. 10: Der keiser hat ouch gefrihet die scheffen, daz sie vber nieman sullen urteil geben, der den lip hat virwirkett. Sint. gesc. stet: des keisers uzervelten sullen vber die nit vrteilen, die man uz dem riche werfen sal; und sint auch gesc. stet: wen man todin sal, den en darf man nit urteiln, wan sin tat sal in vrteiln. — Die Motivierung ist natürlich willkürlich. — Eine Entscheidung aller in Immobiliarsachen, so dass erst spät ein besonderes Urteilsfinderkolleg eingesetzt wird, kommt in dem Gericht der allowens von S. Lambert, einem placitum legitimum für das ganze Lütticher Gebiet vor: Genaueres § 32 N. 24 a. E. — Auf dasselbe führt der bayerische Landfriede von 1244 § 9 (Q. E. bayer. Gesch. V. 36) in qualibet cometia, ubi deffectus fuerit liberorum, qui dicuntur schepfen, eliguntur quatuor meliores et discretiores a iudice vel comite qui loco schepfen de omnibus testificentur preter damnationem persone, quem sententiabit preco. — Dass bei Todesurteilen aufgeboten werden muss, ergibt für das fränkische Recht: M. 3. XXXIX. 177. 1329: Von erstin machin jch daz die selbin eygenen luote vnde lantsedelin die en zu deile wordin sint sullin gên vf die zente zu Ballinburg dry stuont in deme iare alleierlich, vnde nicht me. Yez in were danne daz man hette vf der selbin zentte zu ryechtene vembe mort, duopstole, noytzog, nachtbrant, ravp, vnde wayffingeschreye, zu ryechtene odir naych zu fulgene, wie dicke des noyt geschehit, so sullin die egenanten eygenen luote vnde lantsedelin vf selbin zente gen alse andir luote die dar vf horunt; für Bayern das Recht der Grafschaft Werdenfels (Grimm III S. 660): vnd wann ess dar zw kumbt, das man rechttn sol auf der schrannen vber schedlich lewtt, so mag ain pfleger wol piettn zw der schrannen bej leyb vnd pey guet allen den, die mit aigem rawch gesessn seynd in der graffschafft ze Werdenfels. — Vgl. auch M. B. XXXI. 285. 1230 für Regensburg: item maior advocatus qui tum vogt vulgariter appellatur et potestatem habet iudicandi ex parte episcopi et ex parte Ducis burchgravius in nullum civem proscriptionis sententiam promulgabunt, nisi quando publicum habent placitum ex antiquo statuto, quod uterque illorum habere debet tantummodo ter in anno. — Für Schwaben kann man hierher ziehen, ohne dass es die Beweiskraft des vorigen hätte: Recht von Breisach § 2 (Gengler, Stadtrechte S. 42): quacunque etiam hora noctis vel diei de homicida judici querimonia fuerit oblata, continuo judex, per sonitum campanarum universitate civium convocata, judicium, sicut praescriptum est, faciet de ipso. — Das Gleiche ergibt sich dann auch für das sächsische Recht. Der Vervestete wird aus der Vervestung gelassen durch den Richter und das Land (Volk) (S. sp. II. 4 § 1); der Beweis der Vervestung wird nach einem Zusatz ebenfalls mit dem Richter und mit dem Dingpflichtigen (S. sp. III. 88 § 7) geführt; nach einer anderen Stelle

Digitized by Google

In welcher Weise im Westen und später im Osten — das Schöffentum die Urteilsstellung auch in Hochgerichtssachen bekommt, muss nachher besprochen werden. —

Noch lange hat sich eine Nachwirkung des älteren Zustands erhalten. Die Quellen kennen nur ein ausserordentliches Zusammenrufen der Gemeinde zum Blutgericht. Die Leute werden durch das Schwert oder das Aufsetzen[5]) des Kampfhutes[6]) zum Erscheinen

(S. sp. III. 18 § 2) wird das Ausziehen aus der Vervestung von den Schöffen bezeugt. Es wird eben durch die Allgemeinheit vervestet, und darum kann nur diese über die Vervestung verfügen; auch die Art, in welcher nach dem Zusatz die Vervestung bezeugt werden muss, weist auf das Gleiche; es hat sich dann aber anderwärts erklärlich genug an Stelle dessen eine Bezeugung durch die anwesenden Schöffen gebildet. Die Stelle in S. sp. II. 12 § 1 ff., die man gewöhnlich für ein Schöffenurteil in Blutsachen anführt (so z. B. auch Planck in seiner klassischen Darstellung I S. 100) sagt nur, dass über Schöffenbarfreie nur der Schöffenbarfreie Urteil finden kann. Sie sagt nicht, dass auch über andere Personen unter Königsbann lediglich der Schöffenbarfreie Urteil finden kann, sondern nur, dass ausserhalb des Königsbanns, d. h. im niederen Gericht jeder über jeden, d. h. auch über den Schöffenbaren Urteil finden kann (§ 3). Vor allem aber sagt sie nicht, dass der Schöffenbare dieses Urteil als „Schöffe" findet; denn ausserhalb des Königsbanns gibt es keine Schöffenbank (S. sp. I. 63 § 2) und so bedeutet die Urteilsfindung in S. sp. II. 12 die Urteilsfindung aus der Gerichtsgemeinde heraus.

[5]) So der Landbrief v. Twente c. 41 voert meer eyn man, de gheladet woerde mit eynen zweerde tot sinen hoghesten rechte ende eyn heymael gheheghet woerde u. s. w. (Racer III S. 76); c. 18 (Racer III S. 32 ff.). Item so en mach gheen man den anderen wapen ober roepen in Twenthe ende laden mit enen sweerde thon hoghesten rechte dat en sy om noetmunt eder van doetslaghe om claghebaer wunden om roef eder om brant ende van geweeldichliken zaken die aen een liif ghaen. — Weistum des Utrechter Oberstifts über das Heymael (pro excol. jur. patrio I S. 381) soe begeer ick een gerecht oirdell want hyr clagers staen en wyllen claege van eenen doeden man met eene blykende schyn, woe sie aent heymaell koemen sullen, dat sie dair an koemen als recht ys: soe sal man wysen met getogenen suerde en met wopen geruchte. — Besonders interessant ist die Sache in Drenthe: hier wird das gesamte Land durch das Schwert zusammengerufen, das der Schultheiss von Coevord, der Vertreter des Bischofs von Utrecht, für das ganze Land aufbewahrt (Drenther Landrecht v. 1412 § 26). Der Aufruf kann auch durch die Landesherrschaft wegen Landesnot geschehen (c. 42; ebenso das Landrecht von Buddinge — und Haakswolde 55: Drenther Quellen S. 155 [O. V. R. Br. XVII]), und da müssen alle folgen. Der Aufruf kann aber auch durch den einzelnen Volksgenossen geschehen, der sich das Schwert gegen Einsatz von 60 sol. vom Coevorder Schultheissen entlehnen muss (§ 26). Ein solcher Aufruf erfolgt bei Kriminaldelikten, dann aber auch bei unrechtmässiger Pfandnehmung (§ 19, § 29). Wiederum wird damit die „Meente", d. h. das gesamte Volk aufgerufen „den zweerde volghen —

Digitized by Google

aufgefordert; es handelt sich also um das Aufgebot des ganzen Volks gegen den Feind, oder was dem gleich, den Friedlosen, ein Aufgebot, wie es auch bei der Verbannung des Ächters in Anwendung kommt.

Schon nach der äusseren Form kann diese Zusammenberufung ursprünglich nur für Klagen des Kriminalrechts verwendet worden sein. In Drenthe wie Friesland hat wie der private, so auch der königliche Beamte das Aufgebot, und es ist eine Art Alleinrecht desselben dadurch entstanden, dass er das Ladungszeichen, das Schwert oder den Hut, aufbewahrt. Damit ist dann der Übergang auf die Zusammenberufung des Volkes zu Inquisitionen in Königsbannfällen gewonnen.

2. Damit ist schon eine zweite Art des Vollgerichts gestreift. Neben den zufällig zusammentretenden Gerichten stehen wohl von jeher gewisse, ein für allemal angesetzte Versammlungen. Im ganzen freilich ist die ursprüngliche Gestaltung kaum mehr zu erkennen,

ende helpen den clagher rechts." Das mit dem Schwert zusammenberufene Gericht ist das souveräne Gericht. I Etstoel (pro exc. jure patrio VII. 2 S. 124) 1479: want mit den zweerde geroepen was, szo was alle recht nedergelecht ende welk man to doene hefft de mach upt nije spreeke. — In Wesel ist dann diese Klage mit dem Schwerte auch auf Civilsachen angewendet worden. Lacomblet III. 241. 1329: Item concessimus dictis nostris opidanis Wesaliensibus irrevocabiliter per presentes, quod ipsi poterunt pro debitis vel pro aliis causis quos voluerint, licet illi in terra nostra resideant, nudo gladio coram nostro judicio Wesaliensi proclamare seu vocare: es ist offenbar das gleiche Streben, die Civilklage zu kriminalisieren, das die Speierer und Aachener dazu führt, den Schuldner als Frevler zu behandeln (Speier U. B. 47; ebenso in Aachen der forpel des Schuldners 60 sol.: Aachener Rechtsdenkmäler S. 96 § 5). — Die Klage, wie sie bisher geschildert, kommt auch im sächsischen Recht vor: Westf. U. B. III 1464. Noveritis quod — concedimus — ut nullus ipsos seu aliquos vel aliquem ex eis coram aliquo iudicio gograviatus per clamorem ad arma cum gladio extra oppidum suum in ius vocet seu vocari procuret quoquomodo. Vielleicht gehört auch hieher Seibertz I. 390. 1280: Et nullus Gogravius debet vel potest de jure homines ad ista judicia pertinentes ad alia jura vel loca per evocacionem que geschrye dicitur evocare. — Der Landschrei ist dann aber auch die Form, in der im Hessischen das Hochgericht zusammengerufen wird. Gudenus I. 221. 1237: excepte Ville prenotate tamen ad vocem Preconum Justiciarii nostri dicte Comicie, quod vulgariter dicitur Lantschreie. — Noch im 16. Jahrhundert wird in Ostfranken die Kriminalklage erhoben durch den Ruf: „Waffen waffen heut vber mein vnd diss landts dieb . . . dieb jo mörder . . . mörder jo brenner . . . brenner jo etc. (Münch. S. B. 1872 S. 175).

[6]) In Friesland spielt der Hut die Rolle wie anderwärts das Schwert und wird gerade so vom Schultheiss aufbewahrt wie im Drenthischen das Schwert

Digitized by Google

wozu die altfränkische Reform der ständigen Vollgerichte beigetragen hat. Jedenfalls sind dieselben, wie ausführlich besprochen worden ist, seither fast überall auch zu Rügegerichten für die Königsbannfälle geworden. Allein das Ursprüngliche ist das nicht: die Rügung der Brüchten liegt ja ihrer Gestaltung nach ausserhalb des eigentlichen Gerichtes, und im Seelwerder Landrecht wird das Rügegericht direkt von den drei freien Hauptdingen getrennt[7]). Löst sich also schon äusserlich die Versammlung zur Rügung der Bannfälle des Amtsrechtes von der Volksversammlung zum Gericht ab, so tritt der Unterschied noch deutlicher in den Fristen hervor. Den 2–3 jährlichen placita generalia des Reichsrechts, welche der Rügung der Bannfälle dienen, stehen in dem fränkischen, wie im sächsischen Recht, im ersten schon nach der Salica, gleichmässig die ursprünglichen Termine der Vollgerichte für die Hundertschaft gegenüber, welche nur je sechs Wochen auseinanderliegen[8]). Es bleibt ein Vorrecht des franc homme, in schwereren Sachen und bei Immobiliarstreit nur von 6 Wochen zu 6 Wochen Recht zu nehmen. — Eine höchst wert-

---

(unt. § 33 N. 83). Auf die Klage durch Waffenruf ist wohl auch das baria des friesischen Rechts zu beziehen (vgl. die Stellen von Richthofen s. h. v. und die dort citierte Auffassung Grimms).

7) § 21 N. 72.

8) Anhalt II. 822. 1296 erzählt, dass die Leute einer Abtei ex quadam necessitate legis apud ipsos introducte per totum anni decursum infra sex septimanas semel iudicium, quod godyng (über die Identität desselben mit dem Hundertschaftsgericht § 31) vulgariter dicitur, frequentaverunt. Jetzt wird bestimmt, quod ter in anno secundum consuetudinem loci ad judicium quod godyngh vocatur una cum aliis venient. Diese Frist hat nun auch der S. sp. für den Dingbesuch des Gografengerichts und des Schultheissgerichts (S. sp. I. 1 § 3 und 4), und sie kehrt als Godingsfrist wieder im Bremischen Recht (Oelrichs S. 176: Swe hir beclaghet wert vor mines herren voghede umme wunen de mach wol bruken enes godinghes over ses wekene it ne were also dat dar eyn dot hant ieghenwardich were, so ne mochte he nines godinghes bruken) und als echtes Ding im Braunschweiger Recht (Braunschweigisches U. B. I. 2 § 12: Biddet he enes echten dhinges dat sin ses weken dat wert eme) wieder. — Dieselbe Frist hat nun aber auch das fränkische Recht und zwar bedeutet im französischen Recht assisse eine Frist von 40 Tagen: Beaumanoir § 30, § 90: et li gentix hons aveques les trois quinzaines de prévosté, il doit estre apelés à trois assizes, dont çascunne contiengne quarante jors au mains. Ol. I S. 61 § 4: cum — secundum consuetudinem Normanie, cause super hereditate mote tractentur in assissia castellanie in qua sita est res de qua agitur, per intervalla quadraginta dierum. Grand cout. Norm. 22 § 4: est autem assissia congregatio cum justiciario militum et virorum certo

Digitized by Google

volle ostfränkische[9]) Quelle aber sieht sogar, wie die l. Baiuvariorum, eine Berufung des Vollgerichts von 14 Tag zu 14 Tag als möglich an. —

Diese Fristen von sechs Wochen zu sechs Wochen oder gar von 14 Tag zu 14 Tag sind in einer ackerbauenden Gesellschaft viel zu kurz. So muss die derart befristete Gerichtsversammlung bereits aus der Jäger- und Hirtenzeit übernommen sein, wo die einzelnen beweglicher und ungebundener waren: es ist das, wie wir sehen werden, nicht die einzige Spur, welche diese Periode im deutschen Recht hinterliess. Die entstandene Einrichtung hat sich dann in besonders konservativem Gebiete, wie Sachsen oder Ostfranken, noch weit in die Zeit der Sesshaftigkeit hinein erhalten, ist aber jetzt freilich auch als schwerer Druck empfunden worden. Stammt das alte Vollgericht, das alle sechs Wochen abgehalten wird, aus der vorgeschichtlichen Zeit, so ist es deutlich eine Institution des Volksrechts. —

Eine technische Bezeichnung gerade des volksrechtlichen Voll-

---

loco et certo termino 40 dierum spacium continente. Die Frist ist nach Beaumanoir nur ein Vorrecht des Edelmanns, und damit hängt wohl auch die Konstruktion zusammen, in der das eigentümliche Contremand — die Abmeldung eines Geladenen — sich bei Pierre und Beaumanoir findet. Pierre unterscheidet zwei Arten des contremand, einmal das contremand par essoine de corps (Pierre IV § 18), also wegen echter Not, daneben aber das gewöhnliche contremand d. h. das Recht, durch dreimalige Erklärung ohne weitere Angabe irgend eines Grundes den Prozess hinauszuschieben (Pierre IV, Beaumanoir III). Gerade dieses letztere contremand ist ein Vorrecht der frans homs (Pierre IV § 1 und daraus Artois 3 § 3) oder des gentix hons (Beaumanoir 30 § 90) und bezieht sich auf den Immobiliarstreit (Beaumanoir 2 § 7, 3 § 10); so ist es das Recht des Franken, in Immobiliar- und schwereren Sachen sich die 6 Wochen Frist zu nehmen und sich nicht der 14 Tagesfrist zu unterwerfen. Die assisses aber, die alle 6 Wochen stattfinden sollen, sind im französischen Rechte die Vollgerichte in der Grafschaft. — Die Frist von 6 Wochen tritt bereits als allgemeine Frist in den ältesten Teilen der l. Salica auf (Brunner II S. 217 N. 2), und so gewinnt man im Zusammenhang mit der sächsischen Form das im Text behauptete Ergebnis.

[9]) Das Lohrer Weistum (Grimm III S. 530), vielleicht das wertvollste unter den vielen wertvollen, die wir besitzen: danach soll das Gericht der Zent alle 14 Tage gehalten werden; wenn Tags vorher die Zent durch den Zentbüttel ausgerufen wird, müssen alle erscheinen — eine Pflicht, die nach einem späteren Zusatz jetzt abgelöst wird. Es ist das genau die Bestimmung der l. Baiuw. II. 14 und l. Al. 36 (Brunner II S. 219 f.), die dadurch erst Licht gewinnt. — Meine Bemerkungen im Gött. gel. Anz. 1891 S. 348 fd. sind unzutreffend.

Digitized by Google

gerichts, zu dem ein besonderes Aufgebot nicht erforderlich ist, scheint die alte, weitverbreitete Bezeichnung „ungeboten Ding“ [10]). — Vielleicht gehört dann auch der Ausdruck hemal, heimal, hagelsprake hieher, der ein gehegtes Gericht (placitum procinctuale) bedeutet [11]). So wie das Wort in den Quellen auftritt, bedeutet es freilich jedes Vollgericht, auch das mit dem Schwert berufene [12]), überhaupt jede allgemeine Versammlung [13]). Allein möglicherweise sind ursprünglich die mit dem Schwert berufenen Gerichte nicht die gehegten. Jedenfalls aber weist der Ausdruck Hegemal auf die vorchristliche Zeit, die ja in den Gegenden, wo die Bezeichnung vorkommt, spät genug eingetreten ist. — Auch Lotting, Lutting d. h. liodthing steht vereinzelt im Gegensatz zu Botding und ist dann die ungebotene Volksgemeinde [14]). — Gewöhnlich ist der Name placitum legitimum generale, echtes Ding oder gleichbedeutend in Bayern ehehaftes Taiding.

An allgemeine Versammlungen des Volksrechts denke ich mir die volksrechtliche Rügung geknüpft [15]). Weiter gehört die Immobiliargerichtsbarkeit hierher. Gehen die zweifellosen Angaben der altfränkischen Quellen auch nicht weiter, als dass der Graf die Gerichtsbarkeit über Immobilien haben soll, so sagt jedenfalls der S. sp., dass über Immobilien nur im Vollgericht gerichtet werden darf [16]), und anderemale berichten auch fränkische Quellen der spätern Zeit deutlich das Gleiche; nicht nur, dass öfters die Vergabungen

---

10) Wormser U. B. I. 8 § 29. 1024: tria iniussa placita querant in anno. Wormser U. B. III S. 226: der Camerarius hat die Nachgerichte nach den 3 „ungeboten dinc“. — Gudenus II S. 451 f., Mainz und oft. — Kuchenbecker anal. Hass. IX S. 155: quod iidem coloni prehabiti in Lymessfelt tria plebiscita, que dicuntur Ungeboten, querant in Senndinberch coram nostris officialibus et scultetis in homicidiis et furtis, que capitalem meruerunt sententiam civili justicie subjacebunt.

11) Über die sprachliche Bedeutung Brunner I S. 129 N. 2.

12) Ob. N. 5.

13) Drenther Landrecht von 1412 c. 1: weert sake, datt ghemene lant mit mallicanderen to sprekene hadden van saken, die den lande anrorende weren, soe mach dat mene lant wilkoeren bij mallicanderen toe komen bij eenre penen, die sij daerup setten, ende een hagelsprake to holden.

14) Genaueres § 32.

15) So ganz deutlich der S. sp. I. 2 § 4, der auf dem Vollgericht des Gografen, Vogt und wohl auch des Schultheissen den Bauermeister Ungericht rügen lässt. — Im übrigen § 21. II.

16) S. sp. I. 59 § 1. Planck G. V. I S. 5 unt.

Digitized by Google

dreimal in den Vollgerichten erfolgen[17]) — das gestattet noch keinen festen Schluss —, sondern in niederfränkischen Quellen ist auch die Immobiliargerichtsbarkeit an ein Vollgericht gebunden[18]). Freilich wird der Accent wesentlich nur auf dem Vollgericht liegen. Gerade die deutschfränkischen Gebiete kennen neben der Vergabung in der Hundertschaft eine vor der Ortsgemeinde und in allerdings späteren, aber sehr ursprünglichen ostfränkischen Quellen wird auch das Dorfgericht mit Immobiliarprozessen befasst[19]). Der Zwang zur Vergabung gerade im Grafengerichte gilt ja nur bei den steuerbelasteten Grundstücken und ist eine Folge des Steuerrechts[20]). So mag vielleicht von jeher auch das Gemeindegericht mit Immobiliarklagen befasst worden sein, und das Entscheidende ist nur, dass nicht der einzelne Richter allenfalls mit seinen Schöffen über Haus und Hof der Rechtsgenossen das entscheidende Wort spricht, sondern nur allen Rechtsgenossen miteinander steht das zu. — Wie sehr das fränkische Recht von der Vorstellung ausging, dass das gesamte Volk über Immobiliarsachen richten soll, erhellt noch in einer Gegend, wo von beträchtlichen fränkischen Bevölkerungselementen gar keine Rede sein kann. Bei Nîmes richten die missi in einem Immobiliarstreit mit den Salici[21]). Das heisst doch nichts anderes, als dass die gesamte Frankenschaft in einem Prozess richten muss, der einen ihrer Stammesangehörigen betrifft.

Noch weiter in die ältesten Rechtsformen zurück führen wieder

17) Z. B. Ussermann episcop. Bamb. U. B. 111. 1147: ein Bamberger Kloster erwirbt in Mainz in concione quoque populi, cum presidente iudice civilia iura tractarentur, sicut tribus vicibus in anno fieri solet, contractus illo ter publicatus, et absque ullius contradictione prefectorio edicto ecclesie Babenbergensis ter confirmatus est. Später wird in Mainz nur der dritte Bann im ungebotenen Ding vorgenommen (Gudenus II S. 451). — Kopp ausführl. Nachricht I S. 274. 1253: quia igitur proprietas in villa Hadewerken est in Centuria Bulenstrud constituta, sepe dictus C. proxima sessione post octavum Epyphanye accedens ad locum bvlenstrud sepe dictam donationem ibidem ante tribunalia judicum coram populo terre tercio confirmavit. Später Grimm III S. 364, S. 409. —

18) Ob. § 21 N. 70: besonders charakteristisch das Recht von Harlem, dann das von Amiens, von Lüttich.

19) Zt. f. G. W. N. F. I S. 206.

20) § 3 N. 34 fd.

21) Cart. de Nîmes 12: propterea ipsi et salici ad ipso Natone judicaverunt. Dabei sind die Salici hier — in Südfrankreich — wohl vornehme, franci homines: so jedenfalls in liber miraculorum S. Fidis (ed. Bouillet) I. 10 Cujus (Gerardi milites) reversione explorata quidam Geraldus ejus inimicus ei jam redeunti quindecim Saliensium auxilio fretus occurrit.

Digitized by Google

niederdeutsche Nachrichten: nach der einen Reihe kann über Schulden, die nicht vor den Schöffen bekannt sind, ausserhalb des echten Dinges nicht verhandelt werden, es sei denn, dass ein Kompromiss stattgefunden hat[22]). Nach einer andern Quelle können ungeweddete Bussen (also Forderungen der öffentlichen Gewalt) nur vollstreckt werden, wenn sie auf dem Jahrgerichte, dem placitum generale des Landes, geltend gemacht werden[23]). Nimmt man beides zusammen, so sind die geweddeten Schulden die vor Gericht gelobten Schulden. Diese können ohne weiteres exequiert werden. Die nicht geweddeten Schulden aber dürfen nur im Vollgericht geltend gemacht werden; ausserhalb des Vollgerichts nur, wenn ein Kompromiss stattgefunden. Daraus ergibt sich dann, dass der Richter ausserhalb des Vollgerichts überhaupt nur als Kompromissrichter thätig ist, und jetzt versteht man auch den Sinn des Klagensatzes (delatura, districtus) und des Gegeneinsatzes des Beklagten, wie er eben gerade in den Schuldsachen geleistet wird. Das ist nichts anderes als das Kompromiss. Die Sache führt unmittelbar an den Gegensatz des þing und des skiladomr im norwegischen Recht heran.

3. Fasst man das Bisherige zusammen, so ergeben sich zwei Arten von Vollgerichten: die ständigen und die wegen eines Einzelfalles ausdrücklich zusammenberufenen. Dass Vollgerichte, bald als Lottinge oder ungebotene echte, wissige Dinge, bald als Botdinge[24]) bezeichnet werden, geht auf diesen Gegensatz zurück. Nur

---

22) Erste seeländische Keure § 37 (v. d. Bergh II. 40): Nulli fiet justitia, qui ad hanc choram pertinet, de debito non certificato, nisi in annuali placito, nisi coram comite vel ejus castellano fuerit compromissum. Im zweiten Teil der zweiten Keure (v. d. Bergh II. 748 § 3) zeigt sich zunächst, dass debitum non certificatum „scult — die scepenen niet en kennen" ist; es werden dann für diese unbekannten Schulden vier Termine im Jahr geschaffen.

23) v. d. Bergh IX. 816. Keure von Kenemmerland: ende die rechter en sall ghenen man parden om onghewedde boeten, die van dien ghedinge comet of roeret, maer men sal se beyden tot in dat grafghedinge ende daer verwinnen als recht es.

24) Für echtes Ding ist ein Beleg unnötig — für wizzig Ding: z. Kölner Schied v. 1169 (Lacomblet I. 433); Lacomblet Archiv VI S. 391. 1286 drei ungebotene Dinge = 3 wislig geding; Beyer III. 261 die echten Dinge der hunria = wizschienaht. Nassauisch. U. B. I. 410 ad iudicium ville prenarrate, quod in vulgari dicitur wizzintafdinc coram sculteto, scabinis et hobariis. — Botding ist öfters nichts anderes als eine ungewöhnliche Versammlung, zu der besonders entboten wird: so das botting, das der Erzbischof von Köln in Westfalen hält: Westf. U. B. III. 287. 1231; IV. 390. 1247; Seibertz I

Digitized by Google

die Vollgerichte sind Gerichte. Ausserhalb des Gerichts fungiert der Richter nur als Kompromissrichter. —

Diese ursprüngliche Gestaltung, von der sich Elemente mit grosser Zähigkeit erhalten haben, ist aber im Reichsrecht der fränkischen Zeit bereits überwunden. Zunächst ist in diesem nirgends mehr die Rede von der Befugnis des Verletzten, die Genossen gegen einen Missethäter durch das Schwert oder den Hut aufzubieten. Dann aber ist jetzt auch die Zahl der Vollgerichte, wie sie durch Gesetz feststehen oder durch die Beamten veranlasst werden konnten, beschränkt. An Stelle der sechswöchentlichen Gerichte, die noch immer im Fristenwesen durchschimmern, treten überall 2—3 jährliche placita[25]), wozu dann noch jährlich die eine stille Wahrheit gegen die Gewohnheitsverbrecher kommt[26]). Es ist einmal — freilich in einem italienischen Kapitular — ganz deutlich gesagt, dass die übrigen Vollgerichte, abgesehen von den drei Versammlungen, durch Schöffengerichte ersetzt werden sollen[27]). Die Beamten sind im karolingischen Recht auf die Abhaltung der 2—3 placita verwiesen, während das Königtum sich noch einmal das Recht ausserordentlicher Einberufung vorbehält[28]). Die ganze Beschränkung tritt schon zu Beginn der Regierung Karls des Grossen hervor: es fehlt jede Nachricht über die eigentliche Entstehungszeit[29]). —

Die drei placita werden im westfränkischen und süddeutschen Recht von den Vicaren gehalten[29a]) und sind hier keine Hochgerichte sondern nur Gerichte in Königsbannfällen. Das gestattet einen

S. 624 unt. Dortmund U. B. 115 (Janssen, die Herzogsgewalt der Erzbischöfe von Köln in Westfalen S. 23 fd.). Anderemale wird die Bezeichnung verwendet für das Grafengericht, zu dem alle Freien erscheinen müssen: so Anhalt I. 521. 1170; Hodenberg Vörder Register S. 89 fd. (Beisitzer sind swaren); Stader Recht § 13 (Gengler S. 457); Hannov. Zeitschrift v. Duve I S. 11, S. 12 fd. Andermal tritt speziell hervor, dass es sich um ein zur Rügung entbotenes, allgemeines Gericht handelt: so Grimm II S. 135; so das Botding der niederländischen Kolonisten in der Mark Brandenburg und das Botding des friesischen Rechtes (ob. § 21 N. 71); auch im Stader Recht ist dadurch, dass jurati die Beisitzer sind, die Rügefunktion des Gerichts angedeutet.

25) Sohm S. 398 fd., Brunner II S. 220 fd. und die dort angeführten.

26) § 22 passim.

27) Cap. 102 § 14.

28) Cap. 19 § 12.

29) Über Cap. 104 c. 4, das nach Brunner II S. 221 noch dem ältern System angehören soll, unt. § 29 N. 95, wo überhaupt genauer auf die Frage eingegangen wird.

29a) § 21 N. 70.

Digitized by Google

sicheren Rückschluss auf die Art dieser Gerichte. Man kann sie nicht als die ungebotenen Dinge des Volksrechts betrachten, sondern nur als Versammlungen des Amtsrechtes. Das wird durch einen anderen Zug bestätigt. In den alten Vollgerichten dürfen wir doch nur die Freien als Teilnehmer denken. Die drei placita des mittelalterlichen Rechts dagegen müssen von jedem Hofbesitzer, auch dem unfreien, besucht werden[30]). So sind die Versammlungen, welche zu gunsten des Königs im Jahr zwei- bis dreimal aufgeboten werden, allein erhalten geblieben und dienen, weil sie eben Vollgerichte sind, auch als Kriminalgerichte, die übrigen ungebotenen Dinge des Volksrechts sind wenigstens für das Reichsrecht gefallen.

Unmittelbar damit im Zusammenhang steht wohl der andere Grundsatz der karolingischen Gerichtsverfassung, dass der centenarius oder vicarius von der Blutgerichtsbarkeit ausgeschlossen ist[31]). Denn das später zu erörternde Recht der Bannleihe zeigt, dass die drei placita des Amtsrechtes ursprünglich vom Grafen gehalten werden mussten und erst hinterher, im Westen allerdings sehr früh, der Mittelrichter, der thatsächlich alles vorbereitet, auch rechtlich an die Stelle des Grafen tritt. Darum bedeutet der Ausschluss des Hundertschaftsrichters, der im germanischen Gebiet von Haus aus ein Hochrichter ist[32]), nichts anderes, als die Beseitigung aller anderen Vollgerichte zu gunsten der von den Grafen gehaltenen. Damit gewinnt dann aber auch das Reichsrecht eine ganz andere Tendenz, als man ihm gewöhnlich unterlegt. Nicht nur ein sehr problematisches Gefühl für die Bedrückung der Geringen hat mitgewirkt, sondern hier wie überall sonst sucht eben das fränkische Königtum eine von ihm unabhängige Rechtsprechung zu beseitigen, die wichtigeren Angelegenheiten unter die Kognition seiner Grafen zu bringen.

4. Die Urteilsfindung durch eine allgemeine Gerichtsgemeinde ist natürlich schwer zu erfassen und festzuhalten. Damit hängt nun nach meiner Meinung eine Einrichtung zusammen, die in zahlreichen niederdeutschen Quellen überall da auftritt, wo eben die Gesamtheit zu richten oder zu zeugen hat. In den geldrischen Quellen werden zur Verhandlung im vollen Heimal, also im Vollgericht, noch zwei Gerichtsleute als Zeugen des vom Vollgericht

30) § 40 N. 9 fd.

31) Cap. 80 c. 4, c. 64 c. 3.

32) § 31 N. 40 fd.

Digitized by Google

gefundenen Urteils zugezogen[33]). Offenbar ist es nur eine lateinische Übersetzung, wenn bis herüber in das Klevische von homines iudiciarii die Rede ist, die dann als Zeugen zu fungieren haben, wo keine Schöffen da sind[34]). Das sind eben die Fälle, in denen die Vollgemeinde entscheidet, gleichgiltig, ob eine Versammlung eines grössern Bezirkes oder des unteren Gemeindeverbands.

In letzterer Anwendung tritt die Sache im Oberyssel und im Drenthischen bis nach Westfalen hinein auf. Dem Gericht des Schultheissen, d. h. des Richters der Parochie, dem ursprünglich kein Schöffe zur Seite steht, sondern nur die Vollgemeinde, wohnen hier zwei kornoten an[35]), welche deutlich die Zeugen des Prozesses

33) Versl. en mededeel. III S. 208. 1460: Soe ist johan van Rossum voirs. ghegaen uijt der bancken mitten ritteren ende knechten ende heft hem beraden ende is weder gekoemen ende heft gewesen voir recht mit enen gemeijnen ghevolcht der ritter ende knecht — nun Urteil; zu Ende: des wijsens voirs ... en heft nijemant wedersproeken. Doe dit geschieden daer weeren over ende aen als gerichtzlude Johan van Bemmel, greve tot Doernijnck ende Bernt van Weze ende voel meer goeder lude. v. Loon, groot Gelders placaetboek II app. col. 37. 1448: voert als onse Amtmann van Overbetuwe sittet over gift ende afticht van erftael of andere overkominge daer die luden briefen af begeren, die brieven sullen die twee gerigtslueden darin genoempt mede besegelen. Ebenso col. 51. 1439. In einer Urkunde aus Veluwe (Spaen, inleidning tot de histore van Gelderland. IV. app. S. 55. 1345) werden 7 Gerichtsleute genannt.

34) Binterim und Mooren, IV. 284. 1307: effestucent coram iudice et Scabinis illius loci, ubi bona alienanda sunt, vel coram iudice et hominibus judicialibus, ubi Scabinorum usus non existit. Zuerst hat auf die Erscheinung Liesegang in seiner trefflichen Verfassungsgeschichte von Rees S. 50 ff. aufmerksam gemacht (West. Z. Erg. H. 6), dessen Deutung ich allerdings nicht zustimmen kann.

35) Versl. en Mededeel. III S. 17 § 3 overyss. Dingtaal § 3: Item een richter, als hij tusschen sine beide koernoten sidt. — Für Drenthe Seerp Gratama: een bydrage tot de rechtsgeschiedenis van Drenthe S. 106: dann I Etstoel S. 127 (pro exc. jure patrio VII. 2): dat gheen schulte geender hande geriehtebrieven sol bezegelen he sol eersten de brieven laten hoeren inde lesen sijnen koernoten, zeekeren ende de buren. II Etstoel (O. V. B. B. XVI) S. 64 b. 1525: Soe die scholte van Haulte mytten tween koirnoten — wysen wy Johans rochtbrieff, scholten unde II koirnoten yechtinghe. Magnin, geschiedkundig overzicht van de besturen — in Drenthe I S. 110 myt mynen koernoten 1561; Costumen en ordonnantien v. 1572 § 8 (O. V. R. Br. S. 107): Welck recht de scholtz alsdan ten daege denende geholden is toe hegen ende to sitten mit twie loffweerdige coernoten. Hiezu I Etstoel (a. a. O.) XVII S. 62. 1457: szo is de droste mit den Etten overdragen dat gheen schulte in den lande vann Drenthe gichten sol, dann met twee buren. — Friedländer, ostfries. U. B. II. 454. 1456: Gericht von Meppen: Hir weren an unde over Wilbrant Schade unde Steven van Hede kornoten des gerichtes. — Jung, hist. comit. Bentheim.

Digitized by Google

sind, wie dann der Ausdruck auch allgemein für Geschäftszeugen gebraucht wird[36]). Damit treffen dann natürlich auch die wedmon[37]) des friesischen Rechts und die zwei Achtesleute der westfälischen Gemeindeversammlungen überein[38]). Die Übereinstimmung aller dieser Quellen beweist das hohe Alter der Sache[39]).

III. 1. Ist das frühe Mittelalter eine gesetzesarme Zeit, so hat es doch auch hier Zeiten der Veränderung und Erschütterung gegeben, in denen man auf das Gesetz nicht verzichten konnte. Es ist da von vornherein zu vermuten, dass wie im germanischen Norden Gesetze ursprünglich von der Volksgemeinde erlassen werden mussten, das Gleiche auch für den Süden galt. — In der That ist in den fränkischen Quellen klar gesagt, dass zu einem Gesetz nicht der Wille des Königs und die Zustimmung des Reichstags genügt, sondern dass dazu noch der Konsens der Franci in den einzelnen Grafschaftsversammlungen kommen muss. Der Konsens ist ein eidlicher[40]) — der Eid der Landfrieden. —

U. B. n. 130. 1398: Vnde ich — richter tod vlzen — dar ich zat in eynen gerichte mid mynen kornen kornoten. 163. 1419: Hinrike Burdewyck geheten potmues by der tyt eyn ghezworen richter to Scuttorpe dar ich zat in hegheden gherichte myt mynen kornoten alze myt Stippenbernde vnde myt Hinrike Schecken Scepenen in der tyt to Schuttorpe. Nachtrag n. 10 (S. 372) 1372: vor Johanne Rütynch Richtere to Scuttorpe, dar he zat in eyn ghehegheden gherichte, daran vnd ouer weren kornoten hinrick vanden Thye, vnd Gerd pottiken. 15. 1407 ebenso zwei Kornoten.

36) Jung, Bentheim 90. 1361 bei einer gerichtlichen Vergabung: Hiir weren an vnn ouer alze Kornoten vnn winkopes lude (nun 3 Namen).

37) Vgl. die bei Heck S. 343 f. gesammelten Stellen; dann Groninger Warfconstitutien (pro exc. jure patrio VII. 1) S. 74. 1459; S. 109. 1474. Heck ist an die im Text gegebene Deutung gestreift, ohne doch eigentlich den springenden Punkt zu fassen.

38) Die Belege bei G. L. v. Maurer, Geschichte der Markenverfassung S. 283. Die von Maurer gegebene Deutung als Urteilsfinder trifft nur die spätere Entwicklung.

39) Ob die l. Sal. t. 56 im Gegensatz zu den scabini genannten testes hierher gehören, ist zweifelhaft.

40) Die Auffassung des Textes war die herrschende bis auf die interessante Untersuchung Seeligers, die Kapitularien der Karolinger S. 40 ff. Seeligers Angriff ist aber nicht gelungen. Das wichtigste u. m. E. unwiderlegliche Argument aus dem Edikt von Pîtres c. 6 (cap. 273 B), auf das bereits Brunner I S. 379 ff. hingewiesen, hat Seeliger übersehen. Seine Auslegung von Cap. 40 § 19 und der bekannten Notiz zu Cap. 39 ist unmöglich; denn ein consentire zu Gesetzen, das ein „blosses Anerkennen" sein sollte, ist ein juristisches Unding und kommt nicht vor. — Gegen Seeliger Schröder S. 247 ff.

Digitized by Google

Bereits in der merovingischen Zeit begegnet zweimal eine Volksversammlung, auf welcher ein Steuergesetz durchgeführt werden soll, d. h. juristisch ausgedrückt, zur Annahme vorgelegt wird. Die Versammlung wird am 1. März für eine civitas gehalten[41]). Dies führt zu dem Schluss, dass das Märzfeld nichts anderes war als die Versammlung der Franci der civitas oder Grafschaft. —

Neben dem provinziellen campus Martius wird nun freilich weit häufiger ein campus Martius oder Madius erwähnt, den der König abhält[42]). Auf dem campus madius des Königs erscheinen die Vornehmen des Königreichs, aber nicht bloss die seniores, d. h. die Grafen und übrigen königlichen Barone, sondern auch die minores[43]). Ein entscheidendes Wort hat freilich nur die erste Klasse, so dass hier hofrechtliche Gesichtspunkte die staatsrechtlichen verdrängten; immerhin ist doch auch das Zustimmungsrecht der geringen Teilnehmer nicht ganz verschwunden. Anderwärts erscheinen als die Teilnehmer des campus die Franci und ein andermal majores nati: also die Bessergeborenen der Franken[44]); ein drittesmal ganz entsprechend die leodes[45]). Es sind das die Adeligen des fränkischen Stammes, die alten Hundertschaftsfamilien; das wird sich bald ergeben. — Gewöhnlich wird der Campus im März oder später im Mai, unter Umständen auch zu anderer Zeit gehalten. So wie die Sache in den Ouellen aus der Zeit Karls des Grossen gewöhnlich hervortritt, ist die Versammlung die allgemeine Zusammenkunft des Heeres in der Nähe des feindlichen Gebiets zur Eröffnung des Feldzugs[46]). Hier mussten dann natürlich

---

41) Gregor Turon. V. 4; und namentlich V. 28.

42) Hierher besonders Waitz III S. 558 ff.

43) Hincmar de ordine palatii c. 29 in quo placito generalitas universorum majorum tam clericorum quam laicorum conveniebat: seniores propter concilium ordinandum; minores, propter idem consilium suscipiendum et interdum pariter tractandum et non ex potestate sed ex proprio mentis intellectu vel sententia confirmandum.

44) Ann. Lauresham. 767 (S. S. I S. 144). — Chron. Moiss. 817 (S. S. I S. 312).

45) Cap. 7 § 2: Beraten wird die Sache mit den optimates (§ 1), beschlossen mit den leodes. Die optimates entsprechen den barones, die leodes, wie wir sehen werden, direkt den franci. So ist das Verhältnis das gleiche wie bei Hincmar c. 29.

46) Sehr deutlich wird das in der Übersicht der ann. Alam., Guelferb. Nazar. (S. S. I S. 40); dann anal. Lauresham. c. 23 (S. S. I S. 34): eo anno conventum rex habuit in Wormacia, non tamen Magis campum et ipse annum transiit sine hoste.

Digitized by Google

auch alle wehrpflichtigen Franken anwesend sein[47]). Dagegen ist sowohl in den merowingischen Nachrichten, wie in manchen aus der Karolingischen Zeit die allgemeine Versammlung zunächst doch nur eine Versammlung zur Beschlussfassung über die innere Staatsverwaltung[48]). Da wie dort kehrt[49]) sie jährlich wieder.

Wie muss man sich nun das Verhältnis der Provinzialversammlung und des königlichen Märzfeldes vorstellen? Da beide jährliche Insitute sind, so ist nicht daran zu denken, dass das eine dem andern ausweicht. Man kann sich aber auch kaum vorstellen, dass allenfalls alle Franci (leodes) d. h. die adeligen fränkischen Geschlechter auf dem Reichstag erschienen waren und dass der thetmallus im romanischen Gebiet, der doch wesentlich eine fränkische Einrichtung ist, nur von den Romanen besucht worden wäre. Vielmehr wird eben im allgemeinen auch der König sich der Völkerschaftsversammlung des Gebiets bedient haben, in dem er sich eben aufhielt, so dass es eines besonderen Gebots bedurfte, wenn in Friedenszeiten ausser den königlichen Baronen, die alle erscheinen mussten[50]), auch die übrigen Franci der übrigen Gebiete kamen[51]). Ich glaube, dass diese Deutung auch die innere Wahrscheinlichkeit für sich hat. Denn wenn wirklich alle Franken im technischen Sinn, d. h. die steuerfreien, selbst im Frieden jährlich hätten im königlichen placitum erscheinen müssen, so würde diese Last doch auch Spuren in den Quellen hinterlassen haben.

So dürfen wir annehmen, dass in Friedenszeiten der König den Grafschaftsversammlungen (Völkerschaftsversammlungen) gerade so gegenüberstand, wie der Graf den Hundertschaftsversammlungen[52]). Vielleicht mag die Verlegung der königlichen Versammlungen von März auf Mai auch dazu gedient haben, eine Kollision

---

47) S. S. I S. 144. 767 ibi synodum fecit cum omnibus Francis more solito in campo.

48) Cap. 7 § 1, § 4, § 8; chronic. Moissiacense 817 (S. S. I S. 312); annal. Einhardi 823 (S. S. I S. 210); Hincmar c. 29.

49) Cap. 7 § 1, § 4, § 8; Hincmar c. 29.

50) Darauf beziehe ich Einh. annal. 823 (S. S. I S. 210), wo es als das Normale angesehen wird, dass zum conventus mense Maio alle Franciae primores anwesend sind.

51) So 817, wo Ludwig I. wegen der Einsetzung Lothars einen conventus populi hält, auf dem alle maiores natu Francorum zu erscheinen haben (S. S. I S. 313).

52) Sickel in seiner trefflichen Abhandlnng über die merovingische Volksversammlung (M. Ö. J. Ergb. II S. 339) hat die Kollision zwischen dem

Digitized by Google

mit der provinziellen Versammlung hintanzuhalten. Daraus, dass die Gesetzgebung juristisch noch an die Grafschaftsversammlungen geknüpft ist — mag das auch je nach der Macht des Herrschers thatsächlich eine blosse Registrierung sein —, erklärt es sich dann, warum ein in einem Jahr beschlossenes Kapitular erst im nächsten Jahr lex werden kann[53]).

Jedenfalls begegnet in der nachfränkischen Zeit sehr bald eine Gesetzgebung für die Grafschaft[54]), die nach späteren französischen Nachrichten an die assisses geknüpft ist[55]). Ebenso erlässt in Deutschland der Landesherr, d. h. im ganzen der Graf, Verfügungen mit Zustimmung der meliores terrae[56]). Nicht das ist neu, dass eine solche Gesetzgebung in der Grafschaft geübt wird, sondern das, dass sie in Deutschland seit Ende des 13. Jahrhunderts zunächst wegen der Steuerverlegenheiten der Landesherren viel reichlicher als früher stattfindet. Dabei kombinieren sich dann mit den Grafschaftsnotabeln des Volksrechts auch noch die Ministerialen des Grafen.

---

provinziellen und dem königlichen Märzfeld gefühlt und deshalb — ohne Beleg — behauptet, dass da, wo Akte der Steuerverwaltung auf den ersten März fielen, das königliche Märzfeld nicht abgehalten worden sei.

53) So Cap. 143 § 5. Die Erklärungen Seeligers S. 54 ff. scheinen mir auch hier unzutreffend; denn dass Cap. 142 ein Beschluss des salischen Volkes in Abwesenheit des Königs gewesen sei, ist verfassungsrechtlich ebenso inkommensurabel, als es nach Cap. 143 § 5 selber (arge praeterito anno — per omnium consensum addenda esse censuimus) falsch ist.

54) Die älteste, unsichere Nachricht bei Hariulf III. 10 (S. 119) aus dem Anfang des 10. Jahrhunderts: verumtamen hujus Heligaudi comitis leges quas in secularibus proposuit, adhuc a provincialibus sciuntur, servantur. Im 11. Jahrhundert folgen dann im Süden die Gesetze der Grafen von Bigorre und von Barcelona; dann Gall. christ. I S. 201. III: vicecomes von Laburdum (Bayonne) erlässt mit seinen barones und totus populus ein erbrechtliches Gesetz.

55) Beaumanoir 54 § 11, 67 § 22, der bailli befiehlt auf der assisse. Vaissete X. 53. I: der Seneschall verkündet königliche Anordnungen auf der assisse. Somme rural I S. 10: en assisse appelez les juges et les seigneurs du pays peuve estre mises sus nouvelles constitutions et ordonances sur le pays. Gheldolf V S. 275: auf dem Hoop von Hazebrouk werden Gesetze erlassen mit Zustimmung der Gerichtsgemeinde; es handelt sich um eine Hundertschaftsversammlung.

56) Weiland II. 305: es handelt sich nach der Fassung des Gesetzes nicht darum, dass dem Landesherrn eine neue Kompetenz übertragen wird, sondern nur darum, dass ihm der Erlass ohne Zustimmung der meliores verboten wird; ein Fall solcher Gesetzgebung z. B. Schleswig II. 85. 1255.

Digitized by Google

§ 29. Die Schöffen.

I. Das Schöffentum hat allmählich das Urteil der Vollgemeinde ersetzt. Um zu einem bestimmten Bild der Einrichtung zu gelangen, will ich zunächst die Nachrichten über das Institut landschaftlich zusammenstellen, bevor ich eine zusammenfassende Konstruktion versuche.

1. Es soll zunächst vom Westen und Süden ausgegangen werden, ohne dass natürlich eine bestimmte Abgrenzung gegen den Osten möglich ist. Da werden nun die Schöffen bis zu Anfang des 11. Jahrhunderts auch in Süd- und Mittelfrankreich erwähnt[1]). Nach der Urkunde von 780 für Digne werden die quatuorviri

---

[1]) S. Victor I. 31 § 23 (N. 42). 780. S. Victor I. 26. 845: Inquisition wegen eines Zolles in publico mallo ante Rothbertum, vicarium de vero illustri Adalberto comite, et tam scavinis, tam romanis quam salicis, vel judicibus, qui cum ipsis ibidem aderant, id est (nun folgen 28 Namen), quam pluribus aliis bonis hominibus. Unter den 28 Namen sind 12 romanisch, 16 germanisch. Gallia christ. IV col. 67. 901 (Autun): Unde ad iudicium scabinorum idem Abbo mallavit supradictum Cadilonem. Vaissete V. 43. 918: Der Vertreter des Grafen von Toulouse sitzt una cum abbatibus, presbyteris, judices, scaphinos, et regimburgos, tam Gotos quam Romanos seu etiam et Salicos. Cluny II. 979. 955: Cum resetisset Rotbertus vicecomis in Cabilon civitatem, in mallo publico, ibique venit Ariodus, dante Gislebert vicecomis, cum illis escabineis, a Lessanaro et Aimoino vicario et Utuldrio et Adalo et Arembert; et aliis ceteris pluris bonis ominibus. II. 1179. 964: Noticia proclamacionis in mallo publico, ante presenciam domni Alberici comitis et Nardoini vicecomitis et Vuichardum et Roclenum et Teotberdum et aliis escabineis et bonis ominibus is residentibus. II. 1524. 980: Noticia hec jussit fieri Eldevertus, vicarius, per consilium scabineis suis. S. Victor II. 1061 (1018—1032): König Rodulf cunctis civilibus Aralatensis audientibus, ducibus, viscommitibus, scavinos judices et vicarios seu varvassuris atque ceteris omnibus tam presentibus quam et futuris. Perard S. 34 XV. 819: cum resedisset Theodericus Comes in Crounaco villa, in mallo publico — una cum pluris scabineis et caeteris praeceteris (? praeclaris) personis. S. 35 XVII ebenso S. 147. 867: Cum resedisset Isaac dono Dei episcopus, et Odo Comes vel missi dominici — in mallo publico — una cum scabineis. S. 148. 868: scabinei decreverunt judicium. — Redon 147. 832: Venerunt simul in lege Roiantken et Catuueten ante Jarnhitin — et ista sunt nomina scavinorum, qui judicaverunt, quod firma et stabilis permaneat ista venditio — folgen 12 Namen. 180. 840 bis 846: Venit Conuuoion abbas — in placito publico ante Gradlon machtiern — et ipse Merchrit (der Beklagte) reddidit terram — secundum iudicium scabinorum qui ibi aderant; folgen 4 Namen. 191 (797): judicaverunt scabini Frodaldi comitis (6 Namen). 192. 826—840: in mallo publico — judicaverunt illi scavini (8 Namen).

Digitized by Google

des Munizipalrechts als scabini litis benützt, aber doch daneben als scabini civitatis bezeichnet[2]). In den beiden Urkunden von 955 und 964 gebraucht der Graf als scabini die vicarii, vielleicht auch einen vicecomes[3]). Einigemal werden auch am lothringischen und französischen Königshof scabini erwähnt[4]). Farbloser ist die Erwähnung des Urteilsfinderkollegs da, wo von mehreren judices, qui sunt constituti (iussi) causas dirimere[5]) geredet war. Einmal bekleiden mehrere dieser Urteilsfinder sehr lange ihren Posten[6]).

2. Noch unbestimmter sind andere Quellen des Südens. Hier richtet der Graf mit proceres oder nobiles, einmal derselbe, der nicht lange vorher mit scabini geurteilt hat[7]). Einmal erscheint

---

[2]) S. Victor I. 31 (§ 23 N. 42).

[3]) N. 1.

[4]) Gall. christ. IV col. 49. 853 Kaiser Lothar: Eandem villam ad praefatam S. Nazarii ecclesiam legitime pertinere didicimus atque per judicium nobilium virorum comitum, atque scabinorum memorato Gistulfo vasallo iam dicti Jonae episcopi eam reddi praecepimus; dann Miraeus I S. 255. 919: in der Unterschrift einer Königsurkunde werden 5 Bischöfe, 12 comites, 16 scabini palatii genannt; dazu noch Waitz IV S. 494 N. 2 und unten § 59 N. 154 fd.

[5]) Marca col. 779. 843: Cum — resideret vir inluster Adalaricus Comes una cum viro sanctissimo Gondemaro sedis Gerundensis Episcopo, Wadamiro, Carpioni, et Leuchiriaco vassos dominicos — necnon et iudices qui iussi sunt dirimere causas (folgen 10 Namen). col. 780. 843 ebenso; col. 783: Seu et judices qui sunt iussi iudicare (7 Namen) et ceterorum hominum. col. 796. 874: In iudicio Mirone Comite seu de iudices qui iussi sunt causas — dirimere vel recte iudicare (folgen 7 Namen) vel in praesentia aliorum multorum bonorum hominum (folgen nun noch einmal Namen).

[6]) Von den bei Marca col. 835. 901 genannten judices des Grafen Miro sind 4 (Longoardus, Beran, Suniefredus, Fulgentius) bereits 879 erwähnt. (Marca col. 804).

[7]) S. Victor I. 290: noticia guirpicionis vel deffinitionis, in Arelate civitate, publice, ante domno Willemmo, inlustrissimo comite, et ante vassos dominicos, tam romanos quam salicos, una cum plurimarum personarum diversis legibus viventibus. — Cluny I. 81. 903: Residente cum obtimatibus suis, domino Ebolo, venerabili comite (von Poitou). Cluny II. 1087. 960 (vgl. II. 1100; III. 2552): ante presentiam domni Alberici comitis (von Maçon) et fidelibus suis, Vualterium vicecomitem, Rotbertum, Vuarulfum Vuichardum — folgen andere Namen. Es scheint derselbe Alberich, der in II. 1179 (N. 1) mit Schöffen judiziert. — Cluny II. 1789: ante presentiam supradicti principis (Graf von Châlons) ac procerum eius. — Cluny II. 1249. 968—978: ante Lambertum comitem et ante seniores viros. — Beaulieu 47. 960: ante Regimundum comitem (von Rodez) vel ante alios nobilissimos viros. — Marca col. 948: dum residebat nobilis matrona Ermengardis comitissa in comitatu in Valle Asperi in Castronovo una cum filio suo Berengario Episcopo sanctae sedis

Digitized by Google

noch die Trennung nach der Nationalität beibehalten, welche in denjenigen Urkunden so stark betont wird, welche die scabini erwähnen. Öfters finden sich unter diesen vornehmen Beisitzern wieder vicarii und vicecomites[8]).

Besonders interessant ist eine Urkunde aus der Bretagne, wo der Graf früher mit Schöffen urteilt, jetzt aber für den konkreten Fall aus seinen proceres eine Kommission ernennt, welche das Urteil fällt[9]). Es ist nur ein anderer Ausdruck für die Urteilsfindung durch die proceres, wenn der Graf mit seinen vasalli oder barones richtet[10]). In den Quellen des 13. Jahrhunderts tritt dieses Gericht der Barone, das nicht allenfalls ein blosses Gericht des Hofrechts für die Mannen, sondern das Gericht des öffentlichen Rechts ist, scharf hervor und zwar in Gegensatz zu der Gerichtsbarkeit des Rats, durch den es allmählich verdrängt wird[11]). Dabei deuten aber doch zwei Spuren auf den Zusammenhang mit der fränkischen Zeit.

Im Lothringischen tritt einmal ein scabinio auf, der offenbar für die Grafschaft den Vorrang hat und dem Grafen zur Seite steht[12]). Nach den lothringischen Coutumes von 1519 ist

---

Eulaliae Elenensis Ecclesiae, necnon et cum nuru sua Totade Comitissa, et cum suos proceres, qui in praedicto commanent comitatu, id est (folgen neun Namen), seu judices qui iussi sunt negotias seculares judicare et legibus diffinire, id est, Guillelmo et Sonifredo iudices (das letztere die vicarii civitatis) (§ 26. II); ähnlich col. 960. 1004 etc.

8) So Cluny I. 81. 903; Dachery III S. 358. 863 Vienne: veniens Vitfredus Ecclesiae sancti Mauricii Advocatus publice in Viennam civitatem, in praesentia Domni Adonis ejusdem Ecclesiae Venerabilis Archiepiscopi, et Erlulfi Vicecomitis, Missi illustris Bosonis comitis, vel Judicum qui ibi aderant, et plurimorum nobilium hominum, Sacerdotum et Levitarum, Constantii Chorepiscopi, Arleni Praepositi, Teutelmidei ac Girardi Vicarii, Gautseranni Vicarii, Silicionis — nun noch andere Namen. — Cluny I. 15. 870 Vienne: ante inluster vir Geyrardo comite, seu domni patri Adoni archiepiscopi, et Angilbotone vicecomite, et judices et vicariis qui ibidem aderant; folgen nun zahlreiche Namen, worunter vier Römernamen. Es ist wichtig, dass in den beiden letzten Urkunden besondere judices gegenüber den vicarii oder gegenüber sonstigen vornehmen Personen erwähnt werden.

9) Redon 348. — 1080; für früheres N. 1. a. E.

10) S. Victor I. 290 (N. 7). — Piolin Mans III. 29: judicaverunt ibi omnes barones. Lemans 1067—1081.

11) § 59 III.

12) Calmet I. col. 379. 968: Signum Sigerici comitis qui haec fieri jussit; sign. dominae Bettae, quae simul cum eo consensit; sign. Odachti comitis; sign. Hartuici scabinii. sign. Deoderici. sign. Wipli. Testes. sign.

Digitized by Google

nun für das Grafengericht, d. h. jetzt das Gericht des bailli einer der Wortführer der übrigen ritterlichen Beisitzer.[13]) Er verkündet die von allen Urteilsfindern unter seiner Leitung gefundene Entscheidung dem präsidierenden Vertreter des Grafen und wird noch jetzt als der echevin bezeichnet. Damit kommt der Schöffenmeister überein, der im fränkischen Recht öfters erwähnt wird[14]). Das Amt dieses „Schöffen" ist aber nach lothringischem Recht kein

---

Adelonis. sign. Reginhari. sign. Azichonis. sign. Theodberti comitis. sign. Sigiberti scabinii. sign. Lampizonis. sign. Egenonis. sign. Reginboldi comitis. sign. Scabinii Ruozelini. sign. Raginhelmi.

13) Bonvalot, les plus principalles et générales coustumes du duchié de Lorraine S. 65, wenn die Parteien ihre Klage ausgeführt haben: et alhors le dict sieur bailly commet ung „de mes dicts sieurs gentilhommes estans aux dictes assizes lequel quil veut" pour eschevin de la cause pourveu quil ne soit tenu suspect ny partial pour partie, lequel gentilhomme ayant la charge deschevin ne la peult refuser. Il appelle messieurs les gentilhommes, qui se tirent en une chambre à part ayant les tiltres et munumens produicts par les dictes parties, les voyent et les lisent derechef, discuttent de la matière, et concluent de la sentence quilz en veullent donner, „et sy tous sont daccord de la dicte sentence", sen reviennent en la salle des assizes où le dict sieur bailly „les attendant ilecq" les parties présentes, le dict eschevin, prononce la sentence, usant de ces motz: Monsieur le bailly, je reviens de mon eschevinaige et treuve par tous messieurs les nobles et par moy et sans débats que, etc.

14) Der Schöffenmeister kommt sehr breit in Köln vor; es heisst Schreinsurk. II. 1 S. 293: A judicio senatoris Antonii libera ab omni querimonia camerarii iudicata est, consentientibus senatoribus et populo. Etwa gleichzeitig (Quellen-Köln I. 80. 1171) wird von einem magister senatorum gesprochen, und dieser begegnet uns noch später. Hier zeigt sich dann, dass der Schöffenmeister in Köln nicht mit demjenigen identisch ist, dem das einzelne Urteil zur Erledigung zugewiesen wird, wohl aber werden an ihn die Dinghegungsfragen gerichtet: Stein, Akten zur Geschichte der Stadt Köln I S. 557 § 12 (1370—1375), S. 654 § 30 (1437), S. 765 § 36 (1435) — I S. 758 § 4, 555 § 3. Sehr früh ist der Schöffenmeister bereits Vertreter der Schöffengilde (Schreinsurk. II. 1 S. 304. 8). Ein vollkommenes Bild ist erst möglich, wenn das von Lau in Festschrift für Mevissen S. 108 erwähnte Statut publiziert ist. — Trier: Lamprecht III n. 41 (S. 54). 1267, Westdeutsche Zt. Erg. b. I S. 150, S. 152. — Strassburg. U. B. I 216. — Metz. Metz IV S. 91. 1055: primus scabinio S. 138. 1181. Für magisterium scabinatus jetzt der Wechsel eingeführt S. 274. 1305. Der von der Kirche ernannte maître eschevin ernennt die übrigen Schöffen. — Toul.: Calmet II col. 473. 1253. — Paris: Ol. I S. 926. XI. — Lille: Roisin S. 36 (maire des eschevins). — Lüttich: Patron S. 295. — Einmal kommt die Sache auch im Landrecht vor: Grimm III S. 422. 1407 Centgericht in der Wetterau: und diese nachgeschrieben scheffen daselbis mit namen Fritze Quaader, scheffinmeystere.

Digitized by Google

ständig besetztes mehr, sondern die Ernennung erfolgt von Fall zu Fall. Ähnlich wird in Seeland geschieden zwischen den scabini für das Schultheissengericht[15]) und dem scabinus, den der Graf im Grafengericht zur Abhaltung eines Zweikampfs aufstellt[16]).

Die andere Spur ist breiter und greift in das deutsche Gebiet über. Weithin treten als Richter 12 pares auf[17]). Diese pares sind zu-

---

15) v. d. Bergh II 40 § 48 § 52 II. 748.

16) v. d. Bergh II. 40 § 40.

17) In Hennegau erscheinen für jede der beiden Grafschaften in Mons und Valenciennes besondere pares, die aus den edelsten Geschlechtern stammen: Giselbert S. 152. 1184: in castris suis scilicet in Montibus et in Valencenis debitare cognovit coram paribus suis Montensibus, Eustacio scilicet de Ruez, Nicholao de Barbencione, Waltero de Lens, Ostone de Trasiniis, Rassone de Gaura, Ida de Jacea, Egidio de Cimai, Willelmo de Kevi, Gerardo de Hamaida, et coram paribus suis Valencenensibus, Almanno scilicet de Provi, Renero de Trit, Nicholao de Cauderi, Karolo de Frasne, Ludovici filio, Olivero de Peresel, Ida de Jacea pare eciam Valencenensi. Wie sehr es sich um eine bestimmte Würde handelt, zeigt sich daraus, dass ausdrücklich hervorgehoben wird, wie ein und derselbe par in Mons und in Valenciennes ist. Schon in einer früheren Urkunde (Miraeus I S. 697. 1145) werden noch 12 pares von Valenciennes genannt; später (Martène thesaurus I col. 1030. 1247) noch einmal pares von Mons und von Valenciennes S. S. XXIV S 614: Ardensis dominus Arnoldus · duodecim pares vel barones castro Ardee appenditios instituit. — Warnkönig II. 206 — et si est li sire de Menin I des XII pers dou castiel de Courtray. — Patron c. 18 (Recueil de Liège I S. 323): Et a semblant doit avoir monsingnor de Liege XII peirs qui anchiennement astoient appelleis ly XII de S. Lambert et soloient jugier les fiefs de baronnie et nul autre. — Zahlenmässig unbestimmt sind die pares bei Giry S. Omer 15. 1175: Fide interposita seniorum et prudentiorum vicinie et parum ipsius castelli. 98 § 2: pares castelli et feodati eorum, super feodum ad castellum pertinens manentes — liberi sunt a theloneo, ruagio et portagio. Si autem mercatores fuerint, de mercatura pacabunt. — Ord. VII S. 690 § 5. 1246 Dommart: placita de hereditatibus Parium Castelli et Francorum hominum, infra Banleucam sunt judicanda. — Ord. XI S. 270. 1195: omnes Viromandiae Pares qui tunc temporis Majores habebuntur. — Ein solcher par der Vermandie, also par einer Grafschaft, begegnet dann später in dem Grafen von Blois, der diese Stellung ererbt hat: S. S. rer. franc. XXIII S. 768 (1304): item dicit idem comes (von Blois) quod ipse est par in Viromandia et sic usi sunt ejus antecessores ut dicit nec debent ire in exercitum nisi in exercitum regis. — Usage de Ham. § 29: jeder kann frei in die Kommune eintreten exceptis hominibus principum quos pares vocant. — Tailliar 117. 1250: in dem Verzeichnis der hommes liges von Béthune erscheinen 20 pares neben den liges. — In die gleiche Reihe gehört es, wenn in der Chronik von Lorsch von 12 Leuten gesprochen wird, welche den höchsten Heerschild ausmachen: S. S. XXI S. 415: Qui (Abt von Lorsch) communicato 12 illustrium

Digitized by Google

nächst gerade für die öffentlichen Gerichte erwähnt, denen die ritterlichen Klassen unterstehen. Par ist sprachlich nichts anderes als der Gefährte, der Gefolgsmann[18]), und so stimmt es vollkommen, wenn auch später der par als Baron den übrigen Vasallen eines Herrn gegenüber gesetzt wird[19]): die pares machen die ursprüngliche Gefolgschaft aus, welche in der ersten Zeit ihrem Herrn allen Dienst versprochen und deshalb Handreichung gethan hat und sich so im Westen als ein geschlossener Körper von den übrigen Vasallen absondert, selbst nachdem auch in ihr Lehensverbindungen auch mit anderen Herrn geduldet zu werden begannen[20]). So wie die Sache in den Quellen aber gewöhnlicher auftritt, sind die pares eben die (zwölf) Urteilsfinder am Hof des Königs, Grafen oder sonst eines vornehmen Herrn, deren Rechtsprechung gerade so wie anderwärts die der Barones zu den Entscheidungen des königlichen Rats im Gegensatz steht[21]). Da sich aber die greifbaren Merkmale des Baronats verflüchtigt haben und die Barones oder pares gewöhnlich Urteilsfinder sind, so sieht man nun das Bezeichnende des Begriffs Baron in der Urteilsfindung. Deshalb beschränken sich auch die pares gewöhnlich auf die Zwölfzahl, mit

---

fidelium suorum consilio, quo numero etiam beneficialis summa militaris clipei qui vulgo dicitur hereschilt, Laureshamensis ecclesiae adtinens includitur, singulis — centenos milites — assignavit. — Es gehört weiter hieher, wenn nach dem Freiburger Stiftungsbrief (§ 56 a. E. Gaupp) und der Berner Handveste a. E. (fontes rer. Bernens. II. 3 a. E.) der Herzog von Zähringen das Privileg bestätigt cum 12 nominatissimis ministerialibus suis; vielleicht auch wenn der Graf von Berg 12 seiner Ministerialen obligiert. Lacomblet II. 85. 1220. Besonders deutlich ist aber Sw. sp. Lnr. 18. 27. Danach muss der Herr 12 Mann in seinem Lehensgericht haben; 7 davon werden im einzelnen Fall als Urteilsfinder benützt. Es ist eben die Notwendigkeit der 12 Urteilsfinder aus dem öffentlichen Recht in das Lehens- und Ministerialrecht gedrungen. — Nicht hierher gehören die pares des nordfranzösischen Stadtrechts: darüber § 24 N. 16.

18) Belege in altfränkischer Zeit bei Waitz II. 1 S. 258 N. 1. III S. 538 f. N. 1. IV S. 610 N. 3.

19) So in dem Beispiel von Ardres (N. 17). Dann wohl S. S. rer. franc. XXIII S. 768 (N. 17), wo jemand, weil er par der königlichen Grafschaft Vermandie ist, nur dem König zu Kriegsdienst verpflichtet sein will, und das Verzeichnis der Leute von Béthune (vorige Note), wo 20 pares neben weit über 200 hommes liges stehen. Ein ähnlicher Gedanke liegt offenbar der Erzählung von Lorsch zu Grunde.

20) § 43 passim.

21) § 59 III.

Digitized by Google

der sie an sich gar nichts zu thun haben. Lediglich das Gleiche gilt für die pares des französischen Königreichs; es sind eben diejenigen 12 Barone, welche als Richter im Königsgerichte fungieren und daher überhaupt unter den königlichen Vasallen die entscheidenden sind[22]). — Aus den öffentlichen Gerichten ist dann aber das Zwölferkolleg in das blosse Lehengericht und das Ministerialgericht hinübergedrungen, welche letzteren beide mit dem öffentlichen Gericht ja so häufig vereinigt waren; und in diesem Zusammenhang hat dann der Schwabenspiegel die wertvolle Nachricht überliefert, dass überall zwölf Urteilsfinder da sein sollen, aber das Gericht jeweils nur mit sieben besetzt zu werden braucht[23]). — Einigemal zeigt sich, dass das Amt des par ein dauerndes vererbliches Amt ist[24]). Es hat sich also da, wo ein geschlossenes Kolleg von pares vorkommt, das besondere Urteilsfinderkolleg noch nicht verflüchtigt. — In welchem

22) Die Streitfrage über die pares franciae gehört zu den meist besprochenen, wenn auch nicht gerade den wichtigsten der französischen Verfassungsgeschichte (Litteratur bei Luchaire Manuel § 304). Es ist allerdings richtig, dass die Zahl 12 für diese pares erst im 13. Jahrhundert, der Name erst im 12. Jahrhundert bezeugt ist: die Belege gesammelt von Lot in der revue historique Bd. 54 S. 34 ff. Die richterliche Funktion tritt im 13. Jahrhundert deutlich hervor; es ist besonders das Urteil von 1224 wichtig, wonach die 4 Grossministerialen des Königs nicht mit den pares judizieren sollen (Martène ampl. coll. I col. 1193/94; dann der Rechtsstreit des Enguerrand von Coucy, wo die pares sich als die ausschliesslichen Richter über die königlichen Barone erweisen (§ 43 N. 60). Allein im Rolandslied erscheint die Vorstellung von den 12 pares bereits formiert und der geschilderte Zusammenhang, der das Institut als ein weitverbreitetes aufgewiesen hat, lässt an eine isolierte späte Entstehung für das französische Königsgericht nicht denken. Die gründlichen Ausführungen von Williston Walker on the increase of royal power in France under Philip Augustus S. 80 ff. leiden darunter, dass sie die pares Franciae als ein isoliertes Phänomen verfolgen. — Labande, histoire de Beauvais S. 42 fd. denkt an eine Einführung des Instituts in der ersten Hälfte des 11. Jahrhunderts, weil er die Mitgliedschaft der Bischöfe, die pares sind, auf die Grafenstellung zurückführt, die diesen Bischöfen zukommt. Es ist allerdings möglich, dass der Eintritt der höchsten Vasallen als Palastschöffen in die Zeit fällt, in der einige französische Bischöfe Grafschaften erlangen und dass einige Bischöfe wegen ihrer Grafschaften unter die pares aufgenommen wurden. Aber ein Beleg dafür und gar für einen Zusammenhang beider Vorgänge fehlt. — Über die Goldreifen, welche die pares mit den Herzögen gemeinsam haben: § 62 N. 3.

23) N. 17 a. E.

24) So die pares der Hennegauischen Grafschaften, von der Vermandie und wohl auch die pares im Königsgericht.

Digitized by Google

Verhältnis zu diesen pares die scabini stehen, welche am karolingischen Hofe vorkommen, ist später zu besprechen[25]).

II. 1. Dem Namen nach hat das Schöffeninstitut nur in den Gebieten mit stärkerer germanischer Besiedelung, also in Nordfrankreich, namentlich aber in den deutschfränkischen Gebieten, weniger klar auch im übrigen Deutschland, fortgedauert. Es soll in der folgenden Erörterung zunächst das Schöffentum, wie es in einzelnen Gemeinden vorkommt, übergangen und das Institut, nur wie es für die höheren Verbände, Hundertschaft oder Grafschaft fungiert, geprüft werden.

Auch im Süden ist vereinzelt nachzuweisen, dass bereits dem vicarius scabini zur Seite stehen[26]). Aber breiter ist das Phänomen nur im Norden und Osten zu erkennen. Hier begegnet öfters ein Schöffengericht für ein umfassenderes Landgebiet, das aber, weil es nur mehr in einzelne Gemeinden zerfällt, eine Hun-

---

25) § 59 N. 154 fd.

26) Cluny II. 1524 (ob. N. 1).

27) Über die Hundertschaftseigenschaft dieser Länder: § 31 N. 21. Hierher die Schöffen der franc: Warnkönig II. 45 § 60, § 61; 48; 53. v. d. Bergh I. 587. I. § 21. Die franci scabini des Landes Furnes: so Cart. monasterii de Dunis 510. (1864) (nicht zu verwechseln mit dem 1875 von Kervyn van Lettenhove herausgegebenen Codex Monasterii Dunensis). Nach der Coutume von 1615 besteht das Land Furnes aus 72 freien und 8 gutsherrlichen Dörfern und ist jetzt in 4 Schöffengerichte mit Civilgerichtsbarkeit zerlegt (Richebourg I S. 634 ff.). — Waesland: hier sind 7 scabini superiores für das ganze Land eingesetzt, denen dann für die einzelnen Ortschaften die minores scabini unterstehen. — (Warnkönig II. 220. 1241 § 1 § 4; Warnkönig II. 226 werden sie capitales scabini genannt.) — Land von Dendermonde: Warnkönig II. 236 § 29: scabinos terrae de Tenremonde stehen über den scabini des Dorfes Odenghem. II. 238 § 9: scabini capitales terrae Teneraemondensis sind das Rekursgericht gegenüber Dorfgerichten. — Im Vieramt sind schon 4 Schöffengerichte gebildet, die aber noch immer als Oberhof zu einem Schöffengericht zusammentreten (Warnkönig II. 222 § 14). — Ebenso bildet das Chatelainie von Kassel einen Schöffenverband, der auf dem Hoop von Hazebrouk zusammenkommt. So nach der Schilderung von Gheldolf V S. 275 ff.; das dort angegebene Quellenmaterial war mir leider nicht zugänglich. — Genau dasselbe muss dann für die Schöffen von Laon gelten. Dieselben erscheinen als Appellrichter (Varin I S. 519. 1221); aber doch haben sie nicht die volle Kompetenz, sondern sind beschränkt durch die Gerichtsbarkeit der franci homines (Varin I S. 520): si vero videant quod non debeant judicare, non iudicant; sed dicunt hoc faciendum per francos homines domini Regis, sicut est in querelis militum et aliorum francorum hominum qui iudi-

Digitized by Google

dertschaft sein muss[27]). Im Deutschfränkischen mischen sich die Hundertschafts- oder Landgerichtsschöffen öfters mit den im Landgericht rügenden Gemeindevorständen oder werden durch sie verdrängt. — Das lag nun freilich um so näher, als diese Schöffen eben selber Gemeindevertreter sind[28]).

---

cantur per alios francos homines. Immerhin haben sie noch lange die Gerichtsbarkeit über die terrae der nobiles (Ol. I S. 761. XXI; Ol. II S. 61 III); die Strafgerichtsbarkeit ist in ihrem Umfang undeutlich. Teulet 2945 (1241) erwähnt Gerichtsbarkeit über emendae, Ol. II S. 465. IX eine bannitio wegen Mordverdacht. — Besonders deutlich tritt die Sache in den Rheinlanden auf: Bergisches Landrecht § 9: die van Cruitzberg sullen viertzehn Scheffen haven, die van Porths sullen seven Scheffen hain, ind die andere Scheffenstoil sullen also viel Scheffen haven, dat dair tzwei ind seventzigh. Durchweg erscheinen die Schöffen mit den Dingstühlen des Landgerichts in der wichtigen Erkundigung von 1555 verbunden: Lacomblet, Arch. I S. 288 z. B. S. 289 die zwölf Schöffen des Landes (Landgerichts) Blankenburg. Die Verbindung zeigt sich auch in dem Ausdruck Landscheffe (z. B. Bergisches Landrecht § 9 und der Zusatz § 79). Die von den einzelnen Gemeinden zum Landgericht entsandten Schöffen sind von den rügenden Hunnen der Gemeinden unterschieden: Lacomblet III. 687. 1367: Item die huntschaff van Cleynenbroiche ind die huntschap van Rothusen die gievent samen einen scheffen an die gryffliche banc as dime huse van Lydbergh syn recht to behalten und den andern dat ere — item diese selve twa hundschapp vurgenant gievent twene hunnen an die gryffliche banc die suln wrugen so wat vrutbeer (offenbar vrugbeer) is. Lacomblet, Arch. VI S. 257. 1403 in der Landveste Altenwied Schöffen. In anderen rheinischen Gerichten dagegen haben die Gemeindevorstände, welche zur Rüge kommen, die Schöffen dem Namen nach verdrängt und erscheinen als Urteilsfinder: so im Landgericht der Pellenz: Beyer II. 393. 1230: coram iudicibus totius provinciae — später assessores eorum, qui vulgariter vocantur Heimburgere; spätere Beispiele bei Grimm II S. 279, II S. 356 f., VI S. 621; Genaueres bei Lamprecht II S. 197 ff. Auch hier ist aber das alte Verhältnis noch angedeutet in dem Gegensatz der Hauptzehnder und der übrigen Zehnder (Grimm VI S. 124). — Die Besetzung des Landgerichts im Elsass durch Heimburger: Grimm V S. 509 ff. — Ebenso treten die Schöffen als die Beisitzer in den rechtsrheinischen Landgerichten hervor: Grimm III S. 433. 1460: Hier wird die Stellung des Landschöffen von der Stellung des Heimburgen, der rügt, unterschieden. — Würzburgische Centordnung v. 1447 c. 12 (Schneidt thes. jur. franconici II S. 586): Item die Cent gericht sollen mit redlichen Schoepffen besetzet werden.

[28]) So erscheint das Schöffenamt wie die Gemeindevorstandschaft als eine wechselnde Last der Gemeindeangehörigen, in dem Lütticher Privileg von 1208 § 9 (Recueil de Liège I S. 364): Si quis civium terram extra civitatem alicubi in episcopatu tenet, nullum inde scottum, nullam inde talliam debet nec potest cogi ut fiat ibi villicus sive forestarius, sive synodalis aut scabinus. Ähnlich Lacomblet III. 873.

Digitized by Google

Im Bisherigen sind Hundertschaftsschöffen vorgekommen; in der Grafschaft Berg[29]) lässt sich aber einmal — freilich abgeblasst — der Gegensatz zwischen Hundertschafts- und Grafschaftsschöffen verfolgen. Hier sind im 14. Jahrhundert die beiden Hauptgerichte das Gericht von Kreuzberg und Portz, letzteres für das Land oberhalb der Wipper, ersteres für das Land unterhalb[30]). Da nun die Wipper den Kelda- und den Deutzgau scheidet, so würde man schon deshalb an alte Grafengerichte denken müssen; zum Überfluss ist sehr früh von einer Vergabung auf dem Kreuzberg vor liberos scabinos — ad comitatum pertinentes die Rede[31]). Anderseits erweist sich aber sowohl das Schöffengericht von Portz, wie das von Kreuzberg als Landgericht für ein kleineres Landgebiet, d. h. als Hundertschaftsgericht[32]). So ist jedenfalls das Grafengericht an der Dingstatt eines Hundertschaftsgerichtes abgehalten worden, und die Vermutung läge nahe, dass deshalb die Schöffen des Hundertschaftsgerichtes im Grafengericht und dann auch in Kriminalsachen verwendet worden sind. Allein zwei Beobachtungen zerstören diesen Schluss; da, wo Hausleute beteiligt sind, urteilen zwar die Schöffen von Portz und von Kreuzberg nach späteren Zusätzen zum bergischen Landrecht allein für die ganze Grafschaft, wenn der Graf Gericht hält[33]); aber in den älteren Teilen zeigt sich, dass die übrigen Landschöffen, die in dem Zusatz zum Umstand zurückgedrängt sind, mit ihnen richten[34]), so dass eben das Hundertschaftsgericht nicht das Grafschaftsgericht in Kriminalsachen geworden ist. Weiter aber gehören die liberi scabini ad comitatum pertinentes der Urkunde

---

29) Below, die landständische Verfassung in Jülich und Berg II S. 3 ff.

30) Bergisches Landrecht § 44.

31) Lacomblet I. 364. 1148.

32) Erkundigung von 1555 (Lacomblet Arch. I) S. 291 Ampt Portz. Seint in dem Ampt 3 Gerichter: 1. Portz; Haubtgericht; wird neben dem Scholteissen mit 15 Scheffen, durch meinen gn. hern angesatzt, beklaidt; hat 8 Hondschaften (hier Ortsgemeinden). 2. Bensbur; hat einen Scholteiss, 7 Scheffen und 8 Hondschaften. 3. Odendal; hat 4 Scheffen; gein Hondschaft. S. 295 Ampt Angermondt. Seint in dem Ampt 7 Dingstuel. — 2. Creutzberg; ist das Hauptgericht, mit 12 Scheffen besatzt und wird gemeinlich alle 14 tagen uff Gudestag gehalten; darunter gehören 11 Hondschaften.

33) Bergisches Landrecht § 79 ff.

34) Bergisches Landrecht § 9.

Digitized by Google

von 1148 dem Stand der ritterlichen Freien an[35]), während in dem bergischen Land die Schöffen von Kreuzberg und von Portz sehr deutlich als nichtritterliche Leute zu erkennen sind, und so die Befugnis zur Gerichtsbarkeit über die Ritter verlieren. Späterhin verschwanden die liberi scabini pertinentes ad comitatum hinter dem allgemeinen Urteilsvorschlag der Ritter, ganz ähnlich wie in Frankreich die pares unter den proceres aufgehen. Dagegen sind die bäuerlichen Hundertschaftsschöffen geblieben. Die Schöffen der ersten seeländischen Keure, welche nobiles sein müssen und den Minimalbesitz des Panzerreiters haben, sind eher als Grafschaftsschöffen und nicht als Schöffen von Hundertschaften aufzufassen, welche hier nicht weiter nachweisbar, wegen der eigentümlichen Landesbeschaffenheit vielleicht nie gebildet worden sind[36]).

Die Übertragung des Amts der Hundertschaftsschöffen geschieht in einem sehr weiten Gebiet durch Designation der Gemeinde oder durch Turnus in der Gemeinde — wobei natürlich eine Reduzierung auf irgend einen Bauernhof sich entwickeln kann —, bei grundherrlichen Gemeinden durch Designation des Grundherrn[37]). In einigen flandrischen Urkunden, welche den Schöffen auch die Abhaltung der Kriminalinquisition übertragen, ist freilich von einem Einfluss des Grafen die Rede[38]). Jedenfalls ist aber nicht die

---

35) Der in der Urkunde (Lacomblet I. 364) genannte Cunradus de Linepe tritt noch zweimal auf, einmal (Lacomblet I. 368) vor den ministeriales unter den liberi homines, das andere Mal (Lacomblet I. 415) ebenso vor den ministeriales als zweiter nach dem Grafen. Er ist also sicher ein ritterlicher Freier und deshalb wohl auch die, welche ihm in der Urkunde von 1148 vorgehen.

36) v. d. Bergh II. 40 § 48 § 52.

37) Ob. N. 27. 28; dann die Würzburger Zentbeschreibungen z. B. die Zent Aub Rokinger in Sitz.-Ber. München 1872 II S. 144 f.): Funffzehen schöpffen sitzen neben ainem zenthgrauen an dieser zenth: 4 aus dem rath zu Awe, 1 erbschöpffen geben zwen höfe zu Gulicheim gelegen, 1 erbschöpffen gibt ein hof gelegen zu Gulichsheim, 1 erbschöpffen geben zwen höue zu Hemmerszheim, 1 erbschöpffen gibt ein hoff zu Oellingen, 1 erbschöpffen gibt ein hof zu osthausen, 1 erbschöpffen geben die bauermeister zu Osthaim, 1 erschöpff zu Geiselheim ist allwegen der eltest im dorff, 1 erbschöpffen geben die von Lutburghausen ausz jrer gemainde, 1 erbschöpffen geben die zu Waltmanszhofen ausz der gemainde, 1 erbschöpffen gibt der reichst zn Rodthaim. Hierher gehört dann auch die in Lothringen nicht seltene Erscheinung, dass wie der Gemeindevorstand, so auch der scabinus, den ein Dorf zu stellen hat, vom Grundherrn bestimmt wird: Calmet I col. 378: atque pro libitu in eisdem possessionibus supra adnotatis ministeriales suos, videlicet Villicum et Scabinionem, et caeteros officiales constituant.

38) Warnkönig II. 220 § 5. II. 222 § 7.

Digitized by Google

obrigkeitliche Ernennung der Hundertschaftsschöffen die Regel, und so kann nicht sie, sondern eben überhaupt die Ausscheidung bestimmter Urteilsfinder aus der Vollgemeinde das Merkmal des Schöffenamts sein.

2. Sind schon im fränkischen Gebiet die Grundformen des Schöffentums nicht deutlich erkennbar, so gilt das noch mehr für die deutschen Nebenländer. Rezipiert ist die Einrichtung überall[39]), nur für Friesland fehlt es an einem direkten Beleg.

In Bayern tritt das Amt ziemlich häufig auf. Eine stattliche Urkundenreihe weist auf Grafschaftsschöffen[40]). Danach sind die

---

[39]) A. M. Brunner M. Ö. J. VIII S. 185 f.

[40]) Schon die primi iudices comitatus in der Urkunde von 983 (K. U. II S. 345 f.) mögen hierher gehören und ebenso der scabinus des Randshofener Gesetzes (M. G. l. III S. 484 § 2), der jedenfalls vollkommen Beamter ist. Deutlich wird die Sache K. U. I S. 301 f. 961: partem hereditatis cuiusdam nobilis viri Diotmar vocato in loco Priemperch nuncupato in pago Nortgooe in comitatu Bertoldi comitis nostre regie potestati iudicio scabineorum — iudicatam. — Redlich 57. 1002—1004 vorher genannt die beiden comitia Pustrissa und Norica valle. Nun am Schluss: haec sunt nomina scabinorum de Norica valle illud sacramentum affirmantium: folgen 11 Namen; haec sunt nomina scabinorum de Pustrissa: folgen 12 Namen. — Meichelbeck I S. 222. 1027: es wird eine Inquisition über Königsgut vorgenommen und hier soll das Zeugnis von electi judices gelten, nisi hoc in comitatu et in mallo publico a veredicis contradiceretur scabinis: Der Gegensatz der Inquisitionszeugen und der Grafschaftszeugen ist hier deutlich. — Cod. Falkensteinensis (Petz, drei bayer. Traditionsbücher) S. 25: notificata est in publico placito domini Dietrici comitis de Wazzerbuch apud vicum, qui dicitur Buc, audientibus viris, qui dicuntur skeffen, et aliis iudicialibus et quaestoribus et censoribus viris. S. 3: De predio libertatis sue notum est omnibus qualiter actum sit, quomodo illud testimonio optinuit coram Ottone palatino situm apud Giselbach possidendum jure perenni; eo quod senior in generatione illa videatur. Huius rei testes sunt: folgen 9 Namen et alii nobiles viri shefen scilicet et dinclûte. Dass die Vorausgehenden Schöffen sind, ist nicht gesagt. — Berchtesgaden 140 (Q. E. bayer. Gesch. I S. 319): Hec ita rite peracta ad comitem hallensem Engelbertum in placito legittimo in uilla hallense perlata sunt, et ab ipso per sententiam iudiciariam confirmata; ab ipso item sentencia scabiniorum in eodem placito possessio — reddita est. Bayer. Landfrieden 1244 § 91 (Q. E. bayer. Gesch. V. 36): In qualibet cometia ubi deffectus fuerit liberorum, qui dicuntur schepfen, eligantur quatuor meliores et discretiores a iudice uel comite, qui loco schepfen de omnibus testificentur preter damnationem persone, quam sententiabit preco. Hier haben also die Schöffen gerade so wie im Fränkischen das Todesurteil noch nicht zu sprechen (§ 28 N. 4). Spätere Quellen betrachten dann aber denjenigen, den man wegen des letzten Urteils über einen schädlichen Mann fragt, als Schöffen: Landfrieden von 1300 § 51 (Q. E. bayer. Gesch. VI. 217): Swer einen schedlichen man oder einen devp

Digitized by Google

Schöffen zunächst dauernd angestellte Beamte, sterben aber dann aus, so dass deshalb der Richter von Fall zu Fall Urteilsfinder aufstellt. Es lässt sich dieser Prozess nicht anders erklären, als damit, dass das Amt des Grafschaftsschöffen an bestimmte Familien gebunden war und durch deren Aussterben nun ein Mangel an Schöffen entsteht. Die Schöffenzahl ist auch hier 12; so viel judices erscheinen einmal im Grafengericht[41]). — Welchem Stand die Schöffenfamilien angehört haben, darüber erhält man ebenfalls Aufschluss. Der Landfriede bezeichnet sie als liberi, qui dicuntur schepfen, eine Urkunde aber direkt als nobiles viri[42]); dass die Schöffen Vollfreie sein sollen, ergibt sich auch aus der Nachricht des Rupprecht, der die Auffassung allerdings bekämpft[43]), und noch die Landgerichtsordnung von Hirschberg reflektiert den Satz, wenn sie davon spricht, dass das Gericht mit sieben Rittern oder Reichsbürgern besetzt sein soll[43a]); auch andere frühe Urkunden führen darauf, dass die Rechtsweisung den nobiles zusteht[44]).

---

gevangen fvor geriht bringet, der sol iem die vinger in den schopf legen, vnd sol swern, daz er ein devp si vnd so schedlich, daz man ze reht hintz iem richten sol und svoln sechs swern mit sampt iem, daz der ait war si. Darnach sol man den schepfen vragen der vortail. Rupprecht II c. 100 spricht davon, dass man — schedlich leut für gericht pringtt — man sol den schepfenn der letzttenn vrteil fragenn vber den menschenn welichnn tod er verdient hab nach dem rechtenn. Vielleicht gehört auch hierher M. B. XXXVI b. (Anf. d. 14. Jahrh.) S. 224: Nota huba Cellerii soluit II. scafas siliginis et II. scaf. auene, deberet habere preco qui dicitur schepff. Es ist also der Ausdruck Schöffe auch auf den preco übertragen worden. Das Ursprüngliche ist das nicht, sondern der Grafschaftsschöffe steht noch in der Mitte des 13. Jahrh. dem preco gegenüber; unrichtig Luschin v. Ebengreuth, Geschichte des älteren Gerichtswesens in Österreich S. 136 f. Hierher gehört auch noch die Landgerichtsordnung von Hirschberg 1320 (Rockinger, Denkmäler S. 91) a 4: Darnach, das der lantrichter nicht gerichten mag, dan er habe ze dem minsten siben ritter die das recht sprechen.

41) M. B. XXII S. 35. 1135.

42) Cod. Falkenst. S. 3 (N. 40).

43) Ruppr. II. 100: man spricht auch an maniger stat er sull von art frey sein von allenn seinen geschlächtenn oder ein hoherheimer; des ist nicht wen ein yedlich geschlächtt wol absterbnn mag vnnd des gericht beleibt. Natürlich ist der Satz nicht für den preco aufgekommen, den Rupprecht auch als Schöffen ansieht (c. 100).

43a) Rockinger, Denkmäler S. 91 a. 4, a. 5.

44) In der Urkunde über den Zoll von Raffelstätten (M. G. leg. III S. 480 ff.) werden eidlich befragt: isti et ceteri omnes qui in his tribus comitatibus nobiles fuerunt. — Meichelbeck I. n. 408: Die nobiles werden bezeichnet

Digitized by Google

Vielleicht soll es noch den Schöffendienst des preco ermöglichen, wenn Ende des 13. Jahrhunderts ihm vom Herzog ein Handgemal verliehen wird[45]). — Allmählich tritt aber das dauernde Schöffentum zurück. Das ist die Praxis im 14. und 15. Jahrhundert[46]). Aber mit dem Berufsschöffentum hängt noch die Stellung der Fürsprecher im bayerischen Recht zusammmen. In den übrigen Rechtsgebieten lässt sich öfters verfolgen, wie die Schöffen zu Parteivorsprechern geworden sind[47]). Nun ist in Bayern das Fürsprechentum ein lebenslängliches Amt[48]), das von der Obrigkeit übertragen wird[49]). In niederbayerischen Urkunden werden diese Fürsprechen als Urteilsfinder benützt[50]). So dürfte es sich auch hier nur

als die facientes et exercentes, dann als die consentientes justitiam (universis facientibus, nec non exercentibus, verum etiam iustitiam consentientibus immo volentibus per cuncta Bajovaria nobilibus): Die Edeln sind eben teils Richter, teils Urteilsfinder. — Ried ep. Ratisb. II. 769. 1305 Landgericht des Grafen von Griesbach: do fragten wir daz Urteil; was darumb recht wär, do erteilten die Ritter uf ir Eit.

45) § 3 N. 139.

46) Rosenthal, Geschichte des Gerichtswesens und der Verwaltungsorganisation Baierns S. 68 f.

47) Gudenus II S. 449. 1303 Mainz: presentibus et attestantibus Cunrado dicto de Cacuba, Cunrado de Haft et Nicolao zum Fleminge Advocatis sive Scabinis; daraus erklärt es sich, dass der Kämmerer das Vorsprecheramt besetzt; (Darmstädtisches) Archiv für hessische Geschichte XV S. 157: item ein cammerer hat zu geben die vorsprechenampt und die vorsprechen zu setzen. Warnkönig III. 166 § 63: Quilibet homo potest habere unum scabinum in consilio suo und öfters; vgl. Sohm S. 447 N. 168.

48) Rupprecht III. 113.

49) Q. E. bayer. Gesch. VI. 244 § 3. 1312, Ingolstadt: Der richter sol deheinen schergen noch vorsprechen satzen in der stat, wan nach der purger rat. VI. 303 § 11. 1340: wir wellen daz vnser vitztuem dev gericht besetzen — mit vorsprechen. — Der Amtscharakter tritt aber schon im Bayerischen Landfrieden von 1300 hervor § 96: wir setzen avch, daz dehein vorsprech deheinen gedingten pfenning nem (Q. E. VI. 217). — Rosenthals (S. 87) Auffassung ist unmöglich. Das Verbot eines Fürsprechlohnes ist nur dann denkbar, wenn der Fürsprech Beamter ist.

50) M. B. XI S. 408. 1377: da fragt ich di vorsprechen vnd di piderlevvt, di an der schrann sazzen, die ertailten auf iren aid. S. 418. 1402: des rechtens ist vorsprech gewesen Perchtold von Schambach, liebhart stravvbinger chunrad goldner vorsprech zu stravvbing: vnd an den rechten ist gesezzen: folgen neun Namen. XII S. 219. 1416: Des Rechten ist vorsprech gewesen hanns Vorsprech zw Khamb, vnd Mathes Wek Vorsprech zw Viechtach. So sind an dem rechten gesessen di des rechten verfolgt habent der: neun Namen. XV S. 324. 1389: da fragt aber waz im recht war hainreich den vorsprechen von teyspach, der ertailt auf seinen aid.

Digitized by Google

um ein abgeblasstes lediglich in seiner einen Funktion erhaltenes Schöffentum handeln[51]), das in Oberbayern durch das Richten nach dem Landrechtsbuch im wesentlichen beseitigt ist.

3. Dürftiger als in Bayern, aber nach einer Richtung sehr interessant sind die Notizen des schwäbischen Rechts. Der Name Schöffe lässt sich häufiger nur im Elsass nachweisen[52]), kommt aber ein paar Mal für die Urteilsfinder des Grafen auch im östlichen Schwaben[53]) vor. Andere Male werden die Landgerichte mit 12 Leuten, Stulfesten, besetzt[54]), und die Urteilsfinder im freien Gericht heissen Stulsassen[55]). Damit stimmen die Angaben des Schwabenspiegel, der von einer Besetzung des Gerichts mit 12, mindestens aber mit 7 Urteilsfindern redet[56]). Die Schöffen betrachtet der Schwabenspiegel bekanntlich als etwas, was nur gelegentlich vorkommt, und zwar in den unabhängigen Partieen als eine Institution des Stadtrechts[57]). Immerhin sieht man, dass der Spiegel unter dem Schöffen einen dauernd designierten Urteilsfinder versteht.

---

51) Der Zusammenhang, den Roth (zur Geschichte des bayerischen Volksrechts S. 20) und vor ihm Merkel zwischen Fürsprechenamt und dem bayerischen Rechtssprecher annahm, existiert nicht, weil letzterer nicht existiert.

52) Züricher U. B. I. 233. 1044 (ein Graf im Elsass) divino fretus adiutorio in placitis comitialibus mea recepi scabinorum iudicio. — Schöpflin I. 296. 1157: 15 scabiniones in Nennweiler unter dem scultetus. I. 402 scultetus und scabini in Hagenau. — Strassb. U. B. I. 617 § 23–25 I. 270. Nach dem Stadtrecht von 1322 (U. B. IV. 2. 3) § 266 sind die Schöffen die Beisitzer in den 3 niederen Gerichten, d. h. nach meiner Meinung der Gerichte der drei Heimburger (I. 616 § 9) und damit der drei Strassburger Sondergemeinden.

53) K. U. II S. 383 f. Kempten (angeblich Fälschung); die hier genannten scabinei werden von den Inquisitores unterschieden; über die Urkunde Brunner, Forschungen S. 196. Ebenso sind bereits S. Gallen I. 187 die scabini, die mit dem Grafen richten, von den Inquisitionszeugen unterschieden. Die in Esslingen (Württemberg U. B. V S. 451) erwähnten Schöffen können hier nicht recht verwendet werden.

54) Wegelin, von der kaiserlichen Landvogtei in Schwaben II n. 135. 1401 Landgericht in Kletgau: dass derselb Grave Hans von Habspurg und sin Erben dasselbe Landtgerichte mit 12. Richtern besezen mogen.

55) Grimm IV S. 368 § 4: So sun bi im sizzen zwelue, die heissent stulsezzen, das waren vrie lüte, die behaltent dem gozhus sin recht. Grimm I S. 24. 7 fryen stulsässen.

56) Sw. sp. 117. 172.

57) Sw. sp. 190; in Sw. sp. 286 wird von einer Vererbung des Schöffenstuhls durch den erwählten Schöffen gesprochen; das ist vielleicht nur Reflex aus S. sp. III. 26.

Digitized by Google

4. Am meisten besprochen[58]) sind die Schöffenverhältnisse in Sachsen, wiewohl die Quellen selbst nicht recht ergiebig sind. Fast gleichzeitig, sodass an eine Beeinflussung nicht zu denken ist, taucht im Westen und Osten des Rechtsgebiets der Name „schöffenbarfrei" auf[59]). Das Gut des Schöffen ist nach einer Urkunde, die noch vor dem Sachsenspiegel liegt, steuerfrei, und man versteht deshalb den Ausdruck „schöffenbarfrei"[60]). Damit stimmt dann, dass der Sachsenspiegel den Anteil an einem Handgemal als bezeichnend für den Schöffenbarfreien auffasst; denn Handgemal hat sich wenigstens im bayerischen Recht direkt als steuerfreier Besitz erwiesen. — Nach der Schilderung des S. sp. sind die Schöffenbarfreien die Schöffen im Grafengericht, und nur im Grafengericht fungieren Schöffen[61]). Solche Grafschaftsschöffen finden sich nun in den Quellen öfters erwähnt[62]). Sie werden im Osten und gerade in einer sehr frühen Urkunde einmal direkt als nobiles bezeichnet[63]). Im Westen und vielleicht einmal im Osten kommen aber auch solche vor, die — allerdings höchst undeutlich — nicht nobiles, d. h. freie Ritter, sind[64]).

58) Weitaus die bedeutendste Untersuchung auf diesem Gebiet ist bekanntlich Zallinger, die Schöffenbarfreien des Sachsenspiegels.

59) Im Osten hat bekanntlich der S. sp. das Wort; für den Westen Westf. U. B. IV. 221. 1233: Mansum unum in Overthe, quem Hermannus homo libere conditionis quod in vulgari scepenbere vocatur, et frater suus Hetenricus et sui heredes iure libertatis de manu nostra tenuerunt.

60) Walkenried 83 gegenüber dem Grafen, der an zwei mansus daraus Rechte ableitet, dass die Vorbesitzer solche gewesen seien, qui in vulgari dicuntur plaeccathte, beruft sich das beklagte Kloster auf folgendes: emisse supradictos duos mansos — ab Heccardo de Livenrode, qui insigni gaudebat libertatis titulo et qui in foro juris unus erat scabinorum, qui eos liberos ab omni obsequio alicui prestando ecclesiae vendidit, in qua libertate hactenus eos possedit. Es ist klar, dass die Erwähnung der Schöffenqualität des Vorbesitzers eben die Steuerfreiheit darthun soll.

61) S. sp. I. 63 § 2.

62) Es kann auf die Zusammenstellung bei Zallinger verwiesen werden.

63) Anhalt I. 413; hierzu Zallinger S. 102 f.

64) Westf. U. B. II. 274. 1150: iudices et scabiniones stehen hinter nobiles et liberi, III. 35 stehen die scabini hinter den nobiles. Aldag de Holthusen ist auch III. 171 genannt, aber hinter den nobiles, freilich vor scabini, und scheint ein Ministeriale zu sein. Osnabr. U. B. I. 282 hier unterscheiden sich die iudices scabini von den vorausgehenden nobiles et liberos und den nachfolgenden scabini. Allen ersteren (nobiles et liberi) und mehreren Ministerialen ist der Ansitz mit de beigefügt, während die Schöffen nur unter ihrem Rufnamen erwähnt sind; das weist auf unritterliche Leute. Vielleicht gehört es hierher, dass Anhalt II. 220 der Graf unter den Zeugen hinter

Digitized by Google

Der Sachsenspiegel gibt an, dass die Minimalausstattung jener, die neu zu Reichsschöffen kreiert werden, drei Hufen betrage, also gerade den Grundbesitz ausmachen, von dem nach karolingischem Recht der Reiterdienst, aber noch nicht der Panzerreiterdienst zu leisten ist[65]). Andererseits gebührt aber den Schöffenbarfreien doch schon das Wergeld von 600 solidi oder von 200 solidi der merovingischen Währung, wie es sich auch die homines Franci bewahrt haben, sie treten den steuerbelasteten Gemeinfreien gegenüber[66]). — Auf ein dauernd übertragenes Amt, das in einer Familie erblich geworden ist, weist der Schöffenstuhl, welcher nach agnatischem Erstgeburtsrecht vererbt[67]). Auf der anderen Seite ist es nachweisbar, dass schon seit der Mitte des 12. Jahrhunderts mehrere Personen aus demselben Geschlecht als Schöffen dienen[68]) und um deswillen sind die Angaben des Sachsenspiegel als unglaubwürdig verworfen worden. Mir scheint allerdings der Sachsenspiegel davon auszugehen, dass nur derjenige Urteil finden kann, der auf dem Schöffenstuhl sitzt[69]). Aber nirgends ist gesagt, dass nur der auf einen Schöffenstuhl gesetzt werden kann, der ihn ererbt hat. Vielmehr kann jeder Schöffenbarfreie Urteil über jedermann finden[70]). Der Schöffenbarfreie aber ist nicht bloss der[71]), welcher den Schöffenstuhl hat,

einigen milites noch eine Anzahl liberi homines nur mit dem Rufnamen erwähnt.

65) S. sp. III. 81. Zallingers Widerspruch (S. 238) gegen diese Angabe vermag ich nicht zu folgen. Dass wir keine Urkunden in diesem Sinne besitzen, beweist natürlich gar nichts; ich kenne aus dieser Zeit überhaupt gar keine Urkunden über Freilassung von Reichsministerialen; das ist ein Geschäft, das die Kirche nicht berührte und über das deshalb keine Urkunden erhalten sind. Wenn dann Zallinger meint, die Angabe Eykes widerstreite der Thatsache, dass schon damals Ministerialen als Schöffen dienten, so ist das kein Widerspruch. Eyke hält eben noch das ursprüngliche Postulat der Freiheit der Schöffen aufrecht und hatte vielleicht gerade in seiner Stellung als Adeliger und fürstlicher Beamter unter ministerialischen Amtsgenossen ein besonderes Interesse daran. Die thatsächliche Rechtsentwicklung ist aber örtlich schon weiter gegangen. Der weniger vornehme Rupprecht (II. 100) spricht von einem ähnlichen Gegensatz der Auffassung, entscheidet aber anders als der vornehme Eyke.

66) Über diese Verhältnisse § 30. VI.

67) S. sp. III. 26 § 3.

68) Zallinger S. 227 ff.

69) S. sp. II. 12 § 13.

70) S. sp. II. 12 § 2.

71) Das folgt deutlich aus S. sp. III 54 § 1; nur ein Schöffenbarfreier kann danach Gerichtslehen haben. Gemeint ist natürlich nicht der Älteste eines Geschlechtes.

Digitized by Google

d. h. der Älteste des Geschlechts. Wenn sich jemand als Schöffenbarfreier legitimieren will, so weist er auf sein Handgemal, nicht auf einen Schöffenstuhl [72]). Nun bezeugen Urkunden aus der Halberstädtischen Grafschaft Seehausen von einem Jahr zum andern einen solchen Wechsel der Schöffen, dass unmöglich die Genannten alle als ständige Schöffen angesehen werden können [73]).

So ist eben in Sachsen derselbe Prozess wie im gesamten Frankengebiet und in Bayern eingetreten. Zuerst dauernde Ernennung der Schöffen und von da ab erbliche Bindung an gewisse Familien, mit dem zunehmenden Aussterben dieser Familien aber eine Besetzung der vakanten Schöffenstühle von Fall zu Fall. Die von Zallinger gesammelten Urkunden zeigen, dass man mehrere Schöffen aus derselben Familie nahm. Das heisst dann nichts anderes, als dass man die vakanten Schöffenstühle mit Mitgliedern der Geschlechter besetzt, deren ältester Zweig bereits einen Schöffenstuhl hat, oder mit andern Worten, man nimmt die Schöffen für den einzelnen Fall aus den Schöffenbarfreien; so weit stimmen die Urkunden vollkommen mit dem Sachsenspiegel. Dann aber hat man sich hier, wie anderwärts, bei dieser Besetzung von Fall zu Fall nicht mehr an bestimmte Familien, sondern an die Ritterlichen überhaupt gehalten. Unter den ritterlichen Urteilsfindern erscheinen auch die Ministerialen [74]), die den freien Rittern im öffentlichen Gericht schon vollkommen angeglichen waren [75]). Dass Eyke diesem Prozess widerstanden hat und sich auf die Seite des älteren Rechts stellt, beweist nur den Wert und die Ursprünglichkeit der Quelle, wie denn alle Einwendungen gegen die Glaubwürdigkeit des Sachsenspiegels in nichts zerfallen.

III. Neben den Grafschaftsschöffen und Hundertschaftsschöffen kommen in dem fränkischen Gebiete auch noch Schöffen der einzelnen Orte als ständiges Kollegium vor; es sind das eben diejenigen, welche neben dem Dorfvorstand stehen, ständige Heimbürger [76]).

72) S. sp. I. 51 § 4.

73) Die Urkunden bei Zallinger S. 36—38 (VII—IX); in der letzteren Urkunde steht der Graf von Kirchberg unter den scabini.

74) Es ist das von Zallinger genau nachgewiesen.

75) § 48 III. 2.

76) z. B. Bouthors I S. 301 § 42, Rechtsbuch von Corbie (nach § 20 aus dem Anfang des 14. Jahrhunderts): item, ledit prévost poeult et doibt congnoistre de tous cas personnelz de partye contre aultre de tous les habitans de la ville de Corbye demourans en la banlieue et eschevinage de Corbye,

Digitized by Google

Der Natur unseres Urkundenmaterials nach werden solche scabini natürlich besonders in herrschaftlichen Orten erwähnt; hier werden sie dann vom Herrn ernannt[77]), allenfalls im Gegensatz zum gewählten kommunalen Rat.

IV. 1. Nunmehr kann an die Konstruktion des Schöffentums gegangen werden. Das Grundlegende ist — von den königlichen Pfalzschöffen abgesehen — der Unterschied zwischen Grafschaftsschöffen, Hundertschaftsschöffen und Dorfschöffen[78]). Grafschaftsschöffen treten überall im Reich auf. Ihre Zahl beträgt 12 für die ganze Grafschaft; man kann das aus den Angaben des bayerischen und alamannischen Rechts schliessen, namentlich aber aus den pares, die für eine Grafschaft erwähnt sind. Diese Grafschaftsschöffen sind es, welche einmal als primi scabini bezeichnet werden. 3—4 soll der Graf zum missatischen Landtag mitnehmen[79]). Hierher gehört es auch, wenn der König „cum fidelibus nostris totos scabinos de ducatu Moslense" versammelt, und nun mit 11 Grafen 44 Schöffen, also vier Schöffen auf den Grafen, erscheinen[80]). Weiter rechne ich die 13 maiores natu de comitatu einer fuldischen Urkunde in diesen Zusammenhang[81]). Nur wenn man an Grafschaftsschöffen denkt, erklärt es sich auch, dass nach der Annahme eines anderen Kapitulars der Graf höchstens 12 Schöffen zur Verfügung hat[82]). — Diese Grafschaftsschöffen erhalten sich aber nur eine Zeitlang als ein festgeschlossener Kreis, sterben allmählich aus, und statt ihres Spruches bleibt nur mehr die Urteils-

combien que sy aucuns voeullent sortir jurisdiction en la comté de Corbye, pardevant les bailly et hommes-lisges dudit comté. Ord. VII S. 692 § 27; Dommart Thierry IV S. 697 § 3 Gamaches IV S. 717 § 27 S. Valery. Lacomblet II. 791. 1284 coram scabinis vel hyemmanis Carpentibus.

77) Grimm II S. 132 f. Varin I S. 307. 1143: per scabinos et homines ville. v. Lockeren I. 198. 1122: justiciam per scabinos abbatis et per villicum eius accipiat. I. 277: acta sunt haec Gozuino monacho praeposito sancti Petri praesente cum — Wirico villico eiusdem villae; aderant et IVor scabini. Lacomblet I. 383. 1155: zu dem Klosterhof Surdt gehören villicus und scabini. I. 502: coram scabinis et familia curtis. 494: scultetus et scabini curtis in Vroezheim; der Hof ist ein Litenhof.

78) In diesem Punkt behält Waitz IV S. 529 ff. gegen Sohm S. 443 ff. Recht; vgl. auch Brunner II S. 224.

79) Cap. 152.

80) Beyer I. 27.

81) Dronke 471. 2 (827).

82) Cap. 144 c. 2.

Digitized by Google

findung der franci homines, der nobiles überhaupt zurück, welche als die Führer der bevorrechteten Hundertschaftsfamilien das entscheidende Wort im Vollgericht sprechen. Denn das Gericht der franci homines oder nobiles darf eben nicht als ein Lehensgericht angesehen werden, sondern ist das Gericht zu Landrecht, auf dem durch die franci homines in allen Kriminalsachen über alle Grafschaftsangehörigen geurteilt wird[83]). Da nun aber dieses Gericht eben weithin aus Mannen besteht, so können auf demselben auch Lehenssachen erledigt werden, so dass das Mannengericht gleichzeitig das allgemeine Hochgericht und das Lehensgericht ist[84]). Da die Hochgerichtsbarkeit an die placita generalia gebunden ist, scheidet sich freilich möglicherweise die Lehensgerichtsbarkeit doch insofern ab, als sie auch ausserhalb der placita legitima stattfinden kann. Der Schwabenspiegel und die anderen deutschen Quellen zeigen, dass dann die Vorstellung von der Gerichtsbesetzung durch 12 Urteilsfinder in diese Spezialgerichte der freien und unfreien Ritter übernommen ist.

Wie für die Grafschaft fungieren aber auch für die einzelne Hundertschaft Schöffen. Während für die Grafschaft mit Mühe 12 Schöffen aufgebracht werden, sind die Hundertschaftsschöffen zahlreicher, oft aber 12 für jede Hundertschaft und werden in den ursprünglichsten Quellen von den einzelnen Gemeinden delegiert[85]). — Wird nun das Grafengericht dauernd an der Stätte eines Hundertschaftsgerichtes abgehalten, dann ist es wohl denkbar, dass in den Sachen des Civil- und Privatstrafrechtes das Schöffengericht dieser Hundertschaft eine gewisse Autorität über die übrigen Hundertschaftsgerichte erlangt. So ist es zu erklären, wenn im Bergischen die beiden Hundertschaftsgerichte von Porz und Kreuzberg Hauptgerichte (Oberhöfe) über den übrigen Hundertschaftsgerichten sind. Es mag sich daraus dann auch direkt eine Ernennung dieser Hundertschaftsschöffen durch den Grafen ergeben[86]). — Allein gerade diese bergischen Verhältnisse zeigen, dass trotzdem auch solche Hundertschaftsschöffen nicht mit den Grafschaftsschöffen zusammentreffen[87]). —

---

83) So die Belege § 21 N. 28, N. 73; dann z. B. Giry, S. Omer 71, wo ein Dieb von franci homines hingerichtet wird.

84) Ähnliches deutet schon Brunner II S. 240 an.

85) N. 27, 28, 37.

86) So werden nach der Erkundigung 1555 (Lacomblet Archiv I S. 291) die Schöffen des Hauptgerichts Porz vom Grafen angestellt.

Digitized by Google

Unter den Hundertschaftsschöffen werden noch Gemeindeschöffen erwähnt, die ebenfalls zum Teil gewählt sind.

Fasst man das Bisherige zusammen, so kann der scabinus sicherlich nicht gerade nur der obrigkeitlich und dauernd ernannte Urteilsfinder sein: weder hat sich dafür sachlich irgend etwas ergeben, noch wäre eine Deutung des Wortes Schöffe als der Geschaffene „creatus" sprachlich korrekt. Was sachlich an dem Amt hervortritt, ist nur, dass gewisse Personen aus der Vollgemeinde zur Urteilsfindung ausgeschieden werden[88]), und auf dasselbe führen die möglichen Worterklärungen[89]). So erklärt es sich sehr wohl, warum das Wort auch auf die Behörden der Römerstädte, die quatuorviri wie den weiteren Kreis der honorati, angewandt wird, welche sich über die Vollgemeinde hervorheben; allemal ist die Kommission der Vollgemeinde gegenüber gemeint. — Lediglich die Grafschaftsschöffen sind wirklich dauernd von der Obrigkeit ernannt, und hier ist das Amt dann sehr bald erblich geworden; gerade diese Erblichkeit hat dann aber hinwiederum zur allmählichen Beseitigung der besonderen Schöffen-

---

87) Ob. N. 30 fd.

88) Wenn im Süden (ob. N. 5) öfters von iudices constituti im Sinn von Urteilsfinder oder in Bayern (Meichelbeck I. 487) von scabini constituti gesprochen wird, ist damit nichts Weiteres gesagt.

89) Wenn scabinus wirklich vom Stamm scap herkommt, so jedenfalls nicht vom Verbum scapan (so Grimm N. A. S. 775, v. Amira S. 153. 157), sondern vom Substantivum scap —, das noch jetzt in der Silbe „schaft" erhalten ist. Wie diese vollkommen parallel zu „thum" läuft, so wäre dann Schöffe dem Gedanken nach die Parallelbildung zum nordischen domari. — Es kann aber auch die alte Ableitung von dem Stamm, der im Lateinischen in scamnum vorkommt, nicht so kurzer Hand abgelehnt werden. Dieser Stamm kehrt im Deutschen in Schaff (oder Schaft)-Gestell wieder; (dass nicht die Bedeutung „Behälter" zu Grunde zu liegen braucht, zeigt das nachgebildete lateinische scabellus und italienische scaffalle [Diez II S. 59] und scaffo). Gestell, Träger, und nicht, wie man gewöhnlich annimmt, „abgeschabt" ist wohl auch der Sinn von Speerschaft. Nun treten die besonderen Urteilsfinder in der l. Salica als die sedentes auf; im ganzen niederfränkischen Recht ist die Vierschar, die Gerichtsbank, das Bezeichnende für das Schöffengericht; das inter quatuor solia der septem causae zur l. Salica kann freilich nicht mit Sicherheit hierher gezogen werden, aber ebensowenig kann man mit Fustel recherches S. 385 N. 5 und Brunner II S. 220 N. 16 behaupten, dass es nicht hierher gehört; später aber erscheinen im Alamannischen die Urteilsfinder als Stulsäzzen. Die Bildung scabio oder scabino von dem Stamm scap wäre vollkommen korrekt und würde dann einfach den Beisitzer bedeuten.

Digitized by Google

bank im Grafengericht geführt; denn die Schöffenfamilien starben aus[90]).

2. Von jetzt ab eröffnet sich ein Einblick in die angebliche Einführung des Schöffenkollegs durch Karl den Grossen[91]).

Sachlich steht nichts im Weg, die aus der Gerichtsgemeinde ausgeschiedenen Rachinburgen und die Schöffen zu identifizieren. Es ist ja wahr, dass die Rachinburgen auch den Umstand — vielleicht der vollberechtigten edeln Familien — bedeuten und insoweit in karolingischer Zeit im Gegensatz zu den Schöffen stehen; aber auf der anderen Seite werden ja bekanntlich schon in dem salischen Recht rachineburgi sedentes unterschieden[92]), und es gibt keine Stelle, die sagt, wie sie ausgewählt wurden, und deshalb verböte, diese Rachinburgen mit den Schöffen gleichzusetzen; dagegen macht einiges eine Identität dieser rachinburgi mit den Schöffen nicht unwahrscheinlich[93]). — Man hat es als einen Überrest einer älteren Gerichtsverfassung ohne Schöffen angesehen, wenn nach einem karolingischen Kapitular der Centenar die pauperes nur dreimal im Jahr zu Vollgerichten anhalten sollte; dagegegen wohnen die maiores natu und die notwendigen testimonia auch den übrigen Gerichten bei[94]). Man wird allerdings die maiores natu als die Urteilsfinder ansehen dürfen,

---

90) Nur für die Grafschaftsschöffen stimme ich also mit den pointierten Ausführungen Amiras S. 157 überein.

91) Dies die gewöhnliche Annahme: v. Amira, Grundriss S. 157; Brunner II S. 220: Schröder S. 169; Sohm S. 372 f.; Sickel, Zt. Savigny St. V S. 65 f.; Beauchet, histoire de l'organisation judiciaire en France S. 265 f,

92) L. Sal. t. 57.

93) So die Urkunde für Digne (S. Victor I. 31; ob. § 23 N. 42). Mag man hier die rationesburgi dominici mit den scabini civitatis für gleich halten, wie Sohm S. 383, oder mit Ficker, Forschungen III S. 466, trennen, was mir richtiger scheint, beidemal bleibt das rationesburgis dominicis, d. h. eben die Verwendung von rationesburgi zur Bezeichnung eines königlichen Beamten. Das Gleiche gilt, wenn eine Lesart des Ademar III. 19 (S. S. IV S. 122) sagt: Hic Vulgrimnus sepe a Carlomanno — missus fuit in Aquitaniae urbes una cum raimburgis propter iusticias faciendas (Sickel a. a. O. V S. 67 N. 1). Die Einwendungen von Beauchet a. a. O. S. 259 treffen die Sache nicht. — Hermann, über die Entwicklung des altdeutschen Schöffengerichts S. 194, dem ich freilich sonst nicht folgen kann, hat bereits die Stelle im Sinne des Textes gedeutet.

94) Cap. 104 c. 4. Brunner II S. 221 und das dort Bemerkte.

Digitized by Google

allein das ist hier nicht gesagt, dass sie keine Schöffen sind. Vielmehr scheint eine andere Urkunde[95]) aus der Zeit, in der die Schöffenverfassung schon bestanden hat zu zeigen, dass gerade die Urteilsfinder des Grafen als maiores natu bezeichnet werden. So dürfte der Ausdruck maior natu im Osten nichts anderes als den ständigen Urteilsfinder bedeuten. — Dass aber das Wort scabinus erst in Nachrichten der Karolingerzeit vorkommt, ist natürlich gar kein Argument für den karolingischen Ursprung der Schöffengerichte. Kein Mensch wird dem fränkischen Recht der ersten beiden Dynastien den Schultheissen oder Hunnen absprechen, weil der sich erst in späteren Quellen findet. So verbleibt keine Stütze für die Hypothese, dass Karl der Grosse die Schöffen „eingeführt" habe.

3. Für die ständische Abgrenzung der Schöffen ergibt es einen gewissen Anhalt, dass, wie gesagt, in germanischen Gegenden die Urteilsfinder vielleicht als maiores natu bezeichnet werden. Es wird sich später zeigen, dass in der Hundertschaft die alten Hundertschaftsfamilien, die ethelinge, dominieren. Die maiores natu aber erscheinen einmal als die Teilnehmer des Reichstags[96]), dem sonst die Franci oder die leodes angehören; das letzte aber sind die Hundertschaftsfamilien[97]). Damit stimmt nun, was wir über den Stand der Schöffen später wissen.

In Sachsen knüpft das Besitzmass des Schöffenbarfreien an den Minimalbesitz an, von dem ab nach karolingischem Recht der gewöhnliche Reiterdienst, aber noch lange nicht der Panzerreiterdienst zu leisten ist. Das bayerische Recht nennt die nobiles als die Urteilsfinder, aber wiederum sind im bayerischen Recht die nobiles der Inbegriff aller steuerfreien Krieger[98]). Wenn nach Rupprecht eine Gruppe der Rechtskundigen für die Schöffen besonders gute Herkunft verlangt, so wird damit doch auch nicht mehr gefordert, als dass die Person freier Abkunft ist, dass sie keinen Zinspflichtigen unter ihren Vorfahren hat; dazu passen dann die Fürsprechen des späteren bayerischen Rechts vortrefflich, die nach der Schilderung, welche Rupprecht von sich selbst entwirft, auf den einzelnen Ortschaften sitzen und nach ihrer Stellung in den Urkunden keine Ritter sind, aber doch bessere Grundbesitzer

95) Ob. N. 81.
96) chronic. Moissiac. 817 (S. S. I S. 312).
97) § 28 N. 50 ff., § 30 passim.
98) § 4.

Digitized by Google

sein werden. — Die Schöffen sind demnach aus den Ethelingen des Volksrechts genommen, den Hundertschaftsfamilien, die vielleicht allein ein entscheidendes Wort in der Vollgemeinde haben; in der nächsten Untersuchung ist diese Klasse bestimmter abzugrenzen. So gewinnen diese Schöffenbarfreien doch wieder eine Realität, derjenigen ähnlich, welche man ihnen in den älteren Theorien beigelegt hat. Freilich sind dann die nichtrichterlichen Elemente der Klasse im Grafengericht allmählich zurückgetreten, nachdem sich der Panzerreiterstand zu einer rechtlich besonderen Klasse verhärtet hat. — In Sachsen finden sich in den allermeisten Urkunden nur ritterliche nobiles oder die ihnen allmählich gleichgestellten Ministerialen, und Ähnliches ist auch in Bayern angedeutet[99]).

4. Die entscheidende Frage ist nun: Welche Kompetenz haben die Schöffen[100])? Die Quellen östlich des Rheins sprechen den Schöffen — auch den Grafschaftsschöffen — die Blutgerichtsbarkeit ab und den Vollgerichten zu. Auf der andern Seite müssen aber doch die Schöffenkollegien als Surrogat der Vollgerichte gedacht werden. Sie sollen an Stelle der bisherigen Vollgerichte treten[101]) Da nun die 3—4 Vollgerichte zur Rügung der Königsbannfälle und der schädlichen Leute bestimmt sind und als die einzigen Vollversammlungen auch die Blutgerichtsbarkeit haben, so werden die Schöffen zunächst für die Immobiliargerichtsbarkeit, die ja nach der mittelalterlichen Auffassung auch die Streitigkeiten des Familien- und Erbrechts befasst, in die Kompetenz der Vollgerichte eingerückt sein. Es ist sehr erklärlich, dass man sich für diese Streitigkeiten, die regelmässig viel komplizierter sind als die Blutsachen, eine eigene Urteilsfinderbank schuf. Das Urteilsfinderkolleg ist dann aber auch am Königshof nachgeahmt worden und zwar in doppelter Form, wie später zu begründen ist[102]). Für die Barone schuf man das Kolleg der pares, für die übrigen Sachen, die am Königsgericht zu entscheiden sind, fungieren die consiliarii

---

99) Während die von Rupprecht bekämpfte Auffassung nur Freiheit (Steuerfreiheit) von allen Seiten verlangt, sind die Beisitzer des Hirschberger Landgerichts Ritter (N. 40 a. E., 43).

100) Sohm S. 380 behauptet ohne eigentliche Belege Hochgerichtsbarkeit; ihm folgt Waitz IV S. 398, Brunner II S. 223. — Gegen die Hochgerichtsbarkeit Beauchet a. a. O. S. 271.

101) Cap. 40 § 20, cap. 102 § 14.

102) § 59 N. 154 f.

Digitized by Google

im engern Sinn, die scabini oder iudices palatini. Am Königshof, der überhaupt kein Gericht des Volksrechtes war, kann von einem Vollgericht keine Rede sein und es bleiben deshalb nur die Urteilsfinderkollegien und die anderen Hofleute. So darf man schliessen, ohne dass man einen ausdrücklichen Beleg hätte, dass das königliche Consilium im engeren Sinn auch da Urteil fand, wo im Königsgericht die Friedloslegung solcher, die keine königlichen Barone sind, für das ganze Reich verhängt wurde. Wie dann aber im Westen und in dem deutschen Süden die Verhängung dieser Friedloslegung, wenigstens soweit sie auf das Vermögen ging, den Grafen delegiert wurde[103]), so findet man hier auch, dass Schöffen der Grafengerichte über die Konfiskation urteilen[104]). Blutgerichtsbarkeit hat damit das Schöffenkolleg noch nicht notwendig erworben; im Osten ist ja zudem von einer solchen Delegation der Königsacht an das Grafengericht keine Rede.

Trotzdem begegnet es in den deutschen Quellen des späteren Mittelalters nicht selten, dass Schöffen Hochgerichtsbarkeit haben, und zwar Schöffen der Hundertschaftsgerichte. Wie die Schöffen einzelner Ortsgemeinden, d. h. die Gemeindebehörden des deutschen und römischen Rechts durch Marktrecht und Eidgenossenschaft Hochgerichtsbarkeit erwarben, ist freilich eine Sache für sich. Denn gegenwärtig handelt es sich um die Landgerichte. Am frühesten findet sich eine Hochgerichtsbarkeit von Hundertschaftsschöffen in den Niederlanden[105]), kommt dann aber auch in den oberen Gebieten vor[106]). In den Niederlanden handelt es sich um eine Kompetenz-

---

103) § 17 N. 43.

104) Cap. 273. B. c. 6 et sic ipse res illi iudicio scabiniorum in bannum mittantur et si necesse fuerit, ipse in bannum mittatur qui ad iustitiam reddendam venire noluerit. Dann § 17 N. 44.

105) z. B. Warnkönig II. 220 § 22; 222 § 1. — Bereits für die Zeit Karls des Guten spricht von einem Kriminalurteil der Schöffen die passio Karoli auct. anonymo. c. 5 (S. S. XII S. 621): Tamen id ulcisci noluit nisi premissa et cognita sententia scabinorum, sine quorum iudicio nil datur posse vel velle comitibus, ne cuiquam videretur inferre praeiudicium; allein die Nachricht ist viel später geschrieben (S. S. XII S. 535). Walterus c. 20 (S. S. XII S. 547) spricht nur von einem Urteil der Barone, Galbertus c. 10 von den consiliatores des Grafen (S. S. XII S. 566): so ist die erste Angabe eine Übertragung späterer Verhältnisse.

106) So z. B. die Würzburger Centgerichtsordnung § 13, § 29 (Schneidt II sectio S. 588).

Digitized by Google

erweiterung aus der Rügefunktion[107]), durch welche der Zuständigkeit der franci homines Abbruch geschieht; das Gleiche ist auch für die oberfränkischen Gegenden zu vermuten, und dadurch erklärt es sich dann, dass öfters nicht die Schöffen, sondern die Heimbürger der Gemeinden die Urteilsfinder im Hochgericht werden[108]); dies eben da, wo die Gemeinde nicht die Schöffen, sondern die Heimbürger als Rügezeugen in das Gericht entsendet. Auf Ähnliches führt dann die Stellung des friesischen redjeva[109]). — Dagegen handelt es sich nicht um ein Schöffengericht mit Hochgerichtsbarkeit, wenn in einem Vollgericht für die ganze Grafschaft die Schöffen aller Untergerichte der Grafschaft geradeso über die Kriminalsache Gemeinfreier judizieren, wie die Ritter über die Ritter[110]). Hier sind eben die Ritter und die sämtlichen Schöffen die Notabeln der Grafschaft, deren Urteil für die Standesgenossen das Entscheidende wird.

§ 30. Adel und Gemeinfreie.

I. Die Quellen kennen drei Merkmale der ursprünglichen ständischen Bevorrechtung.

1. Das eine Kennzeichen ist schon früher ausführlich besprochen; es werden nämlich seit der fränkischen Zeit die Bevorrechteten als Freie, homines franci, den übrigen Leuten gegenübergestellt. Gemeint ist damit nicht der Gegensatz zwischen den Leuten, die ihr eigener Herr sind, und solchen, die als Knechte einem anderen gehören, wofür ja die Unterscheidung von frei und unfrei auch von jeher gebraucht wird. Sondern die Freien sind diejenigen, deren Besitz vollkommen steuerfrei ist: einmal im Westen die homines franci, dann aber auch die vornehmeren Klassen anderer Stämme des fränkischen Reichs: so die sächsischen Adeligen in der karolingischen Zeit, während später die Schöffenbarfreien oder die Erfexen die Steuerfreiheit geniessen, die bayerischen nobiles, dann im Süden die Goten. Das gemeine Verfassungsrecht Deutschlands und Frankreichs hat daraus den Satz gebildet, dass der Ritterliche keine

---

107) Warnkönig II. 160 § 1 die Schöffen vereidigt auf scabinagium und Kore; II. 220 § 22 die Schöffen des Waeslands, die Hochgerichtsbarkeit haben, sind auch die Rügezeugen.

108) z. B. Grimm IV S. 748; VI S. 628.

109) § 33 N. 90 fd.

110) So bergisches Landrecht c. 16.

Digitized by Google

Steuern zahlt. Allein die Stellung der franci in Frankreich, der Freien am Rhein, der Schöffenbarfreien in Sachsen beweist, dass die Freien nicht notwendig in den Panzerreiterstand übergingen und dass die Steuerfreiheit nicht aus der Zugehörigkeit zu den Panzerreitern folgt. Ebensowenig kann die Zugehörigkeit zum erobernden Volk der Franken die Steuerfreiheit erklären; denn auch unter den Franken kommen Bargilden vor und in Sachsen, Bayern, bei den Goten ist die Steuerfreiheit geradeso bezeugt[1]).

2. Nach der andern Reihe ist der Vornehme vorzugsweise der Krieger, der homo exercitalis[2]). In den fränkischen und bayerischen Quellen trifft das mit der Steuerfreiheit zusammen: die Inhaber von francitates sind hier zum Auszug, der zu Pferd erfolgt, verpflichtet[3]).

3. Die entscheidende Begrenzung ergibt aber ein drittes.

Im sächsischen Recht bilden die Erfexen eine über den gemeinfreien Steuerzahlern (Malleute, Bargilden) stehende Klasse[4]); zu

---

1) Diese Verhältnisse sind in § 3 N. 82 fd. § 4. I ausführlich untersucht. — Wenn 866 (ann. Bertiniani S. 81 H. A.) die franci zu dem Normannentribut die hohe Summe von 60 sol. beitragen mussten, während die gewöhnlichen mansionarii 1/2 solidus zu leisten haben, so können das erste nicht Freie überhaupt, sondern müssen wirtschaftlich sehr potente Leute sein.

2) § 4.

3) § 3 N. 82 fd.

4) Bremer U. B. III. 463: mene erfexen und mene lantlude. — Grimm III S. 112 S. 114: gemeine Erfexen — Markgenossen; S. 117, S. 119. 1551: Erfexen, Mailleute, Markgenossen (die Malleute sind nach S. 139 § 3 aus den Bauern ausgewählte Rügemeister, zu unterscheiden von den früher und später genannten Malmannen im Sinn der Freien, die zum öffentlichen Gericht gehören (§ 31 N. 88); S. 142 § 25. Erfexen stehen den Bauernmännern gegenüber. S. 145: Erfexen — Maelluden — gemeine Buren. S. 175 § 20: erfexen und markgenoissen. S. 186 (1277): salvo tamen jure omnium eorum, qui volgariter ervexen et marchenoten vocantur. S. 200: de zemptlichen erffexen und gemeinen menne. S. 204: deme holtgreven und erffexen und marckgenoten. Im späteren Verlauf sind die Markgenossen die allein Stimmberechtigten: De holtgreue vnd erffexen syn dar ouer eyne gekomen up deme holtynge, dat numment eyne kotten in der marcke sol setten offte oder nycht tunen buten vulborde vnd consente des holtgreuen vnd semptliken eruexen in der Herynchuser marcke, by pene vyff marcke. Goslarer U. B. II. 393: Dar weren tuoge over her Diryk unde her Wolther von Borchtorpe, riddere, her Huch de Vranke, riddere, her Huch unde her Reyneke von dem Dörvelde, riddere; Jan Silverbuk, Henrik von der Grane, knechte, unde andere use man, de erveexen sin in dem Harte. Hameler

Digitized by Google

ihnen gehören lauter vornehme[5]) Herren, Gutsherren[6]). Diese Erfexen sind nun die Vollberechtigten in den grossen Wald- und Moorgenossenschaften, welche, wie später genauer zu besprechen ist, mit dem Hundertschaftsverband zusammenfallen. Sie halten mit den Holzgrafen das Holzgericht, ernennen den Förster, bestimmen überhaupt über die Mark[7]) und werden deshalb jedenfalls im späteren Mittelalter als die Eigentümer der Mark angesehen[8]). Mit dem Waldrecht steht ihnen dann auch das Recht an der Jagd und den Fossilien zu[9]). Die Verbindung mit dem Früheren ergibt sich wieder dadurch, dass die Erfexen steuerfrei sind[10]). — Auch im Fränkischen begegnet eine Bevorrechtung der Ritter in Bezug auf die Waldmark[11]); schon früh tritt nur ein kleiner Kreis von Vornehmen als Jagdberechtigte dem königlichen Wildbann gegenüber, und später hat der Adel ganz allgemein die durch Wildbann nicht erfasste Niederjagd[12]). In Südfrankreich sind die Inhaber der francitates, also gerade die Steuerfreien, die Jagdberechtigten[13]).

U. B. I. 206. 1324 ist der Ausdruck erfexen auf die Realgemeinde der Stadt Hameln angewendet.

5) Bereits Westf. U. B. IV. 2530. 1298 stehen milites unter den Erfexen — Diepholzer U. B. 82. 1380 lauter vornehme Erfexen.

6) Grimm IV S. 699 § 17: wasz die gutherrn und erbexen in der Otzer awe für gerechtigkeit haben. Oelrichs S. 623. 1351: eine Urkunde, die das Recht der Herren, ihre Bauleute abzusetzen, regelt, wird als Erfexenbrief bezeichnet.

7) Grimm III S. 172 § 2, § 6; III S. 204. — Westf. U. B. III. 1738. 1253 wird der Anteil an der Mark (mirica communitas) von nobiles viri verliehen.

8) Diepholzer U. B. 82. 1380.

9) So im Harz: ob. § 10 N. 39.

10) § 3 N. 107.

11) Beyer III. 803. 1244: hier sind milites und dann die villani die im einzelnen noch nicht geschiedenen Interessenten der Waldmark. Lacomblet III. 16. 1301: conferimus predictis dominis duas potestates militares in silvam eorum dictam Munchbuss. — Grimm III S. 421. 1366 Selbold: die Ritter sind bevorrechtet, aber noch nicht die ausschliesslichen Märker. Grimm V S. 275 § 11 (15. Jahrh.): und wisset, das nie kein man von Ruckingen am merkerrecht gesessen hat, ausgescheiden es sei dan ein edelman. — Schon in der Urkunde von 1196 (Lacomblet, Arch. VI S. 416 ff.) erscheinen als Geholzen offenbar lauter Vornehme.

12) § 10 N. 27 fd.

13) Recht von Bigorre c. 26 (Giraud I S. 23) ob. § 10. N. 23. N. 27.

Digitized by Google

Einen ganz überraschenden Aufschluss gewährt nun für diese Verhältnisse eine Urkunde aus Overyssel, die ich zu den wichtigsten verfassungsgeschichtlichen Nachrichten rechne, die wir überhaupt besitzen. Die Grafschaft Fullenho zerfällt danach, wie das benachbarte Drenthe, in Goe. In jedem dieser Goe aber gibt es 100 warscaph, die veräusserlich sind und selber wieder zum Teil in der Hand eines Vornehmen sich gesammelt haben[14]). Warschaft (watriscapium der Formeln und altfränkischen Urkunden, werixhas des Wallonischen) bedeutet wie das verwandte Echtwort oder wie Gewalt (Holzgewalt) die Berechtigung am gemeinsamen Gut,

---

14) Racer, overyss. gedenkstukken II S. 200. 1133: noverit tam successio posterorum etc., quod ego Rodulfus de Steinvorth pro remissione peccatorum meorum et animae meae salute quicquid haereditatis liberae habui in Fullenho videlicet XXII portiones quas Warscaph vocant, et quidquid deinceps ibidem adquisiero in firmam et stabilem possessionem, donaverim ad servicium Dei et beatae Mariae Genetricis ejus, et sancti Viti simul et omnium Sanctorum in Letthe. Portionum autem supradictorum X iacent inter C portiones illorum de Ostergo, III vero sunt de allodio de Methre; item IIII inter C illorum de Wye, item II inter C illorum de Suthegoe, I de Lenethe et I de Islemuthen. Fullenho ist zweifellos identisch mit dem pagus forestensis oder comitatus Agridiocensis sive Umbalaha in den Urkunden des 10. und 11. Jahrhunderts (das Material bei Fockema Andreae: de stad Vollenhove en haar recht I S. 2 ff.). Später ist dann Vollenhove ein selbständiges Land, das unter anderen Kirchspielen auch Stadt und Kirchspiel gleichen Namens enthält: so in der interessanten Urkunde von 1387 (Dumbar analecta II S. 317 ff.), wo zum Nutzen des „Landes van Vollenhoven" die Almend des Kirchspiels Vollenhove verteilt wird, dann im Landbrief von Twente § 44 (Racer III S. 86), wo der Schulte von Vollenhove neben dem von Twente und von Salland steht. Genauer zugesehen befasst dann im späteren Recht die Landschaft Vollenhove 2 von den 6 Hochgerichtsbezirken von Overyssel (Vollenhove und Ysselmuden), und der Amtmann von Vollenhoven hat wie der von Twende und Salland ein „kapitale Drostambt": Schlingemann, de judiciis Fransisalaniae 1839 S. 11 ff. Wyhe liegt zwischen Zwolle und Deventer an der Yssel und bildet später (Pufendorf obs. IV app. S. 447. 1532) einen Deichverband, sowie ein Schulzenamt, das 7 Burschaften (Marken) befasst (Doornink schets eener verdeeling van Oberijssel in schout — of rigterambten en marken; Zwolle 1867 S. 3). Lenthe ist eine zum Schulzenamt Dalfsen gehörige Mark (ebenda S. 4), liegt also 10 Kilometer östlich von Zwolle. Ysselmuiden bei Kampen bildet noch spät, wie vorher erwähnt, einen eigenen Hochgerichtsverband. So ist Fullenho ausgedehnt und in Goe zerlegt, von denen Oster- und Südergo später spurlos verschwunden sind, der mit Ysselmuiden verknüpfte Go sich im Hochgerichtsbezirk Ysselmuiden erhalten hat, während die Ortschaften Wyhe und Lenthe nur mehr als Kirchspiele oder gar Bauernschaften vorkommen, der nach ihnen genannte höhere Goverband auch nicht mehr aufzufinden ist.

Digitized by Google

besonders am Wald[15]). Diese Nachricht aus einem Grenzgebiet Frankens, Frieslands und Sachsens zeigt also, dass es ursprünglich in der Hundertschaft hundert an der Waldmark berechtigte Leute — man darf sagen Familienhäupter — gab und dass diese Berechtigungen mit der steigenden Bevölkerung sich nicht vermehrt haben, sondern begrenzt geblieben sind.

Jetzt wird es verständlich, warum im Sächsischen die Bevorrechteten als Erfexen erscheinen, im Fränkischen als die ausschliesslich Waldberechtigten. —

Homines potestativi, d. h. Leute, welche ein Vorrecht an der Mark, d. h. dem Wald, haben, sind dann auch die homines mediocres des bayerischen Rechts, und damit die homines mediani der l. Alamannorum, die späteren Mittelfreien oder Mitterleute des gesamten süddeutschen Rechts[16]). Der Steuer-

15) So Maurer, Markenverfassung S. 48 f.

16) Medii Alamani über den Gemeinfreien (minoflidi) kennt bekanntlich der pactus legis Alamannorum und die lex Alamannorum. Die Ausdrücke kehren aber auch in bayerischen Quellen des 8. Jahrhunderts wieder: breves notitiae. c. 14 Überschrift (Keinz S. 39) hat nomina et praedia fidelium virorum et nobilium et mediocrium; in dem Text sind dann offenbar diese mediocres identisch mit den potestativi (n. 49), die hier neben den nobiles genannt werden (auch Brunner, Forschungen S. 11 N. 2). Nach den breves notitiae 7. 2 bestimmen nun die homines potestativi die bischöfliche Jagd im Salzkammergut und so hat man unter ihnen die vollberechtigten Markgenossen zu denken, welche nach dem gleichartigen Sprachgebrauch niederrheinischer Quellen die Holzgewalt haben. Wenn sie den nobiles gegenübergestellt werden, so sind unter nobiles diejenigen gemeint, die sich in der l. Alamannorum als primi von den mediani abheben, die regierenden Geschlechter, also wohl die 5 Geschlechter der l. Baiuvariorum, die ja auch in der letztern Quelle als die nobiles im engern Sinn erscheinen. — Früher fanden wir in Bayern liberi non potestatem habentes de se (§ 4 N. 14), d. h. steuerpflichtige Freie. Da nun die Ethelinge steuerfrei und deshalb unbeschränkt vergabungsfähig sind, so könnte man die Bezeichnung potestativus auch auf diese Veräusserungsfreiheit beziehen. Aber dagegen spricht nicht nur, dass es doch gesucht wäre, einen Stand nicht etwa nach der Steuerfreiheit, sondern nach der aus der Steuerfreiheit fliessenden Vergabungsfreiheit zu benennen, sondern vor allem die direkte Beziehung der potestativi zu der Mark und die Bedeutung von „gewaldige" Leute anderer Quellen. — Wenn in den späteren bayerischen Quellen von nobiles mediocres, Mitterleuten die Rede ist (die Stellen bei Zallinger, ministeriales und milites S. 34 ff.; dann Freyberg V S. 120: It. ez schol ein iegleich maister [Bürgermeister von Regensburg] sweren daz er ein mitterman sei, und niemantz aitgenoz sei), so tritt in gar keiner deutlich zu Tage, dass es sich um unfreie Ritter handelt. Zallingers Beweisführung ist hier durchaus nicht zwingend; die Regensburger Stelle aber weist wohl auf landrechtliche Freiheit; man will

Digitized by Google

freie oder nobilis aber ist homo exercitalis, und es wird einmal davon geredet, dass jemand eine proprietas in exercitu Bajovariorum hat[17]). Exercitus, das im letzteren Fall eine Bezeichnung einer besonderen Besitzform sein muss, ist dann nichts anderes als Hundertschaft, geradeso wie im Norden Heer und Hundertschaft zusammentrifft[18]), und die gleiche Bedeutung wird heri auch im Alamannischen gehabt haben[19]). Setzt man nun die homines potestativi oder mediocres mit den nobiles oder exercitales gleich, so hängt auch im Bayerischen die Hundertschaft mit der Holzberechtigung zusammen: die Träger dieser Holzberechtigungen bilden die Hundertschaft. Eine frühe Urkunde, wonach ein sehr vornehmer Herr auf Grund seiner Berechtigung in einer communis silva rodet[20]), ist schon oft besprochen worden.

In allen bisherigen Nachrichten ist nicht allenfalls die bestellte Flur, auch nicht die Weide der Gegenstand des Vorrechts, sondern der grössere Komplex des Waldes und Moores. Gerade so wie die Hundertschaft ein Verband ist, der nur für ein nomadisierendes Jäger- und Hirtenvolk einen ursprünglichen Sinn hat, so weisen auch die Berechtigungen auf diese Urzeit hin. — Das bayerische Recht führt aber einen Schritt weiter: dasselbe spricht von einer proprietas in exercitu Bajovariorum. Neben das Waldrecht ist

---

einen total unabhängigen Mann und so sicher keinen Eigenmannsritter. — Die Bezeichnung Mittelfreie kehrt auch im Schwabenspiegel wieder. Der Schwabenspiegel hat nun die konfuse Gleichstellung von „semperfrei" mit schöffenbarfrei, wie sie der D. Sp. verschuldete (D. sp. 95 mit Sw. sp. 104; S. sp. II. 3 § 2), übernommen und dann da von Mittelfrei gesprochen, wo sonst der Dienstmann steht. Anderemale dagegen zeigt sich, dass D. sp. und Sw. sp. die Mittelfreien den Dienstmannen entgegen und über sie stellen (Sw. sp. Lndr. 2, D. sp. 5; Sw. sp. Lndr. 104, D. sp. 95; Sw. sp. Lndr. 134, Lndr. 1); wenn in Sw. sp. 310 die Mittelfreien weggelassen sind, so erklärt sich das daraus, dass der Spiegler die verworrne Vorlage in D. sp. 283 nicht verstand. A. M. Ficker, Heerschild S. 149.

17) § 4 N. 15.

18) So das „herr er hundrad" der Skalda und davon herad; z. B. Brunner I S. 117 N. 14.

19) pactus legis Al. 45. Die Freilassung in heris generationis geschieht wohl kaum auf dem Kriegszug, sondern ist die Freilassung von der Hundertschaft, wozu ich auch die manumissio per hantradam der l. Chamavorum rechne; ich fasse das als eine Entstellung des Schreibers für huntrada. Im Züricher U. B. I. 208. 964 ist eine solche Freilassung in mallo publico bezeugt.

20) M. B. X S. 387. 1030.

Digitized by Google

also besonderes Bodenrecht getreten. Der gleiche Fortschritt spiegelt sich in der Bezeichnung Echtwort. Bald ist damit eben gerade das Waldrecht, bald der Grundbesitz, der durch Rodung infolge des Waldrechts entstanden ist[21]), gemeint.

Von da ab gewinnt man nun auch einen Einblick in das Wort Handgemal[22]). Handgemal bedeutet in einer späteren bayerischen Quelle lediglich das steuerfreie Gut überhaupt[22a]), in einer anderen bayerischen Notiz das Gut des Edeln[23]), in einer älteren bayerischen Urkunde und im sächsischen Recht ein bestimmtes Gut, das praedium libertatis sue und also jedenfalls steuerfrei ist[24]). Der Heliand aber braucht Handmahal für die Heimat eines vornehmen Mannes[25]), dann übertragen für die Hauptstadt eines ganzen Volks[26]). Auch ein italienisches Fragment salischen Rechts fasst antmallus als Heimat[27]). In der That findet sich der Ausdruck praedium libertatis suae auch einmal in einer niederfränkischen Urkunde[28]). — Etwas Ursprüngliches kann aber diese Bedeutung nicht sein; denn Handgemal ist eben Handzeichen, chirographum[29]). Wie kann nun das Handzeichen die Benennung für Grundbesitz werden? Von vorneherein liegt folgende Vermutung nahe: die Marke einer Familie dient

---

21) Für Recht am Wald z. B. Wenck II. 139. I. Schlesw. U. B. I. 570. Walkenried 130. Seibertz I. 136. — Für Rodeland: Schleswig U. B. I. 635: qui proprietatem et ius in novalibus habent, quod in wlgari echttuer dicitur. Hoyer U. B. II. 2. 52. Calenberger U. B. 7. Abt. 144.

22) Zum Ganzen natürlich vor allem Homeyer, über die Heimat nach altdeutschem Recht (Berl. Ak. Abh. 1852 S. 17 ff.). — Es ist mir wahrscheinlich, dass auch das Siegelrecht des Adels (§ 43 N. 49) in diesen Zusammenhang gehört; es fehlt aber an sicheren Belegen.

22a) § 3 N. 139.

23) Homeyer S. 38.

24) Cod. Falkensteinensis S. 3 (drei bayerische Traditionsbücher) S. sp. III. 26 § 2.

25) Heliand 346. 360.

26) Heliand 4128 Hierusalem, thâr Judeôno was heri endi handmahal endi hôbidstedi — vielleicht hat auch heri eine pronunziertere Bedeutung, als man gewöhnlich annimmt, und knüpft an die Verhältnisse im nordischen und süddeutschen Recht an.

27) Behrend S. 166.

28) Miræus I S. 700. 1255. Walterus Decanus sancti Gereonis et frater ejus Hubertus, libertatis suae praedium — legaverunt.

29) Am deutlichsten cod. Falkenstein. S. 3 cyrographum quod teutonica lingua hantgemahele dicitur; z. B. die übrigen von Homeyer S. 32 angeführten Stellen.

Digitized by Google

in den ältesten Quellen wiederholt zur Zeichnung der Wälder[30]) und wird noch jetzt so gebraucht[31]). Es lässt sich weiterhin nachweisen, dass der Bifang (Rodung, Mastung, Bivang) gezeichnet ist und bei Besitzveränderung die Zeichen[32]) wechseln. Bifang aber ist selber bald nur ein abgegrenztes, appropriiertes Stück Wald[33]), das allenfalls besonders auch als Weide (Schweineweide) dient, daher dann die Bezeichnung Mastung[34]); bald das ganze Areal des Guts, das in solchem Wald entsteht[35]). Ein anderer Ausdruck für den Wald, den sich einer angeeignet hat[36]) oder an dem wenigstens kein Gemeingebrauch besteht[37]), ist sundere. — So kann man vornherein annehmen, dass Handgemal im

---

30) Vgl. die Stellen bei Homeyer, die Hof- und Hausmarken S. 8 ff.

31) z. B. die Schilderung der Gernsbacher Murgschiffergesellschaft, die eine alte Waldgenossenschaft scheint, bei Homeyer, die Hof- und Hausmarken S. 111.

32) Lacomblet I. 64. 848: comprehensionem nostram in silva, que vocatur witherowald quam comprehensionem homines tui una nobiscum circumierunt et novis signis obfirmaverunt. Lacomblet IV. 602. 802: Ego Engilbertus tradidi partem hereditatis mee Liudgero abbati in elemosinam meam et patris Wulferti, id est unum rothum in villa que dicitur Withorpe simul cum comprehensione evidentissimis signis circumgiratum. Quae signa eidem abbati Liudgero demonstravi.

33) So in dem zweiten Beispiel der vorigen Note; Lacomblet I. 11: que dudum comprehensio mea esse dinoscitur simul cum illa terra, quae ibidem iam culta esse videtur. M. B. XXVIII. 284. 1015: Bivang, ein grosser Waldbezirk.

34) Cod. Laureshamensis I S. 333 Schenkung des bivangus vel mastunge.

35) z. B. Lacomblet II: ad predium Seist infra bivangam; font. rer. Bern. II. 426: super possessionibus juxta vel citra cenobium Interlacense sitis et sepibus inclusis vel circumseptis que vulgariter bifanga dicitur.

36) Kuchenbecker XI S. 317. 1003: Abt von Hersfeld erhält innerhalb eines bestimmten Gebietes das Recht arbores nutriendi et singulare atque dominicale forestum faciendi. Westf. U. B. IV. 135. 1224: in omni usuario graminis sive communi quod marchia dicitur, sive singulare quod sundere nuncupatur. Seibertz I. 129. 1200: silvas etiam eidem bonis attinentes, que sundern solent appellari; ähnlich I. 173. 206. 244. — Hodenberg, Vörder Register S. 12: sunderholt ist der Wald, an dem kein Beholzungsrecht besteht. — Eine früh erwähnte königliche comprehensio, die später zu einem Gau geworden ist, ist im Rheingau die Kuningessuntra (Dronke 390. 819), die mit Hundertschaft nichts zu thun hat.

37) Diepholzer U. B. 82. Hier steht sundere im Gegensatz zur Mark; aber auch an der sundere sind die vornehmen Erfexen gemeinsam berechtigt.

Digitized by Google

Sinn von Stammgut eben der Bifang (Sundere) und das darauf entstandene Gut ist, genommen von den Zeichen des Bifangs. In der That lässt sich nun auch das Mittelglied auffinden: Handgemal ist noch ziemlich spät soviel wie lex[38]) und bedeutet in einer alten bayerischen Urkunde wirklich die an sich veräusserliche lex einer Person, also deren Berechtigung, d. h. das Markgenossenschaftsrecht[39]). — Zu allem stimmt es dann auch, wenn im Thüringischen vornehme Leute ihre Freiheit als wizscentapht bezeichnen[40]). Denn das Wort, das so viel als legitimus ist, wird auch für die Waldberechtigung gebraucht[41]). — Die Vornehmen sind also die „Rechtler".

II. Die Entwickelung, wie sie bisher geschildert ist, setzt voraus, dass das Waldrecht mit einem bestimmten Hof — etwa gar dem im ursprünglichen Bifang belegenen — sich verknüpft hat und dass neue Berechtigungen nicht mehr entstehen konnten. Denn nur so können die Wahrschaften der Goe gerade hundert bleiben, wie die Overysselsche Urkunde angibt. Dass aber diese starre Zahl von Berechtigungen sich erhalten hat, ist nur dann möglich, wenn für sie und den Hof, auf dem sie liegen, das Prinzip der Individualsuccession gilt. — In der That lässt sich im ganzen fränkischen Gebiet eine Individualsuccession auf das Stammhaus erkennen und zwar einmal in der Form des Minorats, gewöhnlich aber in der Form der Primogenitur. Die Primogeniturerbfolge in Bezug auf das Stammhaus (Haupthaus) wird dabei als ein Sonderrecht der Ritter bezeichnet[42]).

---

38) Dies da, wo hantgemalschefte die legitime Ehe bedeutet: Stelle bei Homeyer, Heimat S. 28.

39) Kleinmayr, S. 145. 927 excepta lege sua quod vulgus hantigimali vocat.

40) Erfurt U. B. I. 12. 1120: ea libertate liberi, que vulgo wiszentapht solet nuncupari.

41) Grimm IV S. 247 diser hoff hat auch 2 wissenthaffte wald.

42) Die domus principalis (Lacomblet III. 212. 1326) fällt nach dem Recht von Jülich, Geldern, Köln auf den ältesten Sohn: siehe die Citate bei Homeyer über die Heimat S. 58 f. Thierry IV S. 669. 14. Jahrh.: Il avint que messire Wis Corbins quant il alla a Rome fist sen testament et laissa au prestre curé sen successeur tout sen manage ou il manoit se faire le pooit. Or avint que il trespassa en voie. Li prestre vaut avoir tout le manoir par le vertu du testament. Li hoirs se debati et dist que ch'estoit kiefmes et que faire ne le pooit, enchois convenoit que il tournast par heritage a sen

Digitized by Google

Es ist keine Wirkung des Lehensrechts, wenn in Frankreich dem Ältesten, der seine Geschwister apanagieren muss, doch das Stammschloss als Voraus zukommt[43]). Aber doch widerspricht das dem allgemeinen Landrecht, welches grundsätzlich die mehreren Geschwister gleich bedenkt, höchstens die mehreren Söhne den Töchtern vorstellt[44]) und auch das vielleicht nur in Bezug auf den Ansedel, das Gut, das bereits der Erblasser ererbt hat[45]). — Geht man nun höher hinauf, so spricht auf der einen Seite Tacitus von einer Primogenitur bei den Usipetern und Tenkteren, die jedenfalls zu den Franken gehören[46]). Im Edikt des Chilperich aber werden die singularia, die Bifänge im Erbrecht, anders behandelt als der Grund und Boden eines gemeinen Bauern, bei dem die mehreren Söhne zusammen succedieren und nach ihnen die Töchter[47]). Es kann also dieses besondere Erbrecht, das den leodes

maisné hoir — Das Gericht entscheidet: der Erblasser könnte über sein Vermögen verfügen abgesehen von droit kief més, le quel il ne pooit tolir a son maisné hoir: hiernach gilt also für den mansus capitalis Individualsuccession und zwar — in bäuerlichen Verhältnissen — Succession des Jüngsten. Wenn anderwärts das capudmansionile von den übrigen mansus unterschieden wird (Beaulieu 71, 74, 77, 78, 91), so ist es wenigstens möglich, an Ähnliches zu denken. — Deutlich ist: Barkhausen S. 59. l. c. 57 costuma es en Bordales que entrens barons et los cavoys que lo prumey filh reten la baronia et lo prumey filh du cavoy la taula (das Erbschloss).

43) z. B. Beaumanoir XIV § 4, § 5. Et. S. Louis I. 12; très anc. cout. Norm. IX. 2: grand cout. Norm. 24 § 5.

44) Für Deutschland genügt für hier der Verweis auf Stobbe § 289, § 290. Für Frankreich z. B. Beaumanoir XIV § 6 se vilenages vient a enfans en deschendant ou en esqueance il n'i a point d'ains neece, ains emporte li mains nés comme li ains nés Et. S. Louis I. 136 quant hom costumiers a enfanz soient fiz ou filles autretant a li uns comme li autre en la terre au pere. Champagne 8. 9 bei aluef und censives im Gegensatz zu fief stehen sich Brüder und Schwestern gleich; Champagne 56 sagt das letztere nur für censives. Paweilhars c. 33 stellt Bruder und Schwester bei Alodium aber nicht für Erbzinsgüter gleich. Jostice et Plet XII. 25 § 7 femes et homes preiuément en acheeste (eschoite) en vilenage. Lacomblet I. 45. 833 treten Bruder und Schwester als coheredes auf. — Et. St. Louis II. 26 a. E. geht vielleicht für Orleans auf Individualsuccession des ältesten in das liegende Gut.

45) Sw. sp. 148.

46) Germania c. 32.

47) Das ist der zweifellose Sinn des durch Hypothesen entsetzlich verunstalteten § 3 des Kapitulars; die entscheidende Stelle lautet: De (t ist ein Fehler) illi vero et convenit singula = auch über jene singula d. h. sundere ist man übereingekommen. Terras iestas, qui si adveniunt, ut leodis qui patri nostro fuerunt, consuetudinem, qua habuerunt de hac re intra se debeant: d. h.

Digitized by Google

zugeschrieben wird, nicht gut etwas anderes als Individualsuccession irgend welcher Art sein. — Umgekehrt lässt sich im fränkischen Recht für die gemeinen Leute noch ziemlich spät die Erbfolgeordnung des Mutterrechts verfolgen, wie sie das salische Recht noch zum Teil kennt[48]), und das friesische Recht unterscheidet dadurch den Etheling vom Freien, dass für letzteren nur Verwandte im Sinn des Mutterrechts Verwandte sein können[49]).

---

es sollen die leodes in Bezug auf diese Länder das alte Recht auch späterhin geniessen. — Die gewöhnliche Erbfolge des § 3 stimmt vollkommen mit dem Erbrechte der l. Rib. t. 56 § 4 und wohl auch mit l. Sal. tit. 59 § 5.

[48]) l. Sal. t. 59. Lediglich die Muttergeschwister, nicht die Vatergeschwister succedieren noch nach Cart. de l'église de Nôtredame de Paris I S. 376. 1109: vgl. Lamprecht, Beiträge zur Geschichte des französischen Wirtschaftslebens S. 89, der zuerst auf die wichtige Stelle hinwies; es handelt sich um Einführung des landrechtlichen Erbrechts in eine unfreie Ansiedelung.

[49]) Richthofen R. Qu. S. 210 § 77: Ther ne mey nen unedel mon formunder wese fon feiderside thet is fon sin feiders friundem; ac meyer nen vormunder wr sin ayn feiders god wese. Heck, die altfriesische Gerichtsverfassung S. 257 hat die Stelle als Stütze seiner irrigen Auffassung benützt, dass der etheling der friesischen Quelle der Freie überhaupt, der „friling" nur der Freigelassene oder Uneheliche gewesen sei. Ich will die übrigen Argumente Hecks gleich hier erledigen, die Wergeldsverhältnisse sind N. 72 besprochen. Heck stützt sich auf die Definition in R. Qu. S. 539 § 21. Es ist unmöglich in den Angaben über die frilinga und über die letslachta eine Definition des Standes zu sehen, wie Heck will. Denn nach der Darstellung der Stelle macht nicht die Zeugung zum friling, sondern die Kinder wie die Frau sind ursprünglich unfrei, und die Freiheit tritt erst dadurch ein, dass sie nach dem Tode des Mannes das Haus verlassen. Nicht die unechte Geburt ist also der Grund der Freiheit, sondern das Ausscheiden der unfrei Gewordenen, wie der unfrei geborenen Kinder aus dem Haus des Knechts, das bisher unfrei gemacht hat. Es handelt sich, wie bereits Richthofen richtig bemerkte, nur um ein Beispiel für Freiheit, das gewählt wird, weil der Fall ein Grenzfall ist. Wer frei ist, weiss man im allgemeinen. Die Frage wird erst da brennend, wo ein Freier und Unfreier einander heiraten, und hier gibt die Aufzeichnung die Antwort, die freilich offenbar durch ein fremdes Element getrübt und wenig ursprünglich geworden ist. Denn dass der besprochene Rechtssatz gerade an die Geburt von 4 Kindern geknüpft worden wäre, ist unmöglich. Man kann sich denken, dass die knechtende Wirkung der Ehe zwischen frei und unfrei auf den Fall reduziert wurde, dass der freie Teil dauernd im mansus servilis bleiben wollte; Ähnliches kommt auch sonst vor. Allein die 4 Kinder sind da für das germanische Recht ganz unverständlich. Ich denke, es handelt sich bei der späten Rüstringer Handschrift um eine missverstandene Reminiszenz aus römischem Recht, das ja auch sonst in Friesland (jurisprudentia Frisica) mit dem einheimischen kompiliert wurde. Der Verfasser der Rüstringer Handschrift, der nach dem Schluss

Digitized by Google

Nunmehr wird der Gegensatz zwischen den Bevorrechteten und den Nichtbevorrechteten noch viel deutlicher. Nach Mutterrecht wohnt die ganze, grosse Herde von Verwandten der Weibsseite unter dem avunculus zusammen[50]) und das Vermögen ist allen

derselben sicher des Lateins nicht unkundig ist, wird sich eben an das jus quattuor liberorum der libertina nach dem S. C. Tertullianum erinnert haben, wovon in Inst. Just. III. 3 stand; freilich handelt es sich dort um etwas anderes, um Erlangung von Erbrecht gegen das Kind, aber gerade Erbrecht fällt ja für die mittelalterliche Auffassung mit Freiheit zusammen, und so liegt die Verwechselung nicht so weit ab. Ist die Erklärung richtig, so beweist sie weiter, dass in Friesland gerade so wie im benachbarten Sachsen libertus oder libertinus — natürlich nicht im römischen Sinn – dem deutschen friling entspricht. — Ebenso wie mit der Erklärung von friling ist es mit der von letslachta: die Stelle spricht davon, dass eigene Leute Kinder haben und diese letztere auf ein „ayn God" ziehen, d. h. dass sie eine eigene Wirtschaft beginnen. Die Frage ist nun offenbar, ob sie durch das freie Anwesen ebenso frei wurden, wie umgekehrt die freie Frau mit ihren Kindern im unfreien Haus unfrei; und diese Frage wird hier dahin entschieden, dass zwar nicht Freiheit, wohl aber Litentum eintritt, das ja schon in l. Frisiorum über der servitus steht. Das entspricht der gemeingermanischen Stellung der Liten. — Man darf nun von vornherein annehmen, dass auch die Erklärung des Edling versuchen wird, die untere Grenze gegen andere Klassen zu gewinnen. Und in der That sagt die Stelle: thet send ethelinga: alle fria Frisa ther thi kining Kerl, and thi pagus Leo, and thi biscop Liudgere, etheldom and fria halsa ouir lendon, alsa fir sare fri and ful beren were. Hecks Auslegung von fulboren ist nun unrichtig. Allerdings bedeutet fulboren im Verhältnis zu einer anderen Person nur die Ebenbürtigkeit: so ist es im Fivelgoer Manuskript (Richthofen U. II S. 1095): Nimt di sune en wif bi des feders lif, ther him al fulbern se. Aber fulborn absolut genommen bedeutet den nobilis, den Steuerfreien, gegenüber dem Schossbaren: so sicher in Seeland und Kenemmerland (§ 3 N. 10), zwei ursprünglich friesischen Landschaften, aber auch in den friesischen Quellen selbst: wenn in Küre 6 Ems II für den Eideshelfer ein frei und vollgeborner verlangt wird, so ist das auch kein gewöhnlicher Bauer; denn er muss „ynseten ludo" haben; er ist also Grundherr. — Dass alle Friesen, auch die Adeligen, huslotha zahlen müssen, sagen die von Heck S. 291 angeführten Stellen nicht; sie können geradeso gut auch nur von der Steuerpflicht der Hausleute verstanden werden. — Wenn endlich Küre 7 erklärt, quod omnes Frisones in libera sede consistant; et hoc donavit eis Karolus rex, ut christiani fierent et subiecti essent australi regi, et clepskelde et huslotha solverent, quibus comparaverunt nobilitatem, et libertatem, quia Frisones olim ultra oceanum subditi erant, so heisst das nicht, dass die Friesen nobilitas haben, sondern nur, dass durch die Zahlung von huslotha seitens des Volks das bisherige Eigen den Edlen und Freien belassen wurde, und nicht mehr, wie eine Zeit lang unter Karl d. Grossen (Heck S. 237) vom König angenommen war. Eine Steuerpflicht der Edeln als solcher folgt daraus nicht.

50) z. B. sehr anschaulich für Sumatra: Selenka Sonnige Welten S. 314 fd.

Digitized by Google

gemeinsam. Dagegen ist das Recht der Primogenitur der Vornehmeren nur da möglich, wo einzelne Väter mit Frau und Kindern einen eigenen Haushalt haben. So haben die Vornehmen — weil die Reicheren — eben früher als die Gemeinen sich Frauen zum dauernden Zusammenleben gekauft oder geraubt und ein Leben für sich begonnen. Nachher sind auch die unteren Klassen zum Vaterrecht übergegangen, haben aber doch niemals das Prinzip des Vaterrechts in gleicher Schärfe durchgeführt wie die Vornehmen und haben stets eine Gesamtberechtigung der gleich nah Verwandten anerkannt[51]).

III. Die bisher besprochenen bevorrechteten Klassen sind nun zweifellos identisch mit dem Adel der alten Quellen; während in karolingischer Zeit von Steuerfreiheit der nobiles geredet wird, erscheinen später die Erfexen oder, von einer anderen Seite aus gesehen, die Schöffenbaren als steuerfrei. In Bayern sind die homines exercitales die nobiles. Das Handgemal ist hier Adelsgut. Im Fränkischen ist die Individualsuccession in das Stammhaus besonderes Recht des Adels; der steuerfreie Sedelhof wird einmal direkt als Adelsgut bezeichnet[52]) und man wird in diesen zusammen auch die hoba nobilis viri[53]) und ähnliche rechnen müssen.

Dass der Adel im Gegensatz zum Mutterrecht steht, ist in den Quellen bis auf wenige Spuren verschwunden. Dagegen hat sich in breiter Anwendung das andere Kriterium erhalten, dass die Adeligen ursprünglich die hundert tonangebenden Familien der Waldmark und der Hundertschaft sind[53a]). So wie die Berichte lauten, sind freilich nirgends gerade mehr hundert berechtigte Familien zu erkennen. Es haben sich die Berechtigungen, die aus der

---

vor allem treten solche Verhältnisse bei den Kelten auf, wo sich das grosse Haus für mehrere Familien u. im Gavelkind das deutliche Anzeichen für Frauenkommunismus findet (Meitzen, Siedelung und Agrarwesen I S. 182 fd.).

51) Es mag darauf hingewiesen sein, dass das friesische Recht noch ein anderes Zeichen dessen an sich trägt, dass es dem Vaterrecht lange widerstanden. Noch spät kennt es kein Erbrecht des weiteren Verwandtenkreises: v. Amira Erbenfolge und Verwandtschaftsgliederung S. 166.

52) Ob. § 3 N. 110; Gudenus IV S. 993: qui resident in curtibus nobilium virorum quae dicuntur Sedelhove.

53) Stellen bei Waitz V S. 511 fd.

53a) Es gehört auch hierher, dass im Osnabrückischen die Blutgerichtsbarkeit auf den Sedelhöfen liegt (§ 3 N. 111).

Digitized by Google

Jäger- und Hirtenzeit ohne intensiven Ackerbau stammen, auf gewisse Höfe radiziert[54]), und es ist eine grosse Gunst der Überlieferungen, dass wir einmal wirklich noch solche hundert Berechtigungen nachweisen und dadurch den Zugang zum Wesen des Adels gewinnen konnten. Die Höfe und damit die Berechtigungen selber aber ballen sich dann naturgemäss in der Hand weniger berechtigter Familien zusammen. Denn sozial gilt zu allen Zeiten unter den Reichen das Prinzip der Ebenburt; in den deutschen Gebieten aber scheint sich dasselbe sehr früh zu einem Rechtsgrundsatz verdichtet zu haben, der unter Umständen durch hohe Strafen arbeitet[55]). Daraus folgt dann weiter, dass sich die Zahl dieser Bevorrechteten immer mehr vermindert haben muss; das tritt auch wirklich in den Nachrichten vom Aussterben der Schöffenbaren in Sachsen, der Schöffen in Bayern entgegen[56]). In diesem Zusammenhang gewinnen nun zwei bestrittene Angaben des Tacitus ihre Erklärung[57]): Tacitus unterscheidet im Heer die einzelnen pagi, d. h. die Unterabteilungen der civitas, die centeni, welche die vornehmsten Elemente in sich schliessen. Dabei gibt er an, dass das, was früher eine Zahl war, jetzt ein „honor", ein Titel ist — so werden die centeni aber in Wirklichkeit nicht mehr gerade hundert ausmachen. Ich meine, das sind die homines exercitales der bayerischen Quelle. Dann aber wird davon gesprochen, dass den principes der pagi bei der Rechtsprechung centeni zur Seite stehen: die Erfexen haben in der Waldmark, die mit der Hundertschaft zusammenfällt, zu beschliessen, die Blutgerichtsbarkeit liegt im Osnabrückischen auf den Sedelhöfen[58]) und so werden die Erfexen in der Rechtsprechung ursprünglich das entscheidende Wort geführt haben[59]).

---

54) Westf. U. B. II. 336. 1163: denique a silva Demmerwalt nomine, in qua ex diebus antiquis iam dicta curtis (der von den Grafen von Cappenberg übertragene Hof Wesel) cum ceteris et prae ceteris comprovincialibus semper potens exstitit etc. Später ist direkt von communio silvae gesprochen.

55) Ich meine die bekannte Nachricht der transl. S. Alexandri c. 1 (S. S. II S. 675) über die Missheiraten in Sachsen; vgl. auch Göhrum, die Lehre von der Ebenbürtigkeit S. 23 fd.

56) § 29 N. 40 N. 65.

57) Germania c. 6 c. 12.

58) N. 4 fd. N. 53a.

59) Vielleicht gehört hierher, wenn die rachinburgi als magnifici bezeichnet werden (Waitz II. 2 S. 275). Ganz deutlich ist aber das Verhältnis in

Digitized by Google

In den westfränkischen Quellen nehmen die franci dieselbe Stelle ein, wie die bisher geschilderten Klassen. So wird auch einmal ein Herrenhof francalis mansus genannt[60]). Damit kommt es dann überein, dass in der l. Chamavorum der homo francus vom gemeinen Mann geschieden wird. Auch in einer Quelle altsalischen Rechtes begegnet die Unterscheidung[60a]), vor allem aber scheint sie aus dem bekannten Edikt Childebert II. hervor[61]). Das Gesetz Chilperichs zeigt dabei, dass das besondere Erbrecht der sundere für die leodes galt. Es sind eben schon die Bevorrechteten die Krieger, die als solche auch durch Eid (leodesamio) in engerer Verbindung mit dem König stehen, von ihm Waffen erhalten[62]).

IV. 1. Die bevorrechteten Geschlechter schliessen sich dann aber nach oben und unten von anderen ab. Nach oben scheiden unter ihnen — die dann mediocres sind — diejenigen Geschlechter aus, welche allmählich von gewählten Häuptlingen zu erblichen Fürsten — zu freien Herren — geworden sind. Der Prozess ist nachher zu verfolgen. Die Fürsten (Herren) stammen aus dem Adel, und ihre Zugehörigkeit ergibt sich daraus, dass sie das Recht des Adels am Wald teilen. Allein wie sie sich sonst aus demselben abgehoben haben, so gilt das auch für die öffentlichen Nutzungen. Auf Grund seines Gebotsrechtes hat sich der fränkische König die wichtigste der Nutzungen, Hochjagd und Bergbau, auch den Adeligen gegenüber reserviert.

2. Unter den Adeligen aber steht der Freie. So wie er in den Quellen auftritt, ist er allemal der Steuerbelastete, der Bargilde, der um der Steuerpflicht willen kein volles Eigentum hat und so auch kein ganzer Freier ist (frîling)[62a]). Die Steuer-

---

Friesland, wo die edlen Herde diejenigen sind, welche ein Anrecht auf das Richteramt geben (Heck S. 209 fd., der die Sache freilich anders erklärt).

60) Gall. christ. XIII S. 465: ecclesie cum francali manso.

60a) Septem causae 6 § 7 unt. N. 86.

61) Cap. 7 § 8 (§ 13 § 14): die Franci stehen als Vornehme über den Salici, die damit auch als die germanischen Freien im Herzogtum Ripuarien bezeichnet werden. Ich halte soweit meine früheren Ausführungen (zur Entstehung der l. Ribuariorum S. 20) vollkommen aufrecht. Die Einwendungen Schröders (R. G. 1. Aufl. S. 97; auch Brunner I S. 43 N. 13) vermag ich nicht zu verstehen; wohl kann ein Franzose den Deutschen einen Prussien nennen, aber der deutsche Gesetzgeber wird nicht die Deutschen insgesamt als Preussen bezeichnen.

62) § 1, § 44.

62a) Über den Namen § 3 N. 116 fd.

Digitized by Google

pflicht, welche die Quellen schildern, bezieht sich auf den König und dessen Beamte. Es ist aber denkbar und innerlich wahrscheinlich, dass schon eine ältere Abgabepflicht gegenüber dem Häuptling, dem Führer der herrschenden Geschlechter, bestanden hat, der im Namen der herrschenden Geschlechter Ansiedelung und Rodung im Wald gestattet. Darin suche ich die Wurzel des Königszinses, der gerade von den Ethelingen nicht zu zahlen ist; wie andere Rechte der Hundertschaft ist auch der Zins der Gemeinfreien an den König gekommen. Ein direkter Beweis freilich ist unmöglich. — Im Edikt des Chilperich wird der Besitz der vicini, wo sich das Individualeigentum erst zu bilden beginnt, der sundere gegenübergestellt und ebenso scheidet das französische Recht vom ritterlichen Besitz die vilenage[63]; in Sachsen ist das steuerbelastete Eigen Dorfhachteigen, dörfisches Eigen[64]: das weist auf ein Zusammenleben der Gemeinfreien und zwar, wie wir sahen, auf Zusammenleben nach Mutterrecht. Wenn die Grundbedeutung von Kerl, der Bezeichnung für den gewöhnlichen Bauern, wirklich „Buhle, Geliebter" ist, so mag auch darin das geschlechtliche Verhältnis zwischen Mann und Frau ohne dauerndes Zusammenleben sich spiegeln. Wie ursprünglich dieser Kommunismus im Detail beschaffen war, der im Gesetz des Chilperich noch durchklingt, wissen wir natürlich nicht. Aber vorhanden war er und hat noch in der späteren Zeit eine kräftige Wirtschaftsgemeinschaft des Dorfes bestimmt. Natürlich sind die Höfe der Bauern keine Prinzipalhöfe[65], sondern mindere Höfe gewesen; darum heisst der gewöhnliche Freie minoflidus gegenüber dem mediocris[66].

Wie sich die Gemeinfreien von den Herrschenden abgeschieden haben, das lässt sich natürlich nicht mit Sicherheit ermitteln. Sobald die Berechtigungen sich auf gewisse Höfe radizierten, müssen freilich alle diejenigen Familienglieder, die nicht mit einem Handgemal ausgestattet werden können, unter die Gemeinfreien getreten sein. Auch unter den Bauern hat dann wiederum das Prinzip gewirkt, dass die älteren, vollberechtigten Höfe den Hütten (Katen, Sölden)[66a] späterer Ansiedler gegenübergesetzt werden. Die Realgemeinde des modernen Rechts[67] führt darauf zurück.

63) Ob. N. 44.

64) § 3 N. 113.

65) Ob. N. 42; sortes principales auch in der vita Meinwerci c. 132 (S. S. XI S. 133).

66) Brunner I S. 248 f.

Digitized by Google

V. Der Adel des älteren Rechtes hat nun aber seit der fränkischen Zeit allmählich einer neuen Nobilität — dem Ritterstand — Platz gemacht. In Frankreich sind die Panzerreiter, welche gewöhnlich der Vasallität oder Ministerialität angehören, die herrschende Klasse und werden als franci homines bezeichnet. In Deutschland hat, soweit ich sehen kann, etwa im Lauf des 13. Jahrhunderts die ältere Bezeichnung auch der herrschenden Klasse als nobiles et ingenui der Betonung des Ritterstands Platz gemacht; es ist das dieselbe Zeit, in der auch der Gegensatz der freien und der unfreien Ritter seine Wichtigkeit verliert. Jedenfalls im Lauf des 13. Jahrhunderts werden in Süddeutschland sämtliche Ritterliche bis herab zu den unfreien Rittern, die keine Fürsten zu Herren haben, als Semperleute, homines synodales, bezeichnet[68]). — Damit ist der Prozess äusserlich abgeschlossen, der sich schon viel, viel früher anbahnte, aber erkenntlich nicht zu verfolgen ist.

Natürlich sind die herrschenden Klassen des älteren Rechts zum grossen Teil in diesen neuen Adel übergegangen. Aber wie für den Ritterstand eben doch nur die Führung der ritterlichen Waffe, seit dem 12. Jahrhundert die Abstammung von einem Ritter[69]),

---

66a) z. B. Lacomblet II. 506 Hufener und Kötter unterschieden. Lacomblet III. 362: in Düsseldorf: der gewaltig Man und der Kötter; jener darf ½, dieser ¼ Morgen zu Garten nehmen. — Grimm II S. 685: bei Münstereifel: den 400 Anerben stehen 400 Kötter und 400 Waldsassen gegenüber. I Etstoel S. 9 (pro excol. patrio VII 2): soe is gewijst dat gheen koeter zeeker buirtuich doen mach tenn sij, dat he gegueldt gearft wardele hebbe in den dincspell. M. B. XXXVI a S. 322: orti und seldenarii steht im Gegensatz zu den hubae.

67) Gierke, Das deutsche Genossenschaftsrecht I S. 599 f. II S. 276 ff.

68) Die Belege bei Zallinger ministeriales und milites S. 77 ff. Er hat mit Recht angenommen, dass semperluite im S. sp. Lnr. 1 einfach die Ritterlichen bedeutet (nach dem französischen Sw. sp. Lnr. pr. li franc, qui hont autres frans): Das entspricht der Urkunde von 1262 (Würt. U. B. VI. 1666), wo der unsempari direkt der Lehensunfähige d. h. der Unritterliche ist. Die Stellen, in denen — für die spätere Rechtssprache höchst bedeutungsvoll — der Ausdruck sich auf die höheren Klassen der Fürsten und freien Herren bezieht, sind offensichtlich ein ungeschicktes Missverständnis des Schöffenbarfrei durch den Deutschenspiegel, von dem sich der Sw. sp. in seinem selbständigen Teil losmacht (so mit Recht Zallinger a. a. O.). Die richtige Erklärung des Namens aus der ausschliesslichen Unterstellung der Ritterlichen unter den bischöflichen synodus hat bekanntlich Zallinger M. Ö. J. X S. 217 fd. entdeckt.

69) § 44 N. 13.

Digitized by Google

und nicht der Besitz eines „Handgemals“ massgebend ist, so zeigt sich eben auch sonst die Diskrepanz: durchaus nicht der ganze alte Adel ist in das Rittertum aufgegangen. Da und dort waren Elemente zu erkennen[70]), die ausser und unter ihm verblieben sind. Das Besitzmass, welches das sächsische Recht für den Schöffenbaren angibt — 3 mansus —, bleibt hinter dem Besitzminimum des Panzerreiters um das Drei- oder Vierfache zurück.

VI. In der bisherigen Untersuchung habe ich vollkommen vermieden, von dem Kriterium auszugehen, das man gewöhnlich allein zur Scheidung der Stände verwendet, dem Wergeld. Denn das Wergeld ist nur ein sehr äusserlicher Reflex der Standesgegensätze und erklärt letztere nicht. Es kann ein solcher Reflex fehlen und ein Standesunterschied doch vorhanden sein. So gibt die l. Baiuvariorum nur fünf hohen Familien ein besonderes Wergeld und doch kennt das ältere und spätere bayerische Recht geradeso wie das schwäbische Recht den Mittelfreien unter dem Hochfreien; der Sachsenspiegel hat für Fürsten, Freiherren und Schöffenbare dasselbe Wergeld trotz des ständischen Gegensatzes. So hat man dann allgemein auch die Existenz eines fränkischen Adels bestritten[71]), weil hier wenigstens ursprünglich von einem besonderen Adelswergeld nichts zu finden ist. — Was nun aber

---

70) Oben zu N. 1. — Nach mündlicher Mitteilung existiert im oberfränkischen Ort Limmersdorf ein Bauerngeschlecht v. Thurn, das, soweit man weiss, sich als adelig betrachtet. Vielleicht ist das auch ein Überrest des alten Adels. Um damit irgend etwas zu beweisen, müsste die Sache freilich erst untersucht werden. — Einen späten Nachklang der alten Form hat auch das überhaupt so ursprüngliche und lehrreiche Recht von Drenthe aufbewahrt: hier stehen unter dem Ritter des Landtags noch die Eigenerfden d. h. die in der Mark Vollberechtigten (Magnin: — overzicht van de besturen — in Drenthe III S. 324 ff.). — Weiter rechne ich hierher das interessante Recht der Freien von Raxendorf (Grimm III S. 686 ff.) im niederösterreichischen Waldviertel: das Gebiet umfasst mehrere Dörfer; in diesen sind aber nur 60 Freie vollberechtigt. Sie erscheinen zu den 3 Ehehafttaidung — von Zoll und Maut sind sie frei und zahlen lediglich eine Verpflegungsabgabe an den Richter (wie die Besitzer der agri mutabiles in Laon); vor allem haben sie den Wildbann. Das Gericht (in Stein gehalten) ist schon M. B. XI S. 68. 1263 (actum in Stein villula in publico placito liberorum) erwähnt; vgl. die Bemerkungen bei Luschin, Geschichte des älteren Gerichtswesens in Österreich S. 140 N. 251.

71) Für alle Brunner I S. 106.

Digitized by Google

die Quellen über Wergeld der Vornehmeren und Gemeinfreien an die Hand geben, ist folgendes:

Im späteren Recht der germanischen Gebiete ist das fränkische Freienwergeld von 200 solidi das allgemeine geworden, während in romanischen Gebieten das Wergeld von 100 solidi sich erhalten hat[71a]); in der spanischen Mark wurden wohl die alten Ansätze des Gotenrechtes beibehalten[72]); in Friesland sind die des altfriesischen Rechtes verdoppelt[73]). Neben diesem Wergeld der

---

71a) 1. In den romanischen Gegenden findet sich nach wie vor das Romanenwergeld. Et. S. Louis I c. 125 (108). Bourgogne 29 pr. 2. In den Quellen der altfränkischen Länder kehrt das alte Wergeld von 200 sol. wieder: so direkt Warnkönig II. 222. § 40 Vierämter. III. 166 § 2. Saffelaer, wo die 200 sol. compositio an die Verwandten des Totschlägers gezahlt wird, wiewohl der Graf das übrige Vermögen konfisziert; dann aber namentlich das seeländische Recht: nach v. d. Bergh II. 747. § 32 bekommt der unedle Mann, d. h. der schossbare (cfr. § 3 N. 105) 22½ ℔ Wergeld, der nobilis 90 ℔; nach einer fast gleichzeitigen Münztafel bei Tailliar N. 181 § 1. 1265 werden nun in Holland aus der Mark jetzt 26¾ sol. geschlagen. Bei dem Wert der Mark = ⅜ ℔ und dem Wert des normalen Solidus = 1/20 ℔ ist sonach der holländische Solidus = 48/107 Normalsolidus, und daher beträgt das Wergeld von 22½ ℔ etwa 201 sol. normal; da die holländischen Münzen unregelmässig ausgeprägt sind (Tailliar 181), so darf man das unbedenklich = 200 sol. setzen. Auf den gleichen Betrag weisen weiter die Ministerialrechte aus dem Anfang des 11. Jahrhunderts, wo der im Beweisrecht dem Freien gleichgestellte Ministeriale grosser Kirchen mit 10 ℔ gebüsst wird: so Bamberg (Jaffe M. Bamb. S. 51), dann Recht von 1024 für Fulda (Dronke 737), für Worms und Lorsch von 1023 (codex Laureshamensis I S. 156 ff.). Ferner gehört das bayerische Recht hierher: in Regensburg (Freyberg V S. 65) wird für Manslacht an die Partei 10 ℔ gezahlt; die Handlösung, die überall ½ Wergeld ausmacht, geschieht nach dem Landfrieden von 1244 § 66 (Q. E. bayer. Gesch. V. 36) mit 5 ℔. Bayerisch ist wohl auch noch der Satz des Nürnberger Rechts, dass bei Kriminalklagen der Kläger 10 ℔ einsetzen muss (älteste Nürnberger Halsgerichtsordnung von angeblich 1294, herausgegeben von Knapp in Zt. für gesamte Strafrechtswissenschaft 12. S. 245). — Auch nach Sw. sp. 79. I muss der Kläger dem Beklagten, den er zu Unrecht wegen eines angeblichen Kriminaldeliktes in Acht gebracht hat, 10 ℔ geben. — Endlich gehört das Wergeld der sächsischen Biergelten mit 10 ℔ hierher (S. sp. III. 45 § 4). Das fränkische Wergeld von 200 sol. ist also gemeinrechtlich geworden.

72) § 3 N. 87.

73) Heck, die altfriesische Gerichtsverfassung S. 268 ff., sucht in glänzender Weise auszuführen, dass das Normalwergeld der friesischen Quellen aus nachfränkischer Zeit mit dem Wergeld des nobilis übereinkommt. Ich stimme seiner Auffassung von den Währungsverhältnissen teilweise zu und weise darauf hin, dass in der That gerade in Köln, wohin die friesischen

Digitized by Google

Gemeinfreien wird aber auch ein erhöhtes Vorrecht Vornehmer überliefert. In Sachsen wird ein Wergeld der Fürsten, freien Herren und Schöffenbarfreien von 600 solidi[74]) erwähnt, wie früher in

---

Münzangaben weisen, man noch zu Ende des 12. Jahrhunderts nach mancus zu 30 Denar rechnet, und dieser mancus als pondus auri bezeichnet wird: Schreins U. II. 1. S. 273 pondus auri, quod manc dicitur, valens 30 Denar. Es ist ferner richtig, dass das Normalwergeld der nachfränkischen Zeit mehr wie das Wergeld des liber der l. Frisionum beträgt, aber es ist unrichtig, dass es dem des nobilis der lex Frisionum entspricht; vielmehr ist es das doppelte Wergeld des liber. Für das Gebiet östlich von der Lauwers und westlich vom Fli tritt diese Differenz nicht hervor, weil hier ja von vornherein das Wergeld des nobilis das Doppelte des liber ausmacht (l. Fris. I. 1 § 10); wohl aber zeigt sich der Gegensatz im westerlauwerischen Gebiet. Hier kommt Heck zu seinem Ergebnis nur dadurch, dass er aus den Wergeldsangaben des Rechtsbuchs vom Wergeld § 1 (R. Q. S. 410 f.) die Vorsühne weglässt (S. 281), wiewohl sich überall eine grosse Stabilität der Wergeldsätze der fränkischen Zeit ergibt. Fügt man die Vorsühne hinzu und rechnet das Pfund, wie das oft die Quellen thun, auf 7 sol., so kommt man auf 107⅓ sol., um ⅔ sol. mehr als das doppelte Wergeld des liber, das man bei dem leichten Schwanken des Pfundwertes unbedenklich diesem gleichsetzen darf und jedenfalls zu einem sehr viel höheren Betrag als das Wergeld des nobilis in der l. Frisionum ist. Diese Verdoppelung des Freienwergeldes leitet nun zu ganz anderen Gesichtspunkten hin. Wie überhaupt im ganzen germanischen Rechtsgebiet der erhöhte Frieden zur Verdoppelung der Busse führt, so hat das auch das friesische Recht (R. Q. S. 121 bei Gildefrieden), und die allgemeine Küre 11 lässt die Wergeldsverdoppelung für alle diejenigen eintreten, die den Landfrieden beschworen haben. Der friesische Landfrieden ist der Grund der Wergeldverdoppelung. Wie gross das Adelswergeld war, lässt sich aus den Quellen bei Richthofen nicht ermitteln. Im 15. Jahrhundert (Heck S. 264) hat der Hofmann (Häuptling) das doppelte Wergeld des Hausmanns, und dieses doppelte Wergeld gegenüber dem Gemeinfreien stimmt mit dem seeländischen, wie dem osterlauwerischen Recht der l. Frisionum, dagegen nicht mit dem ursprünglichen Adelswergeld der l. Frisionum für das Gebiet westlich des Lauwers.

[74]) Die gewöhnliche Annahme ist (z. B. Stobbe, Zeitschrift für deutsches Recht XV S. 322), dass diese Personen ein Wergeld von 360 sol. gehabt hätten. Diese Annahme ist aber offenbar falsch. Allerdings gibt der S. sp. III. 45 § 1 ein Wergeld von 18 ℔, aber diese librae sind keine gewöhnlichen librae zu 20 sol., sondern 18 punt pündiger penninge; nach der Angabe des S. sp. wiegen erst 20 Schilling dieser Pfennige eine Mark = also ⅗ ℔; d. h. 18 ℔ sind = $18 \times 20 \times {}^{5}/_{3}$ scilling = 600 sol. Genau denselben Wert (20 sc. auf die Mark) haben die pfündigen Denare im ersten Strassburger Stadtrecht (Strassb. U. B. I. 616 § 61; vgl. auch eine Stelle aus Speier bei Inama II S. 396 N. 3; Sw. sp. 363. II). Die pfündigen Pfennige sind dem Wort nach die gewogenen Pfennige. Die Betonung der gewogenen Münze in Sachsen kommt ziemlich gleichzeitig mit dem S. sp. auch in Geschichtsquellen vor (Arnold, chron. Slavonum III. c. 2 (H. A. S. 70) ut 4000 marcarum cum filia persolveret

Digitized by Google

der l. Chamavorum der francus, in der l. Thuringorum der Adalinger das dreifache Wergeld des Gemeinfreien hatte[75]). In Seeland hat der Adelige das vierfache Wergeld des Gemeinfreien[76]). In Katalonien besitzt der comitor[77]), d. h. der Baron des Grafen das zweifache Wergeld des gewöhnlichen miles, d. h. des gewöhnlichen Gote, und ebenso gibt eine ältere Nachricht aus Churrätien[78]) dem vasallus capitanius des Bischofs das doppelte Wergeld des Gemeinfreien. In Friesland hat in sehr jungen Quellen der Hofmann, also der Edelmann, das doppelte Wergeld des Hausmannes, also des Freien[79]), auch in dem rechtslauwerischen Gebiet, während in der l. Frisionum diese Relation nur westlich der Zuyderzee und östlich der Lauwers galt. Man kann die Änderung vielleicht auf holländischen Einfluss zurückführen. In Nordfrankreich und Lothringen aber tritt als die höchste Emende der Ritter und der Leute des Markt- und Burgrechts der Betrag von 1200 solidi entgegen; sie ist als Wergeld dieser Klasse aufzufassen[80]).

Wenn man nun alle diese Angaben vergleicht, so ergibt sich ein sicheres Resultat: Der Freie, dem das Wergeld von 200 solidi zukommt, ist nicht allenfalls der Freigelassene und Uneheliche, wie das neuerdings behauptet wird, sondern er ist ganz deutlich der Gemeinfreie, Steuerpflichtige[81]); dagegen sind die Klassen, die höheres Wergeld haben, die Steuerfreien.

---

librato pondere publico quod Karolus Magnus instituerat. Das Wergeld der Biergelten wird nicht nach gewogenem Geld, sondern nach gewöhnlichen Rechnungspfunden (= 20 sc.) berechnet.

75) l. Chamav. 3; l. Thuring. c. 1.

76) v. d. Bergh II. 747 § 32.

77) Über comitor § 43 N. 25. Nach den usatici c. 5 hat der comitor das doppelte Wergeld des valvassor. Das Wergeld des letztern aber bestimmt sich nach einem spätern Prinzip, berechnet sich nach der Zahl seiner milites; ein valvassor mit 5 milites hat ein Wergeld von 60 Unzen Gold, für jeden miles entsprechend mehr; daraus folgt dann aber, dass der valvassor, der nur einen oder gar keinen miles hat, also der valvassor an sich, ein Wergeld von 12 Unzen wie der miles der Gote (§ 3 N. 88) besitzt, d. h. der Ministeriale des katalonischen Fürsten ist im Wergeld dem freien Germanen geradeso gleichgestellt, wie das (N. 71) für den Ministerialen deutscher Fürsten eintrifft.

78) Cap. Remedii c. 3 (Mohr I. 192) hiezu Brunner II S. 263 fd.

79) Heck S. 264 (vorher N. 73).

80) Unt. § 41 N. 19, N. 93, N. 94.

81) Das folgt aus dem sächsischen Recht, wo der Biergelte ein Wergeld von 200 sol. hat, während der Fürst, freie Herr und Schöffenbarfreie auf 600 sol. angeschlagen wird. Hier kann man unmöglich in dem Biergelten den Frei-

Digitized by Google

Innerhalb der höheren Wergeldsbeträge treten sich nun zwei fest abgegrenzte Gruppen gegenüber: das sächsische Recht und die benachbarten niederdeutschen Rechte kennen ein Wergeld von 600 solidi: das sächsische Recht für die Leute vom Schöffenbarfreien ab, das chamavische für den homo francus, das thüringische für den Edeling.

Eine zweite Gruppe gibt das doppelte Wergeld des Gemeinfreien. Das hat in der fränkischen Zeit für die friesischen Edelinge des Westens und öfters gegolten. Dieselbe Verdoppelung bewirkt dann aber auch nach dem kurrätischen Recht die Zugehörigkeit zu den besseren Vasallen des Bischofs. Aus der nachfränkischen Zeit gehört weiter das seeländische Recht hierher: statt der ursprünglichen Verdoppelung für den nobilis tritt nun Vervierfachung ein. Diese Vervierfachung gilt aber geradeso für diejenigen, welche im conductus des Grafen sind[82]), und so muss man wohl schliessen, dass die Edelleute eben deshalb vierfache Komposition haben, weil sie zum Hof des Grafen — eines ehemaligen Reichsfürsten — gehören. Da nun aber schon in Seeland nach dem altfränkischen Recht die Edelleute ohne jede Beziehung auf den Grafen doppeltes Wergeld des Gemeinfreien geniessen, so wird wohl die Zugehörigkeit zum gräflichen Gesetze an sich verdoppeltes Wergeld bewirken; aber da die Gefolgsleute von Haus aus gewöhnliche Edele sind mit doppelter Komposition, so ergibt sich daraus vierfaches Wergeld, das dann dem gesamten gräflichen conductus beigelegt wird. — Geradeso hat im äussersten Süden der comitor des Grafen das doppelte Wergeld des gewöhnlichen miles[83]). — Endlich gehört aber auch die Emende von 60 ℒ hierher, die Wergeld ist und von den Edelleuten, den hons francs gezahlt wird[84]). Wenn wirklich das

gelassenen oder Unehelichen sehen. Das Gleiche ergibt das seeländische Recht, wo der liber (der Schossbare) das Wergeld von 200 sol. hat, der Edelmann das Vierfache davon. — Dass der Steuerpflichtige auch friling (libertus) heisst, davon § 3 N. 116. Die Ansätze des seeländischen und des sächsischen Rechts ergeben den positiven Beweis dafür, dass der Edele ein höheres Wergeld hat als der Gemeinfreie und diesem letztern das gemeinfränkische Wergeld von 200 sol. zukommt. Damit fällt die Hypothese Hecks, die schon von vornherein mehr als unwahrscheinlich ist, dass die Freigelassenen und Unehelichen die liberi der Volksrechte bedeuten, hinweg.

82) v. d. Bergh II. 40 § 62.

83) N. 77.

84) § 41 N. 19, 93, 94.

Digitized by Google

Wergeld des Priesters dem des Vornehmeren nachgebildet wurde, dann hat sich das letztere von 600 solidi auf 1200 solidi verdoppelt, wie nach ihm das des Priesters[85]). Der Betrag von 60 ℔ gilt dabei nicht allenfalls für die königlichen Barone allein, sondern für alle hons frans oder Ritter. So kommt man damit wieder zu einem älteren Ansatz von 600 solidi für den homo francus überhaupt, und damit leitet dann die zweite Gruppe zur ersten über. In der That sagt der Auszug der lex Salica, den man als septem causae bezeichnet, dass die Tötung eines frankus zu einem Wergeld von 600 solidi verpflichtet; die Nachricht ist wie anderes im gleichen Kapitel selbständig und sticht auffällig von dem, was aus der lex Salica genommen ist, ab[86]).

Nun gewinnt man ein einheitliches Bild: das Wergeld von 600 Solidi kommt dem homo francus zu, und dann wird ihm der thüringische Edeling, der sächsische Schöffenbarfreie, gleichgestellt. Letzterer aber befasst jedenfalls nach der Auffassung des S. sp. all das, was über den Biergelten steht[87]). Nicht überall ist dieses erhöhte Wergeld durchgedrungen: das gotische Gebiet im Süden, das friesische und seeländische des Nordens und wohl auch die romanischen Gebiete in Mittelfrankreich haben an den älteren Ansätzen der Volksrechte festgehalten, und das Gleiche muss für das süddeutsche Recht deshalb angenommen werden, weil am Königshof die arbiträre Emende für alle andern als die Fürsten nur 10 ℔ beträgt[88]). — Worauf beruht nun die dreifache Busse des

85) § 41 N. 93.

86) Septem causae 7 §7 si quis Francus Francum occiserit soledis DC. Brunner I S. 303 N. 52 nimmt die Entstehung in merovingischer Zeit an wegen 8 § 7; jedenfalls liegen sie vor dem Kapitular von 803 wegen des in ihnen zu Grunde gelegten Bischofswergelds (meine Entstehung der l. Ribuariorum S. 15). Dagegen zwingt 8 § 7 nicht dazu, die Sache in die merovingische Zeit zu verlegen; denn nicht nur hat zeitweise neben Karl auch Karlmann regiert, sondern die Söhne Karls, die er für Italien und Aquitanien einsetzt, führen ebenfalls den Königstitel. — Wie wenig die Angabe der septem causae zu dem passt, was sonst über das Wergeld des frankus mitgeteilt wird, zeigt septem causae c. 6.

87) In S. sp. I. 3 § 2 werden allerdings die Schöffenbarfreien und die Mannen der freien Herren nebeneinander erwähnt. In III. 45 aber folgen die Biergelten sofort auf die Schöffenbarfreien, und da die Wergeldtafel offenbar vollständig ist, so bleibt nichts übrig, als den Mannen der freien Herrn das Wergeld der Schöffenbarfreien beizulegen, oder soll man denken, dass sich das Wergeld lediglich nach dem alten Geburtsstande bestimmt.

88) § 41 N. 35; der Sw. sp. 138 hat erhöhte Beträge, die ich aber nicht weiter deuten kann.

Digitized by Google

homo francus, des ihm gleichgestellten Schöffenbarfreien und des thüringischen Edelings? Unmöglich kann dieses Wergeld mit dem alten Antrustionenwergeld, d. h. dem Wergeld der königlichen Barone[89]), identifiziert werden. Denn wenn man sich auch über die Unwahrscheinlichkeit hinwegsetzen könnte, dass alle Franci, Schöffenbarfreien, Edelinge königliche Barone gewesen wären, die in so geringer Zahl und hoher Stellung vorkommen, so bliebe doch noch immer die Gestaltung des nordfranzösischen Rechts, das seine Emende von 60 ℒ eben wider alle Edelleute verhängt; dass in einer frühen austrasischen Quelle der König sich die Gerichtsbarkeit über räuberische homines franci, die hier von den Salici als höhere Klasse unterschieden werden, vorbehält[90]), zwingt nicht dazu, die Franci für königliche Gefolgsleute zu halten; noch spät hat der König konkurrierende Kriminalgerichtsbarkeit über alle Edelleute[91]). Auch das ist nicht wahrscheinlich, dass die Franci den Antrustionen im Wergeld angeglichen sind; denn die Bischöfe, die ja sonst den königlichen Baronen gleich stehen, haben bereits zu Anfang des 9. Jahrhunderts ein grösseres Wergeld, als das alte Antrustionenwergeld von 600 Solidi; in einer französischen Fälschung aus dem 10. Jahrhundert ist ihre Compositio die dreifache des Priesters[92]). Das würde ein Wergeld von 90 ℒ ergeben, wenn man noch ein Priesterwergeld von 30 ℒ zu Grunde legt, oder von 180 ℒ, wenn man ein solches von 60 ℒ annimmt. So kann man leichtlich vermuten, dass auch das Wergeld der Barone über 600 Solidi gewachsen ist und zum Wergeld des Francus im selben Verhältnis steht, wie das Bischofswergeld zum Wergeld des Priesters.

In der That bietet sich ein anderer Weg, auf den hingewiesen zu haben das Verdienst Hecks ist, wenn ich auch im übrigen seine Anschauung nicht zu teilen vermag. Wegen der allgemeinen Wertsteigerung des Geldes hat man — jedenfalls im 8. Jahrhundert — den ursprünglichen Triens als den Solidus gefasst und damit zwar nicht die Zahl der Schillinge, die zur Komposition zu zählen sind, verändert, wie sie auch später allerorten festgehalten wird, wohl

---

89) § 43.

90) Cap. 7 § 8 (§ 13, § 14): die Franci stehen als Vornehmere über den Salici, die damit auch als die germanischen Freien im Herzogtum Ripuarien bezeichnet werden.

91) § 43 N. 76.

92) Cap. 177 zweiter Teil c. 4.

Digitized by Google

aber die Zahl der denarii, von denen jetzt nurmehr 12 auf den Solidus gehen, statt 36 (40), wie früher[93]). Nun zeigt sich aber, dass gegen diese Herabsetzung des Bussbetrages Widerspruch erhoben wurde, der beidemal speziell an das fränkische Recht anknüpft. Für die lex Salica wird versucht, an dem alten Pfennigsbetrag und damit an einem effektiven Wergeld von 600 Solidi festzuhalten[94]). Man wird von vornherein vermuten dürfen, dass eben gerade die vornehmen Franken diesen Widerstand verursachen, und gewiss ist im wesentlichen an vornehme Franken zu denken, wenn bei der Tötung eines Salicus francus durch einen Friesen oder Sachsen die ältere Form der Zahlung in Geltung bleibt[95]); denn damit sind doch regelmässig fränkische Ansiedler in Friesland oder Sachsen gemeint und das können im 9. Jahrhundert nicht gut andere als Vornehme gewesen sein: die fränkischen und schwäbischen Herren, von denen noch die Vorrede zum Sachsenspiegel spricht. Vielleicht dass das Wort Salicus francus der einen Bestimmung selber den steuerfreien Franken andeutet. Was die „Franken" in Sachsen und Friesland ausdrücklich durchgesetzt haben, das haben sie sich dann gegen die Absicht, die der Kaiser wenigstens zu gewissen Zeiten hegte, auch im fränkischen Gebiete selbst gewahrt; auf die sächsischen und thüringischen Steuerfreien ist dann dieses erhöhte Wergeld ebenfalls erstreckt worden. Hat man wirklich an der alten Berechnung festgehalten, so gelang das am ersten dadurch, dass man die Zahlung in Gold forderte, wo dann der Triens eben als Triens, nicht als solidus hervortrat. Vielleicht hängt es damit zusammen, wenn der Sachsenspiegel von dem Wergeld der Fürsten und freien Herren, allerdings nicht der Schöffenbarfreien, mitteilt, dass es in Gold entrichtet werden musste[96]).

Jedenfalls ergibt das Bisherige mit annähernder Sicherheit, dass das weitverbreitete Wergeld der Steuerfreien nichts mit dem Antrustionenwergeld zu thun hat. Das letztere scheint nach der Analogie des Bischofswergelds selber über das Wergeld des francus gestiegen. Damit stimmt es auch vortrefflich, wenn noch zu Ende des 9. Jahrhunderts die Verdreifachung der landrechtlichen Kom-

---

93) Heck, die altfriesische Gerichtsverfassung S. 472 fd.
94) Cap. 39 § 9; cap. 134 c. 3; c. 135 c. 2.
95) Cap. 134 c. 2; cap. 135 § 2.
96) S. sp. III. 45.

Digitized by Google

position grundsätzlich lediglich an die Zugehörigkeit zur königlichen Justiz geknüpft wird [97]).

Die Zugehörigkeit zum Gefolge eines Fürsten bewirkt freilich auch eine Busserhöhung, aber nicht eine Verdreifachung, sondern lediglich eine Verdoppelung. Dass die homines franci in Nordfrankreich später ein Wergeld von 60 ℔ zu besitzen scheinen, erklärt sich einfach daraus, dass sie mit dem ursprünglichen Wergeld von 200 Gold- oder 600 Silbersolidi im Laufe der Zeit im ganzen zu Gefolgsleuten eines königlichen Barons geworden sind und sich deshalb ihr Wergeld von 600 solidi noch einmal verdoppelt hat.

§ 31. Hundertschaft.

I. Aus der Wanderzeit haben die Germanen den Begriff Hundertschaft, der eine Heeresabteilung bezeichnet, herübergenommen [1]), wiewohl er für ein sesshaftes Volk sehr bald den eigentlichen Sinn verlieren muss; thatsächlich ist das Wort schon in der fränkischen Zeit sinnwidrig verwendet worden, wie wir später sehen werden. So ist es natürlich, dass in der nachfränkischen Zeit — ein Jahrtausend, seitdem das Nomadentum überwunden —, sehr vieles an der Institution verändert und ausgewachsen ist. Es ist um so bezeichnender für das zähe Leben der Rechtskörper in dieser Zeit ruhigen Vegetierens, dass gerade die nachfränkischen Quellen ganz überraschende Blicke in die Struktur der Hundertschaft thun lassen und viel mehr enthüllen, als die dürftigen Notizen aus fränkischer Zeit. Natürlich bietet der Westen und Süden diese Nachrichten nicht. Am häufigsten erwähnen die Hundertschaft die Quellen der germanischen Gebiete. Aus Belgien sind nur vereinzelte Nachrichten über die Hundertschaft zugänglich, und was sich findet, bezieht sich zum Teil sicher, zum Teil wahrscheinlich auf die Hundertschaftsfunktion, welche den Gemeinden übertragen ist; davon wird später die Rede sein. — In Schwaben ist von Hundertschaften, so wie sie in der fränkischen Zeit hervortreten [2]), noch einmal unter

---

97) Cap. 281 c. 20: in triplo componat sicut ille qui in truste dominico committit.

1) § 30 N. 18 fd.

2) Brunner I S. 117. 18. Brunners Annahme, dass es sich hier um

Digitized by Google

Heinrich IV. die Rede, und hier erscheinen sie als wehrhafte Eidverbände [3]). — In Bayern, wo in der karolingischen Zeit der centenarius ein erbliches Amt hat und Grundstücksvergabungen seiner Mitwirkung bedürfen [4]), wird das Amt noch zu Ende des 10. Jahrhunderts in der Ranshofener Konstitution erwähnt. Der centurio ist hier ein mit beneficium ausgestatteter Beamter unter den Grafen [5]). In den Regensburger Urkunden erscheint er bis in die zweite Hälfte des 12. Jahrhunderts [6]). Für die gleiche Zeit nennt den centenarius eine Kaiserurkunde für Brixen [7]). Im 13. Jahrhundert ist der Name vergessen, und den fränkischen centuriones werden in einer interessanten bayerischen Notiz die judices provinciales der Cent, die Dingstatt des Landgerichts gleichgestellt [8]).

Sind alle diese Gebiete zunächst unergiebig, so kommt die Hundertschaft ganz deutlich im deutsch-fränkischen und hier wieder vor allem in dem Gebiet vor, das mir als das konservativste in rechtlichen Dingen erscheint, in Hessen und Ostfranken. Belege im einzelnen sind unnötig, da sie im folgenden überall enthalten sind.

Für die sächsisch-friesischen Gebiete entscheidet die früher besprochene overysselsche Urkunde. Nach ihr ist der Go eine Markgenossenschaft von 100 Berechtigten, und damit ist der Beweis erbracht, dass man auch im Go des niederdeutschen Rechts eine Hundertschaft sehen muss [9]). Nunmehr gewinnt

---

eine fränkische Bildung handelt, kann ich nicht teilen. Die willkürliche Errichtung von Hundertschaften durch die Franken hat nicht zur Begründung grosser Verbände, sondern zur Übertragung der Hundertschaftsfunktion auf die Gemeinde geführt. Mir erscheinen die nach Personen benannten Hundertschaften als Hundertschaften von Erbherrn (vgl. unten N. 40 f.).

3) S. S. V S. 312: insuper comprovinciales rusticos undique per omnes illarum partium centenarias adversus se coniuratos et armis militaribus instructos.

4) Meichelbeck I. 404.

5) M. leg. III S. 485 c. 4: si centurio vel advocatus id ipsum egerint, beneficio priventur.

6) Q. E. bayer. Gesch. I S. 7. S. 205, S. 211.

7) M. M. XXIX a. 488. 1155.

8) S. S. XVII S. 357 unt. Hermann von Niedteraltaich aus der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts sagt: in quibusdam provinciis iudices provinciales appellantur centenarii, quia locus judicialis, qui apud nos vocatur dinchstat, apud eos dicitur cend.

9) § 30 N. 14.

Digitized by Google

es grössere Bedeutung, als man bisher angenommen, wenn in den Fuldaer Traditionen für Friesland oder dessen Grenzgebiete von einem pagus Kilingihuntari, ein andermal von einer villa Cammingahundari die Rede ist[10]), und wenn der Heliand den centurio mit hunno übersetzt[11]). Der sächsisch-friesische Go ist gerade so gut Hundertschaft wie der fränkische und oberdeutsche Landgerichtsbezirk, und es wird nur an der Dürftigkeit frühsächsischer Quellen liegen, wenn wir von einer Hundertschaft nichts erfahren. Auch in den überreichen bayerischen und den ansehnlichen alamannischen Quellen ist ja die Erwähnung selten genug. Wie dann aber in Oberdeutschland überall die Territorialbezeichnung an Stelle der Hundertschaft getreten ist, so ist in Sachsen und Friesland die allgemeine und neutrale Bezeichnung für jeden Bezirk das Wort Go.

II. 1. Die Identität von Hundertschaft und Go äussert sich auch in den Funktionen der beiden Verbände. Die erste dieser Funktionen bezieht sich auf die Verwaltung der Hundertschafts- oder der Goalmende[12]). Überall treten Waldgemeinden hervor, die sich aus einer grossen Zahl von Dörfern zusammensetzen[13]). Diese Waldgemeinden sind nun in der fränkischen Gegend mit dem Cent- oder dem Landgericht verbunden, die Mark steht allenfalls unter dem Centgrafen, den wir alsbald als den ursprünglich autonomen Beamten der Mark kennen lernen werden[14]). Genau das Gleiche gilt aber auch in Sachsen, wo der Gograf von den Erfexen, also den Almendgenossen, gewählt wird, oder der Vorstand des Go Holzgraf heisst[15]). Es gehört denn

10) Die Stellen bei Heck S. 24 N. 20.

11) Heliand v. 2093 (Brunner I S. 118).

12) Maurer, Markenverfassung S. 6 ff. Thudichum, Gau- und Markenverfassung S. 127. Sohm S. 209. Roth, Geschichte des Jagd- und Forstwesens in Deutschland S. 183—209. Lamprecht, deutsches Wirtschaftsleben I S. 255 ff.

13) Anhalt I S. 214: von drei Marken im Gau Serimunt befassen zwei mehrere Dörfer. — Kl. Kaiserrecht IV. 20: da ein walt oder mark ist, darin sechs dorffe oder zwelfe oder me oder minner gehören. — Grimm I S. 512, I S. 766 f., III S. 857 ff. (14 Kirchspiele bilden die Waldgemeinde) u. öft.

14) Grimm I S. 452 ff. 1449: das Landgericht der Cent Sachsenheim ist zugleich Almendgericht. Grimm III S. 418 ff. 1366: die unter dem Centgericht stehende Mark Selbold ist Cent. III S. 410 ff. 1354: ebenso für die Altenhaslauer Mark. — Für die Moselgegend Lamprecht I S. 258 fd.

15) Grupe, disceptationes forenses S. 844: das Landgericht Wahlingen

Digitized by Google

auch hieher, wenn in Friesland und Nachbargegenden das unter einem Hochgericht vereinte Land als „Wald" bezeichnet wird[16]). Diese wirtschaftliche Verwaltung der Centalmende ist nun auch dann noch genossenschaftlich geblieben, als die Rechtspflege der Cent in Abhängigkeit vom Königtum getreten war, und erst der Territorialstaat des späteren Mittelalters und der neueren Zeit hat diese Waldalmende seiner Aufsicht unterworfen.

2. In gewissem — gewöhnlich freilich unsicherem — Zusammenhang mit diesen ausgedehnten Markgenossenschaften können dann auch die Brückenbau- und Burgbauverbände, Deich- und Sielverbände stehen[17]).

III. Die zweite Funktion der Hundertschaft ist die Gerichtsbarkeit und zwar auch die Blutgerichtsbarkeit. Ganz allgemein gilt das für die Cent[18]). Deshalb ist nun die fränkische

---

wird vom Holzgraf gehalten; hiezu Stüves Untersuchungen über die Gogerichte in Westfalen und Niedersachsen S. 30. Schleswig U. B. III. 56. 1303 (für die Grafschaft Schaumburg): declarare duximus veritatem quod in tali iudicio, populares et provinciales qui vulgariter dicuntur Erfexen, judicem sive Gogravium eligunt.

16) So Buddinge und Hakeswolde im Drenthischen: O. V. R. Br. S. 154 ff.; dann Trentewald: Driessen I. 18. 1258; I. 31. 1300 communitas de Thrantawalda; vor allem aber Langewold und Fredewold in Friesland.

17) Über die beiden ersten Formen ob. § 6 N. 36, N. 43. Die Deich- und Sielverbände befassen oft ein grösseres Gebiet, z. B. v. d. Bergh II. 248. II. 331. Driessen, 29, 32, 76. Entscheidende Mitglieder des Deichverbandes sind die cives proprietarii (Driessen 40. 1332); bei Bremen judizieren die Erbexen der 4 Goe in Deichsachen: Oelrichs, Bremen S. 567 f. 1449. Das sind Anzeichen einer — sachlich naheliegenden Verbindung — mit dem grossen Almendsverband. — Für den Zusammenhang des Go mit dem Burgbauverband spricht ausser dem gleichen Schicksal beider vielleicht — aber dann höchst abgeblasst — die Wahl des Holzgrafen, der dem freien adeligen Landgericht Wahlingen vorsitzt (N. 15), durch die adeligen Geschlechter „die ire Freye Adeliche Burg-Lehn zu Rethem haben" (Grupe discept. S. 844).

18) z. B. die Fälle in N. 14—16; dann die allgemeine Würzburgische Centordnung von 1447. Schneidt thes. juris franc. II s. S. 583 ff. Die zu erhoffende Edition der Würzburger Centbücher durch Hermann Knapp wird in diese Verhältnisse weitere Klarheit bringen. Bamberger Verein XXII S. 79. 1280: Bischof befreit Klosterleute habitantes in villis Wattendorf et Espe a iudicio nostro, quod dicitur Cent, excepto furto et homicidio (S. 83). 1285: nec ad aliud quidpiam accusandum in nostris centis vel judiciis compellantur, praeterquam de furtis, homicidiis et Nothnunft, quae ex antiquo nostro iudicio sunt addicta. Grimm III S. 469 f.: Cent auf dem Landberg bei Heppenheim. — Im Moselland tritt dieselbe Erscheinung früher hervor,

Digitized by Google

Cent identisch mit dem Landgericht; freilich ist der Ausdruck an sich ein unbestimmter, bedeutet nur das ordentliche Hochgericht für ein grösseres Gebiet, und so wird er auch für die höheren Domanialgerichte, einmal (Würzburg) sogar auch für ein Herzogsgericht gebraucht, wie sich später ergeben soll. Allein in den fränkischen Gebieten ist die Identität zwischen Landgericht (Landveste) und Hundertschaftsgericht das Gewöhnliche[19]). Man

---

weil die Urkunden zahlreicher sind. Hier ist die hunria, die sich über eine Anzahl von Dörfern ausdehnt, identisch mit der Cent (Lamprecht I S. 200 ff.). Der Inhaber dieser hunria übt Hochgerichtsbarkeit (Beyer II. 209—211; II. 232. 275; III. 146. 261). In drei von dem Grundherrn einer Kirche geschenkten Herrschaften hat diese Kirche zwar die Gerichtsbarkeit, aber es fehlt ihr ius banni de homicidio (Beyer I. 310. 1038; 578. 1152). Das erklärt sich nun daraus, dass in diesem Gebiet der Graf oder ein von ihm Belehnter die Ausübung der hunria beansprucht (Beyer II. 209—211). — In einer Reihe von Urkunden wird die Hochgerichtsbarkeit vom Inhaber der hunria an die Kirche übertragen (Beyer II. 232. 1207; 275. 1211; III. 186. 1220; III. 261), und in diesen Orten erscheint die Kirche später auch als Grundherr (Grimm II S. 102, 107, 109, 114, 120, 299). Allein bei diesen Übertragungen bleiben dem bisherigen Hochgerichtsherrn zwei Rechte: einmal die Gerichtsbarkeit über die nicht zur kirchlichen Grundherrschaft gehörigen, aber in derselben delinquierenden Fremden; dann müssen die Hintersassen an den placita hunriae teilnehmen, die jedes dritte Jahr stattfinden (Beyer II. 275; III. 146). — Ebenso zurückverdrängt sind die Inhaber der hunria in S. Maximin (Beyer I. 345. 1056; 346; 423. 1112). Hier sind die tria placita im Jahr und nach richtiger Auffassung auch die Gerichtsbarkeit über die handhaften Verbrecher (Beyer I. 346) den Advokaten übertragen. Der hunno aber hält alle 3 Jahre einmal ein allgemeines placitum.

[19]) Grimm VI S. 100. 1348 (zwischen Bamberg und Erlangen): iura iudicii provincialis; ibidem § 1: item nota, quod iudicium fori seu iudicium aut centa totius hofmarchie Schellenberch pertinet ad episcopum, et presidetur judicio in ipso foro Neunkirchen tribus vicibus in anno. Dann die Angabe des Hermann von Altaich ob. N. 8. — Am Rhein kommt die Bezeichnung Land für das Gebiet, das von etwa 10—12 Dörfern beschickt und Landgericht oder Landveste bezeichnet wird, häufig vor: Beyer III. 393: judices totius provincie; später Grimm VI S. 622 § 2, § 5 wird das gleiche Gericht, das deutlich ein Centgericht mit Blutgerichtsbarkeit ist, als Gericht der Landschaft bezeichnet (Beyer III. 1491, Grimm I S. 624 f.). Lacomblet, Archiv VI S. 257 f. 1403: Landveste von Altenwied. Lacomblet III. 134, Binterim und Mooren IV. 275: terra de kempene, während sonst das Centgericht auf der Kempenerhaide in Betracht kommt (Lacomblet III. 603). Ganz allgemein tritt Landgericht als Bezeichnung für das aus mehreren Dörfern gebildete Hochgericht in der bergischen Erkundigung von 1555 auf (Lacomblet I S. 288). Frank, Die Landgrafschaften des heiligen römischen

Digitized by Google

darf ferner mit dem Hundertschaftsgericht das Heimal gleichstellen, was in den niederfränkischen Gebieten das ordentliche Hochgericht ist und ebenso von mehreren Dörfern beschickt wird, wie das deutsch-fränkische Hundertschaftsgericht[20]). In Flandern

---

Reichs S. 141. 1398: die Grafschaft Leiningen besteht aus 3 Landgerichten. Schöpflin II. 1090: Landgericht Röschwog umfasst 12 Dörfer. Grimm V S. 500—512: Das Landgericht des elsässischen Hattgaus besteht aus 7 Dörfern.

[20]) Das Heimal ist das höchte Gericht: Twenter Landbrief von 1365 § 41 (Racer III S. 76): Voert meer eyn man de gheladet woerde mit eynen zweerde tot sinen hoghesten rechte ende eyn heymael gheheghet woerde ende he queme to sinen rechten daghe in dat heymael ende de clagher sinen voerspraken neme ende claghede mit den zwerde op hem de ghene daer men op claghede queme voer in dat heymal, daer dedincghde de ene op den andern mit sinen voerspraken; wan dat also veer ghecomen is so en mach dat Gherichte des nyet versten. — Oberysselscher Landbrief v. 1478 c. 22 (Racer III S. 163): Item soe en salmen in onsen landen nyment int heymael oberropen ofte eyschen dan van saken die aen lyff dragen ofte van onbekande koerbair wondingen. In c. 28 (S. 173) tritt deutlich hervor, dass heymael nicht das Vierzehntagesgericht, sondern das placitum legitimum ist: Item van bekande wondinge sal die Amptman ofte die clager nyement int heymael ropen dan die Amptman sal den handdadige — int Gerichte dach leggen ende seggen hem dat sy binnen den naesten viertien dagen van ons onse heerlicheit sullen moten scheiden ofte sy sullen nae den viertien dagen vredeloes des lands wesen. Eine andere Bestimmung der gleichen Quelle zeigt, dass zum Heimael ursprünglich alle Gerichtseingesessenen zu erscheinen haben, und dass dieses heymael wegen Verbrechen auch ausser der Zeit zusammenberufen werden kann. c. 24: Voirt wanneer die Amptman omme gebreck iens klaegers van onsser ende der heerlicheit wegen enen clager settet die Amptman oft die clager van onser ende der heerlycheit wegen en sal alsdan nyement averropen ofte eyschen int heymael hy en sy schuldich rades, dades weges ofte veldes alse voirs is. Ende omme dat heymael te holden en sal die Amptman ofte Richter die huyslude tot den heymael nyet eyschen noch gebieden by enigen broecken. — Besonders deutlich tritt die Natur des Heimals als des Vollgerichts und Blutgerichts für einen grösseren Landdistrikt in Wesel hervor: Lacomblet III. 241. 1329: statuimus inviolabiliter, ut omnium judiciorum in Wesalia dubias sententias requirere solentium de singulis domibus domesticus aut pro eo sufficiens responsalis ad predictum oppidum nostrum Wesalie tanquam ad suam metropolim et ubi summum suum judicium consistit et alibi nusquam veniat singulis annis dominica proxima ante festum s. Lamberti judicali examini, quod Heymail vulgo nominatur, coram nostro judice et scabinis Wesaliensibus interessendo et illlud Heymail observando secundum ordinationem judicis nostri et scabinorum Wesaliensium, volentes justa et condigna absentes pena mulctari, nisi aliquis forte jure defendere posset quod venire non teneretur; dazu dann das Verzeichnis der Kriminalsachen, die auf dem Weseler Heimal gerügt und verhandelt werden (Frensdorf, Dortmunder Statuten S. 266). Das

Digitized by Google

aber müssen, wie schon gesagt, die einzelnen Länder als Hundertschaften gefasst werden, die freilich bei der enormen Über-

---

Gleiche tritt dann auch in einer geldrischen Urkunde hervor, wo für eine Moorkolonie das Heimal zwar als Oberhof beibehalten, aber die Pflicht auf dem Heimal zu erscheinen, beseitigt ist: Spaen, inleidning tot de historie van Gelderland IV. U. B. S. 43. 1320: En worde enech Ordel vor gerichte in den Broke wedersproken, dat sal men ouercomen tot Engelanderholt, meer men sael die ander (d. h. andere als die Parteien) to ghienen Heymael dagen of ghebieden, noch in ghiener wapenrocht en doerense volgen de buten den Broke gesciede. Zu bestimmten Zeiten muss ein solches Vollgericht gehalten werden: In der Betuwe wird von den Amtsleuten zweimal im Jahr das Gericht gehalten, das als Heimstadt oder Heimal bezeichnet wird: van Loon, Groot gelders placetboek II app. col. 28. 1327 (später col. 36. 1445 viermal). Die allgemeine Dingpflicht zum heimal hat dann auch Sloet 636. 1243: praesentes huic facto erant coram domino comite apud plenum heymal in predicto loco Uchtelerberge, ubi terra convenerat, und so darf man es auch sonst auf ein von allen besuchtes Gericht beziehen, wenn von vollem Heymal die Rede ist. Versl. en mededeel. III S. 207 f. 1460: Ic Johan van Rossum, richter in der Neder Betu, tuijghe apenbairlick mit desen apenen brieff, dat ic (Datum) sat tot Kesteren in der bancken the gericht mit gerichtzluden hier na beschreven in eenen vollen haemael gerichtelick voir verbaden ende na verbannen. Wie aus dieser Stelle, so zeigt sich auch aus früheren (v. Loon Gelders placaetboek II app. col. 77. 1335), dass die Gerichtsbank für denselben Bezirk fungiert, für die Heymal oder Heimstadt gehalten wird, und dass dadurch beide Begriffe zusammenwachsen, wiewohl ursprünglich in Blutsachen eben die ganze Gerichtsgemeinde und nicht die Gerichtsbank richten würde. Später freilich verliert sich die Dingpflicht; wie sie in Oberyssel im 15. Jahrhundert abbröckelt, so auch in Geldern, und das Schöffengericht fungiert auch im Heimal: so die vorher citierte Urk. Versl. en mededeel. III S. 208. Das Grafengericht steht über den einzelnen Heimalen als Rekursgericht: v. Loon groot Gelders plac. boek II app. col. 38. 1445: voert so sullen wy den minsten eens des jaers op der Praester ter klaringe sitten alle weerspraeken ordel te klare. Die placita procinctualia als die tria placita legitima bei Miräus II S. 303. 1046: Die Lütticher Kirche hat in einem brabantischen Dorf die Hochgerichtsbarkeit erworben (comitatum cum procinctu totius villae) und bestimmt nun, dass der Advokat in procinctualibus tantummodo placitis tertio recepto denario, nullatenus ultra locum ipsum vel Ecclesiam hospitiis vel exactionibus praesumeret gravare. C. R. H. 4 s. t. 7 S. 119. 1116: Der Advokat von S. Lambert in Lüttich: nichil amplius alienorum legitimorum in predictis locis se habere debere professus est, nisi tantum tertium denarium in procinctualibus eorundem locorum causis, in falsis videlicet mensuris, in latronibus deprehensis, in popularibus sturmis et burinis et variscapiorum usurpationibus injustis, in heistoldorum etiam seu de censu seu de placita negligentiis, vel si verberentur, vulnerentur, occidantur in eorum ictibus et wirigildi compositione et etiam de mansionariorum, si usquodum inbanniantur rebellis sint

Digitized by Google

völkerung in diesen Gegenden viel mehr Ortschaften befassen, als anderwärts. Der Hundertschaftscharakter ergibt sich daraus, dass im „Land" ausser dem allgemeinen placitum generale kein Gericht eines einzelnen Teils über den Ortsgerichten vorkommt, was der Fall sein müsste, wenn das Gericht des „Landes" als Grafengericht anzusehen wäre[21]). Übrigens ist hier das Land mit Go identisch, und so ergibt sich auch hier die Gleichheit zwischen

in justiciis, sicut autem hoc nominatim professus est se habere debere, sic etiam precarias et hospitia et in cotidianis generalibusque placitis aliqua legitima se habere abnegavit. In 2 nordfranzösischen Urkunden des 10. Jahrhunderts wird das als procinctus bezeichnet, was anderemal als bannus eines Orts auftritt. Lefranc, Noyon 2. 901: in toto procinctu urbis Noviomagensio 2 bis. 988: infra procinctum Noviomi, vel in villis illius loci episcopo sub iurisdictione subjectis in procinctu antiquitus deputatis. — Wenn Burchard, die Hegung der deutschen Gerichte im Mittelalter S. 28, meint, Heumale kämen erst im 14. Jahrhundert auf, so meint er damit wohl nur, sie seien erst jetzt bezeugt, aber wie wir sehen, ist auch das nicht ganz richtig.

[21]) Am deutlichsten sind die Verhältnisse des Frank von Brügge: Die Bewohner desselben sind frei, wie ja auch der Name sagt; sie haben das doppelte Wergeld der Kirchenleute, die selber die bestgestellten Unfreien sind (Warnkönig II. 45 § 25). Wenn in Warnkönig II. 49. 1232 von Besthaupt gesprochen wird, das in 8 virscharniae des officium Brugense anfällt, so ist damit nicht das Gebiet des Frank gemeint, das noch bis 1335 (cout. du franc de Bruges II S. 77) nur eine Schöffenbank, von da ab drei hat (der Versuch von 1266, Warnkönig II. 54, ist vergeblich geblieben), sondern es sind in dem Frank eine Anzahl kleiner Städte enklaviert mit selbständiger Gerichtsbarkeit, für die der Frank der Oberhof ist (cout. du franc II S. 102 § 114, S. 190. 1414, S. 169. 1411); an diese ist in dem Besthauptsprivileg gedacht, das übrigens sonach ein guter Beleg für die Unfreiheit des Stadtrechts ist. Für den Franc findet nun ein Goding statt, zu dem in allen Kirchen aufgeboten wird und zu dem also allgemeine Dingpflicht besteht (Warnkönig II. 45 § 58); zweifelhaft ist, ob das auch für die beiden Weddinge gilt (§ 7). — Das Land Furnes (terra Furnensis) (Warnkönig II. 160) hat im 17. Jahrhundert nur die Gemeindegerichte (berehte) der 42 freien Parochien unter sich, aus denen es besteht (Richebourg I S. 634) und darüber 4 Vierscharen mit Civilgerichtsbarkeit; diese letzteren treten aber in der Keure für Furnes noch nicht hervor, sind also später wegen der Übervölkerung gebildete Teilgerichte, wie dies im Waesland (Warnkönig II. 220 § 5) und den Vierämtern (Warnkönig II. 222 § 2) deutlich zu verfolgen ist. — Ganz ursprünglich sind noch in den homologierten Coutumes die Verhältnisse von Bailleul, wo unter dem bailli der Chatelenie mit Kriminalgerichtsbarkeit sofort die einzelnen Parochien stehen (Richebourg I S. 958); weiter gehört hierher die Chatelenie Kassel (vgl. Gheldolf V S. 243—280, S. 463 unt.), von Ypern (Gheldolf V S. 218 und U. B. N. 42), Waesland (Warnkönig II. 220), Vierämter (Warnkönig II. 222), Dendermonde (Warnkönig II. 236 § 29; 238 § 9). — Später wird sich ergeben, dass diese Verbände alle Schwurgenossenschaften sind,

Digitized by Google

Hundertschaft und Go. In Brabant stehen solche grössere Verbände einigemal unter einem maior[22]).

Wie im Fränkischen die Hundertschaft, so erscheinen im Sächsischen die Goe als Hochgerichtsverbände, Landgerichte[23]), so

---

und solche Schwurgenossenschaften eines ganzen Landes treten dann noch zahlreich in den homologierten Coutumes hervor (§ 34 N. 6). — Zum Ganzen § 29 N. 27.

22) Willems, Jean de Klerck I. 169. 1336: dat die meierie van Lire ende van Zanthoven gesceeden souden zijn, alse dat die van Zanthoven met allen den dorpe, die daertoe behoeren, in onsee orloge ligghen souden met onse lieden van Antwerpen. II. 52: Meyrien van Andwerpen: Harenthals, Zanthoven, Waterlant, Conteke, Liere; — Meyerien van Bruesele: Marchten, Vulvoerden, Assche, Rode, Campenhout, Ter Capellen; — Meyerien van Lovene: Libbeke, Herrent; — Meyerien van Thienen: Hale, Leuuwe, Gaite, Contich.

23) Soester Recht § 25 (Seibertz I 42): omnis causa infra bannum nostrum, quam vel mors punit vel detruncationem membri meretur, ad iudicium pertinet advocati, nisi prius fuerit proclamatum ad iudicium rurensis gogravii. Seibertz II. 530. 1309: hoegericht in flechtorpe, quod quidem judicium idem Dnus noster — ab Ambrosio quondam Goegravio ibidem et suis veris heredibus comparavit. Westf. U. B. IIII. 666 § 4. 1256: item altum judicium apud Ervethe, quod gogerithe dicitur; eben dasselbe Gericht: Seibertz I S. 615: Et nota quod hoc judicium extendit se in opidum Lyppense et tenentur opidani Lyppenses sequi Gogravium in Ervete de ipso opido Lyppense pro iudicio alto ad pontem lapideum etc. — Herforder Rechtsbuch § 17 (westfälisches Archiv II S. 24): De hogheste richtere to heruorde dat is de gogreue wente he richtet to hande vnde to halse vnde dynghet vnder koninghes banne vmme vry ende vmme eghen. Osnabrück. U. B. II. 200. 1225: Damit der Bischof von Osnabrück hat liberiorem facultatem suorum subditorum excessus et insolentias corrigendi, bestimmt der König, dass der Bischof in verschiedenen Orten seiner Diözese judicium quod vulgo gogerichte appellatur ipse suique successores per gogravios proprios ab eis institutos libere exequantur. Anhalt II. 822. 1296: gesprochen von judicium quod dicitur godyngh: et si aliqui excessus qui vulgariter ungherichte dicuntur, casualiter evenerint, qui ad ipsum delati fuerint, similiter omni die et omni hora tamquam iudex ordinarius iudicabit. Halberst. U. B. II. 930. 1257: Bischof von Halberstadt verkauft die Grafschaft Seehausen an Magdeburg excepto eo quod vulgariter goschap dicitur in villis subnotatis (folgen nun 11 Dörfer), quas subesse volumus advocatie nostre in Oschersleve pleno iure, ut ne nomine comitie tamen in hiis villis aliquid attemptetur, preterquam si aliqui in illis villis manentes proprietatem suam dare vel vendere vellent, optionem habeant coram comite, videlicet domino Magdeburgensi archiepiscopo, hanc proprietatem dandi vel coram nostro advocato in Oschersleve terminandi. Grupe, discept. forens. S. 851. 1338: terre judicio quod vulgariter dicitur vor deme gho. Auch Immobiliarverlassungen finden vor dem Grafen statt; neben dem erwähnten Halberstadt II. 930, Walkenried 698, 886; Hannover U. B. 244.

Digitized by Google

dass dann dafür direkt die Bezeichnung hogericht aufkommt, was man nicht als eine blosse lautliche Änderung ansehen darf[24]).

In Drenthe sind die Vollgerichte der sechs Goe das allgemeine Gericht neben dem Lotting[25]).

In Friesland sind die Hochgerichtsverbände die Landteile unter einem gemeinen Warf, log, thing und ähnlich[26]). Neben der neutralen Bezeichnung Teil, die im Westen vorkommt, dann der öfters wiederkehrenden Benennung Wald, die auf Markgenossenschaft weist, und Land steht auch die Bezeichnung Go[27]). Von Gerichten, die diesen Gogerichten übergeordnet gewesen wären, wie das drenthische Lotting, ist nirgends die Rede, wenn man vorläufig von der Versammlung in Upstalbom absieht. Dagegen gibt es ursprünglich auch keine anderen Gerichte unter den Gogerichten. Das Viertelgericht, das in den meisten friesischen Ländern auftritt, ist eine sekundäre Bildung, welche an das Schultheissenamt anknüpft. So sind auch die friesischen Goe der Stellung nach mit der fränkischen Hundertschaft identisch[28]).

Eine allgemeine Bezeichnung für das unterste Hochgericht — also das Hundertschaftsgericht — ist auch Veste, das sich besonders auch im Worte vervesten erhalten hat[29]).

---

24) So z. B. N. 24; dann Westf. U. B. III. 666 § 4 in einer Handschrift. Grupe, discept. for. S. 1075. 1377: hohe Grafschaft, wo früher Gografschaft. Es ist das keine blosse sprachliche „Nebenform", wie Schröder Zt. Sav. St. V S. 63 N. 5 zu denken scheint.

25) Drenthe ist in 6 Dingspiele geteilt (II Etstoel S. 2 ff.); für diese werden die 3 Dinge gehalten, auf denen der bischöfliche Amtmann erscheint, um die Rüge entgegenzunehmen und die sonstige Gosprache zu halten, die von Haus aus kein Institut des Rechts sind und für die infolgedessen keine Gerichtssteuer zu zahlen ist: Rapport von 1557 § 12 (O. V. R. Br. XVII S. 70). Dass die Gosprachen die Hochgerichte sind, ist zwar nirgends direkt gesagt, aber es folgt daraus, dass das über den einzelnen Goen stehende Lotting gar keine Blutgerichtsbarkeit, sondern im wesentlichen nur Rekursgerichtsbarkeit ausübt. Anscheinend sind die 6 Goe schon in der interessanten Beschreibung des Drenthischen Freiheitskrieges von 1228 genannt (S. S. XXIII S. 417) c. 29: et nota quod omnibus istis sex predictis exercitibus Covordenses et Trentones sex alios exercitus econtra cum suis capitaneis opponentes, viriliter satis restiterunt.

26) Vgl. die Belege bei Heck S. 124.

27) Fivelgo, Hunsego.

28) Belege unt. N. 74.

29) Es ist ein verhängnisvoller Irrtum in den Untersuchungen Hecks (S. 26 und oft), dass er die sekundären Schulzensprengel mit der Hundertschaft zusammenbringt.

Digitized by Google

Der Ort, an dem das Hundertschafts- oder Gogericht gehalten wird, steht nicht ein für allemal fest; vielmehr finden sich im Fränkischen wie im Sächsischen verschiedene Dingstätten ein und desselben Gerichts (Vesten)[30]. Möglicherweise haben sich daraus besondere Gerichte für jede einzelne Gerichtsstätte gebildet[31]. Überall wird das Vollgericht im Freien, womöglich auf der besonders befriedeten Reichsstrasse gehalten. Die Anregung Karls des Grossen, für die malli publici besondere Gerichtshäuser zu bauen, hat anscheinend nicht gewirkt[32].

Wo von gerichtlichen Handlungen auf der Reichsstrasse gesprochen wird, ist allemal ein Vollgericht gegeben[33].

Fasst man noch einmal zusammen, so ist das Hundertschaftsgericht des deutschen Rechts das Hochgericht. Im mittleren und südlichen Frankreich findet sich davon keine Spur. Der vicarius

---

30) Ob. N. 19 und N. 31, dann Lacomblet III. 228. 1327: coram quinque parochiis et septem iudicibus, quorum universitas veste vulgariter nuncupatur, ubi sententiatum fuit publice u. s. w.

31) Ein Wechsel des Landgerichtsortes tritt hervor; Beyer III. 1491. 1259: item nulli judicio, quod Landveste dicitur, presidebitur infra civitatem; also es kann die Landveste nach Belieben verlegt werden. Lacomblet III. 621. 1362. — Dingstätten eines Godings sind auch die Vesten des sächsischen Rechts; vgl. die ausgezeichnete Zusammenstellung bei v. Hammerstein, der Bardengau S. 441 ff. Als Gogericht erscheint das Vestengericht von Schwelm (Grimm III S. 27 f.), wo mit dem Schwert geladen und das als Gogericht bezeichnet wird. Das Eigenartige ist aber in Westfalen, dass für jede einzelne Veste ein besonderer Richter vorkommt, der dann das 14 Tags-Gericht handhabt (Grimm III S. 35 f.) Im Bardengau fehlt es nach Hammerstein S. 445 an einer solchen besonderen Gerichtsbarkeit der „Vestherrn", die hier etwa die Stellung eines Schultheissen haben. — Unsicher ist, ob die bayerischen Verhältnisse hierher gehören. M. B. II S. 72. 1416: der Landrichter von Wolfratshausen hält an verschiedenen Orten Schranne. S. 297. 1441: ebenso in Warngau. M. B. X S. 103. 1351: der Richter von Päl hält das Päler Gericht auf der Schranne zu Deitelhoven (S. 150. 1384 ebenso). M. B. X S. 99. 1346: Richter von Fusberg hält Schranne in Pasing. Ist auch der Ausdruck „fliegende Grafschaft" (M. B. XXXVI b. S. 529), hierher zu beziehen, dann handelt es sich eher um die verschiedenen Gerichtsstätten einer Grafschaft.

32) Cap. 61 § 13.

33) Z. B. Trouillat II. 118. 1207: Landgraf hält sein Gericht, das später als placitum generale bezeichnet wird, in publica strata. Schöpflin I. 389. 1212: ebenso. Kleines Kaiserrecht II. 119: Der Kaiserstuhl ist das Gericht an des Kaisers Strasse. M. B. IX S. 210: Eigentum an Zehnten auf der Reichsstrasse verlassen. Paweilhars c. 72: Hochgericht wird auf chemin royal gehalten. Seibertz II. 628: Freigericht wird an der Königsstrasse gehalten.

Digitized by Google

hat immer die mittlere Gerichtsbarkeit (von der Gerichtsbarkeit über latrones abgesehen). Die Hochgerichtsbarkeit ist dort an die Grafschaftsassisse geknüpft. Die relativ doch nicht häufigen Ansiedler haben aber den Hundertschaftsverband nicht verpflanzen können. —

IV. 1. Den entscheidenden Willen im Hundertschaftsverband hat das Volk, d. h. die Erfexen allein, aus diesen hat sich ein ständiger Beamter der Hundertschaft ausgeschieden. Im Ganzen freilich ist die Bildung durch die Schicht des königlichen und gräflichen Beamtentums überdeckt. Da, wo sie aber in ursprünglicher Form vorkommt, im Centgrafen[34]) des fränkischen und Gografen[35]) des sächsischen

---

[34]) Centgraf. Sehr breit tritt in den Quellen des ostfränkischen und hessischen Rechts der Gegensatz zwischen Centgraf und herrschaftlichem Schultheissen auf; beide stehen im Gericht neben einander. Die Thatsache ist — mit allerdings unzutreffenden Belegen — schon von Kopp erkannt worden (a. a. O. I S. 294). Hierher: Kuchenbecker anal. Hass. IX S. 156 pr. 1235: auf dem ungebotenen Ding am Sendenberg wird Hochgericht gehalten coram officialibus et scultetis; nach dem weiteren Verlauf der Urkunde (ceterum si aliquis successorum vel heredum nostrorum, aut etiam scultetorum hanc libertatem suam vellent infringere) soll von den officiales, aber mit Zustimmung der Gerichtsgemeinde ein centurio eingesetzt werden. Bamberger Verein XXII S. 81. 1284: advocatis, scultetis et Centgrafiis nostris; Assenheimer Weistum von 1408 (Grimm III S. 450 f.), wo dem herrschaftlichen Schultheiss der erwählte „Dorfgraf" des Grafschaft (Cent) Assenheim gegenübersteht; Grimm III S. 594, wo der Amtmann von Römhild neben dem Centgrafen von Römhild sitzt. Grimm IV S. 534 bei Aschaffenburg, der Amtmann von Dieburg steht dem bäuerlichen Centgrafen gegenüber. Der Centgraf ist regelmässig ein Bauer, während der Amtmann (Schultheiss) ritterlich ist: Grimm I S. 447. 1457, südlicher Odenwald; III S. 385. 1501 fuldisch; III S. 410 § 5. 1354 Wetterau; III S. 594 Henneberg; VI S. 395 § 8 1387 bei Aschaffenburg. Der Centgraf ist nun häufig ein von dem gesamten Centvolk oder den Markberechtigten gewählter Beamter. So bereits Thudichum, die Gau- und Markverfassung in Deutschland S. 51; ausser den dort genannten Beispielen Grimm III S. 410 § 1 — § 3. 1354: der Herr von Trimburg als der Markherr des Gerichts von Althaslau bestellt den jährlich wechselnden Centgrafen. III S. 458: Die aus den Rittern des Centgerichts Kaichen gewählten 7 Urteilsfinder wählen den obersten Grafen. III S. 450: der Dorfgraf der Grafschaft (Centgrafschaft) Assenheim ist von den Schöffen gewählt. — In den meisten Quellen freilich tritt irgend ein herrschaftlicher Einfluss auf die Wahl hervor. — Nicht zu verwechseln mit den Centgrafen der Hundertschaft ist es, wenn in wetterauischen Dörfern von Centgrafen als Dorfvorständen die Rede ist; so das Recht des Bornheimerbergs (Grimm III S. 481 f.); vielleicht schon Böhmer cod. dipl. Moenofrancf. S. 21. 1211; Grimm III S. 473, S. 476; nach Roth und Meibom, kurhessisches Privatrecht § 78, in der Grafschaft Isen-

Digitized by Google

Rechts, handelt es sich ursprünglich um gewählte Beamte. Und das Gleiche gilt da, wo sich die Autonomie der Hundertschaft wenigstens in Marksachen erhalten hat. Der Obermärker oder Holzgraf der grossen Waldmark wird von den Märkern gewählt[36]).

Von da ab versteht man, warum in den romanischen Gebieten die von der Kurie, dem römischen Provinzialadel, gewählten Lokalbeamten ebenfalls als centenarii bezeichnet und von den vicarii locorum geschieden werden.

2. Die Amtsgewalt des Cent- oder Gografen befasst zunächst natürlich den Vorsitz im Vollgericht, von dem er dann aber durch den königlichen Beamten abgedrängt wird. Daneben wird aber ein Centgrafengericht erwähnt, das im ganzen für Obligationen- und Mobiliarsachenrecht kompetent ist[37]). Dieses

---

burg auch noch später. Für die Bezeichnung bieten sich zwei Erklärungen. Die erste geht auf folgendes: Der gesetzte Vorstand der hessischen Dörfer ist der Graf (33 N. 35); soweit nun dieser Dorfgraf als Schöffe im Centgericht verwendet wird, ist er der Schöppengraf und das Dorf hat einen Schöppenstuhl, Gräbenstuhl (Kopp a. a. O. I S. 315 f., 319 ff.); nicht um Centen handelt es sich dabei (so Kopp I S. 317), sondern um das, was im Trierischen als Zendereivorort bezeichnet wird, um die Orte, die die Schöffen zum Centgericht schicken. Wie nun für die Entsendeten im hessischen Norden der Ausdruck Schöppengraf üblich ist, so in der Wetterau der Ausdruck Centgraf: diese Erklärung schon bei Thudichum, Gau- und Markenverfassung S. 48. — Zutreffender scheint mir aber die zweite Deutung: Man hat den Centgrafen überhaupt als den gewählten Bauernrichter angesehen und, wie man einmal Dorfgraf für Centgraf verwendet (so das vorher citierte Assenheimer Weistum: Grimm III S. 450), hat man umgekehrt die Dorfgrafen als Centgrafen bezeichnet; damit stimmt die Bezeichnung Landcentgraf (Grimm VI S. 67 § 2) bei Aschaffenburg.

35) Der S. sp. I. 56 verficht die Wahl des Gografen durch die Bauern; im übrigen wichtige Belege in Stüves ausgezeichneten Untersuchungen über die Gogerichte S. 66 ff.; dann Schleswig U. B. III. 56. 1303: Die Erfexen haben die Wahl des Gografen. Grupe discept. forenses S. 844: diejenigen adeligen Geschlechter, die in Rethen Burglehen haben. Gogerichte, wo alle Bauern die Richter wählen, diese dann aber auch nur die niedere Gerichtsbarkeit haben, sind z. B. die Gogerichte von Hoya: Oppermann in Zeitschrift für deutsches Recht XI S. 66 ff. Über das Gogericht des S. sp. unten N. 42.

36) Vgl: die zahlreichen Beispiele bei Maurer M. V., S. 208 ff. Bemerkt sei, dass diese Vorstände auch Markgrafen heissen, daher die Verbreitung des Wortes als Familienname (Lacomblet II. 649. 1273: necnon domni Theoderici et Henrici militum de Elner, Margravorum in eadem marcha).

37) Belege bei Thudichum a. a. O. S. 78 f., dann Grimm, Hessen; III

Digitized by Google

Vierzehntagsgericht ist durch ganz Nordfrankreich und Deutschfranken verbreitet[38]). Das Vierzehntagsgericht begegnet bereits in der l. Baiuv. und l. Alamannorum. Nach der l. Baiuv. und dem 700 Jahre jüngern Lohrer Weistum ist auch das Vierzehntagsgericht wenigstens fakultativ ein Vollgericht[39]), und so wird man das Gleiche ursprünglich dem Vierzehntagsgericht überhaupt unterlegen dürfen.

3. Aus dem Wahlamt ist nun aber vielfach ein Erbamt geworden[40]). Die rechtliche Form in den Quellen ist die, dass statt der vom König gesetzten Hundertschaftsbeamten auch da und dort Alodialherren mit öffentlicher Gewalt auftreten. Eine alodiale Centgrafschaft ist einmal sicher bezeugt[41]), und das Gleiche gilt für die Gografschaften, die auch der S. sp. als Alodialherrschaften auffasst[42]). In sehr früher Zeit kommen Alodialherren der Burg-

---

S. 358, Lauterbach; III S. 530, Lohr; III S. 553 bei Aschaffenburg; III S. 578 Kaltennordheim im Hennebergischen.

38) Lacomblet III. 217. 1326: eine Gerichtsbank, die den Grafen von Geldern und Cleve gehört, wird alle 14 Tage gehalten. — Lacomblet, Archiv I S. 295: Das Hauptgericht auf dem Kreuzberg wird alle 14 Tage gehalten. Geldrische Dingtaal (Versl. en Mededeel III S. 42) c. 16: der Amtmann von Qverbetuwe soll alle 14 Tage richten. — In Frankreich ist die prévotage eine Frist von 14 Tagen: Beaumanoir 30 § 90; in der Normandie werden die placita vicecomitalia alle 14 Tage gehalten (grand cout. Normand. 53 § 8). — l. Alam. 36: normal alle 14 Tage Gericht; l. Baiuw. II. 14: alle Monat oder alle 14 Tage.

39) § 28 N. 9.

40) So wichtig die Erscheinung ist und auch schon nach einer anderen Seite von G. L. v. Maurer M. V. S. 197 vollkommen zutreffend geschildert worden ist, so ist doch die Forschung bisher an ihr vorübergegangen; ich habe die Sache zuerst D. Z. f. G. W. N. F. I S. 196 f. erwähnt.

41) Henneberger U. B. II N. 102 (S. 66). 1343: Hermann von Steckelnberg lässt an den Grafen von Henneberg auf „unse luter reichlich eigen, die centhe und daz gerithe zue Wisenbach" und bekommt sie vom Grafen als Lehen zurück. — Ebenso haben die Ysenburger, dann die Eppensteiner mehrere Landgerichte als Alod (Simon, die Geschichte des Hauses Ysenburg und Büdingen III. 187 mit 236. III. 203).

42) Westf. U. B. II. 284: idem — Regimen etiam populare super VI parrochias, Lon scilicet, Winethereswilk, Aladnon, Versneuelde, Selehem, Hengelo, quod se ex comitatus sui justicia possidere iactabat, sicut alii vulgares Comites ab episcopo servandum suscepit. Kann die Gografschaft hier zu Lehen aufgetragen werden, so muss sie alodial gewesen sein. Verdener G. Q. II. 102. 1288: Herzog schenkt proprietatem comiciarum que Gografscap wlgariter nuncupantur. Jung, hist. ant. comitat. Bentheim 51. 1312: jemand erhält pro

Digitized by Google

wardei vor, der Burgverbände an der Stammgrenze[43]). Dagegen sind die späteren Häuptlinge in Friesland und Drenthe wohl

---

plebiscito sive Judicio in Parochia Ulsen quod in vulgo dicitur Gogericht eine Anzahl anderer Güter, vergibt also das Gogericht, behält aber das Burgericht bei; nirgends ist gesagt, dass das Gogericht bereits vom Käufer (dem Bischof von Münster) zu Lehen rührt. — Damit stimmen die Nachrichten des Sachsenspiegels, die nicht verstanden wurden und deshalb zu Zweifeln an der Wahrhaftigkeit dieses unseres verlässigsten Rechtsbuches Veranlassung gegeben haben (namentlich Schröder Z. S. V S. 50). Der Sachsenspiegel I. 2 kennt in den Biergelden (Pfleghaften) steuerbelastete Eigentümer, die den Schöffenbarfreien d. h. den Erfexen gegenüber- und nachstehen. Weiter erwähnt er dann, dass die Landsassen alle 6 Wochen ihres Grafen Ding besuchen sollen. Es ist natürlich ganz unmöglich, dass für die landlosen Leute eine eigene Gerichtsverfassung bestanden hat, weil sie landlos sind, und hätte der S. sp. das gemeint, so wäre das eine Phantasie gewesen, deren Zweck wie Möglichkeit aber gar nicht ausgedacht und mit „Konstruktionslust" sicher nicht erklärt werden könnte. Allein die Sache gewinnt sofort einen sehr guten Sinn, wenn man sich denkt, dass diejenigen Leute, welche dem Grafen unterstehen, landlos sind, weil sie dem Grafen unterstehen. Wir haben gesehen, dass in Sachsen zwei Formen der Grafschaft nebeneinander bestehen: die aristokratische Grafschaft, welche durch Wahl nur der Erfexen besetzt wird, oder die direkt in einer vornehmen Familie erblich geworden ist, und die Grafschaft, die durch Wahl der Bauern überhaupt besetzt wird. Die letzte Form betrachtet Eyke als die Form, die ihm, dem fürstlichen Beamten, als die zulässige erscheint (S. sp. I. 56. 57, III. 64 § 10), während er die erbliche Grafschaft, d. h. also die intensivste Form der aristokratischen Grafschaft bekämpft, freilich dadurch aber gerade ihre Existenz darthut (S. sp. I. 56 § 1 an goscap is mit rechte nen len noch nen volge). In Zusätzen tritt dann diese dauernde Grafschaft direkt hervor und es wird nur wieder verlangt, dass das Amt vom Fürsten abhängig sei (S. sp. I. 58), was offenbar Parteibehauptung ist. Da, wo nun der S. sp. von der Dingpflicht der Landsassen spricht (S. sp. I. 2 § 4), muss er diese aristokratische Grafschaft im Auge haben; denn in den placita legitima des Grafen von I. 2 § 4 erfolgen Kriminalrügen und diese konnten nach dem ursprünglichen Text und Zusätzen zum Sachsenspiegel eben nur in den Grafschaften erfolgen, die dauernd besetzt sind (S. sp. I. 57. 58); es ist das ja auch selbstverständlich: denn die Rüge setzt im Gegensatz zum Einschreiten auf handhafter That ein dauerndes Gericht voraus. An die bäuerlichen Gogerichte, die für Eyke zu Kriminalgerichten für die einzelne handhafte That geworden sind, konnte Eyke in I. 2 nicht denken, denn im dortigen Zusammenhang kommen — für die Dingpflicht — nur dauernde Gerichte in Betracht. — Ist die dauernde Grafschaft Alodialgrafschaft, dann ist es sehr erklärlich, dass hier, wo dann aber die Gewalt des Alodialherrn das öffentliche Recht der Bauern beseitigt, auch diejenige Veränderung des Eigentums in sehr frühen Zeiten eintrat, die ja später auch für das Grafschaftseigen zu verfolgen ist. Der einzelne Besitzer wird nicht mehr als Eigentümer an-

Digitized by Google

gräfliche Schultheissen, deren Abhängigkeit aber in Vergessenheit gekommen ist, und die so als Alodialherren auftreten[44]). Allodiale

gesehen, sondern der Gograf, und so wird der Besitzer eben zum Landsassen, der nur dem Grafen gegenüber im Sächsischen dingpflichtig scheint. Es liegt ganz in der gleichen Linie, wenn in Westfalen die öffentlichen Gerichte im Gegensatz zu den allodialen Grafschaften mit Hochgerichtsbarkeit als Freigerichte bezeichnet werden. Was sonst an Landsassen im sächsischen Recht vorkommt, sind Zeitpächter auf jährliche Kündigung (§ 38 N. 1), die dann nicht festgesessen und deshalb sehr erklärlicherweise nicht dingpflichtig sind. — Wenn auch für die geistlichen Gerichte ein ähnlicher Unterschied gemacht wird (S. sp. I. 2 § 1), so ist auch das sehr erklärlich. Eyke spricht nur von den Freien: dass die Schöffenbaren nur im Bischofsend stehen, stimmt mit allem, was wir sonst wissen (z. B. Halberstadt I. 147). Der Gegensatz aber einer Synode des Archipraepositus und des Dekanes ist (Hinschius V S. 484, der sich nicht allgemein genug fasst) in Sachsen sehr früh bekannt: Westf. U. B. II. 269. 1149 eine herrschaftliche Kirche wird von der benachbarten Parochie eximiert, ausser in Bezug auf synodalia iustitia; Westf. U. B. II. 544. 1194: noverint itaque fideles Christi, quod nostri juris bannum super iam dictam ecclesiam abbatisse et conventus loci illius ea libertate assignavimus, ut ab omni jure decanali vacantes per quam voluerint personam synodus faciant, decenter celebrari (aus anderen Gebieten besonders Lacomblet I. 335; Nassauer U. B. I. 302). Dagegen z. B. Westf. U. B. III. 1183. Calenberger U. B. Wunstorp 35. 1181. Marienwerder 30: Send des Archidiakons. In den Nordseegebieten allerdings scheint der Send des Dekans sehr bald der allgemeine geworden (N. 73). Es ist nun sehr wohl möglich, dass im Binnenland die beiden Sende so abgegrenzt waren, dass die Biergelten ihren Gerichtsstand im Send des Propstes bewahrten, während dagegen die grundherrlichen Bauern in den Send des Dekans und Pfarrers herabsanken. Denn zuerst mag die Übertragung der Sendgerichtsbarkeit an Pfarrer einer Grundherrschaft, allenfalls einer geistlichen Gutsherrschaft (z. B. Lacomblet I. 538) stattgefunden haben, während der Pfarrer in einer freien Gemeinde Synodalrecht erst später erwarb (Westf. U. B III. 1658); daraus entwickelt sich sehr wohl in bestimmten Gegenden die allgemeine Rechtsform, dass alle Bauern vor dem Erzpriester oder dem Pfarrer stehen, die sich nicht ihre Freiheit bewahrten. Der S. sp. fixiert diese Form; wenn er nur die Landsassen erwähnt und nicht von den viel zahlreicheren Laten spricht, so geschieht es, weil er in I. 2 ja nur von den Lasten der Freiheit redet. Wir besitzen allerdings meines Wissens keinen anderen Beleg die Nachricht zu kontrollieren, haben aber auch gar keinen Grund sie anzuzweifeln. — Die Erscheinung der Allodialherrschaft über Freie kann man nun aber bis zur l. Saxonum hinauf verfolgen, denn der liber, der in tutela („Pflege"!) eines nobilis ist, ist eben einer aus den geringeren Geschlechtern gegenüber dem Erfexen. Das Recht des liber an dem Hof wird noch als Eigentum angesehen, aber doch schon als Eigentum, woran der nobilis Verkaufsrecht hat (l. Saxonum c. 64). Jetzt versteht man die Konzessionen Karls des Grossen an die sächsische Aristokratie. Da wo sich bereits geschlossene Adelsgerichte in den Goen gebildet haben, werden diese aufrecht erhalten, und nur diejenigen

Digitized by Google

Gerichtsherren des öffentlichen Rechts kommen nun in allen Gegenden Deutschlands vor, und grosse Herrschaften, wie die der

Freien, welche noch nicht unter die Pflege eines nobilis gekommen sind, sich bisher das Recht der Häuptlingswahl bewahrt haben, werden jetzt unter die dauernde Herrschaft des Grafen und seines Schultheissen gedrückt.

43) Die Burgwardeien befassen mehrere Dörfer — ähnlich den Hundertschaften. K. U. II S. 517 f. 992 in 2 Burgwardeien 21 Dörfer; vgl. auch K. U. II S. 209. 983 das ganze Gebiet ist mit einer Burg rechtlich verbunden (K. U. I S. 156. 946). — Nun findet sich schon im 10. Jahrhundert, dass die Burgwardeien auch Alodialherrschaften eines nobilis sind, welche in der Grafschaft verstreut liegen und von ihrem Herrn veräussert werden können. Anhalt I. 126: tale predium, quale ad nos (der Kaiser) hereditario iure pervenit in loco qui dicitur Solenisce cum aliis locis ad eundem burcwart pertinentibus. Anhalt I. 298. 1144: notum sit igitur omnibus — qualiter venerabilis Arnoldus sancte Nuuenburgensis ecclesie abbas quoddam burgwardium Cluze vocatum cum omnibus appendiciis suis ultra Muldam in comitatu Adelberti comitis a quodam nobili viro nomine Suidegero et suis legitimis heredibus consentiebus datis quadraginta marcis in beneficium aquisivit prefatum burgwardium sub protectionem regie maiestatis accipimus.

44) Driessen, monum. Gron. N. 192. 1392: der Bischof von Münster bekennt dat vor uns sind gekamen Wyarde Memminge, Memmen, synen zone, unde Tyabeken Jelderkes, und bekanden — dat se — ghaven over — alle de Heerlicheit und recht, dat se hadden uppen Slotte to Wedde — und up den gantzen Lande van Westerwolde — und ghunden em (dem Erwerber einer Hovetscoppen to Westerwolde) desser Herlicheit, rechtes, erven und renten, als vry eygelyck und erffgudt to brukene. Driessen 206. 1398 S. 787: zwei Häuptlinge übertragen „den rechten eygenddoem van den Lande van Hunsgerlant; 207: ebenso „den rechten eygendoem van den Lande van Fiwergerlant"; 209 ähnlich, aber nicht so bestimmt für Ostfriesland zwischen Ems und Jade; 198 S. 752 ff. 1411: die Herrschaft des Goes von Seelwerd wird vom Landgericht (also als Eigen) an den Bischof von Utrecht übertragen. Dasjenige Herrengeschlecht dieser Gegend, das sich am weitesten hinauf verfolgen lässt, die praefecti oder sculteti (S. S. XXIII S. 404. c. 6) von Coevord haben nun ihr Amt vom Bischof von Utrecht (S. S. XXIII S. 402. c. 2) erhalten und sich im 13. und 14. Jahrhundert eine thatsächlich unabhängige Herrschaft gebildet. — In Friesland aber finden sich einige Spuren, welche den Häuptling direkt mit dem Schultheissen identifizieren (Heck S. 143 ff.). Noch mehr Wert lege ich auf die Westerwolder Urkunde von 1391 (Driessen N. 191 ob. § 3 N. 43), welche zeigt, dass der Häuptling von Westerwold die Grundsteuer einhebt; weiter darauf, dass in den Rechts- und Geschichtsquellen sich nichts findet, was einem Erbherrn für den ganzen Go gleichsieht. Seitdem die Verbindung Frieslands mit der Grafschaft vollkommen gelöst ist, haben natürlich die Schultheissentümer die Bedeutung von Alodialherrschaften annehmen müssen, und da eine Ernennung beim Aussterben eines Schultheissengeschlechts unmöglich ist, ballen sich dann von selbst mehrere Schultheissentümer in einer Hand zusammen. Soweit Erbherrschaft vorkommt, bezieht sie sich in Friesland auf das Dorf.

Digitized by Google

Brunonen und Welfen führen auf die Erscheinung zurück. Ob es sich um allodiale Herrschaft in Hundertschaft oder um einen noch grösseren Verband handelt, kann freilich nicht immer gesagt werden[45]).

---

[45]) In Ostfranken kommen die Rieneck, Wertheim, Castell, Hohenlohe, Langenburg in Betracht (D. Z. f. G. W. N. F. I S. 196 f.). Am Rhein erscheint das Land Blankenburg als ein Alod (Lacomblet III. 642), das später deutlich ein öffentlicher Hochgerichtsbezirk ist (Erkundigung von 1555, Lacomblet, Archiv I S. 289). — Die Herren von Virneburg tragen an Trier auf: castrum nostrum Verrenburgh una cum comitatu ac universis eorumdem jurisdictionibus (Beyer II. 124. 1194); der comitatus muss also Alod sein. In Schwaben tritt die Alodialqualität eines Hochgerichtes sehr deutlich an der Herrschaft Zimmern hervor: Franklin, die freien Herren und Grafen von Zimmern S. 19, S. 97 N. 5 und auf das Gleiche weist es bereits in fränkischer Zeit, wenn hier eine Anzahl von Hundertschaften nach Personen genannt werden. In Bayern kommt als alodialer Hochgerichtsbezirk die sogenannte Grafschaft Haag in Betracht, die 1245 (M. B. XXXa 775) von der Familie der Gurre auf die Frauenberg vererbt, ohne dass von einer Belehnung die Rede ist; zudem sind beide Familien Ministerialfamilien, die die Herrschaft durch Heirat mit einer freien Erbtochter wohl ererbt haben können, die aber keine Grafen gewesen sind. In der Urkunde von 1245 erkennt nun Friedrich II. das Recht des Inhabers der Grafschaft an: tractandi coram eo causas que super proprietatibus, hereditatibus, ac possessionibus in comitatu de Hage — orte fuerint, ac diffinitivas per eum super causis ipsis sententias proferendi, de latronibus quoque et furibus, qui in eodem comitatu, in maleficiis deprehensi fuerint, iudicandi. Später erscheint dann die Grafschaft als reichsunmittelbar, während sonst die bayerischen Grafschaften vom Herzog rühren; vgl. die interessante Abhandlung L. v. Borch, die Standesverhältnisse der Besitzer der Grafschaft Hag; Riezlers (Geschichte Bayerns III S. 973) Deutung der Vorgänge, kann ich nicht beitreten; wir haben keinen Beleg dafür, dass die Urkunde von 1245 mit dem Kampf gegen den Grafen von Wasserburg zusammenfällt, der ja später liegt (Riezler II S. 88); vielmehr setzt die Urkunde die „Grafschaft" schon als etwas Gegebenes voraus, und nur das war anscheinend zweifelhaft, ob der Alodialherr derselben die hohe Gerichtsbarkeit hatte. Es kann vielleicht weiter zu den bisherigen Erscheinungen zählen, wenn in dem Verzeichnis der Erwerbungen der ersten Wittelsbacher (S. S. XVII S. 562 f.) neben dem Besitz von Grafen der von liberi erwähnt wird. — Anscheinend gehören dann aber auch die österreichischen unteren Landgerichte hierher; sie sind deutlich Gerichte des öffentlichen Rechts (Schwind 50 § 44), haben Gerichtsbarkeit über Diebstahl, aber keine anderen Blutsachen der Sentmässigen (§ 46 Immobiliargerichtsbarkeit), und als Urteilsfinder dienen die Freien (Luschin S. 139 f.) d. h. die Vollgemeinde, die sogar vereinzelt noch direkt als der Inhaber der Gerichtsbarkeit erscheint (ob. § 30 N. 70). Später erscheinen die Landgerichte aber überall als Eigentum der Landgerichtsherren (Luschin S. 118 ff.). — Ferner hängt mit dem Bisherigen die sagenhafte Erzählung von der libertas der Welfen, bis sich Etticho zum Mann des Kaisers macht (hist. Welfor. c. 4), zusammen; sie beweist, dass der Erzähler Gewalt über ein ausgedehntes Gebiet ohne Abhängigkeit vom König für

Digitized by Google

Später zeichnen sich diese Allodialherrschaften dadurch aus, dass man sie zwar als Grafschaften behandelt, aber als solche, die unmittelbar vom König rühren, während die Grafen herrenlose Vasallen der Fürsten, d. h. im ganzen des Herzogs sind[46]).

Die ursprüngliche Bezeichnung eines solchen Allodialherren ist freier Herr[47]). Weil aber der freie Herr durchweg mit Baron identisch ist, so muss er von jeher hinter den Grafen in das königliche Gefolge aufgenommen worden sein, um auch seine mächtige Klasse an den König zu binden. — In der späteren Zeit hat man dann das Verständnis für diese unabhängigen Herren verloren, hat die mächtigeren als Grafen bezeichnet und schliesslich ihre Herrschaft, soweit sie dieselben nicht anderweitig aufgetragen hatten, als Reichslehen bezeichnet[48]).

4. Öfters tritt am Amte des Hundertschaftsvorstehers die wirtschaftliche Seite hervor, etwa so, dass sich die Hundertschafts-

möglich hält. Vor allem aber kommen die sächsischen Allodien Heinrichs des Löwen in Betracht, die gross genug sind, um daraus ein umfassendes Herzogtum zu konstituieren (Weiland II. 197—199; 186).

46) Seibertz II. 666. 1338: neben Comitias que Frigrafschaft wlgariter nuncupatur, leiht der Kaiser tres Gograuias que volgo Goggericht dicuntur (Lindners, Vehme S. 320 N. 2, Bedenken kann ich nicht teilen); ebenso erscheint die Grafschaft Haag später als reichsunmittelbar (v. Borch a. a. O. S. 41); der Blutbann der Zimmern wird vom Kaiser „konfirmiert", nicht verliehen (Franklin S. 20 f.). Die fränkischen Herren von Castell, Werthheim, Rienek haben die Centgerichtsbarkeit vom Reich zu Lehen (D. Z. f. G. W. N. F. I S. 196). Die Herrn von Ysenburg und Büdingen werden 1442 zu Reichsgrafen erhoben (Simon, Die Geschichte des reichsständischen Hauses Ysenburg und Büdingen III N. 254). Vielleicht hängt es schon in früher Zeit damit zusammen, wenn mehrere schwäbische Hundertschaften später als Grafschaften erscheinen. (Baumann, Gaugrafschaften im württembergischen Schwaben S. 71, 74, 78, 114, 126.)

47) So stets die freien Herrn von Zimmern; dann auch die Inhaber der Grafschaft von Haag (v. Borch a. a. O. S. 39 f.). Auch die Welfen erscheinen nach ihrer Absetzung als Herrn von Lüneburg (Weiland II. 187. 197 bis 199). Sehr deutlich sind die Verhältnisse am Rhein: Hier werden in einer Urkunde v. 1129 die liberi de Hostadin, de Heimesberg, de Gunheim, de Mulinario ganz scharf den Grafen (z. B. Berg, Kassel, Saphenberg, Kalvelage, Jülich) entgegengesetzt. Später aber (Lacomblet I. 531) wird der von Mulinarka als Graf bezeichnet, und ebenso erscheint der von Hochstaden durchaus als Graf. Die Grafschaft des letzteren ist freilich in der Mitte des 13. Jahrhunderts Kölner Lehen (Lacomblet II. 297). Das kann aber geradeso gut auf Lehensauftrag einer ursprünglichen Allodialgrafschaft, als auf die Abhängigkeit des königlichen Grafen vom Herzog zurückgehen.

48) N. 46. — Über die königlichen Barone § 43.

Digitized by Google

herrschaft in Markangelegenheiten auch da erhalten hat, wo der Staat die Gerichtsbarkeit an sich nahm. Der Holzgraf, Obermärker ist ein erblicher Herr geworden, wenn freilich auch hier wieder diese Form durch spätere Belehnung überdeckt ist[48a]).

Die rheinischen Rauh- oder Waldgrafschaften wird man auf solche erbliche Holzgrafschaften zurückführen müssen, denn die Abhaltung der Holzdinge gehört zur Kompetenz des erblichen comes nemoris[49]).

Wenn nun aber einmal eine erbliche Waldherrschaft sich gebildet hat, so kann das wieder nur in der Weise zum Ausdruck kommen, dass die Rechte der Markgenossenschaft nach und nach in der Hand des Markherrn konzentriert werden — jedenfalls das Recht der Aufsicht über die Waldnutzung. So fallen die Bussen an den Markherrn[50]), und die Rodungen, die in der freien Markgenossenschaft von dem Willen der Markgenossenschaft abhängen, bedürfen dann der Genehmigung des Holzgrafen[51]). Aber auch die Waldnutzungen — wenigstens soweit sie für einen vornehmen Herrn der alten Zeit von Interesse waren — also insbesondere die Jagd, haben sich in einer Hand gesammelt[51a]).

Jetzt erst tritt das Waldbannrecht des fränkischen Königs an die richtige Stelle. Der König ist von Haus aus Holzgraf. — Das Ver-

---

48a) Aus späterer Zeit zahlreiche Beispiele bei G. L. v. Maurer M. V. S. 214 ff.; ältere bei Thudichum, die Gau- und Markverfassung in Deutschland S. 139 ff.; hiezu Lacomblet II. 281. 1343, wo der Abt von Gladbach dauernd Holzgraf ist, ohne dass von einer Belehnung die Rede ist; ebenso Lacomblet II. 616 eine Holzgrafschaft des Grafen von Kessel; Würdtwein subs. dipl. XI. 6. 1260: Item dominium quod Holtgravescop dicitur de septem parrochiis inter Hamelen et Munden constitutis — ecclesie (Mindensi) donavimus.

49) Lacomblet II. 225. 1237; von einer Lehnbarkeit der comitatus nemoris tritt hier wiederum nichts hervor. — Waitz (VII S. 23 N. 1) leugnet ohne Grund den Zusammenhang der Rauhgrafen mit der Waldgerichtsbarkeit sie heissen nicht nur comites hirsuti oder Wildgrafen, sondern auch Waldgrafen (comes silvester); ein Beispiel bei Waitz selbst; dann z. B. Lacomblet II. 648, und da ist nun auch sprachlich gar kein Unterschied gegenüber dem comitatus nemoris der Jülicher, Limburger u. s. w.; abweichend auch G. L. v. Maurer, M. V. S. 381.

50) G. L. v. Maurer, M. V. S. 278 ff.

51) Für beides Belege bei Maurer, M. V. S. 171—173.

51a) Osnabr. U. B. I. 190 (1080—1088) eine Vornehme überträgt: forestum in his tribus silvis Dinbroc, Triburebrok, Stroda in porcis videlicet silvaticis, cervis, capreolis, castoribus, leporibus, piscibus, omni venatione que sub banno usuali ad forestum deputetur.

Digitized by Google

waltungspersonal der Forstberechtigten — also eigentlich die Inhaber einer Holzgrafschaft — sind die freien und unfreien forestarii (gruarii), an der Spitze der Forstmeister[52]).

Fasst man alles zusammen, so hat der fränkische König, der eben als Kleinkönig ein Markherr war wie die anderen Kleinfürsten, diese seine Markherrschaft auf die Wälder und Fossilien des ganzen Reiches übertragen — freilich im germanischen Osten nicht mit vollem Erfolg. — Kein Bodeneigentum hat er beansprucht und insoweit kann ich die Auffassung Schröders[53]), der die Sache zuerst betont hat, nicht teilen. Noch weniger ist die Berechtigung durch irgend eine Bildung des römischen Rechts beeinflusst. Aber eine Oberhoheit des Königs über das, was die unbebaute Erde erträgt, besteht, und wenn man in diesem Sinn von einem Bodenregal sprechen will, so ist dagegen nichts einzuwenden. Ein sehr wichtiges, erst drückendes, später segensreiches Bildungselement ist dadurch in den mittelalterlichen und modernen Staat gebracht worden.

V. 1. Diesen autonomen Gewalten der Hundertschaft steht nun das Reich, der Grosskönig, gegenüber. Die Unterwerfung der Hundertschaft unter die königliche Gewalt operiert von zwei Richtungen aus. Einmal wird der Hundertschaft die selbständige Hochgerichtsbarkeit entwunden, dann aber in der Hundertschaft ein abhängiges Beamtentum geschaffen.

Bereits die fränkische Gesetzgebung hat bewusst dem centenarius die Leitung der Hochgerichtsbarkeit abgenommen und an dessen Stelle den Grafen gesetzt. Andererseits hält noch das nachfränkische deutsche Recht daran fest, dass nicht der Beamte, auch nicht der Schöffe, sondern nur die Volksgemeinde die Bluturteile zu sprechen hat. So muss der Graf seine Gerichtsbarkeit in den Vollgemeinden üben, die eben schon von vornherein bestehen: wo Völkerschaftsversammlungen vorkommen, in den Völkerschafts-

52) Besonders bezeichnend Beyer II S. 402 f., wo auch schon das besondere Disziplinarrecht geschildert ist, dem die forestarii unterliegen und das noch jetzt in unseren Jagdgebräuchen nachklingt. In Frankreich dafür grierius (gruyer), z. B. Ol. I S. 247 VII, S. 377 VI, S. 520 VI, später z. B. cout. de Montargis Ia. 72 (Richebourg III S. 834); Orleans c. 146 (Richebourg III S. 745). Laurière in seinem Glossaire hat grieria in ganz unpassenden Zusammenhang mit grutarius gebracht. Waitz's VIII S. 273 und Inamas (W. Ac. CXI S. 575 ff.) unbestimmte Auffassung vermag ich nicht zu teilen.

53) Schröder R. G. S. 206 und das dort Citierte; vgl. auch Amira Recht S. 120.

Digitized by Google

versammlungen, wie später zu besprechen ist. Wo aber so etwas fehlt, da muss das Grafengericht eben in der Hundertschaft gehalten werden. Schon in Quellen der fränkischen Zeit tritt es hervor, dass der Graf für seine Rechtsprechung das Hundertschaftsgericht aufsuchen soll[54]), und das gleiche Verhältnis tritt ganz bestimmt in den späteren fränkischen Quellen hervor. Das Hochgericht wird in der Hundertschaft dadurch gehalten, dass der Graf in eigener Person zu den Hochgerichten kommt, oder dass er einen besonderen Delegaten (Waltpoden) entsendet[55]).

Gerade so wie im deutsch-fränkischen Gebiet hat dann auch in Frankreich der Graf oder sein Stellvertreter (bailli) die Hochgerichtsbarkeit in den einzelnen Unterabteilungen seiner Grafschaft geübt[56]). Die assissiae für diese einzelnen Unterabteilungen sind Hochgerichte, und zugleich wird auf ihnen Inquisition geübt[57]). Auf der anderen Seite werden die 3 (4) placita legitima für die Vicaria gehalten. Die Erklärung ist die, dass der Graf sein Gericht in den einzelnen Unterabteilungen hält, aber natürlich nicht in allen Rügegerichten der einzelnen Abteilungen anwesend sein kann. So löst sich dann die Grafengerichtsbarkeit in der Unterabteilung von den placita legitima der Unterabteilung ab. Es gehört aber nicht hierher, wenn von den drei placita generalia des Gaudings im franc von Brügge zwei lediglich Weddinge sind[58]). Natürlich kann nun in Frankreich nicht an eigene Hundertschafts-

---

54) l. Al. t. 36. Ut conventus secundum consuetudinem antiquam fiat in omni centena coram comite aut suo misso et coram centenario.

55) Das Gauding des Frank v. Brügge wird von Grafen oder dessen castellanis besucht (Warnkönig II. 44 § 62). Beyer III. 393. 1230: walpodo comitis de Virneburg erscheint auf dem Landgericht des Mendiger Bergs. Grimm II S. 609; VI S. 620 ebenso. — Grimm VI S. 745 f.: Waltbode für das Landgericht auf dem Einrich. Grimm IV S. 575: im Landgericht der Lützelnau steht der Waltpot als der Vertreter der öffentlichen Gewalt hinter dem gleichfalls anwesenden Vizdum. Würtemb. U. B. II. 306. 1138 (ne comes aliquis, vel quisquam sub eo, qui vulgo walpodo vocatur, ullam placitandi — potestatem habeat) erweist den walpodo wenigstens als den Stellvertreter des Grafen in seiner gräflichen Gerichtsbarkeit. — Wenck I. 300. 1403 befasst die Waltpodie 4 Centen, die Gerichtsbarkeit vollzieht sich aber in der einzelnen Cent.

56) Ol. I S. 510 XI: in Berry kommen mindestens 3 assissie vor. Ol. I S. 656 XVII: der ballivus in Chaumont hält eine assissia in Chaumont und in Gisors.

57) So Ol. I. 510. XI.

58) Warnkönig II. 45 § 7.

Digitized by Google

gerichte gedacht werden, in deren Hochgerichtsbarkeit der Graf succediert wäre; denn im Gegensatz zu den drei placita der deutschen Hundertschaft sind eben die 3 (4) placita der Vicarie keine Hochgerichte. Vielmehr muss lediglich die Gepflogenheit, die gräfliche Hochgerichtsbarkeit in den Unterabteilungen auszuüben, welche sich aus dem Eintritt des Grafen in die Hochgerichtsbarkeit der Hundertschaft für die germanischen Gebiete ergab, auf den Westen übertragen worden sein. Man darf also das Streben, die selbständige Hochgerichtsbarkeit der Hundertschaften zu brechen, auf die älteste Zeit des fränkischen Grosskönigtums zurückversetzen. — Undurchsichtig sind die Verhältnisse in Sachsen, wo allerdings für die einzelnen Centen (Goe) ohne Allodialgografen ein Schultheiss, etwa neben einem gewählten Gografen eingesetzt ist[59]), aber nicht

[59]) Die Schultheissendinge, welche die Biergilden alle 6 Wochen besuchen müssen (S. sp. I. 2 § 4), können unmöglich Versammlungen der ganzen Grafschaft sein; abgesehen davon, dass man die Bauern eines so grossen Gebietes, wie es die Grafschaft ist, nicht alle 6 Wochen zu einem Gericht bringen kann, so hält der Graf an denselben Gerichtsstätten höchstens 3 mal im Jahr Gericht (S. sp. III. 61 § 1). Die Frist des Schultheissengerichtes zeigt, dass dasselbe mit der des Godings identisch ist, d. h. der S. sp. kennt einen dauernden, aber von ihm bekämpften Gografen, der im S. sp. I. 2 § 4 gemeint ist, dann einen gewählten Gografen (III. 64 § 10; I. 55 § 2; I. 56), der jedenfalls für mehrere Dörfer zusammen kompetent ist; die placita generalia des Gos aber hält nicht mehr der Gograf, sondern hier ist eben der Schultheiss eingetreten, der ja auch anderwärts die Volksrichter verdrängt. Die Identität ergibt sich aus der Gleichheit der Dingpflicht. Das Motiv dazu war jedenfalls die Rügung, von der im Grafengericht nicht die Rede ist. Das Schultheissenamt wird denn wohl auch in dem Zusatz S. sp. III. 91 § 1 einfach als Goding bezeichnet. Schröder Zt. Sav. St. V S. 54 ff. ist der Lösung schon sehr nahe gekommen, hat sich dann aber im letzten Augenblick durch seine Auffassung des Schultheissen den vollkommenen Durchblick verdeckt und deshalb den S. sp. des Doktrinarismus, d. h. der Unwahrheit beschuldigt. — Die Anwesenheit von praefecti im Goding bezeugt Walkenried 700. 1308. Das Nebeneinander des Schultheissen und des Gografen tritt in den Urkunden öfters hervor, und dabei zeigt sich, dass der Gograf nicht notwendig Ritter ist, aber vielleicht steuerbelastetes Eigen hat: Mansfeld Helfta 1. 1229: laici Rantwichus schulttetus — Eggehardus gogravius; Anhalt II. 350, 439, 451, 511, III. 82. 339: ein gogravius de Ascharia genannt; in II. 508. 511 wird — allerdings im Gravending — ein scultetus genannt. Stadt Halberstadt 140. 1274: in judicio, quod schultetending vulgariter appellatur, ist Henricus dictus de Odorp noster sculthetus, Heydenricus gogreve. 107. 1258 genehmigt der Graf die Veräusserung des mansus eines Gografen, was auf steuerbelastetes Eigen schliessen lässt.—Der Schultheiss des sächsischen Rechts ist bisher zwiefach erklärt worden: entweder der scultetus ist für die ganze Grafschaft bestellt, oder es werden mehrere Schultheissen etwa für jeden Go eingesetzt: das letztere z. B. Sohm,

Digitized by Google

bestimmt nachgewiesen werden kann, dass die mehreren Gerichtsstätten, die der Graf benützt, gerade Gerichtsstätten der Hundertschaften sind — ziemlich wahrscheinlich mag das freilich sein. Im Westfälischen werden die verschiedenen Gerichtsstätten des Grafengerichts als Stühle bezeichnet und darum der Gerichtsherr als Stuhlherr[60]).

G. V. S. 433 N. 128, das erstere Schröder Zt. Sav. St. VII S. 7. Es ist nun allerdings Schröder zuzugeben, dass in den ostsalischen Urkunden ein scultetus vorkommt, der für die Grafschaft fungiert: Anhalt II. 47: scultetus comecie. 1221 f S. sp. III. 52 § 3 scultheitdum allene in der grafscap und dazu die Glosse. Das Amt erscheint als ein Ehrenamt, das immer von Edeln, allenfalls sogar den Grafen einer benachbarten Grafschaft versehen wird (Halberstadt II. 687, II. 785, vgl. Schröder Zt. Sav. St. VII S. 7 N. 7). Dabei zeigt sich ein freilich nicht genauer zu ermittelndes Interesse der comprovinciales an den persönlichen Qualitäten des scultetus. Mansfeld, Sittichenbach 19. S. 397 f. 1205: ubi, dum super persona schulteti, qui tunc quidem aderat sed a comprovincialibus non legitimis judicabitur, questio habetur, quesitum et per sentenciam responsum est non id bonorum illorum confirmacionem posse aliquatenus infirmare. — Allein gerade der Ausdruck scultetus cometie weist darauf, dass es noch andere Schultheissen gegeben hat, die natürlich in den Urkunden wenig deutlich hervortreten, da sie für die vornehmen Leute von geringem Interesse sind. Direkt von mehreren Schultheissentümern spricht bereits die Urkunde für Hildesheim von 1069: Lüntzel, die ältere Diözese Hildesheim S. 367 (hiezu Waitz VII S. 37 N. 1; Schröder Zt. Sav. St. VII S. 8 N. 1); dann eine Urkunde von Göttingen, wo der scultetus ein nobilis ist (Göttinger U. B. I. 4. 1251; auch I. 104), also sicher nicht nur eine Behörde des Stadtrechts sein kann, ein andermal als praefectus und advocatus des Herzogs von Braunschweig bezeichnet wird (Walkenried 698). Nach Walkenried 700 sind 2 praefecti oder advocati auf einem Goding anwesend; besonders deutlich die beiden Goe an der Grevenne und von Seehausen, für deren jeden ein Schultheiss, einmal neben einem Gograf nachweisbar ist (vgl. Schröder Zt. Sav. St. V S. 61 ff.). Auch wo ein scultetus nur mit seinem Personennamen auftritt, ist wohl an einen bäuerlichen Schultheissen zu denken, der natürlich nicht der scultetus cometie sein kann, z. B. Halberstadt II. 1315. Auf den Schultheiss des Go gehen die von Schröder Z. S. St. V S. 58 fd. besprochenen Fälle. Nur tritt hier — wie in den andern Rechtsgebieten — der Schultheiss des Go an Stelle des Grafen in die Hochgerichtsbarkeit ein, welche im Go geübt wird. Dieses allmähliche Eintreten äussert sich auch noch darin, dass der Graf die Immobiliarvergabung bestätigt, die von seinem Schultheiss d. h. dem Goschultheissen vorgenommen wurde: z. B. Halberstadt II. 1315; Stadt Halberstadt I. 140. Auf die Bedeutung des sächsischen Grafschaftsschultheissen wird im nächsten § eingegangen.

60) Die verdienstlichen Nachweisungen bei Schröder Zt. Sav. St. V S. 3 ff. sagen nichts anderes, als dass die Grafengerichte an verschiedenen Orten gehalten werden. S. sp. I. 58 § 2 sagt nicht mehr, als dass der Graf zufällig im Gogericht anwesend ist, nicht, dass er anwesend sein muss.

Digitized by Google

Auch in Bayern[61]) besteht für die Grafschaft ein Landgericht, das allerdings mehrere Gerichtstätten hat. Wie weit hier ein

S. sp. III. 61 § 1 setzt allerdings rechte Dingstatt voraus, und es ist möglich, dass damit die Dingstatt des Gogerichts gemeint ist, aber beweisen kann man es nicht. — Über die westfälischen Verhältnisse: Lindner, die Veme S. 332 fd.

[61]) In Bayern ist der Vertreter des Grafen für die comitia der judex: Q. E. bayer. Gesch. V. 36 § 1: judex vel comes (d. h. in den Grafschaften, die der Herzog noch nicht unmittelbar verwaltet), in cuius est comitia, ipsum, qui treugam fecit, inpetens ad XIV dies citet. § 49: die 3 mit den 3 placita zusammenhängenden pernoctationes hat der judex oder comes. § 91, wo in der cometia Schöffen fehlen, sollen sie gewählt werden a judice vel comite. Q. E. bayer. Gesch. V. 67. 1258: der Herzog erkennt die Gerichtsbarkeit des Klosters Niederaltaich an mit Ausnahme der Blutsachen, in quibus iure comitatus nostro iudici competit auctoritas judicandi. Rupprecht II. 93 sy sullnn farnn in dy graffschafft da das guet jnnenn leit vnd süllenn offenn vor gerichtt vmb das aigenn. Bayer. Landrecht c. 189: ez sol auch nieman sein aigen noch sein lehen verantwurten, dann in der grafschaft, da ez inne gelegen ist. Ähnlich M. B. III S. 571. 1376; Landgericht der Grafschaft Hirschberg (Rockinger, Denkmäler S. 91 ff.); Grimm III S. 657 ff. 1431: in der Grafschaft Werdenfels nur ein Landrichter, dann auch Österreich, wo sich 3 Grafschaftsgerichte finden, d. h. die Gerichte der 3 Grafschaften, in welche die Mark Österreich zerfällt (vgl. über alles Hasenöhrl im Archiv für österr. Geschichte); dann die vortreffliche Untersuchung von Dopsch in M. Ö. J. XII S. 296 ff. Alle diese Belege weisen darauf hin, dass es nur einen judex in einem Landgericht der Grafschaft gibt. — Der Richter der Grafschaft ist in einer altwittelsbachischen Grafschaft im 12. Jahrhundert der scultetus, hinter dem dann noch der Scherg genannt wird. M. B. XXII S. 61: coram ipso comite vel eo presente qui vicem eius teneret Scultheizen nomine Marchwardo presentibusque iudicibus illius comitatus qui vulgo Scephhen vocantur; derselbe marchward sculthezzo steht S. 15, S. 35 (1135) hier neben dem Schergen und Schöffen (judices). Allein ist das das Ursprünglichste? Die ältesten bayerischen Quellen erwähnen bekanntlich den judex, und dieser steht einesteils dem centenarius (Meichelbeck I. 332 Job Comis Liutprant Centenarius, Rumolt judex), andernteils dem Schultheissen gegenüber (Meichelbeck I. 189: Ellanperht judex, Engilperht sculhaisus —); unter dem Grafschaftsvertreter steht der Schultheiss auch, fungiert also wohl für einen Unterbezirk in der Urkunde Heinrichs II. M. B. XI S. 133, die man sowohl wegen der Person des Ausstellers wie der des Kanzlers als Zeugnis für bayerische Verhältnisse ansehen darf: ut nullus Dux, Marchio, Comes, Vicecomes, Schuldasio, Scapio, seu aliqua magna vel parva persona eundem iam dictum Abbatem suosque successores de prescriptis rebus inquietare — presumat. Natürlich kann man aus dem Vorigen nicht auf die Identität von centenarius und scultetus schliessen, sondern nur auf ihren Gegensatz zum iudex. Knüpft man nun den judex des späteren bayerischen Rechts an den judex der ältesten Quellen an, wie es nicht gut anders möglich ist, so müssen die Wittelsbacher in ihren eigenen Grafschaften die Stellung des Schultheissen und des judex kombiniert oder besser dem Schultheiss des Unterbezirks die Stellung des judex für das Grafengericht im Unterbezirk

Digitized by Google

Zusammenhang mit den Centen vorliegt, lässt sich wegen der verwischten Form der letzteren ebensowenig mit Sicherheit ermitteln wie in Sachsen.

Gar keine Spur eines Zusammenhangs ist zwischen Hundertschaft und dem einen Grafengericht in Schwaben zu entdecken[62]), kann aber doch nicht geleugnet werden: die Nachrichten sind zu dürftig.

So knüpft allerdings in den deutsch-fränkischen Gebieten das Grafentum direkt an das Vollgericht der Hundertschaft an; in anderen deutschen Landen ist das Gleiche möglich, vielleicht sogar wahrscheinlich. Daraus folgt aber noch nicht, dass die Hundertschaftsschöffen nunmehr als Grafschaftsschöffen fungieren würden. Denn in Kriminalsachen, wegen welcher der Graf zunächst dem Vollgericht der Hundertschaft vorsitzt, ist ja nach germanischem Recht das Schöffenurteil ausgeschlossen, und so sind denn in der That im Grafengericht von Berg nicht die Schöffen einer einzelnen Hundertschaft, sondern die Schöffen aller Hundertschaften d. h. alle nichtritterlichen meliores zu Kriminalurteilen über die Gemeinfreien vereint[63]). Die thatsächlichen Beziehungen der

---

übertragen haben. Dieses System übertrugen sie dann vielleicht später, wo ihnen die Masse der bayerischen Grafschaften auffiel, auf ganz Bayern. Damit würde dann die grosse Zahl der bayerischen Landgerichte, die nicht alle ursprünglich Grafschaften sein können, erklärt. In Österreich dagegen und in der Grafschaft Hirschberg hat sich die ursprüngliche Gestaltung erhalten. — Über den bayerischen Judex § 32 N. 17 fd.

62) Hier erscheint das Grafengericht als Landgericht (Schöpflin II. 929. II. 1089; Schöpflin Zäringer V. 157. Landgraf von Breisgau hält offenes Landgericht; Wegelin 135 für den ganzen Kletgau ein Landgericht), oder Landtag, Landtaiding: Sattler, Würtemberg, erste Fortsetzung 29. 1300: Landrichter des Grafen von Würtemburg hält in Kannstadt Landtag; Augsburger Stadtrecht von 1276 a. 4: Markgraf von Burgau richtet in Landtaidingen seiner Grafschaft über Kriminalsachen, Eigen und Lehen; fontes rerum Bern. II. 172. 1235: die zur Landgrafschaft gehörigen freien Leute von Argau haben Landtage zu leisten. III. 391: Landgraf von Buchegg hat placitum generale, quod vulgo lantdag dicitur. Hieher gehört dann auch der Sw. sp. 108, der davon spricht, dass das Ausziehen aus der Acht des Landgerichts auf 3 Landtagen erfolgt. Der französische Schwabenspiegel 106 hat dafür assisses generaux. — Die Ausübung des comitatus ist einem freien Ritter übertragen, der manchmal vicecomes (Württemb. U. B. III. 923. 1238), gewöhnlich wie in Bayern Landrichter heisst (Sattler II. 29; Lünig Reichsarchiv XIII S. 310. 1410: Heinrich Hindorf der freie Landrichter im Hegau. Nur im unteren Elsass, den man aber nicht mehr für das schwäbische Recht ansprechen darf, ist das Landgericht kleiner als die Grafschaft.

63) § 29 N. 29 fd.

Digitized by Google

Schöffen eines Hundertschaftsgerichts zu dem Grafengericht, das auf der Malstätte der Hundertschaft gehalten wird, äusserten sich dann auch nur in einer thatsächlichen Superiorität, die solche Schöffengerichte zu Oberhöfen der anderen macht[64]). — Von untergeordneterer Bedeutung ist die Frage, ob das Grafengericht auf der Hundertschaftsmalstätte für die ganze Grafschaft kompetent ist[65]). Für die Urzeit wird man das gewiss leugnen müssen; nach Reichsrecht aber ist die erstere Zuständigkeit sicher für den Westen[66]), wahrscheinlich auch für den Osten durchgedrungen[67]).

2. Das zweite Mittel, durch das der König Einfluss auf die Hundertschaft zu gewinnen sucht, ist die Einsetzung von Schultheissen. Das Wort Schultheiss bedeutet in den deutschen Quellen einen rechtlich vollkommen umschriebenen Begriff: überall steht der Schultheiss im Gegensatz zum gewählten, autonomen Gemeindeorgan[68]). Gerade so ist er dann aber von dem Vorstand des gutsherrlichen Hofes, dem Baumann, Hofmann, Lehmann, Stadler, Meier u. s. w. unterschieden[69]). Weder die Gemeinde-

---

61) So die bergischen Hauptgerichte von Portz und Kreuzburg ob. § 29. N. 29.

65) Besonders Sohm S. 273, S. 328 fd. hat diesen Punkt mit durchdringendem Scharfsinn beleuchtet.

66) So ganz deutlich Ol. I S. 61 § 4, wo ein und derselbe Prozess an den assisiae verschiedener Orte verhandelt wird.

67) Für eine Kompetenz der Hundertschaftsversammlung über den ganzen Gau könnte man das Gericht von Maden heranziehen (so Sohm S. 332, vgl. aber Kopp I S. 232 f., S. 258 ff., Schenk v. Schweinsberg in Hessenkasselscher Zeitschrift N. F. V S. 210 ff.); dann das Würzburger Brückengericht, wenn man wirklich wüsste, dass der Burggraf mehrere Centen unter sich hatte (über die Verhältnisse D. Zt. f. G. W. N. F. I S. 208 N. 6 f., S. 211 f.); endlich die Verhältnisse der Cent Wetter (Wenck II S. 452 ff.).

68) Württemb. U. B. VI. 1825. 1265 in Bruchsal. Grimm V S. 549 § 5. Niederelsass 1521: Aber war si es, das bi inen nie kein gericht oder schultheis gewesen. sunst so haben si von wegen des dorfs zwen heimburgen die si ziehen, die do des dorfs ordnung machen und unterhalten. V S. 521 § 3 Unterelsass 16. Jahrh.: so wan ein schultheisz ein glocken leutet von der herschaft wegen. § 5: So wan der heimburg zu Morszbronn ein glocke leutet von der gemein wegen. II S. 503 unt. Mosel: der herrschaftliche Schultheiss mit niederer Gerichtsbarkeit im Gegensatz zum Ortsgericht (heimmerde) unter dem Heimburgen. Noch Ende des vorigen Jahrhunderts wird in Unterfranken der landesherrliche Schultheiss des einzelnen Ortes in Gegensatz zu den Bauern oder Bürgern gestellt; so das interessante Büchlein von N. Müller, die wichtigsten Pflichten eines Dorfschultheissen im Hochstift Würzburg 1794 S. 219 ff.

69) Grimm I S. 692. 13. Oberelsass: der scultetus eines gutsherrlichen

Digitized by Google

geschäfte noch die Verwaltung des Gutshofs beschäftigen ihn sonach, und er ist deshalb das Organ, durch welches der Herr des öffentlichen Rechts oder der Grundherrschaft seine Gewalt über die Leute ausübt. Auf der anderen Seite aber zeigt in den deutsch-fränkischen Gebieten der Gegensatz zum Centgrafen, dass der Schultheiss auch nicht der Inhaber der öffentlichen Gerichtsbarkeit ist, und so bleibt nur das übrig, was ja auch der Name sagt, er ist es, der die verwirkte Gewette geltend macht, die Strafgelder eintreibt[70]). In der That tritt einmal früh und deutlich hervor, dass der Schultheiss der Angeber ist, und man kann fast mit Sicherheit — soweit es bei einem so selten vorkommenden Wort möglich ist — behaupten, dass sagiboro sprachlich diesen amtlichen Angeber bedeutet[71]).

So gibt es keinen direkten Zusammenhang zwischen Schultheissenamt und Hundertschaft, und es wird erklärlich, wenn ein Go (Land) in mehrere Schultheissensprengel zerfällt. Nach den flandrischen Quellen steht der Schultheiss unterhalb des Hundertschaftsgerichts[72]), ohne dass er zunächt ein eigenes Schöffengericht besässe, und ebenso fungiert nach den Quellen Frieslands und anderer Nordseegebiete der Schultheiss nur für ein Viertel des Go — für dasselbe Gebiet, welches zu einer Send-

---

Dorfes steht dem mansionarius villae gegenüber. I S. 726 Unterelsass: der Schultheiss steht gegenüber dem Büttel, dem Heimburgen, dem Bannwärtel des gutsherrlichen Dorfs. I S. 705 ff., Unterelsass: in einem Hof steht Schultheiss und Meier nebeneinander; beide sitzen zusammen dem Hubding vor, der Schultheiss erhebt aber die Strafen. III S. 528, Unterfranken 1354: Schultheiss im Gegensatz zu Hofmann. Grimm II S. 219 ff. (221, 222): Schultheiss als Richter im Gegensatz zum Baumeister. Lacomblet II 494. 1260: der scultetus einer curtis liberorum gegenüber dem boimmester.

70) Eine sehr charakteristische Übertragung auf das Hofrecht enthält das schon Erwähnte. Grimm I S. 706 § 16.

71) Vgl. § 21 N. 88, 89.

72) Nach dem mauvais privilège von 1330 § 6 (cout. du Franc de Bruges II S. 97) besteht für den ganzen Frank nur ein Schöffengericht. Allein unter dem grossen Schöffengericht stehen einzelne Schultheissen, die zum Teil erblich ihre Funktion haben, so der Schultheiss von Maldeghem (Warnkönig II. 47. 1220), der scultetus von Oudenborgh (Miräus I S. 681); nach cout. du franc II S. 262 gehört oudenborchhove zum franc, ebenso das in der Urkunde von 1209 genannte Westende. Diese sculteti urteilen über „Landsachen", d. h. omnes causae quae accidunt supra iam dictis terris, viis et aqueductibus (Urk. von 1232, cout. du franc II S. 46 ff.).

Digitized by Google

oder Taufkirche gehört[73]). Als aufgeboten von diesem Schultheissen erscheint im friesischen Recht deutlich ein Rügegericht, das eventuell das Botding des Grafen vorbereiten soll[74]). Es liegt ja nahe, dass für die Fälle der Geldstrafe die Vollgemeinde des Go sich als ein zu schwerfälliger und auch zu gefährlicher Apparat erwies und deshalb die Rügung im kleineren Kreise vorgenommen werden musste.

Die fernere Entwickelung des friesischen Rechts zeigt noch eine weitere Differenzierung. Es kommt schliesslich für den einzelnen Fall auf die Angabe eines Geschwornenkollegs an, das der Parochie entnommen ist, und genau das Gleiche gilt für das Hadeler Land. Gerade wie in Friesland bilden sich in Flandern überall aus den Schultheissenämtern Vierscharen mit besonderen Schöffenkollegien, auf welche nun allmählich nicht nur die Gerichtsbarkeit der Königsbannfälle, sondern auch die Immobiliar-

---

73) In Friesland ist der Unterbezirk, im Osten das Viertel identisch mit dem Schultheissenbezirk; soweit auch Heck S. 37 f., S. 127 ff., wo die Belege; in den meisten Quellen tritt nun allerdings ein Viertelsgericht hervor. Allein, dass dies nichts Ursprüngliches ist, zeigt das Westerwolder Landrecht: danach soll der Richter dreimal im Jahre Goding für das ganze Land bannen (XI § 1, § 2); nach einem späteren Zusatze (§ 3) heisst es aber (Richthofen S. 271): Item als dat is geschien als voer schreven is, soe mach die richter dat lant cluchten in veer cluchten, wel daer dan niet enis, die is den richter vervallen in vyff schillingen. Hier also wird die Viertelung der benachbarten friesischen Gegenden erst im 16. Jahrhundert eingeführt. Abgesehen davon ist es schon innerlich unmöglich, dass die Viertel des Gos Hundertschaftsverbänden entsprechen. Die Zahl weist auf administrative Einteilung. Ebenso ist im Ditmarschen die Viertelung erst Ende des 13. Jahrhunderts eingeführt worden N. 97). Auch das sächsische Land Hadeln steht unter 4 Vorstehern (Sudendorf registrum III. 44. 1329). In Rüstringen bestehen an vier Sendkirchen (Richthofen S. 198). Ebenso sind die Ditmarschen Viertel, die unter Vögten stehen, Döffte (II. Landrecht von 1539 § 240), also Taufkirchensprengel. Mit andern Worten, es handelt sich um die Sprengel der Ruraldekane (Walafried Strabo de exordiis c. 32 ed. Knöpfler), die in diesen Nordseegebieten überhaupt als Inhaber der Sendgerichtsbarkeit fungieren (z. B. Drenter Sendrecht: Drentsche Rechtsbronnen O. O. r. br. 17 S. 44 ff.); die Taufkirchensprengel stimmen ja auch sonst (Walafried Strabo de exordiis c. 32) mit dem Amtsbezirk des Mittelbeamten überein.

74) Die Bezeichnung kok, die nach Hecks trefflichen Ausführungen (S. 161 ff.) den Viertelsvorstand bedeutet, kehrt wohl schon in der Nachricht der annales Bertiniani zu 867 (S. 87 Rorigum, quem incolae, qui cokingi novo nomine, a Frisia expulerunt) wieder. Die kokingi sind wohl die von den kokar Geführten.

Digitized by Google

gerichtsbarkeit übergeht[75]). In einer Anzahl von Gebieten sind solche Untergerichte im Anschluss an den Schultheissen entstanden, der für die Parochie bestellt ist und insoweit die selbstständige Behörde der Ortsgemeinde verdrängt. Davon soll später die Rede sein.

Die Stellung des Schultheissen unterhalb der Hundertschaft entspricht ganz genau dem Wenigen, was wir über den salischen sagibaro wissen. Auch der sagibaro ist in seiner einzigen deutlich nachweisbaren Funktion „Schultheiss". Auf den mallobergus, d. h. das Hundertschaftsgericht sollen nur drei sagibarones treffen, ähnlich wie z. B. der friesische Go unter vier Schultheisse verteilt ist, wie die Zahl der Vierscharen in dem grossen flandrischen Bezirk von Kassel auf acht, im Vieramt auf vier Schultheisse weist. Freilich ist es bei der Beschränkung der l. Salica nicht geblieben, und gerade das Verbot zeigt, dass schon damals — wie das ganze Mittelalter hindurch — die Regierung ein Interesse daran hatte, die Zahl der Vollstreckungsorgane zu vermehren[76]). Es wird sich sehr bald die Einsetzung von Ortsschultheissen (maiores) als eine gemeinfränkische, also sehr frühe Einrichtung herausstellen. Dass der sagibaro — anders als der centenarius der l. Salica — königlicher Beamter ist, sagt das Wergeld.

3. Bei Einsetzung königlicher Beamter zur Anzeige der verwirkten Strafe ist es aber nicht geblieben, sondern man sucht, den Centenarius selber zu einem Regierungsbeamten zu machen. Mit voller Bestimmtheit tritt die Sache in der fränkischen Zeit auf, wo zwar noch eine gewisse, unbestimmte Mitwirkung des Volkes zur Bestellung des Centenarius zugelassen, aber die Bestellung selbst von der Regierung vollzogen wird[77]); ebenso

---

75) So erscheint Cassel in 8 Vierscharen geteilt (Gheldolf V S. 243 ff.). Relativ durchsichtig ist das Verhältnis in den Vierämtern, wo jetzt für die 4 Schultheissenämter (Warnkönig II. 222 § 6) 4 Schöffengerichte geschaffen worden sind, und auf diese ist die Immobiliargerichtsbarkeit übergegangen, die ausdrücklich (§ 17) von dem Gauding abgelöst ist. — Im Waesland (Warnkönig II. 220. § 4, § 5) steht die Bildung solcher Vierscharen im Belieben der Regierung.

76) Die im Text aufgestellte Auffassung trifft mit Sohm S. 84 ff. überein; der Einwand Brunners II S. 152 N. 16 widerlegt sich durch das Bisherige; denn im Fränkischen sind ja gerade mehrere Schultheissen auf die Hundertschaft bestellt. —

77) Cap. 61 § 11: ut iudices, advocati, praepositi, centenarii, scabinii,

Digitized by Google

wird später die Forderung erhoben, dass die Centgrafen oder Gografen von dem Inhaber der Grafengewalt ernannt werden sollen[78]). Soweit der Centgraf oder Gograf eine selbständige Hochgerichtsbarkeit entwickelt hat, wird dann von den Vertretern des staatlichen Prinzips betont[79]), dass nur derjenige, dem der Königsbann verliehen sei, die Hochgerichtsbarkeit ausüben dürfe. Hat dies einesteils dazu geführt, dass die alodialen Centherren um eine unmittelbare Verleihung des Königsbanns durch den König nachsuchen[80]), so begann man auf der andern Seite die staatlichen Gerichte, deren Beleihung mit Königsbann man auch in einer Zeit betonte, wo das Institut sonst im Verschwinden war, als spezielle königliche Gerichte mit einer Kompetenz über das ganze Reich hin zu betrachten. Diese Zuständigkeit hat die westfälischen Vehmgerichte in der zweiten Hälfte des Mittelalters zu so eigenartigen Gebilden gemacht[81]). Im Holsteinischen hat der Kampf um die freien Hundertschafts-(Go-)Gerichte bewirkt, dass der Graf diese als seine eigentlichen Hochgerichte betrachtete, nachdem er sie einmal erworben, und dass deshalb das eigentliche gräfliche Gericht, das Botding, hinter das Goding zurücktritt[82]).

---

quales meliores inveniri possunt et Deum timentes (cum comite et populo elegantur mansueti et boni), constituantur ad sua ministeria exercenda.

78) M. B. XXIX. 515. 1168: inhibemus ne aliquis in prefato episcopatu — centurias faciat vel centgravios constituat nisi concessione ducis Wirzeburgensis. Die Bestimmung richtet sich freilich durchaus nicht nur gegen die frei gewählten Centgrafen oder die Alodialcentgrafen, ist aber immerhin ein deutlicher Beleg für die Abhängigkeit. S. sp. I. 52 § 1: Sven man aver küset (zum Gografen) to langer tiet, den sal die greve oder die markgreve belenen. Halberstadt III. 2276. 1335 S. 380: dat sine boden hebben vor ereme richte unrechter ordele gevraghet unde hebben sec nederghesath vor ghogreven. — — Sudendorf, Braunschweig und Lüneburg I. 609. 1337: Vortmer so scole we ennen hogreven hebben den vse land myt wylcore ghekorn heft, by deme scolen vser beyder voghede sytten vnde de acal von vser beyder weghen richten. Weyre aver dat de hogreve storve, wen denne de korn, de tho deme richte vnde tho deme lande horden, den scole we bestedegen alse eyn wonheyt ist ane wedersprake. Hier ist also der Regierungseinfluss noch sehr schwach. Über die Versuche die Gografschaft in Westsachsen abhängig zu machen s. Lindner, Vehme S. 320, dann Osnabrück. U. B. II. 200 (ob. N. 23).

79) So in Ostsachsen der S. sp. I. 69 § 1; für Westsachsen Lindner, Vehme S. 427 ff.

80) Ob. N. 46.

81) Lindner S. 427 ff.

82) Was ich, mit allerdings nicht vollkommen ausreichendem Material, zu ermitteln vermag, ist folgendes: In dem holsteinischen Landrecht, das 1649

Digitized by Google

Überall aber, in Sachsen wie in Franken und Schwaben, drückt sich[83]) die Abhängigkeit der Centgrafen oder Gografen von der Regie-

---

datiert ist, aber zweifellos viel höher hinaufgeht (Seestern-Pauly, die neumünsterischen Kirchspiels- und Bordesholmischen Amtsgebräuche S. 4 ff.) ist das Lotting das unter Grafenbann gehaltene Gericht, das über Immobiliarsachen und Kriminalsachen judiziert: c. 1 (S. 4), c. 14 (S. 22 f.; hier muss im Text „Rüfften von doden Mann" getrennt werden), c. 16 (S. 24 f.). Allein andererseits wird das Lotting alle 14 Tage gehalten c. 15 (S. 24), und es ist das Lotting nicht das höchste Gericht, sondern der Rechtszug geht „voer dat erste uth gaende Goeding un voer den jaerschen Balken" (c. 13 S. 22); letzteres Gericht aber ist identisch mit dem 1221 (Schleswig I. 372) genannten communi placito, quod goding vocatur auf dem Megedeberg (Falk, Handbuch des schleswig-holsteinischen Privatrechts III. 1. S. 217). Ferner wird die Cremper oder Wilstermarsch, die später unter einem Lotting steht (Falk III. 1, 86 in Schleswig I. 372), als provincia oder terra bezeichnet. — In einer Kieler Notiz zu Ende des 13. Jahrhunderts tritt die Unterordnung des Lotting unter das Goding noch nicht auf; mindestens sind beide koordiniert, vielleicht das Goding subordiniert: Lucht, das Kieler Stadtbuch II c. 3 (S. 4) causa, que vertebatur inter Thetbernum de Wakkenbeke et Thodonem et eorum cognatos et Hyzonem et suos complices pro homicidio inter Marquardum et Vulradum de Herce, secundum iura legis terre Holsatie cum ipsis in omni jure comparaverunt, et in Megetheberge in vulgali (?) quod dicitur gothig, presente Marquardo advocato et presentibus plurimis ibi astantibus, et secundo in ipsorum luthig in Dragse omne jus eorum compleverunt (vgl. Schröder Zt. Sav. St. V. S. 45). Das Goding findet in fast ganz gleicher Zeit (2 Tage Unterschied) auf dem Megedeberg bei Plön und in dem etwa 40 Kilometer entfernten Kellinghausen statt, so dass es sich nicht um Sitzungen desselben Gerichts handeln kann; anwesend ist der Graf und der Overbote, dagegen sind die adeligen Teilnehmer an den beiden Gerichtstagen im wesentlichen verschieden: Schleswig I. 372, 373. Ich denke mir diesen Thatbestand folgendermassen: das Lotting ist das ursprüngliche gräfliche Gericht, das aber — ähnlich wie in Westfalen — nach den einzelnen Gerichtsstätten unterschieden wird, so dass sich mehrere Lottinge (Krempermarsch) ergeben. Vielleicht gehört auch das Grafding in Schleswig I, 561 hieher. Es wird dann der Ausdruck Lotting auf die ganze Gerichtsbarkeit, die an der einzelnen Gerichtsstätte der Graf oder seine Beamten üben, angewendet, sodass auch das Vierzehntagsgericht darunter befasst ist. — Dagegen ist das Goding das Gericht, das zunächst von dem Grafen unabhängig geblieben ist und als dessen Vorsitzender noch im Holsteinischen Recht c. 13 (Seestern S. 22) der Overbote, der Vertreter des holsteinischen Adels auftritt. Dabei zeigen die Urkunden, dass der Overbote, prefectus, der an der Spitze immer nur einer der beiden Völkerschaften (Holstein, Stormarn) steht (prefectus Holsatiae: Schleswig I. 88. 311. 369. 373. II. 84 — prefectus Stormarie: II. 9), an 2 holstischen Godingen nach einander auftritt (Schleswig I. 372. 373). Daneben werden dann aber noch Gografen erwähnt (Schleswig II. 169; vielleicht gehören auch die judices terre in I. 88, judex de Godeland I. 222 hierher). — Nitzsch hat nun vollkommen zutreffend den Widerstand des holsteinischen

Digitized by Google

rung dadurch aus, dass man ihn nun auch als Schultheissen betrachtet und bezeichnet, ohne Rücksicht darauf, ob er nur die Mittelgerichtsbarkeit oder auch die Hochgerichtsbarkeit übt.

Im ganzen ist es nicht möglich, den zeitlichen Verlauf des Prozesses zu fixieren. In dem capitulare Saxonicum, das den Übergangszustand darstellt, ist noch die Wahl gelassen, die königlichen Gerichte anzugehen oder sich an die Gerichte des bishe-

---

Adels gegen die fremden Grafen nachgewiesen, und die Duplicität der Gerichtsverfassung (Kieler Monatsschrift 1854 S. 355 ff.) ergibt die rechtliche Grundlage dafür. Deshalb muss aber der Graf ein wesentliches Interesse gehabt haben, gerade das Goding in seine Hand zu bringen (so schon Schleswig I. 372. 373), und so wird das Goding allmählich als das höchste gräfliche Gericht angesehen worden sein, dem gegenüber dann die Stühle des alten gräflichen Gerichts — die Lottinge — subordiniert sind (Nitzschs Erklärung S. 376 ff. vermag ich nicht zuzustimmen).

88) So ist es deutlich in Sachsen, wo der beamtete Vorstand des Go der Schultheiss ist (ob. N. 59). Im Drentischen stehen an der Spitze der 6 Goe (Dingspiele) 6 Schulten (Bannerschulten): Magnin overzicht van de besturen — in Drenthe II. 2 S. 75 fd. Das Groninger Gericht, das ein besonderer Go von Drenthe ist, leitet ein Schultheiss (Driessen S. 752 f. 1411; Seelwerder Recht in pro excolendo jure patrio VI S. 615), der Vertreter des praefectus von Groningen. Ebenso erscheint aber im Fränkischen der Schultheiss sehr häufig als der Vorsitzende des Hochgerichts. Grimm I S. 472 § 10 Landsberg bei Heidelberg; I S. 798, 14. Jahrh. Pfalz; II S. 2. 1321 Saarbrücken; II S. 149. 1488 Hundsrück, S. 175. 1442: Schultheiss Vorsitzender des Hunddinges; S. 219 Bacharach; S. 457. 1372 Trier; S. 609. 1468 Eifel. III S. 354, 355. 1467 Oberhessen; S. 432. 1460, S. 502, 1449, S. 817. 1585 Wetterau; V S. 247. 1452, S. 271. 1577 Wetterau; V S. 492. 1521, S. 521, S. 529 Unterelsass S. 694 § 2. 1476 Pfalz. Möglicherweise hat auch in Bayern der Schultheiss den Centenar verdrängt (N. 61); die Belege sind zu dürftig für bestimmte Behauptungen. — In Schwaben ist der Prozess besonders früh bezeugt; hier erscheint der Vertreter des Grafen in seiner Gerichtsbarkeit als minister (Amann) Ulmer U. B. 73. 1255: aliud est, quod omnes constitutiones vel conditiones pro bono pacis et honoris civitatis nostre debent cum comite Dilingensi vel suo ministro statui et institui. — In Zürich (Schaubach, Zeitschrift für noch ungedruckte Schweizer Rechtsquellen I S. 115 N. 2) hat der Schultheiss Gerichtsbarkeit über das Land und diese wird als Vogteigericht bezeichnet gegenüber dem Freigericht in der Stadt, d. h. als die Mittelgerichtsbarkeit des öffentlichen Rechts (N. 91 ff.). Der scultetus von Zürich tritt auch als Minister auf (Züricher U. B. I. 329. Burchardus Albus minister I. 400. Chuonradus Albus et frater eius Heinricus, tunc Turicensium scultetus). — Zürich U. B. I. 489 ist ein minister von Uri, der spätere Landamann, bezeugt (Blumer I S. 120 ff.); hierher auch der Amann der Landschaft March (Zeitschr. f. schweizer. Recht R. Q. S. 24).

Digitized by Google

rigen Rechtes zu wenden[84]), und späterhin zeigt namentlich das holsteinische Recht[85]), dann auch das friesische Recht die Duplicität[86]), und sie tritt überall da im Sächsischen und Oberdeutschen deutlich hervor, wo sich eben das Hundertschaftsgericht vom Grafengericht unabhängig gehalten hat. — Besonders in Sachsen ist das häufig gewesen, und man kann sich denken, aber nicht genauer beweisen, dass der Friedensschluss der sächsischen Aristokratie mit Karl dem Grossen auch die Belassung derjenigen Gogerichte, welche Erbgerichte geworden waren, in sich schloss. Die Auseinandersetzung zwischen öffentlicher Gewalt und dem Adel scheint dahin gegangen, dass alle erblichen Gografschaften, in denen die Inwohner nicht mehr als Eigentümer erscheinen, erhalten bleiben. So betrachtet der S. sp. die zur Gografschaft gehörigen als Landsassen[87]); die Biergilten dagegen gehören vor die Schultheisse; und ebenso sind in Westsachsen die Grafengerichte die Gerichte, deren Malleute[88]) freie, wenn auch mit Königszins belastete Eigentümer sind, und in diesem Sinne Freiengerichte[89]). Jedenfalls zerreisst die Fortdauer der Gogerichte das Gebiet der königlichen Grafschaft, und es wird erklärlich, warum diese dann einigemal als krumme Grafschaft bezeichnet wird[90]).

4. So entsteht ein von der Regierung abhängiges Mittelgericht; da und dort wird der beamtete Mittelrichter des öffent-

---

84) Cap. 27 § 4.

85) N. 85.

86) Im Westerlauwerischen ist das Grafengericht das eine Hochgericht, das von dem Hochgericht der einzelnen Warfverbände getrennt werden muss; ebenso steht in Rüstringen die hohe Gerichtsbarkeit dem mene landes warve zu (Richthofen S. 543 § 60); vgl. die Stellen bei Heck S. 21 ff.

87) Ob. N. 59.

88) Die älteren Belege bei Waitz V (2. Aufl.) S. 318 N. 2; dazu Sloet 775. 1255: et omnes liberos homines additis etiam quinque domibus meis, que malgut vulgo dicuntur. Nach Westf. U. B. II. 413. 1180 (annuam pensionem cuiusdam domus in Pethe que vulgo Malscolt dicitur) sind die Malmannen steuerbelastet. Wenn in den Urkunden einigemal von malmannen der Kirche die Rede ist, so sind dies eben freie Hintersassen auf Kirchengut, die aber als mansionarii zum Grafengericht gehören.

89) Belege für die Bezeichnung Freigrafschaft bei Lindner S. 327 ff.

90) Vgl. die Schilderung der Grafschaft im Lüneburgischen, die sich als ein nicht geschlossener Bezirk neben der Gografschaft hinzieht, bei Stüve a. a. O. S. 20; über das Vorkommen der krummen Grafschaft Lindner S. 323 f., dessen Ableitung ich nicht für zutreffend halte.

Digitized by Google

lichen Rechts als Vogt bezeichnet. Wie nun der Ausdruck Cent und Centgraf natürlich fremden Ursprungs ist, aber bereits zu sehr früher Zeit[91]) durch die lateinisch Schreibenden des Landes, also die Kleriker, in die Volkssprache gebracht worden ist, so ist auch das Wort advocatus sehr bald in Deutschland bodenständig geworden. — Bereits Dudo lässt die Dänen ihren Führer Rollo als Advocatus bezeichnen; hier mag der Gedanke an das königliche Mundium mitspielen[92]). — Ganz deutlich aber ist in Schwaben[93]), in Bayern der Vogt Inhaber der mittleren öffentlichen Gerichtsbarkeit, mag diese allodial oder verliehen sein. Den Ausgangspunkt für den Vergleich bildet natürlich der kirchliche advocatus, der schon in der fränkischen Zeit für die Herrschaften grosser Kirchen die Mittelgerichtsbarkeit übt. Aus der Identität von Vogt und öffentlichem Mittelrichter ergibt sich

---

91) Centum gravii im Würzburger Privileg von 1168 (N. 124).

92) Dudo II. 7 (S. 147): Rollo noster senior et advocatus.

93) Züricher U. B. I. 340. 1185: der Herr von Schnabelenberg unterscheidet zwischen den Leuten de sua familia und de sua advocatia: letztere haben Alodium, das aber steuerbelastet sein muss, weil der Herr seine Veräusserung genehmigt: Herrgott genealog. dipl. aug. gentis Habsburgicae II. 394. 1255 liberi de Winingin, super quorum bona jus pertinere ad me dinoscitur advocatiae. Grimm IV S. 394 auf den 3 Gedingen der Vögte von Berkon, die ursprünglich von dem Grafen von Habsburg rühren, wird über Erb und Eigen judiziert. Augsburger Stadtrecht a. 6: Die vogte uf dem lande die hant niht ze rihtenne hinze der burger gute noch hinz ir luten die druffe sitzent, wan ze zwain ziten in dem iare, ze maien unde ze herbeste, umbe gulte; anders so rihtent si durch daz iar wunden, haimsuche, diupstal, vraefel unde allen gewalt; unde swem ez zem libe stat den suln si antwurten in die stat dem vogte unde der sol ez rihten. Natürlich können das keine grundherrlichen Beamten sein. Hierher gehört dann auch das Vogtgericht des Sw. sp. prol. g. c. 1, während D. sp. 2 Panntaiding hat. Histor. Welf. S. 54: nobile patrimonium cum praedictis necnon advocatiis et ministerialibus Friderico Romanorum imperatori — contulit, wobei es sich um die gesamten oberschwäbischen Landschaften handelt. Später wird das öffentliche Gericht des Züricher Schultheissen auf dem Land als Vogtgericht bezeichnet (ob. N. 83, aber schon im neunten Jahrhundert begegnet ein advocatus comitis (§ 56 N. 24), der mit dem Schultheiss von Zürich identisch sein muss). — Ebenso bedeutet im passauischen Ilzgau die advocatia die mittlere Gerichtsbarkeit: M. B. XXVIII b. S. 510: Item notandum quod ubicunque, dominus Episcopus judicium habuerit, ita, quod ad eum immediate pertineat, ibi poterit recipere nahtsedele, quoad comitiam, non quoad advocatiam, quia pro eadem solvitur Voithaber. — Der Zusammenhang ist schon vollkommen zutreffend von Bluntschli Staats- und Rechtsgeschichte von Zürich I S. 218 ff. erfasst worden; dann Blumer I S. 109.

Digitized by Google

der Grund für die Bezeichnung der öffentlichen Steuer als Vogtrecht. Es folgt daraus weiter, dass man deshalb die unter einer advocatia stehenden Bauern noch lange nicht als Hintersassen bebetrachten darf, wie ja auch das Vogtrecht eine Steuer vom Eigentum Freier ist[94]). Dies wirft ein entscheidendes Licht auf das ursprüngliche Rechtsverhältnis in der Urschweiz[95]), an die sich allmählich das Gebilde der heutigen Eidgenossschaft angegliedert hat. — Für den Norden kommt dieselbe Bildung in den friesischen Quellen vor; der Schultheiss heisst Vogt des Königs oder

---

94) § 3 N. 12 fd.

95) Der König verschenkt das tributum der Freien, was natürlich diese noch nicht zu Unfreien macht, und damit geht dann, wie in Frankreich, die Mittelgerichtsbarkeit über. Deshalb erscheint das Frauenmünster in Zürich im Besitz des pagellus von Uri (Züricher U. B. I. 68): es muss den Leuten von Uri aber das freie Eigen und die freie Markgenossenschaft geblieben sein, sonst hätten sie unmöglich ganz selbständig ohne Genehmigung irgend eines Herrn über die Alpgrenze verhandeln können (Züricher U. B. I. 356). Die Leute von Uri sind deshalb nicht mit der herrschenden Lehre (so noch Oechsli, die Anfänge der Schweizer Eidgenossenschaft S. 137) Leute eines Immunitätsbezirks, sondern gewöhnliche Freie, über welche die Kirche die mittlere Gerichtsbarkeit hat: ähnlich nach der Angabe Oechslis S. 137 N. 2 Schweizer. — Genau dasselbe Verhältnis gilt dann für das Thal von Glarus: vgl. die vortreffliche Ausführung von Schulte, in Jahrbuch f. Schweizer Geschichte XVIII S. 84 ff. Schulte kommt allerdings von seiner Grundauffassung ausgehend zu ganz entgegengesetzten Resultaten. Die Vogtei von Glarus steht in letzter Hand der Abtei Seckingen zu, und zwar erstreckt sich nach Züricher U. B. I. 227 (ob die Urkunde gefälscht ist oder nicht, ist hier ganz gleichgiltig) das Abteigebiet soweit als die Almende; über die Almende verfügen aber wieder die Leute von Glarus selbständig (Züricher U. B. I. 356), und so befasst die Grundherrschaft des Klosters im Thal Glarus, die später an die Habsburger (Habsburger Urbar S. 507) kam, nur einen Teil des Landes; vgl. das Habsburger Urbar S. 498 ff. Erkennbar ist sie freilich noch lange in den Tagwan, welche die ursprünglich grundherrlichen Rodungsgemeinden darstellt (§ 38 N. 35). — Die Schwyz ist sicher von freien, aber steuerpflichtigen Leuten besiedelt (Urk. bei Kopp, Geschichte der eidgenössischen Bünde II. 2 S. 331 N. 3); in einer Urkunde werden aber die Habsburger als Vögte der Schwyz bezeichnet (Blumer I S. 113). — In einem Weistum von 1400 (Oechsli a. a. O. Regesten 791 § 10) wird von einem freien Richter der Waldstätte gesprochen, im Gegensatz zur Grundherrschaft des Klosters Engelberg. — Mit voller Schärfe bezeugt die spätere Gesetzgebung das Eigentum der Landleute in den Urkantonen: den Landleuten als den Eigentümern werden die Hintersassen als die weniger Berechtigten entgegengesetzt: Landbuch von Schwyz S. 79 S. 144. Glarus (Zt. f. schweiz. Recht V; R. Q. S. 131 ff. c. 108, c. 138, c. 139) Für sich allein würden freilich diese späteren Quellen nichts bedeuten.

Digitized by Google

des Grafen[96]). Ebenso gehören vielleicht die advocati des Ditmarschen hierher[97]), sicher die advocati des holsteinischen Rechtes[98]).

Regelmässig hat im nördlichen Gebiet, das viel später als der Süden christianisiert wurde, das Bild nicht durchgeschlagen, und es wird später der Ausdruck, dem Wortsinne entsprechend, nur für diejenigen Beamten gebraucht, welche Grundholden zu vertreten und allenfalls zu richten haben, d. h. für die Beamten über Grundherrschaften[99]); es handelt sich nament-

---

96) Richthofen s. v. fogid.

97) Schleswig II. 594. 1281: Milites, Aduocati et vniuersitas terre Thitmarsie. III. 78. 1304: advocati, consules et universitas. III. 519 advocati, consules, jurati. III. 557. 1325. Nach der Urkunde von 1307 (Michelsen U. B. zur Geschichte des Landes Ditmarschen N. 14) bezeugen die advocati, consules ac universitas terre, dass die Absicht besteht, in Zukunft einen judex generalis für das ganze Land einzusetzen. Die Zahl der Vögte beträgt 4, ihr Bezirk sind die Döfte (II Landrecht § 242 vgl. Waitz, Schleswig-Holsteins Gesch. I S. 95). – Schleswig II. 308 (advocatus milites, consules et communitas terre Thitmarsie) wird ein advocatus erwähnt, und es muss deshalb erst später eine Teilung des Amtes stattgefunden haben (Nitzsch in Jhrb. f. Landeskunde der Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg III S. 106). Ob der advocatus als Vertreter des bremischen Bischofs und insofern als Schultheiss anzusehen ist, kann man aus den dürftigen Nachrichten nicht sicher ermitteln. Dass die Döfte (Taufkirche) der Amtsbezirk ist, weist mit einiger Wahrscheinlichkeit darauf hin. Jedenfalls aber spricht die Möglichkeit einer Vervielfachung des Amtes dafür, dass es sich um einen herrschaftlichen Administrativbeamten handelt (so auch Waitz a. a. O. I S. 93).

98) Schleswig II. 791. 1291 Adolf richtet einen Immunitätsbefehl an: advocatos, subadvocatos, officiales, commissarios und Ouerboden; vgl. Waitz a. a. O. I S. 106 ff.

99) Seibertz I. 30. I. 91. Westf. U. B. III. 296: erbliches Gothing und erbliche Advokatur unterschieden. Seibertz I S. 618 in Gisecke hat der Herr neben dem gograviatus auch die Advokatia. Herforder Rechtsbuch c. 17—29 (Westfäl. Archiv II S. 24 ff.): der Gograf, der ausserhalb von Herford Goding hat, hält in Herford Hochgericht als Vogt. Tradit. Westf. I S. 96: Der advocatus hält Gericht über die Liten. Calenberg. U. B. Wunstrop 5. 1228: die litones (nicht die ministeriales) der Kirche unterstehen dem Advokaten. Lüneburg U. B. Michael 23a: Die coloni auf kirchlichem mansus unterstehen auch in krimineller Beziehung dem advocatus. Hodenberg Zevener U. B. 7: die litones unterstehen dem advocatus. Anhalt II. 145: der Advokat hält placita legitima über litones altiste, censuales, nicht aber über smurdones. Halberstadt I. 167: advocatia nur über litones. Halberstadt III. 2087: Die freien Leute zu Wersted sollen in das Freiending gehen und nicht in das Vogtding des Bischofs von Halberstadt. Auch in weltlichen Grundherrschaften kommt ein Vogt vor (Anhalt I. 292).

Digitized by Google

lich um die Dörfer, die mit Liten besetzt sind[100]), und soweit kann dann unter dem Vogt ein eigener Bauermeister eines solchen abhängigen Dorfes stehen, wie der Sachsenspiegel angibt[101]). Es ist wohl ein Zeichen dafür, dass es in der Mark Grundeigentum gibt[102]), wenn dort der ordentliche Beamte der Vogt ist[103]). Diese grundherrliche Vogtei wird im Zusammenhang des Herrenrechts genau zu untersuchen sein.

§ 32. Höhere Verbände.

I. Schon der ursprüngliche Hundertschaftsverband ist durch das Amtsrecht verdeckt. Noch viel mehr gilt das von den grossen Verbänden, die Tacitus als civitates bezeichnet und die nordischen Quellen als fylki. Erkennen lässt sich aber auch noch dieser Verband. Am meisten natürlich in den Gebieten, die noch bis zu Ende des Mittelalters nur in nomineller Unterwerfung unter den Grafen gestanden haben, den Nordseeländern östlich der Zuydersee[1]). Überall ist auch hier ein Graf eingesetzt worden,

---

100) Ausser im Vorigen Hodenberg Vörder-Register S. 28, S. 29. Goslar U. B. I. 201: es ist selbstverständlich, dass die dem Vogt unterstehenden Liten sind.

101) Der S. sp. I. 2 § 4 spricht von einer Rügung durch Bauermeister im Vogtding. Das ist in einer Herrschaft aus Litendörfern wohl denkbar. — In S. sp. I. 35 § 2 wird die Vogtei über ein Bergwerk als der Ausfluss des Grundeigentumes angesehen.

102) § 61 N. 54.

103) Anhalt I. 638: hiezu Kühns Geschichte der Gerichtsverfassung und des Prozesses in der Mark Brandenburg I S. 101 ff.

1) Nachdem man früher an die thatsächliche Unabhängigkeit dieser Gebiete geglaubt hatte, ist von Richthofen in seinen Untersuchungen I S. 425 ff. und unabhängig von ihm durch Prinz (Studien über das Verhältnis Frieslands zu Kaiser und Reich, insbesondere über die friesischen Grafen im Mittelalter in Jahrb. der Gesellschaft für bildende Kunst und vaterländische Altertümer zu Emden Bd. V H. 2 S. 1 ff.) angenommen worden, dass Friesland in allen Zeiten genau so Grafen unterworfen war, wie die anderen Gebiete. Die spätere Literatur ist Richthofen, soweit ich sehe, ausnahmslos gefolgt. Doch kommt die alte Auffassung der Wahrheit viel näher. Es muss allerdings zugegeben werden, dass das Land in Grafschaften aufgeteilt war, aber es waren das sämtlich Grafen, die ihren Sitz ausserhalb des Landes hatten. Westfriesland erscheint in der Hand des Grafen Bernhard von Sachsen, später im 11. Jahrhundert geht es aus der Hand des Grafen von Holland in die des Markgrafen von Meissen, des Grafen von Northeim, kommt dann aber an die Kirche von Utrecht, schliesslich dauernd in die des Grafen von Holland zurück

Digitized by Google

und für diesen haben dann die Schultheissen den Anteil an den Gerichtsgefällen und der Busse zu erheben. Daneben aber

---

(Richthofen I S. 426, Prinz S. 34 f., Bernhardi, Lothar von Supplinburg S. 513 f.). — Eine andere Grafschaft, offenbar des westlichen Frieslands, wird an Zütphen (1107) geliehen (Sloet 215). Der Hunsego und Fivelgo wird im 11. Jahrh. an Bremen übertragen (Prinz S. 36); später ist gar nichts mehr von einem Grafen erwähnt. Deutlicher ist die Grafschaft des Emsgo, die wiederum ein sächsisches Geschlecht, die Grafen von Kalvelage (Ravensberg) und seit 1252 die Bischöfe von Münster besitzen (Prinz S. 36 ff.). Am nächsten dem friesischen Gebiete herrscht der Graf von Oldenburg: Astringen, Norderland, Rüstringen ist theoretisch sein Gebiet (Ostfries. U. B. I. 53. 1327). Die Astringer, die hier gegen den Grafen von Holland sich decken wollen, bezeichnen sich als Unterthanen des Grafen von Oldenburg; natürlich gestatten gerade die begleitenden Umstände in diesem Fall nicht den Schluss, dass die Unterthänigkeit thatsächlich war. All diesen Grafschaften gebricht es an effektiver Gewalt. Herzog Bernhard von Sachsen, der nach Friesland zieht, quod debitum non inferrent tributum, wird von der barbara gens, welche in ferrum pro libertate ruebant (das virgilische Citat nötigt noch nicht dazu, die Schilderung für unzutreffend zu halten) 1056 ermordet: Adam III. 41. — Ebenso wird im westerlauwerischen Land 1103 Heinrich von Northeim ermordet a vulgaribus Frisonibus, quibus dominationis suae jugum grave fuit (S. S. VI S. 225). — Die Herrschaft der Grafen von Holland konnte so lange keine wirkliche sein, solange die Friesenstämme westlich der Zuydersee nicht unterworfen waren. Das ist bekanntlich nach langen, schweren Kämpfen und vielen Niederlagen der holländischen Grafen erst 1292 geschehen. Von da ab fassen die Grafen zum ersten Mal festen Fuss westlich der Zuydersee in einem umfassenden Gebiet und halten dasselbe bis 1325 (vgl. die Zusammenstellung der Belege bei Telting, het oudfriesche Stadtrecht S. 23 ff.). Dann verliert aber der Graf jeden Einfluss ausserhalb Stavoren; erst v. 1395—1401 erfolgt eine erneute, aber ebenso vorübergehende Unterwerfung des Ostergo und Westergo (niederdeutsche Übersetzung des Beka bei Mathäus anal. III S. 309; dazu Telting S. 33); erst Ende des 15. Jahrhunderts wird die Grafenherrschaft im Westerlauwerischen wirklich durchgeführt. Den holländischen Bauern bedeutet die Vereinigung mit den Friesen westlich der Zuydersee Freiheit: so die Egmonder Annalen 1132 (S. S. XVI S. 452): et maxime rustici, qui se nimis opprimi dolebant, spe libertatis inaniter accensi consilium inierunt, ut Thidericum comitem desererent, et Florentio adhererent, et cum Fresonibus sub uno duce unus populus fierent. — Die Friesen der Groninger Ommelande bezeichnen sich in den grossen Kämpfen um Drenthe zu Anfang des 13. Jahrhunderts als vollkommen unabhängig: cum sint homines liberi et ab omni jugo servitutis et cuiuslibet pertinentis dominii exuti (gest. ep. Traiect. c. 34 S. S. XXIII S. 421). — Die Friesen des Emslandes unterstehen theoretisch der Grafschaft von Münster: in der Bischofssühne v. 1276 tritt nun aber keine Spur einer weltlichen Gewalt des Bischofs hervor (Friedländer I. 30), und es gibt keinen Beleg für ein abweichendes Verhältnis unter den Grafen von Kalvelage-Ravensberg. — Im Osten erscheinen die Friesen an der Weser that-

Digitized by Google

verbleibt die selbständige Volksgemeinde; ihr wird der Hauptteil der Busse gezahlt[2]), und dieses selbständige Element hat dann

---

sächlich unabhängig: will man gegen sie vorgehen, so geschieht dies nicht in Friesland, sondern man fängt die Friesen ab, die zum Bremer Markt kommen (Helmold I. 82 S. 161 H. A. 1155). Heinrich dem Löwen wird es als etwas Besonderes angerechnet, wenn extendit — manum in Fresiam et admovit eis exercitum, et dederunt ei pro suimet redemptione quod postulati fuissent (Helmold II. 6 S. 205 H. A.). Im Anfang des 13. Jahrhunderts treten die Rüstringer als eine vollkommen unabhängige Macht auf, welche das dem Grafen von Oldenburg unterworfene Stedingen ihrer Herrschaft zu unterwerfen suchen (hist. monast. Rastedensis c. 30 S. S. XXV S. 507: Huius abbatis temporibus Frisones Rustringie consilio quorundam Stedingorum, qui expulsi tempore subversionis terre Stedingie fuerunt, ipsam terram ab ista parte Hunte ditioni sue attrahere nitebantur. Sed cum comiti Johanni de Oldenborch fuisset secrete nuntiatum, Frisonibus iam ad subjugandam terram expeditionem suam ducentibus, comes cum universis suis militaribus — obviam ipsis dedit; vgl. Schuhmacher, die Stedinger S. 130 und Note. Wenn im Anfang des 14. Jahrhunderts die Astringer ihre Abhängigkeit vom Grafen von Oldenburg betonen, so ist darauf, wie gesagt, nicht viel zu geben. In den Rüstringer Küren ist dagegen davon die Rede, dass der Graf zur Ausübung der hohen Gerichtsbarkeit kommen kann (Richthofen S. 123 unt.). In dem oldenburgischen Lagerbuch v. 1428 (Ehrentraut fries. Archiv I S. 432 ff.) sind Einkünfte aus Rüstringen überhaupt nicht mehr erwähnt, wohl aber aus Astringen, Wangerland, Harlingerland (S. 473 ff.); aber sie beschränken sich auf $^1/_3$ des Grafen an den Gerichtsgefällen — die übrigen $^2/_3$ kommen an das Volk — und eine Bottingsschuld, die alle drei Jahre verfällt; das heisst alle drei Jahre — ähnlich wie im Kenemer und westfriesischen Recht — kommt der Graf in das Land. Auch jetzt also, wo eine intensivere Unterwerfung beginnt, ist die Abhängigkeit doch nur lose. Fasst man alles zusammen, so ist in Friesland die Gewalt der auswärtigen Grafen gerade in der älteren Zeit sehr beschränkt. Es handelt sich wesentlich um Tributzahlung und einen Anteil an den Strafen. Dazu sind dann auch Schultheissen eingesetzt, die ausser in den Rechtsquellen einigemal in den Urkunden erwähnt werden (Heck S. 35); das Schultheissenamt hat dann immerhin die Bedeutung, dass es für die Bildung der späteren Teilgerichte Bildungselemente abgibt, andere und vielleicht entscheidendere mögen darin liegen, dass die Schultheissen zur einheimischen Aristokratie gehören. Allein auf der andern Seite erscheinen in allen Nachrichten die Friesen als selbständig handelnde Völkerschaften; es ist charakteristisch, dass überall da, wo sie auftreten, nicht von dem Führer, sondern von der handelnden Völkerschaft die Rede ist. Die Schultheissen stehen unter der allgemeinen Landesversammlung, welche die hohe Gerichtsbarkeit ausübt, und deshalb kennt das friesische Recht neben dem Königsbann, von dem in Oldenburg und im Westen (§ 13 N. 15 fd.) öfters nur ein Drittel verblieben ist, von jeher eine selbständigere und viel bedeutendere Emendierung an das Volk, den Leutfrieden (Richthofen s. v. liodfretho). Die Rechtsprechung ist also noch Rechtsprechung des Volkes, und es besteht nur ein Anteil des Grafen

Digitized by Google

die schwache Herrschaft der auswärtigen Grafen durchweg zu verdrängen vermocht. Die Schultheissen werden zu allodialen Gewalthabern und begründen aller Wahrscheinlichkeit nach die friesischen Häuptlingsherrschaften. In Drenthe ist dieser Prozess direkt zu verfolgen[3]). In Holstein und Stormarn hat der dort einheimische Graf freilich eine viel stärkere Gewalt errungen, allein auch ihm steht eine selbständige Aristokratie gegenüber[4]).

Freilich ist die Organisation dieser nur halb unterworfenen Gebiete verblasst. Dass die ordentliche hohe Gerichtsbarkeit in einem Vollgericht des Go, also der Hundertschaft, nicht, wie man oft meinte, der Grafschaft, geübt wird, ist für Friesland, Drenthe, das Holstenland mit Bestimmtheit hervorgetreten. Daneben steht nun aber noch ein höherer Verband, eben der germanischen civitas entsprechend.

---

an Gerichtsgefällen, wie er auch den Tribut bezieht. — Immerhin muss aber auch diese Abhängigkeit in den ersten Jahrhunderten nach der karolingischen Unterwerfung der Friesen begründet worden sein. Denn später ist eben jede Spur der Abhängigkeit verwischt, die Schultheissen heben den Königsbannanteil und die huslaga für sich selber ein, sind alodiale Häuptlinge geworden. — In Drenthe wird ebenfalls im 12. Jahrhundert ein Schultheiss vom Bischof eingesetzt (§ 31 N. 44), aber daneben hält sich das unabhängige Volk, das dann unter der Führung des Schultheissengeschlechtes in dem Freiheitskampf des 13. Jahrhunderts jede Abhängigkeit vom Bischof abschüttelt, bis dann zu Anfang des 15. Jahrhunderts der Bischof Friedrich von Blankenheim das Schultheissengeschlecht wieder beseitigt: die Organisation des Volkes bleibt bestehen. — Ähnlich unabhängig sind bis zu ihrer Unterwerfung die Stedinger bei Bremen: Schuhmacher, die Stedinger. — Die Ditmarschen stehen während des 12. Jahrhunderts im stetigen Kampf gegen die Grafschaft, und im 13. Jahrhundert erscheinen sie als ein thatsächlich unabhängiges Volk; nur die Ernennung der Vögte erscheint zunächst noch dem Bischof von Hamburg, der die Grafschaft hat, verblieben: vgl. die übersichtliche Zusammenstellung bei Rive, über den Freistaat Ditmarschen S. 5 ff., Waitz, Schleswig-Holsteins Geschichte I S. 93—99.

2) Für Friesland die vorige Note. — In Drenthe wird unterschieden zwischen dem Bussanteil des Gerichts (des Bischofs) und der Landsgemeinde (Drenther Landrecht § 11); der Parochialschulze hebt beides ein; unterlässt er die Einhebung des Gemeindeanteils, so wird dazu ein eigener Schulze eingesetzt, der mit dem Rocht der Bauern die Einhebung vornimmt (§ 36). — In Ditmarschen werden die Brüchten durchweg an das Land gezahlt (Ditmarsches Landrecht von 1447 pass.).

3) § 31 N. 44.

4) Nitzsch in Kieler Monatsschrift 1854 S. 350 ff.; Waitz a. a. O. I S. 61 ff.

Digitized by Google

In ganz unsicheren Umrissen begegnet eine über den Go hinausgehende Volksversammlung in den friesischen Tagen von Upstalbom[5]). — Ebenso steht an der Spitze von Ditmarschen die Landgemeinde mit Kriminalgerichtsbarkeit[6]). — Weiter gehört das drenthische Recht hierher, wo über der Sprache der sechs Goe noch das Lotting steht, beschickt mit 24 Geschworenen. Ursprünglich handelt es sich um eine Versammlung aller Vollberechtigten, d. h. offenbar der Eigenerfden, die noch spät in Drenthe als die regierende Klasse erscheinen; allein im 15. und 16. Jahrhundert erscheinen nur mehr die Etten zum Lotting, das jetzt mit dem Etstoel zusammenfällt[7]). Die Urteile des Etstoel aus dem 15. und 16. Jahrhundert[8]) befassen sich niemals mit Kriminalsachen in erster Instanz, sondern entweder mit Civilsachen in erster Instanz oder mit allen Materien in der Rekursinstanz. Das Lotting wird dreimal im Jahr gehalten. — Dasselbe Lotting, das in Drenthe ein unabhängiges Gericht der ganzen Völkerschaft geblieben ist, ist in Holstein bereits in die Hand des Grafen gekommen[9]). Dafür tritt aber hier in dem senior

[5]) Nachdem man früher über die Upstalbomer Versammlungen mehr behauptet hatte, als man quellenmässig verantworten konnte, ist jetzt mit den Untersuchungen Richthofens die naturgemässe Reaktion eingetreten, die selber wieder über das Ziel hinausschiesst. So wenig man direkt beweisen kann, dass die Versammlung eine uralte ist, ebensowenig kann man erweisen, dass sie erst im 12. Jahrhundert entstand. Die älteste Nachricht, die wir haben, die Emos (S. S. XXIII S. 495 f.), spricht von den jurati de Upstalbom, quos universitas Frisonum de more vetustissimo creaverat. Bedenkt man das Lotting in Drenthe, an dessen Spitze ebenfalls Etten stehen und das schon dem Namen nach eine allgemeine Landesversammlung ist, so ist diejenige Auffassung die wahrscheinlichere, die im friesischen Upstalbom eine ursprüngliche Versammlung für mehrere Goe sieht; wie viele dazu ursprünglich vereinigt waren, kann man natürlich nicht sagen.

[6]) Landrecht von 1447 § 42 ff.

[7]) Siehe die treffliche Darstellung von Seerp Gratama, een bijdrage tot de rechtgeschiedenis van Drenthe S. 68 f.; über die Eigenerfden § 30 N. 70.

[8]) I. Etstoel (pro excol. jure patrio VII. 2). II. Etstoel O. V. R. Bi. XVI).

[9]) § 31 N. 82. An und für sich liegt es wohl nicht im Begriff des Lotting, dass es gerade ein Gericht der ganzen Völkerschaft sein musste; so bedeutet im Friesischen liodthing wohl nur das Vollgericht des Gos (Richthofen W. B. s. h. v.), und den gleichen Sinn hat das Lodding der niederländischen Kolonisten in Brandenburg, über das nur späte Nachrichten vorliegen, gesammelt in Kühns Geschichte der Gerichtsverfassung und des Prozesses in der Mark Brandenburg II S. 79 ff.; dazu oben § 21 N. 71. Amiras (S. 153) Ableitung aus logthing halte ich wegen des holsteinischen lutting für unmöglich.

Digitized by Google

terrae, der andermal als Overbote oder signifer bezeichnet wird, neutraler als prefectus, ein vorköniglicher Beamter der Völkerschaft hervor, der in den einzelnen Godingen der Völkerschaft anwesend ist und seinem Namen nach die wehrhafte Mannschaft des Gaus führt. Erblich scheint die Würde ursprünglich nicht, ist es später jedenfalls nicht mehr gewesen[10]). Nichts steht im Weg, den senior terrae dem Namen wie der Sache nach dem Ealdormann des naheverwandten angelsächsischen Rechts gleichzustellen[11]). In der späteren Entwickelung ist dann der Overbote ein landesherrlicher Beamter geworden.

Bereits Schröder hat nun mit diesem Overboten, dessen Funktionen sich noch relativ deutlich erkennen lassen, den Grafschaftsschultheissen des ostfälischen Rechts zusammengebracht[12]), der offenbar ebenfalls ein Vertreter der Aristokratie ist und der über den Grafen eine gewisse Kontrolle übt[13]). Schon eine Urkunde aus dem Anfang des 13. Jahrhunderts lässt erkennen, dass der Graf aber möglicherweise sein Gericht auch ohne den Grafschultheissen hält[14]), und so ist später kein Grafschaftsschultheiss unter dem landesherrlichen Beamtentum zu entdecken. Nicht der Grafschaftsschultheiss, sondern der Schultheiss des Go hat sich erhalten[15]). Mit der Vollstreckung hat der Grafschaftsschultheiss nichts zu thun; vielmehr steht neben ihm ein besonderer preco, der im Grafschaftsgericht aus den Freien genommen sein muss[16]).

---

10) Die Belege bei Schröder Z. S. VII S. 10 ff.

11) So Nitzsch, Kieler Monatsschrift 1854 S. 363; dem Widerspruch Schröders S. 11 vermag ich nicht zu folgen.

12) Schröder Zt. Savignyst. VII S. 1 ff. § 31 N. 59.

13) S. sp. III. 52 § 3.

14) Mansfeldt, Sittichenbach 19. 1205 (ob. § 31 N. 59); S. Paul in Halberstadt 12. 1211: vir nobilis Heinricus comes de Regenstein im (!) provinciali placito suo banno regio stabilivit, scabinis presentibus et precone.

15) Der Fehler der trefflichen Untersuchungen Schröders liegt darin, dass er das Schultheissengericht aus der 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts als das Gericht des Grafschaftsschultheissen denkt.

16) z. B. Anhalt I 425, I 547, II 11, II 47 u. s. w. Schröder hat in seinem Aufsatz (Zt. Savignyst. VII S. 2) den Gegensatz von Schultheiss und Fronboten vollkommen erkannt. Es ist deshalb nicht recht zu verstehen, warum er nun in seiner Rechtsgeschichte (S. 171) den Schultheiss als Vollstreckungsbeamten bezeichnet und ihn deshalb dem westfälischen Fronen gleichstellt, der in Wirklichkeit dem freien Fronboten des ostfälischen Rechts entspricht (Westf. U. B. III 573; Seibertz I. 482). In Westfalen kommt etwas dem

Digitized by Google

Die gleiche Stellung hat dann aber auch der judex des bayerischen Rechts. Ihm wird der für das Landgericht bestellte Scherge — übrigens nicht der einzige Scherge — gegenübergesetzt[17]). In der fränkischen Zeit wird der judex von dem centenarius unterschieden[18]); er ist eben in der nachfränkischen Zeit der Vorsitzende des Grafengerichts unter dem Grafen. Die bayerischen iudices der karolingischen Zeit ragen sozial so hervor[19]), dass sie zu kaiserlichen missi ernannt werden[20]); man muss deshalb annehmen, dass sie damals noch den Grafen gegenüber, die sie kontrollieren sollen, eine unabhängige Position haben. — Später sind sie dann vom Grafen abhängig, aber immerhin ist noch einmal zu verfolgen, dass der Richter ein vornehmer Mann ist, der sein Amt erblich hat[21]).

Fasst man das alles zusammen, so sind der bayerische judex, der sächsische Grafschaftsschultheiss und der nordalbingische Overbote die einheimischen Richter der Völkerschaft, neben die dann eben der Graf getreten ist. Dabei ergibt das nordalbingische Recht, dass dieser höchste autonome Richter eines seiner Gerichte in den einzelnen Godingen, also den Hundertschaftsbezirken, hält, geradeso wie der fränkische Graf in den einzelnen Hundertschaftsgerichten judiziert. Da wo mehrere Civitates zu einem Concilium vereinigt sind, kann sich von da sehr wohl das Bild ergeben, von dem Tacitus spricht: eliguntur in eisdem conciliis et principes qui jura per pagos vicosque reddunt[22]). —

---

ostsächsischen Grafschaftsschultheiss Entsprechendes nicht mehr vor. Ob praefectus und quaestionarius, von dem die annales Fuldenses 852 (S. S. I S. 368) reden, Graf und Grafschaftsschultheiss oder Graf und der beamtete Hundertschaftsschultheiss, oder Grafschaftsschultheiss und Hundertschaftsschultheiss ist, steht dahin.

17) M. B. IV S. 346. 1255: per Hartmanum preconem provincialem nobiscum (dem Comes de Grumbach, dictus de Wier, Judex provincialis illustris Heinrici Ducis Bawarie) Heinrico Judice de Landawe dicto de Moldorf iudicio presidente.

18) § 31 N. 61.

19) Vgl. Brunner I S. 150 N. 26.

20) z. B. M. B. XXVIII b. S. 10 ob. S. 66 kisalher, S. 49 waninchus.

21) Der Henricus maior iudex in Megelinge ist ein Bruder einer Vornehmen, die allerdings mit einem Salzburger Ministerialen (man denke an die Verhältnisse der Grafschaft Haag § 31 N. 45) vermählt ist. Q. E. bayer. Gesch. I S. 332. M. B. I S. 171 und S. 177 erscheint nun dieser Henricus und gleichzeitig sein Sohn als judex in Megelingen.

22) Germania c. 12.

Digitized by Google

II. 1. Ganz ähnliche Bildungen wie die Unterthanenländer der fränkischen Monarchie wies nun aber das Hauptland selber auf.

Es hat sich bisher gezeigt, dass der Graf auch die Hochgerichtsbarkeit in den Unterbezirken seiner Grafschaft ausübt. Daneben aber wird überall eine Versammlung für den ganzen Umfang der Grafschaft unterschieden[23]). Besucht wird diese Versammlung von den nobiles, allenfalls auch von den Abgesandten (Schöffen, maiores) der einzelnen Ortsgemeinden. Eine solch allgemeine Versammlung, der mehrere vicarii beiwohnen, und die von einem vicecomes geleitet wird, tritt Ende des 9. Jahrhunderts in Tours hervor, und hier ist, wie früher erwähnt, der Name des

---

[23]) Die ältesten deutlichen Belege für Grafschaftsversammlungen im Westen stammen aus der Zeit Karls des Kahlen (Brunner II S. 222 N. 20); etwas früher im Osten: so Dronke 456. 825: factus est conventus T. comitis et totius comitatus sui (Waitz IV S. 375). — Später besonders deutlich der bergische Landtag von Upladen. — Das Gauding von Brügge gilt zunächst für den Franc von Brügge; allein (v. d. Bergh I. 587 I § 17) es müssen auch die milites des zu Flandern gehörigen Seelands dort ursprünglich erscheinen. — Très anc. cout. Normand. 44 § 2 (quamdiu assissia tenebitur in aliqua provincia, vel in aliquo vicecomitatu) unterscheidet von den assissiae für den Unterbezirk eine assissia für die provinciae. — Sehr klar und ganz genau den bergischen Verhältnissen entsprechend treten die Assissen für die ganze Grafschaft (bailliages) in den homologierten Coutumes auf; allemal nehmen an den assisses die nobiles der bailliages, dann aber unter Umständen die Vorstände der einzelnen Ortsgemeinden teil, z. B. Richebourg II S. 541 ff. Vermendois: hier die maieurs; III S. 1048 c. 12 Blois (hier nur die Vasallen); II S. 1031: assisses der bailliage S. Mihiel: hier die maiores der Orte d. h. der alten Grafschaft Verdun, welche seit dem 12. Jahrhundert (S. S. X S. 408) die Grafen von Bar erworben haben. Coutume de Loraine (Bonvalot S. 51, S. 71): assisses des nobles von Mirecourt und Nancy; allerdings werden diese assisses schon alle 4 Wochen gehalten. — Eine sehr interessante Versammlung, die weit über eine einzelne Hundertschaft hinausgeht, ist das Gericht der allewens entre S. Marie et Saint Lambert in Lüttich (Patron c. 4 Recueil de Liège I S. 276): Das Gericht ist ein placitum generale aller alodiarii (Mutation von 1386 § 72 [Recueil de Liège II S. 80], Moderation von 1403 § 43 [Recueil II S. 140]; die späteren Teilnehmer vgl. recueil III S. 518. 1622), auf dem die Gesamtheit entscheidet, vor allem in Immobiliarstreitigkeiten; erst durch die Mutation von 1386 werden Schöffen eingeführt. — Ganz deutlich ist das Landding der Markgrafschaft Meissen von der gesamten Mark besucht: v. Posern, Blatt zur Geschichte der Verfassung der Markgrafschaft Meissen im 13. Jahrhundert S. 24 fd., anderes N. 28. — Dann auch das Gericht für die einzelnen geldrischen Grafschaften, wo eine Klaringe des Urteils der Heymale vorgenommen wird: § 65 N. 23. Es urteilen die Edeln.

Digitized by Google

Gerichts tetmalus, eine Bezeichnung, die sich nachher in Nordfrankreich wiederholt[24]). Licht auf diese Versammlungen wirft eine südfranzösische Nachricht, wo als urteilend in einem missalischen Gerichte nur Salici genannt werden[25]). Im französischen Süden aber sind die Salici oder die Franken soviel als die steuerfreien Vornehmen[26]). So weist das darauf, dass die Versammlung für die ganze civitas zunächst von denjenigen besucht wird, die später als franci homines in den Ritterstand übertreten. Im Norden und Osten sind sie wieder die notwendigen Besucher des Grafengerichtes. Das sächsische[27]) und geradeso das österreichische Recht[28]) lässt nur die Schöffenbarfreien oder die ritterlichen das Grafengericht besuchen, das dreimal im Jahr für die ganze Grafschaft abgehalten wird. Diese auseinander liegenden Rechtsquellen beweisen, dass sich die Dingpflicht der ritterlichen Leute, der franci homines, eben gerade auf das selbständige Grafengericht bezieht, wie die geringeren Leute in dem Gericht des Ritters oder Centenars (Goschultheiss im Fränkischen) erscheinen mussten. Das stimmt dann wieder mit den westlichen Nachrichten überein.

In der Dingpflicht der Ritterlichen nur zum Grafengericht liegt der eine Ansatz zur Bildung eines privilegierten Gerichtsstandes, und dieser mag in die sehr frühe Zeit zurückgehen, in welcher die sich verringernden Hundertschaftsgeschlechter die Herren der Hundertschaft wurden; der andere ist damit gegeben, dass der Graf auch seine Ministerialen, die an und für sich von dem öffentlichen Gericht eximiert sind, in sein Gericht mitnimmt[29]). Diese unfreien

---

24) § 28 N. 2.

25) § 28 N. 21.

26) § 3 N. 86 fd. N. 3; § 3 N. 21.

27) S. sp. I. 2. § 2, wo wegen des Zusammenhangs mit § 1 die Lesart die richtige ist, welche von der Dingpflicht „der scepenbare" spricht, nicht die in den Text aufgenommene Variante: „scepenen". Nach den annales Stederburgenses (S. S. XVI S. 216. 1182—1186) wird ein Prozess zum Teil auf der kirchlichen Synode, zum Teil auf den placita provinciarum, quae vulgo lantdhing dicimus, geführt; auf einem dieser placita erscheinen mehr als 60 milites: das ist natürlich nicht die Versammlung eines Go. —

28) Weiland II. 440 § 26; vgl. auch Schwind 34 § 1; dazu Brunner in W. A. 47 S. 321, der die Belege bereits auf dreimalige Dingpflicht für die Grafschaft gedeutet hat; Luschin, Geschichte des älteren Gerichtswesens in Österreich S 61. — Auch das Gericht der alodiarii von S. Lambert (N. 23) in Lüttich, das in der Abgrenzung noch ursprünglicher ist und von der Steuerfreiheit ausgeht, rechne ich hierher.

29) § 48 N. 52.

Digitized by Google

Ritter, die nun mit den freien verwachsen und vielleicht zahlreicher als die ersten sind, haben von vornherein nur im Grafengericht einen Gerichtsstand. So wird denn da und dort in Centordnungen davon gesprochen, dass der Ritter an der Cent nicht Recht nimmt oder nicht Recht zu nehmen braucht[30]). Im 13. Jahrhundert hat das die Reichsgesetzgebung allgemein ausgesprochen[31]), aber damit kein neues Recht gesetzt: die Pointe der Bestimmung richtete sich nur gegen die mit königlichen Domänen verbundenen Centgerichte Frankens[32]). — Neben den Rittern erscheinen am Rhein und in Frankreich, wie gesagt, auch die Notabeln der Bauern, Schöffen oder Gemeindevorsteher auf der Grafschaftsversammlung, und Ähnliches mag anderwärts gegolten haben, wo unter den Landständen die Vertreter der Landgemeinden vorkommen[33]).

2. Die Grafschaftsversammlung ist nun aber freilich nicht der einzige Ort, an dem der Graf seine Gerichtsbarkeit ausübt. Es ist schon vorher ausführlich besprochen worden, dass der Graf auch den Hundertschaftsgerichten vorsitzt, wenn sie über Leib und Leben urteilen. Daraus folgt dann aber, dass der Graf die Grafschaften bereist, und es ist im konkreten Fall sehr schwer zu er-

---

30) Grimm III S. 554 Unterfranken. Auch teilen wir, ob ein edelmann gesessen were in der zente der sich mit der zente behelffen wollte, der soll auch mit ziehen. Were aber, dass er sich on die Zente behelffen wollte, so soll die Zent ime auch nicht beholffen sein. — Lacomblet Archiv VI S. 260 f. Kölnische Mannen und Dienstmannen nehmen nicht an der Landveste Altenwied Recht.

31) Statutum in favorem principum § 9 (Weiland II. 171): item ad centas nemo synodalis vocetur.

32) Unt. § 58 N. 28. Die herrschende Lehre sieht in der Bestimmung das Anzeichen eines allgemeinen Umbildungsprozesses, durch den das Grafengericht die ausschliessliche Gerichtsbarkeit über die Adeligen erlangt, während die Niedergerichte jetzt die Hochgerichtsbarkeit über die Nichtadeligen erworben haben sollten (Schröder S. 586).

33) So z. B. Kempten: Baumann, Geschichte des Allgäus III S. 291; das Kemptener Territorium ist als eine dem Stift verliehene Grafschaft zu betrachten: noch im 15. Jahrhundert wird es als Grafschaft angesehen (Wegelin, Reichslandvogtei in Schwaben II. 136. 1481) — Braunschweig: Hodenberg Lüneburg 146 neben den prelati, milites, famuli stimmen 6 Kirchspiele und 12 Städte einer Verfügung des Herzogs über die Münze zu. Sehr früh erscheinen die slavischen Ortsvorsteher auf dem Lantding der Markgrafschaft Meissen. Cod. dipl. Saxoniae I. 2. 446. 1181 (dazu Meitzen Siedelung u. Agrarwesen II S. 240 f.). Es ist natürlich, dass der Besuch dieser geringeren Elemente in den älteren Urkunden selten erwähnt wird.

Digitized by Google

kennen, ist auch vielleicht bald nicht mehr unterschieden worden, ob der Graf im Hundertschaftsgericht oder für die ganze Grafschaft urteilte[34]). —

Dabei muss dann aber doch in einem sehr wichtigen Punkt zwischen der Blutgerichtsbarkeit im Grafengericht und der im Hundertschaftsgericht unterschieden werden. Es ist im nachfränkischen Recht das Spezialmandat, das der König dem Grafen zur Eintreibung des Königsbanns überliess, als Leihen der Blutgerichtsbarkeit aufgefasst worden[35]), während, wie wir sahen, die Blutgerichtsbarkeit ursprünglich kein Teil des königlichen Rechtes ist, sondern der Gesamtheit gehört. Nun geht der Sachsenspiegel ganz zweifellos von dem Satz aus, dass der Graf seine Blutgerichtsbarkeit nicht übertragen kann[36]); und dass das keine willkürliche Angabe ist, beweist die Stellung des nordfranzösischen vicecomes[37]), der überall nur die niedere Gerichtsbarkeit hat. Auf der anderen Seite zeigt sich aber durchweg, dass auch in den abhängigen oder Centgerichten der Graf nicht selber die Gerichtsbarkeit übt, sondern von dem Waltboten oder dem Schultheiss, allenfalls dem abhängigen Centgrafen vertreten wird[38]). Man wird die ausschliessliche Fähigkeit des Grafen zum Vorsitz im Hochgericht an sich aus ganz unzweideutigen karolingischen Normen ableiten müssen, welche jede andere Art von Hochgericht ausschliessen[39]): der Accent, der für den Süden nichts Neues bringt, richtet sich freilich gegen das unabhängige Centgericht. Allein mit der strafferen Behördenordnung der Karolinger verflüchtigt sich der Satz in den meisten Gebieten. Für das Hundertschaftsgericht, in dem die Bauern dingpflichtig

---

34) Sohms scharfsinnige Ausführungen S. 278 scheitern daran, dass er sich nur die Alternative — entweder Hundertschaftsgericht oder Grafschaftsgericht — gestellt hat.

35) 60 passim.

36) S. sp. III. 52 § 3; hiezu Planck, das deutsche Gerichtsverfahren S. 8 fd.

37) Wenn der theotmallus an der Loire von einem vicecomes geleitet wird, so macht sich hier schon der Einfluss des südlichen Rechtes geltend (§ 27 N. 45), das auch in Berry zu erkennen ist.

38) So § 31 N. 55; Zahlreiches in § 31 N. 83; § 31 N. 61.

39) Brunner II S. 178 fd. Wenn später im Süden Vicare im Immobiliarprozesse urteilen (Sickel, M. Ö. J. Ergbd. III S. 475) und dann das gesamte spätere französische Recht (§ 21 N. 68), so entspringt dies nur der etwas verschiedenen Begrenzung der Hochgerichtsbarkeit im romanischen Süden und

Digitized by Google

sind, übernimmt der Schultheiss oder — was immerhin eine Annäherung an das ältere Prinzip ist — ein besonderer Waltbote den Vorsitz.

An Stelle des Reichsinteresses, das auf persönliche Rechtspflege des Grafen führte, ist aber ein ständisches mit ähnlichem Ergebnis getreten. Bei der persönlichen Gestaltung der Rechtsprechung wird öfters ein Gerichtsstand vor dem Gerichtsherrn persönlich zugestanden[40]). Es wird nun von den Gerichtseingesessenen Wert darauf gelegt, dass der Graf selber richtet, oder dass er wenigstens nicht jedermann, etwa nur einen Freien mit dem Vorsitz betraut[41]). Im ganzen darf man den Widerstand gegen Stellvertretung auf die vornehmen Klassen zurückführen, während die Bauern schon wegen der Gerichtssteuer gar kein Interesse am persönlichen Besuch des Grafen haben konnten; daher dann für die gemeinen Leute überall nur die Hochgerichtsbarkeit des Schultheissen oder eines anderen Beamten an der Cent oder im Go übrig bleibt[42]). Die Erscheinung trifft also mit dem Gerichtsstand der Ritter vor dem Grafen zusammen. —

Nachdem einmal eine Stellvertretung auch am Grafengericht durchgedrungen war, werden die Beamten des Hofes im ganzen als die Vertreter auch im öffentlichen Gericht verwendet. Es ist das später ausführlich zu erörtern[43]).

3. Das Bisherige hat gezeigt, dass der Graf der Vorsitzende einer eigenen Grafschaftsversammlung ist und dass diese dann in den romanischen Süden, hier zunächst als Versammlung der Franci d. h. später der Ritterlichen, übertragen wurde; eigene Hundertschaften im Sinn des germanischen Rechtes werden hier nicht

---

dem germanischen Norden; vgl. Brunner II S. 178 fd.; die allgemeiner lautenden — vielleicht nicht genannten — Kapitularien haben daran nichts geändert.

40) So der Landfrieden Ottokars § 17 (Weiland II. 440), wo dem Landesherrn die Acht über den Dienstmann reserviert ist, während über den Ritter im Sinn des bayerischen Rechts die obersten Landrichter d. h. die Stellvertreter des Landesherrn in der Rechtsprechung richten sollen.

41) Warnkönig II. 45 § 64: nur der Graf oder der Kastellan von Brügge soll die equitatio banitorum vornehmen. Warnkönig II. 816 Kenemmerland: der Graf muss das Grafding beginnen, kann aber im Verlauf an seine Stelle einen Edeln setzen.

42) § 31 N. 83.

43) § 58 § 59.

Digitized by Google

gebildet. Die eine dieser Grafschaftsversammlungen muss das Märzfeld gewesen sein, auf dem die Gesetze angenommen und verkündet wurden[44]). Daneben wird aber der Graf von jeher auch andere Versammlungen haben anberaumen können. Durch die karolingische Reform ist aber die Dingpflicht auf drei Gerichte im Jahr beschränkt. — So scheinen die Grafschaftsversammlungen in derselben Weise über dem Bezirksgerichte zu stehen, wie das Lotting; die Ähnlichkeit wird dadurch verstärkt, dass in der That die l. Salica im Tunginus noch einen, wie es scheint dem Grafen koordinierten, unabhängigen Volksbeamten kennt[45]). — Man gewinnt damit für das altfränkische Gebiet ein ähnliches Bild autonomer und königlicher Gewalt in dem höheren Verband über der Hundertschaft, wie für das sächsisch-friesische und bayerische Recht: die Verbände werden die einzelnen von Chlodwig vereinigten Völkerschaften darstellen[46]).

III. Über der Grafschaftsversammlung kennt das fränkische Recht noch Versammlungen, die die missi halten. — In den Nachrichten über den Tag von Marklo, vielleicht auch von Upstalbom aber kann man eine allgemeine autonome Versammlung für mehrere Völkerschaften sehen, analog dem nordischen logthing[47]). Ganz unzweideutig begegnet eine allgemeine Versammlung für einen solchen weitesten unabhängigen Verband in dem bayerischen Landtage unter Thassilo. Eine Verbindung zwischen den missalischen Landtagen und den Versammlungen der grössten Verbände ist wenigstens nicht positiv aufzufinden.

§ 33. Ortsgemeinde.

I. Kein Institut der alten Verfassung hat unter der einseitigen Gestaltung unserer Überlieferung mehr zu leiden als die Orts-

44) Denn der campus Martius scheint die Versammlung, auf der Gesetze verkündigt werden (§ 28 N. 41); das geschieht aber auf der Pariser Grafschaftsversammlung (cap. 39) von 803.

45) Dass tunginus von centenarius verschieden ist und über ihm steht, hat Brunner II S. 150 f. wahrscheinlich gemacht; ich nehme meine Deutung (Zoll, Kaufmannschaft und Markt S. 436) zurück: denn der tunginus wird immer vor, nicht nach dem Centenar erwähnt.

46) Ich komme auf etwas anderm Weg zum Resultate Brunners S. 151.

47) Über die Upstalbomer Versammlung oben N. 5; über den sächsischen Tag von Marklo die bekannte Nachricht der v. Lebuini (S. S. II S. 361): Waitz I S. 366. Dass neben den nobiles die Freien und die Liten durch Vertreter beteiligt waren, ist nach den Nachrichten über den Stellingaaufstand nicht unwahrscheinlich; hier handeln Frilinge und Laten als selbständige Macht.

Digitized by Google

gemeinde. Sie befasst zunächst die kleinen Freien; die Urkunden aber reden im wesentlichen von den Schenkungen, welche der vornehme Grossgrundbesitzer, der sehr häufig ausserhalb des Gemeindeverbands steht, an die Kirche macht, und die Rechtsquellen sprechen im allgemeinen von der Einrichtung erst in dem Augenblick, in dem deren ruhiges Fortleben durch die Entwickelung des Fürstenstaates gebrochen wird, d. h. im späten Mittelalter und im 16. und 17. Jahrhundert. So ist es wohl zu erklären, wenn auch ein hervorragender Forscher wie Amira[1]) annimmt, dass „die Landgemeinde auf kontinental deutschem Boden insgemein erst durch die Grundherrschaft zum politischen Bezirk gemacht worden" ist. Allein in Wahrheit ist die Gemeinde ein ursprüngliches Institut des ältesten öffentlichen Rechts.

II. Weithin fungieren für einen kleinen Verband Beamte, die durch den Inhaber der öffentlichen Gewalt eingesetzt sind und von den Beamten der Grundherrschaft scharf geschieden werden müssen. In Frankreich heissen sie maiores[2]). Ihr Amtsbezirk fällt direkt mit der Gemeinde zusammen. Ähnlich ist es in Holland[3]),

---

[1]) Recht S. 76 (S. 126).

[2]) Teulet I. 511. 1190 Champagne: prepositus (des Grafen für den vicecomitatus la-Ferté s. Aube) debet majores per vicecomitatum constituere ad voluntatem suam, sine precepto meo et vicecomitis. Ord. I S. 83. 1216: nos ordinavimus de nostris Communibus Normannie, quod crastino beatorum Apostolorum Simonis et Jude, Major qui anno illo fuerit, simul cum aliis probis hominibus ville eligant tres probos homines, qui tres homines praesententur nobis, in octabis sancti Martini sequentis, apud Parisios. De quibus tribus probis hominibus nos trademus unum ville in Majorem. Ord. I S. 82. 1256 Gesetz für das ganze Königreich: Derechief nous ordenons que li noviaus Maires, et li viez et quatre des preudeshomes de la ville, des quiex quatre li uns, ou les deux qui auront receu, ou despandu cette année les biens de la ville, viegnent à Paris à nos gens aux octaves de la saint Martin ensuivant, pour rendre compte de leur recepte, et de leurs dépens. Doc. Vosges II S. 221. 1345: der viele Dörfer umfassende Bann von Vagney steht unter einem prepositus, die einzelnen Dörfer unter maiores. Die beiden letzten Stellen sprechen zwar nicht von der Ernennung der maiores, sondern nur von der Unterordnung unter die staatliche Gewalt. In den beiden anderen Stellen, namentlich der ersten, ist die Sache als etwas Selbstverständliches angesehen. In Ord. XI S. 301 § 31, § 35 Athyes ist der maior zwar erblich, aber seine Beamtenstellung tritt noch darin deutlich hervor, dass er ein Drittel der gräflichen (königlichen) Gerichtsgebühren bezieht.

[3]) In Holland und Seeland steht an der Spitze des Amts ein oder mehrere Schultheisse. v. d. Bergh II. 40 § 19: postquam querela ad ecclesiam illius

Digitized by Google

wo der Gemeindebezirk das Amt eines Schultheissen ist, Drenthe[4]), da und dort auch sonst in den Niederlanden[5]), wo Schultheisse,

officii coram sculteto et tribus parochianis pulsatus fuerit, et super hoc per comitis veritatem convincitur, solvet rapinam; si vero solvere non poterit, dominus suus solvet pro eo, vel scultetus officii, et si in ipso officio plures fuerint sculteti, ipse scultetus per quem malefactor in ipso officio manet et qui eum confortaverit, pro eo solvet, et omnia bona erunt in gratia comitis. II. 747 § 52: In wat ambochte maer een scoutate en es die selve sal vredeghisel worden, ende siinre meer in een ambocht dan een, die gheene die de graye kiest, sal vrede ghisel worden. v. d. Bergh II. 421: ut ipsi scultetis irrequisitis in quorum officiis habent terras non liberas. II. 816 a. E. 1292: In onsen vrien ambochten daer wi scout ambochten verlienet hebben, die scoute die is verlient van ons en mach niemant onder hem setten, maer die ambochtsheren die van ons verlient sien die moghen enen scout onder hem setten. — Südholländische Dingtaal (O. V. R. Br. IV. 2 S. 303): Item een man, die vroonen wil, die sal comen in een openbaer vierschaer van ghemeen buersrecht inden ambocht, daer dat erff gelegen es, ende gheeven daer te kennen den schout met den ghemeenen heemraet vanden selven ambocht hoe dat hy erff heeft leggen tot eenre plaetse, daer hy aen gepandt ende geeygent heeft met eenen schepenen brieff of met eenen heemraets wilcoor, naeden recht vandem lande. Das Amt ist identisch mit der Gemeinde oder Parochie: Für Südholland die vorausgehende Stelle; für Seeland v. d. Bergh II. 748 § 1: In den eersten die scoutaten van elcker prochien Bewesterscelt zullen alle jaire binnen den vier Paeschdagen mit gemeen overeendrachten kiesen vijf scepenen of zevene naedien dat die prochie groot is. Einmal wird das Amt auch als Bann bezeichnet (v. d. Bergh II. 816): Voerd elc man mach siins erves ghebruken in dien ban daert in leyt, ghelike den anderen buren dier in wonen al woent hi in een ander ambocht. Andere Nachrichten zeigen die geringe räumliche Ausdehnung des Amts (der Parochie). v. d. Bergh I. 314. 1229: auf der Insel Schouwen bilden zwei kaum einen Kilometer auseinanderliegende Orte zwei gräfliche Ämter. In Walcheren finde ich sechs Ämter namentlich erwähnt (I. 436. II. 257. II. 879. I. 590); anderwärts (II. 257) wird noch von fünf anderen gesprochen. II. 416: eine Reihe von Dörfern von Südholland erscheinen als Ambochten. II. 422: In dem kleinen Gebiet zwischen Schie und Gouwe liegen mindestens elf Ämter. Im späteren holländischen Recht fällt Dorf und Amt zusammen: Simon von Leeuwen het roomsch hollandsch recht V. B. 1. 1 (Bd. II S. 324 der Ausgabe von 1783). — Einmal ist das Amt mit dem haymanne (in Schweden bedeutet hemman nicht die Bauernschaft, sondern das einzelne Bauerngut; vgl. Schlyter, corp. jur. Sueo-Gothorum ant. XII S. 432 und so noch jetzt) an Umfang gleich gesetzt. v. d. Bergh I. 314. 1229: Schouwen ist deutlich in haymane verteilt; später heisst es: in minen haymanne of in minen ambochten tot Burch of te Haemstede. Amt tritt nun aber auch als Bezeichnung desjenigen Grundbesitzes auf, der nicht geliehen, sondern Eigen des Besitzers ist. v. d. Bergh II. 453: dat ic hebbe ghegheven in rechter manghelinghe Boudine Willems sone ute Duvelant LXXX mergen gheevens ambochts int oude lant van Duvelant. II. 586. II. 614. II. 676; in der seeländischen Keure von 1290

Digitized by Google

Amannen, maiores an der Spitze des kleinen Verbandes sich befinden, dagegen tritt in anderen Quellen die gleiche Erscheinung

---

(v. d. Bergh II. 747 §§ 13—15) wird das Ambocht dem Leengut gegenüber gesetzt, welch letzteres hier nicht das ritterliche Lehngut ist. Die Steuerbelastung ergibt sich aus dem oben Erwähnten. v. d. Bergh II. 421: So ist der Schultheiss der Beamte nicht der Grundherrschaft, sondern des öffentlichen Rechts. Allerdings erscheint dann dieses öffentliche Schultheissenamt vielfach erblich im Besitz von Grundherren (Ambochtsherren), und zwar sind häufig direkte Belehnungen durch den Grafen bezeugt. v. d. Bergh I. 327. I. 363. I. 491. II. 197. II. 407. II. 416 (vgl. dazu van Loon aloude hollandsche histori 1734. II. S. 357); über die spätere Verbreitung in Rijnland vgl. S. v. Leuwen: costumen van Rijnlant S. 16 fd. — Diese Ambochtsherren sind nicht unabhängig; sie haften für die Ablieferung der öffentlichen Gefälle, die bisher im Amt erhoben werden: v. d. Bergh II. 1. Ihre Hauptbefugnis ist, dass sie den Schultheiss ernennen. In diesem Sinn wird unterschieden zwischen freien und verliehenen Ämtern. v. d. Bergh II. 639. II. 816 a. E.: Text s. ob. II. 1098 S. 507: In onsen vrien ambochten dair wy scoutambochten verlient hebben, die scoute die van ons verleent is die ne mach nyement onder hem setten. — Im gewöhnlichen Leben wird dann mit Amt speziell auch das Landgebiet im Gegensatz zur Stadt verstanden, selbst wenn der Landbezirk noch mit der Stadt vereinigt ist (v. d. Bergh I. 590. II. 110. II. 557. II. 879).

4) Drenter Landrecht von 1412 c. 36, c. 45: für das Kirchspiel ist ein täglicher Richter oder Unterschultheiss eingesetzt, der sowohl die Strafgelder der Gemeinde, wie das des Gerichtsherrn einzuheben hat. In dem Groninger Gorecht, das ja eigentlich nur ein losgelöster drenthischer Go ist, kommen für 13 Dörfer im 16. Jahrhundert 6 Schulten vor (pro excol. iure patrio VI S. 651, S. 652); im altertümlichen Seelwerder Landrecht treten dann dieselben als Unterschulten auf, deren Kompetenz sich auf das Kirchspiel bezieht (ebenda S. 610, S. 611, S. 635); besonders ihre Pfändungsbefugnis wird hervorgehoben. — Über die Oberschultheissen dieser Gebiete, die für den Go eingesetzt sind, § 31 N. 83.

5) Twente: Racer III S. 300: der Bauer wie der Bürger kann sich auf die Entscheidung seines Ortsgerichts berufen; ersteres geschieht mit den Worten: ik sta onder die jurisdictie van mynen schults in 't land. — Overyssel: Schlingemann de judiciis Transisalaniae S. 1 fd. — Flandern: Warnkönig II 199. 1160 als eine besondere Konzession des Grafen an 2 Orte: habeant potestatem eligendi sibi super se ministrum. II 34: in den freien (§ 41) Dörfern Sleidinge und Desseldonk besteht ja eine Schöffenbank (§ 1), und daneben wird (§ 4) ein Meier oder Amtmann erwähnt. Eine Genter Quelle setzt mairie und Amt gleich: recueil — de la ville de Gand I S. 496 § 13: le mairie de Gant ke on dist en flammench ammenscap Interessant noch die Coutume für Furnes von 1615; hier kommen im Amt 42 Parochien mit 32 Amannen vor: Richebourg I S. 634; der Amann ist Vollstreckungsbeamter (S. 678 ff.); unabhängig davon hat aber jede Parochie ihre Gemeindegerichtsbarkeit (berechte): Richebourg I S. 674 t. 52. — Brabant: Wauters S. 50. 1190: der Herzog verzichtet auf quicquid etiam lucri provenerit, in

Digitized by Google

im ganzen erst sehr spät, zum Teil erst im Zusammenhang mit dem Bauernkrieg ein[6]), ebenso kennt das Sachsenrecht einen

omnibus causis quae per majorem et scabinos terminantur. Als Vorstand der Meierei wird einmal der Schultheiss genannt: Jean de Klerk I. 167. 1338: Voert soe willen wi dat die meyerie van Liere ende van Santhoven ghesceden sijn ende selen bliven, ende dat yeghelijc haren scoutheten selen hebben. Anderwärts wird der obrigkeitliche Lokalbeamte als Amann bezeichnet, der hinter dem höheren scultetus (tribunus) steht: Wauters S. 23. 1146 Antwerpen: S. Gerungi tribuni, S. Aloldi amman, S. Berconis decani. Jean de Klerk 143. 1326: in onse stat van Antwerpen scoutheete, noch amman. In Brüssel ist dann der Amann die Lokalobrigkeit geworden, weil der castellanus zurücktritt: Wauters S. 100. 1226; Brüsseler Chora. von 1229 bei Warnkönig von der Wichtigkeit der Kunde des Rechtes und der Geschichte der belgischen Provinzen S. 57 ff. Der Amann hat dann auch die Abhaltung der 2 placita generalia in jedem der 12 Orte um Brüssel übernommen: Wauters, le duc Jean Iném. cour. coll. in 8° XIII S. 506. — In den Lütticher Quellen des ausgehenden 13. und des 14. Jahrhunderts erscheint als Dorfvorstand der maior (Parweilhars 71. 241).

[6]) Grimm I S. 832. 1553: unter dem Freischultheiss des Hochgerichts von Wied stehen 3 Schultheisse für die 3 Kirchspiele, die zum Hochgericht gehören. — Im Spessart (Grimm VI S. 79 § 1: Und erstlich so ist ein alt herkommen und alwegen in ubung gewesen, das ein ganze gemeind jerlich und eines iden jars besonder, wan die gemein Burckhart helt, ein heimerichen erwelt und ordnet, welicher unser gnedigen herschaft zuvorderst und dan einer gemeind sachen zu gebiten und verbiten hat, wie in andren dorfern die schulthesen, und das also lang bis man schulthes und andere von unserm gn. h. geordnete amptleute erreicht) wird 1556 der bisher gewählte Hemmerich des Dorfes dem künftig zu ernennenden Schultheissen des Dorfes gegenübergestellt. — Später erscheinen in Würzburg schon überall Dorfschultheissen: N. Müller, die wichtigsten Pflichten eines Dorfschultheiss im Hochstift Würzburg S. 204 ff. — Im Erbachischen wird zwischen dem Dorfgericht unter den Schultheissen und dem kommunalen Haingericht unterschieden (Simon, Geschichte der Dynasten und Grafen zu Erbach S. 70), während noch Ende des 15. Jahrhunderts im Aschaffenburgischen Kahlgrund unter dem Landgericht auch herrschaftliche Untergerichte stehen, aber, soweit man sehen kann, alle nur für grundherrliche Dörfer (Grimm III S. 406 f.). — In der Pfalz (Grimm IV S. 629 § 9) erlässt ein Dorfschultheiss bereits 1476 die Einung; es handelt sich aber um ein gutsherrliches Dorf. So gewinnt man im allgemeinen den Eindruck, dass sich der Eintritt der herrschaftlichen Schultheisse in die freie Gemeinde der deutsch-fränkischen Gebiete im 15. und 16. Jahrhundert vollzogen hat; es ist überaus bezeichnend, dass 1527 nach der Niederwerfung des Bauernaufstandes im Rheingau überall Dorfschultheissen ernannt werden, und dass Heimgerede, das jetzt auf die Markangelegenheit sich beschränkt, obrigkeitlich kontrolliert wird (Hennes, Albrecht von Brandenburg, Erzbischof von Mainz und von Magdeburg S. 243 ff.). Ähnlich finden sich noch im 16. Jahrhundert im geldrischen Gebiet zwischen Maas und Waal nur zwei Schultheissen: v. Loon Gelders Placaetb. II. app. col. 25. 1534: want dan wy ytsont in onse voirsz. lande

Digitized by Google

solchen Lokalschultheissen nur in Städten[7]); in Bayern[8]) steht allerdings unterhalb dem Schultheissen noch ein Scherge (Amann) als

niet meer dan twee gesworen Scholtissen gestellt hebben, waerby onse ondersaeten in dem gericht als wy verstaen verkort ind verhindert worden, gunnen ind believen wy, dat von nu voortaen de twee scholtissen voerz. in elker kerspelstellen sullen mogen eenen vromen eerliken man, daer sy voer entreden sullen tot eenen onderschult mechtigh wesen te doen ind te laeten gelyk ander onderscholten in onser landte van Oberbetuwe ind Nederbetuwe doen.

7) Westf. U. B. IV. 1642: in Herford hat der bedellus das Gericht über die causae cotidianae; das Rechtsbuch bezeichnet seine Gerichtsbarkeit (die tägliche Gerichtsbarkeit) als Burgericht (Westfälisches Archiv II S. 28 § 20); Hameler U. B. 292: preco richtet bis 1 sol.; Lübeck cod. I § 56: preco richtet bis 6 Denar. In Soest lehnt das alte Stadtrecht noch deutlich die Gerichtsbarkeit des preco in kleinen Käufen (iniuste mensurationes) ab und bewahrt sie den Burrichtern der einzelnen Ty (Seibertz I. 42 § 37). In der späteren Schrae (z. B. § 69) treten nurmehr die Erbfronen hervor (Seibertz II. 719). — Im 15. Jahrhundert fungieren für die Kirchspiele des Landes Hadeln Schultheissen mit einem eigenen Kirchspielsrecht (Lappenberg, über ältere Geschichte und Rechte des Landes Hadeln: Spangenbergs Neues vaterl. Archiv II. (1828): Rechtsbrief v. 1456 (S. 167), v. 1458 (S. 174).

8) In Bayern tritt als der lokale herrschaftliche Beamte der preco, Scherge, Amtmann auf, die Identität von Scherge und Amtmann ergibt das Bayer. Landrecht c. 263: Hincz amptlaeuten ze chlagen. Swer hincz ainem schergen icht ze chlagen haet. Preco und Scherge: Q. E. bayer. Gesch. V. 36 § 23 mit V. 59 § 24. M. B. XII S. 147: marquardus preco. M. B. XII S. 152: marchart der Scherg. — Der Scherge hat nun deutlich mehrere Dörfer unter sich: M. B. XXXVI a S. 47; Bayer. Landrecht c. 136: wo zway doerffer mit einander chriegent umb ain gemain, da sol der scherg den naechsten zwain dorffern oder drein gebieten; so macht er Dienstreisen (bayer. Landr. c. 267) und hat Dienstpferde (Q. E. bayer. Gesch. VI. 140 § 12). Deutlich ist er ein Beamter des Grafen (M. B. XII S. 347. 1172: si fur extraneus in villa captus fuerit, Scerioni Comitis tradetur), später des Herzogs (Rosenthal, Geschichte des Gerichtswesens und der Verwaltungsorganisation Bayerns S. 80). Mit dem niederen Dienst bei Gericht hat er von Haus aus nichts zu thun: er wird (bayer. Landrecht c. 173) von dem Gerichtsdiener geschieden. Gerichtsbarkeit hat er nicht; allerdings kann bei ihm geklagt werden (Bayer. Landrecht c. 2), aber nur dann erhält er ein Strafgefälle, wenn der Richter ein solches bezieht (Bayer. Landr. c. 264), d. h. er hat eben keine selbständige Entscheidung (so auch mit Recht Rosenthal S. 79). Genau denselben Anteil (1 sol. von 6 sol.) an dem richterlichen Strafgefälle, den in Bayern der Scherge hat (Bayer. Landrecht c. 264), hat in Österreich der Waldbot des Landrichters (gräflichen Richters) (Schwind 50 § 90). Man muss deshalb beide Beamte identifizieren. — Es handelt sich sonach um einen gräflichen Beamten, der für Unterbezirke der Grafschaft, aber nicht für ein Dorf als Vollstreckungsbeamter eingesetzt wird. Bei Meier Helmbrecht 681, 1639—1650, 1679—1686 erscheint er deutlich auch als derjenige, der den schädlichen Mann verhaftet und nach seiner Verurteilung durch das Gericht

Digitized by Google

Vollstreckungsbeamter, aber auch sein Bezirk erstreckt sich über mehrere Dörfer. In Schwaben ist nach späterem der lokale Weibel — der einzige Beamte am Ort — von Haus aus ein Gemeindebeamter. Man darf also das Unterschultheissentum im Osten für ein Ergebnis des späteren Mittelalters ansehen, während in Frankreich der Prozess schon viel früher durchgedrungen ist. Im Osten gehen die Schultheissen den Hundertschaften parallel oder sie sind wenigstens für grössere Unterbezirke der Hundertschaft eingesetzt[9]). Immerhin deutet auch im Westen der Name auf eine sekundäre Bildung, denn das Wort maior ist zweifellos herübergenommen aus der früh mittelalterlichen Grundherrschaft[10]) und bedeutet sonach den Vorstand eines abhängigen Dorfes. Im abhängigen Dorf allein hat man eben zunächst einen von der Herrschaft ernannten Dorfvorstand gekannt. —

Wo ein obrigkeitlicher Ortsvorstand eingesetzt ist, werden dann wohl auch obrigkeitliche Urteilsfinder (scabini) ernannt[11]). Natürlich dürfen aber nicht die scabini aller Orte daraus erklärt werden; in den Römerstätten werden eben die senatores als scabini angesehen und gerade so tragen die Vorstände der unabhängigen Landgemeinden diesen Namen[12]). —

Dem obrigkeitlichen Ortsvorstand steht auch im Westen die autonome Gemeinde als ein selbständiger Rechtskörper gegenüber. Allein sehr früh muss dann doch wieder eine Vermischung

---

hinrichtet v. 1651 ff.: Nû hoeret den sprüchen, wie die diebe krüchen für gerihte mit ir bürden dâ si erhangen würden; v. 1673. Andererseits zeigt sich nun aber, dass ursprünglich der Scherge vom Schultheiss verschieden ist, der als Vertreter des Grafen in seiner Rechtsprechung verwendet wird (§ 31 N. 61); so muss der preco (Amann) unter dem Schultheiss stehend gedacht werden, wie der preco oder Amann in den niederländischen Gebieten unter dem höheren Schultheissen steht. — Den herrschaftlichen Beamten gegenüber werden die Dorfgerichte noch in der erklärten Landesfreiheit II. 13. gehalten.

9) § 31 N. 72 N. 83.

10) Am besten Guérard polyptyque de l'abbaye Irmin. I S. 442 ff. Fustel de coulanges l'alleu S. 448. — Genaueres § 58. I. 1.

11) v. d. Bergh II. 40 § 50: in quolibet officio et in qualibet vierscarne IX. vel XI debent esse scabini, qui per comitem eligentur. v. d. Bergh II. 748. Hierher dann auch die scabini, die in dem flandrischen Recht sich an die sculteti anschliessen und unter scabini der alten Hundertschaftsgerichte stehen. Warnkönig II. 220 § 4. II. 222 § 7. — In den friesischen Gebieten, soweit sie dem holländischen Grafen unterworfen werden, sollen diese gesetzten Schöffen die Asega als Urteilsfinder ersetzen (v. d. Bergh II. 816).

12) § 29. III.

Digitized by Google

des obrigkeitlichen und des autonomen Gemeindeamtes stattgefunden haben, so dass der obrigkeitliche Beamte zum gewählten Gemeindebeamten wird. Dies gilt für das niederländische Recht, wo — namentlich in den Kolonien — die Wahl des Schultheissen erwähnt wird, und in der französischen Kommune, wo fast durchweg der maior das Haupt der Kommune geworden ist[13]). Das sind eben die starken Gemeinden, die das fremde Element in eine Gemeindebehörde verwandelt haben. In der Masse der Gemeinden ist der Schultheiss (maior) ein obrigkeitlicher Beamter geblieben.

III. 1. Wie ist nun aber die autonome Gemeindevertretung beschaffen? Die Weistümer des deutsch-fränkischen Gebietes unterscheiden den Heimburger als gewählten Beamten des Dorfes von dem Schultheissen als dem gesetzten Beamten[14]). Die Heimburger, Heimannen, Heien, kommen bald in der Einzahl vor, bald sind es mehrere[15]); ihr Charakter als Kommunalbeamte drückt sich in ihrer Beziehung zu der Almende aus[16]). Werden einmal die Heimburger von den herrschaftlichen oder hochgerichtlichen Schöffen des Ortes unterschieden, so heissen sie anderwärts doch selbst wieder Schöffen[17]), weil sie eben auch bestellte Urteiler sind.

---

13) Für das erste § 38 N. 43; für das zweite sind besondere Beispiele notwendig; die Sache ergibt sich aus jeder nordfranzösischen Kommunalurkunde. Darüber unt. § 34.

14) § 31 N. 68; § 33 N. 6 das charakteristische Beispiel aus dem Spessart; dann noch Grimm VI S. 18 § 7.

15) Lacomblet II. 460: Übertragung eines Schultheissenamtes coram Heymannis in Hertene. II. 569. 1266: et hec acta sunt in curte nostra predicta coram hominibus ipsius curtis, qui vulgariter hygen vocantur, scilicet Hermanno milite de Lensgdorpe, Marsilio, Tilmanno de Lensgdorpe, Henrico dicto medico de bunna, et Rudolfo de berrinchoive. Lacomblet II. 743. 1280: predicta bona omnia Gunterstorp super strata publica coram iudice et hyemannis et tota parrochia e taliis hominibus terre supraportavimus. — Quellen Köln II S. 594: istud vinum predictum, quod dicitur pachwin, solvunt quidam in unkele qui dicuntur hijgen, et sunt jurati ecclesie s. marie. Die Einzahl tritt bei den Heimburgern in den meisten § 31 N. 68 citierten Stellen hervor; in der Mehrheit als eine zahlreiche Behörde stehen z. B. die Heimburger in Worms III S. 225. 226: sedecim jurati heimbürgere, während es in Speier (Speier U. B. 318; Anhang II S. 478) einer ist.

16) Lacomblet II. 738. 1279: in Duisburg sind die Richter scabini; daneben aber der besondere Rechtskreis officialium, qui dicuntur Hyen, et heredum ac officialium, qui dicuntur Waltgenoten seu Holtgenoten.

17) Lacomblet II. 791: Veräusserung coram . . . scabinis sive hyemannis Carpensibus.

Digitized by Google

In Holland bilden die Heimraden den Gegensatz zu dem Schultheissen und seinen Schöffen; die Heimannschaften treffen wohl territorial mit dem Amt zusammen, werden aber doch sprachlich geschieden[18]). Die gleiche Bezeichnung (hey) tritt dann auch in der bayerisch-schwäbischen Komposition Eschhay, Wieshay, Holzhay hervor; der Eschhay, Wieshay, Holzhay ist ebenfalls ein von der Bauerngemeinde für die autonome Agrarverwaltung bestellter Beamter[19]).

Überall handelt es sich eben um die gewählten Beamten des Heim — dieser ältesten und verbreitetsten Bezeichnung für das Dorf[20]). Da überall das freie Wahlrecht für die Heimburger charakteristisch ist, und überall der von oben gesetzte Schultheiss den Gegensatz bildet, so kann es sich nicht um eine Behörde handeln, die zunächst in der Grundherrschaft entstanden wäre. Das tritt denn auch darin hervor, dass die Heimburger weithin als die allgemeinen Rügezeugen im öffentlichen Landgericht und deshalb schliesslich auch als die Urteilsfinder fungieren[21]). Allein so wie das Institut in der Urkunde auftritt, lässt sich das Institut wählbarer Heimburger allerdings auch in den Grundherrschaften verfolgen, teils direkt[22]), teils darin, dass schon sehr früh eine Wahl des centurio (Hunne) des Dorfes durch das grundherrschaft-

18) Vgl. ob. N. 3: Südholländische Dingtaal S. 303; dann v. d. Bergh I. 314. — Während im Schwedischen der Besitz der einzelnen heimann ist, ist im Fränkischen der Besitz der Gemeindegenossen zusammen heimann. — Ganz parallel dazu bedeutet gewöhnlich ethel das Erbgut des einzelnen, einmal ist aber im Fränkischen heimadal der erbliche Besitz der Gemeinde (Grimm VI S. 621 § 2: ob. § 21 Nr. 50). Mir scheint das auf eine Zeit zu weisen, wo der Grundbesitz den gemeinen Leuten nur in ihrer Gemeinschaft dauernd zugehört.

19) Bayer. Landrecht c. 143. Grimm III. 645, bayer. Schwaben.

20) Nicht selten sind hyen auch die unfreien Dorfleute eines gutsherrlichen Dorfes. Halberstadt I. 152: heien nach den lazzi I. 284 (S. 253): mansus familorum que hygen vocantur. Westf. U. B. III. 781: hygeschen ist die familia servorum. Quellen Köln II S. 96. 1255: vrie heig sind hier die Cerocensualen. Es ist eben die Grundbedeutung von hei Geschlecht, familia und von da ab Dorf. Deshalb kann das Wort auch zur Bezeichnung derjenigen Unfreien verwandt werden, die die lateinischen Urkunden als familia zusammenfassen (vgl. Grimm, Rechtsaltertümer S. 305). —

21) § 21 N. 50; § 29 a. E.

22) Schöpflin II. 817. 1300: So das dallüt ein heimburgen wil machen, so sol das dallüt ein kiesen der in wol givalle unde sullent die von Andlahe den setzen.

Digitized by Google

liche Gericht angestrebt wird[23]). Der centurio des Dorfes aber fällt, wie bald nachher zu entwickeln ist, mit dem Heimburger zusammen. Solches Wahlrecht in der Grundherrschaft kann natürlich nur der Reflex der Wahl ausserhalb der Grundherrschaft sein.

2. Das Bisherige hat bereits eine weitere Gleichung ergeben: im Niederfränkischen heissen die Vertreter des Heims die Heimraden[24]). Unter ihren Funktionen tritt natürlich diejenige hervor, welche dort die wichtigste ist, das Deichwesen[25]). Aber einigemal zeigt sich, dass sie ganz allgemein die Gemeinde vertreten[26]). Damit gewinnt man dann einen ursprünglichen und breiten Beleg dafür, dass die Gemeindevertretung Rat heisst[27]).

3. Die heimraden heissen durchweg auch Geschworne, und so lassen sich dann „jurati" als das Organ der Gemeinde weithin verfolgen[28]). Besonders sind sie in Frankreich die Führer der communio[29]), also gerade der Gemeinde. Die Entstehung des

---

23) Beyer I. 310. 1038: nullumque centurionum absque eiusdem abbatis fratrumue consensu ac legali familiae electione preficiendum esse censui.

24) v. d. Bergh I. 132. 1155: coniuratos, quos heimrat vocant, für eine Parochie. II. 248: juratorum qui hiemraders dicuntur. II. 300: jurati sive heemrader.

25) Lacomblet II. 957. 1295: et etiam quod deffinitores dictos Heymerader et iudicem de suis fossatis discernendis et ordinandis eligere poterint.

26) Südholländische Dingtaal S. 303 (N. 3): der Schulze handelt, met den ghemenen Hemraet. v. d. Bergh II. 748 § 1: wenn die Schultheissen einer Parochie sich über die Wahl der Ortsschöffen nicht einigen können, zoe zal die dijckgrave mitten meesten gevolge van den gezwoirnen die scepenen kiesen; II. 816 S. 375: So wie onse scot onthout hi salt ghelden twivout ende dat scot van elken ambochte sellen die ghezuoren van elken ambochte gaderen ende ontfaen; auch v. d. Bergh I. 400.

27) Die sonstigen Belege sind jünger. Maurer, Dorfverfassung II S. 68 ff.

28) Beyer III. 1506. 1259: ein Ritter veräussert sein Alodialgut in territorio ville de Kalte vor predicti oppidi juratis. Beyer III. 231 a. E.: auf einem placitum generale (geschworenen Montag) in Boppard erscheinen neben den scabini von Boppard die jurati de monte. Lacomblet, Archiv VI S. 489: der Grundherr prefatos hyemannos sive juratos sub iuramentis suis de fidelitate prestitis et in ea fidelitate qua sibi essent astricti, monuit et requisivit, ut sibi sicut de iure tenerentur recitarent.

29) In Tournay wird die communio durch die jurati vertreten, nicht durch die gleichfalls vorhandenen scabini: Ord. XII S. 248 f. 1187. Ebenso Laon: Ord. XI S. 185 § 2, § 4: scabini getrennt von den jurati, § 16; Varin I S. 519 530. Ol. I S. 752. IV: die scabini werden vom Bischof vereidigt; Ol. I S. 778 XXIII: besonders scharfer Gegensatz zwischen den scabini, die für den Bischof die Gerichtsbarkeit üben, und den jurati, die sie für die Kommune üben. Die

Digitized by Google

Namens jurati ist leicht zu erklären. Nach der Gestaltung des Unterthaneneides in Südfrankreich sieht man, dass der Unterthaneneid gerade von den Vorständen der Gemeinde geleistet wird, und im Norden hat sich ergeben[30]), dass die jurati die verejurati d. h., dass sie die Rügezeugen sind, ganz im Einklang mit der Funktion, welche die Heimburger haben. Das Rügezeugnis aber geschieht eben auf den Unterthaneneid hin. So sind die jurati eben die Gemeindevorstände, welche als solche von der Obrigkeit vereidigt werden und als Rügezeugen zu dienen haben, deren wesentlichste Funktion aber die Gemeindeverwaltung ist.

4. Von da aus folgt weiter, dass die koratores der flandrischen Quellen als Gemeindevorstände aufzufassen sind. In Aire stehen

---

grosse Gruppe von Soissons: Ord. XI S. 220 § 7; Senlis (hier im Gegensatz zu den jurati die pares [Flammermont Senlis S. 11]), die dann Anfang des 14. Jahrhunderts (Ord. XI S. 283 § 6) verschwunden sind. — S. Quentin: Ord. XI S. 271 § 8: maior und jurati richten in den Sachen, die die Kommune betreffen, daneben castellanus und scabini § 12, § 13; ähnlich Bray (Ord. XI S. 296 § 9—11), wo die Schöffen noch das obrigkeitliche Gericht bilden, das über die an den König fallenden emendae und Civilsachen urteilt. Noyon: Ord. XI S. 224 § 7: jurati nehmen in die Kommune auf; Lefranc Noyon 12. 1166: jurati communiae; 14. 1180: jurati Richter der Kommune; dagegen 23. 1195—1223: si quod forifactum factum fuerit et clamor ad episcopum venerit, emendatio forifacti episcopi erit et judicium facient scabini; 38. 1237 werden die scabini von den Vertretern des Bischofs und castellanus gewählt. Corbie: Ord. XI S. 216 § 6. Auch in Cambray stehen die jurati (pacis oder communiae) den bischöflichen Schöffen gegenüber (Belege bei Reinecke S. 181 f. S. 188 f.). Auch sonst finden sich häufig in den alten Quellen zwischen scabini und jurati Unterschiede: Ord. XI S. 275. 1196 (Bapaume), Ord. V S. 162 § 25 (Peronne), Teulet 986 (Hesding). — Es ist eine späte Entwicklung, daraus entstanden, dass die Kommunalbewegung die Schöffen in ihren Kreis zieht, wenn in den Quellen zu Ende des 13. Jahrhunderts Schöffen und jurati zusammengeworfen werden; so Ol. III S. 556. LII mit S. 1264. XLVII (Pontoise); dann Ol. I S. 128. VII, S. 652 VII, S. 663 VI, S. 800 VII, S. 822 XVII, II S. 69 VI mit Ol. I S. 135. II, 191. VI, 629. XXIV, II S. 561, VI S. Riquier. — Am frühesten lässt sich dieser Prozess in S Omer verfolgen, wo in der Charte von 1168 (Giry 14) § 24, § 35 bis § 44 die Gerichtsbarkeit der Communio mit jurati an der Spitze scharf von der gräflichen Gerichtsbarkeit getrennt wird, und dessen Urteilsfinder (Giry N. 27) die scabini sind; im 13. Jahrhundert aber erscheinen die scabini an der Spitze der communio. Allein auch in einigen sehr ursprünglichen Quellen erscheinen die scabini (pares) als die Leiter der Kommune: so für Beauvais (Ord. VII S. 622 ff. 1182), dann anscheinend für die Gruppe des Rechts von Amiens (z B. Thierry I S. 109 § 4); ob für Rheims? (Varin I S. 391 ff.)

[30]) § 21 N. 51.

Digitized by Google

iurati neben den scabini[31]); in der interessanten Urkunde über die amicitia von Aire[32]) aber erscheinen als Führer der amicitia, d. h. der Kommune, die iudices selecti[33]). Das ist dann nichts anderes als die Übersetzung für coremani, wie sie in den Quellen des Landes Furnes auftreten und hier zugleich Rügezeugen und die Verwalter der Gemeindeangelegenheiten sind[34]).

5. Im Oberfränkischen werden an der Spitze der Gemeinde auch Grafen genannt — soweit man sehen kann, nicht gesetzte, sondern gewählte Gemeindevorstände[35]). Auch im Niederfränkischen wird das Wort zur Bezeichnung eines Kommunalbeamten gebraucht; doch tritt aber dann leicht eine Beziehung zur gemeindlichen Agrarpolizei hervor[36]). Es gehört ja schliesslich in die gleiche Sache, wenn die Vorstände der grossen Waldverbände als Markgrafen, Holzgrafen[37]), der Deichverbände als Deichgrafen bezeichnet werden; welche Schlüsse sich daraus auf die ursprüngliche Bedeutung des Wortes Graf machen lassen, bleibt dahingestellt.

6. In den alamannischen Quellen ist der Gemeindevorstand

---

31) Delisle, Catalogue des actes de Philippe-Auguste 585.

32) Ord. XII S. 563. 1188.

33) So § 8, wo selectus iudex offenbar Titel ist. — Electio für Kore steht durchweg in der Brüsseler Kore von 1229 (Warnkönig, von der Wichtigkeit der Kunde des Rechts etc. S. 57 ff.).

34) Genauer § 21 N. 52 N. 53.

35) Grimm III S. 457 ff. Gericht Keuchen: die vorgenante dorfere hant iglichs sinen amptman mit namen, die man nennet greven, und die dorffgreven mit iren nachgeburen richten und wysen uber das, als ir einer von dem andern, odir sust ander lude vor dem greven clagen. Dass es sich um einen gewählten Mann handelt, zeigt Grimm III S. 450, wo der von den Schöffen gewählte Centgraf der Cent Assenheim als „Dorpgraf des Grafengerichts Assenheim" bezeichnet ist; vgl. § 31 N. 34 a. E. Später tritt das Institut noch in der kurhessischen Gräbenordnung vom 6. November 1739 hervor, wo Greben, Heimburger, Dorfschulzen etc. als Gemeindebeamten genannt werden Auch die Grafschaften in Aachen, Metz, Worms gehören wohl hierher. Die Belege Abhandlungen für K. Maurer S. 437 N. 5. Die direkte Zusammenstellung mit dem sacebaro gebe ich auf.

36) Weidegrafen oder Heigrafen im Chamavischen: Noordewier nederduitsche regts oudheden S. 338; Verslagen en Mededeel. I S. 452 f. II S. 255 (weigraven). v. Loon Gelders Plac. boek. II. app. c. 138 lingegraef; hierher gehört bereits: Ernst hist. de Limbourg VI S. 6. 1178: praepositus, qui ibidem est, omnes ministeriales praedictarum curiarum, villicos, scabinos, decanos, comitem, forestarios ponere et deponere poterit.

37) Vgl. Grimm, Rechtsaltertümer S. 754 ob.

Digitized by Google

der Weibel. Deutlich ist er ein Beamter in freien Dörfern[38]). In grundherrlichen Dörfern, wo er auch vorkommt, ist er der Vertreter der Bauernschaft gegenüber dem grundherrlichen Schultheissen und Meier[39]). Wird er dann allenfalls auch zum blossen Vollstreckungsorgan herabgedrückt, so ist das nicht das Ursprüngliche; denn anderwärts wird der Weibel scharf von dem Gerichtsknecht unterschieden[40]). In einigen elsässischen Quellen wird der Weibel von den Heimburgern getrennt, aber dadurch ist nicht der Gegensatz eines herrschaftlichen und eines autonomen Amtes angedeutet. Die Heimburger treten nämlich hier in Mehrzahl auf, und dann ist der Weibel eben ihr Vorstand[41]), geradeso wie er ein andermal als Vorstand der Dorfvierer erscheint[42]). In einer altertümlichen Quelle des alamannischen Landrechtes erscheint er direkt als der Richter des Ortsgerichts[43]), und es mag auf die kommunale Funktion des Weibels überhaupt bezogen werden, wenn anderwärts der Landweibel im Gassengericht, d. h. im öffentlichen Rügegericht rügt[44]). Besonders bezeichnend ist es, dass im Vogtgericht der Weibel die niedrige Busse von 3 sc. bezieht[45]). Fasst man alles zusammen, so erscheint der Weibel als das Gemeindeorgan; sonst könnte er in den Höfen nicht dem Schultheiss und dem Meier gegenüberstehen. Aber freilich ist er verpflichtet, die öffentliche Steuer einzuheben[46]), ein Beleg dafür,

---

38) Habsburger Urbar S. 71. Weibel unter den freien Leuten von Geis S. 148. S. 343.

39) Grimm IV S. 233: im Hof neben dem Schultheiss und dem Meier der Weibel; dieser beruft Versammlungen im Interesse des Hofes, d. h. des Dorfes. Grimm IV S. 152. 153: der Dorfweibel gebietet die Gemeinde zum Vollgericht. Daneben steht Schultheiss und Meier.

40) Alemannia V S. 2 Z. 25 so sol im der waibel in helffen vahen ald des gerichtes knecht. S. 21 Z. 45: Der Vogt als die Knechte (Gerichtsknecht) oder der Weibel als der Bürger Knecht (Schaffhausen).

41) Grimm IV S. 239. 15: Der schulth. sol setzen weibel vnd heimburgen, vnd suellent die des gotzhuses sin.

42) Grimm IV S. 395 f. § 15, § 17 Berkon.

43) Zeit. f. schweiz. R. II. R. Qu. S. 33 (Recht der March) § 31: Ouch weller will ein gemein gericht han, der soll geben zechen schillig gricht gelt, vnd sol den der wibel richten mit den sibnen, die er zuo Im nimbt. Darüber steht dann das Landgericht des Amanns.

44) Appenzeller Landbuch N. 74. 92. 93. 99; freilich ist hier vom Landweibel gesprochen; Blumer I S. 290 ff.

45) Grimm IV S. 395 § 8.

46) z. B. Habsburger Urbar S. 71, S. 148.

Digitized by Google

dass es im Alamannischen keine Ortsschultheissen in freien Orten gegeben hat. Daraus mag sich dann da und dort eine Abhängigkeit ergeben haben, wie sie auch in den herrschaftlichen Dörfern entgegentritt, wo der Gutsherr die Bestellung der Gemeindevertreter, wie anderwärts auch, von seiner Zustimmung abhängig macht.

7. In Sachsen ist der Gemeindebeamte der Bauermeister; denn er hat die Agrargerichtsbarkeit[47]), dann wie der maior des französischen Rechts — die unbeschränkte Gerichtsbarkeit in Schuldsachen und über fahrende Habe[48]). Die wenigen Urkunden, die das Amt erwähnen, geben keine genauen Aufschlüsse über seine Kompetenz[49]).

Das Amt kommt auch in einer niederrheinischen Quelle vor[50]).

---

47) S. sp. III. 86.; ebenso in Hameln (vgl. die Zusammenstellung von Meinardus [Hameler U. B.] S. XXXXIV).

48) S. sp. II 13 § 2.

49) Mansfeld, Sittichenbach 148. Burmeister und Schöffen verschiedener Dörfer; 184 buermeister schoszhern und gantze gemeynheit unsers dorfs Loderszleuben; Calenberg U. B., Marienwerder 148: der Burmeister hier ein Unfreier. Das Institut ist also in die unfreien Dörfer übergegangen, wie dies ja auch der S. sp. I. 2 § 4 andeutet. Die Annahme v. Belows (die Entstehung der deutschen Stadtgemeinde S. 26 ff.), dass der Bauermeister in Hameln ein neueres Amt sei, das sich aus dem Erwerb des Schultheissenamtes durch die Stadt entwickelt habe, ist ganz unmöglich, denn der Bauermeister ist eben der Gemeindevertreter, nicht der Schultheiss. Übrigens weist die entscheidende Urkunde (Hamel. U. B. 79) deutlich genug den Unterschied zwischen den zwei ganz verschiedenen Kompetenzen des Burmeisters, der die Schuldgerichtsbarkeit hat (wie überhaupt die Gemeindevorstände), und des Schultheissen, dessen Kompetenz nach Hameler U. B. 22 wesentlich Gewerbepolizei und die Gerichtsbarkeit über die abhängigen Leute des Stiftes ist, auf. Auch kommt der Schultheiss in derselben Kompetenz wie in dem Weistum (Hameler U. B. 22) noch im 14. Jahrhundert vor, jetzt als städtischer Beamter (Hameler U. B. Donat 53, 56, 62, 77, S. 576 ff.), kann also unmöglich durch den Bauermeister verdrängt sein, der auch noch im Donat (187 [Hameler U. B. S. 598]) und noch später vorkommt (S. XXXXIV). Thatsächlich hat sich der Burmeister mit dem preco des öffentlichen Richters berührt (hiezu S. XXXVII) und ist von diesem aus seiner Schuldgerichtsbarkeit verdrängt worden (Hameler U. B. 292 ob. N. 7) — Einen gewählten magister civilis (wie [N. 50] der Burmeister in Wesel) gegenüber dem gesetzten advocatus hat das Vlämingerrecht von 1196 in der Nähe von Hildesheim: Hildesheimer U. B. 49: idem advocatus semel tantum in anno presidebit iuditio, nisi aliud elegerint, et secundarium advocatum eis non constituet, sed magistrum civilem habebunt, quem elegerint.

50) Wesel: vgl. die trefflichen Ausführungen Liesegangs, niederrheinisches Städtewesen S. 90 f.

Digitized by Google

Anderwärts werden die Gemeindevorstände als Aldermänner bezeichnet und zwar dann im deutlichen Bezug auf die Gilde, welche die Landgemeinde bildet[51]). Auch Dorfgeschworne werden erwähnt[52]). Das lassen also die dürftigen Nachrichten immerhin erkennen, dass auch in Sachsen ein selbständiges Gemeindeamt besteht, bald nur von einem einzelnen, bald von mehreren geführt[53]).

8. Die sächsischen Nachrichten führen dann aber selber wieder zu den Verhältnissen in den Nordseegebieten hinüber. Im ganzen nördlichen Gebiet herrscht noch jetzt die kleine Bauernschaft, aus wenig Gehöften bestehend, als Siedelungsform vor, und es werden deshalb eine Anzahl gemeindlicher Funktionen dem Kirchspiel übertragen[54]). Dieses Verhältnis erwähnen nun bereits die ältesten Belege, die wir überhaupt für diese Verhältnisse besitzen. Auch hier erscheinen die Kirchspiele des nördlichen Sachsens als die eigentlichen Gemeindeverbände[55]). Dasselbe kehrt dann sehr breit in Ditmarschen wieder, wo das Kirchspiel den normalen Unterbezirk des öffentlichen Rechtes bildet[56]). Ähnliche Verhältnisse liegen natürlich zu Grunde, wenn in Holland und in Drenthe der Schultheiss für das Kirchspiel eingesetzt ist. Dabei bleiben in Niedersachsen wie in Drenthe und in Ditmarschen unterhalb der Kirchspiele die engeren Verbände der Bauernschaft,

51) Hildesheimer U. B. 48. 1195: in Lützingeworden eine Stiftung für die dortige Kapelle: providere debent magistri convivii, quos seniores viros vulgo appellant; Bremer U. B. I 426: sculteti, oldermanni — terre Wordensis.

52) Oelrichs S. 574 § 20: dorpswaren gegenüber den Deichschwaren, die offenbar mit S. 577 § 10 genannten Landschwaren identisch sind.

53) Über die späteren Verhältnisse: Wittich, die Grundherrschaft in Nordwestdeutschland S. 127; hier wird das Vorkommen mehrerer Bauernmeister nebeneinander erwähnt.

54) Wittich, a. a. O. S. 524 ff.

55) Lünig collectio nova — der mittelbahren Ritterschaft I. col. 1311 f. 1229. Die parochia de Suderlede löst die Grafensteuer ab. Jung Bentheim 97. 111; Hoyer U. B. I Heft 5 pass.; Diepholz U. B. 33. 34; Schleswig II 796 (im Lüneburgischen); Sudendorf U. B. der Herzöge von Braunschweig I. 122. 1293: eine Anzahl lüneburgischer Parochien tritt unter den lüneburgischen Landständen auf. — In Hadeln ebenfalls Kirchspiele mit Kirchspielsrecht (ob. N. 7 a. E.).

56) Schleswig II 594. 1281; U. B. der Stadt Lüneburg I. 520. 1357: nos clavieri, jurati, ceterique parrochiani ecclesiarum Lunden et Hemme terre Dithmarcie; Ditmarsch. Landrecht von 1447 § 16, § 256, § 247: das über der Bauernschaft stehende Gericht, d. h. (§ 16) das Kirchspiel, ist das rechte Gericht. Nitzsch, Jahrb. f. Landeskunde des Herzogt. Schleswig etc. III S. 114 ff.

Digitized by Google

das Geschlecht, die Klüfte[57]). Sie alle, besonders die Bauernschaft, aber auch die unteren Verbände üben noch eine autonome Gerichtsbarkeit.

Die Frage ist nun, ob das Kirchspiel seine gemeindliche Funktion erst allmählich aus seiner kirchlichen entwickelt hat, oder ob es umgekehrt von jeher ein Gemeindeverband gewesen ist, an den das Kirchspiel sich angeschlossen hat. Amira, der am genauesten diese Verhältnisse in das Auge fasst, hat sich für die erste Annahme ausgesprochen[58]) und sich dabei auf den Namen Schlüter gestützt, der in Ditmarschen der Vorstand des Kirchspiels ist. Es ist aber ebensogut denkbar, dass ein Kommunalorgan hinterher nach seiner kirchlichen Funktion benannt wird.

9. Nunmehr lässt sich auch ein Einblick in die komplizierten Ortsgerichte dieser nördlichen Gebiete gewinnen, deren Schilderung da und dort in die Darstellung der höheren Verbände übergreift, des Zusammenhanges wegen aber erst hier gegeben werden kann.

In Holland sind es die Ämter, d. h. die Verwaltungsbezirke des Schultheissen[59]), für die die kriminelle veritas abgehalten werden soll.

In Oberyssel steht unter den Hochgerichten der Kirchspielschultheiss, der die niedere Gerichtsbarkeit mit zwei Kornoten übt[60]).

Weiter kennt das Recht von Drenthe ein Gericht des Schultheissen für das Kirchspiel, das unter dem Namen Rocht geht[61]). Dem Schultheiss sitzen stets zwei Kornoten zur Seite und ferner drei andere Bauern, die als Zekere bezeichnet werden.

---

57) Ditmarsches Landrecht von 1446 § 16: Utgesecht kerspels pandinghe, bur pandinghe, slachtes pandinghe, klufftes pandinghe. § 66, § 244—251: Kompetenz der Bauernschaft. Zu allem die ausgezeichneten Ausführungen von Nitzsch a. a. O. S. 110 ff. — Jung Bentheim 111: Bauernschaft im Kirchspiel. — Drenther Landrecht c. 43. Drenther Sendrecht c. 13 (O. V. R. Br. XVII. S. 49): alle grossen Bauernschaften sollen in 2 Kluften zerlegt werden, ein Kirchspiel mit kleineren Bauernschaften in 3—4 Kluften, die also auch über der Bauernschaft stehen können und hier jeden Zusammenhang mit dem Geschlecht (Brunner I S. 83 und das dort Angegebene) längst verloren haben.

58) Recht S. 77 (S. 127).

59) Mieris II. S. 30; III S. 486.

60) Die Belege bei Schlingemann, de judiciis Transisalaniae 1839 S. 1 fd.

61) I. Etstoel (pro excol. jure patrio VII) S. 158: des schulten rocht S. 22, 42, S. 82. — Genaueres in dem ausgezeichneten Buch von Seerp Gratama, een bijdrage tot de Rechtsgeschiedenis von Drenthe S. 105 ff.

Digitized by Google

Handelt es sich um Civilprozess, insbesondere Immobiliarprozess, so werden sieben andere Bauern dazu gezogen[62]), und es ergibt sich also ein Gesamtbeisitz von zwölf Leuten. Dagegen sind im Springrocht, wo nicht über Immobilien gerichtet wird, zwar neben den zwei Kornoten die drei Zekeren, aber nicht die sieben übrigen Bauern anwesend[63]). In den ältesten Quellen, die überhaupt vorhanden sind, erscheinen bereits die drei Zekeren[64]) wie die sieben Bauern, und zwar werden die letzteren sicher als Beweismittel angesehen. Dabei hat der Schultheiss die Rüge seiner Bauern wegen verfallener Brüchten beizuschaffen[65]). Diese Rügung erfolgt auch für das höhere Gericht auf Veranlassung des Schultheissen. — Fasst man nun alles zusammen, so sind die sieben Bauern das Gemeindezeugnis über Grundbesitzverhältnisse; die zwei Kornoten und drei Zekeren für sich halten das Springrocht, das nun wesentlich für die Rüge von Brüchten und dann auch für Schuldsachen bestimmt gewesen sein muss, ganz dem Springding des Groninger Gerichts entsprechend[66]). — Die Zahl der Beisitzer des Kirchspielschulzen in Rügesachen trifft vollkommen

[62]) Costumen en ordonantiën v. 1572 (O. V. R. XVII S. 107) § 8: Welck recht de scholtz alsdan ten daege denende geholden is toe hegen ende to sitten mit twie loffweerdige coernoten. § 9: Dat proces alsoe bij den anlegger geinstitueert — soe eyssscht die schultz an den gerechte drie andere erffburen, oick gelijck voirs. daertoe geladen, die men zeeckeren noempt, die alsdan nae tgene voir recht gebracht is nae hoere beste verstandt ordel ende sententie uutspreeken, welcke ordel daernae bij soeven andere erffburen, daer oick als voirs. toe geladen, geapprobeert offte gerejecteert wordt.

[63]) Seerp Gratama S. 116, vgl. den Springrochtbrief von 1606 S. 384; schon I. Eetstoel S. 127 müssen die sekeren neben den koernoten jeden Gerichtsbrief siegeln; da nun aber auch über Springrocht Briefe ausgestellt werden, so ergibt sich daraus, dass im Springrocht die Zekeren ebenfalls anwesend sein müssen.

[64]) I. Eetstoel S. 33. 1427, S. 26. 1446. I. Eetstoel S. 26: Tusschenn de buren van Egeste ende de Mepschen js gewijst, dat de Mepschen een rocht ahnsetten sall als landrecht is ende bewijzen met VII buren met der sonnen omme, dat he noch sijn vader nie gheen landt to Eegeste hebben gehadt.

[65]) Drenther Landrecht von 1412 c. 36: weer enich man in den lande, die ghebroeket hadde ende die daervan een moetsone dede deer heerlichkeit, ende dat gherichte (nach dem Sprachgebrauch des Landrechts das Schulzengericht) lete oen daervan quite ende wolde dair gheen buertucht horen, soe solde datselve gherichte den lande ende der meente eenen onderschulten setten ende gheven, die daer die buer toe brochte mit rechte, dat sije een tuech deden van den manne, waer hij ghebroket hadde off nyet (vgl. c. 32).

[66]) § 2 N. 78.

Digitized by Google

mit der Zahl zusammen, in welcher die coremanni des flandrischen Rechts für Strafsachen als Rügekommission dienen[67]). Es handelt sich also beim Rocht, der ja schon dem Namen nach auf „Gerücht" geht, um Kombination des vom Schultheiss erhobenen Rügezeugnisses in Brüchten und des Gemeindezeugnisses über Grundbesitzverhältnisse. Auch wenn die Sache an das höhere Gericht, die Gosprache, kommt, beruht das Urteil auf dem Zeugnis der Bauernschaft, der die Parteien angehören[68]).

Fragmente der gleichen Einrichtung kommen in anderen Quellen der Nordseegebiete vor. In der Herrschaft Ruinen sind fünf sware die Vertreter der Gemeinde[69]), und andererseits stehen neben dem Schultheiss 12 swaren, die auf dem Landrechtstag, also dem höheren Gericht, die dort angebrachte Streitsache entscheiden[70]).

Bei den Ditmarschen bilden die Kirchspielgeschwornen das Gericht unter dem Landesgericht[71]).

In Hadeln ist zu unterscheiden zwischen den Organen des ganzen Landes und der Kirchspiele. Nach der späteren Quelle stehen die letzteren unter Schulzen, die ein besonderes Rügegericht und die Pfändung, also Schuldgerichtsbarkeit, haben: die Beisitzer werden als Geschworne oder als Schöffen bezeichnet[72]); die Vertreter des ganzen Landes sind 24 Hovetlede, die aus den einzelnen Kirchspielen gewählt werden und dem Gografen zur Seite

---

67) § 21 N. 52 fd.

68) Costumen ende Ord. § 5 (O. V. R. Br. XVII S. 105); hiezu Seerp Gratama S. 98 f.

69) Magnin, geschiedkundig overzigt van de Besturen in — Drenthe II. 2. S. 198 ff.

70) Seerp Gratama Beil. N. 19 (S. 394 ff.).

71) Schleswig-Holstein. U. B. II. 594. Ditmarsch. Landrecht von 1447 § 5, § 16, § 256, von 1539 § 240. Vgl. Nitzsch in Jahrbücher für Länderkunde der Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg III S. 114 ff.

72) Darüber, dass die Schulzen für das Kirchspiel eingesetzt sind: Rechtsbrief von 1458: Spangenbergs Neues Archiv II S. 174 fd.: utgenomen Dykrecht Kerspelrecht, alle Pandinghe und walt de vormyddelst dem schulten und dem kerspelsrechte bewyset ward; dass das Kirchspielgericht zum Überführungsbeweis gebraucht wurde, zeigt, dass es Rügegericht ist. — Die Beziehung der Schöffen auf das Kirchspiel und Unterordnung unter den Schulten ist ganz deutlich: so Hadeler Landrecht I. 1 (Pufendorf obs. I app. S. 5), wo dem Hochgericht (Gogericht) in Otterndorf das Kirchspielrecht mit Schulze und Schöffen gegenübergestellt wird; dann die Resolution von 1620 bei Lünig collectio nova — der mittelbahren Ritterschaft I col. 1336 § 3.

Digitized by Google

stehen[73]). — Unsicherer sind die früheren Verhältnisse. In einer alten Urkunde treten für das Land vier Herren auf in derselben Zeit wie die Vögte der Ditmarschen, die Schultheisse der friesischen Viertel[74]). Unter den vier gehört einer dem Geschlecht der Lappe an; dieser verfügt später über ein ganzes Kirchspiel, wie über eigenes Recht[75]). In den ältesten Urkunden werden nun als Organe des Landes genannt: iurati, consules et universitas[75]) oder schulteti, scabini, iudices (Richtherren) et universitas terre Hadelerie[76]) oder sculteti, scabini ac universitas terrae Hadelerie[77]). Die Angaben sind zu dürftig, um ganz sichere Schlüsse zu ziehen; aber es scheint, dass die consules mit den Richtherren identisch sind[78]); dann müssen die jurati mit den scabini zusammentreffen. Ob die sculteti mit den vier Führern von Hadeln gleichbedeutend sind, wie im friesischen Recht, oder ob sie schon damals, wie später und wie in Drenthe Kirchspielschulzen waren, wird sich nicht mit Sicherheit sagen lassen. Dagegen wird man die scabini allerdings als Kirchspielsorgan auffassen müssen, weil eben der Rat das Organ der Landsgemeinde ist. Die auffallende Erscheinung, dass Kirchspielsorgane in den Urkunden den Landesorganen vorgestellt werden, verschwindet, wenn man bedenkt, dass in Hadeln die einzelnen Kirchspiele eine grosse Selbständigkeit besitzen[79]). In einer anderen Urkunde wird von der Abgabenfreiheit der Athman gesprochen; Athman sind in all diesen nordischen Gebieten die Geschworenen[80]); es ist aber nicht

---

73) Rechtsbrief v. 1458 (Spangenbergs Neues Archiv II S. 172) tom ersten schall de greve myd dem lande kesen hovetlude ut isliken kerspel; Lappenberg a. a. O. S. 154 hat diese 24 Hauptleute, welche samt der Volksgemeinde das Land Hadeln vertreten (Lappenberg a. a. O. S. 146. 1402; S. 177. 1465). grundlos mit den Schöffen oder Geschwornen der einzelnen Schulzen zusammengebracht.

74) Sudendorf registr. III. 44. 1329. Vgl. § 31 N. 73.

75) Lübisch U. B. I. 674. 1298; im Text von einem scultetus geredet.

76) Schuback comm. de jure littoris 1751 S. 278 1300; ebenso 1357: Lappenberg a. a. O. S. 155.

77) Schuback S. 281. 1315.

78) Lappenberg S. 155 Urk. v. 1315.

79) Sudendorf reg. III. 45. 1330 die parrochiani von Oldenbrok bestätigen ein vom ganzen Land gegebenes Geleite.

80) Lünig collectio nova I col. 1313. 1400 wen auch datjenige athmans freyheit wollte erben von uns oder unsern Amtleuten — so mögen die von Otterndorf korn und quicke quitt und frey fahren wor sie wollen. — Über athaman Richthofen s. v. athamann.

Digitized by Google

ganz deutlich, ob sich der Ausdruck auf jurati des Landes oder der Kirchspiele bezieht.

Die westerlauwerischen Quellen kennen ein Zeugnis auf den Unterthaneneid hin, das als Königszeugnis bezeichnet wird; gewöhnlich wird es durch sieben Leute geleistet; die Zeugen sind die Königsurkunden. Es ist nicht ganz deutlich, ob diese Zeugen bereits eine feste Behörde bilden und für welchen Bezirk sie eingesetzt sind[81]). Jedenfalls aber erwähnen die Quellen auch ein ständiges Kollegium von zwölf Zeugen (atten, jurati), das kompetent für den ga ist[82]). Der ga aber ist nicht identisch mit den Landesvierteln, sondern mit den Kirchspielen[83]). Neben den tolf als

81) Heck S. 98 ff. betrachtet die „Königsurkunden" als etwas von den tolfta Verschiedenes, während Richthofen s. v. orkunde die Gleichheit angenommen hatte. Das muss nun von vornherein zugegeben werden, dass die Beweisform durch die ständigen Zwölf, die gewöhnlich durch dera tolfta saun geführt wird, mit dem Beweis durch Königsurkunden identisch ist; denn auch hier wird normal mit sechs (sieben) Zeugen bewiesen. Ein zwingender Beleg für die Identität ist das nicht, denn auch im Ditmarschen wird die nemede bald aus dem Geschlecht, bald der Bauernschaft, bald dem Kirchspiel genommen. — Als Bezirk wird einmal die hammerck genannt (Wergeld § 29, Richthofen S. 418): vgl. Driessen S. 391 ff., wonach das Humsterland aus drei Hammerken besteht. Im Rechtsbuch von Wergeld § 23 scheint der Koenigsorkene doch ein ständiger Beamter. Zu bestimmten Schlüssen sind die Quellen zu dürftig.

82) Das ständige Amt der Zwölf ergibt sich aus der häufig wiederkehrenden Formel dera tolfta saun: z. B. Wergeld § 4 (Richthofen R. Q. S. 414), dann (Richthofen S. 418) Wergeld § 28: iefter een schip an dine ouir comt end ma hit penda wil, soe aegh hy to gaen mitta schelta enda mitta tolven. Willkür der fünf Deele § 11 (Richthofen S. 474): Huaso di schelta wrherich tinghet fyff tingh, so schil hine ladia to Fraenker, ende deer wr tiuga, iefta to da bifanges waer, deer hi in sitten is, ende deer wr tiuga mit saun dera toluem ende mitta aesga, ende mit him selm. Dass die tolf mit den atten oder jurati identisch sind, hat Heck S. 345 ff. selbst zutreffend nachgewiesen. — Dagegen ist es irrig und bildet den Ausgang für eine Reihe unzutreffender Schlüsse, wenn Heck S. 345 die tolf (atten) als ein Kollegium für den Del ansieht, d. h. für die sekundäre, gar nicht einmal überall durchgeführte Verteilung des Landes in Viertel (vgl. ob. § 31 N. 73). Denn in der Formel ihres Amtseides ist ganz deutlich gesagt, dass die Zwölf zusammen das anzeigen, was im ga vorkommt (Richthofen S. 491), dass sie zusammen für den ga die Rügung haben und also auch zusammen für den ga eingesetzt sind. Hecks Behauptung einer Zuständigkeit für den Del ist ohne jeden Beleg. Die Willkür der fünf Deele § 10 (Richthofen S. 474) sagt gar nichts anderes, als dass bei Friedbruch die Überführung durch drei Atten erfolgt.

83) Dass der ga ein Unterbezirk der Viertel ist (vgl. Richthofen s. v. ga; dann Schwartzenberg I S. 242. 1379), nimmt auch Heck an (S. 345).

Digitized by Google

Kirchspielgeschworenen steht der asega (ehera, redieva), der zunächst der Richter über das Kirchspiel ist[84]) und unter dem redieva die

---

Dagegen geht er von einer ursprünglichen Identität des Kirchspiels mit den Vierteln aus S. 129. — Nun haben wir aus dem Anfang des 15. Jahrhunderts Kirchspielverzeichnisse; der kleine Stellingwarf besteht aus 31, der noch kleinere Schoterwarf aus 18 Kirchspielen (Schwartzenberg I S. 365). Fast in der gleichen Zeit sind in Rüstringen 20—21 Kirchspiele bezeugt (Richthofen II S. 1239 ff.). Es ist vollkommen unmöglich, dass im Lauf von zwei Jahrhunderten diese zahlreichen Kirchspiele aus je vier entstanden sind. Wenn Heck noch Richthofen S. 544 § 61, § 62 — also eine Quelle des 14. Jahrhunderts — dafür anführt, so sagt dieselbe direkt das Gegenteil. Der Sinn ist, es darf der redieva nur dem hodere eidlich rügen, was seinem Kirchspiel recht ist, sonst setzt es ihn ab (§ 62). Ebenso soll der hodere nur das rügen, was ihm der redieva angezeigt hat; thut er mehr und wird von den sämtlichen redieva des Viertels dessen überführt, so wird er bussfällig und geht des Hutes verlustig. Den Hut, den er verloren, kann das Kirchspiel aufnehmen und gegen den Schulzen ziehen, d. h. der Hut als Zeichen des Aufgebotes und der Verwahrung ist gewöhnlich in der Hand des Schulten, ganz ähnlich wie das Schwert, durch das in Drenthe das Land aufgeboten wird, vom Schulten (prefectus) von Coevord aufbewahrt ist (§ 28 N. 5); ohne seine Genehmigung darf kein hod aufgesteckt, d. h. kein Aufgebot vollzogen werden (Richthofen s. v. hod). Im vorliegenden Ausnahmefall kann aber das Kirchspiel seine Genossen gegen ihn aufbieten. Hier steht doch das Kirchspiel, dem ein redieva vorsitzt, dem Viertel, dem mehrere redyen gegenübertreten, deutlich entgegen. In Bremer U. B. I. 119 (1220) ist allerdings der Ausdruck parochia identisch mit quadrans. Allein es handelt sich eben hier um die parochiae der Send- und Taufkirchen, die in diesen Gegenden allerdings ein Viertel der Go sind (§ 31 N. 73). Dass nun der ga gerade auch mit dem Kirchspiel identisch ist, ergibt der direkte Wechsel beider Bezeichnungen und die Beziehung der ga auf die Funktionen des parochus (Richthofen s. v. ga). Bereits in der Langewolder Küre von 1250 (Richthofen S. 366 § 5) erscheinen die Kirchspiele als die ordentlichen unteren Verbände.

84) Ich will die Belege für diese Behauptungen gleich hier zusammenfassen. Es ist das bleibende Verdienst von Hecks vortrefflichen Untersuchungen, dass die frühere Auffassung des asega als Gesetzsprecher im Sinne des norwegisch-isländischen und schwedischen Rechts beseitigt ist. Auch das hat Heck mit Sicherheit ermittelt, dass der asega, der ehera, der redieva die gleichen Personen sind. Das Irrige seiner Ausführungen liegt nun aber m. E. in dem Ausgangspunkt, den er für die Erklärung dieser Ämter sucht; er nimmt an, dass es sich um die Schöffen des Gaus gehandelt habe. Was nun in den Quellen mit voller Bestimmtheit hervortritt, ist die Zuständigkeit des asega (eheera, redieva) für ein Kirchspiel; als greetmann (Richter) des ga (Kirchspiel) wird asinga oder eeheera direkt in der von Siebs gefundenen Formel bezeichnet (Heck S. 333), und das ist nichts so Ungewöhnliches, wie Heck annimmt. Der Ehera verkündet in der Gakirche (Richthofen S. 501 § 4), er rügt nur über seinen eigenen Ga (S. 502 § 20). Der einzelne asega steht

Digitized by Google

aldermon[85]), die natürlich wieder unter den zwölf Amtszeugen zu finden sein werden. Der einzelne redjeva (asega) bedient sich

---

als Zeuge des Ungehorsams neben den tolf, die ja für den Ga eingesetzt sind, ist also auch für den Ga kompetent (Richthofen S. 474 § 11). — Besonders wichtig ist eine Anzahl von Nachrichten, die sich auf den asega von Myddelstune beziehen; hier erscheint 1468 ein azeghe (Warfsconstitutien en oordeelen [des Groninger Verbandes] in pro excol. jure patrio VII. 1 S. 31): dat de tuge, de jn den breeff staen, de asege to myddelstum bysegelt heuet; 1468 (S. 105) verwirft das Obergericht eine doem — Azeghe to myddelstum ghewesen hevet (über Erbschaftsstreit). 1526 (S. 138 unten) wird von einem tyake tho eelewert vorwillecort richter tho myddelstum, gleichzeitig aber (S. 139) von einem Prozess über Näherrecht gesprochen, dar van tyacke tho Elewert Redge tho ynaldinge, van weghen iunker Wigbolt tho Ewsumma, een dhoem heft gheuen. Es ist zweifellos der asega und redge von Myddelstum identisch. Es ist weiter der redge ein bestallter (vorwillecort) Richter, und zwar leitet er seine Gewalt von den Herrn von Ewsumma ab. Diese Ewsumma aber werden in unverdächtiger Weise als Nachkommen eines im 13. Jahrhundert als capitaneus de Middelstum genannten bezeichnet (die Belege bei Richthofen II S. 836); so ernennt hier der capitaneus von Middelstum den asega (redge). Die Kompetenz des Richters aber erstreckt sich mindestens auf 3 Ansiedelungen. Er führt sein Amt für Middelstum, wohnt in Elewert und richtet in Ynaldinge (Richthofen II S. 810). Schwarzenberg I S. 513. 1436, S. 602. 1461 wird ein asgha von Mantgem erwähnt, der ein Gemeindeamt haben muss, da er sich für sich und für die Gemeinde von Mantgem verbürgt; I S. 518. 1439 ist ein asga to Hoxwier erwähnt, der gefangen setzt und Abgaben erhebt. Daraus zeigt sich die Lokalisierung des Asga, aber doch so, dass er mehrere Ortschaften unter sich hat, weil hier wie in Holland, Ditmarschen und Drenthe das Kirchspiel immerhin aus mehreren Bauernschaften bestand. Soweit diese selbständige Kirchdörfer werden, bekommt er dann sogar mehrere Kirchspiele unter sich (Heck S. 130 ob.) — Damit stimmt die Stellung der Asingh in dem Gebiete westlich der Zuydersee (die Stellen, soweit ich sehe, vollständig zusammengetragen bei Heck S. 111 ff.); sie sind hier überall Dorfrichter; andererseits treten aber im kleinen Rijnland im 17. Jahrhundert doch nur 2 Asingen für die Gerichte der verschiedenen Bauernschaften auf, offenbar, weil das Amt doch nicht an die Bauernschaft, sondern das ursprünglich davon verschiedene Kirchspiel gebunden war. — Der redieva ist ganz deutlich für das Kirchspiel eingesetzt (Richthofen S. 544 § 60, S. 544 § 61, § 62, ob. N. 5), dann die übrigen Stellen bei Richthofen s. v. kerkspel. In den Foko Ukena Küren (Friedländer ostfr. U. B. 367) 1428 sollen für jedes Kirchspiel (unter 8 Oberrichtern) ein oder zwei Unterrichter gewählt werden; die Gerichtsbarkeit der Oberrichter wird nun anscheinend (S. 536 oben) als recht, die der Unterrichter als rescup voren bezeichnet.

85) Dass die Aldirmon unter den redieva oder asega stehen, ergibt sich deutlich aus der Rüstringer Quelle (Richthofen S. 523: nen asyga dom tha nen aldirmonnes lhiene. S. 116: sa hwelik aldirmon sa thera wedda awet ovir te, ther thi redigva hlige, thet hise selua ielde). Wenn Heck für ganz

Digitized by Google

bei seiner Urteilsfindung zweier Zeugen (wedman)[86]), ganz entsprechend den Drenthischen Koernoten, die hier der Schultheiss des Kirchspiels zuzieht; anderemale wird das ganze Kolleg der zwölf jurati neben dem redjeva als eine Art von Urteilsfinder erwähnt[87]). Die Bauernrichter, die einigemal unter dem höheren Gericht erwähnt werden, sind offenbar dieses Kolleg[88]). — Die asega oder redjiva sind auch die Urteilsfinder in den Viertelgerichten, und das nachgewiesen zu haben, bildet das wesentlichste Verdienst der glänzenden Untersuchungen Heck's. Heck hat nun die Meinung verfochten, dass es sich bei den asega nur um die Schöffen der fränkischen Verfassung handelt; allein ein genügender Beleg dafür ist nicht erbracht, und jedenfalls wäre nicht an die Grafschaftsschöffen der karolingischen Verfassung, sondern an die Hundertschaftsschöffen des fränkischen Rechtes zu denken[89]). Da der

---

Utingeradel 12 aldirmon annimmt, so ist das eine irrige Auslegung von § 1 der Küren (S. 511); es ist hier und im folgenden von der Ernennung des höchsten Gerichtes durch die Priester die Rede, und das Gesetz sagt, es sollen die Priester aus jedem Gau dazu einen Aldermon oder einen sonstigen weisen Mann wählen; da nach § 4 13 Richter gewählt werden, so müssen in Utingeradel 13 Kirchspiele gewesen sein, und das stimmt gut mit der Grösse des kleinen Teils. Davon dass nur 13 Aldirmänner gewesen und diese als Aldirmänner von den Priestern ernannt worden waren, sagt die Quelle nichts. Mit Aldirmon und den Geschworenen trifft als ein vagerer Begriff der liodamon des ostfriesischen Rechts zusammen. Das Wurster Rechtsbuch übersetzt das Wort direkt mit „oldermhan offt kerkschwaren" (Richthofen S. 124 N. 4); vgl. auch Heck S. 339 ff.

86) Zu den bei Heck gesammelten Stellen (S. 342), dessen Auslegung ich nicht teile, noch Warfconstitutien S. 76, S. 109.

87) Fünf Deele § 11 (Richthofen S. 474). In dem jus municipale Frisonum (Haan Hettema: oude friesche wetten II S. 151) folgt darauf unmittelbar der Satz: Hweersoe en man set twa pund in dis bifangis werf, ende dae tre eheran naet an ena ne sint, zoe is hi niaer, zyn wed ti ledegiane mit sex edum, dan hia se in dine mena frede te brenghane. Weer dae atten is 't alsoe. Hier ist ganz klar der Satz ausgedrückt, dass die Atten unter dem Viertelsgericht der 3 eheren wie diese als Richter fungieren.

88) Warfconstitutien S. 110. 1476: js verdragen, dat de buerrechters jn hummerse lande niet hoger en sullen rechten dan tot vijff marken to, ende wes bouen vijff marken is, dat sullen die Grietmans berichten. Wenn in der sächsischen Verordnung von 1508 c. 45 (Schwartzenberg II S. 42) dem neuen vom einzelnen Grietmann auszuwählenden Richter jedes Dorfes die Befugnis des Atten verliehen wird, so passt das vollkommen. Die einzelnen Mitglieder des Zwölfer-Kollegs sind eben von jeher leicht die Vorstände der Bauernschaften des Kirchspiels gewesen.

89) Die Zwölfzahl, auf die sich Heck beruft, beweist nichts; denn auch

Digitized by Google

asega mit dem redjeva identisch ist, so ist man auf eine andere Richtung verwiesen. Die Funktion des redieva geht zunächst nicht auf die Urteilsfindung, sondern auf die Rügung. Es wird gesprochen von retscap scoltodomi[90]; das Amt des redieva bezieht sich also zunächst auf den Schultheiss und nicht auf das Gericht des Go. Nun bedeutet redia und damit gleichbedeutend lhia die amtliche Aussage des Beamten, durch welche die schlichte Reinigung ausgeschlossen wird[91]. Die amtliche Aussage des redieva aber geschieht gegenüber dem Schultheiss, und dieser ist daran in seiner eigenen amtlichen Aussage gebunden[92]. Das kann sich unmöglich auf eine Erklärung des redieva als Urteiler in einem Prozess beziehen, und so bleibt nichts übrig, als bei redieva, im vollen Zusammenhang mit der Gestaltung der Wahrheit im Niederfränkischen, an Rüge zu denken. In der That kennt das friesische Recht die Rügung in Königsbannfällen, die der Schultheiss im Grafengericht thut, und die er durch sein Bodthing vorbereitet[93]. Der redieva ist da eben der Rügezeuge für den Schultheissen. Ihm gegenüber dient dann in gleicher Weise der Aldirmon als Rügezeuge[94]. Die Zahl der redien aber, welche der Schultheiss zur Rügung benutzt — drei in jedem Schultheissensprengel —, entspricht den drei Zekeren, mit denen auch im Recht von Drenthe der Schultheiss arbeitet, — hier allerdings der Ortsschultheiss, nicht wie in Friesland der Viertelsschultheiss. Der redieva des Heimatkirchspiels der Partei hat dabei dann wieder in den meisten Fällen das entscheidende Wort[95], ähnlich wie im drenthischen höheren Gericht

---

die Atten sind zwölf, und so sehr häufig die jurati in anderen Quellen. — Von grösserer Bedeutung scheint es, dass einigemal in Westfriesland zwischen Schöffen und Rat der Gemeinde von Westfriesland unterschieden wird (Heck S. 115). Das findet dann in dem Hadeler Recht ein freilich höchst undeutliches Abbild, wo vielleicht auch die 24 Hauptleute in jurati (scabini) und consules zerfallen (oben N. 78). Allein im Westen kann das eine Einwirkung des holländischen Rechts sein, welches ja auch im Kennemerland thatsächlich die asega durch Ortsschöffen zu beseitigen suchte (v. d. Bergh II. 816). Die Spur im Go Hadeln aber, der zum sächsischen Gebiet gehört, ist zu unsicher. Das nächstverwandte sächsische Recht kennt im Go keine Schöffen.

90) Driessen S. 355. 1381.

91) Stellen bei Heck S. 309.

92) Richthofen S. 544 § 61.

93) § 21 N. 72.

94) Richthofen S. 544 § 61.

95) Heck S. 316 fd. hat das mit grosser Genauigkeit belegt.

Digitized by Google

das Rocht des Heimatkirchspiels massgebend ist[96]). Haben je einmal in den friesischen Goen (Hundertschaften) besondere Urteilsfinder existiert, dann sind sie später durch die Rügezeugen verdrängt worden, ähnlich wie in den rheinischen Hundertschaften die Schöffen den Heimburgen Platz machten. Es ist das aber nur eine unsichere Möglichkeit.

Einmal tritt auch im Niederfränkischen eine Bezeichnung hervor, der offenbar der gleiche Gedanke zu Grunde liegt, von dem das asega oder ehera ausgeht: ich meine die ioraria, die sicher auf ein Gemeindeamt zu deuten ist und doch vom Amt des maior unterschieden wird[97]).

Überall ergibt sich also eine besondere Kirchspielverwaltung, die einesteils an das Gemeindezeugnis anknüpft (die Kirchspielsnemed in Ditmarschen, der Schulze mit dem Rocht in Drenthe, der asega mit den Atten in Friesland, der Schulze mit den Kirchspielsgeschwornen in Hadeln). Nur darin unterscheiden sich die Quellen, dass der Gemeindebeamte hier ein obrigkeitlicher, dort ein autonomer ist.

10. Noch weiter führt eine andere Spur. In den französischen Urkunden begegnet sehr früh ein von dem maior des Dorfes verschiedener decanus[98]).

Bereits in der fränkischen Zeit tritt auf den grossen Gütern der Gegensatz von maior und decanus auf, und dann befasst die decania einen kleineren Sprengel als den Bezirk des maior[99]). Es wäre nun an sich wohl möglich, die decaniae als eine Einrichtung der

96) Ob. N. 65.

97) Wibaldi epist. 18 (Jaffé Monum. Corbeiensia S. 99) ioarias, maiorias et villicationes.

98) Mabillon, de re diplomatica 180. 1135 (bei Soissons): Nocherus major cum filio suo Waltero, Dominicus decanus cum filio suo Humberto; Tardif 437. 1138: Gualterius major Ville Nove, Fucherius decanus. 479: Major autem et decanus ab hac exsolutione semper erunt liberi; 558. 1159: ab omnibus autem consuetudinibus et exactionibus isti sunt liberi: major et decanus, scabini VII furnarii etc. Ord. XI. S. 265 § 15 Amiens: qui a Majoribus et Judicibus et Decanis, scilicet servientibus Communie, submonitus etc. Metz IV. 1 S. 101. 1095: habet ibi proprium Villicum, Decanum, Scabinionem. Arbois Champagne III S. 440. 1151: Rogerius decanus, Hugo dictus major. Andere Belege in der vortrefflichen Untersuchung Sickels: M. Ö. J. III. Ergbd. S. 555 ff. — Guibert von Nogent (S. rer. franc. XII S. 251): Maior nescio, an Decanus rusticorum.

99) Vgl. die erschöpfende Übersicht bei Guérard Polyptyque de l'abbé Irminon. I § 229—232.

Digitized by Google

Grundherrschaft aufzufassen, hinübergenommen[100]) aus der decania des römischen Rechts, wiewohl es Schwierigkeiten hat, sich den Vorarbeiter von 10 Plantagensklaven später als Vorstand ganzer Ansiedelungen vorzustellen. Direkt an das römische Recht knüpft jedenfalls der decanus in den kirchlichen Kommunitäten[101]), und wahrscheinlich in den Zünften an[102]). Es wäre aber auch möglich, dass es sich in den Dörfern, wo decani vorkommen, um freie Dörfer handelt, über die ein Grundherr die Mittelgerichtsbarkeit erworben hat, oder dass die decania in der Grundherrschaft gerade so ein Reflex aus der freien Dorfverfassung ist, wie dies vorher für den Heimburger und Bauernmeister in grundherrlichen Dörfern zu erweisen war.

Als Funktion des decanus wird nun einigemal die Ladung erwähnt[103]), dann die Vollziehung des militärischen Aufgebots[104]). Das gestattet natürlich keinen sicheren Schluss auf das Amt. — Viel weiter führt eine Nachricht aus der Karolingerzeit, wo unter den 47 Leuten, die auf dem mallum von Rheims Karl dem Kahlen Treueid leisten, 8 decani erwähnt werden[105]). Sie scheinen ihre Gemeinden bei der Eidesleistung zu vertreten, neben den Vornehmeren, die für sich den Eid leisten. Das weist schon auf öffentliche Gemeindebeamte. — Entscheidend ist ein Vorkommnis in Metz: Im Laufe des 12. Jahrhunderts sind hier die Vorstände der 3 Sondergemeinden die maieurs, während es früher nur einen villicus civitatis gegeben hat[106]). Nun wird in einer Urkunde von 1075 den Richtern von Metz etwas gegeben, damit sie recht richten; als diese Richter werden aber genannt der advocatus, der primus scabinio und die 3 decani[107]). Hier ist es ganz deutlich, dass die

100) Diesen Fehlschluss habe ich in Abhandlungen für K. Maurer S. 456 N. 2 gemacht.

101) Vgl. § 25 N. 22.

102) § 25 N. 21 f.

103) Calmet II col. CCCIII. 1135; gerade bei Klagen eines Auswärtigen, der der Herrschaft nicht angehört. Thierry I S. 111 § 15.

104) Varin I S. 847: dicit eciam idem testis, tunc prepositus Henrici archiepiscopi, quod bis duxit homines dicti burgi apud Selleri, facta primo requisicione ab eodem teste ex parte dicti archiepiscopi a Thoma dicto le Batailli, qui tunc erat decanus burgi S. Remigii remensis, quod omines dicti burgi mitteret ad dictum exercitum.

105) cap. 261 a. E. (ob. § 1 N. 10).

106) Vgl. die Zusammenstellung bei Prost in nouv. revue hist. du droit II S. 301.

107) Gallia christ. XIII col. 402: praeterea iam dictus advocatus

Digitized by Google

ursprüngliche Gemeindebehörde der decanus gewesen ist, und dass sich die maiores nur allmählich über die decani geschoben haben. Ebenso steht 1136 in Toul der decanus vor den ersten Schöffen[108]).

In den deutsch-fränkischen Gebieten am Rhein kommt als Bezeichnung für den Gemeindevorsteher neben den beiden unmissverständlichen Ausdrücken Heimburger und Hunne — von letzterem nachher — auch das Wort Zentner vor; und da die Geschichte des Centgrafen und Vogts zeigt, wie früh lateinische Namen deutscher Verhältnisse im Volksmund üblich geworden sind, so wird man anscheinend, freilich nicht ohne inneres Widerstreben — genötigt, das Wort Zentner aus Centenar entstanden zu denken[109]). Auch die Erscheinung in der Pfalz, wo an der Spitze des Dorfes oder der Heimgemeinde Zehentmeister oder Zehentbürger stehen, zwingt zu keiner anderen Erklärung[110]). Dagegen kann es nicht mehr mit Centa zusammengebracht werden, wenn im Mainfränkischen[111]) und einmal auch im Unterelsass[112]) die Gemeinde Zeche heisst.

Entscheidend ist die Bedeutung des letzten Wortes Zeche in Bayern. Hier wird in der fränkischen Zeit ganz sicher der decanus als öffentlicher, nicht als grundherrlicher Beamter unter dem

---

seorsum item accipit decem solidos, et tres decani atque scabinio ternos solidos singuli in mercedem sui officii, quatinus neque inferri a quolibet, neque sinant injustam vel injuriam pati quemlibet.

108) Calmet II col. CCCXIII: Sign. Ebroini decani Sign. Walteri scabini.

109) Vgl. die Belege bei Lamprecht I S. 169 ff.

110) Grimm I S. 766 ff. (1295); S. 768: Wir und die vorgenannten dorffer (das Heimgereite der grossen Landauer Waldmark) sollent han drey Zentenberger gemeinde; VI S. 415 § 1: Erstlich sollen alle jahr uf den obgemelten tag zwen zentenmeister gezogen werden, doch also dass ihrer vier seind.

111) Grimm I S. 582. 1380 Rieneck: Auch haben sie geteylt — were es, das eyn fryman hinweck zuge ader fure uss der zeche, dar inne er gesessen were, wo ader welchen ort er hin tzüge ader füre, so soll der frybotte, der uber die zeche gesetzt were, demselben nach volgen. III. S. 889: Item wann der hirt zum dorffe einferet, so sal man das gericht anheben, wann er wider aussferet, so sal man berechen; were aber einer so arme das er der zeche nicht zu betzalen hett, so sollt er, dieweil das gericht weret, vnter einem zune ligen.

112) Grimm I S. 700: Je das hus in der vogetigen sol ouch geben dru hünre, der werdent zwei dem bischofe und eins den herrn von Ohsenstein, und sol do mitte gon zu samende eine gesworne zeche (d. h. die Geschworenen des Dorfes).

Digitized by Google

centenarius genannt, und nachher kommt der decanus, die decanie, Zehend als Ortsverband vor[113]). In einem bayerischen Weistum ist der Zehentner der Vertreter der Gemeinden, hat die niedere Gerichtsbarkeit, kontrolliert — ähnlich dem sächsischen Burmeister — das Mass und steht dem herrschaftlichen Amtmann (Schultheiss) gegenüber[114]). Nun kommt in Bayern die Verwaltung des Kirchenvermögens von jeher der Ortsgemeinde zu[115]). Die Personen, die diese Verwaltung führen, heissen die Zechleute[116]). Da die fabrica ecclesiae nirgends mit einer „Zeche" in Beziehung gebracht werden kann, so müssen die Zechleute eben die Leute der Zeche, d. h. der Gemeinde sein. —

In Alamannien und Rhätien bezeugt die viel besprochene Nachricht des Walafrid Strabo[117]) den decanus und stellt ihn den geringen Priestern gleich, die keine Taufkirche haben. Da die Inhaber der Taufkirchen mit den späteren Ruraldekanen zusammentreffen, so gehen die Dekane des weltlichen Rechts den gewöhnlichen Pfarrern parallel und sind als die Vorstände der Kirchspiele zu betrachten. Hierher gehört dann wohl noch der decanus im Puschleg, der dort deutlich der Gemeindevorstand ist[118]); in der Gegend von Zürich werden einmal eine Anzahl Orte als Zehende bezeichnet[119]).

Fasst man das alles zusammen, dann ist decania, Zehend, Zeche[120]) der Gemeindeverband, decanus der Gemeindevorstand, und es wird mehr als zweifelhaft, ob nicht auch der Zehntner des moselländischen Rechts soviel als decanus ist. Damit gewinnt man nun

---

113) Siehe die Zusammenstellung von Sickel, M. Ö. J. Ergb. III S. 546—549; dann wohl Q. E. bayer. Geschichte I S. 141 (1201—1217): decanum de Hohenvelse.

114) Grimm VI S. 123 § 15—23 über den Amtmann unten § 58 N. 4.

115) Siehe meine Kirchenhoheitsrechte des Königs von Bayern S. 21 ff.

116) So schon Q. E. bayer. Gesch. VI. 238 § 17; ich erinnere auch an den in Bayern häufig vorkommenden Namen Zechmeister.

117) De exordiis c. 32 (ed. Knöpfler S. 101), Waitz III S. 436 ff.

118) Mohr I. 181. 1213: finem et reffutacionem fecit Lanfrancus del Presbitero decanus de Posclavio ex parte communis sue.

119) Habsburger Urbar S. 277.

120) Ich weiss sehr wohl, dass die moderne Etymologie Zeche auf diejenigen altgermanischen Worte zurückführt, welche anordnen bedeuten (z. B. Kluge s. h. v.), und bin damit auch vollkommen einverstanden; allein dadurch ist der Zusammenhang zwischen Zeche und Zehn nicht beseitigt; vielmehr ist dann die Zehntschaft die älteste Form der Ordnung. und so wird dann „zehnen" (zehon,

Digitized by Google

eine sehr ursprüngliche Auffassung von der Stellung der Dorfgemeinde. Ist die Hundertschaft der Verband von 100 Familien, so ist die Gemeinde der Verband von zehn. Damit stimmen dann auch die Angaben über die Hundertschaft der Gebiete, wo sich das Institut in der Urform erhalten hat: im Hessischen, wie im Mainfränkischen hat die Hundertschaft noch zu Ende des Mittelalters und in der neueren Zeit im ganzen nie mehr als 12 bis 18 Dörfer[121]); in der besiedelten Gegend des Untermains[122]) oder gar in Flandern[123]) freilich kann sich diese bis auf das 5—9fache steigern. Es steht das ja in ziemlich genauem Verhältnis zu der gegenwärtigen Dichtigkeit der Bevölkerung.

11. Wie bereits erwähnt, wurde in der Rheinprovinz der Gemeindevorstand auch als Hunne, centurio, centenarius, also deutlich als Vorstand der Hundertschaft bezeichnet[124]). Vielleicht, dass auch die Cent des Rechts von Dinant[125]) hieher gehört, sicher aber die centena des Lütticher Rechts, an deren Spitze der maior steht, dann die des oberlothringischen Rechts[126]).

---

teohhian) zu „ordnen". Man muss sich nur vor Augen halten, dass die Einteilung in Zehntschaften und Hundertschaften nur für ein wanderndes, nicht für ein angesiedeltes Volk einen Sinn hat, dass die Wortbedeutung schon in der frühfränkischen Zeit nicht mehr recht verstanden wird, und dass man deshalb die Einteilung unbedenklich in die früheste gemeingermanische Zeit oder noch weiter in die indogermanische Urzeit zurück verlegen muss.

121) Vgl. die nützliche Zusammenstellung von Thudichum, die Gau- und Markverfassung in Deutschland S. 27; dann die Verhältnisse der Zent Aub in Münchener S.-Ber. II S. 143 ff.: die nunmehr zu erwartende Ausgabe des Würzburger Zehntbuchs wird diese Verhältnisse noch klarer legen.

122) Siehe das Beispiel von Umstadt (27 Dörfer) bei Thudichum a. a. O.

123) z. B. der Frank von Brügge mit 90 Dörfern (Warnkönig II S. 166) im 17. Jahrhundert; Vurnes mit 50 Dörfern (Warnkönig II. 2 S. 54).

124) Die Belege sämtlich bei Lamprecht I. 169 ff.; dann in dem wertvollen Aufsatz von Lacomblet in seinem Archiv I S. 209 ff.

125) Wauters S. 251. 1060: omnis villa communiter debet tria per annum centenarie complacita, in quibus monetarii comitis tantum judices debent esse delictorum.

126) Paweilhars c. 6 (ob.), c. 71 (ob. §19 N. 6 N. 7). Metz IV. S. 99. 1094: quapropter ego Poppo; sanctae Mettenses ecclesiae praesul — trado — beatissimae Luciae — integram centenam in burgo sancti Juliani. IV S. 100. 1095: In centena totius potestatis Amellae, tam de fure quam de latrone et aliis omnibus diffiniet villicus sine advocato omnia secundum iudicium scabinorum ipsius curtis Amellae. IV S. 155. 1192: centena burgi cum banno suo; wohl auch Hugo v. Flavigny (Labbei nova bibl. I S. 133): Dedimus — decimam illorum arietum

Digitized by Google

Bereits in der Cent des karolingischen Güterverzeichnisses von Prüm tritt die Redeweise klar hervor[127]). Caesarius von Heisterbach hat centena mit communitas übersetzt, und wenn man auch auf dieses spätere Zeugnis für die ältere Zeit kein Gewicht legen will, so ist jedenfalls schon in dem ursprünglichen Text selber der Sinn Ortsgemeinde ganz deutlich[128]). Die — nicht recht fassbare — Auslegung des centenar mit Centschar[129]) ist unmöglich. So bleibt gar nichts anderes übrig als anzunehmen, dass nicht erst im 16. Jahrhundert, wo der Hunne seinem Namen zu Ehren bellen muss wie ein Hund[130]), man die Wortbedeutung von Hunne vergessen hat, sondern man muss ein solches Missverstehen der sprachlichen Bedeutung bereits für die fränkische Zeit zu Grunde legen. Denn das ist ja sicher erwiesen, dass sowohl Ortsverbände, wie grössere Verbände als centenae aufgefasst werden und dass später der Hunne Vorstand des einen wie des anderen Verbandes ist. In der That könnte man das auch fast ohne weiteres vermuten. Das Wort hat, wie oft betont, einen Sinn nur für ein wanderndes Volk; ein angesiedeltes wird sich niemals mehr effektiv in Hundertschaften und Zehntschaften gliedern lassen, und die aus der Wanderzeit übernommenen Namen werden eben inhaltslos, wenn man auch den Zusammenhang mit hundert noch erkennt und dementsprechend übersetzt. 7—8 Jahrhunderte sind dazu eine gerade so ausreichende Zeit wie 15—20 Jahrhunderte. Das bewusste, gelehrte Verständnis des Wortes, das wir heutzutage wieder gewonnen haben, hat man in der älteren Zeit nicht besessen; da wird man eben den Hunnen nach dem bestimmen, was man

qui nostre ecclesie persolvuntur ex Bracensi centenaria. Es ist also Befreiung von den Gemeindelasten, wenn eine Kirche von den sonstigen Abgaben befreit wird, dann aber auch de centaina quam Theutonici cunnenduon vocant (Metz IV S. 95. 1070), und es weist auf eine Exemtion einer Grundherrschaft vom Gemeinderecht, wenn Grundstücke cum banno et centena übertragen werden (Metz IV S. 110. 1130, S. 143. 1186).

127) Beyer I S. 155 N. 158; unsicherer ist das Cap. de villis § 62 (Cap. 32; vgl. ob. § 3 N. 129).

128) Beyer I S. 155 N. 5. — Wenn in den Güterverzeichnissen die Abgaben des Ortes Schweich aufgezählt werden und es inmitten der Aufzählung heisst: centena de suueghe solvit de vino modios XXX (S. 158), vorher und nachher keine andere Weinabgabe erwähnt wird, so ist das eben die Weinabgabe des Dorfs; wie man sich eine „Centschar" — was ist das überhaupt? — grundlastenpflichtig zu denken hat, kann ich mir nicht vorstellen.

129) Sohm S. 195 ff.

130) Grimm I S. 797.

Digitized by Google

als sein gegenwärtiges, wesentlichstes Merkmal sah. Die Deutung, die man dabei dem Wort Hunne gibt, liegt nun nach meiner Meinung zu Tage:

Noch lange ist der Hunne identisch mit dem Heimburger, das heisst dem gewählten Gemeindevertreter. In der frühesten nachfränkischen Quelle aber, die von einem centurio spricht[131]), versucht der Dorfherr gerade die freie Wahl des centurio zu verhindern[132]). — Vielleicht mag dann auch die hohe Emenda der fränkischen Dorfgerichte (5 sol.), die mit der Emenda des Centgrafen identisch ist, zur Gleichstellung beigetragen haben oder besser: dadurch dass das Dorfgericht die Emenda des Hundertschaftsgerichts erwarb, wurde der Dorfrichter Hunne. — Von da ab erklärt sich dann auch der vielbesprochene[133]) pactus Chlotahari et Childeberti sehr einfach; die hier genannte centena oder, was identisch ist, trustis[134]) kommt ganz genau in derselben Funktion wieder im Recht von Lüttich vor[135]) und ist hier die Ortsgemeinde; so wird sie auch im alten pactum lediglich die Ortsgemeinde sein: Für die Herrschaften des Königs und der anderen Grossen ist die Aufstellung von electi centenarii, d. h. von Dekanen, Hunnen etc. geboten, die wir denn auch in der fränkischen Zeit bereits vorgefunden haben, d. h. man fordert für die herrschaftliche Gemeinde die Aufstellung eines Bauermeisters, der die Ortspolizei leiten kann. Ob darüber hinaus an Gemeindebildung auch in den freien Ansiedelungen gedacht ist[136]), lässt sich nicht bestimmt sagen; wahrscheinlich ist es nicht[137]); denn hier ist sie eben schon vorauszusetzen.

---

131) Beyer I. 310. 1038: nullumque centurionem absque eiusdem abbatis fratrumue consensu ac legali familiae electione preficiendum esse censui.

132) Mit Centgraf, der doch gewiss nicht vor dem 8. oder 9. Jahrhundert in die Volkssprache übergegangen ist, ist es gerade so gegangen: auch dieses bedeutet dann schon im 14. Jahrhundert auch den gewählten Dorfgrafen (§ 31 N. 34 a. E..)

133) Die letzten ausführlichen Erörterungen bei Brunner II S. 147 ff. Sickel, M. Ö. J. Ergbd. III S. 527 ff.

134) So mit Recht Brunner II S. 147 N. 35.

135) Ob. N. 126; man hat das bisher allgemein übersehen (z. B. Sickel a. a. A. S. 531 N. 2).

136) c. 9: ut — centenas fierent.

137) Chlotar I. ist doch wesentlich der Herr des niederfränkischen Stammlandes, wo eben die Centenen als Ortsgemeinde urwüchsig sind; so wird

Digitized by Google

Fasse ich noch einmal zusammen, so ist bereits für das frühfränkische Bewusstsein Cent und Centvorstand nicht mehr die Hundertschaft im Gegensatz zur Gemeinde, sondern der freie Verband des Volksrechts mit seinem freigewählten Vorstand gegenüber dem Verband und den Beamten des königlichen Amtsrechts.

12. Wenn an der Spitze des Dorfes ein vom Königtum unabhängiger Führer steht, so lässt sich vermuten, dass auch dessen Amt den allgemeinen Bildungsgesetzen unterlag und sich da und dort die Wahl in Erblichkeit umgesetzt hat. Ist nun schon für die grosse Hundertschaft dieser Prozess schwer zu verfolgen, so natürlich noch mehr in diesen kleinsten Verhältnissen. Doch finden sich zwei Spuren. In Friesland und Hadeln ist einmal direkt eine Dorfherrschaft bezeugt[138]), und das gleiche scheint für das Dorfgericht des bayerischen Rechts zu gelten[139]). Im ganzen ist natürlich dieses alodiale Dorfgericht des öffentlichen Rechtes von der alodialen Grundherrschaft nicht weiter zu unterscheiden. — Ein ausschliessliches Recht der nobiles auf die Gemeindeämter hat das ursprüngliche seeländische Recht[140]). In Hadeln aber wird von einer besonderen Athmansfreiheit gesprochen, die wenigstens hierher gehören kann[141]).

IV. So besteht von jeher ein Gemeindeverband, der wenigstens in dem fränkischen und dem oberdeutschen Recht mit der Dekanie identisch ist. An die Spitze ist ein gewählter Vorstand gestellt, daneben ein Rat. — In den niederdeutschen Gebieten bildet der Gemeindeverband die Grundlage für das Kirchspiel; aber auch in Oberdeutschland fällt Kirchspiel und Gemeinde öfters zusammen und es wird — ähnlich wie im Norden — das Kirchspiel (Kirchhöre) als der öffentliche Verband da betont, wo die Ansiedelungen

---

c. 9 nur sagen, es sollen da die Centenen gebildet werden, wo bisher keine sind, d. h. in den Grundherrschaften; c. 9. c. 16 gehört wohl zusammen.

138) Ob. N. 75 N. 84.

139) In Österreich ist das alodiale Dorfgericht nicht identisch mit dem grundherrlichen (Luschin S. 160 ff.); ebenso wird in der niederbayerischen Ottonischen Handveste von 1311 § 13 (Q. E. bayer. Gesch. VI 238) zwischen Dorfgerichten und Hofmarken unterschieden. Vielleicht gehört es auch hieher (Meichelbeck II. 109. 1272), wenn in Ismaning bei München, das der Endsilbe nach wohl als freies Geschlechtsdorf auzusehen ist, das judicium villae vom Herzog tradiert wird.

140) v. d. Bergh II. 40 § 48.

141) Ob. N. 80.

Digitized by Google

zerstreut sind[142]). — In den Dörfern der alten Römergebiete, die ja auch noch teilweise in den Ortsnamen römische Einwirkungen verraten, ist das Viererkolleg (Zweierkolleg) der Munizipien nachgeahmt worden — in welcher Zeit, kann man natürlich nicht sagen. Dann kombiniert sich allenfalls das Viererkolleg mit dem deutschen Ortsbeamten[143]), und so etwas hat schon Walfried Strabo vor Augen gehabt[144]). Ebenfalls schon in die frühfränkische Zeit geht die Übertragung der Gemeindebildung auf die Grundherrschaft. Neben dem Heimburger decanus ist aber zunächst im Westen ein maior, Schultheiss eingedrungen, und hinter ihm stehen an Stelle der Gemeindegeschworenen gesetzte Schöffen[145]). Das ist im seeländischen Recht deutlich zu erkennen und bildet weiter gegen Norden den Gegensatz zu der friesischen Verfassung[146]). Im deutschen Gebiet scheint der Prozess erst während des 15. und 16. Jahrhunderts sich im grossen Mass vollzogen zu haben.

V. 1. Die Thätigkeit der Gemeinde bezieht sich auf die Waldnutzung, die aber in ihrem Umfang durch den Hundertschaftsverband, also durch die Erfexen bestimmt war[147]); da die Erfexen sehr früh die Waldeigentümer werden, so bleibt den einzelnen Ortsgemeinden bloss ein unbestimmtes Gebrauchsrecht. Weit wichtiger aber ist noch die gemeinsame agrarische Verwaltung. Wir haben ja anzunehmen, dass die einzelnen Dörfer zu Beginn der Siedelung — die natürlich kein scharf abgegrenzter Vorgang war — die Feldflur gemeinsam bestellten, wie die Verbände des

142) Landbuch der March § 48 (Z. f. schweiz. Recht — Quell. II S. 37); Ried episc. Ratisb. I. 540. 1269 dorf sive kirchgericht.

143) Ob. N. 42.

144) De exordiis c. 32 (Knöpfler S. 101).

145) v. d. Bergh II. 40 pass. II. 748.

146) In Kenemmerland wird der Asyngh durch den Schultheissen beseitigt (v. d. Bergh II. 816), im Amstelland der Asyngh und die Heimraden durch Schultheiss und Schöffen (Mieris III S. 486).

147) Daher kommt in Waldgegenden das Försteramt als Gemeindeamt vor — soweit hier nicht die grundherrliche Rodungsgemeinde mitspielt (§ 38 N. 38), so in Lüttich: Böhmer act. imp. select. 229: si quis civium terram extra civitatem alicubi in episcopatu tenet, nullum inde scotum, nullam inde talliam debet, nec potest cogi, ut fiat ibi villicus sive forestarius sive synodalis aut scabinus. Der Förster ist dann häufig das Vollstreckungsorgan der Gemeinde überhaupt: Paweilhars c. 186, Patron c. 7 (recueil de Liège I S. 293); Ladung auf dem Land erfolgt durch den forestier (ou par l'adjour de forestier, se c'est en plat pays).

Digitized by Google

Mutterrechts auch anderwärts. Schon in der Zeit des Tacitus scheint dann dieser Zustand überwunden, und im Edikt des Chilperich äussert sich das Gemeindeeigentum nur mehr in einem freilich sehr ausgedehnten Heimfallrecht an die Gemeinde, dessen Ausläufer, der gemeindliche Einsatz der Seitenverwandten, noch lange die Spur bewahrt[148]). Der Gang des Prozesses entzieht sich im einzelnen unseren Augen; aber auch nachdem er abgeschlossen war, hat der Flurwechsel, Flurzwang und die gemeinsame Weide — die Nachwirkungen des Agrarkommunismus — die Gemeinde zu eindringender wirtschaftlicher Verwaltung genötigt[149]).

Diese gemeinsame wirtschaftliche Thätigkeit und Berechtigung ist es, welche dem untersten Verband den Namen Gemeinde, communio eingetragen hat. Andere Bezeichnungen sind Kuntschaft, Thy (Thiede), let (g) scap[150]). Natürlich macht diese gemeinsame Verwaltung, zu der dann noch die äussere Verwaltung der Ortskirche kommt, gemeinsame Steuern erforderlich, die wohl als Geburrecht, Buirschatzung hervortreten[151]), und es ist überaus bezeichnend für die rechtliche Unabhängig-

---

148) So am deutlichsten die Behandlung der unwena lawa im friesischen Recht, wo der ausserhalb dem engern Erbenkreis Stehende eine Abgabe an den Asyng, also den Dorfrichter zahlen muss: siehe Armira, Erbenfolge und Verwandtschaftsgliederung S. 166 fd. — Ebenso bedürfen im Lütticher Recht wohl die Seitenverwandten und die Ascendenten, nicht aber die Kinder des Einsatzes, um über den Nachlass verfügen zu können (Paweilhars c. 88, 227). Hier liegt die Wurzel zu dem Satz: der Tod erbt den Lebendigen. Für das Lehenrecht vgl. § 48 N. 10. Anderwärts weist die Gemeinde jeden Erben an. Die Sache kann hier nicht weiter verfolgt werden. — Dass der Einsatz auch im fränkischen Gebiet Gemeindesache ist, zeigt das Recht von St. Quentin § 17 (Ord. XI S. 272), wo er vom major und den jurati, nicht von den gleichfalls vorhandenen scabini vorgenommen wird.

149) Vgl. G. L. v. Maurer. Zu genauerem Eingehen auf diese Verhältnisse versagen die Quellen der älteren Zeit.

150) Für letztere Westf. U. B. III. 389. 1149. 1283. 1798; vgl. darüber die Ausführungen von Wilmans III S. 602 ff., der auf das angelsächsische lede (leges Edwardi conf. text. Rogeri de Hoveden c. 28) verweist. Die übrigen Bezeichnungen § 21 N. 55. Die interessanten Ausführungen von Philippi die Osnabrücker Laischaften 1896 ergeben deutlich, dass die Laischaften in Osnabrück Gemeindeverbände sind (Weidenwesen, Wegebau). Da die ältesten Belege hier erst aus dem 16. Jahrhundert stammen, so hat Philippi ohne weitere Stützen angenommen, die spätere Kompetenz der Laischaften sei eine jüngere Bildung. Im Vergleich mit den übrigen westfälischen Nachrichten ist das zweifellos ein Irrtum.

151) Lacomblet II. 821: geburrecht ist contributio facienda — ad reparationem ecclesie sive putei vel alicuius rei. Lacomblet IV. 679. 1361:

Digitized by Google

keit dieser Verwaltung vom Staat, dass die staatliche Steuerfreiheit nicht von der Gemeindesteuer enthebt[152]). Eine wesentliche Gemeindelast sind die Gemeindewege, und so ist im niederfränkischen Recht auch ein Gemeindezoll zu erkennen, der für die Benützung der Gemeindewege erhoben wird, die calceata[153]). Die Versammlung, in der alle Gemeindeangelegenheiten besprochen werden, heisst im Fränkischen weithin das Heimgerede[154]). Auch hier tritt dann die Verpflichtung aller Ortseingesessenen hervor, zu der periodischen Ortsversammlung zu erscheinen, die dann nach dem Heiligen des Tages (Petersgericht, Burkart, Martinsmahl etc.) genannt wird[154a]). Die Beschlüsse der Gemeinde werden als Einung, kore, bezeichnet[155]).

2. Die Gemeinde übt insbesondere auch Gerichtsbarkeit, und diese tritt überall hervor. In den fränkischen und elsässischen Quellen steht dem Gemeindegericht eine emenda von 5 ($7^1/_2$) sol. zu Gebote[156]). Die Ursprünglichkeit dieses Satzes ergibt sich aber daraus, dass nach dem älteren gemeinfränkischen Recht der maior

die Gemeinde erhebt für den Kirchbann buyrschetzinge. Im Niederfränkischen hamede in diesem Sinn (N. 153).

152) Lacomblet II. 741. 1280: die Abtei Deutz ist in Remagen für ihre Besitzung von der gräflichen Steuer frei, sed ius opidanorum, quod geburscat vulgariter appellatur, observabunt.

153) Vgl. darüber das von mir (Abhandlungen für Maurer S. 387, 390) Bemerkte; ich habe dort noch gezweifelt, ob die Abgabe auf das Gemeinderecht zurückgeht; das ergibt sich aber aus Thierry III S. 660, wo in einem kleinen Dorf eine calceiata erhoben und ad utilitatem villae verwendet wird. — Besonders deutlich ist Tailliar 242. 1293, wo die Gemeinde Lille als Abgabe die chaucié und die hamede erhebt: das letztere ist deutlich eine Gemeindeabgabe (vgl. Wauters S. 48. 1186 Antwerpen pascua et terras ad communem justitiam pertinentes, que vulgo Hemethe vocantur). — Gemeindewege als Gemeindelast: Thierry IV. 699 § 18, S. 767; Giry S. Omer CI; Garnier chartes de commune en Bougoyne II. 367 § 21; Ord. XII S. 272 § 18.

154) Es genügt der Verweis auf Lamprecht I S. 306 ff.

154a) Kl. Kaiserrecht II. 56: wan der keiser hat geboten vnd gesatzt, daz ein iglich stat vnd ein iglich dorfe sal dri werbe in dem iare zu houffe komen mit allen den luten, die in der stat oder in dem dorfe wonen, und sullen den gemeinen nutz besehen. Grimm VI S. 42 § 1.

155) Lacomblet II. 470. 1259: statuta quoque que vulgariter Eininge et Kure nuncupantur. II. 738. 883: plebiscita que vulgariter Kuiren appellantur. M. B. VIII S. 251: die Bürger des Marktes Diessen machen jährlich eine Einung.

156) Grimm IV S. 460 § 9. 1210 unt., V S. 44 § 9 bei Basel: qui villicus solum cognoscere potest de hiis que spectant ad hemburgiam et presertim quum emende spectantes ad ipsam hemburgiam summa octo solidorum non ascendunt. Grimm III S. 328 f. Hessen (vgl. auch Kopp I S. 321):

Digitized by Google

von der gesamten Wette von 7½ solidi einen fredus von 2½ sol. bezieht, und so der übrige Betrag an den autonomen Verband fallen muss. Später ist überall da, wo für den Ort ein obrigkeitlicher subvicarius, maior, Schultheiss eingesetzt ist, mit der Gerichtsbarkeit auch die volle Emende von 7½ Sol. an diese staatlichen Beamten gekommen[157]). — Anderemale wird im Fränkischen die Kompetenz des Dorfgerichtes dahin umschrieben, dass es das Schuldgericht ist[158]). Und damit steht es dann in Zusammenhang, dass die Vollstreckung, besonders die Pfändung als eine ausschliessliche Funktion des bäuerlichen Gerichts bezeichnet ist[159]). Dieses Gemeindegericht lässt sich bis herab in das Burgundische nachweisen[160]). Im Norden geht es weithin unter der Bezeichnung tägliches Gericht[161]).

Wer ouch zu clagen hat, der sal erst kommen vor eynen heymburgen, ist es vndir fünf schillinge, so sulde der heimburge richten.

157) § 13 § 14 passim.

158) Grimm III S. 325 Hessen: ober schult richt eyn heymborge, als vere als he mag. — Grimm II S. 55 in S. Ingbert richtet der grundherrliche heygemeier um Erb und Eigen, der Hunne um Schuld. — Marnier ancien coutumier — de Picardie S. 44. e en droit débat meu entre Jehan le Prévost et les homes de poesté de la court de demisiele d'Arri — terminé est par jugement tant pour che que li dis Jehan a connut, que li homme de le dicte court poent jugier de 7 sols et demi; et que bien est prouvé par boins tesmoins que li homme de le dite court sont en saizine de connoistre et jugier en cas de catel.

159) Kl. Kaiserrecht II. 119: wan wer kumers oder gerichtes bedarff, ez sy warumb daz sy, ane umb des hoffes gut, der sal ez zu dem fordern, der die ruge um die vnfuge vn vm den zubrochen fride tun sal vor des keisers stul; wan des richters amptman, noch der richter selber, en hat nit rechtes dan vm dez hoffes gut. Lacomblet III. 366: Ende dat buergerichte, so wo dat van aldes gelegen is; aber dat dy greue ende sine eruen tot oerre behuef dy uitpendinge ende dy beteringe daeraf upboren ende hebben sollen. Es gehört auch hierher Warnkönig II. 160. 225: ministri non possunt domum vel bona alicujus saisire nisi per iudicium coratorum. § 27: nullus debet pandare, nisi per coratores.

160) Bourgogne c. 17, c. 22, c. 23 unterscheidet, ob man Verletzung der Tiere und Schaden der Tiere vor der voisinité verfolgen will oder vor dem droit.

161) So schon C. R. H. 4 s. t. 7. S. 120. 1116 ob. § 31 N. 20; dann Gelders Placaetb. II app. col. 29. 1327 (Landbrief für ganz Betuwe): voert willen wy, dat die daegelixsche richter behalden oer regt dat sy mit regt her hebben bracht; col. 78. 1335: voert sie ist oeck vorwaerde dat alle broeken die vallen oft geschieden in desen veer voergenoemden dorpen daer die heemsteden gelegen syn, zyn dat die dagelixche Richters die dat nedergericht hebben, dat niet berigten en sullen, met wy sullent berichten. Westf U. B. IV. 1642 Herford: preco richtet die causae quotidianae. Mieris II S. 638 § 6 Rotterdam.

Digitized by Google

Eine andere allgemeine Bezeichnung ist Burgericht[162]). Wie im Fränkischen tritt in den bayerischen Quellen eine Gerichtsbarkeit des Ortsgerichtes in all den Sachen unter 6 sol., dem kleineren volksrechtlichen Bann, hervor, wobei allerdings im 14. Jahrhundert dem Dorfrichter nurmehr der Betrag verbleibt, der im gräflichen Gericht dem Schergen zufällt; es wird also jetzt — gewiss eine Neuerung — der Ortsrichter als Delegat der Regierung angesehen. In Sachsen hat der Bauermeister eine Strafgewalt bis 3 sc. und Schuldgerichtsbarkeit[163]); ebenso fällt einmal dem schwäbischen Weibel im Landgericht der kleinere Bann des Volksrechtes zu[164]). — Die Gerichtsbarkeit und Strafgewalt der Gemeinde und des Gemeinderichters führt zur Bezeichnung der Gemeinde als Bann[165]). Einen wichtigen Anwendungsfall gemeindlicher Gerichtsbarkeit ergibt die Kontrolle des Marktes, wie er sich auch in kleinen Ortschaften bilden kann: das judicium de cibariis. Es soll davon in anderem Zusammenhang die Rede sein[165a]).

3. Eine weitere Funktion der Gemeinde ist die Gesamtbürgschaft[166]). Im ganzen fränkischen Gebiet tritt eine Haftung der Gemeinde und der Gemeindebehörde für die vorgekommenen Delikte auf. Ganz schlagend ist die alte Beziehung der Heimburger im Elsass, wo sie als Heinigisel[167]) bezeichnet werden; im Wort Heimburger selber liegt ja auch die Verantwortlichkeit für das Dorf ausgedrückt. In den rheinischen Quellen ist der Ortshunne pflichtig, den Totschläger aufzuhalten, sonst haftet er selbst für den schuldigen Mann[168]). In Seeland haftet das Amt, d. h. das

162) z. B. Jung Bentheim 51: jemand überträgt sein Gogericht, behält aber sein Burgericht; dann N. 159.

163) Zum vorausgehenden § 13 passim; für die Schuldgerichtsbarkeit des Bauermeisters in Sachsen N. 48.

164) N. 42.

165) Z. B. Calmet I S. 283; Schöpflin I. 82; Lacomblet I. 123, I. 494, II. 142 und sehr oft in Frankreich. Belege in Zoll, Markt, S. 429 N. 4, wo ich aber unrichtigerweise einen Zusammenhang mit dem conductus gesucht habe, der in den dort angegebenen Stellen die advocatia, den patronatus über die Pfarrkirche bedeutet.

165a) N. 182.

166) Wie sehr man irrt, wenn man meint, diese kleinsten und unscheinbarsten Verhältnisse lediglich mit den paar Quellen der fränkischen Zeit erkennen zu können, zeigt sich vor allem an diesem Institut. Die herrschende Auffassung hat Waitz I S. 454 ff. am besten zusammengefasst.

167) Schöpflin I. 404. 1216: officiales vero sunt, prepositus, causidicus, cellerarius, forestarius, grasewatio, Heinigisel de Mulenowe, Heinigisel de Wilre.

168) Grimm VI S. 694 § 11.

Digitized by Google

durch einen Schultheissen verwaltete Heiman für den Diebstahl und zwar hier auch für die private Komposition[169]); der Schultheiss wird, wie im Angelsächsischen, als obses pacis bezeichnet[170]). In Lüttich ergreift die Centena, d. h. die Ortsgemeinde mit dem maior an der Spitze den Dieb und führt ihn vor[171]). Ebenso verfolgten in nordfranzösischen Quellen der maior und die jurati mit der Gemeinde den Dieb und haften für den Dieb so lange, bis der Dieb dem Hochgericht abgeliefert ist[172]). Fasst man das alles zusammen, so muss die Haftung der Gemeinde etwas ursprünglich Fränkisches sein; und diese Haftung tritt nun nicht bloss in dem pactus Chlotahari et Childeberti, sondern als etwas Selbstverständliches schon in dem ersten sogenannten capitulum zur lex Salica hervor[173]). Ebenso wird im Westfälischen ein Dorf gepfändet, weil es einen Totschläger entrinnen lässt[174]), und im Rechte vom Glarus haftet der Tagwan (die Gemeinde) für die Hintersassen, deren Verbergung einer erzwingt[174a]).

Über die gegenwärtigen Untersuchungen geht die Frage hinaus, ob es sich um ein gemein-germanisches Institut handelt. Aber unterdrücken kann ich die Bemerkung nicht, dass ein Institut, das im schwedischen[175]), sächsischen, angelsächsischen, alamannischen und fränkischen Recht bezeugt ist, doch wohl zu den bestbezeugten gemeingermanischen Einrichtungen gehört. Dabei gibt dann das angelsächsische Recht noch einmal ganz deutlich den Zusammenhang der Friedensbürgschaft mit der Zehentschaft, die früher aus

169) Ob. N. 3.

170) v. d. Bergh II. 40 § 47: in quocunque officio ubi unus scultetus erit, ille scultetus erit obses pacis.

171) § 19 N. 6, N. 7.

172) Ord. V S. 160 § 13 Peronne: si aliquis cum latrocinio infra Banleugam captus fuerit, Maiori et Juratis reddi debet: Maior vero et Jurati per testes eum judicare debent; et convictum in Pilorico poni facient: deinde Justiciario nostro vel Justiciario Castellani, coram Scabinis, depositum reddent, et per hoc, Maior et Jurati de Fure liberi existent; ähnlich Ord. XI S. 271 § 12, § 28, § 49 S. Quentin; auch Et. S. Quentin § 18. — In dem Recht von Aire (Ord. XII S. 564 § 5) verfolgt der praefectus mit den amici villae die gestohlene Sache einen Tag auf der Spur.

173) Cap. 1 § 6: de homine inter duas villas occiso; hier haftet das Dorf für das Wergeld eines getöteten Fremden.

174) Dortmund. Stat. Beil. VIII N. 6: Nicht die Haftung an sich wird bestritten, sondern der Eingriff in die Gerichtsgewalt von Dortmund.

174a) Glarus 264. 301.

175) Wilda S. 217.

Digitized by Google

ganz anderen Gründen als der Gemeindeverband erschienen ist[176]), und so schliesst sich der Kreis der Beweisführung[177]).

4. Die Friedensbürgschaft ist nicht bloss eine Haftung der Gemeinde gegenüber dem Privatkläger, sondern noch weit mehr tritt eine Verantwortung gegenüber der Staatsgewalt hervor. Es ist nur eine weitere Anwendung desselben Gedankens, wenn der Gemeindevorstand zur Rügung im höheren Gericht verpflichtet ist. Beides fasst einmal ein Weistum des 14. Jahrhunderts in den altertümlichen Gedanken zusammen, dass jeder Heimbürger in seinem „Heimadel" den Frieden schirmen und handhaben soll, den Kaiser Karl geboten hat[177a]). Es herrscht daher auch ein Zusammenhang zwischen dem pactum Chlotahari et Childeberti, das in den Grundherrschaften gewählte Gemeindeorgane für die Friedensbürgschaft einführt, und dem später zu erweisenden Satz des fränkischen Rechts, wonach auch die Hofbauern der Grundherrschaft auf den tria placita legitima erscheinen müssen[178]). Es soll eben die Grundherrschaft aus polizeilichen Gründen als Gemeinde in das öffentliche Recht eingegliedert sein. Die Rügung selber aber ist nichts anderes als die Anwendung des allgemeinen Gemeindezeugnisses auf die Brüchten, welche den Herren anfallen.

5. Mit der Friedensbürgschaft hängt es dann wohl zusammen, wenn die Aufnahme der Hintersassen von dem Zusammenhang der Vollgemeinde abhängig gemacht wird. Das ergibt sich sehr früh im fränkischen, später im bayerischen Recht. Im letzteren sind die Herrenhöfe von der Beschränkung ausgenommen — sie sind eben überhaupt aus dem Gemeindeverband herausgetreten[179]).

VI. Die deutsche Gemeinde hat sich nicht bloss auf dem Land entwickelt, sondern überall in den deutschfränkischen und nord-

---

176) Die Stellen bei Waitz I S. 459 ff.

177) Die ältere (Eichhorn'sche) Auffassung des Instituts scheint mir vollkommen begründet.

177a) Grimm VI S. 620 (oben § 21 N. 50).

178) § 40. I.

179) Bayer. Landrecht c. 161: Ez mag in iedem dorf ain hof zwen hindersaezzen haben, und nimer an der nachgepawern rat und willen, und ain huob ainen und nimer an der nachgepawern rat und willen, ez sein dann eehofstet, die den herren dienent, und den pawern nicht. Es handelt sich also um ein freies Dorf im Gegensatz zum grundherrlichen. Die Bestimmung trifft direkt zusammen mit dem bekannten Titel de migrantibus der l. Salica (t. 45) und erläutert diesen.

Digitized by Google

französischen Städten tritt sie hervor. Denn um die Mauer der Burg und allenfalls in ihr ist Raum, Schutz und auch Absatzgelegenheit für den Bauern. Die Gemeinden, die dann um die Stadt entstanden sind, werden in den Städten, die ihre Bevölkerung rasch steigern [180]), einverleibt. Natürlich kann man solche Einbeziehungen nicht häufig verfolgen, aber einigemal haben doch Urkunden den Vorgang in seiner Bewegung fixiert [181]). Sehr oft tritt die fertige Thatsache entgegen, dass die Stadt ein oder mehrere Landgemeinden in sich schliesst oder umgekehrt einen Ausschnitt aus einer umfassenderen Landgemeinde darstellt [182]); die Sondergemeinden

---

180) Es ist hier nicht der Ort, die Fragen nach der Bevölkerungszahl der mittelalterlichen Städte zu verfolgen. Es mag sein, dass die Nachricht über die fast 200000 Menschen in Ypern (Warnkönig II. 87. 1247) eine Übertreibung und die 200000 Einwohner von Paris (Springer, Paris im 13. Jahrh. S. 10 unt. N.) etwas Alleinstehendes sind; aber auch die Städte mit 8000 Einwohnern, selbst die Orte mit 200—400 Hofstätten (Liesegang, niederrheinisches Städtewesen S. 149 ff.) gehen weit über den Umfang eines Dorfes, einer Zehntschaft (decania) hinaus.

181) Ein später, aber sehr deutlicher Beleg ist Düsseldorf. Lacomblet III. 878. 1374: mit Düsseldorf wird die Honschaft von Godelsem, von Derendorp und dazu noch ein Teil eines anderen Gebietes vereinigt, und deshalb sollen die Bewohner dieser Honschaften as vry syn — van allen dienst, schetzongen, beden, scheffenampte, honampte — as ander burger gut der stat van Dusseldorp. Ebenso deutlich ist aber die Einbeziehung in Köln: so wird die villa von S. Pantaleon 1154 noch ausserhalb des Verbandes der Marktstadt gehalten (Lacomblet I. 380) und gehört später zur Stadt. Ebenso werden Niderich und Airsbach später eingezogen; Niederich aber ist nach dem Weistum des 12. Jahrhunderts ein ganz selbständiger Gemeindeverband (Schreins. U. II. 1, S. 51 fd.). Sehr spät erwähnt, aber in der Bezeichnung ausserordentlich ursprünglich sind 3 Zentschaften, aus denen Rees besteht: Liesegang, Rees S. 60 ff.

182) Der älteste Beleg ist die vielbesprochene Wormser Mauerbauordnung aus dem 10. Jahrhundert, die eine Baupflicht wie der umliegenden Dörfer, so auch der urbani, qui Heimgereden vocantur an der Wormser Mauer (Worms. U. B. III S. 224) statuiert. Es ist Rietschel (die civitas S. 89) zuzugeben, dass damit nicht zwei Sondergemeinden in der Stadt bezeugt sind, aber umgekehrt ergibt sich mit Gewissheit, dass es auch andere urbani gibt als die heimgereiden. — In Speier tritt der Heimburger auf, der für den Rat in Almendstreitigkeiten handelt: Speierer U. B. 318. 1318: in einem Almendstreit mit Landau sol ir heimburge uf dez rates sele swern. — In Mainz kommt ein centurio (Gudenus I S. 45) d. h. wohl kein Centgraf der Cent, sondern ein „Dorfcentgraf" vor. — In Trier fungiert ein Zender (Grimm II S. 279), der Trier auf dem in Trier gehaltenen Hundertschaftsgericht vertritt (Lacomblet Arch. I S. 266). — In Strassburg (Strassburger U. B. I. 616 § 10) sind tres

Digitized by Google

halten die besondere Gemeindegerichtsbarkeit mit Bewusstsein fest[183]); die ganze Ansiedelung zusammen gehört zur Hundertschaft[184]).

precones (so die Lesung Schilters, die offenbar die bessere) quos heimburgen dicimus, 1 in der Altstadt, 2 in der Neustadt. In dem späteren Stadtrecht von 1322 werden dann 3 niedere Gerichte mit je 5 Schöffen erwähnt, wo als höchstes Wette 2½ sol. verhängt wird. Strassb. U. B. IV. 2. 3. § 226 ff. — In Hagenau erfolgt die Aufnahme in civilis juris communione durch den preco, nicht den scultetus (Schöpflin I. 310. 1164). — In Köln werden bekanntlich Parochien unter besonderen Beamten unterschieden; sie heissen auch magistri vicinorum (Schreins U. I S. 218 N. 2): eo tempore, quo Egebreth (qui Judeus fuit) et Harduwic filius Giroldi erunt magistri vicinorum parrochie; die Auflösung erfolgt vor vicini, buren (Schreins U. I S. 223, 3, 4; S. 237, 7), das Haus der Behörde ist das Geburhaus (Quell. Köln V. 96). Viel zwingender noch als diese Bezeichnungen ist es nun aber, dass nach dem Schied vom 1258 (Quell. Köln II S. 382 c. 18) in domo officialium non possit Judicium exerceri nisi de quinque solidis et infra, d. h. also jedenfalls dass diese Gerichtsbarkeit auf die Fälle beschränkt ist, in denen eine emenda von 5 sol. verfällt. Nun wissen wir aus früherem, dass diese Emenda vom Kläger eingesetzt werden muss, und es heisst in einer anderen Kölner Quelle dieser Einsatz und damit die ganze Kompetenz der Parochie Geburrecht: Quell. I S. 265: item si aliquis non officiatus aliquem officiatum convenerit coram magistris vel altero eorundem, ille tenebitur ei facere ius commune, quod dicitur Gebur regth, quinque solidorum. In dem Recht des Niederich wird die Parochie direkt als communio bezeichnet und nach dem Recht der communio die Ausstossung als höchste Strafe verhängt (Schreins U. II S. 52 § 6). — In Duisburg stehen neben den scabini für die Markgenossenschaft die hygen (ob. N. 16). — In Wesel hat der Bürgermeister 2 Burmeister zur Seite (Liesegang niederrheinisches Städtewesen S. 90 ff.). — In Emmerich wird die autonome Gesetzgebung der Bürger als buerkor bezeichnet (Lacomblet II. 191). — In Kassel sind 2 Burschaften der Alt- und Neustadt angeschlossen (Stölzel, Kasseler Zeitschrift N. F. V S. 103). — Aachen zerfällt in Grafschaften: die comestabuli (castovelz vgl. Quix, Aachen 272) richten zusammen mit der Weisheit ihres Bezirks über die niederen Delikte (Lörsch S. 56 § 19. 1338). — In Metz treten 3 decani auf und später 3 maiores mit der niederen Gerichtsbarkeit (ob. N. 106, 107). — In Rheims werden neue Stadtteile errichtet: qui mansionarii proprio gaudebunt majore constituto per manum nostram, coram quo tractabitur de causis eorum et de forisfactis usque ad septem solidos et sex denarios (Varin I S. 458. 1205; vgl. auch I S. 403. 1183: die neue Ansiedelung wird als nova cultura bezeichnet). — In Gent besteht in jeder Parochie besondere niedere Gerichtsbarkeit (Recueil Gand I S. 408. 1284). — In S. Omer (Giry, S. Omer S. 197) kommen mehrere Vierschaaren (Amanschaften) mit der unteren Gerichtsbarkeit vor; die Bezirke sind z. T. nach den Strassen benannt. — In S. Quentin steht die communio mit voller Bestimmtheit dem placitum burgi, die burgenses den jurati gegenüber (vgl. § 52 N. 7). — In Lüttich sind 6 Bänne: Wauters S. 177. 1251; dem entsprechen später wohl die 6 vignables unter 6 maieurs: z. B. Patron c. 6 (Recueil de Liège I S. 288),

Digitized by Google

§ 34. Bruderschaft.

I. Zu allen Zeiten werden die Verbände, welche eine obrigkeitliche Gewalt über ihre Mitglieder entwickeln, sich von denselben

---

welche nach den Statuten von 1328 § 77 (recueil de Liège I. S. 510) auch Strafgerichtsbarkeit üben. Vignables scheint sprachlich Nachbarschaft zu bedeuten, und so ist das Ganze nicht mit den vicenarii zu verwechseln (Hocsem I c. 5 [Chapeauville II. 286] Henricus populi demagogus et auctor vicenarios per civitatem ordinat, ut cuilibet vicenario viginti homines assignentur, per quos populus possit facilius congregari). — Besonders deutlich tritt in Valenciennes der Friedensverband der Gemeinde der mansionarii dem Rechtskreis der burgensen, die unter scabini stehen, gegenüber (§ 34 N. 8 a. E.). Soweit das fränkische Gebiet. — Das Gleiche ist dann in Thüringen nachweisbar: in Mühlhausen wählen die Bürger einen Heimburger für die Almendsachen, der die 3 echten Flurgerichte hält (Mühlhauser Stadtrecht im Mühlhauser U. B. S. 628 ff.). Er steht im Gegensatz zum obrigkeitlichen praefectus und scultetus (z. B. Mühlhauser U. B. 77). In Mühlhausen wohnen gemäss der ältesten Nachricht (Mühlhausen 1. 775) franci homines. — Eine teilweise Exemtion einer Marktansiedelung von der bestehenden Landgemeinde bedeutet es, wenn in den ostsächsischen Städten als ein besonderer Rechtskreis das judicum de cibariis oder Burmal unterschieden und an die mercatores d. h. die Marktansiedelung übertragen wird (die Belege z. B. bei Hegel, die Entstehung des deutschen Städtewesens S. 135, für Magdeburg Planck G. V. I S. 25 fd.); es wird eben die Ortsgemeinde als etwas juristisch Besonderes neben dem Marktorte unterschieden, aber im Marktort den Organen der Marktgemeinde auch die Erledigung der Fälle übertragen, die zur Gemeindegerichtsbarkeit des öffentlichen Rechts gehören: d. h. die Marktgemeinde wird jedenfalls in Bezug auf das judicium de cibariis von der Jurisdiktion der Landgemeinde eximiert. — Vielbesprochen sind in der letzten Zeit die Laischaften oder Burschaften der sächsischen Städte: die Belege für Paderborn, Osnabrück, Münster bei Philippi, zur Verfassungsgeschichte der westfälischen Bischofsstädte S. 52 ff., dann derselbe die Osnabrücker Laischaften (ob. N. 150), wo die selbständige Gemeindenatur der einzelnen Burschaften betont ist; für Soest: Seibertz I. 41 § 37. 314: burrichter für die einzelnen Thy, denen in Medebach die gewählten Richter gleichzustellen sind, die bis zu 1 sc. Wette richten (Seibertz I. 55 § 18): so mit Recht Hegel, Entstehung des deutschen Städtewesens S. 164. Dortmund: Dortmund. U. B. I. 78. 767: Dortmund besteht aus mehreren Burschaften. Braunschweig (Rietschel, Markt und Stadt S. 97), Halberstadt (Rietschel, Markt und Stadt S. 68). Die flüchtigen Bemerkungen Rietschels Markt und Stadt S. 170 verstehe ich nicht recht; R. gibt zu, dass manchmal Landgemeinden den Stadtgemeinden einverleibt worden seien, anderemale „verkörpern sie bloss das allmähliche Wachstum der alten Marktgemeinde" (was heisst das?); dagegen sei abzulehnen, dass aus einem Synoikismus mehrerer Landgemeinden eine Stadt hervorgegangen sei. Wenn Rietschel damit meint, dass die Vereinigung mehrerer Landgemeinden noch keine Stadt macht, so ist das natürlich richtig. Allein ganz unrichtig

Digitized by Google

einen Treueid leisten lassen, und in ursprünglichen Zeiten begründet der Eid eine Bruderschaft [1]).

---

und ohne jede Begründung ist seine Behauptung, dass in den meisten Fällen die Bauernschaften nichts als sekundäre, zur Erleichterung der Verwaltung künstlich geschaffene Verwaltungsbezirke seien. Es ist ja natürlich möglich, dass man später die Stadt willkürlich nach Bauernschaften zerlegte, nachdem einmal mehrere in der Stadt waren. Irgend ein bestimmter Beleg für so etwas ist übrigens nicht erbracht, manches ist unsicher; z. B. ist eine grosse Zahl von Gemeinden in Erfurt (Vollbaum, die Spezialgemeinden in Erfurt), einer sehr bedeutenden Stadt, wohl ursprünglich, wenn man sich denkt, wie klein (Zehntschaften!) die einzelnen Dörfer waren und wie gerade östlich des Harzes sehr grosse Stadtgebiete durch Angliederung zahlreicher Bauernschaften entstanden sind (Meitzen, Siedelung und Agrarwesen der West- und Ostgermanen I S. 114 fd.); dass die Bauerngemeinden nach den einzelnen Strassen genannt werden, ist nichts „Künstliches"; man denke nur an die Kölner Weiherstrassenbauernbank, die Strata in Arras. Im allgemeinen aber muss die Gemeindeeinteilung etwas Ursprüngliches sein. Hätte man die Marktstädte ohne solches Vorbild in Bauernschaften teilen wollen, so wäre das ungefähr gerade so geistreich, als wenn eine moderne Stadt sich in Dörfer teilen und wenn sie ihre Polizeimannschaft Flurhüter nennen wollte. Noch heutzutage wird nach vielen Gemeinderechten die mit einer anderen Gemeinde vereinigte Siedelung als juristisch selbständige Ortschaft fortgeführt, und in alten Verhältnissen mit der scharf gesonderten Almendwirtschaft und der grösseren Unbehilflichkeit in juristisch technischen Dingen bleibt gar nichts anderes übrig, als dass man bei Vereinigung mehrerer Gemeinden in einer Mauer die einzelnen fortbestehen liess.

183) So wird in Soest die Fortdauer des Burrechts besonders betont (Seibertz I. 42 § 37). In Medebach sind ausdrücklich für die kleinen Delikte besondere gewählte Richter zugelassen (Seibertz I. 55 § 18). Auch die Betonung dessen, dass der Grundbesitz in der Stadt dorphacht eigen — und kein Besitz noch Marktrecht — ist, führt auf denselben Gedanken zurück (Seibertz I. 42 § 27). Im magdeburgischen Recht tritt ebenfalls das Burding entgegen: Planck, das deutsche Gerichtsverfahren im Mittelalter I. S. 25 ff.

184) Manchmal ist die Behauptung aufgestellt worden, die Stadt sei eine selbständige Hundertschaft. Die Unmöglichkeit einer solchen Annahme ergibt das Bisherige von selbst. Doch will ich einige positive Belege beifügen. Trier wird durch einen Zender auf einem in Trier gehaltenen, von mehr Zendern besuchten Huntding vertreten (N. 182). Das Würzburger Brückengericht ist ein Gericht der Cent um Würzburg, wozu auch Würzburg seinen Vertreter schickt (Z. D. G. W. N. F. I S. 208). Brügge ist deutlich ein Teil des franc, dessen Gericht in Brügge tagt und während der Tagung das Stadtgericht von Brügge noch zu Ende des 13. Jahrhunderts teilweise legt (Warnkönig II. 59. 1289). Ypern hat zuerst mit der Castellanie von Ypern die commune verité und die Schöffen gemeinsam (Gheldolf V S. 378. 1277; S. 189). Für Gent ist die ursprüngliche Zugehörigkeit zum Gericht des Waesland angedeutet (Warnkönig II. 6 § 16). — Augsburg bildet zusammen mit den Landorten

Digitized by Google

So sind die römischen Zünfte fraternitates; das spätere südfranzösische Recht operiert mit der fraternitas als einem festen Begriff: die Gütergemeinschaft, sei es der Ehegatten — im Gegensatz zum Dotalrecht — sei es der Gesellschafter, wird auf die Bruderschaft zurückgeführt [2]). Man kann sonach nicht behaupten, dass das Bruderschaftsprinzip des mittelalterlichen Rechtes ausschliesslich germanischen Ursprung hatte. — Es sind aber der Belege für den Süden, die mir zugänglich sind, so wenige, dass ich auf eine genaue Beschreibung der südlichen Eidgenossenschaft verzichte und die Bruderschaft in Nordfrankreich und Deutschland verfolge, wo sie greifbar ist.

II. 1. Eine Bruderschaft [3]), amicitia [4]) —, amicitia im Sinne von Blutsfreundschaft — ist nun zunächst die Gemeinde, die Kommune; denn die Gemeinde ist von Haus aus ein Verwandtenverband. Wie die Gemeinde, so erscheinen aber auch die gewerbetreibenden Ver-

---

einen Hochgerichtsbezirk unter dem Vogt, der in Augsburg und an mehreren von Augsburg weit entfernten Orten 3 placita legitima hält: Stadtrecht von 1104 a. II § 2 V § 1 mit Stadtrecht von 1276 a. VI. — Ebenso erstreckt sich das Gericht der Burggrafen von Köln, Mainz, Regensburg, Worms über den Stadtbezirk (ob. § 27 N. 62). In den grossen Orten tritt überall eine Exemtion von der Hundertschaft ein, aber nicht weil die Orte Hundertschaften geworden wären, sondern weil sie Marktorte, franchisiae sind.

[1]) Besonders Amira, Grundriss S. 115 ff.

[2]) Vgl. Goldschmidt in Zeitschrift für Handelsrecht XXXV S. 342 ff.

[3]) z. B. Varin I S. 435. 1199: quod quamdiu vixerimus nec communia, nec alicujus fratris vinculum, nec commune aliquod juramentum inter predictos cives fieri permittemus. Jostice et Plet I. 4 § 3: li rois mande as borgois de Saint-Liz que il li receussent un home à borgois et à frere en lor commune. Thierry IV S. 663: si audierit aliquem clamare communiam contra extraneum, debet juvare juratum suum tamquam fratrem suum, et solvere jura ville penitus. S. 732: quidam ex nostris nolentes legem solvere, sed adimplere ad sui regimen, communem coniurationem elegerunt; ita videlicet quod quisque proximum suum quasi fratrem, si opus esset, conservaret.

[4]) Aire, das in einer Urkunde als communia bezeichnet wird (Delisle catalogue des actes de Philippe-August 585). ist in der fast gleichzeitigen Urkunde von 1187 (Ord. XII S. 563 ff.) eine amicitia. — In Lille steht neben dem plaid de loy (Schöffengericht) das plaid d'amistet. Vorsteher der amistié sind der rewart und die 4 verejurati: Nur diejenigen, welche den sierment de le bourgesie geleistet haben, können aufgefordert werden sur le fourfet de l'amistet. Die Strafe geht ganz unabhängig neben der Strafe, die von den Schöffen zu verhängen ist (Roisin S. 91, 92). — In Hénin wird der Gemeindeverband, der bourgeois und habitans befasst, als amour oder pais de la ville bezeichnet: bans de l'Échevinage d'Hénin bei Tailliar N. 253 § 88 § 4 § 101.

Digitized by Google

bände in der Stadt als Bruderschaften[5]). Und ebenso werden im flandrischen Recht die Hundertschaften nach ihrer autonomen Seite, der Kore, als Bruderschaften angesehen[6]). Da nun aber die Bruderschaft in der vorchristlichen Zeit rituell geschlossen wurde, so vollzieht sich in der christlichen Zeit der Eintritt in die Bruderschaft durch Eid[7]). Beruht die Bruderschaft auf Eid, so ist sie damit ein Friedensverband und wird häufig als pax bezeichnet[8]).

[5]) Der älteste und wichtigste Beleg ist das Recht der Frarie de le halle des draps in Valenciennes (Wauters S. 201 ff.) von etwa 1070.

[6]) Warnkönig II. 160 z. B. § 62 (confrater). Die Bruderschaft bezieht sich auf das ganze officium Furnense (später ebenso Richebourg I S. 637 f.). In den homologierten Coutumes kehrt nun eine solche Bruderschaft, die an die grossen Verbände geknüpft ist, sehr häufig wieder; das pays de l'angle hat neben Schöffen Keurhern, die Ansässigen sind Keurbrüder (Richebourg I S. 198 ff.); die Einwohner der Chateleinie von Bourbourg heissen frères de loy (Richebourg I S. 482 ff.); ebenso die Einwohner der Chateleinie von Winoxberghen (Richebourg I S. 509), der prevotage von S. Donat (Richebourg I S. 529), der Herrschaft von Pitgam (Richebourg I. S. 542), von Enkelsbeke (I S. 545), von Hondschooten (I S. 554), von Bocholt (Richebourg I S. 783).

[7]) Einiges schon in den vorigen Noten; dann z. B. Giry, S. Omer N. 3 § 12. 1127: communionem autem suam, sicut eam juraverunt, permanere precipio. Ivo ep. 78 (Migne 162): turbulenta conjuratio factae communionis. In der Champagne werden die Bewohner einer mit tallia belegten Ortschaft, welche aber doch nicht unfrei sind, also die Einwohner der freien Bauerngemeinden als hommes de jurée bezeichnet (Richebourg III S. 233 § 9, § 12). — In Lothringen ist die Gemeinde feaulté, wohl nach der geleisteten fidelitas (§ 21 N. 54).

[8]) Die communio von Laon wird als institutio pacis bezeichnet (Ord. XI S. 185 ff.): ebenso Tournay pr.: Ord. XI S. 248 quoniam Burgensibus nostris Tornacensibus, Pacis institutionem et Communiam dedimus. Ebenso wechselt der Ausdruck in Cambray; die Belege bei Reinecke, Geschichte der Stadt Cambray S. 147. Man darf deshalb überall da eine Kommune oder gemeindliche Eidbruderschaft annehmen, wo eine pax oder ein judicium pacis erwähnt wird, das die Gemeindemitglieder bindet. Am deutlichsten ist das Verhältnis in dem Recht von Soignies von 1142 (Wauters S. 18): hier wird in dem Dorfe pax eingeführt und nun die verejurati und scabini auseinandergehalten; si quis incolarum in causam ducetur, coram ministro ecclesie et villico, verejuratorum iudicio causa terminetur. Si vero de rebus extrinsecis agatur, scabinorum judicio decidatur. Solche lokale paces, die beschworen werden, sind sehr häufig: Wauters S. 26 ff. 1164 der Graf errichtet für S. Amand eine pax, die von allen beschworen wird; das Organ der pax sind 15 jurati, von denen 3—4 Vertreter des Klosters, die übrigen also offenbar frei gewählt sind; pro communi utilitate ville müssen alle homines der pax beisteuern; unter den Mitgliedern der pax ist Rache ausgeschlossen, gegen Auswärtige gestattet; bei Angriffen sind die

Digitized by Google

Eine andere Bezeichnung ist kora, womit eben auf die Setzung des Friedens hingewiesen wird[9]). Unter den Funktionen eines solchen

---

Mitglieder der pax zur Hilfe verpflichtet (arg. a concursu ad clamores pacis liberi sunt servientes ecclesie). — Weiter gehört hieher die pax von Landrecies, die aus dem 12. Jahrhundert stammt (mon. pour servir à l'histoire des provinces de Namur, de Hainaut et de Luxembourg I S. S. 330 ff.). — Das bekannteste Beispiel ist die pax von Valenciennes. S. S. XXI S. 605 ff. und hiezu (Giselbert) S. S. XXI S. 512 ff. Hier wird deutlich zwischen den scabini und den jurati unterschieden: C. R. H. 4. sér. t. XIII S. 177. 1192 hoc autem ut ratum et stabile permaneat, sigillo de halla et legittimis testibus confirmamus. S. Andree Ceolette etc. (und andere Namen) scabinorum; S. Mathei villici, S. Walteri de Pons (Namen). . . . . juratorum. Miräus II S. 829. 1169: assensu Curiae nostrae, Scabinorumque, et Juratorum Vallencenensium. II S. 834 ff. 1186: Praepositis, Scabinis, Juratis Majoribus, et populo Castri Valencenensis. Wieder ist unter den homines pacis die Fehde verboten (S. S. XXI S. 608 Z. 28 ff.). Es wird nun scharf unterschieden das Gericht der iurati pacis (die pax ville) und die Gerichtsbarkeit der curia comitis und der scabini. Die pax ville ist für die homines pacis in allen Sachen zuständig (S. 607 Z. 7): quodque iudicium sexdecim jurati pacis fecerint erit firmum atque stabile; besonderes hervorgehoben ist civilrechtliche Selbsthilfe (S. 608 Z. 37 ff.), dann sogar Verletzung eines homo de pace ville durch den Grafen (S. 606 Z. 19 ff.). Breit wird die Beziehung der pax ville zu dem Agrarrecht dargestellt (S. 607. 608), so dass es sich deutlich um den Almendverband handelt. Die iurati pacis befinden auch über Arrestierung (S. 607 Z. 40 ff.). Dem Vorstand der pax ist arbiträres Racherecht gegeben (S. 608 Z. 22 ff.). Die homines pacis werden von der Behörde des Friedens zur gemeinsamen Abwehr aufgeboten (S. 607 Z. 43 ff.). Dagegen stehen die milites unter den leges curiae superioris, die burgenses stehen unter den scabini civitatis. Es ist lediglich freier Wille der milites und burgenses, wenn sie verletzt contra pacem ville sich an die Behörde der pax ville wenden wollen; dagegen unterliegen sie dieser (den jurati), wenn sie Räubereien begehen, S. 608 Z. 58 ff.: milites debent tractari per dominum suum et per leges curie superioris; burgenses vero per scabinos pacis iudicari tenebuntur. Et si contingeret, quod unus aut alter contra pacem ville male tractarentur, et revertantur ad pacem ville, et ipsa pax restituet eos in iure eorum, mediante justo iudicio. De preda et rapina cuilibet et omni tempore fiet verum iudicium a juratis pacis. So werden die Bürger und die viri pacis deutlich auseinandergehalten, für die ersteren sind die scabini, d. h. die curia der Römerstädte kompetent. Noch später wird in Valenciennes zwischen den bourgois und den masuwiers geschieden (Wauters S. 232 1275: et se nuls bourgois et masuwiers; Martène thesaurus I col. 1235 les avoirs des bourgois et des masuiers de laditte ville), aber die Bürger sind jetzt ganz und gar in die pax übergegangen, ein Zustand, der schon zur Zeit des Giselbert (also Ende des 12. Jahrhunderts) geherrscht haben muss (S. S. XXI S. 512). — Ursprünglich aber befasst die pax die Bürger nicht, sondern eben nur die masuwiers (man-

Digitized by Google

Friedensverbandes muss das Verhältnis unter den Genossen und das Verhältnis zu Dritten unterschieden werden.

Unter den Genossen ergibt der Eidfriede eine Schiedsgerichtsbarkeit des Verbandsvorstandes, der sich das Mitglied gemäss seines Eides fügen muss[10]). Fehde ist ausgeschlossen[11]). Weiter müssen sich die Mitglieder gegenseitig helfen[12]). Dies tritt einigemal bei Bränden und anderen Notfällen hervor[13]). Noch jetzt sind in deutschen Bauernschaften — so in Altbayern und Bayerisch-Schwaben — ganz ausserordentliche Brandleistungen der Gemeinde-

---

sionarii) und ist damit deutlich der Friedensverband der Landgemeinde. — Undeutlich ist die Struktur der pax ville de Hulpe (La Hulpe in Brabant): Willems, Jean de Klerck I. 28.

9) So breit die fratres korae oder frères de loy ob. N. 6. Dann v. d. Bergh I. 587. III § 1: quod lex sive kora per comitissam Flandriae non juratur in Middelburga, propter hoc nulla justicia fit in Zelandia II. 40 § 114: omnes manentes inter Bornisse Heydiinszee sub uno jure et una chora habeantur, exceptis choris de Middelburgo, de Zeerixe, de Westkapella, de Dumburg et de Soutenlande. Der Zusammenhang der kore mit der Gemeinde kommt in den Rechtsquellen von Furnes deutlich zu Tage (§ 21 N. 53). Ferner ist der Gemeindecharakter der Kore und andererseits die Eidgenossenschaft in dem Recht von Brüssel von 1229 (Warnkönig von der Wichtigkeit der Kunde des Rechts etc. S 57 ff.) zu erkennen. § 16: sciat ergo totius electionis universitas etc. § 17: quisque burgensis et filii burgensium qui habent quindecim annos vel amplius, iurabunt pacem et hanc electionem observare eadem die quae (?) eis perfigitur.

10) Am deutlichsten in dem Recht der Tuchergilde von Valenciennes: Wauters S. 253 ff.; dann die allgemeine Gerichtsbarkeit der jurati pacis über die homines pacis in Soignies; die pax von Valenciennes (N. 8). Hierher auch das allgemeine Anordnungsrecht des Kommunalvorstandes z. B. Et. Rouen I § 42: si aliquis iuratorum venire noluerit ad mandatum maioris, debet puniri ea pena, queque ei in submonicione fuerit nominata, secundum voluntatem majoris et parium. Der Kommunaleid enthält direkt den Satz, quod alter alteri secundum estimacionem suam rectum faciet (Ord. XII S. 313 § 23 Asnières).

11) So in den Beispielen N. 8; dann Ord. XII S. 563 § 4 Aire.

12) Ganz allgemein in Asnières Ord. XII S. 313 § 24: — Jurabunt — quod pro posse suo in hiis que recta fuerint adiuvabit. Soissons: Ord. XI S. 219 § 1: infra civitatis Suessonensis firmitates, alter alteri recte secundum suam opinionem auxiliabitur.

13) Ord. XII S. 564 § 13, Aire: Brand, Gefangenschaft. Thierry III S. 660 Villers Bretonneux: Brand. Warnkönig II. 160 § 11, Amt von Furnes. Die letzte Quelle bringt die Haftung des Dorfs für Brandschaden unter den Gesichtspunkt der Friedensbürgschaft. Weiter tritt eine Entschädigung durch die Eidgenossenschaft des ganzen Landes in Schwyz (Landbuch S. 81) hervor.

Digitized by Google

mitglieder üblich, wohl eine abgeblasste Erinnerung an die frühere Gemeindepflicht. Vor allem aber äussert sich die Unterstützungspflicht bei Angriffen eines Fremden auf ein Verbandsmitglied[14]). Das Mitglied, das seine Bundespflicht nicht erfüllt und sich der Autorität der Eidgenossenschaft nicht fügt, wird als eidbrüchig (parjuré) ausgestossen[15]), d. h. verbannt[16]) und unterliegt dann als Fremder dem Racherecht der Genossenschaft[17]). Dem Fremden gegenüber hat die Bruderschaft Blutklage[18]). Das kommunale Einschreiten wird ganz allgemein als Rache bezeichnet und kann

---

14) Z. B. Ord. XII S. 564 § 9 mit § 12: Die Verpflichtung, Hilfe zu leisten, wird direkt als Verpflichtung zur ultio bezeichnet. Sie wird begründet durch Ausstossung des Rufs „communia", dem jeder Kommunist folgen muss, oder das Läuten der Sturmglocke. Thierry IV S. 663; Et. S. Quentin § 16; Giry S. Omer S. 458 und oft. — Dieselbe Verpflichtung zur Hilfeleistung besteht aber auch nach Landrecht: z. B. bayer. Landfrieden von 1244 § 50 Q. E. bayer. Gesch. V. 36); S. sp. I. 53 § 1. I. 62 § 3 (das Gewette ist das des Volksrechts). M. B. XXXIX. 177. Grimm I S. 473 § 11, VI S. 61 § 3 und oft: Zentvolk muss dem Geschrei folgen. Berg. Landrecht c. 63, c. 66. Beaumanoir 51 § 15, § 16. Es ist allerdings die Verpflichtung weithin vom Amtsrecht in eine Verpflichtung, dem Aufgebot des Beamten zu folgen, verwandelt und dann allenfalls durch Königsbann gedeckt. Aber die öfters erwähnte geringere volksrechtliche Wedde und anderes zeigt, dass die Verpflichtung ursprünglich vom Amtsrecht unabhängig ist und einfach durch das Gerüfte entsteht. Die wichtigste Anwendung des Gedankens ist die Zusammenberufung des Gerichts durch das Schwert.

15) Ord. XII S. 563 § 3 Aire: wer die Strafe der amicitia nicht zahlt, reus et perjurus de Amicitia pelletur. Ord. VII S. 624 § 10 Beauvais: nullus eciam homo de Communia, pecuniam suam hospitibus suis crediderit vel accomodaverit, quandiu guerra duraverit. Quia si fecerit, perjurus erit. Im Hénin heisst das Gemeindegericht in Strafsachen parjure deluns (lundi des parjurés): Tailliar 253 § 20, § 53.

16) Erstes Beispiel vorige Note; dann z. B. Ord. XI S. 249 § 15: si homo Communie super falso convictus testimonio fuerit, Communiam debet amittere (ebenso Ord. V S. 160 § 15).

17) Ord. XI S. 272 § 14 S. Quentin: si Major et Jurati aliquem banniverint, et ille sine consensu eorum in villam redierit, de eo vindicta accipietur ad voluntatem eorum. Besonders charakteristisch ist das Recht von Arras von 1211 (Tailliar 11 § 14): qui ara ochis bani de LX liv. u de mort de homme dedens le banliue sans fourfait sera, de tant comme il appartient à le kemuigne. Der Verbannte ist also der Feind aller Kommunisten, aber nur dieser; die Verbannung durch die Kommune ist keine Friedloslegung des Staatsrechts.

18) Jean d'Ibelin c. 82 als Blutkläger zugelassen: Toz ciaus et totes celles qui sunt de la frairie del murtri ou de la murtrie, se il est de frairie.

Digitized by Google

selbst das Leben des Angreifers erfassen[19]). Auch das Brandrecht, das sonst gegen die Ächter verhängt wird, gebraucht der Eidverband[20]). So ergibt sich ein Recht der Kommune, gegen Fremde und schliesslich auch gegen ihre Mitglieder mit der Fehde, d. h. also schliesslich mit der Todesstrafe vorzugehen.

In dem entwickelten französischen Staat des 13. Jahrhunderts wird dann erklärlicherweise dieses Fehderecht nicht mehr un-

---

19) Soissons (das die meisten Tochterrechte hat) § 7 (Ord. XI S. 220): et si aliquis aliquam injuriam fecerit homini qui hanc Communionem juraverit, et clamor ad juratos inde venerit; si illum hominem qui iniuriam fecerit, capere potuerint, de corpore suo vindictam accipient; nisi forisfactum emendaverit illi cui illatum fuerit, secundum iudicium virorum illorum, qui Communionem custodierunt. In dem Rechte von Dijon, das mit den Städten des Herzogtums Burgund auch zur Gruppe von Soissons gehört, heisst es (Garnier, chartes de communes en Bourgogne I S. 17 § 30): si communia ad vindicandum se aliquando exierit, quocunque modo poterit se vindicabit, ita tamen quod aliis qui nichil eis forefecerunt, dampnum non inferat. Aire § 10 (Ord. XII S. 564): bei Verwundung und Tötung eines Mitgliedes der amicitia wird von dessen Vorstand verlangt, ut secundum arbitrium duodecim Judicum selectorum ultionem de illo faciat. — Noyon § 6 (Ord. XI S. 224): si quis vulneraverit vel occiderit quemquam intra Communionem, Jurati facient vindictam; forifactura erit Episcopi et Castellani sicut prius. Hier wird deutlich zwischen der Strafe des öffentlichen Rechts (forisfactura) und der kommunalen Rache unterschieden. Laon § 2 (Ord. XI S. 258): wenn ein fremder Missethäter nicht binnen 14 Tagen emendiert: liceat Majori et Juratis, prout potuerint, de eo vindictam querere. Amiens (Thierry I S. 96. 1170): precipimus — ut malefactores illos civitatis et communie vestre inimicos faciatis. In den Ét. de S. Quentin wird durchweg von der paine de la venjanche gesprochen § 16, § 37, § 40, ebenso Ham § 14, § 18. Willems Jean de Klerck I. 32 Löwen 1234: deinde si rectores praefati loci, villicum et scabinos consulti, dictum reum forensem invadere proposuerint; später heissen diese rectores commongemeesters (a. a. O. I. 159. 1334). Die öffentliche Strafe besteht unbeschadet der Kommunalrache fort; so das Beispiel aus Noyon; dann Perronne: Ord. V S. 159 § 3; Arras 1186: Wauters S. 46 ff.; Aire Ord. XII S. 564 § 14: praeterea sciendum est quod Lex Amicitiae jus Comitis non destruit, nec Amicitiae legem debet jus Comitis, nam quocunque modo Amicus in Amicum forefaciens se composuerit, si contumeliato Amico visum fuerit, ab Amicitiae Lege emendationem suam habebit und öfters. Eine Überprüfung der Rechtmässigkeit dieser Rache Ord. XI S. 304. 1215: concessimus (der König) eisdem, ut salva Justicia omnium illorum qui ibidem habent Justiciam, si iniuria fuerit eis indebite illata, liceat eisdem hominibus injuriam repellere, ita quod si in repellendo inveniantur per Judicium Curie nostre, facientes quod facere non debent, inde faciant emendam.

20) Z. B. Laon § 2 (Ord. XI S. 258); Lille (Roisin S. 4 ff.).

Digitized by Google

beschränkt geduldet[21]). Jedenfalls hat aber noch in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts das Parlament anerkannt, es könne eine Kommune gegen Mitglieder und Fremde arbiträre Geldstrafe verhängen[22]). So ist Communio ein vollständig fester Begriff — der Eidesverband mit Racherecht —, und daraus erklärt es sich, dass der Hochgerichtsherr im Anfang des 13. Jahrhunderts vielfach das Recht der Communio verleiht, ohne dass irgendwelche genauere Andeutungen über einzelne Berechtigungen gemacht werden[23]).

2. Bereits im 10. Jahrhundert werden die sächsischen Versammlungen — unbestimmt ob der Ortsgemeinden oder auch der grösseren Verbände — als convivia bezeichnet[23a]). Später aber tritt in den Landgemeinden des sächsischen und ostfränkischen Rechts eine eigentümliche Verwendung der Gemeindestrafen hervor: sie werden vertrunken[24]). Die Form der Strafe weist auf ungemein primitive Verhältnisse, die kein Geld und keinen Gemeindehaushalt kennen; Gleiches muss ursprünglich auch in den anderen Bruderschaften geherrscht haben, die noch das Institut der periodischen Trinkgelage kennen, aber bereits die Geldstrafen eingeführt haben[25]). Es hat sich ja überhaupt im Minnetrinken

---

21) Et. de Rouen I. § 49 spricht nur von Gefängnis; Thierry I S. 265. 1290: wegen Angriffs auf den maior ist einem scutarius die Hand abgeschnitten; die Kommune zahlt eine Busse (Amiens); wohl auch Ord. XI S. 304.

22) Ol. II S. 310. XXXI: die maiores und jurati von Mondidier haben über einige Leute (anscheinend Ritter, jedenfalls Fremde) eine hohe Geldstrafe wegen eines Angriffs auf einen Bürger verhängt. Die Verurteilten behaupten nach der consuetudo patrie nur 60 sol. zahlen zu müssen, dictis majore et iuratis ex adverso dicentibus, dictam emendam esse arbitrariam super delictis perpetratis in villis communie, per consuetudinem villarum communie circumvicinarum et specialiter per consuetudinem ville Montis-Desiderii. Das Gericht erkennt, dictos majorem et juratos bene iudicasse.

23) z. B. Ord. XII S. 315, S. Jean d'Angely S. 317. S. Emilion Thierry IV S. 741. 1188 Montreuil. Teulet I. 507 Saintes. Barkhausen S. 562 Libourne. Delisle cart. Norm. S. 284 N. 77 Pontomer.

23a) Widukind I. c. 35 concilia et omnes conventus atque convivia in urbibus voluit celebrari.

24) S. sp. III. 64 § 11: dat is der bure gemene to verdrinkene; die Sache hat sich noch allgemein bis in das vorige Jahrhundert erhalten (Wittich a. a. O. S. 130 f.). — Dasselbe ergab nach Mitteilung meines Kollegen Knapp die Dorfordnung im Hochstift Würzburg während des 16. und 17. Jahrhunderts.

25) Gildestatut von S. Omer: Gross, the gild merchant I S. 291; Statut der Valencienner Tucherbruderschaft: Wauters S. 255.

Digitized by Google

ein sehr bestimmter Reflex religiöser Vorstellungen, die mit dem Trinkgelage verbunden sind, aus der Heidenzeit erhalten; besonders stark und spät aber tritt der sakrale Charakter des Trinkgelages gerade in den Gegenden auf, in denen sich die Eidgenossenschaft am stärksten verfolgen lässt[26]). Fast gleichzeitig ist die Nachricht von der eigentümlichen Feier um das Schiff in St. Trond, die von der Gemeinde ausgeht und ihre Spitze gegen die bereits vornehmen Tucher richtete[27]). Aus dem Anfang des 11. Jahrhunderts stammt die Nachricht über die Leute von Tiel, die eine autonome Justiz nicht secundum legem, sed secundum voluntatem üben und die morgens allgemeine Trinkgelage abhalten (Morgensprache!). Ihre Moral ist von der kirchlichen total verschieden[28]). All das weist auf ein kräftiges Fortleben heidnischer Gedanken in diesen nördlichen Gebieten, und es passt in die Reihe, wenn in der späteren friesischen additio sapientum noch offiziell von dem Opfertod die Rede ist[29]). — Diese Fortdauer des Heidentums bei hoher äusserer Kultur zu verfolgen, geht über die gegenwärtige Aufgabe hinaus; man würde dann in den Häresien, die in diesen Gegenden aufkommen, Zusammenhänge mit dem alten Heidentum finden und in den Kämpfen gegen die Drenther und Stedinger doch etwas mehr als bloss einen Kampf zwischen Fürstentum und Demokratie erblicken. Das sind Verhältnisse, die an den Übergang der Nordleute zum Christentum gemahnen. Hier genügt es, dass der rituelle Charakter des Trinkgelages im fränkischen Gebiet ebenso deutlich hervortritt, und dass in Sachsen die Landgemeinde Trinkgelage hält zur Realisierung der Gemeindejustiz. Wie nun die Bruderschaften in der Handelsstadt als Gilden bezeichnet werden, so heisst auch die Landgemeinde Gilde, Gildschaft in

26) S. S. XII S. 606 § 91: notandum quod, occiso comite Karolo, Borsiardus et sui sceleris participes, more paganorum et incantatorum, nocte qua primo sepultus erat comes Karolus (?), acceperunt sciphum plenum cerevisiae et panem, considentes circa sepulchrum, posuerunt potum illum et panem in mensa sepulchri, edentes et bibentes super beati comitis corpus ea fide, ut nullo modo illum quis vindicaret. Die Nachricht mahnt an das Konzil von Nantes c. 9, wo die vom Volk gebrachten Gaben geweiht werden ut sit (das auf der Gilde geweihte Brot) contra omnes morbos et universas inimicorum insidias tutamentum (Mansi XVIII S. 168 f.).

27) § 52 N. 7.

28) S. S. IV S. 718 ff.

29) Add. XI (leg. III S. 696).

Digitized by Google

Sachsen[30]), vereinzelt auch in Flandern[31]). Fasst man dies alles zusammen, so ergibt sich m. E. auch für den germanischen Süden mit Sicherheit, dass die Gilde eine ursprüngliche heidnische Feier der Bauerngemeinde ist; mit der Gilde aber ist die Bruderschaft verknüpft, die im Süden wie Norden nichts Christliches an sich trägt, sondern deren Kern im Racherecht besteht. Schon in der Nachricht über die Gilden gegen die Räuber, welche ein karolingisches Kapitular überliefert, tritt dieses Racherecht hervor[32]). Wenn anderwärts aus der Zeche, d. h. der Zentschaft, das Gelage geworden ist, so ist das nur die Umkehrung von dem, dass die Gilde zur Bezeichnung für die Landgemeinde diente. Die Landgemeinde, Zeche, hat dann das Vorbild für alle anderen Bruderschaftsverbände abgegeben[33]).

3. Der Bruderschaftsverband widerspricht dem Treueid, den das Volk dem König leistet, und wie der letztere das Zeichen der Unterthänigkeit, so ist der erste das Zeichen des freien Gemeinwesens. So werden die bäuerlichen Gilden schon in der karolingischen Zeit verboten; bereits damals sind dabei Unfreie in die Konjurationen übergegangen[34]). —

Wie hat nun hier das Amtsrecht gewirkt? Ich will zuerst die Thatsachen vorführen, so wie sie später wesentlich im französischen Recht hervortreten, und dann ihre Konstruktion versuchen. Zunächst wird deutlicher oder undeutlicher die Eidgenossenschaft von dem König oder Grafen als militärische Macht

30) Westf. U. B. III. 636: conversi eines Klosters sind frei vom Goding und ad ministranda convivia que vulgo geltscap dicuntur. Hildesheim. U. B. I. 48. 1196: Landgemeinde hat commune convivium; an der Spitze steht ein magister convivii, quos seniores viros vulgo appellant. Dazu kommt dann noch das öfters bezeugte gemeindliche Gildehaus (Westf. U. B. III S. 951 ff.).

31) Gheldolf V. S. 210: gilde in Ferlinghem. Ueber andere Vorkommnisse v. d. Linden Les gildes marchandes dans les pays bas 1896 S. 6 fd. und die dort S. 6 N. 2 bemerkte Literatur.

32) Cap. 28 § 14: volumus ut presbyteri et ministri comitis villanis praecipiant, ne collectam faciant quam vulgo geldam vocant.

33) Vgl. zum folgenden die trefflichen Ausführungen von Luchaire les communes françaises S. 264 ff.

34) Cap. 44 c. 10; Cap. 148 c. 7; dann Note 32. — Eine coniuratio der gemeinen Leute zwischen Loire und Seine, die auch gegen die Dänen Schutz gewährt, aber ihre Spitze offenbar gegen die fränkischen potentiores richtet und von diesen zerstört wird, ist für 859 in den annales Bertiniani erwähnt (S. 51).

Digitized by Google

aufgeboten[35]). Weiter gilt im französischen Recht — für das deutsche fehlen Belege — der Satz, dass eine Kommune, d. h. eine Eidbruderschaft nur entstehen kann durch Verleihung des Königs oder Grafen[36]). Es entwickelt sich dann aber eine besondere Zuständigkeit des Königs. Im Register von Philipp August erscheinen die Kommunen am Schluss der Liste der unmittelbar königlichen Vasallen, während die königlichen civitates und castra vorher unter den Bestandteilen des königlichen Domanium stehen[37]). Das zeigt doch, dass hier die Kommune in einem gewissen Vasallitätsverhältnis gedacht werden muss. Eine andere noch frühere Quelle spricht davon, dass die Kommunalstädte allemal dem König gehören[38]). Eine andere Nachricht ebenfalls aus dem 12. Jahr-

35) Cartul. d'Eenhame 243: si evenerit quod faciamus communia patrie submoveri. Gualbert c. 33 (S. S. XII S. 579): nam — mandaverat castellanus ipsorum (der Genter) ut collecta virtute et communione sua — insultum facerent. Ord. Vitalis IV S. 285: tunc ergo communitas in Francia popularis statuta est a praesulibus, ut presbyteri comitarentur regi ad obsidionem vel pugnam cum vexillis et parochianis omnibus. Bertold zu 1078 (S. S. V S. 312): rusticisque quos per comitatus sibi adiuratos in auxilium undique coegerant. — Jnsuper comprovinciales rusticos undique per omnes illarum partium centenarias adversum se coniuratos et armis militaribus instructos. — Auch die gelduni des Herzogs von Brabant gehören hierher (Waitz VIII S. 165 N. 1): Das ganze frühe Mittelalter sind gerade die brabantischen Fusstruppen — also gemeine Leute — besonders wehrhaft. Gildia im Sinn des gemeinen Fussvolks ergibt eine frühe Urkunde aus Anjou, wo gildia deutlich im Gegensatz zu den Rittern steht: Flach, les origines de l'ancienne France I S. 320 N. 1. 1090 si dominus Monsterioli perrexerit in exercitum comitis Audecavensis et duxerit secum milites suos et gildiam, ibunt homines Maironi in excubias castelli; vgl. auch Flach II S. 414 N. 2.

36) So deutlich Ol. II S. 682 VI; auch Boutaric I S. CCCXXIV. Von der Verleihung durch Grafen z. B. Ord. XI S. 270 S. Quentin. Eine selbstständige Errichtung von Kommunen durch den Grafen, ohne dass die Genehmigung des Königs erwähnt ist, z. B. in den Kommunen des Ponthieu (Thierry IV pass.; Meaux: Teulet I. 299; Reims: Varin I. 434).

37) S. rer. franc. XXIIII S. 682 N. 345 S. 684 N. 352.

38) S. rer. franc. XII S. 304. 1167 (Labbé nova bibliotheca I S. 466): item idem Comes, de assensu regio, Communiam Autissiodori de novo instituere voluit: cui item praesumptioni Praesul insignis se confidenter opponens, super hoc in regia Curia causam ventilandam suscepit, non tamen absque periculo et expensarum nimietate; fere enim malevolentiam illius piissimi Ludovici Regis incurrit, qui ei improperabat quod Autissiodorensem civitatem ipsi et haeredibus suis auferre conabatur, reputans civitates omnes suas esse, in quibus Communiae essent. Schliesslich erreicht es der Bischof doch, dass keine Kommune ohne seine Zustimmung errichtet werden darf — er ist in Auxerre Stadtherr (Labbé nova bibliotheca I. S. 484 fd.), aber freilich so, dass der

Digitized by Google

hundert spricht von tutela des Königs über die Kommune[39]). In den Olim ist die Kommune für ihre eigene Kompetenz direkt dem König untergeordnet, wenn der König auch nicht die hohe Gerichtsbarkeit am Ort hat und diese einem anderen Herrn zusteht[40]).

Die Erklärung bietet folgendes: Der Graf von Nevers behauptet über die Ortschaft Vezelay die advocatio, die ihm das Kloster bestreitet. Deshalb fordert er die Einwohner auf, untereinander eine conjuratio zu schliessen und ihm, dem Grafen, fidelitas zu leisten; dann verspricht er Schutz[41]). Noch deutlicher aber ist es, wenn die älteste Kommunalcharte, die wir in ihrer ursprünglichen Gestalt besitzen, die von S. Omer erwähnt, dass der König von Frankreich, der Graf und andere Vornehmen die Kommune eidlich bestärkt haben[42]). In den späteren Kommunalurkunden hat sich das in die blosse Konzession der Urkunde verwandelt. Geht man aber von der älteren Form aus, so hat der König eben die Eidgenossenschaft mitbeschworen, ist der vornehmste Eidgenosse, und die Eidgenossen stehen unter seinem Schutz. Nun hat der König auch über seine Territorien hinaus da und dort Kommunalfrieden vermittelt[43]) und damit auch über die Kommune ausserhalb seiner Domäne die Schutzherrschaft erlangt. Über seine Schutzbefohlenen aber hat der König ausschliessliche Gerichtsbarkeit und geradeso über diejenigen, die vor ihm einen Frieden schliessen[44]). So hat sich dann wohl die allgemeine Vorstellung

---

Graf die Hochgerichtsbarkeit behauptet, also Stadtherr des römischen Rechts. — Auch Quantin II. 449 (1193) geht anscheinend davon aus, dass die Leute der Kommune von Sens dem König gehören.

39) S. rer. franc. XV S. 506: ad vos tamquam ad dominum clamamus et conquerimur (pares von Beauvais), quippe in manu et tutela vestra a domino Rege commissi sumus; für später Boutaric La France sous Philippe le bel S. 149.

40) Ol. I S. 590. XIV; II S. 219. IX.

41) Dachery II S. 529a: at vero si mutuam confoederationem ad invicem jurantes, ad me quoque fidelitatem servare volueritis, ubique meo fruemini praesidio.

42) Giry 3 § 21. 1127: hanc igitur communionem tenendam, has suprascriptas consuetudines et conventiones esse observandas fide promiserunt et sacramento confirmaverunt: Ludovicus rex francorum etc.

43) z. B. Beauvais (Ord. VII S. 622), Laon (Ord. XI S. 207 ff.); andere Beispiele bei Luchaire, les communes francaises S. 270 ff. Die vom König im Anfang des 12. Jahrhunderts vorgenommene Errichtung der Kommune von Noyon (Ord. XI S. 224) führt dazu, dass in (Ol. I S. 620. X) von tenere der Kommune a rege (Lefranc Noyon S. 103) gesprochen wird.

44) Für ersteres § 41; für letzteres § 15 N. 29.

Digitized by Google

gebildet, dass alle Kommunen vom König speziell abhängen. Es hängt damit zusammen, wenn am Ende des 13. Jahrhunderts Beaumanoir die Genehmigung des Königs zur Entstehung aller Kommunen fordert[44a]). Juristisch denkt man sich das Verhältnis dann später so, dass der König die Gemeinde mit der „Kommune" belehnt hat[45]). Sind so die Kommunen Vasallen des Königs, so erklärt sich auch, warum das spätere normannische Recht ihre Heerpflicht der der Ritter gleichstellt[46]). Schon das Register Philipp Augusts muss von dieser Vorstellung ausgegangen sein. —

Ich muss nun aber auf meine ursprüngliche Frage zurückkommen: Wie steht es mit der Zulässigkeit der Eidgenossenschaft im französischen Recht? Wir werden nachher sehen, dass die wichtigste Form der Eidgenossenschaft die örtliche Verbrüderung, den Eintritt in die Gemeinde des deutschen Rechts bedeutet[47]). Andererseits führt der Inhaber der öffentlichen Gewalt die Eidgenossenschaft herbei, um sich der Wehrkraft der gemeinen Leute zu versichern. Das heisst nichts anderes, als dass der Unterthaneneid, der ja in den einzelnen Gemeinden von den Gemeindevorständen abgenommen wird[48]), eben gerade auch als der Kommunaleid angesehen wird. In dem Vorgang von Vezelay ist beides direkt verknüpft. Fasst man beides zusammen, so ist die Gemeinde von selbst Eidgenossenschaft. Dagegen dürfen andere Eidgenossenschaften grundsätzlich nur mit obrigkeitlicher Genehmigung zusammentreten wie schon in der fränkischen Zeit. Im 13. Jahrhundert aber bildet sich in Frankreich die Vorstellung, dass nur solche ausdrücklich genehmigte Eidgenossenschaften wirkliche Eidgenossenschaften seien, die eine königliche Charte haben[49]). Es ist dies eine Umkehrung des Satzes, dass alle Kommunen dem König gehören, womit ja die vom König ausdrücklich geschaffenen Kommunen gemeint sind. Dadurch verblasst dann die ohne weitere Verleihung bestehende Eidgenossenschaft der Landgemeinde.

44a) Beaumanoir 50 § 2.

45) So schon Ol. I S. 620. X. Dann besonders deutlich Thierry III S. 502. 1310: Corbie gibt die verliehene Kommune an den König zurück, und dieser gibt sie dann an das Kloster.

46) Grand cout. Normand. XXII bis § 1.

47) Unt. N. 57 fd.

48) § 1.

49) Die Belege bei Luchaire S. 114 ff.

Digitized by Google

III. 1. Die Kommune des deutschen Rechtes, zu der recht vornehme Leute zählen können, steht der Römer- und Markt- oder Burgstadt — vielleicht am gleichen Ort — gegenüber[50]). — In den Marktorten oder Burgstädten herrscht, wie später genauer zu besprechen ist, zwar der strenge Schutz des Marktrechtes oder Burgrechts, aber damit auch für die Einwohner ein Strafensystem von erdrückender Härte. Für die kleinen Vergehungen werden schon 60 sol. gezahlt, für die mittleren aber weithin 1200 sol. Wenn man das Wergeld von 200 sol. dem Wert einer Hufe entsprechend auffasst, so sind das ausserordentlich hohe Strafsätze, und noch höher erscheinen sie, wenn man die Preistafeln der karolingischen Zeit zu Grunde legt. Zudem fehlt es gerade in der Marktstadt an selbständiger Gemeindegerichtsbarkeit; der Marktherr oder sein praepositus (Marktmeister) entscheidet[51]). Wie so die deutsche Gemeinde den Gegensatz zu Marktrecht und Burgrecht bildet, so dann natürlich auch zu der Gewalt der Herren über seine Unfreien, dann aber auch über seine Grundholden. Eine französische Quelle betrachtet die Kommune als den einzigen Rechtsschutz der villani gegen den Herrn; gemeint ist damit derjenige Bauer, der kein Unfreier ist, über den aber der Grundherr die volle Gerichtsbarkeit, also Hochgerichtsbarkeit erlangt hat[52]). Da lediglich der Freie diesen

50) Genaue Belege § 52 N. 7. Es ist möglich, dass unter den Mitgliedern der freien Gemeinde auch homines franci, absolut Steuerfreie, sind, die dann natürlich bei Verschmelzung von Marktstadt und Kommune eine grosse Rolle spielen; hierher zähle ich die viri hereditarii in Gent, die steuerfreies Eigen (alodium) haben, das sie ihrerseits in Parzellen verlehnen; dass es sich nicht um ein speziell städtisches Institut handelt, ergibt sich am besten daraus, dass diese viri hereditarii auch ausserhalb Gents vorkommen: die Belege bei Des Marez Étude sur la propriété foncière 1898 S. 11, S. 44 fd., S. 51. Die Behauptung Des Marez' S. 32 fd., dass es sich hier um Besitzer solcher Grundstücke handelt, die den ursprünglich gegebenen Zins abgelöst haben, entbehrt jeder Begründung.

51) Der Gegensatz des Marktrechts und der Communio zeigt sich deutlich bei Wauters S. 176. 1251: opidanis de Merchten transcriptum cartarum et privilegiorum nostrorum, tam de communione quam de libertate nostra tradidimus (die Behörde von Löwen).

52) Pierre XXI § 8 bien t'ai dit en quel manière tu puès semondre ton vilein et ton franc home et saches bien que, selon Dieu, tu n'a mie, plénière poesté sor ton vilein; dont, se tu prens dou suen fors les droites redesvances qu'il te doit, tu les prens contre Dieu et sor le péril de t'ame come robierres. Et ce qu'on dit que totes les choses que vileins a sont son seignor c'est voirs à garder: car s'eles estoient son seignor propres il n'auroit quant a ce nule difference entre serf et vilein; mès par nostre usage n'a il entre toi et ton

Digitized by Google

Rechtsschutz hat, so folgt daraus, dass Ansiedelungen nur aus Unfreien bestehend noch keine Kommune bilden. — In den Römerstädten endlich, in denen der Bischof die Stadtherrschaft errungen hat, mag die Kommune mit der freien Wahl ihrer Vorstände ebenfalls im Gegensatz stehen. — Die gebundenen Bevölkerungsteile in einer Stadt müssen den Unterschied stark genug empfunden haben, und es liegt nahe, dass sie die Abhängigkeit dadurch lösen, dass sie eine Gemeinde schwören oder, wenn eine freie Gemeinde am Ort ist, in diese eintreten.

2. In Nordfrankreich und Belgien, also in dem Land der grossen Städte des Nordens, lässt sich nun dieser Prozess in voller Deutlichkeit verfolgen[53]).

Zunächst sind die Eidgenossenschaften der Unfreien in das Auge zu fassen. Schon in der fränkischen Zeit wird von Bruderschaften der flandrischen Unfreien gesprochen, die das karolingische Recht verbietet. Die Form dieser Bruderschaft ist nicht überliefert. — Genau erkennbar wird der Vorgang um die Wende des 11. und 12. Jahrhunderts in Laon, wo die Unfreien durch den Kommunalschwur von der arbiträren Besteuerung und der arbiträren Emendation befreit werden; sie sollen jährlich den regelmässigen Jahreszins leisten und sollen der Emenda des öffentlichen Rechtes unterstehen[54]). Dabei zeigen dann die Kommunalurkunden, dass zwar die Unfreien Mitglieder der Kommune sind, aber dass nicht sie allein, sondern dass der Grundstock aus Freien gebildet ist[55]).

---

vilein juge fors Deu, tant com il est tes couchans et tes levans, s'il n'a autre lois vers toi que la commune.

53) Der hier vertretenen Auffassung ist van der Kindere in seinem Aufsatz: notice sur l'origine des magistrats communaux et sur l'organisation de la Marke dans nos contrées au moyen-âge (bull. acad. roy. 1874. 2 sér. t. 38. S. 236 ff.) nahe gekommen; die entscheidenden Punkte hat die verdienstliche Untersuchung noch nicht entdeckt.

54) Guibert v. Nogent de vita sua III c. 7 (S. rer. franc. XII S. 250): quod considerantes Clerus cum Archidiaconis ac Proceres, et causas exigendi pecunias a populo aucupantes, dant eis per internuntios optionem, ut si pretia digna impenderent, Communionis faciendae licentiam haberent. Communio autem, novum ac pessimum nomen, sic se habet, ut capite censi omnes solitum servitutis debitum dominis semel in anno solvant, et si quid contra jura deliquerint, pensione legali emendent: caeterae censuum exactiones, quae servis infligi solent, omnimodis vacent.

55) So in Laon selbst: Ord. XI S. 186 § 9, § 10; Soissons: Ord. XI S. 220 § 6. — Besonders deutlich S. Riquier (Ord. XI S. 184): si quis liber rusticus in Communia intrare voluerit, Domino suo jus proprium reddet et

Digitized by Google

In einigen ursprünglichen nordfranzösischen Rechten ist dann der Bürger, also der Stadteinwohner des Marktrechts und vielleicht des römischen Rechts, deutlich von der Gemeinde ausgeschlossen und damit stimmt der Gegensatz von Bürger und Gemeinde im deutschen Recht[56]). Allein in den meisten Kommunalurkunden zeigt sich, dass dieser Gegensatz überwunden ist, und dass alle Einwohner der Stadt der Kommune angehören müssen; besonders tritt das in dem am meisten verbreiteten Recht, dem von Soissons, hervor[57]). Da sind dann auch die burgenses in die Kommune eingetreten.

Die juristische Bedeutung des Eintritts zeigt sich nun besonders prägnant in folgenden Punkten. Die Kommune beansprucht die Gerichtsbarkeit in Schuldsachen (catallum) über ihre Mitglieder, und das führt dann zu Auseinandersetzungen mit dem bisherigen Gerichtsherren[58]). Durch die Kommunalrechte geht das Bestreben,

terram suam dimittet, et sic in Communiam intrabit. Homines autem Sancti Ricarii, capite censivi, sine Abbatis assensu nunquam in Communiam intrabunt.

56) § 52 N. 7.

57) § 17 (Ord. XI S. 220): universi homines infra murum civitatis et extra in suburbio commorantes, in cuiuscunque terra commorantur, Communionem jurent. Hierher gehört dann noch die Schilderung, welche Giselbert aus späterer Zeit von der pax von Valenciennes gibt (S. S. XXI S. 512 ff.): ut de institutione legis Valencenensis, que pax nominatur, aliquid dicamus, redeundum est ad comitem — qui videns Valencenas villam bonam multisque hominibus populatam, quasi nulli legi subiacere, unde ipsa villa minima pace gaudebat habito hominum suorum consilio et consensu, legem instituit que pax nominatur; in qua legis institutione milites patrie illius servos suos et ancillas suas in eadem ville manentes eidem legi supposuerunt, ut eadem pace gauderent, et ab illis et aliis omnibus eiusdem ville hominibus, exceptis clericis et militibus, dominus comes in eorum morte mortuas manus posset accipere. — Die Schilderung stimmt nicht mit der charta pacis (ob. N. 8), welche die Bürger noch nicht als Kommunisten ansieht, sie verlegt den Zustand zu Ende des 12. Jahrhunderts in den Anfang der Errichtung der pax. Es müssen aber allmählich auch die Bürger in die pax eingetreten sein, und aus der Unfreiheit der Bürger erklärt es sich, wenn nun die Masse der Bevölkerung dem Grafen besthauptpflichtig ist. Als Kommunen der cives, so dass die höchsten Klassen der Stadt in die Kommune übertreten, sind dann auch diejenigen in Lemans 1069 — die früheste ausdrücklich erwähnte Communio — und Cambray aufzufassen: die Belege bei Flach, les origines de l'ancienne France II S. 400 bis 420; hier (S. 414 N.) der Ausdruck communia für eine eigentümliche Eidbrüderschaft Geistlicher aus der Mitte des 11. Jahrhunderts.

58) Im französischen Recht bedeutet catallum die Schuldsachen, die dann mit den Mobilien zusammengestellt werden; häufig befasst das Wort direkt

Digitized by Google

an Stelle der amtsrechtlichen Emenda von 60 sol. die von 5 sol. zu setzen; die Emenda von 5 sol. wird auf 1 sol. erniedrigt. Diese Bewegung, die sich deutlich gegen die hohen Ansätze des Marktrechtes richtet, durchzieht das ganze Gemeinderecht des Westens und ist im 12. Jahrhundert ein Programm der Gemeindefreiheit geworden[59]). Damit ist nichts anderes gesagt, als dass

auch die Mobilien. Marnier coutumier de Picardie S. 110: se femme demande le moitié des moebles et des cateus: später wird derselbe Satz ausgedrückt mit: quant elle veut partir as cateulz. Jostice et Plet IV. 4: ist eine Obligierung durch Bezahlung des Kaufpreises zustande gekommen, so liegt chatel vor (vgl. III. 8 § 4); très anc. cout. Norm. 54, 55 § 2: catalla im Gegensatz zu hereditas; grand cout. Norm. vgl. den Index s. v. catallum. — In Cambray ist nun das Grundgericht der Kommune entzogen; dagegen hat die Kommune die Gerichtsbarkeit über die Mobilien der Ritter oder nobiles: Privileg von 1184 § 15 (Reinecke, Geschichte der Stadt Cambray S. 261): item jurati pacis iustitiabunt de forisfactis quorumlibet hominum exceptis clericis, et iusticiare debent milites, liberos homines et eorum mobilia et familiam. Vertrag von 1180 (Wauters S. 47): omnes urbis hereditates D. habet episcopus iusticiare; capitalia nobilium domus pacis iusticiabit. — In Laon (Ord. XI S. 186 § 6) wird noch ein Ausgleich mit den Ansprüchen der Grundherren gesucht; bei Ansprüchen gegen einen Unterthänigen soll man sich zunächst an den Herrn wenden, und die Kommune hilft erst dann, wenn kein Recht zu erlangen war; vgl. die Erklärung von Hegel, Städte und Gilden II S. 46, der die richtige Auslegung von capitale gefunden hat und nur darin irrt, dass er der Kommune die Schuldgerichtsbarkeit abspricht; § 6 handelt von einer Ausnahme. — In Amiens, wo im 13. Jahrhundert die Schöffen und der maior die Kommunalbehörde sind, wird betont, dass maieur und échevins richten (Thierry I S. 157 § 2): De tous les débaz de marquandise, et de tous marquiés, et de toutes convenenches qui sont faictes dedens leur banlieue, se termes n'est donnés de le debte; et se termes ou respis en est donnés, tant comme as debtes, le connissanche en appartient au prévost et au visconte. — In Abbeville wird die Kommune im 13. Jahrhundert ebenfalls durch scabini et jurati vertreten; hier lautet die Auseinandersetzung folgendermassen (Thierry IV S. 27 ff.): Preter hec de omnibus mobilibus placita vicecomiti nostro remanebunt, ita quod judicio majoris et scabinorum terminabuntur, salvo jure nostro in omnibus. Si vero conventio de juratis in presentia majoris et scabinorum duorum vel trium facta fuerit vel recordata, sine lege et duello per ipsos judicabitur et terminabitur, facto prius clamore (es kommt wohl wesentlich auf den Klageeinsatz an) vicecomiti nostro. Hier sieht man deutlich, wie zwischen der Kommunalbehörde und der staatlichen Behörde (vicecomes) oder Behörde des Marktrechts (praepositus) um die Schuldklagen gekämpft wird.

[59]) So in dem Recht von Soissons und den äusserst zahlreichen Tochterrechten: § 2 (Ord. XI S. 219 ff.): omnia forisfacta, exceptis infractione urbis, et veteri odio, quinque solidis emendabuntur. Recht von Auxerre von 1194 (Quantin II. 450): concessi enim quod forifactum sexaginta solidorum ad

Digitized by Google

die Delikte jetzt nur mehr mit der im Gemeindegericht üblichen Emenda bestraft werden sollen.

Weiter ist es ein gemeinsamer Zug des Kommunalrechts, dass allein der Communio die Vollstreckung in der Ortschaft zustehen soll[60]). Denselben Anspruch erhebt aber die Gemeinde des deutschen Rechts.

So zeigt sich deutlich genug, dass die Errichtung einer Kommune oder Eintritt in eine solche die Unterstellung unter das deutsche Gemeinderecht bedeutet. Einmal ist denn dieser Vorgang auch direkt bezeugt[61]). So handelt es sich darum, dass auf die Stadt

---

quinque solidos reducatur. Cetera forifacta omnia a quinque solidis et infra duodecim denarios reducta sunt. 5 sol. für 60, 1 sol. für 5 finden sich denn auch in Lorris und seinen Tochterrechten: Lorris § 7 (nouv. revue de droit VIII S. 448): et forifactum de LX solidis ad quinque solidos, et forifactum de quinque solidis ad XII denarios veniat; et clamor prepositi ad IIII denarios. Arbois III. 192. 1173: Maraye en Othe in Champagne. — Bereits zu Anfang des 12. Jahrh. tritt die gleiche Herabsetzung für einen Ort in der Nähe von Paris ein (Ord. Vitalis II S. 451): et quisquis fraudem fecerit, quinque solidos solvat, pro qua re hactenus LX solidi solvebantur. — Für Späteres Ol. I S. 77 II, II S. 448. XI. — Das Recht von Beaumont en Arg. hält noch die höhere Emenda fest.

60) Soissons § 20: praeter has Consuetudines — concedimus ut nullus infra ambitum villae Suessionum aliquod possit capere, nisi Major et Jurati (Ord. XI S. 221). — Thierry III S. 460. 1282 Corbie: executio predictorum (der Strafurteile) erfolgt per maiorem et iuratos premissos; vgl. auch S. 467 § 9. Ord. VII S. 692 § 30: neque Baillivus, neque Prepositus, neque Vicecomes potest capere vadium Burgensis, eciam de forefacto iudicato, nisi per Majorem et Scabinos (hier wie im ganzen Ponthieu die Kommunalbehörde). Teulet I. 1553 (Kommunalurkunde für Poitiers): item maior habebit omnes submonitiones hominum communie sue, et illos habebit ad jus, nec aliquis in eos manum apponat, sine majore vel serviente sua. — Auf dasselbe geht offenbar die Bestätigung der Kommune von Chelles 1128: Martène ampl. coll. I col. 690 f.: statuimus etiam, quod nunquam in villa predicta aliquis nisi ratione et judicio capiatur.

61) In Vezelay sind die reichen Bürger abhängig: D'Achery II S. 529a (Hist. Vizeliae). Der Graf von Nevers sagt zu den reichen Bürgern: doleo satis ad modum miserrimam conditionem status vestri; quoniam multarum rerum possessores quidem specie, revera autem nullarum domini effecti estis — sie sind also unfrei und schliessen nun eine confederatio mit den rustici; so Quantin cart. de l'Yonne I S. 318. 1137: conquesti sumus itaque quod, dum in exspectatione faciende pacis et concordie essemus, burgenses interim adversus nos et ecclesiam nostram conspirationis inter se confederationem fecerunt, et rusticos nostros de pluribus villis sibi in ea conspiratione .... (Lücke).

Digitized by Google

die Freiheit der Landgemeinde übertragen wird — teils dadurch, dass man in die am Ort bestehende Gemeinde eintritt, teils dadurch, dass man selbständig die gemeindliche Eidgenossenschaft nachbildet. — Der Kern dieser Freiheit ist der Friedensverband und die Leitung desselben durch freigewählte jurati. Da wo die scabini mit in die Kommune übergegangen sind, erhalten diese die Leitung.

3. Der Friedensverband der Eidgenossenschaft herrscht wie in Nordfrankreich, so auch in vielen niederländischen Städten[62]). Zurückgedrängt scheint die Einrichtung in den grossen flandrischen Marktstädten; wohl erscheint Lille als amicitia[63]), S. Omer[64]) als Kommune, aber gerade in den bedeutendsten flandrischen Städten Brügge, Ypern, Gent, Oudenarde[65]), Arras[66]) ist davon nie etwas erwähnt; in allen hält der Graf an den schweren, für ihn sehr einträglichen Strafen des Marktrechtes fest. Es fehlt nicht an deutlichen Versuchen der Auflehnung wider dieses strenge Recht[67]), allein eine Kommune wird erst im Anfang des 14. Jahrhunderts für Ypern anerkannt[68]).

Wie in den Niederlanden, so kehrt dann aber der beschworene Frieden der ganzen Einwohnerschaft auch sonst im deutschen Rechtsgebiet wieder. Am frühesten ist in Worms ein besonderes Friedensgericht bezeugt[68a]). Wie in den französischen Kommunal-

62) Ausser den schon erwähnten Valenciennes, Löwen, Brüssel auch Mecheln: Miræus III S. 151 f. 1308: videlicet, quod dicta Villa Machliniensis de cetero habeat in perpetuum Communiam, duos Magistros Communie etc. Dann in allen Städten von Lüttich (Belege bei Pirenne, histoire de la constitution de la ville de Dinant S. 28). Es hängt damit zusammen, wenn später in Lüttich jeder in der Stadt Geborne als Bürger angesehen wird (Patron c. 8 S. 306): veilhiés savoir que tuit cil qui sont nees en frankise de Liège sont borgois citains.

63) Ob. N. 4.

64) Giry n. 4.

65) Warnkönig I. 12.

66) Wauters S. 34 f. Taillar 11.

67) So besonders die Genter Keure von 1192 (Warnkönig II. 6).

68) Gheldolf V N. 62. 1302: de commungne les doons (der Graf). — Im folgenden wird dann das Brandrecht gegen den gegeben, der ein Kommunalmitglied angreift.

68a) Wormser U. B. I. 73 angeblich 1156: Ob die Urkunde eine Fälschung ist, wie Stumpf W. A. 32 S. 603 ff. annimmt, oder echt, wie Schaube (Z. G. Oberrh. N. F. III S. 276 ff.) meint, bleibt hier unentschieden; im letzten Fall, der mir als der wahrscheinlichere vorkommt, hätte man eine direkte Analogie zu den französischen Kommunalcharten.

Digitized by Google

urkunden ist auch hier ein Mächtiger — Werner v. Bolanden — als Schirmer des Wormser Friedens genannt[69]). Später wird das ganze Gericht, das jetzt als Rat bezeichnet wird, direkt auf coniuratio zurückgeführt[70]). Das kommunale Racherecht tritt direkt hervor[71]), daneben — freilich undeutlich — das ältere Stadtgericht, und das Gericht der scabini[72]). — Ähnlich wie in Worms ist der Rat des zweiten Strassburger Stadtrechts deutlich

69) Worms. U. B. I 73 a. E.: super integritate itaque huius pacis conservanda primos et precipuos adiutores et consiliarios habere debetis videlicet Wernherum de Bonlanden vicedominum, Richizonem scultetum, prefectum et iudices de civitate; zu dem gleichen Resultat, wie diese schon früher abgeschlossenen Untersuchungen, kommt jetzt auch Hegel, Entstehung des deutschen Städtewesens S. 177.

70) Die Wormser Annalen (Worms. U. B. III S. 145) bezeichnen dasselbe direkt als Rat. Wenn man aber auch dies Zeugnis als zu spät verwirft (so ohne ersichtlichen Grund Schaube a. a. O. S. 280), so ist die Identität direkt in der Urkunde von 1156 bezeugt. Der Schlusspassus heisst, dass Werner von Bolanden, der Schultheiss, der praefectus und die iudices de civitate primi et praecipui adjutores et consiliarii des Friedens sein sollen. Es ist eine mehrfache Auslegung möglich, entweder die iudices de civitate sind identisch mit den vorhin genannten 40 judices (so z. B. Köhne der Ursprung der Stadtverfassung S. 269); dann versteht man aber eigentlich nicht, warum am Schluss noch einmal von ihnen gesprochen wird (der Schluss wäre eine sinnlose Tautologie). Die zweite Auslegung ist folgende: unter die 40 judices sollen gewisse Personen aufgenommen werden: der Herr von Bolanden und die iudices de civitate. In jüngeren Urkunden treten nun besondere iudices auf. Diese iudices sind nicht mit den scabini identisch (Wormser U. B. I. 253: ministeriales consules iudices scabini et universi cives Wormatenses), aber späterhin auch nicht mit dem Rat (Wormser U. B. I. 253). Dagegen fehlen in den Urkunden, welche die iudices erwähnen, die 2 Bürgermeister, die sonst vor den consules auftreten (Worms. U. B. I. 228 und öfters), und diese sind nicht identisch mit den 2 Amtmännern oder ministri des 12. Jahrhunderts (Wormser U. B. I. 73; III S. 225). So sagt die Friedensurkunde eben nur, dass die primi und precipui adiutores die bisherigen städtischen Beamten sein sollen. Nach beiden Auslegungen geht aber die Urkunde ganz deutlich darauf, dass das Friedensgericht die consiliarii sind, und daran ändert auch der Widerspruch Schaubes (a. a. O. S. 278) nichts, dessen heftige Form einem Gelehrten von Arnolds Bedeutung gegenüber wohl nicht recht passend ist. Schaube hat den ganzen Schlussatz nicht positiv zu erklären vermocht. — Auf coniuratio führt Wormser U. B. I. 155 das consilium zurück.

71) Worms. U. B. I. 73: die Bürger sollen das Recht haben, den Fremden, der einen Bürger verletzt hat, zu verfolgen und zu belagern.

72) Worms. U. B. I. 232. 1251: die scabini bilden deutlich das Immobiliargericht unter dem Vorsitz des Schultheissen.

Digitized by Google

ein Friedensgericht und andererseits eine Behörde der Markgenossenschaft. Das kommunale Racherecht ist auch hier zu erkennen. Der Verband befasst ministeriales und cives, und damit steht dann wohl die Auflehnung der Ministerialen gegen den Bischof in einem gewissen Zusammenhang. Bereits das erste Stadtrecht trägt Spuren eines Widerstandes gegen die Ausdehnung des Burg- und Marktrechtes an sich[73]). — In Speier urteilen die Monatsrichter über alle Friedensbruchsachen, aber zugleich über die Agrardelikte; sie richten bei Eid, wenden einmal ein Statut an, das durch „Frieden" erlassen ist[74]). — Ebenso bildet Basel zu Ende des 13. Jahrhunderts eine Eidgenossenschaft mit Racherecht unter dem Rat[75]). Es ist möglich, dass die früher bezeugte Verleihung des Rates durch den König nichts anderes als die Anerkennung dieser Eidgenossenschaft ist[76]). — Eine Eidgenossenschaft unter dem Rat als Friedensgericht ist Würzburg[77]). — Weiter gegen Westen begegnet man dem Friedensgericht in Trier, früher aber ist von einer coniuratio oder von einer communio gesprochen, deren Aufhebung der Bischof versucht. Es ist hier besonders charakteristisch, dass der camerarius über die Klassen des Marktrechtes noch Gerichtsbarkeit festhält, dass aber diese Klassen für Friedbruch unter die allgemeine

---

73) Der Rat des zweiten Stadtrechts (Strassb. U. B. I. 617) urteilt über alle Arten der Gewaltthätigkeit; nach § 22 kontrolliert der Rat das Racherecht des Bürgers gegen Fremde und gestattet die Anwendung. § 1: Der Rat besteht aus ministeriales und cives. — Die Verfügung über die Almende in Strassb. U. B. I. 224. — S. S. XVII S. 89. 1192: Cunradus episcopus Argentin capitur a quibusdam ministerialibus.

74) Speierer U. B. I. 282. 1314: Monatsrichterordnung. 487: Wir der rat zů Spire sint ůberkomen einmůteclichen durch friden willen, dass Zechpreller verbannt werden sollen. — 503. 1347: unde sollent die die pene nemen uf den eit.

75) Basler U. B. II. 515: want si (ritter und burger) der stat ere gesworen haben, dann ist verboten, dass ein Bürger dem andern beisteht, wenn er Unzucht beginnt; ist er im Recht, so ist also Beistand erlaubt. Später heisst es: Un hat der rat gesworn, obe ieman ungehorsam were, daz si un die burger in der zů twingen, un swele nach in rat werdent, die sůlen dez selben swern. — Swenne ouch kein unzuoht geschiht, so sol der rat ůf den eit ervarn.

76) Basler U. B. I. 92. 1218.

77) M. B. XXXVIII 1296 S. 154; vorher ist die Bestrafung von Mord und Totschlag unter Verwandten geregelt: v̄ber dise setze alle sal der rat vz richten dise vor genanten gebresten v̄ffe sinen eit. S. 155: Sich hant ovch gemeinliche des verbvnden arm vnde riche v̄f ir eit, daz ein iegelich man sal die warheit sagen an allen disen geschichten wes er gevreget wirt v̄ffe sinen eit.

Digitized by Google

Friedgerichtsbarkeit traten[78]). — In Aachen steht neben dem Schöffengericht ein besonderes Kurrecht für die Friedensbrüche, das sich an die neun Grafschaften, d. h. die Sondergemeinden der Stadt, anlehnt[79]). — In Köln wird im Anfang des 12. Jahrhunderts von einer coniuratio pro libertate gesprochen[80]). Wenn dann in den Kölner Bürger- und Gildelisten des 12. Jahrhunderts öfters neben gilda oder fraternitas die Burschaft als der Stand des einzelnen erwähnt wird, so scheint mir hier etwas fixiert, was anderwärts fehlt, aber ursprünglich wohl das Normale gewesen sein wird: der Übergang einzelner Kaufleute in die Gemeinde, die Burschaft; denn die fraternitas oder gilda ist offenbar der Kreis der „coifman“[81]), die Gilde Kaufmannsgilde, die Burschaft aber ist nach dem gesamten Kölner Sprachgebrauch nichts anderes als die Mitgliedschaft bei einer Parochie einer Gemeinde, im Gegensatz zum Bürgerrecht, das die Richerzeche verleiht[82]). — In Utrecht erlangt der Rat durch den Abschluss eines Stadtfriedens Kriminalgerichtsbarkeit wegen Friedensbruches[82a]). — Besonders deutlich ist

---

78) Lacomblet Archiv I S. 320 § 5: Judeus qui pacem violaverit infra domos judeorum, pro violata pace captus fuerit et tentus, stabit iudicio sculteti S. 322 § 12: Camerarius est iudex monetariorum, pellificum, sutorum, fabrorum et carnificum in omni causa preter eam scilicet violare pacem. Beyer III. 1468. 1258: Die Diener des Domkapitels sind nicht schuldig, vor dem Schultheiss zu stehen, „es en were dan sache, das sy gestunffte wurden, das sy uffenberlich friede gebrochen hettent mit bluot sturczongen, aiffde das sy sih selbes mit friewillen under dat geczuche der stede scheffen von Triere ergeben hettent“. Beyer I. 627: communio quoque civium Treverensium que et coniuratio dicitur quam nos in ipsa civitate destruximus — que etiam — reiterata est.

79) Lörsch, Aachener Rechtsdenkmäler S. 51 ff. 1338; S. 180. 1390; dann Gengler, cod. juris municip. S. 5 N. 24, wonach das Churgericht aus den 2 Bürgermeistern, 2 Schöffen, 2 Werkmeistern und 9 Kerstofeln, also den Vorständen der einzelnen Grafschaften besteht. Die Angabe, dass nur über leichtere Verbrechen geurteilt worden wäre, ist unrichtig. Nach Lörsch S. 51 ff. handelt es sich um Totschlag und Verwundung. Die Strafe ist natürlich, wie bei jeder Eidgenossenschaft, unter Mitgliedern die Verbannung.

80) S. S. XVII S. 749.

81) Schreins U. II. 2. S. 9.

82) Über das Geburrecht ob. § 33 N. 182 f. — Über die Verleihung des Burrechts durch die Parochie vgl. Liesegang, die Sondergemeinden Kölns, S. 38 ff.; über die Verleihung des Bürgerrechts durch die Richerzeche Quell. I S. 155/156.

82a) Urk. von 1300: De middeleuwsche rechtsbronnen der Stad Utrecht (O. V. R. Br. III. 1) indleiding S. 47 fd.; hier auch eine ausgezeichnete Schil-

Digitized by Google

die Friedenseinung in Metz; hier ist eine commune paix geschlossen mit den wardeurs de la paix als Friedensgericht, unter dem auch die Schöffen stehen. Die wardeurs inquirieren — offenbar auf die Eide. Nur wenn keine wardeurs da sind, entscheiden die Schöffen. Später treten die wardeurs als die 13 jurés auf. Zu erkennen ist die Unterstützung der Geschlechtsrache durch die Friedensgenossen, die als communes bezeichnet werden[83]). — Ebenso werden in Verdun jurés oder wardeurs de la paix neben den Schöffen unterschieden[84]). — Im Süden ist in Lausanne eine pax iurata[85]). — In Luzern ist die confederatio eidlich aufgelöst, wird also zuerst auch eidlich bestanden haben; jetzt haben die consules nur mehr die geringe Gerichtsbarkeit, die hohe hat sich der Stadtherr reserviert[86]). — In Zürich werden die Gesetze, die der Rat erlässt, eidlich beschworen und der Bruch eines Stadtgesetzes ist Meineid. Die autonome Kompetenz des Rates scheidet sich hier scharf von dem öffentlichen Gericht des Schultheissen[87]). — Auch in Augsburg finden

derung Mullers von der allmählichen Entwicklung dieser Ratsgerichtsbarkeit (S. 46 fd. S. 79 fd.).

83) Metz IV S. 177—179. 1212—1220: Ceu est la maniere et li establissement de la Commune pais de Mez. Qui homme ocira dedenz la pais, et tesmoigniez en sera, sei parent ocirunt lui. — Et si li ami n'avoient la force, et il lo manifestoient as Wardours de la pais, li Wardour et li communs lor aideroient; et se il eschapoit, sa propre Maisun desraceneroit hom — später: li Wardour de la pais doient enquerre de la bonne verteit. — Der Schöffenmeister soll in den Sitzungen der wardours anwesend sein. — Die 13 jurati: Metz IV S. 189. 1236; S. 196. 1244: li Maistres Eschevins de Mes, et li Trezes Jureis de la Paix, et li Contes, et li Prodommes de Mes ont establit.

84) Labande, Etude sur l'organisation municipale de la ville de Verdun S. 23 ff.; eine Ausgabe der reichen Quellen von Verdun, namentlich des Mélinon wäre dringend wünschenswert.

85) Suisse romande VI S. 186.

86) Geschichtsfreund I S. 181 ff. 1252: Consules et universitas civium Lucernensium omnem confederationem in controversia nostra aliquando in Lucerna exercita hinc inde quocunque modo factam sub juramenti cautione dissolventes penitus relaxamus. Später wird von der Bestrafung der Friedbrüche durch Tötung oder Verwundung gesprochen: quod si exinde modica lesio secuta fuerit, consulum arbitrio relinquatur puniendus.

87) Älterer Züricher Richtebrief (Helvetische Bibliothek II. 1735) S. 27: ist aber das die burger alle bi dem eide ein anders besser und weger dunket das geschehe mit ir aller wissende und ir willen. S. 50: Swer dem selben darzuo hulfe ald riete der ist schuldig der selben buosse und ist darzuo meineide und sol der Rat bi dem eide denselben kleger schirmende sin vor dien burgern und vor dien Lantlûten.

Digitized by Google

sich gleichartige Anklänge[88]) und für die sächsischen Städte wird von einem beschworenen Stadtfrieden gesprochen, den hier allerdings der Herzog veranlasst, so dass die Abgrenzung gegen den Landfrieden schwer zu finden ist[88a]).

So gewinnt man in vielen deutschen Städten eine Eidgenossenschaft; in den älteren Quellen ist sie mit Racherecht ausgestattet, wie die Communia von Nordfrankreich und Belgien. Und wie diese, so weist auch der deutsche Friedensverband auf einen Zusammenhang mit der Landgemeinde. In den meisten Fällen scheint die Bildung ohne kaiserliche Einwirkung vor sich gegangen. In Basel freilich ist der Rat vom König gesetzt, ebenso in Speier[89]), und wenn das Wormser Friedgesetz von 1156 keine Fälschung ist, so geht auch das Wormser Recht auf Anregung des Kaisers zurück. Das sind dann Bildungen ganz gleich den Kommunalgründungen durch den französischen König und wohl auch mit denselben Zielen.

4. Durch die Eidgenossenschaft wird die Stellung der Stadt als Rechtskörper gänzlich verändert. Ursprünglich ist sie aus der Römerzeit heraus kein Hochgerichtsbezirk. Durch das Burg- und Marktrecht wird sie, wie wir sehen werden, dazu; und die Schöffen sind allenfalls die faktischen Hochgerichtsorgane; allein die Hochgerichtsbarkeit ist eine herrschaftliche und wird vom Burg- oder Marktherrn ausgeübt. Durch die Eidgenossenschaft wird nun die Gerichtsbarkeit über Friedensbruch zu einer Kommunalgerichtsbarkeit oder besser die Kommunalgerichtsbarkeit über Friedensbruch, die von jeher geübt worden ist, erfasst jetzt auch die Stadt des Römerrechts und Marktrechts. Nunmehr versteht man, warum die aristokratische Reaktion der Staufer gegen das Aufkommen der Städteselbstständigkeit in einem Verbot der communiones, constitutiones (Keuren!), colligationes seu coniurationes gipfelt[90]). — Der Prozess gewinnt seine Rechtsform eben in der Eidgenossen-

88) Augsburger Stadtb. S. 75 ff.: Waer ouch dazz ieman den stiwermaistren missebutte mit swelher hande sache daz geschaehe, da habent umbe gelobt die zwen phlegere, die vierundzwaintzeck, der grozze rat und diu gemaine der stat mit ir triwen in eides wis.

88a) U. B. der Stadt Lübeck I. 3. 1163: Si quis Gutonum in quibuscumque civitatibus, ubi pacem sub jurejurando firmavimus, peremptus fuerit. Bemerkenswert ist, wie in diesen Städten am torfhachteigen festgehalten wird (§ 53 N. 21) und in Soest und Medebach am Burgericht (§ 33 N. 182).

89) Basler U. B. I. 92. Speier 22.

90) So die sententia contra communiones civium von 1231 (Weiland II. 299).

Digitized by Google

schaft, dem Friedensverband. Freilich hat gerade das Königsrecht selber ihn vorbereitet dadurch, dass es einesteils durch Unterthaneneid und Landfrieden zu periodischer Eidverbrüderung der Unterthanen anregt und andererseits die iurati als die veritas und damit thatsächlich die entscheidende Behörde in Friedbruchsachen verwendet. In Holland wie Südfrankreich hat sich ja daraus eine besondere Hochgerichtsbarkeit der Stadt entwickelt[91]). — Allein das Entscheidende ist das selbständige Racherecht, das die Vorstände der Eidgenossenschaft aus der Eidgenossenschaft haben. Diese kommunale Hochgerichtsbarkeit ist unabhängig von der herrschaftlichen Gerichtsbarkeit gewachsen. Darum kann letztere neben ihr bestehen bleiben[92]). Das gilt zunächst von der Immobiliargerichtsbarkeit, welche durch die scabini, d. h. in den Römerstädten die alten primates curiae oder die quatuorviri, ausgeübt wird. Da und dort hält man auch noch an der Mitwirkung eines Vertreters des Grafen in Immobiliarsachen fest[93]). Dann ist in vielen Kommunalrechten bestimmt, dass durch die Kommunalstrafe die herrschaftliche Strafe nicht wegfallen soll[94]). Das Ziel der Kommunalbewegung ist diese gespaltene Jurisdiktion allerdings nicht; sondern es handelt sich gerade auch um den Wegfall der herrschaftlichen Strafe; allein juristisch schliesst an und für sich die eine die andere nicht aus. Der herrschaftliche Rat[95]) freilich ist durch die Ausdehnung der Bauerngemeinde und ihres Rates auf die Stadt fast überall beseitigt, und es ist höchst bezeichnend, wenn im elsässischen Weissenburg, wo besondere consules der

91) § 21 N. 64, N. 66.

92) So bleibt in Mainz das Vierergericht neben dem Rat, ebenso in Augsburg (§ 23 N. 30); in Worms werden die scabini mit dem Rat erwähnt (ob. N. 70). In Aachen halten sich die Schöffen mit dem Churrecht (N. 79). In Metz und Verdun stehen die scabini neben den wardeurs de la paix (N. 83). Besonders allgemein ist im Westen die Fortdauer der scabini neben den jurati (§ 33 N. 29).

93) So der secundus comes in Köln; vgl. die Belege bei Höniger in Festschrift für Mevissen S. 280 ff.; gehören die besonderen comites für Niederich (S. U. II S. 51) und Airsberg (Liesegang, die Sondergemeinden Kölns S. 130 f. 1280), der Greve in Worms (Worms. U. B. I. 95 und oft) hierher? Vgl. § 33 N. 35.

94) Belege N. 19 gegen Ende. Dann z. B. Teulet I. 299: de justitia vero et forisfactis meis, ita statutum est: de furto, murtro, raptu, et incendio, erit in arbitrio et dispositione mea; et qui hec forisfacta fecerint, preposito meo tradentur.

95) § 54 N. 4 f.

Digitized by Google

Stadt jetzt anerkannt werden, das alte herrschaftliche Kammergericht auf die Streitsachen aus der übrigen Immunität ausserhalb der Stadt beschränkt ist[96]). — Der Weg, auf dem die Stadt den formellen Ausschluss der älteren Gewalt zu erreichen sucht, ist ein doppelter. Entweder es wird, wie schon geschildert, die Emenda auf denjenigen Betrag herabgesetzt, über den das Gemeindegericht zu entscheiden kompetent ist, oder die Stadt erwirbt direkt die Gewalt des öffentlichen Rechts. In Frankreich begegne ich in letzterer Richtung lediglich einem Erwerb der praepositura[97]) und damit der Steuerrechte. In den deutschen Städten ist der scultetus ebenfalls schon im 13. Jahrhundert öfters eine kommunale Behörde[98]). Dagegen ist es auch hier erst eine Entwickelung späterer Jahrhunderte und zwar durchaus keine allgemeine, wenn eine Stadt das Landgericht des öffentlichen Rechts oder die Hochgerichtsvogtei erwirbt. Der Vorgang geht über den Kreis der gegenwärtigen Untersuchung hinaus[99]).

5. In den meisten französischen Urkunden wird die Kommune durch die jurati geführt; damit identisch ist der Rat; denn die Heimraden des niederfränkischen Rechts, in denen der Rat am frühesten und ursprünglichsten zu erkennen ist, sind jurati[100]); so finden wir auch in den meisten deutschen Städten den Rat an der Spitze der Stadt. Da und dort kommen freilich Ausnahmen vor; und die alte Stadtbehörde hat sich ihre Stellung auch in der eidgenossenschaftlichen Verwaltung bewahrt. Hierher rechne ich vor allem Köln, wo die Schöffen, die Bürgermeister und die Richerzeche die ganze Gewalt in der Hand behalten, und der Rat der Gemeinen eine sehr geringe Rolle spielt[101]), Lüttich, wo eine ähn-

96) Schöpflin II. 698. 1275.

97) So z. B. Communalcharte für Troyes 1230. 15: — et si lor doig et otroi la prévosté et la jostise de Troie — por CCC. lb. de provenisiens. (éc. des chartes 4 sér. t. 1 S. 143) Senlis: Flammermont 7. 1202; Compiègne: Luchaire, histoire des institutions monarchiques II S. 326; Pontoise: Ord. XI S. 255 § 15. 1188: Ohne Verleihung hat sich Mantes in den Besitz der prepositura setzen wollen (Ol. II S. 65. XIV): hier kann man am besten erkennen, welche Kompetenz dem prévôt trotz Aufkommens der Kommune verblieben war.

98) So z. B. die Wahl des Wormser scultetus durch die consules (Wormser U. B. III S. 227).

99) Heuslers (deutsche St. V. S. 233 ff.) Bemerkungen generalisieren zu sehr.

100) § 33 N. 24 fd.

101) In Köln sind die consules deutlich keine aristokratische Behörde, denn sie stehen in dem Streit von 1259 an der Spitze der fraternitates (Handwerker-

Digitized by Google

liche Entwickelung vor sich gegangen[102]), Speier[103]), Brüssel[104]), Löwen[105]), dann vielleicht die Gruppe von Amiens[106]). — Aber die Regel ist es nicht. An der Spitze der Eidgenossenschaft stehen vielmehr gewöhnlich die jurati, der Rat, die consiliarii, oder, wie sie auch heissen, die consules. Mit den consules des südfranzösischen und italienischen Rechts — die den nördlichen „scabini" entsprechen — hat das Wort gar nichts zu thun. Wie das Wort vielleicht in der frühesten deutschen Urkunde, in der es vorkommt, einfach den herrschaftlichen Rat bezeichnet[107]), so bedeutet es auch den Rat der Gemeinde. —

Dass die Leitung durch einen gewählten Rat das Programm der Kommunalbewegung des 12. Jahrhunderts ist, das zeigen die Rechte der Neustädte in Deutschland wie Frankreich[108]). So sind

vereinigungen) und der Gemeinde (Quellen Köln II 394); Hegel, Städte und Gilden II. S. 336 ff., wo die Belege über das Vorkommen des Rats, betrachtet ihn mit Unrecht als aristokratische Vereinigung. Ich fasse tribus in der Nachricht der vita Engelberti III. 37 (ed. Gelenius S. 240) für den Anfang des 13. Jahrhunderts [initio enim pontificatus eius acerba inter scabinos et tribus civitatis orta erat dissensio] nicht mit Ficker, Engelbert der Heilige, S. 87, als die Zünfte, sondern tribus müssen örtliche Verbände, also die Parochien sein, und so bildet das Ganze eine Spur eines Konfliktes der Schöffen mit der Gemeinde, und man darf vielleicht sagen, mit dem Rat um die Regierung. Wie der Rat mit den einzelnen Parochien zusammenhängt, kann man nicht ersehen.

102) Hocsem I c. 5 (Chapeaville II S. 286): populares autem considerantes antiqua se servitute depressos, eloquentia cuiusdam Henrici de Dionanto decepti, quaerentes quod aequale numero, tantum, nec dignitati deferentes, duos constituere magistros, qui libertatem civium tuerentur, et hoc se iurarent fideliter effecturos; et a Scabinis exigunt consimile iuramentum. Die Schöffen bleiben aber in Besitz der ganzen Gerichtsbarkeit. Dagegen wird das Bürgerrecht von den magistri verliehen, und die Ausstossung erfolgt durch sie (Lettre des huit von 1403 § 14 § 15, Frieden von Tongres von 1403 § 20).

103) In Speier erscheinen die Monatsrichter als Richter auch in Friedbruchsachen (ob. N. 74).

104) In Brüssel judizieren scabini und jurati zusammen über die Verletzung der Chore (§ 15 § 45 der Choré von 1229; Warnkönig, von der Wichtigkeit etc. S. 57 ff.).

105) In Löwen halten sich die scabini neben den jurati und gewinnen im 14. Jahrhundert die Überhand; van der Linden, histoire de la constitution de la ville de Louvain S. 24 ff.

106) Ob. § 33 N. 29 a. E.

107) So in Medebach (Seibertz I. 55 § 18), dazu § 54 N. 16; dann § 24 N. 32.

108) Freiburg im Breisgau und die übrigen zähringischen Gründungen stehen unter coniurati fori oder consules (Gaupp II S. 6 ff.) — Ebenso die Gründungen Heinrichs des Löwen (Lübeck vgl. Hegel, Stadt und Gilden II S. 451, Braunschweig ebenda II S. 415), vielleicht auch München. In Frank-

Digitized by Google

die consules in der Regel ein autonomes, kein herrschaftliches Institut; aber man würde sehr fehl gehen, wenn man in ihnen eine Vertretung der geringen Leute sehen wollte. Denn geradeso, wie in dem späteren Frankfurt[109]) und Soest[110]) die reichsten Leute, neben den Grosskaufleuten auch die Grossgrundbesitzer[109]), in der Gemeinde stecken, während die Zünfte der Gemeinde noch nicht angehören, gehören früher gerade die Reichsten nicht notwendig der Kaufmannschaft, sondern den Grundbesitzern an. In Köln ist die Schöffengilde von den Gilden der vornehmsten Handelszweige getrennt, und ebenso kennt Löwen eine besondere von der mächtigen Tuchergilde getrennte Schöffengilde[111]). Das führt doch darauf, dass von Haus aus die Schöffen nicht notwendig Grosskaufleute sind. In der Römerstadt, wo die possessores die ersten waren, ist das besonders erklärlich. Aber auch sonst braucht man nur an die Steigerung des Bodenwertes in rasch wachsenden Städten zu denken und wird dann gerade auch die Grundeigentümer in der Stadt und namentlich in den ehemaligen Vororten unter die Reichen rechnen, die unter den Schöffen vertreten sein mögen. So erklärt es sich, wenn die jurati auch ein Organ zunächst gerade der vermögenden Gemeindegenossen wurden; da wo diese Vermögenderen einen entscheidenden Einfluss auf die Besetzung des Rates aus irgend einem Grunde nicht erlangt haben, ist dann wohl die alte Behörde der Römerstadt zu der Behörde auch der Eidgenossenschaft geworden und umgekehrt. Erscheinungen, wie in Köln, Speier, Lüttich u. s. w. versteht man dadurch, ohne dass natürlich irgend ein Detailbeweis möglich wäre. Jedenfalls aber tritt die aristokratische Färbung des Rates im 14. und 15. Jahrhundert, in Frankreich schon während des 13. Jahrhunderts so stark hervor, dass dagegen eine Reaktion der Handwerker und geringen Gemeinen eintritt. Die Darstellung dieser Kämpfe geht über die hier behandelte Zeit hinaus.

reich Recht von Beaumont en Arg. § 9 (Bonvalot S. 100): in eadem villa assensu omnium vestrum jurati constituentur — sed nec ipse maior nec iurati ultra annum, nisi de voluntate omnium, in officiis suis remanebunt.

109) Bücher, die Bevölkerung von Frankfurt am Main S. 67.

110) Ilgen in Chroniken der deutschen Städte XXIV. S. CV — S. CXXI; dazu § 52 N. 7.

111) So werden in Köln von der Schöffengilde die Bruderschaft der Gewandschneider, der Weidhändler, der Weinhändler unterschieden (Quell. Köln I S. 345, S. 412, S. 155). In Löwen steht die Schöffengilde neben der Gewandschneidergilde (Jean de Klerk I. 91 mit I. 93).

Digitized by Google

IV. Die selbständige Rechtsmacht der Eidbruderschaft beschränkt sich nun aber nicht auf die Ortsgemeinde, die Zehentschaft. Die flandrischen Quellen bis in die letzten Jahrhunderte haben gezeigt, dass auch das Land, d. h. die Hundertschaft, eine Eidbruderschaft ist, und das wird sehr früh einmal direkt hervorgehoben [112]). So muss denn auch das Land ein selbständiges Racherecht besessen haben [113]).

Auch die friesischen Länder müssen wegen der Bussverdoppelung [114]) als Eidgenossenschaften betrachtet werden. An der Spitze des einzelnen Landes stehen iurati oder consules, die — geradeso wie die flandrischen koremanni — auch als Rügezeugen für den Schultheissen dienen. Ähnliches ist für Drenthe und für Ditmarschen zu vermuten. — Ganz deutlich aber ist die Eidgenossenschaft in den alamanischen Hochgebirgsländern. Uri und Glarus, die im 12. Jahrhundert als selbständige Markgenossenschaften auftreten [115]), ebenso die übrigen alamanischen Hochländer sind im 15. Jahrhundert solche Verbände; jährlich wird der Frieden beschworen [116]); wer geschworen hat — nur ausnahmsweis andere — ist rügepflichtig [117]). Der Friede verpflichtet die Schwurgenossen, sich nicht unter einander

112) Warnkönig II. 180. 1147: den Leuten von Poperinghen verleiht der Graf eiusdem pacis securitatem, qua Furnenses fruuntur, quam coniuraverunt. — Im übrigen ob. N. 6.

113) Warnkönig II. 189. 1110 erscheint das Korrecht, das aber Diebstahl oder Fälschung nicht befasst, sich also auf Gewaltthätigkeit bezieht, als ein selbständiger Teil der Kriminalgerichtsbarkeit, von der weder Graf noch Grundherr Gefälle haben.

114) § 30 N. 73.

115) § 31 N. 97 fd.

116) Appenzellisches Landbuch von 1409 (ed. Rusch): a. 17: Ittem ain ganntze gmaind, di gsin ist am sontag vor sant gallen tag alss man dann ainem Landtaman schwertt In den selbenn aid habennd wir gnommen vnd geschwore. a. 67 — daz vss zu richten bi dem aid als man dem aman am sontag vor sant gallen tag schwert. — Glarus. art. 7 (Zt. f. schweiz. Recht Bd. 5 R. Qu. S. 132 f.): Item so sond denn schweren vnnser gemeinen lantlütt liplich zu Gott vnd den Heiligen, vnnsers landes vnd vnnser lantlütten nutz vnd Ere, zuzulauffen In frid vffnemmen, vnd frid ze geben nach Innhaltt disses vnsers andesbuch, vnd Einem landt Amman, Ratt vnd dem gericht gehorsam ze sind. — Landbuch von Schwyz (ed. Kothing) S. 18: Alls man Järlich zu Meyen vor der brugk offnet oder schwert.

117) Appenzell 53 — daz Jeder man daz laidenn (rügen) sol bi dem aid, denn er den Landtlüte geschworenn hatt. Ähnlich Schwyz S. 44; S. 45; besonders bezeichnend S. 15: Wier sind ouch kommen übereyn alls von der Jungen knaben wegen, so nit geschworn hanndt, Vnnd aber zu

Digitized by Google

zu rächen[118]), den Genossen gegen Fremde beizustehen[119]). An der Spitze der einzelnen Eidgenossenschaft steht die Behörde, der Rat neben dem Gericht, d. h. dem alten öffentlichen Hundertschaftsgericht[120]). Der Rat verhängt arbiträre Strafe. Das souveräne Organ freilich über Rat und Gericht ist die Landesgemeinde. — Für das 13. und 14. Jahrhundert aber lässt sich das Vorhandensein der alamannischen Eidgenossenschaft aus der nachweislichen Verdoppelung der Busse und Kompositionen erschliessen[121]). Im äussersten Süden des Reiches wie an der Nordseeküste haben diese grösseren eidlichen Verbände den Kampf mit der königlichen und fürstlichen Gewalt erfolgreich aufgenommen, solange das Mittelalter währte. In Flandern freilich hat man es zuweg gebracht, den Schöffen die Stelle zu übertragen, welche den gewählten Führern in der Eidgenossenschaft zukam: die Schöffen machen auch die Kore geltend[122]). —

Da die höheren Verbände ursprünglich die Träger der Hochgerichtsbarkeit sind, aus dieser jedoch durch das Königtum verdrängt werden, so bedeuten Eidgenossenschaften solcher Verbände nichts anderes als die Aufrechterhaltung der selbständigen Hochgerichtsbarkeit durch besonderen Vertrag. Das Fürstentum selber hat auf dieses Racherecht in den Landfrieden gegriffen.

Zytten vnfug anfachent — Sy söllent ouch Leyden, obschon einer nit geschworn hatt.

118) Vgl. den Appenzeller Schwur in N. 116; dann Schwyz S. 80: — alle sament gemeinlich geschworn habent gelert Eyde vff den hellgen, das enkein Lanndtman Noch Lanndtfrow, Noch ouch nieman anders dieplich noch fräuenlich noch mit geuerden den andern brennen soll Inrett vnsser Lanndtmarch.

119) Vgl. den Appenzeller Schwur N 118; dann Schwyz S. 53: Welicher Landtman von Schwytz angriffen wurd von vnnssern vyenden an lib oder an gut, Da söllent ye die nächsten, So das geschrey oder die gloggen hörrent, Dem nachzyechen vnnd des angegriffnen Lib vnnd gut Hellffen Retten vnnd werren, By dem eyde, so einer dem Lanndt geschworn Hatt.

120) Genaueres bei Blumer, Staats- und Rechtsgeschichte der Schweizer Demokratien I S. 275 ff.

121) § 13 N. 28.

122) So sind in Land Furnes die Schöffen gleichzeitig coratores (Warnkönig II. 160 § 1); in den Vierämtern wird ihnen ausschliesslich das Gericht über die Kore eingeräumt (Warnkönig II. 222 § 17); vgl. auch das Recht des Waeslands (Warnkönig II. 220 § 17).

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

MAR 17 1917

Digitized by Google

Widener Library 003354314
3 2044 086 023 009